Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 8

Von 1956 bis Anfang 1963

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden. Das gilt im allgemeinen auch für die Beschlüsse der Parteitage und -konferenzen der SED, die in der Reihe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" fortlaufend erscheinen.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Der Sozialismus wird zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960. Der von der SED geführte Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Sicherung des Friedens und den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (Periode von 1956 bis 1961)

Der Kampf der SED für die Sicherung des Friedens. Die Annahme der Direktiven für den zweiten Fünfjahrplan (1956)

1. Der Beginn einer neuen Periode in der Entwicklung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Der XX. Parteitag der KPdSU

Mitte der fünfziger Jahre fing eine neue Periode in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des ganzen deutschen Volkes an. Die Existenz zweier deutscher Staaten und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen – dem sozialistischen und dem kapitalistischen – mußten nunmehr auf viele Jahre hinaus das gesamte politische Geschehen, die Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und anderer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland bestimmen.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte sich zu einem festen und starken Staat des Friedens und des Sozialismus auf deutschem Boden entwickelt. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht war im wesentlichen errichtet. Die Arbeiterklasse hatte die Fähigkeit erworben,

Staat und Wirtschaft zu leiten. Sie war zu der von allen Schichten der Bevölkerung der DDR anerkannten führenden Kraft der Gesellschaft geworden. Sie vermochte die werktätigen Bauern, die Intelligenz und die städtischen kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg des Sozialismus zu führen. Die Frage „Wer – Wen?" war in der DDR zugunsten der sozialistischen Kräfte und zuungunsten des deutschen Imperialismus entschieden worden. Dessen Versuche, den Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern und seinen Machtbereich erneut über ganz Deutschland auszudehnen, waren gescheitert.

Nachdem in der DDR die Grundlagen des Sozialismus im wesentlichen geschaffen waren, rückte der Kampf für den vollen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf die Tagesordnung. Durch die Taten der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz hatte sich die Republik zu einem industriell leistungsfähigen Staat des sozialistischen Weltsystems entwickelt. Als westlicher Vorposten des Sozialismus trug sie im Zentrum Europas eine große Verantwortung für die Sicherung des Friedens und in der Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme auf politisch-ideologischem und ökonomischem Gebiet.

In Westdeutschland dagegen war es den imperialistischen Kräften mit Hilfe der Westmächte, vor allem der USA, gelungen, ihre politische und ökonomische Macht wiederherzustellen und die demokratischen Kräfte zurückzudrängen. Mit der Aufstellung der Bundeswehr begann die offene Wiederaufrüstung. Der westdeutsche Staat stellte – als Juniorpartner des USA-Imperialismus – nunmehr das wichtigste Instrument der Aggressionspolitik der NATO in Europa dar. Die Bundesrepublik hatte ihre ökonomischen Positionen im imperialistischen Weltsystem verstärkt. Sie schickte sich an, Großbritannien in der industriellen Produktion zu überholen und hinter den USA den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt einzunehmen.

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus war in Westdeutschland wesentlich vorangeschritten. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hatten bereits größere Ausmaße angenommen als während der Zeit des Faschismus. Andererseits war der Einflußbereich des deutschen Imperialismus durch dessen Niederlage im zweiten Weltkrieg und durch die Entstehung der DDR eingeengt worden. Dieser Widerspruch verschärfte sich in dem Maße, wie die ökonomische Stärke der Bundesrepublik wuchs, ihr politischer Einfluß jedoch begrenzt blieb. Er war eine wesentliche Ursache für die

zunehmende Aggressivität der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die wiederum nach einer Neuaufteilung der Einflußsphären und Absatzmärkte strebten. Dabei hofften sie, daß es ihnen mit Unterstützung der anderen imperialistischen Mächte möglich sein werde, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR beseitigen und mit der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges beginnen zu können.

Die internationale Lage war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sich die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten zu einer festen sozialistischen Gemeinschaft zusammengeschlossen hatten. In den sozialistischen Staaten lebte mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Erde. Auf sie entfielen 1955 insgesamt etwa 27 Prozent der industriellen Produktion. Die Sowjetunion bereitete den Aufbau des Kommunismus vor, die volksdemokratischen Länder hatten die Grundlagen des Sozialismus geschaffen und damit einen wichtigen Abschnitt ihrer sozialistischen Entwicklung abgeschlossen.

In allen Teilen der Erde schwoll die nationale Befreiungsbewegung an und unterminierte die Grundfesten des imperialistischen Kolonialsystems. Die Volksmassen in Afrika, Asien und Lateinamerika forderten immer nachdrücklicher die Beseitigung des Kolonialjochs und die Schaffung eigener Nationalstaaten.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern war es den imperialistischen Kräften gelungen, die revolutionäre und demokratische Bewegung, die nach dem zweiten Weltkrieg machtvoll angewachsen war, zurückzudrängen. Jedoch ihre Bemühungen, die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte gänzlich niederzuhalten und die Positionen ihrer imperialistischen Herrschaft zu stabilisieren, waren in den meisten Ländern gescheitert. Vor allem aber hatten es die imperialistischen Kräfte nicht vermocht, die verlorengegangenen Positionen in Mittel- und Osteuropa sowie in Ost- und Südostasien wiederzugewinnen. Die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich mit der Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg und dessen Folgen bedeutend verschärft hatte, vertiefte sich Mitte der fünfziger Jahre noch mehr.

Einschneidende Veränderungen waren auf militärtechnischem Gebiet eingetreten. Die Entwicklung moderner Raketen-Kernwaffen hatte einen solchen Stand erreicht, daß ein von den imperialistischen Kräften entfesselter dritter Weltkrieg einen völlig neuen Charakter annehmen mußte. Die Atomwaffen wurden zu dem entscheidenden

militärischen Mittel, dessen Einsatz zur Vernichtung von Hunderten Millionen Menschen führen würde. Da die Sowjetunion die USA in der atomaren Rüstung eingeholt hatte, mußten die imperialistischen Kräfte im Falle einer Aggression mit einem unabwendbaren Gegenschlag rechnen, der sie vernichten würde.

Nach der Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Korea und des französischen Imperialismus in Vietnam trat eine gewisse Verminderung der internationalen Spannungen ein. Auch in Kreisen des imperialistischen Lagers wuchs die Einsicht, daß das sozialistische Lager nicht in einem Frontalangriff „aufgerollt" und vernichtet werden kann. Das Nachlassen der internationalen Spannungen hing auf das engste mit den entschlossenen Friedensbemühungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zusammen, die mit ihrer konstruktiven Außenpolitik zur Regelung zahlreicher strittiger Fragen beitrugen.

Dieser neuen, der Sicherung des Friedens dienenden Tendenz in den internationalen Beziehungen widersetzten sich die aggressiven Kräfte im imperialistischen Lager, vor allem der westdeutsche Imperialismus und Militarismus. Er bemühte sich um die Aufrechterhaltung der Spannungen, weil deutlich wurde, daß die Zeit gegen ihn arbeitete. Das Kräfteverhältnis veränderte sich auch in Deutschland immer mehr zugunsten des Sozialismus. Der Einfluß der DDR wuchs dank ihrer verantwortungsbewußten nationalen Politik, ihrer konsequenten Friedensbemühungen und nicht zuletzt ihrer Erfolge im ökonomischen und kulturellen Aufbau.

Zu einem der bedeutungsvollsten Ereignisse in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wurde der XX. Parteitag der KPdSU, der vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau stattfand. An seinen Beratungen nahmen Delegationen der Bruderparteien aus der ganzen Welt teil, darunter eine Delegation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl geleitet wurde.

Der XX. Parteitag zog die Bilanz der Entwicklung der Sowjetunion, der KPdSU und der internationalen Arbeiterbewegung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Der Parteitag analysierte die neuen gesellschaftlichen Erscheinungen der modernen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und bereicherte die Theorie des Marxismus-Leninismus durch grundlegende Erkenntnisse, mit denen Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der sozialistischen Staaten

und der gesamten internationalen Arbeiterbewegung geschaffen wurden.

Den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU erstattete dessen Erster Sekretär, N. S. Chruschtschow. Wie in diesem Bericht hervorgehoben wurde, zeichnete sich die moderne Epoche vor allem dadurch aus, daß der Sozialismus über den Rahmen eines Landes hinausgewachsen und zu einem Weltsystem geworden war. Damit waren günstige Bedingungen dafür entstanden, zahlreiche innere und internationale Probleme auf neue Weise aufzuwerfen und zu lösen.

Das Hauptanliegen der sozialistischen Staaten bestand darin, einen von den aggressiven Kräften des Weltimperialismus angestrebten dritten Weltkrieg zu verhindern. Der XX. Parteitag der KPdSU entwickelte die Leninsche Lehre von der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung schöpferisch weiter. Er wies darauf hin, daß unter den Bedingungen, da die Welt in zwei verschiedene Gesellschaftssysteme geteilt ist, nur diese Politik als vernünftig in den internationalen Beziehungen betrachtet werden könne. Friedliche Koexistenz der Staaten von unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder ein atomarer Krieg, so lautete nunmehr die Frage.

Friedliche Koexistenz bedeutete, wie der Parteitag betonte, Wettbewerb der Länder von unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur. Friedliche Koexistenz bedeutete nicht Aussöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie, da sie eine Form des Klassenkampfes ist. Jedoch galt es, die ideologischen und politischen Differenzen zwischen den Staaten nicht auf dem Wege des Krieges zu lösen.

Der XX. Parteitag der KPdSU gelangte zu der außerordentlich bedeutsamen Schlußfolgerung, daß infolge des neuen internationalen Kräfteverhältnisses die reale Möglichkeit entstanden war, einen Weltkrieg zu verhindern. Solange der Imperialismus fortbestand, blieb die ökonomische Grundlage für die Entstehung von Kriegen erhalten. Das aggressive Wesen des Imperialismus hatte sich nicht geändert. Ebendeshalb war nach wie vor die größte Wachsamkeit aller Friedenskräfte geboten. Aber unter den neuen Bedingungen, da sich das mächtige Lager des Sozialismus herausgebildet hatte, die Volksbewegung für den Frieden in allen Ländern immer stärker wurde und neben den sozialistischen Ländern noch andere friedliebende Staaten entstanden waren, hatten sich reale Möglichkeiten

ergeben, die Imperialisten an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu hindern.

Diese wichtige These des XX. Parteitages der KPdSU festigte bei den Volksmassen in allen Ländern die Zuversicht, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens von Erfolg gekrönt sein werde, und spornte sie an, sich noch enger zusammenzuschließen und noch entschlossener gegen die Ränke der imperialistischen Kriegsbrandstifter zu kämpfen.

Von großer Bedeutung waren auch die Schlußfolgerungen, die der XX. Parteitag der KPdSU für den Übergang weiterer Länder zum Sozialismus zog. Bereits Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin hatten begründet, daß der Übergang zum Sozialismus vielfältige Formen annehmen kann und daß die Arbeiterklasse einen friedlichen Weg der sozialistischen Revolution anstrebt. Doch waren die Möglichkeiten dazu in der Vergangenheit sehr gering gewesen.

Ausgehend von der Tatsache, daß sich mit der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems ein neues internationales Kräfteverhältnis herausgebildet hatte, betonte der Parteitag, daß die Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung der Revolution gewachsen waren.

Die soziale Basis der revolutionären Bewegung gegen den Imperialismus war breiter geworden. Neben der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft konnten auch größere Teile der städtischen Mittelschichten, der Mittel- und der Großbauern sowie der Intelligenz in den antiimperialistischen Kampf einbezogen werden. Entsprechend den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder waren mannigfachere Übergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich geworden. Das galt für die entwickelten kapitalistischen Staaten, die eine starke Arbeiterklasse und langjährige Traditionen des parlamentarischen Kampfes hatten. Das galt aber auch für die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder, deren Bevölkerung sich überwiegend aus Angehörigen des Kleinbürgertums, vor allem aus Bauern, zusammensetzte, und die den Kampf für die Erringung und Festigung der staatlichen Unabhängigkeit und für den Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft führen mußten. Im Kampf gegen den Imperialismus könnte eine demokratische Staatsmacht entstehen, die einschneidende Maßnahmen in Angriff nehmen würde, um die imperialistischen Kräfte politisch und ökonomisch zu entmachten und damit Voraussetzungen für eine nachfolgende sozialistische Entwicklung zu schaffen.

Die Mannigfaltigkeit der Formen des Übergangs zum Sozialismus hob dessen allgemeine Gesetzmäßigkeiten nicht auf. Das Proletariat mußte im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft auf revolutionärem Wege die politische Macht erobern und in der einen oder anderen Form die Diktatur des Proletariats errichten; die Arbeiterklasse mußte, geleitet von einer marxistisch-leninistischen Partei, die politische Führung beim sozialistischen Aufbau übernehmen.

Die Werktätigen der Sowjetunion hatten beim Aufbau des Sozialismus große Erfolge auf ökonomischem Gebiet erzielt. Die UdSSR nahm dem Umfang ihrer Industrieproduktion nach den ersten Platz in Europa und den zweiten Platz in der Welt ein. Auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik, so bei der Ausnutzung der Atomkraft für friedliche Zwecke, beim Bau moderner Düsen-Passagierflugzeuge, bei der Fertigung von Bohranlagen zur Gewinnung von Erdöl und in einigen weiteren Zweigen des Maschinenbaus, hatten die sowjetischen Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter Spitzenleistungen erzielt, die das Weltniveau bestimmten. Diese Erfolge waren um so beachtlicher, da das zaristische Rußland ein industriell rückständiges Land gewesen war und viele Millionen Menschen während des sozialistischen Aufbaus aus den Dörfern in die Städte übergesiedelt waren und eine für sie ungewohnte Tätigkeit in der Industrie aufgenommen hatten. Hinzu kam, daß von den knapp 40 Jahren der sozialistischen Entwicklung nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution über die Hälfte auf die Abwehr imperialistischer Aggressionen und die Überwindung ihrer Folgen entfallen waren. Besonders verheerend waren die Schäden gewesen, die der Sowjetunion durch den Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus zugefügt worden waren. Sie hatten die wirtschaftliche Entwicklung des Landes um etwa zehn Jahre aufgehalten. Aus diesen Gründen zeigte sich noch immer ein Zurückbleiben gegenüber den hochentwickelten imperialistischen Ländern in bezug auf den Stand der Arbeitsproduktivität und die Ausstattung entscheidender Industriezweige mit der modernsten Technik. Weiterhin gab es bestimmte, zum Teil erhebliche Disproportionen zwischen einzelnen Industriezweigen und zwischen der Entwicklung einzelner Wirtschaftsgebiete des Landes.

Der XX. Parteitag der KPdSU stellte daher die Aufgabe, beharrlich und planmäßig in Industrie, Verkehrswesen und Landwirtschaft die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik und die fortschrittlichsten Arbeitserfahrungen einzuführen. Hierzu war es not-

wendig, die Elektrifizierung, die komplexe Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse weitgehend zu entwickeln, die Organisation der Arbeit und der Produktion zu vervollkommnen und in der Industrie in großem Umfang die Spezialisierung und Kooperation vorzunehmen. Außerdem sollte der industrielle Aufbau in den östlichen Teilen des Landes, vor allem in Sibirien, verstärkt werden. Auf der Grundlage des technischen Fortschritts und einer besseren Leitung und Organisation der Produktion – sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft – mußte die Arbeitsproduktivität wesentlich gesteigert werden.

Der Parteitag stellte dem Sowjetvolk als ökonomische Hauptaufgabe, die am meisten entwickelten kapitalistischen Länder hinsichtlich der Produktion pro Kopf der Bevölkerung in einer historisch kurzen Frist einzuholen und zu überholen.

Unter den Bedingungen der technischen Revolution, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in allen Industrieländern verstärkt einsetzte und eine Vielzahl neuer Probleme aufwarf, sowie angesichts der verschärften Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen, die nicht zuletzt auch große Anstrengungen zur Erhöhung der Verteidigungskraft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder erforderte, erwies sich die Erfüllung der vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten ökonomischen Aufgaben als langwierig und kompliziert.

Zwischen den beiden Aufgaben beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus, der Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlich-technischen Errungenschaften und der gleichzeitigen ständigen Hebung des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Volksmassen, ergaben sich ökonomische Widersprüche, deren Lösung noch harte Anstrengungen und wissenschaftlich durchdachte Entscheidungen erforderte.

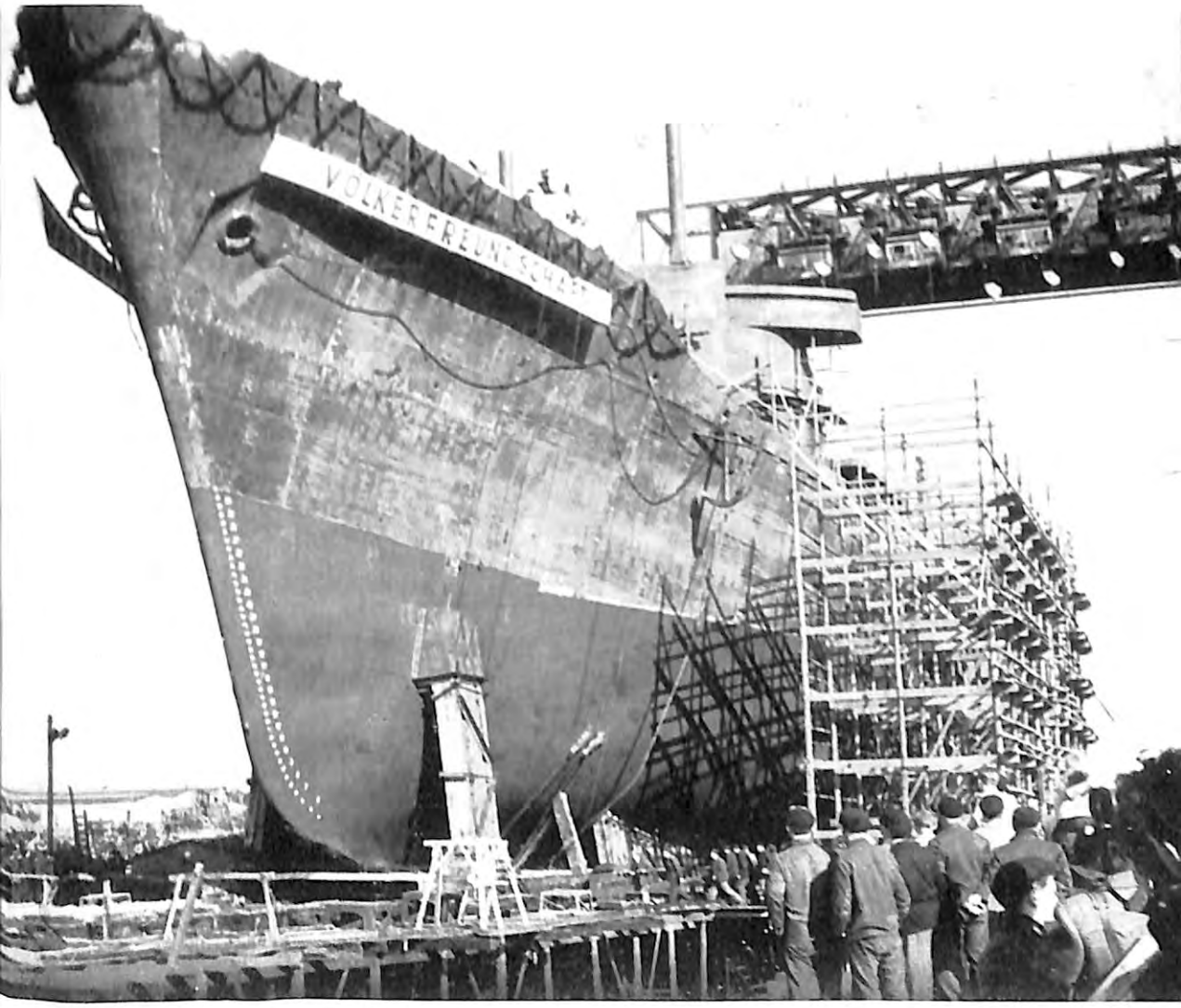
Einen wichtigen Platz in der Arbeit des Parteitages nahm die Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkults und seiner Folgen ein. Der Parteitag billigte die vom Zentralkomitee der KPdSU seit 1953 geleistete umfangreiche Arbeit zur Wiederherstellung der Leninschen Normen des Parteilebens und zur Entwicklung der innerparteilichen Demokratie. Bei der Kritik am Personenkult um J. W. Stalin ging die KPdSU von den Leitsätzen des Marxismus-Leninismus über die Rolle der Volksmassen, der Partei und der Per-



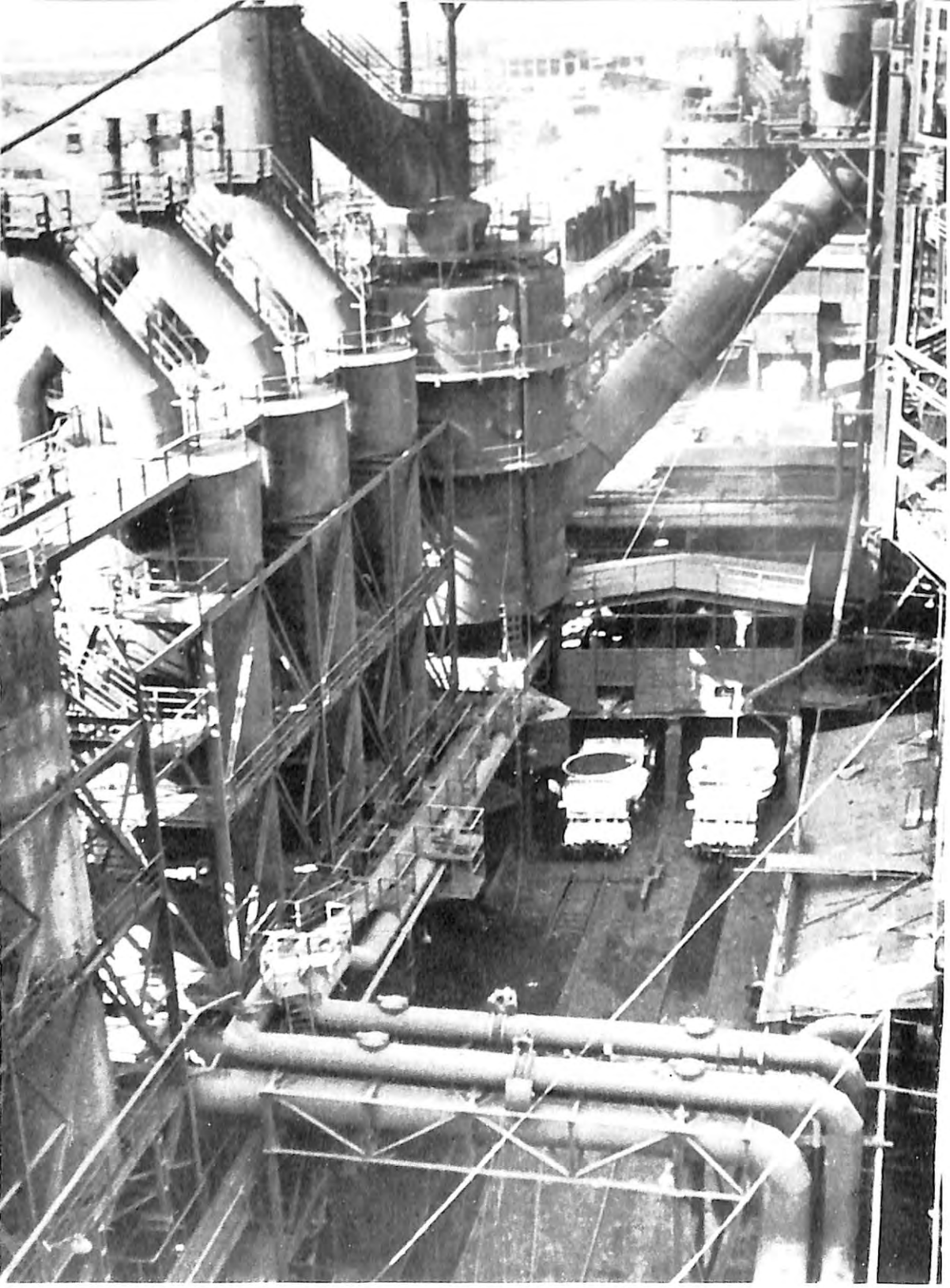
Walter Ulbricht übermittelt den Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU die Grüße der SED und der Werktätigen der DDR, 16. Februar 1956



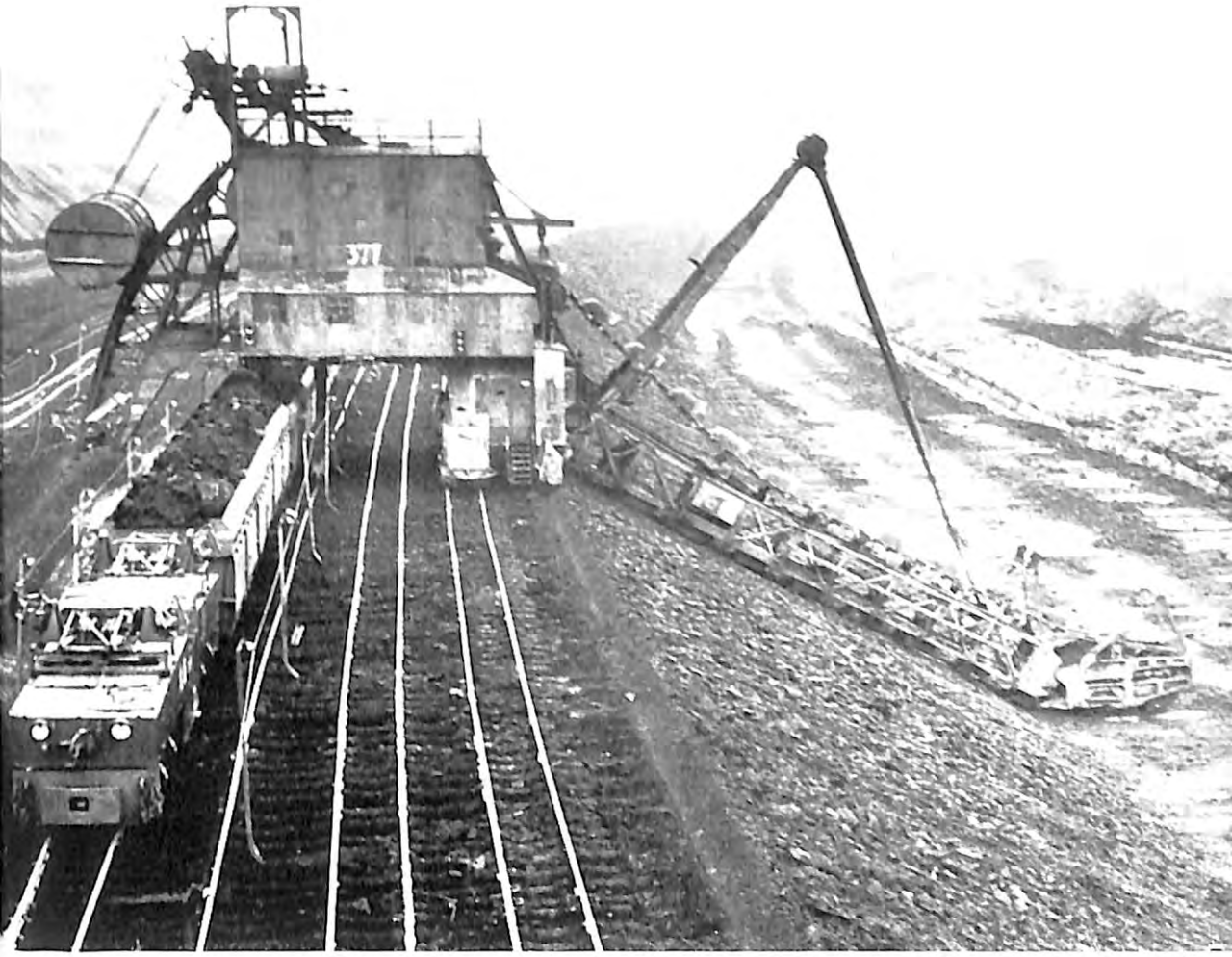
Teilnehmer der 3. Parteikonferenz der SED, die vom 24. bis 30. März 1956
in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin stattfindet, während einer Verhandlungspause



Zu Ehren der 3. Parteikonferenz läuft im VEB Warnowwerft Warnemünde das zweite 10 000-Tonnen-Schiff der DDR vom Stapel, 27. März 1956



VEB Eisenhüttenkombinat Ost



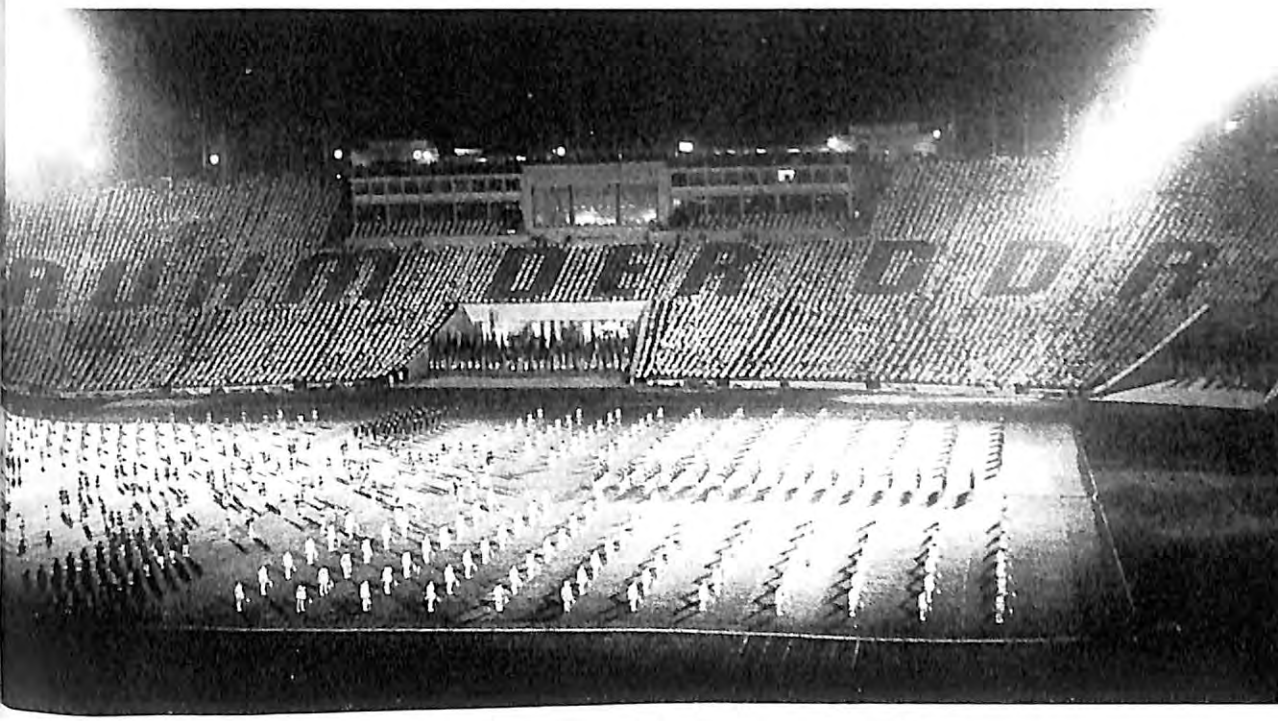
Tagebau des VEB Braunkohlenwerk „Freundschaft" (Revier Senftenberg)



Soldaten und Offiziere der Nationalen Volksarmee leisten den Schwur auf die Heimat. Das erste Regiment der ersten Division erhält aus der Hand des Ministers für Nationale Verteidigung, Generaloberst Willi Stoph, die Regimentsfahne, 30. April 1956



2. Deutsches Turn- und Sportfest in Leipzig.
Einmarsch der Sportler in das Zentralstadion, 4. August 1956



Abschlußvorführungen des 2. Deutschen Turn- und Sportfestes, 5. August 1956



Szenenbild aus Bertolt Brechts Drama „Leben des Galilei"
in einer Aufführung des Berliner Ensembles im Theater am Schiffbauerdamm

Szenenbild aus Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg"
in der Deutschen Staatsoper zu Berlin

sönlichkeit in der Geschichte aus. Sie ließ sich davon leiten, daß Personenkult um einen politischen Führer, mögen dessen Verdienste noch so groß sein, nicht geduldet werden darf.

Die Herausbildung des Personenkults war, wie das Zentralkomitee der KPdSU in einem Beschluß vom 30. Juni 1956 über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen feststellte, sowohl durch objektive als auch durch subjektive Umstände begünstigt worden. Der Aufbau des Sozialismus in einem Lande, in dem zunächst kleinbürgerliche, vor allem bäuerliche Schichten überwogen, sowie die Tatsache, daß die Sowjetunion der einzige sozialistische Staat war und daher unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung einen äußerst harten Kampf für die Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht führen mußte, hatten verstärkte Tendenzen zur Einschränkung der sozialistischen Demokratie, zum Ausbau der administrativen Funktionen der Staatsmacht und zur strengsten Zentralisierung der Führung zur Folge. Zur Entwicklung des Personenkults trugen in starkem Maße einige negative Eigenschaften J. W. Stalins bei, auf die W. I. Lenin kurz vor seinem Tode in einem Brief an den XIII. Parteitag der KPR(B) hingewiesen hatte.

Unter den Bedingungen des Personenkults um Stalin, dessen Erscheinungen in der Mitte der dreißiger Jahre wirksam geworden waren, war es in der Sowjetunion zu schwerwiegenden Verletzungen der Leninschen Normen des Partei- und Staatslebens gekommen. Die im Statut festgelegten Termine für die Einberufung der Parteitage und der Tagungen des Zentralkomitees waren nicht eingehalten, viele grundsätzliche Entscheidungen nicht mehr im Kollektiv der Partei- und Staatsführung, sondern durch J. W. Stalin allein getroffen worden, der sich über die Partei gestellt hatte. Dem Sozialismus schädliche Methoden des Administrierens und Kommandierens waren gefördert worden. Das hatte die Initiative der Volksmassen gehemmt und die Bedeutung der Werktätigen als Schöpfer der Geschichte herabgesetzt.

Eine weite Verbreitung hatten Dogmatismus und Schematismus sowohl auf ideologischem als auch wirtschaftspolitischem Gebiet gefunden. Besonders schwerwiegend waren die groben Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Sowjetdemokratie gewesen. Die von J. W. Stalin nach dem Siege des Sozialismus im Widerspruch zum Leninismus aufgestellte These, daß der Klassenkampf in dem Maße, wie die Positionen des Sozialismus erstarkten, die des Kapi-

talismus dagegen schwächer wurden, immer schärfere Formen annehmen müsse, hatte der Rechtfertigung von Massenrepressalien gedient, denen viele Unschuldige, darunter führende Kader der Partei und des Staates sowie angesehene militärische Führer, zum Opfer gefallen waren.

Der Personenkult und seine Folgen waren jedoch nicht imstande gewesen, das Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu ändern. Das Sowjetvolk und die KPdSU waren auch in dieser Zeit auf dem Wege zum Sozialismus vorangeschritten und hatten große Erfolge errungen.

Die historischen Leistungen, die die Werktätigen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt unter Führung der KPdSU beim Aufbau des Sozialismus vollbracht hatten, sind das bleibende Verdienst des Sowjetvolkes vor der ganzen Menschheit. Die Erfahrungen, die in der Sowjetunion gewonnen worden waren, erlangten grundlegende Bedeutung für die revolutionäre sozialistische Bewegung in der ganzen Welt.

Der XX. Parteitag der KPdSU übte einen großen Einfluß auf die weitere Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und auf den Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien in allen Ländern aus. Seine besondere Bedeutung bestand darin, daß er viele grundlegende Fragen der internationalen Entwicklung und des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse auf neue Art löste, insbesondere solche Fragen, die die Rolle des sozialistischen Weltsystems in Gegenwart und Zukunft betrafen.

Das Zentralkomitee der SED begrüßte auf seiner 26. Tagung am 22. März 1956 die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und hob ihre welthistorische Bedeutung hervor.[1] „Der XX. Parteitag der KPdSU ist beispielgebend dafür, wie man den Marxismus-Leninismus tiefgründig, prinzipiell und schöpferisch anwendet, wie man die Marxsche Losung in die Tat umsetzt, daß der Marxismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist."[2]

Das Zentralkomitee erklärte, daß das Studium der Materialien des XX. Parteitages der KPdSU und die Anwendung seiner Schlußfolgerungen entsprechend den Bedingungen des revolutionären Kampfes

1 Dokument Nr. 1.

2 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VI, Berlin 1958, S. 47.

in Deutschland die wichtigste Aufgabe aller Parteiorganisationen der SED sei. Besonders nachdrücklich wies das Zentralkomitee der SED darauf hin, daß diese Dokumente auch dem Kampf für die Sicherung des Friedens in Deutschland starke Impulse verliehen hatten. „Der XX. Parteitag gab der internationalen Arbeiterklasse, den friedliebenden Menschen auf der ganzen Erde die reale Aussicht, den Frieden zu erhalten, die schicksalhafte Unvermeidlichkeit der Kriege aus dem Leben der Völker auszuschalten, wenn alle dafür kämpfen, daß das Prinzip der friedlichen Koexistenz der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme in der Welt zur Grundlage der Politik der Regierungen aller Staaten gemacht wird ... Das verpflichtet die deutsche Arbeiterklasse, sich ihrer Mitverantwortung für den Frieden in Europa voll bewußt zu werden, zu verstehen, daß sie heute schon die Kraft ist, die alle Fähigkeiten und Voraussetzungen besitzt, die Pläne der deutschen Militaristen und bankrotten Politiker der Stärke zu vereiteln."[3]

2. Die 3. Parteikonferenz der SED

Vom 24. bis 30. März 1956 tagte in Berlin die 3. Parteikonferenz der SED. An ihren Beratungen nahmen 1731 Delegierte mit beschließender und 582 Delegierte mit beratender Stimme teil. Als Gäste waren Delegationen von 21 kommunistischen und Arbeiterparteien gekommen. Im Mittelpunkt der Beratungen der Konferenz standen das Referat von Walter Ulbricht „Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik" und das Referat von Otto Grotewohl „Die Rolle der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik".

Die neue Entwicklung stellte die SED, die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Regierung der DDR vor die Notwendigkeit, Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Brennende Fragen der nationalen Politik waren herangereift. Wie sollte es in Deutschland weitergehen? Wie konnte die DDR unter den neuen Bedingungen der deutschen und der internationalen Entwicklung ihre nationale Mission im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens und die Durchsetzung des sozialen Fortschritts am besten erfüllen? Wie konnte sie ihrer internationalen Pflicht als west-

[3] Ebenda, S. 44/45.

licher Vorposten des sozialistischen Lagers, als wichtiger Faktor in der internationalen Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und des Friedens auf der einen und den Kräften des Imperialismus und des Krieges auf der anderen Seite gerecht werden?

Auf alle diese Fragen mußte die marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse eine Antwort geben. Sie mußte eine den veränderten Bedingungen entsprechende neue strategische Konzeption ausarbeiten.

Dank den grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und der Schaffung solider politischer und sozialökonomischer Grundlagen des Sozialismus in der DDR war die Möglichkeit entstanden, die Gefahr eines Krieges auch auf deutschem Boden zu bannen.

Die Sicherung des Friedens war zugleich die wichtigste Voraussetzung für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland. Das Haupthindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands war das Bestehen des Militarismus in Westdeutschland. Mit der Eingliederung der Bundesrepublik in den aggressiven NATO-Pakt war die Spaltung Deutschlands weiter vertieft worden. Die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten erforderte nunmehr einen langen Zeitraum, in dem die aggressive und antinationale Politik und die Macht der militaristischen Kräfte in Westdeutschland überwunden werden mußten.

Angesichts der zunehmenden Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland, angesichts der Tatsache, daß die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und Militarismus ihre politische und ökonomische Macht wiederhergestellt hatten, konnte ein friedliebendes, demokratisches Deutschland nicht mehr aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgehen. Der westdeutsche Imperialismus und Militarismus bedrohte in wachsendem Maße die Existenz der deutschen Nation, und ebendeshalb wurde die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage.

Die Parteikonferenz schlug vor, die Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik Schritt um Schritt zu vermindern, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet zu vertiefen, gemeinsame Maßnahmen zur Abrüstung in ganz Deutschland zu vereinbaren und die Vorschläge zur Schaffung einer Zone der Rüstungsbeschränkung in Europa und über den

Abschluß eines Vertrages der kollektiven Sicherheit in Europa zu unterstützen.

Die wichtigste Aufgabe zur Sicherung des Friedens in Deutschland war die weitere allseitige Stärkung der politischen und ökonomischen Grundlagen der DDR. Sie war die Gewähr dafür, die imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland an der Verwirklichung ihrer wahnwitzigen Pläne zu hindern, die Deutschlandfrage durch einen Eroberungsfeldzug gegen die DDR zu lösen.

Aber nicht nur deshalb kam dem Aufbau des Sozialismus in der DDR eine gesamtnationale Bedeutung zu. Die Anziehungskraft der DDR auf Westdeutschland konnte nur in dem Maße zunehmen, wie es gelang, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus auf allen Gebieten zu beweisen. Nur dadurch konnten die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Intelligenz und andere Schichten in Westdeutschland davon überzeugt werden, daß der Sozialismus Frieden, Wohlstand und Aufschwung des geistig-kulturellen Lebens, wahre Freiheit und allseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit bedeutet.

Die 3. Parteikonferenz der SED zog die Bilanz des ersten Fünfjahrplans. Walter Ulbricht konnte in seinem Referat feststellen, daß die Grundaufgaben des ersten Fünfjahrplans im harten Kampf gegen den Widerstand der westdeutschen Konzernherren, Großagrarier und anderer Revanchepolitiker und ihrer Agenturen innerhalb der DDR erfüllt worden waren. *„Die Arbeiterklasse hat sich als fähig erwiesen, den Werktätigen die soziale Sicherheit zu geben; sie hat die Werktätigen, die vom Kapitalismus niedergedrückt wurden, zu wahren Schöpfern der Geschichte, zu Herren ihres Schicksals gemacht."*[4]

In den Jahren des ersten Fünfjahrplans hatte sich vor allem die Industrie in schnellem Tempo entwickelt. Während im Jahre 1950 die Industrieproduktion den Vorkriegsstand erreicht und überschritten hatte, war es in dem Zeitraum von nur fünf Jahren gelungen, sie auf mehr als das Doppelte gegenüber dem vor dem zweiten Weltkrieg erreichten Niveau zu erhöhen. Ende 1955 hatte sie einen Stand von 210 Prozent gegenüber 1936 erreicht.

Von größter Bedeutung für die Existenz der DDR und ihre wei-

[4] Walter Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1956, S. 29.

tere ökonomische Stärkung war die Tatsache gewesen, daß es zugleich gelungen war, eine Reihe schwerwiegender wirtschaftlicher Disproportionen einzuschränken, die aus dem kapitalistischen Erbe und vor allem aus der Spaltung Deutschlands herrührten. 1936 waren von der Gesamtproduktion des damaligen Deutschen Reiches bei Steinkohle nur 2,9 Prozent, bei Eisenerz 5,3 Prozent, bei Roheisen 1,6 Prozent und bei Stahl 6,6 Prozent auf das Gebiet der heutigen DDR entfallen. Dagegen waren hier 33 Prozent aller Werkzeugmaschinen und etwa 55 Prozent aller Textilmaschinen hergestellt worden. Die Errichtung einer eigenen metallurgischen Basis und die Schaffung bedeutender neuer Produktionskapazitäten, vor allem auf dem Gebiet des Schwermaschinenbaus, nahmen daher in der Bilanz des ersten Fünfjahrplanes einen zentralen Platz ein.

Durch die Errichtung des Eisenhüttenkombinats Ost und der Eisenwerke West in Calbe sowie durch die beträchtliche Erweiterung der Stahl- und Walzwerke in Brandenburg, Gröditz, Hennigsdorf und Riesa war es bis 1955 gelungen, die Roheisenerzeugung der DDR gegenüber 1950 von 0,34 auf 1,52 Millionen Tonnen, die Produktion von Rohstahl in Blöcken von 0,99 auf 2,5 Millionen Tonnen und von Walzstahl von 0,78 auf 1,9 Millionen Tonnen zu steigern. Dadurch war es möglich geworden, die Maschinenbaubetriebe in größerem Umfange als zuvor mit Eisen und Stahl aus der eigenen Produktion zu versorgen. Insgesamt blieb jedoch die metallurgische Basis der Republik zu schmal.

Im Schwermaschinenbau war die Bruttoproduktion während des ersten Fünfjahrplans gegenüber 1950 auf 227 und im Schiffbau auf 329 Prozent gewachsen. Entscheidende Betriebe des Schwermaschinenbaus, wie die volkseigenen Betriebe Bergmann-Borsig Berlin, „7. Oktober" Berlin, Kranbau Eberswalde, Maschinenfabrik Görlitz, Modul Karl-Marx-Stadt, Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" Wildau, waren neu aufgebaut oder beträchtlich erweitert worden. Viele neue Erzeugnisse konnten dadurch in das Produktionsprogramm des Maschinenbaus aufgenommen werden, darunter 6000-Tonnen-Schmiedepressen, Großbagger, Absetzer und Förderbrücken, 1600-Tonnen-Tiefziehpressen, Hydrokopiermaschinen und Turmdrehkräne. Neue Hochseewerften waren in Rostock, Stralsund, Warnemünde und Wismar entstanden, auf denen mit dem Bau von Trawlern, Loggern, Kühlschiffen sowie von 3000-Tonnen- und 10 000-Tonnen-Frachtschiffen begonnen worden war.

In der Schwerindustrie konnten jedoch nicht alle Investitionsvorhaben des ersten Fünfjahrplans verwirklicht werden. Das ergab sich vor allem daraus, daß im Jahre 1953 die Proportionen zwischen dem Ausbau bestimmter Zweige der Schwerindustrie und der Massenbedarfsgüterindustrie anders gestaltet und umfangreichere Maßnahmen zur schnelleren Hebung des Lebensstandards ergriffen worden waren.

Große Leistungen waren während des ersten Fünfjahrplans auch bei der Erweiterung des Braunkohlenbergbaus und der Elektroenergieerzeugung vollbracht worden. Zahlreiche Braunkohlentagebaue waren neu erschlossen oder stark ausgebaut worden; die Förderung hatte 1955 erstmals die 200-Millionen-Tonnen-Grenze überschritten. Die Errichtung der Großkokerei Lauchhammer, in der erstmalig in der Welt Hochtemperaturkoks aus Braunkohle erzeugt wurde, ermöglichte größere Einsparungen bei der Einfuhr von metallurgischem Steinkohlenkoks. Um den schnell wachsenden Energiebedarf zu decken und die Schwierigkeiten in der Stromversorgung der Industriebetriebe und der Haushaltungen zu überwinden, waren die neuen Kraftwerke Calbe, Eisenhüttenstadt, „Artur Becker" in Trattendorf und „Elbe" in Vockerode errichtet worden. In der chemischen Industrie war bis 1955 die Produktion auf rund 184 Prozent gesteigert worden. Bei wichtigen Erzeugnissen, wie Schwefelsäure, Soda, Ätznatron und Phosphordünger, konnten höhere Zuwachsraten als in Westdeutschland erzielt werden.

Obwohl in den Jahren des ersten Fünfjahrplans außerordentlich große Anstrengungen beim Aufbau einer eigenen Schwerindustrie unternommen worden waren, war dennoch eine bedeutende Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung erfolgt. Insgesamt hatte sich das Realeinkommen der Bürger der DDR von 1950 bis 1955 um 43,2 Milliarden DM erhöht. Die Durchschnittslöhne waren nicht nur, wie im Plan vorgesehen, auf 116,5 Prozent gestiegen, sondern auf 144,5 Prozent. Während 1950 jeder Arbeiter und Angestellte durchschnittlich 256 DM im Monat verdient hatte, waren es 1955 bereits 354 DM. Zugleich waren die Lebenshaltungskosten auf Grund mehrerer großer Preissenkungen von 1950 bis 1955 um 37,8 Prozent gesunken. Beträchtliche finanzielle Mittel waren für kulturelle und soziale Zwecke ausgegeben worden. Die Aufwendungen für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen aus dem Staatshaushalt hatten sich von 7,5 Milliarden DM im Jahre 1951 auf 11,8 Milliarden DM im Jahre 1955 erhöht.

Diese unter schwierigsten Bedingungen erzielten Ergebnisse waren möglich gewesen, weil die Organisationen der SED und der Gewerkschaften zielstrebig die sozialistische Wettbewerbsbewegung organisiert und beharrlich darum gerungen hatten, die Werktätigen zu einem sozialistischen Arbeitsbewußtsein zu erziehen.

Ausgehend von den Erfolgen beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, beschloß die 3. Parteikonferenz die Direktive für den zweiten Fünfjahrplan.' In ihr wurde das Ziel gestellt, die industrielle Bruttoproduktion bis 1960 gegenüber 1955 um mindestens 55 Prozent zu steigern. Die Direktive führte die bereits auf der 21. Tagung des Zentralkomitees im November 1954 ausgearbeitete ökonomische Konzeption für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus konsequent weiter. Sie sah vor, die Arbeitsproduktivität durch die Meisterung der fortgeschrittenen Technik und der sozialistischen Ökonomik zu erhöhen sowie die Erziehung der Menschen zum sozialistischen Bewußtsein zu verbessern und dadurch eine bedeutende Entwicklung der Produktivkräfte zu erzielen.

Die Parteikonferenz rief die Arbeiterklasse, die Angehörigen der Intelligenz und alle anderen Werktätigen zum Kampf für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und für ein hohes technisches Niveau der Produktion auf. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft war die wichtigste Voraussetzung für die allseitige Stärkung der Republik und die kontinuierliche Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen.

In ihrer ökonomischen Politik ging die SED davon aus, daß sich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland wie in der Welt der Beginn einer technischen Revolution abzeichnete, die sich vor allem in den industriell entwickelten Ländern entfaltete. Das Wesen dieser technischen Revolution bestand in der Verwandlung der Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft, im Übergang zur Automatisierung vieler Produktionsprozesse, in der durchgängigen Mechanisierung der kraftraubenden Arbeitsvorgänge, in der wesentlich umfassenderen Anwendung der Chemie, der Meß-, Steuerungs- und Regeltechnik sowie in der Nutzung der Kernenergie und anderer Entdeckungen der modernen Wissenschaft. Daraus ergaben sich weitreichende Veränderungen in der Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß.

Die technische Revolution konnte nicht losgelöst vom Charakter der modernen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab betrachtet werden. Sie machte die Überlebtheit der

kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des ganzen kapitalistischen Systems, die Notwendigkeit seiner Ablösung durch die sozialistische Gesellschaftsordnung noch deutlicher. Deshalb versuchten Ideologen des Imperialismus den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine „zweite industrielle Revolution" und als könne das kapitalistische System allein durch die technische Umwälzung seinen Charakter als Ausbeuterordnung verlieren, so daß sich trotz des Fortbestehens der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und des Herrschaftssystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus günstige Bedingungen für einen allgemeinen Wohlstand aller Schichten der Bevölkerung ergäben. Ähnliche Auffassungen wurden auch von sozialdemokratischen Politikern vertreten.

In Wirklichkeit brachte die technische Revolution verstärkte Ausbeutung für die Arbeiterklasse und die Intelligenz. Sie verschärfte die antagonistischen Widersprüche des Imperialismus. Die technische Revolution konnte nur dann den Menschen vollen Nutzen bringen, wenn sie Hand in Hand ging mit der Beseitigung der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung, die Kriege, Ausbeutung und Elend hervorbringt. Die technische Revolution konnte nur dann zum vollen Nutzen für die Menschheit führen, wenn sie zum Bestandteil der sozialistischen Revolution wurde.

Während die technische Revolution zur weiteren Zuspitzung der Widersprüche in den kapitalistischen Ländern führt, liegt sie in den sozialistischen Ländern im Interesse der Werktätigen und trägt zur Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse bei. Diese unterschiedliche Entwicklung kann sich jedoch nur in dem Maße durchsetzen, wie es die Arbeiterklasse, ihre Partei und der sozialistische Staat verstehen, die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Ökonomik konsequent anzuwenden, dem erreichten Entwicklungsstand und den Aufgaben der technischen Revolution entsprechende Formen und Methoden der Wirtschaftsführung ausfindig zu machen und das vom Kapitalismus hinterlassene Erbe zu überwinden.

Besonders kompliziert waren die Bedingungen des ökonomischen Wettstreits zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland. Die ökonomische Ausgangsbasis der Deutschen Demokratischen Republik war zu Beginn der technischen Revolution wesentlich ungünstiger als die des kapitalistischen Westdeutschlands. Der westdeutsche Imperialismus hatte infolge einiger für ihn günstiger historischer Umstände auf ökonomischem Gebiet hinsichtlich des Standes der Arbeits-

produktivität einen beträchtlichen Vorsprung erlangt. Äußerst nachteilig machte sich der Umstand bemerkbar, daß der Maschinenpark in den Betrieben der DDR zu einem großen Teil veraltet war, während die Konzerne in Westdeutschland in ihren Betrieben im Zuge der Erneuerung des Grundkapitals modernste Maschinen und Einrichtungen aufgestellt hatten.

Außerdem verfügte die DDR über bedeutend weniger erfahrene Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Schon 1945 hatten die großen kapitalistischen Konzerne die Mehrzahl ihrer führenden Spezialisten, die von ihnen ideologisch und ökonomisch abhängig waren, nach Westdeutschland abgezogen. Auch in den folgenden Jahren konzentrierten sich die westdeutschen Monopole, die Geheimdienste und andere Organisationen darauf, hochqualifizierte Fachkräfte aus der DDR abzuwerben, um damit dem sozialistischen Aufbau großen Schaden zuzufügen und zugleich die eigenen Positionen – auch für den Konkurrenzkampf mit anderen kapitalistischen Staaten oder Konzernen – zu verbessern.

Doch ungeachtet dieser Lage mußte der ökonomische Wettbewerb mit dem hochentwickelten kapitalistischen Westdeutschland mit aller Energie in Angriff genommen werden. Die Aufgabe, das wissenschaftlich-technische Weltniveau zu erreichen und mitzubestimmen, wurde daher von der 3. Parteikonferenz in den Mittelpunkt gerückt. Wesentliche politische und theoretische Voraussetzungen für die Bewältigung dieser großen Aufgabe geschaffen und auf die Problematik der technischen Revolution orientiert zu haben, war das große Verdienst der SED in dieser Zeit.

Um auf allen wichtigen Gebieten der Industrie, in der Konstruktion und Fertigung das Niveau der führenden kapitalistischen Staaten, vor allem auch Westdeutschlands, zu erreichen, mußten komplizierte Aufgaben gelöst werden. Es ging darum, im Maschinenbau und in anderen Industriezweigen moderne, hochproduktive Arbeitsverfahren anzuwenden. Die Bewältigung der Probleme der technischen Revolution erforderte eine weitere Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern.

Bereits im Verlauf des ersten Fünfjahrplans hatte die DDR hervorragende wissenschaftlich-technische Leistungen vollbracht, vor allem bei der Gewinnung von Rohstoffen und ihrer Verarbeitung auf den unteren Verarbeitungsstufen. Jedoch entsprach in vielen Indu-

striezweigen, darunter in der metallverarbeitenden Industrie, der technische Stand eines bedeutenden Teils der Erzeugnisse nicht dem Weltniveau, und auch die modernsten Verarbeitungsverfahren konnten noch nicht in genügendem Umfang angewandt werden. Der Mangel an modernen technischen Einrichtungen und Maschinen, an Meß-, Steuer- und Regelgeräten hemmte oft die volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten sowie die komplexe Mechanisierung und die Automatisierung der Produktion. Deshalb kam es darauf an, die Automatisierung vor allem in Betrieben mit großer Massenfertigung in Angriff zu nehmen, während in anderen Betrieben die komplexe Mechanisierung aller Haupt-, Hilfs- und Nebenprozesse einer bestimmten Produktion in den Vordergrund rückte.

Mehr Aufmerksamkeit mußte auch der Mechanisierung der körperlich schweren Transportarbeiten durch die Verwendung von Hubwagen, Gabelstaplern, Fließbändern und anderen Geräten gewidmet werden. Weiterhin war es nötig, eine weitere Typisierung und Standardisierung nicht nur der Fertigerzeugnisse, sondern auch der Normteile zu erreichen. Große Bedeutung hatte die weitere Spezialisierung der Industriebetriebe, weil sie es gestattete, in größerem Umfang zur Großserienproduktion überzugehen.

Um diese Aufgabe zu lösen, legte die Direktive zum zweiten Fünfjahrplan fest, daß die Investitionsmittel in erster Linie zur schrittweisen Erneuerung des Maschinenparks, für die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse sowie für den Ersatz veralteter Ausrüstungen zu verwenden seien. Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mußte die Hauptmethode bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität werden.

Im Unterschied zur vorangegangenen Planperiode wurden die Hauptkennziffern des zweiten Fünfjahrplanes erstmalig mit den langfristigen Wirtschaftsplänen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Europas koordiniert. Auf der Berliner Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Mai 1956 wurden gemeinsame Bilanzen für die Hauptpositionen der Produktion ausgearbeitet oder vereinbart. Darin kam eine höhere Form der planmäßigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des RGW zum Ausdruck. Die Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten, die sozialistische Kooperation und Spezialisierung erhielten immer mehr Bedeutung. Mit den bisher angewandten Methoden der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten, die sich in der

Hauptsache auf die Entwicklung des Außenhandels erstreckte, konnten die neuen Aufgaben, die die technische Revolution und der ökonomische Wettbewerb des sozialistischen Weltsystems mit dem kapitalistischen Weltsystem stellten, nicht erfüllt werden. In der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mußten die sozialistischen Staaten, deren Entwicklungsniveau sehr unterschiedlich war, jedoch erst noch Erfahrungen sammeln.

Während der Vorbereitung der Parteikonferenz erzielten die Werktätigen in der materiellen Produktion Erfolge, die es der SED ermöglichten, hohe Aufgaben zu stellen. Von großer Bedeutung war der sozialistische Wettbewerb zu Ehren der Parteikonferenz, in dessen Mittelpunkt die Steigerung der Arbeitsproduktivität stand. Die Stahl- und Walzwerker von Hennigsdorf zum Beispiel hatten begonnen, zusammen mit Angehörigen der technischen Intelligenz die Losung der SED „Modernisieren, Mechanisieren, Automatisieren" mit Leben zu erfüllen. Gerade das wurde zum charakteristischen Inhalt der sich rasch entwickelnden Massenbewegung in vielen Betrieben der DDR. Am zweiten Verhandlungstag der Parteikonferenz berichtete eine Delegation aus den Industriebetrieben, daß allein in der Grundstoffindustrie 200 000 Werktätige zu Ehren der Konferenz im sozialistischen Wettbewerb standen und Werte von vielen Millionen DM über den Plan hinaus geschaffen hatten. Noch während der Tagung antworteten die Arbeiterklasse und andere Werktätige auf die Direktiven für den zweiten Fünfjahrplan. Sie bekundeten damit ihre enge Verbundenheit mit der SED und erklärten ihre feste Entschlossenheit zur Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus.

Die Parteikonferenz wies die weitere Perspektive der Mittelschichten. Es war der Zeitpunkt herangereift, das politische Bündnis der Arbeiterklasse mit den Handwerkern, Einzelhändlern und Unternehmern durch ökonomische Beziehungen fester zu gestalten. Die SED ließ sich dabei von jener allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus leiten, die besagt, daß das feste Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Schichten der Werktätigen die Basis ist, um den Sozialismus zum Siege zu führen. Es galt, die Frage der Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer zu beantworten, ob es für sie als Privateigentümer an Produktionsmitteln annehmbare Wege des Übergangs zu sozialistischen Wirtschaftsformen gibt.

Die Beantwortung dieser Frage war um so bedeutender, als diese

Schichten und die von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten einen beachtlichen Teil der Bevölkerung der DDR ausmachten. Ende 1955 gab es 550 000 private Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen). Gemeinsam mit den 1,45 Millionen bei ihnen Beschäftigten waren fast 20 Prozent der berufstätigen Bevölkerung im privaten Sektor der Wirtschaft und des Handels tätig. In den 13 782 Privatbetrieben wurden im Jahre 1955 Werte in Höhe von 6,5 Milliarden DM erzeugt. Ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion der DDR betrug 14,7 Prozent.

Die 3. Parteikonferenz der SED konnte sich bereits auf zahlreiche Vorschläge, die von den verbündeten Parteien des Demokratischen Blocks und Angehörigen der Mittelschichten unterbreitet worden waren, sowie auf erste praktische Erfahrungen der vergangenen Jahre stützen. Seit 1952 hatten sich auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung Handwerksmeister und Gesellen zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. Bis 1955 waren 85 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit 2290 Mitgliedern entstanden. Zur Zeit der Parteikonferenz hatten auch schon mehrere Privatunternehmer von dem Vorschlag der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1955 Gebrauch gemacht, eine staatliche Beteiligung aufzunehmen.

Die Auswertung dieser Erfahrungen ermöglichte es der Parteikonferenz, eine geschlossene Konzeption für die künftige Einbeziehung der Handwerker und Einzelhändler sowie der Privatunternehmer in den sozialistischen Aufbau auszuarbeiten. Sie war ein wichtiger Bestandteil der von der SED kontinuierlich verfolgten Politik in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Konferenz orientierte darauf, allen diesen Schichten die Möglichkeit des Übergangs zur sozialistischen Produktionsweise zu geben und die sozialistische Umwälzung in diesen Bereichen der Volkswirtschaft auf friedlichem Wege fortzusetzen.

Den Handwerkern wurde der Übergang zu sozialistischen Wirtschaftsformen durch die Bildung von Produktionsgenossenschaften, den privaten Einzelhändlern und Gewerbetreibenden durch den Abschluß von Kommissionsverträgen mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel und den kapitalistischen Unternehmern in der Industrie und im Bauwesen durch die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung an ihrem Betrieb empfohlen. Diese Vorschläge dienten

sowohl den persönlichen Interessen der Angehörigen des Mittelstandes und der Sicherung ihrer Existenz als auch den gesellschaftlichen Interessen im Kampf um den Frieden und den Sozialismus. Die SED betonte, daß der Übergang dieser Schichten von den alten, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Formen der Produktion zu sozialistischen Produktionsformen nicht unter Zwang, sondern nur durch geduldige Überzeugung, auf Grund eigener Erfahrungen und bei strikter Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit erfolgen könne. Die von der SED ausgearbeitete Politik zur Einbeziehung des städtischen Kleinbürgertums und der kapitalistischen Unternehmer in den Aufbau des Sozialismus stellte eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus dar.

Unter den Bedingungen, da das sozialistische Weltsystem eine wachsende Anziehungskraft ausübte, wurde erstmalig in einem industriell entwickelten Land in der Praxis bewiesen, daß die Arbeiterklasse und der sozialistische Staat in der Lage waren, die Angehörigen des städtischen Kleinbürgertums und der kapitalistischen Unternehmer schrittweise zu sozialistischen Werktätigen zu machen.

Die neuen Aufgaben stellten höhere Anforderungen an die SED. Die Parteikonferenz legte dar, wie sich die Parteiarbeit entwickeln sollte. Ihre Qualität mußte daran gemessen werden, wie der Fünfjahrplan erfüllt wurde. In der innerparteilichen Arbeit kam es daher darauf an, jedes Mitglied zum selbständigen und verantwortungsbewußten Handeln zu erziehen, die Kollektivität der Leitungen, die innerparteiliche Demokratie sowie die Entfaltung der Kritik von unten zu sichern, die Verantwortung der Grundorganisationen als der unmittelbaren Bindeglieder der Partei zu den Parteilosen zu erhöhen und die systematische Arbeit der Leitungen mit jedem Mitglied zu entwickeln.

Das Wesen dieser Hinweise bestand darin, die Leninschen Normen des Parteilebens überall und konsequenter anzuwenden und weiterzuentwickeln. Besonders die ideologische Arbeit mußte so verändert werden, daß sie wirksamer der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen diente.

Walter Ulbricht erklärte: „Die Aufgabe unserer Partei besteht darin, in der sozialistischen Erziehung die *Theorie und Praxis enger zu verbinden* und zugleich einen *ständigen ideologischen Kampf gegen*

imperialistische und andere reaktionäre Ideologien zu führen ... Die Partei der Arbeiterklasse, als die führende politische Kraft, hat jetzt die Aufgabe, durch den ideologischen Kampf ... die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen."[5]

Der Beschluß der Parteikonferenz über Maßnahmen zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie trug dazu bei, der schöpferischen Kraft der Volksmassen neuen Raum zu geben. In seinem Referat über die Rolle der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR wies Otto Grotewohl nach, daß die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie die Voraussetzung dafür war, die Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes erfolgreich erfüllen zu können. „Unsere großen Erfolge waren möglich, weil unter Führung unserer Partei und durch die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen Hunderttausende Werktätige zur Leitung des Staates herangezogen wurden und werden."[6]

In der Zusammensetzung der gewählten Organe kam die führende Rolle der Arbeiterklasse immer deutlicher zum Ausdruck. Von den 13 503 Abgeordneten der Volksvertretungen in den Bezirken, Kreisen und Städten stammten 8399 aus der Arbeiterklasse. Nach der im Jahre 1952 erfolgten Neubildung der Bezirke und Kreise waren nunmehr die Notwendigkeit herangereift und die Möglichkeiten gegeben, die Struktur und die Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht gemäß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus weiter zu verändern. Die Parteikonferenz forderte insbesondere, ein Gesetz auszuarbeiten, das der Volkskammer die Aufsicht und Anleitung der örtlichen Volksvertretungen übertragen sollte, und ein Gesetz über den Aufbau und die Arbeitsweise der örtlichen Organe der Staatsmacht zu schaffen. Dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wurde empfohlen, der Bevölkerung die Grundsätze für diese Gesetze zur Diskussion vorzulegen.

Die Vorschläge gingen davon aus, daß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beim weiteren Aufbau des Sozialismus eine ständig wachsende Bedeutung und Verantwortung zukam. Das

[5] Ebenda, S. 195/196.

[6] Otto Grotewohl: Die Rolle der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 2, Berlin 1956, S. 683.

entsprach dem sozialistischen Prinzip, die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen immer mehr in die Leitung von Staat und Wirtschaft einzubeziehen, sie unmittelbar über alle wichtigen Fragen der Entwicklung des Staates, der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Ordnung mit entscheiden zu lassen und ihnen auf diese Weise schneller bewußtzumachen, daß sie Herren des Staates und Gestalter ihrer Zukunft sind.

Zugleich führte die SED damit den Kampf gegen bestimmte Tendenzen der Überzentralisation sowie gegen Erscheinungen des Bürokratismus und des Dogmatismus in der Arbeit der staatlichen Organe. Um die Kontrolle der Werktätigen über die Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen zu erweitern, schlug die Parteikonferenz vor, daß diese und ihre Organe, die Ständigen Kommissionen und die örtlichen Räte, mindestens zweimal im Jahr vor der Bevölkerung über ihre gesamte Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Zugleich sollten die Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen deren Arbeit stärker unterstützen und deren Beschlüsse kontrollieren helfen. Die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen mußten noch besser ihrer Pflicht nachkommen, ständige Verbindung zu den Wählern zu halten, deren Kritik und Hinweise zu beachten und für die Arbeit der örtlichen Organe auszuwerten.

Mit den Beschlüssen der Parteikonferenz wurde ein neuer Abschnitt der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR eingeleitet. Diese Entwicklung war gesetzmäßig. Sie beruhte auf den Erfolgen beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, auf den Erfahrungen und dem gewachsenen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der Bevölkerung.

„Wir sprechen offen aus", erklärte Walter Ulbricht in seinem Referat, „daß in der Deutschen Demokratischen Republik die politische und sozialökonomische Basis der Arbeiter-und-Bauern-Macht so gefestigt ist, daß sich der Klassenkampf stärker gegen die Kräfte konzentriert, die den amerikanischen und westdeutschen Kriegstreibern, die vom Boden der Bundesrepublik und Westberlins gegen die Deutsche Demokratische Republik arbeiten, Hilfsdienste leisten."[7]

Während die Wurzeln des Klassenkampfes im Innern der DDR immer mehr beseitigt wurden, wurde das Ringen zwischen den Kräf-

[7] Walter Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 1, S. 75.

ten des Sozialismus und des Imperialismus im gesamtnationalen Maßstab infolge der aggressiven, restaurativen Bestrebungen des westdeutschen Militarismus immer angespannter.

Die fortschreitende Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in die NATO zwangen die DDR, zur Sicherung des Friedens in Deutschland auch geeignete militärische Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Die Volkskammer der DDR hatte deshalb am 18. Januar 1956 den Beschluß über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung gefaßt und den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph zum Minister für Nationale Verteidigung berufen.

Am 1. März 1956 hatte das Ministerium die Arbeit aufgenommen, und zugleich waren die ersten Truppenteile aufgestellt und vereidigt worden. Damit war zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands begonnen worden, eine Armee der zur Macht gelangten Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten des Volkes zu schaffen. Ihre oberste Aufgabe war die Erhaltung des Friedens und der Schutz der Errungenschaften der Werktätigen gegen alle Anschläge der aggressiven Imperialisten und Militaristen. Die 3. Parteikonferenz der SED bezeichnete als zentrale militärpolitische Aufgabe den systematischen Aufbau der Nationalen Volksarmee und deren Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Armee, die imstande ist, den Frieden und die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR wirksam zu schützen.

3. Der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes. Der Kampf der SED gegen dogmatische und revisionistische Entstellungen des Marxismus-Leninismus

Die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED orientierten alle Werktätigen der DDR auf die weitere Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den verstärkten Kampf für die Sicherung des Friedens, die Minderung der Spannungen und ein normales Zusammenleben beider deutscher Staaten. Sie leiteten einen neuen Abschnitt beim Aufbau des Sozialismus ein und brachten nicht nur für die SED, sondern auch für die mit ihr befreundeten Parteien und für die gesellschaftlichen Massenorganisationen neue Aufgaben mit sich. Die mit der SED befreundeten Parteien des Demokratischen Blocks,

der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands und andere Organisationen begrüßten die Beschlüsse der Parteikonferenz und erklärten, sie mit aller Kraft verwirklichen zu helfen.

Am 9. April beriet der Demokratische Block im Anschluß an ein Referat Hermann Materns über wichtige Probleme der Parteikonferenz. In den Monaten April und Mai unterbreiteten die Christlich-Demokratische Union, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und die National-Demokratische Partei Deutschlands Vorschläge zur Verwirklichung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED, insbesondere zur Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau. Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beriet am 23. April 1956 die Vorschläge der 3. Parteikonferenz der SED, die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen sowie den Aufbau und die Arbeitsweise der örtlichen Organe der Staatsmacht gesetzlich neu festzulegen.

Auf Empfehlung der SED legte der Nationalrat beide Gesetzentwürfe der gesamten Bevölkerung zur Diskussion vor. Im Verlauf dieser Diskussion, an der etwa 4,5 Millionen Bürger an Haus- und Einwohnerversammlungen teilnahmen, wurden rund 10 000 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe unterbreitet. Die Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und der Bevölkerung vertieften sich, und die Volksvertretungen in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken nahmen viele der Vorschläge sogleich in ihr Arbeitsprogramm auf.

Die Abgeordneten der Volksvertretungen wirkten verstärkt dahin, den Werktätigen die staatliche Politik zu erläutern und die Bevölkerung zur Mitarbeit an der Lösung der staatlichen Aufgaben zu gewinnen, regelmäßig Sprechstunden durchzuführen, Rechenschaft über ihre Arbeit und die Tätigkeit der Volksvertretungen abzulegen und aufs engste mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED unterbreitete die DDR zahlreiche neue Vorschläge zur Entspannung in Deutschland, für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Bereits in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1956 hatte der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, hervorgehoben, beide deutsche Staa-

ten müssen sich schnell über folgende Vorschläge verständigen: „Um das friedliche Leben der Bevölkerung zu sichern, setzen sich beide deutschen Staaten für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen ein. Beide Teile Deutschlands verpflichten sich in einem Abkommen feierlich, jede Anwendung von Gewalt gegeneinander zu unterlassen und nur mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken."[8]

Jede Kriegspropaganda und jede Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Boden sollten eingestellt werden. Es sollten gemeinsame Vereinbarungen beider Regierungen über die Ächtung der Atombomben und den beiderseitigen Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen getroffen werden. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland forderte am 23. April 1956 einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Sie trat vor allem für die Schaffung einer Zone begrenzter und kontrollierter Rüstung ein, zu der die Bundesrepublik und die DDR gehören sollten.[9] Die herrschenden Kräfte in Westdeutschland lehnten jedoch auch diese Vorschläge der DDR ab. Statt Schritte zur Entspannung zu tun, bereiteten sie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vor. Am 4. Mai 1956 bestätigte die Mehrheit des Bundestages einen entsprechenden Gesetzentwurf in erster Lesung.

Am 29. Mai 1956 schlug daraufhin die Regierung der DDR vor, daß sich beide deutsche Staaten verpflichten sollten, die Wehrpflicht nicht einzuführen.[10] Ministerpräsident Otto Grotewohl unterbreitete in einer Regierungserklärung der Volkskammer der DDR ein umfassendes Programm zur innerdeutschen Entspannung. Es sah unter anderem vor: eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte, ein von den Regierungen beider deutscher Staaten gemeinsam oder einzeln ausgesprochenes Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden, das Verbot der Tätigkeit aller militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen, in beiden Teilen Deutschlands gleiche Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze, die weitere Entwicklung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen und des Handels zwischen

8 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. III. Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956, Berlin 1956, S. 437.

9 Dokument Nr. 2.

10 Dokument Nr. 3.

beiden deutschen Staaten sowie den Austausch von Parlamentsdelegationen.

Am 30. Juni 1956 faßte der Ministerrat der DDR den Beschluß, die Stärke der Nationalen Volksarmee von 120 000 auf 90 000 Mann herabzusetzen und für die Auffüllung der Armee das Freiwilligenprinzip beizubehalten. Mit diesem bedeutsamen Beschluß über die Verminderung des Mannschaftsbestandes der Nationalen Volksarmee und mit dem Verzicht auf die Einführung der Wehrpflicht leistete die DDR einen konkreten Beitrag zur Abrüstung.

Die Sicherung des Friedens und die Entspannung der Lage in Deutschland hingen in erster Linie vom Kampf der deutschen Arbeiterklasse ab. Die 3. Parteikonferenz hatte daher erklärt, daß die SED zur umfassenden Zusammenarbeit mit der SPD im Kampf gegen die Remilitarisierung und Refaschisierung der Bundesrepublik, für den Frieden, die Demokratie und die nationale Wiedervereinigung Deutschlands bereit sei. Sie hatte dies dadurch bekräftigt, daß sie dem Vorstand der SPD wie auch dem Vorstand des DGB vorgeschlagen hatte, Vertreter zu den Beratungen der Konferenz zu entsenden. Die Führungsgremien der SPD und des DGB waren jedoch dieser Einladung nicht nachgekommen.

Die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED lösten einen großen Aufschwung auf allen Gebieten des politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik aus. Der sozialistische Wettbewerb erhielt neue starke Impulse. Große Bedeutung kam dem Wettbewerb der Stahlwerker der DDR zu, die sich verpflichteten, 70 000 Tonnen Stahl mehr zu schmelzen, als im Staatsplan 1956 vorgesehen waren. Bereits im ersten Halbjahr 1956 konnten etwa 30 000 Tonnen Stahl über den Plan hinaus erzeugt werden. Hervorragenden Anteil an diesem Ergebnis hatte besonders das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, das 13 000 Tonnen Stahl mehr als im Plan vorgesehen produzierte.

Beachtliche Erfolge waren auch im Bergbau und in der Nichteisenhüttenindustrie zu verzeichnen. Auch in der Chemieindustrie und in anderen Industriezweigen machte der sozialistische Wettbewerb gute Fortschritte. In dieser Zeit entwickelten die Brigade „August Bebel" vom VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht" Magdeburg und die Brigade „Klement Gottwald" vom VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" Wildau als neue Form des Wettbewerbs den Gruppenwettbewerb bei vergleichbarer Produktion. Ein ständiger Aus-

tausch von Arbeitserfahrungen, der zur Anwendung der besten Arbeitsmethoden in beiden Brigaden führte, erbrachte bei verbesserter Qualität eine erhebliche Senkung der Herstellungskosten.

Der Verbesserung der technisch-organisatorischen Maßnahmen in den Betrieben dienten vornehmlich die ökonomischen Konferenzen, die im Jahre 1956 stattfanden. Sie trugen wesentlich dazu bei, das Interesse der Werktätigen an der Planerfüllung und die Teilnahme an der Produktionsplanung des Betriebes zu erhöhen. So wurde zum Beispiel im VEB WEMA Aschersleben, im VEB „Henry Pels" in Erfurt und im VEB Fritz-Heckert-Werk in Karl-Marx-Stadt der Produktionsplan aufgeschlüsselt und zugleich eine regelmäßige Kontrolle über die Erfüllung der wichtigsten Kennziffern eingeführt.

Eine große Hilfe für die Durchführung der ökonomischen Vorhaben des zweiten Fünfjahrplans stellte das Abkommen dar, das im Ergebnis von Regierungsverhandlungen zwischen der DDR und der UdSSR im Juli 1956 abgeschlossen wurde. Die Regierungsdelegation der DDR wurde geleitet von Otto Grotewohl, zu ihren Mitgliedern zählten Lothar Bolz, Hans Loch, Otto Nuschke, Paul Scholz, Willi Stoph und Walter Ulbricht. In dem Abkommen wurde unter anderem festgelegt, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu verstärken, um eine möglichst vollständige und rationelle Auslastung der Produktionskapazitäten der DDR zu gewährleisten. Die Sowjetunion gewährte der DDR einen langfristigen Kredit und setzte die jährlichen Kosten für den Unterhalt der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen von 1,6 Milliarden DM auf 800 Millionen DM herab.

Nach der 3. Parteikonferenz wurden ständige oder zeitweilige Kommissionen eingesetzt, die die Aufgabe erhielten, zur Durchführung der beschlossenen Maßnahmen, wie zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie, zur Aufhebung der Reste der Rationierung, zur Steigerung des Wohnungsbaus und anderer, wissenschaftlich begründete Vorschläge auszuarbeiten und sie der Bevölkerung zur Diskussion zu unterbreiten. Damit wurde erreicht, daß den Werktätigen die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung verständlicher wurden. Diese Diskussionen waren außerdem ein wichtiges Mittel, die Mitarbeit und die Initiative der Arbeiterklasse und der anderen Schichten zu entwickeln.

In einem Artikel mit der Überschrift „Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei" nahm die Führung der SED zu einigen Problemen Stellung, die sich aus den Beschlüssen des XX. Parteitages der

KPdSU und aus der 3. Parteikonferenz der SED ergeben hatten. Sie betonte, daß im Mittelpunkt der täglichen Arbeit der Kampf um die Erringung weiterer Fortschritte beim sozialistischen Aufbau stand.

Die Parteikonferenz hatte „für alle Schichten der Bevölkerung die Fragen des Überganges zum Sozialismus beantwortet und damit die Möglichkeit geschaffen für die Gewinnung der ganzen Bevölkerung für die patriotische Mitarbeit... Unsere Partei steht vor der gewaltigen historischen Aufgabe, den sozialistischen Aufbau zu leiten. Alles, was wir denken und tun, muß von dieser entscheidenden Tatsache ausgehen. Darum haben unsere Diskussionen und unsere Arbeit stets einen konkreten Inhalt."[11]

In diesen Diskussionen ging es darum, wie die fortgeschrittene Technik und die Ökonomik der sozialistischen Produktion besser gemeistert und in der Erziehung der Menschen zum sozialistischen Bewußtsein neue Fortschritte erreicht werden konnten. Zugleich mußte die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien auf den Gebieten der Politökonomie, der Philosophie und anderer Zweige der Wissenschaft geführt werden. Die kontinuierliche Durchsetzung der Leninschen Normen in der Tätigkeit aller Organe der SED und des Staates war eine entscheidende Voraussetzung, um die neuen großen Aufgaben im sozialistischen Aufbau und im Kampf um die Sicherung des Friedens lösen zu können.

„Die Partei tritt nicht ein für ein allgemeines Wortgeprassel, für allgemeinen, unverbindlichen Meinungsaustausch, sondern sie läßt sich in ihrer Arbeit von den Weisungen Lenins leiten: ‚Weniger politisches Geschwätz, mehr Aufmerksamkeit für die einfachsten, aber lebendigen, dem Leben entnommenen, durch das Leben erprobten Tatsachen des ... Aufbaus'.

Der Meinungsaustausch in den Parteiorganisationen drängt auf die Beseitigung jener Mängel, die der Initiative der Massen, ihrer Entschlossenheit, aktiv an der Hebung der Arbeitsproduktivität und der Einführung der neuen Technik teilzunehmen, hinderlich im Wege stehen."[12]

Im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU nahm die Parteiführung der SED in diesem Artikel auch zum Kampf für die völlige Überwindung der Folgen des Personenkults um J. W. Stalin Stellung. Dessen Folgeerschei-

[11] Neues Deutschland (B) (Berlin), 29. April 1956.

[12] Ebenda.

nungen hatten in der DDR nicht ein solches Ausmaß angenommen wie in der Sowjetunion und in manchen anderen sozialistischen Ländern. In der DDR hatte sich kein Personenkult um Führer der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt. Es war auch nicht zu solchen Verletzungen der innerparteilichen Demokratie und der sozialistischen Gesetzlichkeit, und auch niemals zu solchen Massenrepressalien und anderen für den Personenkult typischen Erscheinungen und tragischen Folgen gekommen. Dies war das bleibende Verdienst der klugen und weitsichtigen Politik der Führung der SED, die stets die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus, die Wahrung und Entwicklung der innerparteilichen Demokratie in der ganzen Partei und die enge, kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den kleinbürgerlich-demokratischen Kräften in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt hatte.

Die Führung der SED ging in ihrem Artikel näher auf die Bedingungen ein, unter denen sich die SED und der Klassenkampf in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hatten.

In der SED, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen war, hatte in einem längeren Klärungsprozeß der ideologische und organisatorische Kampf sowohl gegen sektiererische Erscheinungen wie auch gegen den Opportunismus geführt werden müssen. Nur so war es möglich gewesen, die aus der Spaltung der Arbeiterklasse herrührenden ideologischen Unterschiede und die Unklarheiten unter den Mitgliedern zu überwinden. Nur dadurch hatte sich die SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei entwickeln können, die imstande war, ihre historische Aufgabe als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes zu erfüllen. Die politische Aktivität der Parteiorganisationen und die Kollektivität der leitenden Parteiorgane waren ständig gefördert worden. Im Einklang mit dem Statut waren regelmäßig die Parteitage und Tagungen des Parteivorstandes beziehungsweise des Zentralkomitees durchgeführt und auf ihnen alle entscheidenden Fragen kollektiv beraten und beschlossen worden. „Ohne die Entwicklung der Kollektivität hätte aus der organisatorischen Vereinigung keine ideologische Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien entstehen können."[13]

Es kam hinzu, daß dieser Verschmelzungsprozeß und die weitere Entwicklung der SED in einem ständigen harten und komplizierten Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus und Militarismus vor sich

[13] Ebenda.

gegangen waren. In dieser Auseinandersetzung hatte zunächst der Kampf gegen die Spaltung und danach für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eine wichtige Rolle gespielt. Sowohl während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, als die Ausmerzung der Überreste des Faschismus in Politik, Wirtschaft, Ideologie und Kultur im Vordergrund gestanden hatte, als auch in der sozialistischen Revolution hatten daher die Tätigkeit des Demokratischen Blocks und der Kampf um die Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens stets eine außerordentlich große Bedeutung gehabt. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit im Demokratischen Block hatte wesentlich dazu beigetragen, daß Fehler gegenüber kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kreisen weitgehend vermieden worden waren.

Die Kompliziertheit und Härte des Kampfes in Deutschland hatten ständige Beratungen sowohl zwischen den Mitgliedern der SED als auch zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den anderen Parteien des Demokratischen Blocks notwendig gemacht. Durch diese gegenseitige Beeinflussung und die gemeinsamen Anstrengungen zur Durchsetzung der nationalen Lebensinteressen war keine Möglichkeit für eine Entwicklung des Personenkults vorhanden gewesen.

Mit diesen klaren Darlegungen wirkte die Führung der SED den Bestrebungen der Imperialisten und ihrer Helfer entgegen, auch in der DDR die Kritik des XX. Parteitages der KPdSU am Personenkult und seinen Folgen für ihre Ziele auszunutzen. Diese Kräfte entwickelten eine fieberhafte Tätigkeit, um das Vertrauen des Volkes zur SED zu untergraben, den Marxismus-Leninismus zu schlagen und der SED eine rückwärtsgerichtete Fehlerdiskussion aufzuzwingen. Diese Diskussion sollte die SED von der Leitung des weiteren sozialistischen Aufbaus ablenken und vor allem die Geschlossenheit ihrer kollektiven Führung zersetzen. Wie schon so oft in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung richtete die imperialistische Reaktion auch diesmal ihre Hetze zuerst gegen die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und ihre Führung. Mit der Verleumdung der SED und des Ersten Sekretärs ihres Zentralkomitees, Walter Ulbricht, setzte die Reaktion die jahrzehntelang betriebene Hetze fort, die sie seinerzeit gegen solche hervorragenden Führer der Arbeiterklasse wie August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und viele andere Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre gerichtet hatte.

Die SED erklärte den Werktätigen die Wahrheit über die Rolle der Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse und als Führerin aller demokratischen und patriotischen Kräfte. Das war außerordentlich wichtig, denn die Lügen und Verleumdungen, die die reaktionären westdeutschen Kräfte in die DDR trugen, blieben nicht ohne Wirkung. In der DDR gab es noch Überreste der Ausbeuterklassen und ein zahlenmäßig großes Kleinbürgertum. Diese Schichten waren für die reaktionäre Ideologie des westdeutschen Imperialismus empfänglich.

Das erfahrene Führungskollektiv der SED bewies seine Weitsicht, indem es die Folgen des Personenkults um J. W. Stalin im Vorwärtsschreiten überwand, keine rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion zuließ und es dadurch dem imperialistischen Gegner nicht gestattete, die Kritik am Personenkult für seine Diversionszwecke auszunutzen, den sozialistischen Aufbau aufzuhalten und das Vertrauen zur SED und ihrer Führung sowie zur KPdSU und zur Sowjetunion zu untergraben.

Unter Führung des Zentralkomitees hatte die SED in den vergangenen Jahren eine große Arbeit zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus und zur schöpferischen Anwendung seiner Lehren beim sozialistischen Aufbau geleistet. Hunderttausende Werktätige hatten den Weg zum Marxismus-Leninismus gefunden. Im Parteilehrjahr, an Parteischulen, Universitäten und anderen Bildungsstätten waren vor allem die Arbeiten J. W. Stalins studiert worden, während das Studium der grundlegenden Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und besonders von W. I. Lenin demgegenüber zurückgetreten war. Unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes und angesichts der Kompliziertheit der zu lösenden Aufgaben war es in der Philosophie, in der Geschichtswissenschaft und in anderen Zweigen der Gesellschaftswissenschaften, in der Propaganda, auf dem Gebiet der Kunst, der Volksbildung und auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft zu Erscheinungen des Dogmatismus und Schematismus gekommen.

Das Zentralkomitee der SED betonte auf seiner 28. Tagung, die vom 27. Juli bis 29. Juli 1956[14] stattfand, daß in dieser Zeit der Dogmatismus in der theoretischen und propagandistischen Arbeit zum Haupthindernis für die schöpferische Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus auf das Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse und die konkreten historischen Bedingungen in Deutschland geworden war. „Der Dogmatismus kommt vor allem darin zum Aus-

[14] Dokument Nr. 4.

druck, daß die theoretische und propagandistische Arbeit von der Praxis des sozialistischen Aufbaus losgelöst ist. Die Theorie erforscht nicht genügend die neuen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens...

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß das Zurückbleiben in der ideologischen Arbeit der Partei auch auf der Unterschätzung der wissenschaftlichen und propagandistischen Tätigkeit durch viele Praktiker und auf dem oftmals noch ungenügenden theoretischen Niveau vieler wissenschaftlicher Arbeiten beruht."[15]

Das Zentralkomitee unterstrich zugleich, daß Erfolge in der wissenschaftlichen Arbeit nur erzielt werden können, wenn auf allen Gebieten das Leninsche Prinzip der strengsten Parteilichkeit strikt gewahrt wird. „Gegen die den Fortschritt hemmende, menschheitsfeindliche imperialistische Ideologie führt die Partei einen unversöhnlichen Kampf. Sie kann es auch nicht hinnehmen, wenn unter der Flagge der ‚Freiheit der Kritik' und des wissenschaftlichen Meinungsstreites die Grundideen des Marxismus-Leninismus preisgegeben werden."[16]

In diesem notwendigen Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum übersah die SED also nicht die Gefahr revisionistischer Erscheinungen, die sich im Sommer und Herbst 1956 häuften. Bei ihren Angriffen gegen die Einheit des sozialistischen Lagers und gegen den Marxismus-Leninismus bedienten sich die imperialistischen Kräfte verstärkt revisionistischer Losungen und Auffassungen, um der Konterrevolution durch ideologische Wühltätigkeit Einbruchsmöglichkeiten zu verschaffen. Sie nutzten dabei den Kampf gegen den Dogmatismus zu Angriffen gegen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus aus und fanden auch in der DDR bei jenen, die das Wesen der vorwärtsweisenden Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU nicht begriffen hatten, gewissen Boden für ihre gegen den Sozialismus gerichteten Verleumdungen.

Unter dem Einfluß der verständlichen Erschütterung, die die Kritik an den Fehlern J. W. Stalins und Überspitzungen bei dieser Kritik ausgelöst hatten, sowie unter dem Druck der ideologischen Diversionstätigkeit der konterrevolutionären Kräfte gab es in manchen Parteiorganisationen ein Zurückweichen vor der bürgerlichen Ideologie. Revisionistische Konzeptionen, die die Rolle der Volksmassen in der Geschichte entstellten, die Bedeutung der Partei der Arbeiter-

15 Dokumente der SED, Bd. VI, S. 121/122.

16 Ebenda, S. 123.

klasse herabsetzten oder leugneten, das Prinzip der Parteilichkeit in der Wissenschaft und in der Kunst verfälschten oder zu negieren versuchten, wurden verstärkt verbreitet. Auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet, in der Staatstheorie, in der Pädagogik und im Hochschulwesen traten revisionistische Kräfte stärker in Erscheinung. Sie forderten zum Beispiel die Abschaffung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an den Hochschulen.

Auf dem Gebiet der Schulpolitik waren revisionistische Kräfte bestrebt, unter dem Vorwand, die Schüler seien überlastet, die Lehrpläne, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern, zu reduzieren und das Bildungsniveau zu senken. Entgegen den klaren Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED hemmten die revisionistischen Kräfte die engere Verbindung der Schule mit dem Leben und die Verknüpfung der Allgemeinbildung mit der polytechnischen Bildung.

Während die SED alles unternahm, den Arbeiter-und-Bauern-Staat zur Abwehr jedes Versuchs konterrevolutionärer Anschläge allseitig zu festigen, begannen einige Wissenschaftler, die auf dem Gebiet der Staatstheorie und der Ökonomie tätig waren, allgemein von „Erweiterung der Demokratie" zu sprechen. Es wurden revisionistische Theorien verbreitet, wonach der sozialistische Staat bereits in der Übergangsperiode zum Sozialismus abzusterben beginne. Ihre Vertreter leugneten die Notwendigkeit, die Leitung des Staates durch die Arbeiterklasse und ihre Partei zu verstärken. Sie redeten der Spontaneität das Wort und forderten, die zentrale staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft abzuschaffen und sie durch eine sogenannte Selbstverwaltung der Produzenten zu ersetzen.

Die Vertreter revisionistischer Konzeptionen offenbarten mit ihren Auffassungen, daß sie die marxistisch-leninistische Theorie von der Rolle des Staates in der Übergangsperiode ignorierten, wenig mit dem Kampf der Arbeiterklasse und mit dem sozialistischen Aufbau verbunden waren und dem ideologischen Druck des Gegners unterlagen. Ihnen allen war der Unglaube an die Kraft der Arbeiterklasse und des Sozialismus gemein. Viele Anhänger revisionistischer Auffassungen ließen sich von der irrigen Meinung leiten, daß eine Verlangsamung des Tempos des sozialistischen Aufbaus der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat dienen könnte.

Die Schädlichkeit dieser Meinung zeigte sich unter anderem bei der

sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Die von der SED ausgearbeitete Agrarpolitik sah vor, die bestehenden LPG allseitig zu festigen, den Einzelbauern einschließlich der Großbauern die Vorzüge der genossenschaftlichen Arbeitsweise zu erläutern und sie für den sozialistischen Weg in der Landwirtschaft zu gewinnen. Die Verwirklichung dieser Politik wurde jedoch durch das Auftreten revisionistischer Kräfte erschwert, deren Ziel am klarsten in der opportunistischen Konzeption Kurt Viewegs, der in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften tätig war, zum Ausdruck kam. Unter der demagogischen Losung, „einen für die deutschen Bauern gangbaren Weg zum Sozialismus" zu finden, forderte Vieweg die Beseitigung der MTS und die Entwicklung „bäuerlicher Familienbetriebe", was in Wirklichkeit die Förderung kapitalistischer Betriebe bedeutet hätte.

Die Durchführung dieser Konzeption, deren Hauptpunkte mit den agrarpolitischen Auffassungen der Führung der SPD übereinstimmten, hätte zur Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf Kosten Zehntausender von Klein- und Mittelbauern geführt.

Sehr schädlich wirkten sich auch opportunistische Auffassungen aus, die unter anderem darauf hinausliefen, die „schwachen" LPG aufzulösen und im „Interesse der schnelleren Steigerung der Marktproduktion" nicht die LPG, sondern die Einzelbauern vorrangig mit Maschinen und Düngemitteln zu unterstützen. Auch das hätte nichts anderes bedeutet, als den sozialistischen Sektor auf dem Lande zu schwächen und den Kapitalismus zu stärken.

Die opportunistische Entstellung der Landwirtschaftspolitik der SED durch einige Funktionäre und Agrarwissenschaftler begünstigte die zeitweilige Stagnation der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande. Die sozialistische Umgestaltung wurde vielerorts dem Selbstlauf überlassen. Infolgedessen erhöhte sich von Ende 1955 bis Ende 1956 die Anzahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nur von 6047 auf 6281.

Auch in Kreisen der Kulturschaffenden gab es zeitweilig revisionistische Schwankungen, die den Fortgang der Kulturrevolution hemmten. Die 3. Parteikonferenz der SED hatte allen Kulturschaffenden die klare Orientierung gegeben, die sozialistische Kultur zur herrschenden zu machen. Sie hatte künstlerische Schöpfungen gefordert, in denen die großen Gedanken und Gefühle der Helden der sozialistischen Gesellschaft, die tiefen Konflikte der Gegenwart und ihre Überwindung, der Kampf gegen das hemmende kapitalistische und

spießbürgerliche Denken, das Ringen um die höhere Moral des Sozialismus überzeugend gestaltet werden.

Die Parteikonferenz der SED hatte die große Bedeutung des Ringens um künstlerische Meisterschaft betont, da die weltverändernden Ideen des Sozialismus auf allen Gebieten der Kunst nur durch meisterhafte künstlerische Interpretation eine tiefe aktivierende Wirkung auf die Menschen ausüben können. Dies war mit maßgebend dafür, daß Kunst und Literatur immer mehr von den optimistischen und humanistischen Ideen des Sozialismus durchdrungen wurden. Jedoch vollzog sich die weitere Entwicklung der sozialistischen Kulturrevolution nicht glatt.

Unter dem Einfluß der ideologischen Diversionstätigkeit der konterrevolutionären Kräfte entwickelten sich im Jahre 1956 unter Kulturschaffenden der DDR Erscheinungen des Zurückweichens. In dieser Zeit wirkte sich vor allem der Einfluß mancher unmarxistischer Theorien hemmend aus, insbesondere die gegen den sozialistischen Realismus gerichteten revisionistischen Auffassungen des ungarischen Literaturtheoretikers Georg Lukács, dessen Arbeiten in der DDR große Verbreitung gefunden hatten.

Eine andere Form der ideologischen Verwirrung bestand in der Auffassung, für die Kunst sei das eigentlich Interessante und Gestaltenswerte das Ungewöhnliche, Anomale. Das „Gewöhnliche", das „Normale" im Leben sei dagegen für die Kunst wenig ergiebig und uninteressant. Damit wurde die Position des sozialistischen Realismus aufgegeben und der bürgerlichen Dekadenz Tür und Tor geöffnet. Unter dem Einfluß solcher Auffassungen wurden Werke der bürgerlichen Dekadenz verbreitet, ohne daß von der Akademie der Künste, den Künstlerverbänden und dem Kulturbund ein energischer Kampf dagegen geführt worden wäre.

In dieser Lage mußte die SED eine entschiedene Wende herbeiführen. Sie ergriff die Initiative zur entschlossenen Auseinandersetzung mit allen hemmenden, revisionistischen und reaktionären Auffassungen in den Künstlerverbänden. Die aktivsten Mitglieder der SED begannen in den Kulturinstitutionen, in den Verbänden, Kunstschulen und im Bereich der kulturellen Massenarbeit den Kampf für eine grundlegende Verbesserung der kulturellen Arbeit. Dabei waren Aussprachen führender Funktionäre der SED mit Schriftstellern und namhaften Kulturschaffenden eine wichtige Hilfe.

Die SED führte auf ideologischem Gebiet den Kampf sowohl gegen

Dogmatismus als auch gegen Revisionismus. Sie betonte, daß es unerläßlich sei, die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin gründlich zu studieren und die Lehren des Marxismus-Leninismus in der Praxis anzuwenden. In der ideologischen Arbeit kam es darauf an, die besondere Verantwortung der DDR im Kampf um die Sicherung des Friedens deutlich zu machen und die Erfahrungen zu verallgemeinern, die sie beim Aufbau des Sozialismus gesammelt hatte. Den Werktätigen mußte der grundlegende Unterschied zwischen dem Unrechtsstaat der Imperialisten und Militaristen, der westdeutschen Bundesrepublik, und dem wahrhaft demokratischen Staat der Arbeiter und Bauern, der Deutschen Demokratischen Republik, erläutert werden. Zugleich mußten die Verfälschungen des Freiheitsbegriffes durch imperialistische Ideologen entlarvt und die Verbundenheit der Werktätigen mit ihrer Republik vertieft werden.

Die Entfaltung der sozialistischen Revolution auf ideologischem und kulturellem Gebiet erlangte zunehmend Bedeutung, da sich der Kampf zwischen den zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen gerade auf dem Gebiet der Ideologie besonders zuspitzte.

4. Der Zusammenbruch der konterrevolutionären Anschläge gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Beitrag der DDR zur Rettung des Friedens im Herbst 1956

Der Konzeption des friedlichen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten, die die 3. Parteikonferenz der SED entwickelt hatte, stellten die herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands ihre Konzeption der gewaltsamen Eroberung und Eingliederung der DDR in den Machtbereich des Imperialismus, der Aufrüstung und der Verschärfung der internationalen Lage entgegen.

Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre, nicht zuletzt auch des raschen Zusammenbruchs des konterrevolutionären Putsches am 17. Juni 1953, orientierten sie sich darauf, von außen her organisierte Unruhen als Vorwand zu benutzen, um durch eine Aggression gegen die DDR ihr Ziel zu erreichen.

Von einer Stärkung ihrer militärischen Kraft im Rahmen der NATO versprachen sich die westdeutschen Imperialisten die Möglichkeit, ihre politischen und ökonomischen Positionen weiter auszubauen

und so Schritt um Schritt zur zweitstärksten Macht im imperialistischen Lager zu werden. Eine weitere Zuspitzung der internationalen Spannungen sollte dazu beitragen, die Bundesrepublik als Sturmbock des imperialistischen Lagers aufzuwerten. Dabei fanden die westdeutschen Imperialisten die Unterstützung der USA.

Die herrschenden Kreise der USA hatten die Hoffnung noch nicht aufgegeben, durch die Auslösung eines großen Krieges ihre Positionen weiter stärken und die kapitalistische Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Staaten restaurieren zu können. Sie spekulierten darauf, daß der imperialistische Militärblock, der die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten mit einem Ring von Stützpunkten umgeben hatte, sich in einer besseren strategischen Position befinde und hinsichtlich der atomaren Aufrüstung überlegen sei.

Eine besondere Stellung in den imperialistischen Kriegsplänen war der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands zugedacht. Der amerikanische Imperialismus wollte das militärische Potential Westdeutschlands und die Erfahrungen der ehemaligen Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht in den Dienst der imperialistischen Aggressionspolitik stellen. Der entstehenden Bundeswehr war die Rolle eines Stoßtrupps im Rahmen des europäischen NATO-Kontingents zugedacht.

Systematisch bereitete sich der westdeutsche Imperialismus auf die Verwirklichung seiner aggressiven Pläne vor. Im Juli 1956 beschloß der Bundestag die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Vizepräsident des Bundestages Richard Jaeger erklärte namens der Fraktion der CDU/CSU, die Einführung der Wehrpflicht sei erforderlich, damit der Bundesrepublik die notwendige Stärke gesichert werde, ohne die „jede Hoffnung auf Befreiung der Mittelzone und jede Hoffnung auf Wiedervereinigung ein für allemal vom Tische geweht wäre“[17]. Damit war klar ausgesprochen, daß die Einführung der Wehrpflicht der Vorbereitung einer Aggression gegen die DDR diente. Und als Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Kabinettssitzung Mitte September 1956 forderte, die Bundeswehr müsse Atomwaffen haben, „denn die deutschen Soldaten dürften nicht diskriminiert werden“[18], da war das die gleiche Demagogie, die schon Adolf Hitler bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges angewandt hatte, als er die

17 2. Deutscher Bundestag, 157. Sitzung (Bonn), 4. Juli 1956, S. 8590.

18 Zit. nach: Der Spiegel (Hamburg), 1956, Nr. 42, S. 18.

Aufrüstung des faschistischen Deutschlands mit der Behauptung zu verbrämen suchte, daß Deutschland gegenüber den anderen Mächten nicht diskriminiert werden dürfe.

In immer größerem Umfang übernahmen reaktionäre Kräfte und ehemalige Nazis die Leitung wichtiger Ämter in der Bundesrepublik, und die demokratischen Rechte der Bevölkerung wurden in zunehmendem Maße abgebaut. Das Hauptziel der westdeutschen Innenpolitik bestand darin, das Hinterland auf die geplanten Kriegsabenteuer vorzubereiten. Das gesamte innenpolitische Leben Westdeutschlands wurde deshalb vom Militarisierungsprozeß erfaßt. Gleichzeitig verstärkten die herrschenden Kreise Westdeutschlands die ökonomische Kriegsvorbereitung.

Nachdem die Mehrheit des Bundestages schon im Dezember 1955 den Ankauf von Waffen aus den USA im Werte von 700 Millionen Dollar gebilligt hatte, begannen auch westdeutsche Konzernbetriebe verstärkt mit der Produktion von Waffen. Presse, Rundfunk, Fernsehen und andere Propagandamittel wurden aufgeboten, um die westdeutsche Bevölkerung systematisch für einen dritten Weltkrieg reif zu machen. Zu diesem Zweck wurde die Lüge von einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten verstärkt verbreitet.

Ehemalige Hitlergenerale übernahmen die höchsten Kommandostellen der Bundeswehr. Dazu gehörten Adolf Heusinger, ehemals Chef der Operationsabteilung im faschistischen Oberkommando des Heeres und einer der Hauptorganisatoren der räuberischen Überfälle des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion und andere Staaten, Joseph Kammhuber, der als Kommodore eines faschistischen Kampfgeschwaders am 10. Mai 1940 den Bombenabwurf auf die deutsche Stadt Freiburg (Breisgau) verübte und damit der Naziführung den Vorwand für ihre Terrorangriffe auf englische und französische Städte geliefert hatte, Hans Speidel, der als hoher Generalstabsoffizier maßgeblich an Kriegsverbrechen, vor allem gegen die französische Bevölkerung, beteiligt gewesen war.

Als Minister und Staatssekretäre der Bundesregierung fungierten ehemalige aktive Faschisten, wie Hans Globke, der maßgeblich bei der Schaffung der faschistischen Rassengesetzgebung sowie bei der Verfolgung und Ausrottung der jüdischen Bevölkerung mitgewirkt hatte, Theodor Oberländer, faschistischer „Ostexperte", Offizier im Bataillon „Nachtigall", das 1941 besonders in Lwow Massenmorde an Polen und Juden verübt hatte, Hans-Christoph Seebohm, der in



Unmittelbar nach Verkündung des widerrechtlichen Verbots der KPD
besetzt Polizei das Haus des Parteivorstandes und die Redaktion des Zentralorgans
der Partei „Freies Volk“ in Düsseldorf. 17. August 1956



Titelseite der ersten Ausgabe des Zentralorgans der KPD „Freies Volk“
nach dem Verbot der Partei, August 1956, und Betriebszeitungen der KPD, Herbst 1956



Trotz Verbot – die KPD lebt.
Losung am Wasserturm in Hamburg-Uhlenhorst, Herbst 1956



Über 32 000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein streiken vom 24. Oktober 1956 bis 14. Februar 1957. Streikende vor dem Eingang der Kieler Howaldtswerke



Die Hundertschaft der Kampfgruppe des Kraftwerkes Klingenberg in Berlin, bereit zur Verteidigung der Errungenschaften der DDR, 25. Oktober 1956



Hermann Matern im Gespräch mit Arbeitern des VEB Berliner Bremsenwerk, 27. Oktober 1956



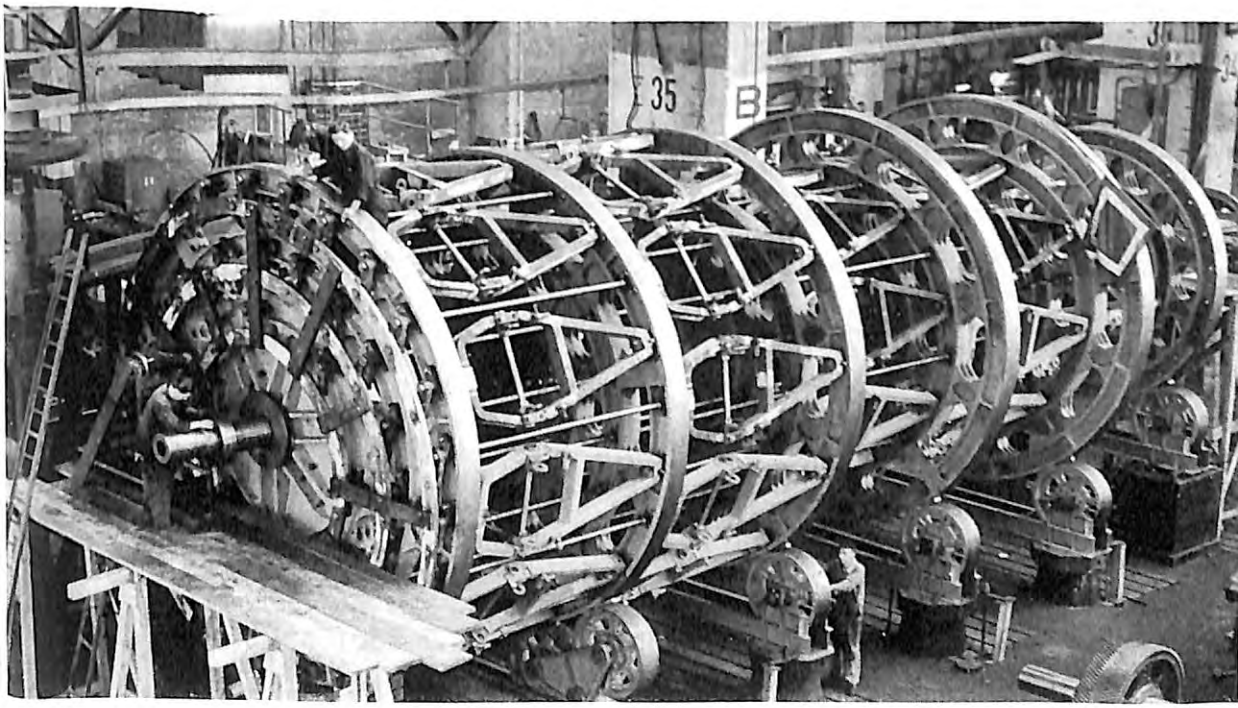
Otto Grotewohl beantwortet eine Anfrage aller Fraktionen der Volkskammer zu aktuellen politischen Problemen, 2. November 1956



Vor der Sporthalle in der Karl-Marx-Allee verabschiedet die Berliner Bevölkerung einen Konvoi mit Spenden zur Unterstützung des sozialistischen Ungarns, 8. Dezember 1956



Zentrale Konferenz der Braunkohlenindustrie der DDR in Lauchhammer, 19. November 1956



Im VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann" in Magdeburg
wird die größte Verseilmaschine der Welt gebaut, Dezember 1956



Westdeutsche Kriegsdienstgegner verteilen in Essen
Flugblätter gegen die Atomkriegspolitik der CDU/CSU,
21. August 1957



Hamburger Jugendliche demonstrieren gegen die Atomkriegsgefahr, 1. Mai 1958

führenden Positionen großer Rüstungsbetriebe tätig gewesen war, und andere. In den leitenden Stellungen des westdeutschen Außenministeriums saßen zu 80 Prozent wieder jene Leute, die schon in der Nazizeit dem faschistischen Außenminister Joachim von Ribbentrop „treu gedient" hatten.

Hand in Hand mit der Wiederaufrüstung ging in Westdeutschland eine verschärfte Unterdrückung aller demokratisch gesinnten Kräfte, die in irgendeiner Form gegen den Kriegskurs auftraten.

Eine der wesentlichsten Maßnahmen, die der Vorbereitung eines neuen Krieges dienten, war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Es wurde von der vom Monopolkapital abhängigen Klassenjustiz – im Widerspruch zum Grundgesetz – am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ausgesprochen.[19]

Mit der Urteilsverkündung setzte schlagartig im ganzen Bundesgebiet eine Polizeiaktion gegen die Büros der KPD und die Wohnungen ihrer Funktionäre ein. Alle Büros wurden versiegelt, große Mengen von Akten und Druckereierzeugnissen beschlagnahmt. Auch die Druckereien wurden geschlossen, die Zeitungen verboten, so das Zentralorgan „Freies Volk", die Zeitschriften „Unser Weg" und „Wissen und Tat", die „Hamburger Volkszeitung" und andere Presseorgane. Arbeiterfunktionäre, andere Friedenskämpfer und Verfolgte des Naziregimes wurden verhaftet. Rigoros wurden Haussuchungen durchgeführt, und es wurde persönliches Eigentum beschlagnahmt. So trieb die Adenauer-Regierung elf Jahre nach dem Ende des faschistischen Terrorregimes die KPD erneut in die Illegalität. Das Verbot der KPD als einer demokratischen Partei zeigte, wie in Westdeutschland die Demokratie mit Füßen getreten wurde. Die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus schreckten nicht davor zurück, die vom Volk gewählten Abgeordneten verschiedener parlamentarischer Körperschaften ihrer Mandate zu berauben. Was nicht einmal Otto von Bismarck zur Zeit des berüchtigten Sozialistengesetzes gewagt, was nur der Hitlerfaschismus getan hatte, praktizierten jetzt unter Bruch der Bestimmungen des Grundgesetzes die Regierung Adenauer und die westdeutsche Klassenjustiz. Sie beschritten damit erneut den Weg der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Das Adenauer-Regime war zu einem der reaktionärsten Regimes in Europa geworden.

Das Verbot der KPD entlarvte die Machthaber in der Bundesrepu-

[19] Dokument Nr. 5.

blik als die geschworenen Feinde der Wiedervereinigung Deutschlands und des Friedens. Nach der Einführung der Wehrpflicht wollten sie mit diesem Verbot die Bahn frei machen, um ihre Aufrüstung und ihre aussichtslosen Pläne der Vorbereitung eines Krieges gegen die DDR durchzusetzen. Jedoch konnte es den herrschenden Kreisen in Westdeutschland nicht gelingen, die KPD zu vernichten und ihren Einfluß auf das politische Leben der Bundesrepublik völlig auszuschalten. Der Parteivorstand der KPD rief in einer Erklärung zum Verbot dazu auf, in dieser gefahrenvollen Stunde die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte des deutschen Volkes gegen den deutschen Militarismus und das Monopolkapital zu verwirklichen und den Kampf gegen die Militarisierung Westdeutschlands verstärkt fortzusetzen.[20]

Lügnerisch hatte die Bundesregierung behauptet, die KPD sei eine Gefahr für den Bestand und eine Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik. Dazu erklärte die KPD: „Die Sicherheit der Bundesrepublik und die Sicherheit der Bevölkerung ist allein bedroht durch die Politik der Militärpakte und der Okkupation unserer Heimat durch fremde Truppen. Die Sicherheit unseres Volkes und unserer Nachbarvölker ist bedroht durch die Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus, des schlimmsten Feindes des europäischen Friedens. Die Sicherheit ist bedroht durch das autoritäre System der Unfreiheit... des Gesinnungsterrors." Die Sicherheit ist nicht bedroht durch die KPD, denn sie „will, daß unsere Nation in Sicherheit und Freundschaft inmitten der Völker Europas lebt...

Weil der deutsche Militarismus, der unser Volk zweimal in einer Generation in den Krieg und in die nationale Katastrophe gestürzt hat, unvereinbar ist mit dem friedlichen Nebeneinanderleben der Völker, deswegen kämpft die Kommunistische Partei Deutschlands gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus."[21]

Das Zentralkomitee der SED gab am 26. August 1956 eine Erklärung zur Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und zum Verbot der KPD ab. Darin wurden beide Maßnahmen als ein schweres Attentat auf die nationalen Interessen des deutschen Volkes, auf den Frieden und die Verständigung gebrandmarkt. Mit dem Verbot der KPD sollte nicht nur die Vorhut der Arbeiterklasse

[20] Dokument Nr. 6.

[21] Die Hintergründe des Verbotsantrages gegen die KPD. Eröffnungsplädoyer der KPD. Hrsg. vom Parteivorstand der KPD, Hannover, o. J., S. 14.

vernichtet, sondern zugleich eine Handhabe geschaffen werden, um alle friedliebenden Kräfte in Westdeutschland zu unterdrücken.

Im Wachsen der Reaktion in Westdeutschland und in der zunehmenden Aggressivität des westdeutschen Imperialismus und Militarismus zeigte sich das Wirken der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus. Der Widerspruch zwischen den Ausbeutungs- und Eroberungsinteressen der imperialistischen Machthaber und den Lebensinteressen des Volkes nahm unter den Bedingungen der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus noch krassere Formen an als zuvor. Die verstärkte Vorbereitung der Aggression nach außen, vor allem gegen die DDR, und die weitere Zunahme der Reaktion nach innen kennzeichneten im Sommer 1956 die Politik der herrschenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus.

Unter diesen Bedingungen gewann der bevorstehende Parteitag der SPD große Bedeutung. Seine Beschlüsse mußten Aufschluß darüber geben, welche Folgerungen die SPD aus der neuen Lage ziehen würde. Vor dem Parteitag hatte die SPD zu Recht erklärt, daß Wiederaufrüstung und Wehrpflicht sowie die Bindung Westdeutschlands an die NATO der Wiedervereinigung Deutschlands neue Hindernisse in den Weg stellten. Davon ausgehend, wandte sich das Zentralkomitee der SED am 5. Juli 1956 in einem Brief an das Präsidium und die Delegierten des bevorstehenden Parteitages der SPD sowie an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer.

In diesem Brief hieß es: „Hinsichtlich der notwendigsten Schritte zur Sicherung des Friedens stimmen SPD, KPD und SED gegenwärtig weitgehend überein. Wir halten daher die Zeit für reif, daß sich alle deutschen Arbeiterparteien über die dringendsten nächsten Maßnahmen gegen die Einführung der Wehrpflicht, zur Sicherung des Friedens beraten."[22]

Das Zentralkomitee der SED ging von den Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse ganz Deutschlands aus und schlug vor, daß SED und SPD unter Zurückstellung der Meinungsverschiedenheiten gemeinsame Schritte vereinbaren sollten, um den von den imperialistischen Kreisen erneut bedrohten Frieden zu sichern und einer weiteren Vertiefung der Spaltung Deutschlands entgegenzuwirken.

Das Zentralkomitee der SED unterbreitete dem Parteitag der SPD dafür detaillierte Vorschläge. Sie sahen vor:

„1. Gemeinsame Beratungen von Vertretern beider Parteiführun-

[22] Dokumente der SED, Bd. VI, S. 98.

gen über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der Abrüstung, der Entspannung in Deutschland und der Herbeiführung der kollektiven Sicherheit in Europa.

2. Austausch von offiziellen Delegationen der beiden Parteiführungen zum Studium der Lage der Werktätigen sowie der wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands. Austausch von Delegationen beider Parteien aus Betrieben, Kreisen, Bezirken und Ländern.

3. Durchführung von Parteiversammlungen der SPD und der SED, auf denen Vertreter beider Parteien ihre Auffassungen über die Sicherung des Friedens, über Maßnahmen zur Beendigung des kalten Krieges und über den Weg zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland darlegen."[23]

Der Parteitag der SPD tagte vom 10. bis 14. Juli 1956 in München. Er stand unter der Losung „An der Wende der deutschen Politik". Der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer verurteilte in seinem Grundsatzreferat die Politik der Bundesregierung und erklärte: „Wir sind heute in der Gefahr, durch die Politik der Bundesregierung aus dem internationalen Gespräch über eine Lösung der internationalen Probleme uns selbst auszuschalten und zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Aufrechterhaltung des Status quo eines geteilten Deutschlands für unabsehbare Zeit beizutragen."[24]

Ohne jeden Zweifel entsprach diese Einschätzung der Meinung der Mehrheit aller Mitglieder der SPD. Der Verlauf des Parteitages bestätigte, daß es viele Berührungspunkte für eine Zusammenarbeit zwischen SPD und SED gab. Der Parteitag verurteilte die Aufstellung einer 500 000 Mann starken Armee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, da sie, wie er zum Ausdruck brachte, die Spaltung Deutschlands unweigerlich weiter vertiefen würde. Die SPD erklärte sich für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und forderte ebenso wie die SED im Interesse der Minderung der internationalen Spannungen das Verbot aller Massenvernichtungsmittel, die Verminderung der auf deutschem Boden stehenden ausländischen Truppen und die Festsetzung einer Höchststärke der Truppen beider deutschen Staaten. Viele Delegierte setzten sich für die

23 Ebenda, S. 103.

24 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1956, S. 52.

Herstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des sozialistischen Lagers ein. Zahlreiche Delegierte sprachen sich dafür aus, auch die Beziehungen zur DDR und zur SED zu verbessern.

Der Münchner Parteitag vermochte aus den zahlreichen richtigen Erkenntnissen jedoch keine Konsequenzen zu ziehen. Die Führung der SPD hielt am Antikommunismus fest und betrachtete die westdeutsche Bundesrepublik als Modellstaat für ganz Deutschland. Der Einfluß der bürgerlichen Ideologie, besonders der Legende von der „Sozialpartnerschaft" zwischen Monopolbourgeoisie und Arbeiterklasse, hinderte den Parteitag daran, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten und der Adenauer-Politik eine Alternative entgegenzustellen.

Im Grundsatzreferat und vor allem in den Ausführungen von Leo Brandt und Carlo Schmid zum Thema „Die zweite industrielle Revolution" wurde die Illusion verbreitet, daß mit der technischen Revolution und einigen kleineren Reformen auch in Westdeutschland ein demokratischer Übergang zum Sozialismus möglich sei. Der Parteitag schwieg sich jedoch darüber aus, wie in Westdeutschland der Kampf gegen Neofaschismus und Militarismus und für diejenigen demokratischen Rechte des werktätigen Volkes geführt werden müßte, die den demokratischen Weg zum Sozialismus ermöglichen könnten.

Der Parteitag beschloß keine wirksamen politischen Kampfaktionen gegen die verstärkte Aufrüstung, die fortschreitende Militarisierung und die weitere Herausbildung des klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates. Er lehnte die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ab. Er gab eine falsche Orientierung, indem er erklärte, daß eine Wende der deutschen Politik zugunsten der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts angeblich allein durch die Bundestagswahlen 1957 erreicht werden könnte. Von der Führung der SPD wurde die irreführende Meinung verkündet, daß eine Aktionseinheit mit der SED den Wahlausgang negativ beeinflussen müßte, während die Politik des Antikommunismus einen Wahlsieg der SPD erleichtern würde. Der Antikommunismus wurde besonders von Herbert Wehner propagiert, der die nationale Politik der SED und der DDR diffamierte, um der auch in der westdeutschen Arbeiterklasse wachsenden Bereitschaft zur Aktionseinheit entgegenzuwirken.

Insgesamt gab der Münchner Parteitag der SPD der westdeutschen Arbeiterklasse keine Antwort, wie sie den Kampf gegen den wiedererstandenen Militarismus und die antinationale Politik des imperia-

listischen Regimes führen sollte. Seine Beschlüsse wurden der verkündeten Notwendigkeit einer Wende der Politik in Westdeutschland nicht gerecht. Die Führung der SPD verharrte auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung Westdeutschlands und versuchte, einen sogenannten dritten Weg zu beschreiten, an dessen Ende die Eingliederung der DDR in den westdeutschen Staat stehen sollte.

Diese Konzeption widersprach den nationalen Interessen, die eine einheitliche Kampffront gegen Imperialismus und Militarismus erforderten. Da die Arbeiterklasse weiterhin gespalten blieb, konnte sie ihre Aufgabe in Westdeutschland nicht erfüllen. So fand sie auch nicht die Kraft, den Militaristen in den Arm zu fallen, als diese sich anschickten, die DDR militärisch liquidieren zu wollen. Deshalb mußte die DDR – unterstützt von den anderen sozialistischen Staaten – in der Folgezeit diese Pläne ohne wesentliche Hilfe der westdeutschen Arbeiterklasse vereiteln.

Zur Taktik der imperialistischen Kreise Westdeutschlands gehörten auch die Versuche, sich in die Diskussionen über die vom XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung einzuschalten.

In diesen Diskussionen, die in allen kommunistischen und Arbeiterparteien – sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern – geführt wurden, mußte es darum gehen, die neuen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Ländern anzuwenden und die dem neuen internationalen Kräfteverhältnis und den nationalen Bedingungen am besten entsprechende Strategie und Taktik auszuarbeiten.

In den volksdemokratischen Ländern gab es in dieser Zeit komplizierte Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Entsprechend den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder, mußte der Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Überreste so geführt werden, daß schrittweise die gesamte Bevölkerung für die tatkräftige Teilnahme am Aufbau des Sozialismus gewonnen wurde. Dazu kamen Widersprüche und Konflikte, die ihren Ursprung zum großen Teil in der ökonomischen Rückständigkeit der Mehrzahl dieser Länder vor dem zweiten Weltkrieg sowie in den Folgen der faschistischen Okkupation und des Krieges hatten. In der Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht und der Planwirtschaft, bei der Herausbildung der sozialistischen Arbeitsmoral der Werktätigen, beim Zusammenschluß der Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-

schaften, bei der Festigung des Bündnisses mit der Intelligenz und der Einbeziehung der kleinen und mittleren Unternehmer, der Handwerker und Privathändler in den sozialistischen Aufbau mußten Erfahrungen gesammelt werden.

Für die Lösung dieser komplizierten Probleme gewann die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins aller Schichten der Bevölkerung und deren Erziehung im Geiste des proletarischen Internationalismus wachsende Bedeutung. Es galt nicht nur, allen Werktätigen bei der Überwindung rückständiger Auffassungen und Gewohnheiten aus der kapitalistischen Zeit zu helfen, sondern zugleich den Kampf gegen das ständig erneute Eindringen der kapitalistischen Ideologie aus dem imperialistischen Machtbereich zu führen.

Besonders wichtig war es, die falschen Auffassungen jener zurückzuweisen, die den Sinn des Kampfes gegen den Personenkult zu mißdeuten trachteten, den Personenkult um J. W. Stalin als unvermeidliches Produkt der sozialistischen Entwicklung und der Diktatur des Proletariats bezeichneten, die grundlegenden Erfahrungen des revolutionären Kampfes und die Prinzipien des Marxismus-Leninismus negierten, die Vergangenheit in der Hauptsache als eine Kette von Fehlern ansahen und somit einer Revision des Marxismus-Leninismus das Wort redeten.

Der moderne Revisionismus, der als spezifische Erscheinungsform der bürgerlichen Ideologie und Politik innerhalb der kommunistischen Weltbewegung auftrat, war in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wurde, genötigt, seine konterrevolutionären Absichten unter dem Mantel des „wahren Marxismus-Leninismus" und dessen „Verbesserung" und „Erneuerung" zu verbergen. Das Festhalten an den allgemeingültigen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus wurde von den modernen Revisionisten als Dogmatismus und „Stalinismus" diffamiert.

Die Angriffe der revisionistischen Kräfte, die vor allem gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, gegen den demokratischen Zentralismus und die Prinzipien des proletarischen Internationalismus gerichtet waren, stellten eine besondere Gefahr für den sozialistischen Aufbau in den volksdemokratischen Ländern dar. Die Revisionisten wurden immer mehr von den imperialistischen Kräften und ihren Propagandaorganen unterstützt. Die imperialistischen Kräfte versuchten, unter den Mitgliedern der marxistisch-leninistischen Parteien und allen Werktätigen Unsicherheit und Verwirrung zu er-

zeugen und die Idee des Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Den Hauptstoß richteten sie gegen die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, gegen den Marxismus-Leninismus und besonders gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion. Die Revisionisten leugneten, daß sich die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau in allen Ländern auf der Grundlage von allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten vollziehen, und verabsolutierten die besonderen nationalen Bedingungen, unter denen in den einzelnen Ländern der Aufbau des Sozialismus erfolgt. Damit glitten die Anhänger dieser Theorie auf die Positionen des bürgerlichen Nationalismus ab.

Der einflußreiche amerikanische Publizist Cyrus Leo Sulzberger schrieb im Zusammenhang mit dem Auftauchen des von den imperialistischen Ideologen propagierten „Nationalkommunismus": „Das Beste, was wir heute in ... Osteuropa erhoffen können, ist, das Entstehen neuer Formen innerhalb der marxistischen Gemeinde zu fördern."[25]

Von der Verbreitung eines „Nationalkommunismus" und der Lockerung der Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern, vor allem zur Sowjetunion, versprachen sich die imperialistischen Kräfte „die Möglichkeit für ein politisches Manöver, sogar wenn diese Länder kommunistisch bleiben"[26].

Ihr Ziel war es also, vorhandene nationalistische Tendenzen mit allen Mitteln zu fördern, frühere Verletzungen in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten aufzubauschen und durch Verleumdungen und nationalistische Hetze Widersprüche zwischen den volksdemokratischen Staaten und der Sowjetunion hervorzurufen. Davon erhofften sie sich eine Chance, die volksdemokratischen Staaten vom sozialistischen Weltsystem abspalten und sie dann um so leichter einzeln „aufrollen", das heißt die alten kapitalistischen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse wiederherstellen zu können.

Die imperialistischen Kräfte und ihre Propagandazentralen lenkten ihr besonderes Augenmerk auf die Intelligenz und die studentische Jugend. Manche Studenten und Angehörigen der Intelligenz begriffen nicht die historischen Ursachen bestimmter Schwierigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und jener Fehler, die sich aus ihnen ergeben hatten und die jetzt von den kommunistischen und Arbeiterparteien

25 The New York Times (New York), 23. April 1956.

26 Ebenda.

überwunden wurden. Sie waren ungenügend mit den Werktätigen verbunden und kapitulierten vor den neuen Problemen, die der sozialistische Aufbau mit sich brachte. Sie glaubten nicht an die Schöpferkraft der Arbeiterklasse und schreckten vor einer Auseinandersetzung mit eigenen falschen Vorstellungen zurück, die sie hinderten, am Aufbau des Sozialismus tatkräftig teilzunehmen.

Befangen in Illusionen über eine leichte und unkomplizierte Vorwärtsentwicklung, die es beim Übergang zum Sozialismus nicht geben konnte, und in Unkenntnis des wahren Wesens der kapitalistischen Ordnung, schenkten sie den Einflüsterungen der imperialistischen Propaganda Gehör. Die prinzipielle Kritik an den Erscheinungen und Folgen des Personenkults und die Aufdeckung von Fehlern und Schwierigkeiten legten sie fälschlicherweise als Schwäche der marxistisch-leninistischen Parteien aus. So machten sich einige Angehörige der Intelligenz und der studentischen Jugend zu Fürsprechern revisionistischer und antisozialistischer Losungen.

Im Herbst 1956 spitzte sich die Situation sehr schnell und gefahrdrohend zu. Der Kongreß der USA stellte zusätzlich 25 Millionen Dollar für die Wühltätigkeit in den sozialistischen Ländern bereit. Die imperialistischen Rundfunkstationen erhöhten die Zahl ihrer Sendungen, in denen offen zum Sturz der volksdemokratischen Ordnung aufgerufen wurde. In die sozialistischen Länder wurden Agenten und Konterrevolutionäre eingeschleust. Die imperialistischen Kräfte nutzten vor allem das verstärkte Auftreten revisionistischer Elemente in Polen und Ungarn aus.

Das polnische Volk hatte beim Aufbau des Sozialismus außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden, da die Volksrepublik Polen vor dem zweiten Weltkrieg ein zurückgebliebenes Land gewesen war und durch die faschistische Okkupationspolitik und ihre Folgen sechs Millionen Menschen und fast ein Drittel seines Nationaleigentums verloren hatte. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten wurde dadurch erschwert, daß in der Leitung der Volkswirtschaft beim Aufbau des Sozialismus, wie der III. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im März 1959 feststellte, zeitweise Fehler gemacht worden waren, die dazu geführt hatten, daß die landwirtschaftliche Produktion immer mehr hinter dem Tempo der industriellen Entwicklung zurückgeblieben war und das Lebensniveau der Bevölkerung nicht im notwendigen Maße erhöht werden konnte. Verschiedene antisozialistische Elemente – die Überreste der Ausbeuterklassen und

einflußreiche Vertreter des hohen katholischen Klerus – nutzten diese Schwierigkeiten aus und bauschten die Fehler und Versäumnisse auf, um auf diese Weise die Bevölkerung in Gegensatz zur sozialistischen Staatsmacht und zur Partei der Arbeiterklasse zu bringen. Die Reaktion bereitete sich auf einen konterrevolutionären Umsturz vor.

Vom 19. bis 21. Oktober 1956 trat in Warschau die 8. Tagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zusammen. Die Tagung deckte Fehler der früheren Partei- und Staatsführung auf, die sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gezeigt hatten und mit einer Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit verbunden gewesen waren. Die Verbindungen der Partei zu den Massen der Werktätigen hatten sich gelockert, was die volksfeindlichen Kräfte für ihre konterrevolutionäre Tätigkeit ausnutzten. Die Tagung des Zentralkomitees beschloß Maßnahmen, um die Verbindung der Partei zu den Werktätigen zu festigen. Sie nahm Veränderungen in der Parteiführung vor. Zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wurde Władysław Gomułka gewählt. Die 8. Tagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei schuf wichtige Voraussetzungen dafür, daß die Partei die antisowjetischen und konterrevolutionären Anschläge vereiteln und die sozialistischen Grundlagen der Volksrepublik Polen Schritt für Schritt weiter festigen konnte.

In der Ungarischen Volksrepublik dagegen gelang es den Kräften der inneren und äußeren Reaktion in der zweiten Hälfte des Oktobers 1956, einen konterrevolutionären Putsch zu entfesseln, der das Ziel verfolgte, die volksdemokratische Ordnung zu beseitigen, ein faschistisches Terrorregime zu errichten und Ungarn in eine Kriegsbasis der NATO gegen die sozialistischen Länder zu verwandeln.

In Ungarn hatte nach der Niederschlagung der Räterepublik 1919 25 Jahre lang der Faschismus geherrscht. Viele aktive Faschisten waren nach 1945 in Industriebetrieben und Institutionen des Landes untergetaucht und hatten die Hoffnung auf eine gewaltsame Beseitigung der sozialistischen Staatsmacht nicht aufgegeben. Einen großen Einfluß auf Teile der Bevölkerung übte die katholische Kirche aus, deren führende Vertreter die Wühltätigkeit der konterrevolutionären Kräfte unterstützten. Die reaktionären und nationalistischen Kräfte nutzten die schweren Verstöße der früheren Führung der Ungarischen Partei der Werktätigen gegen die Grundsätze der sozialistischen Demokratie und die Leninschen Normen der Partei- und Staatsfüh-

rung und eine Anzahl unrichtiger Maßnahmen aus, die sich gegen die Interessen der Mittelbauern und der kleinen und mittleren Unternehmer gerichtet hatten.

Diese Fehler und die Tatsache, daß ihre Überwindung teils nicht genügend konsequent erfolgte, revisionistischen Kräften dagegen, die sich um den Petöfi-Kreis konzentriert hatten, die Möglichkeit zu Angriffen auf die politischen Grundlagen der Volksmacht und den Marxismus-Leninismus gegeben wurde, erleichterten es den konterrevolutionären Kräften, bei größeren Teilen der Bevölkerung Verwirrung zu stiften. Sie inszenierten einen bewaffneten Putsch, in dessen Verlauf sich die revisionistischen Kräfte unter Imre Nagy, der zeitweise den Posten des Ministerpräsidenten bekleidete, als Wegbereiter der Konterrevolution erwiesen. Die Regierung Nagy gestattete die Tätigkeit reaktionärer, mit faschistischen Elementen durchsetzter bürgerlicher Parteien und wandte sich an die imperialistischen Mächte um Unterstützung. Über die österreichisch-ungarische Grenze wurden Tausende ungarischer Faschisten und andere reaktionäre Emigranten in die Ungarische Volksrepublik eingeschleust. Sie kamen, wie auch die Waffen, zu einem großen Teil aus Westdeutschland. Der bei München stehende Sender „Freies Europa" strahlte mit Unterstützung westdeutscher Regierungkreise Tag und Nacht antikommunistische Hetzsendungen aus und peitschte die Konterrevolutionäre zum weißen Terror auf. In Budapest und anderen Orten der Ungarischen Volksrepublik begannen die vertierten faschistischen Banden ein Blutbad anzurichten. Viele Hunderte Arbeiter, Funktionäre der Partei der Arbeiterklasse und Mitarbeiter des Staatsapparates wurden von ihnen grausam ermordet.

Die Bevölkerung der DDR verfolgte mit großer Anteilnahme den Kampf der ungarischen Werktätigen gegen die blutigen Umtriebe der Konterrevolution. Die SED stellte sich entschieden auf die Seite der ungarischen Werktätigen. Sie verurteilte das blutige Treiben der Konterrevolutionäre sowie die Hilfe der westdeutschen Imperialisten für den Angriff gegen die volksdemokratische Ordnung in Ungarn und gegen das ungarische Volk.

Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der SED gingen in verschiedene Großbetriebe der Hauptstadt der DDR und diskutierten mit Arbeitern an der Werkbank über die Zuspitzung der internationalen Lage, die vor allem durch den konterrevolutionären Angriff in der Ungarischen Volksrepublik eingetreten war. Am 27. Oktober 1956

führten der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, im Deutschen Fernsehfunk ein aktuelles politisches Gespräch mit Berliner Arbeitern. Walter Ulbricht gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die ungarischen Werktätigen die Konterrevolution zurückschlagen werden. „Wir haben Vertrauen zur Arbeiterklasse und den Werktätigen, daß sie diese Aufgaben lösen."[27]

Bezugnehmend auf die von westlicher Seite erhobenen Verleumdungen gegen die sozialistischen Errungenschaften der DDR und ihren Kampf für die Erhaltung des Friedens, unterstrich Otto Grotewohl die Bereitschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR, mitzuhelfen, den Umtrieben der Konterrevolution eine wirksame Abfuhr zu erteilen. Zugleich betonte er, die Situation in der DDR sei dadurch gekennzeichnet, „daß es bei uns zuerst eine geschlossene Partei gibt, die sich frei gehalten hat von unfruchtbaren Auseinandersetzungen, die die Aktivität lähmen". Es habe „sich gezeigt, wie wichtig es ist, daß eine Partei geschlossen ist und daß ihre Führung zielbewußt und sicher ihren Weg geht"[28].

Der Putsch der durch die imperialistischen Geheimzentralen finanzierten und organisierten konterrevolutionären Kräfte in der Ungarischen Volksrepublik fiel zeitlich mit dem imperialistischen Überfall Frankreichs, Großbritanniens und Israels auf Ägypten zusammen. Die imperialistischen Mächte hofften, mit einem Schlag das sozialistische Lager zu schwächen und die nationale Befreiungsbewegung zurückdrängen zu können. Die Rechnung der internationalen Reaktion ging jedoch nicht auf.

Am 4. November 1956 bildete sich in der Ungarischen Volksrepublik die revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung mit János Kádár als Ministerpräsident, die die Kräfte zur Zerschlagung der Konterrevolution mobilisierte. Auf Bitten der ungarischen Regierung halfen die in der Ungarischen Volksrepublik entsprechend den Bestimmungen des Warschauer Vertrages stationierten sowjetischen Einheiten, den konterrevolutionären Putsch niederzuschlagen, die Errichtung eines faschistischen Terrorregimes zu verhindern und den schwelenden Herd eines neuen Weltkrieges auszutreten.

Der imperialistische Angriff gegen Ägypten scheiterte ebenfalls. Die Aggressoren erlitten in der Zone des Suezkanals infolge des

27 Neues Deutschland (B) (Berlin), 28. Oktober 1956.

28 Ebenda.

heldenhaften Widerstandes des ägyptischen Volkes und der entschlossenen Haltung der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, eine schwere Niederlage. Die Regierung der UdSSR hatte ihre Bereitschaft erklärt, dem ägyptischen Volk bei der Sicherung seiner Unabhängigkeit und der Wiederherstellung des Friedens zu Hilfe zu kommen.

Am 1. November 1956, einen Tag nach dem heimtückischen Überfall der britischen und französischen Aggressoren auf das friedliche ägyptische Volk, wandte sich das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in einem Aufruf an die Bevölkerung der DDR, in dieser ernsten Situation die Friedenspolitik der Regierung der DDR und die Politik der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und aller friedliebenden Menschen der Welt zu unterstützen und den Kriegstreibern und Völkermördern Halt zu gebieten.

Dem ägyptischen Volk und seiner Regierung wurde die vollste Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung der DDR bekundet. Zugleich verurteilte der Nationalrat die Haltung der westdeutschen reaktionären Kreise, die mit Wort und Tat an der Seite derjenigen standen, die die ägyptischen Städte und Dörfer mit Bomben und Granaten belegten.

In Noten an die Regierung der Republik Ägypten und an die Regierungen anderer arabischer Staaten verurteilte die Regierung der DDR im Namen der Bevölkerung die Aggression Frankreichs, Großbritanniens und Israels. Gleichzeitig wies sie darauf hin, daß das Verhalten der westdeutschen Regierung, die mit keinem Wort gegen den Bruch des Friedens und die Mißachtung der Souveränität Ägyptens Stellung nahm, in ganz Deutschland von der Mehrheit der Bevölkerung verurteilt wurde. „Das deutsche Volk ist in alter Freundschaft mit dem ägyptischen Volk und allen anderen arabischen Völkern verbunden ... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ... alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Abwehr der Aggression zu unterstützen."[29]

In jenen Wochen nahm auch die Vorbereitung konterrevolutionärer Aktionen gegen die DDR ein besonders großes Ausmaß an. Den herrschenden Kreisen Westdeutschlands erschien das, was die konterrevolutionären Kräfte in der Ungarischen Volksrepublik praktizierten,

[29] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V. Vom 1. Juli 1956 bis zum 30. Dezember 1957, Berlin 1958, S. 69.

auch als Muster für Deutschland geeignet zu sein. Aufstand und Bürgerkrieg sollten den Weg zur Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht ebnen. Der westdeutsche Imperialismus hielt den Zeitpunkt für gekommen, in der DDR Provokationen in großem Umfang zu organisieren, die als Anlaß für einen militärischen Überfall dienen sollten.

Im Sommer und Herbst 1956 wurden sowohl die politisch-ideologischen als auch die militärischen Vorbereitungen für einen konterrevolutionären Anschlag gegen die DDR verstärkt. Unverhüllter als je zuvor wurde die Bundeswehr in ihrer Ausrüstung, Ausbildung und ihren Einsatzplänen auf den Angriff gegen die DDR orientiert. In der Oktobernummer der westdeutschen Zeitschrift „Wehrkunde" hieß es: „Die Grenzen zwischen legaler und illegaler Kampfführung schwimmen ebenso wie die Fronten, die quer durch die Völker führen. Die Grenzverletzung zu Lande und in der Luft ist nicht mehr das entscheidende Kennzeichen des Übergangs vom Frieden zum Kriege, sondern nur noch ein Zeichen für die Ausdehnung des Konfliktes in bezug auf die in ihm angewandten Mittel."[30]

Die aggressiven Aufgaben der Bundeswehr gegenüber der DDR wurden also offen erörtert. Es gab darüber hinaus in Westdeutschland mit der NATO abgestimmte geheime Pläne, die festlegten, wie die DDR von innen und außen „aufgerollt" werden sollte. Die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Pläne hatten begonnen. So waren zum Beispiel Generalstabskarten der DDR in größerer Zahl angefertigt worden. Es wurden Übungen des Bundesgrenzschutzes und Stabsübungen der Bundeswehr mit dem Ziel durchgeführt, die Grenze zur DDR zu überschreiten und die volksdemokratische Ordnung gewaltsam zu beseitigen.

Der Plan der imperialistischen Kräfte sah vor, in Berlin, Magdeburg und anderen Städten der Republik „Streiks" zu organisieren und eine „Gegenregierung" einzusetzen, die sich an die NATO um Hilfe und militärische Unterstützung wenden sollte. Die mit den großen amerikanischen Monopolen verbundene Nachrichtenagentur United Press forderte in einem Rundschreiben ihre Korrespondenten in Europa auf, über „Streikkrawalle" in der DDR zu berichten. Der als Vertreter der reaktionären Kreise des westdeutschen Monopolkapitals bekannte Hubertus Prinz zu Löwenstein, der bei der Unterstützung der Konterrevolution in der Ungarischen Volksrepublik eine aktive Rolle gespielt hatte, äußerte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands

30 Wehrkunde (München), 1956, H. 10, S. 485.

nur auf militärischem Wege erreicht werden könne. In westdeutschen Rundfunksendungen und Presseorganen wurde offen erklärt, daß man, wenn es zum „Aufstand" in der DDR käme, nicht erwarten dürfe, daß sich Westdeutschland und die NATO passiv verhalten würden.

Fieberhaft bemühten sich die imperialistischen Kräfte, innerhalb der DDR bezahlte Elemente zu finden, mit deren Hilfe sie einen solchen „Aufstand" provozieren und damit den erwarteten Vorwand für die Auslösung eines Bürgerkriegs erhalten wollten. In einem anderen Artikel der „Wehrkunde" hieß es, „man kann daraus die Lehre ziehen, daß sich in Deutschland neben Agenten auch Menschen finden können, die aus politischer Überzeugung zu Kleinkriegsunternehmen bereit sein würden"[31].

Im Oktober 1956 mehrten sich die Anzeichen, daß die imperialistischen Kräfte den Zeitpunkt für gekommen hielten, ihren Plan zu verwirklichen. Es war ihnen gelungen, verschiedene Provokateure dafür zu dingen. In verschiedenen Städten der DDR wurden faschistische Losungen gemalt und Hetzschriften verteilt, die von Westberlin und Westdeutschland eingeschleust worden waren. Die sowjetischen Ehrenmale in Dresden und Schwerin wurden geschändet und mit Hakenkreuzen und faschistischen Losungen beschmiert. Die Täter wurden verhaftet und ihre Schandtaten in öffentlichen Versammlungen von den Werktätigen verurteilt.

Die Angriffe der Konterrevolution sowie das Auftreten bürgerlich-nationalistischer und revisionistischer Kräfte in der Volksrepublik Polen und der Ungarischen Volksrepublik trugen dazu bei, daß verstärkt bürgerliche Auffassungen in die DDR eindrangen. Revisionisten versuchten, durch eine prinzipienlose Kritik am Marxismus-Leninismus und eine Förderung nationalistischer und zum Teil offen antisowjetischer Tendenzen den Glauben der Werktätigen an die Richtigkeit des sozialistischen Weges der DDR zu erschüttern.

Die Hetze gegen die DDR und die SED steigerte sich von Tag zu Tag und gipfelte schließlich in der offenen Aufforderung zum Mord an den führenden Funktionären der SED und der Regierung. Auch hierbei nutzte der Feind auf seine Weise die Vorgänge in der Ungarischen Volksrepublik aus. Die westlichen Rundfunkstationen, das Fernsehen und die Presse berichteten mit sadistischer Grausamkeit über den weißen Terror und die Mordtaten der Konterrevolution. Sie

[31] Ebenda, S. 497.

taten das, um bei den Werktätigen Furcht zu erzeugen und zugleich ihren Agenten eine Anleitung zum Handeln zu geben.

Allerdings war die Zahl der gedungenen Mitarbeiter der imperialistischen Geheimdienste stark zusammengeschmolzen. Den Sicherheitsorganen der DDR war es gelungen, vielen Agenten das Handwerk zu legen. Im Sommer 1956 wurden ein umfangreiches Spionagenetz des amerikanischen Geheimdienstes und Stützpunkte anderer imperialistischer Agentenorganisationen zerschlagen. Aus den Erklärungen verhafteter Agenten ging hervor, daß die westlichen Geheimdienste durch Spionage, Sabotage und Gerüchtemacherei Unruhe unter der Bevölkerung der DDR stiften sollten. Die Tätigkeit dieser Agenten war auf die Verwirklichung der Angriffspläne der NATO, auf einen neuen „Tag X", gerichtet. Sie zwangen mit den gemeinsten Mitteln der Lüge, Verleumdung oder Erpressung Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, Ärzte und andere Spezialkräfte zur Spionage oder Republikflucht. Sie scheuten auch nicht vor Sabotage, Brandstiftung oder Mord zurück. Sie versuchten, in den Betrieben Unruhe zu stiften und Unzufriedenheit zu säen, um den Blitzkriegsstrategen des westdeutschen Imperialismus den Anlaß für ein militärisches Eingreifen zu verschaffen.

In Berlin und einigen anderen Städten bildeten sich konterrevolutionäre Gruppen. In ihnen fanden sich vor allem vom Volk isolierte Intellektuelle zusammen, die Programme zur Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht entwarfen. Bevor sie den Frieden gefährden und die sozialistischen Errungenschaften des Volkes aufs Spiel setzen konnten, wurde ihnen von den Sicherheitsorganen der Republik das Handwerk gelegt.

Die Werktätigen der DDR ließen sich nicht irreführen. In dieser Situation des erbitterten Klassenkampfes bestanden die SED und die Arbeiter-und-Bauern-Macht ihre historische Bewährungsprobe. Der Feind kam nicht zum Zuge. Das Zentralkomitee der SED hatte die Pläne der westdeutschen Militaristen und der NATO durchschaut. Rechtzeitig wurden alle Sicherungsmaßnahmen getroffen, um jede Provokation im Keime ersticken zu können. Am frühen Nachmittag des 24. Oktober 1956 führten die Kampfgruppen der Berliner Betriebe eine machtvolle Demonstration durch. In einem Appell gelobten sie, den Frieden und die Errungenschaften der Werktätigen zu schützen und jegliche Provokation und Unruhestiftung der Feinde des Volkes zunichte zu machen.

In den folgenden Tagen weilten Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Erich Honecker, Hermann Matern, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Willi Stoph, Walter Ulbricht, Herbert Warnke und andere Mitglieder des Zentralkomitees und Tausende Funktionäre der Partei bei den Arbeitern in den Betrieben. Sie erklärten ihnen die Lage und riefen sie angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der Ungarischen Volksrepublik und der zunehmenden Provokationen des westdeutschen Imperialismus gegen die DDR zu höchster Wachsamkeit auf.

Am 2. und 3. November 1956 tagte in Berlin die Volkskammer der DDR. Ministerpräsident Otto Grotewohl erläuterte in einer Regierungserklärung die Politik der DDR und deren Haltung zu den jüngsten Ereignissen. Er betonte, daß die Regierung die Sicherung des Friedens und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands als ihre vornehmste Aufgabe betrachte. Der Versuch der imperialistischen Kreise Westdeutschlands, konterrevolutionäre Unruhen auf dem Gebiet der DDR auszulösen und sie als Vorwand für die Entfesselung einer Aggression zu benutzen, habe eindeutig bewiesen, daß die aggressiven und revanchistischen Kreise der Bundesrepublik eine große Gefahr für den Frieden heraufbeschworen. Die Schaffung eines friedlichen einheitlichen Deutschlands setze daher die Beseitigung des in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus voraus.

Die Regierungserklärung wurde von allen Fraktionen der Volkskammer gebilligt. Walter Ulbricht trug im Namen der Fraktion der SED die grundsätzlichen Forderungen vor, um die es in diesen Tagen ging.[32]

Die Partei der Arbeiterklasse wandte sich an alle Bürger der DDR mit dem eindringlichen Appell: „Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!

Wer den Frieden stört, hilft den Feinden des Volkes! Wachsamkeit gegen die Friedensstörer im Innern und nach außen! Einheit aller Freunde des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus! Kühnheit im Kampf um die friedliche Zukunft Deutschlands!“[33] Die Sprecher aller Parteien und Massenorganisationen bekundeten einmütig ihre feste Verbundenheit mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

32 Dokument Nr. 7.

33 Walter Ulbricht: Stärkt die DDR, die Bastion des Friedens. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VI, Berlin 1964, S. 224.

Noch während die Volkskammer tagte, sollte in der Nähe ihres Gebäudes eine Versammlung stattfinden, die von Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität einberufen worden war. Imperialistische Agentenzentralen in Westberlin hatten die Absicht, diese Versammlung in eine Demonstration gegen die Regierung der DDR und ihre Politik zu verwandeln. Daher war es notwendig, die Stärke der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu zeigen. Die Führung der SED traf die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen. Sie mobilisierte die Kampfgruppen der Berliner Arbeiter, die gegenüber den irregeleiteten Studenten und den Agenten der imperialistischen Geheimdienste keinen Zweifel daran ließen, daß jegliche Provokation mit allen Mitteln, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, verhindert werde. Diesem entschlossenen Auftreten war es zu verdanken, daß es nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam.

Die abenteuerlichen und volksfeindlichen Pläne der imperialistischen Kräfte und ihrer Agentenzentralen hatten zwar keinerlei Aussicht auf Gelingen, da die Konterrevolution keine Basis in der Bevölkerung der DDR fand. Dennoch gefährdeten sie auf das höchste den Frieden in Deutschland und Europa. Dem abenteuerlichen Treiben des westdeutschen Imperialismus lag eine Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses und der wirklichen Situation zugrunde. Schon eine einzelne, von konterrevolutionären Gruppen inszenierte Provokation konnte einen militärischen Überfall des westdeutschen Imperialismus auf die DDR auslösen. Jedes Spiel mit dem Feuer hätte jedoch dazu geführt, daß im Herzen Europas die beiden militärischen Gruppierungen in bewaffnete Konflikte gerieten, aus denen ein atomarer Weltkrieg entstehen konnte. So ernst war im Herbst 1956 in Deutschland die Lage.

Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß zu diesem Zeitpunkt, als es um Frieden oder Krieg, um Sein oder Nichtsein der Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland ging, innerhalb des Zentralkomitees der SED einige Mitglieder mit revisionistischen Auffassungen auftraten und zum Angriff auf die Parteiführung und die Generallinie der SED übergingen. Die Sekretäre des Zentralkomitees Karl Schirdewan und Gerhart Ziller und der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, legten die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU opportunistisch aus und unterschätzten die Notwendigkeit des ständigen Kampfes gegen die Feinde des sozialistischen Aufbaus.

Ihre Konzeption war mit der Forderung verbunden, die sozialistische Entwicklung in der DDR zu verlangsamen, weil auf diese Weise angeblich die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtert werden könnte. In Wirklichkeit hätte eine solche Politik nichts anderes bedeutet, als dem westdeutschen Imperialismus den bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der DDR einzuräumen und schließlich die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus preiszugeben.

Im Gegensatz zum Zentralkomitee waren sie zu der antimarxistischen Auffassung gelangt, daß sich die sozialistische Entwicklung in der DDR nicht im Kampf der Gegensätze, sondern konfliktlos vollziehe. Sie negierten die Dialektik des Klassenkampfes in Deutschland und wollten eine Politik der Verschleierung der Widersprüche, des Nachgebens gegenüber dem Imperialismus und des Stillstands im sozialistischen Aufbau durchsetzen. Demgegenüber sprach sich das Zentralkomitee dafür aus, daß die vorhandenen Widersprüche aufgedeckt und gelöst werden müssen und nicht verschleiert werden dürfen. Statt die sozialistische Demokratie weiter zu festigen und alle Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um Provokationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verhindern, wollten die Anhänger der opportunistischen Gruppe mit der Begründung, daß die UdSSR und die DDR eine Politik der Entspannung durchführen, auch die staatlichen Machtorgane der DDR „entspannen". Sie schlugen sogar vor, man müsse den feindlichen Stimmungen ein „Ventil öffnen", obwohl dies bedeutet hätte, den feindlichen Kräften in der DDR Tür und Tor zu öffnen. Die Anhänger dieser Gruppe unterschätzten die Gefahren, die mit der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland verbunden waren. Sie hatten nicht verstanden, welche grundsätzlich neue Lage in Deutschland durch die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO entstanden war. Ihre opportunistische Politik war eine große Gefahr für die DDR. In der harten Auseinandersetzung, die zwischen der Führung der SED und der Gruppe Schirdewan geführt wurde, ging es um Grundprobleme der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und um die Notwendigkeit, die Anschläge der Konterrevolution bereits im Keim zu ersticken. Deshalb hatte die entschiedene Zurückweisung der opportunistischen Auffassungen durch die Mehrheit des Politbüros des Zentralkomitees der SED große Bedeutung.

Dank der konsequenten marxistisch-leninistischen Politik der Parteiführung kamen die zum Krieg treibenden Kräfte des westdeutschen

Imperialismus im Herbst 1956 nicht zum Zuge. Die Werktätigen scharten sich noch fester um ihre Regierung und die SED. Sie verteidigten entschieden ihre sozialistischen Errungenschaften und leisteten einen bedeutsamen Beitrag zur Rettung des Friedens im Herzen Europas.

Die DDR war inzwischen auch militärisch besser auf die Abwehr aggressiver Anschläge des Gegners vorbereitet. Gemeinsam mit den bewaffneten Arbeitern in den Kampfgruppen und den mit modernen Waffen ausgerüsteten Einheiten der jungen Nationalen Volksarmee stand die Bevölkerung auf Friedenswacht.

Die Politik der SED und der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und des weiteren sozialistischen Aufbaus wurde von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der Bevölkerung entschlossen unterstützt.

War es den imperialistischen Kräften im Juni 1953 noch gelungen, zeitweilig einen kleinen Teil der Arbeiterklasse und Angehörige anderer Schichten irrezuführen und sie für ihre Ziele zu mißbrauchen, so gelang ihnen etwas Ähnliches 1956 nicht mehr. Allein im Oktober 1956 erklärten 11 700 Arbeiter und andere Werktätige ihren Eintritt in die Partei der Arbeiterklasse. Dem Zentralkomitee der SED, der Regierung der DDR und dem Nationalrat der Nationalen Front gingen viele Tausende Erklärungen zu, in denen Arbeiter, Bauern, Angehörige der Intelligenz und der Mittelschichten ihre Treue zur Partei der Arbeiterklasse und zur Arbeiter-und-Bauern-Macht bekundeten.

In vielen Betrieben vollbrachten die Arbeiter in diesen Tagen neue Höchstleistungen. Die Stahlwerker des Stahl- und Walzwerkes Riesa zum Beispiel erfüllten im Oktober ihren Plan mit 101,1 und im November sogar mit 106,2 Prozent. Sie übertrafen damit ihre Verpflichtung, 7000 Tonnen Stahl zusätzlich zu schmelzen, noch um 1094 Tonnen. Im Braunkohlenwerk Mücheln wurde ein umfassender Plan zur 15prozentigen Steigerung der Arbeitsproduktivität beschlossen, um bis zum Jahresende 287 000 Tonnen Kohle mehr zu fördern und 27 000 Tonnen Briketts mehr zu pressen.

Die Haltung der Arbeiterklasse zeugte davon, in wie hohem Maße ihr Bewußtsein im Kampf um die Beseitigung des Imperialismus und um den Aufbau des Sozialismus gewachsen war und wie sehr sich ihr Bündnis mit den anderen Schichten der Bevölkerung gefestigt hatte. Einmütig stellten sich die Werktätigen der DDR an die Seite der

Ungarischen Volksrepublik und des um seine Freiheit kämpfenden ägyptischen Volkes. In den ersten Tagen des November 1956 fanden in den Städten und Dörfern der Republik machtvolle Solidaritätskundgebungen statt. Ein „Hilfskomitee für das sozialistische Ungarn" unter dem Vorsitz von Adolf Hennecke wurde gebildet. Die Regierung der DDR übergab dem ungarischen Volk Güter im Werte von 22 Millionen DM, und die Werktätigen der DDR sammelten bis zum 1. Dezember 1956 Geld- und Sachspenden im Werte von 6 Millionen DM, um den Werktätigen Ungarns bei der Überwindung der durch die Konterrevolution verursachten Schäden zu helfen. Unter dem Vorsitz von Professor Theodor Brugsch konstituierte sich ein Ausschuß „Freundschaftshilfe für Ägypten". Dem ägyptischen Volk wurden materielle Güter im Werte von mehreren Millionen DM aus Solidaritätsspenden zur Verfügung gestellt.

Aus den Reihen der Arbeiterklasse erhielt das Zentralkomitee der SED viele Angebote, das ungarische Volk im Kampf gegen die faschistischen Mörder in ähnlicher Weise zu unterstützen wie in den Jahren 1936 bis 1939 das spanische Volk. Zahlreiche Arbeiter setzten sich dafür ein, internationale Brigaden zu bilden, und erklärten sich bereit, den ungarischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu eilen.

Es waren junge Arbeiter, die durch die SED und die FDJ erzogen worden waren, und es waren alte Arbeiter und langjährige Parteimitglieder, die auf diese Weise ihre Solidarität mit den ungarischen Werktätigen beweisen wollten. Sie handelten als klassenbewußte Arbeiter und als gute Deutsche im Geiste der besten Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Die Erfahrungen des Jahres 1956 lehrten, daß die Stärke der Arbeiter-und-Bauern-Macht vor allem von der Einheit und Geschlossenheit ihrer führenden Kraft, der marxistisch-leninistischen Partei, und von deren engen Verbindung mit den Massen des Volkes abhängt. Die Ereignisse im Jahre 1956 bestätigten nicht zuletzt, daß die von der SED ausgearbeitete und befolgte Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen Schichten der Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus richtig gewesen war.

In den Auseinandersetzungen des Jahres 1956 hatte sich das Mehrparteiensystem in der DDR bewährt. Die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Parteien und Massenorganisationen traten geschlossen für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht ein. Alle Versuche des Gegners, in

der CDU, der DBD, der LDPD oder der NDPD Einfluß zu gewinnen und den Demokratischen Block zu erschüttern, mißlangen. Sie scheiterten an der Einheit und am aufrichtigen Streben aller demokratischen Kräfte, den Weg des Aufbaus des Sozialismus in der DDR konsequent fortzusetzen.

In ihrem komplizierten Kampf konnte sich die DDR auf die wirksame und umfassende Hilfe der Sowjetunion stützen. Im Ergebnis der Verhandlungen, die vom 3. bis 8. Januar 1957 zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR in Moskau stattfanden, wurden die Beziehungen zwischen dem ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat und der Sowjetunion weiter gefestigt.

In der gemeinsamen Erklärung vom 7. Januar 1957[34] wurden die imperialistischen Kräfte mit aller Eindringlichkeit darauf hingewiesen, daß alle Versuche, die deutsche Frage mit Gewalt zu lösen oder die volksdemokratische Ordnung in der DDR zu untergraben, entschieden zurückgewiesen werden würden. In den Verhandlungen wurde vereinbart, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen im Rahmen des Handelsvertrages für das Jahr 1957 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zu steigern. Die UdSSR gewährte der DDR zu günstigen Bedingungen einen Kredit in frei verfügbarer Währung in Höhe von 340 Millionen Rubel. Die DDR und die UdSSR beschlossen, die Kooperation des Maschinenbaus beider Länder weiterzuentwickeln. Außerdem wurde vereinbart, ein Abkommen über den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen in der DDR abzuschließen.[35]

Am 6. und 7. Januar 1957 trafen Delegationen der SED und der KPdSU zu Beratungen zusammen. Die Verhandlungen ergaben die volle Einmütigkeit der SED und der KPdSU in der Einschätzung aller Grundfragen der internationalen Entwicklung. Sie trugen zur weiteren Festigung der Kampfgemeinschaft beider Parteien bei und hatten große Bedeutung für die Entwicklung der gesamten internationalen Arbeiterbewegung.

Die erbitterten Auseinandersetzungen, die im Herbst 1956 zwischen den beiden Systemen in Deutschland geführt wurden, waren eine Schule des politischen Kampfes für die SED, für die Arbeiterklasse und Millionen Werktätige. Viele Menschen begannen besser zu begreifen, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR

[34] Dokument Nr. 8.

[35] Dokument Nr. 12.

die wichtigste Bedingung für die Erhaltung des Friedens und die friedliche Lösung der deutschen Frage ist.

Die Werktätigen der Republik wurden im Herbst 1956 nicht nur ihrer nationalen Verantwortung gerecht, sie erfüllten auch ehrenvoll ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber dem sozialistischen Weltsystem und allen Völkern der Erde. Die marxistisch-leninistische Politik der SED und ihr entschiedener Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus halfen in hohem Maße, die Einheit der sozialistischen Staaten und der internationalen kommunistischen Bewegung zu verteidigen und zu stärken. Dadurch wurde das internationale Ansehen der SED und der DDR bedeutend erhöht.

Der Kampf der DDR für die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten (1957 bis 1958)

1. Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED. Das Programm der Arbeiterklasse zur friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes

Nachdem die Anschläge der Konterrevolution zusammengebrochen waren, galt es, gestützt auf die Lehren und Erfahrungen der Ereignisse im Herbst 1956, den sozialistischen Aufbau in der DDR mit neuer Kraft weiterzuführen und den Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Militarismus in Westdeutschland zu verstärken. Das war um so notwendiger, als das westdeutsche Finanzkapital trotz der Niederlage der Konterrevolution immer offensichtlicher danach strebte, seine Diktatur über ganz Deutschland auszudehnen und zugleich auch die Vorherrschaft in Westeuropa zu erreichen.

Die Entwicklung seit dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED hatte die Einschätzung bestätigt, daß sich das internationale Kräfteverhältnis wesentlich zugunsten des Sozialis-

mus verändert hatte und daß es möglich war, einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Es war dem Imperialismus nicht gelungen, durch den konterrevolutionären Putsch in der Ungarischen Volksrepublik einen ernsten Einbruch in das sozialistische Lager zu erzielen. Auch in Ägypten erlitten die Imperialisten eine empfindliche Niederlage. Die Ereignisse in Ägypten und in der Ungarischen Volksrepublik hatten aber auch bewiesen, daß der Imperialismus nichts von seiner Aggressivität verloren hatte. Deshalb mußten die sozialistischen Staaten ihre Politik der Entspannung mit wirksamen politischen und militärischen Maßnahmen zur Verteidigung des Friedens verbinden.

In der Ungarischen Volksrepublik hatte sich außerdem die Erfahrung am deutlichsten bestätigt, daß der Revisionismus in der Arbeiterbewegung der volksdemokratischen Länder angesichts der Existenz der NATO zum Wegbereiter der Konterrevolution wurde. Die kommunistischen und Arbeiterparteien standen daher vor der Notwendigkeit, den entschiedenen Kampf gegen den Revisionismus und Nationalismus sowie gegen den Dogmatismus zu führen, die Bemühungen um internationale Entspannung fortzusetzen und alle vom Imperialismus ausgehenden Anschläge gegen die Errungenschaften der sozialistischen Revolution und gegen die Einheit der sozialistischen Staaten abzuwehren. In Deutschland, an der Nahtstelle der zwei Systeme und angesichts der offenen Grenze der DDR gegenüber dem imperialistischen Machtbereich, war es besonders notwendig, eine prinzipienfeste und zugleich elastische Politik zu verfolgen.

Die entgegengesetzte Entwicklung in den beiden deutschen Staaten war noch weiter fortgeschritten. Neue Probleme – sowohl in der Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als auch des sozialistischen Aufbaus in der DDR – waren herangereift. Auf sie mußte eine klare Antwort gegeben werden. Diese Aufgabe erfüllte die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 stattfand.

Am 31. Januar 1957 – zur selben Zeit, als das Zentralkomitee der SED tagte – fand im westdeutschen Bundestag eine außenpolitische Debatte statt. In ihr verkündeten vornehmlich Außenminister Heinrich von Brentano und der Bundesminister für Verteidigung Franz-Josef Strauß das revanchistische Programm des westdeutschen Imperialismus. Strauß trat für einen aggressiven Kurs ein und wiederholte damit in nur wenig verbrämter Weise die offene Kriegsdrohung, mit der er am 11. November 1956 auf einer CSU-Kundgebung in Holl-

feld in Franken aufgetreten war. „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können."[36]

Die Politik der Stärke und der Provokationen wurde von der CDU/CSU unverhüllt zur Staatsdoktrin erklärt. Die Sprecher der SPD erhoben einige Einwände gegen die Politik der Stärke und betonten, daß die SPD nach wie vor gegen die Pariser Verträge sei. Zugleich erklärte jedoch der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, daß die SPD im Falle eines Wahlsieges die von der Bundesrepublik unterzeichneten Verträge, einschließlich der eingegangenen militärischen Verpflichtungen, anerkennen werde.

Das Neue in Westdeutschland war, wie Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED feststellte, das aktive Auftreten des westdeutschen Imperialismus. „Das Ziel der herrschenden Kreise in Westdeutschland ist die Diktatur des westdeutschen Finanzkapitals über ganz Deutschland und die Vorherrschaft über Europa."[37] Der Kampf für die Sicherung des vom westdeutschen Imperialismus und Militarismus bedrohten Friedens mußte daher noch stärker in den Mittelpunkt der gesamten Politik der SED rücken.

Die DDR hatte von allen volksdemokratischen Staaten wohl die schwierigste Aufgabe zu lösen: den sozialistischen Aufbau und die Lösung der nationalen Frage gegen einen Gegner durchzusetzen, der sich militärisch und politisch in einer Periode relativer Machtzunahme befand, dessen Aggressivität wuchs und der nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen strebte. Gegen diesen Gegner galt es, die Politik der friedlichen Koexistenz zu entwickeln und den sozialistischen deutschen Staat zur dominierenden Kraft in Deutschland auszubauen.

Obwohl die herrschenden Kreise Westdeutschlands die offene Grenze der DDR zu Westberlin für umfassende Stör- und Sabotagetätigkeit ausnutzten und der DDR großen Schaden zufügten, entschlossen sich die SED und die mit ihr verbündeten Parteien der Nationalen Front, den Aufbau des Sozialismus auch weiterhin bei

36 Nürnberger Nachrichten, 13. November 1956.

37 Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 30. Januar bis 1. Februar 1957. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, S. 279.

offener Grenze fortzusetzen. Das Festhalten an dieser Konzeption war von dem Bemühen getragen, jede Möglichkeit für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu nutzen und eine schrittweise Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu erleichtern. Die Beibehaltung der offenen Grenze gegenüber dem imperialistischen Machtbereich komplizierte die Auseinandersetzung, vor allem auf wirtschaftlichem und politisch-ideologischem Gebiet. Dazu trug bei, daß der westdeutsche Imperialismus die Geduld der DDR falsch einschätzte, sie als Schwäche auslegte und in der Folgezeit seine Diversionstätigkeit erneut bis zur unmittelbaren Vorbereitung einer militärischen Aggression trieb.

In seinem Referat „Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" begründete Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED in Auseinandersetzung mit revisionistischen und dogmatischen Auffassungen eine geschlossene Konzeption für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Sie sah vor, alle Anstrengungen auf die Sicherung des Friedens zu konzentrieren. Dies erforderte, die DDR als sozialistischen Staat allseitig zu stärken und die politischen, ideologischen und ökonomischen Aufgaben als Einheit zu betrachten. Der unerläßliche Kampf für die Bändigung und Zurückdrängung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus und für demokratische Umgestaltungen in der Bundesrepublik bedingte, die Bemühungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu verstärken und Schritt für Schritt eine Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten anzustreben. Diese geschlossene Konzeption zur nationalen Frage mußte für eine längere Zeit die gesamte Politik der SED und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bestimmen.

In Deutschland standen sich zwei politische Hauptkräfte gegenüber, die durch die sozialistische DDR und die monopolkapitalistische westdeutsche Bundesrepublik verkörpert wurden. Walter Ulbricht wies in seinem Referat nach, daß der Weg zum Sozialismus in ganz Deutschland eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Die Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hatte ihre Ursache in den ökonomischen und politischen Bedingungen Deutschlands und im Charakter der modernen Epoche der welthistorischen Entwicklung. Angesichts der Existenz des sozialistischen Weltsystems waren in der

DDR trotz der erschwerten Bedingungen, die sich aus der Spaltung Deutschlands ergaben, sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen vorhanden, um die sozialistische Umgestaltung siegreich zu beenden.

Entschieden wandte sich das Zentralkomitee gegen die revisionistischen Forderungen, den sozialistischen Aufbau in der DDR zu verlangsamen und dem Druck der Adenauer-Regierung nachzugeben, um so angeblich die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern. Es betonte, daß die sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen der DDR unantastbar sind und daß die unablässige Festigung der Positionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus in der DDR die entscheidende Bedingung ist, um in Deutschland den Frieden zu sichern und die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes zu lösen. Nur durch neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus konnte die Arbeiter-und-Bauern-Macht als Bastion des Friedens und des Fortschritts in Deutschland gestärkt werden, konnte die Anziehungskraft des Sozialismus auf die Arbeiterklasse und die übrigen Schichten des Volkes in Westdeutschland wachsen.

Das Zentralkomitee hob die große Verantwortung der Arbeiterklasse für das Schicksal Deutschlands hervor. Sie kann aber nur dann ihren historischen und nationalen Aufgaben gerecht werden, wenn sie sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenfindet. Deshalb wies die Tagung mit Nachdruck darauf hin, daß die Herstellung der Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse für die SED keine zeitweilige Taktik, sondern die Generallinie ihrer Politik ist.

Das Zentralkomitee der SED zeigte zugleich den real noch möglichen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Walter Ulbricht entlarvte die Deutschlandkonzeption der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik und stellte eindeutig klar, daß eine Wiedervereinigung nicht real wäre, „wenn dadurch die Macht des westdeutschen Monopolkapitals und der Militaristen auf ganz Deutschland ausgedehnt würde“[38]. Er wies nach, daß die von sozialdemokratischer Seite genährte Auffassung, die Wiedervereinigung Deutschlands könne auf einem „dritten Weg“ erfolgen, eine höchst gefährliche Illusion war.

Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen, demokratischen Staat erforderte, auf die Politik der Remilitarisierung und Refaschisierung und auf die Teilnahme an aggressiven

38 Ebenda, S. 315.

Militärbündnissen zu verzichten und die Herrschaft des Imperialismus in Westdeutschland zu überwinden. Auch in Westdeutschland mußten die am Frieden und an nationaler Verständigung interessierten Kräfte die Oberhand gewinnen, zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung werden und grundlegende demokratische Umgestaltungen der gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklichen. Das erforderte, so stellte die Tagung fest, daß die Arbeiterklasse sich an die Spitze des Kampfes stellt, weil nur sie in der Lage ist, den Kampf für demokratische und nationale Forderungen zu Ende zu führen und die Wiedervereinigung Deutschlands in Einklang mit den wahren Interessen der Nation durchzusetzen.

„Nur im Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte in Deutschland gegen den Militarismus und die Macht der Monopole kann die Wiedervereinigung Deutschlands errungen werden."[39] Die Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik mußte von der westdeutschen Arbeiterklasse und ihren Verbündeten herbeigeführt werden.

Infolge des Eintritts der Bundesrepublik in die NATO, der zunehmenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und des weiteren Vormarsches der Reaktion war eine relativ schnelle Überwindung der imperialistischen Herrschaft und folglich auch eine schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten unmöglich geworden. Die SED orientierte daher die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf ein längeres Nebeneinanderbestehen von zwei deutschen Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung, auf die Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme und ihren Wettbewerb sowie auf die Notwendigkeit des unermüdlichen Kampfes der patriotischen Kräfte in beiden deutschen Staaten gegen die vom wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus und Militarismus ausgehende Gefahr.

Um einer weiteren Vertiefung der Spaltung Deutschlands entgegenzuwirken und der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat schrittweise den Weg zu ebnen, unterbreitete Walter Ulbricht in seinem Referat den bedeutsamen Plan der Bildung einer Konföderation. Die wichtigste Aufgabe dieses aus beiden deutschen Staaten bestehenden Staatenbundes sollte die Herstellung normaler, sachlicher Beziehungen zwischen ihnen sein, besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Beide deutsche Staaten sollten auf die Anwendung von Gewalt gegeneinander ver-

[39] Ebenda, S. 317.

zichten. Als Organ der Konföderation sollte ein aus Vertretern beider deutscher Staaten paritätisch zusammengesetzter Gesamtdeutscher Rat wirken.

Dieser Plan der Wiedervereinigung Deutschlands durch die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Bildung einer Konföderation stellte eine schöpferische Anwendung der Leninschen Lehre von der friedlichen Koexistenz auf die in Deutschland entstandene Lage und zugleich eine Bereicherung der Theorie von der nationalen Frage dar. Damit fanden Überlegungen ihren Abschluß, die von der SED seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Frühjahr 1955 angestellt worden waren. Von der Führung der SED wurden auch Gedanken aufgegriffen und ausgewertet, die von westdeutschen Politikern, so von dem westdeutschen Finanzminister, Fritz Schäffer, im Gespräch mit dem Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front und führenden Politiker der NDPD Vincenz Müller, der als Beauftragter der Regierung der DDR das Gespräch mit Schäffer geführt hatte, geäußert worden waren.

Der Vorschlag zur Schaffung einer deutschen Konföderation trug am besten der realen Lage in Deutschland Rechnung, weil er von der Existenz zweier deutscher Staaten ausging. Eine deutsche Konföderation war nunmehr die geeignetste Form der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten und der beste Weg, dem spannungsgeladenen Zustand in Deutschland ein Ende zu bereiten. In dem Maße, wie die demokratischen Kräfte Westdeutschlands den Imperialismus und Militarismus überwinden würden, könnte sich die deutsche Konföderation zu einem wirksamen Organ der Wiedervereinigung Deutschlands entwickeln. Der Vorschlag entsprach völlig den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Großen Raum nahmen in den Beratungen des Zentralkomitees – sowohl im Referat von Walter Ulbricht als auch im Bericht des Politbüros, den Erich Honecker erstattete, und im Referat Bruno Leuschners über die wichtigsten Aufgaben zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes – die Probleme der inneren Entwicklung der DDR ein. Die wichtigsten Fragen waren dabei die weitere Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die zielstrebige Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft und die Einbeziehung aller Schichten der Bevölkerung in den Aufbau des Sozialismus.

Walter Ulbricht erklärte auf der 30. Tagung: „Wenn wir von Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokrati-

schen Republik sprechen, so verstehen wir darunter die Erhöhung der Rechte der gewählten Staatsorgane, die Erweiterung der Rechte und Pflichten der örtlichen Volksvertretungen, die Überwindung von Fehlern einer Überzentralisation. Das wird dazu beitragen, die schöpferische Aktivität der Bevölkerung zu entfalten und die Beziehungen zwischen Staatsapparat und Volksmassen enger zu gestalten. Gleichzeitig aber ist es notwendig, die volksdemokratische Gesetzlichkeit zu festigen und die Wachsamkeit gegenüber der Tätigkeit feindlicher Agenten und Diversionsgruppen zu erhöhen, die Kampfkraft der bewaffneten Kräfte der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken und die Ausbildung und politische Erziehung in den Kampfgruppen der Arbeiter zu verbessern."[40]

Entsprechend den Beschlüssen ihrer 3. Parteikonferenz, hatte die SED in der Volkskammer die Entwürfe eines Gesetzes über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen und eines Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht[41] eingebracht. Außerdem waren auf Vorschlag der SED weitere Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte und Pflichten der Leitungen der Volkswirtschaft in den Bezirken und Kreisen eingeleitet worden, die ebenfalls das Ziel hatten, die schöpferische Mitarbeit der Werktätigen noch mehr zu entwickeln.

„Wir sind überzeugt, daß es gelingen wird, in der Deutschen Demokratischen Republik den Beweis zu erbringen, daß die volksdemokratische Ordnung gestärkt und ihre Volksverbundenheit gewährleistet wird, ohne daß den konterrevolutionären Kräften ein Spalt geöffnet wird, in den sie eindringen könnten. Eine solche kontinuierliche Entwicklung wollen und können wir erreichen."[42]

Im ersten Jahr des zweiten Fünfjahrplanes hatten die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der DDR trotz des wütenden Angriffs der imperialistischen Konterrevolution durch angestrengte Arbeit beachtliche Erfolge erzielt. Die Bruttoproduktion der gesamten Industrie war gegenüber dem Jahre 1955 um 7 Prozent gestiegen und betrug damit mehr als das Doppelte im Vergleich zu 1950. In der Land- und Forstwirtschaft erhöhte sich die Bruttoproduktion um 1,2 Prozent.

[40] Ebenda, S. 293.

[41] Dokument Nr. 9.

[42] Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, S. 293/294.

Insgesamt konnten jedoch die im Volkswirtschaftsplan für 1956 gestellten Ziele nicht erreicht werden. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde nur mit 98 Prozent erfüllt. Das war vor allem die Folge des massiven Vorstoßes der imperialistischen Kräfte der NATO-Staaten gegen die sozialistischen Länder im Herbst 1956, der eine vorübergehende Störung in den ökonomischen Beziehungen zwischen verschiedenen sozialistischen Ländern hervorgerufen hatte. Sie wirkte sich in der Volkswirtschaft der DDR, die in hohem Maße von der Einfuhr von Steinkohle, metallurgischem Koks, Walzstahl, Buntmetallen und anderen Rohstoffen abhängig war, besonders fühlbar aus. Die Republik mußte zeitweilig auf wichtige Importe verzichten. Außerdem hatte die imperialistische Aggression gegen Ägypten zu Störungen im internationalen Verkehr und zu einem Ansteigen der Weltmarktpreise geführt. Dadurch wurde die Versorgung der DDR mit wichtigen Rohstoffen behindert. Westdeutschland hatte in den Jahren 1955 und 1956 eine höhere Zuwachsrate der Industrie erreicht als die DDR.

Auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde darauf hingewiesen, daß sich die im Herbst 1956 entstandenen außenpolitischen Schwierigkeiten auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR im Jahre 1957 auswirken mußten. So war es zum Beispiel wegen der verminderten Möglichkeiten für die Einfuhr von Kohle notwendig, relativ hohe Investitionen für die Entwicklung der Kohle- und Energieproduktion einzuplanen. Für die Entwicklung anderer wichtiger Wirtschaftszweige, vornehmlich der Metallurgie und Chemie, blieben daher nur verhältnismäßig geringe Investitionsmöglichkeiten.[43]

Ausgehend von der Analyse der wirtschaftlichen Situation durch die 30. Tagung des Zentralkomitees beschloß die Volkskammer deshalb am 26. April 1957, die industrielle Bruttoproduktion 1957 nur um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Diese Kennziffer lag unter den Planzielen, die in der Direktive der 3. Parteikonferenz der SED über den zweiten Fünfjahrplan vorgesehen waren.

Die endgültige Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplanes mußte angesichts dieser Situation, vor allem weil wichtige Fragen der Rohstoff- und Materialversorgung sowie des Exports noch nicht völlig geklärt waren, weiter hinausgeschoben werden. Es war jedoch klar, daß die Hauptanstrengungen auf die kontinuierliche Durchsetzung

[43] Dokument Nr. 10.

des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Hebung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Leitungstätigkeit in den Betrieben und den staatlichen Organen sowie in den Organisationen der SED und des FDGB gerichtet werden mußten.

Auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde die marxistisch-leninistische Generallinie der Partei auf allen wichtigen Gebieten der nationalen Politik weiterentwickelt. Die revisionistische Konzeption, mit der Karl Schirdewan, Ernst Wollweber und Gerhart Ziller im Herbst 1956 aufgetreten waren, wurde vom Kollektiv der Parteiführung endgültig zurückgewiesen und politisch zerschlagen. Die Mitglieder des Zentralkomitees, unter ihnen vor allem Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Kurt Hager, Erich Honecker, Bruno Leuschner, Hermann Matern, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Willi Stoph, Walter Ulbricht und Herbert Warnke, verteidigten entschlossen die Generallinie der Partei.

In den Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind und mit dem Revisionismus und Dogmatismus waren das Bewußtsein der Mitglieder und der Kampfgeist der Leitungen und Organisationen der SED gewachsen. Mit der vom Zentralkomitee ausgearbeiteten Perspektive des Aufbaus des Sozialismus in der DDR und der friedlichen Lösung der nationalen Frage wurde die SED ihrer Verantwortung gerecht, der deutschen Arbeiterklasse und allen friedliebenden, demokratischen Kräften des deutschen Volkes den Weg zur Sicherung des Friedens und in die Zukunft des neuen Deutschlands zu weisen.

Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED setzte einen Meilenstein in der Entwicklung der Strategie und Taktik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Ihre große Bedeutung bestand darin, daß sie die neuen Probleme, die sich aus den Veränderungen in Deutschland und im Weltmaßstab ergeben hatten, umfassend und zusammenhängend beantwortete und eine neue strategische Konzeption der nationalen Politik ausarbeitete, in deren Mittelpunkt die Sicherung des Friedens und die ihr dienende allseitige sozialistische Entwicklung der DDR standen.

Die Beschlüsse dieser Tagung, die zu den bedeutendsten in der Geschichte der SED gehört, fanden die einmütige Billigung aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen. Der Zentralrat der FDJ faßte auf seiner 16. Tagung am 25. April 1957 den Beschluß,

die Freie Deutsche Jugend zum sozialistischen Jugendverband der DDR zu erklären, der alle Jugendlichen vereint, die ihre Kraft für ein sozialistisches Deutschland, für die Sicherung des Friedens und das Glück der ganzen Nation einsetzen.[44]

Damit begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Jugendbewegung. Auch die Gewerkschaften sowie die anderen Massenorganisationen und die mit der SED befreundeten Parteien des Demokratischen Blocks stellten sich als Hauptaufgabe, ihre Mitglieder und Anhänger zu sozialistischem Denken und Handeln zu erziehen, ihnen die Perspektive der sozialistischen Entwicklung in der DDR und die neuen Aufgaben im Kampf für die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes zu erläutern und sie für deren Durchsetzung zu gewinnen.

2. Die weitere ökonomische und politische Stärkung der DDR. Das zunehmende internationale Ansehen der SED

Die wegweisenden Beschlüsse der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED weckten neue, gewaltige Kräfte, vor allem in der Arbeiterklasse. Geführt von den Parteiorganisationen, begannen die Arbeiter in allen Industriezweigen die von der SED und der Regierung gestellten Aufgaben in die Tat umzusetzen. Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs wurde der Plan der Industrieproduktion im I. Quartal 1957 mit 100,5 Prozent erfüllt.

Die Werktätigen des Braunkohlenbergbaus produzierten 1,3 Millionen Tonnen Rohbraunkohle und 204 000 Tonnen Braunkohlenbriketts über den Plan. Das war ihr Beitrag zur Verwirklichung der von der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED gestellten Aufgabe, die Brennstoffproduktion maximal zu steigern, die Energieversorgung zu verbessern und im Jahre 1957 eine Million Tonnen Braunkohlenbriketts über den Plan zu erzeugen. Auf diese Weise konnten die Industrie, das Verkehrswesen und die Bevölkerung besser mit festen Brennstoffen und mit Elektroenergie versorgt und das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft erhöht werden.

Um die vorrangige Entwicklung der Energiewirtschaft für einen längeren Zeitraum zu sichern, beschloß der Ministerrat der DDR auf

[44] Dokument Nr. 15.

Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 21. März 1957 ein besonderes Kohle- und Energieprogramm. In diesem langfristigen Plan wurden die Produktionsziele dieses wichtigen Bereiches der Volkswirtschaft, die notwendigen Investitionen und die Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung festgelegt. Dieses Programm sah unter anderem vor, die Kapazität der Kraftwerke der DDR bis 1960 um 2600 MW zu erhöhen und ihre Leistung von 32,7 Milliarden kWh im Jahre 1957 auf etwa 41,5 Milliarden kWh im Jahre 1960 zu steigern. Der rasche Ausbau der Energiebasis trug wesentlich dazu bei, ein hohes Entwicklungstempo in anderen wichtigen Wirtschaftszweigen, beispielsweise in der sehr energieintensiven chemischen Industrie, zu sichern.

Mit der Ausarbeitung dieses Programms für einen der wichtigsten Industriezweige wurde damit begonnen, die von der SED in den Jahren 1954 bis 1956 ausgearbeitete ökonomische Konzeption für die gesamte Übergangsperiode für einzelne Industriezweige zu konkretisieren und so die Voraussetzungen für ihre kontinuierliche Verwirklichung zu schaffen.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Gemeinde- und Kreistagswahlen breitete sich im Frühjahr 1957 der sozialistische Wettbewerb weiter aus. Hunderttausende von Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz handelten nach der Losung „Jeder eine gute Tat für unsere gute Sache". Viele der Verpflichtungen, die sie übernahmen, trugen dazu bei, die Arbeitsorganisation zu verbessern, technische Neuerungen einzuführen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um trotz des Übergangs zur 45-Stunden-Woche die Planziele zu erreichen und überzuerfüllen.

Entsprechend der Direktive der 3. Parteikonferenz der SED hatte die Volkskammer am 18. Januar 1957 nach einer gründlichen Diskussion in den Gewerkschaftsorganisationen der Betriebe das Gesetz über die 45-Stunden-Woche beschlossen. Die Senkung der Arbeitszeit war mit keiner Lohnminderung für die Werktätigen verbunden. Am 1. März 1957 wurde mit der schrittweisen Einführung der neuen Arbeitszeit in den Betrieben der sozialistischen Industrie sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen begonnen. Durch entsprechende Vereinbarungen wurde die 45-Stunden-Woche auch für die Arbeiter der Privatbetriebe wirksam.

Das Zentralkomitee der SED rief auf seiner 32. Tagung vom 10. bis 12. Juli 1957 dazu auf, der Massenbewegung der Arbeiter,

werktätigen Bauern und Angehörigen der Intelligenz größere Aufmerksamkeit zu widmen. Es stellte das Ziel, bis zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der Industrie einen Planvorsprung von zehn Tagen zu erreichen und die Exportrückstände aufzuholen. Dieser Ruf fand einen starken Widerhall. 48 hervorragende Aktivisten, Neuerer und Ingenieure der SDAG Wismut wandten sich mit dem Appell an alle Werktätigen der DDR, zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im sozialistischen Wettbewerb neue große Leistungen zur Stärkung der DDR zu vollbringen.[45] Sie stellten sich das Ziel, in den Betrieben der SDAG Wismut bis zum 7. November 1957 einen Planvorsprung von 15 Tagen zu erreichen, die Arbeitsproduktivität im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr um vier Prozent zu erhöhen und die Selbstkosten um fünf Prozent zu senken.

Die Wismut-Kumpel, die seit Jahren erfolgreich im sozialistischen Wettbewerb waren, erreichten bereits bis zum 31. August 1957 einen Planvorsprung von 19 Tagen, wobei sie gleichzeitig die Arbeitsproduktivität um 5,8 Prozent steigerten und die Selbstkosten im Vergleich zum ersten Halbjahr um 10,5 Prozent senkten. Das entsprach einem ökonomischen Nutzen von etwa vier Millionen DM.

Für ihre ausgezeichneten Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb wurden anläßlich des Jahrestages der Republik der Initiator des sozialistischen Wettbewerbs, der Hauerbrigadier Adam Wenner, und die Hauerbrigadiere Willi Fahr, Johannes Pfeiffer und Hans-Jürgen Pinske mit dem Titel „Held der Arbeit" geehrt.

Hervorragende Leistungen vollbrachten auch die Werktätigen des Eisenhüttenkombinats an der Oder und des Stahl- und Walzwerkes Riesa, die Bauarbeiter des Kombinats „Schwarze Pumpe" und der neu entstehenden Großkraftwerke Berzdorf und Lübbenau. Zu Ehren des 40. Jahrestages des Großen Oktobers kämpften sie um einen Planvorsprung und die Senkung der Selbstkosten.

Alle diese Ergebnisse konnten nur deshalb erreicht werden, weil die Organisationen der SED und des FDGB die politische Arbeit verbesserten und den Werktätigen mehr erklärten, daß der Sicherung des Friedens und der Festigung der Macht der Arbeiterklasse am besten ökonomische Erfolge im sozialistischen Aufbau dienten. Dem sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schlossen sich bis Ende Oktober

[45] Dokument Nr. 16.

2,5 Millionen Werktätige an, das waren fast zwei Drittel aller in der sozialistischen Industrie Beschäftigten. Damit erreichte der sozialistische Wettbewerb in der DDR seine bis dahin größte Ausdehnung. Er machte die tiefe Verbundenheit der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten mit der Sowjetunion und ihrem eigenen Arbeiter-und-Bauern-Staat sichtbar.

Große Freude und Begeisterung löste unter der Bevölkerung der DDR der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten am 4. Oktober 1957 in der UdSSR aus. Inspiriert von dem welthistorischen Ereignis und beseelt von dem Willen, tatkräftig in das politische Geschehen einzugreifen, entstanden viele literarische Werke. Dazu gehörten das „Planetarische Manifest" von Johannes R. Becher, die „Sputnik-Gespräche" von Erwin Strittmatter, Verse von Kuba (Kurt Barthel), die Hanns Eisler vertonte, und viele Gedichte und Lieder jüngerer Autoren.

Der Start von Sputnik I und der mit gleicher Begeisterung aufgenommene Start von Sputnik II am 3. November 1957 halfen, auch in Westdeutschland die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten. Der unseren Erdball umkreisende erste künstliche Mond kündete mit seinen Funksignalen nicht nur von einer gewaltigen technischen Errungenschaft der Sowjetwissenschaft, sondern festigte auch bei vielen Menschen die Gewißheit, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört.

Viele Arbeiter und Kollektive nahmen den Start des Sputniks zum Anlaß, ihre Anstrengungen im Wettbewerb zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution noch zu steigern. Die SED lenkte angesichts des Massenwettbewerbs der Werktätigen die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften und der Betriebsleitungen darauf, die Vorschläge der Arbeiter zur Überwindung von Hemmnissen besser zu berücksichtigen und dadurch viele Reserven wirksamer auszuschöpfen. Regelmäßige Produktionsberatungen sollten dazu beitragen, daß die Arbeiter die Mängel und Schwächen in der Produktion aufdeckten, neue Arbeitsmethoden durchsetzten und Voraussetzungen für die Verbesserung des Produktionsablaufs und die Erfüllung der Betriebspläne schufen.

Auf diese Weise konnten weitere Produktionsreserven aufgedeckt werden. Die Arbeiter und die Angehörigen der Intelligenz nahmen noch stärkeren Einfluß auf die Leitung der Produktion. Allein im II. Quartal 1957 wurden 145 895 Produktionsberatungen durchgeführt, an denen 2,6 Millionen Werktätige teilnahmen. 50 240 Be-

schlüsse – das waren 75 Prozent aller Beschlüsse – wurden mit großem Erfolg realisiert. Die im II. Quartal 1957 verwirklichten Verbesserungsvorschläge brachten einen Nutzen von 109,6 Millionen DM.

Um eine kontinuierliche Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu gewährleisten, wurde auf einer Tagung hervorragender Wissenschaftler, Techniker und Ökonomen am 24. August 1957 in Berlin ein Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung als Organ des Ministerrats der DDR gebildet. Zum Vorsitzenden dieses Forschungsrates wurde Nationalpreisträger Professor Peter A. Thießen berufen. Dem Forschungsrat gehörten unter anderen so bedeutende Wissenschaftler an wie Nobelpreisträger und Nationalpreisträger Professor Gustav Hertz, die Nationalpreisträger Professor Erich Correns, Professor Max Steenbeck und Professor Max Volmer. Der Forschungsrat der DDR stellte sich die Aufgabe, die Perspektive der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung und der Entwicklung der neuen Technik, soweit sie auf wissenschaftlicher Forschung beruht, festzulegen. Ihm sollte es ferner obliegen, die Aufgaben der in der DDR vorhandenen Forschungsinstitutionen mit den ökonomischen Erfordernissen und Planaufgaben in Übereinstimmung zu bringen und die grundlegenden Maßnahmen zur Einführung der neuen Technik zu lenken und zu koordinieren.

Anfang des Jahres 1958 entstand als neue Form des sozialistischen Wettbewerbs die Seifert-Bewegung. Das Wesen der von Erich Seifert, Arbeiter im Reichsbahnausbesserungswerk „Wilhelm Pieck" in Karl-Marx-Stadt, entwickelten Methode bestand darin, daß die Arbeiter selbst den Ablauf des Arbeitstages überprüften und Verlustzeiten aufdeckten, um exakt die zur Verrichtung ihrer Arbeit notwendige Zeit festzustellen.

Immer größere Verbreitung fanden auch Methoden des sozialistischen Wettbewerbs, wie sie im Braunkohlenwerk Thräna die Brigade unter Leitung von Willy Wehner und im Federnwerk Zittau der Arbeiter Günter Christoph und der Meister Werner Hohlfeld im Verlaufe des Wettbewerbs zu Ehren des bevorstehenden V. Parteitages der SED entwickelten. Gestützt auf die Erfahrungen des sowjetischen Neuerers Nikolai Mamai, führten sie den sozialistischen Wettbewerb auf der Grundlage der auf den Tag und den Arbeitsplatz aufgeschlüsselten Pläne. Sie kämpften um die tägliche Planerfüllung und deckten Hemmnisse auf.

In den Vorschlägen und Taten dieser und vieler anderer Aktivisten und jener Brigaden, die ihren Beispielen folgten, kam sichtbar zum Ausdruck, daß die Werktätigen es immer besser verstanden, ihre persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen zu verbinden. Die großen Leistungen der Werktätigen widerlegten die Auffassungen der Revisionisten und Kapitulanten, die an der Kraft der Arbeiterklasse gezweifelt hatten. Die Ziele der SED entsprachen dem Denken, Fühlen und Wollen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die in vollem Umfang das Vertrauen rechtfertigten, das die Partei in sie gesetzt hatte.

Dank der von den Werktätigen unter der Führung der SED geleisteten Arbeit konnten die Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1957 überboten werden. Anstatt, wie vorgesehen, um sechs Prozent wurde die Industrieproduktion um acht Prozent gesteigert. Das war ein absoluter Zuwachs von 3,6 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr. In den sozialistischen Betrieben der Industrie stieg die Produktivität je Produktionsarbeiter gegenüber 1956 um über fünf Prozent, während nur vier Prozent geplant gewesen waren. Die Ziele der Selbstkostensenkung konnten allerdings nicht ganz erreicht werden.

Die im Jahre 1957 erreichten Erfolge machten es möglich, umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung durchzuführen. Am 28. Mai 1958 wurden die Reste der Rationierung aufgehoben, ein einheitliches Preisniveau hergestellt sowie Preissenkungen für Industriewaren und Dienstleistungen vorgenommen. Gleichzeitig konnten die Löhne und Gehälter von über drei Millionen Arbeitern und Angestellten erhöht werden. Ferner wurden staatliche Kinderzuschläge eingeführt und großzügige Geburtenbeihilfen beschlossen.

Im Kampf für die Durchführung der Beschlüsse der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED wuchsen das Bewußtsein und die Organisiertheit der Arbeiterklasse. Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens nahm ihr bestimmender Einfluß zu. Darin bestand das wichtigste Ergebnis der sozialistischen Entwicklung in der DDR im Jahre 1957.

Die Lösung der ökonomischen Aufgaben war eng mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie und mit der Festigung der Staatsmacht verbunden. Im Juli 1957 unterbreitete die 32. Tagung des Zentralkomitees der SED Thesen zur Vereinfachung des Staatsapparates und zur Änderung der Arbeitsweise seiner Organe.

Die alte Struktur und Arbeitsweise des Staatsapparates war immer mehr in einen Widerspruch zum erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und zu den auf dieser Stufe zu lösenden Aufgaben geraten. Jetzt kam es darauf an, die volkswirtschaftliche Planung zu verbessern, die operative Leitung der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft näher an die Basis zu verlegen, den örtlichen Organen der Staatsmacht in ihrem Bereich die volle Verantwortung für die Durchführung der staatlichen Gesetze, vor allem des Volkswirtschaftsplanes, zu übertragen und nicht zuletzt die erzieherische Arbeit und den politisch-ideologischen Einfluß der Organisationen der SED im Staatsapparat bedeutend zu verbessern. Die Vorschläge des Zentralkomitees der SED waren auf eine weitere klassenmäßige Stärkung der Staatsmacht gerichtet. Ihre Verwirklichung sollte dazu beitragen, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen noch enger in die Tätigkeit der staatlichen Organe einzubeziehen.

Über die Thesen der 32. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde im zweiten Halbjahr 1957 eine umfassende Diskussion in den Parteiorganisationen, staatlichen Organen und Massenorganisationen geführt. Dabei wurde größere Klarheit über das Wesen des demokratischen Zentralismus und seine Durchsetzung geschaffen. Am 11. Februar 1958 verabschiedete die Volkskammer das Gesetzeswerk über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik.[46] Es zielte darauf ab, die zentrale Planung noch besser mit der örtlichen Initiative zu verbinden. Die meisten wirtschaftsleitenden Fachministerien wurden aufgelöst. Die neugebildeten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) konnten detaillierter die spezifischen Aufgaben der Leitung der sozialistischen Großbetriebe meistern, die sich in den unterschiedlichen Industriezweigen und Branchen bei der Durchsetzung der Kooperation und Spezialisierung der Betriebe, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Verbesserung der Arbeitsorganisation ergaben.

Das Gesetzeswerk über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates erhöhte die Verantwortung der örtlichen Organe der Staatsmacht in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden bedeutend. Die Entscheidung der zentralen Staatsorgane wurde stärker auf grundsätzliche Fragen der sozialistischen Entwicklung gerichtet, während gleichzeitig – gemäß dem Prinzip des demo-

[46] Dokument Nr. 21.

kratischen Zentralismus – die Aufgaben der örtlichen Staatsorgane für die unmittelbare Leitung des sozialistischen Aufbaus in ihrem Verantwortungsbereich erweitert wurden. Zahlreiche bisher zentral geleitete Industriebetriebe wurden den Wirtschaftsräten der Bezirke unterstellt. Den Bezirken und Kreisen wurde die volle Verantwortung für den gesamten Wohnungsbau und 85 Prozent der Baukapazität übertragen; ihnen wurde außerdem die Produktion von industriellen Massenbedarfsgütern und die unmittelbare Anleitung der Landwirtschaft unterstellt.

Die weitere Stärkung der sozialistischen Ordnung in der DDR machte es erforderlich, daß die SED beharrlich für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft kämpfte. Die Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande war jedoch schwieriger und langwieriger als in der Industrie.

Die bäuerliche Kleinproduktion setzte der Steigerung der Arbeitsproduktivität Grenzen. Es bestand die Gefahr, daß die Landwirtschaft in ihrer Entwicklung immer mehr hinter der Industrie zurückblieb und dem steigenden Konsumbedürfnis der Städte nicht gerecht wurde. Das hätte die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne insgesamt gefährdet. Die alten Produktionsverhältnisse gerieten somit in Widerspruch zu den modernen Produktivkräften, und zwar nicht nur zur neuen Technik, sondern auch zu den werktätigen Menschen, zu den Bauern und ihrer Initiative. Der kleine Privatbetrieb hemmte deren Schöpferkraft und die Entfaltung ihrer Persönlichkeit; er band die Bauern an einen zwerghaften und zurückgebliebenen Produktionsprozeß. Der Kampf der SED zur Überwindung dieses Widerspruchs konnte letztlich nur in verstärkten Anstrengungen zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bestehen. Die Einzelbauern mußten für den freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluß gewonnen werden.

Die beharrliche Arbeit, die von der SED geleistet wurde, um die Bauern davon zu überzeugen, daß der Übergang zur genossenschaftlichen Produktion in ihrem ureigensten Interesse lag, sowie die Durchführung staatlicher Maßnahmen zur materiell-technischen und organisatorischen Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften[47] bewirkten, daß die 1955/1956 eingetretene Stagnation allmählich überwunden wurde und auch auf dem Dorfe ein neuer Aufschwung der sozialistischen Umwälzung einsetzte. Die

[47] Dokument Nr. 30.

sozialistische Umgestaltung wurde besonders durch die Beratungen und Beschlüsse der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957 gefördert.

Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED sowie die örtlichen Parteiorganisationen verstärkten die politische Massenarbeit unter den Bauern. Dorfversammlungen, individuelle Aussprachen und Besuche in LPG trugen dazu bei, den Einzelbauern den Vorteil der gemeinschaftlichen Produktion an guten Beispielen zu erläutern. An den Landsonntagen kamen Zehntausende Mitglieder der SED, des FDGB und der befreundeten Parteien in die Dörfer und erläuterten den Bauern die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus. Zur Festigung des Bündnisses mit den Bauern sandten die SED und die Gewerkschaften neue Kader zur ständigen Arbeit auf das Land. In der Aktion „Industriearbeiter aufs Land" konnten im Jahre 1958 rund 13 800 Arbeiter für die sozialistische Landwirtschaft gewonnen werden, von denen viele nach kurzer Zeit bereits leitende Funktionen in den LPG übernahmen. Auf Grund ihrer Erfahrungen halfen sie, die Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin zu verbessern und sozialistische Arbeitsmethoden zu fördern.

Die Hilfe der Maschinen-Traktoren-Stationen für die Produktionsgenossenschaften wurde umfassender. Traktorenbrigaden der MTS wurden der Einsatzleitung der LPG-Vorsitzenden unterstellt. Eine wirksame Hilfe für die LPG waren die Beschlüsse, die der Beirat für LPG beim Ministerrat in seiner erweiterten Tagung am 2. und 3. Mai 1958 faßte, und der Beschluß des Ministerrates der DDR über die neuen Aufgaben der MTS zur Förderung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vom 12. Juni 1958. Die MTS erhielten den Auftrag, den Einsatz der Maschinensysteme so zu organisieren, daß die LPG vorrangig unterstützt wurden und höchste Hektarerträge erzielen konnten. Ferner wurden finanzielle Maßnahmen beschlossen, um die Wirtschaftlichkeit der LPG zu verbessern. Als weiterer materieller Anreiz, die Produktion noch schneller zu steigern, wurden den LPG, die ihre Einkünfte durch Steigerung der Produktion bei Einhaltung der staatlichen Verpflichtungen und richtiger Zuführung zum genossenschaftlichen Fonds erhöhten, die für das Jahr 1958 überfälligen kurzfristigen Kredite in entsprechendem Umfang erlassen.

Diese umfassende Hilfe für die LPG trug ebenfalls dazu bei, daß sich viele Einzelbauern, darunter zahlreiche Mittelbauern, für die sozialistische Großproduktion entschieden. Bis zum 20. Juni 1958

stieg der Anteil der von den LPG bearbeiteten landwirtschaftlichen Nutzfläche auf nahezu 30 Prozent. Im Zeitraum von Oktober 1957 bis März 1958 traten etwa 51 000 neue Mitglieder den LPG bei; unter ihnen befanden sich in zahlreichen Dörfern die besten Bauern des Ortes. Mitte 1958 gab es in der DDR bereits 240 Orte oder Ortsteile, in denen sich alle Bauern in den LPG zusammengeschlossen hatten.

Die erfolgreiche Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der wachsende Einfluß der Arbeiterklasse und die Festigung des Bündnisses mit der Bauernschaft wirkten sich auch auf die anderen Schichten der Bevölkerung aus. Auch bei ihnen wuchs die Erkenntnis, daß der Weg, den ihnen die SED beim weiteren Aufbau des Sozialismus wies, ihren Interessen entsprach. Nach der 30. Tagung des Zentralkomitees wurde begonnen, die Mittelschichten stärker und unmittelbarer in die sozialistische Umgestaltung einzubeziehen.

Das genossenschaftliche Eigentum in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks erwies sich als gute Grundlage für die Überwindung der Zersplitterung der individuellen Produktion und für eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in den genossenschaftlichen Handwerksbetrieben. Die PGH konnten ihren Umsatz bedeutend erhöhen und die Versorgung der Bevölkerung mit Reparaturen und Dienstleistungen sowie das Warenangebot an Gebrauchsgütern nach individuellen Wünschen verbessern helfen. Im Jahre 1957 bildeten sich 56 neue Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Im ersten Halbjahr 1958 erhöhte sich die Zahl der PGH um weitere 411 auf insgesamt 706 mit 23 491 Beschäftigten.

Die Privatunternehmer wurden durch die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung in die Lage versetzt, ihre Betriebe zu modernisieren und notwendige Erzeugnisse von höherer Qualität bei niedrigeren Selbstkosten herzustellen. Das erhöhte ihren Umsatz und auch den Gewinn. Bis zum Jahresende 1958 waren mit mehr als 1500 Unternehmen Gesellschaftsverträge abgeschlossen worden. Neben die Deutsche Investitionsbank traten jetzt auch in zunehmendem Maße volkseigene Betriebe als Kommanditisten. Die Zuwachsrate der Produktion der halbstaatlichen Betriebe betrug 1958 im Vergleich zu 1957 mehr als 20 Prozent.

Die Zahl der Kommissionshändler stieg bis Ende 1957 auf 1568. Mitte 1958 waren schon 2794 Kommissionsverträge abgeschlossen. Mit Hilfe moderner Verkaufseinrichtungen, die ihnen vom Staat zur Verfügung gestellt wurden, und durch bessere Warenbelieferung konnten die Kommissionshändler ihren Umsatz wesentlich steigern

und gleichzeitig einen größeren Beitrag zur kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung leisten.

Mit dem schrittweisen Übergang der Angehörigen dieser Schichten zur sozialistischen Wirtschaftsweise veränderte sich vor allem ihre sozialökonomische Stellung in der Gesellschaft und damit ihr Verhältnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat. Nach Aufnahme staatlicher Beteiligung zielte zum Beispiel die Tätigkeit des Unternehmers nicht mehr nur auf seinen eigenen Vorteil ab. Als Komplementär war er jetzt nicht mehr nur Eigentümer, sondern gleichzeitig Wirtschaftsfunktionär des sozialistischen Staates. Auch die Arbeiter und Angestellten der halbstaatlichen Betriebe gewannen ein neues Verhältnis zu diesen Betrieben. Sie wurden jetzt direkt an der Verbesserung der Produktion und an der Rentabilität interessiert.

Der mit dieser Entwicklung eingeschlagene Weg hatte auch große politische Bedeutung. Er bewies in der Praxis, daß die von der 3. Parteikonferenz der SED entwickelten Formen und Methoden zur unmittelbaren Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau richtig waren. Er bestätigte ferner, daß diese Formen den Mittelschichten eine gesicherte Perspektive und größere Entfaltungsmöglichkeiten gaben, was anregend auf die anderen Angehörigen dieser Schichten wirkte. Nicht zuletzt konnten die Angehörigen der Mittelschichten unmittelbarer und aktiver an der Leitung des Staates teilnehmen. Die Privatunternehmer mit staatlicher Beteiligung, die genossenschaftlichen Handwerker und die Einzelhändler mit Kommissionsvertrag beschritten den Weg der Entwicklung vom individuellen Produzenten zum sozialistisch schaffenden Werktätigen, der in der sozialistischen Gesellschaft einen gleichberechtigten Platz einnimmt. Dadurch verlor die feindliche Hetze gegen den sozialistischen Aufbau weiter an Boden. Ihr Einfluß auf die Mittelschichten nahm ab.

Bei der Lösung der wichtigen, aber komplizierten und mit vielen Konflikten verbundenen Aufgabe, die Einzelbauern und Angehörigen der Mittelschichten für den Übergang zur neuen Produktionsweise zu gewinnen, leisteten die mit der SED befreundeten Parteien des Demokratischen Blocks eine umfangreiche und wertvolle Arbeit. So bekräftigte der Hauptausschuß der NDPD im Juni 1957 die Notwendigkeit der weiteren Einbeziehung der Mittelschichten in den Aufbau des Sozialismus. Das Präsidium des Vorstandes der DBD beschloß im Oktober 1957 gemäß den Vorschlägen der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED ein Aktionsprogramm für die nächsten

Jahre. Der Hauptvorstand der CDU rief im Dezember 1957 auf seiner 12. Tagung die christlichen Demokraten auf, Kämpfer für den Sozialismus, tätige Mitarbeiter beim Aufbau einer neuen Ordnung zu sein. Im Januar 1958 appellierte die Führung der LDPD in einer Erklärung an die Handwerker, Einzelhändler und Gastwirte, sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen beziehungsweise Kommissionsverträge abzuschließen.

Die demokratische Zusammenarbeit aller verantwortlichen Kräfte trug zugleich dazu bei, die Basis der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu festigen und zu erweitern. Die Bemühungen zur Gewinnung aller Schichten der Bevölkerung für den sozialistischen Aufbau und damit zur Fortsetzung des friedlichen Weges des Übergangs zum Sozialismus standen im engen Zusammenhang mit dem Kampf für die Sicherung des Friedens in ganz Deutschland und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und einheitlicher Staat.

Die Regierung der DDR unterbreitete der westdeutschen Bundesregierung mehrfach konkrete Vorschläge zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur Bildung einer deutschen Konföderation. So schlug sie am 26. Juli 1957 vor, daß beide deutsche Staaten mit einer gemeinsamen Politik zur Sicherung des Friedens beginnen sollten, die ein Verbot der Lagerung und Herstellung von Atombomben, ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO beziehungsweise aus dem Warschauer Vertrag, die Aufhebung der Wehrpflicht in Westdeutschland, Vereinbarungen über die beiderseitige Truppenstärke und Bemühungen für die baldige schrittweise Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus Deutschland zum Inhalt haben sollte.[48]

Die Regierung der Bundesrepublik mißachtete jedoch diese Vorschläge. Drei Tage nach der Annahme dieser programmatischen Erklärung, am 29. Juli 1957, unterzeichneten die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Bundesrepublik im Schöneberger Rathaus in Westberlin eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihren Standpunkt zur Wiedervereinigung Deutschlands darlegten. Diese Erklärung bewies, daß die Politik der Machthaber Westdeutschlands und der Regierungen der Westmächte in unüberbrückbarem Gegensatz zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation stand. Sie machten den irrealen Vorschlag, gesamtdeutsche Wahlen unter den

[48] Dokument Nr. 17.

Bedingungen der Militarisierung Westdeutschlands und seiner Kettung an die NATO durchzuführen. Zugleich forderten sie, ein wiedervereinigtes Deutschland dürfe durch eine Neutralisierung oder Entmilitarisierung nicht diskriminiert werden. Die Schöneberger Erklärung enthielt kein Wort über eine zu vereinbarende Abrüstung in beiden Teilen Deutschlands. Sie ging somit stillschweigend davon aus, daß die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchgeführt werden würde. Statt der Zurückziehung aller ausländischen Truppen und des Ausscheidens beider deutscher Staaten aus der NATO beziehungsweise aus dem Warschauer Vertrag, wie die Regierung der DDR forderte, wurden die Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO und ein einseitiger Abzug der sowjetischen Streitkräfte als Perspektive genannt.

Diese Erklärung war nicht als eine Verhandlungsgrundlage gedacht. Die westdeutsche Regierung wollte mit Hilfe der Westmächte, getarnt durch Phrasen über eine „Wiedervereinigung in Freiheit", die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen, die Aufrüstung beschleunigen und die Aggressionsvorbereitungen gegen die DDR verstärken. Sie hatte nach wie vor die Wahnvorstellung, daß es zu einem günstigen Zeitpunkt möglich sein werde, die DDR gewaltsam dem Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus einzuverleiben. Vor allem aber fürchteten die imperialistischen Machthaber der Bundesrepublik, daß durch die Bildung einer Konföderation und die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus noch mehr nach Westdeutschland ausstrahlen und die Volksmassen auch in der Bundesrepublik eine Wende herbeiführen könnten.

Die Irrealität der westdeutschen Politik wurde mit besonderem Nachdruck während des Besuches der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR vom 7. bis 14. August 1957 unterstrichen. In einer von dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, dem Ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten der UdSSR, A. I. Mikojan, dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, und dem Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, unterzeichneten gemeinsamen Erklärung wurde ausdrücklich betont, „daß in Übereinstimmung mit den Bündnisverpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion gemeinsam die Unabhängigkeit der Deutschen Demokratischen Republik verteidigen, eine

Verletzung ihrer Grenzen nicht zulassen und allen Versuchen, die friedliche Arbeit und die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik anzutasten, eine entschiedene Abfuhr erteilen werden"[49].

Die sowjetische Partei- und Regierungsdelegation wurde vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfangen. An den Verhandlungen der Delegationen der SED und der KPdSU nahmen von seiten der SED die Mitglieder des Zentralkomitees Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Erich Honecker, Bruno Leuschner, Hermann Matern, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Fred Oelßner, Heinrich Rau, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Walter Ulbricht und Herbert Warnke und von seiten der KPdSU die Mitglieder des Zentralkomitees N. S. Chruschtschow, W. W. Grischin, A. A. Gromyko und A. I. Mikojan teil. In ihrem Ergebnis wurde festgestellt, daß sich die Zusammenarbeit beider Parteien weiter gefestigt hatte und verstärkt ein systematischer Austausch von Meinungen und Informationen zu den beiderseitig interessierenden politischen Fragen erfolgte. Beide Parteien stimmten in der Einschätzung aller Grundfragen der internationalen Entwicklung und der Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien völlig überein. Weiterhin erklärten die Delegationen beider Parteien: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Kommunistische Partei der Sowjetunion halten es für die heilige Pflicht aller kommunistischen und Arbeiterparteien, ihre Einheit und Geschlossenheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus weiterhin zu festigen. Beide Parteien messen dem gemeinsamen Handeln der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung große Bedeutung bei, wobei besonders wichtig die Einheit der Anschauungen und Handlungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder ist."[50]

Im Dezember 1957 setzte sich Otto Grotewohl in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer dafür ein, daß zwischen der DDR und der Bundesrepublik Verhandlungen über gemeinsame Schritte zur Anerkennung einer atomwaffenfreien Zone in Europa durch die Großmächte stattfänden. Im Zusammenhang damit sollten beiderseitige Re-

[49] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, S. 718.

[50] Dokumente der SED, Bd. VI, S. 338.

gelungen vereinbart werden, um die Ausrüstung der Streitkräfte beider deutscher Staaten mit Atomwaffen und Raketen sowie deren Lagerung in Deutschland zu verhindern.

Während die SED und die Regierung der DDR keine Möglichkeit ungenutzt ließen, vor der antinationalen und den Frieden gefährdenden Politik der Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland zu warnen, und konkrete Pläne entwickelten, deren Verwirklichung reale Voraussetzungen für die friedliche Lösung der nationalen Frage geschaffen hätte, lehnten die Machthaber in der Bundesrepublik jede derartige Initiative der DDR ab. Sie forcierten ihren aggressiven Kurs und versuchten, dem Einfluß der von nationaler Verantwortung durchdrungenen Politik der SED entgegenzuwirken.

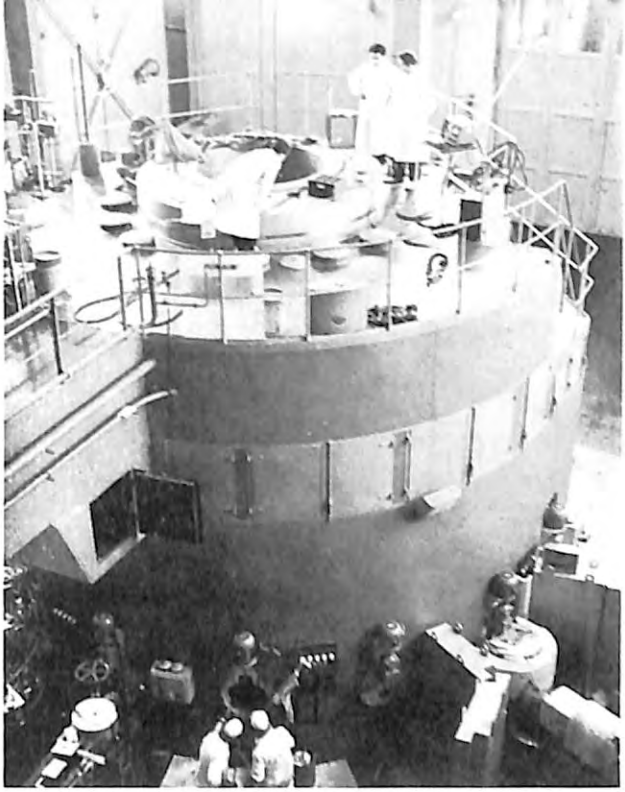
In diesen Jahren verstärkte sich das Ansehen und der Einfluß der SED in der internationalen Arbeiterbewegung wesentlich. Sie hatte bedeutenden Anteil am Kampf gegen den Imperialismus wie auch gegen alle revisionistischen und dogmatischen Entstellungen des Marxismus-Leninismus. Den Ideen des proletarischen Internationalismus folgend, war sie ständig bemüht, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien weiter festigen zu helfen.

Diesem Ziel dienten die zahlreichen zweiseitigen Beratungen der SED mit der KPdSU und vielen anderen Bruderparteien, so der französischen, italienischen, polnischen, rumänischen, tschechoslowakischen und vietnamesischen.

Alle diese Beratungen unterstrichen die Gemeinsamkeit des Strebens der kommunistischen und Arbeiterparteien nach Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sie förderten die Kampfgemeinschaft der Kommunisten der verschiedenen Länder. Durch den wachsenden Anteil der DDR an der Sicherung des Friedens in Europa – ein Anteil, dessen Bedeutung besonders im Herbst 1956 sichtbar geworden war – und durch das entschiedene Eintreten der SED für die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems und die Reinheit des Marxismus-Leninismus war die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse in diesen Jahren zu einer einflußreichen Partei der kommunistischen Weltbewegung geworden.

Im November 1957, im Anschluß an die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, trafen sich in Moskau die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien. Seit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 war das die erste Konferenz der kommunistischen

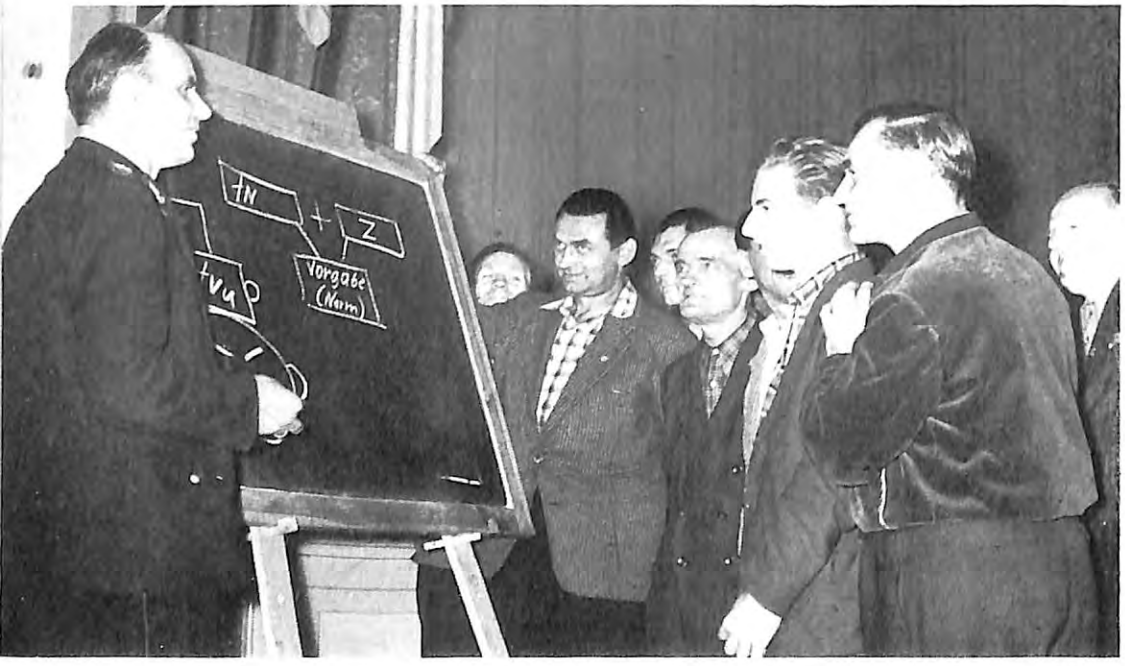
Reaktor des Zentralinstituts
für Kernphysik in Rossendorf
(bei Dresden)



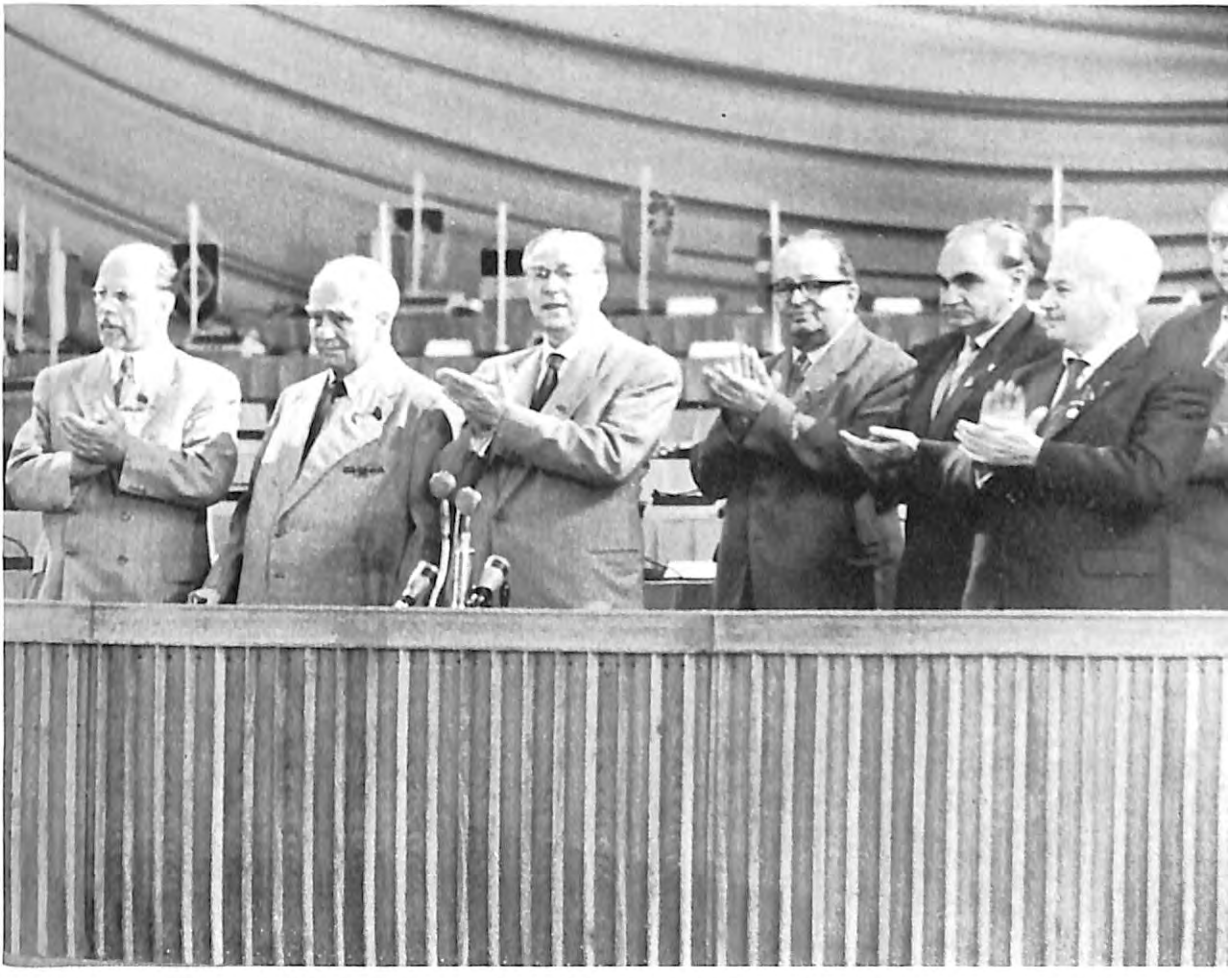
Aussprache zwischen Walter Ulbricht und Berliner Intellektuellen.
Walter Ulbricht im Gespräch mit Prof. Dr. Dr. h. c. Theodor Brugsch
und Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Hartke, 19. Juni 1957



Der Brigadier Kurt Albrecht, 2. v. r., Delegierter der Parteiorganisation des VEB Kaliwerk „Marx-Engels" in Unterbreizbach (Kreis Bad Salzungen) zur Bezirksdelegiertenkonferenz Suhl der SED, berichtet seinen Kollegen über den Verlauf der Konferenz, 26. Juni 1958



Erich Seifert erläutert Braunkohlenkumpeln die von ihm Anfang des Jahres 1958 entwickelte Methode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch technisch begründete Normen



Eröffnung des V. Parteitages der SED in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 10. Juli 1958



VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“





Mitglieder der Jugendbrigade
der Abteilung Zählermontage
im VEB Elektro-Apparate-Werke
Berlin-Treptow, Oktober 1958



Die Lehrlinge des VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik in Berlin-Treptow
stehen im Kompaßwettbewerb, Oktober 1958



Auf dem Bankiertag in Köln proklamieren die Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals ihre Machtansprüche. Konrad Adenauer im Gespräch mit seinem Berater, dem Kriegsverbrecher Robert Pferdmenges, 10. Oktober 1958



Nach seiner Vorstellung als Kandidat bei den Wahlen zur Volkskammer am 16. November 1958 unterhält sich Erich Honecker mit den Kumpeln des VEB Kalikombinat „Ernst Thälmann" in Merkers (Kreis Bad Salzungen)



Tausende antifaschistische Kämpfer aus fast allen Ländern Europas und Zehntausende Bürger der DDR nehmen an der Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald teil, 14. September 1958

Weltbewegung, an der Delegationen aus allen Erdteilen teilnahmen. Vom 14. bis 16. November 1957 fand eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder und vom 16. bis 19. November eine Beratung der Vertreter von 64 kommunistischen und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt statt.

Die Delegation der SED zur Moskauer Beratung stand unter der Leitung von Walter Ulbricht. Ihr gehörten Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern und Heinrich Rau an.

Der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder kam eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung der gesamten internationalen Arbeiterbewegung zu. Sie verallgemeinerte sowohl die Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als auch die Erfahrungen des revolutionären Kampfes der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder sowie der nationalen Befreiungsbewegung.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien von zwölf sozialistischen Ländern stellten in ihrer gemeinsamen Erklärung fest: „Hauptinhalt unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde. Jetzt hat bereits mehr als ein Drittel der Erdbevölkerung – über neunhundertfünfzig Millionen Menschen – den Weg des Sozialismus eingeschlagen und baut ein neues Leben auf. Die gewaltige Entwicklung der Kräfte des Sozialismus begünstigte das stürmische Wachstum der antiimperialistischen nationalen Bewegung in der Nachkriegszeit... Die Völker der kolonialen und abhängigen Länder, die noch in der Sklaverei verblieben sind, verstärken den Kampf für ihre nationale Befreiung. Die Entwicklung des Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung haben den Zerfallsprozeß des Imperialismus stark beschleunigt. Der Imperialismus hat seine Herrschaft über den größten Teil der Menschheit verloren...

In unserer Epoche wird die internationale Entwicklung vom Verlauf und von den Ergebnissen des Wettbewerbes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme bestimmt."[51]

51 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. Beschluß der 34. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien anläßlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1958, S. 4/5.

Der Hauptgedanke, der die Beratung durchdrang, war der des noch engeren Zusammenschlusses der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterparteien und des Kampfes für die ideologische und organisatorische Festigung der kommunistischen Parteien.

„Die Grundlage der Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems und zwischen allen kommunistischen und Arbeiterparteien", so wurde in der Moskauer Beratung festgestellt, „sind die durch das Leben erprobten Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ... Die sozialistischen Länder gestalten ihre Beziehungen zueinander nach den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Respektierung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen. Das sind wichtige Prinzipien. Doch damit ist das Wesen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern noch nicht erschöpft. Unabdingbarer Bestandteil ihrer Beziehungen ist die brüderliche gegenseitige Hilfe. In dieser gegenseitigen Hilfe kommt das Prinzip des sozialistischen Internationalismus wirksam zur Geltung."[52]

Die Beratung stellte sich einmütig hinter die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und formulierte die folgenden allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus: Die Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Kern die marxistisch-leninistische Partei ist, bei der Durchführung der proletarischen Revolution in dieser oder jener Form und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft und anderen Schichten der Werktätigen; die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln; die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft; die planmäßige, auf den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und auf die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen gerichtete Entwicklung der Volkswirtschaft; die Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Heranbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenen Intelligenz; die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und die Herstellung von Gleichberechtigung und brüderlicher Freundschaft zwischen den Völkern; der Schutz

[52] Ebenda, S. 10/11.

der Errungenschaften des Sozialismus gegen die Anschläge äußerer und innerer Feinde; die Solidarität der Arbeiterklasse jedes Landes mit der Arbeiterklasse der anderen Länder, das heißt der proletarische Internationalismus.

Die Formulierung dieser Gesetzmäßigkeiten war ein bedeutender Beitrag zur Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie. Die Beratung wies gleichzeitig darauf hin, daß es in den einzelnen Ländern eine Vielzahl von nationalen Besonderheiten und Traditionen gab, die sich geschichtlich herausgebildet hatten und die unbedingt berücksichtigt werden mußten.

Die Vertreter der zwölf kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder betonten in ihrer Erklärung ausdrücklich, daß der Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, der den Frieden erneut bedrohte, eine wichtige Aufgabe der friedliebenden Kräfte aller Völker Europas ist. „Besonders groß ist in diesem Kampf die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte, den die Teilnehmer der Beratung ihrer Solidarität und ihrer vollen Unterstützung versichern."[53]

Die Beratung konnte mit Recht feststellen, daß die internationale kommunistische Bewegung gewachsen war, vielen ernsten Prüfungen standgehalten und hervorragende Siege errungen hatte. Bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte es nur in Rußland eine marxistisch-leninistische Partei gegeben. Im Jahre 1957 bestanden in 75 Ländern kommunistische Parteien mit über 33 Millionen Mitgliedern.

In den Jahren 1956 und 1957 hatten die Völker Asiens und Afrikas dem imperialistischen Kolonialsystem weitere Schläge versetzt. Die seit 1945 neu entstandenen Staaten Asiens, darunter Burma, Ceylon, Indien, Indonesien und Kambodscha, festigten ihre nationale Unabhängigkeit. In Laos kam es im Jahre 1957 zur Wiedervereinigung des seit dem Genfer Waffenstillstand von 1954 gespaltenen Landes. In Malaya, wo die britische Armee seit 1948 vergeblich versucht hatte, den nationalen Aufstand niederzuschlagen, fiel 1957 das Kolonialstatut.

In Afrika entstanden immer neue unabhängige Staaten. Am 1. Januar 1956 wurde die Republik Sudan ausgerufen. Der französische Imperialismus war gezwungen, Marokko und Tunesien die poli-

[53] Ebenda, S. 8/9.

tische Unabhängigkeit zu gewähren. Im März 1957 errang das Volk der britischen Kolonie Goldküste die nationale Unabhängigkeit und proklamierte Ghana zum ersten selbständigen Staat Schwarzafrikas.

Der Nahe Osten wurde zum Brennpunkt des Kampfes gegen den Kolonialismus und Imperialismus. Das ägyptische Volk gewann mit der Nationalisierung des Suezkanals und der Abwehr der britischen und französischen Intervention, die von israelischen Truppen unterstützt worden war, nicht nur eine entscheidende militärische Schlacht gegen den Imperialismus, sondern es traf den Imperialismus auch auf ökonomischem Gebiet empfindlich. Auch in Syrien gingen demokratische und antiimperialistische Veränderungen vor sich.

Die erste afro-asiatische Solidaritätskonferenz, die in den letzten Dezembertagen 1957 stattfand, demonstrierte mit aller Deutlichkeit, daß der Vormarsch der Völker Afrikas und Asiens nicht mehr aufzuhalten war. 43 Länder entsandten ihre Delegierten, die aus allen Schichten der Bevölkerung kamen. Trotz unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher politischer Einstellung verurteilten sie einmütig den Kolonialismus und forderten dessen endgültige Beseitigung. Ebenso traten sie entschieden für die Sicherung des Friedens ein. Auf dieser Konferenz wurde auch mit allem Nachdruck unterstrichen, daß die sozialistischen Länder und die nationale Befreiungsbewegung enge Verbündete im Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus sind und in wichtigen Grundfragen der internationalen Politik übereinstimmen. Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems trat in sein letztes Stadium ein.

Gemeinsam mit den 12 Parteien der sozialistischen Länder, die mehr als ein Drittel der gesamten Menschheit vertraten, unterzeichneten im November 1957 in Moskau die Vertreter weiterer 18 Parteien Europas, 11 Parteien Asiens, 18 Parteien des amerikanischen Kontinents, 3 Parteien Afrikas und 2 Parteien Australiens und Neuseelands ein „Friedensmanifest" an die Völker der Welt.

Das Manifest brandmarkte die kapitalistischen Monopole als Urheber der Atomkriegsgefahr, von der die Menschheit bedroht wurde. Es wandte sich an die Arbeiter und Bauern, an die Männer und Frauen der Wissenschaft, der Technik und der Kultur, an alle Menschen guten Willens mit dem Appell, für die Beendigung des Wettrüstens einzutreten, das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen sowie die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte zu fordern, die Wiederbewaffnung der deutschen Militaristen zu verhin-

dern, die Einstellung der imperialistischen Intrigen und Kriegsprovokationen im Nahen und Mittleren Osten zu verlangen sowie die Politik der kollektiven Sicherheit und der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung zu unterstützen.

Die Beschlüsse der Moskauer Beratungen bestätigten vollauf die Richtigkeit der von der SED verfolgten Politik im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse setzte die SED ihren Kampf für die Sicherung des Friedens in Deutschland, die Errichtung des Sozialismus in der DDR und die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes konsequent fort.

Im Februar 1958 trat das Zentralkomitee der SED zu seiner 35. Tagung zusammen. Die Partei der Arbeiterklasse lenkte ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die Grundorganisationen in den Industriebetrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Parteileitungen auf allen Ebenen konzentrierten ihre Anstrengungen stärker auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben.

In dem Maße, wie ihre Arbeit sachkundiger und kontinuierlicher wurde, wie es die Organisationen der SED verstanden, die Neuererbewegung zu fördern, die sozialistische Arbeitsmoral der Werktätigen zu heben und den sozialistischen Wettbewerb zu entfalten, wuchsen die Erfolge beim sozialistischen Aufbau. Um die Führungstätigkeit der Partei bei der Lösung der grundsätzlichen ökonomischen Aufgaben zu verbessern und die Anstrengungen auf diesem Gebiet zu koordinieren, beschloß das Zentralkomitee der SED die Bildung einer Wirtschaftskommission beim Politbüro, zu deren Vorsitzenden Erich Apel berufen wurde.

Im Kampf um die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität kam den Gewerkschaften eine erhöhte Bedeutung zu. Das Zentralkomitee beriet daher nach einem Referat von Herbert Warnke, Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, die Aufgaben der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus. Es forderte in einem Beschluß von allen Parteileitungen, die Gewerkschaften in ihrer Arbeit noch mehr zu unterstützen. Es kam darauf an, durch eine verbesserte Gewerkschaftsarbeit die ganze Arbeiterklasse mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen, sie wirksamer zur Mitarbeit bei der Leitung der Wirtschaft und der Lösung

der staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben heranzuziehen und ihre materiellen und kulturellen Interessen entschiedener zu vertreten.

Obwohl von der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED die revisionistischen Angriffe gegen die Generallinie der Partei in Grundfragen des sozialistischen Aufbaus und der nationalen Politik zurückgewiesen worden waren, hatten Karl Schirdewan, Ernst Wollweber und Gerhart Ziller ihre Tätigkeit gegen die beschlossene Politik fortgesetzt. Sie beschritten den Weg der Gruppenbildung, um mit fraktionellen Methoden die Führung der SED und des Staates an sich zu reißen. Dabei leistete ihnen Fred Oelßner Vorschub. Den revisionistischen Kräften gelang es jedoch nicht, die marxistisch-leninistische Einheit und Geschlossenheit der Partei und ihres leitenden Kollektivs zu zerstören.

Die 35. Tagung des Zentralkomitees zog nach dem von Erich Honecker erstatteten Bericht des Politbüros die notwendigen Schlußfolgerungen und schloß Karl Schirdewan und Ernst Wollweber aus dem Zentralkomitee aus. Fred Oelßner wurde seiner Funktion als Mitglied des Politbüros enthoben, weil er die Disziplin des Politbüros wiederholt verletzt und sich geweigert hatte, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen.

Das Sekretariat des Zentralkomitees wurde erweitert. Ihm gehörten nunmehr Walter Ulbricht als Erster Sekretär und Paul Fröhlich, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Erich Honecker, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden und Paul Verner als Sekretäre an.

3. Die Entfaltung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur

In den Jahren 1957 und 1958 verstärkte die SED ihre Bemühungen, die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur fortzusetzen. Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED hatte eine große Offensive zur weiteren Durchsetzung des Marxismus-Leninismus eingeleitet. Walter Ulbricht hatte in seinem Referat auf dieser Tagung betont: „Wir dürfen keinen Augenblick in unserem Kampf gegen die bürgerliche Ideologie nachlassen und dürfen keine friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet dulden. Bekanntlich hat sich bei einigen unserer Wissenschaftler und Kulturschaffenden die Tendenz gezeigt, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die

‚dogmatische' Auslegung des Prinzips der Parteilichkeit allerlei Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie zu tolerieren."[54]

In den Mittelpunkt ihres ideologischen Kampfes stellte die Führung der SED das Studium und die praktische Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus. Die Verbreitung der Kenntnis des dialektischen Materialismus sollte dazu beitragen, der Arbeiterklasse und den anderen Schichten der Bevölkerung stärker die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung bewußtzumachen.

Die Parteiführung beschloß, die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin beschleunigt herauszugeben. Anfang 1957 erschien der erste Band der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED besorgten Ausgabe der Werke von Marx und Engels. In rascherer Folge kamen jetzt auch die Bände der deutschen Ausgabe von Lenins Werken heraus. Waren schon in der Vergangenheit die wichtigsten Arbeiten der Klassiker des Marxismus-Leninismus in hohen Auflagen erschienen, so wurde nun erstmalig der Reichtum ihrer Gedanken in noch nicht dagewesenem Umfang dem deutschen Volke zugänglich.

Die SED faßte den Beschluß, auch in den Parteiorganisationen Vorlesungen, Aussprachen und Seminare über den dialektischen Materialismus zu veranstalten. Die Stärke der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse beruht darauf, daß sie sich von einer geschlossenen Weltanschauung leiten läßt, die davon ausgeht, daß die Volksmassen die Schöpfer der Geschichte sind, daß die Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens erkannt und für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts nutzbar gemacht werden können.

Die Partei der Arbeiterklasse vertritt die Interessen aller Werktätigen und setzt sich für die Zusammenarbeit auch mit jenen ein, die religiöse Vorstellungen haben. Die atheistische Weltanschauung der Partei ist kein Hindernis für die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen, denn die ihnen gemeinsamen Ideale des Friedens und des Humanismus werden im Sozialismus verwirklicht. Für die Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse ist jedoch die Aneignung des Marxismus-Leninismus erforderlich. Solchen Mitgliedern der SED, die noch in

54 Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, S. 328.

religiösen Auffassungen befangen waren, mußte durch geduldige Aufklärung geholfen werden, sich von ihnen zu befreien. „Für die Partei des sozialistischen Proletariats ist", nach einer Feststellung W. I. Lenins, „die Religion keine Privatsache. Unsere Partei ist ein Bund klassenbewußter, fortgeschrittener Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich nicht gleichgültig verhalten zu Unaufgeklärtheit, zu Unwissenheit oder zu Dunkelmännertum in Form von religiösem Glauben."[55]

Die 3. Parteikonferenz der SED hatte auch für die weitere Entwicklung des Schulwesens richtungweisende Beschlüsse gefaßt. Insbesondere kam es darauf an, das Zurückbleiben der Schule hinter den Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens zu überwinden, die Erziehung mit der sozialistischen Produktion zu verbinden und alle Schüler mit einer umfangreichen und gründlichen polytechnischen Bildung auszurüsten.

Trotz dieser klaren Aufgabenstellung konnte im Jahr 1956 noch kein Durchbruch zu einer neuen Qualität der Arbeit an den Schulen erzielt werden. Eine Änderung trat erst nach der Schulkonferenz der SED im April 1958 ein, auf der revisionistische, die sozialistische Entwicklung der Schule hemmende Auffassungen entschieden zurückgewiesen wurden. Im Anschluß an diese Konferenz wurde die Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit verstärkt, und zahlreiche Werktätige aus den Betrieben und den LPG nahmen an der sozialistischen Erziehung teil. Überall in Stadt und Land wurde darüber beraten, wie die Vorschläge der Schulkonferenz verwirklicht werden könnten.

Es mußte auch ein entschiedener Kampf für die Weiterentwicklung der Universitäten und Hochschulen zu sozialistischen Bildungsstätten geführt werden. Sie konnten den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus nur dann gerecht werden, wenn sie fest mit der sozialistischen Wirtschaft und Kultur verbunden waren, in Forschung und Lehre auf dem höchsten Stand der fortschrittlichen Wissenschaft standen und in engster Verbindung mit der sozialistischen Praxis junge wissenschaftliche Kader erzogen, die ihr Wissen aus voller Überzeugung in den Dienst des Sozialismus stellten. Dazu war ein grundlegender Umschwung im Inhalt und in den Methoden der Forschung, Lehre und Erziehung erforderlich.

Auf Initiative der Organisationen der SED begann unter den Hochschullehrern und Studenten eine umfangreiche Diskussion um

[55] W. I. Lenin: Sozialismus und Religion. In: Werke, Bd. 10, Berlin 1964, S. 72/73.

die Entwicklung der sozialistischen Hochschule. An der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock und an einigen weiteren Universitäten wurden Programme zur sozialistischen Umgestaltung der Fakultäten ausgearbeitet und eingehend beraten.

Die 3. Hochschulkonferenz der SED vom 28. Februar bis 2. März 1958 beriet die neuen Aufgaben des Hochschulwesens. Die Entwicklung der Universitäten und Hochschulen zu sozialistischen Bildungsstätten machte es notwendig, in der Auseinandersetzung mit reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen, unwissenschaftlichen Auffassungen allerorts die Vorherrschaft der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu erkämpfen.

Der Sekretär des Zentralkomitees der SED Kurt Hager erläuterte in seinem Referat die Notwendigkeit, die Studenten zu hochqualifizierten Fachleuten und bewußten Sozialisten zu erziehen, auch die parteilosen Wissenschaftler für die Sache des Sozialismus zu gewinnen und mit ihnen gründliche Aussprachen über aktuelle Probleme, vor allem über Fragen der sozialistischen Bewußtseinsbildung, zu führen.

Die Rolle der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus in der DDR stand im Mittelpunkt der Aussprachen mit Wissenschaftlern, Ärzten, Technikern, Künstlern und anderen Angehörigen der Intelligenz, die Walter Ulbricht 1957 in Berlin und Leipzig sowie 1958 in Halle und Otto Grotewohl 1958 in Berlin führten. In diesen Aussprachen stand die gesellschaftliche Stellung des Wissenschaftlers und die Anwendung des Marxismus-Leninismus in allen Bereichen der wissenschaftlichen Arbeit im Mittelpunkt. In ihnen ergriffen namhafte Wissenschaftler, Künstler und Kulturpolitiker, so die Professoren Theodor Brugsch, Werner Hartke, Alfred Kurella, Wolfgang Langhoff, Kurt Mothes, Peter A. Thießen, das Wort. In den Aussprachen wurde weitgehende Klarheit darüber erzielt, daß die tatkräftige Teilnahme am Kampf für den Frieden und am Aufbau des Sozialismus die vornehmste Pflicht eines jeden Angehörigen der Intelligenz ist.

Durch die verstärkte ideologische Arbeit und die klare Orientierung auf die Hauptfragen, vor allem die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, gelang es der SED, den 1956/1957 zeitweilig gewachsenen Einfluß des modernen Revisionismus zurückzudrängen und bedeutsame Erfolge bei der sozialistischen Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie zu erreichen.

Zur vollen Entfaltung aller schöpferischen Kräfte des Volkes, zur Lösung der Grundaufgaben des sozialistischen Aufbaus bedurfte es

eines höheren kulturellen Bildungsniveaus des Volkes. Darum hatte die SED auf ihrer 3. Parteikonferenz die Aufgabe gestellt, die sozialistische Kultur als Kultur des ganzen Volkes zu entwickeln. Der Weg zur engen Verbindung von Kunst und Literatur mit dem sozialistischen Aufbau wurde jedoch erst frei, nachdem auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED Anfang 1957 die revisionistischen Auffassungen über die nationale Frage prinzipiell widerlegt worden waren.

Die Kultur konnte dazu beitragen, den arbeitenden Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit, zum gebildeten und vielseitig interessierten Menschen zu erziehen, der seinen Platz in der Gesellschaft bewußt ausfüllt und an der Leitung des Staates und der Wirtschaft tatkräftig mitarbeitet. Ein mannigfaltiges kulturelles Leben mußte sich in der Republik entfalten, das die vielfältigen Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen vermochte und deren Schöpfergeist anregte.

Am 23. und 24. Oktober 1957 zog die Kulturkonferenz der SED eine erste Bilanz der Entwicklung der sozialistischen Kultur.[56] Auf dieser Konferenz ergriffen nach einem Referat von Alexander Abusch unter anderen Johannes R. Becher, Willi Bredel, Hermann Duncker, Lea Grundig, Klaus Gysi, Kurt Hager, Alfred Kurella und Anna Seghers das Wort und traten entschieden für die Verbundenheit der Kulturschaffenden mit dem Leben der Werktätigen, dem nationalen Ringen der DDR für die Sicherung des Friedens und den Problemen des sozialistischen Aufbaus ein. Sie bekannten sich zur Parteilichkeit der Kulturschaffenden und zur offensiven Auseinandersetzung mit der reaktionären imperialistischen Ideologie.

Trotz sichtbarer Erfolge in der sozialistischen Kulturrevolution, trotz der Tatsache, daß die Angehörigen der Intelligenz ihre gesellschaftliche Verantwortung für den Aufbau des Sozialismus immer besser erkannten, war nach wie vor ein merkliches Zurückbleiben des künstlerischen Schaffens hinter den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus zu verzeichnen.

Die Kulturkonferenz der SED bewirkte, daß viele Künstler neue Erkenntnisse gewannen und sich in ihrem Schaffen lebensverbundenen Themen zuwandten. Sie erklärten in ihrer überwiegenden Mehrheit die Bereitschaft, entschieden den sozialistischen Weg der Kunstentwicklung zu beschreiten. Die SED forderte alle Kulturschaffenden auf, sich im gesamten Schaffen fest auf die Arbeiter-

[56] Dokument Nr. 18.

klasse, auf deren Anschauungen und Gefühle, auf ihr Urteil zu stützen, tatkräftig am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen und so die Überlegenheit der sozialistischen Kultur für die Bevölkerung in ganz Deutschland sichtbar zu machen.

Die bedeutendsten Schriftsteller leisteten in diesen Jahren wichtige Beiträge zur sozialistischen Literatur der DDR. An erster Stelle ist hier das Schaffen Johannes R. Bechers zu nennen. Seine Bemühungen um die lyrische Gestaltung des neuen, sozialistischen Deutschlands und seiner nationalen Mission gipfelten in dem Band „Schritt der Jahrhundertmitte", der zwischen 1955 und 1958 entstand. Neben unmittelbar aus dem politischen Kampf hervorgegangenen Gedichten enthielt dieser Band große elegische und hymnische Gedichte, in denen das Wesen der Epoche verallgemeinert war.

Seit Mitte der fünfziger Jahre wandten sich zahlreiche Schriftsteller dem Entwicklungsroman zu, wobei viele von ihnen die deutschen Traditionen dieses Genres bewußt fortsetzten. Zu den bedeutendsten Werken dieser Art gehörten in diesen Jahren Herbert Jobsts „Der Findling" und Erwin Strittmatters „Der Wundertäter".

Angesichts der Remilitarisierung und der verstärkten Wiederaufrüstung Westdeutschlands wandte sich die Kriegsgeneration der sozialistischen Schriftsteller der Gestaltung ihres Erlebens im zweiten Weltkrieg zu. Hierbei ging sie davon aus, daß der Krieg seitens des deutschen Imperialismus ungerecht, seitens der um ihre Befreiung kämpfenden Völker und besonders der Sowjetunion dagegen ein gerechter antifaschistischer Befreiungskrieg gewesen war. Das Motiv des Frontwechsels wurde dabei zu einem Zentralmotiv.

Arnold Zweig legte 1957 einen weiteren Band seines Weltkriegzyklus vor: „Die Zeit ist reif". In diesem Roman wirkten stärker als in seinem früheren Schaffen proletarische Gestalten auf den Fortgang der Handlung und die Entwicklung der Helden ein. Arnold Zweig war damit bemüht, die zunehmende Bedeutung des sozialistischen Weltsystems für den Kampf um den Frieden sichtbar zu machen.

Im Jahre 1956 erlitt die deutsche Nationalkultur einen schweren Verlust. Am 14. August 1956 verstarb Bertolt Brecht, ein großer Künstler, ein unbestechlicher Revolutionär, der unbeirrt seinen Weg mit der kämpfenden Arbeiterklasse gegangen war. Bertolt Brecht war 1948 nach Deutschland zurückgekehrt und hatte in der DDR die Voraussetzungen gefunden, seine kühnen, schöpferischen Ideen zu verwirklichen. Seine Hauptarbeit galt dem Aufbau eines leistungs-

fähigen Theaterensembles und der Umsetzung seiner dramaturgischen Theorie in die Praxis. Die Inszenierung der Stücke „Mutter Courage und ihre Kinder", „Herr Puntila und sein Knecht Matti", „Der kaukasische Kreidekreis" und „Leben des Galilei" erregte weithin Aufsehen wegen ihres Ideenreichtums und ihrer Lebenswahrheit; sie festigte den Weltruhm des Dichters und Theatermannes Bertolt Brecht. Als Antimilitarist hatte er die Remilitarisierung Westdeutschlands leidenschaftlich verurteilt und vor der von Westdeutschland ausgehenden Gefahr für den Frieden gewarnt.

Die DEFA schuf in diesen Jahren hervorragende antiimperialistische, antimilitaristische und antifaschistische Filme, unter ihnen „Der Hauptmann von Köln", „Lissy" und „Der Teufelskreis". Diese Werke fanden auch große internationale Anerkennung und förderten das Ansehen der DDR. Die Filmschaffenden wandten sich jetzt verstärkt neuen Themenkreisen zu, so in dem Film „Schlösser und Katen", der die Entwicklung des neuen Lebens auf dem Lande zum Inhalt hatte. Probleme der Jugend im geteilten Berlin wurden in dem Film „Berlin – Ecke Schönhauser" aufgegriffen. Im allgemeinen blieben jedoch die Filme, die sich mit Themen aus dem Leben der Republik und der westdeutschen Gegenwart auseinandersetzten, hinter den Erwartungen zurück.

Einen neuen Aufschwung erlebte die künstlerische Agitation im Dienst der politischen Massenarbeit. Durch die im Jahre 1957 von der Gewerkschaft Kunst angeregte Aktion „Kunst hilft Kohle" gelang es beispielsweise, zahlreiche Künstler und Ensembles dafür zu gewinnen, mit ihren künstlerischen Mitteln zur sozialistischen Erziehung der Werktätigen beizutragen, die für die Verwirklichung des Kohle- und Energieprogramms der Republik kämpften.

4. Die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat. Der Kampf der Volksmassen gegen die Atomaufrüstung in Westdeutschland

Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hatte in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland eine neue Etappe eingeleitet. Die Konzentration des Kapitals und der Ein-

fluß der Monopole auf den Staat erreichten in der Mitte der fünfziger Jahre ein Ausmaß, das größer war als je zuvor. Nun ging der westdeutsche Imperialismus daran, seine Macht allseitig auszubauen und sie verstärkt für seine aggressiven Bestrebungen zu nutzen.

Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hatte ihr die Möglichkeit eröffnet, die Aufrüstung zu forcieren. Die herrschenden Kreise in Westdeutschland erhofften, in naher Zukunft die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen und damit die Möglichkeit für die Auslösung eines Atomkrieges in die Hand zu bekommen. Gestützt auf sein wachsendes ökonomisches und militärisches Potential, trachtete der westdeutsche Imperialismus jetzt danach, eine beherrschende Stellung in Westeuropa und bestimmenden Einfluß im westlichen Militärpaktsystem zu erringen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren zu können.

Die westdeutschen Militaristen forderten für sich Schlüsselpositionen in der NATO und legten ihre Absichten Anfang 1957 unverhüllt in der „Bundeswehr-Korrespondenz" wie folgt dar: „Man kann den Zeitpunkt voraussehen, wo die deutschen Truppen nicht mehr ein Zusatz zu den westlichen Kontingenten sind, sondern das Hauptkontingent der europäischen Verteidigung. Die bevorstehende Ernennung des Generals Speidel ist nur ein äußeres Zeichen dieser Entwicklung."[57]

Die USA kamen den Wünschen ihres treuesten Verbündeten nach. Der ehemalige Hitlergeneral Hans Speidel wurde ab 1. April 1957 als Oberkommandierender der NATO-Landstreitkräfte-Mitte eingesetzt. Weitere hohe westdeutsche Offiziere übernahmen wichtige Funktionen in den NATO-Stäben.

Um seine aggressiven Ziele zu verwirklichen, benötigte der westdeutsche Militarismus ein sicheres Hinterland. Die gesamte Innenpolitik wurde daher Zug um Zug in den Dienst der Aggression nach außen gestellt. Der „Militarismus nach innen" sollte der Kriegspolitik eine zuverlässige Basis verschaffen, alle Kräfte für sie mobilisieren und jede Opposition gegen sie niederhalten oder ausschalten.

Im politischen Leben erlangten die militaristischen Kräfte immer größeres Gewicht. Das fand seinen Ausdruck in dem zunehmenden Einfluß der Generalität und des Ministers Franz-Josef Strauß in der gesamten Politik der Bundesrepublik, in der verstärkten Tätigkeit der militaristischen, revanchistischen und neofaschistischen Organisatio-

[57] Die Bundeswehr-Korrespondenz (Bonn), 28. Januar 1957.

nen, die von der Regierung besonders gefördert wurden, und in der Durchdringung des geistigen Lebens mit militaristischem Gedankengut. Die Exekutivorgane des westdeutschen Staates, insbesondere die Armee, Polizei und Justiz, wurden immer mehr mit militaristischen und nazistischen Elementen durchsetzt. Sämtliche Generale und Admirale der Bundeswehr hatten bereits an der Planung und Durchführung der faschistischen Raubzüge teilgenommen. Mehr als zwei Drittel der amtierenden Richter und Staatsanwälte waren Mitglieder der NSDAP, Hunderte von ihnen waren aktiv an der Terrorjustiz des Naziregimes beteiligt gewesen. Diese Kräfte nahmen systematisch an der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie und am Aufbau eines militaristischen Herrschaftssystems teil.

In seinem Wesen glich dieses Regime früheren Unterdrückungssystemen des deutschen Imperialismus, die durch Terror gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen und friedliebenden Kräfte gekennzeichnet gewesen waren. Der westdeutsche Imperialismus war jedoch gezwungen, die Form seiner Machtausübung den veränderten Bedingungen anzupassen. Das Erlebnis der Nazidiktatur und des zweiten Weltkrieges hatte das demokratische Bewußtsein und den Friedenswillen des Volkes gestärkt. Die bloße Wiederbelebung der offen terroristischen Methoden des Hitlerfaschismus hätte die Bevölkerung die drohenden Gefahren eher erkennen lassen und angesichts des Erstarkens der demokratischen Kräfte im Weltmaßstab dazu geführt, daß die Bundesrepublik sogar von ihren Verbündeten in der NATO isoliert worden wäre. Daher war der westdeutsche Imperialismus bestrebt, das terroristische Wesen seiner Diktatur zu verschleiern und ein System verschiedener Unterdrückungsmethoden zu entwickeln, die sich leichter demokratisch tarnen und ideologisch verbrämen ließen.

In diesem System spielte die von nazistischen Elementen besonders stark durchsetzte Justiz eine wichtige Rolle. Sie sollte die Zerstörung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten als rechtsstaatliche Entscheidung tarnen und gleichzeitig den politischen Gegner als Feind der Verfassung, der demokratischen Ordnung, ja der Gesellschaft schlechthin diffamieren. Im Verbotsurteil gegen die KPD vom 17. August 1956 hatte der gerichtliche Terror seinen weitestreichenden Ausdruck gefunden. Hinzu trat die Anwendung ökonomischen Drucks, wie Entlassungen und Disziplinarverfahren, Sperrung von Inseraten für oppositionelle Zeitungen und ähnliches.

Größere Bedeutung als je zuvor erhielt der geistige Terror. Die veränderten Bedingungen machten es dem westdeutschen Imperialismus unmöglich, die nazistische Ideologie unverändert zu verbreiten. Er versuchte daher, den relativ starken Einfluß, den die Kirchen nach dem zweiten Weltkrieg auf größere Teile der Bevölkerung zu erringen vermocht hatten, für seine Bestrebungen auszunutzen. Er knüpfte an traditionelle kirchliche Dogmen und religiöse Vorstellungen an, durchtränkte sie mit den reaktionärsten Ideologien der imperialistischen Periode, vor allem mit dem Antikommunismus, und versuchte, ihnen einen modernen Anstrich zu geben. Gleichzeitig war er bestrebt, klerikale Institutionen und Organisationen für seine Zwecke einzuspannen.

Die klerikal-militaristische Ideologie und der Antikommunismus wurden in den Rang einer Staatsideologie erhoben. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wurden von ihnen systematisch durchdrungen. Zu ihrer Verbreitung wurden alle Massenmedien, vor allem Presse, Rundfunk und Fernsehen, aufgeboten. Diese Ideologie sollte die Illusion einer christlichen Volksgemeinschaft erzeugen, den Widerspruch zwischen Imperialismus und Volk verschleiern, die demokratischen Kräfte geistig dem Imperialismus unterordnen und ihren Widerstand lähmen.

In vielfältiger Form wurde das klerikal-militaristische Unterdrückungssystem gegen alle Kräfte angewandt, die dem aggressiven Kurs Widerstand leisteten. Es richtete sich hauptsächlich gegen die stärkste Potenz des antimilitaristischen Widerstandes, gegen die Arbeiterklasse und gegen die KPD. Das Verbotsurteil gegen die KPD wurde überdies als juristische Handhabe gegen alle Kräfte benutzt, die für Demokratie, für Frieden und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eintraten.

Ein System von Terrormaßnahmen, wie die Behinderung der Tätigkeit demokratischer Organisationen, Versammlungsverbote, Beschränkungen des Wahlrechts, Verhaftungen, Bespitzelungen, Denunzierungen, zielte darauf ab, jede demokratische Aktivität der Bevölkerung zu unterbinden. Zugleich wurde jedoch die Illusion verbreitet, als habe der Bürger die Möglichkeit, seinen Willen mit Hilfe der parlamentarischen Organe zur Geltung zu bringen. Diese wurden aber mehr und mehr entmachtet. Verbote und reaktionäre Wahlgesetze, wie die Fünf-Prozent-Klausel, machten es demokratischen Parteien und Organisationen nahezu unmöglich, zu parlamentarischem

Einfluß zu gelangen. Die CDU/CSU benutzte ihre Vorherrschaft im Bundestag dazu, das Parlament zu degradieren. Der Bundestag schwieg zu den Lebensfragen der Nation, oder er wurde von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Immer seltener fanden außenpolitische Debatten statt. Die politische Macht konzentrierte sich ausschließlich in den Händen der Regierung, und die wichtigen Entscheidungen wurden vor allem zwischen den Monopolen, den Unternehmerverbänden und der Ministerialbürokratie getroffen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sah sich der staatsmonopolistische Kapitalismus neuen Momenten gegenüber. Die Faktoren, die nach dem Kriege eine beträchtliche Erweiterung des Grundkapitals und einen raschen ökonomischen Aufschwung bewirkt hatten – Neuaufbau der Betriebe und Erweiterung der Produktion, Nachholebedarf der Konsumtion –, verloren an Wirkung. Außerdem bereitete die technische Revolution, die jetzt auch in Westdeutschland einsetzte, der Monopolbourgeoisie zunächst neue Schwierigkeiten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, der Akkumulation und des Absatzes. Die wissenschaftlich-technische Umwälzung führte auch zu tiefgreifenden Strukturwandlungen, die das Verhältnis zwischen alten und neuen Industriezweigen zu einem ernsten Problem machten. In der westdeutschen Wirtschaft begann sich dies vor allem im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie bemerkbar zu machen, die bis dahin die Struktur der Wirtschaft weitgehend bestimmt hatten.

Die Veränderungen in der Energiebasis der Wirtschaft und in der Rohstoffgrundlage der chemischen Industrie – Ersetzung von Kohle durch Öl, Tendenz zur Einschränkung des Verbrauchs von Eisen und Stahl infolge des durch den technischen Fortschritt ermöglichten geringeren Stahlaufwands je Erzeugniseinheit und Kapazität, teilweise Ersetzung von Stahl durch Aluminium und Plaste – verwandelten die Eisenindustrie und den Steinkohlenbergbau in alte Industriezweige mit begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten oder absolutem Rückgang. Gleichzeitig traten neue Zweige hervor, beispielsweise die Erdölgewinnung und -verarbeitung, die Elektronik, bestimmte Teilbereiche der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, besonders der Steuer-, Meß- und Regeltechnik sowie die Atomwirtschaft, die einen großen Aufwand an wissenschaftlicher Forschung sowie umfangreiche und im Anfangsstadium oft wenig rentable Investitionen erforderten.

Diese Entwicklung warf außerdem viele soziale Probleme auf. In den alten Industriezweigen wurden Tausende von Arbeitern ent-

lassen, vielfältige Maßnahmen zur Umschulung von Arbeitskräften wurden notwendig, während gleichzeitig der Bedarf an hochqualifizierten technischen und wissenschaftlichen Kräften für die neuen Zweige sprunghaft wuchs.

Wie allgemein in der kapitalistischen Weltwirtschaft, so kam es auch in Westdeutschland 1958 in zahlreichen Industriezweigen zu Krisenerscheinungen. Es trat zwar kein allgemeiner Produktionsrückgang ein, aber das Wachstumstempo ließ merklich nach. Während es in der Periode von 1950 bis 1955 durchschnittlich 16 Prozent betragen hatte, waren es 1956 noch 7,9 Prozent, 1957 jedoch nur noch 5,2 und 1958 lediglich 3,1 Prozent. Die einzelnen Industriezweige entwickelten sich äußerst ungleichmäßig. Während einige Zweige sehr hohe Zuwachsraten aufwiesen, wie die elektrotechnische Industrie mit 14,6 Prozent und der Fahrzeugbau mit 19,2 Prozent, sank in vielen anderen die Produktion, so im Steinkohlenbergbau um 1,6 Prozent, in der Eisen- und Stahlindustrie um 8,6 Prozent und in der Bekleidungsindustrie um rund 5 Prozent.

Die Situation wurde weiterhin durch die zunehmende Militarisierung der Wirtschaft gekennzeichnet. Die Aufrüstung bürdete den Werktätigen zusätzliche Lasten auf. Größere Teile der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, sahen der Offensive des Monopolkapitals und den abenteuerlichen Aggressionsbestrebungen der Adenauer-Regierung nicht tatenlos zu.

Vom 24. Oktober 1956 bis 15. Februar 1957 kämpften in Schleswig-Holstein über 32 000 Metallarbeiter um die Verbesserung ihrer Lage. In diesem längsten Streik in Deutschland seit 1905 ging es um Forderungen, die unter den sozialistischen Verhältnissen der DDR längst Realität waren. Die Hauptforderungen der Streikenden lauteten: Voller Lohnausgleich im Krankheitsfall bis zu sechs Wochen, Wegfall der sogenannten drei Karenztage – an den drei ersten Krankheitstagen erhielt der westdeutsche Arbeiter keine Unterstützung –, Erhöhung des Urlaubs. In der Regel erhielten die westdeutschen Arbeiter nach den ersten drei unbezahlten Tagen ein Krankengeld, das knapp 50 Prozent des Lohnes ausmachte. Viele Arbeiter kurierten aus Furcht vor finanziellen Verlusten kleinere Krankheiten nicht aus, und wenn sich infolgedessen größere Leiden einstellten, gerieten sie in eine finanzielle Notlage. Jugendliche erhielten nur zwölf Tage Urlaub und erwachsene Arbeiter, die schwere Arbeiten in der Metallindustrie verrichteten, weniger als 18 Tage.

In dem außerordentlich erbitterten Streik setzten die Unternehmer den Staatsapparat für ihre Interessen ein. Dem Monopolkapital gelang es, den Streik zu lokalisieren. Obwohl die Streikenden mit vorbildlicher Geschlossenheit auftraten und nach der Urabstimmung zu Beginn des Streiks zwei weitere Schlichtungsvorschläge in Urabstimmungen ablehnten, konnten sie gegen die Macht der Reaktion nur einen Kompromiß durchsetzen. Auch diesen Kompromiß lehnten selbst nach rund viermonatiger Streikdauer noch 57,66 Prozent der Streikenden ab, nur 39,66 Prozent stimmten zu. Nach den Satzungen der IG Metall wären aber 75 Prozent ablehnende Stimmen notwendig gewesen, um den Streik fortzusetzen.

Dieser „Kieler Kompromiß", der den Arbeitern am 9. Februar 1957 vorgelegt wurde, brachte ihnen nur einige Verbesserungen. Die drei Karenztage blieben im Prinzip erhalten, nur bei Krankheit mit einer Dauer von über acht Tagen wurden 50 Prozent des Nettolohnes und erst bei einer Krankheitsdauer von über vierzehn Tagen wurde voller Lohnausgleich auch für die drei Karenztage gezahlt. Statt Lohnausgleich für sechs Wochen wurden nur für 28 Tage 90 Prozent des Lohnes gezahlt. Der Urlaub für Jugendliche wurde von 12 Tagen auf 24 Tage erhöht, der für Erwachsene jedoch nur unerheblich. Einige Forderungen der Streikenden, zum Beispiel Urlaubsgeld und Zusatzurlaub für Gießereiarbeiter, blieben gänzlich unberücksichtigt.

Während des Streiks zeigte es sich, daß die Kommunisten, die, wie in den Howaldtswerken in Kiel, führend an der Organisierung des Streiks teilgenommen hatten, Vertrauen unter den Arbeitern genossen.

Der Streik bewies die Kampfbereitschaft der westdeutschen Arbeiter und vermittelte einige wichtige Lehren, die sich aus den Kampfbedingungen unter den staatsmonopolistischen Verhältnissen in Westdeutschland ergaben. Es erwies sich, daß die Arbeiter auch in sozialen Kämpfen dem vereinten Machtapparat der Monopole und des Staates gegenüberstanden. Der Streik führte der herrschenden Klasse schon zu Beginn der aktiven Aufrüstung vor Augen, daß die westdeutschen Arbeiter nicht bereit waren, kampflos die Lasten der Kriegspolitik zu tragen.

Was die herrschende Klasse besonders beunruhigte, brachte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zum Ausdruck, als er nach der Beendigung des Streiks, am 15. Februar 1957, in einer Rundfunkansprache solche Kampfaktionen der Arbeiter als eine „fast tödliche

Gefahr für das Ganze" bezeichnete und feststellte: „Diesem Streik sind in gefährlichem Maße klassenkämpferische Züge aufgeprägt worden, die wir längst vergessen glaubten."[58]

Den Hintergrund seiner Sorgen bildete die Entwicklung der DDR. Der Streik hatte anschaulich gezeigt, daß die sozialen und politischen Errungenschaften des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates den Kampf der westdeutschen Werktätigen beeinflußten. Dies zeigte sich auch darin, daß die Forderung der Arbeiterklasse, die Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu überführen, nicht zurückgedrängt werden konnte. Die auf Gewerkschaftskongressen wiederholt aufgestellte Losung „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein" demonstrierte deutlich, daß die westdeutschen Arbeiter nicht gewillt waren, diese Forderung von der Tagesordnung zu streichen.

Deshalb versuchten die Monopole, die für sie äußerst heikle Frage nach den Eigentumsverhältnissen auf ihre Art zu beantworten und eine ihren Interessen entsprechende Alternative zu bieten. Sie sollte in der „privaten Eigentumsbildung", dem sogenannten Volkskapitalismus, bestehen. Auf einer internen Beratung führender Vertreter der Monopole und der westdeutschen Regierung, die kurz nach den Bundestagswahlen, am 21. November 1957, bei dem Bankier Robert Pferdmenges stattfand, erklärte der Bankier Hermann Abs, es werde „auf die Dauer unmöglich sein, das privat-wirtschaftliche System der Bundesrepublik nahe dem Eisernen Vorhang aufrechtzuerhalten, falls es nicht gelinge, einige Millionen Westdeutscher als Kleinaktionäre mit diesem System enger zu verbinden"[59].

In der westdeutschen Öffentlichkeit fanden die von der SED und der Regierung der DDR unterbreiteten Vorschläge über die Annäherung und Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf dem Wege einer Konföderation einen starken Widerhall. Wilhelm Elfes, Vorsitzender des Bundes der Deutschen, machte sich zum Sprecher einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des politischen Lebens in Westdeutschland, als er erklärte: „Einige Vorschläge des ZK der SED über die heute noch möglichen Wege zur Wiedervereinigung entsprechen durchaus meinen und meiner Freunde Vorstellungen ... Die Chance, die Wiedervereinigung mit gesamtdeutschen Wahlen zu

58 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1957, Nr. 34, S. 289.

59 Zit. nach: Der Spiegel (Hamburg), 1959, Nr. 8, S. 18.

beginnen, wurde, da sie sich anbot, von Bonn ausgeschlagen und verpaßt – nun werden freie gesamtdeutsche Wahlen nicht mehr am Anfang, sondern wahrscheinlich erst am Ende einer Wiedervereinigung stehen können. Jede Überlegung, die Einheit Deutschlands zu fördern, hat jetzt davon auszugehen, daß die Bundesrepublik und die DDR existent sind... Die Frage der Wiedervereinigung wurde ‚gegenstandslos' – und sie blieb es bis heute, und sie wird es bleiben, bis das Steuer in Bonn herumgeworfen und das große Hindernis, das gegenwärtig in den NATO-Verpflichtungen und in der forcierten Aufrüstung der Bundesrepublik liegt, ausgeräumt ist."[60]

Für eine Neuorientierung der Politik in der Bundesrepublik sprachen sich auch liberal gesinnte Kreise der westdeutschen Bourgeoisie aus. Sie betonten, daß sich die Mitgliedschaft in der NATO und die Wiedervereinigung nicht miteinander vereinbaren lassen. Deshalb müsse die Forderung nach Einbeziehung Gesamtdeutschlands in das westliche Paktsystem fallengelassen werden. Sie befürworteten eine Neutralisierung Deutschlands unter Beibehaltung nationaler Streitkräfte und betonten, daß als erste Stufe für die Annäherung beider deutscher Staaten eine Föderation denkbar sei, innerhalb der zunächst die beiden Wirtschaftssysteme nebeneinander weiterbestehen könnten.

Für das von der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED vorgeschlagene Programm sprachen sich vor allem jene 1300 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aus beiden Teilen Deutschlands aus, die am 9. März 1957 an der V. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig teilnahmen. Gegenüber den vier vorangegangenen Konferenzen stellte diese Konferenz einen großen Fortschritt dar. Auf ihr wurde einmütig ein Beschluß über „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse"[61] gefaßt. Er stützte sich auf gründliche Untersuchungen des Ständigen Ausschusses der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen über die Lage der Arbeiterklasse in den beiden deutschen Staaten.

Das Dokument betonte: „Die Sicherung des Friedens und die Wiedervereinigung unseres Landes sind das unabänderliche Recht und die ureigenste Sache der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur im Ergebnis des erfolgreichen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden demokratischen Kräfte unseres Volkes gegen die

60 Neues Deutschland (B) (Berlin), 10. Februar 1957.

61 Dokument Nr. 11.

reaktionären militaristischen Kräfte und gegen das Monopolkapital in Westdeutschland erreicht werden."[62]

Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten schlug die Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz vor, eine Körperschaft gesamtdeutschen Charakters zu bilden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, und die Wahl der Mitglieder dieser Körperschaft auf Grund der in beiden deutschen Staaten geltenden Wahlgesetze vorzunehmen. Sie sollte dahin wirken, die beiden deutschen Staaten zu einem Staatenbund zusammenzuführen.

Die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus und Militarismus hatten aus dem Scheitern ihrer Anschläge gegen die DDR im Herbst 1956 die Schlußfolgerung gezogen, daß sie unbedingt über Atomwaffen verfügen müßten, um ihre aggressiven Absichten durchsetzen zu können. Im April 1957 gab Konrad Adenauer auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vorbereitet werde. Die taktischen Atomwaffen, sagte er, seien nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie. „Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch ... die neueste Entwicklung mitmachen."[63]

Angesichts dieser alarmierenden Tatsache begannen immer mehr Werktätige in Westdeutschland zu begreifen, daß ihnen die Gefahr drohte, in neue Kriegsabenteuer verwickelt zu werden, die in einer atomaren Katastrophe enden würden. Dies wurde vor allem auf zahlreichen Protestkundgebungen gegen die Lagerung amerikanischer Atomraketen auf westdeutschem Boden und gegen die Pläne der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen deutlich.

Bereits im Oktober 1956 hatte das Zentralkomitee der KPD vor der Gefahr der Atomrüstung gewarnt und zum Kampf gegen sie aufgerufen. Am 4. April 1957 protestierten die Delegierten der Kreiskonferenz des DGB in München im Namen von 154 000 Gewerkschaftern gegen die Lagerung von Atombomben in Westdeutschland. Im Namen von 740 000 jungen Gewerkschaftsmitgliedern wandten sich die Delegierten der Bundesjugendtagung des DGB, die Anfang April 1957 in Köln stattfand, gegen die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Am 12. April 1957 traten 18 westdeutsche Atomwissenschaftler, unter ihnen die weltbekannten Phy-

62 Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. März 1957.

63 Die Welt (Hamburg), 6. April 1957.

siker, die Professoren Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, mit einer aufrüttelnden Erklärung – dem Göttinger Manifest[64] – gegen die Gefahren eines Atomkrieges und gegen die Verwendung von Atomwaffen an die Öffentlichkeit. Das war eine offene Kampfansage an die Rüstungspolitik der herrschenden Kreise in Westdeutschland.

Einfluß auf die Haltung der westdeutschen Atomwissenschaftler hatte auch eine Schrift des bekannten Dresdener Wissenschaftlers Professor Manfred von Ardenne „Die Verwendung der für militärische Zwecke angehäuften Weltvorräte an Spaltmaterial zum Wohle der Menschheit" ausgeübt, mit der er sich an bedeutende westdeutsche Physiker gewandt hatte. Auch andere namhafte Wissenschaftler der DDR, so die Professoren Emil Fuchs, Werner Hartmann und Gustav Hertz, erhoben mahnend ihre Stimme, dem drohenden Verhängnis für die deutsche Nation entgegenzutreten.

Am 16. April 1957 gab der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Generaloberst Willi Stoph, im Deutschen Fernsehfunk und im Rundfunk eine Erklärung ab, in der er im Namen der Regierung der DDR den Appell der 18 westdeutschen Atomphysiker begrüßte. Zugleich wies Willi Stoph anhand von Fakten nach, in welchem Maße auf westdeutschem Boden bereits mit der Stationierung von Atomwaffen begonnen worden war.

Nach der Veröffentlichung des Göttinger Manifestes wuchs die Volksbewegung in Westdeutschland weiter an. Arbeiter, Intellektuelle, Studenten, Jugendliche und Frauen, vereint in dem Bestreben, die furchtbare Katastrophe eines Atomkrieges zu verhindern, schlossen sich dieser Bewegung an. Die Erklärung der Achtzehn fand ein weltweites Echo. Konrad Adenauer, die Tragweite des Auftretens der Wissenschaftler erkennend, lud einige von ihnen zu einer Besprechung nach Bonn ein. Sein Ziel, die Forscher für seine Regierungspolitik zu gewinnen, mißlang jedoch. Die Wissenschaftler beharrten auf ihrem Standpunkt. Am 23. April 1957 schloß sich der Friedens-Nobel-Preisträger Albert Schweitzer dem Göttinger Manifest an.

Die konsequenteste von allen oppositionellen Kräften in Westdeutschland war die KPD, die ihre Arbeit auf die Bedingungen der Illegalität einstellen mußte. Sie begann sofort nach dem Verbot mit der Organisierung des illegalen Kampfes. Obwohl sie sich rechtzeitig auf das Verbot vorbereitet hatte, war der Übergang in die Illegalität

[64] Dokument Nr. 14.

dennoch mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Vorübergehend verloren manche Organisationen die Verbindung zu den übergeordneten Leitungen, zerriß der Kontakt mancher Mitglieder zu den Grundorganisationen oder Leitungen. Es war notwendig geworden, gewisse Bestimmungen des Parteistatuts, so die Wählbarkeit der Leitungen und andere Formen der innerparteilichen Demokratie, die sich unter den Bedingungen des legalen Kampfes bewährt hatten, einzuschränken. Doch die KPD meisterte den Übergang in die Illegalität.

Mitte März 1957 legte sie der Öffentlichkeit ein Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 1957 vor.[65] Sie bemühte sich, mit diesem Dokument eine Grundlage zur Vereinigung aller oppositionellen Kräfte zu schaffen. Die KPD forderte eine grundlegende Wende in der Politik der Bundesrepublik. Darunter verstanden die westdeutschen Kommunisten eine Wende zur Demokratie und zum sozialen Fortschritt im Innern und zur friedlichen Politik nach außen. In dem Programm hieß es: „Bei den Wahlen zum neuen Bundestag muß zum Ausdruck kommen, was die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit will."[66]

Die KPD forderte weiterhin Stopp der Atomrüstung, Abschaffung der Wehrpflicht, Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, Entspannung und Verständigung statt kalten Krieges und provokatorischer Abenteuer, soziale Sicherheit für das arbeitende Volk und gesicherte demokratische Zustände.

Unter den Bedingungen der Illegalität und des Vorherrschens des Antikommunismus unter den Massen der westdeutschen Bevölkerung gelang es der KPD jedoch nicht, die zersplittert handelnden fortschrittlichen Kräfte zu vereinen. Die Führung der SPD hatte sich mehrfach gegen die Atombewaffnung ausgesprochen, jedoch keinerlei außerparlamentarische Aktionen befürwortet. Sie verbreitete die Illusion, daß der unheilvollen Entwicklung in der Bundesrepublik allein mit dem Stimmzettel Einhalt geboten werden könne. In Wirklichkeit trugen die Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen und das Festhalten an der antikommunistischen Maxime dazu bei, daß bei den Bundestagswahlen im Herbst 1957 der Einfluß der SPD

65 Dokument Nr. 13.

66 Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1963, S. 32.

gegenüber dem der CDU/CSU relativ zurückging. Der CDU/CSU gelang es im Dritten Bundestag erstmalig, die absolute Mehrheit zu erlangen.

Die Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen einerseits und der antinationalen und kriegstreiberischen Politik der Adenauer-Regierung andererseits verlief sehr kompliziert. Die herrschenden Kreise des westdeutschen Monopolkapitals bedienten sich immer wieder des Antikommunismus, vor allem der Hetze gegen die DDR. Auf diese Weise wollten sie die Aktionseinheit aller Gegner der atomaren Aufrüstung verhindern und die Bewegung lähmen. Das wurde durch die Haltung der Vorstände der SPD und des DGB begünstigt, die die Arbeiterklasse gleichfalls mit Theorien von der angeblichen Überwindung des Klassenkampfes, der Sozialpartnerschaft der Volksaktienpartner und vor allem mit dem Antikommunismus verwirrten.

Die illegale KPD in Westdeutschland unternahm große Anstrengungen, um mit der SPD und mit den westdeutschen Gewerkschaften zu Übereinkünften und zu gemeinsamen Aktionen zu gelangen.[67] Die sich anbahnende Aktionseinheit fand auch in gemeinsamen Erklärungen einzelner Arbeitergruppen der DDR und Westdeutschlands ihren Ausdruck, so in einer Verpflichtung zum Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und für ein einheitliches, friedliches, demokratisches Deutschland, die die Kumpel des Zwickauer Steinkohlenwerkes „Karl Marx" mit Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und von der Saar eingingen.

In der zweiten Aprilhälfte 1957 fanden zahlreiche gesamtdeutsche Beratungen des FDGB mit Mitgliedern und Funktionären des DGB in der DDR statt. In Eisenach trafen sich zum Beispiel 120 Funktionäre der IG Metall des DGB und des FDGB. Die Gewerkschafter aus beiden deutschen Staaten beschlossen, durch gemeinsame Aktionen den Kampf der Atomwissenschaftler zu unterstützen.

Einen Höhepunkt in den gemeinsamen Beratungen bildete die Zusammenkunft von 3000 Westberliner Arbeitern, Mitgliedern der SPD und des DGB, mit Vertretern des FDGB am 26. April 1957 in Berlin. In seiner Ansprache auf dieser gemeinsamen Tagung unterbreitete der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, dem Bundesvorstand des DGB einen Vorschlag zum gemeinsamen Handeln der beiden deutschen Gewerkschaftsorganisatio-

67 Dokument Nr. 19.

nen gegen die Atomkriegsgefahr. Herbert Warnke erklärte: „Der FDGB ist zu jeder gemeinsamen Maßnahme mit dem DGB bereit, um die Atomkriegsvorbereitungen zu verhindern und den Frieden sichern zu helfen. Wir appellieren leidenschaftlich an die Führung des DGB, in dieser ernsten Lebensfrage zum gemeinsamen Handeln bereit zu sein."[68]

Auf einer gesamtdeutschen Eisenbahnerkonferenz in Erfurt am 15. und 16. Februar 1958 bekundeten die Eisenbahner aus Ost und West ihre Zustimmung zum Vorschlag der Regierung der DDR, in ganz Deutschland einen Volksentscheid über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone durchzuführen. Auch die VII. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig am 8. März 1958 forderte gemeinsame Aktionen gegen die Atomkriegsgefahr und einen Volksentscheid über eine atomwaffenfreie Zone.[69] An vielen Orten Westdeutschlands kam es zu eindrucksvollen Demonstrationen gegen den Bau von Raketenbasen.

In der Auseinandersetzung zwischen der militaristischen Reaktion und den friedliebenden Kräften der westdeutschen Bevölkerung fiel der Führung der SPD eine besonders hohe Verantwortung zu. Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter sowie viele Funktionäre wirkten aktiv an der Volksbewegung mit und hatten zusammen mit den Mitgliedern der illegalen KPD einen wesentlichen Anteil an der Mobilisierung der übrigen Schichten der westdeutschen Bevölkerung. Die Vorschläge des Zentralkomitees der SED und der Regierung der DDR zur Verhinderung der Atomaufrüstung und für die Lösung der deutschen Frage hatten auch bei Mitgliedern und Anhängern der SPD Zustimmung gefunden.

Während Sozialdemokraten und Gewerkschafter ihre Bereitschaft zur Aktionseinheit bereits mit der Tat bewiesen, lehnte der Parteivorstand der SPD die Vorschläge der SED zum Zusammenwirken aller Kräfte der Arbeiterklasse ab. Das Zentralkomitee der SED richtete zum Beispiel am 20. Dezember 1957 – nach dem verhängnisvollen Beschluß der Tagung des NATO-Rats in Paris, in den westeuropäischen NATO-Staaten Atomwaffen zu stationieren sowie Raketenabschußbasen zu schaffen – einen Brief an die SPD. Darin wurde ein gemeinsames Vorgehen der SPD und der SED zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung und zur Schaffung einer atom-

68 Neues Deutschland (B) (Berlin), 27. April 1957.

69 Dokument Nr. 23.

waffenfreien Zone vorgeschlagen. Eines der wichtigsten gemeinsamen Kampfziele sollte eine Volksbefragung sein, damit sich der Wille des ganzen Volkes eindeutig gegen Raketenbasen und für eine atomwaffenfreie Zone manifestieren könnte.

Der Vorstand der SPD ging zwar auf die von nationaler Verantwortung durchdrungenen Vorschläge der SED nicht ein, mußte aber seine Haltung zur drohenden atomaren Aufrüstung der Bundeswehr ändern. Am 26. Januar 1958 erklärte der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer vor der Bonner Ortsgruppe seiner Partei, die SPD werde eine Welle des Widerstandes gegen den Atomtod organisieren, um die Öffentlichkeit noch stärker mit den Gefahren und Folgen der atomaren Aufrüstung bekanntzumachen. Zunächst blieb es jedoch bei dieser Erklärung, während der Parteivorstand der SPD es nach wie vor unterließ, an der Bewegung gegen die Atombewaffnung aktiv teilzunehmen. Erst als sich am 26. Februar 1958 44 Professoren von Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands mit einem Appell zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Atombewaffnung an die Gewerkschaften wandten[70], konnte sich die Führung der SPD und des DGB nicht mehr dem Willen der Werktätigen verschließen.

In dem Appell der Professoren hieß es: „Die Aufrüstung mit Atomwaffen auf unserem Boden verschärft die gefährlichen Spannungen, macht die Hoffnungen auf Wiedervereinigung aussichtslos und bedeutet im Konfliktfall die endgültige, unabwendbare Vernichtung Deutschlands ...

Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständige Organisation ... Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden! Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen ...

Wollen die Gewerkschaften die Wissenschaftler angesichts der drohenden Gefahren allein lassen? Warum zögern und worauf warten sie?“[71]

Dieser Appell und zahlreiche ähnliche Erklärungen von Geisteschaffenden zeugten von der Einsicht bestimmter Kreise der Intelligenz in die Kraft der werktätigen Massen und der Klassenorganisation der Arbeiter. Bauern und Kreise des patriotischen Bürgertums

[70] Dokument Nr. 22.

[71] Deutsche Volkszeitung (Düsseldorf), 8. März 1958.

griffen die Losungen der fortschrittlichen Intelligenz auf und wandten sich gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Atombewaffnung.

Zur Führung dieses Kampfes entstand der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod", zu dessen Leitung der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, der Vorsitzende des DGB, Willi Richter, der Abgeordnete der FDP Thomas Dehler, Nobelpreisträger Professor Max Born, die Professoren Helmut Gollwitzer und Walter Hagemann sowie Kirchenpräsident Martin Niemöller gehörten.[72] In diesem Arbeitsausschuß erlangte die SPD bestimmenden Einfluß. Zahlreiche Arbeiter forderten entschiedene Maßnahmen. So führten zum Beispiel Ende März 1958 10 000 Arbeiter der Volkswagenwerke in Wolfsburg und des Zweigwerkes in Braunschweig einen Warnstreik durch. Viele Mitglieder des DGB verlangten von dem eilig nach Hamburg einberufenen Vorstand des DGB den Generalstreik.

Eine wirksame Unterstützung der Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik waren die zahlreichen konstruktiven Vorschläge der DDR für die Bannung der Kriegsgefahr. Am 22. Januar 1958 schlug Otto Grotewohl in einer Rundfunkansprache vor, einen Volksentscheid über eine atomwaffenfreie Zone in beiden deutschen Staaten durchzuführen. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unterstrich am 28. Februar 1958 in einer Erklärung zu dem Vorschlag des polnischen Außenministers Adam Rapacki über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Polen, die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Staaten angehören sollten: „Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ohne jeden Vorbehalt würde die Vereinigung Deutschlands wesentlich erleichtern. Sie würde die Last der Atomfurcht von Deutschland nehmen, ein besseres Verhandlungs- und Verständigungsklima schaffen und den Weg zur Annäherung der beiden deutschen Staaten ebnen."[73]

Als die UdSSR im März 1958 beschloß, einseitig alle Kernwaffenversuche einzustellen, um durch diese Vorleistung den Abschluß einer internationalen Vereinbarung über das Verbot aller Kernwaffenversuche und der Anwendung von Atomwaffen zu erleichtern, schlugen der Ministerrat und die Volkskammer der DDR der westdeutschen Bundesregierung und dem Bundestag vor, diese bedeutende Initiative

72 Dokument Nr. 24.

73 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VI. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1958, Berlin 1959, S. 33.

gemeinsam zu begrüßen und gemeinsam für die Sicherung des Friedens einzutreten. Am 16. April setzte sich Ministerpräsident Otto Grotewohl in einer Regierungserklärung erneut für die Bildung einer Konföderation und einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein. Die Regierung der DDR unterstützte außerdem den Vorschlag der Sowjetregierung, auf einer Gipfelkonferenz unter Teilnahme beider deutscher Staaten über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten.

Im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Bevölkerung nahmen die CDU/CSU und die Adenauer-Regierung offen Kurs auf die Atomaufrüstung in Westdeutschland.[74] Im Verlauf der außenpolitischen Debatte im Bundestag vom 20. bis 25. März 1958 setzte die reaktionäre Mehrheit einen Beschluß durch, der die Vorschläge der DDR über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, über Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten sowie über die Schaffung einer deutschen Konföderation ablehnte und statt dessen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr legalisierte.[75]

Um die Notwendigkeit der Atombewaffnung für die empörte Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, wurde in der Bundestagsdebatte eine zügellose Antisowjethetze entfacht. In aller Eindeutigkeit erklärte Konrad Adenauer[76]: „Der potentielle Gegner der NATO ist die Sowjetunion, der Ostblock ... Wenn ein wichtiger Teil der NATO nicht Waffen gleicher Stärke wie der potentielle Gegner besitzt ..., ist sie bedeutungslos und zwecklos geworden. Wenn es die strategische Planung der NATO ... verlangt, daß auch wir, die Bundesrepublik, von dieser Fortentwicklung der Waffentechnik Gebrauch machen, und wenn wir uns dann weigern, das zu tun, scheiden wir damit aus der NATO aus."[77] In der gleichen Debatte erklärte der Bundesminister für Verteidigung, Franz-Josef Strauß[78], daß es für ihn in der Generalstabsplanung nur noch einen Fall gebe, das sei „der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt"[79]. Und der Abgeordnete Richard Jaeger verstieg sich namens der Fraktion der CDU/CSU zu einer provokatorischen Erklärung, die darauf hinauslief, daß die Bundes-

74 Dokument Nr. 20.
75 Dokument Nr. 27.
76 Dokument Nr. 25.
77 3. Deutscher Bundestag, 18. Sitzung (Bonn), 20. März 1958, S. 843.
78 Dokument Nr. 26.
79 3. Deutscher Bundestag, 18. Sitzung (Bonn), 20. März 1958, S. 870.

wehr atomar bewaffnet werden müsse und Atomgranaten selbst auf Leipzig und andere deutsche Städte abschießen würde.

Damit wurde eindeutig dokumentiert, zu welchen abenteuerlichen Absichten die herrschenden Kreise der Bundesrepublik Atomwaffen in ihre Hände bekommen wollten. Es wurde noch deutlicher, daß die Existenz der ganzen deutschen Nation durch den westdeutschen Militarismus bedroht wird. Der Beschluß des Bundestages war eine Herausforderung aller friedliebenden und verständigungsbereiten Menschen. Die Entfaltung einer Volksbewegung gegen die Atomkriegspolitik, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa und für die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten wurde jetzt noch notwendiger.

Auch die Führung der SPD sprach sich für eine Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung aus. In einigen westdeutschen Ländern, wo die SPD Regierungspartei war, wurden Vorbereitungen zu einer solchen Volksbefragung getroffen.

In dieser Situation erhielt der Parteitag der SPD, der vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart stattfand, besondere Bedeutung. Von seinen Beschlüssen hing es wesentlich ab, wie sich der Volkskampf gegen die Atombewaffnung entwickeln und welche Wirkung er haben würde. In der Vorbereitung dieses Parteitages wurden auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen Entschließungen für einen aktiven Kampf gegen die Atomkriegspolitik der Bundesregierung angenommen. Viele Anträge der Bezirkskonferenzen forderten den Parteitag darüber hinaus auf, Maßnahmen zu beschließen, um die wirtschaftliche Grundlage der politischen Macht der großen Monopole durch ihre Enteignung zu beseitigen.

Das Zentralkomitee der SED richtete am 16. Mai 1958 an die Delegierten des Parteitages einen Brief, in dem erneut die große Bedeutung des Zusammengehens aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Atomtod und für die Wiedervereinigung Deutschlands mit Hilfe einer Konföderation beider deutscher Staaten nachgewiesen wurde.[80] Mit besonderem Nachdruck trat das Zentralkomitee der SED dem Antikommunismus entgegen, dessen Propagierung durch Führer der SPD die Entfaltung einer starken Volksbewegung gegen den Atomtod behinderte. „Man kann doch nicht erfolgreich den Kampf gegen die gefährlichen Brandstifter eines Atomkrieges führen, wenn man die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die

[80] Dokument Nr. 28.

Deutsche Demokratische Republik, diesen ersten friedliebenden deutschen Staat, wenn man seine natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die atomare Aufrüstung anfeindet und bekämpft."[81]

Der Stuttgarter Parteitag der SPD verurteilte in einer Entschließung die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Er sprach sich ferner für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem aus.[82] Die Verwirklichung dieser Forderungen hätte wesentlich dazu beigetragen, die internationale Entspannung zu fördern und den Frieden in Deutschland zu sichern; sie hätte zugleich wichtige Voraussetzungen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten geschaffen.

Auf dem Parteitag wurde jedoch auch sichtbar, daß die SPD aus den Wahlniederlagen von 1953 und 1957 keine Lehren gezogen hatte und in Illusionen über den Charakter des westdeutschen Staates befangen war. Die Führung der SPD orientierte sich weiterhin vorwiegend auf den parlamentarischen Kampf und verzichtete darauf, die Bevölkerung zu außerparlamentarischen Aktionen, beispielsweise zu politischen Massenstreiks gegen die Atomrüstung, aufzurufen.

In dieser Haltung zeigte sich auch der zunehmende Einfluß jener Kräfte, die die SPD zur Abkehr von den traditionellen sozialdemokratischen Forderungen veranlassen und zur offenen Unterstützung der Politik des Imperialismus drängen wollten. Dies wurde besonders in der Debatte über wirtschaftliche Fragen erkennbar, in der der Wirtschaftsexperte der SPD, Heinrich Deist, die Sozialisierung verwarf und sich zu den Prinzipien der „sozialen Marktwirtschaft" bekannte.

Die parlamentarischen Illusionen zeitigten bereits wenige Wochen nach dem Parteitag verhängnisvolle Folgen, als das Bundesverfassungsgericht im Auftrag der Adenauer-Regierung die in Hamburg und Bremen bereits beschlossenen Gesetze über die Durchführung von Volksbefragungen für „nichtig" erklärte und damit verbot.[83] Der Vorstand der SPD beugte sich diesem verfassungswidrigen Beschluß. Er gab eine Erklärung ab, in der er die atomare Aufrüstung der Bundeswehr nach wie vor ablehnte und auf die mit ihr verbundenen Gefahren hinwies, jedoch die Forderung nach einer Volksbefra-

81 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VII, Berlin 1961, S. 215.

82 Dokument Nr. 29.

83 Dokument Nr. 31.

gung aufgab und damit dem Volkskampf gegen den Atomtod Abbruch tat.[84] So hieß es in dieser Erklärung: „Die deutsche Sozialdemokratie als eine verfassungstreue und den Staat mittragende Säule respektiert den Urteilsspruch des höchsten deutschen Gerichtes. Volksbefragungen über die Atombewaffnung, die von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und einigen anderen Städten beabsichtigt waren, müssen nun nach diesem Richterspruch unterbleiben."[85]

Die Führung der KPD dagegen appellierte an alle demokratischen und friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik, den Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr verstärkt fortzusetzen und durch das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten den Willen des Volkes gegen die imperialistischen Machthaber in Westdeutschland und ihre Justiz durchzusetzen.[86]

Obwohl der Volkskampf gegen die Atombewaffnung bestimmte positive Resultate zeitigte, die Pläne des Monopolkapitals störte und ihre Verwirklichung hinauszögerte, blieb ihm doch der entscheidende Erfolg versagt. Die demokratischen Kräfte sahen sich der konzentrierten Macht des Monopolkapitals gegenüber, das den gesamten staatlichen Gewaltapparat, einschließlich der Justiz, aufbot, um die Aufrüstung durchzusetzen. Die Beschränkung auf den parlamentarischen Kampf schwächte die Volksbewegung und erwies sich als unzureichendes Mittel, eine Wende in Westdeutschland zu erzwingen. Die Führung der SPD hatte ihren beträchtlichen Einfluß in der westdeutschen Bevölkerung dazu benutzt, die Herstellung der Aktionseinheit mit der Bevölkerung der DDR und eine Volksbewegung zu verhindern, die sich schließlich gegen die Grundlagen des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik gerichtet hätte.

84 Dokument Nr. 32.

85 Sozialdemokratischer Pressedienst (Bonn), 31. Juli 1958.

86 Dokument Nr. 33.

Der Kampf der SED für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und für die Durchsetzung des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs der zwei Systeme in Deutschland (1958 bis 1960)

1. Der V. Parteitag der SED (Juli 1958)

Vom 10. bis 16. Juli 1958 tagte in Berlin der V. Parteitag der SED. An ihm nahmen 1648 Delegierte mit beschließender und 603 Delegierte mit beratender Stimme teil, die 1,5 Millionen Mitglieder und Kandidaten vertraten. Mit besonderer Herzlichkeit begrüßten die Delegierten und Gäste Wilhelm Pieck. Trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes, der ihm eine aktive Teilnahme an der Führung der Partei und des Staates nicht mehr ermöglichte, fand der Kampfgefährte von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann die Kraft, den Beratungen des höchsten Organs der Partei zeitweilig beizuwohnen.

Der Parteitag war eine Demonstration des proletarischen Internationalismus, der brüderlichen Verbundenheit der SED mit der

KPdSU und den anderen Bruderparteien. Am Parteitag nahmen Delegationen von 46 kommunistischen und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt teil. Sie wurden von führenden Funktionären geleitet, so vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, vom Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands, Apostolos Grozos, vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, János Kádár, und vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPD, Max Reimann. Auf dem Parteitag manifestierte sich die internationale Solidarität mit dem gerechten Kampf des deutschen Volkes für die Sicherung des Friedens, die Zurückdrängung des aggressiven westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für den Sieg des Sozialismus in Deutschland.

Die Situation in Deutschland war Mitte 1958 dadurch gekennzeichnet, daß die DDR bedeutende Erfolge im Kampf für die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus errungen hatte. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten die Versuche einer Restauration des Kapitalismus endgültig zunichte gemacht und einen beständigen Anstieg der sozialistischen Produktion gesichert. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Dogmatismus hatte sich die Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse weiter gefestigt. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR strahlte immer mehr auf die Entwicklung in ganz Deutschland aus.

In Westdeutschland dagegen war es dem Imperialismus mit Hilfe des USA-Imperialismus gelungen, ein klerikal-militaristisches Regime zu errichten. Westdeutschland wurde zum Hauptkriegsherd in Europa. Dadurch wurde der nationale Grundwiderspruch in Deutschland weiter vertieft.

Dieser Widerspruch, der sich in der Epoche des Imperialismus zwischen der imperialistischen Großbourgeoisie und den militaristischen Kräften auf der einen Seite und den Volksmassen auf der anderen Seite herauskristallisiert hatte, verschärfte sich mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dem Streben der herrschenden Kreise der Bundesrepublik nach atomarer Aufrüstung.

Der V. Parteitag der SED stellte fest: „Der Grundwiderspruch in Deutschland ist gegenwärtig der Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes und den militaristischen Kräften,

die im Interesse ihrer Politik der Revanche und der imperialistischen Eroberung die Atomrüstung betreiben ...

Die Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden Kräften und den imperialistischen und militaristischen Kräften tritt auf staatlicher Ebene als Auseinandersetzung der beiden deutschen Staaten in Erscheinung."[87]

Der westdeutsche Imperialismus und Militarismus hatte offen Kurs darauf genommen, die DDR zu annektieren, ganz Deutschland in die NATO einzugliedern und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. In ihre aggressive Planung bezogen die imperialistischen Kräfte Westdeutschlands auch die Möglichkeit eines militärischen Alleingangs ein. Das wichtigste Instrument zur Durchsetzung dieser antinationalen Pläne war die westdeutsche Bundeswehr geworden, die unter dem Kommando ehemaliger Hitlergenerale und anderer faschistischer Offiziere stand und zum Bestandteil der NATO geworden war.

Die Lösung der nationalen Frage in Deutschland erforderte, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, im Interesse der Sicherung des Friedens die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen, die DDR unablässig politisch und ökonomisch zu stärken und die Mehrheit der Bevölkerung in ganz Deutschland für den entschiedenen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zu gewinnen.

Der Parteitag unterbreitete dafür konstruktive Vorschläge. Hierzu gehörten die Forderungen nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, nach Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen den Vertragsstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO, nach Einschränkung der Zahl der ausländischen Truppen in Deutschland mit dem Ziel ihres vollständigen Abzugs.

Als besonders vordringlich wurde der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages bezeichnet, der die Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigen, dem Treiben der militaristischen und revanchistischen Kräfte des westdeutschen Imperialismus ein Ende setzen und dazu beitragen sollte, die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat zu fördern. Walter Ulbricht legte in seinem Referat die Grundsätze für die Ausarbeitung eines solchen

87 Beschluß des V. Parteitages der SED über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. In: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 2, Berlin 1959, S. 1402.

Friedensvertrages dar. Der Friedensvertrag sollte die Anerkennung der vollständigen Souveränität Deutschlands, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und den Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, den freien Zugang zu den Weltmärkten, die Anerkennung der durch die Potsdamer Konferenz beschlossenen Grenzen Deutschlands, die Gewährleistung der demokratischen Grundfreiheiten und die Überwindung jeglichen Revanchismus zum Inhalt haben. Deutschland sollte gestattet werden, eigene nationale Streitkräfte zu Verteidigungszwecken zu besitzen. In dem wiedervereinigten Deutschland dürften keine Organisationen geduldet werden, die dem Frieden und der Demokratie feindlich sind. Die demokratischen Parteien und Organisationen müßten dagegen das Recht der freien Betätigung und der freien Entscheidung über ihre inneren Angelegenheiten haben und die Presse- und Publikationsfreiheit genießen.

„Es ist also notwendig", betonte Walter Ulbricht, „die Mauer, die durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO errichtet wurde, mit Hilfe des Entwurfs eines Friedensvertrages zu beseitigen, damit die Wiedervereinigung Deutschlands möglich wird."[88]

Der Abschluß eines Friedensvertrages wurde zur Hauptlosung im Kampf zur Durchkreuzung der westdeutschen Atompläne. Der Parteitag forderte, die Frontstadtpolitik in Westberlin zu beseitigen, normale, friedliche und demokratische Verhältnisse in ganz Berlin zu schaffen und dadurch auch die Normalisierung des Verhältnisses Westberlins zur DDR zu ermöglichen. Dieses Friedensprogramm der SED entsprach den Interessen der ganzen deutschen Nation.

Nach dem Beschluß des Bundestages über die Atomaufrüstung hatte die zweite Phase des Aufbaus der Bundeswehr begonnen, in der sie für eine mit Raketen-Kernwaffen geführte Aggression umgerüstet und entsprechend umgruppiert wurde. Auf der Grundlage des vom Ständigen NATO-Militärausschuß verfaßten Dokuments MC 70 sollte sie zur stärksten Militärmacht Westeuropas ausgebaut werden. Daraus entstand für die DDR die Notwendigkeit, ihre Verteidigungsfähigkeit ständig zu erhöhen.

88 Walter Ulbricht: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. In: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1959, S. 33.

Auf dem Parteitag konnte festgestellt werden, daß die Angehörigen der Nationalen Volksarmee in den knapp zweieinhalb Jahren seit Verabschiedung des Gesetzes über die Schaffung der NVA den von der SED und der Regierung der DDR erteilten Auftrag, eine moderne Landesverteidigung zu organisieren, in Ehren erfüllt hatten. Es entsprach der vom sozialistischen Internationalismus und Patriotismus gekennzeichneten Militärpolitik der SED, daß die NVA nach den Erfordernissen des engen Zusammenwirkens im Rahmen der sozialistischen Verteidigungskoalition aufgestellt, gegliedert, bewaffnet, ausgebildet und erzogen worden war.

Der Politische Beratende Ausschuß der Staaten des Warschauer Vertrages hatte daher bereits am 24. Mai 1958 die Einbeziehung der ersten Truppenverbände der NVA in die Vereinten Streitkräfte bestätigt und dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Generaloberst Willi Stoph, die Funktion eines der Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte übertragen. Die Zugehörigkeit zu diesem Verteidigungsbündnis festigte die Kampfgemeinschaft der sozialistischen Länder und erhöhte die Sicherheit der DDR. Zugleich forderte sie von den Streitkräften der DDR, die moderne Waffen- und Kampftechnik zu beherrschen und die Waffenbrüderschaft zwischen der NVA, der Sowjetarmee und den anderen Armeen der sozialistischen Staaten weiter zu festigen. Diese Waffenbrüderschaft zwischen den nationalen Streitkräften der sozialistischen Staaten war zu einem entscheidenden Faktor ihrer Überlegenheit über die imperialistischen Armeen geworden.

Der V. Parteitag der SED bestätigte die Grundlinie der 30. Tagung des Zentralkomitees für den Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedergeburt Deutschlands und entwickelte sie weiter. Er bekräftigte, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR am wirksamsten zur Sicherung des Friedens beiträgt und somit der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebendem, demokratischem Staat den Weg bahnt. Darin bestand die wichtigste Voraussetzung, um das Kräfteverhältnis in Deutschland entschieden zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu verändern und so den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes zum Durchbruch zu verhelfen. Dem Beschluß des Parteitages, den Sozialismus zum Siege zu führen, kam daher eine gesamtnationale Bedeutung zu. Mit der Verwirklichung dieser Aufgabe sollte der überzeugende Beweis erbracht werden, daß das ganze deutsche Volk ohne atomare Aufrüstung,

ohne Imperialisten und Militaristen, durch die ungehinderte Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte zu einem Leben, frei von jeglicher Ausbeutung, zu einem hohen materiellen und kulturellen Lebensniveau und zu Ansehen bei allen Völkern der Welt gelangen kann.

Die Beschlüsse des Parteitages waren auch darauf gerichtet, den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland gegen die atomare Aufrüstung unmittelbar und auf die wirksamste Weise zu unterstützen; denn gerade in dieser Zeit erreichte die Bewegung gegen den Atomtod in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt.

Der Parteitag arbeitete die ökonomische Konzeption für den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der DDR aus. Diese Konzeption wurde wesentlich von den Erfordernissen des Kampfes um die Sicherung des Friedens bestimmt. Damit wurde die seit der 2. Parteikonferenz der SED für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ausgearbeitete Wirtschaftspolitik konsequent fortgeführt. Im Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem monopolkapitalistischen System kam es darauf an, den Sieg in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, zu erringen.

Der Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus erforderte die vorrangige Entwicklung der ausschlaggebenden Zweige der Volkswirtschaft der DDR sowie die Veränderung des Produktionsprofils und der Struktur wichtiger Wirtschaftszweige, um die teilweise noch bestehende Abhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von der Wirtschaft des westdeutschen Monopolkapitals schrittweise beseitigen zu können. Er machte außerdem die weitere Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Kooperation, vor allem mit der Sowjetunion, notwendig.

Der Parteitag legte das Schwergewicht auf ein stärkeres Wachstum jener Zweige, für die in der DDR eine ausreichende Rohstoffbasis vorhanden war oder die durch Lieferungen aus den sozialistischen Ländern, insbesondere aus der Sowjetunion, versorgt werden konnten. Das war in erster Linie die chemische Industrie, insbesondere die Petrolchemie. Der Parteitag legte weiter fest, daß sich die Metallurgie auf die Herstellung von Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe und der Maschinenbau auf die Produktion hochwertiger Maschinen und Industrieausrüstungen für die Volkswirtschaft der DDR, die Bedürfnisse der sozialistischen Bruderländer und den Export nach anderen Staaten konzentrieren müssen.

Dadurch war es auch möglich, der Diversionstätigkeit des westdeutschen Imperialismus, die ein Bestandteil seiner aggressiven Politik war, wirksamer entgegenzutreten und die notwendigen Voraussetzungen für die kontinuierliche Hebung des Lebensstandards aller Werktätigen zu schaffen.

Auf dem Parteitag wurde betont, daß die ökonomischen Aufgaben nur durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bewältigt werden können. Das erforderte, die eigenen Anstrengungen zu erhöhen, den Kampf um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verstärken und insbesondere die zur Verfügung stehenden Ressourcen an Material, Investitionen und Arbeitskräften auf die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte zu konzentrieren. Im Beschluß des Parteitages hieß es:

„Auf drei Wegen müssen wir zu einem hohen Stand der Arbeitsproduktivität gelangen:

a) indem wir die Produktivkräfte rasch entwickeln;

b) indem die Arbeiterklasse einen neuen großen Arbeitsaufschwung im Kampf um den technischen Fortschritt, in der Entfaltung der sozialistischen Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung in der ganzen Volkswirtschaft erreicht;

c) indem wir die sozialistischen Produktionsverhältnisse vervollkommnen."[89]

Die gesamte nationale und internationale Entwicklung – vor allem die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in Deutschland und die Bedrohung des Friedens durch die wachsende Aggressivität des westdeutschen Imperialismus und dessen Streben nach Atomwaffen – machten es notwendig, auf ökonomischem Gebiet hohe Ziele zu setzen.

Der Parteitag beschloß als ökonomische Hauptaufgabe, die Volkswirtschaft der DDR innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eindeutig bewiesen werde. Durch die Entwicklung der Volkswirtschaft sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung der DDR an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung in Westdeutschland erreichte.

89 Beschluß des V. Parteitages der SED ... In: Ebenda, Bd. 2, S. 1357.

Die Bundesregierung hatte die Absicht, die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen bis Ende 1961 durchzuführen. Deshalb wandte sich die SED von ihrem V. Parteitag an alle Werktätigen der DDR mit dem Appell, die ökonomische Hauptaufgabe bis Ende 1961 zu erfüllen. Die hohe Zielsetzung des Parteitages auf ökonomischem Gebiet wurde somit maßgeblich von der politischen Notwendigkeit bestimmt, durch die maximale Anspannung aller Kräfte den Frieden in Deutschland zu sichern, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland beizutragen.

Das Produktionstempo mußte bereits in den letzten zwei Jahren des zweiten Fünfjahrplans gesteigert werden. Die SED stellte darum unter anderem die Aufgabe, die Produktionsziele für 1959 und 1960 gegenüber den von der Volkskammer Anfang 1958 beschlossenen Kontrollziffern des zweiten Fünfjahrplans beträchtlich zu erhöhen und einen neuen langfristigen Plan der Entwicklung bis 1965 auszuarbeiten. Dieses Ziel war möglich, weil die Werktätigen der Republik durch ihre guten Arbeitsergebnisse im sozialistischen Wettbewerb der wirtschaftlichen Entwicklung einen großen Auftrieb gegeben hatten und die ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten noch enger geworden war.

Bei der Formulierung der ökonomischen Hauptaufgabe ging die SED auch davon aus, daß sich international eine gewisse Tendenz zur schrittweisen Entspannung, zum Abbau des kalten Krieges gezeigt hatte. Diese positiven Ansätze in der internationalen Entwicklung waren vor allem das Ergebnis des konsequenten Friedenskampfes der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Auch der wachsende Einfluß der jungen Nationalstaaten und die zunehmende Einsicht von Politikern der kapitalistischen Länder in das reale Kräfteverhältnis trugen zu dieser sich anbahnenden Entwicklung bei, die trotz des Widerstandes der herrschenden Kreise in Westdeutschland und anderer extrem aggressiver Kräfte an Boden gewann.

Die weitere Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen mußte zu günstigen Bedingungen für den friedlichen ökonomischen Wettstreit auch zwischen den beiden deutschen Staaten führen. Somit bildeten der Kampf um die Sicherung des Friedens und die weitere internationale Entspannung und der Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme auf ökonomischem Gebiet eine untrennbare Einheit. Von der Durchsetzung der friedlichen Koexi-

stenz hing es ab, inwieweit es möglich war, einen kontinuierlichen ökonomischen Aufschwung zu gewährleisten, und umgekehrt mußte die ökonomische Stärkung der DDR maßgeblich dazu beitragen, die aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus und Militarismus zu durchkreuzen. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Erreichung der weitgesteckten ökonomischen Ziele war die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten. Die DDR war bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben auf die Hilfe der befreundeten Staaten angewiesen. Die vom Zentralkomitee der SED bereits vor dem V. Parteitag erarbeitete Konzeption war von den Ersten Sekretären der kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen sozialistischen Länder auf ihrer Beratung im Mai 1958 unterstützt worden. Besonders die Sowjetunion hatte der Verwirklichung dieser Konzeption ihre Hilfe zugesagt, obwohl das für sie zusätzliche Anstrengungen und gewisse Einschränkungen bedeutete, zumal sie ihren bis 1965 befristeten Plan bereits im wesentlichen ausgearbeitet hatte.

Die internationale Bedeutung des Kampfes der DDR gegen die Atomkriegsvorbereitung des westdeutschen Imperialismus machte eine solche Hilfe jedoch erforderlich. Die Sowjetunion verzichtete auf die Weiterzahlung von Unterhaltskosten für die in der DDR im Einklang mit den Bestimmungen des Warschauer Vertrages zeitweise stationierten Truppen der UdSSR. Dadurch standen der Volkswirtschaft der DDR ab 1. Januar 1959 jährlich 600 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung. Indem die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten der DDR zusätzlich Rohstoffe, Halbfertigfabrikate und andere Erzeugnisse lieferten und Kredite zur Verfügung stellten, entsprachen sie den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Sie leisteten damit einen besonderen Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind – den westdeutschen Imperialismus –, der nicht nur die Sicherheit der DDR, sondern auch den Frieden in ganz Europa bedrohte.

Die Erfüllung der hohen ökonomischen Aufgaben bedingte, daß sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, insbesondere im Rahmen des RGW, wesentlich vertiefte. Die Bewältigung der Probleme, die die technische Revolution aufwarf, erforderte eine neue Qualität in der Kooperation und Spezialisierung, damit die im sozialistischen Wirtschaftssystem wurzelnden Vorteile besser genutzt werden konnten.

Die Volkswirtschaft der sozialistischen Staaten wies in dieser Zeit ein hohes Wachstumstempo auf, während sich in Großbritannien, in

den USA, in Westdeutschland und auch in anderen kapitalistischen Staaten 1958 Stagnationserscheinungen deutlich bemerkbar machten. In den folgenden Jahren blieben jedoch die sozialistischen Staaten bei der Meisterung der technischen Revolution zurück, und ihr ökonomisches Entwicklungstempo verlangsamte sich. Die kapitalistischen Monopole konzentrierten sich zur gleichen Zeit in zunehmendem Maße auf die Lösung der Probleme der technischen Revolution und entwickelten mit dem vollen Übergang zum System des staatsmonopolistischen Kapitalismus neue Methoden, um im Wettbewerb mit den sozialistischen Staaten bestehen zu können. Die Monopole besaßen bessere Ausgangspositionen für die technische Revolution. Mit Hilfe der verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse, der imperialistischen Integration und des Neokolonialismus sowie durch die noch stärkere Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des imperialistischen Staates kamen sie in der Durchführung der technischen Revolution schneller voran und erzielten hohe Profite. Das wiederum ermöglichte ihnen höhere Investitionen, mit denen sie ihre Betriebe weiter modernisieren konnten. Es gelang ihnen, die Stagnationserscheinungen des Jahres 1958 zu überwinden und erneut eine beträchtliche Steigerung der Industrieproduktion zu erzielen. Der weitere ökonomische Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem vollzog sich somit im weiteren unter wesentlich schwierigeren Bedingungen, als zunächst vorausgesehen worden war.

Die Erfüllung der vom V. Parteitag der SED gestellten Aufgaben machte es notwendig, alle Kräfte der Partei und der Staatsorgane dafür anzuspannen, die Leitungstätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft zu verbessern, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu überzeugen, daß es auf ihre Taten in der Produktion, vor allem auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, ankam, um die DDR weiter zu stärken und dadurch neue Erfolge im Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher und friedliebender, demokratischer Staat zu erringen.

Damit leistete die DDR einen bedeutsamen Beitrag im internationalen Wettbewerb der zwei Systeme, im weltweiten Ringen um die Sicherung des Friedens. Der ökonomische Wettbewerb war für die DDR, die unmittelbar der aggressivsten und wirtschaftlich stärksten imperialistischen Macht in Europa gegenüberstand und ihr gegenüber eine offene Grenze besaß, mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Der V. Parteitag der SED führte auch die Politik der Einbeziehung

aller Bürger in den sozialistischen Aufbau weiter. Die Bündnispolitik gegenüber den Handwerkern, privaten Einzelhändlern und Unternehmern war darauf gerichtet, sie noch stärker in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen und die Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und diesen Schichten zu vertiefen. Es kam darauf an, gemeinsam mit den Handwerkern und Unternehmern Schritt für Schritt die objektiven Schranken, die das Wachstum der Arbeitsproduktivität behinderten, zu überwinden. Die SED lenkte die Aufmerksamkeit darauf, engere Beziehungen zwischen dem sozialistischen und dem privaten Sektor herzustellen und die Formen und Methoden der Einbeziehung der Mittelschichten und Privatunternehmer in den sozialistischen Aufbau zu vervollkommnen.

Für das Handwerk sah die SED den Schwerpunkt in der Entwicklung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks zu Musterbeispielen genossenschaftlicher Arbeit und in der Bildung neuer PGH, vor allem im Bau- und Ausbaugewerbe. Das gesamte Handwerk sollte mehr hochwertige Konsumgüter herstellen und seine Reparatur- und Dienstleistungen erhöhen. Gleichzeitig wurde empfohlen, zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der PGH einzuleiten. So sprach sich der Parteitag dafür aus, daß die volkseigenen Betriebe Patenschaftsverträge mit den PGH abschlossen, die PGH Steuerbegünstigungen erhielten und bevorzugt mit Material versorgt wurden. In den Betrieben mit staatlicher Beteiligung sollten der Einfluß und die Verantwortung der Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaft erhöht werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, die juristischen Formen der staatlichen Beteiligung zu erweitern.

Zur stärkeren Einbeziehung der Einzelhändler empfahl die SED, die Formen des Kommissionshandels zu vervollkommnen und den Einzelhandel enger mit dem Versorgungssystem des sozialistischen Handels zu verbinden. Gleichzeitig sollte erprobt werden, bei größeren Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Hotels die Form der staatlichen Beteiligung anzuwenden. Bei der Popularisierung dieser Gedanken konnte sich die SED auf die intensive Mitarbeit der mit ihr verbündeten Blockparteien stützen, die sich eindeutig zu den Zielen des V. Parteitages bekannten.

Im zweiten Halbjahr 1958 erhöhte sich die Zahl der halbstaatlichen Betriebe in der Industrie von 698 auf 1541, die der PGH von 1083 auf 2107. Des weiteren gab es 1958 schon 9141 Händler, die Kommissionsverträge abgeschlossen hatten.

Große Aufgaben stellte der Parteitag für die sozialistische Umwälzung auf ideologischem und kulturellem Gebiet. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR hing maßgeblich von der weiteren Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ab. Je höher die sozialistische Bewußtheit aller Werktätigen war, desto rascher würde das Tempo der sozialistischen Entwicklung und desto größer könnten die Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sein.

Hohe Bedeutung für die Formung des politisch-ideologischen und moralischen Antlitzes des neuen, sozialistischen Menschen in der DDR hatten die auf dem V. Parteitag der SED dargelegten Normen der sozialistischen Moral und Ethik. Es mußte, wie Walter Ulbricht in seinem Referat ausführte, durch die Einhaltung folgender grundlegender Moralgesetze bestimmt werden:

„1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.

2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.

5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.

10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben."[90]

[90] Walter Ulbricht: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus ... In: Ebenda, Bd. 1, S. 160/161.

Der tiefe humanistische Gehalt der sozialistischen Moralgesetze, die aus dem über ein Jahrhundert währenden Kampf der deutschen Arbeiterklasse erwachsen waren, half vielen Werktätigen, das humanistische Wesen des Sozialismus besser zu verstehen, und festigte ihre Überzeugung, daß der Sozialismus die sicherste Grundlage für ein Leben in Frieden, Freiheit, Arbeit und Glück für alle Menschen ist. Vor der SED stand die Aufgabe, die Herzen und Hirne aller Bürger der DDR für die große Sache des Sozialismus zu gewinnen.

Der Kampf für die Sicherung des Friedens und der Aufbau des Sozialismus stellten hohe Anforderungen an die SED, an ihre leitenden Organe, an die Grundorganisationen, an jedes Mitglied und jeden Kandidaten. Der Parteitag wies deshalb darauf hin, daß die gesamte Parteiarbeit ideologisch und fachlich auf ein höheres Niveau gehoben werden müsse. Für die Lösung der neuen Aufgaben forderte der Parteitag, den Arbeitsstil weiter zu verbessern, die ideologische und fachliche Qualität der Leitungstätigkeit zu erhöhen, die Erfahrungen der Arbeiter, der Intelligenz, der Bauern und anderer Werktätiger zum Nutzen des sozialistischen Aufbaus noch gründlicher auszuwerten, die sozialistische Erziehungsarbeit und die Tätigkeit auf ideologischem und kulturellem Gebiet zu verstärken. Die allseitige Stärkung der DDR erforderte zugleich ein höheres Niveau der staatlichen Leitungstätigkeit und eine weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Der Parteitag forderte, der Arbeit mit den Frauen größere Aufmerksamkeit zu widmen und die gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft durch den sozialistischen Aufbau und die sozialistische Bewußtseinsbildung weiter zu fördern. Die Parteiorganisationen erhielten den Auftrag, der beruflichen Entwicklung der Frauen und Mädchen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die Frauenausschüsse stärker zu unterstützen.

Die Delegierten des Parteitages wählten die 110 Mitglieder und 44 Kandidaten des Zentralkomitees der SED, das sich auf seiner 1. Tagung am 16. Juli 1958 konstituierte. Das Zentralkomitee wählte als Mitglieder des Politbüros: Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Erich Honecker, Bruno Leuschner, Hermann Matern, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Willi Stoph, Walter Ulbricht, Herbert Warnke; als Kandidaten des Politbüros: Edith Baumann, Luise Ermisch, Paul Fröhlich, Kurt Hager, Alfred Kurella, Karl Mewis, Alois Pisnik, Paul Verner. Zum Ersten

Sekretär des Zentralkomitees wurde Walter Ulbricht und zu Sekretären wurden Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Erich Honecker, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden, Paul Verner gewählt. Die Zentrale Revisionskommission wählte Fritz Gäbler zu ihrem Vorsitzenden.

Der Parteitag fand ein lebhaftes Echo in der internationalen Öffentlichkeit, vor allem aber unter der Bevölkerung der DDR. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und die anderen Massenorganisationen begrüßten seine richtungweisenden Beschlüsse und sagten deren Verwirklichung ihre allseitige Unterstützung zu. Die mit der SED befreundeten Parteien stimmten ebenfalls einmütig den Beschlüssen des Parteitages zu und legten in Entschließungen fest, wie sie aktiv bei der Erfüllung der neuen Aufgaben mithelfen würden.

Auch Teile der westdeutschen Bevölkerung, besonders viele Arbeiter, erklärten, daß sie den konsequenten Friedenskampf der DDR und den Aufbau des Sozialismus als wesentliche Unterstützung ihres Kampfes gegen die Atomrüstung, gegen das Herrschaftssystem des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland betrachteten. Je größer die Erfolge der DDR waren, um so bessere Möglichkeiten boten sich den westdeutschen Arbeitern, sich gegen die Angriffe der Monopolkapitalisten auf ihren Lebensstandard zu wehren und ihre Forderungen durchzusetzen. An der Stärke der DDR mußten die antinationalen aggressiven Pläne der Machthaber in Westdeutschland scheitern.

2. Die Initiative der DDR und der UdSSR für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage

Die Regierung der DDR wandte sich am 4. September 1958 in Noten an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA mit dem Anliegen, die Ausarbeitung eines Friedensvertrages zu beschleunigen.[91] Zugleich wurde der Regierung der Bundesrepublik vorgeschlagen, der Bildung einer Kommission aus Vertretern beider

[91] Dokument Nr. 34.

deutscher Staaten zuzustimmen, die einen deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag erarbeiten sollte. Während die Wiedervereinigung Deutschlands, die durch die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Bildung einer Konföderation vorbereitet werden mußte, ausschließlich Angelegenheit des deutschen Volkes war, trugen die Regierungen der vier Großmächte für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in Westberlin eine große Verantwortung. Im Gegensatz zu den Interessen des deutschen Volkes und des Weltfriedens widersetzten sich die Westmächte und die westdeutsche Regierung den Forderungen nach Abschluß eines Friedensvertrages. Von den Großmächten trat nur die Sowjetunion für eine friedliche Lösung der deutschen Frage ein. Erneut erwies sich die Sowjetunion als der beste Freund des deutschen Volkes. Sie unterstützte die Initiative der DDR und schlug am 27. November 1958 vor, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln.[92]

Diesem Vorschlag zufolge sollte sich kein anderer Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten, in die inneren Angelegenheiten Westberlins einmischen dürfen. Die gesellschaftliche und politische Ordnung Westberlins sollte ausschließlich von dessen Bürgern bestimmt werden. Westberlin hätte seinerseits die Verpflichtung zu übernehmen, auf seinem Gebiet keinerlei feindliche Tätigkeit gegen die DDR und andere Staaten zuzulassen. Dieser Status Westberlins als Freie Stadt sollte von den vier Großmächten und beiden deutschen Staaten anerkannt werden.

Das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR begrüßten den Vorschlag der Sowjetunion, weil er den Bedürfnissen des ganzen deutschen Volkes nach Frieden entgegenkam und den Interessen und der Souveränität der DDR gerecht wurde. Die Regierung der DDR betonte in ihrer Note an die Regierung der UdSSR vom 7. Januar 1959, daß Westberlin seiner Rechtslage entsprechend zum Gebietsbestand der DDR gehöre. Deshalb wäre es die natürlichste Lösung des Westberlinproblems, den unter der Besatzung der Westmächte stehenden Teil der Stadt mit dem demokratischen Teil zu vereinigen, damit die ganze Stadt der Souveränität der DDR unterstehe. Im Interesse der Entspannung stimmte die DDR jedoch der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt auf ihrem Territorium zu und erklärte sich bereit, den Status der Freien Stadt Westberlin zu garantieren. Das war

92 Dokument Nr. 35.

ein weitgehendes Entgegenkommen der DDR, um den bedrohlichen Spannungs- und Gefahrenherd in Europa zu beseitigen.

Am 10. Januar 1959 unterbreitete die Sowjetunion in einer Note an alle Staaten, die mit ihren bewaffneten Kräften am Kriege gegen Hitlerdeutschland teilgenommen hatten, und an die beiden deutschen Staaten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland.[93] Dieser Entwurf basierte auf dem Potsdamer Abkommen und den von der Sowjetunion bereits 1952 vorgeschlagenen Grundsätzen, berücksichtigte aber die seitdem eingetretene Entwicklung. Er ging davon aus, daß auf deutschem Boden seit zehn Jahren zwei Staaten bestanden und daher beide – die DDR und die Bundesrepublik – den Friedensvertrag unterzeichnen müßten. Die Sowjetunion schlug in ihrem Entwurf vor, daß die im Potsdamer Abkommen festgelegten und real bestehenden Grenzen ihre endgültige völkerrechtliche Anerkennung fänden, die Gestaltung der inneren Gesellschaftsordnung in beiden deutschen Staaten als deren alleinige Angelegenheit betrachtet werde und zugleich die notwendigen Sicherungen – vor allem zur Beseitigung des Nazismus und Revanchismus – getroffen würden, damit nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehe.

Der Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion eröffnete dem deutschen Volk die Perspektive einer gesicherten friedlichen Zukunft als geachtetes Mitglied der Völkerfamilie. Er hatte zum Ziele, die volle Souveränität der beiden deutschen Staaten und eines künftigen einheitlichen Deutschlands zu sichern. Westberlin sollte bis zur Herstellung der Einheit Deutschlands den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt erhalten. Die beiden deutschen Staaten und das künftige einheitliche Deutschland sollten verpflichtet werden, keine Militärbündnisse einzugehen, dieser Verpflichtung entgegenstehende Verträge zu kündigen, weder Kernwaffen zu produzieren noch auf anderem Wege in ihren Besitz zu gelangen. Alle ausländischen Truppen sollten von deutschem Territorium abgezogen werden.

Die Regierung und die gesellschaftlichen Organisationen der DDR begrüßten die neuen bedeutsamen Vorschläge der Sowjetunion, deren Verwirklichung einer dauerhaften Friedensregelung unter Wahrung der nationalen Belange des deutschen Volkes dienen mußte. Das Zentralkomitee der SED bezeichnete auf seiner 4. Tagung, die vom 15. bis 17. Januar 1959 stattfand, den Friedensvertrag als die nationale Klammer für das gespaltene Deutschland. Es trat entschieden der von der

[93] Dokument Nr. 39.

westdeutschen Regierung verbreiteten Version entgegen, daß ein Friedensvertrag, der mit den beiden deutschen Staaten abgeschlossen werde, die Spaltung Deutschlands verewige.

Im Zusammenhang mit dem Friedensvertragsentwurf rückte auch die Frage der Konföderation erneut in den Vordergrund. Das Zentralkomitee der SED legte daher die Aufgaben der Konföderation dar. Zu ihnen sollten gehören: Verzicht beider deutscher Staaten auf die Herstellung, den Erwerb und die experimentelle Erprobung von Kernwaffen, Abzug der ausländischen Truppen und Verzicht auf Beteiligung an Militärbündnissen, Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Westdeutschland. Als Organ der Konföderation sollte ein Gesamtdeutscher Rat von 100 Mitgliedern auf paritätischer Grundlage mit einem Vollzugsorgan – dem Präsidium des Rates – gebildet werden.

Während sich die Bevölkerung der DDR hinter die Vorschläge zur friedlichen Regelung der Deutschlandfrage stellte und diese auch in Westdeutschland bei vielen Menschen Zustimmung fanden, unternahm die westdeutsche Regierung, gestützt auf die Westmächte, alles, um einen Friedensvertrag zu verhindern. Die westdeutsche Regierung sprach sich gegen den sowjetischen Entwurf aus, weil er ihr keine Chance gab, ihre Pläne zur Liquidierung der DDR und zur Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges durchzusetzen. Um ihre aggressiven Pläne nicht zu gefährden, wandte sie sich gegen jegliche Verhandlungen. Sie verschanzte sich hinter dem Argument, daß ein Friedensvertrag nur mit einer gesamtdeutschen Regierung nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch die Großmächte abgeschlossen werden könnte. In Wirklichkeit verfolgten die westdeutsche Regierung und die Westmächte den sogenannten Outline-Plan, der vorsah, zunächst die DDR gewaltsam dem Machtbereich des Imperialismus einzuverleiben. Damit hatten die imperialistischen Kräfte der Bundesrepublik den Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche einkalkuliert.

In dieser Situation gewann der Besuch einer sowjetischen Delegation unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse vom 4. bis 12. März 1959 in der DDR große internationale Bedeutung. In Kundgebungen in Berlin und Leipzig sowie in Gesprächen, die der sowjetische Ministerpräsident mit dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, dem

Den Mitgliedern der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld wird ein Aufruf des Kollektivs der kommunistischen Arbeit aus der Diesellok-Reparaturabteilung des Moskauer Rangierbahnhofs überreicht

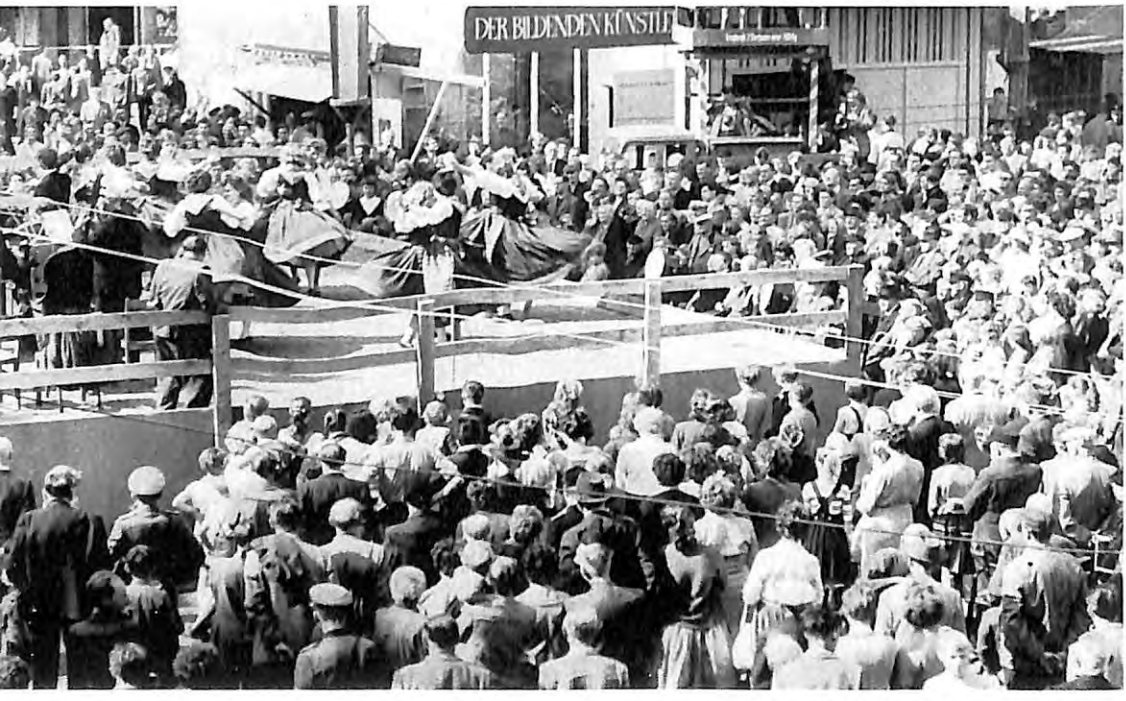


Erfahrungsaustausch mit dem sowjetischen Neuerer Pawel Bykow in Dresden, Dezember 1958





Die 1. Bitterfelder Konferenz, 24. April 1959



Volkskunstgruppe auf den 1. Arbeiterfestspielen der DDR vom 13. bis 21. Juni 1959 in Halle



In der Dresdner Gemäldegalerie



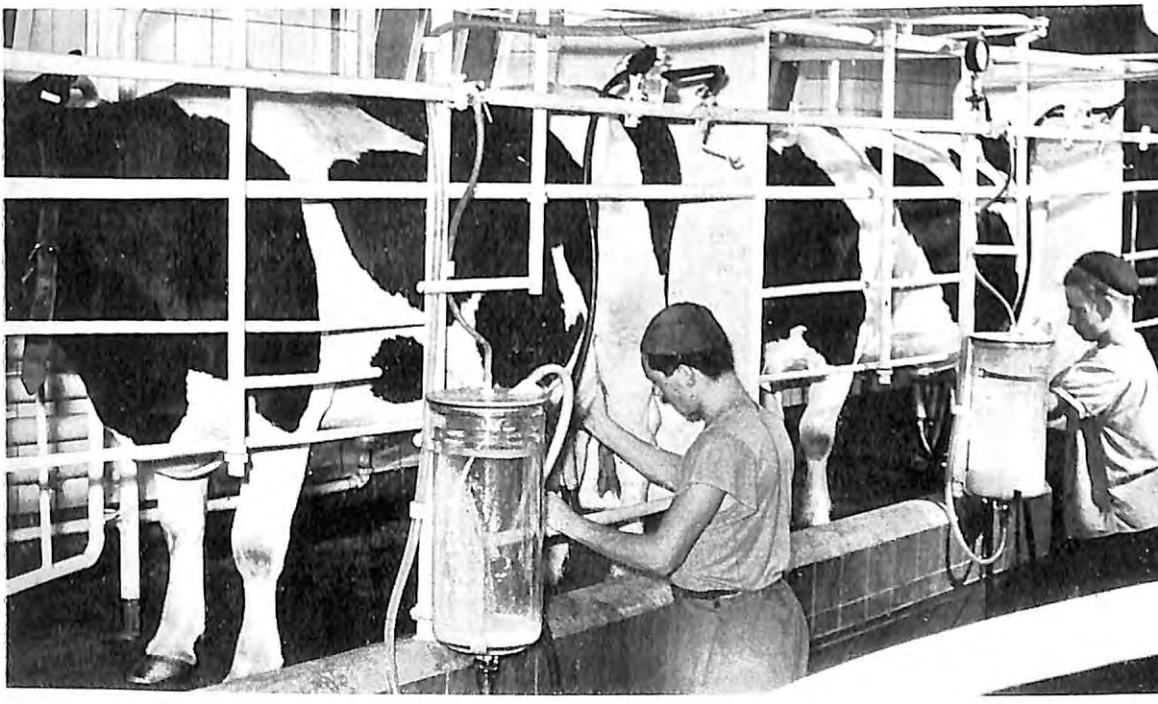
Mitglieder der FDJ
bei der Einweihung der Nationalen
Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück,
12. September 1959



Der Parteiveteran Herrmann Brandt aus Magdeburg berichtet Jugendlichen aus seinem Leben



Schülerinnen beim polytechnischen Unterricht im VEB Kalichemie in Berlin



Melkanlage im Volkseigenen Lehr- und Versuchsgut Jena-Zwätzen



Eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR
unter Leitung von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl besucht die Sowjetunion.
Die Delegation bei der Besichtigung des Autowerkes in Gorki, 15. Juni 1959



Ministerpräsident Otto Grotewohl und Außenminister Dr. Lothar Bolz
beim Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, 12., 13. Januar 1959



Eröffnungssitzung der Genfer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs, an der Delegationen der DDR und Westdeutschlands teilnehmen, 11. Mai 1959



Präsident Wilhelm Pieck empfängt Leiter von ausländischen Delegationen, die anläßlich des 10. Jahrestages der DDR in der Republik weilen.
V. l. n. r.: Umberto Terracini (Italien), Niä Schung-dschen (Volksrepublik China), Józef Cyrankiewicz (Volksrepublik Polen), Frol Koslow (Sowjetunion), Maurice Thorez (Frankreich), Pham van Dong (Demokratische Republik Vietnam), 8. Oktober 1959

Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, dem Ministerpräsidenten, Otto Grotewohl, und weiteren Vertretern der Regierung der DDR führte, bestand volle Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Friedensregelung mit beiden deutschen Staaten und die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges in Deutschland. Vom Vertrauen der Arbeitervertreter beider deutscher Staaten in die Sowjetunion und ihre Friedenspolitik zeugte die Einladung, die die IX. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU zur Teilnahme an ihren Beratungen am 7. März 1959 in Leipzig richtete.

Während des Besuches fand am 9. März in der sowjetischen Botschaft in Berlin auch ein zweistündiges Gespräch zwischen N. S. Chruschtschow und dem Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, statt. In einem Kommuniqué wurde die Übereinstimmung beider Gesprächspartner darüber mitgeteilt, „daß die verschiedenen Probleme durch Verhandlungen auf friedliche Weise gelöst werden müssen"[94].

Die Friedensvorschläge der DDR und der UdSSR und die Aufdekkung der revanchistischen Bestrebungen, die der westdeutsche Imperialismus mit Unterstützung der herrschenden Kreise der USA verfolgte, hatten die Weltöffentlichkeit aufgerüttelt. Immer mehr Menschen begannen zu verstehen, daß durch die Politik der aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus im Herzen Europas eine gefährliche Lage entstand. Trotz aller Versuche der Westmächte und der westdeutschen Regierung, die Bemühungen der DDR und der Sowjetunion zu durchkreuzen, setzte sich der Gedanke immer mehr durch, daß Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Bereinigung der anomalen Lage in Westberlin stattfinden müßten.

Die Friedenspolitik der DDR, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten hatte zum Ergebnis, daß in der ganzen Welt die Forderung nach Verhandlungen über das Deutschlandproblem, über den Abschluß eines Friedensvertrages immer nachdrücklicher wurde. Die führenden imperialistischen Kräfte sahen sich zu einer Neueinschätzung der Lage genötigt. Sie mußten feststellen, daß die Bedingungen für die Auslösung eines atomaren Weltkrieges, mit dem sie die Vernichtung der sozialistischen Länder herbeiführen wollten, nicht gegeben waren. Die Westmächte sahen sich gezwungen, dem sowjetischen

94 Neues Deutschland (B) (Berlin), 10. März 1959.

Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz über eine deutsche Friedensregelung zuzustimmen, an der neben den Außenministern der vier Großmächte – Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA – auch offizielle Vertreter der beiden deutschen Staaten gleichberechtigt teilnehmen sollten.

Die konstruktiven Vorschläge der DDR und der UdSSR, der enge Zusammenschluß der Werktätigen im Kampf um den Frieden und die neuen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der DDR übten einen wachsenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in Westdeutschland aus. Sie trugen mit dazu bei, daß sich in den verschiedensten Schichten der westdeutschen Bevölkerung bis in das Bürgertum die Opposition gegen die antinationale NATO-Politik der Adenauer-Regierung entwickelte. Deutlich zeigte sich dies in Dortmund, wo die Bevölkerung Anfang 1959 in großen Kundgebungen gegen die Stationierung von Atomwaffen protestierte.

Besonders entschieden traten Vertreter der westdeutschen Jugend, vor allem der Gewerkschaftsjugend und der fortschrittlichen Studenten, gegen die Kriegsgefahr auf. Der „Studentenkongreß gegen Atomrüstung", der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) mit Unterstützung der „Falken" und anderer Jugendverbände im Januar 1959 in Westberlin abgehalten wurde, spiegelte deutlich diese Stimmung wider. Dieser größte westdeutsche Studentenkongreß seit 1945 wandte sich entschieden gegen jede Unterstützung der westdeutschen NATO-Armee. Er nahm einen Beschluß an, in dem Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR gefordert wurden mit dem Ziel:

„1. Die Umrisse eines Friedensvertrages zu entwickeln;

2. Die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen."[95]

Im Hinblick auf die bevorstehende Außenministerkonferenz beschloß der Vorstand der SPD am 18. März 1959 einen Deutschlandplan der SPD.[96]

Dieser Plan war Ausdruck einer realeren Einschätzung der internationalen Lage und der Situation in Deutschland. Er bot in einigen Punkten eine Alternative zur Konzeption der revanchistischen und militaristischen Kräfte der westdeutschen Großbourgeoisie. Der sozial-

[95] Ebenda, 6. Januar 1959.

[96] Dokument Nr. 40.

demokratische Parteivorstand sprach sich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, für Verhandlungen über einen Friedensvertrag und für Beratungen von Vertretern beider deutscher Staaten über eine allmähliche Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands aus. Der Deutschlandplan enthielt somit zahlreiche Ansatzpunkte für ein nützliches Gespräch zwischen der SPD und der SED über die Lösung der Deutschlandfrage. Die Idee einer stufenweisen Wiedervereinigung, wie sie in diesem Plan enthalten war, stimmte weitgehend mit dem Vorschlag der SED über die Bildung einer Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten überein, der in Westdeutschland starken Widerhall gefunden hatte.

Während viele Mitglieder und Funktionäre der SPD den Deutschlandplan begrüßten und ihn als ein Mittel der Annäherung und Verständigung betrachteten, verfolgte die Führung der SPD mit ihm das Ziel, die wachsenden Forderungen der Mitglieder der SPD nach Aktionen gegen die Atomkriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen einzudämmen. Sie befürchtete, daß sich aus solchen Aktionen eine Bewegung gegen die Grundlagen des Herrschaftssystems in der Bundesrepublik entwickeln könnte. Zugleich wollte sie auch der nationalen Politik der SED entgegenwirken. Sie hielt nach wie vor daran fest, die gesellschaftliche Ordnung der DDR zu verändern. Im Unterschied zu den revanchistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland wollte die Führung der SPD dieses Ziel mit anderen Methoden, mit der Politik des „dritten Weges", erreichen. Nicht zufällig wich sie der Frage aus, wie der politische und sozialökonomische Charakter des künftigen einheitlichen Deutschlands aussehen sollte. Sie hatte keineswegs die Absicht aufgegeben, die sozialistischen Errungenschaften der DDR zu beseitigen und ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das im Prinzip nach dem Vorbild der westdeutschen Bundesrepublik gestaltet werden sollte.

Dem Zentralkomitee der SED waren die Absichten der Führung der SPD nicht unbekannt. Ungeachtet dessen betrachtete es den Deutschlandplan der SPD als eine brauchbare Diskussionsgrundlage. Sie sah in ihm eine Möglichkeit, zu einer Aussprache und zu einer Annäherung der Standpunkte zwischen der SED und der SPD in einigen wichtigen Grundfragen der internationalen Situation und der Entwicklung in Deutschland zu gelangen. Das Zentralkomitee der SED begrüßte daher in einem Schreiben vom 2. April 1959 an den

Vorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder die Veröffentlichung des Deutschlandplans.[97]

Die Führung der SED schlug vor, offizielle Besprechungen zwischen Vertretern des Zentralkomitees der SED und des Parteivorstandes der SPD über die von beiden Parteien veröffentlichten Vorschläge aufzunehmen. Die SED rückte dabei bewußt die Ansatzpunkte für ein Übereinkommen in den Vordergrund. „Wir möchten erklären, daß die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in vielen Punkten mit unseren Auffassungen übereinstimmen und daß reale Bedingungen dafür vorhanden sind, zu notwendigen Übereinkünften zu gelangen. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen."[98]

Die SED hatte sich stets für die Aktionseinheit aller Arbeiterorganisationen im Kampf für den Frieden eingesetzt, vor allem aber für ein gemeinsames Handeln der SED und der SPD, die große Teile der Arbeiterklasse Westdeutschlands als ihre Partei ansahen. Die Notwendigkeit eines solchen gemeinsamen Handelns im Interesse der Sicherung des Friedens und der nationalen Wiedervereinigung hatte mit besonderem Nachdruck bereits der V. Parteitag der SED betont:

„Die SPD ist nach dem Verbot der KPD die einzige legale Arbeiterpartei in Westdeutschland und hat deshalb eine besondere Verantwortung. Sie führt einen wenn auch durch parlamentarische und staatsrechtliche Illusionen und durch den Antikommunismus stark gehemmten Kampf gegen die Atomrüstungspolitik der Bonner Regierung. Das CDU-Monopol zu überwinden ist jedoch nur möglich durch die konsequente Volksaktion, die sich von einem klaren, demokratischen und gegen den Militarismus gerichteten Programm leiten läßt und mit Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenarbeitet ...

Die Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen brauchen kein Hindernis der Zusammenarbeit zu sein. Das um so weniger, als die SED im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten ausdrücklich betonte, daß die sozialistischen Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Mitteln gesichert werden, daß wir jedoch unter den Verhältnissen in Westdeutschland die Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, die auf imperialistische Bestrebungen und Forde-

97 Dokument Nr. 42.

98 Dokumente der SED, Bd. VII, S. 609.

rungen verzichtet, als den realen Weg zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung betrachten."[99]

Am 2. Dezember 1958 hatte das Zentralkomitee der SED in einem Schreiben an den Vorstand und an die Mitglieder der SPD vorgeschlagen, einen offenen Meinungsaustausch in der Arbeiterklasse und in den Leitungen ihrer Organisationen über die Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin und die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedlichen, demokratischen Staat durch die Schaffung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten in die Wege zu leiten. Um diesen offenen Meinungsaustausch zu verwirklichen, war das Zentralkomitee der SED dafür eingetreten, den gegenseitigen Besuch von Delegationen beider Parteien und der Gewerkschaften auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Die SED nutzte jede Möglichkeit, die Aussprache über die Grundfragen der Nation und die Verantwortung der Arbeiterklasse für die Sicherung des Friedens und die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu fördern. Dabei griff sie behutsam die unter den westdeutschen Arbeitern vorhandenen Vorstellungen auf. Im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus kritisierte sie zugleich die im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation stehenden Auffassungen und Handlungen von Führern der SPD.

Obwohl die SED durch ihre Vorschläge der sozialdemokratischen Parteiführung weitgehend entgegenkam, zeigte sich schon bald nach der Veröffentlichung des Deutschlandplans, daß die Führung der SPD ein Übereinkommen zwischen den friedliebenden Kräften in Westdeutschland und der DDR nicht zulassen wollte. Da ihr Deutschlandplan keineswegs zu einer „Aufweichung" der DDR führte, sondern umgekehrt dazu beitrug, das gesamtdeutsche Gespräch über die Vorschläge der DDR und der Sowjetunion zu fördern, und eine mobilisierende Wirkung auf den Kampf für die Aktionseinheit aller deutschen Friedenskräfte ausübte, war die Führung der SPD bestrebt, ihren Plan in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die DDR unternahm große Anstrengungen, um zu einem Gelingen der Sechs-Mächte-Konferenz, die für den 11. Mai 1959 nach Genf einberufen worden war, beizutragen. Die Delegationen Frankreichs,

[99] Beschluß des V. Parteitages der SED ... In: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Bd. 2, S. 1407.

Großbritanniens, der UdSSR und der USA wurden von den Außenministern der vier Großmächte geleitet. Die Regierung der DDR benannte eine Delegation, die unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Lothar Bolz, stand und zu der weiterhin die Staatssekretäre Heinrich Toeplitz und Otto Winzer sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin, gehörten. Die Regierungsdelegation erhielt den Auftrag, in Genf entschieden für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin sowie weitere Entspannungsmaßnahmen in Europa einzutreten.

Noch vor dem Beginn der Konferenz, am 8. April 1959, richtete der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, an den westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Brief, in dem er vorschlug, „daß Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik – unter Zurückstellung aller formalen Bedenken – unverzüglich gemeinsam beraten, um eine Übereinstimmung in der Haltung der beiden deutschen Regierungen zur Frage des Friedensvertrages zu erreichen“[100].

Die Volkskammer der DDR unterbreitete am 16. April 1959 dem westdeutschen Bundestag den Vorschlag, daß beide deutsche Parlamente noch vor Beginn der Genfer Konferenz über einen gemeinsamen deutschen Standpunkt verhandeln sollten. Die westdeutsche Regierung beharrte jedoch auf ihren antinationalen Positionen. Die Adenauer-Regierung, die alles getan hatte, um das Zustandekommen der Konferenz zu verhindern, wurde überhaupt erst durch die Friedenspolitik der DDR gezwungen, an der Konferenz teilzunehmen.

Um ihrer Mißachtung jeglicher Verhandlungen zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges Ausdruck zu verleihen und die Genfer Verhandlungen zu beeinträchtigen, hatte die westdeutsche Regierung vorgehabt, zweitrangige Beamte als Beobachter und Berater der Westmächte nach Genf zu entsenden. Die Haltung der DDR veranlaßte die westdeutsche Regierung jedoch, die Zusammensetzung ihrer Delegation zu verändern. Allerdings beschränkte sich der damalige westdeutsche Außenminister Heinrich von Brentano als Leiter der westdeutschen Delegation auf die Rolle eines Außenseiters. Aus Angst vor dem Zusammentreffen mit den offiziellen Vertretern der

100 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VII. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1959, Berlin 1960, S. 68.

nach der Bonner Doktrin nicht existierenden DDR zog er es vor, im Konferenzsaal nicht zu erscheinen. Das änderte jedoch nichts daran, daß die beiden deutschen Staaten als gleichberechtigte Konferenzpartner anerkannt wurden.

Die Vertreter der Sowjetunion und der DDR unterbreiteten auf der Genfer Konferenz, die vom 11. Mai bis 20. Juni 1959 und vom 13. Juli bis 5. August 1959 tagte, zahlreiche konstruktive Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der Deutschlandfrage. Sie stellten alle grundlegenden Probleme einer Friedensregelung im Herzen Europas zur Debatte. Die Vertreter der Westmächte und Westdeutschlands äußerten zu jedem Vorschlag Vorbehalte und verstrickten die verschiedenen Probleme – so der Abrüstung, der kollektiven Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands – zu einem Knäuel, dessen Entwirrung sie von vornherein für unmöglich hielten. Durch das Auftürmen immer neuer Schwierigkeiten wollten sie, wie das die Westmächte schon in der Abrüstungsfrage im Rahmen der UN praktiziert hatten, die Verhandlungen zur Erfolglosigkeit verurteilen. Dieser Verschleppungstaktik wirkte die DDR dadurch entgegen, daß sie neue konstruktive Vorschläge machte, um die Lösung der Deutschlandfrage zu erleichtern.[101]

Die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED im Mai 1959 schlug den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten vor. Einige Tage später unterbreitete die Regierung der DDR diesen Vorschlag in einem Schreiben an die westdeutsche Bundesregierung. Am 19. Juni sandte der Außenminister der DDR, Lothar Bolz, in Genf dem Außenminister der Bundesrepublik, Heinrich von Brentano, den Entwurf eines Nichtangriffspaktes als Verhandlungsgrundlage zu.[102] Der Hauptinhalt des Vertrages sollten der Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und die Verpflichtung sein, alle Fragen im Geiste der Verständigung mit friedlichen Mitteln zu regeln.

Da die westdeutsche Regierung nach wie vor nicht bereit war, einer Beschränkung der Rüstungen in beiden Teilen Deutschlands und der Bildung einer Konföderation zuzustimmen, wäre dem Abschluß eines solchen Nichtangriffspaktes eine große Bedeutung zugekommen. Die westdeutsche Delegation zog es jedoch vor, ihre Obstruktionspolitik fortzusetzen. Sie trat auf der Genfer Konferenz als der Haupt-

101 Dokument Nr. 44.

102 Dokument Nr. 48.

störenfried auf. Es erwies sich somit, daß die Regierung der Bundesrepublik nicht an einer internationalen und nationalen Verständigung und Entspannung interessiert war. Ihre Delegation in Genf lehnte jeglichen Kontakt mit den Vertretern der DDR ab, sprach sich gegen den Abschluß eines Friedensvertrages aus und wandte sich gegen die Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses. Die Genfer Konferenz traf infolge der Position der Westmächte und insbesondere wegen der verständigungsfeindlichen Haltung Westdeutschlands keine Entscheidung über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin und andere wichtige Probleme zur Sicherung des Friedens.

Dank der Haltung der DDR und der Sowjetunion erlangte die Konferenz jedoch große Bedeutung im Kampf um die Sicherung des Friedens und für die internationale Entspannung. Sie war ein Erfolg der sozialistischen Länder und schuf die Voraussetzung für weitere Schritte zu einer Friedensregelung in Deutschland. Die Teilnahme der DDR an der Genfer Sechs-Mächte-Konferenz bedeutete die De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte und bestätigte, daß die deutsche Frage nicht ohne die DDR gelöst werden konnte.

Der französische Außenminister, Maurice Couve de Murville, erklärte ausdrücklich, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist. Auch Großbritannien und die USA fanden sich nicht bereit, die Forderungen der westdeutschen Regierung nach einer Einverleibung Westberlins in die Bundesrepublik zu unterstützen. Damit erkannten die Westmächte im Grunde genommen an, daß Westberlin ein unter der Besatzung Frankreichs, Großbritanniens und der USA stehendes eigenes politisches Gebilde darstellte. Die Genfer Konferenz bildete den Auftakt zu neuen internationalen Verhandlungen, so zur Reise des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, nach den USA.

Die Initiative in der internationalen Politik, darunter in der Deutschlandfrage, lag bei den sozialistischen Staaten. Die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, die Abrüstung und der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten blieben trotz vieler Störmaßnahmen der aggressiven Kreise des amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitals weiterhin auf der Tagesordnung.

3. Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Der 10. Jahrestag der DDR

Die Ausarbeitung der sozialistischen Perspektive der DDR und der grundlegenden Aufgaben zu deren Verwirklichung durch die SED hatten bei den Werktätigen die Erkenntnis gefördert, daß es im Interesse einer friedlichen Zukunft des ganzen deutschen Volkes notwendig war, die Republik durch gute Taten in der sozialistischen Produktion zu stärken. Zum sichtbarsten Ausdruck des ideologischen und politischen Wachstums der Arbeiterklasse wurde die sozialistische Gemeinschaftsarbeit.

Am 3. Januar 1959, zu Ehren des 83. Geburtstages von Wilhelm Pieck, rief die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld zum Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf.[103] Die Mitglieder der Brigade gingen von der Erkenntnis aus, daß es zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für alle Werktätigen und besonders für die Jugend notwendig war, sich ständig fachlich weiterzubilden, das kulturelle Bildungsniveau zu erhöhen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Mittelpunkt des Schaffens zu stellen. „Deshalb haben wir uns das Ziel gestellt, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, um eine ‚Brigade der sozialistischen Arbeit' zu werden."[104]

Die Mitglieder der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" verpflichteten sich, bis zum 30. Juni 1959 vier Tage Planvorsprung zu erreichen, ihre theoretischen Kenntnisse über die elektrochemischen Vorgänge zu verbessern, ständig aus den politischen und fachlichen Erfahrungen klassenbewußter Arbeiter zu lernen und zur Richtschnur ihres Handelns die vom V. Parteitag der SED beschlossenen zehn Gebote der sozialistischen Moral zu machen. Im gleichen Betrieb bildeten sich zu dieser Zeit auch die ersten Arbeits- und Forschungsgemeinschaften der Arbeiter, Meister und der technischen Intelligenz, die sich das Ziel stellten, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und den Titel „Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit" zu erringen.

Es war nicht zufällig, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit

103 Dokument Nr. 37.

104 Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Vierter Band, Berlin 1963, S. 291.

ihren Anfang in einem großen Chemiebetrieb nahm. Die Entwicklung der Chemieindustrie gehörte zu den Schwerpunktaufgaben bei der ökonomischen Stärkung der DDR. Im November 1958 hatte das Zentralkomitee der SED auf der Chemiekonferenz in Leuna, die unter der Losung „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit" stand, das Chemieprogramm begründet. Dieses Programm sah vor, die Produktion der chemischen Industrie bis 1965 zu verdoppeln, mit sowjetischer Hilfe die Petrolchemie zu entwickeln und die Erzeugung moderner Plasten und synthetischer Fasern zu beschleunigen.

Die Chemiekonferenz zeigte, daß das Zentralkomitee der SED und der Ministerrat der DDR die Bedeutung der chemischen Industrie richtig beurteilten und daß sie auch die neuen Probleme erkannten, die durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung auf die Tagesordnung gesetzt worden waren.

Die Konferenz konnte nur ein Rahmenprogramm geben. Die Entwicklung der petrolchemischen Industrie erforderte noch umfangreiche wissenschaftliche Vorarbeiten, speziell auf dem Gebiet der Technologie.

Das Chemieprogramm war von großer nationaler Bedeutung. Während zur gleichen Zeit in Westdeutschland der Aufschwung der Chemieindustrie in hohem Maße der Aufrüstung diente, bewies das Chemieprogramm der DDR, daß die dem Volke gehörende Chemieindustrie ausschließlich dem Frieden und den Interessen der Werktätigen dient. Darüber hinaus trug die DDR durch die Entwicklung der Chemieindustrie zur ökonomischen Stärkung des gesamten sozialistischen Weltsystems bei.

Die Initiative der jungen Arbeiter des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit fand in vielen Betrieben der Republik begeisterte Zustimmung. Innerhalb weniger Tage nahmen Hunderte von Brigaden aus den verschiedensten Zweigen der Industrie den Kampf um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" oder „Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit" auf.

So verpflichtete sich die Jugendkomplexbrigade „Einheit" aus dem gleichen Betrieb, die von der Brigade „Nikolai Mamai" zum Wettbewerb aufgerufen worden war, bereits am 7. Januar 1959, ebenfalls sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben. In der Berliner Industrie gehörten die Jugendbrigade „1. Mai" aus dem VEB Elektrokohle Lichtenberg und die Jugendbrigade des Zählerbandes aus den Elektro-

Apparate-Werken Treptow zu den ersten Kollektiven, die die Initiative der Brigade „Nikolai Mamai" aufgriffen und sich am Wettbewerb der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit beteiligten.

Die jungen Arbeiter aus dem VEB Elektrokohle verpflichteten sich, ihre Arbeitsproduktivität monatlich um 1,5 Prozent über den Plan zu steigern, durch bessere Wartung der Werkzeuge die Selbstkosten zu senken und durch Qualitätsarbeit an Maschinen und Aggregaten die Maschinenausfallzeiten zu verringern. Außerdem nahm sich dieses Kollektiv vor, an der marxistisch-leninistischen Schulung teilzunehmen, sechs Kollegen bei der Ausbildung in einem zweiten Beruf zu helfen und gemeinsam mit den Familienangehörigen Theater- und Kulturveranstaltungen zu besuchen sowie Buchbesprechungen und Brigadeabende zu veranstalten.

Die Jugendbrigade des Zählerbandes aus den EAW Treptow war die erste aus Frauen und Mädchen bestehende Brigade in Berlin, die sich der Bewegung der sozialistischen Arbeit anschloß.[105] Dieses Kollektiv nahm sich vor: sozialistisch zu arbeiten, dabei vor allem an der Verbesserung der Qualität des Zählers mitzuarbeiten sowie auf der Grundlage der Christoph-Wehner-Methode täglich den Plan zu erfüllen und pro Monat einen Tag Planvorsprung zu erreichen; sozialistisch zu lernen und sich weiter zu qualifizieren; sozialistisch zu leben, hartnäckig gegen jede Bummelei zu kämpfen und alle beeinflußbaren Fehlzeiten auszuschalten. Zur Erhöhung der Allgemeinbildung und zur Festigung des Kollektivs sollten monatlich eine Buchbesprechung mit Schriftstellern durchgeführt und von jedem Brigademitglied das Buch des Monats gelesen, außerdem gemeinsame Theater- und Filmbesuche sowie Brigadenachmittage mit den Angehörigen veranstaltet werden.

Im Federnwerk Zittau war es die Brigade „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" unter Leitung von Günter Christoph, eines der Initiatoren der Christoph-Wehner-Methode, die die Brigade der Federnrichter zum Wettbewerb aufforderte. Der wesentliche Inhalt ihrer Verpflichtung war: tägliche Erfüllung des gegenüber dem Vorjahr um 12,8 Prozent erhöhten Planes, ausschußfreies Arbeiten, weitere Mechanisierung der Arbeitsprozesse mit Hilfe einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, weitere Qualifizierung der Brigademitglieder sowie Erziehung der Kinder zu bewußten Staatsbürgern.

Die Jugendbrigade unter Leitung von Günter Meier trat in der

[105] Dokument Nr. 38.

SDAG Wismut als Wegbereiter der neuen Bewegung hervor. Ihre Zielsetzung auf ökonomischem Gebiet lautete: Drei Tage Planvorsprung bis Ende Januar zu Ehren des für den 27. Januar 1959 einberufenen XXI. Parteitages der KPdSU und Erfüllung des Jahresplanes bis zum 7. Oktober 1959. Um das zu erreichen, verpflichteten sich die Mitglieder des Kollektivs, einen zweiten Beruf zu erlernen, an der gesellschaftlichen Schulung teilzunehmen, das Buch des Monats zu lesen und sich im persönlichen Leben nach den zehn Geboten der sozialistischen Moral zu richten.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit war die folgerichtige Weiterentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs entsprechend den neuen großen Aufgaben und den gefestigten sozialistischen Produktionsverhältnissen. Die reichen Erfahrungen, die die Werktätigen im bisherigen Verlauf des sozialistischen Wettbewerbs gesammelt hatten, flossen in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ein. Ihr Entstehen war undenkbar ohne die Aktivisten- und Neuererbewegung und ohne die Erfolge, die sie in den Jahren des ersten und zweiten Fünfjahrplans errungen hatte. Die Bewegung der Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit entwickelte sich zur Hauptform des Kampfes der Werktätigen für die Lösung der ökonomischen Aufgaben und die Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins.

Das Neue der Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit bestand darin, daß die Werktätigen in ihnen bewußt in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit darum rangen, die Arbeitsproduktivität schneller zu steigern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und das Weltniveau zu erreichen. Es entstand eine neue Massenbewegung des Lernens, mit deren Hilfe die Werktätigen ihr fachliches und kulturelles Bildungsniveau erhöhten. In den Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit festigten sich die neuen gesellschaftlichen Beziehungen der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe und Zusammenarbeit.

Damit trugen sie wesentlich zur Formung des neuen Menschen der sozialistischen Epoche bei. Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften verkörperten die Einheit von Politik, Ökonomie und Kultur. Sie wurden zu einer mächtigen Triebkraft der Entwicklung der Republik. In der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zeitigte der Kampf um die Erfüllung der auf dem V. Parteitag der SED verkündeten zehn Grundsätze der sozialistischen Moral sichtbare Erfolge.

Durch ihre Teilnahme an dieser höheren Form des sozialistischen

Massenwettbewerbs bewiesen die Werktätigen der DDR, daß dort, wo die politische, wirtschaftliche und geistige Freiheit besteht, wo die gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen übereinstimmen und der Kampf für den Frieden und das Wohl des Volkes oberstes Gesetz der Staatspolitik ist, das Volk immer bewußter und zielstrebiger die gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet.

Die Einbeziehung der Werktätigen in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit vollzog sich in einem widerspruchsvollen Prozeß. Als Haupthemmnis erwiesen sich der Einfluß der imperialistischen Ideologie, die von Westdeutschland aus auf die vielfältigste Weise propagiert wurde, und verschiedene Anschauungen und Gewohnheiten, die aus der Vergangenheit herrührten und durch den imperialistischen Einfluß verstärkt wurden. Diese fanden ihren Ausdruck in Egoismus und Individualismus, in einer noch nicht sozialistischen Einstellung zur Arbeit, zur Familie und zur Moral. Noch nicht alle Werktätigen hatten ihre neue Stellung in der sozialistischen Gesellschaft und den neuen Inhalt ihrer Arbeit begriffen. Sie stellten noch die persönlichen Interessen den Interessen des Kollektivs und der Gesellschaft entgegen. Die umfassende Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit verlangte deshalb die ständige Auseinandersetzung mit den alten Gewohnheiten und der aus der kapitalistischen Vergangenheit herrührenden Lebensweise sowie mit den Einflüssen aus Westdeutschland und Westberlin.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit mußte sich auch gegen bürokratische Hemmnisse durchsetzen. Manche Wirtschaftsfunktionäre hatten noch nicht erkannt, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit höhere Forderungen an die Leitungstätigkeit stellte. Nur dort, wo die sozialistischen Leitungsprinzipien verwirklicht wurden, konnte sich die schöpferische Initiative der Werktätigen voll entwickeln.

Eine große Hilfe für die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit waren das Studium und die Anwendung der reichen Erfahrungen, die die sowjetischen Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb gesammelt hatten. Am 14. Mai 1959 fand in Magdeburg ein Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der sozialistischen Brigaden der DDR und Aktivisten der kommunistischen Arbeit aus der Sowjetunion statt.

Die Bewegung der Brigaden der sozialistischen Arbeit diente dem Kampf für die Sicherung des Friedens und den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Der Schlosserbrigadier Paul Schneider aus

dem Walzwerk Hettstedt brachte die Gedanken der fortgeschrittensten Arbeiter zum Ausdruck, als er erklärte: „Je schneller es uns gelingt, unsere ökonomischen Aufgaben zu lösen, desto schneller bringen wir die Kriegspläne der Bonner Atomstrategen zum Scheitern."[106] Immer mehr Werktätige begriffen den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik. Sie erkannten, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität der wichtigste Beitrag war, den jeder Werktätige an seinem Arbeitsplatz für die Sicherung des Friedens leisten konnte.

Die Bewegung zur Bildung sozialistischer Brigaden und Gemeinschaften wurde von den Betriebsorganisationen der SED und des FDGB geleitet. Ihnen oblag die Aufgabe, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit allseitig zu fördern, Hemmnisse zu beseitigen und die besten Erfahrungen zu verallgemeinern. Die Partei- und Gewerkschaftsarbeit wurde in vielen Betrieben konkreter, sie diente unmittelbarer der besseren Organisation der Arbeit, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der sozialistischen Erziehung der Werktätigen. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit breitete sich überall dort erfolgreich aus, wo es die Organisationen der SED und der Gewerkschaften verstanden, den Werktätigen den neuen Inhalt des sozialistischen Wettbewerbs richtig zu erklären, gute Beispiele gründlich auszuwerten und zu verallgemeinern und gegen Entstellungen konsequent aufzutreten.

Im Bereich der SDAG Wismut griff die Parteiorganisation der SED das Beispiel der Brigade „Nikolai Mamai" sofort auf und bereitete in Seminaren alle Mitglieder und Kandidaten der Partei auf die neuen Aufgaben vor. Die Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse wurden dadurch befähigt, die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz für die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu gewinnen. Das führte dazu, daß am 1. April 1959 bereits mehr als 300 und Ende Mai mehr als 600 Brigaden der SDAG Wismut zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit übergegangen waren. Auch die Organisationen der Gewerkschaften und der FDJ wurden in die politisch-ideologische Vorbereitung einbezogen.

Infolge der aktiven Tätigkeit der leitenden Organe der SED und des FDGB, des Staates und der Wirtschaft verbreitete sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in allen Industriezweigen in den vielfältigsten Formen. Im April 1959 gab es bereits etwa 5500 Brigaden und rund 3500 Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, die um den Titel Brigade beziehungsweise Gemeinschaft der sozialistischen Ar-

[106] Neues Deutschland (A) (Berlin), 20. Februar 1959.

beit kämpften. Mitte Juni 1959 waren es schon über 16 000 Brigaden und 11 000 Arbeitsgemeinschaften. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit war zu einer Massenbewegung geworden.

Besondere Bedeutung kam der Bildung sozialistischer Arbeits- und Forschungsgemeinschaften zu. Durch die Verbindung der Erfahrungen der Arbeiter mit dem Wissen der Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler wurde es möglich, komplizierte Aufgaben in kurzer Zeit erfolgreich zu lösen. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz konnte weiter vertieft werden.

Im VEB „Carl von Ossietzky" Teltow, der Bauelemente der Nachrichtentechnik produzierte, bildete sich aus 14 jungen Ingenieuren und Arbeitern eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel, ein neues Bauelement für einen Kleinstempfänger zu entwickeln. Obwohl diese Aufgabe ursprünglich im Plan für 1959 nicht vorgesehen gewesen war, gelang der Arbeitsgemeinschaft die Neuentwicklung eines Bauelements der Hochfrequenztechnik, das dem Weltniveau entsprach. Im Laufe des Jahres konnten davon bereits 50 000 Stück im Werte von 1,5 Millionen DM produziert werden.

Am Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, am 18./19. September 1959, fand die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED statt. Ihr wichtigster Tagesordnungspunkt war die Beratung über den Siebenjahrplan, der am 1. Oktober 1959 von der Volkskammer der DDR einmütig zum Gesetz für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1959 bis 1965 erhoben wurde.

Mit dem Siebenjahrplan wurde der zweite Fünfjahrplan auf einer höheren Stufe fortgesetzt. Den Werktätigen der DDR war es mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen befreundeten sozialistischen Länder bereits 1959 im wesentlichen gelungen, das im Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan für Ende 1960 vorgesehene Produktionsniveau zu erreichen und damit den zweiten Fünfjahrplan auf wichtigen Gebieten in vier Jahren zu erfüllen. Es war deshalb notwendig geworden, den Siebenjahrplan auszuarbeiten, weil die Ziffern für den zweiten Fünfjahrplan erhöht werden konnten und weil die Herbeiführung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die sozialistische Rekonstruktion sowie die Erfüllung weiterer ökonomischer Aufgaben über den Zeitraum des zweiten Fünfjahrplanes hinausreichten. Gleichzeitig erleichterte der Siebenjahrplan, dessen Aufgabenstellung mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedstaaten

des RGW abgestimmt worden war, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, da sie, besonders die Sowjetunion, ebenfalls langfristige Pläne bis 1965 ausgearbeitet hatten.

Der Siebenjahrplan basierte auf den Richtlinien für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die sozialistische Umgestaltung in der DDR, die der V. Parteitag der SED beschlossen hatte. Seiner Annahme war eine umfangreiche Volksaussprache vorangegangen, in der die Werktätigen zahlreiche Anregungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur sozialistischen Umgestaltung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gemacht hatten.

Walter Ulbricht betonte bei der Begründung des Siebenjahrplanes vor der Volkskammer, daß dessen Hauptaufgabe darin bestehe, „durch schnelle Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes die Arbeitsproduktivität und die Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft bei ständiger Senkung der Kosten maximal zu erhöhen. Damit schaffen wir die materiell-technische Basis für die Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Bevölkerung."[107]

Gemäß den Richtlinien des V. Parteitages der SED sah der Siebenjahrplan die vorrangige Entwicklung der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie, der Elektrotechnik und der für den technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft wichtigen Zweige des Maschinenbaus vor. Er legte den Bau neuer Industriegiganten fest. Als wichtige Großbauten wurden die Großkraftwerke Lübbenau und Vetschau, deren Kapazität die Leistungen aller auf dem Gebiet der heutigen DDR im Jahre 1936 bestehenden Kraftwerke übertreffen sollte, das Halbleiterwerk in Frankfurt (Oder), das Chemiefaserkombinat in Guben, das erdölverarbeitende Chemiewerk Leuna II und das Flachglaskombinat in Torgau in Angriff genommen. Größte Bedeutung für die Entwicklung der Industrie kam dem Bau der transkontinentalen Erdölleitung „Freundschaft" zu. Sie sollte von der Sowjetunion über Polen nach der DDR führen und Ströme wie die Wolga, den Dnepr, die Weichsel und die Oder kreuzen. An ihrer Endstelle, in Schwedt, sollte mit der Errich-

107 Walter Ulbricht: Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965 und Richtlinie über die sozialistische Rekonstruktion in der Industrie. Begründung. In: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung, 30. September und 1. Oktober 1959, Berlin 1959, S. 168.

tung eines hochleistungsfähigen Erdölverarbeitungswerkes begonnen werden.

Wurde die Arbeitsproduktivität in den Jahren 1952 bis 1958 um 68 Prozent erhöht, so verlangte die Erfüllung des Siebenjahrplanes eine Steigerung um 85 Prozent. Die Arbeitsproduktivität mußte also jährlich im Durchschnitt um 9 bis 9,5 Prozent wachsen. Der Siebenjahrplan diente der weiteren Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Seine hohen Ziele wurden maßgeblich von der politischen Notwendigkeit bestimmt, durch die maximale Anspannung aller Kräfte den Frieden in Deutschland zu sichern.

Die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität erforderte die Rekonstruktion der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft und die Einführung der neuesten technologischen Verfahren.

Das Zentralkomitee der SED befaßte sich mehrfach mit den Problemen der sozialistischen Rekonstruktion. Die alte, vom Kapitalismus übernommene Zersplitterung der Produktion, mangelnde Typisierung und Standardisierung, überlebte Formen der Arbeitsorganisation sowie die vielfach vorherrschende veraltete Technik hemmten den Aufschwung der Arbeitsproduktivität und damit die Entwicklung der Volkswirtschaft. Im Prozeß der sozialistischen Rekonstruktion kam es deshalb darauf an, die Zersplitterung der Produktion zu überwinden, die Spezialisierung und Kooperation in der sozialistischen Industrie zu verstärken, die Standardisierung weitgehend durchzusetzen und durch eine wesentliche Einschränkung der Typen zu einer größeren Serienfertigung überzugehen.

Dabei mußte die sozialistische Rekonstruktion auf zwei Wegen erfolgen: durch die Ausrüstung von Betrieben der ausschlaggebenden Industriezweige mit modernen und hochleistungsfähigen Maschinen und durch die Einführung rationeller technologischer Verfahren unter Ausnutzung vorhandener Maschinen und Ausrüstungen. Die sozialistische Rekonstruktion war die bis dahin größte und komplizierteste Aufgabe bei der Entwicklung der Industrie. Sie war aber die Voraussetzung dafür, daß die Erzeugnisse der DDR dem Weltniveau entsprachen und daß die Exportfähigkeit der sozialistischen Industrie gesichert wurde.

Damit wurde die sozialistische Rekonstruktion auch zu einer der Hauptaufgaben im Kampf um die Sicherung des Friedens, denn sie trug unmittelbar zur weiteren Hebung des internationalen Ansehens und zur ökonomischen Stärkung des deutschen Friedensstaates sowie

zum maximalen Zeitgewinn im friedlichen ökonomischen Wettstreit bei. Das Zentralkomitee der SED rief die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf, die sozialistische Rekonstruktion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu rücken.[108] Die Organisationen der SED konzentrierten sich darauf, die mit der sozialistischen Rekonstruktion zusammenhängenden Probleme zu klären und die Initiative der Werktätigen auf deren Verwirklichung zu lenken.

Die erfolgreiche Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion erforderte eine konsequente Typisierung und Standardisierung der Erzeugnisse, Aggregate, Bauelemente, Instrumente und Geräte. Nur so konnten die für die Anwendung hochproduktiver Verfahren notwendigen großen Stückzahlen und damit ein hoher Grad der Rentabilität erreicht werden. Das Tempo der Standardisierung war bis dahin noch ungenügend gewesen und hatte nicht ausgereicht, die vielfach noch vorhandene Zersplitterung der Produktion, die ein Erbe des Kapitalismus war, zu überwinden.

Deshalb wurde auf der von der Staatlichen Plankommission einberufenen Standardisierungskonferenz, die am 11. und 12. Februar 1959 in Leipzig stattfand, gefordert, in schnellerem Tempo neue Standards zu schaffen und sie in die Volkswirtschaft einzuführen. Erich Apel und Bruno Leuschner legten vor 900 Wissenschaftlern und Technikern, Staats- und Wirtschaftsfunktionären dar, wie durch eine radikale Standardisierung große volkswirtschaftliche Reserven erschlossen werden konnten. Den Vorrang hatten die Standardisierung bei Ausrüstungen und Aggregaten für die chemische Industrie, die Entwicklung standardisierter Bauelemente, die Ausarbeitung von Typenprojekten im Wohnungs- und Industriebau und die Entwicklung von Typenreihen, Baueinheiten, genormten Aggregaten und Geräten im Maschinenbau.

Um den Werktätigen die Vorzüge der Standardisierung unmittelbar vor Augen zu führen und sie für die Mitarbeit an dieser Aufgabe zu gewinnen, führte die Staatliche Plankommission auf Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der SED in der Zeit vom 14. November bis 20. Dezember 1959 eine große Lehrschau für Standardisierung in Leipzig durch.[109] Sie vermittelte den mehr als 600 000 Besuchern eine Fülle von Anregungen und gab den Neuerern und Rationalisato-

[108] Dokument Nr. 46.
[109] Dokument Nr. 51.

ren Impulse, in ihren Betrieben die Standardisierungsaufgaben erfolgreich zu lösen. Seit 1959 schritt die Standardisierung wesentlich schneller als in den zurückliegenden Jahren voran; die Zahl der DDR-Standards erhöhte sich 1960 gegenüber 1959 auf 194 Prozent und gegenüber 1958 sogar auf 337 Prozent.

Für mehrere entscheidende Industriezweige wurden langfristige Programme ausgearbeitet, in deren Mittelpunkt das Ziel stand, den Weltstand in der Fertigung und in der Qualität der Erzeugnisse zu erreichen. Dazu gehörten die von Industriezweigkonferenzen im April und Mai 1960 beschlossenen Programme der Elektroindustrie und des Werkzeugmaschinenbaus. Das Werkzeugmaschinenprogramm orientierte beispielsweise auf die Produktion von automatisierten, verkettungsfähigen Werkzeugmaschinen und von modernen Aggregaten für die Plastverarbeitung und die Umformtechnik.

Die sozialistische Rekonstruktion verlangte eine entschiedene Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In einigen Industriezweigen zeigte sich ein ernstes Zurückbleiben der Leitungen hinter der Initiative und Schöpferkraft der fortgeschrittenen Arbeiter und Techniker. Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes war jedoch nur möglich, wenn der demokratische Zentralismus in der Wirtschaftsführung weiterentwickelt und in der Planung und Leitung konsequent verwirklicht wurde. Der Plan mußte wissenschaftlich berechnet und unter aktiver Mitwirkung der Bevölkerung und der örtlichen Organe aufgestellt werden. In jenen Betrieben, in denen alle Werktätigen an der Ausarbeitung der Rekonstruktionspläne beteiligt waren, entwickelten die Arbeiter und die Angehörigen der Intelligenz große Aktivität.

Zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR beteiligten sich 2,6 Millionen Werktätige am sozialistischen Wettbewerb. Er stand unter der Losung „Für des Volkes Frieden, Wohlstand und Glück decken wir den Tisch der Republik". Etwa 30 000 Brigaden rangen um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit". Gemeinsam mit über 18 000 sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften demonstrierten sie im Wettbewerb zu Ehren des 10. Jahrestages ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates die gewaltige Kraft der sozialistischen Kollektive. Im Ringen um die allseitige und vorfristige Erfüllung der Pläne entwickelten sich neue Formen des Wettbewerbs, so die „Siebenmeilenstiefel-Bewegung", die „Siebenstufenrakete" oder die Bewegung „Meine Hand für mein Produkt".

Der Plan der industriellen Bruttoproduktion für die ersten acht Monate des Jahres 1959 wurde übererfüllt und diese gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Prozent gesteigert. Die Arbeitsproduktivität stieg um 10,1 Prozent. Ein so hohes Entwicklungstempo war seit Jahren nicht mehr erzielt worden. Dieser große Schritt nach vorn war nur möglich, weil die Werktätigen, insbesondere die sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, große Anstrengungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität machten und ihre Tätigkeit mit dem Streben nach wissenschaftlich-technischem Fortschritt verbanden. Dazu trug erheblich auch die großzügige Unterstützung durch die Sowjetunion bei.

Der Aufschwung in der Produktion ermöglichte es der SED und der Regierung der DDR, die auf die ständige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung gerichtete Politik konsequent fortzuführen. Zum 10. Jahrestag der DDR konnte durch Preissenkungen und Lohnerhöhungen für viele Werktätige, insbesondere für Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Einkommen, das Lebensniveau beträchtlich erhöht werden.

Der Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs vollzog sich jedoch nicht ohne Schwierigkeiten. Besonders nachteilig wirkte sich die organisierte Störtätigkeit aus, die das westdeutsche Monopolkapital und verschiedene imperialistische Geheimdienste unter Mißbrauch der offenen Grenze der DDR zu Westberlin betrieben. Termine für wichtige Investitionsvorhaben und die Herstellung notwendiger Industrieausrüstungen konnten nicht eingehalten werden. Es gab auch Mängel im Sortiment und in der Qualität mancher Erzeugnisse.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit diente unmittelbar der weiteren Formung des sozialistischen Menschen. Ein besonders sichtbarer Ausdruck dieses Prozesses waren die Taten, die von den fortgeschrittenen Werktätigen vollbracht wurden, um den zurückgebliebenen Brigaden zu helfen, das Niveau der besten sozialistischen Brigaden zu erreichen. Irmgard Richter, Brigadeleiterin im VEB Textilkombinat Zittau, ging Anfang August 1959 – vom Beispiel der sowjetischen Textilarbeiterin Walentina Gaganowa angeregt – aus ihrer fortgeschrittenen in eine zurückgebliebene Brigade. Sie erklärte, es sei im Interesse der allseitigen Stärkung der DDR und der Bändigung des westdeutschen Militarismus notwendig, alle Brigaden auf das Niveau der fortgeschrittenen zu heben. „Was nützt mir eine halbe Mark mehr", sagte sie, „wenn die Bonner Militaristen mit ihrer Atomrüstung zum

Zuge kämen und es Krieg gäbe. Damit nicht die, sondern wir den Wettlauf gewinnen, übernehme ich die Brigade im Werk I."[110]

Durch ihr vorbildliches Verhalten erwarb sich Irmgard Richter bald das Vertrauen der ihr anfangs zum Teil abwartend gegenüberstehenden Kolleginnen. Unter ihrer Leitung verbesserte die Brigade ihre Arbeit, wurde in kurzer Zeit zu einer der besten Brigaden des Betriebes und nahm den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf. Dem Beispiel Irmgard Richters, die mit dem Titel „Held der Arbeit" ausgezeichnet wurde, folgten viele Werktätige. So arbeitete zum Beispiel unter der Losung „Keiner siegt ohne den anderen" die Brigade „Fritz Weineck" vom VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht" unter der Leitung des Brigadiers Harald Röhr einen Wettbewerbsvertrag aus, der vorsah, daß die Brigade ihre Verpflichtungen nur dann als erfüllt betrachten konnte, wenn auch ihr Wettbewerbspartner seinen Plan erfüllt hatte.

Am 7. Oktober 1959 ehrte der Arbeiter-und-Bauern-Staat die hervorragenden Leistungen der Werktätigen mit hohen staatlichen Auszeichnungen. Erstmalig wurde der Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" an 103 der besten sozialistischen Kollektive verliehen. Zu den Ausgezeichneten gehörte auch die Brigade „Nikolai Mamai", aus der sechs Mitglieder den Nationalpreis erhielten. Sie konnte bis September 1959 die Selbstkosten um 74 416 DM verringern, während der Wettbewerbsvertrag vom 6. Januar 1959 eine Senkung von 14 000 DM vorgesehen hatte. Auch die Jugendbrigade unter der Leitung von Ingeborg Chran vom Zählerband der EAW Berlin-Treptow erhielt den Ehrentitel. Sie erreichte durch Verbesserungen in der Technologie und Arbeitsorganisation im ersten Halbjahr 1959 eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 20,6 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1958. Außerdem leistete sie 120 Stunden sozialistische Hilfe in anderen Bereichen.

Zu den hervorragenden Kollektiven gehörte auch die Brigade unter Leitung von Joachim Litzenberg aus der großen Schmiede des VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann" Magdeburg, die am 16. April 1959 den Vorschlag gemacht hatte, aus den durch die Neuerermethoden sowie durch die Realisierung von Verbesserungsvorschlägen erzielten Einsparungen den Fonds des Siebenjahrplans zu bilden, um zusätzliche Mittel für die Durchführung der Rekonstruktionsmaßnah-

110 Zit. nach: Walter Ulbricht: Gesetz über den Siebenjahrplan . . . In: Volkskammer der DDR, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung, 1959, S. 165.

men zu gewinnen. Sie sparte durch Verbesserungs- und Rationalisierungsvorschläge sowie durch die Anwendung neuer Arbeitsmethoden etwa 120 000 DM ein.[111]

Während der Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR vollbrachten Millionen Bürger, Angehörige aller Schichten der Bevölkerung, gute Taten zur Stärkung des deutschen Friedensstaates.

Die sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften trugen wesentlich dazu bei, die führende Rolle der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau zu verstärken und ihr Ansehen bei den anderen Schichten der Werktätigen zu erhöhen. So wurde der Jahrestag zu einer Manifestation der festen, untrennbaren Verbundenheit der Arbeiter, Bauern, Geistesschaffenden und der Angehörigen des Mittelstandes mit ihrem Staat und seiner führenden Kraft, der SED. Die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen führten alle Schichten der Bevölkerung zu einem noch engeren kameradschaftlichen Zusammenwirken im Kampf um die Sicherung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus. So wurden zum Beispiel allein von den Mitgliedern der CDU zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR zusätzlich zum Volkswirtschaftsplan Werte in Höhe von 140 Millionen DM geschaffen.

Die Zusammenarbeit zwischen der SED und den anderen Parteien war im Prozeß der sozialistischen Umwälzung noch enger geworden. Die CDU, die DBD, die LDPD und die NDPD entwickelten sich zu Parteien, die tatkräftig den sozialistischen Weg beschritten und zusammen mit der SED das sozialistische Bewußtsein des Volkes förderten.

Durch geduldige Überzeugung ihrer Mitglieder und der parteilosen Menschen aus dem Mittelstand leisteten die CDU, die LDPD und die NDPD gemeinsam mit der SED einen wesentlichen Beitrag zum allmählichen freiwilligen Zusammenschluß von Handwerkern in PGH, zur Gewinnung von Privatunternehmern für die Aufnahme staatlicher Beteiligung und zur Einbeziehung von Einzelhändlern in das System des Kommissionshandels.

Die SED verfolgte beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine schöpferische Bündnispolitik mit den städtischen Schichten des Kleinbürgertums und den nationalgesinnten Kreisen des Bürgertums. Vermöge der gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den Imperialismus setzte sich unter dem Einfluß der Partei der Arbeiter-

[111] Dokument Nr. 43.

klasse und der anderen Parteien des Demokratischen Blocks bei großen Teilen des Kleinbürgertums wie auch bei kleinen und mittleren Unternehmern die Erkenntnis durch, daß auch sie nur im Sozialismus eine friedliche Zukunft und eine gesicherte Perspektive haben. So gelang es, einen erheblichen Teil der Handwerker sowie der kleinen und mittleren Unternehmer auf den Weg des Sozialismus zu führen.

Mitte 1959 hatte der Anteil der halbstaatlichen Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion bereits den Anteil der privatkapitalistischen Betriebe überschritten. Auf die PGH entfielen etwa 20 Prozent der gesamten Handwerksleistung. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland half den Handwerkern und den privaten Unternehmern durch geduldige Überzeugung, durch Förderung ihrer Fähigkeiten und durch Maßnahmen zu ihrer politischen und fachlichen Qualifizierung, immer mehr zu sozialistisch schaffenden Werktätigen zu werden.

Die Erfahrungen, die bei der allmählichen Einbeziehung dieser Schichten in den sozialistischen Aufbau der DDR gesammelt wurden, hatten eine große nationale und internationale Bedeutung, vor allem für Möglichkeiten der weiteren Entwicklung in Westdeutschland und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern. Mit der Umwandlung zahlreicher bisher kapitalistischer Betriebe in halbstaatliche Betriebe wurde in der DDR ein neuer Weg zur praktischen Beseitigung der Reste der Ausbeutung beschritten.[112] Die SED bereicherte mit der Ausarbeitung dieses Weges die marxistisch-leninistische Theorie vom Übergang zum Sozialismus.

Im Kampf für die Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung in der DDR wuchs die Bedeutung der Arbeiterklasse. Es entstand ein neuer Menschentyp, der Arbeiter der neuen Zeit, der bewußte Leiter und Organisator der gesellschaftlichen Entwicklung. Die neue Rolle der Arbeiterklasse und die schöpferische Initiative der Volksmassen stellten höhere Anforderungen an die SED und ihre Mitglieder sowie an die Gewerkschaften. Der FDGB entwickelte sich immer mehr zu einer Schule der sozialistischen Erziehung und erhielt weitreichende Kontrollfunktionen im gesellschaftlichen Leben übertragen.

Der 5. Kongreß des FDGB, der vom 26. bis 31. Oktober 1959 in Berlin tagte, beschloß die gewerkschaftlichen Aufgaben bei der Erziehung der gesamten Arbeiterklasse zur sozialistischen Arbeit, zum

[112] Dokument Nr. 41.

sozialistischen Lernen und zum sozialistischen Leben.[113] An dem Kongreß nahmen die Delegierten von 6,1 Millionen Mitgliedern sowie Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aus 43 Ländern teil. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Herbert Warnke, erläuterte die Aufgaben des FDGB beim Aufbau des Sozialismus und der Erfüllung des Siebenjahrplanes. Er betonte, daß die Entfaltung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen, die Erhöhung ihres sozialistischen Bewußtseins, ihrer fachlichen und kulturellen Bildung eine neue Qualität der politisch-ideologischen und organisatorischen Arbeit und eine bessere Führung durch die Gewerkschaftsleitungen erfordern.

Durch die Anwesenheit der besten Vertreter und Initiatoren der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit wurde der Kongreß zu einem großen Forum des Erfahrungsaustausches. So sprachen in der Diskussion Günter Christoph und Willy Wehner, die Initiatoren der Christoph-Wehner-Methode, Sonja Krenz, Gewerkschaftsvertrauensmann der Jugendbrigade des Zählerbandes aus dem EAW Berlin-Treptow, Joachim Litzenberg, Brigadier aus dem Ernst-Thälmann-Werk Magdeburg, die Helden der Arbeit Irmgard Richter und Erich Seifert, der Organisator des Schnellstreckenvortriebs im Bergbau, Nationalpreisträger Sepp Wenig, sowie viele andere Neuerer und Aktivisten.

Dieser Kongreß leitete eine neue Etappe der Gewerkschaftsarbeit in der DDR ein. Er betonte, daß die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag im Kampf um das Weltniveau in der Produktion leisten müssen, und stellte den Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben die Aufgabe, einen genauen Überblick über den wissenschaftlich-technischen Stand der Erzeugnisse und Verfahren zu erlangen, den innerbetrieblichen Wettbewerb auf diese Aufgabe zu lenken und Leistungsvergleiche mit anderen Betrieben zu organisieren. Die Erfahrungen der Besten mußten durch Erfahrungsaustausch, Neuererkonferenzen, Aktivistenschulen und Produktionsberatungen allen Arbeitern vermittelt werden. Alle Werktätigen sollten durch die Teilnahme an der Bewegung der sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften daran mitwirken, den Wohlstand der Gesellschaft und des einzelnen zu mehren.

Einen großen Anteil am Aufbau hatte die Jugend und ihre Organisation, die FDJ. Sie rief unmittelbar nach dem V. Parteitag der SED die Kompaßbewegung ins Leben. Alle Jugendlichen sollten sich Gedanken darüber machen, wie sie auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben könnten, und konkrete Verpflichtungen für die Jahre

[113] Dokument Nr. 49.

bis 1960 übernehmen. Daneben gab es andere Formen jugendgemäßer Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus, beispielsweise die seit 1958 jährlich durchgeführte „Messe der Meister von Morgen" und die 1959 von der Jugend der Neptun-Werft Rostock ausgelöste Bewegung „Tempo, Technik, Tausend Tage". Das waren Formen, in denen die Fähigkeiten und die Aktivität der Jugend auf hohe Produktionsleistungen und auf die sozialistische Rekonstruktion gelenkt wurden.

Die FDJ zog auf ihrem VI. Parlament im Mai 1959 in Rostock die Schlußfolgerungen aus dem V. Parteitag der SED. In dem vom Parlament beschlossenen „Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus"[114] wurden der Weg und die Maßnahmen zur sozialistischen Erziehung der Jugend und zu ihrer Teilnahme am Aufbau des Sozialismus in der DDR dargelegt. Dabei beachtete die FDJ besonders die Hinweise, die die Partei der Arbeiterklasse in Erkenntnis der Veränderungen im Leben der Jugend und der neuen Aufgaben des Jugendverbandes unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus gegeben hatte.

Um ihren künftigen Aufgaben gerecht zu werden, mußte die FDJ die gesamte Jugend für den Sozialismus begeistern. Dies erforderte zugleich, die vielfach vorhandene einseitige Orientierung auf den fortgeschrittenen Teil der Jugend zu überwinden. Die FDJ mußte beachten, daß eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr die kapitalistische Ausbeutung erlebt hatte. Die Kenntnis der geschichtlichen Lehren und der Grundfragen der Übergangsperiode zum Sozialismus sowie der komplizierten Probleme des nationalen Ringens in Deutschland war die Voraussetzung dafür, daß die Jugend ihre Kräfte für große Leistungen in der Produktion und zur Stärkung ihres sozialistischen Vaterlandes einsetzte.

Auch die anderen demokratischen Massenorganisationen erhöhten ihre Aktivität zur Durchführung der vom V. Parteitag der SED gefaßten Beschlüsse, so die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die mit mehr als drei Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Massenorganisation der DDR war. Neben der Popularisierung der Friedenspolitik der UdSSR und deren sozialistischen Errungenschaften wandte sich die Gesellschaft immer mehr der Aufgabe zu, die Initiative der Werktätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erreichung hoher ökonomischer Ergebnisse anzuregen. Sie popularisierte verstärkt die Arbeitsleistungen sowjetischer Brigaden der kom-

[114] Dokument Nr. 45.

munistischen Arbeit und vermittelte deren Erfahrungen. Dadurch half sie, die Freundschaft des deutschen Volkes zur Sowjetunion zu vertiefen und sie mehr und mehr zu einer wirksamen Triebkraft beim sozialistischen Aufbau in der DDR zu machen.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands bezog weitere Frauen in das gesellschaftliche Leben, vor allem in die Leitung und Lenkung von Staat und Wirtschaft, ein. Zehntausende Frauen wirkten in den Ausschüssen der Nationalen Front, in den Kommissionen und Aktivs der Volksvertretungen und halfen, die Probleme der Frauen in den Wohngebieten zu lösen. Auf Initiative des DFD war die Bewegung der Hausfrauenbrigaden ins Leben gerufen worden, über die Tausende Frauen zu dauernder Berufstätigkeit fanden. Der DFD half, das sozialistische Schulwesen, vor allem die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule, zu fördern. Als Träger der Elternseminare trug er dazu bei, viele Mütter mit den Erziehungszielen des sozialistischen Staates vertraut zu machen.

So wuchsen aus der Vielfalt der Tätigkeit der demokratischen Parteien und Massenorganisationen neue Erfolge der Werktätigen, auf die sie am 10. Jahrestag der Gründung der DDR mit Stolz zurückblicken konnten.

Die Feiern zum 10. Jahrestag der DDR wurden zu einer Demonstration der brüderlichen Verbundenheit des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates mit der sozialistischen Völkergemeinschaft und ihrer mächtigsten und führenden Kraft, der Sowjetunion. Die Vertreter der sozialistischen Staaten, die Sprecher zahlreicher Delegationen aus kapitalistischen Ländern und aus jungen Nationalstaaten sowie die Vertreter der demokratischen Kräfte Westdeutschlands würdigten die Erfolge der DDR im sozialistischen Aufbau und ihr konsequentes Eintreten für die Sicherung des Friedens in Europa. So bewiesen die Feierlichkeiten, wie sehr die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik gewachsen war. Sie hatte trotz des erbitterten Widerstandes der herrschenden Kreise Westdeutschlands vielseitige Beziehungen zu zahlreichen Staaten der Erde herstellen können. Sie unterhielt diplomatische Beziehungen zu 12 Staaten mit einer Bevölkerung von nahezu 950 Millionen. Eine besonders enge Zusammenarbeit hatte sich zwischen der DDR und der Sowjetunion sowie den Nachbarn der Republik, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Republik, herausgebildet.[115]

[115] Dokument Nr. 36 u. 52.

Ein wichtiger Bestandteil der friedlichen Außenpolitik der DDR waren ihre vielseitigen Außenhandelsbeziehungen. Bis zu jenem Zeitpunkt unterhielt sie ständige Handelsbeziehungen zu 40 Ländern und kommerzielle Verbindungen mit weiteren 60 Staaten.

Die DDR wurde in dieser Periode zum wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion. Betrug das Volumen des gegenseitigen Warenaustausches 1950 313,2 Millionen (neue) Rubel, so stieg es bis 1961 auf nahezu 1,8 Milliarden (neue) Rubel an. Durch die sowjetischen Lieferungen von Steinkohle, Eisenerzen, Erdöl, Walzstahl, Baumwolle und bestimmten Lebensmitteln, die den größten Teil des Importbedarfs der DDR an diesen Erzeugnissen deckten, wurde eine kontinuierliche Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert. Die DDR trug ihrerseits vor allem durch ihre umfangreichen Lieferungen an Maschinen, Ausrüstungen und Geräten zum Aufbau des Kommunismus in der UdSSR bei. 1960 stammten rund 35 Prozent aller von der Sowjetunion eingeführten Maschinen aus der DDR.

Die DDR hatte auch die Mitgliedschaft in zahlreichen internationalen Organisationen erlangt. Sie war rechtsgültiger Partner von 59 internationalen Fachorganisationen; auf den verschiedensten Gebieten waren bereits Vereinigungen, Institutionen und Persönlichkeiten der DDR als aktive Mitglieder vertreten. Die DDR war ferner in rund 35 internationalen Sportföderationen und in etwa 15 internationalen Verkehrsorganisationen gleichberechtigtes Mitglied.

Als entschiedener Gegner der imperialistischen Kolonialherrschaft und des Neokolonialismus stellte die DDR ein völlig neues Verhältnis zu den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas her. Sie entwikkelte freundschaftliche, auf der Basis der Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zu den antiimperialistischen Nationalstaaten und unterstützte diese auf vielfältige Weise bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur. Besonders gute Beziehungen entwickelten sich zwischen der DDR und Burma, Ghana, Indonesien, dem Irak, Kambodscha, Mali und der Vereinigten Arabischen Republik.

Ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung und Festigung der Beziehungen der DDR zu den jungen Nationalstaaten und den sozialistischen Ländern Asiens war im Jahre 1959 der Besuch einer Regierungsdelegation der DDR, die von Ministerpräsident Otto Grotewohl geleitet wurde, im Nahen und Fernen Osten. Die Regierungsdelegation

besuchte in der Zeit vom 4. bis 16. Januar 1959 die VAR, den Irak und Indien und führte mit den leitenden Staatsmännern dieser Republiken Verhandlungen, in denen weitgehende Übereinstimmung in vielen Fragen des internationalen Lebens, vor allem in bezug auf den Kampf für friedliche Koexistenz und die Entwicklung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen, erzielt wurde. Diese Reise trug wesentlich zur Erhöhung des internationalen Ansehens der DDR bei. In der VAR wurde ein Generalkonsulat der DDR errichtet. Anschließend besuchte die Regierungsdelegation vom 17. bis 29. Januar 1959 die Demokratische Republik Vietnam und die Volksrepublik China und führte dort politische Gespräche.

Die DDR unternahm auch große Anstrengungen, um zu allen Nachbarvölkern Deutschlands, die durch den westdeutschen Imperialismus und Militarismus bedroht wurden, enge Beziehungen herzustellen. Sie entwickelte die Initiative für die Umwandlung der Ostsee in ein Meer des Friedens. Dieses Streben drückte sich unter anderem in der seit 1958 jährlich stattfindenden Ostseewoche der DDR und ihren zahlreichen internationalen Veranstaltungen mit Vertretern der Anliegerstaaten der Ostsee aus.

Die friedliche Außenpolitik der DDR, die Verurteilung der aggressiven imperialistischen Handlungen und die Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes der Völker machten den großen Unterschied zwischen dem Charakter des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates und dem militaristischen Staat der Monopolkapitalisten in Westdeutschland vor aller Welt immer deutlicher sichtbar. Die Deutsche Demokratische Republik wurde zu einem wichtigen Faktor im Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa.

4. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Die Annahme des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD von 1959. Die Parteikonferenz der KPD von 1960

Während sich als Ergebnis der Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten 1959 eine gewisse Minderung der internationalen Spannungen abzeichnete, leisteten die west-

deutsche Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte des Monopolkapitals energischen Widerstand gegen eine Verständigung zwischen den Großmächten und den beiden deutschen Staaten. Die reaktionären Kräfte in Westdeutschland verbanden die Vorbereitung einer Aggression gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder mit der verstärkten Militarisierung und der Anwendung terroristischer Methoden im Innern, um auf diese Weise ihre Machtpositionen weiter zu festigen und die Realisierung ihrer revanchistischen Außenpolitik zu sichern. Der Angriff auf die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten zeigte sich besonders in dem Versuch, die im Grundgesetz der Bundesrepublik zugesicherten demokratischen Rechte durch eine besondere Notstandsgesetzgebung legal außer Kraft zu setzen, um den antidemokratischen Maßnahmen den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu verleihen.[116]

Wie einst Adolf Hitler das Ermächtigungsgesetz, so wollten die Machthaber in Westdeutschland und ihre führende Partei, die CDU/CSU, die Notstandsgesetzgebung dazu benutzen, sich gegen alle Möglichkeiten einer ernsten Gefährdung des westdeutschen imperialistischen Regimes im Innern zu sichern. Suspendierung des Parlaments, Befehlsgewalt mit Gesetzeskraft bei der Regierung, demgegenüber Verpflichtung zur Zwangsarbeit für Frauen bis zum 55. und für Männer bis zum 65. Lebensjahr, Beschlagnahme von persönlichem Eigentum der Bürger und ähnliche Maßnahmen nach dem Vorbild der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals sollten in Westdeutschland zunächst „gesetzlich" erlaubt und sodann verstärkt praktiziert werden.

In diesen Plänen zeigte sich erneut die innere Kontinuität in der Entwicklung vom faschistischen deutschen Imperialismus zum Imperialismus Bonner Prägung. Die Macht besaßen in der Bundesrepublik erneut jene Kräfte des deutschen Finanzkapitals, die bereits während der Zeit des Hitlerfaschismus geherrscht hatten.

Das Anwachsen der Reaktion und die ständig zunehmende Aggressivität des westdeutschen Staates hatten ihre Wurzel in der vollen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Eine in der Geschichte des deutschen Kapitalismus noch nicht dagewesene Konzentration der Produktion und des Kapitals war bereits erfolgt und wurde systematisch fortgesetzt. Die Zahl der Aktiengesellschaften verringerte sich von rund 5500 im Jahre 1938 in ganz Deutschland auf

[116] Dokument Nr. 57.

rund 2500 im Jahre 1958 in Westdeutschland. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum das Durchschnittskapital je Gesellschaft von 3,3 Millionen DM auf 10,6 Millionen DM. 80 Prozent des gesamten westdeutschen Aktienkapitals wurden von 17 großen Konzerngruppen beherrscht. Dazu gehörten solche einflußreichen Monopole wie die Nachfolgegesellschaften des IG-Farbenkonzerns, der Flick-Konzern, die August-Thyssen-Hütte AG und andere. Die gewaltige Kapitalkonzentration ermöglichte es der Monopolbourgeoisie, ihre Profite ungeheuer zu steigern. So strichen 50 der führenden westdeutschen Aktiengesellschaften von 1948 bis 1960 Profite in Höhe von 45,8 Milliarden DM ein.

Die Monopole nutzten den Staatsapparat, um mit Hilfe von Gesetzen, mittels der Steuer- und Kreditpolitik sowie anderer Maßnahmen die Konzentration der Produktion und des Kapitals weiter zu fördern und die Macht und den Einfluß der größten Monopolgruppen zu verstärken. Die Macht der Monopole und die Macht des Staates verschmolzen zu einem einheitlichen Apparat.

Gestützt auf das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verstärkten die westdeutschen Monopole unter Ausnutzung der objektiven Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens ihren Einfluß in der 1957 gebildeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande angehörten. Auf Westdeutschland entfielen 1960 etwa 44 Prozent der Industrieproduktion aller EWG-Länder. Von den 20 größten Konzernen in der EWG befanden sich 13 in der Bundesrepublik. In der EWG wurde die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates innerhalb der einzelnen Länder durch die Verflechtung der Monopole verschiedener Länder mit übernationalen staatlichen Organen ergänzt. Die Internationalisierung war Ende der fünfziger Jahre zu einem der wichtigsten Merkmale der neuen Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland geworden.

Der westdeutsche Imperialismus verfolgte mit seiner aktiven Teilnahme an der EWG das Ziel, über die Integration Europas wieder zur Weltmacht zu werden. Er strebte daher danach, innerhalb der EWG die Hegemonie zu erobern. Durch die allmähliche Vereinigung möglichst großer Teile der ökonomischen, politischen und militärischen Potenzen des kapitalistischen Lagers unter ihrer Führung hofften die westdeutschen Imperialisten auch, ihre aggressiven Ziele gegenüber

der DDR und den anderen sozialistischen Ländern verwirklichen zu können.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal der neuen Periode war die volle Entfaltung der neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus. Da es ihm unter den Bedingungen des Zerfalls des Kolonialsystems nicht mehr möglich war, seine alten Träume vom direkten Kolonialbesitz zu verwirklichen, konzentrierte er sich bei seinem Eindringen in die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von Anfang an auf neokolonialistische Methoden. Dabei war er sowohl um die Eroberung eigener imperialistischer Profitquellen und Einflußsphären bemüht als auch darum, das Streben der Völker in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern nach politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit aufzuhalten und einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg der jungen Nationalstaaten zu verhindern.

In der Zeit von 1954 bis 1959 zog Westdeutschland aus dem nichtäquivalenten Warenaustausch mit ökonomisch schwach entwickelten Ländern Extraprofite in Höhe von vier Milliarden DM. Der Kapitalexport in diese Länder stieg von 346 Millionen DM im Jahre 1956 auf fast zwei Milliarden DM im Jahre 1959.

Zu einer weiteren neuen und für das Gesamtbild dieser Periode besonders charakteristischen Erscheinung wurde die damals einsetzende unmittelbare und umfassende Militarisierung der Wirtschaft. Die direkten Ausgaben für die Bundeswehr stiegen von 5,2 Milliarden DM im Haushaltsjahr 1955/1956 auf 11,7 Milliarden DM im Jahre 1961; dabei verstärkte sich der Anteil der eigenen Rüstung im Vergleich zu Rüstungskäufen. Bis zu dieser Zeit war der Umfang der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik relativ gering gewesen. Dies hatte sowohl politische als auch ökonomische Ursachen. Durch umfangreiche Rüstungsaufträge an NATO-Partner und andere Staaten sollten günstige psychologische Bedingungen für die Duldung und Förderung der Militarisierung der Bundesrepublik geschaffen werden. Es kam hinzu, daß die westdeutschen Monopole sich erfolgreich auf die Entwicklung bestimmter Industriezweige orientierten, in denen sie nicht – wie in der Rüstungsproduktion – gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten im Hintertreffen waren.

Die westdeutschen Machthaber waren unzufrieden mit den Ansätzen einer internationalen Entspannung. Um in ihrer entspannungsfeindlichen Politik wirksamer zu sein, verstärkten sie die eigenen Rüstungsbemühungen. Da inzwischen der Rückstand auf dem Rüstungs-

sektor gegenüber den imperialistischen Konkurrenten aufgeholt worden war, versprach die eigene Rüstungsproduktion auch zum einträglichen Geschäft zu werden. So begann die Rüstungsindustrie einen zusätzlichen Druck zur Verschärfung der Spannungen in Deutschland auszuüben.

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hing eng mit der voll einsetzenden technischen Revolution zusammen. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie war bestrebt, sie mit staatsmonopolistischen Mitteln zu bewältigen und für ihre ökonomischen und politischen Zwecke nutzbar zu machen.

Dem westdeutschen Monopolkapital gelang es, die 1958 aufgetretenen Stagnationserscheinungen verhältnismäßig rasch zu überwinden. War die Industrieproduktion der Bundesrepublik 1958 nur noch um 3,1 Prozent angestiegen, so betrug die Wachstumsrate 1959 bereits 7,6 Prozent und 1960 sogar 11,3 Prozent. Dieser erneute industrielle Aufschwung in Westdeutschland war vornehmlich mit den Auswirkungen der technischen Revolution und den in ihrem Verlauf erzielten Überprofiten, die erhöhte Investitionen ermöglichten, verbunden. Dazu kamen weiter das Vordringen des westdeutschen Monopolkapitals in der EWG und in den schwach entwickelten Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie jene neuen Erscheinungsformen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die der Monopolbourgeoisie die Möglichkeit gaben, das Ausmaß der auftretenden Krisenerscheinungen zu mildern, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen und bestimmte Widersprüche zu verlagern. Zu einer Aufhebung der dem Imperialismus eigenen Widersprüche konnten jedoch die Regulierungsmaßnahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht führen.

Der Gegensatz zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Charakter der Produktionsverhältnisse verschärfte sich weiter. Um Katastrophen zu vermeiden, griff der Imperialismus zu Mitteln, die er früher noch als Eingriffe des Staates in die Sphäre der privaten Initiative verurteilt hätte.

Die Konzentration des Kapitals und die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des imperialistischen Staatsapparates führten zu weitreichenden strukturellen Änderungen der Gesellschaft. Der Ruin Tausender selbständiger Existenzen der Bauern, des städtischen Mittelstandes und selbst der Bourgeoisie war die Folge dieser Entwicklung. Im Zusammenhang mit teilweisen Arbeitszeitver-

kürzungen kam es zu einer enormen Steigerung der Arbeitshetze, die zu einem ungeheuren Ansteigen der Betriebsunfälle und der Frühinvalidität führte. Allein von 1950 bis 1960 wurden in Westdeutschland 22,7 Millionen Arbeitsunfälle registriert, von denen 82 910 tödlich verliefen. Die Verschuldung der Landwirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, stieg von rund 6 Milliarden DM im Jahre 1955 auf 13 Milliarden DM im Jahre 1960. Von Ende 1948 bis 1960 fielen über 150 000 Handwerksbetriebe und mehr als 40 000 Klein- und Mittelbetriebe der Industrie, des Handels und des Verkehrs dem Konzentrationsprozeß zum Opfer. Diese Auswirkungen der staatsmonopolistischen Entwicklung in Westdeutschland verschärften den Gegensatz zwischen den Profitinteressen der kleinen herrschenden Oberschicht, des Finanzkapitals, und den Interessen der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung.

Die theoretische und politisch-ideologische Rechtfertigung der Aggressionspläne wurde von zahlreichen Ideologen des Imperialismus besorgt. Diese versuchten, den Volksmassen eine „Befreiungsmission" der Bundesrepublik zu suggerieren, die sie als einen Akt der Selbstbehauptung des sogenannten Abendlandes gegen die Gefahr einer „totalen Herrschaft" hinstellten. Die jahrzehntelange antikommunistische Beeinflussung und die ständig zunehmende Haßpropaganda gegen die DDR sowie eine raffinierte Demagogie mit den Begriffen Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung blieben nicht ohne Wirkung. Es gelang den imperialistischen Ideologen, größere Teile der Bevölkerung irrezuführen und erneut nicht wenige Menschen in Westdeutschland mit dem Gift des Chauvinismus und Revanchismus zu verseuchen.

Obwohl unter diesen Bedingungen die Volksbewegung „Kampf dem Atomtod" in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 stark nachgelassen hatte, gelang es den Machthabern in Westdeutschland nicht, den Widerstand gegen ihre Aufrüstungs- und Aggressionspolitik zu erstikken. Im Sommer und Herbst 1959 kam es zu bedeutenden Protestaktionen des Jahrganges 1922. Der äußere Anlaß war die Aufforderung des westdeutschen Verteidigungsministeriums, den Jahrgang 1922 für den Wehrdienst zu erfassen. Innerhalb kurzer Zeit bildeten sich in westdeutschen Städten Interessengemeinschaften des Jahrganges 1922 und neue Gruppen des Verbandes der Wehrdienstverweigerer. In Bayern entstand eine Zentrale Interessengemeinschaft des Jahrganges 1922, und auf einer Konferenz von Delegierten dieses soge-

nannten Stalingrader Jahrganges aus 46 Städten wurde die Gemeinschaft der kriegserfahrenen Jahrgänge der Bundesrepublik gebildet.

Die illegale KPD leistete bei der Aktivierung dieser Bewegung große Hilfe. Der Freiheitssender 904 verbreitete zum Beispiel ständig Protestresolutionen und andere Erklärungen der Angehörigen des Jahrganges 1922. Auf diese Weise wurden in ganz Westdeutschland die Ziele der Bewegung schnell bekannt, und es wurde der unmittelbare Anstoß für weitere Aktionen gegeben. Die Organisationen des Jahrganges 1922 führten gemeinsam mit dem Verband der Wehrdienstverweigerer und mit Ausschüssen „Kampf dem Atomtod" Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch. So zogen Anfang September 1959 in einer eindrucksvollen Demonstration 3000 Angehörige des Jahrganges 1922 mit ihren Frauen durch die Straßen von Hamburg. Ähnlich war es in München, Stuttgart und anderen westdeutschen Städten. Angesichts dessen sah sich die Bundestagsfraktion der SPD veranlaßt, vom Verteidigungsministerium die Einstellung der Erfassung des Jahrganges 1922 zu fordern.

Die westdeutschen Revanchepolitiker hatten die Zwangsrekrutierung des Jahrganges 1922 als eine Art Generalprobe für die Mobilmachung aller „waffenfähigen Jahrgänge" geplant. Ihre Absichten wurden durch die Aktionen des Jahrganges 1922 durchkreuzt. Die Adenauer-Regierung sah sich gezwungen, von der Erfassung der älteren Jahrgänge für den Militärdienst Abstand zu nehmen.

Eine andere Volksbewegung, die ebenfalls die Zeitpläne der westdeutschen Militaristen durcheinanderbrachte, entstand in den ersten Monaten des Jahres 1960 gegen das von der Adenauer-Regierung geplante Gesetz über die Einführung einer Kostenbeteiligung an der Krankenversicherung. Diese Maßnahme war schon seit 1957 vorgesehen und sollte im Februar 1960 endlich im Bundestag beschlossen werden. Die Gesetzesvorlage sah vor, die Leistungen der Sozialversicherung für die Werktätigen abzubauen. Es war geplant, die Kostenbeteiligung der Kranken bei ärztlicher Behandlung und bei Krankenhausaufenthalt zu erhöhen, die Karenztage wieder einzuführen und ähnliches mehr.

Als dieser Anschlag auf die Lebenshaltung und Gesundheit der arbeitenden Menschen bekannt wurde, erhob sich ein Sturm des Protestes. Es wurden Hunderttausende Unterschriften gegen die Krankenkassenreform gesammelt. Im Februar und März 1960 kam es in Frankfurt (Main), Mannheim, Stuttgart und vielen weiteren Städten zu ein-

drucksvollen Demonstrationen. Zahlreiche Betriebe führten auf Beschluß der Gewerkschaftsleitungen Warnstreiks gegen die geplante Krankenkassenreform durch.

Diese Aktionen beschränkten sich nicht nur auf die Arbeiter. In vielen Fällen schlossen sich ihnen das medizinische Personal von Krankenhäusern und ein großer Teil der frei praktizierenden Ärzte an. Die kämpfenden Arbeiter machten sich vielerorts Losungen und Forderungen der illegalen KPD zu eigen. Die KPD hob in ihren Erklärungen zur Krankenkassenreform insbesondere den Zusammenhang zwischen den zunehmenden Rüstungslasten und dem Abbau der staatlichen Sozialleistungen hervor. Wenn die Regierung Milliarden Mark für die Rüstung ausgibt, so erklärten die Kommunisten, dann kann man keine Mittel für die Volksgesundheit aufbringen. Im Gegenteil, durch die Krankenkassenreform sollten zusätzlich 1,3 Milliarden DM für die Rüstungskasse gewonnen werden. Die Bewegung gegen die Krankenkassenreform verfehlte ihre Wirkung nicht. Sie zwang die westdeutsche Regierung, ihre dem Bundestag vorgelegte Gesetzesvorlage vorläufig zurückzunehmen.

Als neue wirksame Kampfform gegen die atomare Rüstung entstand 1960 auch in Westdeutschland die Ostermarschbewegung nach dem englischen Beispiel von Aldermaston – ein Protestmarsch während der Ostertage gegen die atomare Aufrüstung und die Lagerung von Atomwaffen. Bei den Ostermärschen vereinigten sich Arbeiter und Angestellte, Künstler, Handwerker und Geistliche, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Pazifisten zum gemeinsamen Protest gegen das atomare Wettrüsten. Besonders aktiv beteiligten sich zahlreiche Jugendliche, darunter Funktionäre der „Falken", der Gewerkschaftsjugend, der Studenten und der Naturfreunde.

Obwohl die Aktionen in dieser Zeit nicht ohne Wirkung auf die Politik und die Absichten der herrschenden Kreise in Westdeutschland blieben, waren sie nicht stark und nicht geschlossen genug, um der antinationalen Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung Einhalt gebieten zu können. Die einzelnen Kräfte und Gruppierungen traten vielfach isoliert voneinander auf und hatten selbst über die unmittelbaren Kampfaufgaben zur Erhaltung des Friedens sowie zur Sicherung der demokratischen und sozialen Rechte noch sehr unterschiedliche Auffassungen. Vielfach leiteten sie die Notwendigkeit des Kampfes nur von verschiedenen Erscheinungsformen ab, die sie fälschlicher-

weise als „Schönheitsfehler" der Bundesrepublik ansahen, und erkannten nicht, daß deren tiefere Ursachen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus lagen.

Ein Großteil der Kräfte, die sich in Einzelfragen am Kampf gegen die Politik der Adenauer-Regierung beteiligten, sah nicht, daß der Kampf zur Bändigung der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland gemeinsam mit den Arbeitern, Bauern und den anderen Schichten der Bevölkerung der DDR geführt werden mußte. Vor allen Dingen aber bildete die Arbeiterklasse in Westdeutschland noch nicht das Kraftzentrum zur Sammlung aller oppositionellen Strömungen gegen den westdeutschen Imperialismus. Infolge der Politik der Führung der SPD wurde dem bürgerlichen Einfluß in der Arbeiterklasse Tür und Tor geöffnet, die Kampfkraft der Arbeiterklasse gelähmt und deren Spaltung vertieft.

Ein folgenschwerer Schlag gegen die Selbständigkeit und Aktionsfähigkeit der westdeutschen Arbeiterbewegung war die Annahme des Grundsatzprogramms der SPD auf dem Godesberger Parteitag vom 13. bis 15. November 1959.[117] Das Programm begründete die Integration der Sozialdemokratie in den „modernen Staat", in den Staat des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es gab die traditionellen sozialdemokratischen Forderungen preis, die im Heidelberger Programm der SPD von 1925 noch enthalten gewesen waren. An ihrer Stelle wurden Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit als sogenannte Grundwerte postuliert, ohne daß der soziale Inhalt dieser Begriffe genauer umrissen worden wäre.

Das grundsätzliche Bekenntnis zum imperialistischen westdeutschen Staat wurde mit folgenden Worten formuliert: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat."[118] Aus dieser Grundhaltung heraus wurde in das Programm ein Bekenntnis zur „Landesverteidigung" und zur Armee der westdeutschen Militaristen aufgenommen. Der Grundsatz der Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln wurde zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verworfen. Dagegen wurde programmatisch festgelegt: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch

117 Dokument Nr. 50.

118 Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, (Hannover/Bonn) o. J., S. 15.

auf Schutz und Förderung."[119] Ludwig Erhard konnte nicht ohne Grund davon sprechen, daß sich das Godesberger Programm an die wirtschaftspolitischen Grundsätze der CDU/CSU anlehne.

Seinem theoretischen und politisch-ideologischen Gehalt nach war das Programm offen gegen alle marxistischen Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung gerichtet. Sein Hauptinhalt war antikommunistisch. Der Antikommunismus bildete die Grundlage für die weitgehende Übereinstimmung mit der Politik des Monopolkapitals. Die Führung der SPD unterstützte auch die antinationale Spaltungspolitik der monopolkapitalistischen Kräfte, die Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband gerissen und in das Paktsystem der NATO eingegliedert hatten. Folgerichtig gaben die Autoren des Programms in ihrer Stellung zur Lösung der Deutschlandfrage alle Alternativvorstellungen gegenüber der CDU/CSU auf.

Mit der Annahme dieses Programms waren frühere Forderungen der SPD, wie die Ablehnung der Wehrpflicht und der NATO-Verträge, sowie die im Deutschlandplan der SPD vorhandenen Ansatzpunkte für eine Politik des Friedens und der Verständigung hinfällig geworden. Im März 1960 verkündete schließlich die Führung der SPD durch Herbert Wehner, allerdings ohne Beschluß eines führenden Parteigremiums, die Liquidation des Deutschlandplanes.

Das Godesberger Programm wurde von einem beträchtlichen Teil der Mitglieder der SPD abgelehnt. Die oppositionelle Reaktion auf das Programm zeigte sich schon bei der Vorbereitung des Parteitages und auf ihm selbst. In der Generaldebatte traten von 14 Diskussionsrednern 8 gegen den Programmentwurf auf. Einige wandten sich dagegen, daß in dem Entwurf Grundgedanken von Karl Marx nicht berücksichtigt und daß erstmalig in der Geschichte der SPD die sozialistischen Perspektiven im Grunde genommen aufgegeben worden waren. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich auf dem Parteitag zeigten, wirkten in vielen Parteiorganisationen weiter.

Manche aktive Sozialdemokraten, vor allem diejenigen, die in Gewerkschaftsfunktionen tätig waren, versuchten, das Programm im Sinne der Verteidigung demokratischer Rechte und des Ausbaus der sozialen Errungenschaften anzuwenden. Sie stützten sich besonders auf folgende Forderungen des Grundsatzprogramms: Ächtung der Massenvernichtungswaffen, allgemeine Abrüstung, Schaffung einer europäischen Entspannungszone, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung,

[119] Ebenda, S. 19.

Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben, Wahrung des Streikrechts, soziale Sicherheit, Schaffung eines Bildungssystems, das es allen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten und Anlagen unbehindert zu entfalten.

Wenn dies auch meist Forderungen waren, die sich in vielen bürgerlichen Programmen ähnlich wiederfanden, so gewannen sie doch in der SPD, deren Mitglieder zu einem großen Teil Arbeiter waren, besonderes Gewicht. Diese Forderungen konnten zusammen mit den gewerkschaftlichen Forderungen, wie sie besonders von der IG Metall erhoben wurden, zum Ausgangspunkt einer Sammlung zum Kampf für die Arbeiterinteressen werden.

Der Begriff des „demokratischen Sozialismus", der auch im Godesberger Programm beibehalten worden war, gewann unter den veränderten Bedingungen für die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter einen anderen Inhalt, als ihn die Führer der SPD wünschten. Darin begann sich eine neue Differenzierung in der Arbeiterbewegung auszudrücken. Der traditionelle Reformismus geriet unter den veränderten Bedingungen, trotz seiner Begrenztheit, zunehmend in Gegensatz zur Politik des Monopolkapitals und jener Führer der Arbeiterorganisationen, die diese Politik offen unterstützten. Die traditionellen Reformisten wurden auf Grund ihrer objektiven Klassenstellung und der Vertiefung der Widersprüche im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu Verteidigern des Friedens und der Demokratie und traten für die Erweiterung der sozialen Rechte der Arbeiter ein.

Der mit der Annahme des Godesberger Programms verbundene Übergang rechter Führer der SPD auf imperialistische und militaristische Positionen hatte tiefe politische und sozialökonomische Ursachen. Angesichts des zunehmenden Einflusses des sozialistischen Weltsystems auf die gesellschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt und auf Grund der stetigen Konsolidierung der DDR drohten die Machthaber in Westdeutschland mit ihrer aggressiven Politik in eine zunehmende Isolierung zu geraten. Der Anachronismus der Adenauer-Politik trat stärker in Erscheinung. Jede selbständige Regung der Volksmassen, insbesondere der Arbeiterklasse, mußte zu einer Gefahr für das imperialistisch-militaristische Regime werden. Da die westdeutschen Machthaber ihre Revanchepläne trotz des sich für sie immer weiter verschlechternden Kräfteverhältnisses nicht aufgeben wollten, versuchten sie, auch die geringste gegen sie gerichtete Bewegung, mochte sie auch nur reformistischer oder bürgerlich-pazifistischer Prä-

gung sein, zu verhindern. Der Druck der monopolkapitalistischen Kräfte hatte zur Folge, daß der Vorstand der SPD die traditionelle sozialdemokratische Politik zugunsten des Imperialismus revidierte.

Wesentlichen Einfluß auf die Haltung der Führung der SPD hatten die veränderten sozialökonomischen Bedingungen in Westdeutschland. Profite in einem bis dahin unbekannten Ausmaß und die Einschaltung des Staates ermöglichten es den Monopolen, die in der Vergangenheit praktizierte Korrumpierung einer kleinen bevorzugten Arbeiterschicht, der Arbeiteraristokratie, bedeutend auszuweiten. Führende Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften wurden sowohl ökonomisch als auch politisch zunehmend in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus einbezogen, wodurch die Monopolbourgeoisie in den Führungen der SPD und des DGB über Gefolgsleute verfügte, die sozialökonomisch mit der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hatten.

Führende Funktionäre der SPD erhielten Aufsichtsrats- und Arbeitsdirektorenposten in den großen Monopolen. Ihnen wurden Funktionen in den verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Organen der Bundesrepublik, in der Montan-Union, der EWG, der Euratom usw. übertragen. Allein auf 10 Mitglieder des im Jahre 1958 auf dem Stuttgarter Parteitag gewählten Vorstandes der SPD entfielen 30 Aufsichtsratsposten, davon 17 Posten eines Vorsitzenden und 5 eines stellvertretenden Vorsitzenden in Konzernen, wie dem Bochumer Verein, bei Klöckner, Mannesmann und anderen. Die Tantiemen in den Aufsichtsräten dieser Monopole betrugen 20 000 bis 60 000 DM jährlich. Für die Mitarbeit in den supranationalen westeuropäischen Institutionen wurden sogar „Entschädigungen" bis zu 300 000 DM jährlich gezahlt. In solchen Vereinigungen waren unter anderen Heinrich Deist, Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner vertreten. Die Mitwirkung führender Politiker der SPD in solchen privatmonopolistischen und staatsmonopolistischen Gremien hatte große politische und propagandistische Bedeutung. Sie erweckte den Eindruck, als herrschten demokratische Zustände und als sei die Mitbestimmung von Arbeitervertretern gewährleistet.

Einige Vertreter der SPD und vor allem Gewerkschaftsfunktionäre versuchten, ihre Funktionen, insbesondere die Positionen als Arbeitsdirektoren, im Interesse der Belegschaften auszunutzen. So übergaben manche ihre Tantiemen den Streikkassen der Gewerkschaften. Zur vorherrschenden Linie in der Führung der SPD war jedoch die Politik

der Gemeinsamkeit mit den Monopolkapitalisten geworden. Dies wurde mit der Behauptung begründet, daß die Hauptgefahr für die Werktätigen in der Bundesrepublik der Kommunismus und die DDR seien, vor denen man sich gemeinsam schützen müsse. Diese Orientierung blieb nicht auf die Führungsspitze der SPD beschränkt.

Die leitenden Funktionäre der SPD, die hohe Positionen in der Wirtschaft und Verwaltung einnahmen, nutzten ihre Stellung aus, um Tausende von Sozialdemokraten in Funktionen in den Staats- und Kommunalverwaltungen, in den Versicherungsgesellschaften, im Wohnungsbau und in den Konsumgenossenschaften einzusetzen. Hinzu kam die breite Schicht der Arbeiterbürokratie, der hauptamtlichen Angestellten des verzweigten Apparates der SPD, die in ständiger Sorge um die Erhaltung ihrer Positionen lebten. Diese vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse erleichterten den Übergang der Führung der SPD zu einer Politik der Gemeinsamkeit mit den imperialistischen Kräften.

Die Haltung der Führung der SPD wurde schließlich auch dadurch bestimmt, daß sie eine Überprüfung ihrer bisherigen Politik für notwendig erachtete. Ihre Bemühungen, mit Hilfe der Konzeption eines sogenannten dritten Weges in der DDR Einfluß zu gewinnen, sie an die Bundesrepublik anzugliedern und in einem wiedervereinigten Deutschland, das ihnen als eine parlamentarisch-demokratische Republik vorschwebte, die stärkste Partei zu werden, waren gescheitert. Daraus zogen Führer der SPD die Schlußfolgerung, daß die SPD stärker die Gemeinsamkeiten mit der Politik der CDU/CSU betonen und die in der Bundesrepublik bestehende Ordnung auf die DDR ausdehnen müsse. Ausgehend von ihrer antikommunistischen Grundhaltung und dem Scheitern der bisherigen Politik, traten solche Führer der SPD wie Willy Brandt, Heinrich Deist, Fritz Erler und Herbert Wehner dafür ein, die von der SPD nach 1945 verfolgte reformistische Politik zu modifizieren, sich auf den Boden des imperialistischen Herrschaftssystems zu stellen und auch die atomare Aufrüstung der Bundeswehr zu unterstützen.

Die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Führung der SPD seit 1955 über die Politik der Partei nach der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO geführt worden waren, hatten einen gewissen Abschluß erreicht. Nach Meinung der Führung hatte die SPD ihren Platz im politischen System der Bundesrepublik gefunden.

Einige Führer des DGB versuchten, die Godesberger Linie auch in

den Gewerkschaften durchzusetzen, sie stießen jedoch auf beachtlichen Widerstand. Schon auf dem 5. Kongreß des DGB im September 1959 in Stuttgart scheiterte der von einigen Führern unternommene Versuch, das Münchner Grundsatzprogramm des DGB über Bord zu werfen. Auf Konferenzen und Verbandstagen der Industriegewerkschaften Metall, Öffentliche Dienste–Transport und Verkehr, Nahrung–Genuß–Gaststätten sowie Druck und Papier brachten die Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck, daß sie in einigen entscheidenden Fragen eine andere Meinung hatten als die Fürsprecher des Godesberger Programms.

So beschloß der 6. Verbandstag der IG Metall vom 17. bis 22. Oktober 1960, jeglicher Notstandsgesetzgebung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, auch mit dem Generalstreik, entgegenzutreten und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr abzulehnen. Auf Widerstand stieß der Godesberger Kurs in den westdeutschen Jugendorganisationen, so auch bei den „Falken", bei denen es nicht wenige Gruppen gab, die offen gegen die offizielle Parteipolitik auftraten.

Besonders spitzte sich die Auseinandersetzung über das Godesberger Programm im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zu. Die Führung der SPD griff hier unmittelbar ein. Sie spaltete den SDS und gründete mit den das Godesberger Programm bejahenden Mitgliedern im April 1960 den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB). Die Führung der SPD faßte auch einen Beschluß, demzufolge die Mitgliedschaft im SDS und in den sogenannten Fördergesellschaften für den SDS mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei. Auf der Grundlage dieser „Unvereinbarkeitserklärung" schloß der Vorstand der SPD über 700 Mitglieder aus.

Nach der Annahme des Godesberger Programms traten neben den Verfechtern des militanten Antikommunismus Vertreter traditioneller reformistischer Ansichten in der SPD und in den Gewerkschaften stärker in Erscheinung. Trotz illusionärer Auffassungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus brachten sie den Willen größerer Teile der Arbeiterklasse zum Ausdruck, sich gegen die imperialistische Herrschaft zur Wehr zu setzen und ihre demokratischen und sozialen Rechte zu schützen. Der Führung der SPD gelang es jedoch, eine wirksame Kritik an ihrer Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU zu unterdrücken.

Einer konsequenten Auseinandersetzung mit dieser Politik standen viele Faktoren im Wege. Die politische und soziale Struktur innerhalb

der SPD und auch innerhalb der mittleren Parteikader hatte sich verändert. Die Zahl der Mitglieder und Funktionäre, die den wissenschaftlichen Sozialismus nicht kannten und die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik nur als korrekturbedürftig ansahen, hatte sich erhöht. Unter den Bedingungen der langwährenden Nachkriegskonjunktur hatte die westdeutsche Arbeiterklasse den Unternehmern zahlreiche soziale Zugeständnisse abgerungen.

Die Monopolbourgeoisie entwickelte eine raffinierte soziale Demagogie, die verbunden war mit einem System von Maßnahmen, die die Arbeiter sowohl materiell als auch ideell an die Konzernbetriebe binden sollten. All das wurde verbrämt mit Theorien vom „Volkskapitalismus" und einer „sozialen Partnerschaft". Das zehrte am Klassenbewußtsein der Arbeiter und förderte vielfältige Illusionen über die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Die gesamte ökonomische und politische Situation in Westdeutschland begünstigte schließlich eine gewisse politische Desinteressiertheit, von der auch die Mehrheit der Werktätigen erfaßt wurde. Hinzu kamen starke bürgerlich-parlamentarische Illusionen, die die Auffassung nährten, der Godesberger Kurs sei notwendig, um die CDU im Wahlkampf zu schlagen und die SPD zur Regierungspartei werden zu lassen. Nicht wenige Arbeiter hielten die Politik der Gemeinsamkeit für eine kluge Wahltaktik, für den neuen Stil einer „modernen" Partei und erkannten deshalb nicht den wahren Charakter des Godesberger Kurses.

Besonders die jahrzehntelange antikommunistische Propaganda hatte in der westdeutschen Arbeiterbewegung tiefe Spuren hinterlassen. Die ständige Verleumdung der DDR und ihres sozialistischen Aufbaus führte zu schwer zu beseitigenden Vorbehalten bei vielen westdeutschen Arbeitern. Die aus den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland entstandene und von den Feinden der DDR geschürte Republikflucht trug in nicht geringem Maße dazu bei, daß die antikommunistische Propaganda Erfolge aufweisen konnte. Der Umstand, daß die DDR infolge ihrer schlechteren Ausgangspositionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft, vor allem in der Arbeitsproduktivität gegenüber Westdeutschland zurückgeblieben war und daher der Lebensstandard der Bevölkerung der DDR in mancher Hinsicht unter dem der westdeutschen Bevölkerung lag, erschwerte ebenfalls die Herausbildung eines positiven Verhältnisses der westdeutschen Werktätigen zur DDR. Sie glaubten, daß der Kapitalismus

dem Sozialismus zumindest für eine lange Zeitspanne wirtschaftlich überlegen bleiben werde.

Zahlreiche Vorurteile hinderten die Arbeiter daran, die Wahrheit und ihre eigenen Lebens- und Klasseninteressen zu erkennen. Hinzu kamen die Methoden des von Herbert Wehner beherrschten Parteiapparates der SPD. „Die Sozialdemokratie lehnt jede organisatorische und politische Beziehung zu den kommunistischen Organisationen, besonders zur SED, ab...", hieß es in einer Erklärung des Vorstandes der SDP, die obendrein jedes Mitglied der Partei verpflichtete, die Anbahnung „politischer oder gewerkschaftlicher Aktionseinheit... mit politischer Begründung zurückzuweisen".[120] Gegen jegliche oppositionelle Regung wurde mit Drohungen und Repressalien eingeschritten, und nicht wenige Mitglieder und Funktionäre der SPD wurden ausgeschlossen, weil sie an alten sozialdemokratischen Prinzipien festhielten.

Der tiefe Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der westdeutschen Arbeiterbewegung hatte zur Folge, daß nur ein geringer Teil der Arbeiterklasse eine klare klassenmäßige Haltung einnahm. Große Teile der Bevölkerung Westdeutschlands erlagen der starken antikommunistischen und chauvinistischen Hetze der CDU/CSU, wurden durch die sich zur NATO bekennenden Führer des Klerus betrogen und glaubten noch an die Lügen von der angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion.

So gelang es den herrschenden Kräften des Imperialismus, mit antikommunistischer und revanchistischer Hetze, politischem Terror und ökonomischem Druck die Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Trennung zwischen den Arbeitern der DDR und der Bundesrepublik nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu vertiefen.

Die neuerliche ökonomische Konjunktur und der Kurs der Führung der SPD hatten ein Nachlassen der politischen und wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse zur Folge. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch in einer rapiden Verminderung der Streikkämpfe. Waren in den Jahren 1951 bis 1958 durch Streiks jährlich im Durchschnitt über eine Million Arbeitstage ausgefallen, so betrug die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage 1959 bis 1961 nur insgesamt 152 000, das heißt im Jahresdurchschnitt etwa 50 000.

Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß es den Arbeitern in

120 Vorwärts (Bonn), 5. Februar 1960.

dieser Zeit in vielen Fällen gelang, mit der bloßen Streikandrohung bestimmte Forderungen durchzusetzen. Die Unternehmer sahen sich angesichts der Existenz der DDR und der von ihren sozialen Errungenschaften auf Westdeutschland ausgehenden Wirkungen zu beträchtlichen Zugeständnissen gezwungen.

Angesichts der Gefahren, die sich aus der neuen Konzeption der Führung der SPD für die westdeutsche Arbeiterklasse ergaben, erhöhte sich die Verantwortung der in der Illegalität kämpfenden KPD. Im Februar 1960 tagte eine Parteikonferenz der KPD. Das von ihr verabschiedete Aktionsprogramm ging davon aus, daß es infolge der Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus und den Volksmassen notwendig war, weiteste Kreise der Bevölkerung in den Kampf um eine neue, demokratische und friedliche Politik in Westdeutschland einzubeziehen. Die Forderungen im Programm, wie Einstellung der atomaren Aufrüstung, Rüstungsstopp, Entfernung der Faschisten aus dem Staatsapparat, Aufhebung aller Gesetze, die die demokratischen Rechte einschränkten, Zurückdrängung des Einflusses der Monopole, Erhöhung des Lebensstandards der Volksmassen, entsprachen diesem Ziel. Ihre Verwirklichung wäre geeignet gewesen, die Fortsetzung der aggressiven Politik zu verhindern und den Einfluß der reaktionärsten Kräfte im Staatsapparat zurückzudrängen. Es waren Forderungen, die auch von den oppositionellen Kräften aus allen Bevölkerungsschichten zu den verschiedensten Anlässen aufgestellt worden waren.

In ihrem Beschluß erklärte die Konferenz: *„Die KPD sieht ihre historische Verpflichtung, ihre einzige Aufgabenstellung in der Gegenwart darin, gemeinsam mit der Arbeiterklasse, mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen in Stadt und Land eine solche Wende in der Politik Westdeutschlands herbeizuführen, die der gesamten Bevölkerung eine Zukunft des Friedens, der Demokratie und des wachsenden Wohlstandes eröffnet. Diese Aufgabe ist bestimmend für Weg und Ziel unserer Partei.*

Wir sind für die Beseitigung der militaristisch-klerikalen Herrschaft und für die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung. Wir sind für die Einigung aller Volkskräfte im Kampf zur Zurückdrängung des Militarismus, zur Beendigung der atomaren Aufrüstung, zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen Rechte des Volkes. Das Ziel ist eine parlamentarisch-demokratische Ordnung,

in der die große Mehrheit des Volkes, die Arbeiter gemeinsam mit allen friedliebenden, demokratischen Bürgern bestimmen. So wird der Wille des Volkes oberstes Gesetz."[121]

Die KPD setzte sich entschieden für ein richtiges Verhältnis der Werktätigen Westdeutschlands zur DDR ein. Sie wies auf die Notwendigkeit hin, offensiv die Rolle der DDR zu erläutern, weil die Hetze gegen die DDR das Kernstück der Kriegshetze und des antikommunistischen Kreuzzuges in Westdeutschland war.

Die KPD unterstrich daher in ihrer programmatischen Erklärung: „Wenn die friedliebenden Menschen Westdeutschlands ihre eigenen Vorstellungen zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage mit den Vorschlägen vergleichen, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Parteien und Organisationen der Nationalen Front und die Regierung der DDR machen, so werden sie in allen wesentlichen Fragen eine Übereinstimmung feststellen. Das kann nicht anders sein, denn die regierenden Kräfte in der DDR sind Arbeiter, Bauern, Geistesschaffende, Werktätige der verschiedenen Berufe, Menschen, die der gleichen Arbeiterklasse, dem gleichen Volk angehören wie auch die Werktätigen Westdeutschlands."[122]

Die KPD erwarb sich das Verdienst, den Volksmassen den Weg gezeigt zu haben, wie eine Wende in der Politik in Westdeutschland erreicht werden mußte. Es gab außer ihr noch andere Kräfte in Westdeutschland, die im Widerspruch zum Adenauer-Regime standen und dies in Demonstrationen, Versammlungen und Appellen zum Ausdruck brachten. Diese Kräfte waren aber in viele Gruppen zersplittert. Die KPD gab den oppositionellen Kräften ein Programm, das den gemeinsamen Interessen entsprach. Damit war auch ein Weg zur Sammlung aller demokratischen Kräfte gezeigt. Die KPD hatte erneut bewiesen, daß sie trotz aller Schwierigkeiten der illegalen Arbeit am konsequentesten die Interessen der Volksmassen vertrat.

Die Delegiertenkonferenz beschäftigte sich ferner mit der Frage, wie die Parteiarbeit verbessert werden mußte, damit die Ziele des Aktionsprogramms verwirklicht werden konnten. Auf der Konferenz wurden die illegale Arbeit und der aufopferungsvolle Kampf der Organisationen und Mitglieder der KPD gewürdigt. Um aber die neuen

121 Die KPD lebt und kämpft, S. 430.

122 Ebenda, S. 425.

Aufgaben erfüllen zu können, mußte der ideologische, politische und organisatorische Zustand der Partei verbessert werden.

Als Hauptaufgabe in der massenpolitischen Arbeit bezeichnete die Delegiertenkonferenz die Überwindung von Enge und Sektierertum. Sie orientierte die Mitglieder auf die Teilnahme an allen Aktionen, die in irgendeiner Form gegen das Adenauer-Regime gerichtet waren. Das war notwendig, um die Verbindung mit den Massen zu vertiefen, ihnen die politischen Zusammenhänge zu erläutern und dadurch die Bewegung weiterzuführen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gewidmet, die auch den nichtproletarischen Schichten neue Impulse im Kampf geben und ihre Zusammenfassung erleichtern konnte. Max Reimann betonte, in der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern müßten die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter in den Vordergrund gestellt werden. Dabei gelte es, sektiererische Auffassungen zu überwinden, daß eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten unmöglich sei. Solche Auffassungen widersprachen der Wirklichkeit und hinderten die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Die Parteikonferenz der KPD rückte die Hauptaufgabe in Deutschland, die Sicherung des Friedens, in den Vordergrund der politischen Arbeit und rief dazu auf, die ganze Kraft für deren Lösung einzusetzen.

5. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft im Frühjahr 1960

In den Jahren von 1952 bis 1959 hatte die sozialistische Entwicklung auf dem Lande bereits festen Fuß gefaßt. Die politisch am weitesten fortgeschrittenen Bauern hatten unter Führung und dank der umfassenden Hilfe der Arbeiterklasse feste Grundlagen für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft geschaffen.

Am 30. November 1959 betrug der Anteil der von LPG bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche bereits 43,5 Prozent. Die Entwicklung in den einzelnen Bezirken war sehr unterschiedlich. Während im Bezirk Halle 59,2 Prozent und in den Bezirken Magdeburg,

Rostock und Schwerin etwas über 50 Prozent der Flächen von LPG bewirtschaftet wurden, waren es in den Bezirken Cottbus, Dresden und Karl-Marx-Stadt weniger als 30 Prozent, im Bezirk Suhl sogar nur 15,7 Prozent.

Insgesamt gesehen hatte sich jedoch immer deutlicher die wachsende Überlegenheit der genossenschaftlichen Großproduktion über die bäuerliche Einzelwirtschaft gezeigt. Die LPG erreichten bei Getreide, Ölfrüchten und Feldfutterpflanzen höhere Erträge. So betrugen 1959 die Erträge der wichtigsten Kulturen – in Getreideeinheiten pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche – in den LPG 24,1 Dezitonnen, während die Einzelbauern nur 22,5 Dezitonnen pro Hektar erwirtschafteten. Die Überlegenheit der LPG zeigte sich auch daran, daß der Zeitaufwand für die Produktion einer Dezitonne in den LPG wesentlich geringer war als in den Wirtschaften der Einzelbauern.

In den LPG vergrößerte sich auch der Viehbestand schneller als bei den Einzelbauern. So stieg der Viehbesatz pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Genossenschaften von 1957 bis 1959 um 15,3 Prozent, bei den Einzelbauern jedoch nur um 1,2 Prozent. Die Überlegenheit der LPG zeigte sich auch darin, daß das staatliche Aufkommen je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche – umgerechnet in Getreideeinheiten – von 1958 zu 1959 in den LPG um 12,1 Prozent, bei den einzelbäuerlichen Betrieben dagegen nur um 6,5 Prozent gesteigert werden konnte.

Aus der von der SED erarbeiteten Konzeption, die Volkswirtschaft allseitig zu entwickeln, ergab sich für die Landwirtschaft die Aufgabe, die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter zu festigen und die Agrarproduktion bedeutend zu steigern, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung aus dem eigenen Aufkommen besser befriedigen zu können. Auch war die sozialistische Umgestaltung erforderlich, um die vom V. Parteitag der SED gestellte Aufgabe, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland zu beweisen, erfüllen zu können.

Die Regierung der DDR beschloß wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Am 3. Juni 1959 verabschiedete die Volkskammer der DDR das LPG-Gesetz, das wesentlich dazu beitrug, die genossenschaftlichen Eigentumsverhältnisse zu festigen und den weiteren freiwilligen Zusammen-

schluß aller Einzelbauern zur genossenschaftlichen Großproduktion zu fördern.[123]

In der Landwirtschaft war der Zeitpunkt gekommen, alle Bauern für die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu gewinnen. Der Widerspruch zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen in der einzelbäuerlichen Wirtschaft war voll ausgereift. Die bäuerlichen Einzelbetriebe hemmten nicht nur die volle Entfaltung der neuen Produktivkräfte in diesen Betrieben, sondern auch die Weiterentwicklung vieler LPG, weil die Flächen vieler Einzelbetriebe innerhalb deren Flächen lagen.

Die Kapazität moderner Produktionsmittel, wie Mähdrescher und Hackfruchtkombines, konnte nicht voll ausgenutzt werden. Immer mehr Bauern erkannten, daß die landwirtschaftliche Produktion nur gesteigert, ihr Lebensniveau erhöht und die Arbeitsbedingungen erleichtert werden konnten, wenn sie zur genossenschaftlichen Produktion in landwirtschaftlichen Großbetrieben übergingen. Gleichzeitig hinderte sie jedoch ihr tief verwurzelter Privateigentümersinn, den notwendigen Schritt zu tun. Zuviel verband sie mit dem Grund und Boden, der durch den Schweiß ihrer Arbeit getränkt war, mit all dem, was sie in den Hof in mühseliger Arbeit hineingesteckt hatten.

Dank der Unterstützung, die die Bauern durch den Arbeiter-und-Bauern-Staat erfahren hatten, war der jahrhundertealte Traum von einem glücklichen Leben auf eigenem Grund und Boden nach der demokratischen Bodenreform Wirklichkeit geworden. Dem deutschen Bauer war es wirtschaftlich noch nie so gut gegangen wie in dieser Zeit, da sowohl die Genossenschaftsbauern als auch die Einzelbauern der DDR ihr Leben von Jahr zu Jahr besser gestalten konnten.

Um den nicht leichten Übergang von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen Produktionsweise zu vollziehen, mußten sich die Einzelbauern vor allem davon überzeugen, daß dieser Schritt für sie mit weiteren bedeutenden Vorteilen verbunden war. Deshalb war es besonders wichtig, diejenigen Bauern für die LPG zu gewinnen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Leistungen bereits ein hohes Ansehen im Dorfe genossen und mit ihren Fachkenntnissen dazu beitragen konnten, die in der genossenschaftlichen Produktionsweise wurzelnden Vorteile voll zu nutzen. In jenen Kreisen, in denen sich die Organisationen der SED darauf konzentrierten, die besten Bauern für die Mitarbeit in den LPG zu gewinnen und beharrlich die ver-

[123] Dokument Nr. 47.



5. Kongreß des FDGB vom 26. bis 31. Oktober 1959 in der Dynamo-Sporthalle zu Berlin



Theoretische Konferenz des ZK der SED am 29. und 30. Januar 1960 in der Parteihochschule „Karl Marx" in Berlin unter Teilnahme von O. W. Kuusinen (fünfter v. l.)



VEB Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe", eine der Großbaustellen der Republik



Lehrschau für Standardisierung vom 15. November bis 20. Dezember 1959 in Leipzig



VEB Automobilwerk Eisenach



X. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig, 5. September 1959



Angehörige des Jahrgangs 22 demonstrieren in München
gegen die ihnen drohende Einberufung zur westdeutschen NATO-Armee,
2. September 1959



Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland berät über die Aufgaben bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, 22. Januar 1960



Beratung über die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion in den LPG „Zum Winkel" und „Neuer Born" in Bornsdorf (Kreis Luckau), Mai 1960



In der LPG „Uckermark" in Dedelow (Kreis Prenzlau) werden Feldraine beseitigt, um die Herbstbestellung auf größeren Flächen durchführen zu können



Auf der 8. Tagung des ZK der SED vom 30. März bis 2. April 1960 referiert Walter Ulbricht über die Aufgaben zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Marktproduktion und über die Entwicklung der LPG in der DDR



Das Gebäude des Zentralkomitees der SED am Marx-Engels-Platz in Berlin



Moderne Technik unterstützt die Genossenschaftsbauern von Baasdorf (Kreis Köthen)



Angehörige der Nationalen Volksarmee
helfen den Genossenschaftsbauern in Prettin (Kreis Jessen)



Kinderkrippe in Karl-Marx-Stadt

Werktätige in der ehemaligen Villa Werner von Siemens' in Neufahrland (bei Potsdam)

schiedenen Probleme zu klären, die mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit auftraten, ging es mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft am schnellsten voran. Anschaulich zeigte dies das Beispiel des Kreises Eilenburg im Bezirk Leipzig, der am 12. Dezember 1959 der erste vollgenossenschaftliche Kreis der Republik wurde.

Unter den Bauern des Kreises, darunter auch den Mittel- und Großbauern, hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der genossenschaftlichen Großproduktion die Zukunft gehört. So erklärte ein Mittelbauer aus dem Kreis Eilenburg: „Die sozialistische Entwicklung auf dem Lande ist nicht aufzuhalten, im Gegenteil, wir sind verpflichtet, sie weiter zu fördern. Als Einzelbauern hemmen wir aber die Entwicklung, die ein Leben in Wohlstand, Frieden und Glück für alle Menschen garantiert. Deshalb habe ich mich entschlossen, aktiv Hand anzulegen, um das Gute zu fördern."[124]

Anfang 1960, nachdem die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1959 noch einmal die Situation in der Landwirtschaft analysiert und festgestellt hatte, daß das Ansteigen der Marktproduktion und die bessere Versorgung der Bevölkerung nur durch das Wachstum der sozialistischen Produktionsverhältnisse gesichert werden konnten, begann die entscheidende Etappe in der Gewinnung der Bauern für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft.

Am 15. Januar 1960 wies das Zentralkomitee der SED in einem Brief an alle Grundorganisationen der Partei in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, volkseigenen Gütern, Maschinen-Traktoren-Stationen, Reparatur- und Technischen Stationen und in den Dörfern noch einmal darauf hin, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Anwendung der neuesten Erkenntnisse in der Feld- und Viehwirtschaft nur möglich seien, wenn es gelänge, die einzeln wirtschaftenden Bauern für die LPG zu gewinnen und so die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter zu festigen.

Am 22. und 23. Januar 1960 fand eine Tagung des Nationalrates der Nationalen Front statt, die unter der Losung stand „Dem Volke mehr Lebensmittel und Rohstoffe, den Bauern ein schöneres, kulturvolleres Leben, dem Frieden eine feste, sichere Basis in der DDR". Der Vizepräsident des Nationalrates, Horst Brasch, legte dar, daß der Einsatz der modernen Technik, die Anwendung wissenschaftlicher

124 Zit. nach: Walter Ulbricht: Gesetz über den Siebenjahrplan ... In: Volkskammer der DDR, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung, 1959, S. 181.

Methoden in der Produktion und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, verbunden mit der konsequenten Weiterführung der sozialistischen Umgestaltung, die entscheidenden Voraussetzungen sind, um eine hohe Marktproduktion zu erreichen. In der Aussprache forderten die Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen, unter ihnen der Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Ernst Goldenbaum, und der Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED Gerhard Grüneberg, an diesem großen Werk tatkräftig mitzuarbeiten, die politische Massenarbeit auf dem Dorfe zu verstärken und die sozialistische Umgestaltung mit allen Kräften zu unterstützen. Die Nationalratstagung beschloß, den Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf unmittelbar mit verstärkten Anstrengungen zu verbinden, alle noch einzeln wirtschaftenden Bauern für die sozialistische Produktionsweise zu gewinnen.[125]

Wenige Tage später, am 27. Januar 1960, fand eine Beratung des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED statt, in deren Mittelpunkt die Probleme der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft standen. Auf dieser Tagung wurden vor allem die Erfahrungen des Kreises Eilenburg ausgewertet. Walter Ulbricht erklärte: „Das wichtigste Thema heißt jetzt Vergenossenschaftlichung. Wenn die Aufgabe, die der Landwirtschaft gestellt ist, nämlich hohe Erträge zu erzielen, ernst genommen wird, müssen wir überall das genossenschaftliche Dorf schaffen. Niemand ist in der Lage, sich dem zu entziehen. So ist die wirkliche Lage, und aus dem Grunde sprechen wir offen darüber."[126]

Die Beratung des Zentralkomitees gab den Auftakt, alle Bauern für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen. Die sozialistische Gesellschaft bot große Kraft auf, um mit jedem einzelnen, der noch zögerte, zu sprechen, ihn aufzuklären und von den Vorteilen der genossenschaftlichen Produktion zu überzeugen. Arbeiter, Aktivisten der SED und aller anderen Parteien des Demokratischen Blocks, des FDGB und der anderen Massenorganisationen, Staatsfunktionäre und fortschrittliche Bauern, die schon den Schritt vom „Ich zum Wir" gegangen waren, erläuterten in Bauernversammlungen oder in Gesprächen die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise und die Perspektive der Bauern in der DDR.

125 Dokument Nr. 56.

126 Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Berlin 1962, S. 961/962.

Immer mehr Bauern begannen zu begreifen, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört und daß die weitere Stärkung der gesellschaftlichen Grundlagen der DDR die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in Deutschland, für das Zurückdrängen der revanchistischen Kräfte in Westdeutschland, für die Verhinderung militärischer Abenteuer der westdeutschen Imperialisten war. Sie erkannten immer besser, daß sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen der Zeitpunkt gekommen war, sich für den Sozialismus zu entscheiden und den LPG beizutreten.

In den Aussprachen wurde auch nachgewiesen, daß sich der Übergang zum Großbetrieb in der Landwirtschaft in der ganzen Welt durchsetzte, da die Entwicklung der modernen Produktivkräfte ihn erforderte. In Westdeutschland wurde der Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft durch staatsmonopolistische Maßnahmen, wie die vom westdeutschen Bundestag jährlich bestätigten sogenannten Grünen Pläne und durch die Eingliederung der westdeutschen Landwirtschaft in die imperialistische Integration, entscheidend vorangetrieben. Von 1949 bis 1960 mußten rund 360 000 Klein- und Mittelbauern, die bis zu 10 Hektar Land bewirtschaftet hatten, ihre Höfe aufgeben. Die Mehrzahl von ihnen fand im Zuge der Konjunktur Arbeit in der Industrie und konnte sich so eine neue Existenz schaffen. Für zahlreiche Klein- und Mittelbauern gestaltete sich der Konzentrationsprozeß jedoch sehr qualvoll, da sie sich nur schweren Herzens von ihren Höfen trennten und infolge ihres Alters oder ihres Bildungsstandes keinen sicheren Arbeitsplatz in der Industrie fanden.

In hartem Konkurrenzkampf mit den ökonomisch stärkeren kapitalistischen Agrarbetrieben versuchten sie daher, ihre Existenz zu halten. Sie schränkten ihre eigene Konsumtion ein, verlängerten ihren Arbeitstag, spannten die Kräfte der Familie bis zum äußersten an und wurden doch ruiniert.

Die SED erklärte den Bauern, daß sich die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR grundlegend vom kapitalistischen Konzentrationsprozeß unterschied. Die modernen sozialistischen Agrarbetriebe entstanden nicht durch massenhaften Ruin der Klein- und Mittelbauern, sondern wurden von den Bauern selbst gebildet. Sie gaben jedem Landwirt eine gesicherte wirtschaftliche, politische und kulturelle Perspektive als Bauer.

So wurden in dieser Zeit durch die Partei der Arbeiterklasse und

die anderen Kräfte der Nationalen Front gemeinsam mit den Bauern die politischen und wirtschaftlichen Grundfragen der Entwicklung in der Landwirtschaft herausgearbeitet. Bei immer mehr Bauern setzte sich die Meinung durch: Wenn wir in die LPG gehen, dann gehen wir alle.

Ein Mittelbauer aus dem Kreis Schmölln begründete seinen Eintritt in die LPG mit den Worten: „Es mag jemand das wahrhaben wollen oder nicht: die sozialistische Großproduktion bahnt sich unaufhaltsam ihren Weg." Weiter sagte er: „Unser Staat gab uns nach 1945 als Einzelbauern eine gute Existenz. Er will auch jetzt mit der Genossenschaftsbewegung nur das Beste für die Gesellschaft und jeden Bauern selbst. Das sollte jeder begreifen, der noch unentschlossen abseits steht, und sich deshalb für den genossenschaftlichen Weg, den sozialistischen Weg entscheiden."[127]

Im Norden der Republik, vor allem im Bezirk Rostock, wurde von den Organisationen der SED eine große Initiative entfaltet. Am 13. Februar 1960 fand in Rostock eine Aktivtagung der Nationalen Front mit 3000 Teilnehmern statt, auf der Bauern und Arbeiter, Schiffsbauer und Handwerker, Sozialisten und Christen ihre Bereitschaft kundtaten, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft aus ganzer Kraft zu unterstützen. Mit der Losung „Der Apfel ist reif" entfalteten die Bezirksleitung der SED und der Bezirksausschuß der Nationalen Front eine umfassende massenpolitische Arbeit für den Sieg des genossenschaftlichen Weges in der Landwirtschaft.

Besonders große Fortschritte machte die sozialistische Umgestaltung in dem industriell relativ stark entwickelten Kreis Wismar, in dem bereits Ende 1959 drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche sozialistisch bewirtschaftet wurden und in dem alle LPG rentabel arbeiteten. Viele Arbeiter aus den Industriebetrieben Wismars und Funktionäre der Parteien, der Gewerkschaften und des Staatsapparates sprachen täglich mit den Bauern und halfen ihnen, noch bestehende Zweifel zu überwinden. Am 21. Februar 1960 war Wismar der zweite vollgenossenschaftliche Kreis der Republik.

Das Beispiel von Wismar hatte große Auswirkungen auf die anderen Kreise des Ostseebezirkes. Unter Führung der SED gingen Arbeiter aus den Großbetrieben, Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungen

127 Zit. nach: Walter Ulbricht: Gesetz über den Siebenjahrplan ... In: Volkskammer der DDR, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung, 1959, S. 180.

und Funktionäre aller Parteien und Massenorganisationen in die Dörfer und halfen den Bauern, die Vorteile der genossenschaftlichen Produktionsweise und ihre Perspektive im Sozialismus zu erkennen. Die Aussprachen auf dem Lande waren durch eine lebendige, persönliche Atmosphäre gekennzeichnet und trugen zur weiteren Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bei. Ende Februar wurden weitere Kreise des Ostseebezirks vollgenossenschaftlich, und am 4. März 1960 war dann Rostock der erste vollgenossenschaftliche Bezirk der DDR.

Dieser großartige Erfolg an der Ostseeküste löste ein starkes Echo in den anderen Bezirken aus. Der Bauer Walter Ruhl aus Doberburg im Kreis Beeskow sagte: „Als unsere Bauern dann aber im ‚Bauern-Echo' lasen, daß in Rostock 2000 Bauern ... in die LPG eingetreten sind und viele Kreise bereits vollgenossenschaftlich waren, da ist auch bei uns endlich der Knoten geplatzt."[128]

Funktionäre aus dem Bezirk Frankfurt (Oder) suchten den der CDU angehörenden Vorsitzenden der LPG in Goorstorf (Landkreis Rostock), Erwin Mundt, auf, um zu erfahren, warum es dort so schnell gegangen war. Der ehemalige Mittelbauer erklärte ihnen: „Alle haben mitgemacht bei uns, gleich welcher Partei sie angehören, gleich welche Weltanschauung sie vertreten ... Vor allen Dingen die Genossenschaftsbauern haben mit ihren noch einzeln wirtschaftenden Kollegen gesprochen. Ich war Tag und Nacht unterwegs in dieser Zeit ... Die Offensive, die von allen Kräften der Nationalen Front für den Sozialismus geführt worden war, hatte eine solche Güte, daß der Klassengegner nicht zum Zuge kam."[129]

Dem Bezirk Rostock folgte der Bezirk Neubrandenburg, in dem bis zum 12. März 1960 ebenfalls die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft den Sieg davongetragen hatten. Den beiden mecklenburgischen Bezirken folgten die Bezirke Frankfurt (Oder) und Potsdam. Am 21. März 1960 richtete das Zentralkomitee der SED einen Brief an alle Genossenschafts- und Einzelbauern. „Heute weht über Mecklenburg und Brandenburg das stolze Banner des Sozialismus in jedem Dorf. Es weist allen Bäuerinnen und Bauern und besonders der Jugend des Dorfes den Weg in eine glückliche Zukunft. In diesen Gebieten, wo einst der preußische Militarismus

128 Protokoll des VI. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. 12.–14. Mai 1960, Güstrow, Rudolf-Harbig-Sporthalle, Leipzig 1960, S. 126.

129 Neues Deutschland (B) (Berlin), 4. März 1960.

und die Junker hausten, wurden seit der Zerschlagung des Faschismus große Umwälzungen vollzogen."[130]

Das Zentralkomitee der SED sprach die Überzeugung aus, daß auch die Bauern, die noch nicht den Schritt in die LPG getan hatten, sich mit der genossenschaftlichen Arbeit vertraut machen würden. Die Organe der SED und des Staates, die Agrarwissenschaftler und Spezialisten wurden aufgerufen, den Bauern bei der Lösung aller in den vollgenossenschaftlichen Dörfern auftretenden Probleme zu helfen.

Auch in den südlichen Bezirken der Republik fanden die Bauern die Unterstützung aller Parteien der Nationalen Front, der Staatsorgane, der Arbeiter in den Großbetrieben und der Wissenschaftler. So halfen die Arbeiter des Mähdrescherwerkes Weimar in fünf Dörfern, alle Bauern für den Sozialismus zu gewinnen. Zahlreiche Arbeiter der VVB Braunkohle Cottbus, des Glühlampenwerkes Plauen, des Nähmaschinenwerkes Saalfeld, der Maxhütte Unterwellenborn und vieler anderer Betriebe gingen in die Dörfer und nahmen an Aussprachen mit den Bauern teil.

Die beharrliche Arbeit auf dem Lande führte dazu, daß die Bauern aus eigener Überzeugung den bedeutsamsten Schritt ihres Lebens gingen. Die SED berücksichtigte sehr umsichtig die konkrete Lage in den einzelnen Dörfern und knüpfte an den Bewußtseinsstand der Bauern an. Nur wenige Wochen vorher hatten manche der neuen Vorsitzenden, Brigadiere und Mitglieder der LPG noch daran gezweifelt, daß ihnen der landwirtschaftliche Großbetrieb Vorteile bringen würde. Sehr bald aber wurden sie in Anbetracht der Hilfe der Arbeiterklasse zuversichtlich, als sie in vielen LPG die ersten Ergebnisse der Gemeinschaftsarbeit, die schnelle und zügige Frühjahrsbestellung sahen.

Am 15. April waren nahezu alle Bauern den LPG beigetreten. Damit waren seit Dezember 1959 insgesamt über 500 000 Bauern, Bäuerinnen und Landarbeiter den bereits bestehenden oder den 9213 neu entstandenen LPG beigetreten. Am 25. April 1960 faßte die Volkskammer der DDR einen Beschluß über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in dem der Übergang der Bauern zur Arbeit in den LPG bestätigt und die weiteren Aufgaben

130 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin 1962, S. 45.

zur Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft dargelegt wurden.[131]

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vollzog sich im harten Kampf gegen die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die große Anstrengungen unternahmen, um die Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung zu verunglimpfen und Zweifel am Siege des Sozialismus zu säen. Der Vorsitzende der LPG Schönermark, Kreis Gransee, Erich Klemt, beantwortete die Verleumdungen und Lügen über eine angebliche Zwangskollektivierung mit den Worten: „Wer soll uns denn eigentlich unter Druck setzen? Etwa die Arbeiter und Bauern, die aus unseren Reihen kommen und uns in der Regierung oder Volkskammer vertreten? Ich bin selbst Abgeordneter des Bezirkstages Potsdam. Wollen mich die Bonner kalten Krieger etwa für so töricht halten, daß ich mich selbst unter Druck setze? Ihnen sei nur gesagt: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Als Genossenschaftsbauer fühle ich mich frei, freier denn je zuvor."[132]

Mit dem Eintritt aller Bauern in die LPG hatte der jahrhundertealte Befreiungskampf der deutschen Bauern siegreich auf dem Gebiet der DDR geendet. Dieser revolutionäre Schritt der Bauern war nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie das wichtigste Ergebnis beim Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Der Zusammenschluß der Bauern erfolgte in einem so schnellen Tempo, daß die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland keine Zeit fanden, ihm wirksam entgegenzutreten. Sie waren von dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse überrascht, denn sie hatten wieder einmal die Kraft des Sozialismus und die Bereitschaft der Bevölkerung, die Politik der SED zu unterstützen und die DDR zu stärken, unterschätzt.

Großen Anteil am Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande hatten neben der SED auch die CDU, die LDPD, die NDPD, der DFD, der FDGB, die FDJ und vor allem die DBD und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Zahlreiche Mitglieder der mit der SED befreundeten Parteien wurden in die Vorstände der LPG gewählt, viele auch zu Vorsitzenden.

Auch Hunderte von Gemeindepfarrern und Kirchenältesten aus den Landgemeinden bestätigten in öffentlichen Erklärungen die Richtig-

131 Dokument Nr. 61.

132 Bauern-Echo (Berlin), 13. März 1960.

keit des Eintritts der Bauern in die LPG. So erklärten Pfarrer und Kirchenälteste des Bezirkes Cottbus in einem Aufruf: „Unsere neue Zeit erfordert gebieterisch, daß alle Hände und Kräfte im Dorf gemeinsam, genossenschaftlich ans Werk gehen.

Tausende christlicher Bauern haben sich in den letzten Tagen der Entwicklung in den Kreisen unseres Bezirkes angeschlossen. Sie taten dies im Glauben, daß die gemeinschaftliche Arbeit imstande ist, allen Menschen in Fülle Brot, Fleisch und Butter auf den Tisch zu bringen. Denn aus dem Gebot der Nächstenliebe heraus ist es für uns selbstverständlich, für den Mitmenschen zu sorgen und zu schaffen."[133]

Die Haltung der Kirchenleitungen in der DDR ließ ebenfalls erkennen, daß sie sich nicht in Widerspruch zu den Interessen der Bauern bringen lassen wollten. Der rangälteste Landesbischof der DDR, Moritz Mitzenheim, erklärte: „Die Frage, ob Einzelwirtschaft oder LPG, ist keine Glaubensentscheidung, sondern eine ökonomisch-politische, die nach Vernunftserwägungen zu entscheiden ist... Gesellschaftliche Wandlungsprozesse gehen nicht immer ohne äußere und innere Schwierigkeiten für den einzelnen vor sich. Die Kirche weiß um ihr Amt, auch in solchen Zeiten allen ihren Gemeindemitgliedern zur Seite zu stehen, um ihnen dazu zu helfen, daß sie ihr Leben sinnvoll als Dienst am Nächsten verstehen!"[134] Auch der Superintendent a. D. Friedrich Lucas von der Insel Usedom betonte, daß die sozialistische Umgestaltung den von der Kirche vertretenen sittlichen Grundsätzen nicht widerspreche: „Darum", so fuhr er fort, „ist es durchaus christlich, den Weg vom Ich zum Wir zu bejahen."[135]

In einer Veröffentlichung über ein Gespräch des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin, Josef Stadler, mit Landesbischof Niklot Beste, die von allen Gesprächsteilnehmern gebilligt wurde, hieß es: „Es wurde über die Notwendigkeit der Umgestaltung der Landwirtschaft gesprochen, die zum Wohle der gesamten Bevölkerung und des friedlichen Aufbaus erforderlich ist. Der Landesbischof wies darauf hin, daß die christliche Bevölkerung allgemein gewissenhaft und treu ihre Pflicht dem Staat gegenüber erfüllt. Das komme auch durch die

133 Neues Deutschland (A) (Berlin), 24. März 1960.

134 Zit. nach: Walter Ulbricht: Der Kampf um die Erhöhung der Marktproduktion der LPG. Aus dem Referat auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 30. März bis 2. April 1960. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VIII, Berlin 1965, S. 721/722.

135 Zit. nach: Ebenda, S. 722.

breite Mitarbeit beim sozialistischen Aufbau sichtbar zum Ausdruck. – Der Entwicklung auf dem Lande stehe auch die evangelische Kirche aufgeschlossen gegenüber. – Die LPG erleichtern allen Bauern den Weg zur umfassenden Steigerung der Produktion. Dieser Weg führt zu einem hohen Wohlstand für ihre Familien und zu einem besseren Leben der ganzen Gesellschaft."[136]

Mit der sozialistischen Umwälzung auf dem Lande löste die SED gemeinsam mit allen Parteien und Organisationen der Nationalen Front eine der schwierigsten Aufgaben in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die in viele Zehntausende von Kleinbetrieben zersplitterte Landwirtschaft wurde in sozialistische Bahnen gelenkt. Die ersten Monate des Jahres 1960 waren ein historisch bedeutsamer Zeitabschnitt, und völlig zu Recht sprach man allerorts in der DDR vom „sozialistischen Frühling auf dem Lande". Durch die sozialistische Umwälzung in der Landwirtschaft wurde die Einheit der Bauernschaft auf einer höheren Stufe hergestellt.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft erhielt einen neuen Inhalt. Beide Klassen waren jetzt mit dem sozialistischen Eigentum verbunden und wirkten gemeinsam an der Festigung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit. Für den Bauern hatten die zurückgebliebenen Produktionsverhältnisse jedoch die jahrhundertealte Gewohnheit bedeutet, mit individuellen Produktionsmitteln im Rahmen seiner kleinen Wirtschaft zu produzieren. Die Arbeit in den LPG verlangte von ihm eine völlig neue Lebens- und Denkweise. Vielen Bauern fiel es zunächst schwer, sich von den alten Gewohnheiten zu trennen.

Die umsichtige Bündnispolitik der SED hatte auch Tausenden Großbauern den Eintritt in die LPG erleichtert. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat hatte ihnen ebenfalls einen Weg gewiesen, der ihnen eine sichere Zukunft gab und sie zu gleichberechtigten, sozialistisch schaffenden Bauern werden ließ. Viele Großbauern hatten bereits seit Jahren einen geachteten Platz in den LPG inne. Die umfassende Bündnispolitik der SED überzeugte die bis dahin noch einzeln wirtschaftenden Großbauern davon, daß auch ihre Perspektive in den sozialistischen Produktionsgenossenschaften lag. So erklärte ein Großbauer aus Rüdigsdorf: „Die Genossenschaft in Rüdigsdorf hat sich meinen Hof gründlich angesehen und vorgesehen, ihn als Aufzucht- und Mastbetrieb zu entwickeln. Mir ist klar, daß durch die Speziali-

136 Neues Deutschland (A) (Berlin), 24. März 1960.

sierung in der Landwirtschaft bedeutend höhere Erträge erzielt werden können, als das bei einem Einzelbauern möglich ist."[137]

Einige Großbauern versuchten allerdings, ausbeuterische Tendenzen in die LPG zu tragen und zu spekulieren. Viele Großbauern dagegen arbeiteten ehrlich und nach besten Kräften in den LPG mit. Sie stellten ihre Erfahrungen im Ackerbau und in der Viehzucht zur Verfügung.

Die Entwicklung in den einzelnen Genossenschaften war sehr unterschiedlich. Die SED mußte einige Funktionäre, die zu administrieren versuchten, zurechtweisen. Sie schritt entschieden gegen alle Versuche ein, sofort von LPG des Typs I zu denen des Typs III überzugehen oder Groß-LPG zu bilden. Für eine solche Entwicklung waren die Bedingungen noch nicht reif. Es fehlte sowohl an qualifizierten Kadern als auch an entsprechenden Produktionsmitteln. Vor allem aber konnte der tiefverwurzelte Eigentumssinn vieler Bauern nur allmählich überwunden werden. Die LPG Typ I, in der nur der Boden gemeinschaftlich bearbeitet wird, während noch eine getrennte Viehhaltung weiterbesteht, erleichterte den Bauern den Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit. Jede Überspitzung hätte dem Sozialismus großen Schaden zugefügt.

Es war deshalb vollkommen richtig, daß über 50 Prozent aller einzelbäuerlichen Betriebe zunächst den LPG vom Typ I angehörten. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion über den Typ I diente damals am besten der systematischen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Während sich in den LPG vom Typ I in der genossenschaftlichen Feldbestellung die Vorzüge der modernen Technik und der gemeinsamen Arbeit für alle sichtbar herauskristallisierten, blieb den Bauern Zeit zur Entwicklung ihrer Viehwirtschaft, zum Bau moderner Ställe und zum Studium der modernen Erkenntnisse der Agrotechnik in allen Bereichen. Die Voraussetzungen für den Übergang zum höheren Typ der LPG konnten nur allmählich durch das Anwachsen der unteilbaren Fonds und den systematischen Aufbau einer gemeinschaftlichen Viehwirtschaft geschaffen werden. Aber auch im Ackerbau waren einige Jahre angestrengter Arbeit erforderlich, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu festigen und einen kontinuierlichen Produktionszuwachs zu erreichen.

Die Behauptung des Gegners, mit dem genossenschaftlichen Zu-

[137] Zit. nach: Walter Ulbricht: Gesetz über den Siebenjahrplan ... In: Volkskammer der DDR, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung, 1959, S. 179.

sammenschluß müßten die Erträge der Landwirtschaft unweigerlich absinken, wurden in der DDR von der Praxis widerlegt. Zwar gab es auch LPG, in denen ein zeitweiliges Absinken der Produktionsergebnisse zu verzeichnen war. Dies war meist dort der Fall, wo die Gemeinschaftsarbeit schlecht organisiert war und Bauern vor dem Eintritt in die LPG ihren Viehbestand reduziert und kein Saatgut eingebracht hatten. Es gab auch individuelle Streitigkeiten, derentwegen die genossenschaftliche Demokratie nicht entfaltet werden konnte. In einigen Fällen hemmten Mängel in der Leitungstätigkeit und das Fehlen qualifizierter Kader sowie ungenügende Unterstützung seitens einiger Organe der SED und des Staates die Entwicklung der jungen LPG.

Die große Leistung bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Frühjahr 1960 bestand jedoch gerade darin, daß es gelang, durch eine richtige Organisation der genossenschaftlichen Arbeit bereits 1960, im Jahr des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, die Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen und die pflanzliche Produktion gegenüber dem Vorjahr insgesamt zu steigern. Auch die Marktproduktion der Viehwirtschaft stieg, darunter bei Milch um 5,3 Prozent und bei Eiern sogar um 22,7 Prozent.

Der Eintritt der Bauern in die LPG war eine politische Entscheidung für den Sozialismus und den Arbeiter-und-Bauern-Staat, ein wirksamer Schlag gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus. Er zeigte das wachsende politische Bewußtsein der Bauern und war ein bedeutsamer Beitrag zur Lösung der nationalen Aufgaben der DDR.

Der Zusammenschluß aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erfolgte zum richtigen Zeitpunkt. Er entsprach voll und ganz den ökonomischen und politischen Erfordernissen und dem erreichten Stand des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Er war ein entscheidender Beitrag zur weiteren Festigung des sozialistischen deutschen Staates und damit auch des Friedens in Europa.

Mit dem Schritt von der individuellen Kleinproduktion zur genossenschaftlichen Produktion traten die Bauern über die Grenzen einer Wirtschaftsweise hinaus, die nicht nur die Steigerung der Produktion verhindert, sondern auch die politische, kulturelle und menschliche Entwicklung des Bauern gehemmt hatte. Die Bauern hatten zuvor wenig Möglichkeiten zum Erwerb von Wissen und Bildung gehabt. Jetzt war für sie das Tor in die Zukunft aufgestoßen.

Durch den freiwilligen Eintritt aller Bauern in die LPG wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Lande für immer beseitigt.

Die tiefste, bis dahin in der DDR noch bestehende ökonomische Wurzel des Kapitalismus war beseitigt. Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus konnten jetzt noch besser wirksam werden, weil in allen Hauptzweigen der Volkswirtschaft sozialistische Produktionsverhältnisse bestanden.

Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse stellte die SED die Aufgabe, jede LPG politisch und ökonomisch zu festigen und die gute genossenschaftliche Arbeit durchzusetzen. Dies war eine langwierige Aufgabe. Eine große Bedeutung kam in diesem Prozeß den Bäuerinnen zu, die jetzt von ihrer Gleichberechtigung in weitaus stärkerem Maße Gebrauch machen konnten. Mancher Bauer war erst durch seine Frau, die die Hauptlast der einzelbäuerlichen Wirtschaft zu tragen hatte, zum Eintritt in die Genossenschaft bewogen worden, und in einer Reihe von LPG standen die Bäuerinnen an der Spitze im Kampf um die Festigung der Genossenschaften.

Auch die Landjugend erhielt durch die sozialistische Großproduktion eine neue Perspektive. In den kleinbäuerlichen Betrieben hatten Hoch- und Fachschulkenntnisse kaum angewendet werden können. Viele Bauernsöhne waren deshalb in die Städte abgewandert und hatten nichtlandwirtschaftliche Berufe ergriffen. Jetzt aber brauchte jede LPG Agronomen, Techniker, ausgebildete Viehzüchter und andere Spezialisten.

Auch auf dem Lande wurde jetzt der Besuch der zehnklassigen polytechnischen Oberschule, die das Bildungsniveau dem städtischen anglich, zur Voraussetzung für das Erlernen eines landwirtschaftlichen Berufs und für die Anwendung der modernen Agrarwissenschaft in der genossenschaftlichen Arbeit.

Die FDJ unterstützte die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft besonders durch ihre Teilnahme an der Bewegung „Flora und Jolanthe". Diese Bewegung diente der Steigerung der Marktproduktion an tierischen Erzeugnissen. Daneben gab es hervorragende Jugendobjekte in der Landwirtschaft, beispielsweise die Nutzbarmachung der altmärkischen Wische, wo die Jugend in freiwilliger Arbeit einen Wert von 15,4 Millionen DM schuf. Im Frühjahr 1960 folgten 17 500 Jugendliche dem Aufruf des Zentralrats der FDJ: „10 000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche

Dorf". 9900 Jungen und Mädchen nahmen die Arbeit in der Viehzucht und als Traktoristen und Techniker auf.

Auf seiner 8. Tagung im März/April 1960 zog das Zentralkomitee der SED die Bilanz der stürmischen Entwicklung des Sozialismus auf dem Lande. In ihren Beschlüssen rückte die SED die politische und ökonomische Festigung der LPG und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Mittelpunkt. In allen Zweigen verlangte die sozialistische Großproduktion die Einführung neuer Produktionstechnologien, Programme zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und der Erträge in der Feld- und Viehwirtschaft. Die LPG stellten völlig neue Anforderungen an die wissenschaftliche Leitung und Organisation der Produktion. Die Erfahrungen der einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise erwiesen sich dafür als unzureichend. Die Vereinigung der Erfahrungen der Bauern mit den Erkenntnissen der Agrarwissenschaftler wurde zu einem dringenden Gebot.

Viele Wissenschaftler aus den Agrarinstituten stellten deshalb enge Verbindungen zu den LPG her und halfen unmittelbar bei der Organisation der Produktion und der Entwicklung der Genossenschaften. Die wissenschaftliche Leitung der Genossenschaften wurde dadurch gefördert, daß sich in der Zeit von 1958 bis 1961 die Zahl der Mitglieder mit Hoch- und Fachschulabschluß um weitere 7000 erhöhte. Darüber hinaus eigneten sich viele Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiter und Traktoristen gründliche Fachkenntnisse an und qualifizierten sich zu Spezialisten, Facharbeitern und Meistern der Landwirtschaft.

Mit dem freiwilligen Zusammenschluß aller Bauern in LPG war für die Steigerung der Produktion die wichtigste Voraussetzung geschaffen. Um die neuen Möglichkeiten auszunutzen, war eine neue Qualität der Arbeit der Vorstände der LPG, der Agrarwissenschaftler und der Organe der SED und des Staates erforderlich. Die Erfahrungen der besten Genossenschaften mußten schnell verallgemeinert werden, um alle LPG mit ihnen vertraut machen zu können. Der Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf wurde zu einem wichtigen Mittel, die genossenschaftliche Arbeit in den Gemeinden zu fördern.

Beispielgebend für alle Gemeinden, die noch keine hohen Ergebnisse in der genossenschaftlichen Produktion erreichten, war der Wettbewerbsvertrag zwischen den Ortsausschüssen der Nationalen Front der Gemeinden Krien und Krusenfelde im Kreis Anklam, der unter

Mitarbeit der Einwohner beider Gemeinden ausgearbeitet wurde.[138] Er enthielt vor allem Verpflichtungen zur maximalen Steigerung der Marktproduktion, zur Verbesserung der kulturellen Betreuung der Bevölkerung und zum weiteren Aufbau des Dorfes sowie zur Organisierung von Erfahrungsaustauschen und Leistungsvergleichen.

Die Festigung der aus vielen einzelbäuerlichen Wirtschaften hervorgegangenen LPG mußte ein langer und schwieriger Prozeß sein. Es erforderte mehrere Jahre, bis die richtige Fruchtfolge und Bodenfruchtbarkeit der von den Einzelbauern unterschiedlich bearbeiteten Böden erreicht war. Auch eine moderne Viehwirtschaft entstand nicht von heute auf morgen. Dazu waren großzügige Baumaßnahmen und die Einführung einer neuen Technik notwendig. Es galt, gesundes, leistungsfähiges Vieh zu züchten und den Viehbestand zu vergrößern. Das war um so schwieriger, da das in die LPG eingebrachte Vieh von sehr unterschiedlicher Qualität war. Alle diese großen Aufgaben zu bewältigen, setzte in erster Linie voraus, das genossenschaftliche Denken und Handeln der Bauern zu fördern.

Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande trat die SED dafür ein, den LPG die Technik in größerem Umfang leihweise zu übergeben, um sie rationeller auszunutzen. Damit wurde den Wünschen der Bauern nach vollständiger Verfügung über die moderne Technik entsprochen. Es entstanden bessere Bedingungen für die Vollmechanisierung der Arbeitsprozesse in den LPG. Mit der leihweisen Übergabe der Technik wurden viele Traktoristen, Kombinefahrer und andere Spezialisten der MTS zu Mitgliedern der LPG. Dadurch erhielten die Kollektive der Genossenschaftsbauern wertvolle technische und politisch fortgeschrittene Kader.

Im Dezember 1960 tagte in Rostock der VI. Deutsche Bauernkongreß, der erste Kongreß nach dem Siege der Genossenschaftsbewegung. Er würdigte den bedeutungsvollen Schritt der Bauern in der DDR und zog die Bilanz des ersten Jahres der vollgenossenschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft. Ausgehend von den Erfahrungen der besten LPG, die mit Hilfe vorbildlicher Leitungsmethoden und des sozialistischen Wettbewerbs gute Produktionsergebnisse erreicht hatten, rief er alle Genossenschaftsbauern auf, das Jahr 1961 zum Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit zu machen.

Gute genossenschaftliche Arbeit, das bedeutete für alle Bauern, im Denken und in der Arbeit den Schritt vom kleinbürgerlichen Ich

[138] Dokument Nr. 59.

zum sozialistischen Wir zu vollziehen. Das setzte voraus, daß die gemeinsame Arbeit in den Brigaden und der gesamten LPG verbessert wurde und daß die Bauern ein neues Verhältnis zum gemeinsamen Eigentum gewannen. Auch der erfahrenste Bauer, der bislang in seinem Einzelbetrieb gut gewirtschaftet hatte, mußte jetzt als Mitglied des genossenschaftlichen Großbetriebes viel Neues hinzulernen. Er mußte insbesondere lernen, daß dem genossenschaftlichen Eigentum der Vorrang vor dem individuellen gebührt. Im Prozeß gemeinsamer Arbeit formte sich das Antlitz des Menschen in der sozialistischen Landwirtschaft und festigten sich die neuen Produktionsverhältnisse auf dem Lande.

6. Der Deutschlandplan des Volkes. Die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Grund der Veränderungen in der internationalen Situation, des beharrlichen Friedenskampfes der sozialistischen Staaten und nicht zuletzt des starken Widerhalls, den der Vorschlag der UdSSR an die UN vom 18. September 1959 für eine allgemeine und vollständige Abrüstung sowie die im Herbst 1959 in den USA zwischen den Regierungen der UdSSR und der USA geführten Verhandlungen fanden, sahen sich die führenden Politiker der Westmächte gezwungen, einem von der UdSSR vorgeschlagenen Gipfeltreffen zuzustimmen. Auf ihm sollten Grundfragen der internationalen Politik, wie die Abrüstung, die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland und andere Maßnahmen zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, beraten werden.

Die maßgebenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus wollten jedoch nicht wahrhaben, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland grundlegend zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus geändert hatte. Die Verhinderung jeglicher internationaler Entspannung, die bedingungslose Unterstützung jener aggressiven Kräfte des amerikanischen Imperialismus, die um jeden Preis die Fortsetzung des Wettrüstens und des kalten Krieges forderten, war das erklärte Ziel der westdeutschen Politik.

Die SED und die Regierung der DDR nahmen dagegen jede Möglichkeit wahr, um auch auf deutschem Boden eine Entspannung her-

beizuführen und neue Schritte zur Sicherung des Friedens einzuleiten. So wandte sich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, am 23. Januar 1960 in einem Brief an den Vorsitzenden der westdeutschen CDU, Konrad Adenauer.[139]

Wie Walter Ulbricht schrieb, tat er dies, um nichts, aber auch gar nichts unversucht zu lassen, die herrschenden Kreise in Westdeutschland von dem für die nationalen Interessen des deutschen Volkes und für den Frieden Europas höchst gefährlichen Weg der Revanchepolitik und Atomaufrüstung abzubringen. Er deckte die Abenteuerlichkeit und Irrealität der Aggressionspläne auf und machte deutlich, daß im Interesse des deutschen Volkes eine Übereinstimmung zwischen beiden deutschen Staaten notwendig und möglich war.

Beim Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen der DDR erfüllte die Nationale Volksarmee eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie entwickelte sich zu einer modernen sozialistischen Armee, die bereit und fähig war, an der Seite der Bruderarmeen ihren Beitrag zur Verteidigung des sozialistischen Weltsystems zu leisten. Die wachsenden Anforderungen an die Ausbildung und Erziehung der Armeeangehörigen zur Beherrschung der modernen technischen Kampfmittel und an die Führungstätigkeit erforderten, den Bestand an akademisch gebildeten Offizierskadern der NVA wesentlich zu erweitern. Zu diesem Zweck war am 5. Januar 1959 in Dresden die Militärakademie „Friedrich Engels" gegründet worden.

Ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR waren auch die Beschlüsse der Volkskammer vom 10. Februar 1960, den Nationalen Verteidigungsrat der DDR und den Ständigen Ausschuß der Volkskammer für Nationale Verteidigung zu schaffen. Diese Beschlüsse waren angesichts der auf der NATO-Ratstagung im Dezember 1959 angenommenen Pläne zur weiteren Vergrößerung der NATO-Streitkräfte, besonders der westdeutschen Bundeswehr, und ihrer beschleunigten Ausrüstung mit Atom- und Raketenwaffen notwendig geworden.

Im Frühjahr 1960 verstärkte die Regierung der DDR ihre Anstrengungen, um günstige Voraussetzungen für ein Gelingen der Pariser Gipfelkonferenz zu schaffen. Am 24. März 1960 richtete Ministerpräsident Otto Grotewohl erneut ein Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer.[140] Darin schlug die Regierung der

139 Dokument Nr. 55.
140 Dokument Nr. 58.

DDR vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten Vertreter für eine gemeinsame deutsche Friedensvertragsdelegation benennen sollten, die auf der Konferenz der Regierungschefs in Paris den Standpunkt der Regierungen beider deutscher Staaten zu Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland unterbreiten sollte. Sie sollten danach streben, die Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Abschlusses eines Friedensvertrages zu betonen; die Darlegung des Standpunktes zu den noch strittigen Fragen sollte getrennt erfolgen.

Am 17. April 1960 leistete das Zentralkomitee der SED mit der Veröffentlichung eines „Deutschlandplanes des Volkes" einen weiteren wichtigen Beitrag zur Vorbereitung der Pariser Gipfelkonferenz.[141] Dieser Plan, der als Offener Brief an die westdeutschen Arbeiter veröffentlicht wurde, orientierte auf den Zusammenschluß aller friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Ausschaltung des deutschen Militarismus. In nüchterner und überzeugender Weise legte er die drei Möglichkeiten dar, die es für das deutsche Volk gab: den Weg des Krieges, den Weg der Vertiefung der Spaltung Deutschlands und den Weg der Verständigung der beiden deutschen Staaten und des Friedens. Die Adenauer-Regierung war für einen der ersten beiden Wege. Vor allem plante sie die gewaltsame Eroberung der DDR. Sollte sich das als undurchführbar erweisen, wollte sie die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten und weiter vertiefen, um zumindest in Westdeutschland solange wie möglich die Herrschaft der aggressiven Kräfte des Monopolkapitals zu erhalten. Diesen beiden, für die Arbeiterklasse und alle friedliebenden und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes unannehmbaren Möglichkeiten stellte die SED die einzig annehmbare Alternative gegenüber:

„Die Arbeiter in Ost und West verständigen sich und erreichen durch ihren gemeinsamen Kampf die Verständigung der beiden deutschen Staaten. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten werden endgültig die Reste des zweiten Weltkrieges liquidiert. Dem dritten Weltkrieg wird ein Riegel vorgeschoben. Der westdeutsche Militarismus wird ausgeschaltet. Die Verständigung der deutschen Arbeiter in Ost und West und der beiden deutschen Staaten erfolgt auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für die ande-

[141] Dokument Nr. 60.

ren Klassen und Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Kreise der westdeutschen Bourgeoisie annehmbar ist."[142]

Der Abschluß eines solchen nationalen Kompromisses war zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, denn er war am besten geeignet, eine Entspannung in Deutschland herbeizuführen und die Voraussetzungen für eine künftige nationale Wiedervereinigung zu schaffen. Er machte nicht etwa eine Veränderung der sozialökonomischen Ordnung in Westdeutschland zur Vorbedingung, sondern verlangte lediglich die Absage an die irreale und verderbliche Politik des kalten Krieges und der Vorbereitung eines heißen Krieges. Andererseits konnte dieser nationale Kompromiß zu keinerlei Abstrichen an der sozialistischen Entwicklung der DDR führen. Je fester die Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland war, je größer die Erfolge im sozialistischen Aufbau waren, um so besser stand es um den Frieden in Deutschland.

Im Deutschlandplan des Volkes wurde nachgewiesen, daß nur die Arbeiterklasse fähig ist, die Führung der Nation zu übernehmen und alle friedliebenden, demokratischen Kräfte der verschiedenen Klassen und Schichten zusammenzufassen. Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands war daher zur entscheidenden Frage geworden. Die Arbeiterklasse in der DDR und in der Bundesrepublik verbanden gemeinsame Interessen. Die Arbeiter in beiden deutschen Staaten waren an der Erhaltung des Friedens interessiert; sie konnten sich nicht damit abfinden, daß Deutschland für alle Ewigkeit gespalten bleibe; sie waren entschlossen, für die Arbeiterklasse und alle ehrlich arbeitenden Menschen den höchsten Wohlstand und größte soziale Sicherheit zu erkämpfen, und sie wünschten die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.

Gegenüber den gemeinsamen Interessen, die die ganze deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus die Mehrheit aller Werktätigen an der Sicherung einer friedlichen und glücklichen Zukunft Deutschlands hatten, mußten die noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen zu bestimmten Fragen in den Hintergrund treten. Der Deutschlandplan des Volkes war ein bedeutsames Angebot zur Sicherung des durch die aggressive Politik des westdeutschen Imperialismus bedrohten Friedens und diente dem Ziel, Schlimmeres zu verhüten.

[142] Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 107.

Im Frühjahr 1960 stand die Welt im Zeichen der Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz der vier Großmächte, die im Mai in Paris stattfinden sollte. Die Vorbereitung dieser Konferenz löste einen wütenden Angriff der aggressiven imperialistischen Kreise der USA und der militaristischen Kräfte in Westdeutschland aus. Sie waren gegen internationale Verhandlungen, da diese die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne durchkreuzen konnten. Die westdeutschen Machthaber hofften, in Kürze die atomare Aufrüstung der Bundeswehr vollziehen und ihre Stellung in der NATO und der EWG weiter ausbauen zu können. Sie unterstützten daher vorbehaltlos die aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus, die zu den abenteuerlichsten Provokationen griffen, um die sich anbahnende internationale Entspannung zu verhindern.

Am 1. Mai 1960 entsandten die USA ein Flugzeug vom Typ U 2 zur Luftspionage über der Sowjetunion, das von sowjetischen Raketeneinheiten im Raum von Swerdlowsk abgeschossen wurde. Wenige Tage später ordnete der Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower, die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche an und befahl zur Demonstration der „Stärke" einen Probealarm für alle USA-Streitkräfte. Schließlich erklärte die amerikanische Regierung die Spionage und die Verletzung der elementarsten Normen des Völkerrechts, wie sie mit der Entsendung der U 2 praktiziert worden waren, zum Bestandteil der Staatspolitik der USA. Die Sowjetunion sollte gezwungen werden, den USA-Imperialismus als obersten Weltgendarm anzuerkennen, dessen Ermessen es anheimgestellt sein sollte, ob, wann und inwieweit er die Souveränität anderer Staaten zu respektieren gewillt wäre.

Diese gezielte Provokation hatte die Gipfelkonferenz, zu der die Regierungschefs der vier Großmächte in Paris eingetroffen waren, torpediert. Die reaktionären imperialistischen Kräfte hatten erneut die internationale Situation verschärft. Ihnen gelang es jedoch nicht, die Sowjetunion unter Druck zu setzen und die friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt einzuschüchtern. Die Provokation der aggressiven imperialistischen Kreise wurden von der Sowjetunion vor der ganzen Welt bloßgestellt. Zugleich bewies sie, die als einzige der vier Großmächte während der Vorbereitung des Gipfeltreffens ein konstruktives Programm zur internationalen Entspannung und zur Sicherung des Friedens ausgearbeitet hatte, daß sie auch weiterhin nach ehrlichen Verhandlungen und internationaler Verständigung strebte. Sie ließ

jedoch nicht zu, Provokationen gegen den Weltfrieden durch „Verhandlungen" zu tarnen.

Die SED und die Regierung der DDR zogen aus der Sprengung des Gipfeltreffens die Schlußfolgerung, den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat politisch und ökonomisch noch mehr zu stärken, denn nur so konnte der durch die imperialistischen Kräfte bedrohte Frieden in Deutschland gesichert werden. Hierfür waren im ersten Halbjahr 1960 günstige Voraussetzungen geschaffen worden. Das im Siebenjahrplan vorgesehene Entwicklungstempo der Industrieproduktion wurde erreicht. Die Bruttoproduktion stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 1959 auf 110 Prozent. Die Arbeitsproduktivität wurde im gleichen Zeitraum auf 109 Prozent erhöht.

Diese guten ökonomischen Ergebnisse beruhten vor allem auf den Leistungen der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb 1960, dessen Initiatoren die Werktätigen des Meßgeräte- und Armaturenwerkes „Karl Marx" Magdeburg waren. In ihrem Wettbewerbsaufruf vom 18. Dezember 1959[143] hatten sie dazu aufgefordert, in allen Betrieben die Hauptkennziffern des Volkswirtschaftsplanes, darunter auch nach Sortiment, Qualität und Materialverbrauch, auf die Brigaden aufzuschlüsseln, um ihn nicht nur termingerecht, sondern auch in notwendiger Qualität zu erfüllen und im ökonomischen Wettbewerb gegenüber Westdeutschland den größtmöglichen Zeitgewinn zu erreichen.

Wichtige Investitionsvorhaben, wie das Kraftwerk Berzdorf I, die Gipsschwefelsäurefabrik Coswig und eine Anzahl chemischer Anlagen in den Bunawerken, konnten vorfristig in Betrieb genommen werden. Die Beschlüsse der SED zur Entwicklung und schnellen Einführung der neuen Technik begannen Früchte zu tragen. Im ersten Halbjahr 1960 wurden allein in den zentral geleiteten volkseigenen Maschinenbaubetrieben rund 900 Neukonstruktionen in die Produktion aufgenommen. In vielen Staatsplanpositionen wurde eine bedeutende Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahr erreicht, so bei Walzstahl, Zement und Phosphordünger.

Die weitere erfolgreiche Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1960 und des Siebenjahrplanes hing vor allem von der schnellen Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab. Das Zentralkomitee der SED beschäftigte sich auf seiner 9. Tagung vom 20. bis 23. Juli 1960 mit der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED in der Metallurgie und im Maschinenbau. Diese

[143] Dokument Nr. 54.

Zweige nahmen eine Schlüsselstellung in der Volkswirtschaft ein, weil durch das technische Niveau ihrer Erzeugnisse die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen anderen Wirtschaftszweigen weitgehend bestimmt wurde.

Das Zentralkomitee stellte fest, daß im Maschinenbau und in der Metallurgie dank der großen Anstrengungen der Werktätigen und der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bedeutende Erfolge bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes erreicht worden waren. Trotzdem entsprach die Entwicklung dieser Industriezweige noch nicht den wachsenden Bedürfnissen der Volkswirtschaft und den Möglichkeiten. In wichtigen Positionen gab es Planrückstände, und manche Maschinen, Ausrüstungen, Materialien und Halbfabrikate wiesen Qualitätsmängel auf.

Das Zentralkomitee der SED forderte alle Kräfte der Partei, des Staates und der Gewerkschaften auf, sich auf die Stärkung und Erweiterung der ökonomischen Basis der DDR zu konzentrieren, weil dies die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung des Siebenjahrplanes und die Erreichung eines maximalen Zeitgewinns im ökonomischen Wettbewerb mit Westdeutschland war.

Am 7. September 1960 verstarb Wilhelm Pieck. Tiefe Trauer erfaßte die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, als sie die Nachricht vom Hinscheiden des vom ganzen Volk verehrten greisen Präsidenten erhielt. Ein großes Leben im Dienste der Arbeiterklasse, im Dienste Deutschlands, des Friedens und des Sozialismus, das Leben eines hervorragenden Menschen des deutschen Volkes hatte sich vollendet.

Wilhelm Pieck war einen klaren Weg vom Tischlergesellen bis zum geachteten und geliebten Arbeiterpräsidenten des ersten deutschen Friedensstaates gegangen. Seit seinem Eintritt in die Arbeiterbewegung hatte er ohne Schwanken für die Sache der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes gekämpft. Er hatte mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen zu den Mitbegründern der KPD gehört und geholfen, sie zu einer marxistisch-leninistischen Partei zu entwickeln. Rechtzeitig hatte er die Gefahren erkannt, die dem deutschen Volk vom Faschismus drohten. Er war einer der entschiedensten Vorkämpfer für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gewesen, der gewußt hatte, daß nur mit deren Hilfe der Machtantritt der Hitlerfaschisten verhindert werden konnte. Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns war Wilhelm Pieck Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD ge-

worden. Während der faschistischen Unterdrückung hatte er unermüdlich für die Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes in einer Volksfront gekämpft.

Wenige Wochen nach dem Sieg der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten über den faschistischen deutschen Imperialismus war Wilhelm Pieck nach zwölfjähriger Abwesenheit wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Wiederum hatte er sein ganzes Bemühen darauf gerichtet, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen und eine Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen. Mit der Schaffung der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse, der SED, war die jahrzehntelange unheilvolle Spaltung der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands überwunden worden. Das war nicht zuletzt das unvergängliche Verdienst Wilhelm Piecks gewesen. Als 1949 die DDR gegründet wurde, konnte für das Amt des Präsidenten kein Würdigerer ausersehen werden als der bewährte Arbeiterführer und Patriot Wilhelm Pieck.

In einem gemeinsamen Nachruf würdigten das Zentralkomitee der SED, der Ministerrat der DDR, die Volkskammer und die Nationale Front des demokratischen Deutschland das Leben und Wirken des ersten Arbeiterpräsidenten in der deutschen Geschichte: „Wilhelm Pieck vereinte in seiner Gestalt den klassenbewußten deutschen Arbeiter und Sozialisten, den Revolutionär und den Patrioten. Er verkörperte den antiimperialistischen Kampf im Deutschland unseres Jahrhunderts. Mit reichem Wissen und revolutionärem Elan, mit besonnenem Rat und wirkungsvoller Tat stand er immer dort, wo um ein neues Deutschland gerungen wurde. Tugend und Ehrenhaftigkeit, die Weisheit eines langen Lebens und das Feuer für die großen Ideen der Menschheit, für Deutschlands nationale und soziale Wiedergeburt gingen einen Bund ein in dem Mann, der aus den Tiefen unseres Volkes aufstieg und im titanischen Kampf zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens als Vertrauensmann des Volkes an höchster Stelle des deutschen Friedensstaates stand."[144]

Gemeinsam mit der Bevölkerung der DDR und den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland und Westberlin bekundeten die Völker der sozialistischen Staaten, die kommunistischen und Arbeiterparteien, viele Organisationen und hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der ganzen Welt ihre Anteilnahme am Hinscheiden Wilhelm Piecks.

[144] Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 287.

Zu den Trauerfeierlichkeiten weilten Partei- und Regierungsdelegationen aus 35 Ländern in Berlin. In einem viele Kilometer langen Spalier, das sich vom Hause des Zentralkomitees der SED im Herzen Berlins über den Marx-Engels-Platz, den Alexanderplatz, durch Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst und Schöneweide bis zum Krematorium Baumschulenweg erstreckte, gaben die Bevölkerung Berlins und viele Tausende, die aus allen Teilen der Republik gekommen waren, Wilhelm Pieck das letzte Geleit. Tief erschüttert nahm die Bevölkerung Abschied von ihrem Präsidenten. Es war jedoch kein kleinmütiger, verzagter Abschied, sondern ein Gelöbnis und eine Verpflichtung, die in der DDR errungene Einheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu hüten und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Nach dem Tode Wilhelm Piecks schlug das Zentralkomitee der SED dem Demokratischen Block und dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Bildung eines Staatsrates vor. Das Gesetz über die Bildung des Staatsrates wurde von der Volkskammer am 12. September 1960 beschlossen.[145] Wie bei der Begründung des Gesetzes festgestellt wurde, war die Bildung des Staatsrates ein wichtiger Schritt zur Festigung der Einheit der staatlichen Führung. Es war die Zeit herangereift, anstelle des bisherigen Präsidenten ein kollektives Staatsoberhaupt der Republik zu bilden. Zu den Obliegenheiten des Staatsrates gehörte es, die Wahlen zur Volkskammer auszuschreiben, die Gesetze der Republik zu verkünden, internationale Verträge zu ratifizieren, allgemeinverbindliche Auslegungen der Gesetze und Beschlüsse mit Gesetzeskraft zu erlassen und grundsätzliche Beschlüsse zu Fragen der Verteidigung und der Sicherheit des Landes zu fassen. In dem Gesetz wurde festgelegt, daß der Staatsrat von der Volkskammer gewählt wird und dieser rechenschaftspflichtig ist, daß er nach außen von seinem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter vertreten wird und der Vorsitzende des Staatsrates die Republik völkerrechtlich vertritt.

Die DDR war zu einem entwickelten sozialistischen Staat geworden, in dem alle Bürger gemeinsam am Aufbau des Sozialismus und an der Leitung des Staates mitwirkten. In den staatlichen und gesellschaftlichen Organen arbeiteten Angehörige aller Klassen und Schichten, Vertreter aller Parteien und Organisationen. Die Zusammensetzung des Staatsrates spiegelte die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, ihr festes Bündnis mit allen anderen Volksschichten

[145] Dokument Nr. 64.

sowie die freundschaftliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Parteien wider. Zum Vorsitzenden des Staatsrates wurde auf Vorschlag aller Fraktionen der Volkskammer der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, gewählt. Zu seinen sechs Stellvertretern wurden Otto Grotewohl, Vorsitzender des Ministerrates, Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer, sowie die führenden Vertreter aller im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien gewählt: Manfred Gerlach, Generalsekretär der LDPD, Gerald Götting, Generalsekretär der CDU, Heinrich Homann, stellvertretender Vorsitzender der NDPD, Hans Rietz, stellvertretender Vorsitzender der DBD.

Zu den 16 Mitgliedern des Staatsrates wurden Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, Arbeiter und Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz, Vertreter der Frauen und der Jugend, bewährte Staatsfunktionäre und verdiente Wissenschaftler gewählt. Der Staatsrat setzte sich aus Menschen zusammen, die sich im antifaschistischen Widerstandskampf, im Kampf um die Sicherung des Friedens und beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR hervorragend bewährt hatten. Zu ihnen gehörten Günter Christoph und Luise Ermisch, die als Neuerer der Produktion bekannt geworden waren, die LPG-Bäuerin Irmgard Neumann und die bekannten Wissenschaftler, die Professoren Erich Correns und Peter A. Thießen, sowie der Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, Friedrich Ebert. Zum Sekretär des Staatsrates wurde Otto Gotsche gewählt.

Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann begründete den Vorschlag, Walter Ulbricht zum Vorsitzenden des Staatsrates zu wählen, mit den Worten, daß die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED als den würdigsten Repräsentanten der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung der DDR betrachten, der als engster Kampfgefährte Ernst Thälmanns seit 50 Jahren gemeinsam mit Wilhelm Pieck den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, für die Sache der Arbeiterklasse und den Frieden unserer Nation geführt hat.

„Mit Walter Ulbricht stellen wir einen Mann an die Spitze des Staatsrates unserer Republik, der als Akivist der ersten Stunde inmitten der Asche und des Schutts des verruchten faschistischen Raubkrieges, inmitten der materiellen und ideellen Trümmer das Leben wieder

in Gang brachte, die staatlichen Selbstverwaltungsorgane aufbaute und seitdem die größten Verdienste um die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung unseres sozialistischen Friedensstaates der Arbeiter und Bauern und im Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und einheitlicher Staat hat. Als wahrer Patriot seines Volkes ist er unermüdlich für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und für die unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion, für die Freundschaft mit allen Völkern tätig."[146]

Walter Ulbricht hatte seit seiner frühesten Jugend politisch und gewerkschaftlich in der Arbeiterbewegung gekämpft. An der Seite von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck war er im Zentralkomitee der KPD führend im Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Abwehr der faschistischen Gefahr gewesen. Nach 1933 hatte sein ganzes Bemühen der Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und einer antifaschistischen Volksfront aller deutschen Hitlergegner gegolten. Er hatte entscheidenden Anteil an der Gründung und der Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland", der deutschen Antihitlerkoalition, gehabt. Nach dem Sieg der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus hatte er die Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der KPD geleitet, die in Berlin in den ersten Maitagen 1945 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, um alle aufbauwilligen antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu sammeln, mit ihnen gemeinsam eine demokratische Verwaltung aufzubauen und das Chaos der nationalen Katastrophe zu überwinden.

Entscheidenden Anteil hatte Walter Ulbricht an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und an der Vereinigung von KPD und SPD gehabt. Die einige Partei der deutschen Arbeiterklasse hatte ihn gemeinsam mit Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck in ihre Führung berufen. Vom Vertrauen der ganzen Partei getragen, war er 1950 zum Generalsekretär und 1953 zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED berufen worden. Eine umfassende Tätigkeit zur Festigung der DDR und ihres internationalen Ansehens hatte er als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates geleistet. Hervorgegangen aus der deutschen Arbeiterklasse, hatte Walter Ulbricht sich in den Jahrzehnten seines politischen Wirkens als Vorkämpfer für die Inter-

146 Dokumente über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1960, Nr. 1, S. 15.

essen der ganzen deutschen Nation, als leidenschaftlicher Internationalist, als Arbeiterführer und Staatsmann erwiesen.

Die Bildung des Staatsrates der DDR leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Demokratie ein. Ausgangspunkt seiner Tätigkeit war die Programmatische Erklärung, die der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer abgab.[147] In ihr wurde nachgewiesen, daß die Staatspolitik der DDR den Lebensinteressen der ganzen deutschen Nation entspricht. Die Erklärung beantwortete deshalb auch umfassend und überzeugend die Grundfragen der Nation und ihrer künftigen Entwicklung. Sie stellte eindeutig klar, daß die Zukunft der deutschen Nation nur im Frieden liegen kann und das deutsche Volk eine hohe Verantwortung für die Sicherheit in Europa hat. Die geschichtliche Mission der DDR als der Vertreterin der ganzen friedliebenden deutschen Nation bestehe darin, die Auslösung eines neuen Krieges von deutschem Boden zu verhindern. In der Erklärung wurde betont, daß die DDR auf Grund ihrer historischen, moralischen, politischen und völkerrechtlichen Legitimation der rechtmäßige deutsche Staat ist und daß daher der weiteren staatlichen Entwicklung der DDR, dem Aufbau des Sozialismus und den damit entstehenden neuen gesellschaftlichen Beziehungen eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung der ganzen deutschen Nation zukam.

Um die dargelegten Grundfragen zu lösen, orientierte die Erklärung darauf, „rechtzeitig das Neue, Fortschrittliche zu erkennen, die bei der Entwicklung des Sozialismus und der Gesellschaft neu auftauchenden Probleme rechtzeitig zu durchdenken, zu beraten und zu entscheiden. Das Wichtigste sind: Wahrheit und Klarheit. Jeder Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik setzt die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes voraus."[148]

Das erforderte eine Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit, eine engere Verbindung der staatlichen Organe mit der Bevölkerung. Hauptaufgabe der staatlichen Leitung mußte es sein, die Werktätigen bei der Ausübung der Staatsmacht noch besser anzuleiten, denn sie stellten die wichtigste Kraft beim Aufbau der sozialistischen Gesell-

147 Dokument Nr. 65.

148 Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1960, Nr. 2, S. 33/34.

schaftsordnung dar. „Die werktätigen Menschen sind zum Herrn des Landes geworden und üben diese Herrschaft immer bewußter und immer besser aus, indem sie immer aktiver und tatkräftiger ihre Rechte verwirklichen . . ."[149]

In der DDR nahmen immer mehr Menschen an der Leitung des Staates teil. Die Bürger arbeiteten bei der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und der staatlichen Gesetze und Beschlüsse mit. In den Betrieben und LPG nahmen die Werktätigen durch Produktionsberatungen, die Neuererbewegung, die sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften Einfluß auf die Produktion und die Arbeitsbedingungen. Auch in den Wohngebieten, den Schulen und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entwickelten sich neue Formen der sozialistischen Demokratie. Die Programmatische Erklärung wies ausführlich darauf hin, daß darin die bestimmenden Ursachen für die Überlegenheit des Sozialismus, seine Stärke, seine Lebenskraft und sein ständiges Wachstum liegen. „Unsere Politik ist zutiefst orientiert auf die Kraft und das Vertrauen der Massen. Wir lernen dabei von den Werktätigen, wir achten die Menschen, und wir stützen uns auf ihre guten Eigenschaften, wir fördern und entwickeln sie."[150]

Die Erklärung legte nicht nur die Grundzüge der Politik des Arbeiter-und-Bauern-Staates fest, sie zeigte zugleich, wie noch bestehende Schwächen zu überwinden wären. Sie wurde zu einem Aktionsprogramm der Massen, das lebhafte Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung der Republik fand. Gemäß den Beschlüssen der Volkskammer, entwickelte der Staatsrat in seiner Tätigkeit die Grundsätze sozialistischer staatlicher Leitungstätigkeit weiter. Durch seine für alle Staatsorgane beispielhafte Art der Lösung seiner Aufgaben half er, die sozialistische Demokratie weiter zu entfalten.

Der Staatsrat trug wesentlich dazu bei, das internationale Ansehen der DDR weiter zu erhöhen. In einer Ansprache vor dem Diplomatischen Korps hatte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, bereits am 26. September die Grundzüge der Außenpolitik der DDR entwickelt, die darauf gerichtet war, die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder zu vertiefen, den Frieden zu sichern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Die geschichtliche Aufgabe

149 Ebenda, S. 40.

150 Ebenda, S. 57.

der DDR bestand darin, gemeinsam mit den friedliebenden Kräften Westdeutschlands den Krieg für immer aus dem Leben des deutschen Volkes zu verbannen. Die Lösung dieser Aufgabe würde zugleich bedeuten, daß es in Europa keinen Krieg mehr geben wird und ein potentieller Herd für den Ausbruch eines neuen Weltkrieges gelöscht ist. Die Außenpolitik der DDR knüpfte damit an die von der Arbeiterklasse und allen patriotischen Deutschen stets gepflegten Traditionen des echten Humanismus, der Völkerfreundschaft, der Achtung vor der Menschenwürde, vor der Kultur und den Leistungen aller Völker an.

Die Bildung des Staatsrates erfolgte zu einer Zeit, als die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft endgültig den Sieg errangen. 1960/1961 gingen immer mehr Handwerker, Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer zu neuen Wirtschaftsformen über. Das herausragende Ereignis dieser Entwicklung war der Zusammenschluß der Bauern der DDR in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Frühjahr 1960 gewesen.

In der Industrie stieg die Zahl der halbstaatlichen Betriebe bis Ende 1960 auf 4445, denen 6476 private Betriebe gegenüberstanden. Der Anteil der halbstaatlichen Betriebe an der industriellen Gesamtproduktion erreichte 7,5 Prozent, während der der privaten Industrie 3,8 Prozent betrug. Die gleiche Entwicklung vollzog sich im Bauwesen, wo der Anteil der halbstaatlichen Betriebe an der gesamten Bauproduktion Ende 1960 bereits 8,7 Prozent erreichte und der der privaten Baubetriebe 3,1 Prozent betrug. Hinsichtlich der Produktionskapazität und der volkswirtschaftlichen Bedeutung erlangten die halbstaatlichen Betriebe bereits Ende 1960 in Industrie und Bauwesen gegenüber den privaten eindeutig das Übergewicht.

Auch in der handwerklichen Produktion und im Einzelhandel festigten sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter. Die Zahl der Produktionsgenossenschaften des Handwerks betrug Ende 1960 3878, ihr Anteil an der handwerklichen Gesamtproduktion 31 Prozent. Im Bereich des Bauhandwerkes dominierten die sozialistischen Produktionsverhältnisse bereits Ende 1960; der Anteil der PGH an der gesamten Bauproduktion betrug 13,6 Prozent gegenüber 10,9 Prozent des privaten Bauhandwerkes.

Zum gleichen Zeitpunkt hatten 20 178 private Einzelhändler Kommissionsverträge mit dem staatlichen oder genossenschaftlichen Handel abgeschlossen und mit einem Umsatz von 2,9 Milliarden DM

28 Prozent des Umsatzes des gesamten privaten Einzelhandels erreicht. So zeichnete sich in allen Bereichen der Volkswirtschaft der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ab.

Diese Entwicklung war mit bedeutenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung der verschiedenen Schichten verbunden. Für immer mehr Handwerker, Einzelhändler und private Unternehmer wurde die Teilnahme am Aufbau des Sozialismus zur wesentlichen Seite ihres gesellschaftlichen Lebens. Die fortgeschrittensten Angehörigen dieser Schichten bekannten sich zu den Grundsätzen der Politik der SED und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Diese Veränderungen im Bewußtsein dieser Schichten fanden in deren neuem Verhältnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat ihren Ausdruck. Immer mehr Handwerker, Einzelhändler und Unternehmer erkannten ihn als ihren Staat an, hatten Vertrauen zu ihm gewonnen, unterstützten ihn und nahmen in zunehmendem Maße an dessen Leitung teil. Das traf zum großen Teil auch auf jene zu, die zunächst noch nicht zu neuen Wirtschaftsformen übergegangen waren.

Die Genossenschaftshandwerker, Kommissionshändler und Komplementäre verwandelten sich allmählich in sozialistisch schaffende Werktätige, die im Bündnis mit der Arbeiterklasse die Aufgaben beim weiteren sozialistischen Aufbau erfüllten. Sie hatten in der Gemeinschaft der Werktätigen der DDR einen geachteten und gleichberechtigten Platz eingenommen.

7. Die weitere Entfaltung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und der Kampf um die Schaffung einer sozialistischen deutschen Nationalkultur

Die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur gewann in den Jahren nach 1958 besondere Bedeutung. Das Zentralkomitee der SED arbeitete in richtungweisenden Dokumenten die historische Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland wissenschaftlich heraus. Im Gegensatz zu der von der reaktionären Großbourgeoisie entwickelten antinationalen Konzeption und gegenüber allen revisionistischen Verfälschungen und dogmatischen Entstellungen wurde die bestimmende Rolle der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei

der Führung der deutschen Nation in unserem Jahrhundert klargestellt.

Zu diesen Fragen veröffentlichte die Parteiführung grundlegende Dokumente, wie die Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, die Thesen zum 10. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik und die Thesen zum 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Mit der Ausarbeitung dieser Dokumente vollbrachte das Zentralkomitee eine große theoretische Leistung und gab zugleich das Rüstzeug für eine intensive sozialistische Erziehungsarbeit, die auf die Grundfragen der Entwicklung der Nation gerichtet war.

Im Kampf gegen die chauvinistische Verhetzung des deutschen Volkes durch die imperialistischen und militaristischen Kräfte und in der Auseinandersetzung mit Illusionen über die Zukunft Deutschlands, die von der Wirklichkeit losgelöst waren, wurde der Klasseninhalt der nationalen Frage aufgedeckt und das Verhältnis klargestellt, in dem Sozialismus, Imperialismus und Nation in Deutschland zueinander standen.

Die Klärung dieser ideologischen Grundfragen war eine überaus wichtige Voraussetzung für die weitere ökonomische und politische Stärkung der DDR. Angesichts der offenen Grenze der DDR gegenüber dem Machtbereich des Imperialismus war die Herausbildung und Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft ein äußerst komplizierter Prozeß. Die Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie mußten besonders erbittert geführt werden, da die in Westdeutschland herrschende Großbourgeoisie alle Mittel aufbot, um der sozialistischen Entwicklung entgegenzuwirken. Es galt daher nicht nur, Vorurteile und Überbleibsel der bürgerlichen und speziell der imperialistischen Ideologie zu überwinden, sondern es mußte zugleich auch die Auseinandersetzung mit jenen verderblichen Ideen geführt werden, die von dem weitverzweigten Propagandaapparat der imperialistischen Machthaber Westdeutschlands in vielfältiger Form und in verstärktem Maße in die Bevölkerung der DDR getragen wurden. Zur Verbesserung der gesamten Arbeit auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur wurde am 19. Januar 1960 beim Politbüro des Zentralkomitees der SED eine Ideologische Kommission unter Leitung von Kurt Hager gebildet.

Die ideologische Umwälzung und die Herausbildung des neuen sozialistischen Menschen konnten nur im ständigen Kampf um die Er-

höhung der Arbeitsproduktivität, um die Verbesserung der Arbeitsorganisation, um den ökonomischen und kulturellen Aufschwung der DDR erfolgen. Die Bewegung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit hatte an unzähligen Beispielen gezeigt, wie sich auf der Grundlage der ehrlichen Arbeit für den Sozialismus zugleich auch das Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen entwickelte. Es war sichtbar geworden, daß die sozialistische Arbeitsmoral immer mehr zum Herzstück der neuen menschlichen Beziehungen wurde.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, die völlige Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen formten den sozialistischen Menschen und ließen ihn auch ein neues Verhältnis zu den anderen Völkern der Welt gewinnen. An die Stelle der von den imperialistischen Machthabern Deutschlands gezüchteten nationalistischen Überheblichkeit, des Revanchegeistes, des Antisowjetismus, der Menschenverachtung und der Völkerhetze, die in Westdeutschland erneut gefördert wurden, waren in der DDR die humanistischen Ideen der Völkerfreundschaft, des Friedens, der kämpferischen Solidarität und Brüderlichkeit mit allen Werktätigen und mit den um die nationale Unabhängigkeit und den Fortschritt ringenden Völkern getreten.

Dies fand seinen Ausdruck vor allem darin, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion zur Herzenssache der Bürger der DDR geworden war. Eine umfangreiche Arbeit leistete die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, deren Mitgliederzahl bis 1960 auf mehr als 3,5 Millionen angewachsen war. Von hervorragender Bedeutung für die Vertiefung dieser Freundschaft waren der ständige deutsch-sowjetische Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft, an dem in jedem Jahr Hunderttausende Werktätige teilnahmen, und die Besuche führender Politiker, Wissenschaftler und Künstler der UdSSR in der DDR. Auf die vielfältigste Weise, nicht zuletzt durch eine vorbildliche Erfüllung der Exportpläne, zeigte sich die brüderliche Verbundenheit der Werktätigen der Republik mit allen Ländern des sozialistischen Weltsystems.

Auf großen Kundgebungen, durch Geld- und Sachspenden und in vielen anderen Formen unterstützten die Werktätigen den Freiheitskampf der Völker Algeriens, des Kongos, Kubas und vieler anderer Länder gegen den Imperialismus. Im November 1960 unterstrich die Regierung der DDR in einer offiziellen Erklärung, daß die Regierung und die Bevölkerung der DDR sich mit dem gerechten Kampf des algerischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit solidarisch er-

klären. Der FDGB, das Rote Kreuz und andere Massenorganisationen übergaben der algerischen Befreiungsbewegung Spenden, die bis November 1960 einen Wert von mehr als drei Millionen DM erreichten. Schwerverwundete algerische Patrioten fanden in der DDR Heilung, über 100 Studenten und 300 Facharbeiter aus Algerien erhielten in der Republik ihre Ausbildung.

1960 übergab das Komitee der DDR für Solidarität mit den Völkern Afrikas der Republik Kongo (Léopoldville) zwei Medikamentenspenden in Höhe von je 100 000 DM. Einer Bitte des guinesischen Jugendverbandes entsprechend, übernahm die FDJ im Jahr 1960 die Verpflichtung, in der Hauptstadt von Guinea, Conakry, eine Internatsschule für 100 Mädchen zu bauen. Dank der beispielhaften Solidaritätsbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder konnte der FDGB allein im Jahre 1961 mehr als 2,3 Millionen DM für die internationale Solidarität aufwenden. Der FDGB unterstützte ferner die Schulung und Heranbildung junger afrikanischer und asiatischer Gewerkschafter.

Zur Herausbildung des neuen Menschen der sozialistischen Epoche trugen auch die Leistungen bei, die die Werktätigen der DDR im Nationalen Aufbauwerk vollbrachten. Allein im Jahre 1961 schuf die Bevölkerung der DDR in 123 822 000 Arbeitsstunden Werte von 471 963 000 DM. Dazu kamen 17 475 000 Stunden Pflege- und Erntearbeiten in der Landwirtschaft mit einem Wert von 28 917 000 DM. Insgesamt wurden durch die freiwilligen Leistungen der Bevölkerung Werte von über einer halben Milliarde DM geschaffen. An diesem Erfolg waren alle Schichten des Volkes beteiligt. Durch die den Interessen der gesamten Bevölkerung dienende gemeinsame Arbeit wurde der Geist der Kollektivität gestärkt und das Bewußtsein gefestigt, daß der Aufbau des Sozialismus das Ziel und das Werk der ganzen Bevölkerung sein mußte.

Große Aufmerksamkeit schenkte das Zentralkomitee der SED einer differenzierten politisch-ideologischen Arbeit, die die Denkweise und die Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten der Bevölkerung berücksichtigte. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED nahm mehrfach zu Problemen der pädagogischen und medizinischen Intelligenz, der Jugend, der Frauen, der Bauern und der Künstler Stellung und konkretisierte die Gesamtlinie der Parteipolitik entsprechend den spezifischen Interessen dieser Schichten und den Bedingungen ihrer Tätigkeit.

Auch zwischen Christen und Marxisten entstand eine engere, ver-

trauensvolle Zusammenarbeit für den Frieden und den Aufbau der sozialistischen Ordnung. Das war ein komplizierter und langwieriger Prozeß, da es einerseits viele Vorurteile zu überwinden galt und andererseits die reaktionären westdeutschen Kirchenleitungen, die die NATO-Politik der Adenauer-Regierung bereitwillig unterstützten, auf manche geistliche Würdenträger in der DDR beträchtlichen Einfluß ausübten. Aber alle von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands ausgehenden Pläne, die loyale Einstellung der christlichen Bevölkerung zum sozialistischen Staat zu beeinträchtigen und zwischen der christlichen Bevölkerung und der SED und der Regierung der DDR unüberbrückbare Gegensätze zu schüren, schlugen fehl.

In Beratungen von Vertretern des Staates und der evangelischen Landeskirchen, die im Juni und Juli 1958 unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl stattfanden, konnte das Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche positiv geklärt werden.

Die Atmosphäre der vertrauensvollen, gemeinsamen Arbeit von Marxisten und Christen erwuchs auch aus dem Zusammenwirken aller friedliebenden Kräfte im Demokratischen Block und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Die Feststellung in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober 1960, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind, fand unter den christlichen Bürgern der DDR Zustimmung. Am 9. Februar 1961 überbrachte eine Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern unter der Leitung von Professor Emil Fuchs dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, die Unterschriften von über 32 000 Christen und christlichen Vereinigungen der DDR, mit denen diese ihre zustimmende Stellungnahme zur Programmatischen Erklärung kundtaten. In dem sich anschließenden Gespräch würdigte Walter Ulbricht die aktive Rolle der Mehrheit der Christen der DDR beim sozialistischen Aufbau und wies darauf hin, daß Marxisten und Christen sich in den Fragen des Friedens und der Sorge für den Nächsten von den gleichen Zielsetzungen leiten lassen.

An der schrittweisen Zurückdrängung des Einflusses der westdeutschen Kirchenleitungen und bei der Entwicklung eines vertrauensvollen Verhältnisses der christlichen Bevölkerung der DDR und der Kirche zum Staat hatte die CDU einen bedeutenden Anteil, indem sie besonders ihre Anhänger mehr und mehr überzeugte, daß in West-

deutschland der religiöse Glaube im Dienste der NATO-Politik mißbraucht wurde, in der DDR dagegen die humanistischen Ideale des Christentums ihre sichere Heimstätte gefunden hatten. Ungeachtet aller weltanschaulichen Unterschiede, wurde in der DDR den christlichen Bürgern der Weg zur uneingeschränkten Mitwirkung bei der Gestaltung der sozialistischen Zukunft erschlossen.

Umfangreiche Arbeit leistete die SED zur Verbesserung der sozialistischen Lebensformen in den Städten und auf dem Land. In dieser Zeit begannen sich die Kulturhäuser und Klubs in den Dörfern und Wohngebieten zu Zentren des kulturell-geistigen Lebens aller Schichten der Bevölkerung zu entwickeln.

In den Jahren 1957/1958 entstanden Dorfklubs zunächst in den genossenschaftlichen Dörfern. Gab es 1958 erst 200 Dorfklubs, so stieg deren Zahl bis Ende 1960 auf rund 6000 an. Das Neue zeigte sich vor allem darin, daß die Kulturaktivs der Nationalen Front die Leitung der kulturellen Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen.

Auch in den Städten und Arbeiterwohngemeinden wurden durch die Errichtung von Klubs der Werktätigen neue Formen der kulturellen Massenarbeit gefunden. Arbeiter, Genossenschaftsbauern, die Angehörigen der Intelligenz und anderer Schichten der Bevölkerung schufen sich im Wohngebiet Klubs, die ihre kulturellen Interessen und Bedürfnisse befriedigen konnten. Die Kulturhäuser der Gewerkschaften übernahmen die Anleitung der Klubs. Im Jahre 1961 gab es in der DDR 1155 Kultur- und Klubhäuser, die über 420 000 Veranstaltungen durchführten.

Nach dem V. Parteitag der SED wurden die ersten Schritte zur gebildeten sozialistischen Nation getan. Die Leistungen, die in dieser Hinsicht vollbracht wurden, zeigten besonders anschaulich die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Der Entwicklung der gebildeten Nation dienten vor allem die Maßnahmen zur Verbesserung des sozialistischen Bildungswesens. Am wichtigsten war die Erfüllung der Anforderungen, die der sozialistische Aufbau und die technische Revolution an die Schule stellten. Mit dem Auftrag, die Schule enger mit dem Leben zu verbinden und den polytechnischen Unterricht einzuführen, und mit der Forderung, bei allen Schülern die Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen zu entwickeln, trug die SED dieser Aufgabe Rechnung.

Entsprechend den Richtlinien des V. Parteitages der SED beschloß die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar 1959 nach

einem Referat Kurt Hagers Thesen über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR. In ihnen wurden die ersten Erfahrungen mit dem am 1. September 1958 eingeführten polytechnischen Unterricht verallgemeinert und die zukünftigen Aufgaben dargelegt.

Nach der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED entwickelte sich eine Volksdiskussion über die Einführung der polytechnischen zehnklassigen Oberschule. In dieser Aussprache konnte in allen Schichten der Bevölkerung größere Klarheit über die sozialistische Perspektive in der Volksbildung geschaffen werden. Viele Vorschläge von Pädagogen, Eltern und anderen Werktätigen fanden ihren Niederschlag im Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR, das am 2. Dezember 1959 von der Volkskammer verabschiedet wurde.[151]

Das neue Schulgesetz, mit dem der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Schule vollzogen wurde, sah vor, die achtklassigen Grundschulen allmählich in zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen umzuwandeln, damit für alle Kinder vom 6. bis zum 16. Lebensjahr der obligatorische Besuch dieser Schulen eingeführt werden konnte. Lehrer, Schulfunktionäre und Wissenschaftler schenkten dem inneren Ausbau der sozialistischen Schule und einer höheren Qualität der Erziehung und Bildung mehr Aufmerksamkeit.

1961/1962 besuchten bereits 77 Prozent aller Schüler des entsprechenden Alters die 9. Klasse der Oberschule oder der Erweiterten Oberschule. 1958 waren es nur 43 Prozent gewesen. Mit der Entwicklung der polytechnischen Oberschule war die Einführung eines neuen Lehrplanwerkes und die Ausarbeitung neuer Lehrbücher verbunden. Das Lehrplanwerk, in dem Bildungsziel und -inhalt durchgehend für die Klassen 1 bis 10 entsprechend der neuen Aufgabenstellung präzisiert worden waren, hatte das Ziel, den Unterricht enger mit dem Leben zu verbinden.

Der Anteil des mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrstoffes am Gesamtlehrstoff erhöhte sich von etwa 33 Prozent auf 50 Prozent, und gleichzeitig konnte eine Vertiefung des Lehrstoffes auf den anderen Gebieten erreicht werden. Stoffgebiete der modernen Wissenschaft wurden neu in den Plan aufgenommen, so daß wichtige naturwissenschaftliche Grundlagen der Produktion behandelt werden konnten.

151 Dokument Nr. 53.

Mit der Einführung des polytechnischen Unterrichts wurde die Aufgabe gestellt, die Schüler, beginnend mit der 7. Klasse, an die sozialistische Produktion heranzuführen. Tausende Arbeiter und Genossenschaftsbauern sowie Angehörige der technischen Intelligenz hatten Anteil an der Gestaltung des Unterrichts in der Produktion und sorgten mit dafür, daß die ökonomischen Bedingungen der Industrie und der Landwirtschaft in der Bildung und Erziehung besser berücksichtigt wurden.

Die Meisterung der modernen Technik in Industrie und Landwirtschaft stellte an alle Werktätigen höhere Anforderungen und verlangte ihre ständige Qualifizierung. Deshalb unternahm die SED große Anstrengungen, um das Bedürfnis, zu lesen und zu lernen, in allen Schichten der Bevölkerung zu wecken. Es wurden viele Volkshochschulen und Betriebs- und Dorfakademien geschaffen, so daß alle Bürger in Stadt und Land die Möglichkeit erhielten, sich weiterzubilden. Die Qualifizierung der Werktätigen wurde zu einem festen Bestandteil des sozialistischen Bildungswesens.

Im Jahre 1960 bestanden bereits mehr als 1200 Betriebsakademien und weit über 3000 Dorfakademien. Ihre Aufgabe war die Erhöhung des allgemeinen politischen, wissenschaftlich-technischen, fachlichen und kulturellen Niveaus der Werktätigen. Außerdem boten sie den Werktätigen die Möglichkeit, ihre Schulbildung zu vervollkommnen. Hierbei arbeiteten sie eng mit den Volkshochschulen zusammen. Immer mehr Werktätige strebten nach allseitigen, soliden Kenntnissen. Beispielsweise nahmen 1960 von den 7000 Arbeitern und Angestellten der Maxhütte Unterwellenborn 2060 an verschiedenen Lehrgängen aller Berufszweige teil; unter ihnen waren 530 Jugendliche und 172 Frauen.

Die Universitäten, Hoch- und Fachschulen leisteten in wachsendem Maße bedeutende Beiträge zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben, zur Hebung des kulturell-geistigen Niveaus und zur sozialistischen Erziehung der Bevölkerung. Die Hochschulorganisationen der SED und der FDJ, Professoren, Dozenten und Studenten bemühten sich gemeinsam darum, die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus an allen Fakultäten durchzusetzen. Indem sie sich mit den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie auseinandersetzten, sorgten sie dafür, daß die wissenschaftliche Weltanschauung der fortschrittlichsten und führenden Kraft der Gesellschaft, der Arbeiterklasse, immer mehr zur Grundlage der Forschungs- und Lehrtätigkeit und der Erziehung wurde.

Von großem Einfluß auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Wissenschaftler und den noch engeren Zusammenschluß der Intelligenz mit der Arbeiterklasse waren die Aussprachen, die der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, am 5. Juni 1959 in Dresden führte, sowie die Festreden, die er am 12. Oktober 1959 an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und am 20. Oktober 1960 an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena hielt. In ihnen betonte er besonders die Bedeutung der nationalen Traditionen der deutschen Universitäten und des wertvollen Gedankenguts der Vergangenheit, die in der DDR ihre Heimstatt gefunden hatten. Die richtige Politik der SED trug wesentlich dazu bei, daß immer mehr Angehörige der alten, bürgerlichen Intelligenz den humanistischen Charakter des Sozialismus erkannten und gemeinsam mit der jungen, aus dem Volke hervorgegangenen Intelligenz tatkräftig am großen Aufbauwerk der DDR mitwirkten.

Die Bemühungen der SED gingen vor allem dahin, das wissenschaftliche Niveau der Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen zu erhöhen und deren Verbindung mit der Praxis in Industrie und Landwirtschaft zu verstärken. An den Universitäten und Hochschulen entwickelte sich immer mehr die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Eine wachsende Zahl von Forschungsarbeiten hatte aktuelle Probleme des sozialistischen Aufbaus in Industrie und Landwirtschaft zum Inhalt.

Einen größeren Aufschwung nahm die sozialistische Kultur in den Jahren 1958 bis 1961. Die SED stellte drei Grundsätze in den Mittelpunkt ihrer gesamten kulturpolitischen Tätigkeit: Sie forderte die Arbeiterklasse auf, als Hauptkraft der Gesellschaft ihre führende Rolle auch im geistig-kulturellen Bereich wahrzunehmen. Sie stellte den Schriftstellern und Künstlern die Aufgabe, sich mit dem neuen Leben fest zu verbinden, und appellierte an die Werktätigen, sich selbst künstlerisch zu betätigen. Sie richtete an die Regierung und an alle Bürger die Aufforderung, die Voraussetzungen für den Weg zur gebildeten Nation zu schaffen. Dies entsprach den kulturellen Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts und hatte den Aufbau der sozialistischen Nationalkultur zum Ziel.

Der Inhalt der sozialistischen Kulturrevolution wurde in dieser Etappe besonders durch die 1. Bitterfelder Konferenz 1959 und die Kulturkonferenz der SED 1960 bestimmt. Die Teilnahme der Künstler – besonders der jungen, die im Arbeiter-und-Bauern-Staat ihre

Ausbildung erhalten hatten – an der sozialistischen Veränderung des Lebens und an der Erziehung jener Menschen, die es verändern, war als Voraussetzung für die weitere sozialistische Kunstentwicklung notwendig geworden.

Die Bitterfelder Konferenz am 24. April 1959 war ursprünglich als Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages einberufen worden. Durch die Teilnahme einer Delegation des Zentralkomitees der SED, die von Walter Ulbricht geleitet wurde, und von über 300 Arbeitern und Arbeiterinnen, Helden der Arbeit, Brigadieren, Aktivisten, Mitgliedern von Jugendbrigaden und Frauenausschüssen, wurde sie zu einem wichtigen kulturpolitischen Ereignis. Im Verlauf der Beratung ergriff Walter Ulbricht das Wort und formulierte die Wesensmerkmale der sozialistischen deutschen Nationalkultur und die Hauptwege, die zur Erreichung dieses Zieles führen.

Als die wichtigsten Bedingungen zur Lösung der Aufgaben der Kulturrevolution wurden auf der Bitterfelder Konferenz hervorgehoben: die Hinwendung der Kunst zur volksverbundenen und parteilichen Gestaltung des neuen Helden unseres Zeitalters, besonders des deutschen sozialistischen Arbeiters und Bauern; die Entwicklung eines neuen Verhältnisses der Künstler zum werktätigen Volk durch die Veränderung ihrer Lebens- und Schaffensweise; die vielseitige kunstschöpferische Tätigkeit der Arbeiter und Bauern und der anderen Werktätigen, deren Mitwirkung an der Entwicklung aller Kunstgattungen und die niveauvolle Unterhaltung in den Klubs und Kulturhäusern. Diese auf die kontinuierliche Entwicklung der sozialistisch-realistischen Kunst in der DDR gerichteten Prinzipien bildeten jenes kulturpolitisch-methodische System, das in dem Begriff „Bitterfelder Weg" zusammengefaßt wurde.

Die 1. Bitterfelder Konferenz appellierte an alle Kunstschaffenden der Republik, aus ihren Ateliers und Arbeitszimmern hinaus ins Leben zu gehen, das Werden des Sozialismus an seinen Quellen zu studieren, vor allem das Werden des neuen sozialistischen Menschen zu erfassen und künstlerisch zu gestalten. Nur ein Künstler, der mit dem Leben der werktätigen Menschen unlösbar verbunden war, der die gesellschaftlichen Prozesse nicht mit den Augen eines Abseitsstehenden, sondern mit den Augen eines Beteiligten verfolgte, vermochte die Probleme der sozialistischen Gegenwart der DDR adäquat widerzuspiegeln. Zahlreiche Künstler folgten dem Ruf der SED und stellten bei der Überwindung vieler Vorurteile und alter Gewohnhei-

ten fest, daß das größte Ereignis der gegenwärtigen Epoche – in Deutschland wie in der Welt – das Werden des neuen Menschen der sozialistischen Gesellschaft ist.

Die Konferenz, von der die Losung „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich" ausging, kennzeichnete die Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Kulturrevolution, die darin besteht, daß die Arbeiterklasse als politisch herrschende Klasse auch im Prozeß der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur die führende Rolle auszuüben hat.

Immer größer wurde in den folgenden Jahren die Zahl jener Arbeiter, Bauern, Angehörigen verschiedener Intelligenzberufe und anderen Werktätigen, die sich das Ziel stellten, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben. Auf diesem Wege verwirklichten sie die Gebote der sozialistischen Moral, entwickelten sie neue ästhetische Interessen und erhöhten ihr kulturelles Niveau. Die enge Verbindung mit sozialistischen Brigaden erweiterte die Lebenskenntnis vieler Künstler und weckte bei den Werktätigen neuartige Interessen und Verständnis für das Kunstschaffen. Im gegenseitigen Zueinanderfinden und in der künstlerischen Leitung von Laienzirkeln konnten viele Künstler Vorurteile und alte Denk- und Lebensgewohnheiten überwinden und ihre eigene künstlerische Schaffensmethode bereichern.

Von der Bitterfelder Konferenz gingen jene großen Bewegungen der schreibenden, malenden und musizierenden Arbeiter aus, die immer stärker das sozialistische kulturelle Leben der Republik mitprägten. Bis August 1961 entstanden 271 Zirkel schreibender Arbeiter und Hunderte Laienkunstzirkel. Ausstellungen des Laienkunstschaffens bewiesen die große künstlerische Leistungsfähigkeit, den unerschöpflichen Reichtum an Talenten, die Lebensfreude und die Gestaltungskraft des Volkes.

In dem Kunstgespräch, das immer mehr alle Schichten des Volkes erfaßte, fanden unbedeutende und schematisch gestaltete Kunstwerke keine Zustimmung. Die Werktätigen verlangten mit Recht von den Künstlern Antwort auf ihre Fragen, sie wünschten sich die aktivere Teilnahme der Künstler an ihrem Kampf für den Sozialismus. Auf diese Weise trugen sie wesentlich zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Kultur und Kunst in der DDR bei. Die von der SED erhobene Forderung, in allen Kunstbereichen bei der Gestaltung der Gegenwart schöpferisch die Methoden des sozialistischen Realismus anzuwenden, erwies sich als völlig richtig. Der Modernismus, vor allem

der Formalismus, der der wahrheitsgetreuen Verkörperung des realen Menschenbildes feindlich ist, zeigte in der Praxis seine völlige Unfähigkeit, auch nur einen geringen Beitrag zur künstlerischen Gestaltung der sozialistischen ästhetischen Ideale zu leisten.

In Stadt und Land bildeten sich neue Formen des kulturellen gesellschaftlichen Lebens heraus. Im Juni 1959 organisierte der FDGB im Bezirk Halle die ersten Arbeiterfestspiele, die seitdem alljährlich veranstaltet und zu Höhepunkten des kulturellen Lebens der Republik wurden. Es gelang, immer mehr Werktätige und Künstler für die Mitwirkung an den Festspielen zu gewinnen. Bereits im Bezirk Halle traten 11 000 Laienkünstler und 5000 Berufskünstler vor 625 000 Besuchern aus beiden deutschen Staaten auf. An den 3. Arbeiterfestspielen 1961 im Bezirk Magdeburg nahmen 1,3 Millionen Besucher teil. In über 1400 Veranstaltungen wirkten 20 000 Laienkünstler und 8000 Berufskünstler mit. Konferenzen der Zirkel schreibender Arbeiter, Beratungen der Mitglieder der 128 in der DDR bestehenden Arbeitertheater, eine Kunstausstellung mit 746 Werken der bildenden Kunst, darunter 311 von Laienschaffenden, und Festtage des Amateurfilms vervollständigten das Programm der Arbeiterfestspiele.

In der kulturellen Massenarbeit wurde der Übergang von der Aneignung zur schöpferischen Mitgestaltung der Kultur zum charakteristischen neuen Zug. Die künstlerische Betätigung der Werktätigen hatte eine neue Qualität erreicht. Im künstlerischen Volksschaffen traten die Beziehungen der Menschen zur Arbeit und zum neuen Leben immer mehr in den Mittelpunkt. Im Laienschaffen bildeten sich die künstlerischen Fähigkeiten und Talente der Arbeiter, Bauern und der Angehörigen der Intelligenz heraus. Die künstlerische Selbstbetätigung wurde zu einem festen Bestandteil der in der Entwicklung begriffenen sozialistischen deutschen Nationalkultur.

Wiederholt beschäftigte sich die Führung der SED mit der Entwicklung einzelner Kunstgebiete. Die Hinweise des Zentralkomitees halfen den Künstlern, sozialistisch-realistische Positionen zu gewinnen und zu festigen. Es erschienen bedeutende literarische Werke, die die Zustimmung der Werktätigen der Republik fanden und neue Maßstäbe setzten, vor allem 1958 der Roman von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen" und 1959 Anna Seghers' Roman „Die Entscheidung".

Anna Seghers machte deutlich, wie die Entscheidung der Menschen für den einen oder anderen deutschen Staat, für Sozialismus oder Kapitalismus, für Frieden oder Krieg ihre Handlungen und ihr ganzes

Leben immer mehr bestimmte. Eine starke, über die Grenzen der DDR nach Westdeutschland und in zahlreiche Länder reichende Wirkung erzielte der Roman „Nackt unter Wölfen" von Bruno Apitz, in dem die Geschichte der Rettung eines jüdischen Kindes aus Polen im Konzentrationslager Buchenwald erzählt wird. Apitz zeigte überzeugend, wie die Partei der Arbeiterklasse unter schwierigsten Bedingungen als organisierte Kraft den Widerstandskampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen leitete.

Schriftsteller der älteren und jüngeren Generation setzten sich weiterhin mit der Vergangenheit in der Form des Entwicklungsromans auseinander. Viele dieser Romane führten ihre Helden über den historischen Wendepunkt des Jahres 1945 hinaus. So gestaltete Willi Bredel in dem 1959 erschienenen Roman „Ein neues Kapitel" seine Erfahrungen und Erlebnisse als Aktivist der ersten Stunde. Auch Hans Marchwitza führte den Helden seiner früheren Bücher in dem ebenfalls 1959 erschienenen Roman „Die Kumiaks und ihre Kinder" bis in die neue Zeit hinein und rundete dadurch seinen großangelegten Versuch ab, das Leben der proletarischen Menschen in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus zu schildern. Zu den bedeutenden Entwicklungsromanen dieser Jahre gehörte auch Benno Voelkners 1959 erschienenes Werk „Die Bauern von Karvenbruch".

Am 11. Oktober 1958 verstarb Johannes R. Becher, der bedeutendste Vertreter der sozialistischen deutschen Nationalkultur und größte deutsche Lyriker der Gegenwart, ein hervorragender marxistischer Essayist und Kulturpolitiker. Bechers umfangreiches und vielgestaltiges Werk spiegelte seinen revolutionären, schwierigen, aber konsequenten Weg zum reifen Dichter des sozialistischen Humanismus wider. Mit der Nationalhymne der DDR, den „Deutschen Sonetten 1952" und seinen späteren, von echtem Kämpferpathos erfüllten Gedichten hatte sich Becher zum repräsentativsten sozialistischen Dichter der deutschen Nation erhoben. Die Fähigkeit, die Theorie mit der künstlerischen Praxis und das klassische Erbe schöpferisch mit dem sozialistischen Humanismus zu verbinden, das gesellschaftlich Neue klar zu erkennen und gültig zu gestalten, hatte Becher zu einem der großen Dichter des sozialistischen Realismus gemacht.

Das Zentralkomitee der SED würdigte das Wirken Johannes R. Bechers in einem Nachruf mit den Worten: „So war es ihm vergönnt, als Dichter und Revolutionär ein beispielhaftes Leben zu leben, in dem sich ein Stück der ruhmreichen Geschichte der deutschen Ar-

beiterbewegung und ihrer revolutionären Partei widerspiegelt. Dadurch wurde das Werk des Dichters, Denkers und Politikers Johannes R. Becher zum unverlierbaren Bestandteil der werdenden sozialistischen Kultur des neuen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands, für die er mit unserer Partei kämpfte."[152]

In diesen Jahren rückte auch die junge Schriftstellergeneration mit ihren ersten bedeutenden Werken nach vorn. Günter Görlich, Helmut Hauptmann, Erwin Strittmatter und andere knüpften an das große Erbe progressiven literarischen Schaffens im Dienste des nationalen Fortschritts an. Viele junge Schriftsteller wirkten aktiv am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung mit und wurden in diesem Kampf geformt. Hier erwarben sie eigene Erfahrungen und das ideologische Rüstzeug, das ihnen in ihrem literarischen Schaffen half, einen festen Klassenstandpunkt zu wahren. Der jungen Generation gehörten auch die Autoren an, die sich, aus dem Bürgertum oder Kleinbürgertum kommend, nach der Befreiung vom Faschismus auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt und tatkräftig an der sozialistischen Umgestaltung mitgearbeitet hatten, unter ihnen Franz Fühmann und Dieter Noll. Durch die enge Verbindung, die viele dieser jungen Schriftsteller zu der Entwicklung in der DDR hatten oder die sie nach der Bitterfelder Konferenz gewannen, erlebten sie aus eigener Anschauung die Wirklichkeit des neuen Lebens und begannen erfolgreich, das Bild des sich entwickelnden sozialistischen Menschen zu gestalten.

Großen Anklang – weit über die Grenzen der DDR hinaus – fand Dieter Nolls 1960 erschienener Entwicklungsroman „Die Abenteuer des Werner Holt", in dem er das Schicksal der deutschen Jugend am Ende des faschistischen Reiches, ihre Irrungen und Leiden, die Grausamkeit des faschistischen Krieges und das Ausmaß der nationalen Katastrophe schilderte. Unter den neuen Arbeiten ragte auch Bernhard Seegers „Herbstrauch" hervor. In ihm dominierte der individuelle Konflikt, den der Einzelbauer vor dem Eintritt in die Genossenschaft zu bestehen hatte. Bernhard Seeger erfaßte das sich immer mehr festigende Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

In der Dramatik bedeutete 1960 das Erscheinen von Helmut Baierls „Frau Flinz" einen entschiedenen Schritt zur sozialistisch-realistischen Dramatik. In der Gestaltung des individuellen Weges der Hauptheldin enthüllte Baierl den historischen Entwicklungsprozeß vom Beginn des

[152] Einheit (Berlin), 1958, H. 11, S. 1538.

demokratischen Neuaufbaus 1945 bis 1952 in seinen entscheidenden Wesensmerkmalen aus dem Blickwinkel der Gegenwart. Er knüpfte mit diesem Stück erfolgreich an die Brecht-Traditionen an, die in diesen Jahren – ausgehend von der Arbeit des „Berliner Ensembles" – in der ganzen Welt weiter an Einfluß gewannen.

In der kurzen Zeit seines Bestehens wuchs der Deutsche Fernsehfunk zu einem Instrument der ideologisch-kulturellen Erziehung mit einem großen Wirkungsbereich und bedeutendem Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Massen heran. Seine Sendungen wurden in steigendem Maße auch für Millionen Westberliner und westdeutscher Arbeiter, Bauern und Intellektuelle zur Quelle der Information. Das Fernsehspiel entwickelte sich zu einer eigenständigen literarisch-dramatischen Gattung von großer gesellschaftlicher Wirksamkeit.

Die Filmkünstler gestalteten in dieser Zeit insbesondere den Heroismus der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie schufen historisch-künstlerische Werke, die einen großen Beitrag zur Formung des Geschichtsbewußtseins der Bevölkerung leisteten. Unter ihnen befand sich der Film „Sterne" von Konrad Wolf, dem auch große internationale Anerkennung zuteil wurde. Es entstand auch der erste deutsch-sowjetische Gemeinschaftsfilm „5 Tage – 5 Nächte", der die Rettung der Dresdner Kunstschätze durch die Sowjetarmee zum Inhalt hatte.

Auf dem Gebiet der großen Dokumentarfilme erreichte die DEFA eine führende Stellung in der Welt. Besonders einprägsam waren Filme wie „Der Fall Heusinger", „Unternehmen Teutonenschwert" und „Urlaub auf Sylt" von Annelie und Andrew Thorndike, in denen die Verbrechen des Naziregimes, die Schuld des deutschen Imperialismus an der Entfesselung der beiden Weltkriege und das Neuaufleben des Militarismus, des revanchistischen und faschistischen Ungeistes in Westdeutschland überzeugend enthüllt wurden. Der Dokumentarfilm „Ein Tagebuch für Anne Frank" von Joachim Hellwig wurde 1960 auf der 3. Internationalen Kurz- und Dokumentarfilmwoche in Leipzig mit einem Hauptpreis ausgezeichnet.

Bei der Durchführung der Kulturrevolution kam der Musik eine wachsende Bedeutung zu. Das Musikschaffen wandte sich an den werktätigen Menschen. Die Musikerziehung war bemüht, die Kluft zu schließen, die in der Klassengesellschaft die Fachleute und wenigen privilegierten Eingeweihten von der Masse der arbeitenden Menschen getrennt hatte. Komponisten und Interpreten der DDR konnten in dem Bewußtsein schaffen, zu ihren Mitmenschen zu sprechen und für

das arbeitende Volk tätig zu sein. So wohnte ihrem künstlerischen Tun in steigendem Maße eine neue ideelle Kraft inne.

Insbesondere seit der Bitterfelder Konferenz von 1959 entstanden einige bedeutende, in ihrer Aussageform differenzierte Werke, so von Paul Dessau, Hanns Eisler, Jean Kurt Forest, Günter Kochan, Ernst Hermann Meyer, Kurt Schwaen und Leo Spies.

Auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst konnten im Verlauf eines ideologischen Klärungs- und Reifeprozesses bedeutsame Werke entstehen. Einen wichtigen Abschnitt des künstlerischen Schaffens in der DDR markierten vor allem die IV. Deutsche Kunstausstellung in Dresden 1958/1959 und die Ausstellung „Mit dem neuen Leben verbunden", die anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR in Berlin gezeigt wurde. Sie ließen das wachsende Bemühen vieler Künstler erkennen, das Wesen des neuen sozialistischen Menschen, besonders des Arbeiters und Genossenschaftsbauern, zu erfassen. Dieses Streben wurde unter anderem in den Arbeiten von Lea Grundig, Paul Michaelis und vielen jungen Künstlern, wie Wolfgang Frankenstein und Walter Womacka, sichtbar, die gute Ansätze zu einer vertieften sozialistischen Gestaltung des Menschenbildes zeigten.

Das Scheitern der Aggressionspläne des westdeutschen Imperialismus und die Rettung des Friedens durch die Sicherungsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik (1960 bis 1961)

1. Die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960

Im November 1960 fand in Moskau eine Zusammenkunft der Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien statt. Sie war die bis dahin repräsentativste Konferenz in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Aktiven Anteil an der Moskauer Beratung hatte die Delegation der SED, die unter der Leitung von Walter Ulbricht stand und der Hermann Axen, Bruno Leuschner, Hermann Matern und Heinrich Rau angehörten. Otto Grotewohl, der als Mitglied der Delegation ebenfalls nach Moskau zur Teilnahme an der Beratung gereist war, erkrankte im November 1960 schwer und konnte seitdem nicht mehr unmittelbar an der Führung der SED und der Regierung mitwirken. Die geschäftsführende Leitung des Ministerrates übernahmen zunächst abwechselnd die Stellvertreter des Vor-

sitzenden des Ministerrates. Nachdem sich ergeben hatte, daß die Erkrankung Otto Grotewohls von längerer Dauer sein würde, wurde der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph mit den Aufgaben eines amtierenden Ministerpräsidenten der DDR betraut.

Der Moskauer Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien lag der Entwurf einer Erklärung vor, der von einer aus Vertretern von 26 Parteien bestehenden Redaktionskommission im Oktober und November ausgearbeitet worden war. In dieser Redaktionskommission war die SED durch Hermann Axen, Peter Florin und Hermann Matern vertreten gewesen. In mehrwöchigen Beratungen wurde dieser Entwurf von den Delegationen der 81 Parteien eingehend diskutiert.

Die Moskauer Beratung zog die Bilanz der internationalen Entwicklung seit der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957. Obwohl in den Beratungen der Redaktionskommission und auch auf der Konferenz selbst die Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas zu einigen Grundfragen der internationalen Entwicklung und der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung Auffassungen vertraten, die von dem Inhalt der Moskauer Deklaration von 1957 und von den Einschätzungen der anderen marxistisch-leninistischen Parteien abwichen, konnte schließlich einmütig eine Erklärung beschlossen werden.[153] Diese Erklärung gab eine wissenschaftliche Analyse der internationalen Lage und beantwortete die Grundfragen der revolutionären Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung. Sie analysierte die Errungenschaften des sozialistischen Weltsystems und enthielt in konzentrierter Form die Lehren aus der Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung.

Mit wissenschaftlicher Exaktheit formulierte die Erklärung den Charakter der modernen Epoche: „Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.

153 Dokument Nr. 66.

Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird."[154]

Im Jahre 1960 lebten 35 Prozent der Bevölkerung der Welt in Staaten des sozialistischen Weltsystems, weitere 40 Prozent der Bevölkerung in Staaten, die sich vom Kolonialjoch befreit hatten, und 25 Prozent in kapitalistischen und imperialistischen Ländern.

In der Moskauer Erklärung konnte festgestellt werden, daß das sozialistische Weltsystem in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten war. Sie war dadurch gekennzeichnet, daß das sozialistische Weltsystem seine Macht weiter festigte und daß die sozialistischen Länder auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus und zum Kommunismus weiter voranschritten.

Die Sowjetunion hatte mit dem Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus begonnen. Als erstes Land in der Geschichte begann sie für die gesamte Menschheit den Weg zum Kommunismus zu bahnen. Die anderen Länder des sozialistischen Weltsystems hatten erfolgreich das Fundament des Sozialismus geschaffen. Einige von ihnen waren bereits in die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten.

In fast allen volksdemokratischen Ländern war in den letzten Jahren der freiwillige Übergang der Bauernschaft von dem auf Privateigentum beruhenden Kleinbetrieb zum sozialistischen genossenschaftlichen Großbetrieb vollzogen worden. Mehr als 90 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche im sozialistischen Weltsystem entfielen auf den sozialistischen Sektor der Landwirtschaft. Der Leninsche Genossenschaftsplan hatte damit erneut seine große Lebenskraft erwiesen.

Auf Grund der sozialistischen Industrialisierung und der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe im gesamten sozialistischen Weltsystem errangen die sozialistischen Länder große Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau. In historisch kurzer Zeit schufen sie eine hochentwickelte Industrie. Gegenüber dem Vorkriegsstand von 1937 betrug 1960 im sozialistischen Weltsystem die Produktion von Elektroenergie 1330 Prozent, von Steinkohle 860 Prozent, von Erdöl und Rohstahl jeweils 590 Prozent und von Zement

154 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960, Berlin 1961, S. 10/11.

1820 Prozent. Die einstigen Agrarländer wurden zu Agrar-Industrie-Ländern oder waren auf dem Wege, es zu werden. Der Anteil der Industrie an der Bildung des Nationaleinkommens näherte sich 1959 in der Rumänischen Volksrepublik 60 Prozent; in der Ungarischen Volksrepublik waren es 1958 rund 55 Prozent; in der Volksrepublik Bulgarien mehr als 41 Prozent; in der Volksrepublik Albanien und in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik jeweils rund 38 Prozent.

Tiefgreifende Veränderungen vollzogen sich in der Industriezweigstruktur der sozialistischen Länder. Stürmisch entwickelten sich neue Produktionszweige, die es in diesen Ländern früher nicht gegeben hatte oder die nur schwach entwickelt gewesen waren. So stieg beispielsweise gegenüber der Vorkriegszeit der Anteil des Maschinenbaus an der Bruttoproduktion der Industrie bis 1958/1959 in der Volksrepublik Polen von 7 auf 20,6 Prozent, in der Rumänischen Volksrepublik von 10,2 auf 23 Prozent, in der Tschechoslowakischen Republik von 24 auf 32,7 Prozent und in der Ungarischen Volksrepublik von 17 auf 20,6 Prozent. Noch größere Strukturveränderungen vollzogen sich in der Industrie der Volksrepublik Bulgarien, der Volksrepublik China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik.

Durch die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung verbesserte sich die materielle und kulturelle Lebenslage der Volksmassen ständig. Davon zeugte vor allem das Wachstum des Nationaleinkommens. In der Sowjetunion erhöhte sich das Nationaleinkommen allein in den Jahren von 1953 bis 1959 um 80 Prozent. In den europäischen Ländern der Volksdemokratie war das Nationaleinkommen 1959 gegenüber 1950 auf das Zwei- bis Zweieinhalbfache angewachsen.

Im sozialistischen Weltsystem war, wie die Erklärung betonte, die wahre Gleichberechtigung und Selbständigkeit eines jeden ihm angehörenden Landes gesichert. „Die sozialistischen Staaten, die sich von den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe leiten lassen, vervollkommnen allseitig die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit, was sowohl den Interessen eines jeden sozialistischen Landes als auch denen des gesamten sozialistischen Lagers entspricht."[155]

Von der immer enger werdenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder zeugte die Tatsache, daß die Außenhandelsumsätze auf dem sozialistischen Weltmarkt von 1950 bis 1959 jährlich um durchschnittlich 12,7 Prozent gestiegen waren.

[155] Ebenda, S. 25.



Auf einer Kommandeurstagung der Bundeswehr werden neue aggressive Maßnahmen beraten. V. l. n. r.: Generalleutnant Josef Kammhuber, General Adolf Heusinger, Franz-Josef Strauß, Oberst Walter Gericke, 29. November 1959



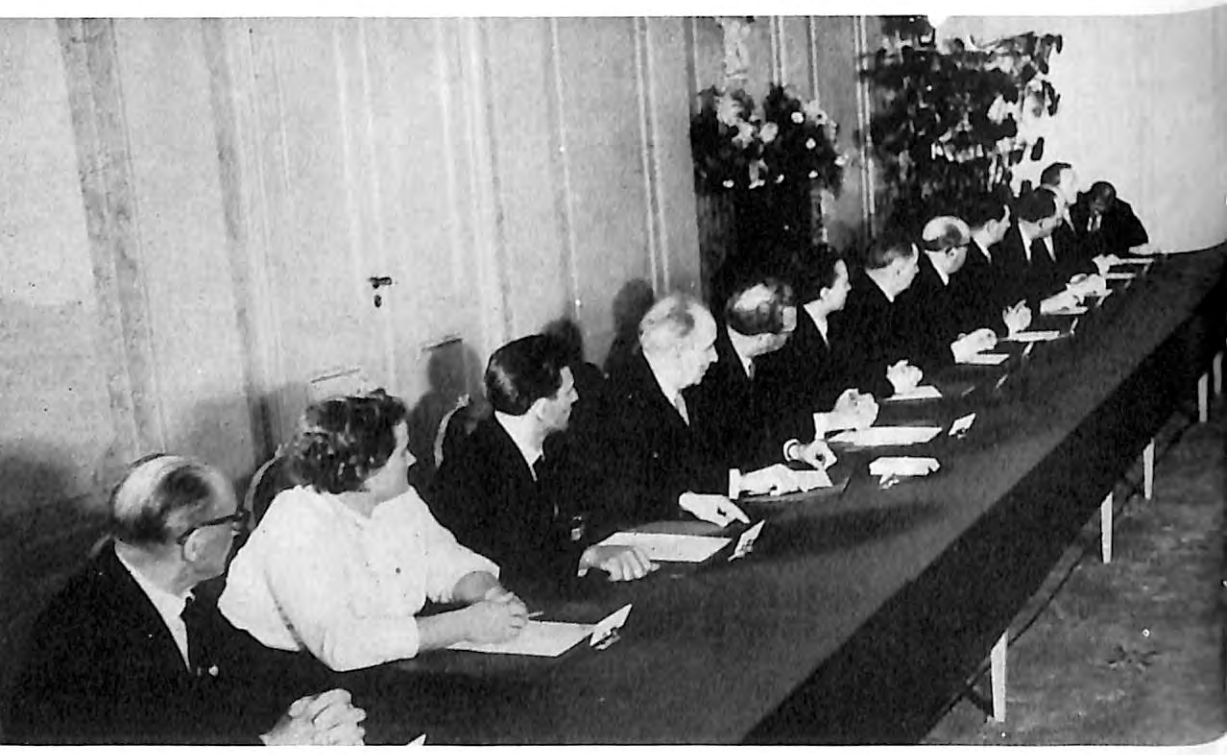
Walter Ulbricht und Albert Norden enthüllen auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten, 19. Juli 1960



Das letzte Geleit für den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, 10. September 1960



Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht



Die konstituierende Sitzung des Staatsrates der DDR, 12. September 1960





Walter Ulbricht unterzeichnet die Erklärung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien. Neben ihm v. l. n. r.: Hermann Axen, Hermann Matern, Heinrich Rau, November 1960



Empfang der Sportler der DDR, die an den XVII. Olympischen Spielen in Rom teilgenommen haben, in der Dynamo-Sporthalle zu Berlin, 13. September 1960



Zehnklassige polytechnische Oberschule in Milkau (Kreis Rochlitz)



Der Theologe Prof. D. Emil Fuchs überbringt Walter Ulbricht die persönliche Zustimmung von 32 000 Christen zur Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, 9. Februar 1961



150-Jahrfeier der Humboldt-Universität zu Berlin. Kurt Hager spricht, 7. November 1960



Ansprache Bruno Leuschners in der Schlußsitzung der XIV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin, 3. März 1961

Umfassende ökonomische Hilfe leistete die Sowjetunion den Bruderländern. Sie stellte ihnen Kredite und Anleihen in Höhe von über 3 Milliarden neue Rubel zu außerordentlich günstigen Bedingungen zur Verfügung. Sie lieferte ihnen komplette Ausrüstungen und unterstützte sie bei der Errichtung von mehr als 620 industriellen Großbetrieben und weiteren 190 einzelnen Werkabteilungen und Anlagen. Bei der Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern spielte die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit eine große Rolle. Von 1948 bis 1960 übergab beispielsweise die Sowjetunion rund 29 000 komplette technische Dokumentationen. Ihrerseits erhielt die Sowjetunion von den anderen sozialistischen Ländern mehr als 7000 Dokumentationen.

Die sozialistischen Länder nahmen 1960 26 Prozent des Territoriums der Erde ein, ihre Bevölkerung betrug über eine Milliarde Menschen. Auf die sozialistischen Länder entfiel zu diesem Zeitpunkt mehr als ein Drittel der industriellen Weltproduktion. Der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltproduktion erhöhte sich, zum Beispiel bei Steinkohle von 9 Prozent im Jahre 1937 auf 23 Prozent im Jahre 1950 und auf 48 Prozent im Jahre 1960. Der Anteil an der Produktion von Rohstahl stieg analog von 13 auf 20 und schließlich auf 30 Prozent. Der Produktionsanteil der sozialistischen Länder bei Elektroenergie entwickelte sich von 8 Prozent im Jahre 1937 auf 16 Prozent 1950 und 21 Prozent 1958.

In den volksdemokratischen Ländern hatte die sozialistische Ideologie im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie große Erfolge erzielt. Dieser Kampf trug zwangsläufig einen langwierigen Charakter. Die moralisch-politische Einheit der Gesellschaft, die erstmalig in der Geschichte in der Sowjetunion entstanden und erstarkt war, entwickelte sich jetzt auch in den anderen sozialistischen Ländern. Dadurch wurde es möglich, die schöpferische Energie der befreiten Werktätigen richtig zu nutzen und den Produktivkräften zum Aufschwung und der sozialistischen Gesellschaft zur Blüte zu verhelfen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien gelangten in ihrer Erklärung zu der bedeutsamen Feststellung: *„Jetzt sind die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen sozialistischen Ländern beseitigt. Die vereinten Kräfte des sozialistischen Lagers bieten jedem sozialistischen Land verläßlichen Schutz gegen die Anschläge der imperialistischen Reaktion. Somit gewährleisten*

der Zusammenschluß der sozialistischen Staaten zu einem einheitlichen Lager sowie die erstarkende Einheit und die ständig wachsende Macht dieses Lagers den vollen Sieg des Sozialismus im Rahmen des gesamten Systems."[156]

Als führende Kraft der neuen Welt waren die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in ständigem Wachstum begriffen und vereinigten in ihren Reihen die besten Vertreter der freien Völker. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion zählte 1959 mehr als 8 239 000 Mitglieder und Kandidaten. Die Kommunistische Partei Chinas vereinigte in ihren Reihen etwa 14 Millionen, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 1 650 000, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands etwa 1,5 Millionen, die Partei der Arbeit Koreas und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei je über eine Million Mitglieder und Kandidaten. Die Bulgarische Kommunistische Partei, die Rumänische Arbeiterpartei, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei und die Partei der Werktätigen Vietnams zählten zwischen 450 000 und 835 000 Mitgliedern und Kandidaten.

Ein bedeutendes Kennzeichen des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt war auch die wachsende Stärke der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Viele von ihnen waren nach dem Kriege zu echten Massenparteien der Arbeiterklasse geworden. Insgesamt vereinigten sie dreimal soviel Mitglieder wie vor dem zweiten Weltkrieg. So zählte die Kommunistische Partei Italiens 1960 etwa 1,8 Millionen Mitglieder. Die Kommunistische Partei Frankreichs war mit 400 000 Mitgliedern die größte politische Partei des Landes. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Indonesiens war von 3000 im Jahre 1945 auf 1,5 Millionen gestiegen, während sich die der Kommunistischen Partei Indiens von 20 000 im Jahre 1951 auf 300 000 im Jahre 1959 erhöht hatte. Während die Kommunistische Partei Finnlands im Jahre 1944 1500 bis 2000 Mitglieder in ihren Reihen vereinigte, waren es 1960 etwa 44 000.

Ein beredtes Zeugnis für die Festigung der Positionen der kommunistischen Parteien unter den Massen und ihren wachsenden Einfluß auf die Werktätigen der kapitalistischen Länder waren die Ergebnisse verschiedener Parlaments- und Gemeindewahlen in diesen Ländern. Bei den Gemeindewahlen im November 1960 stimmte jeder vierte italienische Wähler für die Kandidaten der Kommunistischen Partei. Ungeachtet des in Frankreich eingeführten reaktionären Wahl-

[156] Ebenda, S. 22.

systems und heftiger Angriffe seitens der herrschenden Kreise und anderer reaktionärer Kräfte konnte die Kommunistische Partei Frankreichs im Jahre 1958 bei den Parlamentswahlen 3 882 000 oder 18,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Ein weiteres, außerordentlich wichtiges Kennzeichen der neuen internationalen Situation war der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, der in sein entscheidendes Stadium eingetreten war. Die Moskauer Beratung kam zu der Schlußfolgerung: *„Der Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung ist in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems."*[157]

Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hatte sich unaufhaltsam fortgesetzt. Allein im Jahre 1960, als die XV. UN-Vollversammlung auf Initiative der Sowjetunion die „Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die kolonialen Länder und Völker" annahm, hatten 17 Länder Afrikas ihre staatliche Unabhängigkeit errungen.

Ein herausragendes Ereignis war Anfang 1959 der Sieg der Volksrevolution auf Kuba, vor den Toren der Hauptmacht des Imperialismus, den USA. Durch eine radikale Agrarreform, die Enteignung ausländischer Banken und Monopole, durch den Aufbau der Volksmiliz und umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Werktätigen hatte Kuba erstmalig wirtschaftliche Selbständigkeit und nationale Souveränität erlangt. Die Aufnahme enger Beziehungen zu den sozialistischen Ländern stärkte Kuba im Kampf gegen die Interventionspolitik der USA und die von dort ausgehende Blockade.

Ein Jahr zuvor, 1958, siegte der antiimperialistische nationale Aufstand im Irak. Der Imperialismus verlor ein wichtiges Einflußgebiet im Nahen Osten; de facto zerfiel der Bagdadpakt. Zu heftigen Kämpfen kam es in Algerien und im Kongo. Algerien befand sich seit sechs Jahren im Kriegszustand mit Frankreich. Das algerische Volk erlitt große Verluste, aber es beugte sich nicht. Die Empörung über den schmutzigen Krieg in Algerien hatte sich über den ganzen Erdball verbreitet. Am 19. Dezember 1960 nahm die XV. UN-Vollversammlung eine Algerien-Resolution an, in der Frankreich aufgefordert wurde, das Algerien-Problem mit friedlichen Mitteln zu lösen.

[157] Ebenda, S. 40.

Wahrhaft tragisch entwickelten sich die Ereignisse im Kongo. Dort hatte die Regierung Lumumba nach der Verkündung der Unabhängigkeit am 30. Juni 1960 auf eine reale Unabhängigkeit hingearbeitet. Die belgische Regierung sah sich in der Hoffnung getäuscht, den Monopolen die ökonomischen Positionen erhalten zu können, und begann mit Hilfe des Söldlings der Monopole, Moise Tschombé, die Einheit des Kongo zu untergraben. Auch die politischen Wegbereiter amerikanischer, britischer und westdeutscher Monopole mischten sich in die inneren Angelegenheiten des Kongo ein, um dessen Reichtum für das internationale Kapital zu sichern. Patrice Lumumba, Personifizierung des afrikanischen Freiheitswillens, wurde verhaftet und im Januar 1961 bestialisch ermordet. Der Kongo (Léopoldville) wurde zum Schauplatz blutiger Intrigen der inneren und äußeren Reaktion, und dem kongolesischen Volk gelang es zunächst nicht, seine volle Freiheit zu erringen. Die imperialistische Gegenoffensive im Kongo ließ erkennen, mit welchem Widerstand die afrikanischen Völker im Kampf um ihre nationale Freiheit zu rechnen hatten. Während in diesem Teil Afrikas die militärische Intervention anhielt, gelang es den übrigen unabhängig gewordenen Ländern, ihr friedliches Aufbauwerk fortzusetzen.

In den Mittelpunkt des Kampfes der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas traten die Aufgaben der ökonomischen Befreiung. Indien zum Beispiel befand sich im letzten Jahr des zweiten Fünfjahrplanes; in Ghana trat im Juni 1959 der zweite Fünfjahrplan in Kraft; in der Vereinigten Arabischen Republik wurde der staatliche Sektor durch weitere Verstaatlichungen verstärkt. Es mehrten sich die Anzeichen, wenn auch in den einzelnen Ländern unterschiedlich, daß der staatliche Sektor immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor der Wirtschaft wurde. Diese ersten Ansätze eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges riefen den verstärkten Widerstand der ausländischen Monopole hervor.

Hinter dem Aushängeschild der „Wirtschaftshilfe" versuchten sie, unter ihnen das westdeutsche Monopolkapital, die Rohstoffressourcen der bisherigen Kolonien und abhängigen Länder weiter auszubeuten und die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft dieser Länder zu verhindern. Durch die von den Imperialisten bestimmte Preisentwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt erlitten die jungen Nationalstaaten große Verluste. In den sechs Jahren von 1956 bis 1961 entstand diesen Ländern infolge sinkender Preise für Rohstoffe ein

Mindererlös von 5,4 Milliarden Dollar und ein Mehraufwand infolge steigender Preise für Industriegüter von 10,8 Milliarden Dollar.

Demgegenüber erwiesen sich die Länder des Sozialismus als aufrichtige Freunde und gewährten den Entwicklungsländern allseitige Hilfe und Unterstützung. Als sich die Westmächte weigerten, die VAR beim Bau des Assuan-Staudammes finanziell zu unterstützen, gewährte die Sowjetunion 1958 der VAR umfassende uneigennützige Hilfe. Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen den sozialistischen Ländern und den jungen Nationalstaaten trugen zum Aufbau einer nationalen Industrie in diesen Ländern bei und sicherten ihnen günstige Absatzmärkte.

Die Moskauer Beratung begründete die wichtige Feststellung, daß das kapitalistische Weltsystem durch das Erstarken des sozialistischen Weltsystems, durch den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und durch das Anwachsen der Widersprüche in den imperialistischen Staaten in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise eingetreten war. Während die allgemeine Krise im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden war und sich ihre zweite Etappe in Verbindung mit dem zweiten Weltkrieg und dessen Folgen herausgebildet hatte, begann die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg, sondern „unter den Bedingungen des Wettbewerbes und des Kampfes der beiden Systeme, einer immer größeren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der schroffen Zuspitzung aller Widersprüche des Imperialismus – unter Bedingungen, in denen es der erfolgreiche Kampf der friedliebenden Kräfte für die Durchsetzung und Festigung der friedlichen Koexistenz den Imperialisten nicht gestattete, den Weltfrieden durch ihre Aggressionshandlungen zu brechen – unter den Bedingungen des Aufschwungs des Kampfes der breiten Volksmassen für Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus“[158].

Die Moskauer Beratung stellte fest, daß der Übergang zur dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus durch eine neue Verschärfung der grundlegenden Widersprüche des Imperialismus gekennzeichnet wurde, die sich mit der Verwandlung des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter vertieften, und daß die Gegensätze zwischen den Produktivkräften

158 Ebenda, S. 18.

und den Produktionsverhältnissen im Kapitalismus größer waren denn je.

Durch die Teilnahme der Volksmassen am Kampf gegen die Monopole wurden die Positionen des Imperialismus weiter erschüttert. Der Bankrott der imperialistischen „Politik der Stärke" und die Krise, in der sich die imperialistische Ideologie befand, waren weitere Anzeichen dafür, daß eine neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus angebrochen war.

Das neue Kräfteverhältnis in der Weltarena schuf für die kommunistischen und Arbeiterparteien veränderte Bedingungen, unter denen sie ihre historischen Aufgaben im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus lösen konnten, und eröffnete der ganzen Menschheit Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens, die sie früher nicht gehabt hatte.

Von jeher – angefangen bei Karl Marx und Friedrich Engels und dem Bund der Kommunisten – hatten die Kommunisten dafür gekämpft, die Menschheit von dem Alpdruck verheerender Kriege zu erlösen. Die Beratung bestätigte die von der KPdSU erarbeitete welthistorische Schlußfolgerung, daß auf Grund des neuen internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus und vor allem infolge des bestimmenden Einflusses des sozialistischen Weltsystems in der internationalen Entwicklung zum ersten Mal in der Geschichte reale Möglichkeiten entstanden waren, einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Die Vertreter der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien übersahen nicht, daß der Imperialismus sein Wesen keineswegs verändert hatte und von ihm die Gefahr neuer Kriege so lange ausgehen würde, wie er nicht endgültig überwunden war. In Gestalt des sozialistischen Weltsystems, der wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder, der unaufhaltsam vorwärtsschreitenden nationalen Befreiungsbewegung sowie der über alle Kontinente reichenden Weltfriedensbewegung waren jedoch Kräfte herangewachsen, die stark genug waren, den imperialistischen Aggressoren in den Arm zu fallen. Der Frieden wurde zuverlässig von der starken Militärmacht der sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, geschützt, die auf allen wichtigen Gebieten die Überlegenheit über die imperialistischen Armeen erlangt hatte.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklärten den Kampf für den Frieden zu ihrer vornehmsten Aufgabe. Sie riefen die Arbei-

terklasse, die Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen und alle Werktätigen auf, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Überzeugungen allen Aggressionsakten der Imperialisten eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Die Beratung betonte, daß die von der Sowjetunion in der Vollversammlung der UN unterbreiteten Vorschläge für die allgemeine und vollständige Abrüstung ein Programm von geschichtlicher Bedeutung darstellten, das die Hirne und Herzen der Volksmassen in der ganzen Welt gewinnen werde.

In engem Zusammenhang damit erklärte die Konferenz das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit den kapitalistischen Ländern zur unerschütterlichen Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder. In der gemeinsamen Erklärung wurde ausdrücklich gesagt: „Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg – nur so steht heute die Frage. Einen anderen Weg gibt es nicht."[159]

Die Politik der friedlichen Koexistenz erforderte die Mobilisierung der Volksmassen und tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Die Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges durch die aggressiven Kräfte des Imperialismus durfte nicht unterschätzt werden. Der Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen konnte auch keine Abschwächung des Klassenkampfes oder der Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie bedeuten. Er mußte es aber den Völkern erleichtern, zu erkennen, daß die kommunistischen Parteien die konsequentesten Verteidiger der Lebensinteressen aller Völker und die Bannerträger im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für den gesellschaftlichen Fortschritt waren.

Die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz konnte günstigere Bedingungen für den wirtschaftlichen Wettbewerb der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern schaffen. Die Beratungsteilnehmer stellten einmütig fest, daß dem Kapitalismus „die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden" wird.[160] Sie bekräftigten damit W. I. Lenins Voraussicht, daß die sozialistischen Länder ihren Haupteinfluß auf die internationale revolutionäre Entwicklung durch

159 Ebenda, S. 36.

160 Ebenda, S. 12.

ihren wirtschaftlichen Aufbau ausüben, und stellten den sozialistischen Staaten die Aufgabe, das wirtschaftliche Übergewicht über die imperialistischen Staaten zu erlangen.

Die Beratung wies nach, daß die Existenz des sozialistischen Weltsystems und die Schwächung der imperialistischen Positionen in der Welt auch den noch vom Imperialismus unterdrückten Völkern neue Möglichkeiten eröffneten, ihre Unabhängigkeit zu erringen, und formulierte die wichtigsten Aufgaben der nationalen, demokratischen Befreiungsrevolutionen. „Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt können in den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen."[161] Der beste Weg zur Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse war die nichtkapitalistische Entwicklung dieser Länder, in der die Arbeiterklasse und die Masse der Bauernschaft die entscheidenden Träger sein mußten.

Auf der Beratung hoben die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien erneut hervor, daß der DDR im Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus eine besonders verantwortungsvolle Rolle zufiel. Sie erklärten: „Die Teilnehmer der Beratung betrachten es als die Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers, aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, des Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, des wahren Künders der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes."[162]

Die Moskauer Beratung bestätigte die Einschätzung des westdeutschen Militarismus durch die SED. Sie stellte fest, daß die westdeutsche Bundesrepublik zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden war und daß die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas immer größer wurde.

Die grundlegenden Schlußfolgerungen, die die Moskauer Beratung aus der Analyse der neuen internationalen Situation zog, waren für alle kommunistischen und Arbeiterparteien sowie für alle anderen

161 Ebenda, S. 42.

162 Ebenda, S. 30.

demokratischen, antiimperialistischen Kräfte von prinzipieller Bedeutung, da sie die wesentlichen Erfahrungen der letzten Jahre verallgemeinerten und die neuen strategischen und taktischen Leitsätze für den weiteren Kampf um Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus enthielten.

2. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in Deutschland

Die SED beschäftigte sich auf der 11. Tagung ihres Zentralkomitees vom 15. bis 17. Dezember 1960 mit den Aufgaben, die sich aus der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Strategie und Taktik in Deutschland ergaben.[163]

Die Führung der SED ging in ihrer Beratung von einer exakten Analyse der nationalen und internationalen Lage aus. Die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus sowie die politische und ökonomische Stärkung und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR hatten neue Möglichkeiten zur dauerhaften Sicherung des Friedens geschaffen. Andererseits mußte berücksichtigt werden, daß die herrschenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz im Mai 1960 dazu übergegangen waren, weitere Voraussetzungen für die atomare Aufrüstung Westdeutschlands zu schaffen und die Kriegsvorbereitungen gegen die DDR zu intensivieren. Die westdeutschen Militaristen hofften, angesichts einer erneuten Verschärfung der internationalen Situation mit ihrer auf die Annexion der DDR gerichteten Politik endlich zum Zuge kommen zu können.

Aufschlußreiches Tatsachenmaterial über das große Ausmaß der Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Ultras hatten Walter Ulbricht und Albert Norden auf einer internationalen Pressekonferenz bereits am 19. Juli 1960 unterbreitet. Walter Ulbricht hatte betont, daß sich die in seinem Brief an Konrad Adenauer vom Januar 1960 enthaltenen Enthüllungen über die Atomkriegspläne der westdeutschen Regierung vollinhaltlich bestätigt hatten. Sie waren inzwischen durch Angaben von in die DDR übergetretenen Offizieren der westdeut-

[163] Dokument Nr. 67.

schen NATO-Armee ergänzt worden. Die Machthaber in Westdeutschland verfolgten die Konzeption, systematisch faschistische Provokationen in der DDR vorzubereiten und durch die gleichzeitige Auslösung von Grenzzwischenfällen den Vorwand für einen Überfall auf die DDR zu schaffen. Die militärischen Pläne dafür waren bereits vollständig ausgearbeitet und sollten mit einem blitzartig geführten Schlag verwirklicht werden. Der westdeutsche Imperialismus beabsichtigte, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, die Berührung mit sowjetischen Truppen zu vermeiden und dadurch den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine innere Angelegenheit der Deutschen.

An Hand militärischen Kartenmaterials, das die Sicherheitsorgane der DDR bei amerikanischen und britischen Offizieren beschlagnahmt hatten, war die unmittelbare Vorbereitung der Bürgerkriegs- und Atomkriegspläne dokumentarisch nachgewiesen worden.

Einige Führer der SPD hatten auf ihre Weise Schlußfolgerungen aus der Torpedierung der Pariser Gipfelkonferenz gezogen. In der außenpolitischen Debatte im Bundestag am 30. Juni 1960 hatten sich Fritz Erler und Herbert Wehner offen zur NATO bekannt und eine „gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition" befürwortet.[164] Damit hatten sie öffentlich einen weiteren Schritt zur Gleichschaltung ihrer Politik mit der aggressiven Außenpolitik der CDU/CSU getan und ihren Übergang auf die Position des revanchelüsternen westdeutschen Imperialismus und Militarismus besiegelt. Diese Haltung ermunterte die aggressiven Kräfte noch mehr, ihre abenteuerliche Politik der Kriegsvorbereitung fortzusetzen.

Das Zentralkomitee der SED hatte am 15. Juli 1960 in einem Offenen Brief an alle westdeutschen Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß die Unterstützung der Aggressionspolitik Adenauers zu höchst verderblichen Folgen für die westdeutschen Werktätigen führen würde und der weiteren Militarisierung und reaktionären Entwicklung sowie weiteren Angriffen des Monopolkapitals auf die soziale Lage der Bevölkerung Vorschub leisten mußte. Zugleich hatte es das Zentralkomitee der SED für notwendig gehalten, alle westdeutschen Sozialdemokraten darauf aufmerksam zu machen, daß das nunmehr „zur offiziellen Politik erhobene Zusammenwirken der Führer Eurer Partei mit den westdeutschen Scharfmachern es für uns notwendig machen könnte, zu geeigneter Zeit geeignete Maßnahmen

[164] Dokument Nr. 62.

zur Verstärkung des Schutzes der friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu erwägen"[165].

Wenige Wochen später wurde die gefährliche Aggressionspolitik des westdeutschen Militarismus durch die Veröffentlichung der „Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr"[166] vom 19. August 1960 deutlich. Die westdeutsche Generalität verkündete darin mit zynischer Offenheit ihren Plan der Vorbereitung eines Atomkrieges gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten. Die Denkschrift kennzeichnete ihr Bestreben, das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz für die Durchsetzung ihrer aggressiven Ziele und die weitere Verschärfung der internationalen Lage sowie für die Verhinderung eines deutschen Friedensvertrages auszunutzen.

Unverblümt forderten die militaristischen Kräfte die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Atom- und Raketenwaffen, die totale Militarisierung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik sowie die weitgehende Vorherrschaft in der NATO, durch die sie sich die ökonomischen und militärischen Potenzen Westeuropas unterwerfen wollten. Dieses abenteuerliche Programm stellte eine ernste Bedrohung für den Frieden in Deutschland und in der Welt dar und verschärfte die internationalen Spannungen.

Die westdeutschen Machthaber und ihre NATO-Verbündeten mißbrauchten die zwischen der DDR und Westberlin – und damit gegenüber dem Machtbereich des Imperialismus – bestehende offene Grenze zu den verschiedensten Störmaßnahmen gegen den sozialistischen Aufbau. Die westdeutschen Monopole und die von ihnen und vom Staat finanzierten Geheimorganisationen stellten ihren Mittelsmännern und Agenten große Summen zur Verfügung, um die Abwerbung von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern und qualifizierten Facharbeitern zu verstärken. Die Abwerbung sollte in erster Linie die Wirtschaft der DDR empfindlich treffen. Außerdem war sie für die Monopole ein gutes Geschäft, da diese zum Teil hochqualifizierte Fachkräfte erhielten, ohne deren aufwendige Ausbildung finanzieren zu müssen. Die Abwanderung zahlreicher qualifizierter Arbeitskräfte trug überdies auch zu einer Verschlechterung der Arbeitsdisziplin anderer Werktätiger bei. Die Abwerbung war somit eine spezifische Form des Klassenkampfes.

165 Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 209.

166 Dokument Nr. 63.

Die Republikflucht hatte ihre Ursachen in den besonderen Bedingungen, die für die Deutsche Demokratische Republik infolge der Spaltung Deutschlands und angesichts des Bestehens einer offenen Grenze der DDR zum Machtbereich des Imperialismus entstanden waren. Der westliche Teil Deutschlands war nicht nur dem Territorium nach größer als die DDR, sondern verfügte auch über größere ökonomische Potenzen. Seine Ausgangsposition im ökonomischen Wettstreit der beiden Systeme war wesentlich besser gewesen als die der DDR. Trotz der beträchtlichen Erfolge, die die Werktätigen der DDR beim Aufbau des Sozialismus erzielt hatten, waren die Arbeitsproduktivität und daher der Lebensstandard in Westdeutschland in mancher Hinsicht nach wie vor höher als in der DDR.

Zahlreiche Organisationen der westdeutschen Monopole sowie spezielle Regierungsstellen der Bundesrepublik mißbrauchten diesen Umstand sowie das Bestehen familiärer Bindungen von Bürgern der DDR zu ihren Angehörigen in Westdeutschland und Westberlin und machten über Funk, Fernsehen und durch gezielte Schreiben vielen Bürgern der DDR Versprechungen, um sie zur Republikflucht zu verleiten. Manche, die diesen Verheißungen Glauben schenkten, nutzten die offene Grenze zu Westberlin aus, um die Republik zu verlassen.

Bei nicht wenigen Menschen, die die DDR verließen, wirkte sich der Einfluß der mehr als fünfzigjährigen Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus aus. Obwohl es ihnen in der DDR materiell gut ging, wurden sie geistig nicht mit den Problemen des Kampfes zwischen der alten Welt des Imperialismus und der neuen Welt des Friedens und des Sozialismus fertig. Diese Menschen scheuten die unumgängliche Auseinandersetzung und Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit, mit überlebten Auffassungen und Gewohnheiten und gingen deshalb nach Westdeutschland.

Unter dem Einfluß der imperialistischen Propaganda entstanden besonders bei Jugendlichen, die die kapitalistische Wirklichkeit nicht kannten, falsche Vorstellungen von der persönlichen Freiheit und den Möglichkeiten eines beruflichen Aufstiegs im Kapitalismus. Individualistische Neigungen sowie das Unvermögen, die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unvermeidlichen komplizierten Probleme zu meistern, waren bei Angehörigen der Intelligenz oft die Ursache, daß sie die DDR verließen. In einzelnen Fällen spielte persönliche Verärgerung oder Furcht vor der Verantwortung, davor, notwendige Entscheidungen bei der Überwindung eigener

Fehler und Schwächen zu treffen, eine Rolle. Schließlich gab es ausgesprochene Gegner des Sozialismus sowie kriminelle Elemente, die gegen die Gesetze der DDR verstoßen hatten und sich durch Republikflucht der Verantwortung entzogen.

Viele Menschen, die die DDR verließen, meinten jedoch, lediglich den Wohnort innerhalb Deutschlands zu wechseln. Sie begriffen nicht in vollem Umfang, was es bedeutete, daß auf deutschem Boden zwei Staaten bestanden, die entgegengesetzte Gesellschaftsordnungen verkörperten. Sie erkannten meist nicht, daß sie nicht nur ihren Kollegen am Arbeitsplatz und dem Aufbau des Sozialismus in den Rücken fielen, sondern auch die Macht der Kräfte des Imperialismus und des Krieges stärkten.

Zahlreiche Republikflüchtige konnten sich in Westdeutschland keine neue Existenz schaffen. Nicht wenige erkannten später, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatten und daß sich hinter der leuchtenden Fassade des „Wirtschaftswunders" in Westdeutschland die verstärkte Ausbeutung der Werktätigen und die Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verbarg. Manche zogen daher – nach einer kürzeren oder längeren Zeit des Aufenthalts in Westdeutschland – den richtigen Schluß und kehrten wieder in die DDR zurück. Viele glaubten jedoch den Verleumdungen der reaktionären Propaganda, daß ihnen bei ihrer Rückkehr in die DDR Nachteile entstehen könnten oder daß sie sogar bestraft würden, und fürchteten daher, diesen einzig richtigen Schritt zu tun.

Das westdeutsche Monopolkapital zog jahrelang auf Kosten der DDR riesige Profite aus dem Bestehen der offenen Grenze. Durch die Störung des innerdeutschen Handels, durch Währungsmanipulationen, mit Hilfe des gegen die DDR gerichteten Schwindelkurses zwischen den Währungen der beiden deutschen Staaten, durch die Korruption Zehntausender Grenzgänger, die im demokratischen Berlin und in den Randgebieten wohnten, aber in Westberlin arbeiteten, und durch die ideologische Zersetzungstätigkeit des Gegners wurde das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus beeinträchtigt, beispielsweise des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, sowie das vorrangige Wachstum der führenden Industriezweige und die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In dem Maße, wie die herrschenden Kreise Westdeutschlands ihre Kriegsvorbereitungen intensivierten und die antikommunistische Pro-

paganda gegen die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten verstärkten, versuchten sie, die ökonomische Entwicklung der DDR noch mehr zu stören. Bereits Anfang 1960 hatten sie, wie auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED festgestellt wurde, damit begonnen, eine gezielte Embargopolitik zu betreiben. Dabei brachen sie gewissenlos die Verträge und ließen es vor allem systematisch zu großen Rückständen bei den Stahllieferungen kommen. Tausende von Tonnen nahtloser Rohre, legierten und unlegierten Stabstahls, gezogenen Drahtes, Kalt-, Konserven- und Federbandes und Automatenstahls wurden nicht geliefert. Ähnlich war es bei Komplettierungsmaterial und wichtigen Chemikalien und Hilfsmitteln. Der Ausfall dieser vertraglich gebundenen Lieferungen rief Störungen in der Volkswirtschaft der DDR hervor, so im Energiemaschinenbau, in der Kabelindustrie, in der feinmechanisch-optischen Industrie, in der Schraubenindustrie, im Fahrzeugbau, in der Plasteverarbeitung, bei der Produktion von Fernsehröhren und in der Waschmittelindustrie.

Die Störmaßnahmen gingen so weit, daß die Regierung der Bundesrepublik am 30. September 1960 beschloß, das Handelsabkommen mit der DDR zum 31. Dezember 1960 zu kündigen. Die DDR hatte bis dahin einen nicht unbedeutenden Teil ihres Bedarfs an Stahl, Walzwerkerzeugnissen, chemischen Produkten sowie an wichtigen Maschinen, Geräten und Zubehörteilen aus Westdeutschland bezogen. Dadurch war die Republik in bestimmter Beziehung noch ökonomisch vom westdeutschen Monopolkapital abhängig.

Durch die Einstellung der Lieferungen wichtiger Rohstoffe und Halbfabrikate hofften die imperialistischen Kräfte, die Wirtschaft der DDR untergraben zu können. Offen legte die der westdeutschen CDU nahestehende Zeitung „Rheinischer Merkur" am 9. Dezember 1960 dar, was mit der Kündigung des Handelsabkommens seitens der westdeutschen Regierung angestrebt wurde. Sie frohlockte, die DDR sei an ihrer „empfindlichsten Stelle getroffen worden: der Wirtschaftsplanung", und fuhr fort: „jedermann wurde deutlich, daß der Ausfall [der westdeutschen Lieferungen] nicht kurzfristig durch Lieferungen aus anderen Ländern zu ersetzen war."

Störungen in der Produktion, die möglicherweise auch Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung haben könnten, würden, so rechneten die herrschenden Kreise in Westdeutschland, zu Unruhe und Unzufriedenheit unter den Bürgern der DDR führen und einen

günstigen Nährboden für die Auslösung von Provokationen bilden, die dann den Vorwand für ein militärisches Eingreifen der westdeutschen Armee abgeben sollten. Zu den Störmaßnahmen gegen die DDR gehörten auch der Aufruf zum Boykott der Leipziger Messe und die Drohung gegen jene westdeutschen Firmen und Kaufleute, die an der Messe teilnehmen wollten und für normale Handelsbeziehungen zwischen Ost und West eintraten. Der Wirtschaftskrieg war ein wesentlicher Bestandteil der Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Er fürchtete den friedlichen Wettbewerb der zwei Gesellschaftssysteme, in dem die DDR in der Zeit nach dem V. Parteitag der SED bereits große Erfolge errungen hatte.

Im Dienst der Kriegsvorbereitung stand auch die ungemein verstärkte Aktivität der sogenannten Landsmannschaften und anderer revanchistischer und militaristischer Verbände. In zahlreichen westdeutschen Städten, so in Bochum, München, Ulm, fanden Großaufmärsche der Revanchisten und Militaristen statt, an denen sich westdeutsche Minister und andere prominente Politiker beteiligten. Sie forderten provokatorisch eine „Neuordnung Osteuropas". Für revanchistische Kundgebungen wurde auch das Gebiet Westberlins mißbraucht.

Die Regierungen der DDR, der ČSSR, der Volksrepublik Polen und der UdSSR wiesen in einer gemeinsamen Erklärung vom 10. Oktober 1960 auf die Gefahren hin, die aus der Aktivierung der militaristischen und revanchistischen Tätigkeit für den Frieden in Europa erwuchsen. Erklärungen des westdeutschen Vizekanzlers Ludwig Erhard und der Minister Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm, in denen Gebietsansprüche an Polen und an die ČSSR gestellt wurden, hatten – so betonten die sozialistischen Staaten – deutlich gemacht, daß der Revanchismus zur offiziellen Politik der westdeutschen Regierung erhoben worden war. Die vier Regierungen erklärten, daß die sozialistischen Staaten stark genug seien, um die Pläne der westdeutschen Militaristen zunichte zu machen.

Die gefährliche Aggressionspolitik des westdeutschen Militarismus, der in seinem Treiben durch die Haltung der anderen NATO-Mächte ermuntert wurde, machte es erforderlich, daß die DDR und die anderen sozialistischen Staaten Vorkehrungen trafen, um die Verteidigungsbereitschaft zu stärken und den Frieden zu sichern.

Der europäische Frieden und das Leben der Völker standen auf dem Spiele, und keinerlei materielle Opfer durften gescheut werden,

den imperialistischen Kriegstreibern ihr gefährliches Handwerk zu legen. Die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED beschloß daher notwendige Veränderungen auf politischem und ökonomischem Gebiet. Sie stellte in ihrer Entschließung fest, die Bevölkerung habe die heilige Verpflichtung, „durch die allseitige Stärkung ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates, durch ökonomische Fortschritte und die Erhöhung der Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik die Friedenswacht gegenüber dem aggressiven deutschen Imperialismus jederzeit zu gewährleisten"[167].

Gleichzeitig setzte sich die SED auch dafür ein, konsequent an der von der DDR betriebenen Politik zur Sicherung des Friedens durch vereinbarte Maßnahmen zur Begrenzung der Rüstungen, durch Vereinbarungen über den beiderseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung und durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten festzuhalten.

Walter Ulbricht machte auf dieser Tagung den Vorschlag, die Regierungen der beiden deutschen Staaten sollten zunächst die Erhaltung des Friedens für zehn Jahre vereinbaren. Da die westdeutsche Regierung nicht bereit war, einer vollständigen Abrüstung zuzustimmen, hätte eine solche Vereinbarung die Gefahr eines Krieges in Europa wesentlich vermindert, die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten gefördert und so der nationalen Wiedervereinigung den Weg gebahnt.

Dieser Vorschlag entsprach, wie Walter Ulbricht erklärte, den Interessen aller Klassen und Schichten – mit Ausnahme der kriegslüsternen Kreise des Monopolkapitals: „Durch eine solche Vereinbarung würde weder der Kapitalismus in Westdeutschland etwas verlieren noch der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Den Nutzen hätte das ganze deutsche Volk, das in diesen zehn Jahren vor der Gefahr eines Krieges bewahrt würde."[168]

Die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED hob erneut die große Bedeutung des Vorschlages zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten hervor. „Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik hat zum Inhalt, durch die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die breiteste Entwicklung der Friedensbewegung die Bonner Regierung zu veranlassen, auf

[167] Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 316.

[168] Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, S. 114.

den friedlichen Wettbewerb, auf friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzugehen ...

Unsere Partei wendet die große Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit dem Vorschlag der Konföderation schöpferisch auf die historisch-konkrete Situation und die nationalen Bedingungen in Deutschland an."[169]

Die Werktätigen der DDR hatten beim Aufbau des Sozialismus unter Führung der Partei der Arbeiterklasse große Erfolge erzielt. Die Industrie der DDR, die zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt zählte, erreichte einen hohen technisch-ökonomischen Leistungsstand. Dies fand seinen sichtbaren Ausdruck auf den Leipziger Messen.

Die Industrieproduktion der DDR konnte bis Ende 1960 auf 121,2 Prozent gegenüber 1958 gesteigert werden. In vielen Bereichen der Industrie, vor allem in der Elektrotechnik und Elektronik sowie im Maschinenbau, wurden zahlreiche neue Erzeugnisse in die Produktion aufgenommen.

Rasch hatte sich die Energiewirtschaft entwickelt. Die Erzeugung von Strom war in den Jahren 1955 bis 1961 von 28,7 Milliarden auf 42,5 Milliarden kWh angewachsen. In dieser Zeit wurde mit dem Bau großer Wärmekraftwerke auf Braunkohlenbasis begonnen, der Großkraftwerke in Lübbenau und Vetschau, die in Europa nicht ihresgleichen hatten. Der erste Teilabschnitt des Werkes in Lübbenau konnte 1960 in Betrieb genommen werden. Mit dem Aufbau des Braunkohlenkombinats „Schwarze Pumpe" war die Errichtung der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda verbunden.

Bei der Verwirklichung des Chemieprogramms ging die SED davon aus, daß das Eindringen chemischer Produkte und Verfahrenstechniken in alle Bereiche der Wirtschaft zu den Grundrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gehört. Bereits drei Jahre nach Annahme des Chemieprogramms von 1958 betrug der Anteil der Chemie an der industriellen Bruttoproduktion 15 Prozent, und die Produktivität je Produktionsarbeiter und Arbeitsstunde lag mit rund 34,50 DM um das 1,6fache höher als im Durchschnitt der gesamten Industrie.

In das Produktionsprogramm des Maschinenbaus wurden viele neu konstruierte Automaten aufgenommen, so Textilmaschinen für die

169 Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 317/318.

in der DDR erfundene Nähwirktechnologie („Malimo"). Einen schnellen Aufschwung nahmen der Schiffbau und viele andere Industriezweige. Zu den wichtigsten Großbauvorhaben zählte der Überseehafen Rostock, dessen erste Hafenanlage Ende April 1960 in Betrieb genommen werden konnte. Die Werktätigen der DDR erzielten, trotz der neuen, oft nicht leicht zu lösenden Probleme auf wirtschaftlichem Gebiet, große Fortschritte bei der Verwirklichung der vom V. Parteitag der SED angenommenen wirtschaftlichen Konzeption und bei der Erfüllung der von ihm beschlossenen ökonomischen Hauptaufgabe.

Das Lebensniveau der Werktätigen erhöhte sich von 1958 bis 1960 beträchtlich. Der Warenumsatz je Kopf der Bevölkerung stieg von 2199 DM auf 2608 DM. Der Fleisch- und Butterverbrauch wuchs schneller, als im Siebenjahrplan vorgesehen worden war. Während 1958 je Kopf der Bevölkerung 50,8 Kilogramm Fleisch verbraucht wurden, waren es 1960 57,1 Kilogramm gegenüber 54,5 Kilogramm in Westdeutschland. Jeder Bürger der DDR verbrauchte 1960 durchschnittlich 13,6 Kilogramm Butter gegenüber 11,9 Kilogramm im Jahre 1958, während der Durchschnitt in Westdeutschland 7,8 Kilogramm betrug. Das gleiche traf für Fisch, Zucker und andere Lebensmittel zu. Beträchtlich war auch der Umsatz von Industriewaren gestiegen. 1958 besaß erst jede zwanzigste Familie in der DDR einen Fernsehapparat, 1961 dagegen fast jede vierte Familie. 1958 verfügte lediglich jeder achtundvierzigste Haushalt über einen Kühlschrank, 1961 dagegen bereits jeder elfte. Jedoch reichten die Mengen an hochwertigen Konsumgütern und einigen Nahrungsmitteln noch nicht aus, den ständig wachsenden Bedarf der Bevölkerung völlig zu befriedigen.

Trotz aller dieser Erfolge wurde es jedoch angesichts der wachsenden Kriegsgefahr wie auch der Verluste, die die DDR durch den Wirtschaftskrieg erlitten hatte, notwendig, die ökonomische Konzeption zu überprüfen, von den Festlegungen des V. Parteitages der SED und des Siebenjahrplanes teilweise abzugehen und wesentliche Veränderungen am Volkswirtschaftsplan für 1961 vorzunehmen.

Die wichtigste Aufgabe bestand, wie die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED betonte, darin, „die Deutsche Demokratische Republik in jedem Falle gegen die Willkür der Bonner Regierung und des westdeutschen Rüstungskapitals zu sichern"[170].

[170] Ebenda, S. 312.

Da die Störmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ein wesentlicher Bestandteil der Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus waren, wurde die Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit der DDR gegenüber Westdeutschland im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens zu einer zwingenden Notwendigkeit. Es zeigte sich, daß es außerordentlicher Anstrengungen bedurfte, um die erforderlichen Bedingungen für einen friedlichen Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme in Deutschland zu schaffen.

Das Zentralkomitee rief alle Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler auf, sich in enger Gemeinschaftsarbeit auf jene Aufgaben zu konzentrieren, deren Lösung dazu beitragen könnte, die teilweise noch bestehende Abhängigkeit von Westdeutschland zu überwinden. Es war sich darüber im klaren, daß es sich hierbei um eine außerordentlich komplizierte Aufgabe handelte, bei der äußerste Prinzipienfestigkeit mit einem Höchstmaß an Elastizität verbunden werden mußte. Um die Störtätigkeit des westdeutschen Monopolkapitals unwirksam zu machen und die volle Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft der DDR zu gewährleisten, mußten die Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler viel Initiative entwickeln und angespannt arbeiten. Die SED mußte eine umfangreiche politische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit leisten. Das war um so notwendiger, als manche die Kraft und die Solidarität der sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR, noch unterschätzten. Sie hielten es für unwahrscheinlich, daß die gestellten Aufgaben angesichts des technischen Vorsprungs in Westdeutschland bewältigt werden konnten.

In geduldigen Diskussionen über die reale Lage in Deutschland und über die Stellung beider deutscher Staaten zueinander wurden die ideologischen Voraussetzungen dafür geschaffen, um sich stärker auf die eigene Kraft und die der sozialistischen Bruderländer stützen zu können.

Empört über die Aggressionsvorbereitungen der Bundesrepublik und den angedrohten Abbruch der Handelsbeziehungen und beseelt von dem festen Willen, die DDR zu stärken, begannen die Werktätigen systematisch zu überprüfen, wie die Produktion ohne Zulieferungen aus Westdeutschland zu sichern wäre und welche Erzeugnisse in gleicher oder besserer Qualität in den Betrieben der DDR hergestellt werden könnten. Das war eine große patriotische Aufgabe, in der sich die Kraft der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit offenbarte. Es

entstanden viele neue sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften.

Eine eindeutige Antwort auf die von Westdeutschland ausgehenden Störversuche gaben die 42 000 Beschäftigten aus den elf wichtigsten Betrieben des Magdeburger Maschinenbaus mit ihrem Aufruf vom 30. Dezember 1960 zum sozialistischen Wettbewerb 1961.[171] Ausgehend von ihren im Jahre 1960 erreichten Erfolgen, riefen sie die Werktätigen aller Industriezweige auf, für das Jahr 1961 im sozialistischen Wettbewerb konkrete Verpflichtungen einzugehen, um die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern und die Produktion so umzustellen, daß sie nicht mehr vom westdeutschen Monopolkapital beeinträchtigt werden konnte.

Besonders große Aufgaben mußten in der Metallurgie, im Maschinenbau und auch in der chemischen Industrie bewältigt werden. Die Beseitigung der Störanfälligkeit stellte die metallurgische Industrie der DDR vor zwei wichtige Aufgaben. Einerseits mußte die Produktion beträchtlich gesteigert und andererseits das Sortiment, vor allem bei Edelstählen und Walzwerkerzeugnissen, stark erweitert werden.

Die Stahl- und Walzwerker vollbrachten große Leistungen in dem unter der Losung „Mehr Stahl für unsere Republik" geführten Wettbewerb. Sie produzierten beispielsweise im zweiten Halbjahr 1960 64 300 Tonnen Roheisen, 72 500 Tonnen Walzstahl und 9300 Tonnen Erzeugnisse der zweiten Verarbeitungsstufe mehr, als im Plan vorgesehen gewesen waren. Bei der Entwicklung neuer, bis dahin in der DDR nicht produzierter metallurgischer Erzeugnisse und deren Überführung in die Produktion gab es bemerkenswerte Fortschritte.

Das Walzwerk für Buntmetalle in Hettstedt übernahm im Februar 1961 zusätzlich die Produktion von 150 Tonnen Schmalband, das zur Umwicklung von Erdkabeln benötigt wurde. Dieses Material war vorher ausschließlich aus Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland bezogen worden. Im Stahl- und Walzwerk Brandenburg und im Werk Kirchmöser arbeiteten Ingenieure und Arbeiter gemeinsam ein neuartiges Verfahren zum Weichglühen von hochkohlehaltigen Stählen unter Schutzgas aus. Dieses Verfahren garantierte neben der Einsparung von Material die Herstellung hochwertiger Stahlmarken.

In der metallverarbeitenden Industrie, vor allem im Maschinen-

171 Dokument Nr. 68.

bau, mußte die Aufgabe gelöst werden, wichtige Ausgangsstoffe, Normteile und andere Materialien entweder selbst herzustellen oder durch andere, in der DDR produzierte oder aus dem sozialistischen Ausland bezogene Erzeugnisse zu ersetzen. Die Werktätigen des VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht" Magdeburg verpflichteten sich, auf Importe aus Westdeutschland im Werte von 14 Millionen DM zu verzichten. Sie übernahmen die Produktion von 13 Röhrenöfen verschiedener Typen für das Erdölverarbeitungswerk Schwedt, wobei sie ausschließlich Material aus der DDR verwendeten.

Die Werktätigen des VEB Maschinenfabrik Güstrow stellten den Antrag, auf den Import von 19,7 Tonnen Tiefziehblechen zu verzichten. Diese Einsparung war möglich, weil sie dazu übergingen, in der DDR hergestellte Materialien für die von ihnen produzierten Maschinen zu verwenden, nachdem sie Veränderungen in deren Konstruktion vorgenommen hatten.

Wissenschaftler und Ingenieure entwickelten im VEB Getriebewerk Wernigerode einen speziellen Typ von Getrieben, der bis dahin aus Westdeutschland bezogen worden war. Bestimmte Aufgaben konnten nur innerhalb eines ganzen Zweiges gelöst werden. So gelang es zum Beispiel bis Mitte 1961 nach harten Anstrengungen, den gesamten Bedarf der Büromaschinenindustrie der DDR an Automatenstahl aus der eigenen Produktion zu decken.

Im Schiffbau konnte die Matthias-Thesen-Werft Wismar die Herstellung von Personenfahrgastschiffen ausschließlich aus dem eigenen Materialaufkommen und Importen aus sozialistischen Ländern sichern. Einen bedeutenden Anteil daran hatten 33 überbetriebliche sozialistische Arbeitsgemeinschaften, die diese Aufgabe gemeinsam mit einer großen Zahl von Zulieferbetrieben und den zuständigen Industriezweigleitungen lösten.

Die Versorgung der Chemie mit den wichtigsten Rohstoffen aus der eigenen Produktion oder durch entsprechende Lieferungen aus den sozialistischen Ländern war bereits vor 1960 gesichert. Anders verhielt es sich bei einigen Spezialprodukten, vor allem auf den Gebieten der Farbstoffe, der Textilhilfsmittel und der Pharmazie.

In dem 1958 beschlossenen Chemieprogramm war, ausgehend von der Bereitschaft der DDR zur Erweiterung des Handels zwischen beiden deutschen Staaten, der Bezug solcher Erzeugnisse aus Westdeutschland vorgesehen worden. In den Chemiebetrieben der DDR

bildeten sich Ende 1960 und Anfang 1961 viele neue sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, die sich die Aufgabe stellten, in kurzer Zeit solche Erzeugnisse zu entwickeln und in die Produktion zu überführen, die früher aus Westdeutschland oder anderen NATO-Ländern eingeführt werden mußten.

In der Farbenfabrik Wolfen umfaßte die Umstellung rund 100 Vor- und Zwischenprodukte, die nun im eigenen Werk, in anderen Betrieben der DDR produziert oder durch ähnliche Erzeugnisse aus befreundeten sozialistischen Ländern ersetzt werden mußten. 33 sozialistische Arbeitsgemeinschaften hatten hervorragenden Anteil daran, daß dieser wichtige Betrieb von westdeutschen Zulieferungen unabhängig wurde und daß bis Ende 1961 die Herstellung von chemischen Produkten im Werte von 5,5 Millionen Verrechnungseinheiten aufgenommen werden konnte. Es wurden vor allem neue Farbstoffe und Textilhilfsmittel entwickelt und in das Produktionsprogamm aufgenommen.

Wissenschaftler und Praktiker aus dem VEB Kombinat „Otto Grotewohl" Böhlen schufen ein Verfahren, um Platinkontakte, die für die Benzinherstellung erforderlich waren, der Wiederverwendung zuzuführen. Die nach diesem Verfahren reaktivierte Platinmenge brauchte nicht mehr importiert zu werden, der ökonomische Nutzen betrug in diesem Kombinat etwa 1,5 Millionen DM.

Die DDR führte den Kampf um die Beseitigung der Störanfälligkeit in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der sozialistischen Bruderländer. Viele Rohstoffe, Materialien und Halbfabrikate, die bis dahin aus Westdeutschland geliefert worden waren, wurden jetzt aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern bezogen. Vor allem die Sowjetunion half den volkseigenen Betrieben, die bei der Umstellung der Produktion entstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Als beispielsweise 1961 die Lieferung von Induktorwellen für die Generatorenfertigung des größten Energiemaschinenbaubetriebes der DDR, des VEB Bergmann-Borsig in Berlin, von westdeutscher Seite systematisch verzögert wurde, fertigten sowjetische metallurgische Werke diese wertvollen Zubehörteile in hoher Qualität in einem Zeitraum von nur fünf Monaten, während früher bei ähnlichen Bezügen aus Westdeutschland Fertigungszeiten von neun bis zwölf Monaten in Kauf genommen werden mußten.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR erhielten in dieser Zeit eine neue Qualität. Waren sie früher vor allem

durch einen umfassenden Warenaustausch gekennzeichnet gewesen, gewannen nunmehr die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Spezialisierung und Kooperation der Produktion entsprechend den Erfordernissen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung mehr und mehr an Gewicht. Besonders deutlich spiegelte sich dies in der Zunahme der Vereinbarungen wider, die von der seit 1951 bestehenden gemeinsamen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit über den Austausch von Dokumentationen, Projektierungsunterlagen und Technologien getroffen wurden. Waren von 1952 bis 1955 jährlich etwa 200 solcher Vereinbarungen abgeschlossen worden, so erhöhte sich ihre Zahl von 1956 bis 1960 nahezu auf jährlich 600 und erreichte 1961 mehr als 800.

Die verstärkte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit brachte beiden Ländern großen Nutzen. Obwohl alle Wirtschaftszweige an diesem Erfahrungsaustausch beteiligt waren, betrafen mehr als die Hälfte der Vereinbarungen die Metallurgie, die chemische Industrie und den Maschinenbau, weil diese Zweige besonders von imperialistischen Störmaßnahmen betroffen worden waren. Darüber hinaus gewährte die Sowjetunion der DDR auch auf dem Gebiet der Kernforschung große Unterstützung, vor allem durch die Ausbildung von Fachkräften im Vereinigten Institut für Kernforschung in Dubna, durch die Übergabe eines Zyklotrons und anderer Geräte an das Forschungszentrum in Rossendorf bei Dresden sowie durch die Lieferung radioaktiver Isotope.

Die Ersetzung der bis zu dieser Zeit aus Westdeutschland bezogenen Halbfabrikate, Materialien und Erzeugnisse durch Lieferungen aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten war jedoch unweigerlich mit erheblichen Umstellungen in der Produktion verbunden. So mußten die Ingenieure des Konstruktionsbüros im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda 20 000 Konstruktionszeichnungen überprüfen, um die Produktion dieses Werkes von dem bis dahin aus Westdeutschland bezogenen Material auf solches aus der UdSSR umzustellen, was auch eine Umstellung der Abmessungen und Toleranzen von den bisher üblichen DIN-Normen auf in der UdSSR bestehende Standards bedeutete.

Im Kampf um die Beseitigung der teilweise noch bestehenden ökonomischen Abhängigkeit der DDR vom imperialistischen Westdeutschland ergaben sich auch andere, viel Kraft und Zeit kostende Probleme. Sie mußten gelöst werden, obwohl die westdeutsche Re-

gierung den von ihr angekündigten Boykott nicht durchführen konnte. Da die Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entsprechend einer Vereinbarung von 1951 vertraglich mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin verbunden waren, hätte die Einstellung des Handels zwischen Westdeutschland und der DDR automatisch dazu geführt, daß alle bestehenden Vereinbarungen über die Benutzung der durch die DDR führenden Verbindungswege zwischen Westberlin und Westdeutschland außer Kraft getreten wären. Die westdeutsche Regierung sah sich daher Ende 1960 gezwungen, die Kündigung der Handelsvereinbarung für 1961 aufzuheben. Sie behielt sich jedoch vor, durch die von ihr eingeführte Vorbehaltsklausel die Lieferungen zu verzögern und die Ausfuhr jener Erzeugnisse zu sperren, die für die DDR lebenswichtig waren.

Um ein für allemal der Störtätigkeit des westdeutschen Imperialismus den Boden zu entziehen und die volle ökonomische Unabhängigkeit der DDR herzustellen, mußten die Maßnahmen gegen den von Westdeutschland ausgelösten Wirtschaftskrieg konsequent fortgesetzt werden. Es handelte sich dabei keineswegs darum, eine Art Autarkie der DDR anzustreben. Es mußten jedoch Bedingungen geschaffen werden, die den aggressiven Kreisen in Westdeutschland jegliche Hoffnung nahmen, durch ökonomischen Druck eine Politik der Erpressung betreiben zu können.

Die umfangreichen Umstellungen der Produktion führten unvermeidlich zu einer zeitweiligen Verlangsamung des Entwicklungstempos bestimmter Wirtschaftszweige. Entscheidend war jedoch, daß die Pläne der imperialistischen Kräfte, die Volkswirtschaft der DDR zu unterminieren und auf diese Weise einen günstigen Boden für die Auslösung einer Aggression gegen die DDR zu schaffen, nicht in Erfüllung gingen. Sie wurden durch die weitsichtige, auch vor schwierigen Entscheidungen nicht zurückschreckende Politik der SED und die Anstrengungen der Werktätigen der DDR vereitelt. Die SED, die nach ihrem V. Parteitag keine Anstrengungen gescheut hatte, die ökonomische Hauptaufgabe zu lösen, begründete jetzt die Notwendigkeit, von ihr abzugehen, da dies die Interessen der Erhaltung des Friedens erforderlich machten.

Die Sicherung des Friedens und die ökonomischen Entwicklungsbedingungen der DDR machten strukturelle Veränderungen in der Industrie, in der Investitionsplanung, in der Forschung sowie auch im

Außenhandel notwendig. Bevorzugt mußte die Standardisierung fortgesetzt und die chemische Industrie und jene Zweige des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und Feinmechanik entwickelt werden, die es ermöglichten, die Probleme der technischen Revolution und der Herausbildung der nationalen Wirtschaft der DDR zu meistern.

Aus allen diesen Gründen erklärte das Zentralkomitee der SED auf seiner 12. Tagung, die vom 16. bis 19. März 1961 stattfand, daß die Hauptaufgabe auf ökonomischem Gebiet jetzt darin bestehen müsse, die Arbeitsproduktivität rasch zu erhöhen und, damit verbunden, Veränderungen in der Perspektivplanung einzuleiten. „Auf der Stufe der Entwicklung, die wir erreicht haben", erklärte Walter Ulbricht, „hängt die weitere Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensverhältnisse ausschließlich vom Wachstum der Arbeitsproduktivität und damit vor allem von der Förderung der Wissenschaft und Technik ab."[172]

Die SED sprach sich dafür aus, größere Mittel für die Entwicklung der Grundstoffindustrie, des Maschinenbaus, der Steuerungs-, Meß- und Regeltechnik sowie einiger anderer für den weiteren Aufschwung der Volkswirtschaft der DDR maßgeblicher Industriezweige bereitzustellen.

Eine wichtige Voraussetzung des organisierten Kampfes um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wurde mit dem Plan „Neue Technik" geschaffen, der für 1961 erstmalig ausgearbeitet wurde und einen wichtigen Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes darstellte. Die Werktätigen gingen dazu über, den sozialistischen Wettbewerb im Jahre 1961 auf die Hauptaufgaben in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft zu konzentrieren. Sie verwirklichten damit die Lehren aus dem Wettbewerb der Stahlwerker auch in der Chemie-, Elektro-, Kali-, Meßgeräte-, Steinkohlen-, Textil- und Zementindustrie.

Die Leistungen der Werktätigen der DDR waren von der ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie begleitet. Am 12. April 1961 verabschiedete die Volkskammer das Gesetzbuch der Arbeit.[173] Über den bereits im November 1960 veröffentlichten Entwurf hatten etwa sieben Millionen Werktätige diskutiert; in den

172 Die Aufgaben zur weiteren ökonomischen Stärkung der DDR und zur Festigung der sozialistischen Demokratie. Referate der Genossen Bruno Leuschner, Albert Stief und Kurt Seibt. Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht. Diskussion. 12. Tagung des ZK der SED, 16. bis 19. März 1961, Berlin 1961, S. 95.

173 Dokument Nr. 69.

Aussprachen waren 23 000 Änderungsvorschläge gemacht worden. Großen Anteil an der Ausarbeitung des Gesetzbuches der Arbeit und den Aussprachen über dessen Entwurf hatten die Gewerkschaften. Das Gesetzbuch ging von der neuen Stellung der Werktätigen nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse aus und spiegelte damit die grundlegenden Veränderungen wider, die sich im Charakter der Arbeit vollzogen hatten. Es legte die Rechte und Pflichten der Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus fest.

Alle seine Bestimmungen waren davon durchdrungen, daß die Arbeiterklasse zur Besitzerin der Produktionsmittel und zur führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft geworden war. Erstmals wurde damit das Arbeitsrecht einheitlich in einem Gesetzbuch zusammengefaßt, das allen Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz das Recht auf einen Arbeitsplatz und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung, auf Bezahlung nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit, auf Teilnahme an der Planung und Leitung der Wirtschaft garantierte.

Das Gesetzbuch verankerte die Rechte und Pflichten der Gewerkschaftsorganisationen, denen eine erhöhte Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus, bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Verbesserung der Arbeitsorganisation und der allseitigen Wahrung der Rechte der Werktätigen zukam. In diesem Gesetzbuch wurden die besondere Förderung der Frauen und der Jugendlichen sowie das Recht auf Bildung, Erholung, Gesundheits- und Arbeitsschutz und materielle Versorgung bei Krankheit, bei Invalidität und im Alter bekräftigt.

Da der Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung von der Fähigkeit abhing, eine höhere Arbeitsproduktivität als der Kapitalismus zu erreichen, spielten die Probleme der Arbeitsproduktivität in diesem Gesetzeswerk eine wichtige Rolle. Alle Bestimmungen waren darauf gerichtet, die Betriebsleiter und alle anderen Werktätigen dazu zu veranlassen, der Erfüllung der Planaufgaben, der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und der allgemeinen Anwendung bewährter Neuerermethoden größte Aufmerksamkeit zu widmen. Das Arbeitsgesetzbuch trug dazu bei, rückständige Gewohnheiten, die die Herausbildung der sozialistischen Arbeitsmoral hemmten, zu überwinden. So entsprach es in allen seinen Paragraphen den politischen und ökonomischen Lebensinteressen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

3. Die Zunahme der Aggressivität des westdeutschen Militarismus und ihre Ursachen

Im Frühjahr 1961 forcierte der westdeutsche Imperialismus und Militarismus seine Aggressionsvorbereitungen gegen die DDR in einem außerordentlichen Maße. Die Bundeswehr hatte eine Stärke von 291 000 Mann erreicht. Ihre im Rahmen der NATO-Koalition durchgeführten Manöver ließen die eindeutige Angriffsrichtung gegen die DDR erkennen. Der ehemalige Hitlergeneral Adolf Heusinger erhob die provokatorische Forderung, Atomraketen an der Grenze zur DDR zu stationieren. Der Bundesminister für Verteidigung, Franz-Josef Strauß, forderte im März 1961, als höchste politische, wirtschaftliche und militärische Institution der Bundesrepublik einen „Nationalen Leitungsstab" zu bilden, in dessen Hand die Vorbereitung der Aggression gegen die DDR liegen sollte. Bei dieser abenteuerlichen Politik fanden die aggressiven Kräfte Westdeutschlands die weitgehende Unterstützung der USA. Die Sicherung des durch die abenteuerliche Politik des westdeutschen Imperialismus akut bedrohten Friedens wurde zum erstrangigen internationalen Problem.

Die militaristischen Kreise Westdeutschlands traten erneut als aggressivste Kraft in Europa auf. Die Bundesrepublik war zum akuten Gefahrenherd eines Atomkrieges in Europa geworden.

Die antinationale Politik des westdeutschen Imperialismus und seine besondere Aggressivität waren im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus verwurzelt. Die tiefste Ursache dieser besonderen Aggressivität lag in dem Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus im Imperialismus. Der westdeutsche Imperialismus war zur zweitstärksten ökonomischen Macht unter den kapitalistischen Staaten geworden. Betrug der Anteil Westdeutschlands an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder 1953 6,7 Prozent gegenüber 10,2 Prozent Großbritanniens und 51,9 Prozent der USA, so bestritt Westdeutschland 1961 bereits 9,2 Prozent der kapitalistischen Weltproduktion, gegenüber gleichfalls 9,2 Prozent Großbritanniens und 44,3 Prozent der USA. Während der Anteil Westdeutschlands am Export aller kapitalistischen Länder 1950 erst 3,5 Prozent betrug, gegenüber 11,0 Prozent Großbritanniens und 18,3 Prozent der USA, so machte er 1961 bereits 10,6 Prozent gegenüber 8,7 Prozent Großbritanniens und 17,4 Prozent der USA aus.

Ähnlich wie in den Jahren vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg bildete sich erneut der traditionelle Widerspruch zwischen der ökonomischen Stärke des deutschen Imperialismus und dessen begrenztem politischem Einfluß heraus. In der Periode vor dem ersten Weltkrieg war dieser Widerspruch vor allem aus dem relativ späten Beginn der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland und dem daraus resultierenden Zuspätkommen des deutschen Imperialismus bei der Aufteilung der Welt, insbesondere beim Raub der Kolonien, entstanden. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte die Niederlage von 1918 und der Verlust der Kolonien und anderer Einflußgebiete diesen Widerspruch weiter verschärft.

Zu Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren es, neben den unmittelbaren Folgen der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und der damit verbundenen Einengung seines Machtbereiches, vor allem die Entstehung der DDR, die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, die den Widerspruch zwischen der wachsenden ökonomischen Macht des westdeutschen Imperialismus und seinem begrenzten politischen Einfluß weiter verstärkten.

Der zunehmende Konzentrationsprozeß des Kapitals in Westdeutschland und die volle Herausbildung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten dazu geführt, daß alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in einem Ausmaß wie nie zuvor durch die großen Monopole und ihre räuberischen Interessen bestimmt wurden.

Der Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der Macht der Monopole und einer zunehmenden Aggressivität des westdeutschen Imperialismus zeigte sich deutlich daran, daß die westdeutsche Bundesrepublik immer dann besonders entspannungsfeindlich und abenteuerlich auftrat, wenn eine rapide ökonomische Machtzunahme des Monopolkapitals erfolgt war und es durch das Abflauen der Konjunktur seine Interessen bedroht sah.

So war es im Jahre 1961. Die westdeutschen Monopole hatten 1960 nach den vorangegangenen Stagnationserscheinungen erneut eine hohe Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion erzielt, die etwas über 11 Prozent betrug und damit über der Zuwachsrate der Industrie in der DDR lag. Es zeigte sich, daß diese erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht den Interessen der Bevölkerung zugute kam, weil sie

die Aggressivität der imperialistischen Kräfte förderte und damit die nationalen Interessen auf das höchste gefährdete.

Neben den ökonomischen gab es politische Ursachen für die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, dessen Staat als Sturmbock des Weltimperialismus gegen die demokratische und sozialistische Bewegung in Deutschland und Europa entstanden und zum Aufmarschgebiet für einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten geworden war.

Der westdeutsche Imperialismus sah sich tagtäglich mit dem Sozialismus auf deutschem Boden konfrontiert. Diese besondere Lage machte ihn im Vergleich zu seinen ausländischen Bündnispartnern weniger manövrierfähig. Er war bestrebt, mit aggressiven Handlungen der Ausstrahlung des Sozialismus auf Westdeutschland entgegenzutreten. Sowohl die Außenpolitik als auch die Innenpolitik wurden seit Jahren durch den Antikommunismus und den Revanchismus bestimmt, was seinerseits dazu beitrug, daß die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus weiter zunahm.

Von einer Aufrechterhaltung oder gar Zunahme der internationalen Spannungen versprachen sich die Machthaber der Bundesrepublik eine weitere Aufwertung ihrer Rolle im imperialistischen Weltsystem. Die aggressive Politik Westdeutschlands diente daher nicht zuletzt dem Ziel, die Positionen der Bundesrepublik in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Institutionen des imperialistischen Paktsystems weiter auszubauen und auf diese Weise die Verbündeten in der NATO immer mehr an der Durchsetzung der revanchistischen und anderen expansionistischen Forderungen des westdeutschen Imperialismus zu beteiligen.

In verstärktem Maße wirkte erneut die traditionelle Unfähigkeit des deutschen Imperialismus, das internationale Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen. Die Überbewertung der eigenen Kräfte und die Vorstellung, durch eine abenteuerliche Militärstrategie eine Entscheidung herbeiführen zu können, machten die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus besonders gefährlich.

Schließlich trug auch die Tatsache, daß der gesamte Staatsapparat und die wichtigsten Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens mit besonders reaktionären Kräften der Vergangenheit durchsetzt waren, zur besonderen Aggressivität des westdeutschen Imperialismus bei. In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg waren es das Bündnis des Monopolkapitals mit dem Junkertum und die besondere

Rolle des preußischen Adels im Staatsapparat und in der Armee gewesen. In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war es die Rolle der Reichswehrgenerale und der verschiedensten Abenteurer gewesen, die im faschistischen Partei- und Staatsapparat höchste Positionen bekleideten. In der Nachkriegszeit waren es die ehemaligen aktiven Nazis und die Kriegsverbrecher, die geschlagenen Militärs der faschistischen Wehrmacht, ehemalige Wehrwirtschaftsführer, Blutrichter usw., die dem westdeutschen Staat und seiner aggressiven Politik den Stempel mit aufdrückten.

Die imperialistischen Kräfte Westdeutschlands propagierten ihre Revancheziele mit dem Mittel chauvinistischer und antikommunistischer Verhetzung unter demagogischer Ausnutzung der Losung des Rechts auf Selbstbestimmung und unter Mißbrauch der nationalen Gefühle.

Der westdeutsche Imperialismus konnte seine abenteuerliche, den Frieden und die Existenz der Nation bedrohende Politik betreiben, weil es ihm gelungen war, die demokratischen und friedliebenden Kräfte niederzuhalten und bei der Mehrheit der Bevölkerung, darunter bei bedeutenden Teilen der Arbeiterklasse, Illusionen über den Charakter der Gesellschaftsordnung in Westdeutschland und die Politik der herrschenden Kreise zu fördern.

Durch ihren großen ökonomischen Einfluß und begünstigt durch eine länger anhaltende Nachkriegskonjunktur, konnte die imperialistische Großbourgeoisie die Mehrzahl des Kleinbürgertums, der Intelligenz und des Bürgertums, aber auch bestimmte Teile der Arbeiterklasse ökonomisch und politisch an ihr System binden. Mit antikommunistischer und revanchistischer Hetze, politischem Terror und ökonomischem Druck vermochte sie große Teile der westdeutschen Bevölkerung ihrer Politik unterzuordnen, die Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Trennung zwischen den Arbeitern der Bundesrepublik und der DDR aufrechtzuerhalten. Die fehlende Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland erwies sich als das größte Hindernis im Kampf gegen die Kriegspolitik.

In der westdeutschen Arbeiterbewegung offenbarte sich immer stärker der Widerspruch zwischen den Erfordernissen des Klassenkampfes und der Entwicklung des Bewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Auf der einen Seite stand die zunehmende Aggressivität der herrschenden imperialistischen Kräfte, auf der anderen Seite gab es – trotz zunehmenden Unbehagens, trotz oppositioneller Regungen und Einzelaktionen auf bestimmten Teilgebieten – keine

auch nur annähernd geschlossene und wirkungsvolle oppositionelle Bewegung. Die Ursachen dafür waren vielfältiger Art.

Das verstärkte Streben der Monopolbourgeoisie, systematisch bestimmte Schichten der Arbeiterklasse – insbesondere die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – und wenn möglich sogar einen bedeutenden Teil der Arbeiter an das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu ketten, ergab sich in erster Linie aus der zunehmenden Existenzunsicherheit des imperialistischen Systems infolge des wachsenden Einflusses des Sozialismus.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie besaß andererseits durch die systematische Ausnutzung der technischen Revolution für die Steigerung des Profits weit größere Möglichkeiten als in früheren Zeiten. In den 50 größten westdeutschen Aktiengesellschaften waren die Profite von 1950 bis 1960 auf über das Sechsfache gestiegen. Einen Teil dieses Profits benutzten die Monopole dazu, um nicht nur eine Oberschicht in der westdeutschen Arbeiterbewegung mit hohen materiellen Zuwendungen zu korrumpieren, sondern auch materielle Forderungen von Teilen der Arbeiterschaft zu befriedigen und diese so vom Klassenkampf abzuhalten.

Dank der Existenz der DDR eröffneten sich den westdeutschen Arbeitern und ihren Gewerkschaften neue Möglichkeiten, die Monopolbourgeoisie zu weitgehenden Zugeständnissen zu zwingen. Die tarifliche Festlegung der 40-Stunden-Woche für einen großen Teil der Industriearbeiter, die Erhöhung des gesetzlichen Urlaubs und die Gewährung bestimmter anderer sozialer Vergünstigungen waren ein beredtes Zeugnis dafür. Hinzu kamen vielfältige Formen und Methoden betrieblicher Sozialpolitik, die von den einzelnen Monopolen angewendet und – meist mit großem Propagandaaufwand – als „freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber" herausgestellt wurden. Im Vordergrund standen dabei Maßnahmen, die dazu dienten, durch Lohnzuschläge, Ernennung zu Ehrenangestellten des Betriebes innerhalb der Arbeiter und Angestellten zu differenzieren und privilegierte, konzernhörige Schichten abzusondern.

Eine weitere wesentliche Methode bestand darin, mittels Vergabe sogenannter Belegschaftsaktien und „Gewinnbeteiligung" in der Arbeiterklasse illusionäre Vorstellungen über eine breite Eigentumsstreuung und eine „Vermögensbildung in Arbeiterhand" zu verbreiten und auf diese Weise die bestehenden Klassengegensätze zu verwischen. Diese Methoden wurden durch vielfältige soziale Einzelleistungen ergänzt,

die entsprechend der Höhe der Profite in den einzelnen Konzernen unterschiedlich waren. Neben die althergebrachte Methode der Gratifikationen zu Weihnachten, bei Jubiläen und besonderen Familienanlässen für „treue" Arbeiter und Angestellte der Konzerne traten Zuwendungen für werkeigene und werksgeförderte Wohnungen und Eigenheime. Nicht wenige Betriebe gewährten Unterstützungsbeihilfen oder Kredite für Urlaubsreisen, zur Ausbildung der Kinder von Belegschaftsangehörigen und bei Krankheit; sie stellten Mittel bereit für die sogenannten Belegschaftseinrichtungen, wie Kantinen, Werkküchen, Gemeinschaftsräume. Dazu kamen schließlich noch Zuwendungen für kulturelle und sportliche Förderung, für Büchereien, Gesangvereine, Sportvereine, betriebliche Orchester und Theatergruppen.

Mit diesen Maßnahmen suchte die westdeutsche Monopolbourgeoisie der zunehmenden Anziehungskraft der sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR auf die westdeutsche Arbeiterklasse entgegenzuwirken. Obwohl es sich bei all diesen Ausgaben um Mittel handelte, die vor allem von den Arbeitern durch die verschärfte Arbeitsintensität erbracht worden waren, und obwohl die Profite der Monopole wesentlich schneller anstiegen als die Ausgaben auf sozialem Gebiet und der Reallohn der Arbeiter und Angestellten, entstand in der Arbeiterbewegung ein günstiger Boden für Illusionen über das Wesen der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Dies wurde noch durch weitere wesentliche Faktoren begünstigt. 44 Prozent aller Arbeiter in Westdeutschland waren erst nach 1945 in die Produktion eingegliedert worden. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hatte seit Jahren unter den Bedingungen der Konjunktur in Westdeutschland einen relativ gesicherten Arbeitsplatz. Für nicht wenige dieser im Klassenkampf mit dem Kapitalismus unerfahrenen Arbeiter erschienen die Verhältnisse in Westdeutschland in vieler Beziehung als „annehmbar".

In den Jahren nach 1945 hatten sich in der westdeutschen Arbeiterklasse bedeutende strukturelle Veränderungen vollzogen, die das Eindringen der bürgerlichen Ideologie ebenfalls begünstigten. Seit Mitte der fünfziger Jahre erfolgte eine zunehmende Polarisierung der Klassenkräfte und im Zusammenhang damit ein ständiges Anwachsen der Arbeiterklasse. Die absolute Zahl der beschäftigten Angehörigen der Arbeiterklasse stieg von 14,2 Millionen im Jahre 1950 auf 21 Millionen im Jahre 1961. Mit ihren Angehörigen machte die Arbeiterklasse rund 80 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Durch den Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals wurden in Westdeutschland seit 1945 über 2,5 Millionen Angehörige der städtischen und ländlichen Mittelschichten proletarisiert. Allein in den Jahren von 1949/1950 bis 1960 verminderte sich die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen um 2,2 Millionen.

Zu den Veränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse trug in nicht geringem Maße die nach 1945 durchgeführte Umsiedlung bei. 1960 belief sich der Anteil der Umsiedler an der Zahl der Gehalts- und Lohnempfänger auf rund drei Millionen. Darunter befanden sich ebenfalls viele ehemalige Angehörige kleinbürgerlicher Schichten. Aber auch innerhalb des eingesessenen Teils der westdeutschen Arbeiterklasse vollzogen sich im Zuge der technischen Revolution beachtliche Veränderungen. 1951 kamen auf 100 Arbeiter 3,9 technische Angestellte, und 1960 waren es etwa 6. Allein im Jahre 1960 war die Zahl der Angestellten in der Industrie um etwa 5 Prozent gewachsen, während die Zahl der Betriebsarbeiter absolut abgenommen hatte.

Gleichzeitig veränderte sich auch die Aufgliederung der Beschäftigten auf die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft. Der Bereich der Verteilung und Dienstleistungen gewann einen immer größeren Anteil an der Gesamtzahl aller Beschäftigten auf Kosten der produzierenden Industriezweige. Waren 1950 noch 58,8 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Bauwesen tätig, so sank ihr Anteil bis 1961 auf 56,6 Prozent, während der Prozentsatz der in den Dienstleistungsbetrieben und im Handel Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 41,2 auf 43,4 Prozent stieg.

Die sogenannten Massenmedien, wie Presse, Fernsehen, Funk, Massenliteratur der verschiedensten Art, und ein ganzes System staatlicher, halbstaatlicher sowie anderer Institutionen, das von der „Bundeszentrale für politische Bildung" beim westdeutschen Innenministerium über eine Anzahl von Ostforschungsinstituten bis zu lokalen Seminaren und anderen Einrichtungen reichte, dienten dazu, die öffentliche Meinung mit der Staatsdoktrin des Antikommunismus und Revanchismus zu durchdringen. Um die Massenwirksamkeit der reaktionären imperialistischen Ideologie zu erhöhen, knüpfte man an bestimmte Vorstellungen und Traditionen, wie Heimatliebe, Solidarität, religiöse Gefühle, an. Einen besonderen Platz in diesem System der geistigen Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung nahmen die Methoden zur ideologischen Bindung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen an das staatsmonopolistische Herrschafts-

gefüge ein. Mit einer ausgeklügelten sozialen Demagogie, die der Vorstellungswelt der Arbeiter und deren Streben nach einer gerechten sozialen Ordnung angepaßt war, wurde das Wesen der kapitalistischen Ausbeuterordnung verschleiert. Mit Theorien vom „Volkskapitalismus", von einer „sozialen Wohlfahrtsgesellschaft", von „sozialer Partnerschaft" und anderen versuchten die verschiedenen Ideologen, der westdeutschen Arbeiterklasse das Bild einer annehmbaren Gesellschaftsordnung vorzuspiegeln.

Eine bedeutende Unterstützung bei der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung erhielt die imperialistische Bourgeoisie durch Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die die Theorie von der Stabilität der in Westdeutschland bestehenden Gesellschaftsordnung und von deren Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft verbreiteten und dadurch große Teile der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten irreführten. Einige sozialdemokratische Führer waren bestrebt, die Presseorgane und Bildungseinrichtungen der SPD und des DGB in das staatsmonopolistische System zur geistigen und kulturellen Massenbeeinflussung einzugliedern.

Durch das System der materiellen und ideologischen Beeinflussung gelang es der imperialistischen Bourgeoisie weitgehend, beachtliche Schichten der westdeutschen Arbeiter ihrer Ideologie unterzuordnen, sie von Klassenauseinandersetzungen abzuhalten und dem Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf die westdeutsche Arbeiterbewegung entgegenzuwirken.

Größere Teile der Bevölkerung Westdeutschlands erlagen der starken antikommunistischen und chauvinistischen Hetze der imperialistischen Kräfte und glaubten noch an die Lügen von einer „Bedrohung" durch die Sowjetunion und von einer „Verteidigung" des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation durch den imperialistischen Staat, Lügen, die schon vom Hitlerfaschismus zur Kriegsvorbereitung ausgenutzt worden waren. Die Masse der Bürger Westdeutschlands setzte der seit dem Sommer 1960 forcierten Politik der unmittelbaren Kriegsvorbereitung gegen die DDR keinen Widerstand entgegen. Die ganze Last des Kampfes um die Sicherung des Friedens in Deutschland mußte fast ausschließlich von der DDR getragen werden, die in ihrem gerechten Ringen der Unterstützung ihrer mächtigen Bundesgenossen – der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten – sicher war.

4. Die unmittelbaren Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Die Sicherungsmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961

Die Aggressionsvorbereitungen der imperialistischen Kräfte gegen die DDR und die Aufgaben zur Sicherung des Friedens standen im Mittelpunkt einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die am 28. und 29. März 1961 in Moskau stattfand. An der Beratung nahmen die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Ministerpräsidenten, die Außenminister und die Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes sowie als Beobachter Vertreter der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik teil. Auf der Tagung führte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, den Vorsitz. Zur Delegation der DDR gehörten des weiteren der Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats und Außenminister, Lothar Bolz, und der Minister für Nationale Verteidigung, Karl-Heinz Hoffmann.

Die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages erklärten nachdrücklich, daß sie nicht teilnahmslos zusehen könnten, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren. „Die sozialistischen Staaten haben ihre auf die allgemeine und vollständige Abrüstung, die Einstellung des Wettrüstens und die Entspannung der internationalen Lage gerichteten Bemühungen nicht eingestellt und werden sie nicht einstellen. Jedoch angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres allseitigen Meinungsaustausches die Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren."[174]

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, die sich in wachsendem Maße für die Beilegung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen einsetzte, mußte sich der Präsident der USA, John F. Ken-

[174] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. IX. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961, Berlin 1962, S. 292.

nedy, bereitfinden, zu einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten der UdSSR, N. S. Chruschtschow, nach Wien zu reisen. Während dieses Treffens am 3. und 4. Juni 1961 legte N. S. Chruschtschow Memoranden der Sowjetregierung über die Einstellung der Kernwaffenversuche und über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlin-Problems vor.

In dem Memorandum über die deutsche Frage, das die Dringlichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages hervorhob, machte die Sowjetregierung konstruktive Vorschläge, wie eine gemeinsame Lösung gefunden werden könnte, die die Interessen aller beteiligten Seiten berücksichtigte. In voller Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes regte das Memorandum an, die vier Großmächte sollten sich an die beiden deutschen Staaten mit dem Appell wenden, „sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen. Die vier Mächte werden von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird."[175]

Aber auch diesen vom Geiste der Verständigung getragenen Vorschlägen der Sowjetregierung stimmten die USA und die westdeutsche Regierung nicht zu. Die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland hatten alles auf die Karte von Provokationen gesetzt und hofften, daß sie einer Friedensregelung und damit einer Entspannung in Europa zuvorkommen könnten.

Die DDR dagegen machte sich in dieser ernsten Situation erneut zum Sprecher des ganzen Volkes und der Interessen aller europäischen Völker, indem sie den Deutschen Friedensplan verkündete. Dieser auf Initiative der SED von der Volkskammer am 6. Juli 1961 beschlossene Plan enthielt umfassende Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.[176]

Die Volkskammer der DDR erklärte, sie sehe „in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die vier Mächte von vornherein erklären sollen, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiederver-

175 Neues Deutschland (A) (Berlin), 12. Juni 1961.

176 Dokument Nr. 70.

einigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation"[177].

Der Regierung der Bundesrepublik und dem Bundestag wurde vorgeschlagen, eine deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der beiden deutschen Staaten zu bilden, deren Aufgabe es sein sollte, deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag auszuarbeiten. Um das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern, schlug die Volkskammer ein Abkommen des guten Willens vor, das vor allem folgende Vereinbarungen zum Inhalt haben sollte:

Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Streitkräfte der beiden deutschen Staaten, Verständigung über Stärke, Bewaffnung und Standort der Streitkräfte, Nichtzulassung von Kriegs- und Revanchepropaganda, Unterstützung des Abschlusses eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO sowie Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Beide deutsche Staaten sollten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung betrachten und die Verpflichtung übernehmen, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen. Schließlich sollten sich beide zu Maßnahmen verpflichten, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienten; sie sollten den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen vereinbaren und Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs treffen.

Der von nationaler Verantwortung getragene Deutsche Friedensplan bewies, daß die DDR bestrebt war, selbst die geringsten Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und eine Entspannung der Lage in Europa herbeizuführen. Die DDR war trotz der von Westdeutschland ausgehenden Hetze auch zu Kompromissen bereit, die einer Verständigung im Interesse der Nation und des Friedens, im Interesse der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten und der Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands, das den Frieden im Herzen Europas garantierte, dienlich waren.

Die im Deutschen Friedensplan enthaltenen Vorschläge wurden mit der Bevölkerung der DDR eingehend diskutiert. Wie immer bei

177 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. IX, S. 104/105.

der Beratung von Grundfragen der Politik, gingen die führenden Funktionäre der SED zu den Werktätigen, beantworteten deren Fragen, erläuterten ihnen den Friedensplan und entlarvten die verhängnisvolle antinationale Politik der herrschenden Kreise in Westdeutschland. So sprachen Paul Fröhlich auf einem Einwohnerforum in Schkeuditz, Gerhard Grüneberg vor dem Bezirksparteiaktiv in Schwerin und vor Spreewaldbauern und Albert Norden vor dem Bezirksparteiaktiv in Gera.

Eine Verständigung über die im Deutschen Friedensplan enthaltenen Vorschläge hätte im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes gelegen, mit Ausnahme eines kleinen, an der Politik der Aggression interessierten Klüngels unverbesserlicher Militaristen und Imperialisten. Obwohl die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung das Leben in einem friedliebenden Deutschland dem Leben unter den Bedingungen des Wettrüstens und der Atomkriegspolitik vorzog, gelang es nicht, den Kriegstreibern in Westdeutschland in den Arm zu fallen. Die Adenauer-Regierung und die militaristischen Kräfte in anderen NATO-Staaten beantworteten die Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages damit, daß sie die Kriegshetze und die revanchistische Propaganda verstärkten. Dies fand vor allem seinen Ausdruck in einer Erklärung des Bundesvorstandes der westdeutschen CDU vom 11. Juli 1961.

In ihr betonte die führende Partei des Monopolkapitals in Westdeutschland, das Ziel ihrer Politik sei es, die DDR dem Machtbereich des westdeutschen Imperialismus einzuverleiben und so „ein wiedervereinigtes Deutschland ... zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist", das heißt ganz Deutschland in die NATO einzugliedern, da „die Europäische Gemeinschaft ihrerseits der Nordatlantischen Gemeinschaft bedarf, an derem weiteren Ausbau wir [die CDU/CSU] mitzuwirken entschlossen sind".[178]

Diese Grundsatzerklärung stellte das folgerichtige Ergebnis der bisherigen Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus dar. In ihr wurde die antinationale Konzeption des westdeutschen Monopolkapitals zusammengefaßt und fortgeführt.

Zur Entfachung einer Kriegshysterie organisierten die Landsmannschaften besonders im Juni 1961 großangelegte Veranstaltungen in Westdeutschland und Westberlin. Konrad Adenauer und andere Mitglieder des Kabinetts, die auf dem „Deutschlandtreffen der Schlesier"

178 Union in Deutschland (Bonn), 1961, Nr. 28, S. 3.

in Hannover, dem „Bundestreffen der Deutschen aus dem Donauraum" in Karlsruhe, dem „Sudetendeutschen Tag" in Köln, dem „Brandenburger Tag" in Westberlin und auf anderen Kundgebungen auftraten, erklärten sich mit der übelsten Revanche- und Kriegshetze solidarisch.

Der persönliche Freund des westdeutschen Ministers Franz-Josef Strauß und Sprecher des Generalstabs Alfons Dalma forderte im „Münchner Merkur", man müsse eine „Explosion" in der DDR herbeiführen. Hierbei bedürfe es „entsprechender politischer, ökonomischer, propagandistischer und nicht zuletzt auch organisatorischer und subversiver Vorbereitung des Westens"[179].

Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen veröffentlichte am 6. Juli 1961 in seinem 3. Bericht einen detaillierten Plan, wie die ökonomischen und sozialen Grundlagen der DDR beseitigt und der Kapitalismus nach der Vernichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht restauriert werden sollten.

Demzufolge sollte nach dem „Tage X" von der Bundesrepublik eine spezielle Behörde in der DDR eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, das sozialistische Eigentum sofort zu beseitigen und die Macht des deutschen Monopolkapitals auch auf die DDR zu übertragen. Durch „Nutzungsverträge", durch Verkauf an westdeutsche Konzerne oder durch Bildung eines Aufsichtsrates sollte die Aufteilung der volkseigenen Betriebe unter die großen Monopole erfolgen. Der Plan fand die ausdrückliche Billigung des offiziellen Pressebulletins der westdeutschen Regierung.

General Adolf Heusinger teilte provokatorisch mit, sieben westdeutsche Divisionen seien bereit, „unverzüglich jede Mission auszuführen"[180]. In der „Bonner Rundschau" wurde offen propagiert, die imperialistischen Mächte müßten imstande sein, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr."[181]

179 Münchner Merkur, 24./25. Juni 1961.
180 Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 30. Juni 1961.
181 Bonner Rundschau, 9. Juli 1961.

An der psychologischen Vorbereitung der Aggression hatten auch reaktionäre Kräfte der westdeutschen Kirchenleitungen Anteil. So verstieg sich der stellvertretende Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Hanns Lilje, in einem Interview im westdeutschen Rundfunk und Fernsehen zu der provokatorischen Erklärung, die Christen in der DDR hätten ein „aktives Widerstandsrecht". Unverhüllt rief er zur Vorbereitung eines Bürgerkrieges auf. Da für dessen Auslösung der Zeitpunkt von Bonn noch bestimmt werden mußte, hielt er es lediglich für nicht zweckmäßig, „voreilig zu einer Flinte zu greifen"[182].

In einem Drei-Punkte-Programm entwickelte Franz-Josef Strauß seinen Aggressionsplan mit den Forderungen, Westdeutschland müsse die stärksten Waffen in der Hand haben, man müsse entschlossen sein, sie anzuwenden, und es müsse ein Anlaß vorhanden sein, der gegenüber der öffentlichen Meinung als hinreichend erscheine, die Waffen einzusetzen.

Während einer zweiwöchigen Reise in die USA im Juli 1961 trug Strauß dem Kriegsminister der USA, Robert S. McNamara, Außenminister Dean Rusk und anderen Politikern und Militärs die Hauptforderungen der Adenauer-Regierung zur Verschärfung der Lage in Deutschland vor. So verlangte er, daß in die „Berliner Krise" der gesamte Westen einbezogen werde, und erklärte, daß Westdeutschland seinerseits entschlossen sei, „diese Krise bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen". Auf einer abschließenden Pressekonferenz am 1. August 1961 in New York wies er nach einer Meldung der westdeutschen Presseagentur DPA darauf hin, „daß der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein müsse".

Der westdeutsche Imperialismus unternahm außerordentliche Anstrengungen, um möglichst viele Bürger der DDR zum Verlassen der Republik zu bewegen. Durch einen aufs äußerste gesteigerten Menschenhandel und eine wüste Hetze gegen die DDR hofften sie, eine Situation schaffen zu können, in der es ihnen möglich wäre, bewaffnete Provokationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu unternehmen. Westberlin war in diesen Plänen die Rolle des Einfalltors zugedacht.

Die von den Westmächten und dem westdeutschen Monopolkapital im Jahre 1948 vollzogene Spaltung Berlins war schon mit dem Ziel erfolgt, aus Westberlin einen vorgeschobenen Brückenkopf inmitten

[182] Rheinische Post (Düsseldorf), 29. Juli 1961.

der damaligen sowjetischen Besatzungszone zu machen. Nach dem Eintritt Westdeutschlands in die NATO, im Mai 1955, war Westberlin dann systematisch zum Stützpunkt der NATO und zum Zentrum der Diversion und Spionage gegen die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ausgebaut worden.

Zur Verwirklichung dieser Funktion erhielt Westberlin 1959 bis 1961 unmittelbare und mittelbare Zuwendungen aus dem Haushalt der Bundesrepublik in Höhe von insgesamt 3,4 Milliarden DM. Über 80 Spionage- und Diversionsorganisationen der Bundesrepublik und der Westmächte konnten sich mit Unterstützung des Westberliner Senats in Westberlin einnisten und ausbreiten, wobei der Hetzsender RIAS als eine der Leitzentralen für Provokationen in der DDR diente. In Westberlin fanden die meisten Veranstaltungen statt, auf denen in Anwesenheit offizieller westdeutscher Vertreter, oftmals sogar von Ministern, Annexionsforderungen gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern erhoben wurden. Zweigstellen des westdeutschen Innenministeriums, des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen und des sogenannten Bundesministeriums für Vertriebene, die sich völkerrechtswidrig in Westberlin niedergelassen hatten, befaßten sich unter Anleitung der Dienststelle eines „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin" mit der psychologischen Kriegführung und der Vorbereitung von Aggressionsakten gegen die DDR. Den gleichen Zielen dienten die in Westberlin rechtswidrig und in provokatorischer Absicht durchgeführten Tagungen des Bundestages, des Bundesrates sowie ihrer Ausschüsse. Westdeutsche Dienststellen hatten in Westberlin gemeinsam mit speziellen Einrichtungen der Monopole Anteil an der Abwerbung von Bürgern der DDR und anderen Maßnahmen des Wirtschaftskrieges.

Die zahlreichen Geheimorganisationen und Dienststellen des kalten Krieges, deren Treiben von den Besatzungsorganen Frankreichs, Großbritanniens und der USA geduldet und gefördert wurde, wirkten unmittelbar darauf hin, die Vorbereitungen zu treffen, damit von Westberlin aus konterrevolutionäre Bewegungen und Sabotageakte auf dem Territorium der DDR ausgelöst wurden und Westberlin zur Ausgangsbasis für militärische Überfälle gemacht werden konnte.

Zur Verwirklichung der auf Revanche abzielenden Politik wurde der Staatsapparat in Westberlin systematisch mit faschistischen Kräften durchsetzt. Im Jahre 1961 gab es in der Westberliner Verwaltung wieder rund 28 000 Beamte des früheren faschistischen Staatsappara-

tes. Mehr als ein Drittel aller Westberliner Polizeiangehörigen waren ehemalige Angehörige der NSDAP oder der SS und über 50 Prozent aller Justizangestellten frühere Mitglieder der Nazipartei oder ehemalige Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Faschismus. Das alles zeigte die Rolle Westberlins als Brückenkopf der NATO und gefährlicher Kriegsherd in Deutschland und Europa.

Der Konzeption der aggressiven Kräfte der Bundesrepublik lag eine völlige Verkennung des realen Kräfteverhältnisses zugrunde. Die Vorstellung von einer angeblichen inneren Schwäche der DDR, die die westdeutschen Militaristen für ihre Eroberungsabsichten auszunutzen gedachten, war eine durch nichts begründete Illusion. Genauso illusorisch war auch die Vorstellung, daß die Sowjetunion und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages einem Überfall der westdeutschen Militaristen auf die DDR tatenlos zusehen würden. Aber die deutschen Militaristen hatten schon sehr oft die reale Lage und das reale Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt. Ebendeshalb bestand die akute Gefahr, daß sie durch ihre abenteuerliche Politik, durch militärische Provokationen gegen die DDR einen Weltbrand auslösen könnten.

Die SED und die Regierung der DDR richteten an die regierenden Kreise Westdeutschlands die ernste Mahnung, ihre den Frieden gefährdenden Provokationen einzustellen. Diese Mahnung wurde jedoch von den militaristischen Kräften in Westdeutschland in den Wind geschlagen. Das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR trafen rechtzeitig die notwendigen Vorbereitungen, um entschlossene Maßnahmen gegen die von Westdeutschland geplanten Abenteuer und gegen die von Westberlin ausgehende Untergrabung der Volkswirtschaft der DDR zu ergreifen. Die grundsätzlichen politischen, ökonomischen und militärischen Aufgaben wurden vom Zentralkomitee der SED auf dessen 13. Tagung am 3. und 4. Juli 1961 beraten.

Die SED rief zu besonderen Taten im Kampf gegen die akute Kriegsgefahr auf. Sie appellierte an die Werktätigen der Industrie, bei gleichem Lohn mehr zu produzieren. Sie wandte sich an die Bauern mit dem Aufruf, höhere Erträge zu erreichen, auch wenn ein Jahr lang ihre Einnahmen nicht oder nur gering wachsen sollten. Sie forderte die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker auf, neue Forschungs- und Entwicklungsergebnisse zu erzielen.

Ende Juli 1961 wandte sich die Brigade „Otto Krahmann" vom

Berliner Kabelwerk Oberspree an alle Werktätigen der DDR mit dem Appell[183]: „Laßt keinen Planrückstand zu! Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion, und der Deutsche Friedensplan wird verwirklicht!"[184]

Dieser Aufruf, an dessen Zustandekommen auch die Brigade „Anton Saefkow" des gleichen Werkes Anteil hatte, fand ein starkes Echo, vor allem unter den Berliner Werktätigen. Viele Belegschaften forderten, dem Grenzgängerunwesen, dem Menschenhandel und der Ausplünderung der Republik ein Ende zu setzen.

Der Magistrat von Groß-Berlin machte dem Senat von Westberlin Vorschläge zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen Westberlin und der Hauptstadt der DDR, zur Regelung des Grenzgängerproblems, zur Entspannung der bis auf den Siedepunkt angeheizten Situation. Die Antwort der Machthaber in Westberlin und in Westdeutschland bestand jedoch in einer weiteren Steigerung der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Jahrelang hatte die DDR größte Besonnenheit an den Tag gelegt und gegenüber den ständigen Provokationen eine fast grenzenlose Geduld geübt. Sie hatte alles, aber auch alles unternommen, um die Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine künftige nationale Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat unter Bedingungen zu erreichen, die die persönlichen Interessen der Deutschen und vor allem die Verbindungen zwischen den Bürgern in beiden deutschen Staaten möglichst nicht beeinträchtigten. Dabei war immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der einzige Weg zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage nur der Weg von Verhandlungen sein konnte.

Die SED und die Regierung der DDR hatten jede Möglichkeit offengehalten, normale Beziehungen mit Westdeutschland zu entwickeln. In diesem Bestreben ging die DDR bis an die äußerste Grenze der Staatsräson. Sie tat dies in der Hoffnung, daß sich in der westdeutschen Regierung doch noch die Vernunft durchsetzen und

183 Dokument Nr. 71.

184 Mit Friedenstaten für den Friedensvertrag – gegen Bonner Atomkriegspläne. Stellungnahme von Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, im VEB Kabelwerk Oberspree. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1961, Nr. 14, S. 9.

daß auch die westdeutsche Bevölkerung den Ernst der Lage erkennen und entschiedener für eine friedliche Regelung des deutschen Problems eintreten würde.

Die militaristischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin legten jedoch die von der DDR geübte Geduld als Schwäche aus. Sie meinten, daß sie ihr sträfliches Spiel mit der Sicherheit und dem Leben von Millionen Menschen fortsetzen könnten.

Das Ausmaß der Gefahr wurde in den ersten Augusttagen immer deutlicher. Der westdeutsche Generalstab bereitete die Einberufung von Reservisten vor. Die NATO-Verbände in Europa wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Zugleich begannen Manöver der NATO-Truppen, die ebenfalls zu einer Erhöhung der Kriegsgefahr beitrugen. So führte die westdeutsche Kriegsflotte mit 5500 Soldaten auf 100 Schiffen der verschiedensten Typen ihre Manöver als bisher größte Kriegsübung unter dem Decknamen „Wallenstein IV" direkt vor der Küste der DDR durch. Die „Aufmarschräume" an der Staatsgrenze zur DDR wurden für den geplanten militärischen Überfall besichtigt, unter anderem durch den Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, den ehemaligen Hitlergeneral Hans Speidel.

Am 7. August 1961 wurde im VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe ein Brand gelegt. Einige Tage später wurden in der Berliner Humboldt-Universität Brandsätze entzündet. Die Maßnahmen zur Organisierung konterrevolutionärer Umtriebe von Westberlin und Westdeutschland aus häuften sich.

Nach den Vorstellungen der aggressiven Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals sollte die Eroberung der DDR mit „Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel"[185] gefeiert werden, wie die Zeitung der großen Monopole, der „Industriekurier", nachträglich schrieb.

Die großangelegte Provokations-, Diversions- und Hetztätigkeit gegen die DDR unterschied sich in nichts von den Methoden, die schon der Hitlerfaschismus am Vorabend seiner Überfälle auf die Tschechoslowakei und Polen angewandt hatte. Die aggressiven Kräfte des westdeutschen Imperialismus fühlten sich stark genug, ihre NATO-Verbündeten in einen von ihnen entfesselten Krieg hineinzuziehen.

Noch nie seit Beendigung des zweiten Weltkrieges war der Frieden

[185] Industriekurier (Düsseldorf), 2. September 1961.

Europas in einem solchen Maße gefährdet gewesen wie im Spätsommer 1961. Die Sicherung des Friedens durch die eindeutige Fixierung der nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Lage vertrug keinen weiteren Aufschub. Der Revanche- und Aggressionspolitik des westdeutschen Militarismus mußte ein Riegel vorgeschoben werden. Die DDR und ihre Verbündeten konnten es nicht verantworten, notwendige Sicherungsmaßnahmen weiter zu verzögern oder gar so lange zu warten, bis die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker mit Raketen und Atombomben bewaffnet und kriegsbereit waren. Es kam darauf an, wie Walter Ulbricht vor 3000 Arbeitern, Ingenieuren, Technikern und Angestellten des VEB Kabelwerk Oberspree am 10. August 1961 erklärte, *„den Kriegstreibern in Westdeutschland in den Arm zu fallen und heute, nicht erst morgen oder übermorgen ... die vom Kriegsbrandherd Westberlin aus drohenden Gefahren zu bannen"*[186].

Als souveräner Staat mußte die DDR gemäß ihrer Verantwortung für die deutsche Nation und für die Sicherung des Friedens in Deutschland und damit des Weltfriedens handeln. Die SED und die Regierung waren sich immer bewußt gewesen, daß die Sicherheit der DDR vor äußeren Angriffen in besonderem Maße von einer starken Landesverteidigung abhing. Die Verwirklichung der führenden Rolle der SED in den Verbänden und Truppenteilen und die Meisterung der modernen Waffentechnik durch die Soldaten, Offiziere und Generale der Nationalen Volksarmee waren entscheidend dafür, daß sich die Kampfkraft der Streitkräfte beträchtlich erhöht hatte. Das zeigte sich eindeutig bei den Sommerübungen 1961 der Vereinten Streitkräfte der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Der hohe Grad der Einsatzbereitschaft der NVA befähigte sie, im Zusammenwirken mit den sozialistischen Bruderarmeen jederzeit eine militärische Aggression abzuwehren.

Die Werktätigen der DDR und ihre Regierung wußten, daß sie der Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sicher sein konnten. Dies alles ermöglichte der DDR, die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten. Zwischen Vertretern des Politbüros des Zentralkomitees der SED und der Regierung der DDR und Vertretern des Präsidiums des

186 Mit Friedenstaten für den Friedensvertrag – gegen Bonner Atomkriegspläne. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1961, Nr. 14, S. 32.

Zentralkomitees der KPdSU und der Regierung der UdSSR fanden Beratungen statt, als deren Ergebnis die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vereinbart wurden.

Vom 3. bis 5. August 1961 traten in Moskau die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu einer Beratung zusammen. Die Beratung billigte die Durchführung der von der DDR und der UdSSR vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung des durch den westdeutschen Imperialismus und seine Bundesgenossen in der NATO bedrohten Friedens.

Alle Fraktionen der Volkskammer der DDR nahmen in einem gemeinsamen Beschluß am 11. August 1961 zu der ernsten Situation Stellung, die durch das Treiben des westdeutschen Imperialismus und Militarismus hervorgerufen worden war. Die Volkskammer begrüßte die Ergebnisse der vorangegangenen Moskauer Beratung. Sie beauftragte den Ministerrat, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages als notwendig erwiesen.

In einer am 13. August 1961 veröffentlichten Erklärung legten die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten unwiderleglich die forcierten Vorbereitungen der imperialistischen Kräfte zu militärischen Abenteuern dar und machten die Welt auf den ganzen Ernst der Situation aufmerksam.[187] Sie stellten fest: „Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten."[188]

In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 wurden die Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR und die auf dem Gebiet der DDR stationierten Sowjettruppen in Alarmbereitschaft versetzt. Sie bezogen in voller militärischer Bereitschaft die ihnen zugewiesenen Räume. Zugleich wurden die Kampfgruppen der Arbeiterklasse alarmiert. In äußerst kurzer Zeit waren die bewaffneten Berliner Werktätigen in dieser Sommernacht an ihren Stellplätzen. In den ersten Stunden des 13. August rückten Einheiten der Nationalen Volks-

187 Dokument Nr. 72.

188 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. IX, S. 296.

armee mit Geschützen und Panzern in Berlin ein. Gemeinsam mit den Kampfgruppen und der Volkspolizei riegelten sie die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR nach Westberlin ab. Der NATO-Stützpunkt und Kriegsbrandherd Westberlin wurde unter zuverlässige Kontrolle gebracht. Die Angehörigen der Kampfgruppen, der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei waren bereit, unter Einsatz aller Kräfte, ja selbst des Lebens, die Heimat und den Frieden zu schützen.

Der S-Bahn-Verkehr zwischen den Westsektoren Berlins und der Hauptstadt der DDR wurde auf Anordnung des Ministers für Verkehrswesen der DDR unterbrochen und der gesamte Berufsverkehr für die Bewohner der Randgebiete neu organisiert.

Als am Morgen des 13. August die Sonne über Berlin aufging, waren die Sicherungsmaßnahmen im wesentlichen abgeschlossen. Die Morgenzeitungen informierten über den Beschluß des Ministerrates der DDR[189], der besagte: „Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und miliaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist."[190]

Die Maßnahmen des 13. August 1961 brachten den kalten Kriegern, die von einer Annexion der DDR geträumt hatten, ein böses Erwachen. Sie trafen sie völlig überraschend. Weder der westdeutsche Kanzler Konrad Adenauer noch der Regierende Bürgermeister Westberlins, Willy Brandt, noch die über 80 in Westberlin stationierten Spionagebüros hatten von dem bevorstehenden Ereignis auch nur die geringste Kenntnis erlangt. Der damalige Staatssekretär des Bundeskanzlers, Hans Globke, dem der Spionagedienst des Hitlergenerals Reinhard Gehlen direkt unterstand, erfuhr erst um fünf Uhr morgens per Telefon, daß die Staatsgrenze der DDR nach Westberlin abgeriegelt worden war.

Während die völlig bestürzten Politiker in Bonn und Westberlin von einer Beratung zur anderen hetzten, ging das Leben in der Hauptstadt der DDR normal weiter. Der Verkehr vollzog sich trotz schwieriger Umstellungen reibungslos, und die Berliner waren der Reichsbahn, der BVG und allen Verkehrsbetrieben dafür dankbar.

189 Dokument Nr. 73.

190 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. IX, S. 153.

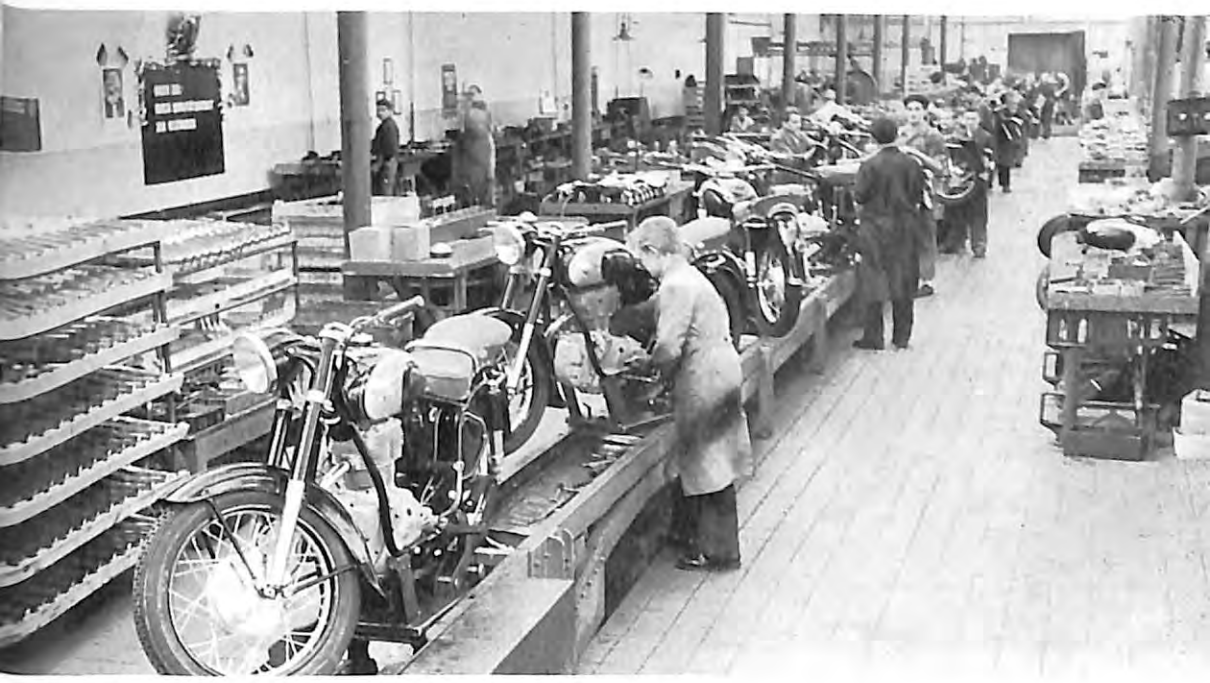
Auf ihrem Weg zu den Arbeitsstätten grüßten viele Werktätige die an der Grenze zu Westberlin eingesetzten Sicherungskräfte, darunter nicht wenige ihrer Arbeitskollegen, die als Mitglieder der Kampfgruppen für Ordnung an der Grenze sorgten und ihrem Staat Respekt verschafften.

Besondere Bedeutung kam dem disziplinierten Einsatz der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zu. Ihr Auftreten wirkte auf die Kriegstreiber sehr ernüchternd, zeigte es doch am deutlichsten die Stärke und Stabilität der Staatsmacht der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Die Angehörigen der Kampfgruppen, der Deutschen Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee lösten ihre Aufgabe in dem Bewußtsein, die Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung der DDR und ganz Deutschlands zu verteidigen. Sie wußten, daß hinter ihnen die ganze Macht der mit der DDR brüderlich verbundenen sozialistischen Staaten und ihrer bewaffneten Kräfte, vor allem der mächtigen Sowjetarmee, stand.

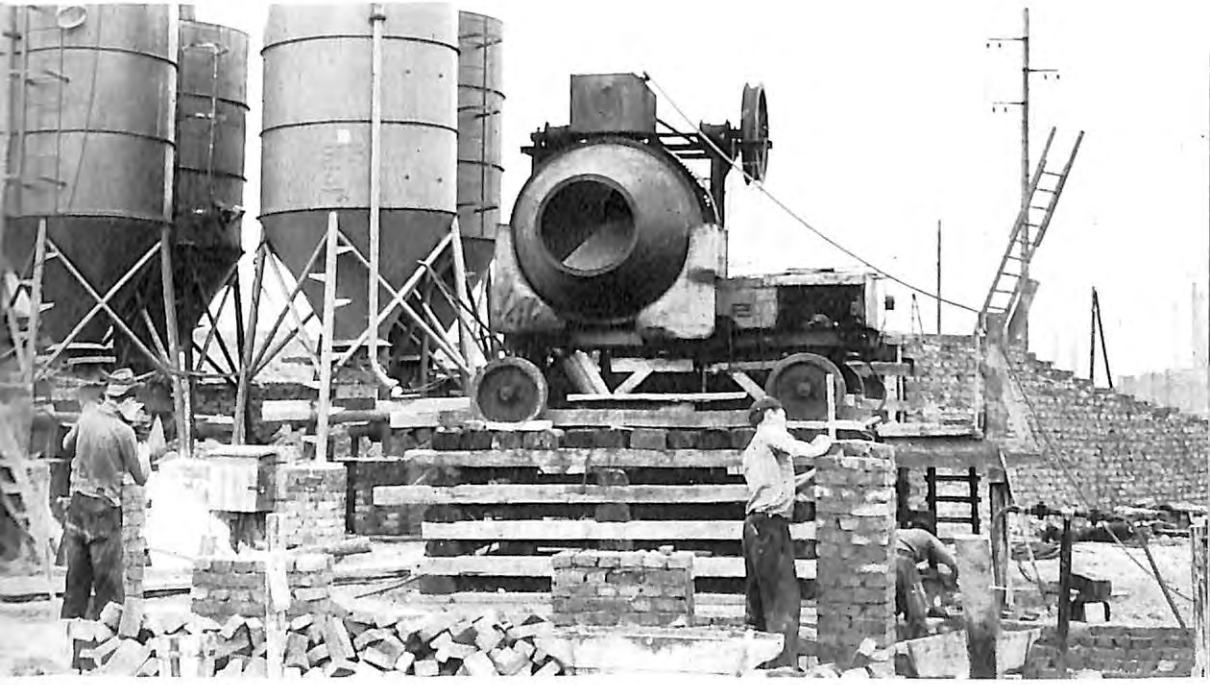
Zahlreiche Berliner besuchten an den darauffolgenden Tagen die im Einsatz befindlichen Angehörigen der bewaffneten Organe. Die Betriebe versorgten die Kampfgruppen mit warmem Essen. Delegationen und viele einzelne Bürger, vor allem auch Frauen, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, Studenten und Schüler, brachten Geschenke und Blumen, um auf diese Weise ihren Dank und ihre Anteilnahme zu zeigen. Auch Schriftsteller und Künstler gingen in die Unterkünfte und Bereitstellungsräume der Kampfgruppenbataillone und der Grenzsoldaten, lasen aus ihren Werken oder unterhielten sie in zahlreichen künstlerischen Veranstaltungen.

Mitglieder des Staatsrates und der Regierung der DDR sowie führende Funktionäre der Nationalen Front, unter ihnen Johannes Dieckmann, Friedrich Ebert, Gerald Götting, Erich Honecker, Albert Norden, Willi Stoph, Walter Ulbricht und Herbert Warnke, besuchten die Kampfgruppen, Verbände der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei und überzeugten sich von ihrer Einsatzbereitschaft und ihrem Befinden. Die führenden Funktionäre aller Parteien des Demokratischen Blocks und der Regierung gingen auch in die Betriebe und sprachen mit der Bevölkerung.

In einer Fernsehrede am 18. August schätzte Walter Ulbricht allseitig die Notwendigkeit sowie die nationale und internationale Bedeutung der Schutzmaßnahmen der DDR ein und unterbreitete zugleich neue Vorschläge zur friedlichen Regelung der deutschen Frage.



Endmontage im VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl



Beginn der Arbeiten auf der Baustelle Leuna II, Mai 1960



Gerhard Grüneberg und Paul Fröhlich besuchen die 9. Landwirtschaftsausstellung der DDR in Markkleeberg, 9. Juni 1961



Frühjahrsbestellung in der LPG „Rosa Luxemburg" in Oelsnitz (Kreis Riesa)



Die Brigade „Otto Krahmann" aus dem VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin rief Ende Juli 1961 alle Werktätigen der DDR auf, die westdeutschen Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion zu schlagen



Walter Ulbricht spricht zu den Angehörigen des VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin, 10. August 1961



NATO-Manöver „Winterschild" unweit der Grenzen zur DDR und zur ČSR, Februar 1960



Im Sommer 1961 verstärken die imperialistischen Agentenorganisationen
ihre Sabotageakte gegen die DDR. Über 300 000 DM Sachschaden wird durch eine Brandstiftung
im VEB Berliner Vieh- und Schlachthöfe am 7. August 1961 verursacht



Kampfgruppen der Berliner Betriebe und Einheiten der Volkspolizei sichern die Staatsgrenze am Brandenburger Tor, 13. August 1961



Mitglieder der FDJ aus Berlin-Mitte
besuchen Soldaten einer Panzereinheit
der Nationalen Volksarmee,
die im Stadtzentrum
auf Friedenswacht steht,
15. August 1961



Die Bevölkerung der Hauptstadt dankt auf einem Appell der Berliner Kampfgruppen
den Angehörigen der Arbeiterbataillone für ihren Einsatz bei der Sicherung
der Staatsgrenze, 23. August 1961



Kampfgruppen des VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin kehren vom Einsatz zum Schutz der Staatsgrenze in ihr Werk zurück, 25. August 1961



Die Bevölkerung Dresdens verabschiedet das nach dem 13. August 1961 in der Elbestadt gebildete erste Freiwilligenregiment der FDJ, 29. August 1961



VEB Modul in Karl-Marx-Stadt

Außerordentliche Tagung des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB in Berlin mit den Initiatoren des Produktionsaufgebots, 11. September 1961



Er hob hervor, daß der westdeutsche Imperialismus das jahrelange Bemühen der DDR, auf dem Wege von Verhandlungen zu sachlichen Vereinbarungen mit der westdeutschen Regierung und dem Westberliner Senat zu gelangen, fälschlicherweise als Schwäche ausgelegt und auf die Karte militärischer Aggressionen gegen die DDR gesetzt hatte. Der 13. August hatte die Grenzen der Macht des westdeutschen Imperialismus für jedermann sichtbar gemacht.

In diesen Tagen zeigte sich besonders deutlich die moralische Einheit zwischen den Angehörigen der bewaffneten Organe und der Bevölkerung der DDR. Mit großer Befriedigung, ruhig und besonnen, im Vertrauen auf die Kraft ihres Staates und der sozialistischen Bruderländer nahmen Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Ärzte, Künstler und Wissenschaftler von den Maßnahmen Kenntnis und unterstützten sie. Sie bewiesen ihre Zustimmung in Wort und Tat. So meldete sich die Brigade „German Titow" der SDAG Wismut zu Wort: „Es war höchste Zeit, dem schändlichen Treiben der Militaristen Einhalt zu gebieten. Wir unterstützen die beschlossenen Maßnahmen aus vollem Herzen. Unsere Antwort ist: Zur Erreichung eines Durchbruches im Scheibenbruchbau fahren wir am 16. August 1961 einen Schneliabbau, um eine Rekordleistung von 6,5 Kubikmeter pro Mann und Schicht den ganzen Monat über zu erreichen."[191]

In den Betrieben ließen es die Werktätigen trotz des Einsatzes ihrer Kollegen in den Kampfgruppen zu keinen nennenswerten Planschulden kommen. Die Arbeiter ersetzten den Ausfall durch freiwillige Mehrleistungen. Der Schlag gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus war das Werk aller Bürger der Republik. In einem Aufgebot der FDJ „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!" erklärten in wenigen Wochen 253 000 Jugendliche ihre Bereitschaft, als Angehörige der bewaffneten Kräfte zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes auf Friedenswacht zu ziehen. Viele Soldaten verpflichteten sich zu einer längeren Dienstzeit.

Mit einem Schlage wurden am 13. August 1961 die historischen Veränderungen, die in der Welt und auch in Deutschland vor sich gegangen waren, sichtbar. Die Maßnahmen vom 13. August 1961 waren ein Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses zwischen den Kräften des Friedens und des Sozialismus und den Kräften des Krieges und des Imperialismus in der Welt und besonders in Deutschland. Sie waren gleichzeitig ein neuer Schritt zur Festigung des Friedens und

191 Neues Deutschland (B) (Berlin), 14. August 1961.

des Sozialismus in Deutschland. Diesmal waren die deutschen Militaristen und Imperialisten von der deutschen Arbeiterklasse, unterstützt von ihren mächtigen Verbündeten, geschlagen worden, bevor sie ihre verbrecherische und abenteuerliche Politik hatten bis zum Krieg treiben und Millionen Menschen in den Tod hetzen können.

Das wichtigste nationale und internationale Ergebnis der Maßnahmen vom 13. August 1961 bestand in der Sicherung des Friedens. Bereits am 15. August 1961 hieß es in der großbürgerlichen Zeitung „Die Welt" über den Eindruck, den die Maßnahmen auf die internationale Öffentlichkeit gemacht hatten: „Es mag schockierend sein, es auszusprechen, aber in dem Kommuniqué, mit dem Washington auf die Abriegelung Ost-Berlins reagiert hat, ist ein Ton der Erleichterung unüberhörbar."[192]

Die Pariser Zeitung „Libération" schrieb einen Tag nach den Maßnahmen vom 13. August: „Die von der DDR auf Verlangen der sozialistischen Länder getroffenen Maßnahmen sind Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, die in keiner Weise die Interessen der Westmächte und der Bundesrepublik benachteiligen ... Ist es nicht ganz normal, daß sich die DDR vor jeder Provokation (man weiß, daß die Bonner und Westberliner Politiker Meister auf diesem Gebiet sind) schützt? Jede Maßnahme, die verhindern kann, daß das Pulverfaß in Brand gesteckt werden kann, ist nicht einzig und allein deshalb schlecht, weil sie vom Osten kommt."[193]

Mit dem 13. August 1961 war die Möglichkeit, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern, beträchtlich größer geworden. Eine der wichtigsten Aufgaben eines deutschen Friedensvertrages, die eindeutige Markierung der zwischen der DDR und dem besonderen Territorium Westberlin real bestehenden Staatsgrenze und damit die Eindämmung der Frontstadt Westberlin, war im wesentlichen gelöst.

5. Die nationalen und internationalen Auswirkungen des 13. August 1961. Der Beginn des Produktionsaufgebotes

Die Sicherung der Staatsgrenze nach Westberlin war von weitreichender nationaler und internationaler Bedeutung. Aller Welt war be-

192 Die Welt (Hamburg), 15. August 1961.
193 Libération (Paris), 14. August 1961.

wiesen worden, daß die Pläne der herrschenden Kreise in Westdeutschland, die DDR „aufzurollen", scheitern mußten, bevor sie zur Ausführung gelangten, und daß der Sozialismus auch in Deutschland unantastbar und unwiderruflich war.

Mit dem 13. August 1961 wurde das Scheitern der gesamten Deutschlandpolitik der CDU/CSU offenbar. Er machte allen Deutschen die Grundfragen unserer Zeit sichtbar und zeigte die Perspektive der Entwicklung der DDR und der ganzen deutschen Nation. Die Durchführung der antifaschistischen Schutzmaßnahmen war mit einer Verstärkung der ideologischen Arbeit der Partei der Arbeiterklasse verbunden.

In zahlreichen Aussprachen, die zur Vorbereitung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen stattfanden, erklärten die SED und die mit ihr befreundeten Parteien der Nationalen Front den Werktätigen, daß nicht die Spaltung Deutschlands, sondern die Herrschaft des Militarismus in Westdeutschland die Nation tödlich bedrohte und die Ursache des nationalen Notstandes für das deutsche Volk war. Aus der militaristischen Herrschaft erklärte sich auch die von Westdeutschland ausgehende Spaltung. Die allseitige Stärkung der DDR, die Bändigung und Zurückdrängung des westdeutschen Militarismus und schließlich seine Überwindung, das allein konnte der Weg zur Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes sein.

Bei den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen am 17. September 1961 bekundete die Bevölkerung durch ihre einmütige Stimmenabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front ihr Bekenntnis zur Friedenspolitik der DDR. In Vorbereitung der Wahlen gingen die Werktätigen in Stadt und Land umfangreiche und vielfältige Verpflichtungen zum sozialistischen Wettbewerb ein, um ihre Republik zu stärken.

Im Kampf um die Sicherung des Friedens entstand das Produktionsaufgebot. Anknüpfend an den von den Brigaden „Otto Krahmann" und „Anton Saefkow" vom Kabelwerk Berlin-Oberspree ausgearbeiteten Aufruf, ergriffen die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg eine neue Initiative.

Nach gründlichen Überlegungen kamen die Elektrodendreher zu der Schlußfolgerung, daß in jeder Brigade dieselbe Präzision und Zuverlässigkeit in der Arbeit erreicht werden müsse, wie sie die Kampfgruppen und die bewaffneten Organe bei der Sicherung der Staatsgrenze bewiesen hatten. Die Elektrodendreher überprüften

kritisch ihre Arbeit und entwickelten ein Programm zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zu dessen Leitfaden sie die Losung: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" machten. Am 6. September 1961 richteten sie an alle Werktätigen der DDR den Aufruf, die Republik durch ein Produktionsaufgebot zu stärken.[194] Die Elektrodendreherei hatte im August 1961 Planschulden in Höhe von rund 100 Tonnen. Sie gehörte zu den schlechtesten Abteilungen des Betriebes. Die Arbeitsdisziplin war mangelhaft. Es gab je Beschäftigten im Juli 9,7 und im August 8 Fehlstunden. Deshalb mußten dem Produktionsaufgebot ideologische Auseinandersetzungen vorausgehen.

Der Aufruf der Lichtenberger Elektrodendreher zum Produktionsaufgebot fand Unterstützung in zahlreichen Betrieben der Republik. Zu den ersten Brigaden, die sich dem Produktionsaufgebot anschlossen, gehörten die Brigade „Nikolai Mamai" aus dem EKB Bitterfeld und andere Brigaden der sozialistischen Arbeit. In der ersten Zeit blieb das Produktionsaufgebot jedoch auf den fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse beschränkt. Erst allmählich, in dem Maße, wie die Mehrheit der Werktätigen die weittragende Bedeutung der Maßnahmen vom 13. August erkannte, wurde es zu einer Massenbewegung.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen des 13. August hatten die Möglichkeit eröffnet, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll durchzusetzen, nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt hatten. Sie beschleunigten gleichzeitig die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins. Viele Werktätige erkannten immer klarer, daß die DDR die akute Bedrohung des Friedens gebannt und mit der Sicherung ihrer Staatsgrenze zugleich den Anschlägen der imperialistischen Kräfte gegen die Volkswirtschaft der DDR und gegen den Wohlstand der Bevölkerung ein Ende gesetzt hatte. Nun galt es, die Verluste aufzuholen, die der DDR durch den Raub großer Werte in der Zeit der offenen Grenze entstanden waren.

Insgesamt hatte das westdeutsche Monopolkapital der DDR in der Zeit der offenen Grenze bis zum 13. August 1961 durch den systematisch geführten Wirtschaftskrieg Verluste in Höhe von etwa 100 Milliarden DM zugefügt. Diese Summe setzte sich zusammen aus den Schäden, die die DDR durch die Abwerbung von Fachkadern, durch Währungsspekulationen, infolge des Grenzgängertums, durch Stör-

[194] Dokument Nr. 74.

maßnahmen im Handel zwischen beiden deutschen Staaten und auf verschiedene andere Weise erlitten hatte. Besonders fiel dabei der durch die organisierte Republikflucht hervorgerufene Verlust an Fachleuten ins Gewicht, von denen ein großer Teil an den Hoch- und Fachschulen der DDR eine gründliche Ausbildung erhalten hatte. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat hatte für eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung 4000 bis 6000 DM aufgewandt. Die Ausbildungskosten je Student hatten bei einem durchschnittlich vierjährigen Studium 25 000 DM betragen. Außerdem war durch das Fehlen dieser Fachleute ein beträchtlicher Produktionsausfall entstanden und die Bevölkerungsstruktur der DDR ungünstig beeinflußt worden. Aus all dem ist zu ermessen, welche immensen Vorteile die westdeutschen Monopole aus der gezielten Abwerbung von Arbeitskräften gezogen hatten.

Die der DDR zugefügten Verluste am Nationaleinkommen entsprachen ungefähr den Investitionen in der Volkswirtschaft in den Jahren von 1950 bis 1961. Hätten diese Mittel zur Verfügung gestanden, wäre es beispielsweise möglich gewesen, 100 Stahlwerke mit je einer Million Tonnen Produktionskapazität zu errichten oder zwölf Millionen Pkw vom Typ „Trabant" zusätzlich zu produzieren oder vier Millionen Wohnungen mehr zu bauen.

Einige westliche Wissenschaftler gelangten bei der Berechnung der ökonomischen Verluste der DDR zu ähnlichen Ergebnissen. Der angesehene sozialdemokratische Wirtschaftswissenschaftler Professor Fritz Baade erklärte in einem Interview mit der tschechoslowakischen Zeitschrift „Mezinárodni politika" (Internationale Politik) im April 1965, daß Westdeutschland der DDR für die ihr durch den Wirtschaftskrieg zugefügten Schäden, aber auch für die von ihr für ganz Deutschland geleisteten Reparationszahlungen „moralisch 100 Milliarden DM an Reparationen schuldet". Professor Hans Apel, ein amerikanischer Ökonom, bezifferte die in der Zeit der offenen Grenze entstandenen Gesamtverluste der DDR auf 83,3 Milliarden DM.

Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961 war der Ausplünderung der DDR ein Ende gesetzt und es waren wichtige Bedingungen für einen kontinuierlichen Aufschwung der Volkswirtschaft der DDR geschaffen worden.

Die Durchführung des Produktionsaufgebotes und seine Ergebnisse machten eine wesentliche Verbesserung der Leitungstätigkeit aller Wirtschaftsfunktionäre notwendig. Am 11. September 1961

fand eine außerordentliche Tagung des Bundesvorstandes des FDGB statt, an der auch die Initiatoren und Aktivisten des Produktionsaufgebotes teilnahmen. Die Gewerkschaften verpflichteten sich, die Organisierung und Leitung des Produktionsaufgebotes in ihre Hand zu nehmen. Der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, bezeichnete es als Ehrenpflicht jedes Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Staatsfunktionärs, gemeinsam mit den Arbeitern in den Betrieben das Produktionsaufgebot zu organisieren.

Eine Woche später, am 18. September 1961, empfing das Politbüro des Zentralkomitees der SED Delegationen von Arbeitern, Ingenieuren und Meistern aus Betrieben der Berliner und Dresdener Bauindustrie, die über ihre Verpflichtungen im Produktionsaufgebot berichteten. In dieser Beratung wies Walter Ulbricht darauf hin, daß die nächsten Schritte im Produktionsaufgebot exakt vorbereitet und daß alle Verpflichtungen gut berechnet werden müßten. Die Hauptaufgabe sei es, jeden Werktätigen von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Produktionsaufgebotes zu überzeugen.

Am 11. September 1961 wandten sich die Braunkohlenkumpel von Nachterstedt an die 190 000 Bergarbeiter der DDR mit dem Aufruf, im Produktionsaufgebot entsprechend der Wettbewerbskonzeption der IG Bergbau 1 400 000 Tonnen Rohbraunkohle, 350 000 Tonnen Briketts, 850 000 Tonnen Siebkohle und 40 000 Tonnen Steinkohle über den Plan hinaus zu produzieren und die Pläne in der Abraumbewegung zu überbieten. Am 24. Oktober 1961 teilte das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft mit, daß sich dem in der Landwirtschaft von der LPG Zickhusen ausgehenden Produktionsaufgebot[195] bereits 5870 LPG und über 310 volkseigene Güter angeschlossen hatten. Von der Brigade „17. September" des Berliner HO-Warenhauses am Alexanderplatz erging am 21. September 1961 der Aufruf an alle Mitarbeiter des sozialistischen Groß- und Einzelhandels zum Produktionsaufgebot.

Das Besondere des Produktionsaufgebots gegenüber den früheren Formen des sozialistischen Wettbewerbs bestand darin, eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Produktion bei annähernd gleichbleibendem Lohnniveau zu erreichen. Dies war eine zeitbedingte, durch die Situation des Jahres 1961 hervorgerufene Notwendigkeit. Nur so konnten die in der Zeit der offenen Grenze gegenüber dem Machtbereich des Imperialismus entstandenen Dis-

[195] Dokument Nr. 75.

proportionen zwischen Akkumulation und Konsumtion überwunden werden. Nur so konnte die entstandene Schere zwischen dem nicht ausreichenden Warenangebot und der in den vorangegangenen Jahren erheblich gewachsenen Kaufkraft geschlossen werden.

Das Produktionsaufgebot erforderte, die Reserven an Material und Arbeitszeit voll auszunutzen, alle Maschinen und Aggregate auszulasten, eine bewußte Arbeitsdisziplin zu schaffen und die Arbeitsorganisation in den Betrieben weiter zu verbessern. Es gab dem Schöpfertum der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb neue Impulse und förderte die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Das Produktionsaufgebot war damals die geeignetste Form der Teilnahme der Werktätigen der Republik am Kampf aller sozialistischen Staaten für die Sicherung des Friedens, die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und den Sieg des Sozialismus im Wettbewerb der beiden Systeme und somit ein Ausdruck des Klassenkampfes.

Nach dem 13. August 1961 begann auch in der Bevölkerung Westdeutschlands ein tieferes Nachdenken. Unter dem Einfluß der antifaschistischen Schutzmaßnahmen mehrten sich die Stimmen, die zu einer Abkehr von der bisherigen irrealen Konzeption der Eroberung der DDR und zu einer Überprüfung der gesamten Politik der Bundesrepublik aufforderten.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen trugen zur weiteren Festigung des internationalen Ansehens der DDR bei. Ihre Zuverlässigkeit als friedliebender Staat war erneut bestätigt worden. Der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund der Demokratischen Jugend und zahlreiche demokratische Organisationen vieler Länder, die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt unterstützten die gerechten, auf den Frieden gerichteten Maßnahmen der Regierung der DDR.

Vom 22. bis 24. September fand in Berlin eine „Internationale Gewerkschaftskonferenz für einen deutschen Friedensvertrag, die friedliche Lösung der Westberlinfrage und gegen jede Kriegsprovokation" statt. Nahezu 200 Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung aus rund 50 Ländern beschlossen als Vertreter von mehr als 114 Millionen Gewerkschaftern aller Kontinente einen Appell an die westdeutschen Arbeiter und an die Gewerkschaften der Bundesrepublik, die westdeutschen Militaristen zu bändigen. Gleichzeitig erklärten sie in einem „Appell an die Werktätigen aller Länder": „Wir sind der Meinung, daß die Werktätigen der Deutschen Demo-

kratischen Republik recht hatten, als sie ... an ihren Grenzen nach Westdeutschland und Westberlin die von ihrer Regierung beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen energisch durchführten."[196]

Am 30. September 1961 wurde an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck" ein auf Initiative des Zentralrates der FDJ gemeinsam mit dem Weltbund der Demokratischen Jugend und dem Internationalen Studentenbund einberufenes Treffen europäischer Jugendorganisationen eröffnet. Die 30 an dem Treffen teilnehmenden Delegationen unterstützten in einem am 1. Oktober beschlossenen Appell an die Jugend der Welt die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und riefen die Jugend zum verstärkten Kampf gegen die Kriegspläne der westdeutschen Imperialisten und Militaristen auf.

Auf Initiative des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands fand am 11. und 12. November 1961 in Berlin eine Europäische Frauenkonferenz statt. An ihr nahmen Frauen aus 21 Ländern teil. Sie appellierten an die Frauen aller europäischen Länder, ihre Stimme gegen die verhängnisvolle Entwicklung in Westdeutschland zu erheben und sich für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten einzusetzen.

Viele Menschen in der Welt erkannten klarer als je zuvor, daß der wiedererstandene westdeutsche Militarismus die Sicherheit aller europäischen Völker und darüber hinaus den Weltfrieden bedroht. Sie begannen einzusehen, daß der Hauptinhalt der Deutschlandfrage in der Sicherung des Friedens bestand und daß sie nur durch Verhandlungen auf der Basis der Anerkennung des Bestehens von zwei deutschen Staaten gelöst werden konnte. Die konstruktive Friedenspolitik der DDR, der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten fand die wachsende Unterstützung weitester Kreise der Weltöffentlichkeit.

Besonders deutlich zeigte sich dies auf der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September 1961. Auf dieser Konferenz sprachen sich die Vertreter der bedeutendsten nichtpaktgebundenen Staaten, so Ceylons, Ghanas, Indiens, Indonesiens, Malis und der VAR, für eine dauerhafte Friedensregelung in Deutschland aus. Sie betonten die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages und erklärten gleichzeitig, daß man in der Deutschlandfrage von der Realität, vom Bestehen zweier deutscher Staaten, ausgehen müsse. Dies war ein Schlag gegen die Hallstein-Doktrin des west-

[196] Tribüne (Berlin), 25. September 1961.

deutschen Imperialismus und ein wichtiger Beitrag zur Festigung des internationalen Ansehens der DDR. Die Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten hatte damit faktisch auch die Politik der DDR zur Sicherung des Friedens als richtig bestätigt.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen vom 13. August trugen nicht zuletzt dazu bei, daß führende Politiker der Westmächte zu einer realeren Einschätzung der Lage gelangten. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß an der Souveränität der DDR auch durch Kriegsprovokationen nichts zu ändern war. Die Verbündeten des westdeutschen Imperialismus, selbst die USA, waren daher auch nicht bereit, den von einigen Politikern in Westdeutschland und Westberlin erhobenen Forderungen nach gemeinsamen massiven Gegenmaßnahmen nachzukommen, das „letzte Risiko" zu wagen und die antifaschistischen Schutzmaßnahmen mit einer aggressiven militärischen Aktion zu beantworten.

Der 13. August förderte wesentlich den Differenzierungsprozeß im westlichen Lager. In wachsendem Maße traten einflußreiche Politiker und Publizisten mit der Forderung auf, die gesamte außenpolitische Konzeption des imperialistischen Lagers zu überprüfen und wesentliche Passagen zu revidieren. Es mehrten sich vor allem die Meinungen, daß es notwendig sei, die real in Europa bestehenden Grenzen – besonders die Grenzen der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten – anzuerkennen, die Politik der sogenannten Befreiung der osteuropäischen Völker, die Politik des „roll back", aufzugeben und zu dauerhaften Vereinbarungen mit den sozialistischen Staaten zu gelangen, die auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen mußten.

Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat, Senator Mike Mansfield, erklärte in einem Fernsehinterview in Washington am 24. Oktober 1961, daß von der USA-Regierung eine begrenzte Anerkennung der DDR erwogen werden müsse. Senator Hubert Humphrey, stellvertretender Fraktionsführer der Demokraten im Senat, bekräftigte nach Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI vom 29. Oktober 1961 am gleichen Tag in Rom seine frühere Erklärung, daß die USA eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsche Ostgrenze wohlwollend erwägen sollten.

Das veränderte internationale Kräfteverhältnis und die Tatsache, daß ein eventueller künftiger Krieg ein verheerender Atomkrieg sein

würde, von dem auch die USA nicht verschont bleiben könnten, zwangen die Regierung der USA, ihre Haltung zu überprüfen, und bewogen sie, mit der Sowjetunion diplomatische Gespräche über das Westberlin-Problem aufzunehmen.

Die führenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus trachteten auch nach dem 13. August danach, eine Entspannung mit allen Mitteln zu verhindern und ihre abenteuerliche Politik fortzusetzen. So verstärkten die aggressiven Kräfte ihre antikommunistische Hetze. Sie versuchten, die DDR und die Sowjetunion für die Zuspitzung der internationalen Lage verantwortlich zu machen. Nicht die abenteuerlichen Pläne der gewaltsamen Einverleibung der DDR, sondern die Schutzmaßnahmen vom 13. August hätten angeblich die internationale Atmosphäre vergiftet. Um die DDR zu isolieren und die friedensfördernden Wirkungen der Maßnahmen des 13. August in ihr Gegenteil zu verkehren, unternahmen sie Boykottmaßnahmen gegen die DDR, Anschläge auf die S-Bahn in Westberlin, verweigerten sie Einreisevisa für Bürger der DDR in NATO-Staaten und lehnten sie die von der DDR vorgeschlagene Regelung für den Besuch von Westberlinern in der Hauptstadt der DDR ab.

Dabei fanden sie die Unterstützung der aggressivsten Kräfte des amerikanischen Imperialismus, die es ermöglichten, daß ständig Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR verübt wurden. Das barg überaus große Gefahren in sich. So organisierten der als Sonderbeauftragter des Präsidenten der USA nach Westberlin entsandte General Lucius D. Clay, der als Scharfmacher von seiner Tätigkeit als Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland von 1948 her bekannt war, der Westberliner Senat und die westdeutschen Militaristen im Oktober 1961 schwerwiegende Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR in Berlin. Zu ihren Absichten gehörte sogar der Einfall mit Panzern in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Regierung der DDR sah sich daher gezwungen, den antifaschistischen Schutzwall weiter zu festigen und dadurch jede Möglichkeit auszuschalten, daß als Folge unverantwortlicher Handlungen der Funke eines atomaren Weltbrandes entzündet werden könnte. In der Berliner Innenstadt wurden an der Staatsgrenze Panzersperren und Betonbefestigungen errichtet. Den aggressiven Kräften wurde deutlich vor Augen geführt, daß ein Anschlag gegen die Staatsgrenze der DDR ein gefährliches Spiel mit dem Feuer wäre und daß jede

bewaffnete Aggression mit allen den sozialistischen Staaten zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt werden würde.

Die besonnene Haltung der DDR, der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten führte dazu, daß diese und auch spätere Provokationen keine unwiderruflichen kriegerischen Folgen hatten.

Angesichts der verstärkten Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen und der Ablehnung aller Vorschläge der Regierung der DDR, strittige Fragen durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zu lösen, beschloß die Volkskammer der DDR am 20. September 1961 das Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik.[197] Das Gesetz enthielt alle politischen, ökonomischen, rechtlichen und militärischen Festlegungen, die für den Schutz der sozialistischen Errungenschaften der DDR und für die Verteidigung des Friedens erforderlich waren.

In der westdeutschen Bourgeosie herrschte angesichts der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles heillose Verwirrung. Die westdeutschen Politiker überboten einander in aggressiven Auslassungen und Forderungen und machten sich gegenseitige Vorwürfe, am Mißlingen der geplanten Aggression schuld zu sein.

Die offiziellen Vertreter der westdeutschen Politik waren vor die Entscheidung gestellt, entweder das totale Fiasko ihrer Politik einzugestehen und nach neuen Wegen zu suchen oder allen Realitäten zum Trotz an der überholten Konzeption festzuhalten und somit noch tiefer in die Sackgasse zu geraten. Sie taten das letztere. Mit allen Mitteln versuchten sie angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, ihre Niederlage zu verschleiern und ihre bankrotte Politik zu retten.

Am 17. September 1961, dem Tag der Wahlen zum Bundestag, erhielt die CDU/CSU eine Quittung für ihre antinationale Politik. Die Erschütterung des Adenauer-Regimes wurde sichtbar. Die CDU/CSU verlor ihre absolute Mehrheit, während die SPD und die FDP ihren Stimmenanteil erhöhen konnten. Viele Wähler glaubten, der von Konrad Adenauer betriebenen entspannungsfeindlichen Politik eine Absage am besten dadurch zu erteilen, daß sie der SPD oder der FDP ihre Stimme gaben.

Nach den Bundestagswahlen spitzten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Bourgeoisie weiter zu. Nach außen hin spiegelten sie sich in dem Tauziehen um eine Koalitionsregierung

[197] Dokument Nr. 76.

wider. Dabei ging es jedoch keineswegs nur darum, ob Konrad Adenauer weiterhin als Bundeskanzler amtieren sollte oder nicht. Die Widersprüche waren tiefer. Es ging darum, auf welche Politik sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik nach dem 13. August 1961 festlegen sollten. Die zuungunsten der CDU/CSU veränderte Zusammensetzung des Bundestages zwang diese zu einer Koalition. Sieben Wochen dauerte die Regierungskrise in Bonn. Erst am 14. November 1961 konnte sich die neue Regierung vorstellen. Obwohl sich die Führung der SPD offen als Koalitionspartner anbot und damit alle die Wähler brüskierte, die der SPD ihre Stimme gegeben hatten, weil sie mit der Politik der CDU/CSU nicht einverstanden waren, entschied sich die CDU/CSU für die FDP als Partner.

Als deutlich wurde, daß die reaktionärsten Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals wieder die Regierung bilden würden, verbreitete das Zentralkomitee der KPD am 2. November 1961 über den Freiheitssender 904 einen Aufruf „An die Arbeiter, an die Gewerkschaften, an alle friedliebenden und nationalgesinnten Deutschen in der Bundesrepublik!" Die KPD forderte dazu auf, sich dafür einzusetzen, daß statt der geplanten reaktionären Regierung, die das Leben der westdeutschen Bevölkerung aufs Spiel setzen würde, eine Regierung der Verhandlungen und der Verständigung gebildet werde. Eine solche Regierung sollte aus friedens- und verständigungsbereiten Persönlichkeiten aller Parteien, der Gewerkschaften und des geistigen Lebens bestehen und sofort Verhandlungen über einen Friedensvertrag und Verhandlungen mit der DDR über Gewaltverzicht und Abrüstung aufnehmen. Die KPD wies darauf hin, daß es für die Arbeiterklasse und das friedliebende Volk ein Gebot der Selbsterhaltung sei, selbst einzugreifen, um die Kraft der überwiegenden Mehrheit des Volkes zur Geltung zu bringen.

Die Einschätzung der KPD, daß die von der CDU/CSU angestrebte Regierung eine Regierung der aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals sein würde, die die bankrotte, antinationale Politik Konrad Adenauers fortsetzen werde, wurde vollauf bestätigt, als die Zusammensetzung der vierten Regierung Adenauer und der zunächst geheimgehaltene Koalitionsvertrag bekannt wurden. Der Vertrag ging davon aus, daß alle bisher verabschiedeten Gesetze in Kraft blieben.

Zu einer Zeit, da die Völker der ganzen Welt Frieden und Abrüstung forderten, da die DDR immer neue Vorschläge zur Anbah-

nung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterbreitete und zwischen der UdSSR und den USA Abrüstungsverhandlungen und Gespräche über das Westberlinproblem geführt wurden, forderte der Koalitionsvertrag unter anderem die Erhöhung der finanziellen Aufwendungen für die Kriegsvorbereitung. Er offenbarte eindeutig, daß die Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP durch die extremsten Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals repräsentiert wurde. Das Programm der vierten Regierung Konrad Adenauer erwies sich als Programm der Fortführung der antinationalen Politik der Stärke und des kalten Krieges.

Der 13. August 1961 hatte den deutschen Imperialisten und Militaristen die größte Niederlage seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bereitet. Mit den Sicherungsmaßnahmen der DDR waren dem Mißbrauch der bis dahin offenen Grenze zwischen Westberlin und der DDR für unverantwortliche Handlungen aggressiver Kräfte Einhalt geboten und so wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, damit auf deutschem Boden kein neuer Krieg entbrennen konnte.

So leitete der 13. August 1961 einen neuen Abschnitt in der deutschen Geschichte ein. Mit ihm waren alle Grundfragen der Entwicklung in Deutschland klar aufgeworfen und die Perspektive der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und der ganzen deutschen Nation deutlicher sichtbar geworden als je zuvor.

Der XXII. Parteitag der KPdSU. Der VI. Parteitag der SED. Das Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR und der friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes (Ende 1961 bis Anfang 1963)

Der Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik (1961/1962)

1. Der XXII. Parteitag der KPdSU. Die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED

Am Vorabend des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution blickten Millionen Kommunisten und Hunderte Millionen friedliebender Menschen der ganzen Welt, aber auch die Feinde des Friedens und des Sozialismus aufmerksam nach Moskau. Vom 17. bis 31. Oktober 1961 tagte im Kremlpalast der XXII. Parteitag der KPdSU, der als der Parteitag der Erbauer des Kommunismus in die Geschichte eingegangen ist. An seinen Beratungen nahmen Delegationen von 80 kommunistischen und Arbeiterparteien und Vertreter mehrerer demokratischer Parteien antiimperialistischer Nationalstaaten Afrikas teil. Der XXII. Parteitag der KPdSU leitete einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Sowjetunion, der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten Menschheit ein.

Nahezu 5000 Delegierte mit beschließender und beratender Stimme, die mehr als 9,7 Millionen Kommunisten vertraten, nahmen den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und das Referat „Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", die N. S. Chruschtschow vortrug, sowie das Referat „Über die Veränderungen am Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", das F. R. Koslow hielt, entgegen und erörterten die aufgeworfenen Probleme.

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU wurde die Bilanz der erfolgreichen Tätigkeit der KPdSU auf innen- und außenpolitischem Gebiet in der Zeit seit dem XX. und XXI. Parteitag der KPdSU gezogen. Die gesamte Entwicklung in den Jahren von 1956 bis 1961 hatte bestätigt, daß die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgearbeitete Linie, seine neuen theoretischen Erkenntnisse und politischen Schlußfolgerungen richtig waren. Das sozialistische Weltsystem war immer mehr zur bestimmenden Kraft der historischen Entwicklung der gesamten Menschheit geworden. Das imperialistische Kolonialsystem war unter den machtvollen Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung zerfallen. Alle Versuche der aggressiven Kräfte des Imperialismus, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, waren durchkreuzt, und es war bewiesen worden, daß in der gegenwärtigen Epoche ein Weltkrieg nicht mehr unvermeidlich ist. Das Zentralkomitee der KPdSU betonte jedoch, daß die Entfesselung eines neuen Krieges durch die aggressiven Kräfte des Imperialismus noch nicht ausgeschlossen werden konnte, und stellte deshalb fest, daß die weitere Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte eine der wichtigsten Aufgaben bleibt. In der vom Parteitag angenommenen Resolution wurde hervorgehoben:

„Die Tatsache, daß es gelungen ist, den Krieg zu verhüten und daß die Sowjetmenschen und die Völker der anderen Länder ein Leben in Frieden genießen konnten, muß als das Hauptergebnis der Tätigkeit der Partei und ihres Zentralkomitees betrachtet werden, die auf die Steigerung der Macht des Sowjetstaates und die Verwirklichung der Leninschen Außenpolitik gerichtet war, als das Ergebnis der Tätigkeit der Bruderparteien in den sozialistischen Ländern sowie der Aktivierung der Friedenskräfte aller Länder."[1]

[1] Schlußwort und Schlußansprache N. S. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU. Resolution des XXII. Parteitages zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 44.

Das Übergewicht der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, deren stärkste Stütze die mächtige Sowjetunion und das gesamte sozialistische Weltsystem waren, trat im internationalen Geschehen noch deutlicher zutage. Der in den volksdemokratischen Ländern erreichte Stand der sozialistischen Umgestaltung und das Erstarken des sozialistischen Weltsystems hatten zur Folge, daß die sozialökonomische Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus nach der Sowjetunion nun auch in den anderen sozialistischen Ländern beseitigt war.

In den Jahren nach dem XX. Parteitag der KPdSU war die Sowjetunion in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten – in die Etappe des entfalteten Aufbaus der kommunistischen Gesellschaftsordnung. In der Industrie und in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft und Technik, im staatlichen, kulturellen und ideologischen Leben und nicht zuletzt bei der Hebung des Volkswohlstandes beschleunigte sich das Entwicklungstempo. In dieser Zeit nahmen etwa 6000 neuerrichtete Großbetriebe ihre Arbeit auf, darunter Giganten, wie die Großkraftwerke „W. I. Lenin" und „XXII. Parteitag der KPdSU". Die Industrieproduktion stieg um fast 80 Prozent. Die staatlichen Investitionen in der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren von 1956 bis 1961 betrugen 156 Milliarden Rubel. Diese Summe war höher als diejenige aller Investitionen, die in den Jahren der Sowjetmacht bis zum XX. Parteitag der KPdSU vorgenommen worden waren. Die Flüge der ersten Menschen, der Kommunisten und Sowjetbürger J. A. Gagarin (am 12. April 1961) und G. S. Titow (am 6./7. August 1961) in den Kosmos, die beginnende Erforschung des Weltalls, krönten die Anstrengungen, die das Sowjetvolk zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unternommen hatte.

Die Erfolge der Sowjetunion bei der Inangriffnahme des kommunistischen Aufbaus und bei der Verteidigung des Weltfriedens hatten ihr internationales Ansehen und Gewicht weiter erhöht. Die Fortschritte der Sowjetgesellschaft nach dem XX. Parteitag der KPdSU, die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Leninschen Normen des Parteilebens und der Staatsarbeit, die Beseitigung des Personenkults um J. W. Stalin, die Überwindung des Dogmatismus und die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie schufen die Voraussetzungen für die Ausarbeitung des neuen Pro-

gramms der KPdSU, das vom XXII. Parteitag beraten und einmütig beschlossen wurde.

Das neue Programm der KPdSU, das auf der Theorie des Marxismus-Leninismus beruht und von dem kühnen Geist ihrer Begründer Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin durchdrungen ist, verallgemeinerte die grundlegenden Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und in den anderen Ländern des sozialistischen Weltsystems sowie die Erfahrungen der Befreiungsbewegung der internationalen Arbeiterklasse und aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Das Neue und Besondere dieses Programms bestand darin, daß es zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit einen wissenschaftlich begründeten Plan zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft enthielt. Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin konnten zu ihrer Zeit nur die allgemeinen Umrisse der künftigen kommunistischen Gesellschaft entwerfen und aufzeichnen. Im Programm der KPdSU wurde diese Gesellschaft in ihrer konkreten Gestalt sichtbar. Nunmehr ist der Kommunismus nicht mehr nur ein Zukunftsbild, eine großartige Vision; die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft ist zur Tagesaufgabe eines mehr als 220 Millionen Menschen zählenden Volkes geworden.

Die Ausarbeitung des Programms zum Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, das allen Völkern der Welt das Bild ihrer Zukunft zeigt, war und bleibt ein unvergängliches historisches Verdienst der KPdSU. Durch seine Verwirklichung wird den Werktätigen aller Kontinente und Rassen bewiesen, daß der Kommunismus die historische Mission erfüllt, alle Menschen von der sozialen Ungleichheit, von jedweder Form der Unterdrückung und Ausbeutung sowie von den Schrecken des Krieges zu erlösen, und auf Erden Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Glück aller Völker begründet. Dieses Programm widerlegt überzeugend die Lügen und antikommunistischen Verleumdungen, daß der Kommunismus ein Element der Zerstörung, des Chaos und des Untergangs jeglicher Ordnung und Zivilisation sei und keine gesellschaftsbildende Kraft besitze. Es zeigt der kommunistischen Weltbewegung, die zur einflußreichsten politischen Kraft der Geschichte geworden ist, und der gesamten friedliebenden Menschheit den Weg ihres Kampfes für den Frieden, für das Glück und den Wohlstand aller Völker.

Das Programm definiert den Kommunismus als *„eine klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches*

Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeiten mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird."[2]

Im Programm der KPdSU wurden die Ziele und die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus sowie die Gesetzmäßigkeiten des Hinüberwachsens der sozialistischen Gesellschaft in den Kommunismus dargelegt und die Wege zur Umgestaltung aller Seiten des Lebens auf kommunistischer Grundlage bestimmt. Der Aufbau des Kommunismus macht es notwendig, drei eng miteinander verbundene große geschichtliche Aufgaben zu lösen: die Schaffung der materiell-technischen Basis, die Formung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen und die Erziehung des kommunistischen Menschen. Das Programm forderte, die Hauptaufmerksamkeit auf die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zu konzentrieren. Es bezeichnete als ökonomische Hauptaufgabe der KPdSU und des Sowjetvolkes, innerhalb von zwei Jahrzehnten die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen, deren Kernstück die Elektrifizierung darstellt.

Dank der schnell fortschreitenden Wissenschaft und Technik und ihrer engen Verbindung mit der materiellen Produktion gewährleistet der Kommunismus eine ununterbrochene Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und eine hohe Arbeitsproduktivität. Dadurch wird dem Menschen eine ungeahnte Macht über die Natur verliehen und die Entfaltung aller seiner schöpferischen Fähigkeiten und Talente gesichert. Durch den Aufbau des Kommunismus wird die Losung „Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen" verwirklicht; er dient letztlich dem Ziel, dem Menschen den höchsten

2 Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 59.

Lebensstandard zu gewährleisten und seine materiellen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen.

Mit der Ausarbeitung des Programms der KPdSU wurde die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus auf eine höhere Stufe gehoben, und es wurde aufgedeckt, worin die Hauptrichtung und die wichtigsten Aufgaben des Kampfes für den Kommunismus bestehen. Dieses Programm beantwortete viele neue, vom Leben in der Sowjetunion aufgeworfene Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie, vor allem die Frage, warum und wie der Staat der Diktatur des Proletariats in einen Staat des ganzen Volkes hinüberwachsen und welchen Charakter, welche Aufgaben und welches Schicksal dieser Staat im Kommunismus haben wird; ferner die Frage, warum und wie sich die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse zur Partei des ganzen Volkes entwickeln und wie ihre führende Rolle beim Aufbau des Kommunismus wachsen wird.

Die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion entspricht nicht nur den Interessen und Bedürfnissen der Sowjetmenschen. Die KPdSU und das Sowjetvolk erfüllen, indem sie diese große Aufgabe lösen, ihre internationale Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und den Völkern aller Länder. Sie helfen dadurch den anderen sozialistischen Ländern, den sozialistischen Aufbau im eigenen Land zu beschleunigen und wesentliche Voraussetzungen für den Übergang der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zum Kommunismus zu schaffen.

Der Eintritt in die Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus stellte die KPdSU, die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen der Sowjetunion vor neuartige Aufgaben, die in ihrem Ausmaß alles Vorangegangene weit übertrafen und für deren Lösung noch keine Erfahrungen vorlagen. Angesichts dessen wies der XXII. Parteitag darauf hin, daß das neue Programm der KPdSU nur durch große Anstrengungen, beharrliche Arbeit und durch die Überwindung vieler Schwierigkeiten erfüllt werden kann. Insbesondere mußte die Planung und Leitung der Volkswirtschaft so gestaltet werden, daß die ökonomischen Gesetze und die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft immer besser und vollständiger genutzt werden konnten.

Der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion übt einen weitreichenden Einfluß auf die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des Friedens aus. Damit wachsen die realen Möglichkeiten, die aggressiven Kräfte des Im-

perialismus an der Entfesselung eines verheerenden Raketen-Kernwaffenkrieges zu hindern und einen dauerhaften Frieden zu sichern. Der XXII. Parteitag der KPdSU erklärte bei der Annahme des neuen Programms: *„Die Kommunistische Partei der Sowjetunion unternimmt alles Notwendige, um im Namen des Triumphs der hohen Ideale des sozialen Fortschritts und des Glücks der Völker den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu erhalten und zu festigen."*[3] Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion verstärkt die Anziehungskraft der Ideen des Marxismus-Leninismus und verleiht dem Kampf der Volksmassen gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in allen Ländern neue Energien.

Die Beratungen des XXII. Parteitages der KPdSU und die Ideen des von ihm beschlossenen Programms zum Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion fanden bei den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik einen lebhaften Widerhall. Entgegen der verstärkten Hetze, die nach dem 13. August 1961 von den aggressiven Kräften des Imperialismus gegen die DDR betrieben wurde, hatte der Parteitag die Rolle der DDR als Bastion des Friedens und des Sozialismus auf deutschem Boden hoch gewürdigt und ihre Existenz als Glück für Europa und den europäischen Frieden bezeichnet. Diese Einschätzung stärkte den Stolz der Werktätigen auf ihre Leistungen und erhöhte die Gewißheit, daß der von der SED und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschrittene Weg der richtige ist. Zugleich festigte sich die Erkenntnis, daß gesicherter Frieden und ein besseres Leben die ehrliche, gewissenhafte Arbeit in der sozialistischen Gemeinschaft erfordern.

Die SED verband in ihrer Arbeit die Ideen des XXII. Parteitages der KPdSU zielstrebig mit den in der DDR zu lösenden Aufgaben. Auf diese Weise wurden Tausende von sozialistischen Brigaden und Kollektiven, Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und der anderen Bevölkerungsschichten angeregt, neue Taten im Produktionsaufgebot zur Stärkung der DDR zu vollbringen. Darüber berichtete zum Beispiel die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, die Anfang des Jahres 1959 zur Entwicklung der sozialistischen Gemein-

[3] Schlußwort und Schlußansprache N. S. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, S. 50.

schaftsarbeit in der DDR aufgerufen hatte, in einem Brief an den XXII. Parteitag der KPdSU.[4] Diese Brigade hatte einen revolutionären Schritt getan, indem sie in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit Vertretern der wissenschaftlich-technischen Intelligenz begonnen hatte, die Anwendung der Wissenschaft in der Produktion zur Sache der Arbeiter zu machen. Die Mitglieder der Brigade studierten die physikalischen Gesetzmäßigkeiten der elektrolytischen Metallabscheidung und fanden eine Lösung, die es ermöglichte, die Produktion von Aluminium pro Tag und Ofen um sieben Kilogramm zu erhöhen.

Die Brigade schrieb in ihrem Brief: „Es lohnt sich also für uns alle, zu knobeln und den Kopf anzustrengen. Lesen, lernen, begreifen – wir sind der Meinung, daß dies zu einem wichtigen Leitsatz aller Arbeiter im Produktionsaufgebot werden sollte. Laßt uns lernen wie Titow und Gagarin. Vor denen ziehen wir Kumpel den Hut... Und wir werden uns abgewöhnen zu sagen: Jetzt ist wirklich nichts mehr drin. Vor Jahren haben wir mit 223 kg je Tag und je Ofen Produktion angefangen, jetzt steuern wir 245 kg an. Damals verbrauchten wir 23 000 kWh/t, jetzt werden es nur noch 19 800 sein. Und immer sah es so aus, als wäre wirklich nichts mehr herauszuholen. Aber der Wissenschaft sind keine Grenzen gesetzt. Was wir heute nicht wissen, wird uns morgen klar sein... In dieser Weise ständig an der Verbesserung der Technik arbeiten und so kontinuierlich die Arbeitsproduktivität steigern, das halten wir für die wichtigste Aufgabe im Produktionsaufgebot... Wir wissen, daß der Sozialismus den Kapitalismus durch die höhere Arbeitsproduktivität schlagen muß... Und wir wissen seit dem Studium des neuen Programmentwurfes der KPdSU, welche herrlichen Perspektiven sich für die schaffenden Menschen eröffnen – auch für uns in der DDR –, wenn wir beharrlich weiter die Technik und unsere Arbeit vervollkommnen... [Wir wollen] alle Angriffe der Feinde der Arbeiterklasse zurückschlagen und das tun, was sie am meisten fürchten: Allseitig den Plan erfüllen und die Arbeitsproduktivität steigern."[5]

So wie viele andere Brigaden und Kollektive vollbrachten auch die Werktätigen des VEB Eisenhüttenkombinat Ost hervorragende Leistungen. Im Oktober 1961 produzierte die Hochofenabteilung des Werkes 1280 Tonnen Roheisen über den Plan. Das Kollektiv des Jugendhochofens VI war daran mit 691 Tonnen beteiligt. Nach Über-

[4] Dokument Nr. 77.

[5] Neues Deutschland (B) (Berlin), 15. Oktober 1961.

prüfung ihrer Norm schmolz dieses Kollektiv seit 1. Oktober 1961 bei gleichem Lohn täglich 22 Tonnen Roheisen mehr. „Angespornt werden wir zu diesen Taten", so schrieb der Schmelzmeister Peter Wilde, „durch das großartige Programm des kommunistischen Aufbaus, das der XXII. Parteitag der KPdSU verkündete. Es erfüllt uns mit Freude, für eine solche herrliche Zukunft zu schaffen. Das Programm beflügelt uns zu noch größeren Leistungen. Wir arbeiten ehrlich für den Sieg des Friedens und des Sozialismus, für die weitere Stärkung unserer Republik."[6]

Dem Beispiel der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse folgten Tausende von Genossenschaftsbauern. Sie handelten nach der Erkenntnis, die der Genossenschaftsbauer Wilhelm Turofski aus der LPG „Einheit" Groß-Schönebeck mit den Worten ausdrückte: „Es geht nicht, vom Rande aus zuzuschauen, wie andere Stein auf Stein setzen. Im Sinne des XXII. Parteitages handeln, heißt für uns Bauern, den Tisch unserer Republik reicher zu decken."[7] Viele Agrarwissenschaftler stellten sich wie die Mitarbeiter des Müncheberger Instituts für Acker- und Pflanzenbau die Aufgabe, neue wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in den LPG durchzusetzen.

Die SED nahm auf der 14. Tagung ihres Zentralkomitees, die vom 23. bis 26. November 1961 stattfand, zu den Ergebnissen des XXII. Parteitages der KPdSU Stellung. Das Zentralkomitee verknüpfte die Erkenntnisse und Anregungen, die dieser Parteitag allen kommunistischen und Arbeiterparteien für ihre Arbeit vermittelt hatte, mit den eigenen Kampferfahrungen der Partei. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Sicherung der Staatsgrenzen der DDR waren der Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Auseinandersetzung zwischen den beiden entgegengesetzten Systemen in Deutschland in eine neue Etappe eingetreten. Es waren Tatsachen geschaffen worden, die von historischer Tragweite waren und von den imperialistischen Kräften nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten.

Die aus dem veränderten Kräfteverhältnis erwachsenden Aufgaben stellten das Zentralkomitee der SED vor die Notwendigkeit, die in Deutschland entstandene Lage umfassend zu analysieren und daraus die Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei abzuleiten. Im Referat Walter Ulbrichts „Der XXII. Parteitag der

6 Ebenda, 15. November 1961.

7 Ebenda, 25. Oktober 1961.

KPdSU und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik" zog das Zentralkomitee eine Bilanz der historischen Entwicklung Deutschlands in den letzten 120 Jahren. Seit der Gründung der Partei der Kommunisten durch Karl Marx und Friedrich Engels 1847/1848 hatten allein die Kommunisten konsequent die nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes vertreten und als einzige Partei in Deutschland die Prüfungen der Geschichte bestanden. Die DDR, gesetzmäßig aus dem über ein Jahrhundert währenden Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung und anderer patriotischer Kräfte hervorgegangen, ist auf den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus begründet und verkörpert die Zukunft der ganzen deutschen Nation. Demgegenüber erwiesen sich die Bourgeoisie und ihre Parteien und auch die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie als unfähig, die Interessen der deutschen Nation zu vertreten. Sie haben jedes Recht auf die Führung der Nation verwirkt. Die in der westdeutschen Bundesrepublik noch bestehende reaktionäre, antinationale Herrschaft des Imperialismus und Militarismus ist unabwendbar zum Untergang verurteilt.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees führte die Politik der 2. und der 3. Parteikonferenz sowie der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED fort. Sie beantwortete die mit dem Verhältnis von Sozialismus–Imperialismus und der nationalen Frage verbundenen Grundprobleme der neuen Lage. Sie zeigte, worin die Perspektive der DDR und ganz Deutschlands in der neuen Epoche der Weltgeschichte, dem Übergang der Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus, bestehen, und legte die nächsten Aufgaben auf diesem Wege fest. Diese Tagung orientierte auf die Hauptfragen der neuen Periode des sozialistischen Aufbaus in der DDR und der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in Deutschland. Sie war, der Bedeutung ihrer Beratungen und Beschlüsse nach, einer Parteikonferenz gleichzusetzen.

Das Zentralkomitee der SED stellte fest: Die Deutsche Demokratische Republik muß und wird unaufhaltsam zum Sieg des Sozialismus vorwärtsschreiten. Sie kann und darf ihren Vormarsch nicht von der Entwicklung in Westdeutschland abhängig machen. Das würde bedeuten, vor dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus zu kapitulieren und die historische und nationale Mission der DDR zu mißachten. Die Interessen der ganzen deutschen Nation erfordern im Gegenteil, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu

vollenden. Damit wird jenes große Beispiel geschaffen, das auch den westdeutschen Werktätigen den richtigen Weg weist und ihnen in dem schweren Kampf gegen Monopolkapital und Militarismus immer wirksamer hilft.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED hob die Notwendigkeit hervor, auch in der neuen Etappe der geschichtlichen Entwicklung das Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu festigen und die brüderliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern auf einer höheren Stufe fortzusetzen. Walter Ulbricht erklärte: „Die Mission der Deutschen Demokratischen Republik als Bastion des Friedens und des Sozialismus in Westeuropa, als *das* Industrieland, das in den Augen der fortgeschrittenen Kräfte in den kapitalistischen Ländern des Westens für ihre Meinungsbildung über den Weg zum Sozialismus von großer Bedeutung ist, kann nur in brüderlicher Zusammenarbeit mit der großen Sowjetunion erfüllt werden."[8]

Die prinzipielle Klarstellung des Klasseninhalts der nationalen Frage des deutschen Volkes, des Weges zu ihrer Lösung, der Perspektiven der deutschen Nation und der nationalen Mission der DDR richtete sich gegen die antikommunistische Hetzkampagne der westdeutschen Imperialisten, die nach dem 13. August 1961 behaupteten, daß die SED und die Regierung der DDR mit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls endgültig die Einheit Deutschlands abgeschrieben hätten. Diese Lügenkampagne sollte von der Niederlage des westdeutschen Imperialismus am 13. August 1961 ablenken und verschleiern, daß das Haupthindernis für eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und für die Herstellung sachlicher Beziehungen zwischen ihnen nicht die „Mauer" war, sondern die Revanchepolitik und die geplante Atomaufrüstung der in Westdeutschland herrschenden Kreise. Außerdem zerschlug die Tagung des Zentralkomitees noch immer bestehende revisionistische Auffassungen, die im vorgeblichen Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands verlangten, den Aufbau des Sozialismus in der DDR abzustoppen und das Klassenwesen des nationalen Kampfes zu vertuschen.

Demgegenüber wies das Zentralkomitee der SED nach, daß der Vormarsch der DDR zur Vollendung des Sozialismus in vollem Ein-

8 Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht des Genossen Walter Ulbricht und Beschluß der 14. Tagung des ZK der SED, 23. bis 26. November 1961, Berlin 1961, S. 19.

klang mit den nationalen Interessen steht und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dient. Die SED hielt unverrückbar an ihrem Ziel fest, einen einheitlichen friedliebenden, demokratischen deutschen Staat herzustellen und in ganz Deutschland dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen. Das Zentralkomitee bekräftigte die bereits auf seiner 30. Tagung Anfang 1957 ausgearbeitete Konzeption, in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen, weil nur so die nationale Frage des deutschen Volkes friedlich gelöst werden kann.

Wie der XXII. Parteitag der KPdSU, so ließ auch das Zentralkomitee der SED auf seiner 14. Tagung keinen Zweifel daran, daß die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Regelung des Westberlinproblems Aufgaben bleiben, die nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden können. Im Kampf um den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages hatten sich aber im Zusammenhang mit den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 wesentliche Veränderungen ergeben. Die Aggressionspläne der westdeutschen Militaristen gegen die DDR waren durchkreuzt, der Frieden war gesichert und der militärische Schutz der DDR erhöht worden. Führende Politiker der imperialistischen Westmächte schätzten nunmehr die Lage realer ein. Im Herbst 1961 führte der Außenminister der UdSSR, A. A. Gromyko, Gespräche mit dem Präsidenten und dem Außenminister der USA sowie mit dem Premierminister und dem Außenminister Großbritanniens. In ihrem Verlauf wurde die Bereitschaft der Westmächte sichtbar, eine Verständigung über den Abbau der Reste des zweiten Weltkrieges und eine provisorische Regelung der Westberlinfrage zu suchen. Die Aussichten, die Überreste des zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden auf dem Verhandlungswege zu beseitigen und eine deutsche Friedensregelung vorzubereiten, wurden günstiger. Die bisher erzielten Erfolge und die neuen Bedingungen im Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland ermöglichten es der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR, nicht auf ihrer ursprünglichen Forderung zu bestehen, den deutschen Friedensvertrag noch im Jahre 1961 abzuschließen. Damit bewiesen beide Regierungen der ganzen Welt ihre unbedingte Bereitschaft, eine für beide Seiten akzeptable Regelung durch Verhandlungen zu finden und die internationalen Spannungen zu mildern. Zugleich nutzten sie damit die Widersprüche zwischen den herrschenden Kreisen Westdeutschlands einerseits und

den Regierungen Großbritanniens, der USA und anderer NATO-Staaten andererseits erfolgreich für den Kampf um das nächstliegende Hauptziel – die Verhinderung der Atomaufrüstung des westdeutschen Militarismus – aus.

Die Verantwortung für die Sicherung des Friedens verpflichtete die DDR, wie die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED hervorhob, die Verteidigungsbereitschaft allseitig zu verstärken, die Klassenwachsamkeit zu erhöhen und die Einheit von Ökonomie, Ideologie und Landesverteidigung zu wahren. Alle Organe der SED, des Staates, der Wirtschaft und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wurden nachdrücklich darauf hingewiesen, die Bestimmungen des Gesetzes zur Verteidigung der DDR, das die Volkskammer im September 1961 beschlossen hatte, gewissenhaft zu erfüllen.

Infolge des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Sicherung der Staatsgrenzen und des bis 1961 erreichten hohen Niveaus der Produktivkräfte waren günstigere Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR entstanden. Dieser Aufbau konnte auf einer stabileren Grundlage fortgesetzt werden. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen und entsprechend den objektiven Erfordernissen der weiteren Entwicklung wurde im Beschluß der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED die Aufgabe gestellt: „Die gesamte Arbeit muß auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben konzentriert werden, auf die Vervollkommnung der Planung und die straffe Leitung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, auf die exakte Erfüllung der Pläne, die planmäßige Forschungsarbeit und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Veränderung des Produktionsprofils mancher Betriebe und Industriezweige, auf die Herstellung der engen Wirtschaftsgemeinschaft mit der UdSSR.

Es kommt vor allem darauf an, unsere sozialistische staatliche Leitungstätigkeit so zu qualifizieren, daß die Entwicklung der Produktivkräfte durch eine systematische, straffe und einheitliche Leitung sowie gute Koordinierung aller Seiten der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens gewährleistet wird und alle Schichten der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau noch stärker einbezogen werden."[9]

[9] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin 1962, S. 498.

Gestützt auf die Hinweise zahlreicher Wissenschaftler, richtete das Zentralkomitee der SED große Aufmerksamkeit darauf, die Planung und Organisation der Wissenschaft und der Forschung weiter zu verbessern. Dadurch sollte der Nutzeffekt der Wissenschaft erhöht, eine immer engere Verflechtung der Wissenschaft mit der Produktion erreicht und die rasche Nutzung der Ergebnisse der Forschung und Entwicklung gewährleistet werden. Das Zentralkomitee empfahl, die vorhandenen Kräfte und Mittel in der theoretischen und in der angewandten Forschung auf die volkswirtschaftlich vordringlichsten Schwerpunkte, wie die Festkörperphysik, die Elektronik, die Chemie der Polymere, die technische Mechanik und andere, zu konzentrieren, die für den wissenschaftlich-technischen Höchststand und die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität entscheidend waren. Die verantwortlichen staatlichen Organe wurden aufgefordert, die Hauptprobleme der Grundlagenforschung, der wissenschaftlichen Perspektivforschung und der Volkswirtschaft in einem einheitlichen Plan festzulegen. Weiterhin regte das Zentralkomitee die schrittweise Umstellung der wissenschaftlich-technischen Institute der Industrie auf das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung an.

Die von der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED erarbeiteten Grundsätze wurden vom Ministerrat der DDR in einem am 18. Januar 1962 verabschiedeten Beschluß über die Ordnung der zentralen Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der DDR zusammengefaßt und zur Grundlage der weiteren Tätigkeit erklärt. Diese Ordnung legte fest, unter der Leitung der Staatlichen Plankommission in engster Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsrat und allen zentralen Organen die Tätigkeit des Forschungsrates der DDR und seines Staatssekretariats für Forschung und Technik auf die Hauptaufgaben der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu richten.

Die weitere Gestaltung der Volkswirtschaft der DDR war sehr kompliziert. Das Zentralkomitee der SED legte den Werktätigen offen die Schwierigkeiten dar, die in der DDR infolge des erbitterten Kampfes zwischen den zwei Systemen in Deutschland und des Ringens um die Erhaltung des Friedens entstanden waren. Die DDR hatte alle Versuche des westdeutschen Monopolkapitals und Militarismus vereitelt, die Arbeiter-und-Bauern-Macht mit militärischer Gewalt zu beseitigen oder sie ökonomisch zu erdrosseln. Das waren Erfolge von historischer Bedeutung. Aber in diesem schweren Kampf

hatte die DDR bedeutende ökonomische Verluste erlitten, die insgesamt etwa 120 Milliarden DM betrugen.

Deshalb mußten die Anstrengungen aller Werktätigen zunächst darauf gerichtet werden, die erlittenen Verluste auszugleichen, um das notwendige hohe Tempo bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wieder zu erreichen. Dazu war es ferner notwendig, die Disproportionen zwischen Akkumulation und Konsumtion, zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslöhnen sowie zwischen Kaufkraft und Warenfonds zu überwinden. Nur durch eine Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR konnten die notwendigen Bedingungen für die volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus geschaffen werden. Dazu mußten die Akkumulation erhöht, die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität gesichert, die Selbstkosten der Produktion gesenkt sowie die Arbeitszeit und die vorhandenen Produktionsanlagen voll ausgenutzt werden.

Die Beschlüsse der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED gaben der gesamten Partei eine klare Orientierung. Sie vermittelten, wie der Bundesvorstand des FDGB feststellte, besonders den Gewerkschaften viele neue Impulse für ihre Tätigkeit[10] und bestimmten auch das weitere Handeln der anderen Massenorganisationen. Sie halfen der Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten anderen Schichten der Bevölkerung, die Perspektiven der weiteren Entwicklung klarer zu erkennen und die nächsten Aufgaben erfolgreich zu erfüllen, die in der neuen Periode des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, des Kampfes um die Sicherung des Friedens und die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland auf die Tagesordnung getreten waren.

Diesem Ziel diente auch das Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED „Die Frauen – der Frieden und der Sozialismus", das am 23. Dezember 1961 veröffentlicht wurde. Darin hieß es, daß die Frauen unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR eine Stellung in der Gesellschaft errungen haben, die Vorbild für ganz Deutschland ist. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte hatten Millionen Frauen die reale Möglichkeit erhalten, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens aktiv und gleichberechtigt teilzunehmen und ihre Talente zu entfalten. 1961 waren nahezu 46 Prozent aller Beschäftigten Frauen; das bedeutete, daß etwas mehr als 70 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 60 Jahren

10 Dokument Nr. 83.

berufstätig waren. Fast ein Drittel der in der Volkswirtschaft tätigen Hoch- und Fachschulabsolventen waren Frauen. Die große Wandlung, die sich im Leben der Frauen vollzogen hatte, zeigte sich auch darin, daß jeder vierte Abgeordnete der Volkskammer und der örtlichen Volksvertretungen eine Frau war. Dank der vorbildlichen gesundheitlichen und sozialen Betreuung gehörte die DDR zu den Ländern mit der niedrigsten Mütter- und Säuglingssterblichkeit.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED rief dazu auf, noch größere Anstrengungen zur Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche Leben zu unternehmen. Der Kampf um die Sicherung des Friedens und der entfaltete Aufbau des Sozialismus erforderten die bewußte und zielstrebige Mitarbeit, die Entfaltung aller Fähigkeiten und die Qualifizierung der Frauen und Mädchen. Die Gleichberechtigung der Frau ist ein unabdingbares Prinzip des Marxismus-Leninismus. Ihre Verwirklichung, so erklärte das Politbüro, konnte nicht den Frauen und Mädchen allein überlassen bleiben, sondern mußte zur Angelegenheit der gesamten Gesellschaft werden. Die Leitungen der SED, der Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen sowie die Organe des Staates und der Wirtschaft wurden aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur stärkeren gesellschaftlichen Förderung, zur Qualifizierung und zur Erleichterung des Lebens der Frauen in Angriff zu nehmen und alle alten Auffassungen und Gewohnheiten, die dem entgegenstanden, noch entschiedener als bisher zu bekämpfen. Das Kommuniqué, das in einer großen Volksaussprache beraten wurde, förderte die weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen und half, ihre gesellschaftliche Aktivität zu verstärken.

2. Der Kampf zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen und für die ideologisch-politische Klärung der nationalen Mission der DDR beim Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR

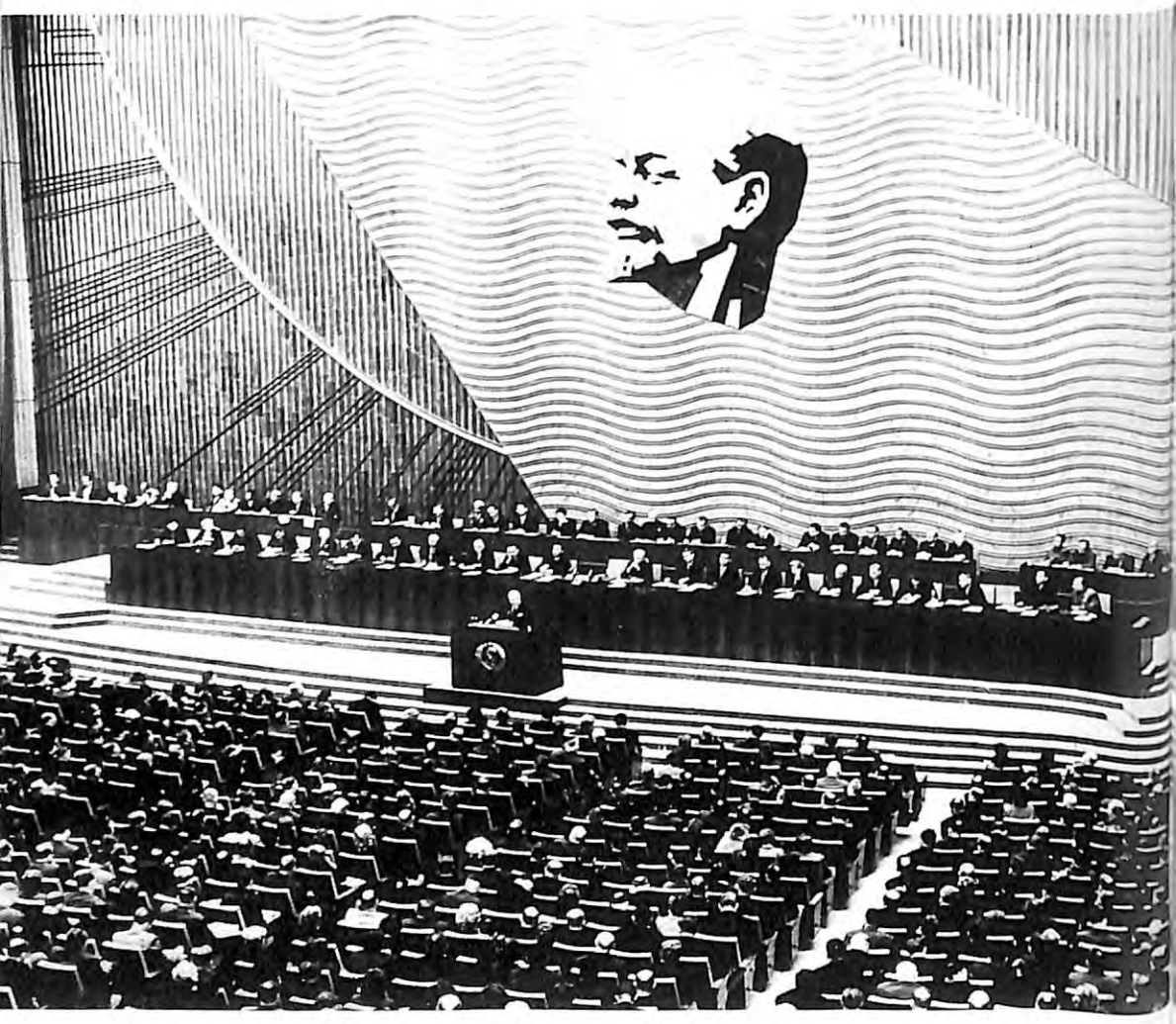
Nach der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED überprüften die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften, die leitenden Organe des Staates und der Wirtschaft den Stand des Produktionsaufgebots. Zahlreiche Werktätige, Brigaden und Kollektive hatten hervorragende



Berlin empfängt den sowjetischen Kosmonauten G. S. Titow, 1. September 1961



Sowjetische Panzer helfen, die Staatsgrenze der DDR in Berlin gegen Provokationen der USA-Truppen zu sichern, Oktober 1961



XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau



Alfred Neumann im Gespräch
mit Angehörigen
des VEB Mineralölwerk Lützkendorf,
2. November 1961



Eine Partei- und Regierungsdelegation der ČSSR
besichtigt in Begleitung von Erich Mückenberger
das Eisenhüttenkombinat Ost,
8. Oktober 1961



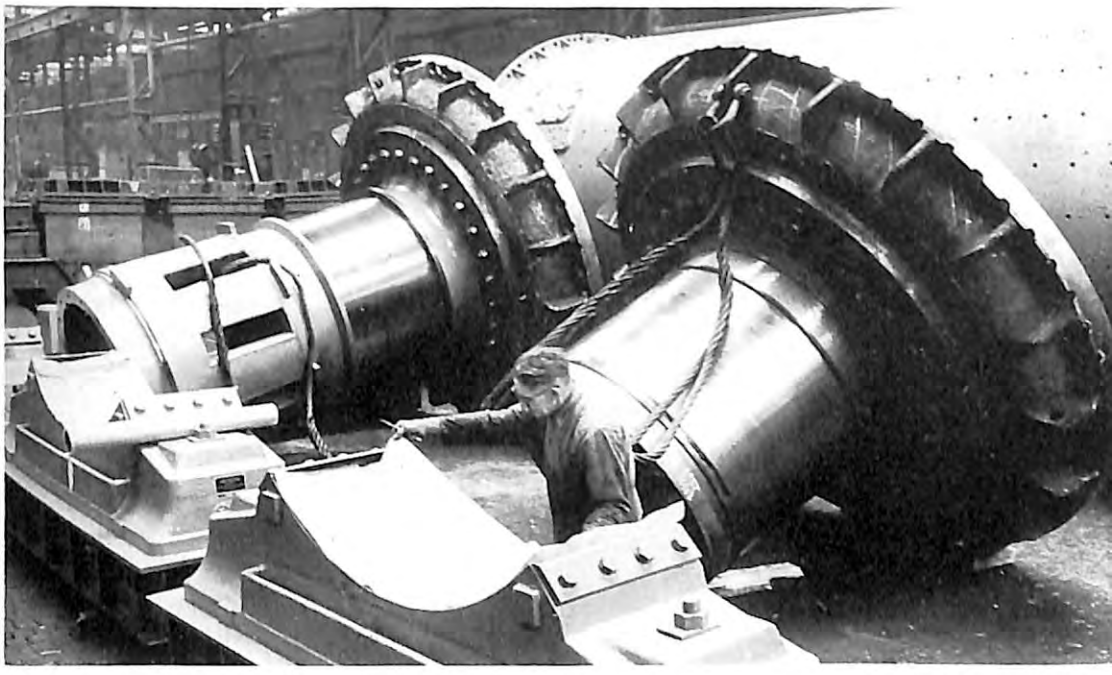
Fließband zur Herstellung
elektronischer Geräte
im VEB Meßgerätewerk
Quedlinburg



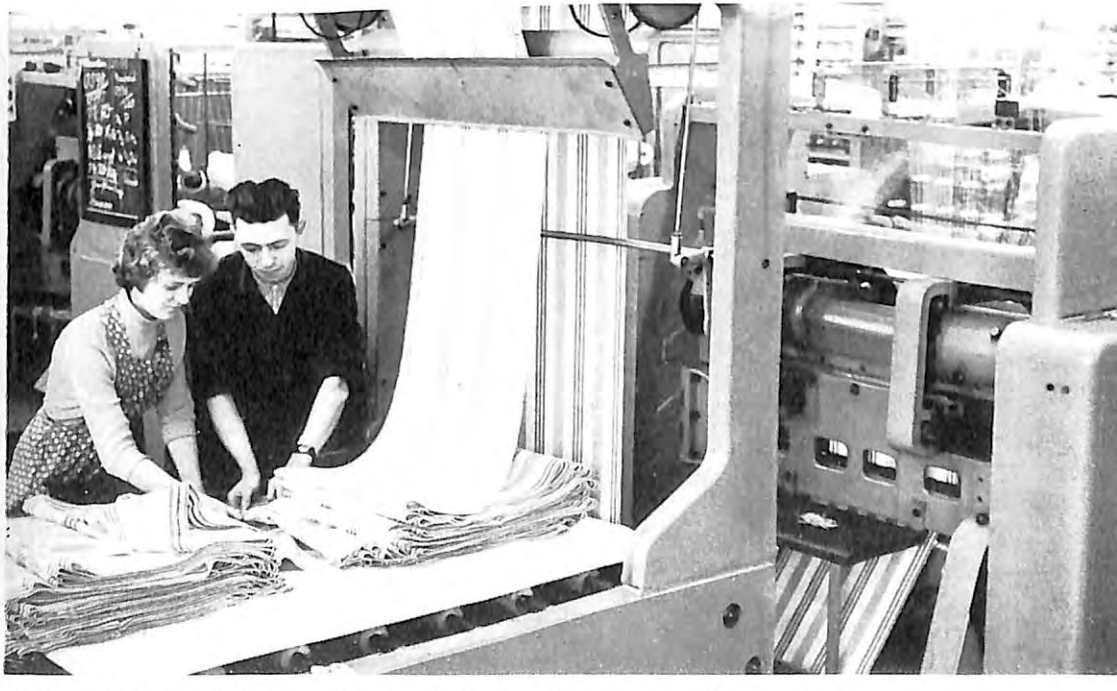
Friedrich Ebert im Gespräch mit Angehörigen des VEB Betonwerke Berlin, 18. Dezember 1961



Die Brigade „August Bebel" aus dem VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt berät über die Weiterführung des Produktionsaufgebotes, Februar 1962



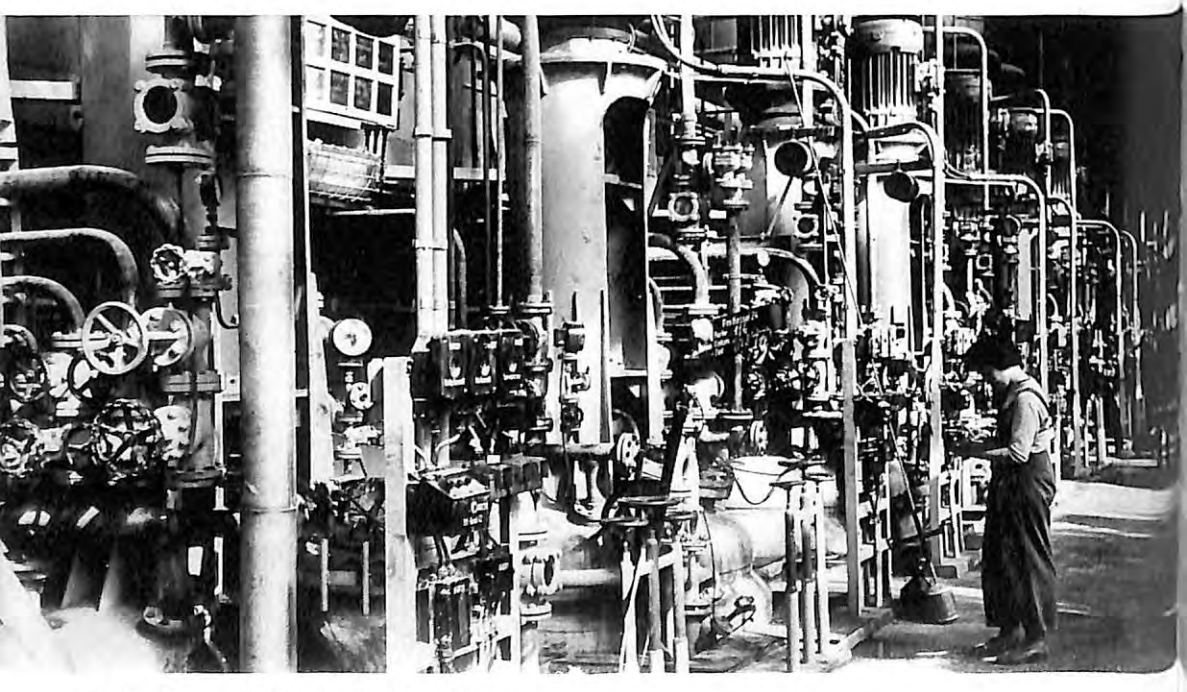
VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg



Malimo-Maschine im VEB Cunersdorfer Wirkwarenfabriken Cranzahl (Erzgebirge)



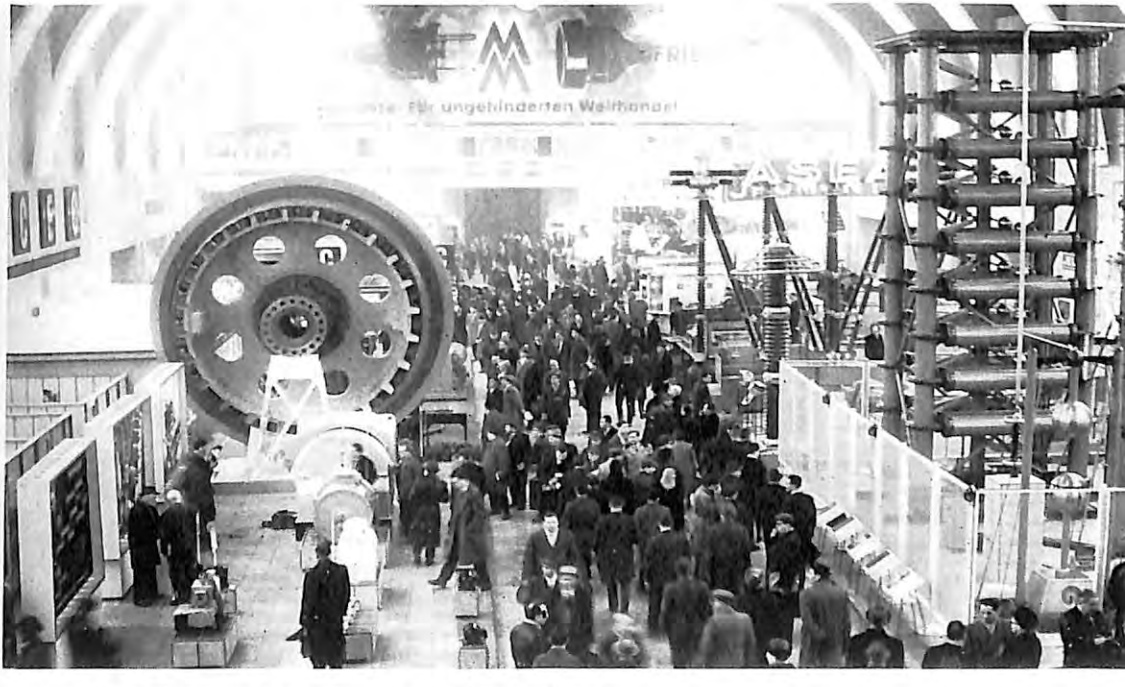
Lotte Ulbricht im Gespräch mit Teilnehmerinnen am 7. Deutschen Bauernkongreß in Magdeburg, 9. bis 11. März 1962



VEB Chemische Werke Buna in Schkopau



Die größte in der DDR gebaute Abraumförderbrücke nimmt im Tagebau Klettwitz des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer den Probebetrieb auf, 19. April 1962



Leipziger Frühjahrsmesse 1962, Halle für Elektromaschinen



Teilnehmer am Ostermarsch in Gießen, April 1962



Protestkundgebung in Göttingen gegen die Bonner Agrarpolitik, 17. Oktober 1962

Leistungen vollbracht, vielfältige Möglichkeiten zur schnellen Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR aufgedeckt und wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, die Mehrheit der Werktätigen für das Produktionsaufgebot zu gewinnen. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß Geduld, Zähigkeit und Entschlossenheit notwendig waren, um alle Hemmnisse zu überwinden, die der Verwirklichung der Losung „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" entgegenstanden; sie hatte ebenso gezeigt, daß die Organisation und Leitung in den Betrieben systematisch verbessert werden mußten.

Die Beschlüsse der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED förderten die Ausdehnung des Produktionsaufgebots zu einer Massenbewegung. Sie wurden von vielen Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und anderen Werktätigen, von Frauen und Jugendlichen aufgegriffen und in die Tat umgesetzt. Mitte Dezember 1961 wandten sich die Mitglieder der Brigade des Klempners Siegfried Porstmann aus dem VEB(K) Installation Karl-Marx-Stadt in einem Offenen Brief an ihre Kollegen des VEB Wohnungsbau Rostock.[11] Sie hatten bei ihrer Tätigkeit auf Wohnungsbaustellen in Rostock festgestellt, daß vier Mann von ihnen die gleichen Leistungen vollbrachten wie elf Installateure des Rostocker Wohnungsbaubetriebes. Sie sagten deshalb ihren Rostocker Kollegen: „Eure Normen sind nicht ehrlich! Unserer Meinung nach müßtet Ihr für Euer Geld mehr leisten können... wir sehen nicht ein, warum für das gleiche Geld der eine weniger zu arbeiten braucht als der andere... Die einen haben Tricks, sich dicke Brieftaschen zu machen, die anderen haben das Produktionsaufgebot. Das haut doch nicht hin." Die Brigade Porstmann war nach gründlicher Überlegung zu der Überzeugung gelangt, daß es der Ehre eines Arbeiters widerspricht, mit dem „großen Löffel" mehr aus der gemeinsamen Schüssel herauszuholen, als man selbst hineintut, und sie fragte ihre Rostocker Kollegen: „Seid Ihr dafür, die DDR zu stärken, oder wollt Ihr sie mit den überholten Normen weiter ausnehmen?"[12] Sie richtete außerdem an den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bau–Holz im FDGB, Lothar Lindner, und an den Minister für Bauwesen, Ernst Scholz, die Forderung, die unterschiedlichen Normen für gleiche Arbeiten zu beseitigen und für die ganze Republik einheitliche Normen zu schaffen, die

11 Dokument Nr. 82.

12 Neues Deutschland (B) (Berlin), 14. Dezember 1961.

auf den besten Werten beruhen. Damit wurde vor der Arbeiterklasse der DDR ein Problem von prinzipieller Bedeutung aufgeworfen, nämlich die Forderung „Neue Technik – neue Normen" durchzusetzen.

Viele andere Brigaden handelten in ähnlicher Weise. Im VEB Sachsenwerk Niedersedlitz forderte die Schlosserbrigade Walter Fleischer von der Werkleitung, den Produktionsablauf in Ordnung zu bringen und auf sozialistische Weise zu organisieren. Sie selbst hatte nach vielen Auseinandersetzungen und Überwindung mancher falscher Ansichten die Voraussetzung geschaffen, in der gleichen Zeit für das gleiche Geld nicht, wie vordem, 20 Ständer, sondern 31 Ständer für Pumpenmotoren herzustellen, die für die Erdölleitung „Freundschaft" bestimmt waren. Mängel in der Aufschlüsselung des Plans, der Produktionsvorbereitung, der Materialbereitstellung und des innerbetrieblichen Transports hinderten die Brigade jedoch daran, ihre Ziele im Produktionsaufgebot noch schneller zu erreichen. Sie verlangte deshalb, daß für die leitenden Kader des Betriebes und ihre Tätigkeit die gleiche Disziplin gelten muß wie für die Arbeiter.

In allen Betrieben und Industriezweigen der DDR entfaltete sich eine ausgedehnte Diskussion. In Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, Brigadeberatungen und persönlichen Gesprächen setzten sich die besten Kräfte mit den überholten Vorstellungen und Gewohnheiten aus der kapitalistischen Vergangenheit und mit den schädlichen Erscheinungen, die sich in der Zeit der offenen Grenze unter dem Einfluß der imperialistischen Ideologie entwickelt hatten, auseinander. Sie wiesen mit ernsten Worten darauf hin, daß angesichts der Atomaufrüstung der westdeutschen Militaristen kein Arbeiter in der DDR das Recht hat, Urlaub vom Kampf um den Frieden zu nehmen und sich in die bequemere „Etappe" zurückzuziehen. Viele falsche Auffassungen über das Produktionsaufgebot wurden zurückgedrängt oder überwunden, zum Beispiel die, daß es „den Arbeitern nur ans Geld gehe", daß höhere Produktionsergebnisse durch Überstunden erreicht werden sollten, daß es genüge, dem Staat „einige Minuten" von den Normzeiten „zurückzugeben", und ähnliche mehr. Auch der Versuch des Feindes, mit der Behauptung Unruhe und Verwirrung zu stiften, die SED schlage nunmehr einen „harten Kurs" ein, erlitt ein Fiasko.

In dem Kampf für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR hielt die SED unbeirrbar an den Grundsätzen der Arbeit mit den Menschen fest, die in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vor der Volkskammer am 4. Ok-

tober 1960 dargelegt worden waren. Geduldig und beharrlich wurde darum gerungen, daß alle Werktätigen ein ehrliches Verhältnis zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat gewannen. Die konsequente Auseinandersetzung mit falschen oder feindlichen Auffassungen war kein „harter Kurs", sondern der normale Verlauf des Ringens um die weitere, allseitige Festigung der DDR.

Das Leben bestätigte, daß größere politische Klarheit über die Grundfragen des Kampfes um Frieden und Sozialismus zu höheren Produktionsergebnissen führte. Dies fand besonders in den Vorschlägen zur schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität seinen Ausdruck. Die Werktätigen des VEB Zentralwerkstatt Regis aus dem Bereich der VVB Braunkohle Leipzig richteten an ihre VVB das Ersuchen, die im Plan 1962 vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität von 5 Prozent auf 7,5 Prozent festzusetzen; das entsprach einer Planerhöhung in der Warenproduktion um 270 000 DM. Diese Initiative förderte die Massenbewegung zur planmäßigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Das Zentralkomitee der SED faßte die im Jahre 1961 gesammelten Erfahrungen des Produktionsaufgebots zusammen und arbeitete eine Konzeption über dessen Weiterführung im Jahre 1962 aus, die in einem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 21. Februar 1962 niedergelegt wurde. Diese Konzeption war darauf gerichtet, alle Arbeiter und Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz sowie die Werktätigen der Landwirtschaft in das Produktionsaufgebot einzubeziehen. Unter der Losung „Gründlich denken – wirtschaftlich rechnen – technisch verbessern – ehrlich arbeiten" sollte der Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten in den Mittelpunkt dieser patriotischen Massenbewegung gestellt werden. Der Beschluß forderte vor allem dazu auf, die im Plan Neue Technik enthaltenen Aufgaben zu erfüllen.

Dieser Beschluß gab allen Parteiorganisationen, den Gewerkschaften und den staatlichen Organen die grundlegende Orientierung für die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1962, in dessen Plan Neue Technik vorgesehen war, rund 2600 neue Erzeugnisse und etwa 1400 neue Verfahren in die Produktion einzuführen. Die industrielle Bruttoproduktion sollte – gegenüber 1961 – auf 105,8 Prozent erhöht, die Arbeitsproduktivität sollte um 6,4 Prozent gesteigert und die Selbstkosten sollten um 2,2 Prozent gesenkt werden.

Mit Hilfe des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB, der zentralen staatlichen Organe und der VVB Werkzeugmaschinen schufen die Parteiorganisation der SED, die Gewerkschaftsorganisation und die Werkleitung des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt ein Beispiel dafür, wie das Produktionsaufgebot auf höherer Stufe weitergeführt werden konnte.[13] In einer wochenlangen Diskussion wurde mit allen Angehörigen der Belegschaft des Werkes darüber beraten. Die besten Erfolge wurden in denjenigen Brigaden und Abteilungen erzielt, in denen die Mitglieder der SED eine gründliche politische Arbeit leisteten und den parteilosen Kollegen beispielgebend vorangingen. So gelang es beispielsweise den Parteimitgliedern in der Hoblerbrigade, alle Brigademitglieder dafür zu gewinnen, sich zu einer Einsparung von 850 Fertigungsstunden durch technisch-organisatorische Maßnahmen und die Arbeit nach neuen Normen zu verpflichten.

Die Erfahrungen, Vorschläge und Anregungen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz wurden in einem einheitlichen Programm zusammengefaßt, das am 15. März 1962 auf einer Parteiaktivtagung beschlossen wurde. Das Neue dieses Programms bestand darin, daß alle Brigaden und Abteilungen nach einem einheitlichen Plan am Produktionsaufgebot teilnahmen. Das Programm hatte eine kontinuierliche und allseitige Planerfüllung mit dem höchsten ökonomischen Nutzeffekt zum Inhalt und umfaßte alle Seiten des Produktionsprozesses – die Technologie und die Arbeitsorganisation, die Einführung der besten Arbeitsmethoden, zum Beispiel der Mitrofanow-Methode, die Qualifizierung der Arbeiter, Ingenieure und Wirtschaftsfunktionäre und anderes mehr. Das Kernstück dieses Programms bildete die systematische Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechend dem bilanzierten Plan Neue Technik. Dadurch sollte die Arbeitsproduktivität um 12 Prozent gesteigert werden. Das bedeutete, bei gleichbleibender Zahl von Arbeitskräften und einem Steigen des Durchschnittslohnes um 0,55 Prozent 80 leistungsfähige Werkzeugmaschinen mehr als im Jahre 1961 zu produzieren.

Nach dem Vorbild des Programms der Belegschaft des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt entwickelte sich das Produktionsaufgebot 1962 zur Hauptform des Kampfes um die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR. Hunderte andere Be-

[13] Dokument Nr. 89.

triebe der verschiedensten Industriezweige schufen ähnliche Programme, darunter das Wälzlagerwerk „Josef Orlopp" Berlin, das Kabelwerk Berlin-Oberspree, der Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" Wildau, die Neptunwerft Rostock, das Chemiefaserwerk „Wilhelm Pieck" Schwarza. In dem von den Nationalpreisträgern, Neuerern und Aktivisten des VEB Chemische Werke Buna beschlossenen Programm wurde das Ziel gestellt, im Jahre 1962 die Produktion um 9,6 Prozent zu erhöhen und ein Wachstum von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn im Verhältnis von 8 zu 1 zu erreichen. Werkdirektor Nationalpreisträger Professor Johannes Nelles erklärte bei der Annahme dieses Programms: „In seinem tieferen Sinn wirkt das Produktionsprogramm ... darauf hin, ... die Menschen aufzurütteln, ihr Bestes für den Sieg des Sozialismus ... zu geben. Das Produktionsaufgebot ist ein mächtiger Hebel. Deshalb haben wir ihm nicht nur unseren Verstand, sondern auch unser Herz gewidmet, zum Wohle der Volkswirtschaft und im Sinne des Friedens ... [Wir wollen] erreichen, daß alle Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz ihren persönlichen Beitrag dazu leisten. Besonders wichtig ist die schnelle Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Labors und Instituten in die Produktion, damit die Wissenschaft zu einer wahren Produktivkraft wird."[14]

Im Kampf um die Gewinnung aller Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz für das Produktionsaufgebot wurden die Überzeugung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben sowie die Erfüllung der qualitativen und quantitativen Kennziffern des Plans immer mehr zum Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Parteiorganisationen und der leitenden Organe der SED. Die Klärung der historischen Rolle der DDR und der Zukunft Deutschlands erhöhte die Wirksamkeit der politischen Massenarbeit der Partei.

Das Zentralkomitee der SED bemühte sich ferner darum, den Gewerkschaften zu helfen, ihre Arbeit entsprechend den neuen Anforderungen zu verbessern. In einem Brief an den Bundesvorstand des FDGB wies das Zentralkomitee auf die Notwendigkeit hin, die Erläuterung der Perspektive eng mit den täglichen Aufgaben zu verbinden und zu beachten, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität – die Grundfrage des sozialistischen Aufbaus – vor allem von der Förderung der Wissenschaft und der Überführung ihrer Erkenntnisse in die Praxis abhängt. Das erforderte, nicht nur einzelne große Fort-

[14] Neues Deutschland (B) (Berlin), 18. März 1962.

schritte zu erzielen, sondern ebenso eine Vielzahl kleiner Schritte in Tausenden von Brigaden und Abteilungen zu tun. Wörtlich hieß es in diesem Brief: „Wenn zehntausend Dreher die Schneidkeramik richtig anwenden, so ist das für den wirtschaftlichen Aufschwung so wichtig wie die Inbetriebnahme einer weitgehend automatisierten Walzstraße in Brandenburg oder Riesa ... Die Gewerkschaften sind berufen, die schöpferische Aktivität der Werktätigen, insbesondere durch die breite Entfaltung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der Bewegung der Neuerer und Rationalisatoren zu mobilisieren ... Alle Werktätigen zu einem hohen sozialistischen Bewußtsein, zur Arbeitsliebe und Arbeitsdisziplin, zur Wahrung der gesellschaftlichen Interessen zu erziehen und aus dem Kapitalismus übernommene Anschauungen und Moralbegriffe zu überwinden, das ist es, worauf es in der Gewerkschaftsarbeit gegenwärtig ankommt."[15]

Das Produktionsaufgebot erwies sich als der richtige Weg, die politisch-ideologische Erziehung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben enger miteinander zu verbinden. Die schöpferische Initiative der Werktätigen half gleichzeitig, in den leitenden Organen der Wirtschaft einen sachlicheren Arbeitsstil durchzusetzen. Das Produktionsaufgebot war ein wirkungsvoller Schlag gegen den westdeutschen Militarismus. Die Erkenntnis, die in der Losung der Brigade „Otto Krahmann" aus dem VEB Kabelwerk Berlin-Oberspree Ausdruck gefunden hatte, die Militaristen mit Friedenstaten in der Produktion zu schlagen, erfaßte stärker das Bewußtsein der Werktätigen. Sie wurde durch ihre ökonomischen Auswirkungen zu einer gewaltigen materiellen Kraft.

In dem schweren Ringen um die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR erhielten die Werktätigen die brüderliche Unterstützung der Sowjetunion. Am 26. und 27. Februar 1962 fanden in Moskau Zusammenkünfte zwischen dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, statt. Der Meinungsaustausch zeigte die volle Übereinstimmung der Standpunkte der KPdSU und der SED, der Regierungen der UdSSR und der DDR in den Fragen, die mit der deutschen Friedensregelung und anderen internationalen Problemen sowie mit dem weiteren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen zwischen

[15] Ebenda, 10. März 1962.

beiden Staaten zusammenhingen. Diese Beratungen machten alle Spekulationen und Hoffnungen imperialistischer Kreise zunichte, die souveränen Rechte der DDR in den zwischen der UdSSR und den USA geführten Verhandlungen als Schacherobjekt benutzen zu können. Auf Grund der Übereinkunft, den beiderseitigen Warenaustausch zu erhöhen, wurde während der Leipziger Frühjahrsmesse am 5. März 1962 ein Handelsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR unterzeichnet. Darin wurde für das Jahr 1962 ein gegenseitiger Warenaustausch von mehr als 9,3 Milliarden Valuta-DM vereinbart, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 12 Prozent bedeutete. Außerdem gewährte die Sowjetunion der DDR für 1962 einen Warenkredit von 1,3 Milliarden Valuta-DM. Dadurch konnte die DDR schneller die schwierigen Probleme meistern, die mit der Überwindung der ökonomischen Verluste und der Umstellung des Produktionsprofils wichtiger Betriebe und Industriezweige verbunden waren.

An der patriotischen Bewegung zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR nahmen auch die Genossenschaftsbauern und die Werktätigen der volkseigenen Güter tatkräftig teil. Nach dem Eintritt aller Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stand die Mehrheit von ihnen vor der neuen, komplizierten Aufgabe zu lernen, wie die genossenschaftliche sozialistische Großproduktion zu organisieren und zu leiten ist. Dafür waren mehrere Jahre erforderlich. Manche Funktionäre der SED und der staatlichen Organe unterschätzten jedoch die Größe dieser Aufgabe und gaben den jungen LPG nicht die erforderliche Hilfe und Unterstützung. Infolge außerordentlich schlechter Witterungsbedingungen war es im Jahre 1961 zu einer Mißernte gekommen. Die Ernteerträge lagen beträchtlich unter dem Durchschnitt der Vorjahre. Mangel an Futter führte zu einem fühlbaren Rückgang der Viehbestände, wodurch die Versorgung der Bevölkerung erschwert wurde. Zusätzliche, über den Plan hinausgehende Importe von Lebensmitteln und Futtermitteln konnten jedoch nicht vorgenommen werden; sie hätten nur auf Kosten der Akkumulation erfolgen können, in erster Linie der Mittel, die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und für unumgängliche strukturelle Veränderungen der Volkswirtschaft bereitgestellt waren.

Um die Schwierigkeiten zu überwinden, gab es nur den Weg, im Interesse der besseren Versorgung der Bevölkerung die landwirt-

schaftlichen Erträge zu erhöhen. Vor allen Genossenschaftsbauern stand die Aufgabe, die genossenschaftliche Arbeit in den LPG und in den Brigaden gut zu organisieren, die fortgeschrittensten landwirtschaftlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Kenntnisse anzuwenden und die Maschinen voll auszunutzen. Das Zentralkomitee der SED bezeichnete die gute genossenschaftliche Arbeit als Neuland, das erobert werden mußte, um den Wohlstand der Bauern und der gesamten Gesellschaft in der DDR zu erhöhen.

Die Hinweise der Partei stimmten mit den Erfahrungen vieler Genossenschaftsbauern überein. Die Bauern beschäftigten sich gründlicher damit, wie die Produktion und die Arbeitsproduktivität schneller erhöht werden könnten. Auch auf dem Lande entfaltete sich die Diskussion über die historische Rolle der DDR und die Zukunft Deutschlands, über die Perspektiven der LPG sowie jedes Genossenschaftsbauern und seiner Familie. Ein starkes Echo fand der Brief, den der Genossenschaftsbauer Paul Jordan, Vorstandsmitglied in der LPG Perwenitz im Kreis Nauen, zu Beginn des Jahres 1962 an den Genossenschaftsbauern Eduard Wendland im benachbarten Falkenrehde richtete. Paul Jordan wandte sich entschieden gegen die damals weit verbreitete Erscheinung, daß Genossenschaftsbauern, besonders in den LPG des Typs I, auf Kosten der Genossenschaft und des Staates über ihre individuelle Hauswirtschaft zu hohen Einkünften gelangten. Er forderte, mit dieser Art von „Doppelehe" Schluß zu machen. An seinen Berufskollegen Eduard Wendland gewandt, schrieb Paul Jordan: „Du glaubst, mit der persönlichen Hauswirtschaft Dein Glück zu machen. Dabei trübt Dir der augenblickliche Vorteil den Blick für das Morgen. Aber das Morgen ist nicht die individuelle Wirtschaft, die ja bei Dir schon einer kleinen Bauernwirtschaft gleicht, sondern der sozialistische Großbetrieb ... Ehrlich gesagt, ein großer Politiker bin ich nicht, aber eins ist mir klar: Wenn wir schneller vorankommen wollen, geht das nur über die gute genossenschaftliche Arbeit. Und wir müssen schneller vorausschreiten, denn LPG, das ist Sozialismus, und Sozialismus, das ist das Zeichen unserer Zeit."[16]

Aus dem Brief Paul Jordans sprachen die Erfahrung und die Lebensweisheit eines Bauern, der erkannt hatte, daß das Glück des einzelnen und der Gesellschaft nur im Sozialismus möglich ist und nur durch ehrliche Arbeit erreicht werden kann. In einfachen Worten legte Jordan dar, daß nur geerntet werden kann, was gesät worden

16 Ebenda, 6. Januar 1962.

ist, und daß es nicht angängig ist, nur mit der halben Hand in der Genossenschaft zu arbeiten, aber mit zwei Händen zu ernten. Er wies ferner darauf hin, daß keine Genossenschaft auf die tätige Mitarbeit, die langjährigen Erfahrungen, die klugen Ideen und Vorschläge der Bäuerinnen verzichten kann. Vernunft und Bauernehre sowie die Verantwortung der Bauern als Bundesgenossen der Arbeiterklasse gebieten, so betonte Paul Jordan, in allen LPG die gute genossenschaftliche Arbeit zu entwickeln.

Über alle diese Fragen wurde während der Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses in Tausenden von Versammlungen und Aussprachen beraten. Die besten Genossenschaftsbauern nahmen den Kampf gegen rückständige Auffassungen und überlebte Gewohnheiten auf. Durch die offene demokratische Aussprache festigte sich die Einheit der Genossenschaftsbauern und wurde den Machenschaften feindlicher Elemente der Boden entzogen.

Auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß, der vom 9. bis 11. März 1962 in Magdeburg tagte, berieten Tausende Delegierte darüber, wie durch gute genossenschaftliche Arbeit, bessere Organisation und Leitung der LPG, planmäßigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und richtige Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit die Brutto- und die Marktproduktion gesteigert und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden könnten. Die staatlichen Organe wurden verpflichtet, die Initiative der Genossenschaftsbauern mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs umfassend zu fördern.

Gestützt auf die Erfahrungen der fortgeschrittenen LPG des Typs III und des Typs I und auf das Verlangen vieler Genossenschaftsbauern, forderte Walter Ulbricht im Namen des Zentralkomitees der SED und des Staatsrates der DDR vor den Delegierten des Bauernkongresses, daß alle LPG durch gute genossenschaftliche Arbeit ihrer Mitglieder sowie die Einhaltung des Statuts und der Betriebsordnung ihre Rentabilität erreichen müssen. In den zurückliegenden Jahren hatte der Arbeiter-und-Bauern-Staat den LPG und den werktätigen Einzelbauern umfangreiche Subventionen gewährt; sie betrugen von 1950 bis 1961 allein für die technische Ausrüstung der Maschinen-Traktoren-Stationen und der Reparatur-Technischen-Stationen sowie für einen beträchtlichen Teil der Einsatzkosten über zwölf Milliarden DM. Die Hauptlast dieser Ausgaben hatte die Arbeiterklasse getragen. Sie hatte das im Interesse sowohl aller Bauern als auch der Volksernährung und der Festigung der gegenseitigen

Bündnisbeziehungen getan. Diese Unterstützung hatte dazu beigetragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle LPG aus eigener Kraft rentabel werden konnten. Da die staatlichen Subventionen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu hemmen begannen, wurde es notwendig, sie schrittweise abzubauen.

Die Delegierten der Bauern unterstützten diese Stellungnahme des Zentralkomitees der SED und nahmen sie in die Beschlüsse des Kongresses auf.[17] Diese Entscheidung bedeutete, in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu einem echten ökonomischen Rechnungswesen überzugehen und auf diesem Wege die noch vorhandenen Auffassungen und Gewohnheiten zu überwinden, die aus der Privateigentümer-Ideologie herrührten. In der Folgezeit wurde damit begonnen, die staatliche Subventionierung aufzuheben. Statt dessen wurden die Erzeugerpreise für Kartoffeln, Schweinefleisch und Gemüse erhöht und andere Maßnahmen getroffen, die das materielle Interesse der Genossenschaftsbauern an der Steigerung der genossenschaftlichen Produktion verstärkten. Traktoren, Maschinen und andere technische Ausrüstungen für die sozialistische Großproduktion wurden in größerem Umfang an die LPG verkauft, wodurch der Boden und die Technik in einer Hand vereinigt wurden. Das förderte das Interesse der Genossenschaftsbauern, die Technik rationell auszunutzen und die genossenschaftlichen Fonds zu erhöhen.

Hunderte von wissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten aus staatlichen Organen, Leitungen der SED und anderen gesellschaftlichen Organisationen, aus landwirtschaftlichen Hoch- und Fachschulen folgten dem Ruf der SED und der Regierung, in die LPG, vor allem in die der Nordbezirke, zu gehen und dort mitzuhelfen, die Beschlüsse des Bauernkongresses in die Tat umzusetzen. Erfahrene Vorsitzende fortgeschrittener LPG übernahmen die Leitung wirtschaftsschwacher Genossenschaften. Sie bewiesen, daß durch gute Organisation der Arbeit, Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie und konsequente Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit eine bedeutende Steigerung der genossenschaftlichen Produktion erreicht werden kann. Die LPG „Walter Ulbricht" in Dahlen, Kreis Oschatz, deren Vorsitz zu Beginn des Jahres 1962 Johannes Döhler übernahm, lieferte gegenüber dem Vorjahr 200 000 kg Milch und 300 dt Fleisch mehr ab; der Wert der Arbeitseinheit stieg von

[17] Dokument Nr. 88.

2,66 DM auf 14 DM, und außerdem zahlte die LPG einen staatlichen Kredit in Höhe von 362 000 DM zurück.

Nach dem VII. Deutschen Bauernkongreß riefen die Genossenschaftsbauern von Albinshof, Krien und Krusenfelde aus dem Kreis Anklam alle Genossenschaftsbauern der DDR auf, im sozialistischen Wettbewerb hohe Erträge in der Feld- und Viehwirtschaft zu erzielen, die Staatsplanpositionen zu überbieten und die Wirtschaftlichkeit der LPG zu erhöhen.[18] Die Jungviehpflegerin Else Springer aus der LPG Albinshof drückte ihre Gedanken zu diesem Wettbewerb mit den Worten aus: „Unsere erste Bündnispflicht gegenüber den Arbeitern und der ganzen Bevölkerung besteht darin, unseren Volkswirtschaftsplan zu erfüllen und zu überbieten. Je mehr Kartoffeln und Getreide, Milch und Fleisch unsere Genossenschaft durch den Wettbewerb auf den Markt bringt, desto mehr stärken wir unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat, desto mehr festigen wir den Frieden."[19]

Dem Aufruf von Albinshof, Krien und Krusenfelde folgten Tausende landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Der Gedanke, daß gute genossenschaftliche Arbeit und wissenschaftlich-technischer Fortschritt der Schlüssel zur Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität sind und daß damit am besten den persönlichen Interessen und denen der Genossenschaft sowie der Sache des Friedens und des Sozialismus gedient wird, brach sich auf dem Lande immer stärker Bahn. Die Klasse der Genossenschaftsbauern formierte sich immer mehr zu einer sozialistischen Klasse, die gleichberechtigt und voll verantwortlich an der Ausübung der Staatsmacht und an der Entwicklung der Wirtschaft teilnimmt.

Gemeinsam mit der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern trugen auch die Angehörigen der Intelligenz, die Genossenschafts- und die Privathandwerker, die Unternehmer mit staatlicher Beteiligung und Privatunternehmer zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR bei. Professoren und Mitarbeiter der Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der Universitäten und Hochschulen und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen stellten sich besondere Aufgaben, um wichtige Probleme der naturwissenschaftlichen oder medizinischen Forschung, der technischen Neuentwicklung von Geräten und Maschinen oder der Projektierung und Konstruktion schneller zu lösen.

18 Dokument Nr. 93.

19 Neues Deutschland (B) (Berlin), 6. April 1962.

Die parteilosen Ingenieure und Architekten der Brigade Kloß aus dem VEB Energieprojektierung Berlin berichteten darüber im Februar 1962 in einem Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR.[20] In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit Angehörigen anderer Betriebe hatten sie Reserven, die bis dahin nicht genutzt worden waren, aufgedeckt und dadurch am Objekt Heizkraftwerk Dresden-Nossener Brücke 19 Millionen DM Investitionsmittel eingespart. Sie schrieben: „Durch die Projektierung von heute bestimmen wir den Stand der Technik von morgen und tragen damit bei, die Arbeitsproduktivität zu steigern und schneller eine Erhöhung des Wohlstandes unserer Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen. Die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED hat unsere Brigade angeregt, kritisch zu überprüfen, wie wir unseren Anteil zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates erhöhen können... In unserer bisherigen Tätigkeit standen ... häufig technische Probleme und nicht immer der Kampf um den sparsamsten Einsatz der Mittel im Vordergrund. Auch wir in der Projektierung müssen unserem Staat gegenüber ehrlich sein und alle Reserven aufdecken."[21]

Der Aufschwung des Produktionsaufgebots, an dem Millionen Menschen teilnahmen, zeugte von dem hohen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Angehörigen der Intelligenz und der anderen Schichten der Bevölkerung und von ihrem Willen, die DDR zu stärken, ohne Mühen und persönliche Opfer zu scheuen. Darin kamen ihre enge Verbundenheit mit der Politik der SED und der sozialistischen Staatsmacht und ihre eindeutige Entscheidung für den Frieden und die Sache des Sozialismus zum Ausdruck. Die SED hatte richtig gehandelt, als sie bereits vor den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 die Werktätigen aufrief, bei zeitweilig gleichbleibendem Lohn durch besondere Anstrengungen die Produktion und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Praxis bestätigte erneut, daß schwierige Situationen am besten gemeistert werden können, wenn die SED den Arbeitern und den anderen Werktätigen offen die Lage schildert, sich mit ihnen berät und mit ihnen nach Wegen sucht, wie bestehende Schwierigkeiten überwunden werden können. Wie in den vergangenen Jahren, so war auch dieser bedeutsame Wendepunkt in der Geschichte der DDR durch große und neuartige Leistungen der Arbeiter, der technischen Intelligenz und

20 Dokument Nr. 87.

21 Neues Deutschland (B) (Berlin), 21. März 1962.

der Genossenschaftsbauern auf dem Feld der friedlichen Arbeit gekennzeichnet.

Die Entfaltung der Masseninitiative der Werktätigen war untrennbar mit der großen Überzeugungsarbeit verbunden, die von der SED und den anderen Parteien und Massenorganisationen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland geleistet wurde. Durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR und die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 waren günstigere Bedingungen entstanden, das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen und die Wirksamkeit der Ideen des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus zu erhöhen. Zugleich war es erforderlich, allen Bürgern der DDR das Neue der Lage bewußtzumachen und sie für die Lösung der daraus erwachsenden Aufgaben zu gewinnen. Die ideologische Arbeit der SED und aller anderen gesellschaftlichen Kräfte mußte den Menschen helfen, wie Walter Ulbricht in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland" hervorhob, die Grundfragen des Kampfes um den Sieg des Sozialismus in der DDR, um die Sicherung des Friedens in Deutschland und die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes tiefer und allseitiger zu begreifen.[22]

Auf der Grundlage der Darlegungen der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED über das Verhältnis von Sozialismus–Imperialismus und nationaler Frage in Deutschland unterbreitete die 15. Tagung des Zentralkomitees der SED, die vom 21. bis 23. März 1962 stattfand, dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands". Der Nationalrat beriet dieses Dokument auf seiner 11. Tagung am 25. März 1962 und übergab es danach der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin zur Diskussion. Mit dem Nationalen Dokument, das zu den bedeutendsten Proklamationen der SED und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gehörte, wurde eine für lange Zeit gültige politische Grundlage für die Arbeit aller Bürger der DDR geschaffen. An einem Wendepunkt der nationalen Entwicklung Deutschlands wurden in diesem Dokument anhand einer Analyse der letzten einhundert Jahre deutscher Geschichte die Schlußfolgerungen für die künftige Entwicklung der deutschen Nation dargelegt.

22 Dokument Nr. 86.

Das Dokument enthielt eine historisch begründete, unwiderlegbare Anklage gegen die deutsche Bourgeoisie. Getrieben von ihren Profit- und Machtinteressen und unfähig, das Kräfteverhältnis real einzuschätzen, hatte sie das deutsche Volk in zwei verheerende Weltkriege und nationale Katastrophen gestürzt; durch ihre Politik der Revanche und der Kriegsvorbereitung in Westdeutschland beschwor sie die Gefahr herauf, daß das deutsche Volk in das Inferno eines atomaren Vernichtungskrieges gestürzt werde. Die imperialistische Großbourgeoisie war und ist der gefährlichste Feind des deutschen Volkes – der „Hauptfeind im eigenen Land"[23], wie Karl Liebknecht bereits im Jahre 1915 geschrieben hatte. Sie eignete sich die Früchte der Arbeit des Volkes an und mißbrauchte dessen Fleiß und Talent, um Raubkriege gegen andere Völker zu führen. Sie scheute die furchtbarsten Verbrechen nicht, um alle die Kräfte – auch aus den Kreisen der Bourgeoisie selbst – zu unterdrücken, die sich ihrer antinationalen Politik widersetzten.

Das Nationale Dokument bewies andererseits ebenso unwiderlegbar, daß nur die Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen Kräften Anspruch auf die Führung der Nation erheben kann. Sie ist seit ihrem ersten historischen Auftreten als selbständige Klasse stets für die Interessen des ganzen deutschen Volkes eingetreten – für Frieden und Freiheit, Demokratie und nationale Selbstbestimmung, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, Gleichberechtigung und Freundschaft mit allen Völkern; sie hat niemals vor den Feinden des Volkes kapituliert und das Volk verraten. Die Arbeiterklasse hat im Bunde mit den anderen Schichten des Volkes im Osten Deutschlands die DDR, den deutschen Staat des Friedens und des Sozialismus, geschaffen – den rechtmäßigen deutschen Staat, der die Interessen der gesamten Nation vertritt – und ihn unter großen Entbehrungen und Anstrengungen zu einem starken, unbezwingbaren Bollwerk der nationalen Wiedergeburt und des Fortschritts entwickelt. Sie hat bewiesen, daß ein friedlicher Weg zum Sozialismus möglich ist und daß der Sozialismus das wahre Glück für Deutschland darstellt.

Das Nationale Dokument zeigte auch, wie die Gefahr der Entfesselung eines neuen Krieges gebannt und das unerträgliche feind-

[23] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 165.

liche Gegeneinander der beiden deutschen Staaten überwunden werden kann. Die sozialistische Ordnung der DDR und das staatsmonopolistische System der westdeutschen Bundesrepublik können nicht miteinander vereinigt werden, und deshalb ist mit der Existenz von zwei deutschen Staaten für eine längere Zeit zu rechnen. Möglich und notwendig ist es jedoch, zwischen den beiden deutschen Staaten normale Beziehungen und eine sachliche Zusammenarbeit zum Wohle ihrer Bürger auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz herzustellen. Die friedliche Koexistenz nützt allen Menschen, allen Klassen und Schichten, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Um sie durchzusetzen, muß der Einfluß der Kräfte des Monopolkapitals und Militarismus ausgeschaltet werden, die eine Politik der Revanche und der Atomkriegsvorbereitung betreiben.

Die künftige Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist an zwei grundlegende Voraussetzungen geknüpft: an den Sieg des Sozialismus in der DDR einerseits und an die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland andererseits. In der Epoche des Übergangs aller Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus kann Deutschland nur als friedliebender, demokratischer Staat wiedervereinigt werden, der den Weg des Sozialismus beschreitet. Einen anderen, leichteren oder „dritten" Weg zur Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation gibt es nicht. Ihre Zukunft wird nicht von der Größe des Territoriums oder der Zahl der Einwohner der beiden deutschen Staaten bestimmt, sondern davon, welche Stellung jeder dieser beiden Staaten in dem großen geschichtlichen Prozeß einnimmt, wer dem Fortschritt und wer dem Rückschritt dient, wer der rechtmäßige Vertreter der Interessen der ganzen deutschen Nation ist und wer das deutsche Volk mißachtet und verrät.

Der deutsche Staat der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus ist, wie im Nationalen Dokument festgestellt wurde, „das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte", in dem „das Gesicht der Zukunft ganz Deutschlands geformt"[24] wird. In der DDR wurde die unheilvolle Vergangenheit radikal bewältigt, indem die ökonomische und politische Herrschaft des Finanzkapitals beseitigt und damit die Ursachen der Kriege und Krisen, der Arbeitslosigkeit und des Massenelends in den Städten, der Ruinierung der

[24] Das Nationale Dokument. Wortlaut des Dokuments und der Rede des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, auf dem Nationalkongreß. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1962, Nr. 3, S. 31.

Handwerker und Gewerbetreibenden und der Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle für immer ausgemerzt wurden. Mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichte das werktätige Volk sein wahres Selbstbestimmungsrecht und errang seine wichtigste Freiheit – die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Die DDR beweist, daß für die Entwicklung der Nation und des Staates entscheidend ist, welchen Platz der Mensch in der Gesellschaft einnimmt. Die Macht der Arbeiter und Bauern und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sichern allen Werktätigen – den Männern und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen – einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz, eine ständige Verbesserung ihrer Lebenslage und eine friedliche Zukunft. Unter Führung der Arbeiterklasse schufen alle Schichten der Bevölkerung eine Ordnung politischer und sozialer Gerechtigkeit, wie sie von den Großen des deutschen Geisteslebens erstrebt worden ist. Sie erfüllten den Sinn und das geschichtliche Vermächtnis des opferreichen Kampfes, den die Völker der Antihitlerkoalition und die deutschen Antifaschisten gegen die faschistische Barbarei und den Raubkrieg des faschistischen deutschen Imperialismus geführt hatten. Die DDR verkörpert auf allen Gebieten der Politik und des gesellschaftlichen Lebens die echte und einzig mögliche nationale und soziale Alternative zu dem in Westdeutschland herrschenden Imperialismus und Militarismus, zu der Politik des Revanchismus, der Aggression und des Krieges. Sie ist die starke Stütze und Hoffnung für alle friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes auf eine gesicherte, friedliche Zukunft in einem einheitlichen Nationalstaat der Demokratie und des Sozialismus.

„Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."[25] Diese von Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" ausgesprochene Erkenntnis wurde in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Ihre Außenpolitik beruht, im Gegensatz zur imperialistischen Politik der Eroberung, Unterdrückung und Ausplünderung fremder Länder und Völker, auf den Grundsätzen der Demokratie und der Völkerfreundschaft. Die DDR begründete eine durch nichts zu erschütternde Freundschaft und brüderliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjet-

[25] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 479.

union und erfüllte damit das oberste nationale Gebot. Die DDR stellte enge freundschaftliche Beziehungen zu ihren sozialistischen Nachbarstaaten und zu allen Ländern des sozialistischen Weltsystems her. Sie unterstützt den Kampf der demokratischen Nationalstaaten und tritt entschieden gegen jegliche Form der kolonialen Unterdrückung und des Neokolonialismus auf. Zu den kapitalistischen Ländern erstrebt die DDR gute Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.

Die DDR errang durch ihre Friedenspolitik wachsendes internationales Ansehen; sie verkörpert vor der Welt das neue, friedliebende, demokratische und sozialistische Deutschland. Sie erfüllt den geschichtlichen Auftrag, so schloß das Nationale Dokument, „den Frieden zu erhalten, die Geschicke der Nation zum Guten zu wenden und das ganze Deutschland zu neuer Blüte zu führen ...

Niemals mehr soll auf deutschem Boden ein Krieg geführt werden. Niemals mehr soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Niemals mehr sollen andere Völker durch Deutsche leiden. Und niemals mehr soll die Kriegsfurie deutsche Menschen, Städte und Dörfer vernichten. Ganz Deutschland ein reiches und blühendes Land der friedlichen Arbeit! Stolz und Freude für seine Bürger und geachtet unter den Völkern! – Danach zu streben, dafür zu arbeiten und zu kämpfen – das ist die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Bürger und aller friedliebenden Deutschen!“[26]

Die Ideen des Nationalen Dokuments standen im Mittelpunkt einer großen Volksdiskussion, die sich über mehrere Monate erstreckte. An ihr nahmen Millionen Bürger der DDR, die überwiegende Mehrheit aller Erwachsenen und Jugendlichen, teil. Ein solches Interesse für die Fragen der Geschichte und der Zukunft Deutschlands und eine solche politische Anteilnahme an der Erörterung dieser Probleme hatte es noch nie vorher gegeben. Hunderttausende Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz und der anderen Schichten der Bevölkerung, Mitglieder aller Parteien und Parteilose traten in den Aussprachen, Versammlungen und auf den Delegiertenkonferenzen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf. Sie legten dar, daß die Erkenntnisse des Nationalen Dokuments mit ihren eigenen Erfahrungen, mit ihrem persönlichen Schicksal und dem ihrer Familien übereinstimmten.

26 Das Nationale Dokument ... In: Schriftenreihe des Staatsrates der DDR, 1962, Nr. 3, S. 54.

Viele Bürger der DDR, die früher der Großbourgeoisie gefolgt waren, schilderten in ergreifender Weise, wie sie den Weg an die Seite der Arbeiterklasse und in der DDR ihr wahres Vaterland gefunden hatten. So schrieb der Direktor des Instituts für Magnetohydrodynamik und Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nationalpreisträger Professor Max Steenbeck: In der DDR „geht man den einzigen Weg, der in die Zukunft unseres Volkes führt; beim Aufbau der kommenden, der friedlichen, der sozialistischen Welt ohne Überheblichkeit, auch unter Entbehrungen, mitzuarbeiten, damit wir Deutschen uns in der Familie der Völker einen geachteten Platz erwerben und ihn behalten können ... Dieses Streben ist nun, nach langer Entwicklung, der Inhalt meines Begriffs von Vaterlandsliebe; es tut nicht mehr weh, an dieses werdende Deutschland zu denken und daran zu glauben ... Das ehrlichste Bekenntnis ist dann wertlos, wenn es nicht zur Tat führt. Nur ein klares, zielbewußtes Handeln läßt uns die Zukunft verdienen. Den Weg zeigt das Nationale Dokument. Dieser Weg ist mühsam, kostet Entbehrungen, Schweiß und auch wohl Tränen, aber dieser Weg kostet kein Blut, und deswegen führt er in eine lebendige Zukunft. Das zu erkennen und nach dieser Erkenntnis zu handeln, ist jetzt die wichtigste Aufgabe."[27]

Ähnliche Erkenntnisse fanden in den Erklärungen Hunderter anderer Gelehrter und Wissenschaftler ihren Ausdruck, ebenso in den Stellungnahmen von Ärzten und Lehrern, Schriftstellern und Künstlern, früheren Offizieren und Generalen der faschistischen Wehrmacht, Pfarrern und anderen Bürgern. Professor Walter Friedrich faßte die Einsichten in den gesellschaftlichen Auftrag der Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers, zu denen er durch die Erfahrungen seines langen Lebens gelangt war, in den Worten zusammen: „Erstens: So wie die auf Krieg und imperialistisches Machtstreben orientierten Kräfte unfähig sind, die Nation zu führen, so sind sie auch unfähig, der Wissenschaft eine friedliche Perspektive zu geben. Und zweitens: Alle echten humanistischen Bestrebungen und Ideen der deutschen Geschichte und Wissenschaft werden dort legitim fortgesetzt und weiterentwickelt, wo die Sache des Volkes, wo das

27 Ich fand mein Vaterland. Stellungnahmen von Angehörigen der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Dokument des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. In: Jenaer Reden und Schriften. Hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität. N. F., 1962, H. 3, S. 111.

Streben nach Frieden und Sozialismus zur offiziellen Staatspolitik geworden ist, nämlich hier in der Deutschen Demokratischen Republik."[28]

Pfarrer Daniel Pasche aus Apfelstädt im Kreis Erfurt/Land sagte: „Das Nationale Dokument zeigt den Weg in ein wahrhaft glückliches Leben aller Menschen. Offen und freudigen Herzens diesen Weg zu beschreiten, ist die moralische Pflicht eines jeden wahrhaft christlich gesinnten Menschen ... Wir wollen als durch Leid und Erfahrung geläuterte Patrioten mit Taten beweisen, daß sich das deutsche Volk und seine Christen von dem abenteuerlichen Kreuzrittertum abgewandt und den unsterblichen Idealen friedlicher Aufbauarbeit im Rahmen einer direkten Völkergemeinschaft verschrieben haben."[29]

Die Komplementärin Margarete Kittner aus Dresden, zu den ersten Privatunternehmern gehörend, die um staatliche Beteiligung an ihrem Betrieb nachgesucht hatten, erklärte: „Aus eigenem Erleben weiß ich, daß wir als Unternehmer im kapitalistischen Staat Zeiten rücksichtslosen Konkurrenzkampfes ausgeliefert waren. Konkurrenzkampf kennen wir in unserem sozialistischen Staat nicht mehr. Unser Betrieb hat weder Auftrags- noch Absatzschwierigkeiten zu befürchten, und wir erhalten gute Unterstützung von volkseigenen Betrieben und wissenschaftlichen Instituten ... Als Komplementärin des Betriebes und Delegierte zum Nationalkongreß weiß ich um meine große Verantwortung und stehe fest an der Seite der Arbeiterklasse auf dem Boden unserer Republik. Das Nationale Dokument wurde zur Grundlage meiner Leitungstätigkeit als Komplementärin, und es ist auch Richtschnur meines Handelns als Mitglied der LDPD. Deshalb gab ich ... die Verpflichtung ab, den erarbeiteten Gewinnanteil aus dem Produktionsaufgebot der Belegschaft zur Einführung weiterer technischer Maßnahmen zur Verfügung zu stellen."[30]

So vielgestaltig wie die persönlichen Erfahrungen und die Wege, auf denen die Menschen in die sozialistische Gesellschaftsordnung gefunden hatten, so mannigfaltig waren die Ideen, Gedanken und Vorschläge, die sie in der großen Aussprache über das Nationale Dokument zum Ausdruck brachten. Sie alle mündeten in die Erkenntnis, daß nur der Sozialismus imstande ist, eine wahre Menschen-

28 Dokumente Nationalkongreß Berlin Juni 1962. Diskussion, Berlin 1962, S. 152/153.

29 Neues Deutschland (B) (Berlin), 19. April 1962.

30 Ebenda, 10. Juni 1962.

gemeinschaft zu schaffen und Frieden und Glück des Volkes zu sichern. Die Ideen des sozialistischen Patriotismus und der Stolz auf das in schwerer Arbeit geschaffene Werk beflügelten das Produktionsaufgebot in Industrie und Landwirtschaft und in den anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Aus der sich festigenden Erkenntnis der Werktätigen, als Pioniere der deutschen Nation zu handeln, erwuchsen Tausende neuer guter Taten zur ökonomischen, politischen, kulturellen und ideologischen Stärkung der DDR. So berichtete, um nur ein Beispiel zu nennen, der Flächenschleifer Arthur Grau aus dem VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt auf dem Nationalkongreß, daß in seinem Betrieb der bis zum 30. Mai 1962 geplante Nutzen von 425 110 DM nicht nur erreicht, sondern mit mehr als 10 000 DM überboten wurde.

Zehntausende Werktätige faßten während dieser Diskussion über die Zukunft Deutschlands den Entschluß, in den Reihen der marxistisch-leninistischen Vorhut mitzukämpfen. Zu ihnen gehörte Ingenieur Eberhard Bauer aus dem Konstruktionsbüro des VEB Zentralwerkstatt Regis, der seinen Schritt mit den Worten begründete: „In diesem Nationalen Dokument spiegelt sich ein Teil meines Lebens wider. Ich bitte deshalb, weil ich sehe, daß wir unsere Erfolge nur unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erreicht haben und auch nur unter Führung dieser Partei siegen können, um Aufnahme als Kandidat in die SED."[31] Allein in diesem Betrieb baten zwölf Gewerkschaftsfunktionäre um Aufnahme in die SED.

Am 16./17. Juni 1962 tagte in Berlin der Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, an dem über 2300 Delegierte und zahlreiche Gäste aus der DDR, aus Westdeutschland und Westberlin teilnahmen. Sie zogen das Fazit der großen Volksaussprache und beschlossen einmütig das Nationale Dokument als politisches Programm des Kampfes für das neue Deutschland. Die Diskussion auf dem Kongreß ließ erkennen, daß die moralisch-politische Einheit aller Schichten der Bevölkerung der DDR sich auf der Grundlage des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter gefestigt hatte. Die Vertreter aller Klassen und Schichten des Volkes unterstützten die von der DDR verfolgte Politik des Friedens und des Sozialismus, unter ihnen der Bauarbeiter Max Oeser aus dem VEB Ingenieur-Hochbau Berlin, die Genossenschaftsbäuerin Else

31 Kurt König/Rudi Schmidt: Regiser Initiative – Vertrauen zur Partei – Liebe zur Arbeit. Erfahrungen aus dem VEB Zentralwerkstatt Regis, Berlin 1962, S. 16.

Merke aus der LPG Schenkenberg, Kreis Delitzsch, und der Vorsitzende der LPG Rogäsen und Mitglied des Staatsrates der DDR, Karl Rieke, die Wissenschaftler und Professoren Manfred von Ardenne, Walter Friedrich, Rudolf Schick und der aus Westdeutschland in die DDR übergesiedelte Professor Walter Hagemann, der Diplomingenieur Helmut Lück aus dem VEB „S. M. Kirow" Leipzig, die Schriftsteller Willi Bredel und Christa Johannsen, der Chefarzt der Städtischen Krankenanstalt in Perleberg, Hermann Henneberg, der Komplementär Friedrich Werner aus Leipzig, der Jurist Sebastian Freiherr von Stein aus Wismar, der junge Unteroffizier der Nationalen Volksarmee Hans-Günter Schulz, der Vorsitzende des Bundes evangelischer Pfarrer der DDR, Pfarrer Götz Bickelhaupt, und andere.

Im Namen der evangelischen Christen der DDR begrüßte Landesbischof Moritz Mitzenheim den Nationalkongreß. Er erinnerte an die von ihm auf dem 1. Deutschen Volkskongreß im Dezember 1947 erhobene Forderung, einem einheitlichen Deutschland den Frieden zu gewähren, und sagte: „Das Verlangen unseres Volkes nach einem Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung ist heute ebenso stark wie damals. Es handelt sich bei der Frage der Verständigung der Nationen ... um das dringende Anliegen unsres ganzen Volkes ... Die Zeit, da man meinte, die politischen Probleme mit Waffengewalt lösen zu können, sollte für alle Völker vorbei sein ... Möge dieser Kongreß unser Volk auf dem Weg zu einem Friedensvertrag einen Schritt weiterbringen!"[32]

Der Nationalkongreß bewies überzeugend, daß die Arbeiterklasse in der DDR ein großes historisches Werk vollbracht hatte, indem sie Millionen Menschen verschiedenster sozialer Herkunft, Bildung, politischer Überzeugung und Weltanschauung zu einer festen moralisch-politischen Gemeinschaft vereinte. Dazu führte der Präsident des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Erich Correns, in seinem Bericht über die Volksaussprache zum Nationalen Dokument aus: „Unsere Kraft liegt in unserer Einigkeit im Kampf für den Frieden, für den Sozialismus, für das neue Deutschland! Wir wissen aber auch, wem wir diese Einigkeit zu verdanken haben. Es war die Arbeiterklasse, die sich selbstlos und aufopferungsvoll an die Spitze des schweren Kampfes unserer Nation stellte.

[32] Dokumente Nationalkongreß Berlin Juni 1962. Diskussion, S. 30.

Es war die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die deutsche Patrioten aus allen Schichten unseres Volkes in unserer großen nationalen Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeführt und geeint hat."[33]

Am Nationalkongreß nahmen 350 Gäste aus Westdeutschland und Westberlin teil, darunter Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre und Kommunisten, Arbeiter und Angestellte, Bauern und Angehörige des Bürgertums, Frauen und Jugendliche. Ihre Vertreter, die auf dem Nationalkongreß auftraten, forderten einmütig, in Westdeutschland mit der Politik der Revanche und der Atomaufrüstung Schluß zu machen und eine Politik der Verständigung mit der DDR auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Dabei wurde in weit größerem Maße, als es je zuvor der Fall gewesen war, ihr Bestreben sichtbar, sich von den politischen Persönlichkeiten der DDR Rat zu holen, wie diese Aufgabe in Westdeutschland erfüllt werden kann.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPD, Max Reimann, teilte auf dem Nationalkongreß eine alarmierende Tatsache mit: „Die Bonner Ultras ... [sind] seit kurzer Zeit dazu übergegangen ..., auf eigene Faust auf dem Boden Westdeutschlands für ihre eigenen imperialistischen Zwecke Atomwaffen herzustellen ... In der Nähe von Jülich, einem kleinen Ort in der Eifel, haben die westdeutschen Militaristen ein Zentrum zur Herstellung von eigenen Atomwaffen aufgebaut, in dem 1300 Spezialisten zur Herstellung von Atomwaffen arbeiten."[34] Am Aufbau dieses Zentrums zur Produktion von Atomwaffen und entsprechender Trägerwaffen, für das riesige staatliche Mittel ausgegeben wurden, waren der AEG-Konzern, die Degussa, die Nachfolgegesellschaften der IG Farben und der Siemens-Konzern maßgeblich beteiligt. Max Reimann rief die Bevölkerung in der Bundesrepublik auf, „im gemeinsamen Kampf ... den Bonner Kriegstreibern die Atomwaffen aus der Hand zu schlagen, bevor sie ein

33 Dokumente Nationalkongreß Berlin Juni 1962. Beschluß des Nationalkongresses. Das Nationale Programm: Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands. Walter Ulbricht: An alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik! An die ganze deutsche Nation! Prof. Dr. Dr. Erich Correns: Bericht über die große Aussprache zum Nationalen Dokument. Walter Ulbricht: Antwort auf Fragen der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes, Berlin 1962, S. 108.

34 Dokumente Nationalkongreß Berlin Juni 1962. Diskussion, S. 100.

neues unfaßbares Unglück über das deutsche Volk und die Menschheit bringen"[35].

In einer mitreißenden Rede, der die Delegierten immer wieder durch stürmischen Beifall ihre Zustimmung gaben, antwortete der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, auf Lebensfragen des deutschen Volkes. Er begründete, warum der wachsende Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik auf die Entwicklung in ganz Deutschland gesetzmäßig ist: Sie kämpft konsequent gegen die Atomrüstung, für Abrüstung und für einen dauerhaften Frieden und tritt für ein neutrales Deutschland ein. In der DDR hat das Volk die Staatsmacht in Besitz genommen und die sozialistische Demokratie entwickelt, den Grundsatz „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein" verwirklicht und die besten Traditionen der großen deutschen Humanisten und der Klassiker der Literatur und Kunst fortgeführt. Demgegenüber befinden sich die Herrschaft und Politik des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Lebensinteressen des deutschen Volkes und aller friedliebenden Völker der Welt.

„Die Grenze zwischen den beiden Deutschlands", erklärte Walter Ulbricht, *„ist nicht identisch mit den Staatsgrenzen. Die Scheidelinie verläuft vielmehr mitten durch Westdeutschland...* Die einfachen Bürger Westdeutschlands, die Arbeiter, die Angestellten, die Bauern und Handwerker, die Intellektuellen, Wissenschaftler und Künstler, die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die Jungen wie die Alten, die Mütter wie die Kinder – sie alle sind in ihrer großen Mehrzahl... *potentielle Bundesgenossen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger.* Diese unsere potentiellen Bundesgenossen werden sich im Laufe der Zeit und auf Grund eigener Erfahrungen und Erkenntnisse zu echten Bundesgenossen entwickeln. Gemeinschaftliche Lebensinteressen und nationale Interessen verbinden sie mit uns... Sie bleiben sogar unsere potentiellen Bundesgenossen, wenn sie auch heute noch unter dem Einfluß von Betrug und verlogener Propaganda glauben, sich dem deutschen Friedensstaat gegenüber reserviert oder sogar feindlich einstellen zu sollen."[36]

35 Ebenda, S. 101.

36 Walter Ulbricht: Antwort auf Fragen der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes. In: Dokumente Nationalkongreß Berlin Juni 1962. Beschluß des Nationalkongresses..., S. 131/132.

Die Beratungen des Nationalkongresses über die Zukunft Deutschlands, die Sicherung des Friedens und der Existenz der deutschen Nation fanden ein vielfältiges Echo in der internationalen Öffentlichkeit. Sie strahlten, gefördert durch die Arbeit der KPD[37], in starkem Maße auch auf Westdeutschland aus. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik suchten dem durch eine gesteigerte Hetze gegen die DDR entgegenzuwirken, wovon besonders der widerrechtliche Aufenthalt von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 8. Mai und am 17. Juni 1962 in Westberlin und sein Auftreten auf „Frontstadt"-Kundgebungen Zeugnis ablegten. Trotzdem gewannen die Ideen des Nationalen Dokuments in Westdeutschland an Einfluß. Die Ideologen der imperialistischen Großbourgeoisie, darunter zahlreiche reaktionäre Historiker, konnten die Wahrheit dieses Dokuments nicht widerlegen.

Unmittelbar nach dem Nationalkongreß setzte die SED die ideologische Offensive zur Klärung der Grundfragen der deutschen Nation fort. Die 16. Tagung des Zentralkomitees, die vom 26. bis 28. Juni 1962 stattfand, beriet den Entwurf des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unterbreitete ihn der Bevölkerung zur Diskussion. Die Ausarbeitung dieses Entwurfs erfolgte unter unmittelbarer Leitung Walter Ulbrichts. Sie war eine große wissenschaftliche und politische Leistung und regte auch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR zu weiterer fruchtbarer Arbeit an. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde der schwere, opferreiche, aber unaufhaltsam zum Sieg führende Kampf der Arbeiterbewegung in Deutschland – von der Verkündung des Kommunistischen Manifestes durch Karl Marx und Friedrich Engels bis in die Gegenwart – sowie die Entwicklung der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Strategie und Taktik zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung des Sozialismus in gedrängter Form dargelegt und wissenschaftlich verallgemeinert. Damit wurden die im Nationalen Dokument getroffenen Feststellungen, daß nur die Arbeiterklasse das historische Recht auf die Führung der Nation besitzt und daß nur unter ihrer Führung die nationale Frage des deutschen Volkes gelöst werden kann, ausführlicher belegt.

Im Grundriß wurden die Hauptfragen der deutschen Arbeiterbewegung, die von Anfang an ein untrennbarer Bestandteil der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung war, beantwortet,

37 Dokument Nr. 91.

nämlich wie sich die selbständige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse mit einer eigenen wissenschaftlichen Weltanschauung herausbildete und entwickelte, wie sie die Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen gegen Ausbeutung und Unterdrückung führte, wie sie gegen den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse und gegen deren Träger in der Arbeiterbewegung kämpfte. Vor allem wurde gezeigt, wie sich die Partei auf den Kampf um die Macht vorbereitete, wie sie unter den komplizierten Bedingungen in Deutschland die Frage nach dem Weg zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse beantwortete und in einem Teil Deutschlands diese Aufgabe löste. Darin besteht das Grundproblem ihrer Strategie und Taktik, das die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern und der anderen werktätigen Schichten des Volkes einschließt. Durch die Verallgemeinerung der Lehren des mehr als 120jährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei schuf das Zentralkomitee der SED wesentliche Voraussetzungen für die Ausarbeitung des Parteiprogramms.

Die Veröffentlichung des Entwurfs und der Rede, die Walter Ulbricht zu seiner Begründung hielt, fand bei den Werktätigen der DDR ein lebhaftes Echo. Davon zeugte unter anderem die Tatsache, daß der Thesenkommission des Zentralkomitees der SED über 500 Zuschriften, Anfragen und Vorschläge zur Veränderung oder Präzisierung des Entwurfs des Grundrisses zugingen. Die Zahl der Zirkel in Betrieben und Institutionen, in denen Mitglieder der SED und der mit ihr befreundeten Parteien sowie Parteilose die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studierten, nahm zu. Im Verlauf der Diskussion über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung faßte die Erkenntnis noch fester Fuß, daß mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR das Vermächtnis des opferreichen Kampfes vieler Generationen erfüllt und damit das vollendet wird, wofür Millionen von Arbeitern, Menschen des einfachen Volkes, stritten, litten und auch ihr Leben gaben.

In den Lehren des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei für die Verwirklichung ihrer historischen Rolle verschmolzen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu einer organischen Einheit. Die Diskussion war darauf gerichtet, die Bürger der DDR, besonders die Jugend, für die Lösung der schwierigen Aufgaben bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus und

für die weitere Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus zu wappnen. Das Zentralkomitee der SED unterstrich, daß jeder Bürger der DDR, jeder Spezialist – auf welchem Gebiet er auch tätig sein mag – die Geschichte der Klasse kennen muß, die in der DDR an der Spitze des Staates steht und berufen ist, in ganz Deutschland die Macht in ihre Hände zu nehmen.

Zugleich kam es darauf an, auch der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen in Westdeutschland zu helfen, den richtigen Weg zu finden und ihre Kräfte für den Kampf gegen das Monopolkapital und den Militarismus, um die Errichtung einer friedlichen, demokratischen Ordnung zu formieren. Walter Ulbricht hob in seinem Referat auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED hervor: *„Die Arbeiterklasse kann nur zur führenden Kraft in ganz Deutschland werden, wenn sie die Lehren der Geschichte zieht, wenn auch in Westdeutschland die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung erfolgt und im gemeinsamen Kampf sich die Aktionsgemeinschaft entwickelt."*[38] Das Zentralkomitee der SED war unablässig bemüht, die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Kräfte der westdeutschen Arbeiterklasse, besonders in den Gewerkschaften, darauf zu lenken, in Westdeutschland eine selbständige Arbeiterpolitik durchzusetzen und im Kampf um die demokratischen und sozialen Forderungen der Werktätigen den Einfluß der militaristischen Kräfte im Staat, in der Wirtschaft und im geistigen Leben Schritt für Schritt zurückzudrängen.

Die auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED getroffenen Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei und die Klärung solcher Grundfragen wie der Rolle der Arbeiterklasse bei der Führung der Nation, des Klasseninhalts der nationalen Frage in Deutschland und der Verantwortung der DDR für das weitere Geschick der ganzen deutschen Nation waren auch für die Weiterführung der sozialistischen Umwälzung auf ideologischem und kulturellem Gebiet von großer theoretischer und praktischer Bedeutung. Die ökonomische Stärkung der DDR erforderte die ständige und systematische Hebung des Bewußtseins und des kulturellen Niveaus der Werktätigen. Die politisch-ideologische und die kulturelle Arbeit konzentrierten sich immer mehr auf die Formung des Menschen der

[38] Walter Ulbricht: Referat zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". In: Einheit (Berlin), 1962, Sonderheft, S. 3.

sozialistischen Gesellschaft, besonders auf die Erziehung zu einer sozialistischen Arbeitsmoral.

Im Bereich des Volksbildungswesens begann eine gründliche Diskussion über die Verbesserung der fachlichen Bildung und politischen Erziehung der Kinder und der Jugendlichen. Auf der Konferenz des Ministeriums für Volksbildung und des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zum Thema „Pädagogik und Politik", die vom 28. Februar bis 2. März 1962 in Güstrow stattfand, auf der vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut organisierten Konferenz „Schule und Nation", die am 22. und 23. September 1962 in Erfurt tagte, und auf anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen wurde beraten, wie die Arbeitserziehung wirksamer gestaltet werden könnte.

In allen Schulen wurde darüber diskutiert, wie die Gedanken und Erkenntnisse des Nationalen Dokuments im Unterricht anzuwenden waren. Die gemeinsame Verantwortung der Arbeiterklasse und der Lehrer für die sozialistische Erziehung der Jugend verwirklichte sich stärker im Erziehungsprozeß. Dabei standen die staatsbürgerliche Erziehung, die Erziehung zu hoher Lerndisziplin und zu einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit im Mittelpunkt. Zahlreiche Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit leisteten den Schulen wertvolle Hilfe bei der Erfüllung dieser Aufgabe. Das sozialistische Schulwesen kam auf dem Wege zur zehnjährigen Schulausbildung für alle Kinder weiter voran.

An den Hochschulen und Universitäten unternahmen die Professoren, Dozenten und Assistenten, gefördert von den Organisationen der SED, des FDGB und der FDJ, große Anstrengungen, um Forschung und Lehre enger zu verbinden und die Ausbildung der Studenten so umzugestalten, daß sie besser den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus gerecht wurde. An den landwirtschaftlichen Fakultäten beispielsweise wurden erstmals neue Formen der Verbindung von Theorie und Praxis, von Unterricht und landwirtschaftlicher Produktion, verwirklicht.

Nach der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED widmete die Parteiführung der Erwachsenenqualifizierung, insbesondere der Frauen, große Aufmerksamkeit. Es kam darauf an, die auf diesem Gebiet noch vorhandene Zersplitterung zu überwinden und ein System der Qualifizierung zu schaffen, das allen Werktätigen die Möglichkeit geben mußte, ihre Allgemeinbildung und ihr fachliches Wissen zu erhöhen. Das erforderte, die Arbeit der Bildungseinrich-

tungen – der Volkshochschulen, Betriebs- und Dorfakademien – zu koordinieren und deren einheitliche Leitung zu gewährleisten. Die Atmosphäre des Lesens und Lernens wurde in starkem Maße durch das Produktionsaufgebot im Jahre 1962 gefördert.

Dank der Tätigkeit der leitenden Organe der SED, der Gewerkschaften, des Staates und zahlreicher Mitglieder der Künstlerverbände nahm die kulturelle Massenarbeit, vor allem das künstlerische Laienschaffen, einen bedeutenden Aufschwung. Das kam während der 4. Arbeiterfestspiele zum Ausdruck, die vom 9. bis 17. Juni 1962 in Erfurt stattfanden. Das Auftreten der Laienkünstler zeigte das hohe künstlerische Niveau, das viele Volkskunstgruppen erreicht hatten. Die künstlerische Betätigung der Werktätigen wurde zu einem festen Bestandteil der sich herausbildenden sozialistischen deutschen Nationalkultur.

Von großem Einfluß auf die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur in der DDR waren die gemeinsame Tagung des Ministerrats und der Akademie der Künste am 30. März 1962 und der Beschluß der Regierung der DDR „Über die neue Stellung und die nächsten Aufgaben der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin als sozialistische Akademie der DDR". Damit wurde ein neuer Abschnitt der Entwicklung der Akademie der Künste zu einer sozialistischen Akademie eingeleitet. Die Gestaltung des Menschenbildes des Sozialismus wurde zur Hauptaufgabe der Künste. Das Verhältnis des befreiten Menschen zur Arbeit wurde zum bestimmenden Motiv im Schaffen vieler Künstler. Davon legte besonders die am 22. September 1962 in Dresden eröffnete V. Deutsche Kunstausstellung Zeugnis ab. Dieser Wandlungsprozeß war mit vielen Diskussionen über theoretische und ästhetische Probleme und mit dem ideologischen Kampf gegen überholte oder feindliche Auffassungen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Gegenwartsdramatik, über die Rolle der Kunst und die Methoden des künstlerischen Schaffens verbunden.

Die Praxis bestätigte, daß der von der SED gewiesene Bitterfelder Weg der engen Verbindung des Künstlers mit dem Leben der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen richtig war und zu bedeutenden Erfolgen in der künstlerischen Bewältigung der sozialistischen Gegenwart und der großen nationalen Probleme führte. Davon zeugte zum Beispiel der im September 1961 uraufgeführte Fernsehfilm „Gewissen in Aufruhr", der auf Grund seiner hohen künstlerischen Qualität und seiner Parteinahme für die Sache der Nation

und des Fortschritts Millionen Menschen in seinen Bann zog. Die Klärung der entscheidenden nationalen Fragen fand auch in mehreren literarischen Werken gültige Gestaltung, so in den Arbeiten von Franz Fühmann „Das Judenauto", von Günter Hofé „Roter Schnee" und von Max Walter Schulz „Wir sind nicht Staub im Wind".

Gleichzeitig traten andere Schriftsteller, meist aus der jüngeren Generation, mit Werken hervor, in denen die sozialistische Gegenwart in der DDR mit ihren Problemen und Widersprüchen gestaltet wurde, so in Brigitte Reimanns „Ankunft im Alltag" und Joachim Wohlgemuths „Egon und das achte Weltwunder". Eine große Rolle in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit und in der Diskussion um die künstlerische Bewältigung echter Probleme des Aufbaus des Sozialismus spielten der Roman der sowjetischen Schriftstellerin G. J. Nikolajewa „Schlacht unterwegs" und der nach diesem Werk gedrehte Film, der im Frühjahr 1962 in der DDR aufgeführt wurde. Roman und Film gaben den Werktätigen viele neue Impulse für den Kampf zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR.

Die SED und die Regierung der DDR traten beharrlich für eine Verständigung über das friedliche Zusammenleben der beiden deutschen Staaten ein. Nach dem 13. August 1961 waren die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, günstiger geworden. Die Konzeption der herrschenden Kreise Westdeutschlands in der Deutschlandfrage hatte einen totalen Bankrott erlitten und in die Sackgasse geführt. Die jahrelang wiederholten Beteuerungen Konrad Adenauers, durch den Eintritt Westdeutschlands in die NATO und durch die Aufrüstung werde die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeigeführt werden, erwiesen sich als großer Betrug. Aus allen Klassen und Schichten der westdeutschen Bevölkerung wurden Stimmen laut, wenn auch zunächst noch vereinzelt oder nur zögernd, die verlangten, die reale Lage in Deutschland anzuerkennen und die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR neu zu durchdenken und zu regeln.

In richtiger Einschätzung der neuen Lage und der Entwicklungsperspektiven leiteten die SED und die Regierung der DDR neue Maßnahmen ein, die darauf gerichtet waren, die Mehrheit der friedliebenden Bürger Westdeutschlands allmählich für die Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz zu gewinnen. Der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Otto Grotewohl, richtete bereits am 30. November 1961 einen Brief an Bundeskanzler Konrad Aden-

auer, in dem ein Minimalprogramm zur Verständigung der beiden deutschen Staaten über die Sicherung des Friedens unterbreitet wurde.[39] Die Regierung der DDR schlug vor: Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenzen zwischen ihnen zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß für Grenzkonflikte beseitigt wird; sie treten in Verhandlungen über ihre Stellung zum Inhalt eines deutschen Friedensvertrages ein; sie verzichten auf atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte sowie auf die Produktion von Atomwaffen; sie unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO; sie bemühen sich um ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Die Regierung der DDR erklärte sich bereit, auch andere Vorschläge, die der Sicherung des Friedens und der Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienen, zu erörtern.

Die SED, die Regierung der DDR und die Nationale Front des demokratischen Deutschland ließen sich, wie schon vor dem 13. August 1961, auch jetzt durch nichts von ihrer verständigungsbereiten Haltung abbringen, weder durch die Ablehnung ihrer Vorschläge seitens der Adenauer-Regierung noch durch die von den ultrareaktionären Kreisen Westdeutschlands an den Staatsgrenzen der DDR organisierten Provokationen, denen im Frühjahr und im Sommer 1962 die Angehörigen der Grenztruppen der DDR Rudi Arnstadt, Peter Göring und Reinhold Huhn zum Opfer fielen.[40] Die DDR vereitelte entschlossen alle Versuche der westdeutschen Militaristen, die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 rückgängig zu machen und doch noch bewaffnete Konflikte größeren Ausmaßes zu organisieren. Sie trat weiterhin unbeirrt für eine Politik der Abrüstung ein und unterstützte die von der Regierung der Sowjetunion der Genfer 18-Staaten-Konferenz unterbreiteten Abrüstungsvorschläge.[41] Während sich die DDR erneut als starker Staat des Friedens bewährte, wurde der Weltöffentlichkeit noch deutlicher bewußt, daß vom westdeutschen Militarismus die Hauptgefahr für den Frieden in Europa ausgeht. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik gerieten noch stärker in die Isolierung.

Durch die Fortsetzung der aggressiven Politik des westdeutschen

39 Dokument Nr. 79.
40 Dokument Nr. 99.
41 Dokument Nr. 90.

Imperialismus und Militarismus veranlaßt, traf die Regierung in Wahrnehmung der souveränen Rechte der DDR neue Maßnahmen, um die Sicherheit der DDR zu erhöhen und deren Aufgaben als Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages noch wirkungsvoller zu erfüllen. Am 24. Januar 1962 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Damit war die Möglichkeit gegeben, alle wehrfähigen Bürger systematisch militärisch auszubilden. Die allgemeine Wehrpflicht gewährleistete die kontinuierliche Auffüllung der Nationalen Volksarmee und die Schaffung ausreichender Reserven für den Verteidigungsfall. Die einstimmige Annahme des Verteidigungsgesetzes, das bereits im September 1961 beschlossen worden war, und des Wehrpflichtgesetzes durch die Volkskammer zeugte von der Einheit und Geschlossenheit aller politischen Parteien und Massenorganisationen auch in den Fragen der Landesverteidigung. Am 23. August 1962 löste die Sowjetunion die Kommandantur der sowjetischen Armee in Berlin auf. Zum Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR wurde der Generalmajor der Nationalen Volksarmee Helmut Poppe ernannt. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte übernahm ein Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die militärische Befehlsgewalt in Berlin.

Die Politik der DDR, den Kriegsprovokateuren keinen Schritt nachzugeben, ihre eigene Souveränität zuverlässig zu schützen und eine Verständigung über die ungelösten Probleme zu fördern, wirkte sich auch positiv auf die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA aus. Die von der USA-Regierung ursprünglich erhobenen Forderungen, welche die Souveränität der DDR ignorierten, beispielsweise die Forderung, das imperialistische Besatzungsregime auf ganz Berlin auszudehnen, exterritoriale Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durch das Gebiet der DDR einzurichten und anderes mehr, wurden von ihr nach und nach aufgegeben. Die Kennedy-Regierung fand sich zu einer gewissen Anerkennung des Status quo bereit; das bedeutete, die bestehenden Grenzen anzuerkennen und die Souveränität der DDR zu respektieren. Damit hatten die konsequente Friedenspolitik der DDR und die von den Werktätigen im Produktionsaufgebot unternommenen Anstrengungen zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR, die von der Sowjetunion tatkräftig unterstützt wurden, einen sichtbaren internationalen Erfolg errungen.

Die Verschärfung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und die Entwicklung der Krise des Adenauer-Regimes (1961/1962)

1. Die reaktionäre Innen- und aggressive Außenpolitik der vierten Adenauer-Regierung und deren Ursachen

Während sich in der DDR dank den Leistungen der Werktätigen und der Friedenspolitik der Regierung die Stabilität der sozialistischen Ordnung festigte und während das internationale Ansehen der DDR wuchs, verschärften sich in Westdeutschland die Gegensätze zwischen den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Die reaktionären, aggressiven Kreise des westdeutschen Finanzkapitals und Militarismus hielten weiterhin an den Zielen ihrer Revanchepolitik fest. Durch eine abenteuerliche „Flucht nach vorn" wollten sie die Niederlage wettmachen, die sie am 13. August 1961 erlitten hatten, und die erschütterten Positionen des Adenauer-Regimes wieder festigen. Mit dem Koalitionsvertrag, der im Herbst 1961 zwischen der



Verhandlungen zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der ČSSR in Prag, 14. Mai 1962



Versuch zum Einsatz von Schneidkeramiken an Stelle
von Hartmetallplättchen im VEB Berliner Bremsenwerk



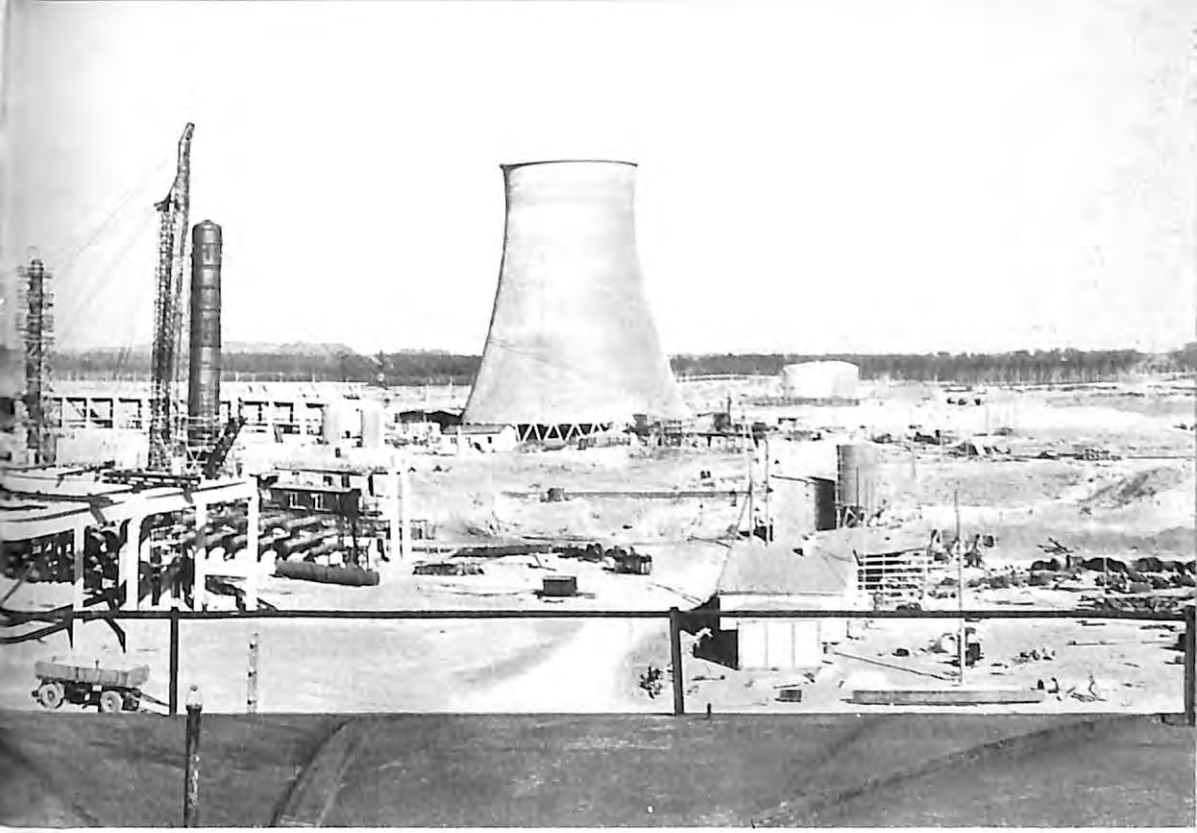
Beratung über die Durchsetzung der Mitrofanow-Methode
im VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke



Der 1. Mai 1962 in Berlin



Die Baustelle des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt



Der Rostocker Überseehafen





Eine Delegation Junger Pioniere begrüßt den Nationalkongreß in der Dynamo-Sporthalle zu Berlin, 17. Juni 1962



V. Pressefest des „Neuen Deutschlands" in Berlin, 3. Juni 1962



Fließreihe im VEB Elektromotorenwerk Wernigerode



Wohnungsbau in Hoyerswerda



Erfahrungsaustausch zwischen Walter Ulbricht
und Mitgliedern der LPG Golzow (Kreis Seelow), 14. Juli 1962



Ostseewoche 1962. Kundgebung in Rostock, 7. Juli 1962

führenden Partei des westdeutschen Imperialismus, der CDU/CSU, und der FDP abgeschlossen worden war, sollten die Differenzen im Lager der imperialistischen Bourgeoisie überbrückt und ihre Kräfte auf die Revanchepolitik konzentriert werden. Die Exponenten des Adenauer-Regimes waren gleichzeitig bestrebt, die SPD und die Gewerkschaften noch stärker dieser Politik unterzuordnen und die Arbeiterbewegung als selbständigen politischen Faktor vollends auszuschalten.

In der ersten Regierungserklärung der nach langwierigem Feilschen gebildeten vierten Adenauer-Regierung[42], die Ende November 1961 durch Vizekanzler Ludwig Erhard im Bundestag verlesen wurde, proklamierte Bundeskanzler Konrad Adenauer die „Stärkung der NATO als das Gebot der Stunde" und forderte vor allem, den „Plan einer NATO-Atomstreitmacht baldmöglichst" zu verwirklichen.[43] Er kündigte die Verlängerung der Wehrpflicht und die umgehende Verabschiedung von Notstandsgesetzen an. Die Adenauer-Regierung wandte sich gegen jede konstruktive Lösung der Deutschland- und Westberlinfrage. Verhandlungen hierüber wurden von der Erfüllung „dreier Grundsätze" abhängig gemacht: die „Sicherheit" der westdeutschen Bundesrepublik dürfe „nicht preisgegeben" werden; alle „bestehenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bindungen" zwischen Westberlin und der Bundesrepublik müßten erhalten bleiben; die Bonner Konzeption der „Wiedervereinigung" – das heißt die faktische Annexion der DDR – müsse anerkannt werden. Die Bevölkerung Westdeutschlands sollte zur Fortführung dieser aggressiven Politik in allen Bereichen des Lebens noch größere Lasten und Opfer auf sich nehmen.[44]

Mit Recht bezeichnete das Zentralkomitee der KPD in einer Stellungnahme vom Dezember 1961 zur Regierungserklärung in Bonn das Programm der vierten Adenauer-Regierung als „außenpolitisch das gefährlichste und innenpolitisch das reaktionärste seit Bestehen der Bundesrepublik", als „eine unverhüllte Kampfansage der Rüstungsmonopole und Militaristen gegen die Arbeiter, die Bauern, gegen die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik"[45]. Das Unbehagen über die

42 Dokument Nr. 78.

43 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), Sonderausgabe, 1961, Nr. 223, S. 2096.

44 Ebenda, S. 2095/2096.

45 Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1961. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1963, S. 684.

Fortsetzung der offensichtlich gescheiterten Politik der Stärke, der Revanche und Kriegsvorbereitung sowie die Empörung über die Mißachtung des Willens der westdeutschen Bevölkerung fand auch in zahlreichen bürgerlichen Zeitungen Westdeutschlands Ausdruck.

Die Adenauer-Regierung verstärkte sofort ihre Bemühungen, auf allen nur geeignet erscheinenden Wegen das Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen zu erhalten oder sich in den Besitz solcher Waffen zu setzen. Nachdem ihre Pläne, die Bundeswehr bereits bis 1961 atomar auszurüsten, gescheitert waren, wollte sie den erlittenen Tempoverlust so schnell wie möglich aufholen. Zu diesem Zweck bot sie den Monopolherren der USA die Bildung einer „Atlantischen Union", einer aggressiven Allianz zwischen den USA und Westdeutschland, an. Nach dem Vorbild der berüchtigten Achse Berlin–Rom sollte eine Achse Bonn–Washington geschaffen werden. Durch ein solches Bündnis wollten sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands der weiteren Unterstützung der ultrareaktionären Kreise in den USA versichern.

Die Adenauer-Regierung hatte seit langem die Auffassung vertreten, daß für das deutsche Volk keine nationalstaatliche Politik mehr möglich sei, und in den Pariser Kriegsverträgen auf wesentliche Souveränitätsrechte verzichtet. Nunmehr erklärte sie, wie Franz-Josef Strauß am 27. November 1961 in einer Rede vor der Georgetown-Universität in Washington ausführte[46], „daß Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen zum Symbol, ... zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschicken"[47]. Auf der Tagung des NATO-Rates im Dezember 1961 in Paris traten Strauß und Außenminister Gerhard Schröder als aktivste Befürworter des amerikanischen Plans zur Schaffung einer vierten Atommacht auf. Strauß forderte Sofortaktionen der NATO in dieser Richtung und die Stationierung taktischer Atomwaffen unmittelbar an den Grenzen der sozialistischen Länder. Über die Verwendung dieser Waffen sollte neben dem Präsidenten der USA jene Regierung entscheiden, deren „Territorium bedroht oder direkt interessiert ist"[48], womit die Regierung der Bundesrepublik gemeint war. Zur gleichen Zeit ließen die führenden Generale der Bundeswehr verlauten, daß ohne den Besitz

[46] Dokument Nr. 80.

[47] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1961, Nr. 224, S. 2100.

[48] NATO, CENTO, SEATO, OAS. Imperialistische Paktsysteme, Berlin 1964, S. 93.

von Atomwaffen nicht daran zu denken sei, daß „Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann“[49].

Auf dieser Tagung des NATO-Rates konnte noch keine Entscheidung über die Bildung einer NATO-Atomstreitmacht herbeigeführt werden. Aber ein halbes Jahr später, auf der NATO-Ratstagung im Mai 1962 in Athen, wurde ein Beschluß über die „nukleare Partnerschaft“ angenommen. Er sah vor, den Staaten der NATO Informationen über USA-Kernwaffen bei der „Verteidigungsplanung“ der NATO zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Kompromißvorschlag, für dessen Annahme sich Strauß und Schröder am eifrigsten einsetzten, machte die USA-Regierung den westdeutschen Militaristen ein gefährliches Zugeständnis. Deren Verlangen, Atomwaffen in die Hände zu bekommen, wurde dadurch nur noch verstärkt. Die Adenauer-Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß sie in dem Plan der „nuklearen Partnerschaft“ nur ein Minimalprogramm sah und auf weitere Schritte drängen werde.

Die Regierung der Bundesrepublik brüskierte bewußt die weltweiten Forderungen nach realen Maßnahmen zur Abrüstung und zur Abwendung der Gefahr eines Atomkrieges. Sie stellte sich gegen die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 4. Dezember 1961 angenommene Resolution, in der ein internationales Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen verlangt wurde. In ihr hieß es, daß die Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, sich verpflichten sollen, „solche Waffen nicht herzustellen und auch nicht auf anderem Wege die Verfügungsgewalt über sie zu erwerben“[50]. Als der von der UN eingesetzte 18-Staaten-Abrüstungsausschuß im Frühjahr 1962 seine Tätigkeit in Genf aufnahm, bemühten sich die westdeutschen Militaristen fieberhaft, Fortschritte auf dem Weg zur Abrüstung und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu sabotieren. An die Adresse der USA-Regierung gewandt, forderte die Adenauer-Regierung in anmaßender Weise, daß mögliche Absprachen zwischen der UdSSR und den USA über das Atomproblem nicht die Frage der Schaffung einer Atomstreitmacht der NATO berühren dürften.

[49] Die atomare Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik – eine akute Gefahr für den Frieden der Welt. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1964, S. 7.

[50] Ebenda, S. 23.

Die Bundesrepublik, die sich zur stärksten ökonomischen und militärischen Macht des Imperialismus in Westeuropa entwickelt hatte, erhöhte die Zahl ihrer Generale und Offiziere in den Stäben und Verbindungsstellen der NATO von 1147 im Jahre 1959 auf 1530 im Jahre 1962, darunter die der Generale von 18 auf 24. Gestützt auf ihren wachsenden Einfluß auf die militärische Planung der NATO, sahen die aggressiven Kräfte Westdeutschlands in der Aufstellung atomarer Streitkräfte der NATO die beste Möglichkeit, am schnellsten die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten.

Aber die Adenauer-Regierung beschränkte sich nicht darauf. Im Verlauf des Jahres 1962 forcierte sie ihre Anstrengungen, die von Frankreich erzielten Ergebnisse der Forschung und Produktion von Atomwaffen und Raketen für die Ziele des westdeutschen Imperialismus auszunutzen. Bundesminister Franz-Josef Strauß betonte im Sommer 1962, daß die Bundesregierung die Verfügungsgewalt über Atomwaffen entweder über eine „europäische Lösung", womit der Zugang zu den französischen Atomwaffen gemeint war, oder mit Hilfe der „atomaren Partnerschaft zwischen NATO und Washington"[51] erlangen wolle. Zu Beginn des Jahres 1963 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle in Paris den „Vertrag über die französisch-deutsche Zusammenarbeit". Mit dem Abschluß dieses Vertrages verfolgten die herrschenden Kreise Westdeutschlands in erster Linie das Ziel, Frankreich enger an ihre Revanchepolitik zu binden, schneller mit über das französische Atomwaffenpotential verfügen zu können und die Achse Bonn–Paris als Mittel der nuklearen Erpressung gegenüber den USA zu benutzen.

Parallel damit beschleunigten die Adenauer-Regierung und die westdeutschen Rüstungsmonopole – der AEG-Konzern, die Nachfolgegesellschaften der IG Farben, der Siemens-Konzern und andere – ihre Vorbereitungen für die Herstellung von Atomwaffen und Raketen in Westdeutschland. Die entsprechenden Maßnahmen wurden von einem staatsmonopolistischen Gremium, der Deutschen Atomkommission, koordiniert, und die dafür bereitgestellten Mittel wurden beträchtlich erhöht.

Das hartnäckige Streben der westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker nach Atomwaffen war auf das engste mit ihrem

51 Kölnische Rundschau, 27. Juni 1962.

erbitterten Kampf gegen Besprechungen zwischen der UdSSR und den USA, besonders über Probleme der deutschen Friedensregelung und der Westberlinfrage, verbunden. Konrad Adenauer bezeichnete die Verhandlungen zwischen beiden Mächten als sinnlos. Die Adenauer-Regierung entfaltete nicht nur eine rege diplomatische Aktivität, um diese Verhandlungen zu sabotieren und die Regierung der USA zu deren Abbruch zu veranlassen; sie unternahm zu diesem Zweck gleichzeitig zahlreiche Provokationen gegen die Staatsgrenzen der DDR. Bundeskanzler Adenauer und verschiedene Minister seiner Regierung kamen in den Monaten Mai, Juni und August 1962 mehrfach widerrechtlich nach Westberlin. Durch ihre Hetze gegen die DDR schufen sie den politischen Boden für Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und andere Diversionsakte, die von Agenten der imperialistischen Geheimdienste und aufgeputschtem Frontstadtmob gegen Grenzsicherungsanlagen und Angehörige der Grenztruppen der DDR verübt wurden.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik verfolgte die Adenauer-Regierung weiterhin den Kurs, die Militarisierung des öffentlichen Lebens zu beschleunigen und die Positionen der militaristischen Kräfte systematisch auszubauen. Bereits im Dezember 1961 beriet sie die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 Monaten auf 18 Monate, die im Februar 1962 vom Bundestag beschlossen wurde und im März in Kraft trat. Die direkten Rüstungsausgaben stiegen 1962 auf 16,5 Milliarden DM an und verschlangen nahezu die gesamte Summe der staatlichen Mehrausgaben gegenüber dem Jahre 1961. Die direkten und indirekten Ausgaben für die Kriegsvorbereitung machten etwa 31 Milliarden DM aus; sie betrugen weit über die Hälfte des mit 53,4 Milliarden DM veranschlagten Bonner Staatshaushaltes für das Jahr 1962. Die Bundeswehr erreichte Ende 1962 eine Stärke von annähernd 400 000 Mann. Im Sommer 1962 begann in den USA die Ausbildung des westdeutschen Stammpersonals für künftige Raketeneinheiten der Bundeswehr, die mit Raketen des Typs „Pershing" ausgerüstet werden sollten. Dieser Typ, der als die modernste Heeresrakete der USA galt und eine Reichweite von 800 Kilometern besitzt, kann Kernsprengladungen mit einer Stärke von 1 bis 1,5 Millionen Tonnen des herkömmlichen Sprengstoffs befördern.

Die beschleunigte Aufrüstung wurde seitens des westdeutschen Staates und der Monopole mit einer neuen Offensive gegen die soziale Lage und die demokratischen Rechte der Werktätigen verbunden. Der

Übergang von der Propaganda des „Wirtschaftswunders" und des „Wohlstands für alle" zur Politik des Maßhaltens bildete die Ergänzung für die geplante Notstandsgesetzgebung. Der erste Schlag in dieser Richtung sollte gegen die Gewerkschaften geführt werden, in denen Staatsapparat und Unternehmerverbände das Haupthindernis für die Durchsetzung ihrer Pläne sahen. Um die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen, richtete die imperialistische Bourgeoisie den Angriff gegen die IG Metall. Sie war die zahlenmäßig stärkste westdeutsche Industriegewerkschaft und innerhalb des DGB die Kraft, die am konsequentesten die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigte.

Das Vorgehen gegen die Gewerkschaften wurde Ende November 1961 von führenden Vertretern der westdeutschen Unternehmerverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, vereinbart. Zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik kündigten die Unternehmerverbände der Metallindustrie die Tarifverträge, um den Metallarbeitern und der IG Metall ihre Bedingungen zu diktieren. Dieser Anschlag stieß auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiter. Allein in Bayern organisierte die IG Metall im Januar 1962 140 Großveranstaltungen. In Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und anderen Städten nahmen weit über 500 000 Arbeiter an Kundgebungen und Demonstrationen teil. In Württemberg-Nordbaden sprachen sich in einer Urabstimmung der IG Metall 90 Prozent der Mitglieder für den Streik aus. In einigen Betrieben Nordrhein-Westfalens wurden befristete Warnstreiks durchgeführt.

Die Kampfentschlossenheit der Arbeiter zwang die Unternehmerverbände zum Nachgeben. Sie mußten eine Lohnerhöhung von sechs Prozent und eine Verlängerung der Urlaubszeit um drei Tage bewilligen. Der wichtigste Erfolg des Kampfes der Metallarbeiter bestand darin, daß sie den Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften abgewehrt hatten. Die imperialistische Bourgeoisie reagierte auf dieses Fiasko ihrer Pläne mit neuen, massiveren Vorstößen. Im Namen der Adenauer-Regierung forderte Vizekanzler und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard[52] – der kurz zuvor behauptet hatte, in Westdeutschland sei vom Kapitalismus nichts anderes übriggeblieben als der Name – die westdeutschen Werktätigen in ultimativer Form zum „Maßhalten" auf. Indem er die berechtigten Forderungen auf Er-

[52] Dokument Nr. 92.

höhung der Löhne und Gehälter als „Entartungserscheinungen" bezeichnete, drohte er den Gewerkschaften zugleich, daß die Regierung im Falle weiterer Lohnforderungen eine „zuchtvolle Ordnung" einführen werde.[53]

Der Übergang zur Politik des Maßhaltens war nicht nur von dem Bestreben der herrschenden Kreise Westdeutschlands diktiert, die Lasten der wachsenden Aufrüstung auf die Schultern der Arbeiterklasse, der Bauern und der anderen Schichten der Bevölkerung abzuwälzen, sondern es waren auch ökonomische Gründe dafür maßgebend. Die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus hatte am Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre zu einer beträchtlichen Verschärfung des Konkurrenzkampfes sowohl zwischen den imperialistischen Mächten als auch den Monopolgruppen geführt. Der Anteil der USA an der Produktion und am Außenhandel des imperialistischen Lagers war immer mehr zurückgegangen. In dem noch imperialistischen Teil Europas hatte Westdeutschland Großbritannien auf ökonomischem Gebiet überflügelt und war an die erste Stelle gerückt; innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nahmen die westdeutschen Monopole die dominierende Stellung ein. Infolge der Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche innerhalb der imperialistischen Welt geriet die NATO in eine Krise. Die monatelangen Verhandlungen der Außenminister der EWG-Staaten über die Bildung einer Europa-Union, die als politische Organisation den „Gemeinsamen Markt" ergänzen sollte, endeten im Frühjahr 1962 ergebnislos. Ebenso scheiterten, vor allem am Widerstand Frankreichs und an der Haltung der Bundesrepublik, die sich über ein Jahr hinziehenden Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Zur gleichen Zeit setzte in Westdeutschland ein fühlbarer Rückgang der Steigerung der Industrieproduktion ein. Die Wachstumsrate der industriellen Produktion, die im Jahre 1960 noch etwas über 11 Prozent betragen hatte, sank 1961 auf 5,1 Prozent und 1962 weiter auf 4,5 Prozent, wobei innerhalb der einzelnen Industriezweige große Unterschiede zu verzeichnen waren.

In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus wirkte innerhalb der imperialistischen Welt das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder mit größerer Intensität denn je. Der westdeutsche Imperialismus blieb auch weiterhin vom USA-Imperialismus abhängig.

53 Das Parlament (Bonn), 11. April 1962.

Er hatte jedoch ein solches Eigengewicht erlangt, daß die USA bei der Durchführung ihrer imperialistischen Politik, vor allem in bezug auf die europäischen Probleme, auf seine Interessen und Forderungen Rücksicht nehmen mußten. Der Machtbereich der imperialistischen Bourgeoisie Westdeutschlands, die ihre vor dem zweiten Weltkrieg innegehabten Positionen zum Teil zurückerobert hatte, wurde durch das Entstehen der DDR und des gesamten sozialistischen Weltsystems beträchtlich eingeengt. Der traditionelle Widerspruch zwischen der ökonomischen Macht des deutschen Imperialismus und dessen begrenztem Einfluß auf die Weltpolitik bildete sich noch schärfer aus und bestimmte die wachsende Aggressivität der imperialistischen westdeutschen Politik nach innen und außen.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands waren bestrebt, der Niederlage vom 13. August 1961, dem wachsenden Einfluß der DDR sowie den Veränderungen des ökonomischen, politischen und militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Welt einerseits und andererseits im imperialistischen Lager selbst auf ihre Weise zu begegnen. Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, das sich in den fünfziger Jahren endgültig herausgebildet hatte und in dem die Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Gewalt- und Lenkungsapparat verschmolzen ist, erreichte eine neue Stufe. Zu Beherrschern dieses Apparates wurden etwa 100 der mächtigsten Monopol- und Bankherren, die durch vielfältige Mittel und Methoden die Wirtschaft, den Staat und das gesamte gesellschaftliche Leben den Interessen der größten Monopole unterwarfen. Neben ihnen wurden die Unternehmerverbände, geführt vom Bundesverband der Deutschen Industrie, zum wichtigsten Instrument der Beherrschung des Staatsapparates durch das Finanzkapital. Die Unternehmerverbände schufen sich einen weitverzweigten, territorial und fachlich gegliederten Apparat mit mehr als 5000 Büros, in denen etwa 30 000 Angestellte beschäftigt wurden. Der Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems führte zur weiteren Einschränkung und Aushöhlung der Befugnisse der parlamentarischen Körperschaften – vom Bundestag bis zu den Gemeinden – und anderer demokratischer Einrichtungen sowie der Rechte der Werktätigen.

Die Herren der großen Monopole und Banken waren entschlossen, wie aus einer Stellungnahme des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hans-Constantin Paulssen, vom

August 1962 deutlich wurde[54], alle Machtmittel des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems einzusetzen, um die Lasten der Aufrüstung und des verschärften imperialistischen Konkurrenzkampfes den Werktätigen aufzubürden und zugleich ihre Profite weiter zu erhöhen. Unter Ausnutzung der Staatsmacht strichen sie riesige Überprofite ein. Sie nutzten den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in ihrem Interesse aus und eigneten sich an, was des Volkes Hände schufen. Im Jahre 1962 wurden etwa 127 Milliarden DM, das war nahezu die Hälfte des Nationaleinkommens, durch den Staatsapparat zugunsten der Monopole umverteilt. Die Profite der 50 größten westdeutschen Aktiengesellschaften stiegen von 1950 bis 1962 auf fast das Siebenfache, wobei jährliche Steigerungsraten von 30 bis 40 Prozent keine Seltenheit darstellten. Demgegenüber sank der Anteil der Arbeiterklasse am Nationaleinkommen von etwa 46 Prozent im Jahre 1950 auf weniger als ein Drittel im Jahre 1963; ihr Anteil an der westdeutschen Bevölkerung machte jedoch nahezu 80 Prozent aus. Das Vermögen von 8759 westdeutschen Millionären wurde 1962 auf 32 Milliarden DM geschätzt. Die Nachfolgegesellschaften der IG Farben schütteten – bei einem geschätzten Vermögen von 13 bis 15 Milliarden DM – in den Jahren von 1960 bis 1962 die Summe von 1057 Millionen DM an Dividenden aus. Der Kriegsverbrecher Friedrich Flick, dessen Vermögen steuermäßig auf 1,6 Milliarden DM veranschlagt wurde, bezog 1962 allein von der Daimler-Benz-AG 20 Millionen DM an Dividenden; das entsprach dem Jahreslohn von mehr als 3000 Arbeitern der Autoindustrie, die 1961 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 3,28 DM erhielten.

Die Produktionsverhältnisse und Herrschaftsbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland bildeten die gesellschaftliche Grundlage, die direkte Wurzel der von der Adenauer-Regierung forcierten Aufrüstung und der Revanchepolitik sowie des Übergangs zur Politik des Maßhaltens. Die großen Monopole, besonders die Rüstungsmonopole, waren die Einpeitscher des Strebens nach Atomwaffen, der Schaffung einer Notstandsdiktatur und des Abbaus der sozialen Errungenschaften der Werktätigen. Bestrebt, für die Niederlage im zweiten Weltkrieg Revanche zu nehmen und dessen Resultate rückgängig zu machen, vor allem die DDR zu beseitigen, wehrte sich das westdeutsche Finanzkapital gegen jede Verständigung mit der DDR. Es betrachtete den Besitz von Atomwaffen zugleich als

[54] Dokument Nr. 100.

Mittel, eine seiner ökonomischen und militärischen Stärke entsprechende Neuaufteilung der Macht- und Einflußsphären in der Welt zu erzwingen.

Die Fortsetzung der aggressiven Revanchepolitik führte das Adenauer-Regime immer tiefer in die Sackgasse und förderte seine außenpolitische Isolierung. Diese Politik geriet zwangsläufig in Widerspruch zu den Interessen der übrigen imperialistischen Mächte. In den letzten Monaten des Jahres 1961 und im ersten Halbjahr 1962 traten die Differenzen zwischen der Adenauer-Regierung einerseits und Großbritannien und den USA andererseits offen zutage. Führende Kreise der Großbourgeoisie dieser Staaten schätzten das internationale Kräfteverhältnis und die Lage in Deutschland realer ein. Sie waren nicht bereit, sich wegen der Revancheziele der Adenauer-Regierung in militärische Konflikte und in einen verheerenden Atomkrieg zerren zu lassen, und noch weniger waren die Völker in den kapitalistischen Ländern bereit, dafür ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.

Während Bundeskanzler Konrad Adenauer und die hinter ihm stehenden Kräfte weiterhin den Kurs „am Rande des Krieges" steuerten, entwickelten die regierenden Kreise der USA im Interesse ihrer imperialistischen Ziele neue Vorstellungen einer „Politik der Zusammenarbeit und des Konfliktes". Angesichts des Verlustes des Kernwaffenmonopols und der Gefahr, daß die USA im Falle eines Atomkrieges selbst verwüstet würden, sah sich die Kennedy-Regierung gezwungen, auf die Vorschläge der Sowjetunion zur Regelung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen einzugehen. Im Gegensatz zu Adenauer, der solche Verhandlungen als sinnlos und schädlich bezeichnete, betonte der Präsident der USA, John F. Kennedy, daß seine Regierung alles daransetzen wolle, Wege zu finden, wie die beiden Weltlager miteinander leben könnten, ohne sich gegenseitig zu zerstören. Unter diesen Bedingungen mußte die Regierung der USA nach dem 13. August 1961 auch die Existenz und die Grenzen der DDR respektieren. Das offene Aufbrechen der Differenzen zwischen der Bundesrepublik und den USA versetzte dem Adenauer-Regime einen empfindlichen Schlag. Die Hoffnung der westdeutschen Monopolherren und Militaristen, im Bündnis mit den USA ihre Revanchekonzeption durchsetzen zu können, erwies sich als Fehlspekulation.

Noch schmählicher scheiterte das Vorhaben der Adenauer-Regierung, die Sowjetunion dazu zu bewegen, die DDR preiszugeben und sie den westdeutschen Monopolherren auszuliefern. Hatte schon der

13. August 1961 keinen Zweifel daran gelassen, daß die UdSSR stets ein treuer und zuverlässiger Verbündeter der DDR ist, so wurde dieser Standpunkt von der Sowjetregierung am Ende des Jahres 1961 noch einmal nachdrücklich bekräftigt. In einem Memorandum, das dem westdeutschen Botschafter in Moskau, Hans Kroll, übergeben wurde, betonte die Regierung der UdSSR: „Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik ist... der Ansicht, die Sowjetunion müsse ihr helfen, bestimmte Pläne im Hinblick auf die DDR zu verwirklichen. Man soll keine Illusionen hegen, die Sowjetunion hat nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen. Unsere Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik können natürlich auf der Grundlage der Berücksichtigung und Achtung der gegenseitigen Interessen beruhen, aber keinesfalls zum Nachteil und auf Kosten irgendwelcher anderer Staaten."[55] Die Sowjetregierung warnte die Regierung der Bundesrepublik eindringlich vor der Fortsetzung des Kurses der Revanche und Atomaufrüstung und unterstrich, daß die wahren Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands, auch der Bourgeoisie, gebieten, sich in den Beziehungen zur UdSSR, zur DDR und zu den anderen sozialistischen Staaten von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen.

Die Adenauer-Regierung behauptete, die Regierung der UdSSR sage in ihrem Memorandum „nichts Neues" und wolle nur einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die Westmächte treiben. Sie beteuerte wiederum ihre friedfertigen Absichten. Als ihr Sprecher lehnte der Bundesminister Heinrich Krone die Herstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz auch weiterhin ab.[56] In der westdeutschen Öffentlichkeit aber fand die Erklärung der Sowjetregierung starken Widerhall. Sie förderte, wie das Zentralkomitee der KPD in einer Stellungnahme vom Januar 1962 betonte[57], den Prozeß des Umdenkens, der in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung nach dem 13. August 1961 eingesetzt hatte. Die blindwütige Fortsetzung der Politik der Atomaufrüstung und der Revanche durch die Adenauer-Regierung sowie deren Auftreten gegen Verhandlungen zur Minderung der Spannungen verstärkten die Stimmungen der Unsicherheit, Unzufriedenheit und Unruhe in Westdeutschland.

55 Neues Deutschland (B) (Berlin), 11. Januar 1962.
56 Dokument Nr. 85.
57 Dokument Nr. 84.

Dieser Prozeß bewirkte, daß Ende 1961/Anfang 1962 offen der Konflikt zwischen den verschiedenen Konzeptionen innerhalb der westdeutschen Bourgeoisie aufbrach. Im Unterschied zu den an der Macht befindlichen Kräften, die durch Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Franz-Josef Strauß und andere repräsentiert wurden, setzte sich bei realer urteilenden Kräften der Großbourgeoisie die Erkenntnis durch, daß die Bundesrepublik auf die Dauer nicht werde umhin können, die Rechnung des zweiten Weltkrieges zu bezahlen und die in seinem Gefolge entstandenen Veränderungen anzuerkennen. Diese Kreise der westdeutschen Bourgeoisie wollten ihre imperialistischen Interessen auf einem anderen Wege durchsetzen. Sie wandten sich gegen eine Politik, die zum sicheren Untergang Westdeutschlands führen mußte; als ihre Sprecher traten der Vizepräsident des Bundestages Thomas Dehler, der westdeutsche Botschafter in Moskau, Hans Kroll, und andere auf.

Kroll erörterte Ende 1961 in Gesprächen mit Vertretern der Sowjetregierung Möglichkeiten einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Seine durch lange politische Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse faßte er in den Worten zusammen: „Historisch gesehen, sind die beiden Länder gut miteinander gefahren, wenn sie gute Beziehungen hatten. Wir werden nicht zu dauernden Entspannungen und Frieden kommen ohne grundlegende Verständigung mit der größten östlichen Kontinentalmacht."[58] Kroll brachte die Meinung jener Kreise der westdeutschen Großbourgeoisie zum Ausdruck, die nicht an der Verschärfung der Spannungen und noch weniger an einem Atomkrieg, dafür aber an der Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten interessiert waren.

Ende Februar 1962 wurde in Westdeutschland eine Denkschrift bekannt, mit der sich acht namhafte evangelische Persönlichkeiten bereits im November 1961 an alle Fraktionen des westdeutschen Bundestages gewandt hatten. Zu den Unterzeichnern dieses als „Tübinger Memorandum" bekannt gewordenen Dokuments gehörten der Intendant des Westdeutschen Rundfunks in Köln, Klaus von Bismarck, sowie die Wissenschaftler Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker. Die Verfasser der Denkschrift, die sich ausdrücklich zur Bundesrepublik bekannten,

[58] Freie Presse (Bielefeld), 21. Februar 1962.

wandten sich gegen die sterile und gefährliche Politik der Bundesregierung gegenüber den sozialistischen Ländern und gegen die Atombewaffnung der westdeutschen Armee und forderten die öffentliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Aus ihrem Dokument wurde ersichtlich, daß sie die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auch in Deutschland für notwendig hielten.

In der Diskussion über das Ende der „Ära Adenauer" und den künftigen Weg der Bundesrepublik trat der der FDP angehörende Vizepräsident des Bundestages Thomas Dehler mehrfach mit einer vernichtenden Kritik an der bisherigen Politik der Adenauer-Regierung auf. Er warf ihr vor, keine deutsche Politik zu betreiben und in der Vergangenheit einige günstige Chancen zur deutschen Wiedervereinigung ausgeschlagen zu haben. Dehler verlangte, den seit Jahrzehnten gegen die Sowjetunion geführten kalten und heißen Krieg zu beenden, die bestehenden Grenzen, die ohnehin nicht geändert werden könnten, anzuerkennen und Verhandlungen sowohl mit der Sowjetunion als auch mit der DDR aufzunehmen.

Die Meinungsverschiedenheiten in der westdeutschen Großbourgeoisie spiegelten letztlich den tiefen Gegensatz zwischen den Interessen der friedliebenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und den egoistischen Klasseninteressen der herrschenden Kreise des Finanzkapitals wider. Sie erfaßten alle Parteien, alle Klassen und Schichten in Westdeutschland. Während die SED und die Regierung der DDR die von nationaler Verantwortung getragenen Bestrebungen begrüßten und zu fördern bestrebt waren, scheute die Adenauer-Regierung kein Mittel, die Stimmen der Vernunft zu unterdrücken. Gegen Dehler, Kroll, die Tübinger Acht und andere Persönlichkeiten wurde eine öffentliche Kampagne der Verleumdung und des Rufmords entfacht. Besonders wütend traten die Führer der Revanchistenverbände gegen die Verfechter einer Politik der friedlichen Koexistenz auf.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands und Bundeskanzler Konrad Adenauer wiesen offiziell alle Gedanken an eine Anerkennung der DDR oder an Verhandlungen mit ihr schroff zurück und diffamierten sie als „Verrat" an den Interessen der Bundesrepublik. Dennoch sah sich angesichts der veränderten Lage selbst Adenauer veranlaßt, durch einen bevollmächtigten Vertreter politische Kontakte zur Regierung der DDR aufzunehmen. Im Verlauf mehrerer Ge-

spräche, die in der Zeit vom August bis Oktober 1962 stattfanden, ließ Adenauer mitteilen, daß er und die westdeutsche Regierung von der Bereitschaft der Regierung der DDR, zu einer echten Entspannung zu gelangen, überzeugt seien. Die westdeutsche Regierung wolle die Verhandlungen hierüber so schnell wie möglich zu einem positiven Ergebnis führen und sei bereit, auch Probleme zu erörtern, die bisher als „völlig tabu" gegolten hätten. Wie ernst es Adenauer mit diesen Beteuerungen meinte, erwies sich, als im Zusammenhang mit der Krise im karibischen Raum diese verbindlichen Besprechungen von westdeutscher Seite – zum Bedauern der Regierung der DDR – abgebrochen wurden, ohne zu einem greifbaren Resultat geführt zu haben.

2. Das Anwachsen des Widerstandes gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung und die Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands im Jahre 1962

Die Verschärfung der Widersprüche zwischen dem Streben nach Atomwaffen und der Revanchepolitik der Adenauer-Regierung und den Interessen der westdeutschen Bevölkerung kam auch deutlich in der Ostermarsch-Bewegung der Atomwaffengegner zum Ausdruck, die im Jahre 1962 einen weiteren Aufschwung nahm. Bereits während der Vorbereitung der Ostermärsche fanden in Westdeutschland im Verlaufe von drei Monaten über 400 Veranstaltungen der Atomwaffengegner statt. In einem vom Kuratorium für den Ostermarsch erlassenen Aufruf wurde die sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche, der Verzicht auf die weitere Produktion von Kernwaffen, die allgemeine, kontrollierte Abrüstung sowie die Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen gefordert und festgestellt: „Gerade die Situation in Deutschland zwingt uns zu höchster Aktivität. Das Verlangen nach Atomwaffen für die Bundesrepublik erhöht entscheidend die weltpolitische Spannung und die Gefahr eines nuklearen Krieges. Wir fordern deshalb für Deutschland: Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland; Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium; Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa."[59] Dieser Aufruf war

[59] Deutsche Volkszeitung (Düsseldorf), 20. April 1962.

unter anderen von den Schriftstellern Stefan Andres, Robert Jungk und Erich Kästner, den Theologen Professor Helmut Gollwitzer, Professor Johann Ude und Professor Ernst Wolf, dem Bundesvorsitzenden der Naturfreundejugend, Herbert Faller, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der SPD Professor Fritz Wenzel sowie dem Philosophen und Repräsentanten der englischen Atomwaffengegner Earl Bertrand Russell unterzeichnet.

Trotz aller Verbote, Drohungen und Einschüchterungsversuche des Staatsapparates und der Regierungsparteien und obwohl auch verschiedene Führer der SPD und des DGB dagegen auftraten, nahmen etwa 15 000 Personen, davon 80 Prozent Jugendliche, an den Ostermärschen teil; das war die doppelte Anzahl als im Vorjahr. Vielen der Züge, vor allem im Ruhrgebiet, schlossen sich von den Monopolen angeworbene ausländische „Gastarbeiter" an. An den Abschlußkundgebungen beteiligten sich annähernd 50 000 Menschen. Auf die Versuche der reaktionären Kräfte, durch antikommunistische Hetze die Menschen von der Teilnahme an den Ostermärschen abzuhalten, antworteten viele Redner auf diesen Kundgebungen, zum Beispiel der Schriftsteller Robert Jungk, daß es um „Leben und Tod, nicht um Kommunismus oder Nichtkommunismus" gehe.[60] In einem Offenen Brief hatte der Pfarrer Gottfried Wandersleb gegen eine „Warnung" des CDU-Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Josef-Hermann Dufhues, Stellung genommen. Wandersleb bezeichnete den Antikommunismus als eine „in der Bundesrepublik grassierende Seuche" und betonte: „Der gemeinsame Feind aller Menschen in West und Ost ist der Krieg, sein bester und zuverlässigster Helfer mindestens seit 1918 der Antikommunismus."[61] Angesichts der Gefahren, die aus der Atomaufrüstung erwuchsen, gewann die Erkenntnis an Boden, daß der gemeinsame Kampf aller am Frieden interessierten Menschen notwendig ist, um einen Atomkrieg zu verhindern.

Eine Woche nach den Ostermärschen demonstrierten Hunderttausende Arbeiter und Angestellte in den westdeutschen Städten anläßlich der Kundgebungen zum 1. Mai gegen Atomrüstung, gegen Notstandsgesetzgebung und für soziale Sicherheit. Der Bundesvorstand des DGB hatte die Kundgebungen unter die Losung „Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!"

60 Zit. nach: Hellmuth Kolbe: Ihr Weg von Godesberg bis Köln. Betrachtungen zur Politik der rechten SPD-Führung, Berlin 1962, S. 30.

61 Ebenda.

gestellt. In vielen Städten lauteten die von den Arbeitern gewählten Losungen, die sie auf Transparenten mitführten: „Keine Atomwaffen für die Bundeswehr!", „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie!", „Keine Moneten für Strauß-Raketen!" Auf die „Maßhalte"-Forderung des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard antworteten die Arbeiter: „Heute maßhalten – morgen maulhalten", „Maßhalten muß der kleine Mann, an die Großen geht Erhard nicht ran!" In einigen Städten protestierten Kundgebungsteilnehmer energisch gegen antikommunistische Ausfälle der Redner. Die Maikundgebungen zeigten, daß in der Arbeiterklasse die Entschlossenheit zum Kampf für die Sicherung des Friedens, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und für die sozialen Forderungen wuchs.

Zum erstenmal seit vielen Jahren entwickelte sich 1962 in Westdeutschland eine beachtliche Protestbewegung unter der Bauernschaft gegen die bauernfeindliche Politik der Regierung. Das Finanzkapital, das in den Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik bereits Hunderttausende Bauern von ihrem Boden vertrieben hatte, wollte im Interesse der Durchsetzung seiner ökonomischen und politischen Ziele innerhalb der EWG im Verlauf der folgenden Jahre die Existenz weiterer 800 000 bis 900 000 bäuerlicher Wirtschaften vernichten. Als im Sommer 1962 neue, von der EWG beschlossene Marktverordnungen in Kraft traten, die die Absatzbedingungen für die westdeutschen Bauern erschwerten, setzten sich mehrfach Bauern gegen ihre vom Staat organisierte Ruinierung zur Wehr. Am 15. August 1962 demonstrierten Hunderte von Bauern des Krummhörner Gebiets in Ostfriesland unter schwarzen Fahnen auf dem Marktplatz von Pewsum, um ihren Protest gegen die Agrarpolitik der Adenauer-Regierung kundzutun. Ähnliche Aktionen fanden in den folgenden Monaten in Göttingen, Lüneburg, Osnabrück und Rodenkirchen/Wesermarsch statt, an denen sich mehr als 20 000 Bauern beteiligten. Diese Protestbewegung, die sich indirekt auch gegen die Rüstungspolitik richtete, machte deutlich, daß sich in Westdeutschland neue, günstigere Möglichkeiten für die Schaffung einer gemeinsamen Kampffront zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft eröffneten.

Die Fortsetzung der Revanchepolitik auch unter den nach dem 13. August 1961 ungünstiger gewordenen Bedingungen wurde den herrschenden Kreisen des westdeutschen Finanzkapitals und der Adenauer-Regierung dadurch wesentlich erleichtert, daß diese Politik von maßgeblichen Führern der SPD unterstützt wurde. Heinrich Deist,

Fritz Erler, Carlo Schmid, Herbert Wehner und andere traten für die Ziele ein, die in dem reaktionären Regierungsprogramm der vierten Adenauer-Regierung verkündet worden waren. In der Debatte über die Regierungserklärung betonte Willy Brandt als Sprecher der Fraktion der SPD[62], daß die Bundesregierung für die SPD auch „unsere Regierung" sei. Die SPD sei bereit, dem Staat „alle Chancen" zu geben und „alle Risiken" der NATO mitzutragen. Er bejahte die Idee der Schaffung einer NATO-Atommacht und plädierte für die in der Regierungserklärung geforderten „Opfer", die allerdings „gerecht verteilt" werden sollten.[63]

Diese Haltung widersprach dem Willen eines großen Teils jener elf Millionen Wähler, die der SPD bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961 ihre Stimmen gegeben hatten, in der Erwartung, daß die SPD eine Alternative zu der gefährlichen und bankrotten Politik der CDU/CSU zeigen würde. Die Gruppe um Erler und Wehner jedoch gab den erzielten Stimmengewinn als einen Erfolg der Linie des Godesberger Programms aus. Die SPD, so behauptete sie, habe ihr Ziel, zur stärksten Partei zu werden und den Bundeskanzler zu stellen, deshalb nicht erreicht, weil die Ideen dieses Programms noch nicht genügend wirksam geworden seien. Deshalb bestehe, wie Willy Brandt auf einer Arbeitstagung der SPD Ende November 1961 in Bad Godesberg erklärte, die Hauptaufgabe in der „Weiterentwicklung der Politik von Godesberg und Hannover"[64], und in dieser Weise müßten die nächsten Bundestagswahlen vorbereitet werden.

Der offizielle Kurs, die Adenauer-Regierung auf Gedeih und Verderb zu unterstützen und den monopolkapitalistischen Staat zu retten, wurde durch den Parteitag der SPD, der vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln stattfand, bestätigt. Die bestimmende Gruppe im Vorstand der SPD stellte sich auf diesem Parteitag das Ziel, die „Politik der Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU zu konsolidieren und die ganze Partei darauf festzulegen.

Bei der Einschätzung der Lage der Bundesrepublik konnte die Führung der SPD nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Politik Konrad Adenauers in eine Sackgasse geraten war. Im einleitenden Referat des Parteitages wies Erich Ollenhauer darauf hin, daß die Politik der Bundesregierung noch niemals „so unklar und verworren"

62 Dokument Nr. 81.

63 Vorwärts (Bonn), 13. Dezember 1961.

64 Ebenda, 6. Dezember 1961.

gewesen sei wie seit dem Herbst 1961 und daß Westdeutschland die „schwächste und unsicherste Regierung ... [der] bisherigen Geschichte" habe. Zugleich rühmte er, daß es vor allem der SPD zu danken sei, daß das Adenauer-Regime vor einer Staatskrise gerettet worden sei. Er bezeichnete „die Abwendung der Gefahr eines Zusammenbruchs des Vertrauens ... in die Staatsführung" als vordringliche Aufgabe. Die SPD werde, ob in der Regierung oder als Opposition, stets ihr Teil an Verantwortung übernehmen.[65] In diesem Sinne lauteten die Hauptthesen des Parteitages: keine Alternative zur NATO, keine obere Grenze für die Aufrüstung, aber Begrenzung der Lohn- und Gehalts- und anderer sozialer Forderungen, Bereitschaft zu großen und vielleicht schrecklichen Opfern, Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung. Diese Thesen wurden von Willy Brandt, Heinrich Deist, Fritz Erler, Carlo Schmid und anderen in ihren Reden verkündet und in den Entschließungen des Parteitages niedergelegt. Dem Bekenntnis zum westdeutschen Staat sowie zu seiner aggressiven Außenpolitik und reaktionären Innenpolitik entsprach das Bekenntnis zur monopolistischen Wirtschaftsordnung in Westdeutschland, das von Deist mit den Worten zum Ausdruck gebracht wurde, daß „Großunternehmen, Unternehmenszusammenschlüsse und Unternehmensverbände ... aus unserer modernen Wirtschaft nicht fortzudenken"[66] seien. Im Godesberger Programm noch enthaltene Forderungen, wie die nach allgemeiner Abrüstung, Verhinderung des Machtmißbrauchs durch Großunternehmen und andere, wurden vom Kölner Parteitag fallengelassen oder umgangen.

Die Unterordnung unter das staatsmonopolistische Herrschaftssystem und seine Politik war mit dem Bestreben verbunden, diese Politik historisch zu rechtfertigen. Die maßgeblichen Führer der SPD wurden nicht zuletzt auch durch die von der SED entwickelte Initiative auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezwungen, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen. In einer von Willi Eichler verfaßten Broschüre „Hundert Jahre Sozialdemokratie", die an die Delegierten des Kölner Parteitages verteilt wurde, sollte bewiesen werden, daß die Sozialdemokratie stets eine „demokratische Freiheitsbewegung" und der eigentliche Inhalt der Geschichte der

[65] Dokument Nr. 96.

[66] Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln, 26. bis 30. Mai 1962, Hannover/Bonn o. J., S. 127.

Arbeiterbewegung eine Politik allgemeiner Freiheit und Gerechtigkeit gewesen sei. Zu diesem Zweck wurden, im Widerspruch zur historischen Wahrheit, die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 und die Ideen Ferdinand Lassalles als Ausgangspunkt der Geschichte der selbständigen Arbeiterbewegung in Deutschland ausgegeben. Die revolutionären Traditionen und Kämpfe der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus wurden negiert oder verfälscht. Ohne Perspektive, schloß diese Geschichtsbetrachtung mit der Feststellung, daß es eine „freiheitlich und gerecht geordnete" Gesellschaftsordnung nie geben werde, daß sie als Endziel „unerreichbar" sei, wenn sie auch der „Leitstern" für die Sozialdemokratie bleibe.[67] Mit dieser Geschichtsfälschung sollte die „Politik der Gemeinsamkeit" als kontinuierliche Fortsetzung der geschichtlichen Traditionen der Sozialdemokratie glaubhaft gemacht, dem in der westdeutschen Arbeiterklasse anwachsenden Drang, sich mit der Geschichte zu beschäftigen und daraus Lehren zu ziehen, entgegengewirkt und gegenüber der herrschenden Klasse die absolute „Vertrauenswürdigkeit" der SPD bewiesen werden.

Dem gleichen Ziel diente auch das Bestreben, die Politik der SPD der katholischen Soziallehre anzupassen. Unter Berufung auf die von Papst Johannes XXIII. verkündete Enzyklika „Mater et magistra" wurde beteuert, daß es zwischen dem Godesberger Programm und dieser Enzyklika keine Unterschiede mehr gebe und daß die SPD die Ziele der katholischen Soziallehre unterstütze. Die ideologische Unterwerfung unter diese Lehre sollte helfen, die traditionellen reformistischen Vorstellungen wie auch noch vorhandene Einflüsse marxistischen Gedankengutes innerhalb der SPD zu überwinden.

Die Verfechter der „Politik der Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU setzten sich, unter Mißachtung jeglicher innerparteilicher Demokratie, über die Anträge der Ortsvereine und Bezirksorganisationen der SPD hinweg, in denen eine Alternative zur Adenauer-Regierung, eine Politik des Friedens und der Entspannung, des Kampfes gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung gefordert wurde.[68] Während die Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt, Friedrich Schäfer und Hermann Schmitt-Vockenhausen mit dem Innenminister der Adenauer-Regierung, Hermann Höcherl, hinter verschlossenen Türen an der Notstandsgesetzgebung mitarbeiteten, wurden in der SPD die Repres-

[67] Willi Eichler: Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 7 u. 85.
[68] Dokument Nr. 97.

salien gegen Mitglieder verstärkt. In der Zeit vom Godesberger Parteitag Ende 1959 bis zum Kölner Parteitag der SPD wurden, besonders seit Mitte 1961, etwa 50 000 oppositionelle Sozialdemokraten, die für eine selbständige Politik der SPD eintraten, aus der SPD ausgeschlossen, und zahlreiche weitere Mitglieder wurden auf andere Weise gemaßregelt.

Die Entscheidungen des Kölner Parteitages der SPD waren von dem Bestreben der maßgeblichen Führer der SPD diktiert, um jeden Preis für die imperialistische Bourgeoisie koalitionsfähig zu bleiben, sich als staatstragende Kraft auszuweisen und sich unter keinen Umständen aus dem Staat verdrängen zu lassen. Die Beschlüsse des Parteitages vergrößerten die Gefahren, die der Arbeiterbewegung in Westdeutschland drohten, und ermunterten die herrschende Klasse, ihre Angriffe gegen die Arbeiterklasse und deren Organisationen zu verstärken, um die Arbeiterbewegung vollständig ihren Zielen unterzuordnen. Darauf wies das Zentralkomitee der KPD in einem Appell an die westdeutsche Arbeiterklasse vom Juni 1962 warnend hin.[69] Es bezeichnete den gemeinsamen Kampf gegen die Notstandsgesetze, für die Verteidigung der Demokratie als das Gebot der Stunde.

Nachdem die imperialistische Bourgeoisie der Unterstützung ihrer Herrschaft und Politik durch die maßgebliche Führungsgruppe der SPD sicher war, sollten vor allem die Gewerkschaften, die größte Organisation der Arbeiterklasse mit über sechs Millionen Mitgliedern, dahin gebracht werden, jede Opposition gegen den Staat und seine Politik aufzugeben. Mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung sollten die Gewerkschaften in einen „Ordnungsfaktor" des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems verwandelt werden. Diesem Angriff der Monopolherren und Militaristen und ihrer Staatsmacht kamen die Bestrebungen einiger Führer der SPD und des DGB entgegen, durch eine Änderung des Grundsatzprogramms des DGB eine „Gleichschaltung" der Gewerkschaften zu erreichen. Von seiten des Vorstandes der SPD wirkten vor allem Heinrich Deist und Herbert Wehner und innerhalb der Gewerkschaften der Vorsitzende des DGB, Willi Richter, der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, und andere Führer mit allen Mitteln darauf hin, den bevorstehenden Kongreß des DGB zu benutzen, ein Bekenntnis zum westdeutschen Staat, eine antikommunistische Grundhaltung und eine wesentliche Einschränkung der Rechte der Industriegewerkschaften durchzusetzen.

[69] Dokument Nr. 98.

Die Verschärfung der Klassenwidersprüche in Westdeutschland, der wachsende Drang des staatsmonopolistischen Systems zur Reaktion nach innen und außen erzeugte und stärkte jedoch unausweichlich eine Gegenströmung innerhalb der Arbeiterklasse, die gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung und auf die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen gerichtet war. Klarer als in der Zeit vor dem 13. August 1961 zeichneten sich innerhalb der Arbeiterbewegung die Auseinandersetzungen zwischen den Kräften ab, die unter der Losung der „Gemeinsamkeit" die Politik der Adenauer-Regierung unterstützten, und jenen, die an den traditionellen reformistischen Vorstellungen und Forderungen festhielten.

Innerhalb der SPD zeigten sich die Stimmungen des Unwillens und die Opposition in vielfältigen Formen. Als am 22. Februar 1962 im Bundestag die Entscheidung über die Verlängerung der Wehrpflicht gefällt wurde, stimmten 26 Abgeordnete der SPD, entgegen der von Herbert Wehner festgelegten Linie, gegen dieses Gesetz. Unmittelbar danach sprach eine außerordentliche Konferenz des Unterbezirks München der SPD der Mehrheit der Bundestagsfraktion wegen ihrer Zustimmung zum Gesetz über die Wehrpflichtverlängerung das Mißtrauen aus. Auf zahlreichen Orts-, Kreis- und Bezirkskonferenzen der SPD zur Vorbereitung des Kölner Parteitages stießen die Zustimmung des Parteivorstandes zur Wehrgesetzgebung und seine Verhandlungen mit der Adenauer-Regierung über die Notstandsgesetzgebung auf heftige Kritik und Ablehnung, so in Bremen, Dortmund, Hanau, Kassel, Nürnberg, Offenbach und Wetzlar, in Bayern, Hessen und anderen Gebieten Westdeutschlands. Von 20 an den Parteitag gerichteten Anträgen aus den sozialdemokratischen Organisationen Südhessens wandten sich 12 direkt oder indirekt gegen die „Politik der Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU.

Im Frühjahr 1962 veröffentlichte der Landesrat Bayern der SPD im Hinblick auf die im November stattfindenden Landtagswahlen sein „Bayernprogramm"[70]. Unter der zentralen Forderung „Mehr Gerechtigkeit" wurde festgestellt: „Nur wenige Menschen sind es, die meinen, bei uns sei alles in bester Ordnung. Die übergroße Mehrheit erkennt oder ahnt, daß der Schein gesicherten Daseins trügerisch ist... hinter dem Schaufenster unseres Aufstiegs lebt – bewußt empfunden oder unbewußt vorhanden – ein tiefes Unbehagen... Geht man auf

70 Dokument Nr. 95.

den Grund der Dinge, so erkennt man immer dieselbe Wurzel: die bange Sorge, daß etwas nicht in Ordnung ist mit unserer Ordnung." Dieses Unbehagen, so hieß es weiter, entspringe der Furcht vor einem neuen, noch schrecklicheren Krieg, dem Unglauben an die in Westdeutschland bestehende „Demokratie", der zunehmenden Konzentration wirtschaftlicher Macht in den „Händen kleiner Gruppen" sowie einer weiten „Skala von Ungerechtigkeiten", die „von der Vermögensbildung bis zur Altersrente, vom Baulandwucher bis zur unterentwikkelten Dorfschule, von der ungleichen Bewertung von Mann und Frau bis zu den ungleichen Bildungschancen" reiche.[71] Aus diesen Feststellungen, durch zahllose Beispiele der westdeutschen Wirklichkeit belegt, wurden viele demokratische und soziale Forderungen abgeleitet.

Das Bayernprogramm, unter der Federführung des Landesvorsitzenden, Waldemar von Knoeringen, ausgearbeitet, deckte nicht die wirklichen Ursachen der angeprangerten Mißstände auf. Durch die Erfüllung der in ihm enthaltenen Forderungen sollten sich die Bürger Westdeutschlands mit der dort bestehenden Gesellschaftsordnung „identifizieren" können. Damit sollte der westdeutsche Staat jene „innere Sicherheit" gewinnen, die notwendig sei, um allen „schweren Belastungen" der „Herausforderung durch den Kommunismus" gewachsen zu sein. Westdeutschland müsse sich von der „Profitgesellschaft zur Bildungsgesellschaft"[72], zu einem sozialen und demokratischen Modellstaat entwickeln, um das Beispiel für ein wiedervereinigtes Deutschland geben zu können.

Trotzdem bildeten die im Bayernprogramm enthaltenen sozialen und demokratischen Forderungen, die von reformistischen Vorstellungen geprägt waren, eine geeignete Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten. In diesen Forderungen kamen die Wünsche und Hoffnungen großer Teile des werktätigen Volkes zum Ausdruck; sie spiegelten außerdem den Einfluß der Errungenschaften der DDR auf Westdeutschland wider. Die Verwirklichung dieser Forderungen konnte das Leben der Werktätigen verbessern, ihnen einen größeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung sichern und die Erkenntnis fördern, daß eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens, die Beseitigung des Bildungsprivilegs, die Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend, mehr

71 Bayernprogramm. Grundlage für das Gespräch mit jedermann. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Landesverband Bayern, München o. J., S. 5, 8–10.

72 Ebenda, S. 8/9 u. 13.

Demokratie im öffentlichen Leben und andere Forderungen nur im Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung durchgesetzt werden können.

Die maßgebenden Kräfte im Vorstand der SPD lehnten das Bayernprogramm ab, weil sie jede Regung einer selbständigen Arbeiterpolitik fürchteten. Auf dem Kölner Parteitag der SPD wurde Waldemar von Knoeringen nicht wieder zur Wahl als stellvertretender Vorsitzender der SPD aufgestellt. Der Wirkung der im Bayernprogramm aufgestellten Forderungen, die viele Werktätige als Alternative zur Politik der CDU/CSU betrachteten, war es wesentlich zuzuschreiben, daß die SPD bei den Landtagswahlen in Bayern im November 1962 ihren Stimmenanteil von 30,9 Prozent auf 35,3 Prozent erhöhen konnte.

Der Kampf zwischen den Befürwortern der „Politik der Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU auf der einen und den reformistischen und revolutionären Kräften auf der anderen Seite verschärfte sich besonders innerhalb der Gewerkschaften. Die Auseinandersetzungen traten zum erstenmal auf der Bundesjugendkonferenz des DGB zutage, die am 13./14. April 1962 in Westberlin stattfand. Westberlin war als Tagungsort nicht zufällig gewählt worden. In der Atmosphäre der „Frontstadt" sollten die Delegierten der Gewerkschaftsjugend durch eine zügellose Hetze gegen die DDR dazu veranlaßt werden, der Gleichschaltung der Gewerkschaften mit dem westdeutschen Staat zuzustimmen. Damit sollte eine wichtige Vorentscheidung für den bevorstehenden Kongreß des DGB getroffen werden. Die der SPD angehörenden Delegierten wurden vor der Konferenz von Herbert Wehner entsprechend instruiert. Auf der Konferenz versuchten Willi Richter und der Verantwortliche im Bundesvorstand des DGB für Jugendfragen, Werner Hansen, die „Politik der Gemeinsamkeit" durchzudrücken. Sie erlitten jedoch ein Fiasko. Die große Mehrheit der Delegierten stimmte gegen die atomare Aufrüstung und die Notstandsgesetzgebung in Westdeutschland.[73] Ähnliche Beschlüsse faßten auch die im Mai 1962 tagenden Jugendkonferenzen der Eisenbahnergewerkschaft und der IG Metall.

Auf heftigen Widerstand innerhalb der Gewerkschaften stießen der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB und der Vorschlag zur Änderung der Satzungen des DGB. Beide wurden erst im Juli 1962, fünf Wochen vor dem Schlußtermin für Anträge an den

[73] Dokument Nr. 94.

6. Kongreß des DGB, veröffentlicht. Trotzdem lehnten viele Gewerkschaften und Organe des DGB die in der Satzungsänderung vorgesehene Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie ab. In bezug auf die Gewerkschaftspolitik forderten sie die Beibehaltung der Grundsätze des Münchener Programms des DGB vom Jahre 1949. Eindeutige Entscheidungen für die Verteidigung der Selbständigkeit der Gewerkschaften und ihrer Rechte zur Wahrnehmung der sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiterklasse trafen der 7. Gewerkschaftstag der IG Metall, der 4. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, der 6. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier und andere Gewerkschaftstagungen, die im Laufe des September und Oktober 1962 stattfanden.

Die IG Metall organisierte anläßlich ihres Gewerkschaftstages in Essen eine Ausstellung unter dem Motto „Beispiel Ruhrgebiet". Diese Ausstellung erinnerte an die früheren Kämpfe der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes, zum Beispiel gegen den Kapp-Putsch, und machte auf der einen Seite die Herrschaft der Monopole und das Wachsen der Monopolprofite und auf der anderen Seite die Nichtdurchführung der sozialen Versprechungen in Westdeutschland deutlich. Am Eingang der Ausstellung standen die Worte: „30 000mal treffen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer jährlich vor den Arbeitsgerichten ... 300 000 Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen stellen die Gewerbeaufsichtsämter Jahr für Jahr fest. 900 000 Menschen erleiden Jahr für Jahr einen Unfall am Arbeitsplatz. Fast 1000 sterben nach einem Arbeitsunfall ... Wer heute lebt, kann das Morgen nicht meistern, ohne das Gestern zu erkennen."[74] Diese Ausstellung wurde von Zehntausenden Arbeitern besucht; sie half ihnen, besser zu erkennen, was sich hinter den Losungen von der „Sozialpartnerschaft" und der „Gemeinsamkeitspolitik" verbarg. Sie bestätigte Feststellungen, die der wenige Wochen zuvor vom Zentralkomitee der SED veröffentlichte Entwurf des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung getroffen hatte.

Der Kampf zwischen den zwei entgegengesetzten Tendenzen in der westdeutschen Arbeiterbewegung – den Kräften, die offen die imperialistische Politik unterstützten, und den Kräften, die mehr oder weniger bewußt und entschieden für eine selbständige Arbeiterpolitik

[74] Zit. nach: Walter Ulbricht: Über deutsche Arbeiterpolitik. Rede auf der XVI. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 8. September 1962. In: Neues Deutschland (B) (Berlin), 13. September 1962.

eintraten – kam besonders sichtbar auf dem 6. Kongreß des DGB zum Ausdruck, der vom 22. bis 27. Oktober 1962 in Hannover tagte. Auf dem Kongreß stand die Frage zur Entscheidung, welchen Weg die westdeutschen Gewerkschaften in Zukunft einschlagen sollten: Wollten sie weiterhin eine selbständige Klassenorganisation der Arbeiterklasse bleiben, die ihre sozialen und demokratischen Interessen vertritt, oder wollten sie sich in ein „Ordnungselement" des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems verwandeln lassen, das die Arbeiterklasse völlig den Interessen des herrschenden Finanzkapitals und des Militarismus unterordnet? Darüber kam es zu den schärfsten Auseinandersetzungen, die es je auf einem Kongreß des DGB gegeben hatte. Sie durchzogen die Diskussion zu den Grundfragen der weiteren Entwicklung Westdeutschlands – zu dem Problem von Krieg und Frieden, zur Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem Staat, zur NATO-Politik und zum Klassenkampf.

Die herrschende Klasse bot alle ihr zu Gebote stehenden Mittel des Drucks, der Demagogie und der antikommunistischen Hetze auf, um den Delegierten das Bekenntnis zum imperialistisch-militaristischen Regime aufzuzwingen. Bundeskanzler Konrad Adenauer sparte in seiner Begrüßungsrede nicht mit Worten des „Lobes" über die bisherige Arbeit der Gewerkschaften zum „allgemeinen Besten" und über die „soziale Gesetzgebung" der Bundesrepublik.[75] Damit und mit der Beteuerung, daß niemand daran denke, den Gewerkschaften ihre im Grundgesetz gegebenen Rechte zu nehmen, verschleierte er seine drohende Forderung, daß die Gewerkschaften künftig ihren Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung aufzugeben hätten. Georg Leber, Willi Richter und andere Gewerkschaftsführer appellierten in demagogischer Weise an die „Einheit" der Gewerkschaften und forderten im Hinblick auf die Notstandsgesetzgebung „Vertrauen" zu den Parteien des Bundestages.

Für die Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften traten auf dem Kongreß so bekannte Führer und Funktionäre der westdeutschen Gewerkschaften wie Otto Brenner, Erwin Essl und Alois Wöhrle von der IG Metall, Wilhelm Gefeller von der IG Chemie, Karl Förster von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und andere auf. In ihren Diskussionsreden stützten sie sich auf die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Hitler-

75 Protokoll 6. Ordentlicher Bundeskongreß Hannover, 22. bis 27. Oktober 1962. DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf o. J., S. 15–21.

faschismus sowie der Jahre nach 1945 in Westdeutschland. Die Mehrheit der Delegierten unterstützte die von ihnen vertretenen Standpunkte. Mit 276 gegen 138 Stimmen lehnte der Kongreß jede Notstandsgesetzgebung ab. In der Entschließung dazu[76] hieß es: „Die Pläne der Bundesregierung über Notstands- und Zivildienstgesetze erfüllen den Bundeskongreß mit größter Sorge... Wo die Gewerkschaften schwach sind oder unterdrückt werden, stirbt auch die Demokratie... Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen."[77] Mit der Annahme dieses Beschlusses verfiel ein von Georg Leber eingebrachter „Initiativantrag", in dem die Notstandsgesetzgebung befürwortet wurde, der Ablehnung.

Nach dieser Niederlage wagten es die Vertreter der „Gemeinsamkeitspolitik" nicht mehr, gegen eine Entschließung zu stimmen, in der die geplante atomare Aufrüstung der Bundeswehr abgelehnt wurde. Es wurde erklärt, daß der Bundeskongreß des DGB von der Bundesregierung und den politischen Parteien des Bundestages Initiativen zur Abrüstung erwarte. Der Bundesvorstand des DGB wurde aufgefordert, sich für die Aktivierung der gewerkschaftlichen Mitarbeit im Ausschuß „Kampf dem Atomtod" einzusetzen. Diese Entscheidung wurde durch die in den Tagen des Kongresses erfolgende Zuspitzung der Krise im karibischen Raum und die damit verbundene Gefahr eines atomaren Weltkrieges beeinflußt.

Angesichts der Haltung der überwiegenden Mehrheit der Delegierten wurde auf die Behandlung des neuen Grundsatzprogramms des DGB verzichtet. Gegen nur zwei Stimmen wurde dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Es wurde beschlossen, auf einem im nächsten Jahr einzuberufenden außerordentlichen Kongreß ein neues Grundsatzprogramm des DGB zu beraten. Auch über die neuen Satzungen des DGB kam es zu heftigen Debatten, in deren Ergebnis eine Reihe von Bestimmungen, die die innergewerkschaftliche Demokratie einschränkten, abgelehnt wurde. Jedoch wurde in die Satzungen eine „Ergänzung" aufgenommen, wonach die Gewerkschaften nicht nur faschistische, nationalistische und militärische Einflüsse, sondern ebenso

[76] Dokument Nr. 101.

[77] Protokoll 6. Ordentlicher Bundeskongreß Hannover, S. 960–962.

die „kommunistischen" und alle „sonstigen antidemokratischen" Einflüsse bekämpfen müßten.[78]

Die Beschlüsse des 6. Kongresses des DGB versetzten den Plänen des Adenauer-Regimes einen empfindlichen Schlag. Sie waren ebenso eine Niederlage für diejenigen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die offen den Kurs des westdeutschen Imperialismus und Militarismus unterstützten. Gegen den massiven Druck des Finanzkapitals und seiner Staatsmacht und entgegen dem Willen verschiedener Führer der SPD und des DGB, wie Fritz Erler, Georg Leber, Herbert Wehner und anderer, verteidigte die Mehrheit der Delegierten von mehr als sechs Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten die Selbständigkeit der Gewerkschaften. Sie lehnte in wesentlichen politischen Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse die im Godesberger Programm und in den Beschlüssen des Kölner Parteitages der SPD niedergelegte „Politik der Gemeinsamkeit" ab. Da die Mehrzahl der Delegierten des 6. Kongresses des DGB Mitglied der SPD war, kam darin zugleich die Verschärfung der Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie zum Ausdruck.

Die in den Beschlüssen des 6. Kongresses des DGB ausgesprochenen Befürchtungen und die Warnungen vor den Folgen der Politik der militaristischen Kräfte wurden rasch bestätigt. Als die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus in der zweiten Hälfte des Oktober 1962 die gefährliche Krise im karibischen Raum heraufbeschworen, sah die Adenauer-Regierung darin eine günstige Gelegenheit, erneut allen Tendenzen der internationalen Entspannung entgegenzutreten. Sie unterstützte vorbehaltlos die imperialistische Blockade gegen das sozialistische Kuba und tat alles, um einen Weltkonflikt zu entfesseln.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands wollten die aufs äußerste gespannte internationale Situation zugleich dazu ausnutzen, den oppositionellen Kräften im eigenen Land einen entscheidenden Schlag zu versetzen und alle Kritiker ihrer Politik mundtot zu machen. Am Abend des 26. Oktober 1962 besetzten Beamte der „Sicherungsgruppe Bonn", eines gestapoähnlichen Machtinstruments, die Redaktion des westdeutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", das in den vorangegangenen Monaten mehrere Berichte über die Korruptions- und Skandalaffären des Bundesministers Franz-Josef Strauß veröffentlicht hatte. Unter dem Vorwand des „Landesverrats" wegen der Berichterstattung über die NATO-Stabsübung „Fallex 62" und andere

[78] Ebenda, S. 992.

Probleme der Kriegsvorbereitung wurden der Herausgeber, die beiden Chefredakteure und vierzehn weitere Redakteure verhaftet, die Redaktionsräume durchwühlt und Materialien beschlagnahmt. Dieses Vorgehen wurde von Konrad Adenauer und dessen Staatssekretär Hans Globke sowie von Franz-Josef Strauß veranlaßt. Dahinter verbarg sich der Kampf rivalisierender Gruppen des Monopolkapitals und verschiedener Geheimdienste des westdeutschen Staates.

Dieser im Stile einer faschistischen „Nacht-und-Nebel-Aktion" durchgeführte Anschlag rief einen Proteststurm der westdeutschen und der internationalen Öffentlichkeit hervor, mit dem seine Urheber nicht gerechnet hatten. Große Kreise der Bevölkerung Westdeutschlands sahen darin mit Recht einen Angriff auf die noch verbliebenen demokratischen Rechte und Freiheiten und die Vorwegnahme der geplanten Notstandsgesetzgebung. Unter dem Druck dieser Protestbewegung brach die seit Beginn des Jahres 1962 schwelende Krise der Regierungskoalition im November offen auf. Bundesminister Franz-Josef Strauß und einige andere besonders belastete Vertreter der Revanchepolitik und der Atomrüstung, wie Siegfried Balke, Ernst Lemmer und Hans-Joachim Merkatz, mußten aus der Regierung ausscheiden. Begünstigt durch die von Fritz Erler und Herbert Wehner erklärte Bereitschaft der SPD, in eine Regierung der großen Koalition einzutreten, konnte Adenauer nach wochenlangen Verhandlungen Mitte Dezember eine neue Regierung der Koalition zwischen CDU/CSU und FDP bilden. Er verkündete, daß die bis dahin verfolgte Politik nicht geändert, sondern fortgesetzt werden würde.

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Krise der Adenauer-Regierung erhellten die in Westdeutschland bestehenden Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die von Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED wie folgt gekennzeichnet wurden: „Es ist in Westdeutschland ein tiefer Gegensatz entstanden zwischen den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die den Atomkrieg verhindern möchte, und den militaristischen Ultras, die auf diesen Atomkrieg hinsteuern. Ein weiterer tiefer Gegensatz entstand zwischen dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung, die im Grundgesetz des Bonner Staates versprochenen demokratischen Rechte zu erhalten, und dem Bestreben der Bonner Regierung, durch die Regierungspraxis, die Notstandsgesetzgebung usw., diese Rechte systematisch abzubauen und schließlich ganz zu liquidieren. Es vertiefte sich weiter der Gegensatz

zwischen den Interessen der Gewerkschaften und aller Werktätigen und den Interessen der Monopole, die in Form der Notstandsgesetze ein Antigewerkschaftsgesetz durchsetzen wollen. Es vertiefte sich der Gegensatz zwischen den Bauern und dem Finanzkapital, das die Bauern in der EWG seinen Profitinteressen opfert. Den Arbeitern und den Bauern, den Angestellten, dem Mittelstand und der Intelligenz, die nur in Frieden leben und arbeiten wollen, werden ungeheure Lasten einer abenteuerlichen Rüstung aufgebürdet."[79]

Die Krise der Politik der Revanche und der Atomrüstung war Resultat und Ausdruck dieser sich in Westdeutschland verschärfenden Gegensätze. Diese Politik geriet immer mehr in Widerspruch zu dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland. Die westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihre führende Partei, die CDU/CSU, vermochten nicht, ihre Politik diesem neuen Kräfteverhältnis anzupassen. Aber sie konnten ihre Herrschaft noch behaupten und ihre antinationale Politik fortsetzen. Sie stützten sich auf das von ihnen geschaffene staatsmonopolistische Herrschaftssystem, das eine in der deutschen Geschichte einzigartige Konzentration der ökonomischen und politischen Macht des Imperialismus darstellte. Die Herren der großen Monopole und Banken hatten einen gewaltigen Apparat ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel zur Niederhaltung des Volkes, vor allem zur Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse, geschaffen. Dabei hatten ihnen maßgebliche Führer der SPD und des DGB durch ihre antikommunistische und nationalistische Politik Hilfe geleistet.

Auf der anderen Seite wuchs unter den Werktätigen und bei Teilen der Bourgeoisie die Erkenntnis, daß die „Ära Adenauer" zu Ende ging und eine neue Politik notwendig wurde. Der Widerstand der Arbeiterklasse, der Bauern, von Angehörigen der Intelligenz und anderer Schichten gegen den Kurs der Adenauer-Regierung reichte jedoch noch nicht aus, eine Wende in der Politik Westdeutschlands herbeizuführen. Ihr Kampf wurde durch die Zersplitterung ihrer Kräfte und durch den starken Einfluß der imperialistischen Ideologie, besonders des Antikommunismus, behindert und gelähmt.

79 Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. I, Berlin 1963, S. 55/56.

Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, auch der Arbeiterklasse, unterschätzte die drohenden Gefahren des Militarismus, hegte Illusionen über die in Westdeutschland bestehende „Demokratie" und erkannte insbesondere nicht, daß Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung, Aggression und Neokolonialismus nach außen und Abbau der demokratischen und sozialen Rechte im Innern im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus wurzeln. Diese Erkenntnis wurde vielen Menschen auch durch die Taktik der herrschenden Klasse erschwert. Während infolge der wachsenden ökonomischen und politischen Labilität der imperialistischen Herrschaft die reaktionären Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlicher zutage traten, war die imperialistische Großbourgeoisie zugleich bemüht, durch Änderungen ihrer Taktik mit den neuen Bedingungen fertigzuwerden. Sie war bei der Verfolgung ihrer Ziele noch mehr zum Lavieren und zu einem schrittweisen Vorgehen gezwungen. Angesichts der Existenz der DDR und ihres wachsenden Einflusses mußte sie sich gegenüber den Werktätigen in Westdeutschland, um größere Konflikte und soziale Erschütterungen zu vermeiden, noch eher zu Zugeständnissen bereit finden.

Von allen in Westdeutschland wirkenden Parteien und politischen Gruppen zeigte nur die KPD der Arbeiterklasse und allen anderen friedliebenden Kräften den realen Ausweg aus der entstandenen Lage. Sie enthüllte die Ursachen und Ziele der reaktionären Innen- und Außenpolitik des Adenauer-Regimes. Sie rief unermüdlich zum gemeinsamen Kampf, zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, zur Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften und zur Schaffung eines Bündnisses mit der Bauernschaft und allen an Frieden und Demokratie interessierten Schichten auf.[80] Sie erklärte, daß eine friedliche demokratische Politik nicht durch Appelle an die bestehende Regierung oder allein durch Proteste, sondern nur durch den machtvollen Kampf des Volkes durchgesetzt werden kann. Unter den schweren Bedingungen der Illegalität, ständiger Verfolgungen durch Polizei und Justiz und massiver antikommunistischer Hetze der Reaktion konnte die KPD ihren Einfluß jedoch nur langsam erweitern.

Der Klassenkampf in Westdeutschland im Jahre 1962 ließ erkennen, daß die herrschenden Kreise des Imperialismus und Militarismus nur im Verlauf eines langwierigen und komplizierten Prozesses von der Macht verdrängt werden können und daß die Arbeiterklasse und

[80] Dokument Nr. 104.

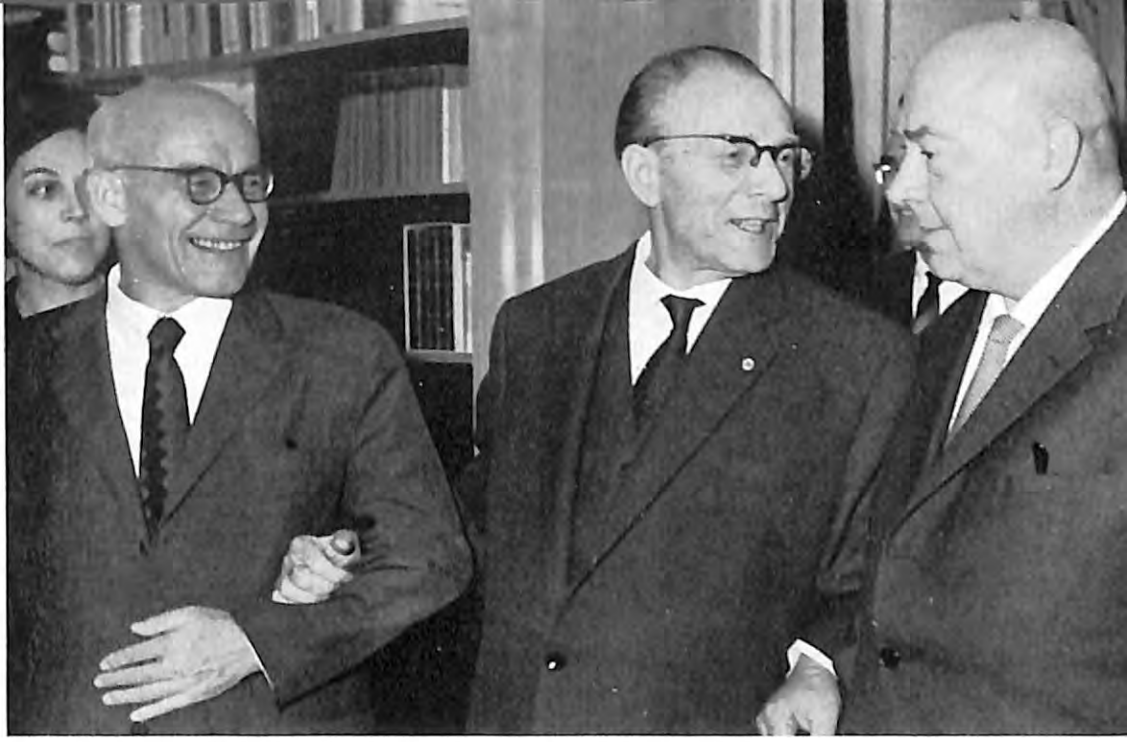
die anderen friedliebenden Kräfte der Bevölkerung eine längere Zeit benötigen, um ihre historische Aufgabe – die Errichtung einer wahrhaft demokratischen Ordnung – Schritt für Schritt erfüllen zu können. Angesichts dessen mußten sich die SED und die Nationale Front des demokratischen Deutschland in der DDR, wie Walter Ulbricht in einer Rede in Cottbus Ende 1962 erklärte, „auf eine Politik auf lange Sicht einstellen, auf eine Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland, die zum deutschen Friedensvertrag, zur Konföderation und – auf diesem allein verbliebenen Wege – zur Wiedervereinigung führen soll"[81].

81 Walter Ulbricht: Der Kampf um den Frieden und die Regierungskrise in Westdeutschland. In: Neues Deutschland (B) (Berlin), 5. Dezember 1962.

Die historische Bedeutung des VI. Parteitages der SED und des Programms des Sozialismus (1962/1963)

1. Der sozialistische Massenwettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED

Der Eintritt der DDR in eine neue Periode der gesellschaftlichen Entwicklung und der Beginn einer neuen Phase in der Auseinandersetzung zwischen den beiden entgegengesetzten Systemen in Deutschland stellten die SED vor die Notwendigkeit, der Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten Schichten ein klares, wissenschaftliches Programm zu geben. Darin mußten die Grundaufgaben der Vollendung des Sozialismus verbindlich festgelegt sowie die wichtigsten Erfahrungen und Erkenntnisse der vorangegangenen Entwicklung zusammengefaßt werden. Eine feste theoretische und ideologische Grundlage war unerläßlich, damit die SED ihre führende Rolle im Kampf für den Sieg des Sozialismus und die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes erfüllen konnte. Alle Mitglieder der Partei und alle



Die Leiter der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen,
Władysław Gomułka und Józef Cyrankiewicz, zu Besuch bei Otto Grotewohl, 19. Oktober 1962

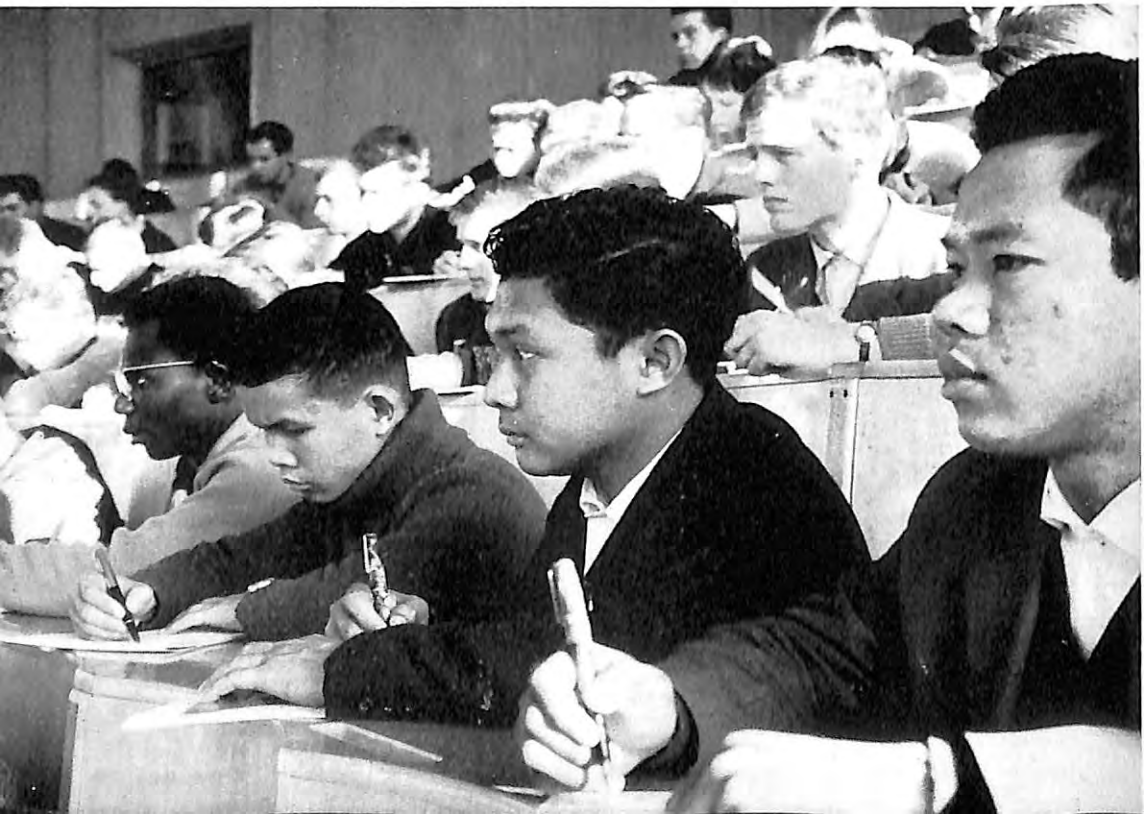


Freundschaftskundgebung anläßlich des Besuchs der Partei- und Regierungsdelegation
der Volksrepublik Polen im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht", 17. Oktober 1962



Ein Ingenieur aus dem VEB Mähdrescherwerk Weimar erklärt kubanischen Traktoristen und Mechanikern die Arbeitsweise der von der DDR gelieferten Mähdrescher

Junge Menschen aus vielen Ländern der Welt studieren in der DDR.
Vorlesung in der Universität Rostock



Produktion von Taktstraßen
im VEB Werkzeugmaschinenfabrik Plauen



Der Aufbau des Berliner Stadtzentrums





VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk
„Karl Marx" in Magdeburg

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft im VEB Turbinenfabrik Dresden



PGH „Werkstein“ in Berlin-Köpenick



Neue Montagehalle des halbstaatlichen Betriebes Eltz KG in Berlin-Adlershof





Angehörige der Nationalen Volksarmee helfen den Kumpeln im Tagebau Böhlen im Kampf gegen den Frost, Januar 1963

Die Kumpel des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer im Kampf gegen Schnee und Frost, Winter 1962/1963





Belgische Parlamentarierdelegation besichtigt den antifaschistischen Schutzwall am Brandenburger Tor, 3. Dezember 1962

Konsultativkonferenz des WGB vom 14. bis 17. Dezember 1962 in Markkleeberg. V. r. n. l.: Louis Saillant, Renato Bitossi, Herbert Warnke





Auf Wacht an der Staatsgrenze

Bürger der DDR mußten mit einem zuverlässigen Kompaß ausgerüstet werden, um sich in jeder Phase der künftigen Entwicklung, auch in unerwarteten oder ungewöhnlichen Situationen, richtig orientieren zu können.

Entsprechend einem Beschluß des V. Parteitages, arbeitete das Zentralkomitee der SED im zweiten Halbjahr 1962 den Entwurf eines Parteiprogramms aus. Zum Vorsitzenden der vom Zentralkomitee eingesetzten Programmkommission wurde Walter Ulbricht berufen. Im Zusammenhang mit dem Programmentwurf wurde die Richtlinie für den Perspektivplan bis 1970 vorbereitet. An der Ausarbeitung und Beratung dieser beiden Dokumente wirkten Hunderte Gesellschafts- und Naturwissenschaftler und erfahrene Funktionäre der SED, des Staates und der Massenorganisationen mit. Die 17. Tagung des Zentralkomitees der SED, die vom 3. bis 5. Oktober 1962 stattfand, beriet den Entwurf des Programms, den Entwurf des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees und den Entwurf eines neuen Statuts. Das Zentralkomitee beschloß, diese Dokumente zu veröffentlichen und den VI. Parteitag der SED für Januar 1963 nach Berlin einzuberufen.

Während dieser Tagung des Zentralkomitees berichteten die Werktätigen Tausender Betriebe, landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und wissenschaftlicher Institutionen anläßlich des bevorstehenden 13. Jahrestages der Gründung der DDR, wie sie ihre im Produktionsaufgebot übernommenen Verpflichtungen erfüllt hatten. Die Stahl- und Walzwerker der DDR erreichten bis Ende September einen Planvorsprung von 76 885 Tonnen Rohstahl und 71 336 Tonnen Walzstahl. Die Werktätigen des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" in Karl-Marx-Stadt hatten trotz vieler Zweifel und Schwierigkeiten einen bedeutenden Teil ihres im März beschlossenen Programms realisiert. Mit Unterstützung sowjetischer Spezialisten der Mitrofanow-Methode, die im Mai ihr Werk besuchten, hatten sie die Voraussetzung geschaffen, um von der Werkstattfertigung zur erzeugnisgebundenen Fließfertigung übergehen zu können. Diese Umstellung wurde im Dezember 1962 bei laufender Produktion erfolgreich durchgeführt; auch das Versprechen der Brigade „Ernst Schneller", 16 Maschinen zusätzlich zu fertigen, wurde eingelöst. Der VEB Wälzlagerwerk „Josef Orlopp" in Berlin-Lichtenberg nahm Anfang Oktober 1962 eine automatische Versuchsfließstraße für Kugellager in Betrieb; sie war die erste ihrer Art in Deutschland, und nur fünf davon gab es bis dahin

in der Welt überhaupt. Im VEB Zementwerk Bernburg begann der erste Drehofen des neuen Zementwerkes mit der Produktion.

Die Beratungen und Beschlüsse der 17. Tagung des Zentralkomitees fanden bei den Werktätigen der DDR einen starken, zustimmenden Widerhall. Die Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees der SED erläuterten vor den Kollektiven sozialistischer Betriebe der Industrie und der Landwirtschaft, in wissenschaftlichen Institutionen und in den Wohngebieten die Grundgedanken des Programms und die nächsten zu lösenden Aufgaben; es fanden außerdem zahlreiche Beratungen mit leitenden Organen des Staates und der Wirtschaft statt.

Das Programm der SED verallgemeinerte die geschichtlichen Lehren des mehr als 100jährigen Kampfes der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, dessen Ausgangspunkt die Verkündung des „Manifests der Kommunistischen Partei" durch Karl Marx und Friedrich Engels bildete, und zeigte den Werktätigen der DDR, daß dieser Kampf um Frieden, Glück und Wohlstand des Volkes durch den umfassenden Aufbau des Sozialismus gekrönt wird.

Die Gedanken, die viele, vor allem ältere Arbeiter beim Lesen des Programmentwurfs bewegten, brachte der 64jährige Produktionsvorbereiter Erich Schulze aus dem VEB Fernmeldewerk Leipzig mit den Worten zum Ausdruck: „Wofür wir Jahrzehnte gekämpft haben, wird Wirklichkeit. Hier zeigt sich, welche große Entwicklung unsere Partei unter Führung unseres ZK mit Genossen Walter Ulbricht an der Spitze genommen hat."[82] Die Arbeiterin Ingrid Döring aus dem gleichen Betrieb sagte: „Wir Arbeiter wissen zu gut, daß uns keine gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Uns ist beim ersten Lesen des Parteiprogramms klarer denn je geworden, daß es von uns, von jedem einzelnen abhängt, wie wir morgen leben."[83] Das Programm der SED half den Menschen, ihre Auffassungen vom Leben zu erweitern und zu erkennen, daß die Erfüllung der eigenen Interessen im Wohl der gesamten Gesellschaft begründet liegt. Das brachte zum Beispiel eine junge Arbeiterin aus Magdeburg zum Ausdruck, der ihr Leben gezeigt habe, wie sie sagte, daß sie nicht nur die „eigenen Interessen im Auge haben und die der Gesellschaft nicht sehen" könne.[84]

Die Volksaussprache über den Programmentwurf der SED, die der

82 Ebenda, 26. November 1962.

83 Ebenda.

84 Ebenda, 12. Dezember 1962.

Vorbereitung des VI. Parteitages diente, wurde zum Höhepunkt des Ringens der Werktätigen um die Stärkung der DDR. Unter Führung der Parteiorganisationen und der leitenden Organe der SED verschmolzen die sozialistische Erziehung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben noch fester miteinander. Der bewußte Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wurde zu einer Massenbewegung und rückte noch stärker in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. „Das begonnene Zeitalter des Sozialismus verpflichtet uns dazu", sagte der parteilose Ingenieur Wolfgang Wiechmann aus dem VEB Geräte- und Reglerwerk Teltow, „kritisch und unduldsam gegenüber dem Mittelmäßigen zu sein. Für mich bedeutet die im Parteiprogramm gegebene Orientierung auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand verstärkte Anstrengung, das ‚Q' für alle Erzeugnisse zu erreichen, die bei der Mechanisierung und Automatisierung unentbehrlich sind."[85]

Die Ideen des Programms der SED und die in ihm gewiesenen Perspektiven beflügelten die Werktätigen der DDR zu neuen Taten für die Sache des Sozialismus, zu Hunderttausenden Verpflichtungen. Die große Diskussion über den Entwurf des Programms der SED festigte die sozialistische Gemeinschaft aller Klassen und Schichten der DDR und die enge Zusammenarbeit aller Kräfte der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Gestützt auf die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, stimmten die mit der SED befreundeten Parteien und Massenorganisationen den im Programm der SED formulierten Zielen zu. Der Vorsitzende der LDPD, Max Suhrbier, sagte, daß die besten Söhne des deutschen Bürgertums stets für die hohen Ideale der Menschlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit eingetreten sind, „allein ihr Streben mußte erfolglos bleiben, solange sie sich nicht mit der Arbeiterschaft verbündeten und sich ihrer Führung anvertrauten. Wir Liberaldemokraten haben gerade diese Lehre aus der deutschen Vergangenheit gezogen und können an der Schwelle des neuen Zeitalters feststellen, daß wir damit den Interessen des ganzen Volkes dienen."[86]

Der Hauptvorstand der CDU, dessen XIII. Sitzung am 17./18. Dezember 1962 in Weimar stattfand, brachte nach einer ausführlichen Beratung in einer Entschließung zum Programmentwurf der SED zum Ausdruck: „Der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede! – In dieser Überzeugung haben wir christlichen Demokraten uns der Sache

85 Ebenda, 27. November 1962.

86 Ebenda, 25. November 1962.

des Sozialismus verschrieben, haben wir seit mehr als einem Jahrzehnt an seinem Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik tatkräftig und schöpferisch Anteil. In dieser Überzeugung werden wir durch das Programm des Sozialismus bestärkt."[87] Die christlichen Bürger der DDR wurden aufgerufen, all ihre Kräfte und Fähigkeiten für die Ziele des umfassenden Aufbaus des Sozialismus einzusetzen.

Im Namen der NDPD erklärte das Mitglied des Parteivorstandes Wolfgang Rösser, daß das „große Bündnis aller Schaffenden unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei ... unsere gemeinsame, schöne und ehrenvolle Pflicht" war und bleibt, „weil es das Unterpfand ... des Sieges des Friedens und eines glücklichen Lebens ist"[88]. Das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD Hans Rietz äußerte die Gewißheit: „So wie bisher alle unsere Programme, die auf Vorschlag und unter Führung der SED in gemeinsamer Arbeit in der Nationalen Front erfüllt wurden, so wird auch der Tag kommen, da die großen Aufgaben des gegenwärtigen Programmentwurfs verwirklicht sein werden."[89] In ausführlichen Dokumenten unterbreiteten die befreundeten Parteien und die Massenorganisationen, der FDGB, die FDJ, der DFD und der Deutsche Kulturbund, der SED viele wertvolle Vorschläge zum Programm und zur Lösung der darin gestellten Aufgaben, die in den Dokumenten des VI. Parteitages berücksichtigt wurden.

Am 12. und 13. November 1962 fand in Berlin die 2. Plenartagung des Forschungsrates der DDR statt. Auf ihr erläuterte Walter Ulbricht die neuen Aufgaben und Probleme der Wissenschaftler und Techniker bei der Gestaltung der nationalen Volkswirtschaft der DDR. Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft machte es notwendig, die Planung und Leitung von Forschung und Entwicklung nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus zu gestalten. Außerdem galt es, eine enge Zusammenarbeit der zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik und der Institute mit den Vereinigungen Volkseigener Betriebe und den sozialistischen Betrieben herzustellen. Nur dadurch war zu gewährleisten, daß die DDR in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft den Welthöchststand erreichen und mitbestimmen konnte. Die Lösung dieser Aufgabe erforderte einen beharrlichen Kampf gegen alte Gewohnheiten und gegen falsche

87 Dokumente der CDU, Bd. V, Berlin 1964, S. 94.

88 Neues Deutschland (B) (Berlin), 25. November 1962.

89 Ebenda.

Auffassungen, die sich vor allem in dem Unglauben äußerten, daß es für die DDR möglich sei, auf den für sie entscheidenden Gebieten den internationalen Entwicklungsstand mitbestimmen zu können. Der Forschungsrat stimmte nach gründlicher Beratung dem Referat Walter Ulbrichts zu und legte Richtlinien für die künftige Tätigkeit und die Struktur der zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik fest.

Während der Vorbereitung des VI. Parteitages der SED gingen dem Zentralkomitee Tausende von Schreiben zu, in denen Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung ihre zustimmenden Gedanken zum Programm äußerten und Vorschläge zu dessen Durchführung unterbreiteten. So betonten zum Beispiel das erweiterte Präsidium der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Vorstand der Forschungsgemeinschaft in einer gemeinsamen Erklärung, die von 23 führenden Gelehrten der Akademie, an erster Stelle vom Präsidenten der Akademie, Professor Werner Hartke, und von den Vizepräsidenten Professor Max Volmer, Professor Hans Frühauf, Professor Max Steenbeck und Professor Wolfgang Steinitz, unterzeichnet war: „Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin übernimmt in vollem Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung den ihr obliegenden Teil der Aufgaben, den das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begründet und erläutert. Die Akademie macht sich die mit zwingender Logik aufgestellten Forderungen dieses Programms zu eigen und stellt alle Hilfe für seine Verwirklichung bereit, über die sie in ihrem Bereich verfügt... Forschung und Technik müssen nach dem Maßstab des Höchststandes in der Welt gefördert und entwickelt werden. Die höchste Leistung in der Wissenschaft bildet eine politische Aufgabe ersten Ranges. Jeder von uns ist verpflichtet, in diesem Sinne seine Verbundenheit mit der DDR, seinem Vaterland, konsequent zu durchdenken und zu beweisen."[90]

Die Werktätigen der DDR führten die Volksaussprache über das Programm der SED und die Vorbereitung des VI. Parteitages der SED auf die ihnen eigene Weise. Sie begannen sofort damit, die materiell-technischen und ökonomischen Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in die Tat umzusetzen. Ende Oktober 1962 riefen 60 Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Wissenschaftler des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda und des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums der VVB Büromaschinen zum sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED auf. Sein

[90] Ebenda, 4. Dezember 1962.

Ziel sollte sein, so schnell als möglich den wissenschaftlich-technischen Höchststand bei den Erzeugnissen, in der Fertigungstechnik und Organisation der Produktion mit geringsten Kosten zu erreichen und mitzubestimmen. In dem Aufruf hieß es: „Die deutschen Imperialisten haben die deutsche Wertarbeit für ihre Profite und ihre Kriegsinteressen mißbraucht und mißbrauchen sie in der Westzone noch heute. In der DDR leisten wir deutsche Wertarbeit für den Wohlstand und die friedliche Zukunft unseres Volkes."[91]

Dem Aufruf zum Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED folgten die Werktätigen Zehntausender Betriebe aller Industriezweige und der Landwirtschaft, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Handwerks und des Handels, darunter auch zahlreicher Privatbetriebe und des privaten Handwerks. Dieses Echo zeigte, daß die Bedingungen herangereift waren, im sozialistischen Wettbewerb Forschung und Praxis immer enger miteinander zu verbinden und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern und den Neuerern herzustellen. Der Bundesvorstand des FDGB wandte sich von seiner 15. Tagung, die am 14. und 15. November 1962 stattfand, an alle Leitungen und Organisationen der Gewerkschaften mit dem Aufruf, die besten Erfahrungen des Wettbewerbs zu studieren und überall anzuwenden.[92] Zahlreiche Betriebe überflügelten das Büromaschinenwerk Sömmerda. Hervorragende Leistungen im Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollbrachten die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz des Edelstahlwerkes Freital, des Halbleiterwerkes Frankfurt (Oder), des Kabelwerkes Berlin-Oberspree, der Chemischen Werke Buna und der Leuna-Werke „Walter Ulbricht", des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck", des Drehmaschinenbaus Leipzig und des Leipziger „S. M. Kirow"-Werkes, der Zemag Zeitz und vieler anderer Betriebe.

In den Leuna-Werken „Walter Ulbricht" wurde bei der Reparatur zweier Kessel im Kraftwerk „Ernst Thälmann" erstmals eine neue Methode, die Induktionsglühung, angewandt. Dadurch konnte die Reparatur der Kessel in 199 Arbeitstagen beendet werden; gegenüber den herkömmlichen Reparaturmethoden wurden 313 Stillstandstage eingespart. Der erzielte ökonomische Nutzen betrug über eine Million DM. Der Initiator der neuen Methode, Diplomingenieur Rudi Flei-

91 Ebenda, 23. Oktober 1962.

92 Dokument Nr. 103.

scher, bezeichnete das Ringen um die Ausarbeitung und Anwendung der Induktionsglühung als „eine kleine Schlacht unterwegs". Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit wurde erreicht, was früher, als die Leunawerke noch zum IG-Farben-Konzern gehörten, trotz jahrelanger intensiver Bemühungen nicht gelungen war. Im VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt wurde, unterstützt durch die Vorschläge sowjetischer Wissenschaftler, damit begonnen, den weiteren Aufbau des Werkes auf der Grundlage eines komplexen Zyklogramms des Bau- und Montageablaufs für sämtliche Objekte durchzuführen. Der Übergang zur komplexen Fließfertigung leitete eine tiefgehende Umgestaltung des industriellen Investitionsbaus in der DDR ein.

Zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt leisteten auch zahlreiche Leiter halbstaatlicher Betriebe und Privatunternehmer einen wertvollen Beitrag. So führten beispielsweise Handwerker, Komplementäre und private Unternehmer, die der CDU angehörten, bis zum VI. Parteitag der SED Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten durch, die der Volkswirtschaft einen ökonomischen Nutzen in Höhe von 68 Millionen DM erbrachten.

Hervorragende Taten zur Stärkung der DDR vollbrachten Hunderttausende von Jugendlichen. Sie standen im Kampf für die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit an der Spitze. Allein die von der FDJ organisierte Bewegung, nicht genutzte Maschinen und Aggregate aufzuspüren und wieder sinnvoll einzusetzen, erbrachte im Jahre 1962 einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 460 Millionen DM. Zahlreiche Jugendobjekte, wie der Bau des Zentralflughafens Berlin-Schönefeld, des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt, das Objekt Friedländer Wiese im Bezirk Neubrandenburg und andere, entwickelten sich zu Zentren des Neuererwesens, guter Arbeitsorganisation und vorbildlicher sozialistischer Gemeinschaftsarbeit. Die Jugendbrigade „Junge Sozialisten" aus dem VEB Elektromat Dresden, die Jugendbrigade „Juri Gagarin" von der MTS Chemnitz, Kreis Neubrandenburg, und viele andere Jugendkollektive gingen beispielgebend im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Produktion voran.

Auch viele nichtberufstätige Frauen bewiesen ihre Bereitschaft, bei der ökonomischen Festigung der DDR zu helfen. Von der auf Initiative des DFD entstandenen Bewegung „Klug wirtschaften im kleinen wie im großen – unser Beitrag für das Haushaltsbuch unserer Republik" wurden bedeutsame Ergebnisse erzielt. Etwa 3000 Hausfrauen-

brigaden halfen, volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Hausfrauen waren 11,5 Millionen Stunden bei der Einbringung der Ernte tätig; sie leisteten 2,3 Millionen Arbeitsstunden in anderen Bereichen der Volkswirtschaft und 2,5 Millionen Stunden Nachbarschaftshilfe im Wohngebiet zur Unterstützung berufstätiger Frauen. Darin zeigte sich nicht zuletzt die Wirkung, die von dem Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED „Die Frauen – der Frieden und der Sozialismus" ausgegangen war.

Der sozialistische Massenwettbewerb wurde zum Höhepunkt der Vorbereitungen des VI. Parteitages der SED, die das Zentralkomitee mit den Beschlüssen seiner 14. Tagung Ende 1961 eingeleitet hatte. Durch ihre Leistungen im Produktionsaufgebot und im Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED stärkten die Werktätigen der DDR die ökonomischen Grundlagen ihres Staates. Gegenüber 1961 stieg die gesellschaftliche Bruttoproduktion im Jahre 1962 um vier Prozent, die Produktion der Industrie um sechs Prozent. Die geplante Senkung der Selbstkosten wurde überboten. Das wichtigste Ergebnis dieses Jahres war, daß die Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Betrieben der Industrie bei nahezu gleichbleibendem Lohnfonds um mehr als acht Prozent anwuchs. In der Landwirtschaft konnten die Rückschläge, die 1961 vor allem infolge äußerst ungünstiger Witterungsverhältnisse eingetreten waren, zu einem Teil überwunden werden. Das Marktaufkommen erhöhte sich bei Getreide um 11 Prozent und bei Kartoffeln um über 26 Prozent. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, auch die tierische Produktion, die 1962 wegen des Mangels an Futtermitteln abgesunken war, kontinuierlich zu steigern.

Auf Grund der Anstrengung der Arbeiterklasse und der anderen Bevölkerungsschichten und ihrer Bereitschaft, auch persönliche Opfer und Einschränkungen auf sich zu nehmen, konnten im Jahre 1962 zu einem bedeutenden Teil die schweren Verluste ausgeglichen werden, welche die westdeutschen und ausländischen Monopol- und Bankherren der DDR in der Zeit der offenen Grenze zugefügt hatten. Die Disproportionen zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes, zwischen Akkumulation und Konsumtion sowie zwischen Kaufkraft und Warenfonds wurden Schritt für Schritt überwunden.

In dem Maße, wie das erreicht wurde, konnte die Losung des Produktionsaufgebotes „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr

produzieren" zurückgezogen werden. Mit dem Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED begann die Partei den Grundsatz zu verwirklichen: „Was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und den einzelnen von Vorteil sein". Der sozialistische Wettbewerb nahm allmählich einen Inhalt an, der den neuen Erfordernissen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR entsprach.

Mit der gleichen Entschlossenheit wie für die Stärkung der DDR traten die Werktätigen für die Rechte des um seine Unabhängigkeit kämpfenden kubanischen Volkes ein. Im Herbst 1962 drohten die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus durch eine militärische Intervention das sozialistische Kuba zu vernichten. Sie beschworen die bis dahin gefährlichste internationale Krise der Nachkriegszeit herauf. Vor der Menschheit stand drohend die Gefahr der Entfesselung eines Atomkrieges. In machtvollen Aktionen protestierten die Werktätigen gegen diese gefährliche Provokation. Sie unterstützten die entschlossene und zu vernünftigen Kompromissen bereite Politik der Sowjetunion, durch die der Frieden gerettet und die Unantastbarkeit Kubas als Vorposten des Sozialismus in der westlichen Hemisphäre gesichert wurden. Die SED und die Regierung der DDR erklärten der Bevölkerung[93], daß es nach der Lösung der Krise im karibischen Raum gelte, noch entschiedener für das Gedeihen des deutschen Friedensstaates und für eine Entspannung der Lage in Deutschland zu kämpfen.

2. Der VI. Parteitag der SED. Die historische Bedeutung des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Ideologisch und organisatorisch fester und geschlossener denn je, enger mit der gesamten Bevölkerung der DDR, den befreundeten Parteien und Massenorganisationen verbunden, politisch erfahrener und gereifter – so führte die SED vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin ihren VI. Parteitag durch. Die Stirnwand der Werner-Seelenbinder-Halle, der nun schon traditionellen Tagungsstätte des höchsten Organs der SED, schmückten die Losung „Vaterland – Frieden – Sozialismus" und die Porträts Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins, deren weltverändernde Theorie auch in Deutschland ihren Siegeszug ange-

93 Dokument Nr. 102.

treten hatte. Am VI. Parteitag der SED nahm die ganze Bevölkerung der DDR Anteil; aus allen Schichten gingen ihm Tausende von Grußschreiben und zahlreiche Geschenke zu.[94]

Während die Delegierten und Gäste des Parteitages darüber berieten, wie der Kampf um den Frieden, um den Sieg des Sozialismus in der DDR und um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes weitergeführt werden sollte, vollbrachten die Werktätigen und die Parteiorganisationen, vor allem im Braunkohlenbergbau, im Verkehrswesen und in der Energieversorgung, tagtäglich heroische Arbeitstaten, um den Auswirkungen einer ungewöhnlich strengen und langanhaltenden Frostperiode zu begegnen. Dafür sprach ihnen der Parteitag seinen besonderen Dank aus.

Am VI. Parteitag nahmen 1881 Delegierte mit beschließender Stimme und 577 Delegierte mit beratender Stimme teil; sie vertraten über 1,6 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Unter den mehr als 1700 Gästen des Parteitages befanden sich Mitglieder der SED-Westberlin und der Kommunistischen Partei Deutschlands, Vertreter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der befreundeten Parteien und Massenorganisationen sowie Mitglieder und Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften Westdeutschlands und Westberlins. 70 kommunistische und Arbeiterparteien aus allen Erdteilen hatten Delegationen oder Vertreter entsandt; eine so große Anzahl von Bruderparteien war auf keinem der vorangegangenen Parteitage der SED vertreten gewesen.

Den Delegierten lagen der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und der Bericht der Zentralen Revisionskommission, der Entwurf des Programms und des neuen Statuts der SED, ein Beschluß über die Aufgaben in der Industrie, im Bauwesen sowie im Transport- und Nachrichtenwesen und der Entwurf des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Beratung vor; die Delegierten nahmen das Referat Walter Ulbrichts „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" und das Referat Erich Honeckers „Das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" entgegen. Im Geiste einer freien, schöpferischen Diskussion und in völliger Einmütigkeit wurden die Dokumente und Materialien des Parteitages erörtert und beschlossen. Ebenso einmütig wurden das Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission gewählt.

[94] Dokument Nr. 105 u. 106.

Der VI. Parteitag der SED analysierte die weltpolitische Lage und stellte fest, daß sich in der Zeit seit dem V. Parteitag im Sommer 1958 das internationale Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert hatte. Der Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wurden zunehmend durch die Erfolge der Sowjetunion und der anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems sowie durch alle anderen Kräfte bestimmt, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpften. Die Zeit, in der der Imperialismus das bestimmende Weltsystem darstellte, gehörte unwiderruflich der Vergangenheit an. Der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion war von 27 Prozent im Jahre 1955 auf 37 Prozent im Jahre 1962 gestiegen und hatte damit ihren Anteil an der Bevölkerung der Erde, der etwa ein Drittel betrug, überschritten. Die großen Errungenschaften der Sowjetunion in entscheidenden Zweigen der Wissenschaft und Technik sowie auf dem Gebiet der Militärtechnik trugen zuverlässig zum Schutz aller sozialistischen Länder und des Weltfriedens bei.

Großen Einfluß auf die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses übte auch der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems aus. In den Jahren von 1958 bis 1962 entstanden etwa 30 neue Nationalstaaten, davon allein 24 in Afrika. Die Völker weiter Gebiete der Erde zerbrachen die Fesseln der Kolonialsklaverei; sie errangen die politische Unabhängigkeit und nahmen, gegen den Widerstand der alten Kolonialherren und die imperialistische Politik des Neokolonialismus, den Kampf um ihre ökonomische Unabhängigkeit auf. Der Kreis der Staaten, die für eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz eintraten, erweiterte sich beträchtlich.

In dem noch kapitalistischen Teil der Welt nahm der Klassenkampf an Umfang und Schärfe zu. Die Zahl der Werktätigen, die sich an Streikkämpfen für die Erfüllung sozialer oder politischer Forderungen beteiligten, stieg von 25 bis 27 Millionen im Jahre 1958 auf 56 bis 62 Millionen im Jahre 1962, wobei der Umfang dieser Kämpfe besonders in den entwickelten imperialistischen Staaten anwuchs. In nahezu 40 Ländern kam es zu Streiks, die jeweils das ganze Land erfaßten, darunter zu den großen Generalstreiks in Belgien, Italien, Japan und anderen Ländern. In vielen Ländern konnten die kommunistischen und Arbeiterparteien ihren Einfluß weiter erhöhen. Die Wirklichkeit widerlegte die Behauptungen der Verteidiger des imperialisti-

schen Systems, daß sich der Kapitalismus in einen „Volkskapitalismus" verwandle und daß der Klassenkampf verschwinde. Angesichts der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus vergrößerten sich im Lager der imperialistischen Bourgeoisie die Differenzen zwischen den aggressiven, zum Krieg treibenden Kräften und jenen Kreisen, die mehr oder weniger zu einer Politik der friedlichen Koexistenz hinneigten.

Das neue Kräfteverhältnis war auch in Deutschland deutlich geworden. Die DDR begann dank der angestrengten Arbeit ihrer Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus sowie dank der brüderlichen Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der gesamten deutschen Nation auszuüben. Diese bedeutsame Tatsache war am 13. August 1961 und in der darauffolgenden Zeit sichtbar geworden. Die Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenzen der DDR hatten das internationale Ansehen des ersten deutschen Friedensstaates erhöht und notwendige Voraussetzungen für die allmähliche Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und für die Herstellung einer stabilen Friedensordnung in Deutschland geschaffen. Die Werktätigen der DDR hatten günstigere Bedingungen für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus erlangt.

Die innere Lage der DDR wurde einmal, so hob der Parteitag hervor, durch ein hohes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte charakterisiert. Die Arbeiterklasse und die anderen Bevölkerungsschichten verwandelten im Verlauf des sozialistischen Aufbaus den kleineren und ökonomisch rückständigeren Teil Deutschlands in einen der leistungsfähigsten Industriestaaten der Welt. In den Jahren von 1950 bis 1962 stieg das gesellschaftliche Gesamtprodukt von 53,8 auf 153,1 Milliarden DM, darunter in der Industrie von 34,1 auf 107,3 Milliarden DM und in der Land- und Forstwirtschaft von 6,4 auf 13,0 Milliarden DM. Die DDR, die weniger als ein Viertel der Fläche des früheren Deutschen Reiches umfaßt, erzeugte 1962 mehr als 90 Prozent der Industrieproduktion ganz Deutschlands von 1936. Das Nationaleinkommen stieg von 29,6 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 75,3 Milliarden DM im Jahre 1962. Der materielle Produktionsfonds war bedeutend erweitert und vervollkommnet worden. Im Zeitraum von 1950 bis 1962 erhöhte sich das Volumen der Gesamtinvestitionen von 3,6 Milliarden DM auf über 16 Milliarden DM jährlich, und die Produktionsgrundfonds in der gesamten Volkswirt-

schaft stiegen von etwa 96 Milliarden DM auf rund 160 Milliarden DM. Gestützt auf die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion, beseitigten die Werktätigen das vom faschistischen deutschen Imperialismus hinterlassene Chaos und die Not des Volkes; sie überwanden weitgehend die Folgen der von den Imperialisten herbeigeführten Spaltung Deutschlands. Diese Erfolge errang das befreite Volk unter schwersten Bedingungen – trotz der ungünstigen Ausgangspositionen der DDR, trotz ihrer großen Verluste sowie der ständigen Störmanöver und Angriffe seitens der militaristischen Aggressoren in der Zeit der offenen Grenze.

Zum anderen konnte der Parteitag den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR konstatieren. Von 1950 bis 1962 stieg der Anteil des sozialistischen Sektors am gesellschaftlichen Bruttoprodukt von 61,8 auf 85,5 Prozent, darunter in der Industrie von 76,5 auf 88,4 Prozent; der Anteil der sozialistischen Betriebe an der landwirtschaftlichen Nutzfläche stieg von 5,7 auf 93,3 Prozent. Im Jahre 1962 kamen 8,8 Prozent der Industrieproduktion auf die halbstaatlichen Betriebe und nur noch 2,8 Prozent auf privatkapitalistische Unternehmen. Vom Umsatz des Handels entfielen auf den sozialistischen Sektor des Großhandels 97,9 Prozent und den des Einzelhandels 77,9 Prozent. Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks, deren Zahl von 85 im Jahre 1955 auf 4114 im Jahre 1962 angestiegen war, erreichten über 35 Prozent der Leistungen des gesamten Handwerks.

Im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung waren in der DDR grundlegend neue Klassenverhältnisse und Klassenbeziehungen entstanden. Von den in der Volkswirtschaft Beschäftigten waren 1962: Arbeiter und Angestellte 81 Prozent, Mitglieder von Produktionsgenossenschaften 14,5 Prozent, Komplementäre und Kommissionshändler 0,1 Prozent, übrige Beschäftigte, nämlich Einzelbauern, private Handwerker, Groß- und Einzelhändler und freiberuflich Tätige, 4,4 Prozent.

Die Arbeiterklasse, die führende Kraft der Gesellschaft, hatte ihre historische Mission als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfolgreich verwirklicht. Ihr Klassenbewußtsein, ihre politische Reife und ihre Organisiertheit hatten einen hohen Grad erreicht. Auf dem Lande bildete sich die Klasse der Genossenschaftsbauern heraus, die freundschaftlich mit der Arbeiterklasse verbunden ist. Die alte Intelligenz und die aus den Reihen der Werktätigen hervorgegangene

neue Intelligenz verschmolzen zu einer einheitlichen Schicht, die mit ihrem Schaffen dem Volk, dem Frieden und dem Sozialismus diente. Die Mehrzahl der Angehörigen der früheren Mittelschichten und der privaten Unternehmer wurde zu sozialistisch schaffenden Werktätigen. Das durch Vertrauen und gegenseitige Hilfe gekennzeichnete Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen war zum festen, unzerstörbaren Fundament der neuen Gesellschaft geworden, auf dem sich die moralisch-politische Einheit des Volkes, die sozialistische Gemeinschaft der Menschen herausbildete. Die Arbeiterklasse hatte allen Schichten der Bevölkerung die reale Möglichkeit eröffnet, gleichberechtigt an der Leitung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur teilzunehmen. Die vom Marxismus-Leninismus geprägten Ideen der Völkerfreundschaft, des sozialistischen Internationalismus und Patriotismus wurden zu Wesenszügen des neuen gesellschaftlichen Bewußtseins. In der DDR waren die inneren Quellen des Klassenkampfes und einer kapitalistischen Restauration beseitigt; die Existenz und überlegene Stärke des sozialistischen Weltsystems machten eine Restauration des Kapitalismus von außen, durch den Export der Konterrevolution, unmöglich.

Ausgehend von diesem neuen Kräfteverhältnis in der Welt, in Deutschland und in der DDR, beantwortete der VI. Parteitag der SED die Grundfragen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und des weiteren Kampfes um die Sicherung des Friedens und die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes. Dabei spielten die Lehren eine große Rolle, die sich aus der Krise im karibischen Raum für den Kampf um den Frieden und die friedliche Koexistenz ergaben. Die Lösung dieser die ganze Menschheit bedrohenden Krise hatte offenbart, daß der Imperialismus nicht mehr wie früher schalten und walten und den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern seinen Willen aufzwingen konnte. In den kritischen Oktobertagen des Jahres 1962 hatte sich bestätigt, was die kommunistischen Parteien und die sozialistischen Länder seit Jahren gesagt hatten: daß der Krieg nicht mehr als Mittel zur Lösung irgendwelcher Streitfragen dienen kann und die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz geregelt werden müssen.

Die prinzipienfeste Politik der Sowjetunion, das entschlossene Auftreten des kubanischen Volkes und die machtvollen Forderungen der

friedliebenden Kräfte in allen Ländern der Welt hatten den USA-Imperialismus in die Schranken gewiesen. Sogar in dieser aufs äußerste zugespitzten Situation hatte es sich als möglich erwiesen, durch Verhandlungen zu einer gewissen Verständigung zu gelangen. Die Regierung der USA mußte auf eine militärische Aggression gegen Kuba verzichten und sich verpflichten, auch Angriffshandlungen anderer Länder der westlichen Hemisphäre gegen Kuba nicht zuzulassen. Das ermöglichte es der Sowjetunion, ihre auf Wunsch der kubanischen Regierung in Kuba stationierten Raketen von dort abzuziehen. Dieser Kompromiß wahrte die Interessen des kubanischen Volkes ebenso wie die Interessen des Sozialismus und des Weltfriedens. Während die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus, als gefährliche Kriegstreiber vor der Weltöffentlichkeit angeprangert, eine empfindliche Niederlage erlitten, wuchs das internationale Ansehen der Sowjetunion als Hort des Friedens und der Freiheit der Völker beträchtlich, und das kubanische Volk konnte das Werk des sozialistischen Aufbaus in Frieden fortsetzen.

Die Haltung der Sowjetunion, die die Welt vom Rande des atomaren Krieges zurückriß, stimmte vollkommen mit der von der Moskauer Beratung 1960 beschlossenen Generallinie der kommunistischen Weltbewegung überein und verhalf der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz zu einem neuen Triumph. Die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Staaten sowie der kommunistischen und Arbeiterparteien stellte sich einmütig an die Seite der Sowjetunion und billigte ihre Politik.

Zur gleichen Zeit kam es jedoch zu stärkeren Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. In dieser angespannten internationalen Situation war es vor allem die Führung der Kommunistischen Partei Chinas, die – entgegen den Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 – eine Politik der Schürung bewaffneter Konflikte betrieb und in Tendenzen des Abenteurertums verfiel. Anstatt die Kritik gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus zu richten, beschuldigte sie die Sowjetunion der „Kapitulation vor dem Imperialismus" und verleumdete die Politik der friedlichen Koexistenz als einen „Verzicht" auf den Kampf gegen den Imperialismus. Ihr Auftreten untergrub die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder und der kommunistischen Weltbewegung und begünstigte die Machenschaften der Imperialisten. Das wurde in der damaligen Zeit besonders im Zusammen-

hang mit dem bedauerlichen Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und der Republik Indien deutlich.

Die Auseinandersetzungen zwischen den marxistisch-leninistischen Kräften und den Dogmatikern und Sektierern waren nicht nur eine innere Angelegenheit der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Frage Frieden oder Krieg, Politik der friedlichen Koexistenz oder Schürung bewaffneter Konflikte berührte unmittelbar die Lebensinteressen der Völker. Deshalb bekräftigte der Parteitag nachdrücklich die Treue der SED zu den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz, wie sie in der Moskauer Erklärung von 1960 niedergelegt worden waren; er unterstützte voll und ganz die Politik des Zentralkomitees der KPdSU und der Sowjetregierung zur Sicherung des Weltfriedens und zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen. In der gleichen Weise traten die Vertreter der Bruderparteien, außer dem Leiter der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, Wu Sjiu-tjüan, auf und begrüßten die eindeutige Stellungnahme des Parteitages. Sie erklärten ihrerseits ohne Ausnahme, daß sie den Kampf der SED gegen die Revanchepolitik des westdeutschen Militarismus, für den Frieden und die friedliche Koexistenz in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten billigen und unterstützen.

Der VI. Parteitag bezog die Schlußfolgerungen, die sich aus der Krise im karibischen Raum ergaben, in schöpferischer Weise auf die komplizierte Lage in Deutschland. Er unterstrich, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems nach wie vor eine dringende Aufgabe darstellen, deren Bewältigung dazu dient, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und die Gefahren für den Frieden, die aus der Politik der Revanche und der Atomaufrüstung des westdeutschen Imperialismus erwuchsen, zu bannen. Der Parteitag sprach sich dafür aus, die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und eine provisorische Regelung der Westberlinfrage, die während der Krise im karibischen Raum eingestellt worden waren, mit dem Ziel fortzuführen, Schritt für Schritt zu einer Verständigung zu gelangen. Zugleich ergriff er erneut die Initiative, um den Weg für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu bahnen und zunächst wenigstens ein Minimum an sachlichen und normalen Beziehungen zu erreichen. Im Auftrag des Politbüros des Zentralkomitees schlug Walter Ulbricht vor, ein Ab-

kommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten abzuschließen, und unterbreitete dafür folgende Punkte:

„1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates und seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung in jeder Form.

2. Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates. Feierlicher Verzicht auf alle Versuche und Bestrebungen, diese Grenzen anzutasten oder zu verändern ...

3. Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.

4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Verpflichtung, die Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen ...

5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutscher Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs. Unterlassung jeder Diskriminierung und nicht gleichberechtigten Behandlung der Bürger beider deutscher Staaten im In- und Ausland.

6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ...

7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten mit dem Ziel, den Handel zwischen ihnen zu erweitern und zu entwickeln."[95]

Der Parteitag erklärte sich gleichzeitig bereit, auch über westdeutsche Vorschläge, die den gleichen Zielen dienen, zu verhandeln. Mit diesem Sieben-Punkte-Programm schuf der Parteitag eine geeignete Grundlage, auf der sich alle am Frieden interessierten Kräfte in ganz Deutschland zum gemeinsamen Kampf für eine Politik der friedlichen Koexistenz und der nationalen Vernunft zusammenschließen können.

Geleitet von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daß der Sozialismus seinen maßgeblichen Einfluß auf den gesellschaftlichen Fortschritt durch die Kraft des Beispiels seines ökonomischen, politischen und geistig-kulturellen Aufbaus ausübt, stellte die Parteiführung in den Mittelpunkt der Beratungen des Parteitages das Programm

95 Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus ... In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. I, S. 61/62.

der SED. Im Auftrag des Zentralkomitees begründete Walter Ulbricht dieses wichtigste Dokument der Partei und erläuterte die Hauptaufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ergaben.

In der Diskussion ergriffen 39 Delegierte das Wort, weitere 181 Wortmeldungen lagen noch vor, als am vierten Verhandlungstag die Beratungen über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen wurden. In den Nachmittagsstunden des 18. Januar 1963 erhoben die Delegierten des Parteitages das Programm einmütig zum Beschluß. Sie bestätigten gleichzeitig das Referat Walter Ulbrichts. Jubel und Begeisterung erfüllten nach der Abstimmung die Werner-Seelenbinder-Halle. Die Delegierten und Gäste erhoben sich von den Plätzen und bekundeten durch langanhaltenden Beifall ihre Zustimmung zum Programm und ihr Vertrauen zur Politik des Zentralkomitees der SED. Die Werktätigen der DDR und die Vertreter der Bruderparteien nahmen den Beschluß des Parteitages mit großer Befriedigung auf.

Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, so führte Walter Ulbricht aus, *„ist fest begründet auf der Weisheit und Erfahrung der internationalen marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung und vor allem auf den wegweisenden Erfahrungen und Erkenntnissen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die im Programm des Kommunismus auf dem XXII. Parteitag niedergelegt sind.*

Aber unser Programm, das den Weg zum Glück des deutschen Volkes zeigt, vermittelt zugleich dem ganzen Volk die Lehren der eigenen Geschichte und die sich daraus ergebenden geschichtlichen Aufgaben. Sie gipfeln in der Errichtung eines einheitlichen deutschen Friedensstaates, eines Staates ohne Militaristen und Imperialisten, eines Staates der Demokratie und des Sozialismus."[96]

115 Jahre zuvor hatten Karl Marx und Friedrich Engels der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse im „Manifest der Kommunistischen Partei" ihr erstes wissenschaftliches Programm gegeben; dessen unsterbliche Ideen erhellten den gesamten weiteren Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung. In den ersten fünfzig Jahren der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland markierten das Eisenacher Programm von 1869, das Gothaer Programm und die Programmkritik Karl Marx' und Friedrich Engels' aus dem Jahre 1875 und das Erfurter Programm von 1891 deren Ent-

[96] Ebenda, S. 35.

wicklung. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wiesen das Programm des Spartakusbundes vom Oktober 1918 und des Gründungsparteitages der KPD, die Programmerklärung des Zentralkomitees der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD vom Jahre 1935 sowie der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 und die 1946 vom Vereinigungsparteitag beschlossenen Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Weg zur Lösung der nationalen Hauptaufgabe: zum Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus und zur Errichtung einer friedlichen, demokratischen Ordnung in Deutschland. Zu Beginn der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts proklamierte die 2. Parteikonferenz der SED im Jahre 1952 den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe in der DDR.

Lang, schwer und opferreich war der Weg, den die deutsche Arbeiterklasse zurücklegen mußte, ehe sie zunächst in einem Teil Deutschlands den Sieg errang. Sie erlitt Rückschläge und lernte die Bitternis mancher Niederlage kennen. Aber der unbeugsame, heroische Kampf von Generationen deutscher Arbeiter und ihrer besten Führer – Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht – verhalf den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung und den wahren nationalen Interessen zum Durchbruch. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse stählte sich in vielen harten Prüfungen und lernte, die richtige Strategie und Taktik auszuarbeiten.

Die Kontinuität des Weges vom „Manifest der Kommunistischen Partei" bis zum Programm der SED beweist, daß der Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten über die Feinde des Volkes unaufhaltsam ist. Auch für Deutschland gilt: Die Geschichte verläuft so, wie es Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin vorausgesagt haben. In der DDR wurden die grundlegenden Forderungen aller vorangegangenen Programme der Arbeiterbewegung und ihrer Dokumente programmatischen Charakters erfüllt. Das Kommunistische Manifest war das Programm von nur einigen hundert Kommunisten. Das Programm der SED reicht weit über den Rahmen der Partei hinaus. Es ist das Programm des Volkes, das von der Arbeiterklasse und den anderen Schichten der Bevölkerung anerkannt und verwirklicht wird.

Das Programm der SED wird mit der Feststellung eingeleitet: „Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus. Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude ... In der neuen Gesellschaft gilt der Grundsatz: Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk.

Die Deutsche Demokratische Republik ist in dieses neue, das sozialistische Zeitalter in Deutschland bereits eingetreten."[97]

Die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – dereinst von der aufstrebenden Bourgeoisie verfochten, von der imperialistischen Bourgeoisie schon längst verraten und für reaktionäre Zwecke mißbraucht – konnten erst von der Arbeiterklasse und nur im Sozialismus verwirklicht und mit realem Inhalt erfüllt werden.

Gestützt auf die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, kennzeichnet das Programm die charakteristischen Wesenszüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sozialismus bedeutet, daß die fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten die Macht in ihre starken Hände genommen hat. Alle Machtorgane dieser zutiefst demokratischen Staatsmacht, wie Justiz, Armee und Polizei, dienen den Interessen der Arbeiter und Bauern und des gesamten werktätigen Volkes.

Im Sozialismus gehören alle wichtigen Produktionsmittel – die Fabriken, Werke und Eisenbahnen, die Bodenschätze, die Felder, Gewässer und Wälder – dem Volke, das sie erschließt, mit ihnen arbeitet und immer neuen Reichtum schafft. Die Arbeit von Millionen fleißiger Menschen des hochbegabten Volkes dient nicht mehr dem Profit weniger kapitalistischer Ausbeuter und Großgrundbesitzer, sondern der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der jedes Werktätigen. An die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, die Krisen und Arbeitslosigkeit hervorbringt, tritt die planmäßige Leitung und Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft gemäß dem höchsten Stand der Wissenschaft und Technik.

Der Sozialismus verlangt eine hohe Arbeitsproduktivität, die Er-

97 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, S. 297.

reichung und Mitbestimmung des Weltniveaus in der Produktion. Das erfordert, die fortgeschrittene Wissenschaft und Technik anzuwenden, die modernsten Produktionsverfahren zu meistern und die Volkswirtschaft qualifiziert zu leiten und zu organisieren. Darin besteht die Grundbedingung für die ständige und planmäßige Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes. Im Sozialismus, der die persönliche Leistung des einzelnen würdigt, gilt der Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".

Sozialismus bedeutet weiterhin Freiheit von Ausbeutung und von Furcht vor dem morgigen Tag. Das Bildungsmonopol der kapitalistischen Klasse ist beseitigt. Für alle Werktätigen bestehen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten. Alle Errungenschaften der Kultur, Wissenschaft und Technik stehen ihnen zur Verfügung. Jeder hat die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu entwickeln, Bildung zu erwerben und seine Persönlichkeit zu entfalten. Es herrscht völlige Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann, Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Weltanschauung, Religion und Rasse, der Nationalität und sozialen Stellung.

Im Sozialismus sind die Beziehungen der Menschen zueinander durch kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe gekennzeichnet. Die Gemeinschaft freier Menschen, die durch freie und schöpferische Arbeit verbunden sind, beginnt Wirklichkeit zu werden. Die Ideale der sozialistischen Moral – sozialistischer Patriotismus und Internationalismus, Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft, Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen, sozialistische Arbeitsdisziplin – befähigen die Gemeinschaft und den einzelnen, für das Wohl des Volkes und für den Frieden in der Welt zu handeln.

Sozialismus bedeutet schließlich, daß es keine Klassen mehr an der Macht gibt, die an der Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes oder fremder Völker, an Krieg und Eroberung interessiert sind. Der Sozialismus ist deshalb die sichere Grundlage für die Freundschaft der Völker und ihr friedliches Zusammenleben – er ist der Friede.

Diese Kennzeichnung im Programm vermittelt allen Bürgern der DDR eine klare Vorstellung darüber, was der Sozialismus ist und was er erfordert. Sie widerlegt die von der imperialistischen Bourgeoisie seit Jahrzehnten verbreiteten Verleumdungen wie auch die von manchen Führern der Sozialdemokratie über den Sozialismus verbreiteten

Auffassungen. Diese Definition des Sozialismus hilft den Werktätigen Westdeutschlands, sich von den Fesseln der antikommunistischen Hetze zu befreien.

Im Programm der SED fanden das theoretische Denken und die wissenschaftliche Politik der Partei ihren bis dahin höchsten Ausdruck. Die Lehren des Marxismus-Leninismus und die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung wurden auf die in der DDR und in ganz Deutschland entstandene historische Situation angewandt. In der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR und der neuen Phase der Auseinandersetzung zwischen den beiden entgegengesetzten Systemen in Deutschland erlangten die marxistisch-leninistische Theorie, die theoretische Einsicht und die auf ihr beruhende politische Voraussicht größere Bedeutung denn je zuvor. Das Programm setzt sich offensiv mit der Ideologie und Politik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus auseinander; in ihm spiegeln sich zugleich die Erfahrungen der SED im Kampf gegen den Revisionismus wie auch gegen den Dogmatismus und das Sektierertum wider.

Den durchgehenden Grundgedanken des Programms bildet die marxistisch-leninistische Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse, die als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Interessen des ganzen Volkes, der Nation vertritt. Das Programm bringt die Einheit von sozialistischem Internationalismus und sozialistischem Patriotismus zum Ausdruck und hebt die geschichtliche Aufgabe der DDR hervor, als Pionier des deutschen Volkes das Fundament eines künftigen einheitlichen, friedlichen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands zu schaffen. Aus der spezifischen Stellung, die Deutschland in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus einnimmt, erwachsen der DDR hohe Aufgaben und eine besondere Verantwortung. Sie kann ihre nationalen und internationalen Verpflichtungen, wie das Programm begründet, nur als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und in enger Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erfüllen.

Im Ersten Teil des Programms werden die wichtigsten Erkenntnisse über Weg und Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse zusammengefaßt. Karl Marx und Friedrich Engels wiesen als erste wissenschaftlich nach, daß die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus gesetzmäßig ist. Diese historische Gesetzmäßigkeit ergibt sich aus dem

Grundwiderspruch des Kapitalismus: dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Produkte. Im monopolistischen Stadium des Kapitalismus spitzen sich dieser Grundwiderspruch und die anderen Widersprüche des Kapitalismus derart zu, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution unausweichlich wird.

Entgegen den Behauptungen der imperialistischen Großbourgeoisie, diese vom Marxismus-Leninismus vorausgesagte Entwicklung sei für Deutschland nicht gültig, führt das Programm den schlüssigen Beweis: Die Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals und Militarismus und die Errichtung des Sozialismus ist die entscheidende Lebensfrage für die deutsche Nation. Zwei vom deutschen Imperialismus entfesselte Weltkriege stürzten das Volk in tiefe nationale Katastrophen. In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, nachdem ein sozialistisches Weltsystem entstanden ist und auch in einem Teil Deutschlands ein starker sozialistischer Staat geschaffen wurde, ist die Lösung dieser nationalen Grundaufgabe noch dringender geworden. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, dessen Herausbildung in Westdeutschland vollendet ist, konnte weder den Charakter des Kapitalismus verändern noch die Widersprüche des Imperialismus aufheben oder überwinden. Die Zurückdrängung der Macht der Monopole und die Schaffung demokratischer Verhältnisse durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte ist unerläßlich, um auch in Westdeutschland auf friedlichem, demokratischem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehen zu können.

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR hat den Aktionsradius des Imperialismus in Deutschland eingeschränkt, dessen Positionen geschwächt und eine völlig neue Lage im Kampf um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes geschaffen. Das Programm der SED widerlegt die Hetze der imperialistischen Bourgeoisie, die revolutionäre Umwälzung sei „gegen den Willen des Volkes" durch einen „gewaltsamen Export der Revolution" erfolgt, und verallgemeinert die wichtigsten Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung und der sozialistischen Revolution in der DDR. Von diesen Erfahrungen besitzen vor allem die folgenden große nationale und internationale Bedeutung: die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage; die Durchsetzung der Hegemonie der Arbeiterklasse mit Hilfe der Blockpolitik und der Natio-

nalen Front des demokratischen Deutschland; die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in Gestalt des Mehrparteiensystems; die Durchführung der sozialistischen Umwälzung auf friedlichem, demokratischem Wege und andere mehr. Die Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus wurde erstmals in einem hochentwickelten ehemals imperialistischen Land unter neuen historischen Bedingungen bewiesen.

Die SED, die das werktätige Volk zum Sozialismus führte, ging dabei von der Erkenntnis aus, daß die sozialistische Entwicklung der DDR allen Erfordernissen der Nation und den Lebensinteressen des deutschen Volkes entspricht, denn sie verheißt dem Volk Frieden, Wohlstand und eine glückliche Zukunft. Die DDR als der rechtmäßige deutsche Staat ist das Fundament für den Kampf des ganzen deutschen Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

In ihrem Programm legt die SED ihren prinzipiellen Standpunkt zur Lösung der nationalen Frage als einer sozialen Machtfrage dar. Sie hält unverrückbar daran fest, die von den imperialistischen Westmächten im Komplott mit dem westdeutschen Monopolkapital vollzogene Spaltung zu überwinden und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Dieses Ziel kann jedoch nur im Frieden erreicht werden. Nach den verheerenden Folgen zweier Weltkriege und angesichts der noch größeren Gefahren eines Atomkrieges betrachtet die SED die Sicherung der Nation gegen Krieg und Vernichtung als die Hauptfrage unserer Zeit. Gesicherter Frieden und Einheit Deutschlands sind nur möglich, wenn in Westdeutschland die Macht der Monopol- und Bankherren, Großgrundbesitzer und Militaristen überwunden wird.

Das Programm zeigt den demokratischen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, die einzig echte und wirksame Alternative zu der von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands betriebenen Revanchepolitik und der Atomkriegsvorbereitung. Dieser Weg besteht darin, in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Deren geeignetste Form stellt eine Konföderation der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik dar, der sich auch das besondere Gebiet Westberlin anschließen könnte. In ihrem Rahmen könnten gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur allmählichen Überwindung der Spaltung Deutschlands vereinbart und durchgeführt werden. Die SED erstrebt den Sieg des Sozia-

lismus in ganz Deutschland nicht mit Hilfe eines Krieges, sondern sie will dieses Ziel durch den friedlichen ökonomischen, politischen und geistigen Wettbewerb erreichen.

In diesem schwierigen und langwierigen Ringen muß die DDR die Überlegenheit des Sozialismus allseitig und immer nachdrücklicher beweisen und dadurch die festen Grundlagen dafür schaffen, daß „in ganz Deutschland die Arbeiterklasse die Führung übernimmt, die Monopolbourgeoisie auch in Westdeutschland entmachtet und die nationale Frage im Sinne des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts gelöst wird"[98].

Das Programm der SED zeigt allen Bürgern, wie die DDR ihrer geschichtlichen Rolle in der gegenwärtigen Periode gerecht werden kann. Es enthält in seinem Zweiten Teil einen konkreten, wissenschaftlich fundierten Plan für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Darin sind die theoretischen Erkenntnisse und politischen Erfahrungen der Partei mit den Wünschen und Gedanken des Volkes zu einem geschlossenen Ganzen vereint. Um den Sozialismus in der Gestalt, wie er im Programm gekennzeichnet wird, Wirklichkeit werden zu lassen, bestehen die Hauptaufgaben seines umfassenden Aufbaus darin:

1. die nationale Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln, die Produktion und die Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik weiter rasch zu steigern, um das Leben der Werktätigen angenehm und schön zu gestalten, um ihre wachsenden Bedürfnisse besser zu befriedigen und das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung" voll zu verwirklichen;

2. die neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen zu entwickeln und zu vertiefen sowie hohes Bewußtsein, Arbeitsfreude und Ergebenheit gegenüber den Interessen der Gesellschaft zu hervorragenden Eigenschaften der Menschen der sozialistischen Gesellschaft werden zu lassen;

3. Bildung und Kultur zum Besitz aller Werktätigen zu machen, um ihr Dasein zu bereichern und ihre Persönlichkeit zu entwickeln;

4. die Deutsche Demokratische Republik zu einem modernen sozialistischen Staat zu formen, der der ganzen Welt gegenüber das neue Deutschland verkörpert, dessen Friedenspolitik, Ansehen und Anziehungskraft seine Bürger mit Stolz erfüllen.

98 Ebenda, S. 337.

Die marxistisch-leninistische Partei sieht ihre höchste Pflicht und Ehre darin, die Interessen des Volkes zu vertreten und dem Volk zu dienen, getreu dem Grundsatz „Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen". Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, läßt sich die SED davon leiten, die Talente des Volkes, alle schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten der Werktätigen, vor allem auch der Frauen und der Jugend, maximal zu entfalten und die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse immer besser zu befriedigen. Die gesamte Tätigkeit der Partei ist darauf gerichtet, den neuen Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu formen, der die Gesetze der Natur und der Gesellschaft meistert und bewußt sein Leben gestaltet. In der Etappe der Vollendung des Sozialismus sind neue und komplizierte Aufgaben zu erfüllen. Bei ihrer Bewältigung wachsen die Werktätigen zu vielseitig gebildeten Persönlichkeiten, wächst das sozialistische Kollektiv. Durch die von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Arbeit und die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft wird das Glück des Volkes gestaltet.

Die Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus ist objektiv notwendig, um den Sozialismus zum Siege zu führen. Sie ist ebenso notwendig, um den westdeutschen Imperialismus im ökonomischen Wettbewerb zu besiegen, das heißt ihn auf dem Gebiet der materiellen Produktion zu überflügeln. In dieser Hinsicht werden an die DDR besondere Ansprüche gestellt; sie steht unmittelbar der in ökonomisch-technischer Hinsicht entwickeltsten imperialistischen Macht in Westeuropa gegenüber und muß im Wettbewerb mit ihr die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung beweisen.

Die großen wissenschaftlichen Umwälzungen und die technische Revolution sowie die Erfolge des Sozialismus veränderten frühere Maßstäbe und knüpften höhere Anforderungen an den Sieg des Sozialismus. Dieser erfordert infolgedessen, wie das Programm der SED betont, ein hohes Niveau der Produktion und der Arbeitsproduktivität, die volle Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ein entsprechendes System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Die stürmischen Fortschritte der Naturwissenschaften und die rasche Überführung ihrer Erkenntnisse in die Produktion hatten zur Folge, daß sich die Wissenschaft immer mehr in eine Produktivkraft verwandelte und daß ihr Anwendungsbereich sich bedeutend erweiterte. Be-

reits Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin hatten die Entwicklung von Wissenschaft und Technik stets aufmerksam verfolgt und gelehrt, welche große Bedeutung ihnen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen zukommt. Ihren Hinweisen folgend und in der richtigen Erkenntnis, daß Wissenschaft und Technik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein größeres Gewicht als je zuvor erhalten, nahm die SED in ihr Programm – erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – einen besonderen Abschnitt über die Rolle der Wissenschaft auf. Darin wurden die Funktion und die Aufgaben der Natur- und der Gesellschaftswissenschaften beim umfassenden Aufbau des Sozialismus genau bestimmt sowie die Schwerpunkte und die Wege ihrer weiteren Förderung festgelegt.

„Die von den Fesseln der kapitalistischen Monopolherrschaft befreite Wissenschaft kann sich in der sozialistischen Gesellschaft frei entfalten. Die Wissenschaft... beruht auf dem Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis und besitzt im dialektischen Materialismus eine feste wissenschaftliche Grundlage... Ihre Ergebnisse dienen dem Wohl des gesamten Volkes. Von der raschen und allseitigen Entwicklung der Wissenschaft wird in hohem Maße die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in der Sphäre der materiellen Produktion und im geistig-kulturellen Leben bestimmt... Die Durchsetzung und Entwicklung der Wissenschaft wird auf allen Gebieten des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens zur allmählichen Überwindung der von der alten Klassengesellschaft überlieferten Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Stadt und Land führen."[99] Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus wird die zunehmende Durchdringung und die qualifiziertere Leitung der naturgeschichtlichen und der gesellschaftlichen Prozesse nach den Erkenntnissen und mit den Methoden der Wissenschaft zu einem der vordringlichsten Anliegen der SED, des Staates und aller gesellschaftlichen Organisationen.

Die Wissenschaft als Produktivkraft bestimmt und steuert den Prozeß der technischen Revolution, deren Verwirklichung in der DDR das Programm der SED als wesentlichen Bestandteil des umfassenden Aufbaus des Sozialismus kennzeichnet. Entsprechend den Anforderungen, die sich aus der technischen Revolution für die Gestaltung der nationalen Volkswirtschaft der DDR ergeben, legte das Pro-

[99] Ebenda, S. 359.

gramm fest, in den führenden Zweigen der Industrie, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik – vor allem die Automatisierung, die Anwendung der Kybernetik, der Chemisierung und der Atomenergie – durchzusetzen, fortgeschrittene Produktionsmethoden und Technologien einzuführen sowie neuartige Rohstoffe zu schaffen und zu nutzen. Durch die Anforderungen, die sich aus der technischen Revolution ergaben, wurde der neue Inhalt der Arbeiterbewegung bereichert. Die objektive Notwendigkeit, entschieden und bewußt für die technische Revolution einzutreten, gebot der Arbeiterklasse, die aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt erwachsenden komplizierten Aufgaben und gesellschaftlichen Folgen zu meistern.

Die SED hatte der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte von jeher erstrangige Bedeutung beigemessen – sowohl für die Errichtung des Sozialismus als auch für die Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus. Solange jedoch der Kampf zwischen den beiden Systemen in Deutschland bei offener Grenze geführt werden mußte, hatte die Erhaltung des Friedens als wichtigste politische Aufgabe von den Werktätigen der DDR bedeutende Opfer erfordert. Durch den kalten Wirtschaftskrieg, den die westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitiker gegen die DDR geführt hatten, war es nicht möglich gewesen, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus uneingeschränkt zur Wirkung zu bringen, und die Lösung verschiedener ökonomischer Aufgaben war verzögert worden.

Mit den Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenzen der DDR, die der Ausplünderung der Republik durch das westdeutsche Monopolkapital ein Ende gesetzt hatten, waren wichtige Bedingungen geschaffen worden, um die ökonomischen Gesetze des Sozialismus besser und vollständiger auszunutzen. Die ökonomische Stärkung und die Lösung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus wurden zur wichtigsten Voraussetzung dafür, daß die DDR ihre nationale Mission erfüllen kann.

Entsprechend dieser veränderten Lage, hebt das Programm der SED besonders die Notwendigkeit hervor, das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus sowie das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, das Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität, das Gesetz der Verteilung nach der Leistung und das Wertgesetz auszunutzen und anzuwenden. Davon hängen der gesellschaftliche Fortschritt und die weitere Hebung

des Lebensniveaus des Volkes ab. Ebenso wird dadurch die Entwicklung der Produktivkräfte, der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Beziehungen gewährleistet.

Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, heißt es im Programm, „bestimmt die Aufgabe der sozialistischen Produktion: ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft"[100].

Die weiteren ökonomischen Gesetze des Sozialismus und deren Erfordernisse werden im Programm in folgender Weise gekennzeichnet:

„Die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert die bewußte harmonische Entwicklung der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft, ihrer Wechselbeziehungen, ihrer Größenverhältnisse und ihres Entwicklungstempos. Sie erfordert ein richtiges Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn und einen optimalen Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit. Das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft ist die Grundlage der sozialistischen Planung. Die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten verlangen die konsequente Anwendung der fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Produktion, die komplexe sozialistische Rationalisierung der Produktionsprozesse unter aktiver Mitwirkung aller Werktätigen ...

Das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung erfordert, daß der Lohn der Leistung entspricht; es verbindet die persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen und spornt dadurch zu höheren Leistungen an. Das Wertgesetz ist das entscheidende Instrument zur Ermittlung und Kontrolle des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes. Seine richtige Ausnutzung zeigt sich in strenger Sparsamkeit bei der Verwendung von Arbeit, Material und finanziellen Mitteln und bewahrt vor volkswirtschaftlichen Verlusten."[101]

Ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus, be-

100 Ebenda, S. 338/339.

101 Ebenda, S. 339/340.

steht die zentrale Aufgabe der SED auf ökonomischem Gebiet beim umfassenden Aufbau des Sozialismus darin, die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik entsprechend den besonderen Entwicklungsbedingungen der Republik zu gestalten.

Die ökonomische Zielsetzung des Programms der SED schließt eine für den weiteren Kampf um die Sicherung des Friedens und die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes höchst bedeutungsvolle Aufgabe ein. Es kommt darauf an, durch die Verwirklichung der technischen Revolution und eine neue Qualität der Planung und Leitung die aus der kapitalistischen Vergangenheit herrührende Zersplitterung der Volkswirtschaft und ihre im Gefolge der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen vollständig zu überwinden. Die Lösung dieser Aufgabe bedeutet, die nationale Volkswirtschaft der DDR von der Wirtschaft Westdeutschlands, die von den großen Monopolen beherrscht wird, völlig unabhängig zu machen – ein Ziel, das bis dahin noch nicht vollkommen hatte erreicht werden können. Die Herstellung der ökonomischen Unabhängigkeit der DDR hat, entgegen den Behauptungen der Ideologen des westdeutschen Monopolkapitals, nichts mit irgendwelchen Autarkiebestrebungen zu tun; sie schafft im Gegenteil bessere Bedingungen für die Ausdehnung des Handels zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die ökonomischen Bedürfnisse und Interessen der DDR machen es notwendig, die nationale Volkswirtschaft der DDR organisch in das sich herausbildende sozialistische Weltwirtschaftssystem einzugliedern. Die sinnvolle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ermöglicht es, die Kräfte und Mittel für Forschung, Entwicklung und Produktion in der ökonomisch wirkungsvollsten Weise einzusetzen und schneller den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen und mitzubestimmen. Der VI. Parteitag der SED unterstrich, daß sich die SED von den Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung leiten läßt, die im Juni 1962 auf einer Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau beschlossen worden waren.

Die internationale sozialistische Arbeitsteilung, die Spezialisierung und Kooperation, die die Interessen der einzelnen sozialistischen Länder auf das zweckmäßigste mit den Interessen des gesamten sozialistischen Weltsystems verbindet, stellt eine objektive Notwendigkeit dar.

Sie erwächst aus dem Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Maßstab des sozialistischen Weltsystems. Durch die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern entsprechend den Bedingungen der technischen Revolution können die Vorzüge der sozialistischen Ordnung im Rahmen der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten am wirkungsvollsten genutzt werden. Auf diesem Wege kann die von der Moskauer Beratung 1960 gestellte Aufgabe, dem Imperialismus die Niederlage auf dem Gebiet der materiellen Produktion zu bereiten, schneller erfüllt werden.

Die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft der DDR zur planmäßig, klug und zweckmäßig gestalteten Wirtschaft eines hochentwickelten Industrielandes verlangt, daß ihre führenden Zweige, die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität und die rasche Hebung des Volkswohlstandes bestimmend sind, vorrangig gefördert werden. Als solche Zweige werden im Programm der SED genannt: die chemische Industrie, besonders die Petrolchemie; die metallurgische Industrie der zweiten Verarbeitungsstufe; die Elektrotechnik, die Elektronik und jene Zweige des Maschinenbaus, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und Automatisierung bestimmen; der wissenschaftliche Gerätebau; die Energiewirtschaft und das Verkehrswesen.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft besteht die Aufgabe beim umfassenden Aufbau des Sozialismus darin, alle volkseigenen Güter und LPG zu hochproduktiven sozialistischen Betrieben zu entwickeln, damit die Bevölkerung noch besser mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen aus eigener Produktion versorgt werden kann. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion gebietet die Ausnutzung der Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die gute genossenschaftliche Arbeit, die Anwendung der fortgeschrittensten Erkenntnisse der Wissenschaft, die Entwicklung und den Einsatz der neuen Technik sowie die Durchsetzung sozialistischer Prinzipien der Leitung und Organisation der landwirtschaftlichen Betriebe. Auch in der Landwirtschaft ist die Entwicklung eines neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung erforderlich. Durch die systematische Erhöhung der Produktion leisten die Genossenschaftsbauern und Landarbeiter ihren wichtigsten Beitrag zur Stärkung der DDR. Der allmähliche Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden

wird die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen auf dem Lande tiefgehend beeinflussen. Im Verlauf dieses Prozesses werden sich deren materielle und kulturelle Lebensverhältnisse denen der Stadtbevölkerung annähern.

In Übereinstimmung mit der im Programm niedergelegten ökonomischen Konzeption zum umfassenden Aufbau des Sozialismus erörterte der VI. Parteitag der SED die Richtlinien eines neuen Perspektivplans für die Jahre 1964 bis 1970. Die Vorarbeiten, die dazu im Verlauf des Jahres 1962 von den Organen der Partei und Regierung, dem Forschungsrat und zahlreichen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften geleistet worden waren, erlaubten dem Parteitag, die vorläufigen Hauptkennziffern des neuen Perspektivplanes zu beschließen. Die Industrieproduktion soll bis 1970 um mehr als die Hälfte gegenüber dem Stand von 1963 erhöht werden und etwa einen Wert erreichen, der sechsmal so groß sein wird wie im Jahre der Gründung der DDR. Für das Volkseinkommen ist ein Wachstum um mehr als ein Drittel geplant. Die Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie soll gegenüber 1963 um nahezu zwei Drittel gesteigert werden. In bezug auf die staatlichen Investitionen pro Jahr soll bis 1970 ein Wachstum von etwa zwei Dritteln, verglichen mit 1963, erreicht werden. Der Parteitag beauftragte das Zentralkomitee und die verantwortlichen staatlichen Organe, einen optimalen und genau bilanzierten Perspektivplan auszuarbeiten, der den höchsten ökonomischen Nutzeffekt sichert.

Dem Vermächtnis W. I. Lenins folgend, daß der Sozialismus den Kapitalismus durch eine höhere Arbeitsproduktivität besiegen muß, wies der VI. Parteitag der SED mit Nachdruck darauf hin, daß alle Kräfte für eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgeboten werden müssen. Zu Beginn der sechziger Jahre lag die Arbeitsproduktivität in der DDR durchschnittlich um etwa 25 Prozent niedriger als in Westdeutschland. Das war durch historische Umstände bedingt. Bereits im kapitalistischen Deutschland hatte es eine beträchtlich von West nach Ost verlaufende Abstufung der Produktivität gegeben. Infolge der Auswirkungen des faschistischen Raubkrieges und der Spaltung Deutschlands, der ungünstigen Startbedingungen der DDR und des gegen sie geführten Wirtschaftskrieges hatte dieses Gefälle noch nicht überwunden werden können. Es kam hinzu, daß führende Monopolgruppen Westdeutschlands frühzeitig die Bedeutung der technischen Revolution erkannten und sie zur Steigerung der



Unterzeichnung des Wettbewerbsaufrufes der Werktätigen des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda zu Ehren des VI. Parteitages der SED, Oktober 1962



Auf der Kreisdelegiertenkonferenz Annaberg der SED überreicht Hermann Matern einem Mitglied der FDJ die Kandidatenkarte, Mai 1962

Im VEB Wälzlagerwerk „Josef Orlopp" in Berlin wird in Anwesenheit Paul Verners die erste vollautomatische Fließstraße zur Herstellung von Wälzlagern in Betrieb genommen, 6. Oktober 1962



Heute auf der Seite 5 unser großes 3000-DM-Preisausschreiben

Berlin, Mittwoch, 12. Dezember 1962
16 PFENNIG

Nr. 289 / 18. Jahrgang (Berliner Ausgabe)

Der Morgen

ZENTRALORGAN DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Dr. Suhrbier vor dem LDPD-Zentralvorstand:

Alle Kraft der Partei für den Massenwettbe[illegible]orb



Bonn verfolgt Atom-Arzt Prof. Dr. Schmidt



- Zahlreiche Parteifreunde arbeiten
- Leitungstätigkeit auf Massenwettb
- PA wird dem ZK der SED Vorwürfe
- Regierung antwortete auf Anfrage

Das Mathesius „himmliche Fundgrube" Seite 3 Der neue Kult auf dem Planeten Erde Seite 2

NEUE ZEIT

ZENTRALORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

18. JAHRGANG – NR. 290 MONTAG, 10. DEZEMBER 1962 BERLINER AUSGABE / 10 PFENNIG

Vorschläge der CDU zum VI. Parteitag überreicht

Mitglieder des Präsidiums des Hauptvorstandes bei Hermann Matern
Schreiben an Walter Ulbricht



Sie lesen auf Seite 3: Vom „Telistor" bis zum neuen „Trabant"

National Zeitung

AUSGABE BERLIN

DAS BLATT DER NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Jahrgang 14 Nr. 12 Berlin, Dienstag, 15. Januar 1963 15 Pfennig



Unsere Partei grüßt den VI. Parteitag der SED

An den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspar

Lesen Sie heute Seite 3: Ein Stahlschmelzer sprach zu Bauern

Ausgabe A

Bauern-Echo

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN BAUERNPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 12 16. Jahrgang Dienstag, 15. Januar 1963 Einzelpreis 10 Pfennig

Gruß des Parteivorstandes an den VI. Parteitag der SED

Liebe Freunde!

Ereignis von historischer Bedeutung

VI. Parteitag der SED im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit
Delegationen aus allen Kontinenten / Ausstellung „Sieht, welche Kraft" in Anwesenheit von Walter Ulbricht eröffnet

Stellungnahmen der LDPD, der CDU, der NDPD und der DBD zum VI. Parteitag der SED



Die Delegierten des VI. Parteitages beschließen das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 18. Januar 1963



Der VI. Parteitag der SED tagt vom 15. bis 21. Januar 1963



in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin

Die Mitglieder des im Anschluß an den VI. Parteitag gewählten Politbüros des ZK der SED



Friedrich Ebert



Paul Fröhlich



Otto Grotewohl

Bruno Leuschner



Kurt Hager

Hermann Matern



Erich Honecker







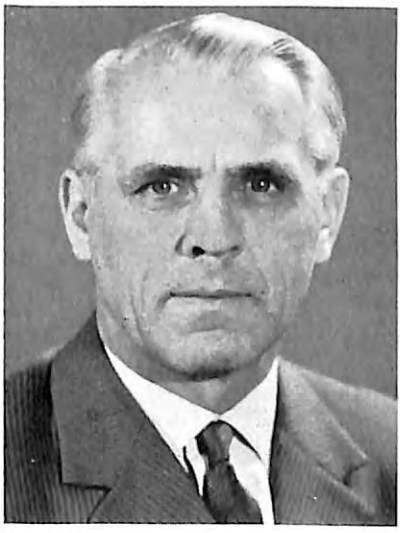
Erich Mückenberger



Alfred Neumann



Albert Norden



Willi Stoph

Paul Verner



Walter Ulbricht

Herbert Warnke







Sozialistische Wohnstadt Hoyerswerda

Masse des Profits ausnutzten. Dadurch konnten sie die neue Technik in großem Maßstab in die eigenen Grundfonds einführen.

Nachdem der Ausplünderung der DDR ein Ende gesetzt worden war, die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hatten und die Volkswirtschaft einen hohen Leistungsstand erreicht hatte, waren neue und günstigere Voraussetzungen entstanden, im Verlauf einer historisch absehbaren Zeit eine dem Kapitalismus überlegene Arbeitsproduktivität zu schaffen. Der Parteitag betonte, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erhöht, die moderne Naturwissenschaft umfassend gefördert wird und deren Ergebnisse zur raschen Entwicklung der Technik genutzt werden. Der Parteitag forderte, die Organisation der gesellschaftlichen Produktion durch die Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration weiter zu vervollkommnen, die im Perspektivplan bis 1970 vorgesehene Veränderung des Verhältnisses von Akkumulation zu Konsumtion von 24 zu 76 zu gewährleisten und durch die Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit alle Werktätigen in den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt einzubeziehen.

Auf dem Parteitag erläuterte Walter Ulbricht die Grundsätze eines neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Im Jahre 1962 war damit begonnen worden, diese Grundsätze in einigen Vereinigungen Volkseigener Betriebe zu erproben. Über sie hatten in der Zeit der Vorbereitung des Parteitages, bei der Ausarbeitung und Beratung des Programmentwurfs ausführliche Beratungen stattgefunden. Nach gründlicher Diskussion wurden diese Grundsätze vom Parteitag bestätigt.

Die Notwendigkeit, zu einer qualitativ höheren Stufe der Planung und Leitung der Volkswirtschaft überzugehen, wurde durch die Erfordernisse des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der technischen Revolution diktiert. Die objektiven Möglichkeiten dafür waren durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR entstanden, durch die Sicherung der Staatsgrenzen, den erreichten hohen Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte, das gewachsene Bewußtsein der Werktätigen und die größeren Erfahrungen der sozialistischen Leiter.

Die SED erwarb sich ein historisches Verdienst damit, daß sie zum richtigen Zeitpunkt von den bis dahin angewandten, vorwiegend administrativen Methoden zu einem neuen System der Planung und

Leitung der Volkswirtschaft überging. Gestützt auf die materiellen und ideellen Ergebnisse der vorangegangenen Wirtschaftspolitik, wurden in schöpferischer theoretischer Arbeit die herangereiften Probleme studiert und beantwortet.

Bei der Erläuterung dieser Probleme des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wies Walter Ulbricht darauf hin, daß die ökonomischen Gesetze des Sozialismus nur dann richtig ausgenutzt werden können, wenn durch die Verbesserung des Systems der Planung und Leitung den Triebkräften der ökonomischen Entwicklung freie Bahn geschaffen wird. Zugleich kam es darauf an, die Hauptproportionen in ihrer dynamischen Entwicklung wissenschaftlich präzise festzulegen und ihre Realisierung zu kontrollieren. Vor allem ging es jedoch darum, auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze und mit ihrer Hilfe die entscheidende Triebkraft der ökonomischen Entwicklung im Sozialismus zu entfalten, zu lenken und zu regeln. Dazu sagte Walter Ulbricht:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung schafft, nachdem sie die Produktionsmittel in Volkseigentum übergeführt und den kapitalistischen Profit als Triebkraft ausgeschaltet hat, eine völlig *neue Triebkraft der ökonomischen Entwicklung.* Sie erwächst daraus, daß die Werktätigen die Früchte ihrer Arbeit selber ernten, weil zwischen ihnen und den Ergebnissen ihrer Arbeit keine Ausbeutung mehr besteht. Indem die Werktätigen für den gesellschaftlichen Nutzen arbeiten, dienen sie zugleich ihrem eigenen persönlichen Interesse. *Diese vollständige Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Individuen, Kollektive und Gruppen ist die wichtigste Triebkraft unserer ökonomischen und damit auch der gesellschaftlichen Entwicklung, die auch im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus ihren Ausdruck findet.* Treibende Kraft ist diese Übereinstimmung zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen jedoch nur dann und nur insoweit, wie wir es verstehen, sie im alltäglichen praktischen Leben wirksam zu machen."[102]

In der sozialistischen Gesellschaft bilden die materiellen Interessen und die ideellen Faktoren eine untrennbare Einheit. Aus ihr entspringt die große Kraft des bewußten Handelns für das materielle Wohl der Menschen. Keine Appelle an das Bewußtsein können Män-

102 Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus ... In: Ebenda, Bd. I, S. 99/100.

gel überbrücken, die aus einer falschen Behandlung der materiellen Interessiertheit der Menschen entstehen. Um die Triebkraft des bewußten, aktiven und schöpferischen Handelns der Werktätigen voll wirksam werden zu lassen, führte Walter Ulbricht aus, müsse nach der Erkenntnis gehandelt werden: Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb und den Werktätigen des Betriebes nützen. Nur so könne dem von Karl Marx formulierten Gesetz der Ökonomie der Zeit und damit dem Grundsatz „Höchster Nutzen für die Gesellschaft bei geringstem Aufwand" entsprochen werden.

Die Ausarbeitung eines neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erforderte weitreichende Veränderungen des Inhalts und der Methoden der Arbeit. Walter Ulbricht warnte davor, sie nur als Probleme der Organisation oder der Struktur zu betrachten. Er hob hervor, daß es sich vielmehr um ein wesentliches Element der Wirtschaftspolitik der SED in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus handle, dem große politische und ideologische Bedeutung zukomme. Die Führung der SED war sich dessen bewußt, daß der Übergang zu einem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung nicht einfach war und auch Risiken in sich barg. Sie ließ sich aber weder durch Zweifel oder Kritiken noch durch die zu erwartende Hetze des Feindes davon abhalten, diese Aufgabe kühn aufzugreifen, die von den Erfordernissen des weiteren sozialistischen Aufbaus in der DDR und des Kampfes um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes gestellt worden war.

Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbindet die wissenschaftlich fundierte Führungstätigkeit in der Wirtschaft und die wissenschaftlich begründete, auf die Perspektive orientierte zentrale staatliche Planung organisch mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel. Es hat die Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zum Inhalt. Dieses System zielt darauf ab, die Arbeitsproduktivität maximal zu steigern und den wissenschaftlich-technischen Höchststand in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft zu erreichen und mitzubestimmen. Damit wandte die SED die Leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung auf die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik an und entwickelte sie zugleich weiter. Die vollständige Ausarbeitung und Verwirklichung dieses Systems erforderte von der

SED und den Gewerkschaften, von den Organen des Staates und der Wirtschaft, von der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern und den Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz noch viele Anstrengungen und eine beharrliche Arbeit. Diese Aufgabe konnte nur im Verlauf mehrerer Jahre erfüllt werden.

Beim Übergang zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ließ sich die SED von der Erkenntnis leiten, daß nicht nur die sozialistischen Produktionsverhältnisse, sondern auch die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte auf den Inhalt und die Methoden der Führungstätigkeit der Partei und des Staates einwirken. Die sozialistische Ordnung besitzt gegenüber dem Kapitalismus entscheidende Vorzüge: einmal die tatkräftige Teilnahme der Werktätigen an der Lösung der Produktionsprobleme und an der Leitung der Wirtschaft; zum anderen die rationelle Organisation der Forschung, Projektierung, Konstruktion und Produktion im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und der staatlichen Planung. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung dient der Aufgabe, diese Vorzüge immer besser zu nutzen und die Haupttriebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts zur vollen Wirkung zu bringen.

Das Programm der SED legte fest, daß in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus der Wohlstand des Volkes durch die Erhöhung sowohl der individuellen Konsumtion als auch des gesellschaftlichen Verbrauchs wachsen soll. Der Wohnungsmangel, eine der schlimmsten Folgen des verbrecherischen faschistischen Raubkrieges, soll Schritt für Schritt überwunden werden. Besondere Aufmerksamkeit richtet das Programm auf die weitere Verbesserung des Gesundheits- und Sozialwesens sowie auf die Durchführung von Maßnahmen, die die zusätzliche Belastung der werktätigen Frauen verringern und ihnen größere Möglichkeiten für die berufliche Entwicklung und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben geben. Der VI. Parteitag betonte, daß die weitere Erhöhung des Volkswohlstandes von den Leistungen der Werktätigen selbst abhängt, vor allem von der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Aus dem umfassenden Aufbau des Sozialismus erwuchsen vor allem auch für die Gewerkschaften neue Probleme und eine größere Verantwortung. Die Leitungen, Organisationen und Mitglieder des FDGB hatten in den vorangegangenen Jahren eine große Arbeit geleistet. Sie hatten einen bedeutenden Anteil an den Erfolgen des sozialistischen

Aufbaus. Der Parteitag, der den Gewerkschaften dafür den Dank aussprach, wies darauf hin, daß die Vertretung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten in erster Linie erfordert, die schöpferische Aktivität aller Werktätigen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiter zu entfalten und auf die Erzielung der höchsten Arbeitsproduktivität zu richten. Die Gewerkschaften mußten den Inhalt und die Methoden ihrer Tätigkeit und der Leitung entsprechend dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verändern und so gestalten, daß den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und der technischen Revolution Rechnung getragen wurde. Das machte es notwendig, die politische und fachliche Qualifikation der Gewerkschaftsfunktionäre zu erhöhen, in starkem Maße die ehrenamtliche Arbeit zu organisieren und entschiedener die täglichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, so betonte der Parteitag, soll überall ein wirklicher Vertrauensmann der Arbeiter sein.

Großen Raum nahmen auf dem VI. Parteitag der SED die Fragen des Staates und der sozialistischen Demokratie ein. Die schöpferische Anwendung der Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin vom sozialistischen Staat und von der sozialistischen Revolution durch die SED hatte gewährleistet, daß die Hauptaufgabe der Diktatur des Proletariats, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, auf friedlichem Wege gelöst und der Übergang zum Sozialismus auf die schmerzloseste Weise vollzogen worden war. In diesem Prozeß waren die demokratischen Grundlagen der Staatsmacht, die Rechte und Freiheiten der Werktätigen und ihre unmittelbare Teilnahme an der staatlichen Leitung ständig erweitert und vervollkommnet worden.

Die Entwicklung der Staatsmacht in der DDR widerlegte die antikommunistischen Verleumdungen, daß die Kommunisten die „Macht um der Macht willen" und „gegen die Interessen der Menschen" gebrauchen würden. Die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei gebrauchen die Macht, um die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen für immer zu beseitigen und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vollziehen. Ohne die Diktatur des Proletariats kann die Arbeiterklasse, das lehrten bereits Karl Marx und Friedrich Engels, diese Aufgabe nicht lösen. Die Arbeiterklasse ist jedoch die einzige Klasse der Geschichte, die sich nicht

die Verewigung ihrer Herrschaft zum Ziel setzt, sondern danach strebt, die Bedingungen jeglicher Klassenherrschaft aufzuheben.

Während in früheren Abschnitten der Entwicklung des Arbeiter-und-Bauern-Staates Klassenzugehörigkeit und soziale Herkunft besonders beurteilt wurden, ist seit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse die Entwicklung durch gleiches Recht für alle Bürger auf der Grundlage der staatlichen Gesetze gekennzeichnet. Damit entstanden die wesentlichsten objektiven Bedingungen für die Entfaltung der Freiheit und der Persönlichkeit der einzelnen Bürger wie der Freiheit des gesamten werktätigen Volkes. Diese Freiheit zu verteidigen und vernünftig zu gebrauchen macht es notwendig, die objektiven Gesetze von Natur und Gesellschaft klug und sachkundig anzuwenden, die sozialistische Demokratie weiter zu vervollkommnen, die Schöpferkraft des Volkes und die Persönlichkeit jedes Bürgers zu entwickeln sowie den vom Volk unter Führung der SED im revolutionären Kampf geschaffenen Staat gegen alle Angriffe zu schützen.

Die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Gleichberechtigung vor dem Gesetz und des Rechts der Bürger hat große nationale Bedeutung. Die aufsteigende sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR erweitert Demokratie und persönliche Freiheit, während sie von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Westdeutschland, dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, systematisch eingeschränkt und abgebaut werden. Diese entgegengesetzte Entwicklung läßt immer deutlicher erkennen, daß die Deutsche Demokratische Republik der erste deutsche Staat ist, der die Freiheit des Volkes gewährleistet.

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse waren die objektiven Voraussetzungen dafür entstanden, daß gemeinsam mit der Arbeiterklasse die Klasse der Genossenschaftsbauern und die anderen Schichten der Bevölkerung gleichberechtigt an der Ausübung der Macht teilnehmen konnten. Auf der Grundlage der neuen sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft und der neuen Klassenbeziehungen begann ein Prozeß, der im Programm der SED wie folgt gekennzeichnet wurde: „Die Führung durch die Arbeiterklasse, der weitere Ausbau des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen werktätigen Schichten und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie gewährleisten im Prozeß des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und des späteren Übergangs zum Kommunismus die allmähliche Entwicklung des Arbeiter-und-Bauern-Staates, der Diktatur des Proletariats, zum Volks-

staat, der die allumfassende politisch-moralische Geschlossenheit des ganzen Volkes verkörpert."[103]

In der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, so hob der Parteitag hervor, besteht das Neue darin, daß die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion, die Leitung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in stärkerem Maße, als das vordem möglich war, in den Mittelpunkt der Tätigkeit aller staatlichen Organe treten. Die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung machten es notwendig, die sozialistische Demokratie und die Freiheit des Volkes noch umfassender zu verwirklichen und die Schöpferkraft der Werktätigen auf die Lösung der Hauptaufgaben zu richten. Dementsprechend legte das Programm der SED die Vervollkommnung der Tätigkeit der Volksvertretungen und den Ausbau des Wahlsystems, die Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Kontrolle zu einer einheitlichen Inspektion und die zunehmende Einbeziehung der Bevölkerung in die gesellschaftliche Kontrolle, die Förderung der ehrenamtlichen staatlichen Tätigkeit, die Übertragung staatlicher Aufgaben in die Verantwortung gesellschaftlicher Organisationen, die Vervollkommnung der sozialistischen Rechtsordnung und Rechtspflege und andere Maßnahmen fest.

Der Parteitag widmete auch den militärischen Fragen die gebührende Aufmerksamkeit. Er stellte fest, daß die bewaffneten Organe des Arbeiter-und-Bauern-Staates in den vergangenen Jahren ihre Aufgaben beim Schutz des sozialistischen Aufbaus und bei der Sicherung des Friedens ehrenvoll erfüllt hatten. Die verstärkte atomare Aufrüstung durch die imperialistischen Kräfte, die Existenz des gefährlichen Kriegsherdes Westdeutschland und die Aggressionsvorbereitung des westdeutschen Militarismus gegen die DDR und andere sozialistische Staaten machten es zwingend notwendig, ständig bereit zu sein, den Sozialismus mit der Waffe zu schützen und jeden imperialistischen Anschlag im Keime zu ersticken. Deshalb verlangte der Parteitag, den Erfordernissen der Revolution im Militärwesen voll Rechnung zu tragen, alle mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse gegebenen Möglichkeiten bereits in Friedenszeiten für die Verteidigungskraft des Landes allseitig zu nutzen und bei den Werktätigen eine hohe Wachsamkeit und die sozialistische Wehrmoral zu entwikkeln. Solange die Imperialisten das Wettrüsten fortsetzen und sich dem

103 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Ebenda, Bd. IV, S. 374.

Verbot der Kernwaffen und der allgemeinen Abrüstung widersetzen, müssen die sozialistischen deutschen Streitkräfte darauf vorbereitet und dazu befähigt sein, Seite an Seite mit den sozialistischen Bruderarmeen jeden Aggressor auf seinem eigenen Territorium endgültig und vernichtend zu schlagen. Dementsprechend stellte das Programm hohe Anforderungen an die sozialistische Erziehungsarbeit und die Truppenführung und an die militärtechnische Bildung in der Nationalen Volksarmee.

Zu den zentralen Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR gehört die Fortsetzung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur. Der VI. Parteitag der SED konnte mit Stolz feststellen, daß in der DDR dank der gewaltigen ideologisch-politischen Arbeit der Partei und der anderen gesellschaftlichen Organisationen die ideologische „Bewältigung der Vergangenheit" und eine geistige Erneuerung des Volkes erfolgt war. Das war der Kraft der wissenschaftlich begründeten, zutiefst humanistischen Ideen des Marxismus-Leninismus zu danken, die den Volksmassen neuen Lebensmut gaben und sie zu großen geschichtlichen Leistungen befähigten. Nun galt es, das sozialistische Bewußtsein aller Werktätigen, die Grundlage ihrer schöpferischen Aktivität, weiter zu entwickeln und ein den Erfordernissen der modernen sozialistischen Gesellschaft entsprechendes hohes Niveau der Bildung und Kultur zu erreichen.

Die SED betrachtet die Herausbildung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft, dessen Charakter von den Grundsätzen der sozialistischen Moral und Ethik geprägt wird, als einen unvergänglichen historischen Fortschritt in der Geschichte des deutschen Volkes. Um das Menschenbild des Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen, wurden im Programm vier Hauptaufgaben für die ideologische Arbeit bestimmt: Vertiefung des sozialistischen Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus; Festigung der sozialistischen Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum; Verbreitung des Marxismus-Leninismus als eines geschlossenen, harmonischen Systems philosophischer, ökonomischer, politischer und historischer Anschauungen; Entlarvung der reaktionären bürgerlichen Ideologie, besonders des Antikommunismus. Die weitere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins erfolgt vor allem im Prozeß der Arbeit und der gesellschaftlichen Aktivität; sie erfordert die ständige Auseinandersetzung mit den ideologischen Überresten der kapitalistischen Vergangenheit

und mit der von Westdeutschland und Westberlin auf die DDR einwirkenden feindlichen Ideologie.

Für die Erziehung und Herausbildung des geistig, moralisch und körperlich harmonisch entwickelten Menschen, der bewußt das gesellschaftliche Leben gestaltet und die Natur verändert, mißt die Partei dem sozialistischen Bildungswesen große Verantwortung zu. Um ihr gerecht zu werden, forderte das Programm der SED, das gesamte Bildungswesen von den Kindergärten bis zu den Hochschulen und Universitäten nach einem einheitlichen System neu zu gestalten, das in seinem Inhalt und in seinen Methoden den hohen wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und geistig-weltanschaulichen Zielen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus entspricht. Der Parteitag beauftragte die zuständigen staatlichen Organe, ein Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem auszuarbeiten und der Öffentlichkeit zur Diskussion zu unterbreiten. Die im Programm festgelegten Grundsätze und Maßnahmen zur Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens in der DDR gehen von der Notwendigkeit aus, die heranwachsende Generation so zu erziehen und auszubilden, daß sie sich den hohen Anforderungen der künftigen Jahrzehnte gewachsen zeigen kann. Der Parteitag entwickelte zugleich die Grundlinie der Jugendpolitik, die darauf gerichtet ist, alle Mädchen und Jungen zu aktiven und bewußten Erbauern des Sozialismus heranzubilden.

In der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus führt die SED ihre seit 1945 verfolgte Kulturpolitik kontinuierlich fort. Als ihre Grundaufgabe bezeichnet das Programm die geistige Formung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft und die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur. Die sozialistische Nationalkultur als eine humanistische und echte Volkskultur soll dazu beitragen, die wachsenden kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes in vollendeter Weise zu befriedigen, eine harmonische Einheit von geistiger und körperlicher Arbeit herbeizuführen und die kulturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land zu überwinden. Eines ihrer wesentlichen Merkmale bildet die enge Verbindung des Schaffens der Schriftsteller und Berufskünstler mit dem Volk und mit der künstlerischen Betätigung der Werktätigen. Die SED richtete von ihrem VI. Parteitag aus den Appell an die Schriftsteller und Künstler, mit der Methode des sozialistischen Realismus den heroischen Kampf des Volkes für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in neuen Werken zu gestalten, um mitzuhelfen, die sozialistische Persönlichkeit zu for-

men, das Leben der Werktätigen zu bereichern und ihr Schöpfertum weiter zu beflügeln.

Den im Programm der SED dargelegten Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus lagen die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, zugrunde. Der Parteitag ging davon aus, daß die bei der weiteren gesellschaftlichen Umgestaltung zu lösenden politischen und staatlichen, ökonomischen und sozialen, kulturellen und ideologischen Probleme eine dialektische Einheit darstellen, die eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig durchdringen. Das Programm der SED zeigte der Arbeiterklasse und allen Werktätigen der DDR eine klare Perspektive. Der Parteitag machte aber zugleich darauf aufmerksam, daß sowohl die noch aus der Vergangenheit herrührenden Widersprüche als auch die bei der Vollendung der sozialistischen Umgestaltung auftretenden Widersprüche und Schwierigkeiten nur Schritt für Schritt überwunden werden können.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus vollzieht sich in enger Verbindung mit dem gesamten sozialistischen Weltsystem und ist der wichtigste Beitrag der Werktätigen der DDR zu dessen weiterer Stärkung. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verbürgt, daß das Programm des Sozialismus erfolgreich verwirklicht wird. Ausgehend von den in Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, fügte die SED in ihr Programm einen besonderen Passus ein, daß sie die Stellung zur Sowjetunion wie eh und je als den Prüfstein für die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien und der sozialistischen Staaten betrachtet. Damit zerschlug sie alle Spekulationen und Versuche, zwischen die SED und die KPdSU, zwischen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion einen Keil zu treiben.

Das Programm der SED gab in seinem Dritten Teil einen Ausblick auf den Kommunismus, die Zukunft der Menschheit, und charakterisierte die allgemeinen und spezifischen Bedingungen des Übergangs der DDR zum Kommunismus. Die SED stimmte der im neuen Programm der KPdSU getroffenen Kennzeichnung des Kommunismus zu, die auf den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und den reichen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus beruht. Die umfassende, vollständige Verwirklichung des Sozialismus in der DDR schafft das Fundament für den späteren Aufbau des Kommunismus. Angesichts der Spaltung Deutschlands und des Wirkens zweier grundver-

schiedener Entwicklungstendenzen sind dafür jedoch viel größere Anstrengungen notwendig. Jeder Schritt nach vorn bedarf besonders sorgfältiger Überlegung. Wie die gesamte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der bisherige Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR, so ist auch der umfassende Aufbau des Sozialismus keine bequeme Fahrt auf glatter Straße. Er kann nur durch zielbewußte, beharrliche Arbeit und in einem komplizierten Kampf gegen den erbitterten Widerstand des Imperialismus errungen werden.

Mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus, einer qualitativ neuen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, wurden vor allem an die marxistisch-leninistische Partei selbst größere Anforderungen gestellt. Sie trat in eine neue, höhere Phase der Entwicklung ein. „Die Hauptaufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", heißt es im Programm, „ist die Entfaltung der Initiative aller Bürger für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Es wächst die führende Rolle der Partei auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Republik."[104]

Die wachsende Bedeutung der Partei ist eine Gesetzmäßigkeit, die sich daraus ergibt, daß die Größe und der Umfang, die Vielfalt und die Kompliziertheit der gesellschaftlichen Umgestaltung zunehmen. Der umfassende Aufbau des Sozialismus erfordert, tiefer in die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung, vor allem in die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, einzudringen und sie mit Sachkenntnis anzuwenden und durchzusetzen. Die wachsenden Anforderungen an die Partei ergeben sich nicht zuletzt auch aus den Bedingungen und Erfordernissen des Kampfes gegen die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland.

Die höhere Stufe der Entwicklung der Partei wurde im Programm mit der Feststellung charakterisiert, daß die SED der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes ist. Damit wurde ein Abschnitt in der Geschichte der SED markiert, der von großer historischer Tragweite ist. In dieser Definition spiegelte sich die Tatsache wider, daß mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR das Ziel, die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus, das einst das spezifische Klasseninteresse der Arbeiterklasse war, zum Ziel aller Klassen und Schichten des werktätigen Volkes geworden ist. Nunmehr bestehen zwischen den

[104] Ebenda, S. 394.

Interessen der Arbeiterklasse und ihren auf das sozialistische Endziel gerichteten Bestrebungen, denen die marxistisch-leninistische Partei in ihrer Politik Ausdruck gab und gibt, und den Interessen und Bestrebungen der anderen Schichten des Volkes keine wesentlichen Widersprüche mehr. Die Entwicklung der SED zur Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes beruht auf den grundlegenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Umwälzungen der sozialistischen Revolution und ist untrennbar mit ihnen verbunden.

Die neuen Fragen, die sich aus dem Programm für die SED ergaben, wurden auf ihrem VI. Parteitag im Referat Walter Ulbrichts und im Referat Erich Honeckers beantwortet. Die Weiterentwicklung der Parteiarbeit, so führte Walter Ulbricht aus, „muß darin bestehen, die leitenden Parteiorgane und jedes Parteimitglied so zu qualifizieren, daß sie imstande sind, vertrauensvoll mit den Menschen zu arbeiten, ihnen die Beschlüsse der Partei und der Regierung zu erklären und als Organisatoren und Propagandisten des Neuen und Fortschrittlichen zu wirken“[105]. Die gesamte Arbeit nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden zu leiten und zu organisieren – das war die Hauptforderung, die der Parteitag an alle Leitungen und Mitglieder der Partei stellte.

Der zunehmenden Bedeutung der Führungstätigkeit der SED und ihren wachsenden Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus trug das neue Parteistatut Rechnung, das vom VI. Parteitag beschlossen wurde. In ihm fanden die wesentlichen Erfahrungen der SED und der Bruderparteien, vor allem der KPdSU, bei der Anwendung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien in der Zeit seit dem IV. Parteitag der SED, der im Jahre 1954 stattgefunden hatte, ihren Niederschlag. Programm und Statut bilden eine unlösliche Einheit. Zu den charakteristischen Zügen des neuen Statuts gehören: die Erweiterung der Rechte und Pflichten der Parteimitglieder; die Übertragung des Rechts an das Zentralkomitee, die Tätigkeit der leitenden Organe auf dem Gebiet der Volkswirtschaft nach dem Produktionsprinzip zu organisieren; die Festlegung zusätzlicher Maßnahmen zur strikten Einhaltung der Leninschen Normen des Parteilebens, insbesondere der Kollektivität der Führung; die Einführung einer einheitlichen Kandidatenzeit für alle Kandidaten der Partei und andere mehr.

Das neue Statut der SED geht von der marxistisch-leninistischen

[105] Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus ... In: Ebenda, Bd. I, S. 244.

Erkenntnis aus, daß die Volksmassen die eigentlichen Schöpfer der Geschichte sind und daß die Aufgabe der Partei darin besteht, den Kampf des Volkes einheitlich zu leiten und zu organisieren. Es gewährleistet die feste Einheit und Geschlossenheit der Partei und ihre enge Verbindung mit allen Werktätigen. Das Statut verankert die Einheit von Kollektivität der Führung und persönlicher Verantwortung, verteidigt die Autorität der bewährten Führer der Partei und lehnt entschieden jeden Personenkult ab. Das Statut verpflichtet alle Mitglieder, die marxistisch-leninistische Reinheit der Partei zu hüten und unablässig gegen alle Erscheinungsformen des Revisionismus wie des Dogmatismus und Sektierertums zu kämpfen. Die Bestimmungen des Statuts sind darauf gerichtet, die innerparteiliche Demokratie so zu entwickeln, daß sie zum Vorbild der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie im staatlichen und gesellschaftlichen Leben wird. Sie rüsten die Partei für die Erfüllung der im Programm gestellten Aufgaben.

Nach der Beratung und Beschlußfassung über das Programm, das Statut und die anderen dem Parteitag vorliegenden Dokumente wählten die Delegierten die 121 Mitglieder und 60 Kandidaten des neuen Zentralkomitees der SED, das in seiner Zusammensetzung die Gewähr für die Kontinuität der Politik der Partei und die Verwirklichung des Programms bietet. Das Zentralkomitee der SED wählte als Mitglieder des Politbüros: Friedrich Ebert, Paul Fröhlich, Otto Grotewohl, Kurt Hager, Erich Honecker, Bruno Leuschner, Hermann Matern, Erich Mückenberger, Alfred Neumann, Albert Norden, Willi Stoph, Walter Ulbricht, Paul Verner, Herbert Warnke; als Kandidaten des Politbüros: Erich Apel, Hermann Axen, Georg Ewald, Gerhard Grüneberg, Werner Jarowinsky, Günter Mittag, Margarete Müller, Horst Sindermann. Das Zentralkomitee wählte den besten und erfahrensten Führer der Partei und des Volkes, Walter Ulbricht, als Ersten Sekretär und als Sekretäre: Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Erich Honecker, Günter Mittag, Albert Norden, Paul Verner. Die vom Parteitag gewählte Revisionskommission wählte Fritz Gäbler als Vorsitzenden.

Der VI. Parteitag der SED erlangte durch seine Beratungen und Beschlüsse, vor allem durch die Annahme des Programms des Sozialismus, weitreichende historische Bedeutung. Noch nie zuvor hatte ein Parteitag der SED außerhalb der Grenzen der DDR eine so starke Beachtung gefunden. Sowohl Freund als auch Feind verfolgten seine

Beratungen mit großer Aufmerksamkeit. Der Parteitag bewies überzeugend, daß die SED die stärkste führende Partei in Deutschland ist. Am Beginn eines neuen Abschnitts der geschichtlichen Entwicklung wies sie den Weg zur Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, zur Sicherung des Friedens in Deutschland und zur friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes.

Vor den Werktätigen der DDR und den friedliebenden Kräften Westdeutschlands, vor der kommunistischen Weltbewegung und der gesamten Weltöffentlichkeit legte die SED Rechenschaft darüber ab, wie unter ihrer Führung in einem hochentwickelten ehemals imperialistischen Land die sozialistische Umwälzung auf friedlichem, demokratischem Wege vollzogen worden war. Sie zeigte, wie der Sozialismus in der DDR zum Siege geführt wird. Sie legte ferner Rechenschaft darüber ab, wie sie unter den komplizierten Bedingungen des gespaltenen Deutschlands, an der Nahtstelle der beiden entgegengesetzten Weltsysteme in Europa, die Politik der friedlichen Koexistenz entwickelt hatte. Sie zeigte, wie diese Politik weiterzuführen ist, um in Westdeutschland und in Westberlin die Reste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen, die Gefahren der Entfesselung eines atomaren Weltkrieges zu bannen und in Deutschland einen stabilen Frieden zu sichern.

Der VI. Parteitag der SED leistete einen bedeutsamen Beitrag zur konkreten Anwendung und Weiterentwicklung der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, die auf den Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 festgelegt wurde, und damit zugleich zur Festigung der Geschlossenheit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Die Vertreter der Bruderparteien, unter ihnen Bachir Hadj Ali, Santiago Carillo, N. S. Chruschtschow, Sandor Gaspar, Władysław Gomułka, Drahomir Kolder, Luigi Longo, Orlando Millas, Waldeck Rochet, Todor Shiwkow, Chivu Stoica, Jumshagin Zedenbal und andere, versicherten der SED und den Werktätigen der DDR die Solidarität und Unterstützung ihrer Parteien und Völker. Ihr Auftreten demonstrierte Geist und Tat des proletarischen Internationalismus. Von der Tribüne des Parteitages wurde der Vorschlag unterbreitet, die öffentliche Polemik über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Weltbewegung einzustellen und alles für die Festigung ihrer Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu tun.

Die Deutsche Demokratische Republik hat eine neue Seite in der

Geschichte des deutschen Volkes aufgeschlagen. In diesem Teil Deutschlands hat die Arbeiterklasse ihre historische Mission erfüllt. Im „Manifest der Kommunistischen Partei", der Geburtsurkunde der revolutionären Arbeiterbewegung und der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, begründeten Karl Marx und Friedrich Engels, daß die Arbeiterklasse berufen ist, den Kapitalismus zu stürzen, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen und damit die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen für immer aufzuheben. Seitdem beseelte dieses edle Ziel das Sinnen und Trachten und das politische Wirken der besten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse; zu ihm bekannten sich auch Menschen aus anderen Klassen und Schichten des Volkes. Trotz Mißerfolgen und Niederlagen, grausamer Verfolgungen und blutiger Opfer blieb die Arbeiterklasse ihrem sozialistischen Endziel treu. Im Kampf um den Sozialismus verfocht sie stets die Interessen der ganzen Nation.

Die Ideen des Marxismus, von der Reaktion verfemt und unterdrückt, schlugen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der deutschen Arbeiterbewegung tiefe Wurzeln. Von ihnen geleitet, wuchs die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie zu einer einflußreichen, achtunggebietenden Kraft heran und siegte über das Bismarcksche Sozialistengesetz. Beim Übergang zum Imperialismus wies W. I. Lenin, der große Fortsetzer der Sache von Karl Marx und Friedrich Engels, der Arbeiterklasse den Weg zum Sturz der Bourgeoisie, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus. Dem Vorbild der von W. I. Lenin geschaffenen Partei folgend und durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution angespornt, schmiedeten die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse in einem erbitterten Kampf gegen den deutschen Imperialismus und gegen den Opportunismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Partei von neuem Typus, die Kommunistische Partei Deutschlands. Die von ihr ausgearbeitete Strategie und Taktik befähigte die Arbeiterklasse, nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus, sich zu vereinen, alle demokratischen Kräfte zu sammeln und eine neue Ordnung auf antiimperialistischer Grundlage zu errichten.

Während die deutsche Bourgeoisie für die Herausbildung des Kapitalismus mehr als einhundert Jahre benötigte, löste die Arbeiterklasse im Bunde mit den anderen Werktätigen, geführt von ihrer marxistisch-

leninistischen Partei, in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundaufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in dem historisch relativ kurzen Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten. Die Errichtung eines starken Arbeiter-und-Bauern-Staates, in dem die Wurzeln des Krieges und des Revanchismus für immer beseitigt sind, ist die größte *politische* Errungenschaft der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit und der sozialen Unsicherheit stellt die größte *soziale* Errungenschaft des Sozialismus dar. Die Schaffung realer und gleicher Möglichkeiten für alle Werktätigen, Wissen und Bildung zu erwerben, ist die größte *kulturelle* Errungenschaft der neuen Gesellschaft. In diesem Prozeß hat sich die stabilste Partei- und Staatsführung herausgebildet, die es je in Deutschland gab. Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verkörpern die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und der ganzen Nation.

Die Werktätigen der DDR schreiten unter Führung der Arbeiterklasse dem Sieg des Sozialismus entgegen, den aufzuhalten niemand in der Lage ist. Gestützt auf tiefe wissenschaftliche Einsicht, auf die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und auf das feste Vertrauen in die Kraft des Volkes, schließt das Programm der SED mit der Feststellung: Der Sozialismus ist die Zukunft des ganzen deutschen Volkes; er wird die deutsche Nation durch friedliche Arbeit zu Blüte und Größe führen, ihr eine stabile Einheit verleihen und einen gerechten Platz unter den Nationen der Welt sichern. „Der Sozialismus ist das Ergebnis unzähliger guter Taten von Millionen Menschen. Er ist die bewußte und planvolle Verwirklichung aller freiheitlichen Ideale und fortschrittlichen Bestrebungen der deutschen Werktätigen. Er ist der Übergang in das Reich wahrer Menschlichkeit, der Gleichheit und Brüderlichkeit, des Friedens und der Freiheit."[106]

[106] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Ebenda, Bd. IV, S. 405.

Dokumente

1

Aus dem Kommuniqué der 26. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU vom 22. März 1956

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands drückt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine brüderliche Verbundenheit und seine Zustimmung zu den Beratungen und Beschlüssen des XX. Parteitages aus.

Diese Beschlüsse haben eine welthistorische Bedeutung. Sie bestätigen, daß der Sozialismus zur führenden Idee des Jahrhunderts geworden und eine Notwendigkeit für die Menschheit ist. Das wird bewiesen durch die Tatsache, daß der Sozialismus aus dem Rahmen eines Landes herausgetreten ist und sich zu einem Weltsystem entwickelt hat. Angesichts dieser Perspektive wenden sich die Werktätigen der ganzen Welt immer mehr dem Sozialismus zu ...

Die Entscheidungen des XX. Parteitages üben einen tiefgreifenden Einfluß auf die friedliebenden Menschen in der ganzen Welt aus, denn der Parteitag zeigt ihnen: Kraft der Existenz des Weltsystems des Sozialismus sind die Möglichkeiten gegeben, den Sieg des Friedens und der Demokratie sowie des sozialen Fortschritts in allen Ländern, in denen die Massen danach streben, über die Kräfte des Krieges und der Reaktion herbeizuführen.

Der XX. Parteitag gab der internationalen Arbeiterklasse, den friedliebenden Menschen auf der ganzen Erde die reale Aussicht, den Frieden zu erhalten, die schicksalhafte Unvermeidlichkeit der Kriege aus dem Leben der Völker auszuschalten, wenn alle dafür kämpfen, daß das Prinzip der friedlichen Koexistenz der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme in der Welt zur Grundlage der Politik der Regierungen aller Staaten gemacht wird.

Die Kräfte des Friedens in der Welt haben eine weitere große Stärkung erfahren durch die Existenz einer Gruppe von Staaten in Europa und Asien, die sich von den imperialistischen und militaristischen Gruppierungen abwenden und sich in ihrer Außenpolitik von den Prinzipien des Friedens und der Freundschaft zu allen Völkern leiten lassen.

Das verpflichtet die deutsche Arbeiterklasse, sich ihrer Mitverantwortung für den Frieden in Europa voll bewußt zu werden, zu verstehen, daß sie heute schon die Kraft ist, die alle Fähigkeiten und Voraussetzungen besitzt, die Pläne der deutschen Militaristen und bankrotten Politiker der Stärke zu vereiteln. Dazu ist die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und aller Arbeiterorganisationen in ganz Deutschland notwendig, die, wenn sie entschlossen die Verteidigung des Friedens in ihre Hände nehmen, eine

unbesiegbare Macht darstellen, deren Einfluß sich niemand widersetzen kann.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird um die Erringung dieses Zieles alle Möglichkeiten ausschöpfen und dazu beitragen, daß eine Atmosphäre der Annäherung, des Zusammengehens der ganzen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen in Deutschland um die Herstellung des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Milderung der internationalen Spannungen und die Annäherung der beiden deutschen Staaten geschaffen wird.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begrüßt die Erklärung im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU über den Standpunkt der Partei und der Sowjetregierung zur Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage.

Der XX. Parteitag hat unsere nationale Frage im Zusammenhang mit dem Kampf um die Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit gestellt. Die Arbeiter und alle Bürger Westdeutschlands können daraus ersehen, daß die Politiker der Stärke keinerlei Aussicht haben, ihre Pläne der Aggression und Gewalt durchzusetzen ...

Die Arbeiter und Bauern, die Wissenschaftler und unsere Jugend erhalten von dem XX. Parteitag neue Impulse, neue schöpferische Anregungen für ihre eigene Tätigkeit in dem Sinne, daß sie in ihrer Überzeugung gefestigt werden, durch den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einen mächtigen Beitrag zu leisten für die Stärkung des Weltsystems des Sozialismus und für seine Überlegenheit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, für den Sieg der Idee des Friedens und des sozialen Fortschritts in ganz Deutschland.

Der XX. Parteitag eröffnet dem Sowjetvolk die großen Perspektiven auf dem Weg des Kommunismus und gab eine programmatische Darlegung für die Weiterentwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

Das sozialistische System hat sich im Frieden wie auch in dem von ihm nicht gewünschten Krieg dem Kapitalismus gegenüber überlegen gezeigt.

Das Sowjetvolk war es, das die Lehre von Marx und Engels und die Leninschen Weisungen des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande zuerst verwirklichte und somit die wichtigste Voraussetzung für den bisherigen Siegeszug des Sozialismus auf einem Drittel der Erde schuf ...

Das Zentralkomitee lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteifunktionäre und Parteimitglieder auf das Beispiel, das die KPdSU in Hinsicht auf die unzertrennbare Einheit, auf die Geschlossenheit um ihre bewährte kollektive Führung – das Zentralkomitee – und ihre untrennbare Verbindung mit den Volksmassen gibt.

Der XX. Parteitag unterstrich seine volle Übereinstimmung mit den Leninschen Weisungen über die Verwirklichung der Kollektivität der Leitung und der noch breiteren Entfaltung der innerparteilichen Demokratie.

Getreu dem Vermächtnis des großen Lenin festigt die Kommunistische Partei der Sowjetunion noch mehr die Einheit ihrer Reihen, erhöht die Kampffähigkeit im Ringen um die Durchführung der Generallinie und schärft die Waffen der politischen Wachsamkeit.

Der XX. Parteitag der KPdSU ist beispielgebend dafür, wie man den Marxismus-Leninismus tiefgründig, prinzipiell und schöpferisch anwendet, wie man die Marxsche Losung in die Tat umsetzt, daß der Marxismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist.

Dieser Parteitag bestätigt erneut, welchen zuverlässigen, mutigen und durch die Geschichte erprobten und bewährten Vortrupp die internationale Arbeiterbewegung in der Gestalt der KPdSU ihr eigen nennen kann.

Auf dem XX. Parteitag wurde aufs neue die Notwendigkeit unterstrichen, unablässig die führende Rolle der Partei zu erhöhen, den Grundsatz der kollektiven Leitung – vom Zentralkomitee bis zu den Grundorganisationen – durchzusetzen, ständig die innerparteiliche Demokratie zu beachten und in allen Organisationen zu festigen und die Kritik und Selbstkritik unabhängig von der Person zu entwickeln.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird noch entschiedener für die Einhaltung der im Parteistatut festgelegten Normen des Parteilebens kämpfen. Wir sind ein freiwilliger Kampfbund gleichgesinnter Menschen – von Marxisten-Leninisten, der ständig seine Arbeit überprüft, sich von veralteten Anschauungen, Irrtümern und Fehlern befreit und sich immer mit größter Aufgeschlossenheit dem Neuen in der Entwicklung zuwendet. Darauf beruht die unbesiegbare Stärke unserer Partei und ihre tiefe Verbundenheit mit den Volksmassen . . .

Der XX. Parteitag gab ein starkes ideologisches Rüstzeug. Der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind viele schöpferische Impulse für eine erfolgreiche Lösung ihrer eigenen Aufgaben unter vollständiger Berücksichtigung der historischen und nationalen Besonderheiten gegeben.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VI, Berlin 1958, S. 43–48.

2

Aus der Deklaration der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Sicherung des Friedens, für Verständigung und Abrüstung, für die demokratische Einheit Deutschlands, angenommen auf der 18. Tagung des Nationalrats am 23. April 1956

Die Bedeutung der Abrüstung für die Sicherung des Friedens

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland tritt für einen entschiedenen deutschen Beitrag zur Abrüstung ein. Sie ist für die Schaffung einer Zone besonders begrenzter und kontrollierter Rüstung, die insbesondere die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik umfaßt und in der keinerlei Atomwaffen stationiert werden dürfen.

Durch die Schaffung dieser besonderen Zone würde es abenteuerlustigen Militaristen unmöglich gemacht werden, eine Lösung von Problemen auf militärischem Wege zu suchen. Das wäre ein entscheidender Beitrag für die Gewährleistung der Sicherheit, des Friedens und der Unabhängigkeit aller Nachbarvölker Deutschlands wie des deutschen Volkes selbst.

Der wichtigste eigene deutsche Beitrag dazu ist aber eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über eine Begrenzung der Rüstung. Das wäre auch ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den NATO-Pakt zwingt die Deutsche Demokratische Republik zu Gegenmaßnahmen. Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben wiederholt ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, daß von ihrer Seite die Bereitschaft besteht, sich mit dem Bundestag und der Bundesregierung über die Beschränkung der Polizei- und der militärischen Streitkräfte zu verständigen.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland wendet sich daher an beide deutschen Regierungen mit der Aufforderung, eine sofortige Verständigung über die Begrenzung der Rüstung in Deutschland herbeizuführen. Ebenso befürwortet die Nationale Front eine Verständigung der beiden deutschen Regierungen zur Erzielung einer Vereinbarung, die jede Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden verbietet...

Abrüstung und kollektive Sicherheit
erleichtern die Wiedervereinigung Deutschlands

Mit derselben Entschiedenheit, mit der die Nationale Front des demokratischen Deutschland für den Frieden kämpft, ringt sie seit ihrem Bestehen für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und fried-

liebenden deutschen Staates. Der untrennbare Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Frieden besteht darin, daß nur durch die Überwindung des deutschen Militarismus und den Sieg der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland über die Reaktion in gleichem Maße die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden und die Einheit Deutschlands geschaffen werden.

Die Politiker des kalten Krieges in Westdeutschland verbreiten die irreführende Auffassung, daß eine Verständigung der Völker über die Abrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands gefährde.

Sie wollen weder Abrüstung und kollektive Sicherheit noch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wollen die Durchsetzung ihrer den Frieden gefährdenden imperialistischen Machtpolitik. Mit dieser Konzeption haben die Vertreter der USA die Konferenz von Genf im vergangenen Herbst um den Erfolg gebracht, wobei sie von der Adenauer-Regierung besonders ermuntert wurden. Ihre Pläne, ganz Deutschland unter die Gewalt der Imperialisten zu bringen, sind ein für allemal zum Scheitern verurteilt und ein Hemmschuh für die Verständigung der Völker. Wer es ehrlich meint mit der Wiedervereinigung Deutschlands, der muß von der Existenz der beiden deutschen Staaten und vom Willen des deutschen Volkes ausgehen, Deutschland als friedliebendes und demokratisches Vaterland zu vereinen ...

Die friedliche Lösung der deutschen Frage, die Sicherung des Friedens und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands ist vor allem eine Sache der Deutschen selbst.

Es gibt keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als die Verständigung der beiden deutschen Regierungen und Parlamente. Wer die Einheit Deutschlands will, der muß Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden deutschen Staaten befürworten. Angesichts des hartnäckigen Widerstandes in den herrschenden Kreisen Westdeutschlands können solche Verhandlungen nur herbeigeführt werden, wenn die friedliebenden, demokratischen Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sich verständigen und die Losung zur Tat machen:

Deutsche an einen Tisch!

Der Weg zum Frieden und zur Einheit Deutschlands liegt im Zusammenschluß und im erfolgreichen Kampf aller Deutschen, die ihre Heimat und den Frieden lieben. Ohne Einigung der friedliebenden, demokratischen Kräfte in ganz Deutschland keine Sicherung des Friedens und keine Einheit Deutschlands ...

In diesem Bemühen bildet die Deutsche Demokratische Republik die Bastion des Friedens und die feste Grundlage der friedlichen Lösung der deutschen Frage.

Die DDR ist ein souveräner Staat, der durch feste Freundschaftsbande

mit jenen Großmächten und Staaten Europas und Asiens verbunden ist, die entschieden für eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Völker eintreten.

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht die edelsten Bestrebungen der fortgeschrittensten Kräfte der deutschen Nation. Er fördert die friedliche Lösung der deutschen Frage und legt die großen schöpferischen Kräfte der Deutschen frei, um im Interesse des Friedens zu wirken, um ganz Deutschland in die Reihen der geachteten führenden Nationen der Menschheit zu stellen.

Stimme des Patrioten (Berlin),
1956, Nr. 9, S. 13/14.

3

Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, vor der Volkskammer am 29. Mai 1956

Die friedliche Lösung der Deutschlandfrage erfordert die Schaffung äußerer und innerer Voraussetzungen. Die äußeren Voraussetzungen erblicken wir in Abrüstungsmaßnahmen und in der Bildung eines europäischen Sicherheitssystems, das die Militärblocks überflüssig macht. Als innere Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands betrachten wir die Beseitigung der Macht des deutschen Militarismus in Westdeutschland und die Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten auf dem Wege von Verhandlungen ...

Die innerdeutsche Entspannung, die wir vertreten, ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich. Dazu ist es erforderlich,

1. daß sich beide deutsche Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte treffen;

2. daß sich beide Regierungen gemeinsam oder getrennt für das Verbot der Stationierung von Atomkanonen und anderen Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen;

3. daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten, der Magistrat von Groß-Berlin und der Westberliner Senat gemeinsam Einspruch gegen die Einschränkung der Souveränität, wie sie durch die Existenz von Spionagezentralen ausländischer Mächte auf Westberliner Boden gegeben ist, erheben;

4. daß die Verfolgung der antimilitaristischen, demokratischen und der Völkerfreundschaft dienenden Organisationen in Westdeutschland eingestellt wird und die Verfahren gegen Angehörige dieser Organisationen niedergeschlagen und die Betroffenen freigelassen werden;

5. daß in der Bundesrepublik die Tätigkeit aller militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen verboten wird, daß der administrative und Gerichtsapparat von nazistischen und antisemitischen Elementen bereinigt wird;

6. daß sie gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze in beiden Teilen Deutschlands gleiche Strafbestimmungen schaffen zum Schutze der Anhänger des Friedens, der Entspannung und der Verständigung;

7. daß beide Regierungen ihre Bereitschaft erklären, nach allen Kräften zur Entwicklung handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands beizutragen;

8. daß nach allen Kräften die persönlichen Kontakte der Abgeordneten der Organe der Volksvertretungen, der Vertreter der politischen Parteien der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sowie der gegenseitige Austausch von Parlamentsdelegationen gefördert werden.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. III. Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956,
Berlin 1956, S. 131, 141/142.

4

Aus dem Beschluß der 28. Tagung des ZK der SED
über die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei vom 29. Juli 1956

In der theoretischen und propagandistischen Arbeit der Partei darf niemals der Blick dafür verlorengehen, daß die Deutsche Demokratische Republik eine besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens trägt und daß die Garantie für ihre weiteren Erfolge in der brüderlichen Verbundenheit mit den anderen sozialistischen Ländern, besonders mit der sozialistischen Sowjetunion, mit allen am Frieden interessierten antiimperialistischen Staaten und allen friedliebenden Kräften liegt. Deshalb besteht eine wesentliche Aufgabe in der ideologischen Arbeit der Partei darin, den Werktätigen die Grundsätze des sozialistischen Internationalismus zu erläutern. Es ist erforderlich, die Stärke des sozialistischen Weltsystems, die Ergebnisse der Entwicklung in den einzelnen sozialistischen Ländern und die große Kraft des Friedenslagers überzeugend darzulegen und die Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und mit den nationalen Befreiungsbewegungen gegen das imperialistische Kolonialsystem zu entwickeln. Dies ist um so notwendiger, als die westliche imperialistische Propaganda bestrebt ist, in den Massen chauvinistische Gefühle gegenüber den Ländern des Sozialis-

mus zu entfachen, die Friedenskräfte zu verleumden und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu untergraben.

Es ist ferner die Aufgabe unserer marxistisch-leninistischen Theoretiker, die Besonderheiten des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu erforschen und dabei alle Merkmale der ökonomischen Struktur und der politischen Situation zu beachten sowie alle wertvollen nationalen Traditionen nutzbar zu machen. Solche Probleme, die sich für die marxistisch-leninistische Forschung ergeben, sind unter anderem: die Fragen der Klassenstruktur und des Klassenkampfes in der Deutschen Demokratischen Republik, des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Rolle der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der anderen Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik, des Verhältnisses zur SPD im Lichte der Beschlüsse des XX. Parteitages, des Kampfes um die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ...

In der neuen Situation, die sich aus der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, der Festigung der volksdemokratischen Ordnung sowie dem wachsenden demokratischen und friedlichen Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland und die westdeutsche Arbeiterklasse ergibt, ist die Verstärkung und Verbesserung der ideologischen Arbeit der Partei eine dringende Notwendigkeit.

Sowohl in der theoretischen als auch in der propagandistischen Arbeit der Partei wurden im vergangenen Jahr und nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED Fortschritte erzielt. Die Genossen Gesellschaftswissenschaftler haben durch Veröffentlichungen und wissenschaftliche Tagungen wertvolle Beiträge zur Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie, zur Klärung der Kategorien der marxistischen Philosophie, zur Erforschung der neueren deutschen Geschichte und der Parteigeschichte, zur Untersuchung des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und des Sozialismus in Deutschland und zur Entwicklung des sozialistischen Rechts geleistet ...

Gegenwärtig entspricht jedoch die marxistisch-leninistische Forschungsarbeit auf vielen Gebieten der Gesellschaftswissenschaften noch nicht den Erfordernissen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung. Die Propagandaarbeit der Partei ist noch nicht in genügendem Maße mit den aktuellen Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus verbunden. Der oftmals abstrakte und unaktuelle Charakter der Propagandaarbeit, das Festhalten an falschen und überholten Thesen, machte sie für viele Parteimitglieder und Parteilose unverständlich und uninteressant. Es gilt nunmehr, in unserer theoretischen und propagandistischen Arbeit eine neue Atmosphäre der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus zu schaffen, die das Forschen und Lernen zu einer

Freude macht, unsere revolutionäre Praxis befruchtet und den schnelleren Vormarsch zu neuen Siegen garantiert. Dies ist aber nur möglich, wenn die theoretischen Kader der Partei und die Propagandisten eine offene kritische und selbstkritische Diskussion über die Überwindung der Mängel in ihrer Arbeit durchführen ...

Die Überwindung des Dogmatismus und die Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungsstreites sind grundlegende Voraussetzungen für die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus. Der wissenschaftliche Meinungsstreit ist nur möglich, wenn die theoretische und propagandistische Arbeit im Geiste der Kritik und Selbstkritik durchgeführt wird. Er erfordert den Mut zu neuen Fragestellungen und eine freimütige Atmosphäre der Diskussion ...

Die Garantie unserer bisherigen und künftigen Erfolge war und ist die unwandelbare Treue der Partei zum Marxismus-Leninismus. Deshalb gilt es, bei der wissenschaftlichen Arbeit und bei der propagandistischen Tätigkeit stets das Prinzip der Treue zum Marxismus-Leninismus, zu den Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, das Leninsche Prinzip der strengsten Parteilichkeit zu wahren. Gegen die den Fortschritt hemmende, menschheitsfeindliche imperialistische Ideologie führt die Partei einen unversöhnlichen Kampf. Sie kann es auch nicht hinnehmen, wenn unter der Flagge der „Freiheit der Kritik" und des wissenschaftlichen Meinungsstreites die Grundideen des Marxismus-Leninismus preisgegeben werden. Die freimütige Diskussion erfordert eine Klärung aller auftretenden Meinungsverschiedenheiten auf den verschiedensten Gebieten vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus sowie die kameradschaftliche geduldige Überzeugung und wissenschaftliche Beweisführung gegenüber kleinbürgerlichen Auffassungen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VI, Berlin 1958, S. 114/115, 119/120, 122/123.

5

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Verbotsprozeß gegen die KPD vom 17. August 1956

I

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.
2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei

Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.

II

In den Ländern werden die Minister (Senatoren) des Innern mit der Durchführung der Entscheidung zu Ziffer 1, 2 und 3 beauftragt. Insoweit stehen ihnen unmittelbare Weisungsbefugnisse gegenüber allen Polizeiorganen zu. Die Einziehung des Vermögens wird dem Bundesminister des Innern übertragen, der sich der Hilfe der Minister (Senatoren) des Innern der Länder bedienen kann.

III

Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Entscheidung oder gegen die im Vollzuge dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden gemäß §§ 47, 42 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1956, Nr. 154, S. 1481.

6

Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD „Die KPD lebt! Hinweg mit dem Verbot!" vom 17. August 1956

Das Ungeheuerliche ist geschehen. Auf Druck der Adenauer-Regierung hat das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten und ihre Auflösung mit Polizeigewalt angeordnet.

Die KPD ist da und die KPD bleibt da. So erfordert es das Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes.

Das Urteil gegen die KPD ist gesprochen im Namen der deutschen Konzernherren, der Militaristen und der amerikanischen Hochfinanz. Das Volk wird das Urteil gegen die KPD niemals anerkennen, weil es gegen Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung gerichtet ist. Die Adenauer-Regierung hat seit Anbeginn ihrer unheilvollen Politik der Remilitarisierung im Jahre 1951 die Unterdrückung der KPD betrieben. Jetzt, da sie die Wehrpflicht gegen den Willen des Volkes durchführen will, raubt sie der KPD die Legalität. So ist das Urteil von Karlsruhe ein unerhörter Anschlag der Militaristen gegen den Frieden, gegen das Lebensrecht des deutschen Volkes und die Sicherheit Europas.

Das Verbot der KPD als einer deutschen und demokratischen Partei und der Raub der Mandate ihrer Abgeordneten zeigen, wie in der Bundesrepublik die Demokratie mit Füßen getreten wird. Es ist ein Urteil gegen die Arbeiterrechte, gegen das Koalitions- und Streikrecht. Jetzt sieht das ganze deutsche Volk und die Weltöffentlichkeit, was für ein antidemokratisches Regime in der Bundesrepublik herrscht und wie weit die Faschisierung schon fortgeschritten ist. Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschritten worden. Mit dem Verbot der KPD ist die Adenauer-Regierung zur reaktionärsten Regierung Europas geworden.

Das Verbot der KPD entlarvt die Machthaber in der Bundesrepublik als geschworene Feinde der Wiedervereinigung Deutschlands. Jetzt wird offenbar, daß die Monopolherren und Militaristen den aussichtslosen Weg ihrer Politik der Stärke weitergehen und mit Gewalt noch jetzt vollendete Tatsachen schaffen wollen, bevor die Ära Adenauer beendet ist. Ihre abenteuerliche und gemeingefährliche Politik ist Ausdruck der Schwäche der deutschen Imperialisten. Sie sind erschreckt, wie in der Arbeiterklasse und im Volk der Widerstand gegen Militarismus und Wehrpflicht wächst. Deshalb wollen sie die KPD als konsequenteste Kraft des Friedens und der Demokratie ausschalten.

Aber die Feinde der Arbeiterklasse haben sich verrechnet. Der KPD wird aus dem Widerstand des Volkes neue Kraft zuströmen. Wer von der Adenauer-Regierung verfolgt wird, von dem weiß das Volk, daß er zu ihm gehört.

Die KPD kann man nicht ausschalten und schon gar nicht beseitigen, sie ist Fleisch vom Fleisch der deutschen Arbeiterklasse. Die KPD hat tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse und im Volk, denn sie vertritt die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

In dieser gefahrvollen Stunde ruft die KPD auf, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit aller guten Kräfte des Volkes gegen den deutschen Militarismus und das Monopolkapital herzustellen, damit die unheilvolle Ära Adenauer beendet wird. Die KPD kämpft, damit die Arbeiterrechte gewahrt werden, das Aktionsprogramm des DGB verwirklicht, in der Bundesrepublik eine grundlegende Wende der Politik für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt herbeigeführt wird und unser Volk die eine und unteilbare deutsche Republik als einen Friedensstaat erbaut, der vorwärtsschreitet zum Sozialismus.

Wir Kommunisten sind überall, wo die Arbeiterklasse, wo das Volk ist. Dort wirken wir für das gemeinsame Handeln der Arbeiter, für das Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Genossen. Wir Kommunisten vertreten allezeit mutig die Interessen des Volkes im Kampf gegen die Wehrpflicht. Darum werden die Arbeiterklasse und das Volk die

Kommunisten mit einem festen Schutzwall umgeben, den kein Feind, kein Terror durchbrechen kann.

Die KPD dankt allen und besonders den Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Genossen, die ihre brüderliche Solidarität gegen die Verbotsdrohung bewiesen haben. Das gibt uns die Gewißheit, daß die Arbeiterklasse und das Volk jetzt noch stärker den Ruf erheben:

Freiheit für die KPD! Weg mit dem Verbot! Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der KPD!

Das Verbot der KPD war zu verhindern, und es ist zu beseitigen, wenn die SPD und der DGB dafür ihre ganze Kraft einsetzen. Das erfordert, daß einige sozialdemokratische Führer ihre passive Haltung aufgeben, durch die die Reaktion ermuntert und die Sache des Friedens und der Demokratie und die Position ihrer eigenen Organisation geschwächt wurden.

Nach dem Verbot der KPD tragen jetzt Sozialdemokratie und Gewerkschaften eine noch größere Verantwortung, gemeinsam mit den Kommunisten dem Adenauer-Regime den weiteren Weg zum militaristischen Obrigkeitsstaat zu verlegen. Zeit und Gefahr drängen nach einer brüderlichen Zusammenarbeit.

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der
Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs
des ZK der KPD, Max Reimann,
Berlin 1963, S. 1–3.

7

Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der DDR am 3. November 1956

Die Kriegsprovokation der englischen und französischen Großkapitalisten gegen Ägypten ruft den Protest und Widerstand aller friedliebenden Menschen in der ganzen Welt hervor. Wir grüßen das tapfere ägyptische Volk, das kühn seine nationale Unabhängigkeit verteidigt.

Wir grüßen alle arabischen Völker, die Schulter an Schulter mit dem ägyptischen Volk die nationale Unabhängigkeit und Freiheit gegen den englisch-französischen Imperialismus und seine Lakaien in Israel verteidigen. Wir sind überzeugt, daß die freiheitliebenden Völker Ägypten jede nur denkbare Unterstützung und Hilfe gewähren werden.

Die Kriegsaggression gegen Ägypten ist ein Schlag gegen den Frieden. Wir Sozialisten erklären, daß es angesichts des Wachsens der Kräfte der Sowjetunion, der Staaten des sozialistischen Lagers und aller Friedens-

kräfte in der Welt möglich ist, Kriege zu verhindern und den Frieden zu erhalten. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Kolonialherren zu Abenteuern übergehen und verzweifelt um sich schlagen, um ihre untergehende Kolonialherrschaft in einigen Gebieten zu verlängern ...

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Lage für die Völker Europas? Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der Meinung, daß die Kriegsintervention der Regierungen der NATO-Staaten Großbritannien und Frankreich in Ägypten das ganze deutsche Volk veranlassen sollte, sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland zusammenzuschließen.

Die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist zutiefst erregt über die Mordlust der englischen Kolonialherren, die ihre Bombenflugzeuge zur Vernichtung friedliebender Menschen in Ägypten einsetzen. Allen voran hat die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik eine große Solidaritätsbewegung für Ägypten ausgelöst. Das wichtigste ist, daß das ägyptische Volk und seine Regierung dem blitzartigen Überfall standhalten und dadurch Zeit gewonnen wird, damit der Widerstand in den arabischen Staaten und in der ganzen Welt zur vollen Entfaltung kommen kann.

Die englisch-französische Kriegsaggression erfordert es, daß die Friedenskräfte dem ägyptischen Volk aktive Hilfe gewähren und den Kampf gegen die reaktionären und militaristischen Kräfte im eigenen Lande verstärken. Das gilt besonders für Westdeutschland.

Möge die westdeutsche Jugend auf das Verbrechen der NATO-Staaten England und Frankreich gegen Ägypten mit dem Widerstand gegen die Musterung und gegen die Rekrutierung in Westdeutschland antworten! Jetzt, wo der Charakter der NATO für jeden Arbeiter sichtbar ist, appellieren wir an die sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland, in den Betrieben und Wohngebieten die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen und eine große Solidaritätsbewegung mit Versammlungen und Kundgebungen in Westdeutschland in Gang zu bringen. Antworten wir in Deutschland mit dem Gegenstoß gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus! ...

Anscheinend rechnen die englische und die französische Regierung damit, ihre Aggressionspläne mit weniger Widerstand durchführen zu können, weil Ungarn sich in inneren Schwierigkeiten befindet. In Ungarn geht gegenwärtig der Kampf zwischen den fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse, der Intelligenz und der werktätigen Bauern einerseits und der ungarischen Reaktion, den faschistischen Kräften andererseits. In Ungarn sind wiederum solche Schatten der Vergangenheit auf den Plan getreten wie der feudale Großgrundbesitzer Esterházy. In den Orten, wo die Faschisten die Übermacht haben, herrscht der weiße Terror, den die

ungarischen Werktätigen in seiner ganzen Grausamkeit aus der Zeit des Horthy-Regimes kennen ...

Die kapitalistische Presse des Westens hat zur gleichen Zeit, da Großbritannien als NATO-Staat mit Waffengewalt die Unabhängigkeit Ägyptens vernichten will, die Losung der „Unabhängigkeit" Ungarns ausgegeben.

Die nationale Unabhängigkeit kann niemals eine Streitfrage zwischen Staaten des sozialistischen Lagers sein. Die Erklärungen der Sowjetregierung und der volksdemokratischen Länder zeigen, daß sie bereit und imstande sind, alle Fragen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen zu lösen. Was die kapitalistischen Presseagenturen wünschen, das ist nicht die Unabhängigkeit Ungarns, sondern die Abhängigkeit Ungarns vom westlichen Monopolkapital.

Die Arbeiterklasse in Ungarn kämpft gegenwärtig unter den schwersten Bedingungen. Alle demokratischen Kräfte in Deutschland fühlen sich solidarisch mit den ungarischen Arbeitern, die für die Erhaltung der volksdemokratischen Ordnung und für den Aufbau des Sozialismus kämpfen, sowie mit allen demokratischen Kräften, die am Kampf gegen den weißen Terror in Ungarn teilnehmen.

Das ist die ganze Wahrheit über Ägypten, über die aggressive Politik der NATO und über die furchtbaren Ereignisse in Ungarn. Ungarn lehrt, daß das Volk auf der Wacht sein muß. Wer der Reaktion den kleinen Finger gibt, dem wird es am Ende das Leben kosten. Wer den Antikommunismus unterstützt, der möge wissen, daß das zur Preisgabe der Errungenschaften des werktätigen Volkes führt ...

Unsere Partei, die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Regierung haben große Lehren aus dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gezogen. Die Feinde bemühen sich nun täglich, die Beschlüsse des XX. Parteitags in ihr Gegenteil zu verkehren, und behaupten, in der Deutschen Demokratischen Republik würden diese Beschlüsse nicht genügend beachtet.

Was hat dieser XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der eine Weltsensation auslöste, nun wirklich gebracht? Er hat die kommunistischen und Arbeiterparteien gelehrt, daß durch die Kraft des Volkes die neue Gesellschaft erkämpft und gestaltet wird. Deshalb müssen Partei und Volksmassen unlösbar verbunden sein. Der Personenkult, wie er besonders von J. W. Stalin betrieben wurde, hat zu schweren Fehlern geführt. Die Korrektur dieser Fehler auf allen Gebieten erfordert eine längere, kühne und zielbewußte Arbeit. Die Entwicklung kollektiver Führung, das ist nicht nur die Verwirklichung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit der betreffenden Genossen oder der Kollegen im

Ministerrat oder der Freunde im Nationalrat, sondern das ist zugleich die enge Verbindung mit den Massen, die Kenntnis der Erfahrungen, der Vorschläge und der Kritik der Massen. Die mutige Aufrollung dieser Fragen vor der ganzen Weltöffentlichkeit wird das sozialistische Lager und die sozialistischen und fortschrittlichen Organisationen in allen Ländern stärken ...

Die Hinweise des XX. Parteitags, daß die marxistisch-leninistische Lehre entsprechend den besonderen Entwicklungsbedingungen in jedem Lande schöpferisch angewandt werden soll und daß verschiedene Wege zum Sozialismus führen, gaben der Arbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern große Impulse und führten zu einem entschiedenen Kampf gegen Buchstabengelehrsamkeit und gegen die Unterschätzung der nationalen Eigenarten. Mögen die kapitalistischen Lügenzentralen täglich ihre antikommunistischen Losungen in die Welt hinauskrächzen – ihre Bemühungen, unter der Losung des „Kampfes gegen den Stalinismus" den Sozialismus zu treffen und unter der Losung der Freiheit die kapitalistische Ausbeutung wieder einzuführen, sind vergebliche Versuche, die ihnen nicht einmal in Ungarn gelingen werden.

Der Gegner ist erstaunt darüber, daß trotz der gesteigerten Verleumdungskampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre leitenden Organe nicht nur keine Schwankungen zu verzeichnen sind, sondern im Gegenteil eine weitere Festigung der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern sichtbar ist. Wir sind nicht der Meinung, daß beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung keine Fehler gemacht wurden. Es werden auch in Zukunft Fehler vorkommen. Entscheidend ist, daß das Vertrauensverhältnis zwischen den Volksmassen und der Führung gewährleistet ist, daß Fehler, die sich entwickeln können, rechtzeitig aufgedeckt und korrigiert werden. Eine westdeutsche bürgerliche Zeitung schrieb kürzlich, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Führungsgruppe mit aller Behutsamkeit und mit allem Geschick die Demokratisierung durchführt, und sie fügte hinzu, es gäbe keine Kraft, die dagegen auftreten und einen anderen Weg zeigen könne.

An dieser Meinung ist etwas richtig. Die Volkskammer hat in ihrer letzten Tagung eine gründliche Beratung über die weitere Demokratisierung im sozialistischen Sinne durchgeführt. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß diese Entwicklung der Demokratie von der großen Idee der Sicherung des Friedens, des sozialistischen Aufbaus und der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten geleitet sein muß ...

Die reaktionären Kräfte in Westdeutschland mögen wissen, daß sie über kein Mittel verfügen, um ihre Ausbeuterherrschaft nach Osten auszudehnen. Die Aggression der englischen Imperialisten gegen Ägypten

wird letzten Endes zur Schwächung des britischen Commonwealth führen, und das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland und die zunehmende kapitalistische Ausbeutung der Werktätigen werden die Gegensätze zwischen dem Monopolkapital und der deutschen Arbeiterklasse verschärfen ...

Wenn die Adenauer-Regierung heute noch Verhandlungen mit Vertretern der Volkskammer und der Regierung der DDR ablehnt, so deshalb, weil ihre unverantwortlichen Agenturberichte besagen, daß ein Hinausschieben solcher Verhandlungen den herrschenden Kreisen in Westdeutschland günstigere Bedingungen bringe. Aber das ist ein Irrtum. Die Hinauszögerung von Verhandlungen erschwert nur die Wiedervereinigung; denn die gegenwärtigen Maßnahmen zur Remilitarisierung Westdeutschlands sind gegen die Wiedervereinigung gerichtet ...

Wir rufen alle friedlichen, gutwilligen Deutschen auf: Reicht euch die Hände zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Militaristen in der NATO!

Die Losung des Tages ist: Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!

Wer den Frieden stört, hilft den Feinden des Volkes! Wachsamkeit gegen die Friedensstörer im Innern und nach außen! Einheit aller Freunde des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus! Kühnheit im Kampf um die friedliche Zukunft Deutschlands!

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VI,
Berlin 1964, S. 203–207, 211–213, 222–224.

8

Aus der Gemeinsamen Erklärung der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR vom 7. Januar 1957

I

In einem umfangreichen und gründlichen Meinungsaustausch wurde die völlige Übereinstimmung der Auffassungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sowjetunion in der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und einzelner internationaler Ereignisse festgestellt.

Beide Seiten stellen fest, daß die von allen friedliebenden Völkern so ersehnte und nach den Genfer Verhandlungen der vier Mächte eingetretene Minderung der Spannungen der internationalen Lage durch die Umtriebe aggressiver Kreise einiger Mächte stark beeinträchtigt wurde. In den letzten Monaten haben Ereignisse wie die imperialistische Aggression

gegen das ägyptische Volk, die Inszenierung eines konterrevolutionären Putsches in Ungarn und im Zusammenhang damit die Entfachung einer Offensive der Reaktion gegen die Parteien und Gewerkschaften der Arbeiterklasse in vielen kapitalistischen Ländern neue Spannungen in den internationalen Beziehungen und bei manchen imperialistischen Staaten einen Rückfall in die Methoden des kalten Krieges hervorgerufen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sowjetunion erklären, daß die unerschütterliche Grundlage der Außenpolitik beider Staaten der aktive Kampf für die Festigung des Friedens und die friedliche Koexistenz der Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, und die Herstellung des Vertrauens zwischen ihnen ist. Beide Regierungen erachten es als notwendig, die Intrigen der an der Minderung der internationalen Spannungen nicht interessierten Kreise wachsam zu verfolgen, die ihre eng begrenzten Interessen über die Lebensinteressen der Völker an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit stellen, und die Wühltätigkeit der Feinde des Friedens zu entlarven. Sie sind bereit, ihre Anstrengungen mit den Anstrengungen aller anderen friedliebenden Staaten im Kampf für den Frieden und den Fortschritt zu vereinen ...

III

Die im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 enthaltenen Verpflichtungen beider Seiten, ihre Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln, wurden konsequent eingehalten.

Die Regierungen beider Staaten erklären, daß die erwähnten Prinzipien auch weiterhin die unerschütterliche Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen bleiben werden ...

IV

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kamen überein, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen im Rahmen des Handelsvertrages im Jahre 1957 wesentlich zu steigern. Die Sowjetunion wird den Umfang der Lieferungen an die Deutsche Demokratische Republik im Jahre 1957 um mehr als 30% im Vergleich zum Umfang der Lieferungen im Jahre 1956 steigern. Im Austausch für Maschinen, Ausrüstungen und andere Industriewaren und Verbrauchsgüter wird die Sowjetunion die Lieferungen von metallurgischem Koks, Erdöl, Walzstahl,

Schnittholz und einigen anderen Arten von Industrierohstoffen und Lebensmitteln steigern.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat ebenfalls ihr Einverständnis erteilt, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1957 einen Kredit in freier Währung in einer Höhe von 340 Millionen Rubel für den Ankauf von Waren zu gewähren, die für die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind.

Im Ergebnis des Meinungsaustausches über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in Richtung einer umfassenden Kooperierung zwischen der Maschinenbauindustrie der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben sich beide Seiten verständigt, ihre Wirtschaftsorgane mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu dieser Frage zu beauftragen und entsprechende Abkommen im Laufe des Jahres 1957 abzuschließen.

V

Die Delegationen hatten einen Meinungsaustausch über das Deutschlandproblem. Beide Seiten sind darin einig, daß die friedliche, demokratische Lösung des Deutschlandproblems sowohl für die Zukunft der deutschen Nation als auch für das Schicksal des Friedens in Europa gewaltige Bedeutung haben würde. Die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage auf friedlicher und demokratischer Grundlage, was in erster Linie die Sache der Deutschen selbst sein muß, ist die Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Das Haupthindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat ist der gegenwärtige politische Kurs der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, ihre Politik der Remilitarisierung, der Beteiligung am aggressiven Kriegsblock der NATO und der Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Westdeutschland ...

Auf Grund ihrer Bündnispflichten gemäß dem Warschauer Vertrag erklären die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sowjetunion, daß alle Versuche, bei der Lösung der deutschen Frage zu Gewaltmethoden zu greifen, und Versuche, mit feindlichen Handlungen die volksdemokratische Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, zunichte gemacht werden.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. V. Vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957,
Berlin 1958, S. 663/664, 668, 670–673.

9

Aus dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht in der DDR vom 17. Januar 1957

Erster Teil
Grundsätze

§ 1

(1) Die örtlichen Volksvertretungen sind in ihrem Zuständigkeitsbereich – dem Bezirk, dem Stadtkreis, dem Landkreis, dem Stadtbezirk, der Stadt oder der Gemeinde – die obersten Organe der Staatsmacht.

(2) Die Volkskammer leitet die örtlichen Volksvertretungen an, übt die Aufsicht über ihre Tätigkeit aus, leistet ihnen Hilfe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und trägt dazu bei, ihre Verantwortlichkeit zu erhöhen...

Zweiter Teil
Die örtlichen Volksvertretungen
Abschnitt I
Aufgaben und Rechte der örtlichen Volksvertretungen

§ 6

(1) Die örtlichen Volksvertretungen leiten im Rahmen ihrer Aufgaben und Rechte auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze sowie der Beschlüsse der Volkskammer, des Ministerrats und der höheren örtlichen Volksvertretungen den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Sozialismus in ihrem Zuständigkeitsbereich.

(2) Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

a) die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz des gesellschaftlichen Eigentums und die Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat;

b) die Einhaltung und Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und die Gewährleistung der Rechte der Bürger;

c) den Volkswirtschaftsplan und den Haushaltsplan für ihren Zuständigkeitsbereich auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes und des Staatshaushaltsplanes sowie der entsprechenden Pläne der höheren Volksvertretungen zu beschließen, die Durchführung der Pläne zu gewährleisten, Berichte über die Erfüllung dieser Pläne entgegenzunehmen und dem Rat für die Haushaltsführung Entlastung zu erteilen;

d) die Steigerung der Produktion der volkseigenen örtlichen Industrie, insbesondere der Produktion von Massenbedarfsgütern, die Entwicklung und Festigung der örtlichen volkseigenen Industrie-, Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe;

e) die Entwicklung und Festigung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und anderer genossenschaftlicher Formen, die Förderung der Arbeit des Handwerks bei der Produktion von hochwertigen Bedarfsgütern sowie bei Reparatur- und Dienstleistungen, vor allem bei der Werterhaltung;

f) die Förderung der Produktion von wichtigen Industrieerzeugnissen, vor allem Massenbedarfsgütern, durch die privaten Betriebe mit und ohne staatliche Beteiligung;

g) die Steigerung der tierischen und pflanzlichen Produktion in der Landwirtschaft und die Sicherung der Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse;

h) die Entwicklung und Festigung der Maschinen-Traktoren-Stationen und volkseigenen Güter;

i) die Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der ständigen Arbeitsgemeinschaften der Einzelbauern und die Unterstützung der Einzelbauern;

k) der Städtebau und das ländliche Bauwesen, insbesondere der Wohnungsbau, der Bau von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden, der Bau und die Unterhaltung sozialer und kultureller Einrichtungen, der Bau und die Unterhaltung von öffentlichen Gebäuden, Straßen, Wegen, Brücken und Anlagen;

l) die Erschließung und Ausnutzung aller örtlichen Reserven;

m) die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung;

n) die Entwicklung und Festigung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels und die Unterstützung des privaten Einzelhandels;

o) die Entwicklung des Schul-, Kultur- und Bildungswesens;

p) der Schutz der Volksgesundheit und die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung;

q) die Förderung der Körperkultur und des Sports;

r) die Förderung der Jugend, des Wanderns und der Touristik ...

Dritter Teil
Die örtlichen Räte
Abschnitt I
Rechtliche Stellung und Bildung der örtlichen Räte

§ 28

(1) Die Räte sind die vollziehenden und verfügenden Organe der Volksvertretungen. Sie sind der Volksvertretung für ihre gesamte Tätigkeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Sie sind dem Ministerrat und den höheren Räten unterstellt und rechenschaftspflichtig ...

§ 29

(1) Die Räte werden von der Volksvertretung gewählt.

(2) Dem Rat gehören an: der Vorsitzende des Rates, die (der) Stellvertreter des Vorsitzenden, die weiteren Mitglieder des Rates und der Sekretär ...

Abschnitt II

Aufgaben und Rechte der örtlichen Räte

§ 32

(1) Die Räte haben auf der Grundlage und in Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretung sowie der Gesetze, Verordnungen und anderer für sie verbindlicher Bestimmungen die Durchführung der der Volksvertretung gemäß § 6 obliegenden Aufgaben zu organisieren.

(2) Dazu haben die Räte insbesondere

a) in Zusammenarbeit mit den ständigen Kommissionen die Tagungen der Volksvertretung vorzubereiten;

b) die Abgeordneten sowie die ständigen und die zeitweiligen Kommissionen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen und ihre Unterstützung durch die Fachorgane zu gewährleisten;

c) die einheitliche Leitung ihrer Fachorgane und der ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen zu gewährleisten;

d) unter Beachtung der Verantwortlichkeit der unteren Räte diese bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen;

e) den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes und des Haushaltsplanes auszuarbeiten und der Volksvertretung zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 33

(1) Die Räte haben bei der Durchführung ihrer Aufgaben eng mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Sie sind verpflichtet, die Erfahrungen, Anregungen und Kritiken der Bevölkerung zu beachten und für die Verbesserung ihrer Arbeit auszuwerten.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1957, Nr. 8, S. 66–70.

10

Aus dem Beschluß der 30. Tagung des ZK der SED zu den nächsten ökonomischen Aufgaben vom 1. Februar 1957

Die entscheidende Wirtschaftsaufgabe des Jahres 1957 ist es, die maximale Menge von Brennstoffen aus eigener Produktion zu erzeugen. Dies

gilt sowohl für die Förderung von Rohbraunkohle und Steinkohle als auch für die Erzeugung von Braunkohlenbriketts, Siebkohle, flüssigen Brennstoffen. Es ist nötig, alle Möglichkeiten für Produktionserhöhungen auf diesem Gebiet aufzudecken, durch den richtigen Einsatz der Arbeitskräfte sowie durch die schnelle und qualitativ einwandfreie Lieferung der benötigten Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Reparaturmaterialien usw. den Betrieben unserer Republik jede Hilfe zu leisten. Ferner sind weitere Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs an festen Brennstoffen in der Volkswirtschaft durchzuführen. Auf die Lösung dieser Aufgaben müssen alle Kräfte der Regierung, der Parteien und der demokratischen Massenorganisationen gerichtet werden.

Von großer Bedeutung ist die maximale Weiterentwicklung unserer Energiewirtschaft. Auch im Jahre 1957 muß die Energieleistung in gleichem Umfange wie im Jahre 1956 gesteigert werden. Dieses Ziel zu erreichen erfordert den Einsatz aller Kräfte.

Das Zentralkomitee empfiehlt, die Maßnahmen zur Entwicklung von Kohle und Energie für das Jahr 1957 und die folgenden Jahre kurzfristig auszuarbeiten und zu beschließen.

Von unserem Maschinenbau erwarten wir Erzeugnisse von hohem Stand der Technik für den eigenen Bedarf und für den Export. Wir werden vor allem dort die Produktion steigern, wo wir mit den uns zur Verfügung stehenden Walzstahlmengen großen wirtschaftlichen Nutzen erzielen, so bei hochwertigen Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, polygraphischen Maschinen, Erzeugnissen der Feinmechanik und Optik, Massenbedarfsgütern usw. Durch sparsamste und zweckmäßigste Verwendung aller Rohstoffe und Materialien werden die Maschinenbauer unserer Republik in der Lage sein, die Produktion in ihren Betrieben auch im Jahre 1957 weiter zu erhöhen. Das Zentralkomitee erachtet als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhöhung des Wertes der Maschinenproduktion ohne zusätzliche Materialkontingente die Erhöhung der Qualität der Maschinenproduktion und die Senkung der Ausschußquoten sowie den ständigen Kampf um die technische Fortentwicklung der Maschinenbauprodukte.

Die Ausschöpfung aller Produktionsmöglichkeiten in den vielfältigen Zweigen der chemischen Industrie und im Kalibergbau ist von großer Bedeutung für unseren eigenen Bedarf und für den Export, durch den wir unseren Importbedarf decken können. Dabei darf man nicht verschweigen, daß weitere Produktionssteigerungen erreicht werden müssen, ohne daß die Möglichkeiten bestehen, bereits im Jahre 1957 alle Wünsche auf die Zuteilung von Investitionsmitteln erfüllen zu können.

Die Vergrößerung der Produktion von Baustoffen und insbesondere die Aufholung des eingetretenen ernsten Rückstandes in der Ziegel- und

Natursteinindustrie können durch volle Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten wesentlich zur Steigerung unserer Produktion in Industrie und Landwirtschaft beitragen und vor allem auch die Voraussetzungen dafür schaffen, den Umfang des Wohnungsbaues zu vergrößern, die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchzuführen und an der Wiederherstellung der noch zerstörten Städte weiterzuarbeiten.

Der Erhöhung der Produktion von Industriewaren für die Bevölkerung kommt angesichts des ständig wachsenden Bedarfes große Bedeutung zu. Von den zuständigen Wirtschaftsleitungen und Betrieben wird erwartet, daß sie ihre Produktionspläne noch einmal überprüfen, um mit den zur Verfügung stehenden Rohstoffen und Materialien und unter Ausnutzung aller Reserven noch mehr solcher Konsumgüter von guter Qualität zu erzeugen, für die Nachfrage besteht.

Auf der 3. Parteikonferenz wurde nochmals betont, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht Wert darauf legt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die in den privaten Betrieben für die Produktion von wichtigen Industrieerzeugnissen und hochwertigen Massenbedarfsgütern vorhanden sind. Wir fordern die Organe unserer Staatsmacht auf, die Hemmungen zu beseitigen, die der wirtschaftlichen Initiative und Produktionsfreudigkeit unserer Handwerker, privaten Gewerbetreibenden usw. noch entgegenstehen.

Unsere Landwirtschaft hat große Anstrengungen zu unternehmen, um den Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln und den Rohstoffbedarf für die Industrie besser und artengerechter aus dem eigenen Marktaufkommen zu decken. Volkseigene Güter, landwirtschaftliche Genossenschaften, ständige Arbeitsgemeinschaften und Einzelbauern haben deshalb als entscheidende Produktionsaufgabe für das Jahr 1957 zu beachten, daß in der Frühjahrsbestellung jeder Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bebaut wird. Die ständige Pflege und sorgfältige Ernte ist zu garantieren. Es kommt darauf an, alle Möglichkeiten für die Erhöhung der pflanzlichen und tierischen Marktproduktion zu nutzen. In der pflanzlichen Produktion gilt dies vorrangig für den Zuckerrüben- und Kartoffelanbau, um den Eigenbedarf an Zucker zu befriedigen und die Exportverpflichtungen erfüllen zu können. In den MTS ist das Hauptaugenmerk darauf zu legen, die Schönebecker Methode systematischer anzuwenden als ein erprobtes Mittel, um sowohl in Brigaden der MTS als auch in den Feldbaubrigaden der LPG zu einer sozialistischen Arbeitsorganisation zu kommen. Parteiorganisationen und staatliche Organe sollten entschiedener dazu beitragen, eine höchstmögliche Auslastung der Maschinen und Geräte der MTS im Zwei-Schichten-System zu garantieren und die Stillstands- und Wartezeiten herabzusetzen.

Den örtlichen Organen wird empfohlen, sich ernst mit der Befriedigung

des Arbeitskräftebedarfs der Landwirtschaft zu beschäftigen, vor allem bei den Arbeiten der Hackfrüchte.

Erhöhte Aufmerksamkeit ist den werktätigen Einzelbauern zu widmen, die noch etwa 70 Prozent der Ackerfläche bewirtschaften. Es gilt, sie in ihrer Tätigkeit zur Steigerung der Produktion durch die Einbeziehung aller Reserven der bäuerlichen Einzelwirtschaft zu unterstützen.

Der Kampf um die Erhöhung der Marktproduktion in der Landwirtschaft erfordert außerdem, daß die übrigen Zweige der Volkswirtschaft ihren Verpflichtungen gegenüber der Landwirtschaft exakter und termingerechter als bisher nachkommen.

Die Investitionstätigkeit des Jahres 1957 muß vordringlich auf die Lösung der entscheidenden wirtschaftlichen Aufgaben gerichtet sein. Es gilt, die noch bestehende Zersplitterung in unserer Bautätigkeit zu überwinden, durch die Arbeitskräfte, Material und Geld des Volkes heute noch unwirtschaftlich verwendet werden. Die Konzentrierung unserer Kräfte auf die entscheidenden wirtschaftlichen Bauobjekte – besonders der Kohlenindustrie und der Energiewirtschaft – sowie auf den Wohnungsbau wird es uns ermöglichen, unser Volksvermögen mit größerem Wirkungsgrad anzulegen und einen schnellen Nutzen zu erzielen. In unserer Bautätigkeit werden wir denjenigen Objekten den Vorzug geben, die kurzfristig zu neuen Produktionen führen, die uns wertvolle zusätzliche Produktion für die Bevölkerung oder für den Export bringen und die mehr Wohnraum schaffen.

Die Anzahl der vorhandenen repräsentativen Gebäude, Kulturhäuser und Sportstadien betrachten wir gegenwärtig als ausreichend, allerdings der besseren Nutzung bedürftig. Wir sind der Auffassung, daß jetzt in jedem einzelnen Falle besser, billiger, schneller und vor allem zweckentsprechender gebaut werden soll.

Mit unserer produktionserfahrenen Arbeiterklasse, mit unseren qualifizierten Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern sind wir in der Lage, Erfolge in der weiteren technischen Entwicklung zu erzielen. Das erfordert aber auch, die eigenen Kräfte richtig einzuschätzen und sie für die wichtigsten Aufgaben einzusetzen. Auch auf diesem Gebiet wäre es unklug, vieles zu beginnen und wenig zu beenden. Für die Lösung neuer technischer Aufgaben ist es am zweckmäßigsten, die Kräfte auf das Wichtigste zu konzentrieren und sie nicht durch Zersplitterung zu schwächen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung beweist auf wirtschaftlichem Gebiet letzten Endes ihre Überlegenheit über den Kapitalismus durch ihre höhere Arbeitsproduktivität. Wir erklären eindringlich, daß sich unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht mit dem erreichten Stand der Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft, mit dem Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität einerseits und der Lohn-

entwicklung andererseits nicht zufriedengeben kann. Wir schaffen für unser eigenes besseres Leben, für die Sicherung unseres sozialistischen Aufbaus und für das bessere Leben unserer Kinder. Das alles aber erfordert, die Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft schneller zu steigern als die Löhne und den Verbrauch, was zur Zeit nur in ungenügendem Maße geschieht.

Wir stellen auch die Frage der weiteren Verbesserung des Systems der sozialistischen Planung und Wirtschaftsleitung in unserer Republik. Wir haben unter schwierigen Bedingungen unsere vom Krieg zerstörte Wirtschaft wiederhergestellt und den sozialistischen Aufbau begonnen. Die Planungsorgane und Wirtschaftsleitungen unserer Republik haben dabei, trotz noch bestehender Mängel und Fehler in ihrer Arbeit, viele Erfahrungen gesammelt. Jetzt, wo stets neue und größere Aufgaben gestellt werden, wo unser wirtschaftliches Leben ständig breiter, aber auch differenzierter und komplizierter wird, muß man nach besseren und neuen Formen der Planung und Wirtschaftsleitung suchen.

Es kommt darauf an, solche Maßnahmen festzulegen, durch die die Ausarbeitung der Pläne mit dem ständigen Kampf um die Durchführung des Planes eng miteinander verbunden wird.

Zur Verbesserung der Planung und des Kampfes um die Durchführung des Planes durch das zentrale Planungsorgan, bei gleichzeitiger Übertragung größerer Verantwortung auf die einzelnen Ministerien und örtlichen Organe, beauftragt das Zentralkomitee das Politbüro, der Regierung geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VI, Berlin 1958, S. 194–198.

11

Aus dem Beschluß der V. Gesamtdeutschen Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre in Leipzig vom 9. März 1957

II. Für Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse
gegen Großkapital und Militarismus

Das Schicksal Deutschlands hängt vom Tun und Lassen der deutschen Arbeiterklasse ab. Die deutsche Arbeiterklasse besitzt die Kraft, die Verhältnisse in Westdeutschland zu ihrem Wohle zu ändern . . .

Um die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden und gegen NATO und Militarismus zueinander zu führen, ist es erforderlich, daß die Mitglieder, die Funktionäre und Leitungen der deutschen

Arbeiterparteien und der deutschen Gewerkschaften in gemeinsamen Beratungen Vorschläge zur Entspannung der Lage in Deutschland, zur Abrüstung und zur Schaffung kollektiver Sicherheit in Europa ausarbeiten ...

Damit zur Sicherung des Friedens und für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands die deutsche Arbeiterklasse, ihre Parteien und Gewerkschaften zu einem gemeinsamen offensiven Handeln kommen, schlägt die Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz den Arbeitern und ihren Organisationen in ganz Deutschland vor:

1. Einen breiten Austausch von Studiendelegationen der Arbeiter, ihrer Parteien und Gewerkschaften aus beiden deutschen Staaten.

2. Die Herbeiführung von Vereinbarungen zwischen den Leitungen der deutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen:

a) zur Durchführung von Versammlungen und Beratungen in beiden deutschen Staaten mit gemeinsamen Rednern, um die deutsche Arbeiterklasse zu einer gemeinsamen Kampffront für Frieden und Abrüstung, gegen Militarismus und Konzernkapital zu formieren;

b) um sich im Kampf für Frieden und Wiedervereinigung, gegen Militarismus und Konzernkapital politisch, moralisch und materiell solidarische Hilfe zu leisten.

Diese Vorschläge bieten reale Möglichkeiten, Aktivität in der deutschen Arbeiterklasse zu entfalten, um ihre Aktionseinheit herzustellen und die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik zurückzudrängen ...

Der Sehnsucht unseres Volkes nach Wiedervereinigung steht die Herrschaft der großen Konzerne, der Militaristen und ihre NATO-Politik in Westdeutschland hemmend gegenüber ...

Reale Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands schaffen, erfordert:

den Austritt der westdeutschen Bundesrepublik aus der NATO und anderen militärischen Gruppierungen. Über diesen Schritt soll in Westdeutschland eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Abschaffung der Wehrpflicht in Westdeutschland.

Begrenzung der Streitkräfte in beiden deutschen Staaten.

Entfernung führender Militaristen und Nazi-Funktionäre aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat Westdeutschlands.

Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems unter Teilnahme beider deutscher Staaten.

Einrichtung einer Zone der verminderten Rüstung, Abzug aller Besatzungstruppen von deutschem Territorium.

Beseitigung aller ausländischen militärischen Stützpunkte in allen Staaten.

Beseitigung der Macht der Monopole und der Großgrundbesitzer.

Zur Schaffung dieser Voraussetzungen ist erforderlich, daß in Westdeutschland

das Betriebsverfassungsgesetz aufgehoben und die vollen Rechte der Arbeiter einschließlich der Arbeiterkontrolle in den Großbetrieben hergestellt werden;

alle Vorrechte der Großgrundbesitzer beseitigt und das demokratische Recht der werktätigen Bauern wiederhergestellt wird;

eine Volksabstimmung über die Überführung der Schlüsselindustrie in Volkseigentum, über die Durchführung einer demokratischen Bodenreform und über die Durchführung einer demokratischen Schulreform erfolgt.

Diese gemeinsamen Maßnahmen und Aktionen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen würden neue Möglichkeiten für die Aufnahme von Kontakten und Verhandlungen zwischen den deutschen Regierungen und Parlamenten zum Zweck der Annäherung und mit dem Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten eröffnen.

Dazu schlagen wir vor:

1. Bildung einer Körperschaft gesamtdeutschen Charakters, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt.

2. Wahl der Mitglieder dieser Körperschaft auf Grund der in beiden deutschen Staaten geltenden Wahlgesetze.

3. Vorbereitung von Maßnahmen durch diese Körperschaft als Organ der Wiedervereinigung:

a) zur Herstellung einer einheitlichen Verwaltung in Deutschland,

b) zur Schaffung einer Zoll- und Valuta-Union,

c) zur Schaffung einer koordinierenden Kommission für die Frage der vergesellschafteten Industrie,

d) zur Schaffung einer einheitlichen Notenbank und Währung,

e) zur Schaffung eines einheitlichen Transport- und Nachrichtenwesens.

Diese Maßnahmen könnten die beiden deutschen Staaten zu einem Staatenbund zusammenführen. Dann würden auch freie gesamtdeutsche Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung möglich. Ihre Aufgabe wäre es, eine Verfassung auszuarbeiten und eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die den Interessen des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts dient.

Dieser Weg entspricht den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Er kann mit Erfolg gegangen werden, wenn die Arbeiterklasse, ihre Parteien und Organisationen in ganz Deutschland die Sache der Wiedervereinigung in ihre Hände nehmen und zusammen mit allen friedlichen und demokratischen Kräften für ihre Verwirklichung kämpfen.

IV. Die deutschen Arbeiter
in einem wiedervereinigten Deutschland

Jeder deutsche Arbeiter muß wissen, was für ein wiedervereinigtes Deutschland er will und welche Perspektiven er wählt.

Wir deutschen Arbeiter wollen,

daß das wiedervereinigte Deutschland ein Land des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts ist. In ihm muß alle Gewalt vom Volke ausgehen; die Arbeiterklasse als stärkste und fortschrittlichste Kraft des deutschen Volkes muß im Staat entscheidenden Einfluß besitzen.

Wir deutschen Arbeiter wollen,

daß im wiedervereinigten Deutschland es das oberste Ziel der Wirtschaft sein muß, die Lebenslage des schaffenden Volkes ständig zu verbessern und das materielle und kulturelle Niveau des Volkes systematisch zu erhöhen. Dazu gehört, daß die kapitalistische Produktionsanarchie beseitigt und durch eine Planwirtschaft ersetzt wird, die Wirtschaftskrisen für alle Zeiten unmöglich macht und die Arbeiter von der Furcht vor Arbeitslosigkeit für immer befreit. Grundsatz der Wirtschaftspolitik muß sein, daß ihre Ergebnisse nicht den Profitinteressen der Großkapitalisten, sondern ausschließlich der wachsenden Befriedigung der Bedürfnisse des arbeitenden Volkes dienen. Dazu gehört, daß die Löhne erhöht, die Preise und Steuern gesenkt werden und der Bau von Wohnungen laufend vermehrt wird.

Wir deutschen Arbeiter wollen,

daß im wiedervereinigten Deutschland jeder Arbeiter die Freiheit der Meinungsäußerung, der Weltanschauung und des Glaubens besitzt. Den Gewerkschaften muß das Mitbestimmungsrecht in allen die Arbeiterinteressen betreffenden Fragen gesetzlich gesichert sein.

Wir deutschen Arbeiter wollen,

daß im wiedervereinigten Deutschland allen Arbeitern und Schaffenden wirkliche soziale Sicherheit garantiert ist. Jeder Arbeiter muß das gesetzlich garantierte und gesicherte Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Urlaub, auf Erholung, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Frauen völlige Gleichberechtigung im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben besitzen. Für alle Arbeiter muß durch die Schaffung einer einheitlichen, unter der Leitung der Gewerkschaft stehenden Sozialversicherung soziale Sicherheit im Falle der Krankheit, des Unfalles und des Alters garantiert werden.

Tribüne (Berlin),
11. März 1957.

12

Aus dem Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen, vom 12. März 1957

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stellen fest, daß, ungeachtet der Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und anderer friedliebender Staaten, bis jetzt noch keine friedensvertragliche Regelung mit Deutschland und keine vereinbarte Regelung erzielt wurden, die den europäischen Staaten ausreichende Friedens- und Sicherheitsgarantien bieten.

Sie sind unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auf dem Gebiet der Deutschen Bundesrepublik ausländische Truppen stationiert und Militärstützpunkte der Teilnehmerstaaten des aggressiven Nordatlantikblocks errichtet sind,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß mit der Wiedergeburt des deutschen Militarismus in Westdeutschland dem Frieden Gefahren drohen, übereingekommen, daß die mit den internationalen Verträgen und Abkommen im Einklang stehende zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik notwendig ist und den Interessen der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit des deutschen und des sowjetischen Volkes wie auch der anderen Völker Europas entspricht und haben in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 und der am 7. Januar 1957 in Moskau unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung beschlossen, dieses Abkommen abzuschließen ...

Artikel 1

Die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird durch die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf ihrem Territorium nicht beeinträchtigt; die sowjetischen Streitkräfte werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftspolitische Leben des Landes einmischen.

Artikel 2

1. Die Fragen der Veränderung der Stärke und der Standortverteilung der sowjetischen Streitkräfte, die zeitweilig auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, werden Gegenstand von Konsultationen zwischen der Regierung der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sein.

2. Manövergebiete, die die sowjetischen Streitkräfte außerhalb ihrer Standorte benutzen, sind mit den zuständigen staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinbaren.

Artikel 3

Die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Streitkräfte, die ihnen angehörenden Personen und deren Familienangehörige sind verpflichtet, das in der Deutschen Demokratischen Republik geltende Recht zu achten und einzuhalten ...

Artikel 5

Bei strafbaren Handlungen, die von Personen, die den sowjetischen Streitkräften angehören, oder von deren Familienangehörigen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik begangen wurden, wird grundsätzlich das deutsche Recht von den Organen der Deutschen Demokratischen Republik angewandt.

Artikel 6

Die Bestimmung des Artikels 5 dieses Abkommens findet keine Anwendung:

a) wenn Personen, die den sowjetischen Streitkräften angehören, oder deren Familienangehörige strafbare Handlungen gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, gegen Personen, die den sowjetischen Streitkräften angehören, oder deren Familienangehörige begehen;

b) wenn Personen, die den sowjetischen Streitkräften angehören, strafbare Handlungen bei der Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begehen.

Für die unter Punkt a) und b) genannten Fälle wird das sowjetische Recht von den Organen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angewandt ...

Artikel 8

Bei strafbaren Handlungen gegen die sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, sowie gegen Personen, die ihnen angehören, werden die Schuldigen die gleiche Verantwortung vor den Gerichten und den anderen zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik tragen wie für strafbare Handlungen gegen die Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik und gegen Personen, die ihnen angehören.

Artikel 9

1. Die zuständigen deutschen und sowjetischen Organe werden einander jegliche Unterstützung einschließlich Rechtshilfe bei der Verfolgung von strafbaren Handlungen, die in den Artikeln 5, 6 und 8 dieses Abkommens genannt sind, gewähren ...

Artikel 15

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gewährt den sowjetischen Streitkräften weiterhin das Recht der Benutzung für Kasernenkomplexe, Flugplätze, Übungsgelände, Truppenübungsplätze mit Ausstattung und Anlagen, Wohn- und andere Bauten und Einrichtungen, Geländeabschnitte, Eisenbahn-Zufahrtsstrecken, Verkehrsmittel, Post-, Fernmelde- und Funkanlagen sowie die Inanspruchnahme von elektrischem Strom, kommunalen Dienstleistungen, Handelsleistungen, Bauleistungen und sonstigen Sach- und Werkleistungen, die die sowjetischen Streitkräfte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in Anspruch nehmen. Die Ordnung und die Bedingungen für die Inanspruchnahme der obengenannten Objekte und Mittel sowie von Leistungen aller Art durch die sowjetischen Streitkräfte werden durch Sonderabkommen der zuständigen Organe der Abkommenspartner festgelegt.

Artikel 16

Für den Bau von Gebäuden, Flugplätzen, Straßen, Brücken und ständigen Fernmelde- und Funkanlagen für die Bedürfnisse der sowjetischen Streitkräfte ist die Zustimmung der zuständigen staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich.

Artikel 17

1. Die von den sowjetischen Streitkräften benutzten Objekte und Mittel, die im Artikel 15 dieses Abkommens erwähnt sind, werden, wenn kein Bedarf mehr vorliegt, der Deutschen Demokratischen Republik ohne jegliche Entschädigung der Aufwendungen, die der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Errichtung, Renovierung oder den Umbau solcher Objekte und Mittel entstanden sind, übergeben ...

Artikel 18

Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik bei entsprechender Konsultation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage und der Maßnahmen, die durch die

staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet werden, Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen.

Artikel 19

Zur Regelung von Fragen, die mit der Anwendung dieses Abkommens zusammenhängen, wird eine Gemischte deutsch-sowjetische Kommission gebildet, für die jeder Abkommenspartner drei Vertreter benennt, wobei das Prinzip der Einstimmigkeit beider Seiten bei der Annahme von Beschlüssen gelten wird ...

Artikel 22

Dieses Abkommen bleibt in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 für die Zeit der Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft und kann von den Abkommenspartnern in gegenseitigem Einverständnis abgeändert werden.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. V. Vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957,
Berlin 1958, S. 677–680, 682–685.

13

Aus dem Wahlprogramm der KPD zu den Bundestagswahlen 1957 vom März 1957

Die Adenauer-Partei hat Westdeutschland zum Stapelplatz für Atomwaffen gemacht, zum Manöverfeld ausländischer Truppen, die auf unserem Boden den Atomkrieg vorbereiten. Von dieser lebensbedrohenden Gefahr muß unser Volk befreit werden ...

Wir Kommunisten sind für Zusammenarbeit und Freundschaft mit allen Völkern ...

Wir sind für ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit, an dem bis zur Wiedervereinigung beide deutsche Staaten, später das geeinte Deutschland, als gleichberechtigte Partner teilnehmen.

Wir sind für Freundschaft mit den freiheitsliebenden Völkern Asiens und Afrikas, die jetzt das Joch der Kolonialherrschaft für immer abschütteln. Wir lehnen die imperialistischen Abenteuer ab, durch die sich die Adenauer-Regierung an der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung der farbigen Völker beteiligen will.

Wir sind für eine gesamteuropäische Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomkraft.

Wenn die Bundesregierung den Weg der Verständigung und der Entspannung beschreitet und die einseitigen militärischen Bindungen löst, dann würden Dutzende Milliarden, die jetzt für die Aufrüstung des deutschen Imperialismus verwendet werden, frei für die Friedenswirtschaft, für den sozialen und kulturellen Fortschritt. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen Friedensstaat würde erleichtert ...

Die Wiedervereinigung Deutschlands setzt voraus, daß die verfassungsmäßigen demokratischen Rechte in der Bundesrepublik uneingeschränkt wiederhergestellt, das Verbot der KPD aufgehoben, die freie Betätigung für alle demokratischen Organisationen gewährleistet wird und daß die faschistischen und militaristischen Verbände aufgelöst werden ...

Acht Jahre lang hat sich die Regierung Adenauer hinter der Behauptung versteckt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei eine Sache der Großmächte. Wir Deutsche müssen endlich das nationale Hauptanliegen unseres Volkes, die Wiedervereinigung zu einem demokratischen, friedlichen, gesellschaftlich fortschrittlichen Deutschland, in unsere eigenen Hände nehmen. Nur wenn der Militarismus niedergerungen wird, nur wenn es auf dem Wege über Verhandlungen zur Annäherung und schließlich zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten kommt, kann die Wiedervereinigung zu einem demokratischen Staat verwirklicht werden.

Eine neue Bundesregierung, die aus einer durch die Wahlen veränderten Bundestagsmehrheit hervorgeht, muß mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unverzüglich Verhandlungen aufnehmen. Die ersten Themen, über die eine Verständigung erzielt werden muß, sind:

Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung gegeneinander.

Verzicht auf die Wehrpflicht.

Verzicht auf Herstellung und Lagerung von Atomwaffen.

Beseitigung aller Stützpunkte ausländischer Truppen für den Atomkrieg auf deutschem Boden.

Gemeinsame Bemühungen um einen etappenweisen Abzug aller Besatzungstruppen.

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der
Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs
des ZK der KPD, Max Reimann,
Berlin 1963, S. 33, 35–37.

14

Stellungnahme von 18 Göttinger Professoren gegen die atomare Aufrüstung vom 12. April 1957

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen:

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch" bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein" bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen" Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.

Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit

zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle eines Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Die Erklärung trägt die Unterschrift der Professoren Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max von Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz.

Die Freiheit (Mainz),
15. April 1957.

15

Aus der Entschließung der 16. Tagung des Zentralrats der FDJ vom 25. April 1957

I

Was ist die FDJ und was will sie?

Heute ist es vollkommen klar: Alle jungen Deutschen werden im Sozialismus leben, denn der Sozialismus ist in ganz Deutschland geschichtliche Notwendigkeit geworden. Die westdeutschen Großkapitalisten und Militaristen wollen jedoch den Weg zum Sozialismus verbauen, ihre alte Ordnung aufrechterhalten und ihre Herrschaft auf die Deutsche Demokratische Republik ausdehnen. Dazu soll die westdeutsche Jugend mißbraucht und in einen grausamen Atomkrieg getrieben werden. Das zu verhindern erfordert die Vernichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die führende und für den siegreichen Ausgang des Kampfes gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg bestimmende Kraft ist die Arbeiterklasse. Auch die deutsche Jugend trägt eine große nationale Verantwortung. Sie hat die geschichtliche Aufgabe, unter Führung der Arbeiterklasse in der ersten Reihe derjenigen zu stehen, die Deutschland von diesen finsteren Kräften der Reaktion befreien und für ein friedlieben-

des, demokratisches Deutschland kämpfen, in dem das arbeitende Volk zum Aufbau des Sozialismus übergeht.

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend erklärt daher: Die Freie Deutsche Jugend ist die sozialistische Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik. Sie vereint in ihren Reihen alle Jugendlichen, die treu zur Arbeiter-und-Bauern-Macht stehen, die die Kühnheit besitzen, unermüdlich dafür zu kämpfen, daß alle jungen Menschen in einem sozialistischen Deutschland leben. Die Mitglieder der FDJ scheuen keine Opfer im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus. Sie kämpfen mit Leidenschaft und Enthusiasmus für ein Deutschland, in dem alle Menschen ohne Ausbeutung und Furcht vor dem morgigen Tag leben werden ...

Der Kampf für ein sozialistisches Deutschland ist unser Ziel, dem wir unsere gesamte Kraft weihen. Aufgabe unseres Verbandes ist es, die gesamte Jugend für dieses Ziel zu gewinnen.

In der Deutschen Demokratischen Republik bauen wir erfolgreich den Sozialismus auf. Die Deutsche Demokratische Republik ist deshalb das Vaterland der deutschen Jugend, weil hier das Volk die Macht besitzt, weil die Arbeiter-und-Bauern-Macht die nationale Zukunft verkörpert und eine Politik durchführt, die den Interessen des gesamten deutschen Volkes entspricht.

Beim sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und bei ihrem Schutz vor allen Angriffen und Provokationen der Imperialisten und Militaristen gehen die Mitglieder der FDJ der gesamten Jugend beispielgebend voran. Kein Mitglied unseres Verbandes duldet, daß unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht verleumdet wird. Sie betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, freiwillig Dienst in den Reihen der Nationalen Volksarmee zu leisten, kameradschaftlich mit der Gesellschaft für Sport und Technik zusammenzuarbeiten und sie bei der vormilitärischen Ausbildung zu unterstützen.

Die Mitglieder der FDJ verfechten die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und der Völkerfreundschaft. Sie fühlen sich fest verbunden mit der friedliebenden Jugend der ganzen Welt, besonders mit der Jugend des sozialistischen Lagers, an deren Spitze die sowjetische Jugend und der Komsomol stehen.

Die Freie Deutsche Jugend ist die Reserve und der zuverlässige Helfer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die unser Volk auf dem Wege zum Sozialismus führt.

Die Entwicklung der Freien Deutschen Jugend zur sozialistischen Jugendorganisation bedeutet nicht, daß sich die FDJ jetzt in ihrer Mitgliedschaft auf eine bestimmte soziale Schicht der Jugend beschränkt. Die sich in der Freien Deutschen Jugend verkörpernde Einheit der Ju-

gend wird nicht geschwächt, sondern, im Gegenteil, eine weitere Stärkung erfahren.

Alle fortschrittlichen Kräfte der DDR, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigt sind, bekennen sich zum Sozialismus als dem Ziel ihres gemeinsamen Kampfes. Unser Verband ist ein wichtiger Teil der Nationalen Front. In der FDJ sind junge Menschen aus den Reihen der Arbeiterjugend und aus anderen sozialen Schichten der Bevölkerung vereinigt, die gemeinsam für den Sozialismus eintreten. Wer den Sozialismus aufbauen will, muß wissen, auf welche Kräfte sich die neue Gesellschaft stützt, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sie sich entwickelt und welche praktischen Aufgaben sich daraus ergeben. Darum setzen wir alles daran, die Jugend von der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus zu überzeugen. Die Mitglieder der FDJ und alle jungen Menschen, nicht nur junge Marxisten, brauchen heute eine umfassende Kenntnis von den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, um den unvermeidlichen Sieg der sozialistischen Ordnung zu verstehen und eine richtige Einstellung zu den politischen Ereignissen zu gewinnen. Nur so können sie zielklar handeln.

Gerade deshalb hat jedes Mitglied der FDJ die Pflicht, sich die Lehren von Marx, Engels und Lenin anzueignen, um seine Aufgaben als Mitglied der sozialistischen Jugendorganisation erfüllen zu können. Es unterscheidet sich von den nicht in der FDJ organisierten Jugendlichen gerade dadurch, daß er als überzeugter Kämpfer überall für den Sozialismus eintritt und den festen Willen hat, für seine Überzeugung andere junge Menschen zu gewinnen.

Dokumente zur Geschichte
der Freien Deutschen Jugend,
Vierter Band, Berlin 1963, S. 11–13.

16

Aus dem Appell der Aktivisten, Neuerer und Staatstitelträger der SDAG Wismut an die Werktätigen aller Industriezweige der DDR anläßlich des Wettbewerbs zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, veröffentlicht am 25. Juli 1957

Wir, die Aktivisten, Neuerer und Staatsausgezeichneten, fühlen uns verpflichtet, neue Taten für unsere gemeinsame sozialistische Sache zu vollbringen. Wir wenden uns deshalb mit diesem Appell an die Werktätigen aller Industriezweige der DDR, zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beispielhafte Produktionsleistungen zu vollbringen.

Die Oktoberrevolution war der Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit. Mit ihr wurde die Epoche der Herrschaft der Arbeiterklasse eingeleitet, erstmalig in einem Land die Ausbeutergesellschaft zerschlagen und der Weg zum Sozialismus beschritten. Die Existenz der Sowjetunion, ihre Verwirklichung des Sozialismus und ihr erfolgreicher kommunistischer Aufbau beeinflussen auch in entscheidendem Maße die Entwicklung in Deutschland. Der historische Sieg über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg, der erneut die Unbesiegbarkeit der Sache des Sozialismus unterstrich, schuf zugleich die Voraussetzung dafür, daß in Deutschland die demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse einen neuen Staat, die DDR, errichten konnten, der heute in schnellem Tempo den Aufbau des Sozialismus verwirklicht.

Unser sozialistischer Aufbau ist das Beispiel für die Arbeiterklasse und alle patriotischen Kräfte in ganz Deutschland, wie man erfolgreich die Grundlagen des Militarismus und des imperialistischen Krieges vernichtet, eine wahrhaft demokratische Entwicklung vollzieht und damit für das ganze deutsche Volk den Weg zu Frieden, Glück und Wohlstand beschreitet.

In dieser Erkenntnis stellen wir Aktivisten, Neuerer und Staatsausgezeichneten des Industriezweiges Wismut uns anläßlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution folgende Aufgaben:

1. bis zum 7. November 1957 15 Tage Planvorsprung zu erreichen;

2. die Arbeitsproduktivität für das III. und IV. Quartal 1957 im Verhältnis zum ersten Halbjahr um 4 Prozent zu erhöhen.

Dazu ist notwendig, die neue Technik voll auszunutzen, die Arbeitsorganisation mit Hilfe der Anwendung der Neuerermethoden zu verbessern und die Zyklusarbeit im breitesten Maße einzuführen;

3. die Selbstkosten für das III. und IV. Quartal 1957 bei voller Ausnutzung aller Reserven und restloser Realisierung der in der Vorbereitung der Wahlen und in den Ökonomischen Konferenzen eingegangenen Verpflichtungen, des weiteren durch Einsparung von Kohle, Energie, Baumaterial und allen anderen Materialien um 5 Prozent zu senken. Jedes Belegschaftsmitglied verpflichtet sich, monatlich eine bestimmte Summe von DM an Material einzusparen.

Wir rufen alle Arbeiter und alle Werktätigen der Industriebetriebe der DDR auf, entsprechend den Weisungen des 32. Plenums des ZK der SED im Zeichen der Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution neue, beispielhafte Taten beim sozialistischen Aufbau zu vollbringen.

Wir, die Bergarbeiter, das ingenieurtechnische Personal und die Angestellten des Industriezweiges Wismut führen den sozialistischen Wettbewerb unter der Losung: „Vorwärts zu neuen großen Taten für den Sieg

der Sache des Sozialismus", „Vorwärts zu neuen Taten für die allseitige Stärkung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik".

Tribüne (Berlin),
25. Juli 1957.

17

Aus der Erklärung der Regierung der DDR über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands vom 26. Juli 1957

Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik

Da also die Lösung der Aufgabe der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Verständigung zwischen den Deutschen selbst und durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten erreicht werden kann, erhebt sich vor jedem Deutschen unvermeidlich die Frage nach dem konkreten Weg zur allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten auf einer Grundlage, die die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und antiimperialistischen deutschen Staates ermöglicht.

Ein solcher konkreter Weg ist die Bildung eines Staatenbundes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages.

Die Konföderation braucht vorerst keine über den beiden Staaten stehende selbständige Staatsgewalt zu schaffen und würde jedes Herrschaftsverhältnis des einen über den anderen deutschen Staat ausschließen. Ein in beiden Teilen Deutschlands aus Vertretern der Parlamente geschaffener Gesamtdeutscher Rat, der beratenden Charakter hat, könnte solche Maßnahmen empfehlen und beschließen, die der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten dienen. Der Anfang einer deutschen Konföderation wäre ein Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik über die Durchführung einer gemeinsamen Politik in bestimmten Fragen.

Wir schlagen deshalb vor:

1. Ein Verbot der Lagerung und der Herstellung von Atombomben und -waffen auf dem Boden Deutschlands sowie ein Verbot der Propagierung des Atomkrieges zu vereinbaren.

2. Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag, Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke.

3. Gemeinsames oder einzelnes Ersuchen an die vier Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus ganz Deutschland.

Ein solches Abkommen über diese vorrangigen Fragen wäre der Beginn einer zwischen den souveränen und unabhängigen deutschen Staaten einzugehenden Konföderation, die im weiteren zu Absprachen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, auf dem Gebiete der Zoll- und Währungsangelegenheiten, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der mit dem Status von Berlin verbundenen Fragen sowie der Aufhebung des Verbots demokratischer Parteien und Organisationen in Westdeutschland führen könnte. Dabei sollen die von den Körperschaften der Konföderation in gegenseitigem Einvernehmen angenommenen Empfehlungen und Beschlüsse von den Regierungen der beiden deutschen Staaten nur freiwillig durchgeführt werden, also ohne jedes Element des Zwanges. In der Folge wären auch weitere Schritte in der Richtung der Wiedervereinigung Deutschlands notwendig.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. V. Vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957,
Berlin 1958, S. 124/125.

18
Aus den Thesen der Kulturkonferenz der SED in Berlin am 23./24. Oktober 1957

I. Der Kampf unserer Partei für eine sozialistische Kulturpolitik

Unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Partei der deutschen Arbeiterklasse, ist die führende Kraft in der sozialistischen Umgestaltung aller Gebiete des Lebens. Aus dieser historischen Aufgabe ergibt sich auch ihre führende Rolle auf dem Gebiete der Kultur. Die ganze Geschichte unserer Partei zeigt, daß sie in den Genossen Kulturschaffenden viele mutige, hervorragende Kämpfer für die große Sache des Sozialismus besitzt. Auch heute gilt die Hochschätzung der Partei den Genossen Kulturschaffenden, den Kulturschaffenden der Blockparteien und den zahlreichen parteilosen Angehörigen der Intelligenz, die mit uns gemeinsam für den sozialistischen Aufbau und für eine sozialistische Kultur kämpfen.

Die Partei der Arbeiterklasse unterstützt mit aller Kraft die sozialistische Entwicklung in der Literatur und Kunst, und sie tritt für den sozialistischen Realismus ein, der den Künstler befähigt, parteilich und volksverbunden große sozialistische Kunstwerke hervorzubringen. Die Partei sichert die Freiheit der individuellen Ausdrucksmöglichkeiten der

einzelnen Künstler in ihrem Schaffen für eine sozialistische Kunst. Die Hauptmethode der Arbeit unserer Partei auf kulturellem Gebiet besteht in der Überzeugungsarbeit, in der sich Prinzipienfestigkeit und Feinfühligkeit verbinden, in der ideologischen Auseinandersetzung über die Grundfragen der politischen und kulturellen Entwicklung, in der allseitigen Förderung der sozialistischen Kulturschaffenden und ihrer Werke. Unvereinbar damit sind kleinliche Bevormundung, seelenloses Administrieren, Schematismus und Routine. Die Partei erzieht ihre Genossen Kulturschaffenden im Geiste des Marxismus-Leninismus, damit sie ihrer großen Aufgabe als sozialistische Kämpfer und Künstler gewachsen sein können.

Die Partei der Arbeiterklasse sichert ihre führende Rolle in den Fragen der Kultur auch durch die ständige Hebung des kulturellen Niveaus ihrer gesamten Mitgliedschaft, insbesondere aber der Parteiarbeiter. Die Genossen sind vor allem dazu zu erziehen, die Mittel unserer Kunst als Waffe zu erkennen und gebrauchen zu lernen . . .

Im Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik entsteht die neue, sozialistische Kultur. Sie führt gesetzmäßig alles Große, Humanistische, Fortschrittliche weiter, das die Kultur unseres Volkes hervorgebracht hat – und sie ist zugleich das direkte Resultat der revolutionären politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen, die sich seit 1945 bei uns vollzogen haben und vollziehen. Die sozialistische Kultur stellt eine neue, die qualitativ höchste Stufe in der kulturellen Entwicklung der Menschheit dar.

Die sozialistische Kultur wird dort möglich, wo die Arbeiterklasse, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz, die Macht in ihre Hände genommen hat. Wahrhaft demokratische Verhältnisse sind die Grundlage dafür, daß die Volksmassen zum ersten Male in der Geschichte ihre wachsenden kulturellen Bedürfnisse befriedigen und im breitesten Umfang am kulturellen Leben teilnehmen. Mit dem steigenden kulturellen Niveau der Massen wächst ihre Fähigkeit, Staat und Wirtschaft zu leiten und ihre sozialistischen Ziele in der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verwirklichen . . .

Die sozialistische Kultur ist eine echte Volkskultur. Sie bringt neue schöpferische Potenzen und Werte hervor, wie sie die Kulturen der früheren herrschenden Klassen nicht kannten. Sie stützt sich auf die großen revolutionären und demokratischen Kulturwerte der Vergangenheit. Sie entwickelt die hervorragenden kulturellen Leistungen weiter, die das klassenbewußte Proletariat seit Beginn der marxistischen Arbeiterbewegung hervorgebracht hat, vor allem jene Ergebnisse einer revolutionären proletarischen Kultur, die unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und unter Führung der kommunistischen Parteien entstanden.

Die sozialistische Kultur zeichnet sich durch ihren offen kämpferischen, parteilichen Charakter aus. Sie ist durchdrungen von den Ideen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse für ihre und damit der ganzen Menschheit Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verhält sich deshalb unversöhnlich gegenüber allen antihumanistischen Ideen des Völker- und Rassenhasses, des Chauvinismus und der Kriegshetze. Sie bekämpft die bürgerliche Dekadenz, Klerikalismus, Mystizismus und Aberglauben.

Die sozialistische Kultur verwirklicht als erste Kultur der Geschichte der Menschheit die großen Ideen aller humanistischen Denker der Vergangenheit. Sie garantiert die Befriedigung und ständige Höherentwicklung der kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung, die freie Entfaltung aller Talente und Begabungen des Volkes, die Freiheit des Künstlers und Wissenschaftlers von der Macht des Besitzes und Geldes zum Wohle der ganzen Gesellschaft.

Die sozialistische Kultur wächst mit dem neuen Verhältnis zum sozialistischen Eigentum, das sich grundsätzlich von dem früheren Verhältnis zum Privateigentum unterscheidet. Dabei entstehen die neuen, sozialistischen Maßstäbe der Moral und der Ethik, die Teil und Triebkraft der sozialistischen Kultur sind.

Die sozialistische Kultur dient den Ideen des proletarischen Internationalismus, der zur Grundhaltung anderen Nationen gegenüber wird und zur gegenseitigen Befruchtung der Kulturen auf der Grundlage der Achtung vor den kulturellen Leistungen aller anderen Völker führt. Der bürgerliche Kosmopolitismus ist ihr zutiefst fremd.

Für eine sozialistische deutsche Kultur.
Die Entwicklung der sozialistischen Kultur in der Zeit
des zweiten Fünfjahrplanes, Thesen der Kulturkonferenz
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
23./24. Oktober 1957 in Berlin,
Berlin 1957, S. 6/7, 19–21.

19

Brief des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, vom 10. Dezember 1957

Werter Genosse Ollenhauer!

Das Bekanntwerden der Tatsache, daß Bomber der USA-Luftwaffe auf ihren Flügen über Westeuropa Atombomben an Bord führen, hat zu großer Beunruhigung in der Bevölkerung geführt. Die Fraktion der britischen Labour Party hat sich im Unterhaus zum Sprecher der Besorgnisse

des englischen Volkes gemacht. In der Tat könnte in dieser Lage der Kommandeur einer solchen Maschine, sobald er, aus welchen Gründen immer, die Bombe auslöst, furchtbares Unheil über uns heraufbeschwören.

Nun will die Bundesregierung im Zusammenspiel mit Regierungskreisen der USA die Konferenz der NATO-Staaten dazu benutzen, den Rüstungswettlauf zu verstärken und in der Bundesrepublik Basen atomarer Raketenwaffen auszubauen. Sie hat die Absicht, diese selbstmörderischen Pläne ohne Rücksicht auf den Willen der westdeutschen Bevölkerung durchzusetzen. Daß sie selbst hinter dem Rücken des Parlaments fertige Tatsachen schaffen will, wird einmal mehr durch die rücksichtslose Art deutlich, mit der die Adenauer-Partei ihre Mehrheit im Ältestenrat dazu mißbraucht hat, die von der SPD geforderte außenpolitische Debatte vor der NATO-Konferenz zu verhindern.

Mit dieser Entwicklung dürfen wir uns nicht abfinden. Die Lage ist zu bedrohlich, als daß wir, als daß irgendein Mensch mit politischem Verantwortungsbewußtsein sie hinnehmen könnte. Um die Bevölkerung der Bundesrepublik auf das ganze Ausmaß der Gefährdung ihrer Existenz hinzuweisen, die von der NATO-Politik der Regierung Adenauer und von der Vorbereitung atomarer Kriegsprovokationen auf dem Gebiete der Bundesrepublik ausgeht, ersuche ich Sie und die Bundestagsfraktion der SPD, die Regierung zur Antwort auf eine Große Anfrage vor dem Bundestag in folgenden Punkten zu zwingen:

1. Hat die Bundesregierung, im besonderen Herr Minister Strauß, Kenntnis von der Tatsache, daß sich ebenso wie über Großbritannien und Frankreich auch im Luftraum der Deutschen Bundesrepublik Bomber der amerikanischen Luftwaffe mit einsatzbereiten atomaren Waffen einschließlich H-Bomben befinden?

2. Ist der Bundesregierung, insbesondere Herrn Minister Strauß, bekannt, daß solche Flugzeuge vom Boden der Bundesrepublik, vornehmlich im Raum Rheinland-Pfalz starten?

3. Ist die Bundesregierung über das Befliegen des Luftraumes der Bundesrepublik durch Flugzeuge der USA-Luftwaffe, die nukleare Waffen an Bord führen, in irgendeiner Form von seiten der Regierung der USA, von Kommandostellen der amerikanischen Streitkräfte oder der NATO informiert oder konsultiert worden?

4. Hat die Bundesregierung solchen Stellen gegenüber dazu in irgendwelcher Form die Zustimmung gegeben?

5. Ist die Bundesregierung gewillt, gegen den Mißbrauch deutschen Territoriums und gegen die Verletzung deutscher Hoheitsrechte in schärfster Form zu protestieren und die sofortige Einstellung der Flüge mit Atombomben sowie die Beseitigung der Lager nuklearer Waffen vom Boden der Bundesrepublik zu fordern?

Werter Genosse Ollenhauer!

Aus unserer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens bitte ich Sie dringend, daß Ihre Partei diese Fragen im Bundestag und damit vor der Öffentlichkeit stellt und die ihnen zugrunde liegenden Tatsachen aufdeckt. Ohne Zweifel wird das dazu führen, daß die Arbeiterklasse und unsere ganze Bevölkerung über die Gefahren aufgeklärt werden und ihren Beschluß bekräftigen, die Atomkriegsdrohung aus unserem Lebensbereich zu bannen. Das wäre ein Beitrag, um den Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu öffnen.

Mit sozialistischem Gruß!
gez. Max Reimann
Erster Sekretär des ZK der KPD

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1963, S. 158/159.

20

Aus dem Stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. Januar 1958

Dr. von Brentano, Bundesminister des Auswärtigen:

Die Erklärungen, die wir in Paris abgegeben haben, sind klar und unmißverständlich. Wir haben nicht die Absicht, uns den militärischen Notwendigkeiten zu entziehen, die eine wirksame Verteidigung uns vorschreibt ... Angesichts der wachsenden militärischen Macht der Sowjetunion kann die Bundesregierung aber nicht, ohne ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volk zu verletzen, darauf verzichten, die Bundeswehr so auszurüsten, daß sie ihre Verteidigungsaufgaben gemeinsam mit den Bündnispartnern zu erfüllen vermag. Sie sieht sich ebenso außerstande, ihren Verbündeten, die im Einvernehmen mit der Bundesrepublik und zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung Truppen in Deutschland stationiert haben, einschränkende Vorschriften für ihre Ausrüstung zu machen, selbst wenn sie, was nach den Verträgen nicht der Fall ist, solche Beschränkungen vorschreiben könnte.

Die Bundesregierung weiß sich mit dem Hohen Hause wohl einig, wenn sie feststellt, daß der von der Sowjetunion vorgezeichnete Weg zur Wiedervereinigung über eine Konföderation der angeblich bestehenden beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung und allseitigen Wahrung ihrer Interessen für das deutsche Volk ungangbar ist ...

Die Bundesrepublik würde durch den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags mit der sowjetisch besetzten Zone deren Eigenstaatlichkeit an-

erkennen, ohne konkrete Fortschritte oder auch nur Zusicherungen hinsichtlich der endgültigen Wiedervereinigung zu erlangen ...

Darum hat es die Bundesregierung auch dankbar begrüßt, daß die Konferenz der Regierungschefs der Atlantischen Gemeinschaft erneut ein Bekenntnis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands abgelegt und die feierliche Zusage wiederholt hat, den Status der freien Stadt Berlin zu garantieren.

Daraus erklären sich auch die weiteren Entscheidungen der Pariser Konferenz auf dem Gebiete der wissenschaftlichen, der technischen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Daraus ergibt sich aber auch die Bereitschaft der Bundesrepublik, gemeinsam mit ihren Partnern die Verteidigungsanstrengungen zu verstärken ...

Diesem Ziele dient die Anlage von Lagern mit Atomsprengköpfen; diesem Ziele dient auch die Ausstattung der alliierten Streitkräfte in Europa mit Mittelstreckenraketen. Eine Entscheidung darüber, ob und wann und wo diese Verteidigungseinrichtungen auch auf deutschem Boden geschaffen werden sollen, wird dann fallen, wenn die militärischen Sachverständigen ihre Überprüfung beendet haben.

Die Bundesregierung wird dann ihre Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen haben ...

Auch die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki vom 13. Dezember, also unmittelbar vor Beginn der Sitzung der Regierungschefs der Atlantischen Gemeinschaft, können uns dieser pflichtgemäßen Entscheidung nicht entheben. Sie zielen auf ein Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen in Polen, der Tschechoslowakei, der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone ...

Dr. Mende (FDP):

... Wir waren der Meinung, daß die freie Welt durch ihren Zusammenschluß und durch den Druck ihrer NATO-Klammer es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen ... Wir glaubten alle, daß der Druck dieser Klammer der NATO, verlängert um den Bagdad-Pakt, dazu führen könnte, daß die Sowjets Mitteldeutschland und Osteuropa freigeben, daß wir also die deutsche Wiedervereinigung, die Frage Nr. 1 des deutschen Schicksals, auf dem Wege der Bündnispolitik und ihrer Reflexwirkungen auf die deutsche Frage erreichen könnten. Aber wir wissen, daß immer in der Politik Imponderabilien die Konzeptionen gestört haben. Die Sowjetunion, die damals noch nicht im Besitz atomarer Vergeltungswaffen war, ist 1949 in den Besitz der Atombombe und 1954 in den Besitz der Wasserstoffbombe gekommen. Das atomare Gleichgewicht hat eine Situation zuwege gebracht, in der keiner der beiden Giganten dieser Erde mehr dem anderen drohen oder den anderen unter Druck setzen kann.

Die Phase, über die Bündnispolitik und über einen atomaren Druck die Sowjets zu veranlassen, uns Mitteldeutschland herauszugeben, ist daher beendet. Es beginnt die neue Phase, die Phase der Verhandlungen unter der Maßgabe, daß einer wie der andere sich in einer gleichwertigen strategischen Position befindet, wenn gelegentlich auch der eine durch interplanetarische Vorstöße, der andere vielleicht durch stationäre Rampen gewisse temporäre Vorteile erzielen kann.

Wir fragen nun die Bundesregierung: Glaubt die Bundesregierung immer noch wie in der ersten Zeit der Bündnispolitik, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen des Drucks der NATO-Klammer auf die Sowjetunion erreicht werden kann? ...

Wir fragen die Bundesregierung: Ist sie bereit, diese Konzeption mit den Vertragspartnern zu erörtern? Wer die Rote Armee, meine Kolleginnen und Kollegen, aus Mitteldeutschland abrücken sehen will, muß nach unserer Auffassung bereit sein, einen gleichen Raum in Westdeutschland durch die amerikanischen, englischen und französischen Truppen frei machen zu lassen ...

Ollenhauer (SPD):

... Es ist richtig: Es gibt keinen Beschluß in Paris über die generelle atomare Ausrüstung der Mitgliedstaaten, aber es gibt leider auch keine Erklärung der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, daß sie die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Errichtung von Abschußbasen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ablehnen ...

Wir haben solche Erklärungen in Paris gehört, und zwar von den Vertretern der dänischen und der norwegischen Regierung, deren Loyalität gegenüber den Verpflichtungen der NATO wohl für jedermann außer Zweifel steht. Warum hat die Bundesregierung diese Erklärung nicht abgegeben, von der wir überzeugt sind, daß sie hundertprozentig mit den Lebensinteressen der Bevölkerung in der Bundesrepublik und den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes übereinstimmt? ...

Es handelt sich um die Frage, ob unter unseren speziellen Bedingungen diese Art von Aufrüstung uns nützlich ist, zu verantworten ist oder nicht. Wir sehen in dem Ausweichen der Regierung vor einer klaren Beantwortung – in einer Weise, die das Ja schon enthält – eine sehr bedenkliche und von uns sehr kritisch zu beurteilende Haltung der Regierung ...

Dr. Baron Manteuffel-Szoege (CDU/CSU):

... Ich bin fest überzeugt, daß innerhalb der evangelischen Christenheit genauso wie in der katholischen die Menschen um eine richtige Erkenntnis ringen, und bei vielen wird die Erkenntnis dazu führen, daß man auch mit den alten und mit anderen Waffen das Böse bis zum letzten Atemzug bekämpfen muß.

(Abg. Wehner und Abg. Dr. Mommer: Mit Atomwaffen das Böse ausrotten?!)

– Ja!

(Abg. Wehner: Dazu stehen Sie?)

– Ja! Ich weiß, Sie werden mich damit brandmarken, Sie werden mich damit bekämpfen,

(Abg. Wehner: Ja!)

und ich bleibe bei dieser inneren Überzeugung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dr. Mommer (SPD):

... Alle Ansatzpunkte für Entspannung und Abrüstung haben Sie abgelehnt.

So betrachtet, dient die Entschließung, die Sie uns vorgelegt haben, nur der Verschleierung Ihrer wahren Absichten ...

Diese wahren Absichten sind nun einmal die, die Politik der Stärke, die draußen in der politischen Wirklichkeit längst ad absurdum geführt ist, nicht nur wie bisher weiterzuführen, sondern auf einer noch höheren Stufe, auf der Stufe der atomaren und der Raketenbewaffnung fortzuführen. Das ist Ihr wirklicher politischer Wille. Sie können von uns nicht erwarten, daß wir einer solchen Entschließung zustimmen. Diese Politik hat draußen verspielt ...

Präsident D. Dr. Gerstenmaier:

... Ich lasse über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem Antrag Umdruck 7 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen ... Der Antrag ist bei Enthaltungen und zahlreichen Gegenstimmen angenommen ...

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Umdruck 7

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, DP zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP betr. Haltung der Bundesregierung auf der NATO-Konferenz am 16. Dezember 1957 (Drucksache 82)

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht ...

3. dafür Sorge zu tragen, daß bei den aufzunehmenden Verhandlungen nur solche Lösungen in Aussicht genommen werden, die nicht zu einer Anerkennung des Status quo in Europa führen, sondern geeignet sind, die deutsche Teilung zu überwinden,

4. ihre Bemühungen zur Koordinierung der Außenpolitik der westlichen Verbündeten energisch fortzusetzen.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages,
3. Wahlperiode, 9. Sitzung (Bonn),
23. Januar 1958, S. 299, 302, 306/307, 314/315, 415, 418/419, 421.

21

Aus dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. Februar 1958

Die fortschreitende sozialistische Umwälzung der Gesellschaft stellt immer höhere Aufgaben an die Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht, bedingt die ständige Entwicklung und Vervollkommnung des Staatsapparates, seiner Organisation und Arbeitsweise. Der gegenwärtige Stand der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und die Aufgaben des weiteren sozialistischen Aufbaus machen daher eine tiefgreifende und umfassende Verbesserung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates erforderlich. Die wachsenden Anforderungen, die an die staatlichen Organe gestellt werden, verlangen ein hohes Bewußtsein und einen besseren Arbeitsstil aller Mitarbeiter, verlangen die Herausbildung der sozialistischen Methoden der Führung der Menschen und ihrer politisch-ideologischen Erziehung durch den Staat. Vor den Organen des Arbeiter-und-Bauern-Staates steht die große Aufgabe, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen den Kampf für die Überwindung der alten bürgerlich-kapitalistischen Beziehungen und für die Entwicklung der neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen zu leiten ...

I

§ 2

(1) Um die Erfüllung der wachsenden Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus zu gewährleisten, ist die leitende Tätigkeit im gesamten Staatsapparat nach folgenden Grundsätzen zu verbessern:

1. Für die Tätigkeit aller Organe der Staatsmacht, besonders für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft, gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Die Planung der einzelnen Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft hat komplex und territorial zu erfolgen.

2. Das Recht jedes Werktätigen auf bewußtes, schöpferisches Mitwirken in der Produktion und bei der Leitung der Wirtschaft ist zu sichern. Durch die Planungsorgane und Wirtschaftsleitungen ist eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganen herbeizuführen.

3. Die zentralen Organe der staatlichen Verwaltung haben sich in ihrer Tätigkeit auf die Entscheidung der grundsätzlichen Fragen zu konzentrieren und die Kontrolle der Durchführung zu sichern.

4. Gemäß dem Gesetz vom 17. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht (GBl. I S. 65) ist diesen die volle Verantwortung für die staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich zu übertragen.

5. Die operative Leitung der Betriebe der Industrie, des Bauwesens und der Landwirtschaft ist näher an die Basis zu verlegen. Die operativ-wirtschaftliche Selbständigkeit der Betriebe im Rahmen des staatlichen Planes ist zu stärken; die Eigenverantwortung der Werkleiter ist zu erhöhen.

6. Die wissenschaftliche Tätigkeit in Forschung und Lehre ist enger mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Es ist eine raschere Ausnutzung der Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sichern.

(2) Die Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates ist mit der Vereinfachung der Struktur und Arbeitsweise in allen Organen der staatlichen Verwaltung zu verbinden. Die Vereinfachung im Staatsapparat und die Änderung der Arbeitsweise muß zur Einsparung von finanziellen Mitteln und Arbeitskräften führen.

II

§ 3

(1) Die Staatliche Plankommission ist das zentrale Organ des Ministerrates für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie für die Kontrolle der Durchführung der Pläne.

(2) Der Staatlichen Plankommission obliegt die Ausarbeitung der Entwürfe der Perspektivpläne und Jahrespläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft. Sie ist verantwortlich für die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft sowie für die komplexe und regionale Koordinierung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben. Sie hat die disziplinierte Durchführung der Volkswirtschaftspläne zu sichern ...

§ 6

(1) Als leitende Wirtschaftsorgane für die zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe sind in den einzelnen Wirtschaftszweigen Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) zu bilden.

(2) Die Vereinigungen volkseigener Betriebe unterstehen in der Regel der für den betreffenden Wirtschaftszweig zuständigen Abteilung der Staatlichen Plankommission.

(3) Den Vereinigungen volkseigener Betriebe obliegt die selbständige operative Leitung der ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen. Die Eigenverantwortung der Werkleiter ist zu wahren.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1958, Nr. 11, S. 118/119.

22

Appell von 44 Professoren der Bundesrepublik Deutschland an die westdeutschen Gewerkschaften vom 26. Februar 1958

Die amtliche Schlußverlautbarung der NATO-Konferenz in Paris vom 19. Dezember 1957 und die Erklärung der Bundesregierung vom 23. Januar 1958 machen offenkundig, daß die Bundesrepublik in das System der Abschußrampen für Raketen und der Atomwaffenlager einbezogen werden soll. Millionen deutscher Menschen sind dadurch von tiefer Sorge und Unruhe erfaßt.

Die Aufrüstung mit Atomwaffen auf unserem Boden verschärft die gefährlichen Spannungen, macht die Hoffnungen auf Wiedervereinigung aussichtslos und bedeutet im Konfliktfall die endgültige, unabwendbare Vernichtung Deutschlands.

Die ernsten, ja beschwörenden Stimmen kenntnisreichster und wahrhaft urteilsfähiger Wissenschaftler sind von den verantwortlichen Politikern in unbegreiflicher und folgenschwerer Weise übergangen worden. Wir wenden uns daher an das ganze deutsche Volk, die Mahnungen und Warnungen der Wissenschaftler nicht unbeachtet zu lassen. Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden! Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und ein besserer Lebensstandard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden? Die Fortsetzung und Steigerung des Wettrüstens aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen jedes sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs. Heute kommt es darauf an, den mitteleuropäischen Raum nicht in die tödlichen Fesseln atomarer Militärpolitik zu verstricken. Dieser Krisenherd muß von Atomwaffen frei bleiben. Das liegt im Interesse beider Teile unseres gespaltenen Vaterlandes und aller europäischen Völker. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein erster wesentlicher Schritt in die gemeinsame freiheitliche und friedliche Zukunft aller Deutschen.

Wollen die Gewerkschaften die Wissenschaftler angesichts der drohenden Gefahren allein lassen? Warum zögern und worauf warten sie? Ungeachtet verschiedener Auffassungen über Wirtschafts- und Sozialfragen fordern die Unterzeichner die Gewerkschaften auf, sich in dieser ernsten entscheidenden Stunde mit ihnen zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung zu verbinden.

Prof. D. Otto Bauernfeind
Prof. Dr. Georg Brauer
Prof. D. Herbert Braun
Prof. Walter Brudi
Prof. Dr. Walther Bulst
Prof. Dr. Georg Dehn
Prof. D. Hermann Diem
Prof. Dr. Luitpold Dussler
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt/Main)
Prof. Dr. Julius von Gierke
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Prof. Dr. Carl Hermann
Prof. Dr. Adolf Hertlein
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Prof. Dr. Guido Hoheisel
Prof. Dr. Helmut Hönl
Prof. Dr. Erich Hückel
Prof. D. Renatus Hupfeld (Heidelberg)
Prof. Dr. Karl Kammüller
Prof. Dr. Karl Otto Kiepenheuer
Prof. Dr. Erich Lange
Prof. Dr. Wilhelm Loew
Prof. Dr. Wilhelm Nestle
Prof. Dr. Otto Pflugfelder
Prof. Dr. Walter Rentschler
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Leonhard Riedel
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Prof. Dr. med. Hans Schaefer
Prof. Dr. Levin L. Schücking
Prof. Dr. Max Schuler
Prof. Dr. Alexander Graf Schenk von Stauffenberg
Prof. Rudolf Steinbach
Prof. D. Hermann Strathmann
Prof. Dr. Kurt Trautwein
Prof. D. Georg Wehrung
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl

Prof. Dr. Folkert Wilken
Prof. D. Ernst Wolf

Deutsche Volkszeitung (Düsseldorf),
8. März 1958.

23

Aus dem Appell an alle Arbeiter und Gewerkschafter Deutschlands, beschlossen auf der VII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 8. März 1958

Skrupellos die Interessen des arbeitenden Volkes mißachtend, beschreitet die Adenauer-Regierung den Weg der atomaren Aufrüstung. Die Herren der großen Monopole und die alten Hitlergenerale wollen die Bundesrepublik zu einem Lager von Atomwaffen machen und Abschußbasen für Atomraketen errichten.

Wir deutschen Arbeiter sind vor die große Entscheidung gestellt, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um die Fortsetzung dieser wahnwitzigen Politik am Rande des Krieges zu verhindern. Die Entscheidung kann nur lauten: Raus mit Atom- und Raketenwaffen aus der Bundesrepublik – Einbeziehung beider deutscher Staaten in eine atomwaffenfreie Zone in Europa!

Wir deutschen Arbeiter besitzen die Kraft, diesen unseren Willen zu verwirklichen. Unsere große Kraft kann sich aber nur dann entfalten, wenn wir deutschen Arbeiter und Gewerkschafter die Aktionseinheit herstellen.

Wir deutschen Arbeiter und Gewerkschafter wollen Entspannung, wir wollen frei sein von der Furcht vor einem Atomkrieg. Wo der kalte Krieg geschürt wird, wo die Herren des großen Kapitals aufrüsten, gibt es für die Arbeiterklasse keine Perspektive, keine lebensfrohe Zukunft, keinen Wohlstand und keine soziale Sicherheit ...

Die Entscheidung über Wohlstand oder Elend, über Krieg oder Frieden darf nicht von einer reaktionären Mehrheit des Bonner Bundestages abhängen. Die große außenpolitische Diskussion im Bonner Bundestag lehrt die deutschen Arbeiter und Gewerkschafter, daß die herrschenden Kreise des Kapitals gegen den Willen der Arbeiter und aller Werktätigen ihre verderbliche Politik der atomaren Aufrüstung fortführen wollen.

Deshalb muß jetzt die Entscheidung über Krieg oder Frieden in Deutschland in die Hände der Kraft gelegt werden, die unser Volk am stärksten repräsentiert – das ist die deutsche Arbeiterklasse.

Wir stellen mit großer Genugtuung fest, daß im Kampf für die Beseitigung der atomaren Kriegsgefahr die Ansichten des DGB und des FDGB

übereinstimmen. Nach den vielen Vorschlägen der Sowjetunion, des polnischen Außenministers Rapacki, der Volkskammer der DDR und Aktionen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begrüßen wir, daß nunmehr auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Willen zur Auslösung einer Bewegung gegen den Atomtod erklärt hat.

Jetzt muß dieser Einheit der Ansichten die Einheit des Handelns, die gemeinsame Tat folgen. Resolutionen allein langen heute nicht mehr aus . . .

Deshalb begrüßen wir die Aufforderung der 44 westdeutschen Wissenschaftler an den DGB, endlich geeignete Maßnahmen gegen die Atomkriegsgefahr zu ergreifen.

Wir rufen alle Arbeiter und Gewerkschafter in beiden deutschen Staaten:

Beginnt mit diesen Aktionen! Beginnt mit dem gemeinsamen Kampf gegen die Atomkriegsgefahr. Trefft Vorbereitungen und Maßnahmen, damit das arbeitende Volk über seine Lebensfragen selbst entscheiden kann.

Fordert den Volksentscheid! Führt Unterschriftensammlungen für den Beitritt der Bundesrepublik und der DDR zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa durch.

Tribüne (Berlin),
10. März 1958.

24

Aufruf zum Kampf gegen den Atomtod, beschlossen vom Arbeitsausschuß gegen den Atomtod in Bonn am 10. März 1958

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht.

Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.

Wir rufen das gesamte deutsche Volk, ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei, auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern.

Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.

Luise Albertz, Oberbürgermeister – Dr. Rudolf Amelunxen, Justizminister – Stefan Andres, Schriftsteller – Heinrich Böll, Schriftsteller – Prof. Max Born, Nobelpreisträger – Max Brauer, Bürgermeister – Dr. Thomas Dehler, MdB – Walter Dirks, Schriftsteller – Axel Eggebrecht, Schriftsteller – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer – Prof. Dr. Walter Hagemann, Dir. des Instituts für Publizistik, Münster – Prof. Dr. Oskar Hammelsbeck – Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB, Bundesinnenminister a. D. – Prof. D. Hans Iwand – Hans H. Jahnn, Präsident der Freien Akademie der Künste, Hamburg – Erich Kästner, Schriftsteller – H. F. Kloppenburg DD., Oberkirchenrat – Prof. Eugen Kogon – Ernst Kreuder, Schriftsteller – Dr. Wilhelm Lehmann, Schriftsteller – Pfarrer Dr. Dieter Linz – Paul Löbe, Reichstagspräsident a. D. – Dr. Dr. h. c. Marie Elisabeth Lüders, MdB – Prof. Wilhelm Maler, Leiter der westfälischen Musikakademie – D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident – Erich Ollenhauer, MdB – Georg Reuter, stellv. Vorsitzender des DGB – Willi Richter, Vorsitzender des DGB – Martha Saalfeld, Schriftstellerin – Paul Schallück, Schriftsteller – Dr. Schaltenbrand, Universitätsprofessor, Würzburg – Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages – Fritz Steinhoff, Ministerpräsident – D. Hans Stempel, Kirchenpräsident – Bernhard Tacke, stellv. Vorsitzender des DGB – Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin – Prof. Dr. Alfred Weber, Universitätsprofessor, Heidelberg – Prof. Dr. Walter Weitzel, Universitätsprofessor, Bonn – Helene Wessel, MdB – Prof. D. Ernst Wolf, Universitätsprofessor, Göttingen.

Welt der Arbeit (Köln),
14. März 1958.

25

Aus der Rede des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 20. März 1958

Ich sagte soeben, die NATO stehe waffentechnisch und damit auch taktisch und strategisch vor einer Umorganisation. Es handelt sich um die Einführung von Raketenwaffen und die Frage der nuklearen Waffen im Bereich der NATO.

Diese Anwendung – und ich wünsche, daß sehr viele Deutsche das hören – der waffentechnischen Entwicklung auch in der NATO ist für die militärische und die politische Situation in der gesamten Welt und damit auch für Deutschland entscheidend ...

In der Bundesrepublik wird in bestimmten Kreisen behauptet, die Aufrüstung der deutschen Bundeswehr mit nuklearen Waffen und Raketenwaffen würde zum Untergang Deutschlands führen, vergrößere die Spannungen in der Welt, verhindere die Wiedervereinigung, führe letzten Endes zum globalen Atomkrieg und damit zu einer fürchterlichen Katastrophe. Die Kreise, die das behaupten, schlagen daher vor, daß sich die Bundesrepublik unter keinen Umständen an dieser Neuorganisation der NATO beteiligen dürfe, da sie weder nukleare Waffen noch Raketen haben dürfe ...

Wenn es die strategische Planung der NATO – die wir natürlich nachprüfen müssen und nachprüfen werden – verlangt, daß auch wir, die Bundesrepublik, von dieser Fortentwicklung der Waffentechnik Gebrauch machen, und wenn wir uns dann weigern, das zu tun, scheiden wir damit aus der NATO aus ... Wir haben im Interesse unserer Selbsterhaltung die Pflicht, alles zu tun, daß jede Katastrophe vermieden wird. Das können wir nur dann, wenn wir in der NATO bleiben, die NATO stärken, nicht aber durch Verweigerung sich etwa ergebender Verpflichtungen die NATO schwächen, aus ihr ausscheiden. Wir sind ein wichtiger Bestandteil der NATO und wir würden durch vertragswidriges Verhalten die NATO zerstören.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung (Bonn), 20. März 1958, S. 843/844.

26

Aus der Rede des Bundesministers Franz-Josef Strauß vor dem Deutschen Bundestag am 20. März 1958

Im ersten und im zweiten Weltkrieg fielen die militärischen Entscheidungen immer so, daß wir die Blitzsieger in der ersten Phase waren, daß es in der zweiten Phase ein Hin und Her gab und daß wir in der dritten Phase regelmäßig die „zweiten Sieger" waren ...

Wir wissen doch aus der Vergangenheit, daß der frühere deutsche Generalstab das Rundumdenken hatte. Da hat man die Fälle Anton bis Zeppelin – Blau, Gelb, Weiß, Grün usw. – gehabt, und da hatte man eine Lösung für Westen und Osten – und nun kam der Norden noch hinzu – in Generalstabsstudien niedergelegt. Die Zeit der Auseinandersetzung der europäi-

schen nationalstaatlichen Demokratien oder auch nichtnationalstaatlichen Demokratien ist historisch vorbei. Es gibt heute für die militärische Vorbereitung zur Verhinderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt ...

Herr Kollege Arndt hat gesagt, eine Entscheidung für die Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sei mit hoher Wahrscheinlichkeit identisch mit einer Entscheidung gegen die Wiedervereinigung. Ja, Herr Kollege Arndt, das hören wir doch von Ihnen und Ihren Freunden seit fünf oder sechs Jahren, seit der Montanunion, EVG, Pariser Verträgen, NATO, Wehrpflicht usw. Niemand kann sagen, wie weit uns diese Verträge und die Vertragserfüllung der Wiedervereinigung – denken Sie an meine vorhergehende Definition – näher gebracht haben. Aber eines können wir mit Sicherheit sagen, daß dadurch die Wiedervereinigung unter Hammer und Sichel unmöglich geworden ist.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung (Bonn), 20. März 1958, S. 862, 874.

27

Aus der Entschließung des Deutschen Bundestages zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik vom 25. März 1958

2. Solange der Kommunismus seine weltrevolutionären Ziele weiterverfolgt, die er noch im November 1957 auf der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau erneut bekräftigt hat, können Friede und Freiheit nur durch eine gemeinsame Verteidigungsanstrengung der freien Welt gesichert werden. Der Bundestag stellt fest, daß die Bundeswehr lediglich der Erhaltung des Friedens und der Verteidigung dient. Darum fordert er die Bundesregierung auf, bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens den Aufbau der deutschen Landesverteidigung im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fortzusetzen. In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können ...

4. Der Bundestag wiederholt seine Überzeugung, daß freie Wahlen die Grundlage der deutschen Wiedervereinigung bilden müssen. Er lehnt mit Entschiedenheit ab

a) den Abschluß eines Friedensvertrages für zwei deutsche Staaten,

b) Verhandlungen mit den Vertretern des derzeitigen Zonenregimes,
c) den Abschluß einer Konföderation mit diesem Regime.

5. Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung die dringlichste Aufgabe der deutschen Politik ist.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung (Bonn), 25. März 1958, S. 1169.

28

Aus dem Brief des ZK der SED an die Delegierten des Parteitages der SPD in Stuttgart vom 16. Mai 1958

Die nationalen Interessen des deutschen Volkes erfordern die Erhaltung des Friedens. Darum ist die Verhinderung der atomaren Aufrüstung in Westdeutschland und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa die grundlegende nationale Gegenwartsaufgabe der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Arbeiterparteien. Die deutschen Arbeiterparteien können ihrer nationalen Verantwortung nur gerecht werden, wenn sie alle Anstrengungen auf das Ziel richten, den aggressiven militaristischen Kräften in Westdeutschland die Atomwaffen aus der Hand zu schlagen und so eine furchtbare Atomkatastrophe abzuwenden. Atomwaffen in den Händen der NATO, in den Händen von Strauß und den ehemaligen Nazioffizieren an der Spitze der Bundeswehr, Atomwaffen zur Verfügung der an zwei Weltkriegen schuldigen großkapitalistischen Kriegsinteressenten und Rüstungskonzerne sind die schlimmste Bedrohung des Friedens in Europa. Zugleich würde die atomare Aufrüstung Westdeutschlands noch zusätzlich Atomwaffenschranken zwischen beiden deutschen Staaten aufrichten, damit die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten gänzlich unmöglich machen und den Weg zur Wiedervereinigung endgültig versperren. Deshalb erfordert die große nationale Zielsetzung der Wiedervereinigung Deutschlands, mit allen Mitteln das Atomrüsten in Westdeutschland zu vereiteln.

Genossinnen und Genossen! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehen in ihrer gesamten Innen- und Außenpolitik von dem Grundsatz aus, den Frieden zu erhalten, der im Falle einer atomaren Aufrüstung Westdeutschlands aufs äußerste bedroht wäre. Unsere Politik der nationalen Wiedervereinigung geht davon aus, daß das kommende einheitliche Deutschland ein demokratisches, friedliches Deutschland sein muß. Aus dieser Orientierung ergeben sich alle unsere Maßnahmen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Wie wir aus

den Vorbereitungen Eures Parteitages, insbesondere aus den Anträgen der einzelnen Organisationen ersehen, ist der Kampf zur Verhinderung der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands auch in den Mittelpunkt Eurer Beratungen gerückt ...

Die atomare Aufrüstung Westdeutschlands hat auch ernste Rückwirkungen in der innenpolitischen Entwicklung Westdeutschlands. Die Adenauer-Regierung zerstört alle verfassungsrechtlichen Grundlagen des Bonner Staates, um die von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte atomare Aufrüstung durchzusetzen. Sie ist nicht stehengeblieben beim Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie ist dazu übergegangen, mit politischen und wirtschaftlichen Repressalien die große Volksbewegung gegen den Atomtod unter Druck zu setzen. Sie setzt den reaktionären Polizei- und Justizapparat ein gegen sozialdemokratisch geführte Länder und gegen solche Städte und Gemeinden, die dem Willen des Volkes durch eine Volksbefragung Ausdruck verleihen wollen. Ein solches Vorgehen gleicht dem Staatsstreich gegen die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführte Preußenregierung im Jahre 1932.

Die atomare Aufrüstung Westdeutschlands verschärft die internationale Lage, erhöht die Gefahr des Krieges und ist verbunden mit der Aufrichtung einer Diktatur der militaristisch-klerikalen Kräfte in Westdeutschland. Eine solche Lage erfordert, daß die Arbeiterklasse, daß die friedliebende Bevölkerung mit verdoppelter Kraft auf die atomare Aufrüstung Westdeutschlands antworten muß. Die Adenauer-Regierung darf mit ihrer Politik der atomaren Aufrüstung, der Politik der kriegerischen Aggression nach außen und der Vernichtung der demokratischen Rechte nach innen nicht durchkommen. Die Aufgabe besteht darin, die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, der friedliebenden Bevölkerung zusammenzufassen gegen den Feind des deutschen Volkes, gegen den deutschen Imperialismus, um ihm die Atomwaffe aus der Hand zu schlagen. Die Hauptverantwortung für das Zustandekommen eines solchen Zusammenschlusses, für den Einsatz der geeinten Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes tragen die deutschen Arbeiterparteien, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands ...

Wenn zwischen den deutschen Arbeiterparteien in bedeutendem Maße Übereinstimmung in der Einschätzung der furchtbaren Gefahr der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands besteht, dann ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, sich über gemeinsame Schritte gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verständigen.

Wenn einige führende Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den deutschen

Arbeiterparteien sprechen, die ein Zusammengehen gegen die Gefahr des Atomtodes unmöglich machen, so steht das im tiefsten Gegensatz zu den Interessen und zum Willen der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Niemand leugnet, daß es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten prinzipieller Natur gibt. Diese Meinungsverschiedenheiten dürfen jedoch niemals der Erfüllung der dringendsten, uns gemeinsamen Gegenwartsaufgabe im Wege stehen. Wir sind der Auffassung, daß die nationale Aufgabe der Arbeiterklasse in der Gegenwart darin besteht, den Kampf um den Frieden erfolgreich zu führen. Wenn es nicht gelingt, den westdeutschen Militaristen die Atomwaffen aus der Hand zu schlagen, dann wird das dunkelste Kapitel der Nachkriegsgeschichte in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands eingeleitet.

Wir erklären daher unmißverständlich: Für unsere Partei, für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht es darum, einen Krieg, einen Bruderkrieg zwischen den Deutschen zu verhindern, die deutschen Militaristen daran zu hindern, ein neues unabsehbares Unglück für unser Volk und für die übrigen Völker Europas vorzubereiten. Darum gehört unsere ganze Solidarität jeder Aktion, jeder Maßnahme im Kampf gegen die Atomrüstung, von wem immer sie kommt, weil sie der Sache des Friedens dient.

Werte Genossinnen und Genossen! Es ist uns bekannt, daß es in Euren Reihen in der Beurteilung der Rolle und der Politik der Deutschen Demokratischen Republik Meinungsverschiedenheiten gibt. Uns scheint, der Maßstab bei der Betrachtung der Regierungen und deren Politik in beiden deutschen Staaten müßte das Verhalten der Regierungen zur atomaren Aufrüstung und zum Frieden sein ...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Politik der Deutschen Demokratischen Republik den friedlichen Interessen und dem Friedenswillen der Bevölkerung nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern ganz Deutschlands entspricht.

Unsere Partei ist stets bereit, Delegationen von Organisationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Gelegenheit zu geben, an Ort und Stelle die Probleme des sozialistischen Aufbaus kennenzulernen und sich ein wahrhaftiges Bild über das Geleistete zu verschaffen.

Wir möchten Euch, werte Genossen Parteitagsdelegierte, noch unsere Gedanken und Vorschläge für eine erfolgreiche Politik der nationalen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes unterbreiten. Führende Repräsentanten der Adenauer-CDU haben zum Ausdruck gebracht, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen, sondern eine Veränderung der Landkarte Europas nach ihren Macht- und Eroberungswünschen anstreben. Durch diese antinationale Politik der Adenauer-Regierung ist die Wiedervereinigungsfrage auf einen toten Punkt gebracht worden.

Auch von Eurer Seite, werte Genossinnen und Genossen, ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß durch die Adenauer-Politik der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands versperrt wurde. Ihr stellt die Forderung nach der „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit". Eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist aber nur möglich, wenn die atomare Bewaffnung Westdeutschlands verhindert und eine atomwaffenfreie Zone in Europa geschaffen wird. Eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erfordert den etappenweisen Abzug der ausländischen Truppen aus den europäischen Ländern und die Ausklammerung der beiden deutschen Staaten aus den bestehenden Militärblöcken, Westdeutschlands aus der NATO und der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag ...

Die Wiedervereinigung Deutschlands durchführen, das aber ist die Sache der Deutschen selbst. Wenn die atomare Aufrüstung Westdeutschlands die Wiedervereinigung verhindert, so muß durch die geeinte Kraft der deutschen Arbeiterklasse, aller friedliebenden patriotischen Deutschen dieses Hindernis aus dem Wege geräumt werden. Der Adenauer-Politik, die nicht auf Wiedervereinigung, sondern auf Annexion der Deutschen Demokratischen Republik ausgerichtet ist, muß eine Politik der Entspannung und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten entgegengesetzt werden. Es gibt keinen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, wenn man nicht davon ausgeht, daß zunächst zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Wege von Verhandlungen eine normale Lage geschaffen wird, damit schrittweise eine Entspannung und eine Annäherung herbeigeführt wird. Die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten ist der einzig reale Weg zur Wiedervereinigung, denn er ermöglicht gemeinsame Maßnahmen zur Entspannung der Lage, zu gegenseitigem Übereinkommen auf den Gebieten der wirtschaftlichen, der kulturellen wie auch der menschlichen Beziehungen ...

Angesichts der Entwicklung des Kampfes gegen die atomare Bewaffnung und für die Erhaltung des Friedens ist eine Lage entstanden, die eine Wende in der Politik Westdeutschlands zu einer realen Möglichkeit macht. Wenn Euer Parteitag dies alles ins Auge faßt, wenn seine Beschlüsse auf die Maßnahmen zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, auf Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind, dann wird das von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung sein.

Wir hegen keinen Zweifel daran, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus alle an der Erhaltung des Friedens und an der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes interessierten Deutschen es begrüßen würden, wenn zwischen unseren Parteien ein Meinungsaustausch stattfindet. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dabei alle Gedanken

und Vorschläge beiderseits sorgfältig geprüft werden müssen, um zu fruchtbaren Ergebnissen zu kommen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VII, Berlin 1961, S. 212–214, 216, 218–220.

29

Aus dem Beschluß „Für eine Welt der Freiheit und des Friedens", angenommen auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD vom 18. bis 23. Mai 1958

Der Parteitag sieht in dem atomaren Wettrüsten in der Welt und den damit verbundenen zunehmenden Spannungen zwischen West und Ost eine tödliche Gefahr für die Menschheit.

Der Parteitag fordert daher unverzügliche Verhandlungen zwischen West und Ost über eine schrittweise, kontrollierte Abrüstung der atomaren und konventionellen Waffen. Gleichzeitig sollte der Versuch unternommen werden, durch Verhandlungen die Möglichkeiten für eine Entspannung durch die Schaffung militärisch verdünnter Zonen, vor allem in Europa, zu untersuchen.

Jeder Fortschritt in der Frage der Abrüstung und in der Frage der Entspannung wird die Lösung anderer politischer Probleme, vor allem auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, erleichtern.

Der Parteitag verurteilt den Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 25. März 1958 über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten gefährdet die Sicherheit des deutschen Volkes und zerstört die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und fordert die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie auf, den Kampf gegen die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses vom 25. März mit allen gegebenen verfassungsmäßigen Mitteln innerhalb und außerhalb des Parlaments fortzusetzen.

Der Parteitag betont seine Verbundenheit mit den in der Bewegung „Kampf dem Atomtod" tätigen Männern und Frauen, die gegen die tödlichen Gefahren der Atomrüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung unerschrocken eintreten. Die Sozialdemokratische Partei wird auch weiterhin die Bewegung gegen den Atomtod mit allen Kräften unterstützen.

Der Parteitag dankt den Sozialdemokraten in den Ländern und Ge-

meinden, die die Initiative ergriffen haben, um Volksbefragungen über die atomare Aufrüstung einzuleiten. Der Parteitag sieht in dieser Initiative die Entschlossenheit aller Sozialdemokraten, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung auf der breitesten Basis weiterzuführen.

Der Parteitag verurteilt das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Volksbefragung in den Ländern. Der Betrug an den Wählern am 15. September 1957 soll jetzt durch verfassungsrechtliche Kontroversen verschleiert werden. Das Vorgehen der Bundesregierung ist eine ernsthafte Gefährdung demokratischer Grundrechte der Bürger in der Bundesrepublik.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart,
(Hannover/Bonn) o. J., S. 481/482.

30

Aus dem Beschluß des Ministerrates der DDR zur Förderung der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vom 12. Juni 1958

I

Aufgaben zur weiteren sozialistischen Umgestaltung
der Landwirtschaft

1. Die Räte der Bezirke und Kreise werden beauftragt, folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Die massenpolitische Arbeit zur Gewinnung der werktätigen Bauern für die sozialistische Großproduktion der Landwirtschaft ist weiter zu aktivieren. Dabei ist besonderer Wert auf die Gewinnung von Mittelbauern für die genossenschaftliche Entwicklung zu legen, um einen politischen Umschwung in der gesamten Mittelbauernschaft zu erzielen ...

d) Die Neubildung und Festigung der LPG des Typ I ist verstärkt zu fördern. Der sozialistische Wettbewerb ist in diesen Genossenschaften mehr als bisher zu entwickeln. Die Genossenschaftsbauern der LPG des Typ I sind bei der Ausarbeitung der Perspektivpläne besonders zu unterstützen. Ausgehend von den staatlichen Planaufgaben ist die schrittweise Spezialisierung der Produktion und die Schaffung von Voraussetzungen für den späteren Übergang zum Typ III durch die Ausbildung von Kadern, Bildung der unteilbaren Fonds, den Bau von Wirtschaftsgebäuden usw. in den Perspektivplänen vorzusehen. Besonders ist auf die Verbesserung der Futterwirtschaft in den LPG des Typ I einzuwirken. Durch die gemeinsame Bestellung, Pflege und Ernte und die Errichtung genossenschaftlicher Silos sowie durch die gemeinsame Nutzung des Grünlandes

ist der Einsatz von Großmaschinen zu ermöglichen und eine Erleichterung der Arbeit sowie eine Steigerung der Produktion zu erreichen ...

f) Jugendliche, Familienangehörige der Genossenschaftsbauern und die zur Zeit als ständige Arbeitskräfte in LPG Tätigen sind als Mitglieder der LPG zu gewinnen. Dabei ist zu gewährleisten, daß diesen neugeworbenen Mitgliedern entsprechend der Empfehlung des Präsidiums des Beirates für LPG beim Ministerrat vom 1. Februar 1958 für nicht in Anspruch genommene Naturalien auf Arbeitseinheiten und Bodenanteile eine Entschädigung gezahlt wird.

g) Um den Frauen eine bessere Teilnahme an der genossenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen, sind Kindergärten, Waschanlagen und andere Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen. Während der Arbeitsspitzen sollten Gemeinschaftsküchen eingerichtet werden.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1958, Nr. 47, S. 529/530.

31

Aus der Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung „Volksbefragungen in den Ländern verfassungswidrig" vom 31. Juli 1958

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hat am 30. Juli 1958 die im Mai dieses Jahres in den Ländern Hamburg und Bremen beschlossenen Gesetze für eine Volksbefragung über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt. Mit dieser Entscheidung hat das Gericht den Anträgen der Bundesregierung stattgegeben. Die Anträge der Bundesregierung stützten sich darauf, daß die in den Gesetzen behandelten Fragen der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen nach dem Grundgesetz ausdrücklich in die alleinige Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören. Nach Ansicht der Bundesregierung bedeuten die Gesetze fernerhin einen Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der repräsentativen Demokratie.

Die bereits für den Juni vorgesehenen Volksbefragungen in den beiden Ländern waren durch einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts bis zu dieser Entscheidung ausgesetzt worden.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1958, Nr. 137, S. 1441.

32

Aus der Stellungnahme des Vorstands der SPD zum Verbot der Volksbefragung über die Atombewaffnung durch das Bundesverfassungsgericht vom 31. Juli 1958

Die deutsche Sozialdemokratie als eine verfassungstreue und den Staat mittragende Säule respektiert den Urteilsspruch des höchsten deutschen Gerichtes. Volksbefragungen über die Atombewaffnung, die von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und einigen anderen Städten beabsichtigt waren, müssen nun nach diesem Richterspruch unterbleiben. Die Sozialdemokratie bedauert die Entscheidung von Karlsruhe, sieht sie doch darin eine bedenkliche Einschränkung der Meinungsäußerung durch das Volk, dem die Möglichkeit genommen wurde, in einer entscheidenden Lebensfrage seinen Willen kundzutun.

Juristisch ist der Streit zwischen Regierung und der größten Oppositionspartei entschieden, nicht aber politisch. Der Urteilsspruch von Karlsruhe schafft eine der Kernfragen der deutschen Politik nicht aus der Welt, sie besteht in unverminderter Schärfe weiter. Es ist die leidenschaftliche Überzeugung der Sozialdemokratie – und sie befindet sich hier in Übereinstimmung mit der geistigen Elite unseres Volkes –, daß die von der Bundesregierung beabsichtigte Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen für unser gespaltenes Land große Gefahren heraufbeschwört, die Spannungen zwischen West und Ost erhöht und die Aussichten auf eine Verminderung des Rüstungswettlaufes verringert . . .

Die deutsche Sozialdemokratie als eine dem Frieden und der Völkerverständigung verpflichtete Partei wird im Verein mit allen der Zukunft zugewandten und um die Existenz unseres Volkes besorgten Kräften sich dieser Entwicklung widersetzen. Für sie hat der Karlsruher Richterspruch nur formale Bedeutung, er entbindet sie nicht der Aufgabe, die sie sich gestellt hat: unser Volk vor den Gefahren einer Politik zu warnen, die den Frieden nicht sichert, die Wiedervereinigung unseres Landes verhindert und die Gegensätze in der Welt zuspitzt, statt sie zu entschärfen.

Sozialdemokratischer Pressedienst (Bonn),
31. Juli 1958.

33

Aus der Stellungnahme eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPD im Deutschen Freiheitssender 904 am 1. August 1958

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die demokratischen Rechte des Volkes auf Selbstentscheidung in den Lebensfragen der Nation

muß von der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften mit umfassenden außerparlamentarischen Aktionen beantwortet werden. Unser Volk hat die Kraft, seinen Willen gegen die Bonner Machthaber und ihre Justiz durchzusetzen. Jetzt kommt es darauf an, daß alle aktiven Kräfte in den Aktionsgemeinschaften und Ausschüssen gegen den Atomtod, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten, gemeinsam handeln.

Volksbefragungen in den Gemeinden nach dem Beispiel von Langenselbold, Betriebsbefragungen wie in der Knorrbremse, Befragungen von Ärzten und Studenten nach dem Hamburger Beispiel, Befragungen der Gewerkschaftsmitglieder auf Betriebs-, Organisations- oder Stadtteilbasis, wie sie der DGB-Vorstand ankündigte, das sind die Formen, wie jetzt die Volksbefragungen aus eigener Kraft durchgeführt werden müssen.

Es darf keinen Betrieb, keine Gewerkschafts-, keine Frauen-, Jugend- und Sportorganisation, kein Gemeinde- und Stadtparlament geben, die nicht gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes protestieren und Kampfbeschlüsse gegen die Atomkriegsrüstung annehmen.

Im Widerspruch zu dem Willen sozialdemokratischer Arbeiter und im Gegensatz zu den Beschlüssen des Stuttgarter Parteitages der SPD beeilen sich rechtssozialdemokratische Führer, ihren Respekt vor dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes zu erklären. Das freche Auftreten der Reaktion beweist, daß die Politik der Aussöhnung rechter sozialdemokratischer Führer mit der Adenauer-Regierung, ihre Taktik, die Volksbewegung zu bremsen und durch den Antikommunismus aufzuspalten, die Reaktion ermutigt, ihre Pläne der Atomkriegsrüstung und des Terrors gegen das Volk durchzuführen.

Dem verstärkten Angriff der Reaktion muß die Arbeiterklasse ihr einheitliches Handeln gegenüberstellen. Je einheitlicher und geschlossener Sozialdemokraten und Kommunisten handeln, um so eher wird es gelingen, alle friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik zu sammeln und die atomare Aufrüstung zu verhindern. Dem Rechtsbruch der Adenauer-Regierung und ihrer Justiz stellen alle Atomkriegsgegner die Losung entgegen: Nun erst recht Volksbefragung!

Neues Deutschland (B) (Berlin),
2. August 1958.

34

Aus der Note der Regierung der DDR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 4. September 1958

Im Interesse des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Repu-

blik den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich vor, sofort eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der Aufgabe zu bilden, Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen. Darunter fällt die zu treffende Vereinbarung, in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik glaubt, daß die Bildung einer solchen Kommission den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wesentlich beschleunigen und dazu beitragen würde, die Lösung dieses dringlichen internationalen und vordringlichen Problems zu fördern.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik informiert die Regierungen der vier Mächte davon, daß sie im Zusammenhang mit dem in dieser Note dargelegten Vorschlag an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit dem Ersuchen herangetreten ist, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die sich mit der Erörterung der Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß diese Kommission sich auch mit solchen Fragen befassen sollte, die ausschließlich Angelegenheit beider deutscher Staaten sind. Hierbei könnte die Erörterung solcher Schritte im Vordergrund stehen, die der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates dienen.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VI. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1958,
Berlin 1959, S. 77/78.

35

Aus der Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR vom 27. November 1958

Wenn die Sowjetregierung die Frage der Aufhebung des Besatzungsregimes in Westberlin stellt, weil dieses der gegenwärtigen Situation in Deutschland nicht entspricht und die Rechte des deutschen Volkes schmälert, so geht sie davon aus, daß es am richtigsten und natürlichsten wäre, den westlichen, gegenwärtig unter der Besatzung der USA, Englands und Frankreichs stehenden Teil der Stadt mit dem östlichen, dem demokratischen Sektor Berlins zu vereinigen, damit die ganze Stadt unter der Sou-

veränität der Deutschen Demokratischen Republik steht und ihre Hauptstadt ist. Die Sowjetunion würde eben diese Lösung der Frage von Herzen begrüßen. Wenn man jedoch die gegenwärtig bestehende reale Lage berücksichtigt, so muß man zugeben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Lösung der Frage auf diese Weise mit großen Schwierigkeiten verknüpft wäre ...

Unter Berücksichtigung all dieser Erwägungen und geleitet von der Sorge, daß der Prozeß der Liquidierung des Besatzungsregimes ohne irgendwelche Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung Westberlins und ohne schmerzhaften Bruch der dort eingebürgerten Ordnung vor sich gehen soll, würde es die Sowjetregierung unter den gegenwärtigen Bedingungen für möglich erachten, die Berliner Frage zu lösen, indem für Westberlin der Status einer entmilitarisierten Freien Stadt festgelegt wird, in deren Angelegenheiten sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten einmischen soll. Westberlin müßte seinerseits die Verpflichtung übernehmen, auf seinem Gebiet keinerlei feindliche und Wühltätigkeit gegen die DDR und andere Staaten zuzulassen.

Ein solcher Status für Westberlin müßte in verpflichtender Form sowohl von den vier Mächten, die nach dem Kriege an der Verwaltung Berlins beteiligt waren, als auch von der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik anerkannt werden. An der Wahrung dieses Status könnte auch in dieser oder jener Form die Organisation der Vereinten Nationen beteiligt sein ...

Nach Auffassung der Sowjetregierung wäre eine solche Lösung der Berliner Frage, die der realen politischen Lage Rechnung trägt, ein wichtiger Schritt zur Normalisierung der Situation sowohl in Berlin als auch in ganz Deutschland. In der Tat, die Annahme des Status einer Freien Stadt für Westberlin würde es erlauben, zumindest folgende drei Aufgaben zu lösen:

a) Dem ungerechtfertigten ausländischen Besatzungsregime in Westberlin würde ein Ende gesetzt und somit die alte Hauptstadt Deutschlands den Deutschen ganz zurückgegeben.

b) Mit dem Mißbrauch Westberlins als Zentrum der Spionage, Diversion, Hetzpropaganda und anderer Formen der Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder würde ein für allemal Schluß gemacht. Auch die Sowjetunion ist daran als Verbündeter der DDR außerordentlich interessiert, zumal sie entsprechend dem Warschauer Vertrag zeitweilig bestimmte Kontingente ihrer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zum gemeinsamen Schutz der Sicherheit beider Staaten stationiert hat.

c) Einer der gegenwärtig gefährlichsten Herde der internationalen Spannung würde zu bestehen aufhören; damit würde die Wahrscheinlich-

keit, daß in Europa ein neuer Kriegsbrand ausbricht, erheblich verringert. Mehr noch, die Freie Stadt Westberlin könnte zu einem Faktor werden, der die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten fördert. Sie könnte zu einem Zentrum der friedlichen, fruchtbaren Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland werden, und das würde zur allmählichen Annäherung der beiden Teile des Landes als der ersten Etappe auf dem Weg zur Wiedervereinigung beitragen, wofür die Deutsche Demokratische Republik aktiv eintritt.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion,
Bd. II. Vom IV. Parteitag der SED (30. 3.–6. 4. 1954)
bis zur Überreichung des zweiten sowjetischen Entwurfs
für einen Friedensvertrag mit Deutschland (10. 1. 1959),
Berlin 1963, S. 667–669.

36

Aus dem Kommuniqué über die Beratungen zwischen der Delegation des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Delegation des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen vom 14. Dezember 1958

Beide Seiten stellen fest, daß die Entwicklung der Lage in Europa Hauptgegenstand ihrer Sorge ist und die Aufmerksamkeit aller europäischen Völker erfordert ...

Die Politik der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands stärkt die dortigen revanchistischen und militaristischen Kräfte. Diese Politik führte zur Ablehnung des polnischen Planes einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa in seiner ersten Fassung; diese Ablehnung zeigt sich in erster Linie in der Schaffung vollendeter Tatsachen, wie das besonders durch den Beschluß des Bundestages über die atomare Aufrüstung der westdeutschen Wehrmacht zum Ausdruck kommt ...

Die Politik der Aufrüstung, die die Regierung der Bundesrepublik immer hartnäckiger betreibt, ist eine Gefahr für alle europäischen Völker, insbesondere deshalb, weil die Bundesrepublik als einziges Land in Europa territoriale Forderungen anderen Staaten gegenüber erhebt. Das findet in dem revisionistischen Programm gegen die deutsch-polnische Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße seinen besonderen Ausdruck.

Ausgehend von den Erfordernissen ihrer gemeinsamen Sicherheit und der Unantastbarkeit ihrer Grenzen, sind sich beide Seiten einig, daß jedes Attentat auf die territoriale Integrität der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik

oder irgendeines anderen Mitgliedstaates des Warschauer Vertrages einer solidarischen und entschlossenen Gegenaktion aller Staaten des Warschauer Vertrages begegnen wird ...

Im Interesse aller Völker liegt gegenwärtig hauptsächlich die Beseitigung der Bedrohung durch Kernwaffen, die sofortige Einstellung der Versuche mit Kernwaffen, ihr völliges Verbot, die Verminderung der konventionellen Waffen und die Liquidierung fremder Militärstützpunkte auf dem Gebiet anderer Staaten ...

Beide Seiten geben der Überzeugung Ausdruck, daß unter den bestehenden internationalen Bedingungen schon jeder Versuch, Teillösungen der Abrüstungs- und Sicherheitsprobleme herbeizuführen, umfassendere Lösungen auf diesem Gebiet erleichtern könnte. Hiervon ausgehend hat die Volksrepublik Polen im Einvernehmen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik die Initiative zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ergriffen ...

Beide Seiten sind überzeugt, daß eine Realisierung dieser Initiative bedeutend zur Verminderung der Gefahr bewaffneter Konflikte in Europa beitragen, die Sicherheit der europäischen Völker festigen und bessere Bedingungen für eine weitere stufenweise Lösung verschiedener komplizierter internationaler Probleme in Europa, einschließlich der Deutschlandfrage, schaffen würde ...

Die Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Delegation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hatten einen umfassenden Meinungsaustausch über Probleme des sozialistischen Aufbaus in ihren Ländern, über die Arbeit beider Parteien, über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien und über aktuelle Fragen der internationalen Arbeiterbewegung ...

Beide Parteien sind sich darüber einig, daß eine notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen sozialistischen Aufbau der kompromißlose Kampf gegen den Revisionismus ist, der in der gegenwärtigen Etappe die Hauptgefahr darstellt und der versucht, die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus zu untergraben, die Einheit des sozialistischen Lagers und die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung zu schwächen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die den sozialistischen Aufbau in ihren Ländern leiten, halten eine weitere schöpferische Entwicklung des Marxismus-Leninismus, die Einhaltung der allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode und ihre gleichzeitige schöpferische Anwendung entsprechend den konkreten Bedingungen eines jeden Landes sowie auch den Kampf gegen Erscheinungen des Dogmatismus für notwendig. Nur auf diesem Wege ist eine richtige Politik zur Lösung der Widersprüche der Übergangsperiode möglich ...

Das Bestehen der Volksmacht in unseren beiden Ländern hat die deutsch-polnischen Beziehungen grundlegend verändert. Die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen haben sich immer weiter gefestigt.

Die Zusammenarbeit und die Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen sind ein wichtiges Element des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VI. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1958,
Berlin 1959, S. 339–344, 346.

37

Aus dem Aufruf der Jugendkomplexbrigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld vom 6. Januar 1959

Wir Mitglieder der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" sind der Meinung, daß es für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts besonders notwendig ist, daß sich alle Werktätigen, vor allem die Jugend, ständig weiter qualifizieren, ihr kulturelles Bildungsniveau erhöhen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Mittelpunkt ihres Schaffens stellen. Deshalb haben wir uns das Ziel gestellt, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, um eine „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu werden.

Sozialistisch arbeiten

wollen wir, indem wir nach der Methode Christoph-Wehner und entsprechend dem Vorbild unserer Brigade, Nikolai Mamai, täglich den Plan übererfüllen, um bis zum 30. Juni 1959 vier Tage Planvorsprung zu erreichen. Dabei werden wir (zur Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts) mit Hilfe unseres Paten eine neue Methode der Zuführung der Tonerde anwenden, um die körperliche Arbeit zu erleichtern, Selbstkosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Wir wollen Verlust- und Wartezeiten ausschalten (Seifert-Methode) und das sozialistische Leistungsprinzip noch besser verwirklichen. Zu der im Jahre 1959 vorgesehenen Senkung des Stromverbrauchs um 150 kWh pro Tonne Aluminium wollen wir eine weitere Senkung von 150 kWh pro Tonne erreichen. Ferner wird das Auftragen der Tonerde statt bisher von Hand mit einem fahrbaren Dosiergerät erfolgen.

Sozialistisch lernen

wollen wir, indem alle Brigademitglieder ihre theoretischen Kenntnisse über die elektrochemischen Vorgänge in ihren Elektrolyse-Öfen erheblich

verbessern. Wir streben für alle Brigademitglieder an, daß sie die Qualifikation der Lohngruppe VI erreichen.

Ferner wollen wir uns fachlich so qualifizieren, daß alle anfallenden kleineren Reparaturen selbst ausgeführt werden können. Ein Teil der Kollegen wird sich die Kenntnisse eines zweiten Berufes aneignen.

Sozialistisch leben

wollen wir, indem sich die ganze Brigade für jeden einzelnen und jeder einzelne für die Brigade als Kollektiv verantwortlich fühlt. Richtschnur unseres Handelns sollen die vom V. Parteitag beschlossenen zehn Gebote der sozialistischen Ethik und Moral sein.

Deshalb werden wir gegen alle Überreste der Arbeitsbummelei und Trinkerei entschieden kämpfen. Wir Mitglieder der Jugendbrigade wollen ständig aus den politischen und fachlichen Erfahrungen klassenbewußter Arbeiter lernen. Wir erstreben, daß die Freunde unserer Brigade das Buch des Monats lesen, um auf diese Weise zu erreichen, daß jedes Mitglied sich eine Hausbibliothek schöngeistiger Literatur zulegt. Wir wollen uns bemühen, daß unsere Frauen am Leben der Brigade teilhaben. Dazu gehören auch Brigadenachmittage. Wir wollen uns in wahrer Freundschaft bei der Arbeit, beim Lernen und im Leben gegenseitig helfen.

Das ist der Kompaß unserer Brigade für das Jahr 1959. Wir fordern die Jugendkomplexbrigade „Einheit" unseres Werkes auf, zur Erreichung dieser Ziele mit uns in den sozialistischen Wettbewerb zu treten. Wir wenden uns gleichzeitig an alle Brigaden unserer Republik, zu Ehren des 10. Jahrestages der DDR mit uns einzutreten in den Kampf um den ehrenvollen Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit".

Jugendkomplexbrigade „Nikolai Mamai" aus der Halle IV des Aluminiumwerkes I des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld

Dokumente zur Geschichte
der Freien Deutschen Jugend,
Vierter Band, Berlin 1963, S. 291/292.

38

Antwort der Jugendbrigade Zählerband des VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow an die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld vom Januar 1959

Mit großer Freude haben wir Euren Aufruf zur Kenntnis genommen, zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR in den sozialistischen Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu treten.

Wir schließen uns Eurem Aufruf an und rufen die Jugendbrigaden des Zähler-Prüffeldes, der Zähler-Vormontage und des Jugendobjektes Gußlager auf, zur Erreichung dieser Ziele mit uns in den sozialistischen Wettbewerb zu treten.

Wir wollen sozialistisch arbeiten

1. Mit Hilfe des aus fünf Kollegen der Brigade sowie zwei Technologen und zwei Labor-Ingenieure bestehenden sozialistischen Arbeitskollektivs wollen wir folgende Aufgaben erfüllen:

Alle 0-Serien und Neuanläufe werden planmäßig gefertigt.

Zur Verbesserung der Qualität des Zählers werden wir entscheidend mitarbeiten bei der Fertigung des ALU-Zählwerkes, des neuen Läufers und der Metallober- und -unterlage. Unser Ziel: Bis zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR fertigen wir mindestens 50 Prozent aller W2-Wähler in der neuen Qualität.

2. Indem wir nach der Christoph-Wehner-Methode arbeiten, wollen wir jeden Tag den Plan erfüllen und pro Monat einen Tag Planvorsprung erreichen.

Wir wollen sozialistisch lernen

1. Wir Brigademitglieder werden unsere theoretisch-fachlichen Kenntnisse verbessern und uns für eine weitere Tätigkeit am Drehstrom-Zählerband qualifizieren.

2. Wir nehmen an einem Lehrgang außerhalb der Arbeitszeit teil, um uns mit den Neuanläufen und der neuen Qualität des Zählers vertraut zu machen.

3. Wir nehmen am Zirkel „Junger Sozialisten" teil.

Wir wollen sozialistisch leben

1. Um ein gutes Kollektiv zu werden, kämpft unsere Jugendbrigade hartnäckig gegen jede Bummelei. Unser Ziel ist es, alle beeinflußbaren Fehlzeiten auf Null Prozent zu senken. Zur Festigung des Kollektivs und zur Erhöhung des Allgemeinwissens – besonders auf dem Gebiet der Kultur – führen wir jeden Monat eine Buchbesprechung mit Schriftstellern durch, lesen alle das „Buch des Monats", veranstalten gemeinsame Theaterbesuche, Filmbesuche und Brigadenachmittage mit unseren Angehörigen.

Die Richtschnur unseres Handelns sollen die vom V. Parteitag der SED beschlossenen 10 Gebote der sozialistischen Ethik und Moral sein.

Wir wollen uns bei der Arbeit, beim Lernen und im Leben gegenseitig helfen.

Das ist der Kompaß unserer Brigade für das Jahr 1959.

Jugendbrigade Zählerband

Kontakt. Betriebszeitung des
VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow,
16. Januar 1959.

39

Aus dem Entwurf der Regierung der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland vom 10. Januar 1959

Teil I

Politische und territoriale Bestimmungen

I. Frieden und friedliche Beziehungen

Artikel 1

Die Verbündeten und Vereinten Mächte einerseits und Deutschland andererseits stellen fest und bestätigen die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen ihnen, wobei alle sich daraus ergebenden politischen und rechtlichen Folgen mit dem Inkrafttreten einer entsprechenden Erklärung oder eines Beschlusses jeder einzelnen der Verbündeten und Vereinten Mächte eintreten.

Artikel 2

Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in dieser oder jener Form werden unter dem Begriff „Deutschland" in dem vorliegenden Vertrag die beiden bestehenden deutschen Staaten – die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik – verstanden, und alle Rechte und Pflichten Deutschlands, die durch den Vertrag vorgesehen sind, beziehen sich sowohl auf die Deutsche Demokratische Republik als auch auf die Deutsche Bundesrepublik.

Artikel 3

Die Verbündeten und Vereinten Mächte erkennen die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes an.

Artikel 4

1. Die Verbündeten und Vereinten Mächte erklären, daß sie ihre Beziehungen mit Deutschland auf der Grundlage der Einhaltung der Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Deutschlands, der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils sowie auf der Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages gestalten werden.

Deutschland wird sich in seinen Beziehungen mit allen Ländern von den gleichen Prinzipien leiten lassen.

2. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine internationalen Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, damit der internatio-

nale Friede und die Sicherheit nicht bedroht werden. Deutschland verpflichtet sich ebenfalls, sich in den internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu enthalten und keinem Staat oder keiner Gruppe von Staaten, die den internationalen Frieden und die Sicherheit verletzt haben, Hilfe oder Unterstützung zu gewähren.

Artikel 5

1. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages ist, gerichtet sind, sowie nicht an Militärbündnissen teilzunehmen, deren Teilnehmer nicht alle vier wichtigsten Verbündeten Mächte der Anti-Hitler-Koalition – die UdSSR, die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich – sind.

2. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden die Verpflichtung Deutschlands zur Nichtteilnahme an den im Punkt 1 erwähnten Militärbündnissen achten und sich jeglicher Handlungen hinsichtlich Deutschlands enthalten, die eine direkte oder indirekte Verletzung dieser Verpflichtung durch Deutschland nach sich ziehen können.

3. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden alles Notwendige unternehmen, damit Deutschland auf gleichberechtigter Grundlage an Maßnahmen teilnehmen kann, die auf die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit und die Schaffung eines auf den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten beruhenden Sicherheitssystems in Europa gerichtet sind.

4. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages wird Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik – frei von den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrages beziehungsweise des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union im Zusammenhang stehen ...

II. Grenzen

Artikel 8

Die Grenzen Deutschlands werden so sein, wie sie am 1. Januar 1959 waren. Die Grenzen Deutschlands sind auf der Karte verzeichnet, die dem vorliegenden Vertrag beigefügt ist (Anlage 1).

Bis zur Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat werden die Territorien der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik durch die Linie voneinander abgegrenzt, die am 1. Januar 1959 bestanden hat, wie das auf der dem Vertrag beigefügten Karte verzeichnet ist (Anlage 1).

Artikel 9

In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945

a) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf ehemalige deutsche Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee etwas westlich von Swinemünde und von da entlang der Oder bis zum Zufluß der westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Territoriums des ehemaligen Ostpreußens, sowie auf das Territorium der ehemaligen Stadt Danzig, die der Souveränität der Volksrepublik Polen unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt.

b) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf die ehemalige Stadt Königsberg und das umliegende Gebiet, die der Souveränität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt.

Artikel 10

Deutschland erkennt die Ungültigkeit des Münchner Abkommens mit allen sich aus ihm ergebenden Folgen an und erklärt, daß es das Territorium des ehemaligen sogenannten Sudetengebietes immer als unantastbaren Bestandteil des Staatsgebietes der Tschechoslowakischen Republik anerkennen wird.

Artikel 11

Deutschland erkennt an, daß das Territorium Elsaß-Lothringens ein Bestandteil der französischen Republik ist.

Das Saargebiet gehört zum Gebietsbestand Deutschlands . . .

Teil II

Bestimmungen, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beziehen

Artikel 22

Die Verbündeten und Vereinten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu gewähren.

Beide deutsche Staaten wie auch die Verbündeten und Vereinten Mächte betrachten den vorliegenden Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands entsprechend den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes sowie den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.

Artikel 23

Unter Berücksichtigung dessen, daß jeder Versuch, die Frage der Vereinigung Deutschlands mit Gewalt zu lösen, einen Krieg heraufbeschwören würde, der den Völkern Europas und vor allem dem deutschen Volk selbst unermeßliches Unglück brächte, übernehmen die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik die feierliche Verpflichtung, zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands niemals Gewalt anzuwenden oder mit der Anwendung von Gewalt zu drohen und daß sie alle Streitfragen, die in den Beziehungen zwischen ihnen entstehen können, mit friedlichen Mitteln lösen werden ...

Teil III

Militärische Bestimmungen

Artikel 26

Deutschland wird eigene nationale Streitkräfte besitzen (Land-, Luft- und Seestreitkräfte), die für die Sicherung der Landesverteidigung erforderlich sind ...

Artikel 28

Deutschland darf nicht besitzen, produzieren, erwerben oder experimentell erproben:

a) jegliche Arten von Kernwaffen und andere Mittel der Massenvernichtung einschließlich der biologischen und der chemischen;

b) jegliche Arten von Raketen und gelenkten Geschossen sowie Apparate und Vorrichtungen, die zu ihrem Abschuß oder ihrer Lenkung dienen;

c) Flugzeuge, die in der Hauptsache als Bombenflugzeuge eingerichtet sind und Aufhängevorrichtungen für Bomben und Geschosse besitzen;

d) Unterseeboote.

Artikel 29

Es ist Deutschland untersagt, über die für den Bedarf der durch Artikel 26 dieses Vertrages genehmigten Streitkräfte benötigte Menge hinaus Kriegsmaterial, Waffen und Geräte, ganz gleich ob auf staatlichem, auf privatem oder anderem Wege, zu besitzen, zu produzieren oder zu erwerben, Produktionskapazitäten für deren Herstellung zu unterhalten sowie irgendwelches Kriegsmaterial, Waffen und Geräte nach anderen Ländern auszuführen.

Artikel 30

Alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, müssen

spätestens 1 Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages aus Deutschland abgezogen werden ...

Teil IV
Wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 32

Deutschland werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft auferlegt, die dem Wachstum des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll.

Deutschland wird ebensowenig Beschränkungen im Handel mit anderen Ländern, in der Seeschiffahrt und im Zugang zu den Weltmärkten ausgesetzt sein ...

Artikel 39

1. Deutschland ist bereit, mit jeder Verbündeten und Vereinten Macht in Verhandlungen zu treten und Verträge oder Abkommen über den Handel und die Seeschiffahrt abzuschließen, wobei jeder Verbündeten und Vereinten Macht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Stellung der meistbegünstigten Nation eingeräumt wird.

2. Deutschland wird in allem, was seinen Handel mit den Verbündeten und Vereinten Mächten betrifft, keine Diskriminierung und künstliche Beschränkung zulassen. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden sich ihrerseits im Handel mit Deutschland an den gleichen Grundsatz halten.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion,
Bd. II. Vom IV. Parteitag der SED (30. 3.–6. 4. 1954)
bis zur Überreichung des zweiten sowjetischen Entwurfs
für einen Friedensvertrag mit Deutschland (10. 1. 1959),
Berlin 1963, S. 756–769.

40

Aus dem Deutschlandplan der SPD, beschlossen vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. März 1959

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.

Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.

2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft. Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdtruppen werden „eingefroren", d. h. weder vermehrt noch verstärkt.

Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden „militärischen Verdünnung" ist die Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.

3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.

4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.

5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus ...

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage ...

Die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteldeutschland einander gegenüberstehenden Streitkräfte führt, schafft auch eine günstigere Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme.

Die langjährige Teilung Deutschlands hat zu einer strukturell grundverschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands geführt. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch eine frei gewählte Nationalversammlung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt. Es sind gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung zu bilden, ohne daß in der Übergangszeit die derzeitigen Zuständigkeiten in den beiden Teilen Deutschlands berührt werden ...

Die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht aus-

drücklich nachstehende Änderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

Die erste Stufe

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer Gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die Gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben deren Zuständigkeiten unberührt ... Die wirtschaftliche Zusammenführung beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen.

Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet ...

Die zweite Stufe

In der zweiten Phase der politischen Zusammenführung wird ein Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die Gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat wird sie gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere für Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschiffahrt, Post- und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln ...

Die wirtschaftliche Zusammenführung wird durch die Entwicklung des Gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse zwischen beiden Währungen eingeführt, die güterwirtschaftliche Kontingentierung des innerdeutschen Handels fällt nunmehr auch von seiten der DDR fort.

Die dritte Stufe

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstim-

mungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziel haben.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung aussprechen.

Die Nationalversammlung löst den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat ab und beschließt die gesamtdeutsche Verfassung.

Während der stufenweisen Zusammenführung Deutschlands ist Berlin Sitz aller gesamtdeutschen Institutionen.

Die Wiedervereinigung

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die Gesamtdeutsche Regierung hervor ...

Zur Einleitung dieses Planes fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.

2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines Europäischen Sicherheitssystems.

3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenzen über den Friedensvertrag und über das Sicherheitssystem.

4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Auftrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.

5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage.

Deutschlandplan der SPD. Kommentare, Argumente, Begründungen, Bonn, April 1959, S. 6–10.

41

Aus der Verordnung des Ministerrates der DDR über die Bildung halbstaatlicher Betriebe vom 26. März 1959

Die Bildung halbstaatlicher Betriebe erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Grundlage und auf Antrag der Unternehmer.

Die Unternehmer haben das Recht und die Aufgabe, den halbstaatlichen Betrieb nach dem Prinzip der persönlichen Verantwortung zu leiten und ihn gemeinsam mit den Arbeitern zu einem sozialistisch arbeitenden Betrieb zu entwickeln ...

Bildung halbstaatlicher Betriebe

§ 1

(2) Anträge auf staatliche Beteiligung können die Inhaber privater Unternehmen, geschäftsführende Gesellschafter von Personengesellschaften und Geschäftsführer oder Vorstände von Kapitalgesellschaften stellen.

(3) Die Anträge sind schriftlich bei dem für den Sitz des Betriebes zuständigen Rat des Kreises einzureichen. Sie sollen Vorschläge über die Art und Höhe der staatlichen Beteiligung, den Verwendungszweck der finanziellen Mittel, Art und Umfang der Produktion und die Möglichkeit ihrer weiteren Entwicklung sowie die Höhe der Tätigkeitsvergütung enthalten.

(4) Die Kreisvorstände des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes haben das Recht, in den Beratungen der bei den Räten der Kreise bestehenden Kommissionen zur Begutachtung der Anträge auf staatliche Beteiligung die Stellungnahmen der Gewerkschaftsleitungen zu unterbreiten.

§ 2

(1) Halbstaatliche Betriebe werden in der Regel als Kommanditgesellschaften gebildet. In Einzelfällen ist auch die Form der Offenen Handelsgesellschaft zulässig ...

§ 4

(1) Der staatliche Gesellschafter beteiligt sich

a) durch Zuführung finanzieller Mittel,

b) durch Einbringung von volkseigenen Grundstücken, beweglichen volkseigenen Grundmitteln oder Wertpapieren.

(2) Die Zuführung finanzieller Mittel kann erfolgen zur

a) Durchführung von Investitionen und Generalreparaturen aller Art,

b) Verbesserung der betrieblichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen,

c) Umstellung der Produktion,

d) Erhöhung der Umlaufmittel,
e) Abdeckung von Verbindlichkeiten aller Art,
f) Ablösung von Kapitalanteilen ausscheidender Gesellschafter,
g) teilweisen Ablösung von Kapitalanteilen der Gesellschafter.

Stellung und Aufgaben der Gesellschafter

§ 6

(1) Der private Gesellschafter, der bisher die Geschäftsführung des Privatbetriebes ausübte, wird durch Festlegung im Gesellschaftsvertrag in der Regel Leiter des halbstaatlichen Betriebes. Er hat das Recht und die Pflicht, den halbstaatlichen Betrieb nach den Grundsätzen der persönlichen Verantwortung und im Einklang mit den gesamtvolkswirtschaftlichen Interessen in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen zu leiten, wobei er sich auf die betriebliche Gewerkschaftsleitung stützt.

(2) Der Leiter ist für die zweckgebundene Verwendung der zugeführten Mittel verantwortlich . . .

§ 8

(1) Der staatliche Gesellschafter hat als Beauftragter des Arbeiter-und-Bauern-Staates in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen und den Gewerkschaften die staatlichen Interessen zu vertreten. Er unterstützt den Leiter des halbstaatlichen Betriebes bei der Einführung und Anwendung sozialistischer Methoden der Wirtschaftsführung, fördert die Zusammenarbeit zwischen den Werktätigen und dem Leiter des halbstaatlichen Betriebes unter Wahrung der Rechte der Werktätigen . . .

Wahrnehmung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts

§ 9

(1) Zur Wahrung und Erweiterung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts und zur Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins schließen die Betriebsgewerkschaftsleitungen mit den Leitern der Betriebe Betriebsverträge nach den Beschlüssen des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) ab.

(2) Die Gewerkschaften sind berechtigt, entsprechend den Beschlüssen des Bundesvorstandes des FDGB zur Gewährleistung der Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Betriebe, regelmäßig Produktionsberatungen durchzuführen sowie Arbeitswettbewerbe zur Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Aufgaben, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und zur Erhöhung der Rentabilität zu organisieren.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1959, Nr. 19, S. 253–255.

42

Aus dem Brief des ZK der SED an den Vorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder vom 2. April 1959

Werte Genossen!

Die im „Deutschlandplan" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gemachten Vorschläge berücksichtigen in mancher Hinsicht die realen Gegebenheiten in der Welt und in Deutschland. Die Veränderung der Lage kommt vor allem zum Ausdruck in den großen Erfolgen der Sowjetunion und aller anderen Staaten des sozialistischen Lagers sowie im Wachstum der Friedenskräfte in der Welt. Von großer Bedeutung ist auch die innere und äußere Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Rolle als feste Bastion des Friedens in Deutschland.

Wir möchten erklären, daß die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in vielen Punkten mit unseren Auffassungen übereinstimmen und daß reale Bedingungen dafür vorhanden sind, zu notwendigen Übereinkünften zu gelangen. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen ...

Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für einen Friedensvertrag und eine Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Wiedervereinigung und der „Deutschlandplan" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lassen erkennen, daß eine Zusammenarbeit in diesen Fragen der unmittelbaren Sicherung des Friedens möglich ist und der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volke dient ...

Warum muß vor allem ein Friedensvertrag vorbereitet werden? Weil der Militarismus die Hauptgefahr ist! Die im sowjetischen Entwurf des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die militärischen Beschränkungen stimmen mit den Vorschlägen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im wesentlichen überein. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages, die gegen den deutschen Militarismus gerichtet sind, ein großer Schritt zur Entspannung und zur Einstellung des Wettrüstens sind. Der Friedensvertrag würde solche Bedingungen in Deutschland schaffen, die beiden deutschen Staaten alle Rechte für die Verständigung und Zusammenarbeit zur Bildung einer deutschen Konföderation gewähren. Wenn im „Deutschlandplan" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von einer „Zusammenführung" beider deutscher Staaten gesprochen wird, das heißt von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Regierungen, so ist auch dabei die erste Frage die Sicherung des Friedens. Das schließt jedes Zugeständnis an die Revanchepolitiker aus ...

Der „Deutschlandplan" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird nur reale Bedeutung erhalten, wenn in Westdeutschland die Kräfte die Oberhand gewinnen, die für die Verständigung eintreten. Diese Kräfte, die von allen friedliebenden Völkern unterstützt werden, sind die Garantie für die Durchsetzung aller Pläne der militärischen Entspannung und der friedlichen Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes.

Die Bevölkerung in Dortmund und in anderen Städten hat richtig erkannt, daß man sich zusammenschließen muß, um gegen den Atomtod, für eine atomwaffenfreie Zone, gegen die Stationierung von Atomraketen zu kämpfen. Sie hat gezeigt, daß starke Kräfte im Volke vorhanden sind, die den Weg ins Verderben verhindern können ...

Der Vorschlag des SPD-Parteivorstandes über das Auseinanderrücken der beiden Blocks besagt, daß die USA-Truppen nur bis westlich des Rheins, während die Truppen der Sowjetunion bis auf sowjetisches Territorium zurückgezogen werden sollen. Das heißt: Die Atom- und Wasserstoffwaffen können westlich des Rheins stationiert werden, während über Polen, der ČSR und Ungarn eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle stattfinden soll. Wir sind der Meinung, daß die ausländischen Truppen in ihre Heimat zurückkehren sollen.

Unverständlich ist auch, daß die SPD-Führung das amerikanisch-englisch-französische Besatzungsstatut in Westberlin und damit die NATO-Herrschaft in Westberlin weiter aufrechterhalten will, obgleich unter diesen Bedingungen Westberlin ein Pulverfaß ist, an dessen Lunte alle möglichen imperialistischen Abenteurer mit der Brandfackel hantieren. Es widerspricht den Interessen der Berliner Bevölkerung, daß die NATO-Truppen aus Berlin als letzte abgezogen werden sollen. Diese Stellungnahme widerspricht auch den eigenen Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Entspannung.

Wenn wir darin übereinstimmen, daß der kalte Krieg beendet werden muß, denn die Aufrechterhaltung des kalten Krieges wird vom deutschen Imperialismus nur betrieben, um den heißen Krieg vorzubereiten, dann muß man dafür eintreten, den Stützpunkt des kalten Krieges in Westberlin zu beseitigen. Die Sicherung des Friedens erfordert also, daß Westberlin neutralisiert wird und daß durch Verwandlung Westberlins in eine Freie Stadt dem kalten Krieg, vor allem an einer so gefährlichen Brandstelle, ein Ende gesetzt wird ...

Die Überlegung, die im „Deutschlandplan" des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinsichtlich der Einberufung einer gesamtdeutschen Konferenz enthalten ist, entspricht in ihrem Wesen dem Vorschlag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates.

Es ist jedoch notwendig, klar auszusprechen, daß die Grundfrage der Wiedervereinigung lautet:

Was für ein Deutschland soll geschaffen werden? Welchen Charakter soll das zukünftige Deutschland haben?

Die Abschnitte über die zweite und dritte Stufe des „Deutschlandplanes" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthalten leider keine Aussage über den Charakter des gesamtdeutschen Staates, den die SPD erstrebt. Vieles in diesen Vorschlägen deutet auf eine Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik hin, die letzten Endes den Weg zu Faschismus und Krieg ermöglichten. Die Lehren der Geschichte besagen, daß nunmehr eine feste Grundlage für ein friedliebendes Deutschland geschaffen werden muß ...

Wir vermissen im Plan des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Darlegung, was in Westdeutschland geschehen soll, um den politischen und geistigen Druck des Militarismus zu beseitigen. Der Vorschlag, ein Oberstes Gericht zu bilden, das die Grundfreiheiten sichern soll, wird nach den Erfahrungen mit dem Karlsruher Verfassungs-Gerichtshof – insbesondere des Verbotes der Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung und des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands – wohl auch in Westdeutschland wenig Unterstützung finden. Die Sicherung der Rechte des Volkes kann doch nur durch den paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Rat oder, wie Ihr es vorschlagt, durch die Gesamtdeutsche Konferenz gewährleistet werden ...

Der Vorschlag des SPD-Parteivorstandes, einen Investitionsfonds zu schaffen, mit dessen Hilfe der Ausbeutungsbereich der westdeutschen Monopole erweitert werden soll, dient nicht der Wiedervereinigung, sondern großkapitalistischen Interessen.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß im Dokument der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in bezug auf die Perspektive verschiedene Standpunkte enthalten sind. Wir möchten klar zum Ausdruck bringen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine große nationale Aufgabe ist, die nur gelöst werden kann, wenn ernsthafte Lehren aus der Geschichte gezogen werden ...

Wir möchten hervorheben, daß die Arbeiter bei ihrer Stellung zum Friedensvertrag und zur Wiedervereinigung von den Positionen der Arbeiterklasse und den Volksinteressen ausgehen müssen. Die Grundinteressen der Arbeiterklasse, ihr Kampf um das friedliebende, demokratische Deutschland, entsprechen zugleich den nationalen Interessen des ganzen Volkes. In ganz Deutschland gilt es, die sichere Grundlage für eine konsequente Politik des Friedens zu schaffen ...

Im Plan des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht im Schlußabsatz als erste Forderung: Vorbereitung eines Frie-

densvertrages für ganz Deutschland. Das stimmt mit unseren Vorschlägen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland überein. Es steht also die Frage, wie soll der Kampf um den Friedensvertrag geführt werden und welche Kräfte gilt es dafür zu gewinnen?

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kann nicht erwarten, daß sein Plan durch die Herren Adenauer, Strauß, Brentano und Schröder unterstützt wird. Der Plan hat doch nur einen Sinn, wenn die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes sich für ihn einsetzen, ohne sich dabei durch die Gegenmaßnahmen des Herrn Schröder beeinflussen zu lassen. Darum ist es erforderlich, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zusammenarbeiten, um die Forderungen zu verwirklichen, in denen sie übereinstimmen ...

Wir haben unsere Meinung zum „Deutschlandplan" des SPD-Parteivorstandes offen dargelegt und damit Anregungen für die notwendige Aussprache zwischen beiden Parteien gegeben. Selbstverständlich ist die Klärung mancher Fragen und das Näherkommen beider Parteien nur in gemeinsamen Aussprachen möglich. Wir sind bereit, Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sorgfältig zu prüfen und jede Möglichkeit der Verständigung und Zusammenarbeit wahrzunehmen. Wir sind jederzeit bereit, Besprechungen mit Vertretern des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu führen.

Der Plan des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geht von dem richtigen Gedanken einer notwendigen militärischen Entspannung und einer Entgiftung der Atmosphäre durch die Beendigung des kalten Krieges aus. Die wichtigste Schlußfolgerung wäre, daß zunächst ein normales kameradschaftliches Verhältnis zwischen unseren Parteien und allen deutschen Arbeiterorganisationen geschaffen wird.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VII,
Berlin 1961, S. 609–617, 619.

43

Aus dem Aufruf der Brigade Litzenberg vom VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann" Magdeburg, zur Bildung von „Fonds des Siebenjahrplanes" vom 16. April 1959

Alle in unserem Betrieb tatsächlich erreichten Einsparungen durch Neuerermethoden sowie Rationalisierungs- und Verbesserungsvorschläge sollten von der Werkleitung erfaßt werden und für die ganze Belegschaft sichtbar den „Fonds des Siebenjahrplanes" bilden. Außerdem schlagen

wir vor, daß durch die Staatliche Plankommission überprüft wird, inwieweit aus dem Siebenjahrplanfonds finanzielle Mittel zur Durchführung weiterer Maßnahmen für die Rekonstruktion, für die Entwicklung und Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Betrieb und somit zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen entnommen und verwendet werden können ...

Wir haben uns das Ziel gestellt, bis zum 1. Mai 4 Tage, bis zum Ende des ersten Halbjahrs 6 Tage, bis zum 10. Jahrestag der Republik 12 Tage und bis zum 31. Dezember 1959 16 Tage Planvorsprung zu erreichen, was einer überplanmäßigen Produktion von 65,6 t Schmiedestücken im Werte von 62 288 DM gleichkommt. Die Ausschußquote wollen wir von 0,88 Prozent auf 0,75 Prozent senken. Unter der Losung „Für des Volkes Wohlstand, Frieden, Glück, decken wir den Tisch der Republik!" haben wir uns für 1959 gemeinsam mit unserem Ingenieur-Ökonomen, Kollegen Hagebarth, folgende Aufgaben gestellt: Im ersten Jahr des Siebenjahrplanes wollen wir etwa 8000 DM einsparen. Hierzu übernehmen wir folgende Verpflichtungen: durch Genauschmieden jeden Monat 1000 kg geschmiedetes Material zusätzlich der Weiterverarbeitung zur Verfügung zu stellen und dadurch jährlich 2950 DM einzusparen. Durch Anwendung der Seifert-Methode wollen wir Verlust- und Wartezeiten beseitigen, die Arbeitsproduktivität steigern und eine Einsparung von etwa 4000 DM erreichen ...

In den weiteren Jahren des Siebenjahrplanes wollen wir durch Mechanisierung und Anwendung von Neuerermethoden, besonders durch die aktive Beteiligung am Vorschlagswesen, die Arbeitsproduktivität maximal erhöhen, um einen möglichst großen Beitrag für unseren „Fonds des Siebenjahrplanes" zu leisten.

Wir wenden uns an alle Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik, unserem Beispiel zu folgen und ebenfalls in ihrem Betrieb einen „Fonds des Siebenjahrplanes" zur allseitigen Einsparung von Geld und Material zu bilden.

Tribüne (Berlin),
18./19. April 1959.

44

Aus der Erklärung des Außenministers der DDR, Lothar Bolz, in der Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 14. Mai 1959

Das erste Mal nach Beendigung der Kriegshandlungen in Europa sitzen Vertreter der beiden deutschen Staaten den Außenministern der Mächte gegenüber, deren Völker von den deutschen Militaristen angegriffen und in einen entsetzlichen Krieg gestürzt wurden. Wir, die Vertreter der

Deutschen Demokratischen Republik, stellen an den Beginn unserer Ausführungen die feierliche Erklärung, daß es das Ziel unserer ganzen Politik wie auch der Mitwirkung an dieser Konferenz ist, eine erneute Bedrohung des Friedens durch den deutschen Militarismus für alle Zeiten auszuschließen ...

Die Deutsche Demokratische Republik ist gewillt, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, dem deutschen Volke den Frieden zu sichern und die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Der Friede ist die erste und höchste Lebensfrage des deutschen Volkes. Gerade deswegen haben wir mit so großer Befriedigung dem Notenwechsel der vier Mächte und den Erklärungen auf dieser Konferenz entnommen, daß es hier nicht darum geht, unverbindliche Erklärungen zur Deutschlandfrage abzugeben, sondern darum, Wege zur Lösung seit langem herangereifter Fragen, also zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Bereinigung der anomalen Lage in Westberlin, unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen zu finden. Das deutsche Volk hat ein besonderes Interesse an dem Abschluß eines Friedensvertrages in möglichst kurzer Frist, weil er ihm einen dauerhaften Frieden und die Möglichkeit geben soll, sein Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkt auszuüben. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wäre nach unserer festen Überzeugung auch der kürzeste Weg, um die unselige Spaltung Deutschlands zu überwinden. Ein Friedensvertrag würde beiden deutschen Staaten gleiche Rechte geben und gleiche Pflichten auferlegen und so zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten führen ...

Ich werde gern von der Möglichkeit Gebrauch machen, das von meiner Regierung entwickelte konstruktive Programm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, demokratischer und friedliebender Staat im Laufe der Konferenz ausführlich darzulegen. Es enthält den Gedanken, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden. Als unerläßlich betrachten wir Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ...

Ich erkläre vor diesem hohen Forum im Auftrage meiner Regierung: Es ist auch jetzt noch nicht zu spät. In diesem Saal sitzen Delegationen beider deutscher Staaten an gleichen Tischen und nehmen mit dem gleichen Status an der Konferenz der Außenminister teil. Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, mit der Delegation der Deutschen Bundesrepublik alle Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten sowie Schritte, die der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates dienen.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VII. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1959,
Berlin 1960, S. 151/152.

45

Aus dem Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus, angenommen auf dem VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 15. Mai 1959

Wir bekennen uns zu dem von unserer Republik gewiesenen Weg und werden ihn entschlossen beschreiten.

Wir werden alles unternehmen, was dazu dient, unsere Republik – den deutschen Staat des Friedens – zu stärken und ihn dem kapitalistischen Westdeutschland überlegen zu machen.

Wir werden mit ganzer Kraft mithelfen, die sozialistische Umgestaltung in unserer Republik zum Siege zu führen.

Wir werden alles unternehmen, was der Verständigung mit der jungen Generation Westdeutschlands und unserem gemeinsamen Ringen gegen die westdeutschen Militaristen und gegen den Atomtod dient.

Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um die Verbindung der Jugend beider deutscher Staaten enger zu gestalten, indem sich die Jugend Westdeutschlands bei uns selbst davon überzeugt, was wir wollen und was wir schon geschafft haben.

Wir planen mit, arbeiten mit, regieren mit

Unsere tägliche Arbeit, unsere Anstrengungen zu lernen, um die Wissenschaft und Technik zu meistern, unsere aktive Mitwirkung bei der Diskussion und Verwirklichung des Siebenjahrplanes, bei der Rekonstruktion unserer Betriebe, beim Kampf um das Weltniveau, bei der Einführung der neuen Technik und bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität – all unser Denken und Handeln ist auf das große Ziel gerichtet: daß in unserer Republik der Sozialismus siegt.

Von uns selbst hängt es ab, wie schnell wir voranschreiten. Nur unsere eigene Arbeit schafft die Werte, die wir dann gemeinsam nutzen können. Nur unser eigenes Lernen gibt uns das Wissen, welches wir für die Meisterung der Rekonstruktion unserer Industrie und für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft brauchen. Deshalb kämpfen wir für die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe, die den Werktätigen größeren Wohlstand und unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat die allseitige Überlegenheit gegenüber dem kapitalistischen Westdeutschland bringt ...

Unser Kampfabschnitt sind unsere sozialistischen Betriebe in Stadt und Land, unsere Produktionsgenossenschaften, unsere Felder, unsere Schulen, Universitäten, Konstruktionsbüros und wissenschaftlichen Institute. Hier findet die Kühnheit der Jugend ihr Tätigkeitsfeld, hier wird der Tatendrang der Jugend täglich herausgefordert.

Wir arbeiten mit! Gleich, ob als junge Arbeiter in Stadt und Land oder als junge Genossenschaftsbauern, ob als junge Ingenieure, Wissenschaftler,

Techniker, Lehrer, als junge Angehörige der bewaffneten Kräfte, als junge Angestellte in Verwaltung und Handel.

VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend.
Rostock, vom 12. bis 15. Mai 1959.
Hrsg. vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend,
Berlin 1959, S. 501/502.

46

Aus dem Beschluß der 5. Tagung des ZK der SED über die sozialistische Rekonstruktion vom 23. Mai 1959

II

Der Inhalt der sozialistischen Rekonstruktion besteht in der rationellsten Organisation der Produktion auf der Basis des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik und der vollen Nutzung der schöpferischen Initiative der Werktätigen. Die sozialistische Rekonstruktion muß durch eine umfassende Rationalisierung der Produktion, durch Spezialisierung und Konzentration der Produktion zur höchstmöglichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur schnellen Erhöhung der Produktion, zu niedrigsten Selbstkosten und zu bester Qualität der Erzeugnisse führen ...

Die Verwirklichung der uns in den nächsten Jahren gestellten großen Aufgaben macht es notwendig, folgende Gesichtspunkte besonders zu beachten:

1. Jedes Erzeugnis unserer Industrie muß dem Höchststand der Technik in Leistungsfähigkeit und Qualität entsprechen. In jedem Betrieb muß genau festgelegt werden, bis zu welchen frühestmöglichen Terminen die alten, diesem Stand nicht mehr entsprechenden Erzeugnisse aus der Produktion auslaufen ...

2. Jeder Produktionsprozeß muß so gestaltet werden, daß durch den geringstmöglichen Aufwand an Material und Arbeitskräften eine höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und niedrigste Selbstkosten erreicht werden.

3. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist die unserer neuen Gesellschaftsordnung entsprechende Form der Arbeit. Sie allein verbürgt, daß sich die Rekonstruktion auf der höchsten Stufe der Technik und mit dem notwendigen Tempo vollzieht. Sie ist die Garantie dafür, daß der ganze Schatz der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Erfahrungen der Werktätigen, daß alle Ideen der Neuerer im Prozeß der Rekonstruktion wirksam werden.

4. Bei der Umstellung der Produktion einzelner Betriebe im Rahmen der Spezialisierung und Konzentration der Produktion darf kein Produk-

tionsausfall und keine Qualitätsminderung der Erzeugnisse eintreten. Die Spezialisierung der Produktion ist in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der internationalen Arbeitsteilung im Lager der sozialistischen Staaten zu organisieren.

Im Prozeß der Spezialisierung werden die Überreste der kapitalistischen Zersplitterung der Produktion in unserer Industrie überwunden. Damit wird das Entwicklungstempo unserer Wirtschaft erhöht. Die Spezialisierung erreicht aber nur dann das Ziel, wenn sie mit der Anwendung modernster, rationeller Technologien verbunden wird.

5. Das Tempo in der Standardisierungsarbeit, in der Typung der Erzeugnisse und der Entwicklung der Baukastenweise ist erheblich zu beschleunigen. Es gilt, mit aller Kraft zu erreichen, daß besonders in den Schwerpunkten unserer Wirtschaft die Zahl der Standards rasch erhöht und dadurch die Grundlage für die Spezialisierung erweitert wird und daß in breitem Maße produktivere Technologien angewendet werden.

6. Die Transportwege (innerbetrieblich und überbetrieblich) müssen auf minimalste Entfernung verkürzt und, wo immer möglich, muß die Transportgeschwindigkeit erhöht werden. Dabei ist weitgehend von allen Möglichkeiten der Mechanisierung und Automatisierung Gebrauch zu machen.

Auf dem V. Parteitag wurden die beiden Wege der sozialistischen Rekonstruktion dargelegt. In wichtigen, ausschlaggebenden Industriezweigen muß die Neuausrüstung bestimmter Betriebe mit modernsten, leistungsfähigen Maschinen und einer entsprechenden hochproduktiven Technologie erfolgen. In der Mehrzahl der Betriebe steht jedoch die Einführung rationellster technologischer Verfahren unter Ausnutzung der vorhandenen Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen im Vordergrund. Nach wie vor ist in allen Betrieben die Kraft auf die weitere Verbesserung der Fertigungsorganisation und der Technologie zu konzentrieren. Dabei ist die beste Ausnutzung der Kapazitäten zu gewährleisten und der Arbeitstag durchgehend auszunutzen ...

Es ist notwendig, die Auffassungen zu überwinden, daß die sozialistische Rekonstruktion in jedem Fall nur mit großen Investitionsmitteln möglich ist.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist, die Fristen für Entwicklungsarbeiten entscheidend zu verkürzen. Jeder Werkleiter ist dafür verantwortlich, daß die Erzeugnisse seines Betriebes in kürzester Zeit dem Höchststand der Technik entsprechen. Die Werkleitungen müssen den Mut dazu haben, auch Risiken einzugehen. Wenn die Ergebnisse der Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten es gestatten, sind die konventionellen Etappen zu überspringen. Die Entwicklungsstufen müssen ineinander-

greifen, statt aufeinander zu folgen. Die Forschung und Entwicklung muß zum Schrittmacher unserer Produktion werden und das Tempo bestimmen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VII, Berlin 1961, S. 653–656.

47

Aus dem Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959

Um die gesellschaftliche Stellung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu festigen und die Beziehungen der LPG zu regeln, die über die in dem Statut und der Inneren Betriebsordnung festgelegten innergenossenschaftlichen Grundsätze hinausgehen, beschließt die Volkskammer folgendes Gesetz:

§ 1
Grundsatz

(1) Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sind sozialistische landwirtschaftliche Großbetriebe, die durch den freiwilligen Zusammenschluß werktätiger Bauern und Bäuerinnen, werktätiger Gärtner, Landarbeiter und anderer Bürger, die bereit sind, an der genossenschaftlichen Produktion teilzunehmen, entstehen.

(2) Die LPG organisieren sich auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit gleichberechtigter Mitglieder und dienen der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Arbeitsproduktivität sowie der weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Landbevölkerung. Sie führen ihre gesamte wirtschaftliche Tätigkeit in voller Selbständigkeit auf der Grundlage der innergenossenschaftlichen Demokratie in Übereinstimmung mit ihrem beschlossenen Statut durch.

(3) Die Grundsätze der Organisation und der Arbeitsweise der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder ergeben sich aus diesem Gesetz, den Musterstatuten und anderen gesetzlichen Bestimmungen, dem Statut und der Inneren Betriebsordnung der Genossenschaft sowie anderen Beschlüssen der Mitgliederversammlung.

§ 2
Musterstatuten

(1) Die vom Ministerrat der DDR bestätigten Musterstatuten sind all-

gemein verbindliche Rechtsnormen und bilden die gesetzliche Grundlage für die Ausarbeitung des Statuts jeder LPG ...

§ 3

Statut der Genossenschaften

(1) Werktätige Bauern, Landarbeiter, werktätige Gärtner und andere Bürger, die eine LPG gründen wollen, beschließen in einer Gründungsversammlung im Rahmen der erlassenen Musterstatuten das Statut ihrer Genossenschaft.

(2) Das beschlossene Statut ist dem Rat des Kreises zur Registrierung vorzulegen. Der Rat des Kreises hat vor der Registrierung zu prüfen, ob die Gründung der Genossenschaft den Zielen der sozialistischen Genossenschaftsbewegung entspricht und ihr Statut alle Grundsätze des Musterstatuts beinhaltet.

(3) Das von der Gründungsversammlung beschlossene und vom Rat des Kreises registrierte Statut der LPG ist die rechtliche Grundlage für die Regelung der innergenossenschaftlichen Verhältnisse, insbesondere für das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft und untereinander.

(4) Änderungen des Statuts einer LPG sind von zwei Dritteln aller Mitglieder zu beschließen. Sie werden mit der Registrierung beim Rat des Kreises wirksam ...

§ 5

Die Arbeit in der Genossenschaft

(1) Die oberste Pflicht und das erste Recht jedes Mitgliedes ist es, ehrlich und gewissenhaft entsprechend seinen Fähigkeiten in der Genossenschaft zu arbeiten, mit den anderen Genossenschaftsmitgliedern kameradschaftlich zusammenzuarbeiten und sich für die Steigerung der genossenschaftlichen Produktion einzusetzen.

(2) Der Vorstand der LPG sorgt für die Entwicklung der Fähigkeiten aller Mitglieder, insbesondere der Frauen und Jugendlichen, auf der Grundlage eines von der Mitgliederversammlung bestätigten Qualifizierungsplanes.

(3) Zur Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses sind die Genossenschaften zur Ausbildung von Lehrlingen berechtigt.

§ 6

Die Zusammenarbeit zwischen LPG und MTS

(1) Die MTS haben den LPG ständige und allseitige Hilfe bei ihrer Festigung und Entwicklung zu mustergültigen sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben auf der Grundlage der modernen Technik zu

leisten und sie durch politisch und fachlich qualifizierte Kader zu unterstützen.

(2) Die LPG haben durch eine gute Arbeitsorganisation und durch die sorgfältige Abstimmung ihrer Arbeitspläne mit den MTS alle Voraussetzungen für einen reibungslosen Einsatz und eine hohe Auslastung der modernen Technik zu schaffen und die Einhaltung der agrotechnischen Termine sichern zu helfen.

(3) Die Zusammenarbeit zwischen LPG und MTS erfolgt auf der Grundlage der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den Empfehlungen zentraler Konferenzen abgeschlossenen Verträge. Bei Streitigkeiten aus diesen Verträgen entscheidet das Staatliche Vertragsgericht.

§ 7

Eigentum des Mitgliedes an Grund und Boden

(1) Der in die Genossenschaft zur allgemeinen Nutzung eingebrachte Boden bleibt Eigentum der Mitglieder.

(2) Eine Veräußerung des eingebrachten Bodens kann nur an den Staat, die LPG oder deren Mitglieder, die wenig oder kein Land besitzen, erfolgen.

§ 8

Begründung des genossenschaftlichen Nutzungsverhältnisses

(1) An dem Boden, der durch die Mitglieder eingebracht wird oder vom Staat der Genossenschaft übergeben wird, erhält die LPG volles Nutzungsrecht.

(2) In Ausnahmefällen kann die LPG auch Eigentum an Grund und Boden erwerben.

§ 9

Übergabe von Boden durch den Staat

(1) Die von den staatlichen Organen durch Pacht- oder Nutzungsverträge übernommenen privaten Betriebe und Flächen werden den LPG mit deren Zustimmung zur unentgeltlichen Nutzung übergeben . . .

§ 13

Entstehung des genossenschaftlichen Eigentums

(1) Die dem Mitglied gehörenden eingebrachten Inventarstücke und Wirtschaftsgebäude sowie der eingebrachte Waldbestand werden mit der Bestätigung des Übergabeprotokolls durch die Mitgliederversammlung genossenschaftliches Eigentum.

(2) Die von der Genossenschaft auf Grund ihres Nutzungsrechts auf

eingebrachtem bzw. übergebenem Boden errichteten Gebäude und der durch Aufforstung genossenschaftlich genutzter Flächen entstehende Waldbestand werden unabhängig vom Eigentum an Grund und Boden genossenschaftliches Eigentum.

§ 14

Schutz des genossenschaftlichen Eigentums

(1) Das genossenschaftliche Eigentum ist die wirtschaftliche Grundlage für die Festigung und weitere sozialistische Entwicklung der LPG sowie für den steigenden Wohlstand ihrer Mitglieder. Es ist Aufgabe aller Genossenschaftsmitglieder und der staatlichen Organe, das genossenschaftliche Eigentum allseitig zu schützen.

(2) Verfügungen über das genossenschaftliche Eigentum können nur von den dazu berechtigten genossenschaftlichen Organen vorgenommen werden. Verfügungen durch nicht berechtigte Personen sind unwirksam.

(3) Genossenschaftliche Produktionsmittel sind unpfändbar. Eine Zwangsvollstreckung in die Geldmittel der gemäß Statut gebildeten genossenschaftlichen Fonds ist nur wegen solcher Forderungen zulässig, die aus den Mitteln dieser Fonds entsprechend ihrer Zweckbestimmung bezahlt werden müssen ...

§ 19

Übergang zu einer LPG höheren Typs

(1) Der Übergang einer LPG niederen Typs zu einer LPG höheren Typs erfolgt durch Beschluß der Mitgliederversammlung, wenn auf der Grundlage des Perspektivplanes die Voraussetzungen hierfür geschaffen wurden. Der Beschluß muß von mindestens zwei Dritteln aller Genossenschaftsmitglieder gefaßt werden und zugleich das veränderte Statut bestätigen.

(2) Für die Registrierung gilt § 3 entsprechend ...

§ 29

Gärtnerische Produktionsgenossenschaften

Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten entsprechend für gärtnerische Produktionsgenossenschaften, soweit nichts anderes geregelt ist.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1959, Nr. 36, S. 577–580.

48

Aus dem Entwurf
eines Nichtangriffsvertrages zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, übersandt durch den Außenminister der DDR, Lothar Bolz,
an den Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano,
in Genf am 19. Juni 1959

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen jeder Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten.

Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten übernehmen die feierliche Verpflichtung, die territoriale Integrität und Souveränität des Vertragspartners zu achten und die Wiedervereinigung Deutschlands ausschließlich mit friedlichen Mitteln anzustreben.

Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten werden alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, um jede von ihren Territorien ausgehende Förderung, Vorbereitung und Durchführung von Gewaltakten gegen den Vertragspartner zu unterbinden.

Artikel 4

Die vertragschließenden Seiten werden, falls von dritter Seite eine Angriffshandlung gegen den Vertragspartner unternommen wird, dem Angreifer keine Unterstützung gewähren. Diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn gegenüber dem Angreifer Beistands- oder andere Verpflichtungen bestehen.

Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten werden alle zwischen ihnen bestehenden oder entstehenden Streitfragen im Geiste gegenseitiger Verständigung auf dem Wege von Verhandlungen oder mit anderen friedlichen Mitteln regeln. Zu diesem Zwecke werden sie sich, falls nach Ansicht eines Vertragspartners die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt sind oder deren Einhaltung gefährdet ist, konsultieren und geeignete Maßnahmen vereinbaren.

Artikel 6

Dieser Vertrag berührt nicht die Zugehörigkeit der Vertragspartner zu militärischen Koalitionen.

Artikel 7

Der vorliegende Vertrag bleibt bis zur Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Kraft.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VII. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1959,
Berlin 1960, S. 189/190.

49

Aus der Entschließung des 5. FDGB-Kongresses in Berlin vom 26. bis 31. Oktober 1959

Jetzt haben die Gewerkschaften die Aufgabe, überall den sozialistischen Wettbewerb auf die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu orientieren ... und die Arbeiterklasse geduldig und beharrlich zu seiner gegenwärtig höchstentwickelten Form, der Arbeit der Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit, zu führen ...

Der Schlüssel für die Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes ist die Entwicklung der Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit. Die sozialistischen Brigaden und sozialistischen Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften sind eine für die Lösung unserer Aufgaben im Siebenjahrplan, besonders auch bei der zielstrebigen Durchführung der Rekonstruktion, objektiv notwendige und der Entwicklung entsprechende gesetzmäßige Erscheinung unseres sozialistischen Aufbaus. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaftsleitungen die Notwendigkeit, die Brigade- und Gemeinschaftsarbeit organisiert zu verbreitern, d. h. in jedem Betrieb entsprechend den Erfordernissen des Planes und der Schwerpunkte für die Bildung von Brigaden und Gemeinschaften zu sorgen. Das Neue in dieser Bewegung besteht zugleich darin, daß durch sie in hervorragender Weise die neuen, sozialistischen Menschen erzogen werden, Menschen, die durch wahrhaft sozialistische Beziehungen untereinander und mit der Gesellschaft verbunden sind. Durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit werden die gegenseitige Erziehung der Werktätigen in der Produktion und im gesamten gesellschaftlichen Leben gefördert und das sozialistische Bewußtsein entwickelt. Durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit werden die Werktätigen in ausgezeichneter Weise in die Leitung der sozialistischen Produktion und in die Lösung der großen Auf-

gaben des Siebenjahrplanes einbezogen. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit festigt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz und ist der Weg zur Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion ...

Die Gewerkschaften werden allen Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, wie z. B. den Rekonstruktionskollektiven, den Forschungsgemeinschaften, den Soboljew-Brigaden und den Ludwig-Kollektiven, jede nur erdenkliche Unterstützung geben. Die Bewegung um Meisterbereiche und Abteilungen der sozialistischen Arbeit und um den Titel „Aktivist der sozialistischen Arbeit" ist von den Gewerkschaften zu fördern.

Die Losung „Sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben" ist die Losung des Siebenjahrplanes, die Losung des Sieges des Sozialismus.

Sozialistisch arbeiten, das heißt eine hohe sozialistische Arbeitsmoral zu zeigen, an der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mitzuwirken, die Methoden der Neuerer in komplexer Weise anzuwenden, nach der Christoph-Wehner-Methode den Plan täglich in allen Kennziffern überzuerfüllen, Qualitätsarbeit zu leisten, mit Hilfe der Seifert-Methode Verlust- und Wartezeiten zu beseitigen, um durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität den größtmöglichen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten. Die kameradschaftliche Hilfe für die Zurückgebliebenen nach dem Beispiel der Kollegin Irmgard Richter und der Brigade „Fritz Weineck" muß zum höchsten Prinzip des sozialistischen Arbeitens werden. Sozialistisch arbeiten heißt auch, durch ständige, vorbeugende Maßnahmen die Gesundheit und das Leben der Werktätigen zu erhalten und Unfälle völlig zu vermeiden.

Sozialistisch lernen, das heißt entsprechend der historischen Rolle der Arbeiterklasse, die den Sozialismus aufbaut, und den Erfordernissen der sozialistischen Rekonstruktion ständig seine eigene Qualifikation zu vervollkommnen, die neue Technik zu meistern, zwei oder mehrere Berufe zu erlernen und die eigenen fachlichen, gesellschaftswissenschaftlichen und kulturellen Kenntnisse stetig zu erhöhen.

Sozialistisch leben, das heißt die von der Partei der Arbeiterklasse proklamierten 10 Gebote der sozialistischen Ethik und Moral im eigenen täglichen Leben zu verwirklichen. Ihr Kernstück ist die sozialistische Arbeitsmoral. Ihr Inhalt besteht in der gemeinsamen Arbeit für den Aufbau des Sozialismus, für den Schutz und die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums. Sozialistisch leben bedeutet, vorbildlich im Familienleben und bei der Erziehung der Kinder zu sein, eine gesunde Lebensführung zu haben sowie am kulturellen Leben teilzunehmen. Das sozialistische Leben ist ein frohes, begeisterndes und schönes Leben, ein erstrebenswertes Ziel für jeden Werktätigen unserer Republik.

Jede Gewerkschaftsleitung hat die Erfahrungen und Vorschläge der Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit

sorgfältig zu studieren, um dem Neuen in der ganzen Klasse zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb gehört es zur ständigen Aufgabe der Gewerkschaften, den Wettbewerb öffentlich zu führen, einen ständigen Leistungsvergleich zwischen Brigaden, Abteilungen und Betrieben sowie die Hilfe der Meister und des ingenieurtechnischen Personals zur Förderung dieser Bewegung zu organisieren ...

Zum Wesen des sozialistischen Wettbewerbs gehört es, auf der Grundlage aufgeschlüsselter Pläne nach der Christoph-Wehner-Methode zu arbeiten, nach der Seifert-Methode alle Reserven aufzudecken und bei geringstem Aufwand an Arbeitszeit, Arbeitskraft, Geld und Material die Pläne sortiments- und qualitätsgerecht nach dem Beispiel des Helden der Arbeit Paul Simon zu erfüllen ...

Ihre Bedeutung besteht darin, daß die Arbeiter selbst im Interesse des Sieges des Sozialismus, im Interesse ihres Kampfes für die Befriedigung ihrer wachsenden Bedürfnisse die Produktionsreserven aufdecken, die Verlustquellen beseitigen und durch Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Technik auch die Berichtigung der Arbeitsnormen herbeiführen helfen.

Protokoll des 5. FDGB-Kongresses vom 26. bis 31. Oktober 1959 in der Dynamo-Sporthalle zu Berlin. Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1960, S. 682–685.

50

Aus dem Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959

Grundwerte des Sozialismus

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus ver-

schiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft

Aus der Entscheidung für den demokratischen Sozialismus ergeben sich Grundforderungen, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft erfüllt sein müssen:

Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist . . .

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.

Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen . . .

Die staatliche Ordnung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit.

Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.

Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können . . .

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung

jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf. In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen ...

Landesverteidigung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.

Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt.

Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen ...

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird.

Wirtschafts- und Sozialordnung

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.

Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbebewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!

Eigentum und Macht

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.

Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken,

damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.

Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung ...

Einkommens- und Vermögensverteilung

Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist ...

Unser Weg

Die sozialistische Bewegung erfüllt eine geschichtliche Aufgabe. Sie begann als ein natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System ...

Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten.

In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt. Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht.

Diese Erfolge sind Meilensteine auf dem opferreichen Weg der Arbeiterbewegung. Sie hat mit ihrer wachsenden Befreiung der Freiheit aller Menschen gedient. Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen.

Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen
Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg,
(Hannover/Bonn) o. J., S. 13–20, 28/29.

51

Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, zur Eröffnung der Lehrschau für Standardisierung in Leipzig am 14. November 1959

Das Ziel der Standardisierung ist: die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und die Kosten zu senken; die Produktion zu mechanisieren und zu automatisieren sowie zu spezialisieren; die Erzeugnisse und Verfahren zu vereinheitlichen; die Erzeugnisse systematisch in Stufen, in geschlossenen Reihen festzulegen sowie das Sortiment und die Typen zweckmäßig zu begrenzen; die Qualität zu verbessern und Material einzusparen; die Bedingungen für den Gesundheitsschutz und die technische Sicherheit zu verbessern.

Die höchste Rentabilität in unserer Produktion erreichen wir, wenn die größtmögliche Stückzahl oder Menge der Erzeugnisse unter Zugrundelegung der besten Technologie in Spezialbetrieben hergestellt wird.

Unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber, daß wir in der gesamten Wirtschaft die Erzeugnisse und Verfahren radikal standardisieren und typisieren.

Weil die Standardisierung und die Typisierung für die Erfüllung des Siebenjahrplans von so überragender Bedeutung sind und unter allen Umständen an der Spitze aller Rekonstruktionsmaßnahmen stehen müssen, beschloß das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 30. Juni 1959, der Staatlichen Plankommission eine „Lehrschau für Standardisierung" vorzuschlagen ...

Die Lehrschau beweist, daß die Standardisierung nicht eine Sache einzelner, sondern die Angelegenheit aller Werktätigen ist und daß nur bei Entfaltung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die großen Aufgaben bewältigt werden können.

Sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Betriebsvergleiche und gegenseitige Hilfe bringen uns schneller vorwärts.

Das Entscheidende ist, die Neuererbewegung breit zu entfalten, die Erfahrungen der Besten allen Werktätigen bekanntzumachen. Sorgen wir dafür, daß besonders die Standardisierung zur Sache aller Arbeiter, Ingenieure und Angestellten gemacht wird. Deshalb ist es notwendig, in den Produktionsberatungen und in den ökonomischen Konferenzen der Betriebe die Vorschläge der Werktätigen zu erörtern und mit der ganzen Belegschaft die Probleme der Standardisierung zu beraten und durchzusetzen.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die sich seit dem V. Parteitag der SED in den vielfältigsten Formen entwickelte und bereits große Erfolge erzielte, ist der Schlüssel zur Lösung der großen Aufgaben, die vor

uns stehen. Mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit und den Arbeits- und Forschungsgemeinschaften hat die Neuererbewegung und die Masseninitiative der Arbeiter eine neue Qualität erreicht ...

Es ist nunmehr erforderlich, die positiven Ergebnisse der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auch für die Lösung der Aufgaben zur Standardisierung der Erzeugnisse und Verfahren nutzbar zu machen.

Auf dem Gebiet der Standardisierung hat sich allerdings die sozialistische Gemeinschaftsarbeit bisher noch ungenügend entwickelt. Die verbreitete Ressorteinstellung muß schnell überwunden werden, weil sie uns bei der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion im Wege steht. Es gibt bereits gute Einzelbeispiele, die beweisen, daß auch bei der Standardisierung die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Schlüssel zum Erfolg ist ...

Die Standardisierung muß ausgehen von der Kenntnis des technischen Höchststandes. Diese Kenntnis muß bei den Werkleitungen der Betriebe, bei den Leitungen der Vereinigungen Volkseigener Betriebe, in den Abteilungen der Wirtschaftsräte der Bezirke sowie der Staatlichen Plankommission vorhanden sein. Die Leitungen der Vereinigungen Volkseigener Betriebe und der Betriebe müssen ständig den Stand und die Entwicklung gleicher und ähnlicher Erzeugnisse und die modernsten Fertigungsmethoden in der Welt aufmerksam verfolgen und schnell auf alle Erkenntnisse reagieren. Daraus sind die Forderungen an die Standardisierung und die Entwicklung abzuleiten, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu organisieren, die Standards und die Neuentwicklungen schnell in die Produktion einzuführen und alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, rücksichtslos zu beseitigen. Durch die Standardisierung wollen wir die Festlegung technisch und ökonomisch optimaler Lösungen für sich wiederholende Fälle und ihre beschleunigte Einführung in die Produktion erreichen. Diese Lösungen müssen die voraussichtliche Weiterentwicklung in diesem Produktionszweig berücksichtigen und den Erfordernissen der Volkswirtschaft entsprechen.

Radikale Standardisierung heißt:

1. endgültige Beseitigung des immer noch vorhandenen Typenwirrwarrs, Einschränkung der Anzahl der Typen je Erzeugnis;

2. Festlegung systematisch gestufter Sortimente, die hinsichtlich der Abmessungen, der Qualität und der Austauschbarkeit den berechtigten Anforderungen entsprechen;

3. Entwicklung von Grundtypen und Bauelementen, aus denen vielfältig und mit geringstem Aufwand verschiedene Varianten von Enderzeugnissen hergestellt werden können;

4. Ausarbeitung einer begrenzten Anzahl von Typenprojekten für Bauten und Anlagen sowie Schaffung von Typentechnologien.

Die radikale Standardisierung und die Typisierung sind für beide Wege der sozialistischen Rekonstruktion von entscheidender Bedeutung. Der Aufwand für den Bau neuer Betriebe und für die Neuausrüstung ganzer Betriebsabschnitte wird nicht zuletzt durch den Standardisierungsgrad dieser Vorhaben bestimmt. Das Tempo des Aufbaus und die Höhe der Kosten sind weitgehend abhängig vom Umfang und von der Qualität der standardisierten Bauteile, Baueinheiten, Baugruppen und Aggregate, von der Anwendung der Typentechnologie und standardisierter Verfahren, standardisierter Bauelemente und von Typenprojekten für Bauten und Anlagen.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VIII,
Berlin 1965, S. 602–606.

52

Aus dem gemeinsamen Kommuniqué über die Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik vom 25. November 1959

Beide Delegationen sind der Meinung, daß eine Gipfelkonferenz sobald wie möglich einberufen werden sollte. Die Tagesordnung dieser Konferenz sollte solche Fragen enthalten, die von erstrangiger Bedeutung für die Festigung des Friedens sind. Es ist dringend notwendig, die Abrüstungsfrage zu behandeln. Ebenso ist eine Behandlung des Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in Westberlin unaufschiebbar ...

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik ist bereit, entsprechend dem Vorschlag der Sowjetunion, mit beiden deutschen Staaten oder mit dem deutschen Staat, der dazu bereit ist, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Beide Seiten betonen, daß die Lösung der Frage Westberlins, das auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegt und als Brückenkopf des kalten Krieges und der Vorbereitung einer Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten dient, im Sinne der Vorschläge der Sowjetunion notwendig ist ...

Beide Seiten sind überzeugt, daß alle strittigen und internationalen Fragen in gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Partnern gelöst werden müssen und auch gelöst werden können, wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist ...

Beide Seiten stellen fest, daß es noch Kräfte gibt, die hartnäckig be-

strebt sind, den Prozeß der internationalen Entspannung aufzuhalten und die Politik des kalten Krieges fortzusetzen. Unter diesen Kräften nimmt die gegenwärtige westdeutsche Regierung einen führenden Platz ein ...

Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei tauschten Informationen, Meinungen und Erfahrungen der Arbeit ihrer Parteien und des sozialistischen Aufbaus in ihren Ländern aus. Es wurden Fragen der weiteren Zusammenarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wie auch aktuelle Fragen der internationalen Arbeiterbewegung erörtert. Der Meinungsaustausch der Vertreter beider Parteien zeigte volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen ...

Beide Parteien halten es für ihre Pflicht, die Reinheit des Marxismus-Leninismus zu verteidigen. Sie sind entschlossen, auch in Zukunft jegliche Erscheinungen des Revisionismus und Opportunismus entschieden zu bekämpfen. Sie werden auch weiterhin das Kampfbündnis der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vertiefen ...

Beide Partei- und Regierungsdelegationen stellen mit Befriedigung fest, daß unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterentwickelt wurden, was sich in einer Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens äußert. Das trug zum sozialistischen Aufbau in beiden Ländern und damit auch zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers bei ...

Im Verlauf der Verhandlungen wurde ein Vertrag über Handel und Schiffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet ...

Ausgehend von dem erreichten Niveau der Produktivkräfte und von den bisher erzielten Ergebnissen und Erfahrungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spezialisierung und Kooperation der Produktion, der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Außenhandels unterzeichneten die Vorsitzenden der Staatlichen Plankommissionen beider Länder im Verlauf der Verhandlungen eine Vereinbarung über die Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung der ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit für die kommende Periode ...

Beide Delegationen haben auch den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet erörtert. Sie haben mit Befriedigung festgestellt, daß diese Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik einen großen Umfang

erreicht hat und in bedeutendem Maße das kulturelle Leben beider Länder bereichert.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VII. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1959,
Berlin 1960, S. 470–472, 474, 476/477, 479.

53

Aus dem Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR vom 2. Dezember 1959

I

Die allgemeinbildende Schule in der
Deutschen Demokratischen Republik, ihr Charakter und ihre Aufgaben

§ 1

(1) Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, im folgenden Oberschule genannt. Für diese Schule besteht allgemeine Schulpflicht.

(2) Die Oberschule ist bis zum Herbst des Jahres 1964 planmäßig und schrittweise, den ökonomischen Bedingungen und Perspektiven in den einzelnen Bezirken und Kreisen entsprechend, aufzubauen.

§ 2

(1) Die schulische Erziehung und Bildung der Jugend ist ausschließlich Angelegenheit des Staates.

(2) Es besteht Schulgeldfreiheit.

§ 3

(1) Bildung und Erziehung in der sozialistischen Schule sind eng mit der produktiven Arbeit und der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation.

(2) Die Schule hat dafür zu sorgen, daß alle Schüler das Bildungs- und Erziehungsziel der sozialistischen Schule erreichen. Sie muß dabei beson-

ders sorgfältig und planmäßig die Arbeiter- und Bauernkinder fördern und ausbilden. Die Kinder berufstätiger Mütter müssen wirksame Unterstützung und Hilfe erhalten.

(3) Die Schule auf dem Lande hat die besondere Aufgabe, junge Menschen heranzubilden, die an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und damit an der allmählichen Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land aktiv teilnehmen können. Die Jugend muß durch die Schule befähigt werden, in der sich auf dem Dorfe entwickelnden sozialistischen Großproduktion erfolgreich tätig zu sein.

(4) Der Schulhort und das Internat haben, als ein fester Bestandteil der Schule, den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen. Dafür sind Lehrer und Erzieher einzusetzen.

§ 4

(1) Die polytechnische Bildung und Erziehung ist Grundzug und Bestandteil des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Entsprechend dem Alter der Kinder ist der Unterricht mit gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit bzw. mit produktiver Arbeit zu verbinden. Im Mittelpunkt des polytechnischen Unterrichts steht in den unteren Klassen der Werkunterricht und von der Klasse 7 ab der Unterricht in der sozialistischen Produktion.

(2) Der Unterricht ist nach dem staatlichen Lehrplan zu erteilen, der Wissenschaftlichkeit und Systematik des Unterrichts gewährleisten muß. Im Unterricht ist von den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft auszugehen, die Verbindung von Theorie und Praxis zu sichern und eine fortschrittliche Unterrichtsmethodik anzuwenden, die auf der Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler beruht und sie fördert. Die Einhaltung der Regeln der Schulhygiene und die Erziehung zu einer gesunden Lebensweise müssen zum festen Bestandteil der Arbeit der Schule werden ...

III

Der Lehrer der sozialistischen Schule

§ 9

(1) Der Lehrer in der Deutschen Demokratischen Republik trägt eine große Verantwortung. Er hat die ehrenvolle Aufgabe, in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse die Jugend im Geiste des Sozialismus zu erziehen und auf das Leben im Sozialismus vorzubereiten und sich ständig um seine politische und fachliche Weiterbildung zu bemühen.

(2) Es ist eine qualifizierte Lehrerbildung zu sichern, die den Forderungen der sozialistischen Gesellschaft an die Bildung und Erziehung der

heranwachsenden Generation gerecht wird. Die gründliche Weiterbildung der Lehrer ist durch ein auf lange Sicht geplantes System zu sichern.

(3) Die verantwortliche gesellschaftliche Stellung des Lehrers erfordert die allseitige Unterstützung und Wertschätzung seiner für das ganze Volk wichtigen Arbeit durch alle staatlichen Organe und durch die gesamte Bevölkerung.

IV

Die Aufgaben der staatlichen Organe und die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Ausbildung und Erziehung der Jugend

§ 10

(1) Die sozialistische Entwicklung des Volksbildungswesens ist zielstrebig und sachkundig vom Ministerium für Volksbildung und von den örtlichen staatlichen Organen entsprechend den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus zu leiten ...

§ 11

(1) Die örtlichen Volksvertretungen organisieren und leiten die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung beim Aufbau des sozialistischen Schulwesens. Sie stützen sich dabei auf die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Gewerkschaften, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands, die Freie Deutsche Jugend und die Pionierorganisation „Ernst Thälmann". Durch die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Betrieben und den Schulen ist die Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die Ausbildung und Erziehung der Jugend sowie auf die gesamte Schularbeit zu verstärken.

(2) Die Schulen und die staatlichen Organe sind verpflichtet, mit den Betrieben der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft in allen Fragen der Ausbildung und sozialistischen Erziehung der Jugend sowie bei der Vorbereitung und Durchführung der Feriengestaltung eng zusammenzuarbeiten. Die volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind für die Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, insbesondere bei der Durchführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion, verantwortlich.

(3) Die Eltern und anderen Erziehungspflichtigen haben die hohe Pflicht, die Kinder so zu erziehen, daß sie fähig und bereit sind, am Leben und an der Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Ihre Aufgabe ist es, die Schulen bei der allseitigen Bildung und Erziehung der Kinder zu unterstützen.

(4) Die Eltern nehmen an der Schularbeit durch gewählte Elternbeiräte

und Elternaktivs der Klassen teil. Die Arbeit der Elternbeiräte und ihrer Aktivs dient der Verwirklichung der sozialistischen Schulpolitik.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1959, Nr. 67, S. 860–863.

54

Aus dem Aufruf der Werktätigen des Meßgerätebaus vom VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx" Magdeburg zum sozialistischen Wettbewerb 1960 vom 18. Dezember 1959

Das hohe Wachstum der Arbeitsproduktivität als das Entscheidendste für den Sieg des Sozialismus kann auch in unserem Betrieb nur auf der Basis der allseitigen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gesichert werden ...

Wir Meßgerätebauer des mit dem Orden „Banner der Arbeit" ausgezeichneten Karl-Marx-Werkes sind uns der großen Verantwortung bewußt, die wir dabei tragen. Wir übernehmen im sozialistischen Wettbewerb für das Jahr 1960 im Kampf um die Planerfüllung folgende Verpflichtungen:

1. Planerfüllung und Übererfüllung

In jedem Monat und Quartal, also das ganze Jahr hindurch, eine allseitige termin- und sortimentsgerechte Erfüllung und Übererfüllung der Staatsplanpositionen und des Warenproduktionsplanes in höherer Qualität zu gewährleisten.

In jedem Monat und Quartal gegenüber dem Staatsplan 1959 ist eine Steigerung der Warenproduktion auf 127,4 Prozent, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 123,5 Prozent, eine Senkung der Selbstkosten im Jahre von 1315 TDM zu erreichen.

Unser Wettbewerbsziel ist die Erfüllung und Übererfüllung aller Planteile mit 102 Prozent. Im I. Quartal ist die Planerfüllung mit mindestens 25 Prozent zum Jahresplan zu sichern.

Besondere Aufmerksamkeit werden wir der termingerechten Erfüllung der Exportaufgaben bei hoher Qualität widmen.

2. Um höchste Qualität der Erzeugnisse

Für unsere Haupterzeugnisse, z. B. bei elektrischen und elektronischen Meßgeräten, bei Reglern, Diesel-Einspritzpumpen usw., die etwa 65 Prozent der Gesamtproduktion des Betriebes ausmachen, das Gütezeichen „Q" zu erringen ...

3. Zur überplanmäßigen Senkung der Selbstkosten

Die geplante Selbstkostensenkung in Höhe von 1080 TDM um zusätz-

lich 235 TDM zu unterbieten und insgesamt 1315 TDM Einsparungen zu erreichen. Das soll insgesamt erreicht werden durch die Realisierung des TOM-Planes, der vorsieht, daß je Kopf der Belegschaft 1000 DM ökonomischer Nutzen erzielt werden.

Dazu verpflichtet sich jede Brigade, mindestens 5 TDM und jede sozialistische Arbeitsgemeinschaft mindestens 25 TDM Selbstkostensenkung auf der Grundlage der Durchsetzung des TOM-Planes zu erreichen.

Jede Brigade verpflichtet sich, auf der Grundlage aufgeschlüsselter Pläne nach den wichtigsten Kennziffern einen Fonds des Siebenjahrplanes zu bilden und zu führen ...

4. Zur zusätzlichen Produktion industrieller Massenbedarfsgüter

Zusätzlich zu der im Betriebsplan vorgesehenen Produktion von industriellen Massenbedarfsgütern 16 000 Motorradtachometer zur Sicherung des erhöhten Bedarfs der Fahrzeugindustrie zu liefern.

5. Unfallfreies Arbeiten

Im Meßgerätebau 1960 ist unfallfrei zu arbeiten, die Gesamtausfallzeiten sind um mindestens 30 Prozent zu senken.

6. Zur Erreichung einer hohen Qualifikation eines jeden Werktätigen

Jeder Werktätige unseres Betriebes verpflichtet sich, an einem Qualifizierungslehrgang für seinen Beruf bzw. Arbeitsplatz sowie zur Erlernung einer zweiten Tätigkeit teilzunehmen.

Darüber hinaus qualifizieren sich 165 Kollegen für eine nächsthöhere Tätigkeit entsprechend den Erfordernissen der neuen Technik; darunter 80 Frauen und etwa 50 Jugendliche, auf der Grundlage des betrieblichen Kader- und Qualifizierungsplanes ...

Wir rufen alle Werktätigen in den Brigaden, Abteilungen und Betrieben der DDR auf:

Schließt Euch unserem Aufruf zum sozialistischen Wettbewerb für 1960 an! Unser Abteilungsaufruf stützt sich auf die Initiative und konkreten Verpflichtungen aller Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, auf die schöpferische Initiative der Arbeiter und der Intelligenz. Er ist der Ausdruck des Willens unseres ganzen sozialistischen Kollektivs.

Wir wenden uns an alle!

Produziert mit der fortgeschrittensten Technik, mit dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Material, mit niedrigsten Selbstkosten Erzeugnisse von hoher Qualität! Das muß der Hauptsinn des sozialistischen Wettbewerbs im Jahre 1960 sein.

Tribüne (Berlin),
19. Dezember 1959.

55

Aus dem Offenen Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, an den Vorsitzenden der westdeutschen CDU/CSU, Konrad Adenauer, vom 23. Januar 1960

Natürlich schreibe ich nicht etwa an Sie, weil mir die internationale Isolierung Ihres Regimes Sorge bereitet. Das erwarten Sie auch keineswegs von mir. Da Sie und Ihre Parteiführung heute noch die Macht in Westdeutschland ausüben, muß ich mich an Sie halten. Es geschieht, weil ich nichts, aber auch gar nichts unversucht lassen möchte, Sie und die Mitglieder Ihrer Partei von dem für die nationalen Interessen des deutschen Volkes und für den Frieden Europas höchst gefährlichen Weg abzubringen.

Den Anstoß, diesen Brief zu schreiben, gab mir das Auftreten Ihres Ministers Strauß vor der NATO. Diese Rede stimmte überein mit der politischen Konzeption Ihres Vorwortes zum Tätigkeitsbericht Ihrer Regierung für das Jahr 1959. Kaum hat sich unser Volk aus der Katastrophe des Hitlerkrieges wieder erhoben, so beginnt die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik aufs neue, den westdeutschen Staat auf diesen Weg zu führen. Im Grunde genommen stellt doch Ihre Regierung der westdeutschen Armee dieselben Aufgaben, wie sie einst der Wehrmacht gestellt wurden. Ist es so schwer auszurechnen, daß eine Politik der herrschenden militaristischen Kreise, die in zwei Weltkriegen gescheitert ist, in der gegenwärtigen Periode nur mit einer noch furchtbareren Katastrophe enden kann?

Es wäre offensichtlich müßig zu versuchen, uns gegenseitig in bezug auf die politischen Ziele überzeugen zu wollen. Aber ich möchte doch annehmen, daß es nicht gänzlich unmöglich sein sollte, wenigstens in einigen grundlegenden Fragen, die alle Deutschen berühren, eine gewisse Annäherung herbeizuführen.

Ich meine hier zum Beispiel das Leben und Fortbestehen der deutschen Nation, das durch Ihre Politik gefährdet wird. Ich meine insbesondere die Frage eines nuklearen Krieges auf deutschem Boden, an dessen Verhinderung alle Deutschen mit gesundem Menschenverstand, ganz gleich, welcher Weltanschauung oder welcher Partei zugehörig, interessiert sein sollten. Ich sträube mich noch immer dagegen, anzunehmen, daß Sie – wie es manche Ihrer engsten Mitarbeiter offensichtlich tun – den nuklearen Krieg auf deutschem Boden, das heißt unter anderem auch die physische Ausrottung eines großen Teiles der westdeutschen Bevölkerung, bewußt in Ihre Politik einkalkulieren, so wie Hitler einstmals „alles einkalkuliert" hatte, worunter er, wie Sie wissen, auch den Untergang des deutschen Volkes verstand.

Ich denke, es muß alles getan werden, um zu verhindern, daß zum dritten Male Deutschland zum Ausgangspunkt eines Weltkrieges wird ...

Herr Dr. Adenauer, Sie haben mehrfach erklärt, Sie seien für Abrüstung. Ich nehme Sie beim Wort ...

Wäre es nicht an der Zeit, in einer Situation, wo sich die führenden Staatsmänner mit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung beschäftigen und ernste Schritte zur Abrüstung und zur Beseitigung ausländischer militärischer Stützpunkte unternehmen, besonders in Deutschland eine eigene Initiative zur Abrüstung durchzuführen?

Wäre es nicht ein Glück für unser deutsches Volk, wenn beide Staaten die vollständige Abrüstung vereinbaren würden?

Was wäre die Folge? Das deutsche Volk wird in Frieden leben. Es wird dank seinen Fähigkeiten große Leistungen der friedlichen Arbeit vollbringen und deshalb zu hohem Wohlstand kommen. Wenn auf diese Weise ein Strich unter die Vergangenheit gezogen wird, werden sich freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu allen Völkern und Staaten entwickeln. Unsere beiden deutschen Staaten, die mitten in Westeuropa liegen, würden unter den Bedingungen der Abrüstung und des Abschlusses eines Friedensvertrages auf dem kürzesten Weg zur Wiedervereinigung kommen.

Wie wäre es, wenn beide deutsche Staaten vereinbaren, eine Volksabstimmung durchzuführen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Herbeiführung eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen? ...

Wir haben gewiß keinerlei Anlaß, die Herrschaft des Monopolkapitals über Westdeutschland zu verlängern oder einen Untergang dieser Herrschaft zu bedauern.

Nicht um diese Herrschaft zu verlängern, kämpfen wir um den Frieden. Aber wir wollen keinen Krieg. Wir wollen das deutsche Volk vor dem Unglück eines Atomkrieges auf deutschem Boden bewahren.

Deshalb diskutieren wir selbst mit Ihnen, obwohl wir Ihre Pläne richtig einschätzen. Deshalb versuchen wir Sie zu einer Umkehr zu bewegen. Und wenn schon Gründe der Menschlichkeit bei Ihnen nicht ankommen, dann hoffen wir doch wenigstens, daß Ihnen die Fähigkeit realer Einschätzung des Kräfteverhältnisses geblieben ist.

Ich möchte Ihnen einen Rat geben: Werfen Sie Ihre Pläne für einen Eroberungszug nach Osten in den Papierkorb. Denken Sie einmal ernsthaft nach über das atomare Inferno, das Sie der westdeutschen Bevölkerung und auch Ihren Kindern und Enkeln bereiten würden, wenn Ihre Politik zum Zuge käme.

Spielen Sie nicht mit dem Atomkrieg, machen Sie die atomare Bewaffnung der westdeutschen NATO-Armee rückgängig.

Lassen Sie der Bevölkerung Westdeutschlands das Recht der Entscheidung über die Atomrüstung und über den Friedensvertrag.

Sie selbst haben einst gesagt, das Volk solle frei sein von Furcht. Aber wie kann ein westdeutscher Bürger unter dem Damoklesschwert der Atomrüstung „frei von Furcht" leben?

Frei von Furcht kann das deutsche Volk nur leben, wenn die Atomrüstung in Westdeutschland rückgängig gemacht wird und die Revanchepolitiker und Militaristen gebändigt worden sind.

Nehmen Sie endlich Vernunft an und verzichten Sie darauf, bei der Vorbereitung und Durchführung der Gipfelkonferenz und eventuell folgender weiterer internationaler Konferenzen, bei denen es um Entspannung und Verständigung geht, die Rolle des ewigen Störenfrieds zu spielen. Wenn es die Vertreter der USA verstehen, daß die Fortführung einer auf Krieg orientierten Politik nationalem Selbstmord gleichkommt, daß es notwendig ist, sich auf den friedlichen Wettbewerb der Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu orientieren, dann sollte es doch auch Ihnen und Ihren politischen Freunden möglich sein, zur Einsicht zu kommen. Fürchten Sie etwa so sehr den friedlichen Wettbewerb zwischen den beiden deutschen Staaten, daß Sie vorziehen, unser Volk in eine Katastrophe zu reißen?

Sie behaupten, wir wollen mit Hilfe der Friedensvorschläge den Kommunismus in Westdeutschland einführen. Sie haben in Westdeutschland große Plakate kleben lassen, um diese Meinung der Bevölkerung zu suggerieren. Offenkundig wollen Sie damit von Ihren eigenen aggressiven Plänen ablenken ...

Sie behaupten, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten Westdeutschlands einmischen und beabsichtigen, die sozialistische Demokratie auf Westdeutschland zu übertragen. Wir haben nicht solche Absichten. Wir sind ein Teil unseres friedliebenden Volkes und erstreben nichts anderes als eine friedliche Zukunft Deutschlands, die nur in einem Deutschland ohne Militarismus und Faschismus möglich ist. Solange in Westdeutschland die Atomrüstung betrieben und der Revanchekrieg vorbereitet wird, sind wir selbstverständlich gezwungen, unsere Friedenspropaganda in Westdeutschland durchzuführen, um einen Krieg zu verhindern.

Wir sind bereit, im Zusammenhang mit einem Vertrag über den Verzicht auf Gewaltanwendung und der Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses eine Vereinbarung über gegenseitige Nichteinmischung abzuschließen. Das würde für die Annäherung der beiden deutschen Staaten nützlich sein.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VIII, Berlin 1965, S. 670–673, 679/680, 683/684.

56

Aus dem Aufruf „Das schöne sozialistische Dorf", beschlossen von der 7. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 23. Januar 1960

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ruft alle Bauern, alle Dörfer, ruft die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auf, am Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf teilzunehmen ...

Der Vorstoß zum Welthöchststand und der Einzug des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in unsere landwirtschaftlichen Betriebe ist nur möglich unter den Bedingungen der sozialistischen Großproduktion. Darum bedarf es unermüdlicher und geduldiger Überzeugungsarbeit unter den noch individuell arbeitenden Bauern, um sie für den sozialistischen Weg, für die LPG, zu gewinnen.

Die fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, besonders in den vollgenossenschaftlichen Dörfern, und die volkseigenen Güter kämpfen um die Erreichung des Weltniveaus ...

Der Wettbewerb „Das schöne sozialistische Dorf" hilft der ganzen Landwirtschaft, die großen Ziele des Siebenjahrplanes schneller zu erreichen. Darum brauchen wir:

a) weitere Erfolge in der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft durch die geduldige Überzeugung aller noch individuell arbeitenden Bauern und die Festigung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften;

b) Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und breiteste Verallgemeinerung der besten Methoden durch Erfahrungsaustausch, Leistungsvergleich und sozialistische Hilfe;

c) eine Atmosphäre des Lernens sowie die des kulturellen, sozialen und gesunden Lebens im Dorf.

Der Sieg im Wettbewerb fällt dem zu, der den größten Zuwachs in der Marktproduktion, die größte Festigung des sozialistischen Sektors und den größten kulturellen Aufschwung erreicht ...

Die Besten helfen den Schwächeren

Organisiert den Erfahrungsaustausch und den Leistungsvergleich, richtet Konsultationspunkte in den fortgeschrittensten Betrieben ein! Wir appellieren an die fortgeschrittenen LPG und VEG, ihre erfahrenen Kräfte den schwächeren Betrieben ganz oder zeitweilig zur Verfügung zu stellen, damit der eine vom anderen lerne. Wir rufen alle Genossenschaftsbauern und Landarbeiter auf, dem Beispiel der Besten zu folgen und Brigaden der sozialistischen Arbeit und sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Wer sozialistisch arbeitet, sozialistisch lernt

und lebt, dient sich selbst, seiner Familie und dem ganzen Volk am besten.

Das sozialistische Dorf sei schön, und seine Menschen seien klug

Alle Arbeit, alle Erfolge dienen in unserer Republik den Menschen, die Werte schaffen. Darum wird das Leben unserer Bevölkerung aus eigener Kraft immer schöner und kulturvoller. Wer aber Erfolge in der Arbeit erringen will, muß Wissenschaft und Technik meistern lernen. Schafft deshalb im ganzen Dorf eine Atmosphäre des Lernens und Forschens! Die polytechnische Oberschule und die Dorfakademie sorgen für einen hohen Bildungsstand aller Werktätigen auf dem Lande, vor allen Dingen unserer Jugend ...

An alle Arbeiter, an die Angehörigen der Intelligenz, an die Ausschüsse der Nationalen Front in den Städten!

Schließt neue Patenschaftsverträge mit den sozialistischen Betrieben in der Landwirtschaft ab! Vermittelt ihnen Eure Erfahrungen bei der Bildung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften! Vermittelt ihnen Eure Erfahrungen bei der Anwendung sozialistischer Leitungs- und Wirtschaftsmethoden! Helft ihnen bei der Einführung der neuen Technik und bei der Mechanisierung! Schickt erfahrene Industriearbeiter und gute Organisatoren in die zurückgebliebenen Dörfer und sozialistischen Betriebe der Landwirtschaft!

Dokumentation der Zeit (Berlin),
1960, Nr. 209, S. 49/50.

57

Aus dem Aufruf des ZK der KPD gegen die Bonner Notstandsgesetzgebung vom 29. Januar 1960

Arbeiter und Gewerkschafter!

Anhänger des Friedens und der Demokratie!

An Euch alle wendet sich das Zentralkomitee der KPD, um alle aufzurufen gegen die gemeinsame Gefahr. Die Adenauer-Regierung will ein Notstandsgesetz, das die Verfassung außer Kraft setzt und die militaristisch-faschistische Diktatur vorbereitet. Hitler forderte das Ermächtigungsgesetz, um die faschistische Diktatur aufzurichten, um demokratische Organisationen zu verfolgen und friedliebende Menschen zu drangsalieren, um sich „freie Hand zu schaffen" zur Vorbereitung des Aggressionskrieges. Demselben Ziel dient das Notstandsgesetz, das Adenauer und die deutschen Militaristen vom Bundestag fordern.

Das Adenauersche Notstandsgesetz ist ein Staatsstreich; denn damit sollen alle demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes außer Kraft

gesetzt werden. Das Notstandsgesetz gibt alle Staatsgewalt in die Hände eines Mannes, der wie Hitler allein verfügen will über die Armee und ihren Einsatz gegen das Volk. Adenauer bestimmt, wann Notstand ist. Notstand – das ist die Todeserklärung für den Bundestag, für alle gewählten Vertretungen des Volkes. Mit dem Notstand soll die gesamte Wirtschaft unter den Befehl von Adenauer, Strauß und Heusinger, unter die Verfügungsgewalt der Generalität kommen – so, wie Hitler und Göring über das wirtschaftliche Leben kommandierten. Notstand – das ist das Ende des Koalitions- und Streikrechts der Arbeiter und Gewerkschafter. Notstand bedeutet Konzentrationslager für friedliebende, demokratische Menschen in der Bundesrepublik.

Das Notstandsgesetz soll den alten Faschisten, den Militaristen im Staatsapparat, in Militär, Polizei und Justiz freie Hand geben gegen alle Menschen, die für Frieden und Demokratie eintreten, die gegen die Atomrüstung sind, die einen Rüstungsstopp verlangen, die eine Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik erstreben, die einen eigenen Beitrag Westdeutschlands für die internationale Entspannung verlangen.

Die Adenauer-Regierung will das Notstandsgesetz, weil sie weiß, daß ihre Politik der Atomaufrüstung und der Vorbereitung eines neuen Revanchekrieges im Widerspruch steht zu den friedlichen, nationalen Interessen des deutschen Volkes und der allgemeinen Entwicklung in der Welt, die auf Entspannung, Abrüstung und Verständigung gerichtet ist. Die Notstandsgesetzgebung ist die Angst der Bonner Machthaber vor dem eigenen Volk und vor der Kraft aller friedliebenden Völker, die um die Sicherung des Friedens kämpfen.

In dieser ernsten Lage stellen wir Kommunisten vor der gesamten Bevölkerung Westdeutschlands die Frage: Wer bedroht denn eigentlich die Bundesrepublik? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Die Bundesrepublik wird von niemandem bedroht, außer von Adenauer, Strauß, Oberländer, Schröder, Heusinger. Die Worte Adenauers in Rom von der „deutschen Mission gegen den Osten" – das sind die gleichen Worte, wie sie Hitler auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg aussprach, und es sind die gleichen Ziele. Das Auftreten Adenauers in Rom hat die Weltöffentlichkeit alarmiert. Die Bevölkerung Westdeutschlands muß wissen, daß Adenauer die Notstandsgesetze darum will, weil er die „deutsche Mission" darin erblickt, mit Atomkanonen und Raketen einen Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Länder des Ostens zu führen ...

Arbeiter und Gewerkschafter! Schreitet jetzt zur einheitlichen Tat!

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, für die Verwirklichung der eigenen Beschlüsse zu kämpfen. Auf den Gewerkschaftskongressen wurde wieder-

holt erklärt und beschlossen, alle Mittel des Kampfes anzuwenden, wenn die demokratischen Grundforderungen aufgehoben werden, wenn die Militaristen und Faschisten ihre offene Machtübernahme vorbereiten.

Protestiert jetzt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften gegen das Notstandsgesetz. Jetzt gilt es, auf Kundgebungen, in Demonstrationen und Streiks den demokratischen und friedlichen Willen der Arbeiter und des Volkes machtvoll zum Ausdruck zu bringen.

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der
Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs
des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1963, S. 389–391.

58

Aus dem Schreiben von Ministerpräsident Otto Grotewohl an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 24. März 1960

Angesichts der bevorstehenden Konferenz der Regierungschefs hält es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten, daß die beiden deutschen Staaten gemeinsam die berechtigte Forderung des deutschen Volkes nach dem Abschluß des Friedensvertrages vertreten und den Regierungschefs der vier Mächte – als der wichtigsten Staaten der Antihitlerkoalition und daher der Hauptpartner des Friedensvertrages – den Standpunkt der beiden deutschen Staaten zum Friedensvertrag darlegen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt der Regierung der Bundesrepublik vor, Vertreter für eine gemeinsame deutsche Friedensvertragsdelegation zu benennen und diese Delegation zu bevollmächtigen, auf der Konferenz der Regierungschefs in Paris den Standpunkt der Regierungen beider deutscher Staaten zur Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu unterbreiten.

Ausgehend davon, daß beide deutsche Regierungen bislang unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit des Abschlusses und über den Inhalt eines Friedensvertrages haben, sollten nach Meinung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Vertreter beider deutscher Staaten in der gemeinsamen Friedensvertragsdelegation zunächst danach streben, einen übereinstimmenden Standpunkt in der Frage des Friedensvertrages zu finden. Um ohne Verzögerung einen entsprechenden Meinungsaustausch hierüber beginnen zu können, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, sofort ihre Vertreter für die gemeinsame deutsche Friedensvertragsdelegation zu benennen. Insoweit eine Übereinstimmung der Vertreter der beiden Regierungen nicht erreichbar

ist, müßte die Darlegung des Standpunktes zu den noch strittigen Fragen getrennt erfolgen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet, daß die Regierung der Bundesrepublik der Bildung einer gemeinsamen deutschen Friedensvertragsdelegation zustimmt und ihre Vertreter benennt. Der Abschluß eines Friedensvertrages würde es ermöglichen, die ganzen Kräfte des deutschen Volkes für friedliche Zwecke einzusetzen. Es wäre der große Beitrag zur Entspannung.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. VIII. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1960,
Berlin 1961, S. 59/60.

59

Aus dem Wettbewerbsvertrag zwischen den Ortsausschüssen der Nationalen Front der Gemeinden Krien und Krusenfelde, veröffentlicht am 17. April 1960

Unser Wettbewerb soll mit dazu beitragen, daß die Einwohner unserer Gemeinden sozialistisch arbeiten, sozialistisch leben und sozialistisch lernen. Das wird unser Beitrag sein zur Sicherung und Erhaltung des Friedens.

Die Hauptaufgabe im Wettbewerb ist die maximale Steigerung der Marktproduktion in unseren vollgenossenschaftlichen Dörfern. Mit Golßener und Jesewitzer Elan übererfüllen wir den Volkswirtschaftsplan.

Wir führen unseren Wettbewerb unter der Losung: „Vom vollgenossenschaftlichen zum schönen sozialistischen Dorf"

I. Produktionsziele

a) Viehbesatz je 100 ha	Gemeinde Krien Ziel	Gemeinde Krusenfelde Ziel
Rind	84	92
Schweine	140	189
b) in der tierischen Produktion		
Staatliches Aufkommen je ha LN		
Rindfleisch	60,– kg	60,– kg
Schweinefleisch	110,5 kg	154,– kg
Milch	1110,– kg	1309,– kg
c) Pflanzliche Produktion je ha		
Getreide	30,8 dt	30,– dt
Ölfrüchte	17,1 dt	17,– dt
Kartoffeln	230,– dt	230,– dt

Um die gesamte Bevölkerung unserer Gemeinde über den Stand der Produktionsleistung zu informieren, werden Leistungstafeln angebracht. Diese werden auch gleichzeitig allen Besuchern zeigen, wie der Volkswirtschaftsplan erfüllt wird.

Zur Erreichung dieser Produktionsziele wird innerhalb unserer Genossenschaften ein innerbetrieblicher Wettbewerb entfaltet, der von Brigade zu Brigade, von Mann zu Mann geführt wird.

Unser Ziel ist, daß die Brigaden im Viehstall sowie auch im Feldbau um den Titel der sozialistischen Arbeit kämpfen.

Die Hauptpunkte in diesem Wettbewerb von Brigade zu Brigade sind folgende:

Steigerung der Arbeitsproduktivität

Hohe Pro-Kopf-Produktion je ha und je Großvieheinheit

Wissenschaftliche Fütterungsmethoden

Durchsetzung des Leistungsprinzips ...

III. Kulturelle und massenpolitische Arbeit

a) Beide Gemeinden wollen bis zum 8. 5. Dorfklubs bilden, die die gesamte kulturelle Arbeit leiten. Jeder Dorfklub arbeitet nach einem festen Programm mit dem Ziel, die kulturelle Selbstbetätigung unserer Einwohner zu fördern.

b) In jeder Gemeinde und LPG werden Einwohner für den ständigen Theaterbesuch und die Übernahme von Theaterabonnements bis zum 1. 8. 1960 gewonnen.

c) Die Dorfbibliotheken sind ständig zu ergänzen und über die aktuellsten Bücher Buchbesprechungen durchzuführen. Es wird angestrebt, die Inanspruchnahme unserer Bibliotheken durch die Einwohner um zehn Prozent zu erhöhen.

d) Unsere Dorfchroniken sind weiterzuführen und zu vervollkommnen; es ist hierfür ein festes Kollektiv von Mitarbeitern zu schaffen ...

f) Um eine breite Mitarbeit und Leitungsfähigkeit der Frauen zu gewährleisten, werden arbeitsfähige Frauenausschüsse geschaffen. Bei der Bewertung wird die Mitgliedschaft und Mitarbeit berücksichtigt.

g) Der Massensport wird so organisiert, daß jeder Einwohner nach seinen Fähigkeiten Sport betreiben kann (z. B. Fußball, Volleyball, Tischtennis, Schach und Gymnastik) ...

IV. Aufgaben im Nationalen Aufbauwerk

Die Einwohner der Gemeinde Krien stellen sich das Ziel, pro Wahlberechtigten 50 DM und die von Krusenfelde 62 DM zu erarbeiten. Diese Werte werden überwiegend an folgenden Objekten geschaffen:

1. Produktionsbauten der LPG: Hühnerställe, Getreidehalle und zusätzliche Schweine- und Rinderplätze.

2. Schulbau.
3. Zentrale Wasserversorgung.
4. Individueller Wohnungsbau.
5. Instandsetzung der Landwege.
6. Pflege- und Erntearbeiten in unseren LPG.

V. Erfahrungsaustausch und Leistungsvergleiche

In unseren Gemeinden wird der Erfahrungsaustausch und der Leistungsvergleich durchgeführt:

a) Zwischen den Gemeindevertretungen und ihren Räten.
b) Zwischen den Parteiorganisationen der SED.
c) Zwischen den Ortsausschüssen der Nationalen Front.
d) Zwischen den LPG Typ III und Typ I.

Die Erfahrungsaustausche und Leistungsvergleiche werden monatlich, bei den Gemeindevertretungen vierteljährlich durchgeführt.

Um den Wettbewerb erfolgreich zu führen, ist eine monatliche Auswertung erforderlich. Dazu wird eine Kommission mit zahlenmäßig gleichen Vertretern aus den beiden Gemeinden gebildet.

VI

Zur Verwirklichung der Ziele im Wettbewerb „Das schöne sozialistische Dorf" entwickelt sich eine breite Verpflichtungsbewegung. Die Kollektiv- und Einzelverpflichtungen werden im Buch der guten Taten in den Gemeinden aufgenommen.

Bauern-Echo (Potsdam/Berlin),
17. April 1960.

60

Aus dem Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des ZK der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom 17. April 1960

Liebe westdeutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ebenso wie Ihr, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter Westdeutschlands, sind auch wir in Sorge über die Erhaltung des Friedens, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Zukunft der deutschen Nation. Wir wenden uns an Euch, weil ohne eine Verständigung des arbeitenden Volkes eine Verständigung der Regierungen kaum möglich erscheint. Es ist dringend notwendig, daß wir uns näherkommen und uns über einige für Leben und Zukunft unseres Volkes entscheidende Fragen verständigen. Die Zeit drängt. Der Termin der Gipfelkonferenz

rückt immer näher. Wir sollten uns beeilen, damit nicht noch einmal die Friedenschance für das deutsche Volk verpaßt wird ...

Demokratie und Freiheit, von denen bei Euch in der Bundesrepublik ebensooft und gern wie mißbräuchlich geredet wird, können die Herren Adenauer und Strauß, Oberländer und Globke, Speidel und Heusinger, Blank und Schröder, die 1100 Hitlerschen Blutrichter und die SS- und Gestapoführer in der Polizei bei ihren Plänen natürlich nicht gebrauchen ...

Und auch das demokratische Recht auf Selbstbestimmung wird Euch von den regierenden Herren verweigert. Was ist das für eine Selbstbestimmung, wenn entgegen dem Wunsche des Volkes der Atomkrieg systematisch vorbereitet wird. Die westdeutschen Revanchepolitiker verstehen also unter Selbstbestimmungsrecht nur ihr „Recht", den Krieg vorzubereiten und zu entfesseln. So haben auch Kaiserreich und Hitlerreich das Selbstbestimmungsrecht verstanden. Kein Deutscher darf doch vergessen, daß Hitler unter dem Vorwand der Selbstbestimmung Österreich, die Tschechoslowakei und Polen überfiel.

Das deutsche Volk versteht jedoch unter Selbstbestimmungsrecht vor allem das demokratische Recht, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Und um dieses elementare Selbstbestimmungsrecht unserer Nation müssen alle verantwortungsbewußten Deutschen, müssen die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten gemeinsam kämpfen.

Kämpfen wir also gemeinsam! Das ganze deutsche Volk möge in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob es mit unserem Vorschlag, auf atomare Rüstung in beiden deutschen Staaten zu verzichten, einverstanden ist oder nicht. Das ganze deutsche Volk möge auch darüber entscheiden, ob es mit unserem Vorschlag einer vollständigen Abrüstung in beiden deutschen Staaten einverstanden ist oder nicht ...

Lassen wir doch nationales friedliches Interesse und nationale Vernunft sprechen! ...

Es gibt heute für das deutsche Volk nur drei Alternativen.

Erste Alternative:

Der Weg des Krieges

Einer der deutschen Staaten versucht, den anderen gewaltsam zu erobern. Das ist gleichbedeutend mit einem furchtbaren Bruderkrieg, mit einem Krieg, in dem deutsche Arbeiter gegen deutsche Arbeiter, deutsche Bauern gegen deutsche Bauern, deutsche Bürger gegen deutsche Bürger kämpfen und der einen atomaren Weltkrieg auslösen würde, über dessen Folgen unter uns wohl keine Zweifel bestehen. Das ist die Politik der gegenwärtigen Bonner Regierung, die unter der Losung der „Befreiung" einen Bruderkrieg und Revanchekrieg plant, wenn ihr Versuch der Erpressung mit Hilfe der Atomwaffen zu keinem Erfolg führt ...

Zweite Alternative:

Vertiefung der Spaltung Deutschlands

Es gelingt, durch starke Einwirkung von außen und durch den Widerstand der Deutschen selbst, einen Krieg zu verhindern. Damit wäre zwar der Frieden gerettet. Aber ohne Verständigung der beiden deutschen Staaten käme es immer noch nicht zu ihrer Annäherung und wenigstens zur Einleitung des Prozesses der Wiedervereinigung. 20 oder 30 Jahre könnten so für die Wiedervereinigung verlorengehen. Das ist der Sinn der Adenauer-Politik, denn wenn die aggressiven militärischen Pläne nicht zum Zuge kommen, will die gegenwärtige Bonner Regierung in jedem Falle die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern suchen ...

Dritte Alternative:

Verständigung und Frieden

Die Arbeiter in Ost und West verständigen sich und erreichen durch ihren gemeinsamen Kampf die Verständigung der beiden deutschen Staaten. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten werden endgültig die Reste des zweiten Weltkrieges liquidiert. Dem dritten Weltkrieg wird ein Riegel vorgeschoben. Der westdeutsche Militarismus wird ausgeschaltet. Die Verständigung der deutschen Arbeiter in Ost und West und der beiden deutschen Staaten erfolgt auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für die anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Kreise der westdeutschen Bourgeoisie annehmbar ist. Das ist der einzig mögliche Deutschlandplan jedes vernünftigen und verantwortungsbewußten Deutschen. Er ist der Deutschlandplan des Volkes.

Ein solcher nationaler Kompromiß ist das A und O der friedlichen Wiedervereinigung der deutschen Nation. Warum ist das so? Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben längst und endgültig über ihre staatliche und gesellschaftliche Ordnung entschieden und dulden keine Einmischung von seiten der westdeutschen Bundesrepublik. Die Bürger Westdeutschlands sollten nach eigenem Ermessen über die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Westdeutschlands ohne Einmischung seitens der Deutschen Demokratischen Republik entscheiden. Beide deutsche Staaten verständigen sich dann darüber, wie es weitergehen soll. Das ist echte Selbstbestimmung. Das ist auch der zentrale Gedanke der Konföderation, eines deutschen Staatenbundes, in dem beide deutsche Staaten gleichberechtigt miteinander verbunden sind. Das ist der einzig noch vorhandene Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Niemand in Deutschland, außer den unbelehrbaren Militaristen und Revanchisten, würde dabei etwas verlieren. Aber jeder einzelne und die ganze deutsche Nation würden gewinnen. Wir alle gewinnen den Frieden, das

Selbstbestimmungsrecht, die Überwindung der Spaltung und die Stärkung des internationalen Ansehens Deutschlands. Wir Arbeiter würden gewinnen, die Bauern, die Handwerker und kleinen Geschäftsleute, die Angehörigen der Intelligenz würden gewinnen, und sogar die großen Unternehmer würden dabei nicht schlecht fahren. Denn schließlich haben Atomwaffen keinen Respekt vor Aktienpaketen ...

Das deutsche Volk erwartet von der Gipfelkonferenz, daß dort vor allem der Weg zur Verhinderung eines Atomkrieges und zur allgemeinen und totalen Abrüstung frei gemacht wird. Die Reste des Krieges müssen in Deutschland beseitigt und durch Vorbereitung eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage ein friedlicher Weg für Deutschland gesichert werden.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VIII, Berlin 1962, S. 103–109.

61

Beschluß der Volkskammer der DDR zur Regierungserklärung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 25. April 1960

In den letzten Monaten hat sich in den Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik eine große Umwälzung vollzogen. Von der Wasserkante bis zu den Mittelgebirgen haben die Bauern in allen Dörfern den Schritt zur LPG getan.

Die Volkskammer beglückwünscht die Bauern zu diesem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion und stellt fest, daß der freiwillige Zusammenschluß aller Bauern in LPG, der den Interessen der Bauern und des gesamten Volkes entspricht, in völliger Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen und den Beschlüssen der Volkskammer steht.

Im Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und in den Musterstatuten der LPG wurden der Schutz und die Mehrung des genossenschaftlichen Eigentums festgelegt und das Eigentum der Mitglieder der LPG an Grund und Boden und an Haus und Hof garantiert. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt auf Grund des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959 den vollständigen Übergang der Bauern zur

genossenschaftlichen Arbeit in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Der Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wahrer Volksentscheid für Frieden, Fortschritt und Sozialismus, gegen atomare Aufrüstung, Militarismus und Kriegsvorbereitung in Westdeutschland, für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Er ist gleichzeitig ein scharfer Protest unserer Bauern gegen die bauernfeindliche Bonner Agrarpolitik und das Bauernlegen in Westdeutschland. Der Zusammenschluß aller Bauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist die Vollendung der Befreiung der Bauern, die mit der Beseitigung der faschistischen Zwangsgesetze und der Durchführung der demokratischen Bodenreform 1945 begann.

Mit dem Zusammenschluß der Bauern werden alle Schranken der einzelbäuerlichen Wirtschaft überwunden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Lande ein für allemal beseitigt und zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands die politisch-moralische Einheit des Dorfes hergestellt. Damit sind auch die Voraussetzungen geschaffen, daß die Bäuerinnen und Bauern ihre Fähigkeiten und Talente frei entfalten können. Der Dorfjugend eröffnen sich herrliche Perspektiven und große Entwicklungsmöglichkeiten auf allen Gebieten der modernen sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion. Durch die aktive Mitarbeit wird sie zum Gestalter ihres schönen sozialistischen Dorfes und einer glücklichen Zukunft.

Der freiwillige Zusammenschluß aller Bauern in LPG ist ein großer historischer Erfolg, den die Bauern in engem Bündnis mit der Arbeiterklasse und allen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen demokratischen Kräften unter Führung der Partei der Arbeiterklasse errangen. Mit dem Eintritt aller Bauern in die LPG entwickelt sich die neue Klasse der Genossenschaftsbauern, und das Bündnis mit der Arbeiterklasse wird auf eine höhere Stufe gehoben.

Die Arbeiterklasse, die Angehörigen der Intelligenz und die übrigen Schichten der Bevölkerung stehen auch weiterhin eng an der Seite der Genossenschaftsbauern und werden ihnen ihre stetige Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion und des vollgenossenschaftlichen Dorfes gewähren.

Das vollgenossenschaftliche Dorf schafft durch den rationellen Einsatz der Technik und die Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse die Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität und damit für die Schaffung eines Überflusses an Nahrungsmitteln innerhalb historisch kürzester Frist. Das vollgenossenschaftliche Dorf ist die Grundlage für die schrittweise Überwindung der

wesentlichsten Unterschiede zwischen Stadt und Land. Mit der Bildung des vollgenossenschaftlichen Dorfes haben die Bauern unserer Republik die Grundlage zur Erfüllung ihres Beitrages bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe geschaffen, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch zu überholen und den wachsenden Bedarf der Bevölkerung an Erzeugnissen aus der tierischen Produktion im wesentlichen ab 1963 aus der eigenen Produktion zu decken. Durch den Eintritt aller Bauern in die LPG wird die Losung: „Dem Volke mehr Lebensmittel und Rohstoffe, den Bauern ein schönes, kulturvolles Leben" schnell zur Wirklichkeit.

Entsprechend den Beschlüssen der 8. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gilt es jetzt, durch die gemeinsamen Anstrengungen der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern, der Landarbeiter, der Traktoristen und der Intelligenz, mit Unterstützung der Organe der Staatsmacht, der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Massenorganisationen die landwirtschaftlichen Aufgaben gut zu erfüllen. Es kommt besonders darauf an, den neugebildeten LPG durch die staatlichen Organe und die Arbeiterklasse konkrete Hilfe zu gewähren bei der Organisierung der genossenschaftlichen Arbeit, der Entfaltung des innergenossenschaftlichen Lebens, der Annahme der Statuten und der inneren Betriebsordnung, bei der Ausarbeitung des Produktions- und Finanzplanes, der Bildung der Produktionsbrigaden, der Einführung des Leistungsprinzips, der Buchhaltung, der allseitigen Qualifizierung der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern und bei der Lösung anderer Probleme.

Um eine maximale Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Erhöhung der Arbeitsproduktivität bereits in diesem Jahre zu erreichen, ist es erforderlich, die Initiative der Werktätigen auf dem Lande auf der Grundlage der Golßener und Jesewitzer Bewegung noch breiter zu entfalten. Die Erfahrungen zeigen, daß die Aufgaben in der Landwirtschaft dort am besten erfüllt werden, wo es die Organe der Staatsmacht verstehen, die Probleme der Landwirtschaft und der Entwicklung des Lebens auf dem Lande komplex und operativ zu lösen.

Um die Aufgaben in der Produktion zu erfüllen, ist es in allen Dörfern notwendig, die ganze Kraft auf die Erweiterung der Viehbestände, insbesondere der Kuhbestände, die Erhöhung ihrer Produktivität, die Futterproduktion, besonders durch die Ausdehnung des Silomaisanbaues und die Schaffung von ausreichendem billigen Stallraum zur Unterbringung der wachsenden Viehbestände zu lenken. Dabei gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, mehr Bäuerinnen und Jugendliche für die Arbeit in der Viehwirtschaft zu gewinnen und ihnen zu helfen, sich hohe Kenntnisse auf dem Gebiet der Viehwirtschaft anzueignen.

Um alle Aufgaben in der Landwirtschaft schnell zu lösen, ist die sozia-

listische Gemeinschaftsarbeit besonders durch die Bildung von Brigaden der sozialistischen Arbeit und der sozialistischen Gemeinschaften von Praktikern, Wissenschaftlern und der Landintelligenz zur umfassenden Bewegung zu entwickeln. In allen sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben ist der sozialistische Wettbewerb auf breiter Grundlage zu organisieren und durch die Genossenschaftsarbeit das sozialistische Dorf zu gestalten. Die Entwicklung zu vollgenossenschaftlichen Dörfern und Kreisen macht es notwendig, die Gemeindevertretungen, Stadtverordneten-Versammlungen und Kreistage durch bewährte Genossenschaftsbauern zu ergänzen. Die Vorschläge für die Ergänzung der örtlichen Volksvertretungen in den Kreisen mit bewährten Genossenschaftsbauern sollen durch die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland den jeweiligen Volksvertretungen unterbreitet werden. Die Auswahl der Kandidaten erfolgt in den Vollversammlungen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Die weitere schnelle Entwicklung der Landwirtschaft erfordert größere gemeinsame Anstrengungen der Bauern, der Arbeiterklasse und aller Schichten des Volkes. Die Volkskammer begrüßt deshalb die Initiative der Chemiearbeiter in Leuna und der Landmaschinenbauer des VEB BBG Leipzig, die die Produktion von Düngemitteln und Maschinen über den Plan hinaus erweiterten.

Die Volkskammer wendet sich an alle Arbeiter, an die Wissenschaftler, an die Kulturschaffenden, an die Werktätigen im Handel, Transport, Gesundheitswesen, an alle Schichten der Bevölkerung, die Kräfte des Dorfes, die vereint in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland jetzt gemeinsam das schöne sozialistische Dorf und ein Leben in Glück und Wohlstand schaffen, aktiv dabei zu unterstützen.

Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands
Fraktion der Christlich-Demokratischen Union
Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands
Fraktion des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes
Fraktion der Freien Deutschen Jugend
Fraktion des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands
Fraktion des Deutschen Kulturbundes
Fraktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Genossenschaften.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1960, Nr. 26, S. 255/256.

62

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, vor dem Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat vor einigen Tagen auf Berührungspunkte der Auffassungen der demokratischen Parteien hingewiesen, über die, wie er sich ausdrückte – und auch ich bin dieser Meinung –, es eigentlich keine Auseinandersetzungen bei uns in der Bundesrepublik zu geben brauchte. Ich nehme an, diese Berührungspunkte könnten, wenn man sich's genau überlegt, als Aktivposten bei der außenpolitischen Bestandsaufnahme von allen Seiten eingebracht werden; Bestandsaufnahme so verstanden, wie ich es vorhin versucht habe einschränkend zu sagen. Das sind:

Erstens: Berlin muß beim Bund bleiben. Aus einer Zweiteilung Deutschlands darf keine Dreiteilung werden.

Zweitens: Das deutsche Volk und die Bundesrepublik haben sich gegen jede Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden, d. h. für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn und der freien Welt.

Drittens: Die verantwortungsbewußten Kräfte Deutschlands haben sich gegen jede Form des Kommunismus und gegen die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden ...

Sechstens: Bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, muß die Bundesrepublik jede Anstrengung machen, um zur Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen. (Unruhe bei der CDU/CSU.)

– Ich merke, es lockert sich auf. (Heiterkeit.)

Sicherlich, meine Damen und Herren, ist das kein Programm für die Außenpolitik der nächsten Periode; (Sehr wahr! bei der CDU/CSU.) sicherlich nicht, natürlich nicht. Dann stimmen wir ja in diesem Punkt sogar überein. Diesen Anspruch erhebt die Aufzählung auch gar nicht. Aber es sind Feststellungen, die für die praktischen Schritte der nächsten Periode positive Bedeutung haben. Jedenfalls sollten sich die Skeptiker unter Ihnen einmal überlegen, wie es denn wäre, wenn es in diesen Punkten kontroverse Auffassungen gäbe! ...

Nun etwas auf Vorschuß. Für eine Bestandsaufnahme und für eine Diskussion, bei der man eingehend in die Sachverhalte hineinleuchten und hineingehen kann, möchte ich doch heute schon sagen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nicht gefordert und beabsichtigt nicht, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Vertrags- und Bündnisverpflichtungen zu betreiben. Sie ist der Auffassung, daß ein europäisches Sicherheitssystem die geeignete Form wäre, den Beitrag des wiedervereinigten Deutschlands zur Sicherheit in Europa und in der Welt leisten zu können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich in Wort und Tat zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundrechte und der Grundordnung und bejaht die Landesverteidigung.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 122. Sitzung (Bonn), 30. Juni 1960, S. 7055–7057.

63

Aus der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr vom 19. August 1960

Die Lage

Die Bundeswehr baut seit ihrem Beginn zielstrebig diese Verteidigungsmacht auf. Dabei haben sich immer stärker drei militärische Voraussetzungen für eine wirksame Verteidigung ergeben: die allgemeine Wehrpflicht, das Nato-Bündnis und die atomare Bewaffnung der Schildstreitkräfte ...

Die NATO

Eine wirksame Verteidigung läßt sich nicht ausschließlich aus dem engen Raum der Bundesrepublik nähren. Die Zugehörigkeit zur NATO ermöglicht der Bundeswehr die notwendige Tiefenstaffelung ihrer Kampf- und Hilfsmittel und sichert Einfluß auf Raum und Art der Verteidigung ...

Atomare Bewaffnung der Schildstreitkräfte

Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte. Die Schildstreitkräfte der NATO müssen ein Ganzes sein. Sonst wählt der Gegner die in ihrer Bewaffnung unterlegenen Verbände als Angriffsschwerpunkte.

Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind ...

Wer eine wirksame Landesverteidigung will, kann sich der Notwendigkeit einer Ausrüstung der Schildstreitkräfte mit atomaren Waffen nicht verschließen.

Die Verantwortung der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist für die Sicherheit der Bundesrepublik mit verant-

wortlich. Sie kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht noch auf die Zugehörigkeit zur NATO, noch auf eine atomare Bewaffnung verzichten. Wenn die Bundeswehr diese militärischen Forderungen stellt, greift sie nicht in die Parteipolitik ein . . .

Es ist aber Aufgabe der Bundeswehr, der politischen Führung rechtzeitig und klar zu sagen, welche Mittel sie zur Erfüllung ihres Auftrags braucht und was sie mit den ihr bewilligten Mitteln leisten kann.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1960, Nr. 155, S. 1527/1528.

64

Aus dem Gesetz über die Bildung des Staatsrates der DDR vom 12. September 1960

Durch das Ableben des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat die Bevölkerung unserer Republik und das ganze deutsche Volk einen großen und schmerzlichen Verlust erlitten. Getragen von der großen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, für die sozialistische Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik, zur weiteren Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und zur Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und einheitlicher Staat wird die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen.

§ 1

Der Abschnitt V. der Verfassung mit den Artikeln 101–108 erhält folgende Fassung:

„V. Staatsrat der Republik

Artikel 101

Der Staatsrat der Republik wird von der Volkskammer auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Nach Ablauf der Wahlperiode setzt der Staatsrat seine Tätigkeit bis zur Wahl des neuen Staatsrates durch die Volkskammer fort.

Artikel 102

Der Staatsrat der Republik besteht aus dem Vorsitzenden, sechs Stellvertretern des Vorsitzenden, 16 Mitgliedern und dem Sekretär. Der Vorsitzende leitet die Arbeit des Staatsrates.

Artikel 103

Der Vorsitzende, die Stellvertreter des Vorsitzenden, die Mitglieder und der Sekretär des Staatsrates der Republik leisten bei ihrem Amtsantritt der Volkskammer folgenden Eid:

‚Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, die Verfassung und die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.'

Artikel 104

Der Staatsrat der Republik ist der Volkskammer rechenschaftspflichtig.

Der Staatsrat der Republik verkündet die Gesetze der Republik.

Die Unterzeichnung erfolgt durch den Vorsitzenden des Staatsrates.

Artikel 105

Der Vorsitzende des Staatsrates der Republik verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt.

Artikel 106

Der Staatsrat der Republik

schreibt die Wahlen zur Volkskammer aus und beruft die erste Tagung der Volkskammer nach der Neuwahl ein;

kann eine allgemeine Volksbefragung vornehmen;

ratifiziert und kündigt internationale Verträge der Deutschen Demokratischen Republik;

ernennt die bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in anderen Staaten und beruft sie ab;

nimmt Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der bei ihm akkreditierten diplomatischen Vertreter anderer Staaten entgegen;

gibt allgemein verbindliche Auslegungen der Gesetze;

erläßt Beschlüsse mit Gesetzeskraft;

faßt grundsätzliche Beschlüsse zu Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes;

bestätigt grundsätzliche Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik;

beruft die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik;

legt die militärischen Dienstgrade, diplomatischen Ränge und andere spezielle Titel fest;

verleiht Orden und andere hohe Auszeichnungen und Ehrentitel;

übt das Begnadigungsrecht aus.

Artikel 107

Der Staatsrat der Republik wird nach außen von seinem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter vertreten.

Der Vorsitzende des Staatsrates vertritt die Republik völkerrechtlich.

Artikel 108

Der Vorsitzende, die Stellvertreter des Vorsitzenden, die Mitglieder und der Sekretär des Staatsrates der Republik können durch Beschluß der Volkskammer abberufen werden. Der Beschluß bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten."

Dokumente über die Bildung des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik.
Schriftenreihe des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik,
1960, Nr. 1, S. 11–13.

65

Aus der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960

Zu einigen Grundfragen unserer Staatspolitik

Jeder Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik setzt die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes voraus. Deshalb ist es die Aufgabe des Staatsrates wie aller staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik, sich eng mit dem Volk zu verbinden, aus den Erfahrungen der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz und anderer Werktätiger zu lernen, die fortgeschrittensten Erkenntnisse der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder auszuwerten und die weitere Entwicklung vorausschauend zu gestalten . . .

Der volksdemokratische Staat und die Staatsbürger

Zwischen unserem volksdemokratischen Staat und seiner Politik und den Interessen der Bürger gibt es keinen Widerspruch. Deshalb kann jeder zum bewußten Glied der Gesellschaft werden. Er sucht die Befriedigung seiner Interessen nicht auf Kosten der anderen, sondern gemeinsam mit den anderen, durch das gemeinschaftliche Zusammenwirken zum Nutzen aller und zu seinem eigenen Nutzen. Es ist eine wahrhaft humanistische Aufgabe, beim Aufbau einer solchen Gesellschaft mitzuwirken, in der das Wolfsgesetz des Kapitalismus, der Kampf aller gegen alle, beseitigt ist, in der jeder einzelne einen geachteten Platz einnimmt und Verantwortung für das Ganze trägt, in der die Menschen nicht nur neben-

einander, sondern zusammen leben und zusammen wirken und eine wirkliche Gemeinschaft bilden.

Die offene, freimütige Aussprache der Abgeordneten der Volkskammer und der örtlichen Volksvertretungen, der Mitarbeiter des Staatsapparates von der Regierung bis zu den Bürgermeistern, der Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen, der Wirtschafts- und Kulturfunktionäre mit den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundfragen unserer Politik und ihre Verwirklichung in den Betrieben, Städten und Gemeinden ist bei uns bereits zu einer selbstverständlichen Praxis geworden. Die Mitarbeit der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik bei der Ausarbeitung und Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, der Volkskammer und der Regierung sowie der Nationalen Front vollzieht sich in den vielfältigsten Formen. Sie wird wirksam auf den Tagungen des Zentralkomitees der SED, der Volkskammer und der Parteien und Organisationen, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen sind, sowie in den Beratungen der Produktionsbrigaden. Hierin liegt unsere gewaltige Überlegenheit gegenüber dem imperialistischen Regime, das die Masse der Staatsbürger für unfähig erklärt, in der Politik oder gar in der Leitung des Staates mitreden zu können.

Die zunehmende bewußte Mitwirkung der Bürger unserere Republik an der Staatspolitik führt zur tiefgreifenden Umgestaltung der Menschen selbst, zur Veränderung ihres Denkens, ihrer Lebensgewohnheiten, ihrer Beziehungen zueinander. In diesem Wandlungsprozeß, der vom Ich zum Wir führt, vom isolierten Individuum zur sozialistischen Gemeinschaft, werden schrittweise viele schlechte Gewohnheiten und die Rückständigkeit überwunden, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat. Es wächst die politisch-moralische Einheit des Volkes, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihren Ausdruck findet ...

Das neue Recht der sozialistischen Demokratie

Die Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem politisch-staatlichen Lebens unserer Republik ist daher das entscheidende, grundlegende Recht der Bürger unserer Republik. Es bringt am sichtbarsten die tiefgreifende Umwälzung zum Ausdruck, die in der Lage des werktätigen Volkes gegenüber den früheren Herrschaftsverhältnissen in Deutschland vor sich gegangen ist. Die werktätigen Menschen sind zum Herrn des Landes geworden und üben diese Herrschaft immer bewußter und immer besser aus, indem sie immer aktiver und takräftiger ihre Rechte verwirklichen, das heißt an der Arbeit der Volksvertretungen teilnehmen, die Arbeit der staatlichen Organe kontrollieren und durchführen helfen. Die werktätigen Menschen üben ihre

Herrschaft immer bewußter und besser aus, indem sie in den Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor allem durch Produktionsberatungen, die Neuererbewegung, die sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften aktiven Einfluß auf die Produktion und die Arbeitsbedingungen nehmen. In den Wohngebieten und Schulen nehmen sie durch eine Vielzahl von Ausschüssen und in zahlreichen anderen Formen die Gestaltung aller Bereiche des Lebens in die eigenen Hände.

Das Recht auf Arbeit, das unsere Republik zum erstenmal in der deutschen Geschichte aus einer papiernen Deklaration in gesicherte soziale Wirklichkeit verwandelte, wird heute schon in den sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften zu einer Sache des verantwortungsbewußten Verhaltens der Menschen zur Gesellschaft, zum Bewußtsein der persönlichen Verantwortung jedes einzelnen gegenüber der Gesellschaft. Immer mehr wird die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu einer Sache der persönlichen Ehre und die Arbeit zu einem echten Lebensbedürfnis.

So entsteht in unserer Gesellschaft eine neue Disziplin der Menschen: die freiwillige, bewußte Disziplin der Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen, die ihre Kräfte rationell, ohne unproduktives, egoistisches Gegeneinander für die schnellere Erreichung des gemeinsam gesteckten Zieles einsetzen. Je stärker und schneller sich diese Disziplin entwickelt, je bewußter wir arbeiten, um so produktiver wird unsere Arbeit auf allen Gebieten sein, wodurch die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht wird ...

Die Rechte der Arbeiter haben in der Deutschen Demokratischen Republik eine Entwicklung genommen, die unter den Bedingungen der kapitalistischen Macht undenkbar ist. In der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht die Arbeiterklasse ihre historische Mission als Führerin des Volkes auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Sie übt im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und mit allen Schichten des Volkes die Staatsmacht aus, bestimmt die staatliche Politik und lenkt die Wirtschaft. Die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, ihre marxistisch-leninistische Partei, ist die führende Kraft in den Machtorganen des Staates, in der Nationalen Front und in den demokratischen Massenorganisationen ...

Die Menschen unserer sozialistischen Epoche

Was zeichnet die Menschen unserer sozialistischen Epoche aus?

Es sind Menschen, die sich nicht nur das Ziel stellen, auf sozialistische Weise zu arbeiten, sondern sich auch allseitige solide Kenntnisse anzueignen, die bewußt gegen diese Überreste der Vergangenheit kämpfen. Es sind Menschen, die sich bemühen, im täglichen Leben Vorbild zu sein, in denen sich immer stärker die hohen sittlichen und moralischen Eigen-

schaften von Menschen unserer Gesellschaft entwickeln, die sich im wahrsten Sinne des Wortes wie Brüder verhalten, sich gegenseitig helfen, achten und lieben. In höchster Pflichterfüllung üben sie jeden Tag, zu jeder Stunde eine hohe Arbeits-, Staats- und Plandisziplin. So werden die Gebote der sozialistischen Moral in immer stärkerem Maße zum Grundsatz ihres Handelns.

Unaufhörlich wachsen die Neuerer und vorbildlichen sozialistischen Arbeiter in der Produktion. Unser sozialistischer Aufbau hat solche bekannten Persönlichkeiten wie Adolf Hennecke, Franz Franik, Erich Seifert, Fritz Ludwig, Willy Wehner, Gustav Zabel, Luise Ermisch, Frida Hockauf und viele andere hervorgebracht, die im ganzen Volk hoch geschätzt und bekannt sind. Solche Persönlichkeiten wie der Metallarbeiter Günter Christoph aus dem Federnwerk in Zittau, der Bauarbeiter Paul Strauß aus Rostock, die Textilarbeiterin Irmgard Richter aus Zittau, die Arbeiterin Annemarie Somb aus den Netzwerken Heidenau, der Textilarbeiter Paul Simon aus Werdau und viele andere durch unsere Gesellschaft geformte Menschen verkörpern in sich die neue, sozialistische Persönlichkeit ...

In diesem Ringen um Weltstand entwickelt sich durch die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz der Typ des Arbeiterforschers. Diesen finden wir auf allen Stufen der Entwicklung, in der Werkhalle, im Laboratorium und bei der Durchsetzung neuer technologischer Verfahren. Der Arbeiterforscher stellt die unmittelbare Wechselbeziehung her zwischen Forschung und Praxis. Der Arbeiterforscher ist der Typ des neuen Menschen, dem unsere Jugend nachstrebt und der die Zukunft unserer Produktion in allen ihren Teilen maßgebend bestimmen wird.

Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats
der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht,
vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960.
Schriftenreihe des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik,
1960, Nr. 2, S. 33/34, 36/37, 39–41, 48/49.

66

Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau vom November 1960

Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien haben auf dieser Beratung die aktuellen Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage und des weiteren Kampfes für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus erörtert.

Die Beratung hat gezeigt, daß ihre Teilnehmer in den behandelten Fragen einer Meinung sind. Die kommunistischen und Arbeiterparteien bestätigen einmütig ihre Treue zur Erklärung und zum Friedensmanifest von 1957. Diese programmatischen Dokumente des schöpferischen Marxismus-Leninismus haben die grundsätzlichen Positionen der kommunistischen Weltbewegung zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart bestimmt und weitgehend dazu beigetragen, die Bemühungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampfe für die Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele zu vereinen. Sie sind nach wie vor das Kampfbanner und die Anleitung zum Handeln für die gesamte kommunistische Weltbewegung.

Die Ereignisse der verflossenen drei Jahre haben die Richtigkeit der in der Erklärung und im Friedensmanifest gegebenen Analyse der weltpolitischen Lage und der Perspektiven der internationalen Entwicklung sowie die gewaltige wissenschaftliche Kraft und die wirksame Rolle des schöpferischen Marxismus-Leninismus bestätigt.

Das Hauptergebnis dieser Jahre ist das stürmische Wachstum der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, der aktive Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, das Anwachsen der Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt, der weitere Niedergang und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems. In der Weltarena tritt das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus über den Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges immer stärker zutage.

Der Imperialismus jedoch, der seine Positionen halten möchte, sabotiert die Abrüstung. Er ist bemüht, den kalten Krieg zu verlängern und auf jede Weise zu verschärfen. Er bereitet hartnäckig einen neuen Weltkrieg vor. Darum gebietet das Leben, daß die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterklasse, die nationale antiimperialistische Bewegung, alle friedliebenden Staaten, alle Friedenskämpfer ihre Bemühungen immer fester vereinigen und immer entschlossener handeln, um den Krieg abzuwenden und den Menschen ein Leben in Frieden zu sichern. Das Leben fordert gebieterisch den weiteren Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte zum Kampfe gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, für den Sozialismus.

I

Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des

Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.

Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.

Die Macht und die Unbesiegbarkeit des Sozialismus haben sich während der letzten Jahrzehnte im gigantischen Ringen zwischen der neuen und der alten Welt erwiesen. Die Versuche des Imperialismus und seines Stoßtrupps, des Faschismus, die historische Entwicklung durch Krieg aufzuhalten, sind gescheitert. Der Imperialismus erwies sich außerstande, den sozialistischen Revolutionen in Europa und Asien den Weg zu verlegen. Der Sozialismus ist zu einem Weltsystem geworden. Der Imperialismus versuchte, den wirtschaftlichen Aufstieg der sozialistischen Staaten zu hemmen. Diese Absichten wurden durchkreuzt. Der Imperialismus unternahm alles, um das System der Kolonialsklaverei zu erhalten. Aber dieses System bricht zusammen. Je mehr sich das sozialistische Weltsystem festigt, desto entschiedener ändert sich die internationale Lage zugunsten der Völker, die für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen. Das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, bestimmen den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche. Keine noch so krampfhaften Bemühungen des Imperialismus können dem Fortschritt der Geschichte Einhalt gebieten. Es sind feste Voraussetzungen für weitere entscheidende Siege des Sozialismus geschaffen. Der volle Sieg des Sozialismus ist unausbleiblich.

Die gesellschaftliche Entwicklung bestätigt durch ihren Verlauf Lenins Voraussicht, daß die Länder des siegreichen Sozialismus ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausüben. Der Sozialismus hat beispiellose schöpferische Erfolge in der Produktion, der Wissenschaft und Technik und bei der Schaffung einer neuen, freien menschlichen Gemeinschaft erzielt, die die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen in immer höherem Maße befriedigt. Bald wird der Sozialismus auch in bezug auf seinen Anteil an der Weltproduktion auf den ersten Platz vorrücken. Dem Kapitalismus wird die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden.

Die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems übt auf den Kampf der Völker der kapitalistischen Länder immer größeren Einfluß aus. Durch die Kraft seines Beispiels revolutioniert das sozialistische Weltsystem das Denken der Werktätigen in der kapitalistischen Welt. Es beseelt sie zum Kampf gegen den Kapitalismus und erleichtert in be-

deutendem Maße ihre Kampfbedingungen. In den Ländern des Kapitals mehren sich und erstarken die inneren Kräfte, die berufen sind, den Frieden und die nationale Unabhängigkeit zu behaupten, den Triumph der Demokratie und den Sieg des Sozialismus zu gewährleisten.

Das kapitalistische Weltsystem ist von einem tiefgreifenden Niedergangs- und Zersetzungsprozeß erfaßt. Die Widersprüche des Imperialismus haben das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus verleiht den Monopolen noch größere Macht über das Leben der Nation und fügt die Macht der Monopole und die Macht des Staates zu einem einheitlichen Apparat zusammen, der die kapitalistische Ordnung retten und der imperialistischen Bourgeoisie die maximale Steigerung ihrer Profite durch Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der breiten Bevölkerungsschichten sichern soll.

Es gibt jedoch keine Mittel, mit denen die monopolistische Bourgeoisie den Kapitalismus retten könnte. Die Interessen einer Handvoll Monopole stehen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen der gesamten Nation. Die Antagonismen zwischen den Klassen und den Nationen, die inneren und äußeren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft haben sich schroff zugespitzt. Die Versuche, die morschen Pfeiler des Kapitalismus durch den Militarismus zu stützen, führen zu einer noch stärkeren Zusammenballung dieser Widersprüche.

Noch nie war der Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der kapitalistischen Welt so tief. Der Kapitalismus verhindert immer mehr die Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik im Interesse des sozialen Fortschritts. Er richtet die Entdeckungen des menschlichen Genius gegen die Menschheit selbst, verwandelt sie in gefährliche Mittel eines Vernichtungskrieges.

Die kapitalistische Wirtschaft wird immer labiler. Obwohl in einigen kapitalistischen Ländern in größerem oder geringerem Maße eine gewisse Produktionszunahme festzustellen ist, verschärfen sich die Widersprüche des Kapitalismus im nationalen wie im internationalen Maßstab unablässig. Ehe noch alle Folgen der jüngsten Wirtschaftskrise überwunden waren, sah sich eine Anzahl kapitalistischer Länder von neuen wirtschaftlichen Erschütterungen bedroht. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion vertieft sich. Eine beispiellose Verstärkung erfährt der kapitalistische Konzentrationsprozeß, die Profite und Superprofite der Monopole steigen. Das Monopolkapital hat die Ausbeutung der Arbeiterklasse in neuen Formen, vor allem durch Intensivierung der Arbeit, unermeßlich verstärkt. Die Automatisierung und „Rationalisierung" bringen den Werktätigen im Kapitalismus neues Unheil. Nur durch beharrlichen Kampf vermochte die Arbeiterklasse in einzelnen Ländern eine Reihe

ihrer dringenden Forderungen durchzusetzen. In vielen kapitalistischen Ländern aber liegt der Lebensstandard nach wie vor unter dem Vorkriegsniveau. Entgegen den Verheißungen der Bourgeoisie ist die Vollbeschäftigung nur in einzelnen kapitalistischen Ländern und nur zeitweilig verwirklicht worden. Die Macht der Monopole fügt den breiten Bauernmassen und ausgedehnten Schichten des Kleinbürgertums und der mittleren Bourgeoisie immer größeren Schaden zu. In den kapitalistischen Ländern, darunter auch in einigen der am höchsten entwickelten, bestehen nach wie vor wirtschaftlich schwach entwickelte Gebiete, in denen das Massenelend besonders groß ist, wobei sich diese Gebiete sogar ausdehnen.

All dies widerlegt abermals die verlogenen Erdichtungen der bürgerlichen Ideologen und der Revisionisten, daß sich der moderne Kapitalismus in einen „Volkskapitalismus" verwandelt, einen „Wohlfahrtsstaat" geschaffen habe, der imstande sei, die Anarchie der Produktion und die Wirtschaftskrisen zu überwinden und den Wohlstand aller Werktätigen zu sichern.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus verändert ständig das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten. Je mehr die imperialistische Herrschaftssphäre schrumpft, desto stärker treten die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten zutage. Das Marktproblem verschärft sich wie nie zuvor. Die neuen zwischenstaatlichen Organisationen, die unter der Devise der „Integration" auftauchen, führen in Wirklichkeit zur Verstärkung der Gegensätze und des Kampfes zwischen den imperialistischen Ländern; sie stellen neue Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarktes unter den größten Kapitalistenvereinigungen dar, neue Formen für das Eindringen der stärkeren imperialistischen Staaten in die Wirtschaft ihrer schwachen Partner.

Am stärksten tritt die Fäulnis des Kapitalismus im Hauptland des modernen Imperialismus, den Vereinigten Staaten von Amerika, zutage. Das Monopolkapital der USA offenbart deutlich seine Unfähigkeit, die vorhandenen Produktivkräfte auszunutzen. Das reichste unter den entwickelten kapitalistischen Ländern – die Vereinigten Staaten von Amerika – ist zum Land mit besonders großer chronischer Arbeitslosigkeit geworden. Die zunehmende Unterbelastung der Industrie ist dort eine Dauererscheinung geworden. Trotz der gewaltigen Erhöhung der Rüstungskredite, die auf Kosten des Lebensniveaus der Werktätigen geht, verlangsamt sich das Tempo der Produktionszunahme in den Nachkriegsjahren, kaum daß es das Tempo der Bevölkerungszunahme übersteigt. Die Überproduktionskrisen sind häufiger geworden. Das industriell am stärksten entwickelte Land des Kapitalismus ist zum Lande der am stärksten mißgestalteten, militarisierten Wirtschaft geworden. Die Vereinigten Staaten von Amerika rauben den Ländern Asiens und besonders Lateinamerikas mehr

Schätze als alle anderen kapitalistischen Staaten und hemmen dadurch die Entwicklung dieser Länder. Das Eindringen des amerikanischen Kapitals in Afrika verstärkt sich. Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden.

Der Imperialismus der USA bemüht sich, viele Staaten seiner Herrschaft zu unterwerfen, wobei er als wichtigste Mittel die Politik der Militärblocks und die Politik der „Wirtschaftshilfe" verwendet. Er verletzt auch die Souveränität der entwickelten kapitalistischen Staaten. Die herrschende Monopolbourgeoisie der hochentwickelten kapitalistischen Länder, die ein Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus eingegangen ist, opfert die Souveränität ihrer Länder in der Annahme, mit Unterstützung der USA-Imperialisten die revolutionären Befreiungskämpfe unterdrücken, die Werktätigen der demokratischen Freiheiten berauben, sich dem Kampf der Volksmassen um den sozialen Fortschritt entgegenstemmen zu können.

Der amerikanische Imperialismus bezieht diese Länder in das Wettrüsten ein, in die Politik der Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges und der Wühltätigkeit gegen die sozialistischen und die neutralen Staaten.

Die Stützen des kapitalistischen Systems sind dermaßen verrottet, daß in vielen Ländern die herrschende imperialistische Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, den wachsenden und sich immer fester zusammenschließenden Kräften der Demokratie und des Fortschritts selbständig standzuhalten. Die Imperialisten vereinigen sich zu militärisch-politischen Allianzen, an deren Spitze die USA stehen, um gemeinsam gegen das sozialistische Lager zu kämpfen und die nationale Befreiungsbewegung, die proletarische und sozialistische Bewegung zu erwürgen. Der Verlauf der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele neue Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist.

Das System der Militärblocks, das die Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaut haben, wird sowohl durch den Kampf unter seinen Teilnehmern als auch durch den Kampf der Massen für die Auflösung solcher Blocks geschwächt. Die amerikanischen Imperialisten sind bestrebt, die aggressiven Blocks zu festigen, was einen noch stärkeren Widerstand der Massen auslöst. Die USA sind nach wie vor die wichtigste wirtschaftliche, finanzielle und militärische Macht des modernen Imperialismus, obwohl ihr Anteil an der Wirtschaft der kapitalistischen Welt im Sinken begriffen ist. Die englischen und französischen Imperialisten kämpfen beharrlich um ihre Positionen. Die Monopole Westdeutschlands und Japans, die ihre Macht wiederhergestellt haben und eng mit den amerikanischen

Monopolen verbunden sind, verstärken ihre Expansion. In ihrer imperialistischen Politik streben die westdeutschen Monopole immer aktiver danach, die schwachentwickelten Länder auszubeuten.

Die Völker erheben sich immer entschlossener zum Kampf gegen den Imperialismus. Es entfaltet sich die grandiose Schlacht zwischen den Kräften der Arbeit und des Kapitals, der Demokratie und der Reaktion, der Freiheit und des Kolonialismus. Der Sieg der wahren Volksrevolution auf Kuba ist zu einem hervorragenden Beispiel für die Völker Lateinamerikas geworden. Mit unüberwindlicher Macht hat sich die antikoloniale Bewegung für Freiheit und nationale Unabhängigkeit in Afrika entfaltet. Der antiimperialistische nationale Aufstand im Irak endete erfolgreich. In Japan ist eine machtvolle Bewegung der Volksmassen gegen das japanisch-amerikanische Militärbündnis, für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit entstanden. Von der Kampfentschlossenheit der Werktätigen zeugt das aktive Auftreten der Volksmassen in Italien zur Verteidigung der Demokratie. In Frankreich verstärkt sich der Kampf für die Demokratie, gegen das reaktionäre Regime der persönlichen Macht. Große Arbeiterstreiks haben sich in den USA, in Argentinien, Uruguay, Chile, Indien, England, Kanada, Belgien und anderen kapitalistischen Ländern entfaltet. In den USA nehmen die Aktionen des Negervolkes für seine Lebensrechte Massencharakter an. Es wächst das Streben nach Vereinigung der nationalen Kräfte gegen die faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal, es erstarkt die demokratische Bewegung in Griechenland. In Kolumbien und Venezuela sind die Militärtyranneien gestürzt worden; in Südkorea und in der Türkei wurde den erklärt proamerikanischen Marionettenregierungen ein Schlag versetzt. In Südvietnam und Laos entwickelt sich die nationaldemokratische Bewegung gegen die amerikanischen Imperialisten und deren Handlanger. Das indonesische Volk beseitigt die in seinem Lande verbliebenen wirtschaftlichen Positionen der Imperialisten, insbesondere die der holländischen Kolonialherren. Die Friedensbewegung der Massen verbreitert sich und erfaßt alle Kontinente. All dies beweist anschaulich, daß die Wogen des antiimperialistischen Kampfes, des nationalen Befreiungskampfes, des Kampfes gegen den Krieg, die Wogen des Klassenkampfes immer höher schlagen.

Der Triumph des Sozialismus in einer großen Gruppe Länder Europas und Asiens, die ein Drittel der Menschheit umfaßt; das mächtige Wachstum der Kräfte, die für den Sozialismus in der ganzen Welt kämpfen, und die stetige Schwächung der Positionen des Imperialismus im ökonomischen Wettbewerb mit dem Sozialismus; der neue gewaltige Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes und der immer raschere Zerfall des Kolonialsystems; die zunehmende Labilität des gesamten Wirtschaftssystems der kapitalistischen Welt; die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalis-

mus infolge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des wachsenden Militarismus; die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Monopolen und den Interessen der gesamten Nation; der Abbau der bürgerlichen Demokratie, die Tendenz zu autokratischen und faschistischen Regierungsmethoden; die tiefe Krise der bürgerlichen Politik und Ideologie – all das sind Beweise dafür, daß die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in eine neue Etappe eingetreten ist. Die Besonderheit dieser Etappe besteht darin, daß sie nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern unter den Bedingungen des Wettbewerbes und des Kampfes der beiden Systeme, einer immer größeren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der schroffen Zuspitzung aller Widersprüche des Imperialismus – unter Bedingungen, in denen es der erfolgreiche Kampf der friedliebenden Kräfte für die Durchsetzung und Festigung der friedlichen Koexistenz den Imperialisten nicht gestattete, den Weltfrieden durch ihre Aggressionshandlungen zu brechen – unter den Bedingungen des Aufschwungs des Kampfes der breiten Volksmassen für Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus.

Alle revolutionären Kräfte vereinigen sich gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung. Die Völker, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Völker, die allgemein-demokratischen Bewegungen – all diese gewaltigen Kräfte unserer Zeit münden in einen gemeinsamen Strom, der das imperialistische Weltsystem unterspült und zerstört. Im Mittelpunkt der jetzigen Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und das Wichtigste, was sie hervorgebracht hat: das Weltsystem des Sozialismus. Sie sind die Gewähr des Sieges im Kampfe für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung, Sozialismus und Fortschritt der Menschheit.

II

Das sozialistische Weltsystem ist in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten. Die Sowjetunion verwirklicht erfolgreich den umfassenden Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Die anderen Länder des sozialistischen Lagers legen erfolgreich das Fundament des Sozialismus; einige von ihnen sind bereits in die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten.

Der Sozialismus als Ganzes hat entscheidende Siege errungen. Diese Siege künden den Triumph des Marxismus-Leninismus und zeigen allen vom Kapital unterjochten Völkern anschaulich, daß eine Gesellschaft, die nach den Grundsätzen dieser Lehre organisiert ist, unbeschränkte Möglichkeiten eröffnet, Wirtschaft und Kultur zur Blüte zu bringen, den Men-

schen einen hohen Lebensstandard, ein Leben in Frieden und Glück zu sichern.

Das sowjetische Volk erfüllt erfolgreich den Siebenjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und errichtet so in raschem Tempo die materielle und technische Basis des Kommunismus. Die sowjetische Wissenschaft hat in der Entwicklung der Weltzivilisation eine ganze Epoche eröffnet; sie hat mit der Erschließung des Kosmos begonnen und manifestiert dadurch prägnant die wirtschaftliche und technische Macht des sozialistischen Lagers. Die Sowjetunion bahnt der ganzen Menschheit als erstes Land in der Geschichte den Weg zum Kommunismus. Die Sowjetunion ist das markanteste Beispiel und das mächtigste Bollwerk für die Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für Frieden, demokratische Freiheiten, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Die Volksrevolution in China hat den Positionen des Imperialismus in Asien einen vernichtenden Schlag versetzt und in bedeutendem Maße zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus beigetragen. Indem sie der nationalen Befreiungsbewegung einen mächtigen Anstoß gab, übte sie einen gewaltigen Einfluß auf die Völker aus, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die volksdemokratischen Republiken Albanien, Bulgarien, China, die Deutsche Demokratische Republik, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolei, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Ungarn und die Demokratische Republik Vietnam, die zusammen mit der großen Sowjetunion das mächtige sozialistische Lager gebildet haben, konnten in historisch kurzer Zeit gewaltige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erringen.

Die Volksmacht hat in diesen Ländern ihre unerschütterliche Festigkeit bewiesen. In der Volkswirtschaft herrschen die sozialistischen Produktionsverhältnisse vor; die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt bzw. wird erfolgreich beseitigt. Die erfolgreiche Politik der sozialistischen Industrialisierung hat die Wirtschaft der sozialistischen Länder zur Blüte gebracht; sie entwickeln ihre Wirtschaft bedeutend schneller als die kapitalistischen Länder. Alle diese Länder haben eine entwickelte Industrie aufgebaut, einstige Agrarländer sind Industrie- und Agrarländer geworden oder sind dabei, es zu werden.

In allen volksdemokratischen Ländern wurde bereits in den letzten Jahren oder wird jetzt erfolgreich das schwierigste Problem des sozialistischen Aufbaus gelöst: der freiwillige Übergang der Bauernschaft von dem auf Privateigentum beruhenden Kleinbetrieb zum sozialistischen genossenschaftlichen Großbetrieb. Der Leninsche Genossenschaftsplan hat seine große Lebenskraft bewiesen, sowohl in Ländern, in denen die Bauernschaft kraft alteingewurzelter Traditionen dem Privateigentum an Grund

und Boden tief verhaftet war, als auch in Ländern, die erst unlängst mit den Feudalverhältnissen Schluß gemacht haben. Erstarkt ist das brüderliche Bündnis der Arbeiter und Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse, dessen Aufrechterhaltung und Festigung, wie W. I. Lenin lehrte, das höchste Prinzip der Diktatur des Proletariats ist. Im Zuge des sozialistischen Aufbaus entwickelt sich dieses Bündnis der zwei werktätigen Klassen, das die politische Grundlage der sozialistischen Ordnung bildet, unablässig und trägt zur weiteren Festigung der Volksmacht unter der Führung der Arbeiterklasse und zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Basis des Leninschen Prinzips des freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft bei.

Historische Wandlungen haben sich im sozialen Aufbau der Gesellschaft vollzogen. In den volksdemokratischen Ländern sind die Klassen der Gutsherren und der Kapitalisten nicht mehr vorhanden. Zur Hauptkraft der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse geworden; ihre Reihen wachsen, ihr Klassenbewußtsein und ihre politische Reife nehmen zu. Der Sozialismus hat die Bauernschaft vom uralten Elend befreit und sie zu einer aktiven Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts gemacht. Es entsteht eine neue, sozialistische Intelligenz, die Fleisch vom Fleische des werktätigen Volkes ist. Allen Bürgern steht der Weg zu Wissen und Kultur offen. Der Sozialismus hat somit nicht nur die politischen, sondern auch die materiellen Voraussetzungen für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft, für das allseitige und vollständige Aufblühen der Talente und Fähigkeiten des Menschen geschaffen. Auf der Grundlage der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung wird das materielle Lebensniveau der Volksmassen stetig gehoben.

In den sozialistischen Nationalitätenstaaten ist das unzertrennliche Bündnis der Werktätigen aller Nationalitäten entstanden und erstarkt. Der Triumph der marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik in den Ländern des Sozialismus, die wahre Gleichberechtigung der Nationalitäten, der Aufstieg ihrer Wirtschaft und Kultur sind ein begeisterndes Vorbild für die Völker, die gegen die nationale Unterdrückung kämpfen.

In den volksdemokratischen Ländern hat die sozialistische Ideologie im Kampfe gegen die bürgerliche Ideologie spürbare Erfolge erzielt. Dieser Kampf trägt einen langwierigen Charakter und wird bis zur völligen Befreiung des menschlichen Bewußtseins von den Überresten der bürgerlichen Ideologie andauern.

Die moralisch-politische Einheit der Gesellschaft, die erstmalig in der Geschichte in der Sowjetunion entstanden und erstarkt ist, festigt sich jetzt auch in den anderen sozialistischen Ländern. Dadurch wird es möglich, die schöpferische Energie der freien Werktätigen aufs beste zu nut-

zen, um die Produktivkräfte zum Aufschwung und die sozialistische Gesellschaft zur Blüte zu bringen.

Die sozialistische Gesellschaft wird immer vollkommener und reifer; in ihr formen sich tagtäglich die kommunistische Einstellung zur Arbeit und andere Elemente der künftigen kommunistischen Gesellschaft. Die Methoden der Leitung der sozialistischen Wirtschaft und Wirtschaftsplanung werden ständig vervollkommnet. Die sozialistische Demokratie wird weiter entfaltet; die Volksmassen nehmen in wachsendem Maße an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus teil, einzelne Funktionen des Staates werden nach und nach gesellschaftlichen Organisationen übertragen.

Jetzt sind die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen sozialistischen Ländern beseitigt. Die vereinten Kräfte des sozialistischen Lagers bieten jedem sozialistischen Land verläßlichen Schutz gegen die Anschläge der imperialistischen Reaktion. Somit gewährleisten der Zusammenschluß der sozialistischen Staaten zu einem einheitlichen Lager sowie die erstarkende Einheit und die ständig wachsende Macht dieses Lagers den vollen Sieg des Sozialismus im Rahmen des gesamten Systems.

In den verflossenen Jahren sind dank dem heroischen Schaffen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und der riesigen Arbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien sehr günstige objektive Möglichkeiten für eine weitere stürmische Entwicklung der Produktivkräfte, für einen maximalen Zeitgewinn und für den Sieg der Länder des Sozialismus im friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus geschaffen worden. Die an der Spitze der sozialistischen Staaten stehenden marxistisch-leninistischen Parteien halten es für ihre Pflicht, diese Möglichkeiten sachkundig und richtig zu nutzen.

Die kommunistischen Parteien haben große Siege errungen und schwere Prüfungen bestanden. Sie haben auf diese Weise reiche und mannigfaltige Erfahrungen in der Leitung des sozialistischen Aufbaus gesammelt. Die Erfolge der Länder des Sozialismus und des gesamten sozialistischen Lagers wurden errungen dank richtiger Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus unter Berücksichtigung der historischen Besonderheiten eines jeden Landes und der Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit, dank den Bemühungen der Völker dieser Länder, ihrer engen brüderlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen internationalen Hilfe und vor allem dank der brüderlichen internationalen Hilfe der Sowjetunion.

Die Erfahrungen der Entwicklung der sozialistischen Länder zeigen wiederum, daß die wichtigste internationale Voraussetzung für ihre Er-

rungenschaften und Erfolge darin besteht, daß sie einander helfen und unterstützen und alle Vorzüge der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers nutzen. Die Spekulationen der Imperialisten, Renegaten und Revisionisten, daß im sozialistischen Lager eine Spaltung eintreten könnte, sind auf Sand gebaut und zum Scheitern verurteilt. Alle sozialistischen Länder hüten die Einheit des sozialistischen Lagers wie ihren Augapfel.

Das sozialistische Weltwirtschaftssystem ist durch die Gemeinsamkeit der sozialistischen Produktionsverhältnisse geeint und entwickelt sich auf Grund der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Seine erfolgreiche Entwicklung erfordert beim sozialistischen Aufbau konsequente Anwendung des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung; Entfaltung der schöpferischen Initiative der Volksmassen; ständige Vervollkommnung der internationalen Arbeitsteilung durch Koordinierung der Volkswirtschaftspläne sowie Spezialisierung und Kooperierung der Produktion im Rahmen des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage der Freiwilligkeit, des gegenseitigen Vorteils und der allseitigen Steigerung des wissenschaftlich-technischen Niveaus; Studium der kollektiven Erfahrungen; Festigung der Zusammenarbeit und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe; auf dieser Grundlage allmähliche Überwindung der historisch bedingten Unterschiede des ökonomischen Entwicklungsniveaus und Schaffung einer materiellen Basis für den mehr oder minder gleichzeitigen Übergang aller Völker des sozialistischen Systems zum Kommunismus.

Beim praktischen Aufbau des Sozialismus in den verschiedenen Ländern ist der kollektive Erfahrungsschatz des gesamten sozialistischen Lagers entstanden. Allseitiges Studium dieser Erfahrungen durch die Bruderparteien sowie ihre schöpferische Anwendung und Bereicherung unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse und nationalen Besonderheiten sind ein unabänderliches Entwicklungsgesetz jedes sozialistischen Landes.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder betrachten es als ihre internationale Pflicht, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion eines jeden Landes gemäß den gegebenen Möglichkeiten in hohem Tempo zu entwickeln, alle Vorzüge des sozialistischen Systems und die inneren Hilfsquellen eines jeden Landes vollständig zu nutzen, um durch gemeinsame Anstrengungen in kürzester Frist die historische Aufgabe zu lösen: das kapitalistische Weltsystem im absoluten Umfange der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu überflügeln und danach die wirtschaftlich höchstentwickelten kapitalistischen Länder auch in bezug auf die Produktion je Kopf der Bevölkerung und hinsichtlich des Lebensstandards zu überholen. Diese Aufgabe erfordert die

stetige Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit, die ständige Vervollkommnung der Methoden der volkswirtschaftlichen Leitung und eine wissenschaftlich fundierte sozialistische Wirtschaftsführung – das heißt höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des ununterbrochenen technischen Fortschritts, Planwirtschaft, strikte Einhaltung der Leninschen Prinzipien der materiellen Interessiertheit sowie maximale Förderung der moralischen Anreize zur Arbeit für die Gesellschaft durch Hebung der politischen Bewußtheit der Massen, Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Verbrauchs.

Die notwendige materielle Grundlage des Übergangs der sozialistischen Länder zum Kommunismus ist ein hohes Niveau der Produktion auf der Basis der neuesten, modernsten Technik, der Elektrifizierung der Volkswirtschaft, der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, ohne welche der für die kommunistische Gesellschaft erforderliche Überfluß an Gebrauchsgütern nicht gesichert werden kann. Auf dieser Grundlage ist es notwendig, kommunistische gesellschaftliche Beziehungen zu entwickeln, die politische Bewußtheit der Volksmassen in jeder Weise zu erhöhen und den Menschen der neuen, kommunistischen Gesellschaft zu erziehen.

Das sozialistische Lager ist die soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker, die durch enge Bande der internationalen sozialistischen Solidarität, durch die Einheit der gemeinsamen Interessen und Ziele geeint sind und den Weg zum Sozialismus und Kommunismus gehen. Ein unverbrüchliches Gesetz der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ist die strikte Einhaltung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Internationalismus. Im sozialistischen Lager ist die wahre Gleichberechtigung und Selbständigkeit eines jeden ihm angehörenden Landes gesichert. Die sozialistischen Staaten, die sich von den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe leiten lassen, vervollkommnen allseitig die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit, was sowohl den Interessen eines jeden sozialistischen Landes als auch denen des gesamten sozialistischen Lagers entspricht.

Eine der größten Errungenschaften des sozialistischen Weltsystems besteht in der praktischen Bestätigung der marxistisch-leninistischen These, daß mit dem Gegensatz der Klassen auch die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt. Zum Unterschied von den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren antagonistischen Widersprüchen zwischen Klassen, Nationen und Staaten, Widersprüchen, die zu militärischen Zusammenstößen führen, gibt es im sozialistischen System seiner Natur nach keine objektiven Ursachen für Gegensätze und Konflikte zwischen den ihm angehörenden Völkern und Staaten. Seine Entwicklung

führt zu einem immer festeren Zusammenschluß der Staaten und Nationen, zur Stärkung aller Formen ihrer Zusammenarbeit. Der Sozialismus verbindet die Entwicklung der nationalen Wirtschaft, Kultur und Staatsform organisch mit der Festigung und Entwicklung des gesamten sozialistischen Weltsystems, mit einem immer größeren Zusammenschluß der Nationen. Die Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit harmonieren mit den nationalen Interessen. Auf dieser Grundlage entstand und festigt sich die moralisch-politische Einheit aller Völker der großen sozialistischen Gemeinschaft. An die Stelle der politischen Isoliertheit und des nationalen Egoismus, die dem Kapitalismus eigen sind, ist – vom sozialistischen System hervorgebracht – die brüderliche Freundschaft und gegenseitige Hilfe der Völker getreten.

Die gemeinsamen Interessen der Völker der sozialistischen Länder, die Interessen des Sozialismus und des Friedens erfordern in der Politik eine richtige Verbindung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus. Jede kommunistische Partei, die zur herrschenden Partei im Staate geworden ist, trägt die historische Verantwortung für die Geschicke ihres Landes wie auch für die des gesamten sozialistischen Lagers.

In der Erklärung von 1957 wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Sache des Sozialismus geschädigt wird, wenn man die Rolle der nationalen Besonderheiten übertreibt und von der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau abrückt. Zugleich wird in der Erklärung auch ganz richtig darauf hingewiesen, daß der Marxismus-Leninismus die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Prinzipien der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus je nach den konkreten historischen Bedingungen eines jeden Landes verlangt und kein mechanisches Kopieren der Politik und Taktik der kommunistischen Parteien anderer Länder duldet. Werden die nationalen Besonderheiten durch eine proletarische Partei mißachtet, so kann das dazu führen, daß sie sich vom Leben, von den Massen losreißt und die Sache des Sozialismus Schaden erleidet.

Die Äußerungen von Nationalismus und nationaler Beschränktheit verschwinden nicht automatisch mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zur Festigung der brüderlichen Beziehungen und der Freundschaft zwischen den Ländern des Sozialismus bedarf es der marxistisch-leninistischen internationalistischen Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Erziehung aller Werktätigen im Geiste der Verbindung von Internationalismus und Patriotismus, des entschiedenen Kampfes für die Überwindung der Überreste des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien erziehen die Werktätigen unermüdlich im Geiste des sozialistischen Internationalismus, der Unversöhnlichkeit gegen alle Äußerungen von Nationalismus und Chauvinismus. Die Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Völker der sozialistischen Länder, ihre Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre ist die Hauptquelle der Macht und Unbesiegbarkeit eines jeden sozialistischen Landes und des sozialistischen Lagers in seiner Gesamtheit.

Indem die Völker der sozialistischen Länder den Weg zum Kommunismus bahnen, gestalten sie für die gesamte Menschheit das Urbild der neuen Gesellschaft. Die Werktätigen der kapitalistischen Welt verfolgen das Schaffen der Baumeister des Sozialismus und Kommunismus mit tiefster Anteilnahme. Das erlegt den marxistisch-leninistischen Parteien und den Völkern der sozialistischen Länder gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung die Verantwortung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus auf.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten es als ihre Aufgabe, die große sozialistische Völkergemeinschaft, deren internationale Rolle und deren Einfluß auf den Gang der Weltereignisse mit jedem Jahr zunehmen, unermüdlich zu festigen.

Die sozialistischen Staaten, die ein Weltsystem gebildet haben, sind jetzt zu einer internationalen Kraft geworden, die einen mächtigen Einfluß auf das Weltgeschehen ausübt. Nun bestehen reale Möglichkeiten, die wichtigsten Probleme der Gegenwart auf neue Art im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu lösen.

III

Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden.

Der Krieg ist eine ständige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und das System der Ausrottung des Menschen durch den Menschen sind zwei Seiten der kapitalistischen Ordnung. Der Imperialismus hat bereits zwei verheerende Weltkriege über die Menschheit heraufbeschworen und droht nun, sie in eine noch grauenhaftere Katastrophe zu stürzen. Ungeheuerliche Massenvernichtungs- und Zerstörungsmittel sind entwickelt worden. Die Verwendung dieser Mittel in einem neuen Krieg kann in ganzen Ländern unglaubliche Zerstörungen anrichten und größte Zentren der Weltproduktion wie auch der Weltkultur in Trümmer legen. So ein Krieg würde Hunderten Millionen Menschen, darunter auch in Ländern, die am Krieg nicht teilnehmen, Tod und Leid bringen. Der Imperialismus bedeutet eine ernste Gefahr für die ganze Menschheit.

Die Völker sind heute mehr denn je zu besonders hoher Wachsamkeit verpflichtet. Solange der Imperialismus besteht, wird auch der Boden für Aggressionskriege erhalten bleiben.

Die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch nicht vorbei ist. Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus. Seine Politik verkörpert die Ideologie der kriegslüsternen Reaktion. Unter der Flagge der Verteidigung gegen eine „kommunistische Bedrohung" hat der amerikanische Imperialismus unter Beteiligung der Imperialisten Englands, Frankreichs und Westdeutschlands viele Länder in die Militärblocks NATO, CENTO, SEATO usw. einbezogen und die sogenannte freie Welt, das heißt die von ihm abhängigen kapitalistischen Länder, in das Netz seiner Militärstützpunkte verstrickt, die vor allem gegen die sozialistischen Länder gerichtet sind. Diese Blocks und Stützpunkte gefährden den Weltfrieden und die allgemeine Sicherheit. Sie verletzen nicht nur die Souveränität, sondern gefährden selbst die Existenz jener Staaten, die ihr Territorium dem amerikanischen Militärklüngel für Stützpunkte zur Verfügung stellen.

Die imperialistischen Kräfte der USA, Englands und Frankreichs sind ein verbrecherisches Komplott mit dem westdeutschen Imperialismus eingegangen. In Westdeutschland ist der Militarismus wiedererstanden. Die Wiederherstellung eines stehenden Massenheeres unter dem Kommando von Hitlergeneralen, das die amerikanischen Imperialisten mit Raketen- und Kernwaffen und anderen neuesten Massenvernichtungsmitteln ausrüsten, wird beschleunigt. Dies ruft in wachsendem Maße den entschiedenen Protest der friedliebenden Völker hervor. Dieser aggressiven Armee werden Militärstützpunkte in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern zur Verfügung gestellt. Die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas wird größer. Die westdeutschen Revanchisten erklären offen, daß sie die nach dem zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen ändern wollen. Wie einst die Hitler-Clique, so bereiten heute die westdeutschen Militaristen einen Krieg gegen die sozialistischen Länder und andere europäische Staaten vor. Sie sind bestrebt, ihre eigenen Aggressionspläne zu verwirklichen. Westberlin wurde in einen Herd internationaler Provokationen verwandelt. Der Bonner Staat ist zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden.

Den aggressiven Plänen des westdeutschen Imperialismus ist die vereinte Macht aller friedliebenden Staaten und Völker Europas entgegenzustellen. Im Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus fällt der Deutschen Demokratischen Republik eine besonders große Rolle zu. Die Teilnehmer der Beratung betrachten es als

die Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers, aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, des Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, des wahren Künders der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes.

Die Imperialisten der USA tun alles, um auch im Fernen Osten wieder einen Kriegsherd zu schaffen. Sie haben die nationale Unabhängigkeit des japanischen Volkes mit Füßen getreten. Wider seinen Willen haben sie im Komplott mit den reaktionären herrschenden Kreisen Japans diesem Land einen neuen Militärvertrag aufgezwungen, der gegenüber der Sowjetunion, der Volksrepublik China und anderen friedliebenden Staaten aggressive Ziele verfolgt. Amerikanische Okkupanten halten die der Volksrepublik China gehörende Insel Taiwan und Südkorea besetzt, mischen sich immer mehr in die Angelegenheiten Südvietnams ein und haben sie zu Herden gefährlicher militärischer Provokationen und Abenteuer gemacht. Die amerikanischen Imperialisten, die Kuba mit einer Aggression drohen, sich in die Angelegenheiten der Völker Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens einmischen, sind bestrebt, neue Kriegsherde in verschiedenen Teilen der Welt zu schaffen. Die amerikanischen Imperialisten benutzen solche Formen regionaler Bündnisse wie zum Beispiel die „Organisation Amerikanischer Staaten", um ihre wirtschaftliche und politische Kontrolle aufrechtzuerhalten und die lateinamerikanischen Länder in ihre Aggressionspläne hineinzuzerren.

Der amerikanische Imperialismus hat eine riesige Kriegsmaschine geschaffen und will ihren Abbau nicht zulassen. Die Imperialisten torpedieren jedwede konstruktiven Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und der anderen friedliebenden Staaten. Das Wettrüsten geht weiter. Die Kernwaffenvorräte wachsen bedrohlich. Trotz der Proteste ihres Volkes und der Völker anderer Länder – besonders des afrikanischen Kontinents – sind die französischen herrschenden Kreise dazu übergegangen, Atomwaffen herzustellen und zu erproben. Der amerikanische Militärklüngel rüstet zur Wiederaufnahme der verderbenbringenden Atomwaffenversuche; nach wie vor werden militärische Provokationen verübt, die zu ernsten internationalen Konflikten führen können.

Durch ihre provokatorische Politik und ihre Aggressionsakte haben die amerikanischen herrschenden Kreise die Pariser Gipfelkonferenz vereitelt und auf eine Verschärfung der internationalen Spannung, auf eine Zuspitzung des kalten Krieges Kurs genommen. Die Kriegsgefahr ist größer geworden. Die gegen den Frieden gerichteten imperialistischen Provokationen haben die Empörung und den Widerstand der Völker hervorgerufen. Der amerikanische Imperialismus hat sich noch mehr entlarvt, und seinem Einfluß in der Welt wurden neue, schwere Schläge versetzt.

Der aggressive Charakter des Imperialismus hat sich nicht geändert.

Dennoch haben sich reale Kräfte gebildet, die seine Aggressionspläne vereiteln können. Es besteht keine schicksalhafte Unvermeidbarkeit des Krieges. Ginge es nach den Imperialisten, so hätten sie die Menschheit bereits in den Strudel der Leiden und Schrecken eines neuen Weltkrieges gestürzt. Aber die Zeit ist vorbei, da die Imperialisten nach eigenem Ermessen bestimmen konnten, ob es Krieg geben soll oder nicht. Die Imperialisten haben in den letzten Jahren wiederholt lokale Kriege entfesselt und die Menschheit dadurch an den Rand einer weltweiten Katastrophe gebracht. Durch ihre entschlossene Haltung haben die UdSSR, die anderen sozialistischen Staaten und alle friedliebenden Kräfte die englisch-französisch-israelische Intervention in Ägypten unterbunden und eine militärische Invasion der Imperialisten in Syrien, im Irak und einigen anderen Ländern verhütet. Tapfer setzt das heroische Volk Algeriens den Kampf für seine Unabhängigkeit und Freiheit fort. Immer entschlossener leisten die Völker von Kongo und Laos dem verbrecherischen Treiben der Imperialisten Widerstand. Die Erfahrung bestätigt, daß man die von den Imperialisten entfesselten lokalen Kriege wirksam bekämpfen, die Brandherde solcher Kriege erfolgreich austreten kann.

Heute können die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Weltkrieg zu entfesseln, durchkreuzt werden. Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern.

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen wird heute bestimmt durch den Kampf der zwei Gesellschaftssysteme, den Kampf der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie gegen die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion und Aggression, den Kampf, in dem das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie immer offensichtlicher wird.

Zum ersten Mal in der Geschichte wird der Kampf gegen den Krieg von großen und organisierten Kräften geführt. Diese Kräfte sind: die mächtige Sowjetunion, die auf entscheidenden Gebieten der Wissenschaft und Technik den ersten Platz in der Welt errungen hat; das ganze sozialistische Lager, das seine enorme materielle und politische Macht in den Dienst des Friedens gestellt hat; die ständig wachsende Zahl der friedliebenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die zutiefst an der Erhaltung des Friedens interessiert sind; die internationale Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vor allem die kommunistischen Parteien; die nationale Befreiungsbewegung der Völker der Kolonien und abhängigen Länder; die Weltfriedensbewegung; die neutralen Länder, die den imperialistischen Kurs auf die Entfesselung eines Krieges nicht mitmachen und für die friedliche Koexistenz eintreten. Für die Politik der friedlichen

Koexistenz spricht sich auch ein bestimmter Teil der Bourgeoisie der entwickelten kapitalistischen Länder aus, der das Kräfteverhältnis und die verhängnisvollen Folgen eines modernen Krieges nüchtern einschätzt. Die Erhaltung des Weltfriedens erfordert die breiteste Einheitsfront der Friedensanhänger, der Kämpfer gegen die vom amerikanischen Imperialismus inspirierte imperialistische Politik der Aggression und der Kriege. Durch vereinte, aktive Bemühungen aller friedliebenden Kräfte kann der Frieden erhalten und ein neuer Krieg verhütet werden.

Es gibt heute für alle demokratischen, friedliebenden Kräfte keine dringendere Aufgabe als den Schutz der Menschheit vor den Gefahren einer thermonuklearen Katastrophe. Die beispiellose Zerstörungsgewalt der modernen Kriegstechnik erheischt gebieterisch, daß alle Antikriegs- und Friedenskräfte die Hauptaktionen auf die Verhütung des Krieges konzentrieren. Man darf die Bekämpfung des Krieges nicht aufschieben, bis er ausgebrochen ist, denn dann kann es für viele Gebiete der Welt und ihre Bevölkerung schon zu spät sein. Der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges muß entfaltet werden, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen. Dieser Kampf muß jetzt mit täglich wachsender Stärke geführt werden. Die Hauptsache ist, die Aggressoren rechtzeitig zu zügeln, den Krieg abzuwenden, ihn nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.

Heute für den Frieden kämpfen heißt größte Wachsamkeit üben, die Politik des Imperialismus unermüdlich enthüllen, ein scharfes Auge auf die Ränke und Machenschaften der Kriegstreiber richten, den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen entfachen, die den Kriegskurs steuern; alle Friedenskräfte noch besser organisieren, die Massenaktionen für den Frieden ständig verstärken und die Zusammenarbeit mit allen Staaten festigen, die nicht an neuen Kriegen interessiert sind. In den Ländern, in denen die Imperialisten ihre Militärstützpunkte angelegt haben, muß der Kampf für die Beseitigung dieser Stützpunkte gesteigert werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit, den Schutz der Souveränität und die Verhinderung eines Krieges. Der Kampf der Völker gegen die Militarisierung ihrer Länder ist mit dem Kampf gegen die mit den USA-Imperialisten verbundenen Monopole zu verknüpfen. Es ist heute wichtiger denn je, in jedem Lande beharrlich dafür einzutreten, daß sich die Friedensbewegung in den Städten und Dörfern, den Betrieben und Büros ständig verstärkt und verbreitert. Die Friedensbewegung ist die breiteste Bewegung der Gegenwart, die Menschen der verschiedensten politischen Überzeugungen und Glaubensbekenntnisse umfaßt. Menschen, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft angehören, aber durch das edle Streben vereint sind, neue Kriege zu verhindern und einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Entscheidend wird für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens die weitere Festigung des sozialistischen Weltsystems sein. Solange die Abrüstung noch nicht Tatsache ist, sind die sozialistischen Länder verpflichtet, ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem notwendigen Niveau zu halten.

Das Wettrüsten einstellen, die Atomwaffen, wie auch die Versuche mit ihnen, und ihre Produktion verbieten, die ausländischen Militärstützpunkte liquidieren und die ausländischen Truppen von fremden Territorien abziehen, die Militärblocks auflösen, den Friedensvertrag mit Deutschland schließen, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandeln, die aggressiven Umtriebe der westdeutschen Revanchisten durchkreuzen, das Wiedererstehen des japanischen Militarismus verhüten – das sind die Aufgaben, die nach Auffassung der Kommunisten vor allem gelöst werden müssen, damit der Friede gesichert wird.

Die Geschichte hat vor allem der internationalen Arbeiterklasse eine große Verantwortung für die Verhütung eines neuen Weltkrieges auferlegt. Die Imperialisten schmieden ein Komplott und vereinigen sich, um einen Kernwaffenkrieg zu entfesseln. Die internationale Arbeiterklasse muß ihre Reihen fester schließen, um die Menschheit vor der Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu retten. Keine politischen, religiösen oder sonstigen Differenzen dürfen den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr verhindern. Nun ist die Stunde gekommen, den Kräften des Krieges den mächtigen Willen und die Aktionseinheit aller Kolonnen und Organisationen des Weltproletariats entgegenzustellen und alle seine Kräfte zu einen, um den Krieg abzuwenden und den Frieden zu erhalten!

Die kommunistischen Parteien betrachten den Kampf für den Frieden als ihre erstrangige Aufgabe. Sie rufen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, Frauen- und Jugendbünde und -organisationen, alle Werktätigen auf, unabhängig von ihren politischen und religiösen Überzeugungen durch Massenkampf allen Aggressionsakten der Imperialisten eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Sollten die imperialistischen Tollhäusler aber den Krieg entfesseln, so werden die Völker den Kapitalismus hinwegfegen und zu Grabe tragen.

Die unerschütterliche Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern. Im Frieden offenbart die sozialistische Gesellschaftsordnung immer umfassender ihre Überlegenheit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung in allen Bereichen der Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik. Die nächste Zukunft wird den Kräften des Friedens und des Sozialismus neue Erfolge bringen. Die UdSSR wird zur ersten Industriemacht der Welt werden. China wird sich in ein mächtiges In-

dustrieland verwandeln. Das sozialistische System wird mehr als die Hälfte der industriellen Weltproduktion erzeugen. Die Friedenszone wird sich noch mehr erweitern. Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern werden neue Siege erringen. Das Kolonialsystem wird endgültig zerfallen. Die Überlegenheit der Kräfte des Sozialismus und des Friedens wird absolut sein. Unter diesen Umständen wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten. Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen.

Die Kommunisten der ganzen Welt setzen sich einmütig und konsequent für die friedliche Koexistenz ein. Sie kämpfen entschlossen für die Verhütung eines Krieges. Die Kommunisten müssen unermüdlich unter den Massen arbeiten, um zu verhindern, daß die Möglichkeit der Verhütung eines Weltkrieges und die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz unterschätzt werden, gleichzeitig aber dürfen sie keine Unterschätzung der Kriegsgefahr zulassen.

Da die Welt in zwei Systeme geteilt ist, ist das einzig richtige und vernünftige Prinzip der internationalen Beziehungen das von W. I. Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, das in der Moskauer Erklärung und im Friedensmanifest von 1957, in den Beschlüssen des XX. und XXI. Parteitages der KPdSU und in den Dokumenten der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien seine Weiterentwicklung gefunden hat.

Die von der Volksrepublik China und der Republik Indien gemeinsam aufgestellten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie die von der Bandung-Konferenz angenommenen Thesen entsprechen den Interessen des Friedens und der friedliebenden Völker.

Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg – nur so steht heute die Frage. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Kommunisten verwerfen entschieden die amerikanische Doktrin des kalten Krieges und des „Balancierens am Rande des Krieges" als eine Politik, die zur thermonuklearen Katastrophe führt. Die Kommunisten, die für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz eintreten, streben nach der restlosen Einstellung des kalten Krieges, nach der Auflösung der Militärblocks, nach der Abschaffung der Militärstützpunkte, nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter internationaler Kontrolle, nach Entscheidung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungswege, nach Achtung der Gleichberechtigung der Staaten

sowie ihrer territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität, nach Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, nach einem umfassenden Ausbau der kulturellen, wissenschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den Völkern.

Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker, aller Menschen, die keine neuen blutigen Kriege wünschen und für einen dauerhaften Frieden kämpfen. Diese Politik trägt zur Festigung der Positionen des Sozialismus, zur Verstärkung des Ansehens und internationalen Einflusses der sozialistischen Länder bei. Sie erhöht das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. Der Friede ist ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus; denn die Zeit arbeitet für den Sozialismus, gegen den Kapitalismus.

Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern. Ihrerseits tragen die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei. Die Kommunisten halten es für ihre Pflicht, den Glauben der Volksmassen an die Möglichkeit der Festigung der friedlichen Koexistenz, ihre Entschlossenheit zur Verhinderung eines Weltkrieges zu verstärken. Sie werden auf jede Weise dazu beitragen, daß die Völker durch ihren tatkräftigen Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung eine zunehmende Schwächung und Einengung der Positionen des Imperialismus erreichen.

Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Kriege ausgetragen werden.

Die Beratung ist der Auffassung, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion unterbreiteten Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung historische Bedeutung für die Geschicke der Menschheit haben würde. Die Verwirklichung dieses Programms durchsetzen heißt den Krieg zwischen den Ländern überhaupt unmöglich machen. Seine Verwirklichung

ist nicht leicht. Sie stößt auf den erbitterten Widerstand der Imperialisten. Deshalb ist ein aktiver und entschlossener Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus, für die Verwirklichung dieses Programms geboten. Dieser Kampf muß mit immer größerem Elan geführt werden. Beharrlich sind reale Ergebnisse anzustreben, wie das Verbot der Erprobung und Erzeugung von Kernwaffen, die Auflösung der Militärblocks und Militärstützpunkte auf fremden Territorien und eine erhebliche Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen, um so den Weg zur allgemeinen Abrüstung freizulegen. In aktivem, entschlossenem Kampf können die sozialistischen und anderen friedliebenden Staaten, die internationale Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen aller Länder die aggressiven Kreise isolieren, das Wettrüsten und die Kriegsvorbereitungen vereiteln und die Imperialisten zu einem Abkommen über allgemeine Abrüstung zwingen.

Das Wettrüsten hemmt weder den Krieg noch sichert es einen hohen Beschäftigungsgrad und den Wohlstand der Bevölkerung, sondern führt zum Kriege. Am Wettrüsten ist nur ein verschwindend kleines Häuflein von Monopolherren und Rüstungsschiebern interessiert. In den kapitalistischen Ländern ist die Einschränkung der Militärausgaben und die Verwendung der dabei frei werdenden Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Volksmassen eine ständige Forderung der Völker. In jedem Lande gilt es, eine breite Massenbewegung dafür zu entfalten, daß die Mittel und Hilfsquellen, die bei der Abrüstung frei werden, für Friedensproduktion, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Volksbildung, Sozialfürsorge, für die Förderung wissenschaftlicher Forschungen usw. verwendet werden. Abrüstung ist jetzt der Kampfruf der Volksmassen! Sie ist eine herangereifte historische Notwendigkeit. Die Imperialisten müssen durch aktiven, entschlossenen Kampf gezwungen werden, diese Forderung der Völker zu erfüllen!

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder werden auch künftig konsequent auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinwirken und alles tun, um die Völker vor den Schrecken und Leiden eines neuen Krieges zu bewahren. Sie werden dem Imperialismus gegenüber größte Wachsamkeit an den Tag legen, werden die Macht und die Verteidigungskraft des gesamten sozialistischen Lagers allseitig festigen und alle Maßnahmen treffen, um die Sicherheit der Völker zu gewährleisten und den Frieden zu erhalten.

Die Kommunisten sehen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend im Weltmaßstab abzuschaffen und die Möglichkeit eines beliebigen Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges

zu erlösen. Die kommunistischen Parteien in allen Ländern werden der Verwirklichung dieser großen geschichtlichen Mission ihre ganze Kraft und Energie widmen.

IV

In großen Teilen der Welt haben die nationalen Befreiungsrevolutionen triumphiert. In den 15 Nachkriegsjahren sind in Asien und Afrika etwa 40 neue souveräne Staaten entstanden. Der Sieg der Revolution auf Kuba hat dem Kampf der Völker Lateinamerikas um völlige nationale Befreiung einen mächtigen Auftrieb gegeben. Eine neue Geschichtsperiode hat im Leben der Menschheit begonnen: die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich befreit haben, beteiligen sich jetzt aktiv an der Weltpolitik.

Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar. Der Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung ist in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution erweckte den Osten und bezog die Kolonialvölker in den allgemeinen Strom der revolutionären Weltbewegung ein. Der Sieg der UdSSR im zweiten Weltkrieg, die Errichtung der volksdemokratischen Ordnung in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens, der Triumph der sozialistischen Revolution in China und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems haben diesen Prozeß außerordentlich beschleunigt. Die Kräfte des Weltsozialismus haben den Kampf der Völker in den Kolonien und abhängigen Ländern um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus entscheidend gefördert. Das sozialistische System ist für die Völker, die sich befreit haben, zum sicheren Schutz und Schirm ihrer unabhängigen nationalen Entwicklung geworden. Große Unterstützung wird der nationalen Befreiungsbewegung durch die internationale Arbeiterbewegung zuteil.

Asien hat sich gründlich verändert. In Afrika bricht die Kolonialordnung zusammen. Eine Front des aktiven Kampfes gegen den Imperialismus hat sich in Lateinamerika gebildet. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und anderen Teilen der Welt haben die Unabhängigkeit in erbittertem Ringen mit dem Imperialismus errungen. Die Kommunisten haben die fortschrittliche, revolutionäre Bedeutung der nationalen Befreiungskriege stets anerkannt und sind die aktivsten Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit. Die Existenz des sozialistischen Weltsystems und die Schwächung der Positionen des Imperialismus eröffneten den unterdrückten Völkern neue Möglichkeiten, ihre Unabhängigkeit zu erringen.

Die Völker der Kolonien erkämpfen ihre Unabhängigkeit je nach den konkreten Verhältnissen eines jeden Landes durch bewaffneten Kampf oder auf nichtmilitärischem Wege. Sie erkämpfen durch eine mächtige nationale Befreiungsbewegung einen dauerhaften Sieg. Die Kolonialmächte schenken den Völkern der Kolonien die Freiheit nicht und denken nicht daran, aus den von ihnen ausgebeuteten Ländern freiwillig abzuziehen.

Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Imperialisten, allen voran die USA, sind verzweifelt bemüht, durch neue Methoden und in neuen Formen die Kolonialausbeutung der Völker in den ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten. Die Monopole suchen die Hebel der wirtschaftlichen Kontrolle und des politischen Einflusses in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren Händen zu behalten. Sie bemühen sich, ihre alten wirtschaftlichen Positionen in den Ländern, die sich befreit haben, beizubehalten und hinter dem Aushängeschild der „Wirtschaftshilfe" sogar neue Positionen zu erobern. Sie sind bemüht, die Länder, die ihre Freiheit errungen haben, in Militärblocks einzubeziehen, in ihnen Militärdiktaturen zu errichten und Militärstützpunkte anzulegen. Die Imperialisten wollen die nationale Souveränität der Länder, die sich befreit haben, aushöhlen und untergraben, den Sinn der Selbstbestimmung der Nationen entstellen, unter der Flagge der gegenseitigen Abhängigkeit neue Formen der Kolonialherrschaft aufzwingen, in diesen Ländern ihre Marionetten ans Ruder bringen und einen gewissen Teil der Bourgeoisie korrumpieren. Sie bedienen sich der vergifteten Waffe des nationalen Haders, um die jungen, noch nicht erstarkten Staaten zu schwächen. Zu diesem Zweck nutzen sie nach Kräften die aggressiven Militärblocks sowie die zweiseitigen aggressiven Militärbündnisse aus. Die reaktionärsten Kreise der einheimischen Ausbeuterklassen leisten den Imperialisten Handlangerdienste.

Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt können in den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Festigung der politischen Selbständigkeit, Agrarreformen im Interesse der Bauernschaft, Abschaffung der Überreste des Feudalismus, Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der Herrschaft des Imperialismus, Beschränkung und Verdrängung der ausländischen Monopole aus der Wirtschaft, Aufbau und Entwicklung der nationalen Industrie, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, Demokratisierung des öffentlichen Lebens, unabhängige, friedliebende Außenpolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den

sozialistischen Ländern und anderen befreundeten Ländern – das sind die gesamtnationalen demokratischen Aufgaben, zu deren Lösung sich die fortschrittlichen Kräfte der Nation in den Ländern, die sich befreit haben, zusammenschließen können und tatsächlich zusammenschließen.

Die Arbeiterklasse, die im Kampf für die nationale Befreiung eine hervorragende Rolle gespielt hat, verlangt die konsequente, endgültige Lösung der Aufgaben der nationalen, antiimperialistischen, demokratischen Revolution und wendet sich gegen die Versuche der reaktionären Kräfte, den sozialen Fortschritt zu hemmen.

Von größter Bedeutung ist für diese Länder die Lösung der Bauernfrage, die die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unmittelbar berührt. Ohne tiefgreifende Agrarreformen ist es unmöglich, das Ernährungsproblem zu lösen und alle Überreste des Mittelalters hinwegzufegen, die die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und in der Industrie hemmen. Große Bedeutung hat in diesen Ländern die auf demokratischer Grundlage beruhende Bildung und Erweiterung eines staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft, besonders in der Industrie, der von ausländischen Monopolen unabhängig ist und sich sukzessiv in den bestimmenden Faktor der Wirtschaft des Landes verwandelt.

Das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist ein überaus wichtiger Faktor für die Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Verwirklichung tiefgreifender demokratischer Umwälzungen und für die Gewährleistung des sozialen Fortschritts. Dieses Bündnis ist die Grundlage einer breiten nationalen Front. Von seiner Stärke und Festigkeit hängt auch in nicht geringem Maße ab, in welchem Grade die nationale Bourgeoisie am Befreiungskampf teilnimmt. Alle national-patriotischen Kräfte, alle Elemente der Nation, die bereit sind, für die nationale Unabhängigkeit, gegen den Imperialismus zu kämpfen, können eine große Rolle spielen.

Unter den jetzigen Umständen ist die nicht mit den imperialistischen Kreisen verbundene nationale Bourgeoisie der kolonialen und abhängigen Länder objektiv daran interessiert, daß die Hauptaufgaben der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution gelöst werden. Sie bewahrt daher die Fähigkeit, am revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Feudalismus teilzunehmen. In diesem Sinne ist sie fortschrittlich. Sie ist jedoch wankelmütig. Neben einer fortschrittlichen Einstellung neigt sie auch zum Paktieren mit dem Imperialismus und dem Feudalismus. Infolge ihres zwiespältigen Charakters nimmt die nationale Bourgeoisie in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße an der Revolution teil. Dies hängt von den konkreten Bedingungen ab, von den Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, von der Schärfe der Gegen-

sätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und den Volksmassen, von der Tiefe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und der nationalen Bourgeoisie.

Haben die Völker die politische Unabhängigkeit errungen, so suchen sie eine Antwort auf die sozialen Probleme und die Fragen der Festigung der nationalen Unabhängigkeit, vor die sie das Leben stellt. Die verschiedenen Klassen und Parteien schlagen verschiedene Lösungen vor. Welchen Entwicklungsweg die Völker wählen, ist ihre innere Angelegenheit. Je mehr sich die sozialen Gegensätze verschärfen, desto mehr neigt die nationale Bourgeoisie dazu, mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu paktieren. Dagegen überzeugen sich die Volksmassen, daß der beste Weg zur Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit und zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse die nichtkapitalistische Entwicklung ist. Nur auf diesem Weg können sich die Völker von Ausbeutung, Elend und Hunger befreien. Die Arbeiterklasse und die breiten Massen der Bauernschaft sind berufen, bei der Lösung dieser grundlegenden sozialen Frage die entscheidende Rolle zu spielen.

Unter den jetzigen historischen Verhältnissen entstehen in vielen Ländern günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Bildung eines unabhängigen Staates der nationalen Demokratie, d. h. eines Staates, der konsequent seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verteidigt, der gegen den Imperialismus und seine Militärblocks, gegen die Militärstützpunkte auf seinem Territorium kämpft; eines Staates, der gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals kämpft; eines Staates, der die diktatorischen und despotischen Methoden der Verwaltung ablehnt; eines Staates, in dem das Volk die breitesten demokratischen Rechte und Freiheiten (Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Demonstrationen, der Bildung politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen) genießt, in dem es die Möglichkeit besitzt, sich für eine Agrarreform und für die Verwirklichung anderer Forderungen nach demokratischen und sozialen Umgestaltungen, nach Mitbestimmung der Staatspolitik einzusetzen. Mit ihrer Entstehung und Festigung ergibt sich für die nationaldemokratischen Staaten die Möglichkeit, auf dem Wege des sozialen Fortschritts rasch voranzukommen und im Völkerkampf für den Frieden, gegen die Aggressionspolitik des imperialistischen Lagers und für die restlose Beseitigung des Kolonialjochs eine aktive Rolle zu spielen.

Die kommunistischen Parteien kämpfen aktiv für die konsequente Vollendung der antiimperialistischen, antifeudalen, demokratischen Revolution, für die Bildung eines nationaldemokratischen Staates und für eine wirksame Hebung des Lebensstandards der Volksmassen. Sie unterstützen die Maßnahmen der nationalen Regierungen, die der Verankerung der

erzielten Errungenschaften dienen und die Positionen des Imperialismus untergraben. Zugleich wenden sie sich aktiv gegen antidemokratische, volksfeindliche Handlungen, gegen Maßnahmen der herrschenden Kreise, die die nationale Unabhängigkeit gefährden. Die Kommunisten enthüllen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie, seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen, sowie den demogogischen Mißbrauch sozialistischer Losungen durch die bürgerlichen Politiker, womit sie den gleichen Zweck verfolgen. Die Kommunisten streben eine echte Demokratisierung des öffentlichen Lebens an und vereinigen alle fortschrittlichen Kräfte, um die despotischen Regimes zu bekämpfen, beziehungsweise die Absichten zur Errichtung derartiger Regimes zu durchkreuzen.

Die Ziele der Kommunisten entsprechen den höchsten Interessen der Nation. Das Bestreben der reaktionären Kreise, unter der Flagge des „Antikommunismus" die nationale Front zu sprengen und die Kommunisten, den fortschrittlichsten Teil der Befreiungsbewegung, zu isolieren, schwächen die nationale Bewegung, laufen den nationalen Interessen der Völker zuwider und beschwören die Gefahr des Verlustes der bisherigen nationalen Errungenschaften herauf.

Die Länder des Sozialismus sind aufrichtige und treue Freunde der Völker, die für ihre Befreiung kämpfen oder sich von der imperialistischen Unterdrückung schon befreit haben. Sie lehnen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen Nationalstaaten grundsätzlich ab und halten es für ihre internationale Pflicht, die Völker in ihrem Kampf für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit zu unterstützen. Sie erweisen diesen Ländern allseitige Hilfe und Unterstützung in ihrer fortschrittlichen Entwicklung, beim Aufbau einer eigenen Industrie, bei der Entwicklung und Festigung der nationalen Wirtschaft sowie bei der Ausbildung eigener Kader. Sie arbeiten mit ihnen im Kampf um den Weltfrieden, gegen die imperialistische Aggression zusammen.

Die klassenbewußten Arbeiter der Metropolen kämpfen konsequent für die Selbstbestimmung der vom Imperialismus unterdrückten Nationen; denn sie wissen: „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein!" Jetzt, da diese Völker den Weg der nationalen Unabhängigkeit beschreiten, ist es die internationale Pflicht der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte der industriell entwickelten kapitalistischen Länder, diesen Völkern im Kampfe gegen die Imperialisten, für die nationale Unabhängigkeit und ihre Festigung jedwede Unterstützung zu geben, ihnen bei der erfolgreichen Lösung der Aufgaben der wirtschaftlichen und kulturellen Wiedergeburt zu helfen. Diese Pflicht erfüllen heißt die Interessen der Volksmassen der eigenen Länder vertreten.

Die volle und endgültige Abschaffung des Kolonialregimes in allen

seinen Formen und Erscheinungen wird durch den ganzen Lauf der Weltgeschichte während der letzten Jahrzehnte diktiert.

Allen Völkern, die noch die Ketten des Kolonialismus tragen, muß weitgehende Unterstützung bei der Eroberung der nationalen Unabhängigkeit gewährt werden! Die koloniale Unterdrückung ist in allen ihren Formen zu beseitigen! Die Liquidierung des Kolonialismus wird auch für die internationale Entspannung und für die Festigung des Weltfriedens von größter Bedeutung sein. Die Beratung erklärt sich solidarisch mit allen Völkern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Ozeaniens, die einen heroischen antiimperialistischen Kampf führen. Die Beratung begrüßt die Völker der jungen afrikanischen Staaten, die die politische Unabhängigkeit errungen haben, was einen wichtigen Schritt zu ihrer vollen Befreiung darstellt. Die Beratung bekundet heiße Sympathie für das heldenhafte algerische Volk, unterstützt seinen Kampf um Freiheit und nationale Unabhängigkeit und fordert die unverzügliche Einstellung des aggressiven Krieges gegen Algerien. Voller Empörung verurteilt sie das unmenschliche System der Rassenverfolgungen und der Tyrannei in der Südafrikanischen Union („Apartheid") und ruft die internationale demokratische Öffentlichkeit auf, die Völker Südafrikas in ihrem Kampf für Freiheit und Gleichheit aktiv zu unterstützen. Die Beratung fordert die Nichteinmischung in die souveränen Rechte der Völker Kubas, Kongos und aller anderen Länder, die ihre Freiheit errungen haben.

Alle sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung halten es für ihre Pflicht, die Völker, die um ihre Befreiung vom imperialistischen und kolonialen Joch kämpfen, auf jede Weise moralisch und materiell zu unterstützen.

V

Das neue Kräfteverhältnis in der Weltarena bietet den kommunistischen und Arbeiterparteien neue Möglichkeiten, ihre historischen Aufgaben im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu lösen.

Die kommunistischen Parteien bestimmen die Perspektiven und Aufgaben der Revolution je nach den konkreten historischen und sozialen Bedingungen ihrer Länder unter Berücksichtigung der internationalen Lage. Sie führen einen aufopferungsvollen Kampf, damit bereits unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles getan wird, um die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu vertreten, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu erweitern. Sie warten nicht passiv auf den Sieg des Sozialismus. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut werden in dem Bewußtsein, daß die Hauptlast des Kampfes um die Befreiung ihres Volkes vom Joch

des Kapitals auf ihren Schultern liegt, die Offensive gegen die Herrschaft der Unterdrücker und Ausbeuter auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Ideologie eines jeden Landes immer energischer führen. In diesem Kampf werden die Massen auf die entscheidenden Schlachten für den Sturz des Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution vorbereitet und werden dafür die Bedingungen geschaffen.

Der Hauptstoß wird unter den jetzigen Verhältnissen immer entschlossener gegen die kapitalistischen Monopole gerichtet, die die Hauptschuld am Wettrüsten tragen und das Bollwerk der Reaktion und Aggression sind, gegen das ganze System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das die Interessen der Monopole schützt.

In einzelnen nichteuropäischen entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des amerikanischen Imperialismus stehen, richten die Arbeiterklasse und die Volksmassen den Hauptstoß gegen die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die die Interessen der Nation verraten. In diesem Kampf bildet sich die feste Einheitsfront aller demokratischen, patriotischen Kräfte der Nation. Sie kämpfen für den Sieg der Revolution zur Erringung der wahren nationalen Unabhängigkeit und Demokratie als Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution.

Die Mammutmonopole greifen die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen auf allen Gebieten an. Die Werktätigen werden immer stärker ausgebeutet, die breiten Massen der Bauernschaft immer mehr ruiniert; zugleich hat die städtische Klein- und Mittelbourgeoisie unter wachsenden Schwierigkeiten zu leiden. Der Druck der Mammutmonopole lastet immer schwerer auf allen Schichten der Nation. Infolgedessen vertieft sich mit der Verschärfung des wichtigsten Klassenwiderspruchs der bürgerlichen Gesellschaft – des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital – in der jetzigen Etappe der Widerspruch zwischen allen Volksschichten und dem Häuflein der Monopolherren.

Die Monopole sind bestrebt, die demokratischen Rechte der Volksmassen aufzuheben oder auf ein Mindestmaß zu beschränken. In manchen Ländern wütet nach wie vor offener faschistischer Terror. In einer Reihe von Ländern verstärkt sich der Prozeß der Faschisierung in neuen Formen: Diktatorische Verwaltungsmethoden gehen Hand in Hand mit einem fiktiven, jedes demokratischen Inhalts beraubten und zu einer reinen Formsache herabgewürdigten Parlamentarismus. Viele demokratische Organisationen werden verboten und in die Illegalität gedrängt. Tausende Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse und des Friedens schmachten in Kerkern.

Im Namen aller Kommunisten der Welt bekundet die Beratung ihre

proletarische Solidarität mit den eingekerkerten ruhmreichen Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse und den Kämpfern für Demokratie in den USA, in Spanien, Portugal, Japan, Westdeutschland, Griechenland, Iran, Pakistan, der Vereinigten Arabischen Republik, in Jordanien, Irak, Argentinien, Paraguay, in der Dominikanischen Republik, Mexiko, der Südafrikanischen Union, dem Sudan und anderen Ländern. Die Beratung ruft auf, eine mächtige internationale Kampagne zur Befreiung der Kämpfer für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu entfalten.

Am Sturz der Herrschaft der Monopole sind die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Geistesschaffenden sowie die städtische Klein- und Mittelbourgeoisie zutiefst interessiert. Es entstehen günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller dieser Kräfte.

Nach Ansicht der Kommunisten ist ein solcher Zusammenschluß durchaus möglich, und zwar auf der Basis des Kampfes für Frieden und nationale Unabhängigkeit, für den Schutz und die Entwicklung der Demokratie, für die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige und die Demokratisierung ihrer Verwaltung, für die Ausnutzung der gesamten Wirtschaft für friedliche Zwecke zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, für radikale Agrarreformen, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, für den Schutz der Bauernschaft und des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums vor der Willkür der Monopole.

Solche Maßnahmen würden einen großen sozialen Fortschritt bewirken und den Interessen der Mehrheit der Nation entsprechen. Alle diese Maßnahmen tragen demokratischen Charakter. Sie heben die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht auf. Doch würden sie die Macht der Monopole beschränken, das Ansehen und das politische Gewicht der Arbeiterklasse im Leben des Landes steigern, zur Isolierung der reaktionärsten Kräfte beitragen und die Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte erleichtern. Nehmen breite Schichten der Bevölkerung am Kampf für demokratische Umgestaltungen teil, so überzeugen sie sich von der Notwendigkeit, gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu handeln, und ihre politische Aktivität nimmt zu. Es ist die wichtigste Pflicht der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut, sich an die Spitze des ökonomischen und politischen Kampfes der Massen für demokratische Umgestaltungen, für den Sturz der Herrschaft der Monopole zu stellen und seinen Erfolg zu sichern.

Die Kommunisten setzen sich für die allgemeine Demokratisierung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sowie der Verwaltung und aller politischen und kulturellen Organisationen und Institutionen ein.

Die Kommunisten betrachten den Kampf für die Demokratie als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus. Sie festigen in diesem Kampf

ständig ihre Verbundenheit mit den Massen, entwickeln deren politisches Bewußtsein und klären die Massen über die Aufgaben der sozialistischen Revolution sowie über deren Notwendigkeit auf. Darin besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und den Reformisten, die als Endziel Reformen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung anschen und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution leugnen. Die Marxisten-Leninisten sind fest davon überzeugt, daß die Völker der kapitalistischen Länder im Verlauf des täglichen Kampfes erkennen: Nur der Sozialismus ist der wahre Ausweg.

Jetzt, da immer neue Bevölkerungsschichten am aktiven Klassenkampf teilnehmen, ist es außerordentlich wichtig, daß die Kommunisten ihre Arbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften, unter der Bauernschaft, den Jugendlichen und Frauen, in den Sportorganisationen und unter der nichtorganisierten Bevölkerung verstärken. Gegenwärtig sind neue Möglichkeiten entstanden, die junge Generation zum Kampf für Frieden und Demokratie und für die großen Ideale des Kommunismus heranzuziehen. Lenins großes Gebot, tiefer in die Massen einzudringen, überall zu arbeiten, wo die Massen sind, und die Verbindungen mit den Massen zu festigen, um sie zu führen, muß jede kommunistische Partei als wichtigste Aufgabe ansehen.

Größte Bedeutung für die Steigerung des Gewichts der Arbeiterklasse im politischen Leben und für die erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Interessen gewinnt die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern, in denen sie gespalten ist, wie auch auf internationaler Ebene. Die Werktätigen, die verschiedenen Gewerkschaften angehören, haben gemeinsame Interessen. In den größten Klassenkämpfen der letzten Jahre haben verschiedene Gewerkschaftsverbände in der Regel, wenn sie gemeinsam auftraten, gerade dank ihrer Einheit die Forderungen der Werktätigen durchgesetzt. Die kommunistischen Parteien sind der Auffassung, daß reale Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit bestehen. Sie werden die Lösung dieser Aufgabe beharrlich anstreben. In den Ländern, in denen es praktisch keine Gewerkschaftsdemokratie gibt, erfordert die Sache der Gewerkschaftseinheit eine ständige Arbeit, um die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung sowie die Anerkennung und Respektierung der Gewerkschaftsrechte aller Werktätigen ohne politische oder sonstige Diskriminierung zu erreichen.

Die Interessen des Friedens und des sozialen Fortschritts erheischen auch die Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit aller anderen demokratischen Massenbewegungen. Die Einheit der Massenorganisationen kann erreicht werden durch die Aktionseinheit im Kampf für die Erhaltung des Friedens, für nationale Unabhängigkeit, für die Wahrung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für die Ver-

besserung der Lebensbedingungen und für den Ausbau der sozialen Rechte der Werktätigen.

Die entscheidende Rolle im Kampf der Volksmassen der kapitalistischen Länder gebührt dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, das die Haupttriebkraft der sozialen Revolution ist.

Das Haupthindernis auf dem Wege der Arbeiterklasse zu ihren Zielen ist nach wie vor ihre Spaltung, an deren Aufrechterhaltung im nationalen wie auch im internationalen Maßstab die herrschenden Klassen, die rechten Führer der Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsführer interessiert sind. Die Kommunisten setzen sich entschieden für die Überwindung dieser Spaltung ein.

Um die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten und zu untergraben, greifen die Imperialisten und die Reaktionäre verschiedener Länder nicht nur zu Unterdrückungsmethoden, sondern auch zum Betrug und zur Korruption. Die Ereignisse der letzten Jahre haben erneut bestätigt, daß diese Spaltung die Positionen der Arbeiterklasse unterhöhlt und nur für die imperialistische Reaktion von Vorteil ist.

Manche rechten sozialdemokratischen Führer sind offen auf die Positionen des Imperialismus übergegangen, sie verteidigen das kapitalistische System, sie spalten die Arbeiterklasse. Aus Feindschaft gegen den Kommunismus und aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus in der Weltarena kapitulieren sie vor den reaktionären, konservativen Kräften. In mehreren Ländern hat die rechte Führung der sozialdemokratischen Parteien erreicht, daß Programme angenommen wurden, in denen sie dem Marxismus, dem Klassenkampf und den traditionellen sozialistischen Losungen offen abgeschworen hat. Damit hat sie der Bourgeoisie einen neuen Dienst geleistet. In den sozialdemokratischen Parteien wächst der Widerstand gegen diese Politik der rechten Führer, dem sich auch ein Teil der Funktionäre anschließt. Es wachsen die Kräfte, die für gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im Kampfe um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder, besonders die Arbeiter, sind Anhänger des Friedens und des sozialen Fortschritts.

Die Kommunisten werden die Kritik an den ideologischen Positionen und an der rechtsopportunistischen Praxis der Sozialdemokratie fortsetzen, sie werden durch ihre Tätigkeit auch weiter die sozialdemokratischen Massen veranlassen, auf die Positionen des konsequenten Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus überzugehen. Die Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß die ideologischen Differenzen zwischen ihnen und den Sozialdemokraten dem Meinungsaustausch über spruchreife Probleme der Arbeiterbewegung und dem gemeinsamen

Kampf, besonders dem Kampf gegen die Kriegsgefahr, nicht im Wege stehen dürfen.

Die Kommunisten sehen in den sozialdemokratischen Werktätigen ihre Klassenbrüder. Sie arbeiten in den Gewerkschaften und den anderen Organisationen oft mit ihnen zusammen und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

Die grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verlangen gebieterisch, daß die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien den Weg gemeinsamer Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene einschlagen, damit Produktion, Erprobung und Einsatz von Kernwaffen unverzüglich verboten, atomwaffenfreie Zonen geschaffen werden, eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle erfolgt, die Militärstützpunkte auf fremdem Boden liquidiert, die ausländischen Truppen abgezogen werden, der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern geholfen, die nationale Souveränität gesichert, die Demokratie gefestigt, die faschistische Gefahr abgewehrt, die Lebenshaltung der Werktätigen verbessert, die Arbeitswoche ohne Lohneinbuße verkürzt wird usw. Millionen Sozialdemokraten und einige sozialdemokratische Parteien haben sich bereits in dieser oder jener Form für die Lösung dieser Aufgaben ausgesprochen. Man kann mit Gewißheit sagen, daß die Arbeiterklasse vieler kapitalistischer Länder bei Überwindung der Spaltung ihrer Reihen und Herstellung der Aktionseinheit aller ihrer Kolonnen schon jetzt in der Lage wäre, der Politik der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Ländern einen schweren Schlag zu versetzen und sie zu zwingen, die Vorbereitung eines neuen Krieges einzustellen, die Offensive des Monopolkapitals zurückzuschlagen und ihre dringenden lebenswichtigen und demokratischen Forderungen durchzusetzen.

Sowohl im Kampf für bessere Lebensverhältnisse der Werktätigen, für die Wahrung und Erweiterung ihrer demokratischen Rechte, für die Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für den Frieden zwischen den Völkern als auch im Kampf um die Eroberung der Macht und um den Aufbau des Sozialismus treten die kommunistischen Parteien für Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien ein. Die Kommunisten besitzen die in sich geschlossene, wissenschaftlich fundierte und durch die Praxis erhärtete große Lehre des Marxismus-Leninismus und reiche internationale Erfahrungen im sozialistischen Aufbau. Sie sind bereit, mit den Sozialdemokraten zu diskutieren, da sie dies als den besten Weg zur vergleichenden Wertung der Anschauungen, Ideen und gesammelten Erfahrungen betrachten, deren Ziel die Beseitigung der tiefwurzelnden Vorurteile, die Überwindung der Spaltung der Werktätigen und die Zusammenarbeit ist.

Um Mißtrauen gegen die kommunistische Bewegung und ihre Ideologie hervorzurufen, versucht die imperialistische Reaktion nach wie vor, die Massen mit der Behauptung einzuschüchtern, die Kommunisten brauchten Kriege zwischen den Staaten, um das kapitalistische System zu stürzen und die sozialistische Ordnung zu errichten. Die kommunistischen Parteien weisen diese Verleumdung entschieden zurück. Die Tatsache, daß die von den Imperialisten entfesselten beiden Weltkriege mit sozialistischen Revolutionen endeten, besagt keinesfalls, daß der Weg zur sozialen Revolution unerläßlich über einen Weltkrieg geht, erst recht nicht in unserer Epoche, da das mächtige Weltsystem des Sozialismus besteht. Die Marxisten-Leninisten waren niemals der Ansicht, daß der Weg zur sozialen Revolution über Kriege zwischen den Staaten führt.

Die Wahl dieser oder jener Gesellschaftsordnung ist ein unveräußerliches Recht des Volkes eines jeden Landes. Die sozialistische Revolution wird nicht importiert und kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie ist das Ergebnis der inneren Entwicklung eines jeden Landes, der äußersten Zuspitzung seiner sozialen Gegensätze. Im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre waren die kommunistischen Parteien von jeher gegen einen Export der Revolution. Zugleich kämpfen sie entschieden gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution. Sie halten es für ihre internationale Pflicht, die Völker aller Länder zum Zusammenschluß, zur Mobilisierung all ihrer inneren Kräfte und zu aktivem Handeln aufzurufen, um, auf die Macht des sozialistischen Weltsystems gestützt, eine Einmischung der Imperialisten in die Angelegenheiten des Volkes eines beliebigen Landes, das sich zur Revolution erhoben hat, zu verhüten oder dieser Einmischung eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien stehen an der Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form. Die Formen und Entwicklungswege der sozialistischen Revolution werden vom konkreten Verhältnis der Klassenkräfte in diesem oder jenem Lande, von der Organisiertheit und Reife der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, vom Grad des Widerstandes der herrschenden Klassen abhängen. Unabhängig von den Formen, in denen die Diktatur des Proletariats errichtet werden wird, wird sie immer eine Erweiterung der Demokratie, den Übergang von der formalen bürgerlichen zur echten Demokratie, zur Demokratie für die Werktätigen, bedeuten.

Die kommunistischen Parteien bekräftigen die Feststellungen der Erklärung von 1957 über die Formen des Übergangs verschiedener Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die marxistisch-leninistische Partei, heißt es in der Erklärung, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit

friedlichen Mitteln durchzuführen. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit entspräche den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, den gesamtnationalen Interessen des Landes.

Unter den heutigen Verhältnissen hat die Arbeiterklasse mit ihrer Vorhut an der Spitze in einer Reihe von kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, auf der Grundlage der Arbeitereinheits- und der Volksfront und anderer möglicher Formen des Bündnisses und der politischen Zusammenarbeit verschiedener Parteien und gesellschaftlicher Organisationen die Mehrheit des Volkes zu vereinen, die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern und den Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes zu sichern. Indem sie sich auf die Mehrheit des Volkes stützt und einen entschlossenen Kampf gegen die opportunistischen Elemente führt, die die Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Gutsherren nicht aufgeben können, hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit, den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage beizubringen, eine stabile Parlamentsmehrheit zu erringen, das Parlament aus einem Werkzeug, das den Klasseninteressen der Bourgeoisie dient, in ein Instrument zu verwandeln, das dem schaffenden Volk dient, einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen. All das wird nur möglich sein auf dem Wege einer breiten ununterbrochenen Entwicklung des Klassenkampfes der Arbeiter, der Bauernmassen und der städtischen Mittelschichten gegen das monopolistische Großkapital, gegen die Reaktion, für durchgreifende soziale Reformen, für Frieden und Sozialismus.

Für den Fall, daß die Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt gebrauchen sollten, muß man eine andere Möglichkeit im Auge haben: die des nichtfriedlichen Übergangs zum Sozialismus. Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten. Der Grad der Erbitterung und die Formen des Klassenkampfes werden unter diesen Bedingungen nicht so sehr vom Proletariat abhängen als vielmehr von der Stärke des Widerstandes, den die reaktionären Kreise dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entgegensetzen, davon, ob diese Kreise in dieser oder jener Phase des Kampfes für den Sozialismus Gewalt anwenden werden.

Die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Übergangs zum Sozialismus wird in jedem einzelnen Lande durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt.

Heutzutage, da der Kommunismus nicht nur die fortschrittlichste Lehre, sondern auch eine real existierende Gesellschaftsordnung ist, die ihre Überlegenheit über den Kapitalismus bewiesen hat, entstehen besonders

günstige Voraussetzungen für die Erweiterung des Einflusses der kommunistischen Parteien, für die entschiedene Entlarvung des Antikommunismus als Losung der Kapitalistenklasse im Kampf gegen das Proletariat und für die Gewinnung breitester Schichten der Werktätigen für die kommunistischen Ideen.

Der Antikommunismus entstand bereits bei den ersten Schritten der Arbeiterbewegung als wichtigste ideologische Waffe der Kapitalistenklasse im Kampf gegen das Proletariat und die marxistische Ideologie. Je mehr sich der Klassenkampf verschärfte, desto gehässiger und raffinierter wurde der Antikommunismus, besonders seit der Bildung des sozialistischen Weltsystems. Als Ausdruck der tiefen geistigen Krise und des äußersten Niedergangs der bürgerlichen Ideologie entstellt der Antikommunismus die marxistische Lehre in ungeheuerlicher Weise, verleumdet er die sozialistische Gesellschaftsordnung aufs gröblichste, verfälscht er die Politik und die Ziele der Kommunisten und betreibt eine Hetze gegen die demokratischen, friedliebenden Kräfte und Organisationen.

Will man die Interessen der Werktätigen erfolgreich vertreten, den Frieden erhalten und die sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse verwirklichen, so muß man den Antikommunismus entschieden bekämpfen, diese vergiftete Waffe, deren sich die Bourgeoisie bedient, um die Massen dem Sozialismus fernzuhalten. Es ist notwendig, den Massen in verstärktem Maße die Ideen des Sozialismus zu erläutern, die Werktätigen in revolutionärem Geist zu erziehen, ihr revolutionäres Klassenbewußtsein zu erhöhen und allen Werktätigen an Hand der Erfahrungen der Länder des sozialistischen Weltsystems die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaft klarzumachen, ihnen anschaulich zu zeigen, welche greifbaren Wohltaten der Sozialismus den Arbeitern, den Bauern und den anderen Bevölkerungsschichten eines jeden Landes bringen wird.

Der Kommunismus befreit die Menschen von der Angst vor einem Krieg und sichert einen dauerhaften Frieden; er sichert Freiheit von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung, von Arbeitslosigkeit und Elend, eine gesicherte Existenz für alle und einen hohen materiellen Lebensstandard; Freiheit von der Angst vor Wirtschaftskrisen, eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte zum Wohle der ganzen Gesellschaft; Freiheit von der Unterdrückung der Persönlichkeit durch den Geldsack, allseitige geistige Entwicklung des Menschen, ein Aufblühen aller Talente, grenzenlosen wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Gesellschaft. Mit dem Sieg der neuen Gesellschaftsordnung gewinnen alle Schichten der Bevölkerung außer dem Häuflein der Ausbeuter. Das muß man Millionen Menschen in den Ländern des Kapitalismus zu Bewußtsein bringen.

VI

Die kommunistische Weltbewegung ist zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit, zum wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Im erbitterten Kampf gegen die imperialistische Reaktion, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus schreitet die kommunistische Bewegung unaufhaltsam voran, schließt sie ihre Reihen fester und stählt sich.

Kommunistische Parteien wirken jetzt in 87 Ländern der Welt. Ihnen gehören mehr als 36 Millionen Menschen an. Das ist ein großartiger Sieg des Marxismus-Leninismus, eine gewaltige Errungenschaft der Arbeiterklasse. In den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben und den Weg einer selbständigen Entwicklung gehen, nimmt der Zusammenschluß der marxistischen Gesinnungsgenossen seinen Fortgang. Die kommunistischen Parteien betrachten es als ihre internationale Pflicht, zur Festigung der Freundschaft und Solidarität der Arbeiterklasse ihrer Länder mit der Arbeiterbewegung der frei gewordenen Staaten im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus beizutragen.

Mit dem Wachstum der kommunistischen Parteien und ihrer organisatorischen Festigung, mit der Sicherung des Sieges der kommunistischen Parteien verschiedener Länder im Kampfe gegen Abweichungen, mit der Überwindung der schädlichen Folgen des Personenkults und der Verstärkung des Einflusses der kommunistischen Weltbewegung bieten sich neue Perspektiven einer erfolgreichen Lösung der Aufgaben, vor denen die kommunistischen Parteien stehen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien betrachten es als ein unumstößliches Gesetz ihres Handelns, die Leninschen Normen des Parteilebens auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus strikt zu wahren. Sie halten es für notwendig, die Einheit der Partei wie ihren Augapfel zu hüten, streng die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und der Kollektivität der Leitung einzuhalten und dabei im Einklang mit den organisatorischen Prinzipien des Leninismus der Rolle der leitenden Parteiorgane im Parteileben große Bedeutung beizumessen, unermüdlich für die Festigung ihrer Verbindungen mit den Parteimitgliedern und den breiten Massen der Werktätigen zu sorgen, keinen Personenkult zuzulassen, der die Entwicklung des schöpferischen Denkens und der Initiative der Kommunisten hemmt, die Aktivität der Kommunisten auf jede Weise zu fördern und die Kritik und Selbstkritik in ihren Reihen zu entwickeln.

Die kommunistischen Parteien haben die Revisionisten in ihren Reihen, die sie vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen versuchten, ideologisch zerschlagen. Im Kampfe gegen den Revisionismus, gegen den Rechtsopportunismus haben sich die einzelnen kommunistischen Parteien wie die

kommunistische Weltbewegung in ihrer Gesamtheit ideologisch und organisatorisch noch mehr gefestigt.

Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der „Theorien" der modernen Revisonisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.

Die Praxis des Kampfes der Arbeiterklasse und der ganze Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung haben die große, alles besiegende Macht und Lebensstärke des Marxismus-Leninismus erneut glänzend bewiesen und alle „Theorien" der modernen Revisionisten eindeutig widerlegt.

Die Interessen der weiteren Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung erfordern auch in Zukunft, wie es in der Moskauer Erklärung von 1957 heißt, einen entschiedenen Zweifrontenkampf: gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen den Dogmatismus und das Sektierertum.

Indem der Revisionismus, der Rechtsopportunismus den Marxismus-Leninismus entstellt und ihn seines revolutionären Geistes beraubt, widerspiegelt er die bürgerliche Ideologie in Theorie und Praxis, lähmt er den revolutionären Willen der Arbeiterklasse, entwaffnet und demobilisiert er die Arbeiter, die Massen der Werktätigen im Kampf gegen das Joch der Imperialisten und Ausbeuter, im Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und den Triumph des Sozialismus.

Dogmatismus und Sektierertum in Theorie und Praxis können, wenn man sie nicht konsequent bekämpft, ebenfalls in dieser oder jener Entwicklungsphase einzelner Parteien zur Hauptgefahr werden. Sie berauben die revolutionären Parteien der Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus auf

Grund einer wissenschaftlichen Analyse zu entwickeln und ihn schöpferisch entsprechend den konkreten Verhältnissen anzuwenden; sie isolieren die Kommunisten von den breiten Schichten der Werktätigen, verurteilen sie zu passivem Abwarten oder zu ultralinken, abenteuerlichen Aktionen im revolutionären Kampf; erlauben es nicht, die sich ändernde Situation und die neuen Erfahrungen rechtzeitig und richtig zu beurteilen, alle Möglichkeiten im Interesse des Sieges der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampfe gegen Imperialismus, Reaktion und Kriegsgefahr auszunutzen, und hindern dadurch die Völker, den Sieg in ihrem gerechten Kampf zu erringen.

Heute, da die imperialistische Reaktion ihre Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus vereint, ist es besonders notwendig, die kommunistische Weltbewegung in jeder Weise zusammenzuschließen. Einheit und Geschlossenheit verzehnfachen die Kräfte unserer Bewegung und schaffen eine sichere Garantie dafür, daß die große Sache des Kommunismus siegreich voranschreitet und alle Angriffe der Feinde erfolgreich abgewehrt werden.

Die Kommunisten der ganzen Welt sind durch die große Lehre des Marxismus-Leninismus und den gemeinsamen Kampf für ihre Verwirklichung geeint. Die Interessen der kommunistischen Bewegung erfordern, daß sich jede kommunistische Partei solidarisch an die von den Bruderparteien in ihren Beratungen kollektiv erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen hinsichtlich der gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hält.

Die Interessen des Kampfes für die Sache der Arbeiterklasse erfordern den immer engeren Zusammenschluß der Reihen jeder kommunistischen Partei und des großen Heeres der Kommunisten aller Länder, die Einheit ihres Willens und ihres Handelns. Die Sorge für die ständige Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung ist die höchste internationale Pflicht jeder marxistisch-leninistischen Partei.

Die entschlossene Verteidigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und die Unterbindung jedweder Handlungen, die diese Einheit untergraben können, sind eine unerläßliche Voraussetzung des Sieges im Kampf für die nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Frieden, für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. Die Verletzung dieser Prinzipien würde die Kräfte des Kommunismus schwächen.

Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind unabhängig und gleichberechtigt; sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten

Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen, und erweisen einander Unterstützung. Der Erfolg der Sache der Arbeiterklasse in jedem Lande erfordert die internationale Solidarität aller marxistisch-leninistischen Parteien. Jede Partei ist der Arbeiterklasse, den Werktätigen ihres Landes und der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verantwortlich.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien führen je nach Notwendigkeit Beratungen durch, um aktuelle Probleme zu erörtern, Erfahrungen auszutauschen, einander mit ihren Ansichten und Standpunkten vertraut zu machen, um durch Konsultationen zu einheitlichen Auffassungen zu gelangen und gemeinsame Aktionen im Kampf für die gemeinsamen Ziele zu vereinbaren.

Falls bei dieser oder jener Partei Fragen auftauchen, die sich auf die Tätigkeit einer anderen Bruderpartei beziehen, so wendet sich ihre Führung an die Führung der betreffenden Partei; wenn notwendig, werden Zusammenkünfte und Konsultationen durchgeführt.

Die Erfahrungen und Ergebnisse der in den letzten Jahren abgehaltenen Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien, besonders die Ergebnisse der zwei größten Beratungen – der vom November 1957 und der jetzigen – beweisen, daß solche Beratungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine wirksame Form des Meinungs- und Erfahrungsaustausches, der kollektiven Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie und der Ausarbeitung einheitlicher Positionen im Kampfe für die gemeinsamen Ziele sind.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklären einmütig: Die von allen anerkannte Vorhut der kommunistischen Weltbewegung war und bleibt die Kommunistische Partei der Sowjetunion als die erfahrenste und gestählteste Kolonne der internationalen kommunistischen Bewegung. Die von der KPdSU im Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, beim Aufbau des Sozialismus und beim umfassenden Aufbau des Kommunismus gesammelten Erfahrungen sind von prinzipieller Bedeutung für die gesamte kommunistische Weltbewegung. Das Vorbild der KPdSU und ihre brüderliche Solidarität begeistern alle kommunistischen Parteien in ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus und bringen die Anwendung der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der Praxis zum Ausdruck. Die historischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU haben nicht nur für die KPdSU und den kommunistischen Aufbau in der UdSSR große Bedeutung, sondern leiteten auch in der internationalen kommunistischen Bewegung eine neue Etappe ein und trugen zu deren weiterer Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien leisten ihren Beitrag zur Entwicklung der großen Lehre des Marxismus-Leninismus. Die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in den Beziehungen zwischen allen marxistisch-leninistischen Bruderparteien stellen eine praktische Anwendung der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus dar.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewinnen die Fragen der Ideologie besondere Bedeutung. Die Ausbeuterklasse setzt den Erfolgen des Sozialismus eine immer aktivere ideologische Bearbeitung der Massen entgegen und ist bestrebt, sie geistig im Banne der bürgerlichen Ideologie zu halten. Die Kommunisten sehen ihre Aufgabe darin, eine entschiedene Offensive an der ideologischen Front zu entfalten, nach Befreiung der Volksmassen von den geistigen Fesseln aller Arten und Formen der bürgerlichen Ideologie zu streben, darunter auch vom zersetzenden Einfluß des Reformismus, unter den Massen die progressiven Ideen, die den Fortschritt der Gesellschaft ermöglichen, die freiheitlichen demokratischen Ideen und die Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten.

Die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß die Überbleibsel des Kapitalismus auch nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung noch lange im Bewußtsein der Menschen fortbestehen. Das erfordert von der Partei eine sehr umfangreiche allseitige Arbeit zur kommunistischen Erziehung der Massen, zur besseren marxistisch-leninistischen Schulung und Stählung der Kader der Partei und des Staates.

Der Marxismus-Leninismus ist die einheitliche große revolutionäre Lehre, der Leitstern der Arbeiterklasse und der Werktätigen der ganzen Welt in allen Etappen ihres großen Kampfes für Frieden, Freiheit und ein besseres Leben, für die Errichtung der gerechtesten Gesellschaft – des Kommunismus. Seine gewaltige umgestaltende Schaffenskraft liegt in der untrennbaren Verbundenheit mit dem Leben, in seiner ständigen Bereicherung auf Grund einer allseitigen Analyse der Wirklichkeit. Auf der Basis des Marxismus-Leninismus sind die grandiosen historischen Siege der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, der internationalen kommunistischen Bewegung, der Arbeiter- und der Befreiungsbewegung erzielt worden, und nur auf seiner Grundlage können alle Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien erfolgreich gelöst werden.

Die Teilnehmer der Beratung sehen im weiteren Zusammenschluß der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus die wichtigste Voraussetzung für die Vereinigung aller Kräfte der Arbeiterklasse, der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, die Gewähr für neue Siege der kommunistischen und Arbeiterbewegung der ganzen Welt in ihrem großen Kampf

für eine lichte Zukunft der ganzen Menschheit, für den Triumph des Friedens und des Sozialismus.

Erklärung der Beratung von Vertretern
der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960.
Referat Walter Ulbrichts und Entschließung
der 11. Tagung des ZK der SED,
15.–17. Dezember 1960,
Berlin 1961, S. 9–66.

67

Aus dem Beschluß der 11. Tagung des ZK der SED zum Ergebnis der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 17. Dezember 1960

Nachdem der deutsche Imperialismus die Wiedervereinigung abgeschrieben hat, versucht er systematisch, die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Angesichts dieser Störmaßnahmen besteht die erste Aufgabe darin, die Deutsche Demokratische Republik in jedem Falle gegen die Willkür der Bonner Regierung und des westdeutschen Rüstungskapitals zu sichern. Es gilt, durch größte eigene Anstrengungen und engere Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern eine kontinuierliche Produktion zur Erfüllung des Siebenjahrplanes zu erreichen. Das Weltniveau zu erreichen und immer mehr mitzubestimmen erfordert eine moderne Technik, den Kampf um den höchsten ökonomischen Nutzeffekt, um erstklassige Qualität, um maximale Sparsamkeit mit jedem Gramm, mit jedem Pfennig, mit jeder Minute als wichtiges Prinzip des sozialistischen Aufbaus.

Die 11. Tagung des Zentralkomitees ruft alle Arbeiter, Bauern, die Angehörigen der Intelligenz, die gesamte Bevölkerung der DDR auf, die Störaktionen der Adenauer-Regierung gegen die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik mit einem noch einmütigeren und machtvolleren Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs um diese Ziele in Stadt und Land, mit der Entwicklung des ganzen Arbeits- und Erfindungstalents der von Ausbeutung befreiten Werktätigen erfolgreich zu beantworten und zunichte zu machen.

Das Zentralkomitee erachtet es in diesem Zusammenhang für vordringlich, insbesondere die Investitionen mit größter Sparsamkeit und termingerecht und unter Verkürzung der Baufristen durchzuführen ...

Die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien unterstreicht die Notwendigkeit der ständigen Vervollkommnung der Methoden der volkswirtschaftlichen Leitung. Das erfordert, entsprechend den grund-

legenden Hinweisen in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates, von allen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, die Massen immer mehr in die Lösung der wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben einzubeziehen, der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Volksmassen, der lebendigen Entwicklung der sozialistischen Demokratie größte Beachtung zu schenken ...

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden ihre große internationale und nationale Verantwortung mit Zuversicht und Siegesgewißheit lösen. Der Leitsatz der Erklärung, daß eine kapitalistische Restauration in den volksdemokratischen Ländern unmöglich und der volle Sieg unserer Sache dank den vereinten Kräften unseres Lagers gewiß ist, hat unmittelbare praktische Bedeutung gerade für den Kampf in Deutschland. Wie in der Erklärung bewiesen wird, gibt es heute keine Macht in der Welt, die imstande ist, unseren Vormarsch zum Siege des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik aufzuhalten ...

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik hat zum Inhalt, durch die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die breiteste Entwicklung der Friedensbewegung die Bonner Regierung zu veranlassen, auf den friedlichen Wettbewerb, auf friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzugehen.

Das Zentralkomitee bestätigt und begrüßt einmütig den Vorschlag des Ersten Sekretärs und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Walter Ulbricht, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der Herbeiführung eines normalen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten und zur Verhinderung der weiteren Vertiefung der Spaltung Deutschlands folgendes Angebot der Bonner Regierung unterbreitet:

1. Abschluß eines Friedens für zehn Jahre. Verzicht auf Gewaltanwendung in dieser Zeit.

2. Einstellung jeglicher Kriegspropaganda und Vereinbarung eines Rüstungsstopps in Deutschland.

3. Fortführung des Handelsvertrages mit Westdeutschland und der Zusatzabkommen.

4. Beide deutschen Regierungen sollen sich für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des NATO-Paktes und den Staaten des Warschauer Vertrages einsetzen.

Das Zentralkomitee betrachtet die Verwirklichung dieser Vorschläge als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Entspannung in Deutschland, wodurch die Voraussetzungen zur Herstellung einer Konföderation beider deutscher Staaten geschaffen werden. Unsere Partei wendet die

große Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit dem Vorschlag der Konföderation schöpferisch auf die historisch-konkrete Situation und die nationalen Bedingungen in Deutschland an. Die Konföderation, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat die Form des friedlichen Nebeneinander- und Zusammenlebens der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der monopolkapitalistischen Bundesrepublik bedeutet, schwächt den Klassenkampf nicht ab, sondern drängt den Militarismus durch die militärische Neutralisierung Deutschlands zurück und erleichtert damit den Kampf der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Atomkriegsrüstung und Revanchepolitik ist aufs engste verbunden mit der Schaffung der Voraussetzungen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und für die künftige Wiedervereinigung Deutschlands. Nur durch die Bändigung des Militarismus und Neonazismus, durch die Herbeiführung eines Übergewichtes der Friedenskräfte in Westdeutschland kann die künftige Wiedervereinigung vorbereitet werden.

Um im Friedenskampf voranzukommen, ist die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse notwendig, die die entscheidende Kraft zur Vereinigung aller friedliebenden Kräfte des Volkes darstellt. Der Leitsatz der Erklärung, daß bei der Herstellung der Aktionseinheit in den kapitalistischen Ländern heute schon die Gefahr eines Weltkrieges abgewendet und die Imperialisten weitgehend gezügelt werden können, trifft in ganz besonderem Maße auf die Lage in Westdeutschland zu und macht die Größe der Verantwortung der Arbeiterklasse für die Erhaltung des Friedens klar.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. VIII, Berlin 1962, S. 312–314, 317/318.

68

Aus dem Aufruf der Magdeburger Maschinenbaubetriebe zum sozialistischen Wettbewerb 1961 vom 30. Dezember 1960

Wir Arbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz aus den 11 wichtigsten Betrieben des Magdeburger Maschinenbaus mit 42 000 Beschäftigten haben über die Ergebnisse unseres sozialistischen Wettbewerbs 1960 und die sich für 1961 ergebenden Aufgaben entsprechend dem 11. Plenum des ZK der SED beraten.

Wir Maschinenbauer kennen unsere große Verantwortung in der Epoche des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab. Die Moskauer Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien lehrt uns, daß der Kapitalismus in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, geschlagen wird ...

Die imperialistischen Machthaber fürchten die wachsende Kraft des sozialistischen Lagers. Sie versuchen deshalb, besonders von Westdeutschland aus, durch Störmanöver im innerdeutschen Handel und ähnliche Machenschaften den Sieg des Sozialismus in unserer Republik zu hemmen.

Um so höher sind daher die Produktionsergebnisse des Jahres 1960 zu werten, die trotz der verstärkten Störtätigkeit erreicht wurden. Das ist auch einer der Gründe, die die Bonner Regierung zwang, jetzt der Fortführung des innerdeutschen Handels zuzustimmen.

In unseren Betrieben ist es gelungen, im Jahre 1960 die industrielle Bruttoproduktion um 77,4 Millionen DM bei einer annähernd gleichen Anzahl von Arbeitskräften zu erhöhen. Dabei stieg der Anteil der Exportlieferungen um 15 Millionen DM. Im Jahre 1960 wurden für 6,2 Millionen DM mehr industrielle Konsumgüter gefertigt. Das trug wesentlich dazu bei, daß der Warenumsatz in unserem Bezirk in diesem Jahr um 170,2 Millionen DM gesteigert werden konnte.

Dieser Erfolg ist in erster Linie das Ergebnis der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und des sozialistischen Wettbewerbs entsprechend dem Aufruf der Meßgerätebauer des Karl-Marx-Werkes und dem darauf basierenden Aufruf der 18 sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften, mit der fortgeschrittensten Technik, mit geringstem Aufwand an Arbeitskraft und Material, den niedrigsten Selbstkosten, Erzeugnisse von hoher Qualität zu produzieren.

10 620 Brigaden und Gemeinschaften mit über 123 000 Arbeitern und Angehörigen der technischen Intelligenz schlossen sich im Bezirk dieser Bewegung an. Dadurch wurde unser sozialistischer Wettbewerb auf breiterer Basis geführt.

Im Jahre 1960 wurden von den Arbeitern, Technikern und Angehörigen der technischen Intelligenz unserer 11 Betriebe 6764 Verbesserungsvorschläge verwirklicht, die einen ökonomischen Nutzen von 31,1 Mio DM ergaben ...

Ausgehend von der Initiative der Brigade Litzenberg des Ernst-Thälmann-Werkes wurden 18,6 Mio DM außerplanmäßige Einsparungen für den Siebenjahrplanfonds erreicht.

Insgesamt haben die Werktätigen unserer Betriebe für 13 Mio DM Rohstoffe und Materialien eingespart.

Die Meßgerätebauer des Karl-Marx-Werkes steigerten die Arbeitsproduktivität um 18,4 Prozent und produzierten für 10,5 Mio DM mehr

Meßgeräte. Die 18 sozialistischen Kollektive wurden Millionäre. Sie erreichten einen außerplanmäßigen Nutzen von annähernd 3 Mio DM.

Solche Erfolge sind der Ausdruck der Kraft der Arbeiterklasse, die im festen Bündnis mit der Intelligenz für den Sieg unserer gerechten Sache kämpft.

Wir stehen auf den unerschütterlichen Positionen des Sozialismus, und keinerlei imperialistische Machenschaften werden uns hindern können, die vom 11. Plenum des ZK und der 5. Bezirksleitungssitzung Magdeburg der SED gestellten hohen Aufgaben für das Jahr 1961 zu erfüllen.

Dafür gibt es eine Vielzahl hervorragender Beispiele. So haben sich die Meßgerätebauer des Karl-Marx-Werkes, die bisher in 28 Positionen auf Importe aus Westdeutschland angewiesen waren, bereits bei 26 unabhängig gemacht.

Die Dieselmotorenbauer des Karl-Liebknecht-Werkes werden 1961 200 Kurbelwellen für den NVD 36, die bisher aus Westdeutschland bezogen wurden, im eigenen Werk herstellen.

Wir wenden uns an die Arbeiter, Techniker und Ingenieure in den metallurgischen Betrieben!

Organisiert den Kampf um mehr Stahl, Roheisen, Gießerei- und Walzerzeugnisse.

Ziel ist, die Monatspläne mit mindestens 101 Prozent zu erfüllen ...

Wir wenden uns an die Arbeiter, Techniker und Ingenieure der gesamten verarbeitenden Industrie!

Kämpft um eine allseitige Erfüllung eurer Pläne unter Einhaltung des Sortiments bei höchster Qualität und niedrigsten Kosten der Erzeugnisse ...

Wir wenden uns an alle Wissenschaftler, Konstrukteure und Arbeiterforscher!

Folgt der Initiative der 42 Wissenschaftler und Ingenieure der VVB Ausrüstungen für die Schwerindustrie und Getriebebau und der Hochschulen.

Sie haben die richtige Antwort auf die Bonner Störversuche gegeben, indem sie Erzeugnisse und Verfahren entwickeln, die unsere Republik von Importen aus kapitalistischen Ländern unabhängig machen.

Durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit wollen sie wichtige Forschungsthemen vorfristig beenden, um bei entscheidenden Erzeugnissen das Weltniveau schneller zu bestimmen ...

Die Erfüllung der großen, aber auch schönen Aufgaben für den weiteren sozialistischen Aufbau ergeben eine bedeutende Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Das erfordert:

Schnellere Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die vorfristige Erfüllung des Planes „Neue Technik".

Herausgabe von Themenplänen für die Rationalisatoren und Erfinder mit der Orientierung auf eine radikale Standardisierung, Kleinmechanisierung und Mechanisierung der Hilfs- und Nebenarbeiten.

Die volle Nutzung der schöpferischen Fähigkeiten der Werktätigen zur Verwirklichung der Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit" erfordert die Planaufschlüsselung einschließlich des Planes „Neue Technik" bis auf die Brigaden und die 10tägliche Plankontrolle.

Macht es so wie das Karl-Marx-Werk, wo über 200 Brigaden konkrete Pläne der neuen Technik besitzen und danach arbeiten.

Wir Mitglieder des Arbeitskreises Maschinenbau verpflichten uns, monatlich in sozialistischer Hilfe die besten Erfahrungen auszutauschen, den Zurückbleibenden zu helfen und auf der Grundlage exakter Kennziffern Rechenschaft zu legen über die uns von Partei und Regierung gestellten Aufgaben.

Volksstimme (Magdeburg),
31. Dezember 1960.

69

Aus dem Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1961

1. Kapitel
Die Grundsätze des sozialistischen Arbeitsrechts

§ 1

(1) In der Deutschen Demokratischen Republik sind die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Schichten der Werktätigen, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft die Grundlagen für die rechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse. Das sozialistische Arbeitsrecht sichert die Grundrechte der Werktätigen auf dem Gebiet der Arbeit.

(2) Das Arbeitsrecht dient der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Es fördert die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Basis der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und trägt zur Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse und zur allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft bei. Es dient der Erfüllung der Wirtschaftspläne nach dem Grundsatz der Einheit von zentraler Planung und Leitung und bewußter schöpferischer Tätigkeit jedes Werktätigen in der Produktion und seiner Mitwirkung an der Leitung von Staat und Wirtschaft.

(3) Die Leiter der staatlichen Organe und die Betriebsleiter sind verpflichtet, das Arbeitsrecht in diesem Sinne zu verwirklichen. Sie sind dafür den Volksvertretungen verantwortlich.

§ 2

(1) Alle Bürger haben das Recht auf Arbeit. Es besteht in dem Recht auf einen Arbeitsplatz, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung und auf Lohn nach Quantität und Qualität der Arbeit sowie auf schöpferische Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft.

(2) Die Arbeit und die Entwicklung der Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen sowie die schöpferische Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft sind moralische Pflichten jedes arbeitsfähigen Bürgers.

(3) Alle Werktätigen haben das Recht auf Berufsausbildung und Qualifizierung, auf Erholung, auf Gesundheits- und Arbeitsschutz, auf materielle Versorgung bei Krankheit, Arbeitsunfall, Mutterschaft, Invalidität und im Alter sowie das Recht auf kulturelle und sportliche Betätigung und gesundheitliche und soziale Betreuung.

(4) Jeder Werktätige hat die Pflicht, die sozialistische Arbeitsdisziplin als Grundregel für die gemeinsame Arbeit der Werktätigen einzuhalten, insbesondere das sozialistische Eigentum zu schützen und zu mehren.

§ 3

(1) Der sozialistische Staat garantiert die Grundrechte unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Rasse und Religion.

(2) Anerkannte Verfolgte des Naziregimes, Frauen, Jugendliche, in Ehren ausgeschiedene Angehörige der bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik sowie begrenzt Arbeitsfähige werden bei der Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit besonders geschützt und gefördert ...

§ 4

(1) Die Werktätigen haben das Recht, sich zur Wahrung ihrer Interessen in den Gewerkschaften zusammenzuschließen. Der sozialistische Staat fördert und schützt die Tätigkeit der freien und einheitlichen Gewerkschaften und arbeitet eng mit ihnen zusammen ...

2. Kapitel

Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen

Die Verantwortung des Betriebsleiters und der leitenden Mitarbeiter

§ 8

(1) Der Betriebsleiter und die leitenden Mitarbeiter (z. B. Abteilungsleiter, Meister) sind Beauftragte der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Der Betriebsleiter leitet den Betrieb nach dem Prinzip der Einzelleitung. Er ist persönlich verantwortlich für die Erfüllung aller Aufgaben des Betriebes ...

§ 9

(1) Die schöpferische Mitwirkung der Werktätigen bei der Erfüllung der Aufgaben und bei der Leitung des Betriebes ist ein Wesenszug der sozialistischen Demokratie und ausschlaggebend für die erfolgreiche Arbeit. Deshalb ist der Betriebsleiter verpflichtet, die Masseninitiative zu fördern und sich auf die Erfahrungen und Vorschläge der Werktätigen zu stützen, die insbesondere im sozialistischen Wettbewerb und in anderen von den Gewerkschaften organisierten Formen der Mitwirkung an der Leitung entwickelt werden ...

(3) Der Betriebsleiter hat mit der Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten und über seine Tätigkeit zu berichten ...

Der sozialistische Wettbewerb

§ 15

(1) Der sozialistische Wettbewerb ist die umfassendste Form der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb ist für jeden Werktätigen eine Ehrensache.

(2) Die Gewerkschaften organisieren den sozialistischen Wettbewerb und mobilisieren die Werktätigen zur Teilnahme am Wettbewerb ...

(3) Der Betriebsleiter ist verpflichtet, den sozialistischen Wettbewerb allseitig zu fördern und alle Voraussetzungen für die Teilnahme der Werktätigen am Wettbewerb mit größtem volkswirtschaftlichen Nutzen zu schaffen ...

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit

§ 16

(1) Die Brigaden der sozialistischen Arbeit und die Brigaden, die den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" erringen wollen, kämpfen um die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität, vor allem durch Entwicklung und Anwendung der fortgeschrittensten Technik und der produktivsten Arbeitsverfahren. Indem sie den Grundsatz „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" verwirklichen, vervollkommnen sie die sozialistischen Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und

gegenseitigen Hilfe, entfalten sie die Fähigkeiten ihrer Mitglieder und erziehen sie zu sozialistischen Menschen.

(2) In den sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften vereinigen sich Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz mit dem Ziel, in kürzester Zeit den wissenschaftlich-technischen Höchststand auf ihrem Gebiet zu erreichen und mitzubestimmen. Sie festigen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz und beginnen, die wesentlichen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit zu überwinden.

(3) Die Gewerkschaften fördern die Brigaden der sozialistischen Arbeit und die Arbeits- und Forschungsgemeinschaften. Die Betriebsleiter sind verpflichtet, diese Brigaden und Gemeinschaften zu unterstützen.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1961, Nr. 5, S. 29–32.

70

Aus dem Deutschen Friedensplan, beschlossen von der Volkskammer der DDR am 6. Juli 1961

Bildung einer Deutschen Friedenskommission

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten verständigen sich sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern des Parlaments und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Vordringlichste Aufgabe der Deutschen Friedenskommission ist es, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen

über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag;

über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.

Abkommen des guten Willens

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluß empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.

2. Beide deutsche Staaten verständigen sich bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.

3. Beide deutsche Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanchepropaganda zu.

4. Beide deutsche Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.

5. Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich zu Maßnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs.

In der Friedenskommission soll der Grundsatz gelten, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern Schritt für Schritt eine Verständigung erreicht wird.

Das gilt auch vordringlich für die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag, die darauf gerichtet sein müssen, den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages zu erleichtern und den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage frei zu machen.

Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag

Daher sollten deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag umfassen:

1. Die beiden deutschen Staaten verpflichten sich, in den internationalen Beziehungen auf jegliche Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung zu verzichten, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen und aktiv bei der Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten mitzuwirken.

2. Die beiden deutschen Staaten treten für die Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands ein. Die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität. Die Stärke, Bewaffnung und Stationierung der zur Verteidigung erforderlichen Streitkräfte der beiden deutschen Staaten werden festgelegt. Sie verzichten auf die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen und unterstützen die allgemeine und vollständige Abrüstung.

3. Die beiden deutschen Staaten und die anderen Friedensvertragspartner bestätigen die bestehenden deutschen Grenzen. Die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes der beiden deutschen Staaten wird garantiert.

4. Jegliche Kriegs- und Revanchepropaganda ist untersagt. Alle nazistischen, militaristischen und revanchistischen Organisationen und Ver-

bände sind verboten. Personen, die Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, dürfen nicht in leitenden Ämtern im öffentlichen Leben tätig sein.

5. Die Partner des Friedensvertrages erkennen die volle Souveränität und Selbstbestimmung des deutschen Volkes an, darunter auch das Recht, nach eigenem Ermessen und ohne fremde Einmischung den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu beschreiten.

6. Die Partner des Friedensvertrages unterstützen den Anspruch des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Mitarbeit in der UNO und anderen Organisationen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen sie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

7. Den beiden deutschen Staaten wird die volle Freiheit für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Seeschiffahrt und der Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

Der Deutsche Friedensplan mit dem Appell
an alle Deutschen in Ost und West
und der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht,
in der Sitzung der Volkskammer am 6. Juli 1961.
Schriftenreihe des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik,
1961, Nr. 13, S. 4–6.

71

Aus dem Brief der Brigade „Otto Krahmann" des VEB Kabelwerk Berlin-Oberspree an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 30. Juli 1961

Lieber Genosse Walter Ulbricht!

Unsere Brigade „Otto Krahmann" im Berliner Kabelwerk Oberspree führte in den letzten Tagen viele politische Diskussionen. Einzelne Mitglieder der Brigade vertraten auf Konferenzen und Zusammenkünften unsere Meinung. Doch die größte und wichtigste Beratung kann immer nur einen Teil derer erreichen, die es angeht. So entschlossen wir uns, über unser „Neues Deutschland" diesen Brief an Sie zu richten und so unsere Gedanken der Öffentlichkeit, besonders aber der Arbeiterklasse und allen Werktätigen in der DDR, vorzutragen.

Jeder von uns spürt, daß wir wichtigen politischen Entscheidungen entgegengehen. Der Frieden muß rechtzeitig, d. h. jetzt, durch den Friedensvertrag gesichert werden. Dann wird noch besser gedeihen, was wir mit unserer soliden Politik unter komplizierten Bedingungen und oft unter

Opfern im deutschen Staat der Arbeiter und Bauern aufgebaut haben. All das ist unser Werk, und wir sind stolz auf unsere Republik.

Der Friedensvertrag und die weitere Stärkung unserer Republik werden auch den westdeutschen Arbeitern die Möglichkeit geben, unsere gemeinsamen Feinde, die Militaristen, zu bezwingen ...

Besondere Anstrengungen für den Frieden zu machen, heißt heute, im sozialistischen Wettbewerb besondere Anstrengungen für die allseitige Erfüllung der Pläne zu machen, neue Verpflichtungen für die hohe Qualität unserer Erzeugnisse zu übernehmen und einzulösen, mit höchster Produktivität zu arbeiten und die Versorgung der Bevölkerung schnell zu verbessern, die vorhandenen Rohstoffe mit dem größten ökonomischen Nutzen einzusetzen, unsere Wirtschaft in jeder Beziehung und für alle Zeiten störfrei zu machen und so die allseitige Überlegenheit des sozialistischen Systems zu beweisen.

Unsere Brigade hat deshalb für 1961 ein ganzes Programm ausgearbeitet, das wir schon jetzt zügig verwirklichen.

Am heutigen Tage haben wir in unserem Betriebsteil zwei Tage Planvorsprung. Das bedeutet, keiner der von uns zu beliefernden Betriebe der Elektroindustrie, der Landmaschinen- und Automobilindustrie braucht auf unsere Getriebeteile oder andere Preß- und Stanzteile zu warten.

Der Plan ist auf den Tag aufgeschlüsselt, und täglich wird auch die Planerfüllung von jedem einzelnen Brigademitglied kontrolliert. 15 Tonnen Kegelräder für den Landmaschinenbau haben wir überplanmäßig geliefert. Seit Anfang des Jahres gibt es bei uns schon 20 Verbesserungsvorschläge, die sofort in die Produktion überführt wurden.

Mit Hettstedt haben wir einen sozialistischen Wettbewerb vereinbart. Bei unseren gegenseitigen Besuchen stellten wir fest, daß dort das Einsatzgewicht an hochwertigem Werkzeugstahl für die Gesenke viel höher liegt. Mit Hilfe unserer Werkzeugmacher wenden wir bei uns immer stärker das Baukastensystem an. Aus hochlegiertem Stahl werden, im Gegensatz zu früher, nur die eigentlichen Formen gefertigt, die jeweils in ein Futter aus einfachem Baustahl eingesetzt werden. So sparen wir allein in diesem Jahr $2^1/_2$ Tonnen hochwertigen Stahl, überwiegend Importmaterial, und Zehntausende Mark an Fertigungskosten ein.

Gleichzeitig wird auch die Technologie bei vielen Erzeugnissen vom Zerspanen auf Genaupressen umgestellt. Dabei verzeichnen wir bei vielen Erzeugnissen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 500 Prozent.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, der der Betriebsleiter Hans Witte, der Technologe Alischewski, der Kollege Fritz Orliczek, Maschinenkontrolleur Eberhard Göhring und der Presser Harry Speck angehören, veränderte die Technologie bei der Fertigung von komplizierten Gehäusen aus Messing. Während früher je zwei Arbeitsgänge beim Pressen

und Entgraten notwendig waren und die Gesenke nur eine geringe Standzeit aufwiesen, ist jetzt infolge Verwendung der neuen geteilten Gesenke nur noch ein Preßvorgang erforderlich, wobei gleichzeitig die Qualität wesentlich steigt. Die jährliche Gesamteinsparung an Lohnkosten, Buntmetall und Gesenkstahl beträgt über 16 000 DM.

Eine Gruppe unter Leitung von Betriebsingenieur Otto Ladewig nahm den produktionsbedingten Ausschuß bei der Fertigung von Kontaktstücken unter die Lupe. Durch Auftragsschweißung können alle Teile restlos und ohne Qualitätsminderung in der Produktion verwendet werden. Jährlicher Nutzen über 18 000 DM!

Unser Betrieb verbraucht zum Vorwärmen der Preßteile riesige Mengen an Gas. Alle Brigademitglieder besuchten einen Kursus der Betriebsakademie. Dort machten uns Fachleute damit vertraut, wie eine Gasflamme mit dem größten Wärmenutzen bei geringstem Gasverbrauch auszusehen hat. Überwiegend aus eigenen Mitteln bauen wir Zusatzgeräte, mit denen die zugeführte Luft von den Abgasen vorgewärmt wird. Damit sparen wir täglich 100 Kubikmeter Gas. Jahresnutzen annähernd 100 000 DM.

Wir möchten es mit diesen wenigen Beispielen bewenden lassen.

Wir glauben, daß diese Kleinarbeit – überall angewandt – ein wichtiger Beitrag ist, unsere Republik zu einer wahren Festung des Friedens auszubauen.

Aber dazu muß, so meinen wir, in jeder Brigade, in jedem Betrieb der Plan erfüllt werden, besonders aber überall in unserer Hauptstadt Berlin. Deshalb wenden wir uns an alle Werktätigen mit dem Appell:

Laßt keinen Planrückstand zu!

Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion, und der Deutsche Friedensplan wird verwirklicht!

Mit Friedenstaten für den Friedensvertrag – gegen Bonner Atomkriegspläne. Stellungnahmen von Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, im VEB Kabelwerk Oberspree. Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1961, Nr. 14, S. 6–9.

72

Aus der Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten vom 12. August 1961

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der

Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem Demokratischen Berlin, eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren ...

Wenn die Westberliner Grenze bisher offengehalten wurde, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie haben jedoch unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes und der Berliner Bevölkerung die jetzige Ordnung an der Westberliner Grenze zu ihren heimtückischen Wühlzwecken ausgenutzt. Der jetzigen anomalen Lage muß durch eine verstärkte Bewachung und Kontrolle an der Westberliner Grenze ein Ende gesetzt werden.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. IX. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961,
Berlin 1962, S. 296/297.

73

Aus dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961

Der Standpunkt der Bonner Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich auf Freiheit für militaristische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikommunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des Dritten Reiches. Aus der Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlußfolgerung gezogen, daß die räuberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitlergenerale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der USA verwandelt wurde ...

Die westdeutschen Revanchisten und Militaristen mißbrauchen die Friedenspolitik der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages in der Deutschlandfrage, um durch feindliche Hetze, durch Abwerbung und Diversionstätigkeit nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik,

sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen.

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange Westberlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Bescheinigung. Der Besuch von friedlichen Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des Westberliner Personalausweises möglich. Revanchepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik im demokratischen Berlin bleiben die bisherigen Kontrollbestimmungen in Kraft. Die Einreise von Bürgern anderer Staaten in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wird von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Für Reisen von Bürgern Westberlins über die Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik ins Ausland gelten die bisherigen Bestimmungen weiter.

Für den Transitverkehr zwischen Westberlin und Westdeutschland durch die Deutsche Demokratische Republik wird an den bisherigen Bestimmungen durch diesen Beschluß nichts geändert.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. IX. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961,
Berlin 1962, S. 151–154.

74

Aus dem Aufruf der Werktätigen der Abteilung Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Berlin zu einem „Produktionsaufgebot der Arbeiter und der Intelligenz für die Stärkung der DDR und für den Abschluß eines Friedensvertrages" vom 6. September 1961

In Berlin haben wir Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August einen großen Sieg errungen. In Berlin siegte der Frieden über die Kriegstreiber, die noch einmal die blutige Herrschaft des deutschen Militarismus über ganz Deutschland und Europa ausdehnen wollen. Der 13. August 1961 zeigt:

Je stärker die Deutsche Demokratische Republik, desto stärker der Friede in Deutschland!

Wir kennen das Militaristengesindel aus eigener Erfahrung. Wir wissen genau, daß sich der Klassenfeind nach einer Niederlage noch nicht geschlagen gibt ...

Wir haben uns deshalb noch einmal den Brief der Brigaden „Otto Krahmann" und „Anton Saefkow" aus dem Kabelwerk Oberspree angesehen und sind der Meinung, daß sein Inhalt heute, nach dem 13. August, erst recht der Kompaß für neue Siege über den Klassengegner ist ...

Deshalb schlagen wir allen Arbeitern, Angestellten, Meistern, Ingenieuren und Wissenschaftlern vor, die Gedanken und Initiative der Gewerkschafter der Brigaden „Otto Krahmann" und „Anton Saefkow" aufzugreifen und bis Ende dieses Jahres ein

Produktionsaufgebot der Arbeiter und der Intelligenz für die Stärkung der DDR, für den Abschluß eines Friedensvertrages durchzuführen ...

Wir wissen, daß die Arbeitsproduktivität schneller steigen muß als der Lohn. Das ist die Voraussetzung zur ständigen Verbesserung unserer Lebenslage. Deshalb ist es so außerordentlich wichtig, sich überall mit der schädlichen Ideologie auseinanderzusetzen, mehr von der Gesellschaft zu verlangen, als ihr mit der eigenen Arbeit zu geben.

Wenn wir uns selbst gegenüber ehrlich sein wollen, dann kann man nicht davon reden, daß wir technisch begründete Arbeitsnormen haben. Die meisten Normen sind technisch unbegründet, weil sie trotz mancher Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Maschinen unverändert blieben. Dieser Zustand hemmt die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, die das Allerwichtigste ist.

Deswegen ist unsere entscheidende Verpflichtung im Produktionsaufgebot: In der gleichen Zeit für das gleiche Geld – mehr produzieren!

Dazu werden wir:

1. jede Minute des Arbeitstages voll ausnutzen; die Maschinen so übergeben, daß die nächste Schicht sofort weiterarbeiten kann.

Durch die Beseitigung der Fehlstunden und Bummelschichten sowie durch die volle Ausnutzung des Arbeitstages werden wir die Arbeitsproduktivität um mindestens 3 Prozent erhöhen;

2. die Arbeitsproduktivität durch die Verwirklichung unserer Verbesserungsvorschläge zur Modernisierung der Schachtelaggregate sowie durch die Einführung der neuentwickelten Stahlhalter an der Vielstahldrehmaschine steigern; ...

Wir stellen uns das Ziel, bis Ende des Jahres eine um 24 Prozent höhere Schichtleistung als in den vergangenen Monaten zu erreichen ...

3. den von uns beeinflußbaren Ausschuß sowie die Minderung der Qualität unserer Erzeugnisse durch die weitere Qualifizierung aller Kollegen bis Jahresende völlig beseitigen. Unsere Arbeiterehre verlangt, daß wir Qualitätsarbeit leisten. Alle Kollegen der Abteilung werden an der Bewegung „Meine Hand für mein Produkt" teilnehmen und Garantieverpflichtungen für die qualitätsgerechte Durchführung aller Arbeitsgänge übernehmen.

4. Wir gestatten den Militaristen nicht, ihre dreckigen Pfoten in unsere Wirtschaft zu stecken. Unser Beitrag für die völlige Störfreiheit unserer Volkswirtschaft besteht darin, den Stahlwerkern durch eine höhere Elektrodenproduktion zu helfen, ihre Pläne überzuerfüllen;

5. wirtschaftlich produzieren, mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material und mit jedem Pfennig sparsam umgehen. Durch die Fertigung nach wirtschaftlichsten Losgrößen werden wir eine bessere Organisation der Arbeit erreichen und die unnötigen Neueinrichtungen der Maschinen und Aggregate beseitigen ...

Im Produktionsaufgebot ist jetzt der gezielte, differenzierte, auf die Schwerpunkte ausgerichtete sozialistische Wettbewerb nötig. Das heißt:

ein Wettbewerb nach Maß und nicht nach Schablone.

Das verlangt:

konkrete Ziele für den Monat, für die Dekade, für den Tag;

jeder Werktätige kennt genau seinen persönlichen Anteil an den Aufgaben und tritt bewußt für Disziplin und Ordnung im Betrieb ein;

wirtschaftlich produzieren und ständig messen, rechnen und vergleichen;

öffentlich über die Verwirklichung der Verpflichtungen Rechenschaft ablegen;

alle zehn Tage die Planerfüllung genau kontrollieren.

Wir wenden uns an den Bundesvorstand des FDGB mit dem Vorschlag, die Leitung und die Organisation des Produktionsaufgebotes in die Hand zu nehmen und die ganze Kraft der Gewerkschaften für sein Gelingen einzusetzen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
7. September 1961.

75

Aus dem Aufruf
der LPG Zickhusen zu einem Produktionsaufgebot
der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften,
veröffentlicht am 10. September 1961

Der 13. August hat die Einheit und Geschlossenheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gezeigt. Auch wir in unserem Dorf sind eine feste Gemeinschaft. In der Nationalen Front sind alle demokratischen Kräfte des Dorfes vereint und arbeiten unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse zusammen.

Diese Gemeinschaft hat sich in den letzten Tagen erneut bewährt.

Wir haben die besten Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern für die neue Volksvertretung ausgewählt, die sich in Versammlungen der Haus- und Hofgemeinschaften persönlich vorstellten ...

Wir haben uns das Ziel gestellt, bis zum 17. September 1961 einen Planvorsprung von 10 Tagen zu erreichen und bis zum Jahresende zu halten. Das bedeutet, daß wir den anteiligen Plan mit 15 000 kg Milch, 19 dt Schweinefleisch, 8130 Eiern und 8 dt Rindfleisch überbieten.

Ursprünglich hatten wir uns vorgenommen, in diesem Jahr je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 50 kg Rindfleisch, 131,8 kg Schweinefleisch, 1070,3 kg Milch und 615 Eier für den Markt zu produzieren.

Wir haben noch einmal, entsprechend dem Aufruf der Genossenschaftsbauern von Albinshof, unsere Produktion überprüft und mit allen Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern über die Ausschöpfung der Reserven diskutiert.

Im Ergebnis dieser Aussprache werden die Kollegen der LPG „Fortschritt" Typ I je Hektar 19 kg Milch, 7 kg Fleisch, 13 Eier und die Kollegen der LPG „Thomas Münzer" Typ III je Hektar 50 kg Milch, 15 kg Fleisch, 33 Eier mehr auf den Markt bringen, als der Plan vorsieht.

Wir setzen unsere ganze Ehre daran, das von uns gegebene Wort zu halten, so wie es Bauernart ist.

Darum werden wir den Volkswirtschaftsplan in Getreide bis zum 17. September und in allen tierischen Produkten bis zum 20. Dezember 1961 erfüllen ...

Es ist für gute Genossenschaftsbauern charakteristisch, daß sie nicht nur an das Heute, sondern bereits an das Morgen denken. Jetzt ist die Zeit gekommen, alle Voraussetzungen für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu schaffen.

Um einen guten Start im neuen Jahr zu haben, erhöhen wir bis Jahresende den 100-Hektar-Besatz

bei Rindern auf	74,7
bei Kühen auf	43
bei Schweinen auf	150,5
bei Sauen auf	16
bei Geflügel auf	637
und bei Schafen auf	56 Stück.

Bereits in der ersten Woche des Produktionsaufgebotes vervielfachen wir unsere Kräfte zur Sicherung des Friedens. Jede gute Tat stärkt unsere Republik.

Wir rufen alle landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf, unserem Beispiel zu folgen, durch Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu stärken, den Albinshofer Wettbewerb siegreich zu Ende zu führen und damit den westdeutschen Militarismus zu bändigen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
10. September 1961.

76
Aus dem Gesetz zur Verteidigung der DDR vom 20. September 1961

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet den Kampf um die Erhaltung des Friedens als Hauptaufgabe ihrer nationalen Politik und befürwortet deshalb die kontrollierte, allgemeine und vollständige Abrüstung. Durch die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive NATO-Paktsystem, die forcierte Aufrüstung, die Ausrüstung der unter dem Kommando von Hitlergeneralen stehenden westdeutschen Armee mit Raketen- und Kernwaffen und die Konzentration der Macht in den Händen ehemaliger Faschisten, der Militaristen und Bonner Ultras, die eine Politik der Revanche, der Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik und der Gebiete anderer sozialistischer Länder verfolgen, wurde Westdeutschland zum gefährlichsten Kriegsherd in Europa.

Alle Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, strittige Fragen durch friedliche Verhandlungen und durch Vereinbarungen zu lösen, wurden von den aggressiven Kreisen Westdeutschlands abgelehnt.

Angesichts der verstärkten Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen sind die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gewillt und entschlossen, entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus gemeinsam mit den Völkern des sozialistischen Weltsystems und allen friedliebenden Menschen den Frieden in Europa zu

verteidigen und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik zu sichern.

Die Volkskammer beschließt zu diesem Zweck auf der Grundlage der Artikel 5 und 112 der Verfassung das folgende Gesetz:

I. Abschnitt
Grundlegende Bestimmungen über die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik

§ 1
Grundlagen der Verteidigung der Republik

(1) Die Deutsche Demokratische Republik, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands, verkörpert den gesellschaftlichen Fortschritt und ist Repräsentant der deutschen Nation.

Ihre Verteidigung ist eine historische Aufgabe und Pflicht der deutschen Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte.

(2) Die Stärke der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf der Unüberwindlichkeit der von den Werktätigen geschaffenen sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, der ständig zunehmenden politischen Bewußtheit der Bürger und ihrer Entschlossenheit, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse die Heimat und ihre sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen.

(3) Die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik stützt sich auf den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag) mit den sozialistischen Staaten, deren Streitkräfte in fester Waffenbrüderschaft, getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus jederzeit bereit und in der Lage sind, jeden Angriff gegen ein sozialistisches Land im Keime zu ersticken und den Aggressor vernichtend zu schlagen.

§ 2
Organisierung der Verteidigung der Republik

(1) Der Schutz der Deutschen Demokratischen Republik und die Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen erfordern auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens besondere Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit.

(2) Dem Nationalen Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik obliegt die einheitliche Leitung der Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen. Er organisiert in Zusammenarbeit mit den anderen staatlichen Organen die Verteidigung des Arbeiter-und-Bauern-Staates und den Schutz der sozialistischen Errungenschaften und bestimmt die dazu erforderlichen Maßnahmen.

(3) Alle staatlichen Organe haben die vom Nationalen Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik angewiesenen Maßnahmen durchzuführen.

(4) Die staatlichen Organe haben die in ihrem Zuständigkeitsbereich notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft auszuarbeiten und durchzuführen. Sie stützen sich dabei auf die gesellschaftlichen Organisationen und auf die unmittelbare Teilnahme der Werktätigen.

§ 3

Dienst zum Schutze der Republik und der Bevölkerung

(1) Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Der Dienst zum Schutze der Republik und der Bevölkerung umfaßt den Dienst in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Organen sowie den Luftschutzdienst.

(3) Im Falle des Verteidigungszustandes können die Bürger im Rahmen dieses Gesetzes auch zu anderen persönlichen Dienstleistungen verpflichtet werden.

§ 4

Verteidigungszustand

(1) Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Falle der Gefahr oder der Auslösung eines Angriffes gegen die Deutsche Demokratische Republik oder in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen den Verteidigungszustand.

(2) Der Verteidigungszustand wird durch den Vorsitzenden des Staatsrates der Republik verkündet. Die Verkündung ist an keine Form gebunden.

(3) Der Staatsrat der Republik kann in Wahrnehmung seiner Rechte aus dem Artikel 106 der Verfassung für die Dauer des Verteidigungszustandes die Rechte der Bürger und die Rechtspflege in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Verteidigung der Republik abweichend von der Verfassung regeln.

II. Abschnitt

Schutz der Bevölkerung

§ 5

Aufgaben der staatlichen Organe

(1) Die staatlichen Organe haben die Bevölkerung und das gesellschaftliche, persönliche und private Eigentum unter breitester Mitwirkung der

Bürger vor den Auswirkungen feindlicher Angriffe zu schützen und den geschädigten Bürgern allseitig zu helfen.

(2) Die Bürger sind verpflichtet, die staatlichen Organe bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen ...

III. Abschnitt

Die Aufgaben der Volkswirtschaft, die Leistungspflicht und weitere Maßnahmen zur Verteidigung der Republik

§ 7

Materielle Voraussetzungen der Verteidigung der Republik

(1) Die Volkswirtschaft ist so zu planen und zu leiten, daß die materiellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verteidigung der Republik jederzeit gesichert sind.

(2) Für die Dauer des Verteidigungszustandes können abweichend von den bestätigten Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplänen im Interesse der Verteidigung der Republik notwendige Umstellungen in der Produktion der gesamten Volkswirtschaft und der Verwendung der staatlichen Mittel vorgenommen sowie besondere Maßnahmen zur Leitung der Betriebe und für die Verteilung und den Verbrauch von Rohstoffen und Erzeugnissen ergriffen werden.

§ 8

Sach- und Dienstleistungen während des Verteidigungszustandes

(1) Die während des Verteidigungszustandes für die Verteidigung der Republik und den Schutz der Bevölkerung erforderlichen Sach- und Dienstleistungen sind den dafür zuständigen Organen in der Hauptsache aus dem Volkseigentum zur Verfügung zu stellen.

(2) Soweit es im Interesse der Verteidigung und des Bevölkerungsschutzes dringend erforderlich ist, können während des Verteidigungszustandes auch von gesellschaftlichen Organisationen, Genossenschaften, Personenvereinigungen und Bürgern hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder Besitz befindlichen beweglichen Sachen und Grundstücke folgende Leistungen angefordert werden:

a) Ausführung, Unterlassung oder Duldung von Veränderungen;

b) Unterlassung des Gebrauchs;

c) Überlassung zur teilweisen oder vollständigen Nutzung oder zu Eigentum des Volkes.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I (Berlin), 1961, Nr. 18, S. 175/176.

77

Aus dem Brief der Brigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld an den XXII. Parteitag der KPdSU, veröffentlicht am 15. Oktober 1961

Wir, die Mitglieder der sozialistischen Brigade „Nikolai Mamai" im Aluminiumwerk des Elektrochemischen Kombinates Bitterfeld, haben ein Anliegen: Wir bitten das „ND", öffentlich dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unseren brüderlichen Gruß zu übermitteln.

Ja, wir haben in den letzten Wochen manche Stunde über das große Programm des Kommunismus diskutiert. Und wir haben uns auch manche Stunde über das kleine Programm unserer Brigade den Kopf zerbrochen, über unsere Verpflichtungen im Produktionsaufgebot. Es ist vielleicht vermessen, diese beiden Programme in einem Atemzug zu nennen. Aber wir meinen doch, daß sie beide etwas miteinander zu tun haben ...

In der Diskussion um das Produktionsaufgebot fielen zuerst die Worte: Bei uns ist nichts mehr drin. Denn der Strom, die Ampere, machen ja das Metall. Der weise Faraday hat bekanntlich das Gesetz aufgestellt, daß ein Ampere in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Menge Metall abscheidet, und daran kann man nicht rütteln.

Nun müssen wir wirklich sagen, daß bei uns schon fast alles aus den Anlagen herausgeholt wird. Es gibt keinen Elektrolysebetrieb in der Welt, der eine so hohe Stromausbeute hat wie der unsere. Mit gutem Willen und mit den Muskeln allein ist jetzt nichts mehr zu machen. Greift doch mal einem nackten Mann in die Tasche, hat darum zuerst mancher gedacht. Aber der eine hat's eben in der Tasche, der andere im Kopf. Das Faradaysche Gesetz kann man zwar nicht umstoßen, aber noch besser ausnutzen. Und darüber haben wir uns gemeinsam, unsere Ingenieure, Chemiker und wir, den Kopf zerbrochen. Wenn wir die Stromstärke um etwa 1000 Ampere erhöhen und die jetzige Stromausbeute beibehalten, dann steigt auch unsere Produktion pro Tag und Ofen um rund 7 kg. Außerdem wird das Aluminium noch besser, der Reinheitsgrad steigt von 99,55 auf 99,60 Prozent. Nehmen wir die Stromausbeute als Grundlage unserer Prämienlohnvereinbarung, also das, worauf wir durch gute Arbeit Einfluß nehmen können, dann ist es möglich, in der gleichen Zeit mehr zu produzieren und trotzdem den gleichen Lohn zu erarbeiten ...

Zwischen unseren Meistern und Ingenieuren, von denen vor Jahren ein Teil selbst Ofenmann war, und uns besteht ein sehr enges kameradschaftliches Verhältnis. Und wir freuen uns sehr, daß die Ingenieure und Meister bestrebt sind, von ihrem in hartnäckiger Arbeit erworbenem Wissen allen Kollegen der Brigade einiges zu vermitteln.

Diese enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Angehörigen der Intelligenz mit uns Ofenfahrern hat schon schöne Erfolge gebracht. Früher waren die 18 kg schwere Stoßstange und die Schaufel unsere wichtigsten Arbeitsgeräte. Dann haben wir in einer Halle unseres Betriebes, bei der Brigade „Einheit" Versuche gemacht, die schwere körperliche Arbeit zu erleichtern. Es gab mehrere Pleiten und Rückschläge. Aber schließlich sind wir doch zum Ziel gekommen. Heute haben wir einen Krustenbrecher, der die Stoßstange ersetzt, ein Tonerdeauftraggerät, durch das die Schaufelarbeit wegfällt, und einen Dieselschlepper, der das Ziehen der schweren Karren übernimmt. Wir können mit Stolz sagen, daß dadurch die Arbeitsproduktivität um 28 Prozent steigt, d. h., wir erzeugen mehr Aluminium mit weniger Arbeitskräften. Und außerdem werden nun auch die niederen Lohngruppen bei uns aussterben, weil etliche von uns zu einer höheren Qualifikation kommen.

Die Mechanisierung unseres Betriebes wird ungefähr 1,5 Millionen DM kosten. Wir sind nun aber nicht an unseren Staat herangetreten und haben gesagt: Komm, gib uns Pulver. Sondern wir haben einen Bankkredit aufgenommen. Durch die Mechanisierung sind wir in der Lage, pro Tonne Aluminium 200 kWh Strom, 3 kg Tonerde und 3 kg Kohle einzusparen. Mit dieser Einsparung werden wir unsere Schulden bei der Bank bezahlen, und wenn das erledigt ist, können wir unserem Staat mehr Gewinn zuführen. Mit Abschluß dieses Jahres wird die Mechanisierung unseres gesamten Betriebes im wesentlichen abgeschlossen sein.

Es lohnt sich also für uns alle, zu knobeln und den Kopf anzustrengen. Lesen, lernen, begreifen – wir sind der Meinung, daß dies zu einem wichtigen Leitsatz aller Arbeiter im Produktionsaufgebot werden sollte.

Laßt uns lernen wie Titow und Gagarin. Vor denen ziehen wir Kumpel den Hut. Wieviel haben diese beiden kühnen Astronauten schon lernen müssen, und jetzt haben sie noch ein neues Studium aufgenommen.

Und wir werden uns abgewöhnen zu sagen: Jetzt ist wirklich nichts mehr drin. Vor Jahren haben wir mit 223 kg je Tag und je Ofen Produktion angefangen, jetzt steuern wir 245 kg an. Damals verbrauchten wir 23 000 kWh/t, jetzt werden es nur noch 19 800 sein. Und immer sah es so aus, als wäre wirklich nichts mehr herauszuholen. Aber der Wissenschaft sind keine Grenzen gesetzt. Was wir heute nicht wissen, wird uns morgen klar sein. Bei uns knobeln vier sozialistische Arbeitsgemeinschaften schon wieder an neuen technischen Verbesserungen.

In dieser Weise ständig an der Verbesserung der Technik arbeiten und so kontinuierlich die Arbeitsproduktivität steigern, das halten wir für die wichtigste Aufgabe im Produktionsaufgebot.

Wir sind eine sozialistische Brigade, und wir beschäftigen uns natürlich nicht allein mit den Fachproblemen unseres Berufes. Zum Lernen gehört

auch, daß man begreift, nach welchen Gesetzen sich die Geschichte bewegt. So haben wir uns auch einmal – um nur ein Beispiel zu nennen – mit Lenins Werk „Die große Initiative" beschäftigt. Nicht, daß wir nun alles, was darin steht, von heute auf morgen begriffen hätten. Das war bei uns sozusagen ein Jahresthema. Aber seitdem können wir uns unter dem Begriff Arbeitsproduktivität schon viel mehr vorstellen:

Wir wissen, daß der Sozialismus den Kapitalismus durch die höhere Arbeitsproduktivität schlagen muß. Wir wissen, daß „in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren", daß ständig die Technik verbessern auch den Frieden sichern heißt. Und wir wissen seit dem Studium des neuen Programmentwurfes der KPdSU, welche herrlichen Perspektiven sich für die schaffenden Menschen eröffnen – auch für uns in der DDR – wenn wir beharrlich weiter die Technik und unsere Arbeit vervollkommnen ...

Weil wir auf vielen Gebieten von der Sowjetunion lernen wollen, werden wir auch die Beschlüsse und Dokumente des XXII. Parteitages gründlich studieren. Wir wollen es so halten, wie wir kürzlich der Schmelzerbrigade 6 des Stalinsker Aluwerkes in der Sowjetunion, mit der wir in Erfahrungsaustausch stehen, schrieben:

„Euer Programm ist auch unser Programm. Euer Beispiel vor Augen, wollen wir den gleichen Kampf führen, alle Angriffe der Feinde der Arbeiterklasse zurückschlagen und das tun, was sie am meisten fürchten: Allseitig den Plan erfüllen und die Arbeitsproduktivität steigern."

Dieses Versprechen soll unser Gruß an den XXII. Parteitag der KPdSU sein.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
15. Oktober 1961.

78

Aus der Erklärung
der Bundesregierung im Deutschen Bundestag
vom 29. November 1961

An den Bundeshaushalt werden in den kommenden Jahren erhebliche Mehrforderungen herantreten. Neben Mehrlasten für die militärische und zivile Verteidigung erfordern die Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins, die Anpassung unserer Landwirtschaft an eine veränderte Wirtschaftsstruktur und ihre allmähliche Einfügung in den gemeinsamen europäischen Markt, die Entwicklungshilfe an andere Völker sowie der kulturelle Fortschritt in Wissenschaft und Bildung wachsende finanzielle Anstrengungen. Der Ausgleich des Bundeshaushalts wird in den kommenden Jahren

Deckungsprobleme aufwerfen, die wir in den vergangenen Jahren nicht gekannt haben. Zur Sicherung des Haushaltsausgleichs werden strenge Sparsamkeit bei allen Bundesausgaben und die Aufnahme von Kredit beitragen müssen. Alle Ausgleichsmöglichkeiten im Rahmen des Gesamthaushalts von Bund und Ländern müssen erschöpft werden, bevor etwa zur Deckung von wirklich unausweichlichen Mehrausgaben des Bundeshaushalts Steuererhöhungen erwogen werden können. Steuerausgleich und Steuerumbau gehen vor Steuererhöhung.

Stärkung der NATO

Daher betrachtet die Bundesregierung die Stärkung der NATO als das Gebot der Stunde, und zwar durch verbesserte politische Konsultationen und durch militärische Verstärkung.

Nach Auffassung der Bundesregierung sollte der Plan einer NATO-Atom-Streitmacht baldmöglichst verwirklicht werden. Die Aufstellung einer solchen Streitmacht ist erforderlich, um die Streitkräfte der NATO in ihrer Abwehrkraft auf die gleiche waffentechnische Stufe zu heben, auf der sich der Gegner befindet.

Mit dieser Forderung entkräftet die Bundesregierung zugleich den Vorwurf, atomare Waffen für sich selbst zu erwerben. Die Bundesregierung hat diese Forderung niemals erhoben ...

Wenn wir die Stärkung der NATO als die dringendste Aufgabe ansehen, die es zu bewältigen gilt, so kommt es darauf an, unsere Mitarbeit durch praktische Maßnahmen zu beweisen, d. h., wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Verpflichtungen in der NATO zu erfüllen. Wir werden zu diesem Zweck die Wehrdienstpflicht auf 18 Monate verlängern müssen, und wir werden die für die Erhaltung unserer inneren und äußeren Sicherheit erforderliche Gesetzgebung umgehend verabschieden müssen. Das Grundgesetz bedarf der Ergänzung, um für den Fall Vorsorge zu treffen, daß der Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates bedroht werden. Auch andere Gesetzentwürfe, die der Vorsorge für den Krisenfall dienen sollen, wird die Bundesregierung dem Bundestag bald vorlegen. Ich erwähne nur den Schutz der Bevölkerung in den Wohnungen und Betrieben, die Regelung einer Umstellung von Wirtschaft, Ernährung und Verkehr auf die besonderen Erfordernisse eines Krisenfalls und die Einführung einer zivilen Dienstpflicht, um im Ernstfall die Versorgung und den Schutz der zivilen Bevölkerung sowie die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienste sicherzustellen.

Die zur Verbesserung der Kampfkraft unserer Streitkräfte erforderlichen Maßnahmen führen zwangsläufig zu einer wesentlichen Erhöhung der Verteidigungslasten ...

Viele der Maßnahmen, die die Bundesregierung treffen muß, werden tief in das Leben jedes einzelnen Deutschen eingreifen. Die Bundesregierung ist sich dessen bewußt. Sie muß diese Opfer, die dem Ernst der Lage entsprechen, vom deutschen Volk verlangen.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), Sonderausgabe, 1961, Nr. 223, S. 2091, 2096.

79

Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 30. November 1961

Herr Bundeskanzler!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Bundesregierung mit dem dringenden Vorschlag, Verhandlungen über einen Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich davon leiten, daß die nationalen Interessen des deutschen Volkes wie die Interessen des Friedens in Europa dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages, die militärische Neutralität und friedliche Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten notwendig machen, mit dem Ziel, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten.

Da eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über alle wichtigen Fragen gegenwärtig nicht möglich ist, schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik vor, wenigstens ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zu vereinbaren.

Nach Ansicht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik könnte dieses Ziel durch eine oder mehrere Vereinbarungen über folgende Vorschläge erreicht werden:

1. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß für Grenzkonflikte beseitigt wird.

2. Beide deutsche Staaten treten in Verhandlungen über ihre Stellung zum Inhalt eines deutschen Friedensvertrages ein.

3. Beide deutsche Staaten verzichten auf die atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte sowie auf die Produktion von Atomwaffen.

4. Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO.

5. Beide deutsche Staaten bemühen sich um ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es im Interesse der Bevölkerung beider deutscher Staaten für geboten, daß Verhandlungen über die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen beider deutscher Staaten aufgenommen werden. Diese Verhandlungen sollten zu Vereinbarungen zunächst über folgende Fragen führen:

Herstellung korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten über alle sachlichen Fragen;

Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten;

Verzicht auf gegenseitige Diskriminierung der Vertreter beider Staaten in dritten Staaten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält ferner den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den zuständigen Ministerien der beiden deutschen Regierungen für notwendig. Es liegt weder im Interesse der westdeutschen Wirtschaft noch ist es mit der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinbaren, daß die gegenseitigen Handelsbeziehungen infolge der vom Bundeswirtschaftsministerium eingeführten Vorbehaltsklausel jederzeit in Frage gestellt werden können. Die beiderseitigen Interessen erfordern vielmehr vertragliche Abkommen auf lange Frist, die von beiden Seiten streng eingehalten werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik möchte noch einmal unterstreichen, daß sie diese Vorschläge als ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrachtet. Sie ist jederzeit bereit, auch andere Vorschläge, die diesem Ziele dienen, zu erörtern.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat umfassende Vorschläge im Deutschen Friedensplan und für die deutsche Konföderation bereits früher unterbreitet. Ungeachtet dessen können die in diesem Brief vorgeschlagenen Vereinbarungen bis zur künftigen Wiedervereinigung der deutschen Nation in Geltung bleiben.

Der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht es vor allem um die Sicherung des Friedens für das deutsche Volk, um die Sicherung seines Lebens und seiner friedlichen Arbeit. Im Bewußtsein ihrer nationalen Verpflichtung macht sie aus diesem Grunde der Regierung der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag zur Verständigung über die

Aufnahme von Beratungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über die oben dargelegten Vorschläge.

Hochachtungsvoll
O. Grotewohl
Vorsitzender des Ministerrates

Berlin, den 30. November 1961

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. IX. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961,
Berlin 1962, S. 258–260.

80

Aus der Rede des Bundesministers Franz-Josef Strauß vor der Georgetown-University am 27. November 1961

Wir leben in einer großen Auseinandersetzung, die wir bestehen müssen und nur gemeinsam bestehen können. Angesichts der durch die technische Revolution geschaffenen strategischen Verhältnisse hängt heute nicht nur Europa nach wie vor von Amerika ab, sondern hängen auch die nordamerikanischen Länder von dem europäischen Beitrag ab. In der Vergangenheit hat Amerika die gesamte Allianz strategisch gedeckt; aber ist es nicht eine offensichtliche Tatsache, daß in Zukunft Europa ebenso Amerika Deckung gewähren muß, wie Amerika dies für Europa tun muß? Aus der Einbahnstraße wird ganz zwangsläufig eine Straße mit Verkehr in beiden Richtungen – eine Wechselbeziehung. Leider ist der europäische Beitrag nicht so stark, wie er sein könnte, und zwar sein könnte, wenn die aufgewendeten Mittel im Sinne einer gemeinsamen NATO-Strategie verwendet würden, und noch größer, wenn diese Mittel in angemessener Weise erhöht würden.

Gerade aber hier erhebt sich eine Problematik, deren psychologische Tiefe und deren politisch-pragmatische Auswirkung man nicht über-, eher unterschätzen sollte. Es handelt sich darum, daß Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschikken ...

Da die Nichtmitglieder des sogenannten Atomklubs praktisch wehrlos sind, wenn ihnen die abschreckende Wirkung der Kernwaffen nicht zur Verfügung steht, da andererseits eine Ausdehnung der Verfügungsgewalt über Kernwaffen auf mehr und mehr Nationen großen politischen Bedenken mit Recht begegnet, wird man ein System von Garantien und Formeln finden müssen, das den mittleren und kleinen Partnern in der NATO das

Bewußtsein und die Rolle der Partnerschaft gibt. Sowohl die frühere wie die gegenwärtige amerikanische Regierung haben die Bedeutung dieses Problems erkannt und Ansätze zu einer Lösung aufgezeigt.

Ich möchte zwei Dinge sehr deutlich betonen, und zwar, daß es hier nicht im entferntesten um ein Mißtrauen gegen die USA sich handelt, sondern daß es um die Struktur des Bündnisses und seine weitere Entwicklung geht ...

Aber über eines sollte Klarheit herrschen. Welche Formel auch immer man erarbeitet, welche Lösung auch immer man anstrebt, eine die Struktur und Entwicklung des Bündnisses stärkende Entscheidung wird in jedem Fall einen gewissen Verzicht auf nationalstaatliche Rechte und eine juristische Verminderung der Souveränität erfordern, die in technischer Hinsicht längst vermindert, wenn nicht aufgehoben ist.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1961, Nr. 224, S. 2100.

81

Aus der Rede Willy Brandts vor dem Deutschen Bundestag zur Regierungserklärung am 6. Dezember 1961

Unser Bündnissystem ist sinnvoll weiter zu entwickeln. Dabei möchte ich ausdrücklich das Prinzip unterstreichen, daß wir bereit sein müssen, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Das beinhaltet auch das Mittragen aller Risiken ...

Die Idee einer NATO-Atommacht muß nach Gesichtspunkten der politischen Klugheit und der militärischen Zweckmäßigkeit entschieden werden. Unter die politischen Gesichtspunkte rechne ich an erster Stelle, daß jedes amerikanische Disengagement von Europa vermieden werden muß. Die Einheitlichkeit des Bündnisses muß erhalten bleiben, in dem wir uns doch wohl nicht diskriminiert fühlen. Schließlich sollten wir keine Veranlassung zu einer im Prinzip gleichgearteten Bewaffnung des Warschauer Paktes geben.

Zu den militärischen Gesichtspunkten gehört eine Bewaffnung, die das Bündnis als Einheit betrachtet und bereits das konventionelle Risiko für die andere Seite steigert, obwohl jeder Konflikt in Europa die Gefahr einer schnellen Ausweitung zu einem atomaren Krieg in sich bergen würde ...

Auf dem Hintergrund dieser Situation haben meine Freunde und ich vorgeschlagen, die vierte Bundesregierung auf breitest möglicher Basis, das heißt als Allparteien-Kabinett, zu bilden. Niemand mache es sich bitte

so leicht, diesen Vorschlag auch noch nachträglich als taktisch bedingt abzutun. Unsere Fragestellung war: Was ist objektiv erforderlich, damit die Bundesrepublik so gut wie möglich mit den Schwierigkeiten fertig wird, die auf ihrem Wege liegen?

Man ist den von uns vorgeschlagenen Weg nicht gegangen. Man hat sich statt dessen auf die Gemeinsamkeit zur Ausschaltung von $11\frac{1}{2}$ Millionen Wählern verständigt. Und ich vermute, man wird das eines Tages bedauern.

Niemand soll glauben, wir hätten die Allparteien-Regierung vorgeschlagen, um einen breiteren Buckel zu bieten, auf dem man unserem Volke noch mehr aufbürden könnte. Wir haben sie vorgeschlagen, um ein Unglück abwenden zu helfen. Wir haben sie vorgeschlagen, weil es richtig gewesen wäre, vor unserem Volk, vor der ganzen Welt, vor Freund und Feind ein Zeichen der Reife und der Entschlossenheit aufzurichten ...

Es erscheint uns sinnwidrig, die Aufgaben der sozialen Ordnung in einen Gegensatz zu stellen zur Freiheit des einzelnen und der Gesellschaft. Die weitestmögliche Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit ist vielmehr eine der Grundvoraussetzungen, um die Freiheit in der modernen Industriegesellschaft zu erhalten ...

Unser Volk ist zu Opfern aufgerufen. Jawohl, aber damit darf man nicht immer nur den anderen meinen. Wenn von den breiten Schichten der Bevölkerung Leistungen erwartet werden, dann fragen sie mit Recht, was die wirklich Leistungsfähigen beizutragen bereit sind. Dann fragen sie mit Recht, ob die Opfer auch einigermaßen gerecht verteilt werden ...

Der Staat, das sind wir alle. Die parlamentarische Opposition, die mehr ist als nur Opposition, wird sich jedenfalls so verhalten, daß sie jederzeit imstande ist, auch Regierungsverantwortung tragen zu können. Unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Lebensfragen unseres Volkes ist nicht davon abhängig, ob wir in der Regierung sitzen. Niemand sollte jedoch glauben, er könne die SPD zur gleichen Zeit aussperren und doch mithaften lassen. Wir haben ein Recht auf laufende und eingehende Information, die noch keine automatische Billigung einschließt. Mitverantwortung können wir nur übernehmen, wo wir nach gemeinsamer Beratung zu gemeinsamer Willensbildung gelangen.

Vorwärts (Bonn),
13. Dezember 1961.

82

Aus dem Offenen Brief der Brigade Porstmann des VEB (K) Installation Karl-Marx-Stadt an ihre Kollegen des VEB Wohnungsbau Rostock, veröffentlicht am 14. Dezember 1961

Liebe Rostocker Kollegen! Das Briefeschreiben ist nicht unsere starke Seite. Wir sind Installateure, und die Rohrzange liegt uns besser in der Hand als der Federhalter. Trotzdem haben wir uns hingesetzt, um Euch einen Brief zu schreiben. Uns geht nämlich seit ein paar Wochen etwas im Kopf herum, mit dem kommen wir nicht klar. Das muß mal heraus.

Wir meinen Eure Leistungen beim Wohnungsbau in Rostock.

Ein paar Kollegen von uns arbeiten seit einiger Zeit bei Euch, weil in Rostock Arbeitskräfte fehlen. Sie helfen, damit Euer Plan des Wohnungsbaues erfüllt wird.

Unsere und die Rostocker Installateure bauen also dort nebeneinander. Das ermöglicht einen ziemlich genauen Leistungsvergleich. Natürlich haben wir den auch angestellt. Was dabei herauskam, hat uns beinahe umgehauen.

Unsere Kollegen halten auf Eurer Baustelle – ebenso wie wir das hier in Karl-Marx-Stadt machen – mit vier Mann den Takt. Ihr jedoch benötigt für die gleichen Arbeiten in der gleichen Zeit elf Mann.

Woran liegt das? Eure Normen sind ganz anders als unsere. Sie haben dicke Zeitpolster. Ein paar Beispiele: Für die Installation einer Mehrzwecktherme kriegt Ihr sieben Stunden, wir aber nur drei. Um die Rohrbündel für eine Wohnungseinheit zu montieren, habt Ihr 27 Stunden, wir 18. Und muß ein Wohnblock mit 40 Wohnungseinheiten durchgeprüft werden, dann bekommt Ihr rund 80 Stunden, wir dagegen bloß die Hälfte ...

Wie ist das bei uns mit den Normen? Wir haben uns vor einem Jahr die Normenkataloge aus den anderen Bezirken besorgt, um sie mit unserem zu vergleichen. Die Normzeiten in den Katalogen von Dresden und Leipzig lagen über unseren, die in dem Katalog von Halle waren um 10 Prozent niedriger. Da haben wir beschlossen, den Halleschen Katalog zu übernehmen. Davon war natürlich keiner gleich begeistert. In den Brigaden unseres Betriebes gab es harte Diskussionen. Schließlich haben dann alle eingesehen, daß man gegenüber unserem Staat ehrlich sein muß und nicht bloß an die eigene Tasche denken kann.

Seit rund einem Jahr gilt bei uns dieser Katalog. Obwohl er die niedrigsten Normzeiten in der DDR hat, verdienen wir auch unser Geld. Wir verdienen sogar gut. Unser Geld stimmt, auch wenn wir viele Stunden weniger als Ihr bekommen.

Aber wir sehen nicht ein, warum für das gleiche Geld der eine weniger

zu arbeiten braucht als der andere. Ein Stück Butter kostet in Rostock genauso 2,50 Mark wie in Karl-Marx-Stadt.

Die einen haben Tricks, sich dicke Brieftaschen zu machen, die anderen haben das Produktionsaufgebot. Das haut doch nicht hin ...

Wir haben uns auch bei unserem Parteisekretär und der Ständigen Produktionsberatung Rat geholt. Dort wurden wir darin bestärkt, daß nicht wir auf dem falschen Dampfer sitzen, sondern Ihr verkehrt denkt.

Der Parteisekretär hat uns das mit der „großen Schüssel" plausibel gemacht. Erst muß jeder einen anständigen Löffel voll in die große gemeinsame Schüssel hineintun. Wenn sie voll ist und auch durch die Arbeit aller ständig wieder gefüllt wird, dann kann jeder auch genügend herausholen. Wer aber bloß einen kleinen Löffel voll hineintut und einer Riesenkelle absahnt, nimmt anderen etwas weg. Der bestiehlt die Allgemeinheit. Und wenn das immer mehr tun, dann ist am Ende in der Schüssel nichts mehr drin, und auch der mit dem großen Löffel kann nichts mehr herauslangen.

Was nützt ihm dann das viele Geld? Der Lohn hat doch nur dann Wert, wenn die Produktion erhöht wird, wenn mehr Waren in die Läden kommen ...

Die einen bemühen sich, so zu arbeiten, wie es das 14. Plenum sagt, die anderen haben überhaupt keine Ohren. Das haut auch nicht hin.

Wer hat denn das mit den unterschiedlichen Bau-Normenkatalogen eigentlich eingeführt? Warum muß man in Karl-Marx-Stadt mehr leisten als in Rostock? Wir wollen das vom Kollegen Lindner, dem Vorsitzenden unserer IG, und auch vom Bauminister Scholz begründet haben. Wenn sich das herumspricht, ziehen womöglich alle Bauarbeiter nach Rostock, weil sie dort für weniger Arbeit mehr verdienen.

Wir fordern, daß bei den gleichen Arbeiten für die ganze DDR einheitliche Normen geschaffen werden, die auf den besten Werten beruhen ...

Wir haben lange gezögert, bevor wir diesen offenen Brief schrieben. Einige von uns meinten: Wir wollen doch keine Kollegen schlecht machen.

Darum geht es ja auch gar nicht. Aber die Arbeiter haben in der DDR die Macht. Da tragen wir alle doch gemeinsam die Verantwortung für alles, was bei uns geschieht.

Deshalb müssen wir unter uns ehrlich und offen darüber reden, wenn etwas in Unordnung gekommen ist, wie wir es wieder ins Lot bringen ...

Wir arbeiten im Produktionsaufgebot. Unsere Verpflichtung ist, die uns laut Normenkatalog aus Halle für die Installationsarbeiten in dem achtgeschossigen Wohnblock (Großplattenbau) vorgegebenen Normstunden um 400 herabzusetzen. Das ergibt, daß wir bei 96 Wohnungen in der gleichen Zeit für das gleiche Geld acht Wohnungen mehr installieren – bei einwandfreier Qualität der Arbeiten selbstverständlich.

Wir fordern Euch auf, ebenso wie wir bei diesem Typ von Wohnblöcken eine Normzeit von 50 Stunden für die komplette Fertigstellung pro Wohnungseinheit zu erreichen.

Es geht um den Friedensvertrag, und wir wollen von Euch wissen: Seid Ihr dafür, die DDR zu stärken, oder wollt Ihr sie mit den überholten Normen weiter ausnehmen?

Was die „Tricks" anbelangt – wir haben auch welche.

Trotz unserer Verpflichtungen kommen wir noch auf eine Normerfüllung von über 200 Prozent. Das ist aber über dem Durchschnitt in unserem Betrieb.

Wir arbeiten in Zweiergruppen, die sich auf bestimmte Arbeitsgänge spezialisiert haben. Wir machen keine unnötigen Pausen. Wir nutzen die Arbeitszeit voll aus.

Unsere ganze Brigade ist motorisiert. Jeder Kollege besitzt ein eigenes Fahrzeug. Da es bei uns keine ordentliche Materialzufuhr gibt, organisieren wir damit oft selbst das Material heran. Das ist aber ein Trick der Not. Er gefällt uns selbst nicht, sondern wir verlangen von unserem Betriebsleiter eine ordentliche Materialversorgung für alle Brigaden.

Bei der Gelegenheit noch eins: Im März haben wir einen Verbesserungsvorschlag von uns realisiert. Er sieht eine Vereinfachung der Rohrbündel bei unserem Typenprojekt vor. Pro Wohnblock – das sind 96 Wohnungseinheiten – werden dabei 690 Meter verzinktes oder schwarzes Stahlrohr und 1920 Fittings eingespart, also Engpaßmaterial. Wir haben damit bereits 400 Wohnungen installiert, jede wurde dadurch um 50 DM billiger. Aber in anderen Bezirken wendet keiner die Verbesserung an. Dort gibt's wohl Rohre im Überfluß?

Das hat zwar nichts mit Euch Rostockern zu tun, aber es gehört auch zum Thema. Würde nicht der Schlamassel in der Leitung und Organisation schon oben im Industriezweig anfangen, könnten wir alle viel produktiver arbeiten und noch mehr Reserven auf den Tisch hauen.

Im „ND" hat kürzlich ein Kollege aus einem Maschinenbaubetrieb aufgefordert: Die Instrumente im Produktionsaufgebot sind gestimmt, jetzt muß Musik gemacht werden. Für die Musik sind auch wir.

Wir denken, daß unser Aufruf nicht nur die Kollegen in Rostock angeht, sondern auch alle Kollegen der übrigen Gewerke im Ausbau in der ganzen DDR.

Wir erwarten dazu Eure Antwort.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
14. Dezember 1961.

83

Aus dem Brief der 12. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB an das ZK der SED und an Walter Ulbricht vom 15./16. Dezember 1961

Teurer Genosse Walter Ulbricht!

Auf seiner 12. Tagung hat der Bundesvorstand des FDGB gründlich über die Ergebnisse der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik beraten. Im Namen von 6,3 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz danken wir der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihrem Zentralkomitee und Ihnen, Genosse Ulbricht, für diese meisterhafte Anwendung der Lehren des XXII. Parteitages der KPdSU auf die konkreten Bedingungen unseres Kampfes beim vollentfalteten Aufbau des Sozialismus, vor allem beim weiteren Vormarsch unserer Republik zum Siege des Sozialismus und dem folgenden Übergang zum Kommunismus.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees bewies erneut: Die SED ist die bewährte Führerin der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. Ihre Politik entsprach und diente stets den Arbeiterinteressen, entspricht und dient ihnen heute und wird ihnen auch in Zukunft entsprechen und dienen. Denn die Partei läßt sich von den weltverändernden Ideen des Marxismus-Leninismus leiten, trägt sie in die Arbeiterklasse und Volksmassen, lehrt diese die Macht gebrauchen, damit die schöpferische Arbeit zur materiellen Gewalt des sozialistischen Aufbaus und bei der Festigung der volksdemokratischen Staatsmacht in der DDR wird und so die nationale Frage in Deutschland lösen hilft.

Die Gewerkschafter der DDR sind sehr froh, daß in dieser bedeutungsvollen Periode unserer Geschichte die Initiative der Volksmassen geleitet wird von so bewährten Arbeiterführern, wie Sie es sind, Genosse Walter Ulbricht. Wir Gewerkschafter sind stolz, daß Ihr Weg als gewerkschaftlicher Vertrauensmann begann und die Entstehung und Entwicklung unseres Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes als erste einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsorganisation in Deutschland maßgebend von Ihnen mitgestaltet wurde. Die wütende Hetze gegen Sie, mit der der Klassenfeind versucht, die Arbeiter von ihrer bewährten Führung zu trennen, beantworten wir mit verstärkten Anstrengungen, um die ganze Arbeiterklasse noch fester um ihre Partei zusammenzuschließen.

Das bedeutet vor allem, die ganze gewerkschaftliche Kraft dem Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages, die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte und neutrale Freie Stadt und die Normalisierung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten im Sinne der friedlichen

Koexistenz zwischen ihnen zu widmen. Mit großer Freude können wir mitteilen, daß sich in diesen Tagen auf dem V. Weltgewerkschaftskongreß in Moskau in überwältigender Weise zeigte, wie sehr dieser unser Kampf von der gesamten internationalen Arbeiterklasse und ihrer Weltgewerkschaftsbewegung unterstützt wird.

Im Referat der 14. Tagung des ZK erklärten Sie, daß der Gewerkschaftsfunktionär Vertrauensmann des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates und gleichzeitig der Arbeiter und Angestellten sein muß. In hervorragender Anwendung der Leninschen Lehre von der Rolle der Gewerkschaften haben Sie damit erneut wie ständig seit der Herausbildung neuer freier Gewerkschaften 1945 die Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften entwickelt. Das bedeutet für uns mitzuhelfen, daß die Beschlüsse der 14. Tagung des ZK schnell und umfassend im entfalteten sozialistischen Aufbau, bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne Wirklichkeit werden. Gewerkschaftliche Aufgabe ist es, das Gesamtinteresse, das in der Durchführung der Beschlüsse der Partei und der staatlichen Gesetze zum Ausdruck kommt, wie auch die täglichen und unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit steht die Erziehung und Selbsterziehung der Menschen im Produktionsprozeß zu sozialistischer Arbeit, steht die Förderung und Verbreitung des Neuerertums auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Auf dem Wege über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit das Bündnis von Wissenschaft, Technik und Neuerertum in den Betrieben zur mächtigen gesellschaftlichen Triebkraft werden zu lassen ist unsere vorrangige Aufgabe.

Die Organisierung der Masseninitiative der Neuerer und aller Werktätigen in der sozialistischen Produktion ist untrennbar verbunden mit der gesellschaftlichen Kontrolle, die auch die Gewerkschaften auf einigen wichtigen Gebieten in Staat und Wirtschaft ausüben. Noch werden jedoch manche Gewerkschaftsorganisationen ihrer Rolle als Wahrer der sozialistischen Gesetzlichkeit, sowohl was die Rechte des einzelnen Arbeiters als auch was die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten vor allem aus dem Gesetzbuch der Arbeit betrifft, nur unvollkommen gerecht. Mehr und wirksamer müssen die Ständigen Produktionsberatungen die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Produktion bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und aller Neuerervorschläge verwirklichen, müssen die Betriebskollektivverträge die Einheit von Arbeiterrechten und -pflichten sichern.

Als Schulen des Sozialismus tragen die Gewerkschaften eine hohe Verantwortung für die sozialistische Kulturrevolution. „Lesen, Lernen und Begreifen" ist ein Wesenszug der gebildeten sozialistischen Menschen und damit Bestandteil der gebildeten Nation. Als treue Helfer der Partei

werden die Gewerkschaften beitragen, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Kunst und Literatur wächst und über den Bitterfelder Weg zu echt sozialistischen Kunstwerken führt, bei deren Entstehung die Arbeiterklasse als Auftraggeber wirkt. Dabei werden die 4. Arbeiterfestspiele im kommenden Jahr und ihre Vorbereitung einen wichtigen Beitrag leisten.

In der sozialistischen Erziehung muß die Festigung unseres Bruderbundes mit der Sowjetunion einen hervorragenden Platz einnehmen. Der Sieg des Sozialismus in der DDR ist ohne das volle Verständnis und die Verwirklichung des Leitsatzes „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen" nicht möglich. Wir werden deshalb beim Studium und bei der Anwendung der Lehren des XXII. Parteitages der KPdSU unsere Anstrengungen erhöhen, damit die feste, unzerstörbare Freundschaft zur Sowjetunion Herzenssache aller Gewerkschaftsmitglieder wird ...

Die Mitglieder und Kandidaten des Bundesvorstandes des FDGB versichern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihrem Zentralkomitee und Ihnen, Genosse Walter Ulbricht, daß sie alles tun werden, damit die Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Rolle als Schulen des Sozialismus ständig besser erfüllen und unter der Führung der Partei ihrer nationalen und internationalen Verantwortung im Kampf um den Sieg des Sozialismus in unserer Republik gerecht werden.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
17. Dezember 1961.

84

Aus der Stellungnahme des ZK der KPD zum Memorandum der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht im Januar 1962

Das Memorandum der Sowjetunion vom 27. Dezember 1961 ist für die Bevölkerung der Bundesrepublik von höchster nationaler Bedeutung. In ihm wird mit großem Verständnis und hoher Verantwortung das ganze Problem der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion behandelt. Alle Fragen, die die Sowjetunion aufgeworfen hat, und alle Lösungen, die sie vorschlägt, müssen von allen Menschen in der Bundesrepublik einer eingehenden Prüfung unterzogen werden; von den Arbeitern wie von den Bauern, von den Industriellen wie von der Intelligenz, von Männern und Frauen und insbesondere von der Jugend, um deren Zukunft es ja vor allem geht.

Was ist das hervorstechende Kennzeichen dieses sowjetischen Memorandums? Vom ersten bis zum letzten Wort ist es vom Geist und Willen durchdrungen, die gegenwärtig vorhandenen Spannungen zu überwinden. Die Sowjetunion reicht der Bundesrepublik die Hand, damit Frieden zwischen der großen Sowjetunion und der Bundesrepublik herrscht. Wer könnte angesichts dieses Schriftstücks, seiner Form, seines Geistes und seines ganzen Inhalts noch zu erklären wagen, daß die Sowjetunion die Bevölkerung der Bundesrepublik bedrohe, daß sie aggressive Absichten hege? Diese Lüge hat nur den Zweck, die verhängnisvolle Politik der Todfeindschaft und der Revanche fortzusetzen. Das aber ist das schlimmste Vergehen an den nationalen, friedlichen Interessen unserer Bevölkerung. Wenn offizielle Kreise den Tenor zur Beurteilung des sowjetischen Memorandums dadurch bestimmen wollen, daß „nichts Neues" darin enthalten sei, so mögen es alle Menschen in der Bundesrepublik selbst prüfen, damit nicht erneut leichtsinnig die ausgestreckte Hand zum Frieden ausgeschlagen wird, damit das Unglück nicht wieder seinen Lauf nimmt.

Der zweite bedeutungsvolle Gesichtspunkt des sowjetischen Memorandums besteht darin, daß es in weitsichtiger Weise der Bundesrepublik die Möglichkeit eröffnet, eine eigene, selbständige Politik zu betreiben. Es gibt kein Beispiel in der modernen Geschichte, daß ein Staat sich auf die Dauer damit abfindet, daß eine fremde Mächtegruppe sich das Recht vorbehält, allein über die Beziehungen dieses Staates zu anderen Staaten zu entscheiden. In dieser Lage aber befindet sich die Bundesrepublik. Formell gibt es diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Aber wenn Botschafter Kroll in Wahrnehmung seiner diplomatischen Funktion auch nur ein Schriftstück der Sowjetunion entgegennimmt, dann ertönt die „Stimme Amerikas" und verkündet, für die Bundesrepublik sei nicht der deutsche Botschafter, sondern der Botschafter der USA zuständig. Bei den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geht es aber nicht um die Interessen der imperialistischen Kreise der USA, Englands oder Frankreichs, sondern es geht allein um die Interessen von mehr als 50 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik ...

Die imperialistischen Westmächte, allen voran die USA, haben in den vergangenen Jahrzehnten die deutsche Politik immer wieder gegen die Sowjetunion angeheizt. Jetzt wollen sie die Bundesrepublik in einen Krieg gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik treiben. Dabei stützen sie sich auf die unverbesserlichen Militaristen und Rüstungsinteressenten, auf Leute wie Strauß, Heusinger und alle Ultras, die keine nationale Politik betreiben, sondern im Interesse ihrer Revanchepläne sogar das Aufgehen der Bundesrepublik im Rahmen einer „Atlantischen

Union" unter Führung der USA propagieren. Das tun sie, um Atomwaffen in die Hand zu bekommen, um ihre wahnwitzige Revanchepolitik, die nur in einer unsagbaren nationalen Katastrophe enden kann, durchzuführen...

Als die Regierung der Sowjetunion im Jahre 1952 ihre Vorschläge zur Friedensregelung mit Deutschland unterbreitete, haben die regierenden Bonner Kreise entsprechend der Order aus Washington sofort mit Nein geantwortet, weil sie den Weg der Politik der Stärke, der militärischen Aufrüstung durchsetzen wollten. Aber auf diesem Wege konnte keines der nationalen Ziele unseres Volkes erreicht werden. Alle Lebensfragen blieben ungelöst. Herausgekommen ist die Gefahr eines atomaren Krieges und einer grausamen Vernichtung. Das neue sowjetische Memorandum bietet eine neue Chance. Die Hand ist gereicht, um die Spannungen zwischen den beiden größten europäischen Staaten zu überwinden und zu Möglichkeiten einer selbständigen Politik der Bundesrepublik zu gelangen. Diese Chance darf nicht wieder verpaßt werden. Darum müssen die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik jetzt selbst und stärker auf den Plan treten.

Das sowjetische Memorandum ist kein geheimes diplomatisches Aktenstück, das die Bundesregierung zwar den Westmächten zur Kenntnis gab, aber ursprünglich der westdeutschen Bevölkerung vorenthalten wollte. Die Frage der Beziehungen zur Sowjetunion ist eine elementare nationale Frage, die letzten Endes auf Krieg oder Frieden hinausläuft. Darum müssen jetzt die Arbeiter in den Betrieben Stellung nehmen. Es ist erforderlich, daß die Gewerkschafter in ihren Zusammenkünften, die Sozialdemokraten in ihren Mitgliederversammlungen dieses so bedeutsame Dokument behandeln und sich an die Leitungen ihrer Organisationen, an die Parlamentarier, an alle einflußreichen Persönlichkeiten wenden, um ihren Willen für eine nationale Politik, gegen Antikommunismus und Revanchismus, zum Frieden, zur Abrüstung und damit zur Sicherung und Erweiterung ihres sozialen Lebensstandards zum Ausdruck zu bringen.

Die Darlegungen im sowjetischen Memorandum über die Möglichkeiten eines unbegrenzten friedlichen Handels zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zeigen auch die großen Möglichkeiten, wie man die Periode des „Opferns" für weitere Rüstungslasten beenden und in einen Abschnitt gesicherter wirtschaftlicher Entwicklung und der Erweiterung des sozialen Lebensstandards eintreten könnte. Viele der jetzt schon vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Sorgen bei den Werktätigen hervorrufen, könnten durch einen ausgedehnten Handel mit der Sowjetunion behoben werden.

Mögen die Bauern, die durch die antinationale EWG-Politik ihre Existenz verlieren werden, erkennen, daß durch die ungehinderte Entwicklung guter Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion der Würgegriff der

in- und ausländischen Banken und Monopole gelockert, ihr Kampf zur Sicherung einer deutschen Agrarwirtschaft erleichtert wird. Mögen alle verantwortlichen Wirtschaftskreise in der Bundesrepublik die Dinge im großen Zusammenhang sehen, die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz erkennen, damit der Krieg als Mittel der Politik ausgeschaltet wird. So kann sich der friedliche Wettbewerb frei entfalten. Wir sind dafür, daß das Memorandum der Sowjetunion zu einer großen Volksaussprache genutzt wird, zum gesteigerten Kampf gegen die aggressiven Monopolisten, die unbelehrbaren Militaristen, damit die Kräfte der Arbeiterklasse im Bunde mit allen friedliebenden Kräften bestimmend werden und eine Politik der nationalen Vernunft durchsetzen.

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der
Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs
des ZK der KPD, Max Reimann,
Berlin 1963, S. 700–703.

85

Aus einem Artikel des Bundesministers für besondere Aufgaben, Heinrich Krone, vom 1. Februar 1962

Wir haben aber auch noch einen anderen Grund, die Töne, die aus Moskau zu uns dringen, so wie bisher richtig einzuschätzen. Es ist gewiß, daß manche Kreise in den westlichen Ländern, nachdem das Stichwort „Rapallo" gefallen ist, mit erhöhter Aufmerksamkeit auf die Bundesrepublik blicken und gespannt darauf warten, ob wir unsere Politik konsequent fortsetzen. Auch deshalb ist für uns erhöhte Vorsicht geboten, und gerade darum müssen wir der Sowjetregierung klar sagen, daß für uns die Grundlagen unserer Sicherheits- und Außenpolitik feststehen, daß es uns nicht schwerfällt, die bisherige Politik konsequent an der Seite der Westmächte fortzusetzen. Auch wer die Denkschrift vom 27. Dezember genau liest, findet in ihr keinerlei Zugeständnisse. Ihr Standpunkt ist offen und ganz eindeutig: Wir sollen die Teilung Deutschlands hinnehmen und sie anerkennen, wir sollen uns auch damit abfinden, daß die Lage des freien Berlin verschlechtert wird, und nach alldem sollen wir dann auch noch eine freundliche Haltung gegenüber der Sowjetunion einnehmen. Es ist offensichtlich, daß solche Vorschläge keine Grundlage für eine echte deutsch-sowjetische Verständigung abgeben können, an der wir nach wie vor interessiert sind.

Es wäre unklug, wenn wir uns einredeten, durch den neuen sowjetischen Ton sei bereits eine neue politische Lage entstanden. Wie die Bundes-

regierung auf die Denkschrift eingeht, ist eine Sache ruhiger und gründlicher Überlegung ohne jede Hast. Eine Staatsaktion daraus zu machen, würde der Situation nicht entsprechen und auf der Gegenseite falsche Vorstellungen wecken. Auf diese Denkschrift hin etwa besondere Besprechungen mit der Sowjetregierung abseits des Üblichen einzuleiten, schiene mir verfehlt. Das wäre eine Politik auf Nebenwegen, und nichts wäre verkehrter und gefährlicher als das.

Seit einigen Wochen laufen in Moskau die diplomatischen Sondierungen, die Mitte Dezember bei der Ministerratssitzung der NATO in Paris beschlossen worden sind. In dieser Lage eine eigene deutsche Initiative zu entfalten hieße glauben, wir könnten allein besser zu einem Ergebnis gelangen als mit unseren Verbündeten. Wir geben uns dieser Illusion nicht hin.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1962, Nr. 22, S. 181.

86

Aus dem Interview des „Neuen Deutschland" mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, veröffentlicht am 21. Februar 1962

Frage: Welche Anforderungen stellt jetzt die Partei an ihre Mitglieder und Funktionäre? Welche Schwächen und Fehler gilt es zu überwinden?

Antwort: Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Parteiorganisationen ist der Stand der politischen Erkenntnis der Bevölkerung – besonders, was die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands betrifft –, ist die Erfüllung des Planes nach qualitativen und quantitativen Kennziffern, die Einführung der neuen Technik, die Arbeitsmoral und das kulturelle Leben der Werktätigen. Diese Fragen sollten also auch im Vordergrund der Beratungen in den Mitgliederversammlungen stehen. Die Verantwortlichkeit jedes Mitgliedes zeigt sich im Produktionsaufgebot, in der Qualität der Arbeit, in der Sparsamkeit mit jeder Minute, jedem Gramm und jedem Pfennig. Die politische und fachliche Schulung der Werktätigen, die Arbeit der Brigaden und vor allem die Gemeinschaftsarbeit der Brigaden der sozialistischen Arbeit und der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, der Neuerer, Wissenschaftler und Ingenieure, aber auch die kulturellen Interessen der Werktätigen – das sind die Fragen, mit denen sich die Mitgliederversammlungen unserer Partei beschäftigen sollen. Jede Grundorganisation

der Partei muß wissen, wie die Bevölkerung ihres Bereiches über die Hauptfragen denkt, welche Sorgen sie hat. Sie muß gemeinsam mit den demokratischen Organen die Wege suchen, um die wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Aufgaben zu lösen. In den Parteiwahlen beschäftigen sich also die Parteiorganisationen mit dem Schaffen der Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus, mit der Erfüllung der Pflichten der Parteiorganisationen und aller ihrer Mitglieder in der Arbeit mit den Menschen.

Die Partei verlangt von ihren Mitgliedern mehr, als von anderen Bürgern verlangt werden kann. Das kann auch nicht anders sein. Die Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben sich freiwillig dem Kampfbund der Partei angeschlossen, des großen Zieles und der großen Aufgaben willen. Wir müssen von uns mehr verlangen, als von anderen Bürgern verlangt werden kann. Das entspricht auch der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mitglied der Partei der Arbeiterklasse sein heißt nicht nur weiter vorausschauen, sondern auch persönlich mehr tun, heißt größten persönlichen Einsatz für das Wohl des Ganzen.

Von uns Mitgliedern der SED, die wir auf allen Gebieten unseren Mann stehen, verlangen wir Prinzipienfestigkeit und zugleich Elastizität, Unversöhnlichkeit gegenüber dem Gegner und zugleich größte Feinfühligkeit und Geduld gegenüber den Bürgern, die noch nicht in allen Punkten mit uns übereinstimmen, die erst morgen alles verstehen werden.

Die Mitglieder unserer Partei wissen, daß sich nicht alle Menschen in gleichem Tempo entwickeln. In dem tagtäglichen Ringen um die Durchführung der Linie der Partei, beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und bei der sozialistischen Bewußtseinsentwicklung der Menschen sind manche in Gefahr, zwei Fehler zu begehen:

unter dem Druck rückständiger Auffassungen vor Übergangsschwierigkeiten oder feindlicher Hetze zurückzuweichen bzw. zu versuchen, sich anzupassen,

oder

in Ungeduld Menschen, die noch nicht so schnell mitkommen oder Fehler machen, vor den Kopf zu stoßen, sie als Feinde einzuschätzen und zu behandeln.

Beide Fehler schaden der Partei und unserer Sache. Die Grundorganisationen und ihre Mitglieder sollten stets bemüht sein, beide Fehler zu vermeiden und sofort einzugreifen, wenn ein solcher Fehler begangen wurde. Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus und angesichts der ständigen Einwirkungen des Feindes von Westdeutschland und Westberlin aus der Einfluß der bürgerlichen Ideologie besonders gefährlich ist. Dagegen muß ein ständiger Kampf geführt werden. Gefährlich ist immer wieder die Neigung zum

Sektierertum, zur Überheblichkeit gegenüber Parteilosen oder Mitgliedern anderer Parteien, der Verzicht auf die Zusammenarbeit mit gutwilligen und zur Mitarbeit bereiten Menschen, auch wenn sie in diesem oder jenem Punkte mit uns nicht einverstanden sind oder noch nicht die Richtigkeit aller unserer Maßnahmen erkennen. Solchen Menschen darf man nicht grob kommen. Man darf sie nicht vor den Kopf stoßen. Die Mitglieder und Funktionäre unserer Partei müssen lernen, freundschaftlich mit ihnen zu arbeiten und sie zu überzeugen. Sie müssen alles daransetzen, jeden Bürger der DDR für unsere gute Sache zu gewinnen. Und das kann man nicht mit Methoden des Holzhammers. Das kann man auch nicht, wenn man im Grunde gutwillige Menschen wegen irgendwelcher Dinge, wegen einer zugespitzten Äußerung oder irgendeines Fehlers beleidigt.

Bei unserer ganzen Tätigkeit dürfen wir eines nicht vergessen: Zusammen mit unserer Partei gehen Millionen Menschen, die nicht Mitglieder der SED sind, den Weg des Aufbaus und des Sieges des Sozialismus. Es sind ehrliche Menschen, prächtige Menschen, gut arbeitende und lernende Menschen, mit denen es sich gut zusammenarbeitet und gut kämpft. Viele haben ihre Eigenheiten. Aber wer hat sie nicht? Das große Bündnis der Partei mit den Millionen parteiloser Bürger und Angehörigen der befreundeten Parteien zu pflegen und zu festigen, ist eine hervorragende und ehrenvolle Aufgabe eines jeden Mitgliedes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ein Mitglied oder Funktionär unserer Partei, der das noch nicht begriffen hat, handelt nicht als Sozialist.

Es geht also auch um das Verhältnis der Parteimitglieder zu den Arbeitskollegen, zu den Mitgliedern der gesellschaftlichen Organisationen, wie z. B. der Gewerkschaft, und in erster Linie zur eigenen Familie, zum Ehegatten und zu den Kindern. Die Durchführung des Kommuniqués des Politbüros „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus" z. B. ist doch eine komplizierte, lange dauernde Aufgabe. Vor jedem Parteimitglied stehen dabei Fragen der Selbsterziehung, der Überwindung rückständiger Gewohnheiten. Nicht anders ist es mit den Beziehungen der Erwachsenen zur Jugend. In den Parteiversammlungen muß deshalb über die Lehrlingsausbildung, die fachliche Qualifizierung der Jugendlichen, das kulturelle Leben und den Sport, über ihre geistige und politische Entwicklung gesprochen werden.

Frage: Welche Aufgaben stehen jetzt im Vordergrund der politischen Massenarbeit der SED während der Parteiwahlen?

Antwort: Das Leben wirft sehr viele Fragen auf, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Was steht gegenwärtig für die ganze Partei im Vordergrund? Das ist einmal die brennend wichtige Klärung der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und der Zukunft Deutschlands.

Das ist vor allem der Kampf um die Sicherung des Friedens, für die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges, um einen deutschen Friedensvertrag, auf dessen Grundlage die friedliche Lösung der Westberlinfrage erfolgt, und die allgemeine und vollständige Abrüstung mit dem Ziel der militärischen Neutralisierung Deutschlands. Unsere Kampflosung ist: Der Frieden wird über den deutschen Militarismus siegen!

Das ist zugleich der weitere Aufbau des Sozialismus und im besonderen die Frage, wie es mit dem großartigen Produktionsaufgebot unserer Werktätigen weitergehen soll, wie die Partei diese große neue Initiative unserer Arbeiter und Angestellten fördert.

Es ist eine der wichtigsten zentralen Aufgaben unserer Partei, gerade in diesen prinzipiellen Fragen durch eine kluge, leidenschaftliche und beharrliche politische Massenarbeit alle Bürger der DDR von der Richtigkeit der Politik unserer Partei zu überzeugen und damit alle ihre Tatkraft, Energie und Begeisterungsfähigkeit für unsere große Sache und für die Lösung der praktischen Aufgaben zu mobilisieren.

Frage: Worauf kommt es in der politischen Massenarbeit bei der Erläuterung der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und der Zukunft Deutschlands vor allem an?

Antwort: Jede Grundorganisation sollte bei der politischen Massenarbeit immer von der Lage in ihrem Arbeitsbereich ausgehen und genau wissen, wie die Menschen denken, welche Vorschläge es aus den Kreisen der Werktätigen gibt und über welche Fragen noch Unklarheiten herrschen.

Ich möchte an das anknüpfen, was ich zu dieser Frage auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei gesagt habe. Vor allem nach dem XXII. Parteitag der KPdSU und der in den letzten Jahren, besonders aber 1961, sichtbar gewordenen Veränderung des Kräfteverhältnisses ist es völlig klar, daß in der ganzen Welt, für alle Völker und Staaten, für alle Erdteile, die Reise zum Sozialismus geht. Aber noch nicht alle Menschen sind sich dessen bewußt, in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu leben. Unter der Wirkung einer reaktionären, rückwärts gerichteten Propaganda aus dem Westen unserer gespaltenen Nation glaubten manche Leute auch bei uns, sich auf eine Rückentwicklung, d. h. zurück zum Kapitalismus oder vielleicht zu irgendeinem Mischmasch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, orientieren zu können.

Die Lage in Deutschland ist aber nun einmal so, daß der historische Weg der Deutschen Demokratischen Republik, d. h. der Weg des Aufbaus eines sozialistischen deutschen Staates, von der Geschichte bereits als richtig erwiesen ist. Diesen Weg gehen wir, ohne zu schwanken, ungeachtet der wütenden Hetze unserer Gegner gegen unsere Partei wie gegen unsere Republik und ihre Bürger.

Wir lassen uns von den großen Gedanken leiten: Vaterland – Frieden – Sozialismus! Wir siegen! . . .

Frage: Welche Beziehungen haben unsere Parteiwahlen zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie? Wird die Entwicklung der sozialistischen Demokratie durch die Maßnahmen des 13. August gehemmt oder gefördert?

Antwort: Ich bin bei der Behandlung aller Fragen von dem engen Zusammenhang zwischen unseren Parteiwahlen und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik ausgegangen. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß die in der Staatsratserklärung vom Oktober 1960 festgelegten Grundsätze der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in vollem Umfange auch heute und in Zukunft gelten.

Manche Genossen waren der Meinung, der 13. August und die wütende Reaktion der westdeutschen Militaristen auf unsere Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen hätten die sozialistische Demokratie eingeengt. Ich halte eine solche Auffassung für grundfalsch und auch für gefährlich. Genau das Gegenteil ist wahr. Die Sicherung unserer Grenzen gibt uns den Weg frei für eine breitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie, als es vorher möglich war. Schon deshalb, weil es für den Gegner jetzt schwerer ist als vorher bei ungeschützter Grenze, unsere Gesetze zu verletzen, uns zu bestehlen, unseren sozialistischen Aufbau und unsere Entwicklung zu stören.

Gerade die Parteiwahlen müssen dazu beitragen, die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu fördern. Daher ist es notwendig, daß sich die Grundorganisationen darüber Rechenschaft ablegen, wo es in ihrem Tätigkeitsbereich Verletzungen der sozialistischen Demokratie gibt, wo ihre Grundsätze nicht richtig angewandt werden, wo es nötig ist, ihrer Entwicklung nachzuhelfen.

Manche Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind – das kann in der Periode des Übergangs auch gar nicht anders sein – in ihrem Denken und Fühlen mit falschen Vorstellungen aus der Vergangenheit behaftet. Es ist für sie manchmal gar nicht einfach, unseren Entwicklungsstand richtig einzuschätzen und die Probleme, die wir zu lösen haben, bis zu Ende zu denken. Im Sinne der neuen Zeit denken ist für manche ein schmerzhafter Prozeß. Weil wir das aber wissen, müssen wir diesen Bürgern gegenüber Geduld zeigen und ihnen mit Geduld und Beharrlichkeit helfen.

In den Parteiwahlen steht für uns immer der Mensch im Mittelpunkt. Sozialistischer Aufbau und Sorge um den Menschen sind eine untrennbare Einheit. Nicht zuletzt deshalb wendet die ganze Partei den menschlichen Beziehungen, der Entwicklung der freundschaftlichen

Beziehungen zwischen den Menschen, der Entwicklung der Zusammenarbeit in den Brigaden und anderen Gemeinschaften große Aufmerksamkeit zu ...

Die Partei löst heute ihre Aufgaben und schreitet vorwärts in einer Situation des verstärkten ideologischen Kampfes, der an alle Grundorganisationen und alle Mitglieder hohe Anforderungen stellt. Es ist deshalb richtig, daß viele Parteileitungen damit begonnen haben, über diese Fragen Seminare durchzuführen, um die Genossen zu befähigen, die großen Fragen unserer sozialistischen und nationalen Politik in volkstümlicher, allgemeinverständlicher Weise zu beantworten und sie mit den praktischen Fragen des Aufbaus des Sozialismus zu verbinden.

Alle unsere Parteiorganisationen sollten sich darüber klar sein, daß die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse nicht etwa darin zum Ausdruck kommt, daß unsere Partei alle Arbeiten auf sich nimmt. Es entspricht vielmehr der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, daß sie es versteht, mit den Blockparteien und gesellschaftlichen Organisationen in der Nationalen Front bei der Lösung aller Aufgaben freundschaftlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und die Arbeit in den Volksvertretungen zu verbessern. Hier gibt es noch allzuoft enge Auffassungen, die unser Vorwärtsschreiten hemmen. Die große Leistung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beruht nicht zuletzt darin, daß sie es verstanden hat, seit ihrem Bestehen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte zur Lösung der großen nationalen und sozialen Aufgaben zu einen. Das ist von großer Wichtigkeit auch für die westdeutschen Werktätigen in ihrem Ringen um die Schaffung einer großen demokratischen Front aller friedliebenden und fortschrittlichen Bürger Westdeutschlands.

Wenn unsere Grundorganisationen bei den Parteiwahlen streng die Leninschen Normen des Parteilebens einhalten, wenn sie in den Mittelpunkt ihrer Arbeit die Überzeugung der Menschen stellen, wenn sie alle Kräfte des Volkes zur Erfüllung unserer großen ökonomischen, kulturellen Aufgaben vereinen, wenn jedem Genossen die große nationale Rolle unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates klar ist – dann werden die Parteiwahlen zu einer weiteren Stärkung und Festigung unserer Partei und unserer Republik führen und uns dem Sieg des Sozialismus in der DDR und der Lösung unserer nationalen Frage näher bringen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
21. Februar 1962.

87

Brief der Brigade Kloß aus dem VEB Energieprojektierung Berlin an das ZK der SED, zu Händen des Ersten Sekretärs, Walter Ulbricht, vom 23. Februar 1962

Unsere Erfolge im Kampf um den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Bändigung des westdeutschen Militarismus hängen wesentlich davon ab, wie wir es verstehen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln rationell zu wirtschaften und aus ihrem Einsatz optimalen Nutzen zu ziehen.

Als Mitarbeiter des VEB Energieprojektierung tragen wir eine hohe Verantwortung gegenüber unserem Staat, denn wir sind, indem wir über den Einsatz umfangreicher Investitionsmittel zum Bau von Energieerzeugungs- und Übertragungsanlagen mit zu entscheiden haben, Treuhänder von Volkseigentum.

Unsere Aufgabe besteht darin, die neuesten Erkenntnisse von Forschung und Technik des Maschinenbaus und der Elektrotechnik unter Berücksichtigung des höchsten ökonomischen Nutzens der künftigen Anlagen in den Projekten durchzusetzen.

Durch die Projektierung von heute bestimmen wir den Stand der Technik von morgen und tragen damit bei, die Arbeitsproduktivität zu steigern und schneller eine Erhöhung des Wohlstandes unserer Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen.

Die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED hat unsere Brigade angeregt, kritisch zu überprüfen, wie wir unseren Anteil zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates erhöhen können. Wir beziehen uns auf Ihre Worte, daß im Produktionsaufgebot täglich alte Auffassungen über die Kapazitätsgrenze von Betrieben, Normzeiten, Materialverbrauchsnormen u. a. korrigiert und neue fortschrittliche Normative geschaffen werden, die sich auf den Plan auswirken müssen, auch bei unserer Arbeit in der Brigade.

In unserer bisherigen Tätigkeit standen bei den am Projekt beteiligten Betrieben und bei dem Investträger häufig technische Probleme und nicht immer der Kampf um den sparsamsten Einsatz der Mittel im Vordergrund. Auch wir in der Projektierung müssen unserem Staat gegenüber ehrlich sein und alle Reserven aufdecken.

Wir haben deshalb im Produktionsaufgebot begonnen, die in Arbeit befindlichen Projekte zu überprüfen, um durch die Ausschöpfung aller Reserven unserer Volkswirtschaft beträchtliche Mittel zur Verfügung zu stellen. So haben wir in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit Kollegen des VEB Kraftwerksbau, des VEB Energieversorgung Dresden und des VEB Industrieprojektierung Dresden I das Grundprojekt für das Heiz-

kraftwerk Dresden-Nossener Brücke noch einmal überprüft mit dem Ziel, den Investitionsaufwand auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.

Der Überprüfung, die auf der Basis der letzten Erkenntnisse der Projektierung erfolgte, lagen folgende Gesichtspunkte zugrunde:

1. Einsparung von Investitionsmitteln durch Veränderung der Technologie und einzelner Baukörper ohne Beeinträchtigung des Inbetriebnahmetermins und der Qualität des Gesamtobjektes.

2. Anwendung der modernen Technik und damit verbundene Senkung des Bedienungsfaktors des Kraftwerkes, d. h. Einschränkung des Arbeitskräfteaufwandes für das Kraftwerk.

3. Korrektur der Grundprojektkosten durch Berücksichtigung der Abweichungen zwischen den unverbindlichen Angeboten der Lieferbetriebe von den nunmehr vorliegenden Kalkulationspreisen. Diese Unterschiede ergeben sich noch immer teilweise durch unreale Kostenangaben für die Erzeugnisse der Zulieferbetriebe.

4. Einsparung von Investmitteln durch Vereinfachung der Baustelleneinrichtungen unter Berücksichtigung eines veränderten Bauablaufes.

5. Kritische Einschätzung der gesetzlich zulässigen Kosten für Unvorhergesehenes und Nebenkosten.

Das Ergebnis der nochmaligen kritischen Überarbeitung, die durch vorbildliche Gemeinschaftsarbeit von zehn Kollegen in wenigen Tagen möglich war, ist die Verminderung der ursprünglich geplanten Investmittel um 12 Prozent. Das sind etwa 19 Millionen DM, die zur Finanzierung anderer Vorhaben frei werden. Die Überprüfung ergab weiterhin eine Reduzierung der vorgesehenen Belegschaft um 60 Arbeitskräfte. Andere Brigaden unseres Betriebes sind dazu übergegangen, weitere Grundprojekte ebenso einer exakten Prüfung zu unterziehen. Es zeichnen sich schon jetzt Möglichkeiten ab, mehrere Millionen freizubekommen. Wenn alle Projektanten so das Produktionsaufgebot unterstützen, können große Einsparungen erreicht und beträchtliche Mittel, die bisher objektgebunden geplant waren, in unserer Volkswirtschaft anderweitig verwendet werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat im vergangenen Jahr 15 Milliarden DM für Investitionszwecke aufgewandt. Bei der Schaffung der materiellen Grundlage für den Sieg des Sozialismus wird sich diese Summe in den kommenden Jahren weiter erhöhen.

Wir Projektierungsbrigaden haben die Aufgabe, mit diesen Mitteln, die dem Volk gehören, auch den höchsten Nutzeffekt für die Deutsche Demokratische Republik zu erzielen. Schon eine Einsparung von zwei Prozent bedeutet eine Summe von 300 Millionen DM allein im Jahre 1962. Der Kampf lohnt sich also.

Daher richtet unsere Brigade an alle Projektierungsbetriebe die Auf-

forderung, unverzüglich gleiche Maßnahmen durchzuführen, um damit unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat durch rationellste Gestaltung der Investitionsvorhaben weiter zu stärken und den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
21. März 1962.

88

Aus dem Beschluß des VII. Deutschen Bauernkongresses in Magdeburg vom 9. bis 11. März 1962

Für gute genossenschaftliche Arbeit in jeder LPG –
Für Frieden und Sozialismus!

Wir Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern der Deutschen Demokratischen Republik bauen, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit allen Kräften der Nationalen Front des demokratischen Deutschland den Sozialismus in der Landwirtschaft auf. Unter Führung und im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse kämpfen wir für die gute genossenschaftliche Arbeit in jeder LPG, für den Aufbau des sozialistischen Dorfes, für Frieden und Sozialismus.

Ein Leben in Frieden und Glück fällt uns aber nicht in den Schoß. Angestrengte, harte Arbeit zur Erfüllung der Planaufgaben unserer vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft, die Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten, die geduldige Auseinandersetzung mit alten, überholten Denk- und Lebensgewohnheiten, die Gewinnung aller Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern für die gute genossenschaftliche Arbeit sind in unseren Dörfern erforderlich. Täglich stürmt in dieser Zeit, die wir durch unsere Taten mitgestalten, Neues auf uns ein. Das verlangt von allen ein immer bewußteres Handeln und sozialistisches Denken.

Das Wichtigste ist die gute genossenschaftliche Arbeit. Die Hauptsache ist, durch gute genossenschaftliche Arbeit die genossenschaftlichen Erträge zu erhöhen und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Der Maßstab für gute genossenschaftliche Arbeit ist die Erfüllung und Überbietung der staatlichen Pläne und die Herstellung einer hohen Wirtschaftlichkeit in jeder LPG.

Gute genossenschaftliche Arbeit heißt, daß jedes Mitglied an der genossenschaftlichen Arbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft der LPG aktiv teilnimmt, sich voll für alle Belange der LPG verantwortlich fühlt, daß Spekulationen einzelner Mitglieder nicht zugelassen werden, eine richtige Brigadearbeit durchgeführt und daß die Vergütung an die Mitglieder nach ihrer geleisteten Arbeit vorgenommen wird.

Zur guten genossenschaftlichen Arbeit gehört, daß der Produktionsprozeß auf wissenschaftlicher Grundlage organisiert wird, die fortgeschrittensten landwirtschaftlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Anwendung kommen, der Boden rationell genutzt wird sowie die Maschinen voll ausgelastet werden.

Im Prozeß des sich entfaltenden genossenschaftlichen Lebens festigt sich bei uns die Gewißheit: Der Aufbau des Sozialismus in der DDR, der von uns gewählte und beschrittene Weg der LPG stimmt überein mit der gesetzmäßigen Entwicklung unserer Zeit, der Epoche des weltweiten Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diesen Weg gehen wir unbeirrt weiter ...

Es kann nur das an die Genossenschaftsmitglieder verteilt werden, was die Genossenschaft selbst erarbeitet.

Wir Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern wollen das Unsrige beitragen zur Stärkung unserer Republik, zum glücklichen Leben im Sozialismus. Das tun wir, indem wir für die ständig steigenden Aufwendungen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zur Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft auch entsprechend mehr Lebensmittel für die Versorgung der Bevölkerung und mehr Rohstoffe für die Industrie liefern.

So, wie wir heute auf sozialistische Art in der gesellschaftlichen Wirtschaft der LPG arbeiten, werden wir morgen in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat leben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Danach handeln aber noch nicht alle Genossenschaften. Einige fordern mehr vom Staat, als sie ihm selbst zu geben gewillt sind. Sie verlangen staatliche Subventionen, obwohl sie die Voraussetzungen haben, hohe Erträge zu erreichen und aus eigener Kraft die Wirtschaftlichkeit zu sichern, wenn alle Mitglieder eine gute genossenschaftliche Arbeit leisten. Sie verlassen sich auf die Hilfe durch den Staat und die Arbeiterklasse, anstatt die eigenen Kräfte zur Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft anzuspannen. Wir Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern sind der Meinung, daß keiner LPG weiter gestattet werden darf, auf Kosten des Volkes zu leben. Viele Genossenschaften vom Typ I und II bilden aber die genossenschaftlichen Fonds nur aus den Einnahmen der pflanzlichen Produktion. Die größeren Einnahmen aus der Viehwirtschaft gehen jedoch ausschließlich in den individuellen Verbrauch. Jeder gute Bauer weiß aber, daß man so nicht wirtschaften kann, weil die Erweiterung der Produktionsgrundlagen aus allen Bereichen der Produktion finanziert werden muß.

In unserer vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft gilt es, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus bewußt anzuwenden:

vor allem das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft,

das Gesetz der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und das Gesetz der Vergütung nach der Arbeitsleistung.

Es ist deshalb erforderlich, zur exakten wirtschaftlichen Rechnungsführung überzugehen und die Planung auf der Grundlage der genauen Bilanzierung aller landwirtschaftlichen Quellen vorzunehmen. Dabei ist die Durchsetzung des Leistungsprinzips und die Senkung der Selbstkosten unbedingt zu beachten. Diese bewußte Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus dient der schnellen Steigerung der Produktion.

Während bisher alle möglichen Zuschläge und Prämien gezahlt wurden, muß jetzt allmählich dazu übergegangen werden, auf diese Sonderzuschläge zu verzichten und die ganze materielle Interessiertheit der Genossenschaftsbauern auf das Marktprodukt zu lenken, dessen Preise dann entsprechend festgelegt werden müssen.

Die Zuweisung staatlicher Mittel ist an die Erfüllung der staatlichen Pläne zu binden. Die Gewährung von Krediten durch die Deutsche Bauernbank zur Vergütung der Arbeitseinheiten muß von der Erfüllung des Produktions- und Finanzplanes der LPG abhängig gemacht werden.

Die gesellschaftlichen und die persönlichen Interessen in Übereinstimmung bringen

Den richtigen Weg zur Ehrlichkeit der Genossenschaftsbauern gegenüber der LPG und dem Staat, für die Entwicklung einer guten genossenschaftlichen Arbeit beschritten unter anderen die LPG Pessin, Kreis Nauen, Stotternheim, Kreis Erfurt-Land, Jütchendorf, Kreis Zossen. Die Mitglieder dieser LPG haben begonnen, die gesellschaftlichen und die persönlichen Interessen der Mitglieder in Übereinstimmung zu bringen und Ordnung auf allen Gebieten zu schaffen. Sie führen offen die Auseinandersetzung über die Teilnahme aller Genossenschaftsmitglieder an der guten genossenschaftlichen Arbeit.

In diesen LPG setzt sich immer mehr der Grundsatz durch, der zum Leitmotiv aller LPG werden muß: Bevor man ernten kann, muß man säen. So hielten wir es früher, und nicht anders ist es in der Genossenschaft. Einige Kollegen wollen jedoch ernten, ohne zu säen; sie wollen aus der großen Schüssel essen, ohne sie vorher mit zu füllen. Damit schaden sie den gesellschaftlichen und ihren persönlichen Interessen. Der Drang nach Bereicherung ohne Rücksicht auf den Nächsten zeigt sich vor allem in den aufgeblähten individuellen Hauswirtschaften mancher Genossenschaftsbauern des Typs III. Alte, aus dem Kapitalismus herrührende Denkgewohnheiten, das Hängen am Althergebrachten sind die Ursachen dafür. Sie hemmen die Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit und können nur durch geduldige und beharrliche Überzeugung im Kollektiv der Genossenschaftsmitglieder überwunden werden. An erster Stelle stehen

die Leistungen der Genossenschaftsmitglieder für die genossenschaftliche Wirtschaft. Daraus ergibt sich, daß die Hauswirtschaft in den LPG des Typs III nur den Charakter einer Nebenwirtschaft tragen kann.

Die Genossenschaftsmitglieder haben also eine große persönliche, moralische und materielle Verantwortung für die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft. Sie müssen gemeinsam beraten, wie die genossenschaftliche Produktion erhöht und die Bevorzugung der Hauswirtschaften überwunden wird. Das muß aber so geschehen, daß die Viehbestände und die Brutto- und Marktproduktion planmäßig weiter wachsen. Es geht also darum, keine Experimente zu machen, sondern durch planmäßiges, schrittweises Vorgehen die genossenschaftliche Wirtschaft, die genossenschaftliche Produktion zu festigen und zu steigern. Vor allem in den LPG Typ I und II ist es von Vorteil, wenn sie Investitionsbeiträge zur Anschaffung von Traktoren und anderen Maschinen aus einem Teil ihrer Einnahmen aus der individuellen Viehwirtschaft geben und auch die genossenschaftlichen Stallbauten finanzieren helfen. Die LPG ist die beste Sparkasse ...

Aus eigener Kraft die Wirtschaftlichkeit erreichen

Noch nicht in allen LPG Typ III werden die Vorzüge der genossenschaftlichen Produktion voll ausgenutzt. Für die wirtschaftsschwachen LPG kommt es darauf an, die Erfahrungen der fortgeschrittenen LPG umfassend anzuwenden. Wir sind dafür, daß LPG, die infolge selbstverschuldeter niedriger Produktion (hervorgerufen durch Verletzungen des Statuts, ungenügende Teilnahme der Mitglieder an der genossenschaftlichen Arbeit, übermäßige Ausdehnung der individuellen Hauswirtschaften) die Wirtschaftlichkeit noch nicht erreicht haben, künftig keine staatlichen Überbrückungskredite zur Finanzierung der Arbeitseinheiten erhalten. In den Mitgliederversammlungen dieser LPG sollte mit Unterstützung der Gemeindevertretungen und der Spezialistengruppen ein konkretes Programm mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen beraten und beschlossen werden, das festlegt, wie die LPG 1962 aus eigener Kraft die Arbeitseinheiten der Mitglieder aus den genossenschaftlichen Einkünften vergüten.

VII. Deutscher Bauernkongreß vom 9. bis 11. März 1962 in Magdeburg.
Überarbeitetes Protokoll,
Berlin o. J., S. 112/113, 116–118, 131.

89

Aufruf der Parteiaktivisten des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt, beschlossen am 15. März 1962

Wir Parteiaktivisten des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt haben heute gemeinsam mit den parteilosen Arbeitern, Ingenieuren und Wirtschaftlern zur Vorbereitung und Durchführung unserer Parteiwahlen beraten. Es ging um die wichtige Frage: Was müssen wir Werkzeugmaschinenbauer tun zur Lösung der Hauptaufgabe bei der Sicherung des Friedens – zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR?

Zu welchen Leistungen unser Industriezweig, der entscheidende Zweig für die Herstellung von Produktionsmitteln, fähig ist, wurde auf der Leipziger Messe demonstriert. Die ausgestellten Werkzeugmaschinen zeigten deutlich die Erfolge bei der richtigen Durchführung der technischen Politik unserer Partei, vor allem bei der Standardisierung, Typisierung und Anwendung des Baukastensystems.

Unserer Parteiaktivtagung gingen in den letzten Wochen viele Aussprachen voraus. Brigade-, Parteigruppen-, Gewerkschaftsgruppen- und Neuererberatungen sowie Aussprachen mit der Intelligenz, den Frauen und Jugendlichen fanden statt. Gründlich berieten auch die Wirtschaftsfunktionäre. Schließlich wurden Versammlungen der Abteilungsparteiorganisationen durchgeführt, die sich mit den Aufgaben und der Verantwortung jedes Genossen für die Verwirklichung des Planes der Neuen Technik befaßten. Das Ergebnis war: In unserer Belegschaft festigte sich die Erkenntnis: Die aktive Teilnahme am Produktionsaufgebot ist das Beste, was jeder Kollege für die Stärkung der DDR zur Sicherung des Friedens tun kann.

Die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin werden um so eher erfolgen, je höher die Ergebnisse bei der Nutzung der betrieblichen Reserven und beim Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten sind.

Wir wollen, daß auf der Genfer Abrüstungskonferenz die Bonner Ultras mit ihren Atomrüstungsplänen eine Niederlage erleiden und die Politik der friedlichen Koexistenz einen Sieg erringt.

Viele Kollegen im Betrieb haben in den Diskussionen die Frage gestellt, wie das Produktionsaufgebot im Jahre 1962 weitergehen soll. Wir Parteiaktivisten sind der Meinung: Die Verpflichtung der Hoblerbrigade „Ernst Schneller", 16 hochleistungsfähige Werkzeugmaschinen zusätzlich zu produzieren, erfordert die aktive Mitarbeit aller anderen Brigaden und Abteilungen unseres Betriebes.

Deswegen ist es notwendig, das Produktionsaufgebot im Jahre 1962 zur Sache der gesamten Belegschaft zu machen. Dabei gehen wir aus von unseren guten Erfahrungen und Erfolgen im Produktionsaufgebot im Jahre 1961; von den Beispielen und Leistungen der Berliner Elektrodendreher, der Werktätigen der Zentralwerkstatt Regis, der Installateurbrigade Porstmann und vieler anderer hervorragender Aktivisten des Produktionsaufgebotes; von dem Verständnis und der Einsicht, also dem höheren Bewußtsein der Kollegen.

Das Neue des Produktionsaufgebotes in unserem Betrieb besteht also darin:

Alle Brigaden und Abteilungen des Betriebes nehmen nach einer einheitlichen Konzeption am Produktionsaufgebot teil, die auf kontinuierliche und allseitige Planerfüllung mit dem höchsten ökonomischen Nutzeffekt gerichtet sind. Demzufolge bilden alle Verpflichtungen zusammen ein einheitliches Kampfprogramm der Arbeiter und der Intelligenz für die höchste Rentabilität der Produktion. Die Selbstkosten sind der Spiegel unserer Leistungen.

Im Mittelpunkt der Verpflichtungen der Arbeiter und der Intelligenz sowie der Tätigkeit der Wirtschaftsfunktionäre, der Arbeit der Abteilungsparteiorganisationen, der Gewerkschaftsgruppen und der Betriebssektionen der Kammer der Technik, steht die systematische Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechend dem bilanzierten Plan Neue Technik.

Die besten Beispiele, Erfahrungen und Methoden des Industriezweiges werden systematisch studiert und übertragen.

Im Jahre 1962 haben wir große und komplizierte Aufgaben zu lösen. Unser Plan sieht vor, die Arbeitsproduktivität zum Plan 1961 um 17,6 Prozent zu steigern. Da wir 1961 die Arbeitsproduktivität übererfüllten, ist 1962 die Arbeitsproduktivität effektiv um 12 Prozent zu steigern. Das bedeutet, 80 leistungsfähige Werkzeugmaschinen mehr als im vergangenen Jahr bei gleichbleibender Anzahl von Arbeitskräften zu produzieren. Dabei kann der Durchschnittslohn um 0,55 Prozent steigen.

Mit höherer Arbeitsproduktivität und geringeren Kosten hochleistungsfähige Maschinen zur weiteren Erhöhung der Arbeitsproduktivität in hervorragender Qualität zu produzieren – darin besteht unsere große patriotische Aufgabe als Werkzeugmaschinenbauer. Wir werden diese Aufgabe in erster Linie mit der bewährten Methode der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bewältigen.

Wir haben in unserer DDR einen hohen Lebensstandard erreicht. Das ist unbestreitbar. Infolge der Verletzung ökonomischer Gesetze des Sozialismus in der Zeit vor dem 13. August 1961 ist jedoch ein Mißverhältnis zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung

des Durchschnittslohnes beziehungsweise zwischen dem Warenfonds und dem Kauffonds entstanden. Mit unseren Erfolgen im Produktionsaufgebot 1961 haben wir erst begonnen, die Folgen dieser Verletzung ökonomischer Gesetze zu überwinden. Deshalb behält die Hauptlosung des Produktionsaufgebotes auch im Jahre 1962 ihre Gültigkeit: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren."

Einige unserer Kollegen meinten in der Diskussion, daß alle Reserven schon im Jahre 1961 ausgeschöpft wurden und daß zur Verwirklichung dieser Hauptlosung „nichts mehr drin" sei. Sie befürchteten, daß es „ihnen ans Geld geht", wie es die feindliche Propaganda behauptet. In den Diskussionen wurde geklärt: Technische Verbesserungen, moderne Fertigungsverfahren, Einsatz neuer Werkstoffe, rationellere Organisation der Produktion machen unsere Arbeit produktiver und erleichtern sie zugleich. Wenden wir zielstrebig den wissenschaftlich-technischen Fortschritt an, gehen wir noch sparsamer mit Material, Zeit und Geld um, nutzen wir voll die gesetzliche Arbeitszeit, lasten wir nach eingehender Berechnung des Nutzeffekts die entscheidenden Maschinen und Anlagen in drei Schichten aus und beseitigen wir alle Verluste, dann ist nicht nur immer noch etwas drin, sondern dann werden die Möglichkeiten zur Leistungssteigerung ständig größer. Für ehrliche Arbeit ehrliches Geld – darin sehen wir unsere Klassenehre und patriotische Pflicht. Wir werden für das gleiche Geld dadurch mehr produzieren, daß wir die im Plan Neue Technik festgelegten Maßnahmen vollständig und termingerecht erfüllen. Unser Grundsatz: Neue Technik – neue Normen.

Das Produktionsaufgebot wird getragen vom Denken, von der Initiative, von den Erfahrungen und den Ideen der Arbeiter und der Intelligenz. Produktionsaufgebot heißt

Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten!

Zur Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen beschließt das Parteiaktiv folgenden Plan zur Durchführung des Produktionsaufgebotes 1962:

1. Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten auf der Grundlage der Aufschlüsselung des bilanzierten Planes Neue Technik.

2. Arbeiten nach dem ehrlichen Arbeiterprinzip „Neue Technik – neue Norm" und richtige Anwendung des materiellen Anreizes zur Einführung der neuen Technik; arbeiten nach Bestwerten und Einführung von Zeitnormativen.

3. Qualifizierte Arbeit an jedem Arbeitsplatz, damit Werkzeugmaschinen in bester Qualität mit geringsten Selbstkosten produziert werden.

4. Verwirklichung der strengen Sparsamkeit im gesamten Betrieb auf der Grundlage der Aufschlüsselung des Betriebsplanes, um die Produk-

tionsaufgaben mit höchstem ökonomischen Nutzeffekt durchzuführen. Im gesamten Betrieb hat eine exakte Rechnungslegung und Kontrolle über die Rentabilität der Produktion, über den ökonomischen Nutzeffekt jeglicher Arbeit und über die sparsamste Verwendung aller Materialien und Mittel zu erfolgen.

5. Erhöhung des Bildungsniveaus jedes Arbeiters, Ingenieurs und Wirtschaftsfunktionärs; vor allem allseitige Vermittlung von Kenntnissen über die neuesten Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und über die Erfahrungen und Methoden der Besten.

Wir haben uns 1962 viel vorgenommen! Es wird die bewußte Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen nötig sein, um diese Ziele zu erreichen. Deshalb ist das Wichtigste: Bei der Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen muß die Verbindung zwischen den Genossen und den parteilosen Arbeitern und der Intelligenz ständig enger werden.

Dazu trägt bei, daß jede Abteilungsparteiorganisation ein Programm hat, wie in ihrem Bereich der Plan Neue Technik durch die gemeinsame Arbeit der Genossen und Parteilosen verwirklicht wird.

Die hohen Ziele im Produktionsaufgebot 1962 werden dank der gemeinsamen Arbeit der gesamten Belegschaft erreicht werden. Das erfordert jedoch von den leitenden Genossen und Kollegen – in erster Linie vom Werkleiter –, daß sie die Initiative unserer Belegschaft durch ihre eigene Arbeit in jeder Hinsicht fördern. Dazu ist erforderlich:

Die straffe Organisation der Produktion auf der Grundlage des Planes und ihre wissenschaftlich-technische Vorbereitung. Das bedeutet für unseren Betrieb mit vorwiegender Kleinserienfertigung die wissenschaftliche Durchdringung der Produktion mit Hilfe der Prinzipien der Gruppenbearbeitung nach Mitrofanow.

Regelmäßig müssen Rechenschaftslegungen vom Meister bis zum Werkleiter zur Kontrolle der qualitativen und quantitativen Kennziffern des Planes durchgeführt werden.

Es ist notwendig, eine kontinuierliche Produktion durch kontinuierliche Materialbereitstellung zu sichern. Das bedeutet für unseren Betrieb eine ständige exakte Hauptfristenplankontrolle.

Ständig müssen die Kritik und die Vorschläge der Arbeiter ausgewertet und die Erfahrungen der Besten verbreitet werden. In unserem Betrieb erfordert das, die Verbesserungsvorschläge in erster Linie auf die Lösung des Planes Neue Technik zu richten und ihre Bearbeitungszeit zu verkürzen.

Das Parteiaktiv wendet sich in diesem Zusammenhang an den Hauptdirektor der VVB mit der Aufforderung, den Werkleiter bei der Verbesserung der Leitungstätigkeit zu unterstützen. Wir halten es für erforderlich, daß die VVB insbesondere über die besten Arbeitsmethoden im Werkzeugmaschinenbau informiert und ihre Anwendung kontrolliert. Wir

erwarten von dem Hauptdirektor unserer VVB, daß die Bestzeiten aus unserem Industriezweig und aus Zweigen mit ähnlichen Arbeitsgängen und Fertigungsarten in Katalogen zusammengefaßt werden, die dann als verbindlich für unseren Industriezweig erklärt werden.

Den Gewerkschaftsleitungen und den Vertrauensleuten der Gewerkschaft in unserem Betrieb empfehlen wir, zugleich mit dem Kampf um die Erfüllung des Planes Neue Technik ständig für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu sorgen. Die Betriebsgewerkschaftsleitung sollte gemeinsam mit den Vertrauensleuten einen Plan für die Führung des sozialistischen Wettbewerbs ausarbeiten, für einen Wettbewerb nach Maß zur Lösung der wichtigsten Aufgaben des Produktionsaufgebotes. Nach einem genauen Plan sollte auch die Arbeit der Ständigen Produktionsberatung durchgeführt werden.

An alle Genossen wenden wir uns mit der Aufforderung, sich im Produktionsaufgebot an die Spitze zu stellen. Ihr persönliches Beispiel in der Arbeit und der Tätigkeit in den Massenorganisationen muß für alle Kollegen Vorbild sein.

Auf der kommenden Delegiertenkonferenz des Stadtbezirks West, der Stadt und des Bezirks Karl-Marx-Stadt werden wir über die Ergebnisse unserer Arbeit Rechenschaft ablegen.

Wir rufen alle Werkzeugmaschinenbauer der DDR auf, ebenso wie wir nach einem festen Plan dafür zu kämpfen, daß das Produktionsaufgebot 1962 auf einer höheren Stufe weitergeführt und durch die Teilnahme aller Werktätigen zur großen patriotischen Volksbewegung wird. In unserer gesamten Arbeit lassen wir uns davon leiten: Alles für die Stärkung unserer Republik, des rechtmäßigen deutschen Staates!

Vaterland, Frieden, Sozialismus! –

Wir siegen!

Neues Deutschland (B) (Berlin), 17. März 1962.

90

Stellungnahme des Ministerrats der DDR zu den Abrüstungsvorschlägen der UdSSR auf der Genfer 18-Staaten-Abrüstungskonferenz, abgegeben am 19. März 1962

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreiteten Vorschläge für die schnelle und radikale Lösung der Abrüstungsfrage. Sie unterstützt insbesondere den Entwurf eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strengster internationaler Kontrolle, der den Weg weist,

innerhalb kürzester Frist die gesamte Menschheit für immer von der Gefahr des Krieges zu befreien.

Getragen von dem millionenfach manifestierten Willen der Völker orientieren die sowjetischen Vorschläge die Tätigkeit der Genfer 18-Staaten-Konferenz auf die Lösung ihrer Hauptaufgabe, die ihr auch von der XVI. Tagung der UNO-Vollversammlung gestellt wurde, innerhalb kürzester Frist ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung auszuarbeiten.

Die Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge würde sofort die größte Gefahr, die der Menschheit droht, die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, bannen, da sie bereits in der ersten Etappe der Abrüstung die Vernichtung aller Kernwaffenträger und im Zusammenhang damit die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug der ausländischen Truppen von fremden Territorien vorsehen. Im Gegensatz zu den von den USA vorgeschlagenen Maßnahmen, die die Atomkriegsgefahr in keiner Weise mindern, stellt die Sowjetunion die wichtigsten Probleme der Abrüstung und der Festigung des Friedens an den Anfang.

Die Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge würde auch für das deutsche Volk sofort Entspannung und Sicherheit bringen. Das deutsche Volk ist besonders an der Abrüstung interessiert, da es bereits zweimal im 20. Jahrhundert am eigenen Leibe die schrecklichen Folgen von Kriegen verspürt hat, die vom deutschen Militarismus über die Völker gebracht wurden.

Es hat aber auch eine besondere Verpflichtung, einen eigenen beachtlichen Beitrag zur Lösung der brennendsten Frage der Menschheit, der Abrüstung, zu leisten, da durch die gefährliche Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen und durch ihren hektischen Drang nach Atomwaffen die Gefahr eines Aggressionskrieges gegen die Völker Europas und der Welt heraufbeschworen wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an die Bevölkerung Westdeutschlands, sich ihrer großen Verantwortung bewußt zu sein und entschieden für die allgemeine und vollständige Abrüstung einzutreten. Das entspricht den wahren Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist stets entschieden für die allgemeine und vollständige Abrüstung eingetreten. Sie hat bereits der XV. Tagung der UNO-Vollversammlung umfassende Vorschläge für die völlige Abrüstung der beiden deutschen Staaten unterbreitet. Sie stimmt dem in Genf unterbreiteten Vorschlag der Sowjetunion, der völlig der Politik der Deutschen Demokratischen Republik in der Abrüstungsfrage und den brennendsten Lebensinteressen des deutschen Volkes entspricht, voll und ganz zu.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die verantwortungsvolle Arbeit des 18-Staaten-Ausschusses für Abrüstung auf der Grundlage des konstruktiven sowjetischen Friedensprogrammes zum Erfolg führt. Sie wünscht aufrichtig, daß alle Staaten und Regierungen in konstruktiver Weise die Ziele der Genfer Konferenz unterstützen, und erklärt ihrerseits, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Lösung der edelsten Aufgabe der Menschheit, der Schaffung einer Welt ohne Krieg, durch die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. X. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1962,
Berlin 1963, S. 64–66.

91

Aus der Erklärung des ZK der KPD zum Nationalen Dokument des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, abgegeben im März 1962

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat dem ganzen deutschen Volk das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands" unterbreitet. Dieses Dokument muß allen Kommunisten in der Bundesrepublik eine feste Richtschnur in ihrer täglichen politischen Aufklärungsarbeit unter den Massen, insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse, sein. Wir appellieren an alle Leitungen der Partei wie an jedes einzelne unserer Mitglieder, das Dokument des Nationalrates in jeder Parteieinheit, in allen Betriebsgruppen, Wohnparteiorganisationen wie in der Schulungstätigkeit gründlich durchzuarbeiten und zu beraten. Es ist die Aufgabe aller Kommunisten, in der gesamten Bevölkerung, vor allem in der Arbeiterklasse, dahin zu wirken, daß der Ruf des Nationalrates an die Nation auch in der Bundesrepublik ein breites Echo findet ...

Ein drittes Mal in Krieg und Verderben?

Die westdeutsche Bevölkerung fühlt, daß wir an einem Punkt der Entwicklung angelangt sind, in der die Grundfragen der Existenz, der Zukunft unserer Nation erneut gestellt und beantwortet werden müssen. Die Menschen suchen nach der Wahrheit: Wohin geht die Reise? Geht sie ein drittes Mal in Krieg und Verderben? ...

In der Deutschen Demokratischen Republik herrscht volle Freiheit, die Grundfragen des Lebens und der Existenz der Nation, die geschichtlichen

Lehren und Schlußfolgerungen in voller nationaler Verantwortung zu stellen und zu diskutieren.

Im Bonner Bundestag werden diese Grundsatzfragen des Volkes nicht behandelt, dafür wird aber eine Atmosphäre der Lüge, des Rufmords und der Verfolgung geschaffen. Das kann sich erst dann ändern, wenn die westdeutsche Arbeiterklasse aktiv eingreift, wenn sie um die Machtpositionen im Staat ringt und dabei ein festes Bündnis mit allen friedliebenden, die Nation liebenden Bevölkerungsschichten eingeht.

Bei den Ostermärschen gegen die atomare Aufrüstung, bei den Massenkundgebungen zum 1. Mai muß dieser Wille der Arbeiterklasse zur Änderung der Machtverhältnisse sichtbar zum Ausdruck kommen, damit Westdeutschland zurückgerissen wird vom Weg in das sichtbare Verderben.

Waffe der Wahrheit

Das vom Nationalrat der Nationalen Front vorgelegte Dokument gibt der westdeutschen Arbeiterklasse, der friedliebenden Bevölkerung die Waffe der Wahrheit in die Hand, mit der man die Lüge, den Irrwahn und die Verblendung schlagen kann. Dieses Dokument dient der Klärung, der Vernunft und der Verständigung aller, die Deutschland lieben, seinen Frieden, seine Einheit, seine Größe und sein Ansehen unter allen Völkern erstreben ...

Kräfte des Unheils überwinden

Die Arbeiterklasse wie die friedliebende Bevölkerung der Bundesrepublik wollen ihren Brüdern und Schwestern in der Deutschen Demokratischen Republik nicht nachstehen im Kampf um die Lösung der großen nationalen Lebensfragen unseres Volkes. Nachdem in der Deutschen Demokratischen Republik die Totengräber Deutschlands, die Imperialisten und Militaristen, überwunden sind, ist es jetzt für die Arbeiterklasse und für die Bevölkerung der Bundesrepublik zum nationalen Gebot geworden, gleichfalls diese Kräfte des Unheils zu überwinden und sich den ihnen gebührenden Einfluß im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu erkämpfen. Hieraus allein ergibt sich die glückliche Perspektive des Friedens, der Demokratie und der nationalen Wiedervereinigung.

Das ist die nationale Alternative, die Perspektive des Lebens für das Volk.

Die KPD lebt und kämpft. Dokumente der
Kommunistischen Partei Deutschlands 1956–1962.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs
des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1963, S. 711–715.

92

Aus der Rede des Vizekanzlers und Bundesministers für Wirtschaft, Ludwig Erhard, vor dem Deutschen Bundestag am 5. April 1962

Es ist nicht die Konjunktur der Gegenwart, überhaupt nicht so sehr die Konjunktur an sich, die mich besorgt sein läßt. Ich bin überzeugt, daß wir bei einem richtigen Verhalten der Menschen und der Gruppen innerhalb der deutschen Wirtschaft und im deutschen Volke gar keine Sorge vor dem weiteren Ablauf der Konjunktur zu haben brauchten. Auftriebskräfte sind genug vorhanden, die das sicherstellen.

Also nicht die Triebkräfte der Konjunktur sind es, die mich haben sprechen lassen, sondern es sind Entartungserscheinungen. Man kann sie nicht anders bezeichnen. Im übrigen möchte ich auch hier feststellen, daß ich durchaus nicht etwa nur die Arbeitnehmer oder insonderheit die Gewerkschaften angesprochen habe ...

Wir wissen ganz genau, welche Fehler rund um uns begangen worden sind, was in anderen Ländern die Währungen allmählich hat weich werden lassen. Auch die anderen wissen es genau und bekennen es: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Wir in der Bundesrepublik waren das Beispiel dafür, wie man eine gesunde und stabile Währung sichert. Aber jetzt, da die anderen zur Vernunft kommen und zu einer zuchtvollen Ordnung zurückfinden, wo sie entweder wie in Amerika für ein Jahr überhaupt auf eine Lohnerhöhung verzichten oder sich wie in England ganz bescheiden gebärden, hören wir das alles nicht; nein, wir sind jetzt geradezu besessen, alle Fehler nachzuholen, die vor uns in der Welt demonstriert worden sind ...

Die Bundesregierung ist sich jedenfalls des Ernstes der Situation bewußt und auch zum Handeln entschlossen. Der Bundesregierung wird immer vorgeworfen, daß sie zwar spreche, aber nicht handle, und daß sie ihr wirtschaftspolitisches Instrumentarium nicht anwende. Ja, meine Damen und Herren, die aktive Konjunkturpolitik setzt natürlich auch voraus, daß sich diejenigen, die mitgestaltend an der aktiven Konjunkturpolitik sind, auch dem Ganzen unterordnen und den Prinzipien folgen, die nun einmal volkswirtschaftlich verpflichtend sein müssen, damit die Ordnung erhalten bleibt. Man kann nicht sagen: Die Bundesregierung soll aktive Konjunkturpolitik treiben, aber sie darf auf keinen Fall die Heiligkeit der Tarifautonomie, die wesentlich die Konjunkturpolitik bestimmt, antasten. Sie wissen, daß ich diesen Grundsatz immer vertreten habe, ja auch heute noch vertrete.

Das Parlament (Bonn),
11. April 1962.

93

Aufruf der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Albinshof, Krien und Krusenfelde, Kreis Anklam, zum Produktionsaufgebot in der Landwirtschaft vom April 1962

Unter der Losung „Gute genossenschaftliche Arbeit – unser Beitrag für Frieden und Sozialismus" treten unsere Genossenschaften in den Wettbewerb.

Hauptinhalt unseres Wettbewerbes ist die Festigung unserer Genossenschaften und die Erfüllung und Übererfüllung unserer Pläne, um damit unseren Beitrag zu leisten zur Störfreimachung unserer Volkswirtschaft und der weiteren Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Unsere Bauernehre verlangt von jedem, seine ganze Kraft einzusetzen für die Steigerung der Produktion.

Wir rufen deshalb alle Genossenschaften unserer Republik auf, unser Beispiel in ähnlicher Weise nachzuahmen.

Wir stellen uns das Ziel, den Volkswirtschaftsplan in allen seinen Teilen zu erfüllen. Besondere Bedeutung hat der sozialistische Wettbewerb in diesem Jahr zur Steigerung der Erträge in der Feldwirtschaft. Aus diesem Grunde wird der innerbetriebliche Wettbewerb besonderen Schwerpunkt auf die Feldwirtschaft legen.

Der Wettbewerb muß von Genossenschaftsbauer zu Genossenschaftsbauer und von Arbeitsgruppe zu Arbeitsgruppe geführt werden. Dabei spielt die Aufschlüsselung der Pläne eine Hauptrolle.

Weiterhin werden im Wettbewerb die Einhaltung der Termine und die Qualität der Arbeit bewertet.

Die Vergütung in der Viehwirtschaft erfolgt nach dem Endprodukt, in der Feldwirtschaft wird die Schlagvergütung angewandt. Um den Mitgliedern auch materiell einen Anreiz zu geben, werden Prämien gegeben.

Die Kontrolle erfolgt durch Stallbegehungen und Feldbesichtigungen. Monatlich wird der überbetriebliche Wettbewerb ausgewertet, und die beste Genossenschaft erhält den Wanderwimpel.

Die Wettbewerbskommission setzt sich zusammen aus Vertretern aller Genossenschaften, den Bürgermeistern der Gemeinden und dem Rechnungsinstrukteur der RTS Krien.

Ziele der Genossenschaften:

In der pflanzlichen Produktion wollen wir folgende Hektar-Leistungen erreichen:

		Ist 1961	Plan 1962
Getreide	LPG Krien	25,0	30,0
	LPG Krusenfelde	22,6	32,8
	LPG Albinshof	22,1	28,8

		Ist 1961	Plan 1962
Kartoffeln	LPG Krien	210,0	220,0
	LPG Krusenfelde	240,0	265,0
	LPG Albinshof	172,0	204,0
Zuckerrüben	LPG Krien	282,0	300,0
	LPG Krusenfelde	278,0	300,0
	LPG Albinshof	238,0	291,0
Mais	LPG Krien	470,0	500,0
	LPG Krusenfelde	346,0	350,0
	LPG Albinshof	328,0	422,0

In der tierischen Produktion haben wir uns folgende Steigerung zum Ziel gesetzt:

Milch	Gesamtproduktion 1961 in dt	Planziel 1962 in dt	1962 kg/ha
LPG Krien	9400,0	9826,0	875,0
LPG Krusenfelde	6841,0	7562,0	1130,0
LPG Albinshof	5392,0	5600,0	993,0

Wettbewerbsgrundlage:

1. Ordnung und Ehrlichkeit gegenüber den Genossenschaften und unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat sind oberstes Gesetz in unserem Wettbewerb.

2. Gemessen wird die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in Verbindung mit der Hektar-Produktion und der Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr.

3. Weiter wird die Bruttoproduktion je Hektar Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futter bei Einhaltung der geplanten Flächen gewertet. In der tierischen Produktion sind die Positionen Fleisch, Milch, Eier zu werten, wobei solche Mengen, die aus dem Zukauf stammen, nicht bewertet werden und deshalb von der Hektar-Leistung abzuziehen sind.

4. Gewertet wird weiterhin die Erfüllung des Planes des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wobei hier das Hauptziel ist, durch gute und richtige Technisierung mehr und vor allem billiger zu produzieren.

5. Ebenfalls zu werten ist die Wirtschaftlichkeit der LPG, die Einhaltung des Finanzplanes sowie die Höhe der Fondsbildung je Hektar. Nicht gewertet werden die Einnahmen aus Staatsgeldern und Subventionen.

6. Gemessen wird weiterhin die Auslastung der Technik in Einheitstraktor umgerechnet. Mitbestimmende Faktoren sind dabei die Erlöse und Kosten je Hektar/mittleres Pflügen.

Material der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED.
Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Entschließung zur Abrüstung

Die Delegierten der 5. Bundesjugendkonferenz appellieren aus ernster Besorgnis um den Frieden an die Regierungen in Ost und West. Sie fordern nicht nur eine Einstellung der Atombombenversuche, sondern auch eine Einigung zur generellen kontrollierten Abrüstung herbeizuführen. Nur dann ist ein Leben der Völker in Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit möglich.

Sie erwarten von der Bundesregierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik, daß sie politisch initiativ werden, um deutsche Abrüstungsvorschläge zu entwickeln, anstatt einen immer größeren deutschen Beitrag zum Wettrüsten zu liefern.

Entschließung gegen die atomare Aufrüstung

Die Ankündigung der Atommächte, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, wird von allen Völkern mit Bestürzung und Schrecken aufgenommen. Durch weitere Atomversuche wird die Gesundheit der Menschen mehr und mehr gefährdet. Die Sprengwirkung der neu erprobten Waffen wird immer gewaltiger. Dadurch rückt auch die Gefahr näher, daß die Kontrolle über die Auswirkungen der Atomwaffen verlorengeht.

Es ist deshalb dringend erforderlich, alle verantwortlich denkenden Menschen zum Kampf gegen die Atomrüstung aufzurufen.

Im Interesse der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung sind notwendig:

die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche,

das Verbot der Produktion von Kernwaffen,

die allgemeine kontrollierte Abrüstung und Vernichtung der vorhandenen Atomwaffen.

Nach wie vor lehnen wir auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab.

Wir appellieren an die Großmächte unter Aufgabe bisheriger Vorbehalte eine weltweite Abrüstungspolitik voranzutreiben.

Entschließung zum Notstandsgesetz

Die 5. Bundesjugendkonferenz des DGB protestiert energisch gegen die Absicht der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln und im Zusammenhang damit eine gesetzliche Notdienstverpflichtung zu schaffen. Beide Vorhaben sind geeignet, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht, einzuschränken und da-

durch die demokratischen Widerstandskräfte in der Bundesrepublik zu schwächen.

Wir sind überzeugt, daß die bestehenden Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen ausreichen, um jeden wirklichen Notstand abzuwehren. Als tragendes Element der freiheitlich-demokratischen Ordnung sind die Gewerkschaften gerade in den Zeiten eines staatlichen Notstandes dazu berufen, jedem Angriff auf Freiheit und Demokratie mit aller Kraft entgegenzutreten. Es ist ihre Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß sich das Schicksal der Weimarer Republik nicht wiederholt, in der mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung die Demokratie beseitigt werden konnte.

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert den Bundesvorstand des DGB auf, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit die Bundesregierung gehindert wird, ihre Pläne zu verwirklichen.

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert darüber hinaus die demokratischen Parteien auf, gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitnehmer die gefährdeten demokratischen Rechte zu verteidigen und die von der Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfe abzulehnen.

Protokoll. 5. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 13. und 14. April 1962, [West]Berlin/Düsseldorf o. J., S. 255/256.

95

Aus dem Programm des Landesverbandes Bayern der SPD vom April 1962

Die Möglichkeiten

Der Geist und die Arbeit des Menschen haben eine neue Welt geschaffen: die Welt der technischen Zivilisation. Prophezeiungen der Vergangenheit verblassen gegenüber der Wirklichkeit. Wissenschaft, Technik und industrielle Produktion haben eine Fülle materieller Güter erzeugt und unser soziales Dasein umgewälzt.

Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit sehen wir die Möglichkeit, so viele materielle Güter zu schaffen, daß jeder einzelne ein menschenwürdiges Leben führen kann. Trotz der Riesennot, die heute noch in vielen Teilen der Welt besteht, haben wir die Hoffnung: die technische Revolution wird mit Hilfe der Industrievölker die Armut in der Welt zu Boden zwingen. Die Möglichkeit ist gegeben; es kommt darauf an, sie zu nützen.

Noch haben wir keinen gesicherten Frieden. Die Spannung zwischen Ost und West lastet auf den Völkern. Jeder Tag kann neue dramatische Entwicklungen bringen. Die Herausforderung durch den Kommunismus

zwingt zur Besinnung über das, was wir sind oder sein sollten. Gefährlich ist für uns, daß zu wenig Menschen in unserem Volk über die Lösung dieser Schicksalsprobleme nachdenken. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Probleme bestehen, daß sie uns hart auf den Leib rücken und daß wir ihnen nicht mehr ausweichen können.

Was wollen die Menschen

Jeder von uns hat die selbstverständliche Sehnsucht, ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Wir wollen die materielle Grundlage unserer Existenz verbessern; wir suchen am wachsenden Wohlstand teilzuhaben, und wir wollen glücklich sein. Das ist nicht nur das gute Recht eines jeden von uns, das ist auch notwendig, wenn unsere Industriegesellschaft funktionieren soll.

Es ist nicht materielle Begehrlichkeit, wenn arbeitende Menschen heute den gerechten Anteil an dem fordern, was von ihnen mitgeschaffen wurde, wenn sie nach der besseren Wohnung, nach der Ferienreise, nach dem höheren Lebensstil streben. Freuen wir uns, daß Millionen Menschen herausfinden aus der Dumpfheit eines Armendaseins, aus der grauen Öde freudlosen Kämpfens um ein bißchen Brot.

Als Frucht des Fleißes aller arbeitenden Menschen quillt aus den Maschinen immer größerer Reichtum. Die Barometerskala der Konjunktur verkündet weiteren Aufstieg. Genügt dies als Beweis, daß bei uns alles in Ordnung ist? Ist unsere Zukunft gesichert?

Das große Unbehagen

Doch der Schein des Wohlstandes trügt! Wer genauer hinhört, wer durch Fabriken und Büros, durch Universitäten und Bauerndörfer geht, wer den Diskussionen auf Seminaren und dem Gespräch der Hausfrauen folgt, wer mit nüchtern denkenden Menschen – aus welcher Gesellschaftsschicht sie auch immer stammen mögen – vertrauensvoll spricht, wer die Leserbriefe der Zeitungen und das Ergebnis der Meinungsumfragen studiert, der wird wie wir die Feststellung machen: hinter dem Schaufenster unseres Aufstiegs lebt – bewußt empfunden oder unbewußt vorhanden – ein tiefes Unbehagen.

Wir treffen dieses Unbehagen überall. Es hat vielfältigen Anlaß und drückt sich in den verschiedensten Formen aus. Geht man auf den Grund der Dinge, so erkennt man immer dieselbe Wurzel: die bange Sorge, daß etwas nicht in Ordnung ist mit unserer Ordnung.

Da ist allem voran die Angst. Die Angst, daß eines Tages das Inferno der Vernichtung über uns allen zusammenschlagen könnte, das dumpfe Unbehagen, daß gegen den Willen der Völker der Wahnsinn die Vernunft zu Boden schlägt. Wir hoffen, daß es nie geschieht und wir sollten

alles tun, um die Kraft der Vernunft zu stärken. Diesem Streben dient auch dieses Programm.

Aber da sind auch noch andere Quellen des Unbehagens, weniger bedrängend, aber voll des bitteren Geschmacks. Der einfachste Ausdruck dieses Unbehagens läßt sich in die Worte fassen, die wir immer wieder vernommen haben: „Es geht uns besser, ja, vielen geht es sogar gut, aber es müßte gerechter zugehen bei uns. Es gibt zu viel Ungerechtigkeit in der Welt, und dagegen sind wir machtlos."

Diesem Ausdruck des Unbehagens sind wir nachgegangen. Wir fanden, daß die meisten Menschen ihr Urteil über unsere Demokratie, über unseren Staat und den Wert unserer freiheitlichen Verfassung nicht an der Zunahme des Wohlstandes und an der Steigerung des Sozialproduktes messen, sondern an den Ungerechtigkeiten, die ihnen jeden Tag in der Wirklichkeit des Lebens begegnen. Das bestimmt ihr Verhältnis zum Staat, zur Demokratie und zur Politik. Dieses Verhältnis ist daher mit Gleichgültigkeit, Zurückhaltung und Mißtrauen belastet. Es gibt eben zu viele, die an den Wert der Demokratie nicht glauben und die sich daher darauf beschränken, so gut wie möglich ihre persönlichen Probleme zu lösen. Dürfen wir uns darüber wundern? Man kann sich darüber hinwegsetzen, im Interesse einer kleinen Minderheit, die davon profitiert, daß nichts geändert wird. Aber man wird dann keinen demokratischen Staat schaffen, der schweren Belastungen gewachsen ist. Ein Staat, dessen Bürger sich mit seiner Ordnung identifizieren, wird am ehesten jene innere Sicherheit gewinnen, die zugleich auch erste Voraussetzung der äußeren Sicherheit, Voraussetzung des Friedens ist.

Das innere Unbehagen wird erst dann der inneren Sicherheit weichen, wenn wir selbst den Mut haben, die inneren Schwächen unserer Gesellschaft aufzudecken.

Die Ungerechtigkeit

Richten wir den Scheinwerfer unserer Kritik nur auf eine einzige Tatsache, auf die Einkommens- und Vermögensteilung: Es gibt heute mehr als tausend Menschen, die ein jährliches Einkommen von über 1 Million haben und es gibt heute etwa 10 000 Personen, die über ein Vermögen von über 1 Million verfügen. Einer schmalen Schicht sind seit der Währungsreform weit über 100 Milliarden Kapitalvermögen zugeflossen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite: Die meisten Menschen der 21 Millionen Unselbständigen sind ohne nennenswertes Vermögen und ohne Schutz vor den Wechselfällen des Lebens. Ihr Durchschnittsnettoeinkommen betrug 1961 monatlich 465,– DM. Eineinhalb Millionen Rentner verfügen nur über ein Monatseinkommen von 175,– DM.

Auch von hervorragenden Vertretern der Katholischen Soziallehre ist die Ungerechtigkeit der heutigen Einkommens- und Vermögensverteilung immer wieder angegriffen worden.

Wenn auch der einzelne Bürger die genauen Zahlen nicht kennt, so sieht er doch im täglichen Leben die Auswirkungen dieser ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen, zumal er weiß, daß nach der totalen Zerstörung des letzten Krieges alle arbeitenden Menschen fast gleichermaßen am wirtschaftlichen Aufstieg beteiligt waren.

Wir spüren es alle: Trotz Besserung des Lohnniveaus, verbesserter Sozialversicherung und dem Bemühen, den Arbeiter zum Angestellten und zum Kleinstkapitalisten werden zu lassen, eine gerechte Ordnung haben wir nicht. Trotz aller Fortschritte unserer Zivilisation triumphiert der Egoismus. Der Mensch bleibt Objekt anonymer Mächte, er fühlt sich benutzt, gekauft und nach dem Maß des Geldes gewertet. Immer mehr wirtschaftliche Macht sammelt sich in den Händen kleiner Gruppen. Konzentration wirtschaftlicher Macht ist auch verstärkter Einfluß auf die politische Macht. Welche Folgen das haben kann, hat uns die Geschichte der dreißiger Jahre gelehrt.

Wir sind noch weit von der Verwirklichung jener feierlichen Erklärung entfernt, die das Grundgesetz in seinem ersten Artikel verkündet:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt . . .

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit . . ."

Wer diese Sätze liest, wird empfinden, daß zwischen Sein und Sollen eine immer größer werdende Lücke klafft.

Es wäre jedoch falsch, zu glauben, daß sich das Gefühl des Unrechts nur an materielle Fragen knüpft. Eine weite Skala von Ungerechtigkeiten reicht von der Vermögensbildung bis zur Altersrente, vom Baulandwucher bis zur unterentwickelten Dorfschule, von der ungleichen Bewertung von Mann und Frau bis zu den ungleichen Bildungschancen, von dem verschlossenen Zugang zu den Schönheiten der Natur bis zur Verseuchung unserer Gewässer.

Der Einzelfall mag den Eindruck erwecken, es handele sich nur um kleine Dinge. Aber gerade in den kleinen Dingen drückt sich oft am schärfsten die Mißachtung der menschlichen Würde aus. Der Mensch von heute hat ein zunehmend ausgeprägtes Gefühl für Ungerechtigkeiten, die ihn als Gruppe oder als Person berühren. Es ist offensichtlich, daß das Bewußtsein vom Eigenwert der Person gewachsen ist. Der einzelne be-

ginnt sein Recht als Bürger und als Mensch stärker wahrzunehmen, und er fordert die Verwirklichung des Geistes der Verfassung.

Bisher war es hauptsächlich der ökonomische und soziale Bereich, in dem sich das Ringen um die Erweiterung und Festigung der Rechte des einzelnen abspielte. Mit der fortschreitenden Industriegesellschaft wird das ganze gesellschaftliche, vor allem auch das kulturelle Leben in die Auseinandersetzung einbezogen. Wenn die Grundrechte unserer Verfassung wirklich die Basis unseres Gemeinschaftslebens bilden sollen, so müssen daraus radikale Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Politik muß sich vor allem mehr um die Rechte des einzelnen Menschen im gesamten Bereich unseres Gemeinschaftslebens kümmern. Das mag den Hütern einer eingespielten Ordnung unbequem erscheinen; für die Fortentwicklung unserer Demokratie ist es eine Lebensfrage.

Bayernprogramm. Grundlage für das Gespräch mit jedermann. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, München o. J., S. 8–11.

96

Aus dem Referat Erich Ollenhauers auf dem Parteitag der SPD in Köln am 26. Mai 1962

Es war in den Wochen nach dem 17. September klar, daß ein neuer kritischer, lebensgefährlicher Abschnitt in unserem Kampf um die Lebensfähigkeit von Berlin begonnen hat. Wir haben in Hannover und noch am Tage vor dem 13. August auf unserem Deutschlandtreffen in Nürnberg durch Willy Brandt auf diese nationalen Gefahren hingewiesen und die gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte zur Abwehr dieser Gefahren gefordert. Die Regierung Adenauer hat, wie so oft, in den kritischen Stunden um den 13. August 1961 versagt . . .

Die anderen Parteien im 4. Deutschen Bundestag, die CDU/CSU und die Freien Demokraten, haben aus dem, was geschehen war, nichts gelernt. Sie haben sich nach dem 17. September bei der Regierungsbildung den nationalen Notwendigkeiten der Stunde verweigert und Überlegungen der Sozialdemokratie für eine Regierungsbildung auf breiter Basis in den Wind geschlagen.

Liebe Freunde, für uns gilt – ob in Regierung oder Opposition –: Wir Sozialdemokraten werden stets unseren Teil an Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes übernehmen und redlich erfüllen, weil wir nicht neben dem Volk stehen, sondern ein wesentlicher Teil unseres Volkes sind. Das hier wieder einmal bewiesene Unvermögen unserer politischen

Gegner, das Allgemeininteresse über das eigene Interesse zu stellen, soll aber nicht in Vergessenheit geraten ...

Die Unfähigkeit der Koalition, sich auch nur untereinander in den sachlichen Fragen der nächsten Zukunft zu verständigen, hat in der vergangenen Woche zum offenen Konflikt und zu einem drastischen Anschauungsunterricht über die innere Schwäche dieser Arbeitsgemeinschaft geführt. Noch niemals war die Politik der Bundesregierung so unklar und verworren, noch niemals so führungslos wie seit dem Herbst 1961. In der schwersten Zeit der Bundesrepublik seit ihrer Gründung hat die Bundesrepublik die schwächste und unsicherste Regierung ihrer bisherigen Geschichte. Daß sich diese schwere Erschütterung unseres politischen Lebens nicht als Staatskrise abzeichnet, das verdanken wir der Existenz starker, demokratisch zuverlässiger Kräfte außerhalb der Koalitionsparteien, vor allem der starken Stellung der sozialdemokratischen Opposition ...

Für die Innenpolitik ist unsere Richtlinie in den Schwerpunkten des sozialdemokratischen Regierungsprogramms von Hannover und Bonn bereits vorgezeichnet. Die große Aufgabe der Ausgestaltung unserer Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie sie unser Grundgesetz fordert, ist ungelöst, und wir werden für die Erfüllung dieser Aufgabe in Bund, Ländern und Gemeinden wirken. Für die deutsche Politik steht diese Aufgabe an erster Stelle ...

Das Godesberger Programm ... hat das Wirken unserer Partei im Alltag wieder in Beziehung gesetzt zu den gesellschaftlichen Formen und Kräften unserer Zeit. Es hat der Arbeit des Tages die notwendige Zukunftsperspektive gegeben, und es hat Vorurteile, Mißverständnisse, Unklarheiten, mit denen unsere Gegner in der Vergangenheit weitgehend ihren Kampf gegen uns bestritten haben, entkräftet, erschüttert oder aufgehoben.

Sicher gibt es heute noch viele, die diese neue programmatische Aussage der Sozialdemokratie bestreiten oder ignorieren. Aber sie können die Wirksamkeit dieser geistigen Leistung nicht leugnen, und sie werden sich ihr auf die Dauer auch nicht entziehen können.

Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln,
26. bis 30. Mai 1962,
(Hannover/Bonn) o. J., S. 22, 24/25, 27.

97

Aus Anträgen an den Parteitag der SPD in Köln vom 26. bis 30. Mai 1962

Antrag des SPD-Unterbezirks Brebach-Kleinblittersdorf, Landesverband Saar

Der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Bundestagsfraktion aufzufordern, dem geplanten Notstandsgesetz die Zustimmung zu verweigern und sich der Sozialdemokratie von 1933, welche unter Drohung von Tod und Konzentrationslager die Zustimmung zum ähnlichen Ermächtigungsgesetz verweigerte, würdig zu erweisen.

Begründung:

Die Konferenz des Unterbezirks Brebach-Kleinblittersdorf betrachtet mit großer Sorge die Vorbereitungen zur Verabschiedung eines Notstandsgesetzes. Die Konferenz ist der Auffassung, daß mit diesem Gesetz der Regierung die Anwendung von Gewalt gegen alle, welche nicht der Meinung der Regierung sind, ermöglicht wird.

Die derzeitige Regierung bietet nicht die Gewähr, daß mit der Handhabung eines Notstandsgesetzes nicht zugleich eine Mißachtung der bisher im Grundgesetz garantierten Freiheiten erfolgt. Die eindeutige Stellungnahme des Innenministers Höcherl anläßlich einer Fernsehdiskussion zeigt allzu deutlich, welche Gefahr in der von der Regierung geplanten Handhabung eines Notstandsgesetzes liegt.

Die Delegierten des Unterbezirks sind der Meinung, daß das Grundgesetz im Falle eines Notstandes ein ausreichender Schutz für die rechtsstaatliche Ordnung sei.

Antrag des SPD-Unterbezirks Peine-Burgdorf, Bezirk Hannover

Der Parteitag wolle beschließen:

Dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird aufgegeben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen die Atomwaffenversuche und gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen weiterzuführen und noch mehr zu intensivieren. Der Parteivorstand möge in Zusammenarbeit mit unseren großen Bruderparteien aller Länder eine weltweite Kampagne gegen die Atomwaffenversuche einleiten.

Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln, 26. bis 30. Mai 1962, (Hannover/Bonn) o. J., S. 580/581, 597/598.

98

Aus dem Appell des ZK der KPD, veröffentlicht im Juni 1962

Die Notstandsgesetze verhindern – die Demokratie verteidigen – das ist jetzt das Gebot der Stunde!

Gewerkschafter! Werktätige! Adenauer und Erhard, im Verein mit dem Unternehmerboß Paulssen, verleumden die Gewerkschafter und die Arbeiterklasse als Feinde des Volkes. Sie fordern „Maßhalten", drohen mit Aufhebung der Tariffreiheit und des Streikrechts durch Notstandsgesetze, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Sie wollen die Gewerkschaften an die Kette nehmen und mit der Rüstungspolitik des Monopolkapitals und der Militaristen gleichschalten.

Wie 1933 Hitler mit dem Ermächtigungsgesetz die Arbeiterklasse und ihre Organisationen unterdrückte, um aufzurüsten und einen räuberischen Krieg vorzubereiten, zu dem gleichen Zweck wollen die herrschenden Monopole und Militaristen heute eine faschistische Militärdiktatur aufrichten.

Dafür sollen die Arbeiter und Werktätigen stillhalten und noch größere Opfer bringen. Deshalb betreiben die Monopolherren die Notstandsgesetze und die Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts, den Raub der demokratischen Rechte und Freiheiten. Die Militarisierung der Wirtschaft und der Arbeit soll den Monopolen weitere hohe Profite sichern. Auf Kosten der Werktätigen wollen sich die Monopole starke Positionen im verschärften Konkurrenzkampf auf dem Markt sichern. Durch verstärkten Kapitalexport – getarnt als „Wirtschaftshilfe" – wollen sie die jungen Nationalstaaten erpressen.

Vernichtung der Demokratie, verstärkte Ausplünderung der Werktätigen, faschistische Gewaltpolitik nach innen, Rüstung und Kriegsvorbereitung gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten, das ist das Programm der alten militaristischen und reaktionären Kreise, die die Bundesrepublik beherrschen, die schon zweimal unser Volk in eine Kriegskatastrophe stürzten.

Dieser militaristischen Entwicklung Einhalt zu gebieten, das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.

Die Stimmen gegen die Politik der schlechtesten Regierung der Nachkriegszeit, der Aufrüstung und des Abbaus der Demokratie nehmen zu. Auch international stößt die Forderung der Militaristen nach Atomwaffen und nach Verschärfung des kalten Krieges auf zunehmende Ablehnung.

Machen wir endlich Schluß mit dieser gefährlichen, arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Politik! Verteidigt die Demokratie! Stoppt die Aufrüstung!

Nutzen wir die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zum Verzicht auf die Atomrüstung und auf jede Gewaltanwendung in Deutschland und für die Abrüstung der beiden deutschen Staaten!

Wenn wir gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik – der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland – für diese Ziele kämpfen, dann werden die Monopole und Militaristen geschlagen, dann werden Frieden und Demokratie gerettet werden! . . .

Wir Kommunisten sagen Euch: Wie immer die Notstandsgesetze formuliert sein mögen, sie dienen stets der Unterdrückung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, der Stärkung der Willkür und der Macht der Monopole, der Rüstungspolitik der Bonner Machthaber! Sie richten sich gegen die Gewerkschaften und gegen die Demokratie!

Die KPD, die unerschrocken gegen die Feinde der Gewerkschaften, gegen Monopolkapital und Militarismus kämpft, steht auch im Kampf gegen die Notstandsgesetze fest an Eurer Seite. Stärkt deshalb ihre Reihen!

Gewerkschafter! Jetzt gilt es, die vielen gewerkschaftlichen Beschlüsse zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu verwirklichen. Die Stunde erfordert, daß die Gewerkschaften jetzt eine breite Aufklärung in der Öffentlichkeit über die Gefahr der Notstandsgesetze und gewerkschaftliche Protestkundgebungen für die Verteidigung des Koalitions- und Streikrechts und der Demokratie durchführen.

Durch erhöhte Aktivität muß den Bonner Machthabern klar gemacht werden, daß die Arbeiter und Gewerkschaften entschlossen sind, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, einschließlich des Streiks, die Notstandsgesetze zu verhindern.

Richtet aus den Betrieben und Gewerkschaften die Forderung an die sozialdemokratischen und alle gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen!

Die KPD ruft alle Arbeiter und Gewerkschafter, alle Werktätigen, alle Demokraten zum gemeinsamen Handeln!

- zur Verhinderung der Notstandsdiktatur,
- für die Sicherung des Koalitions- und Streikrechts und
- für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften!
- Für die Rettung der Demokratie und des Friedens!

Kommunistische Partei Deutschlands
Zentralkomitee

Bulletin. Informationen aus Politik, Wirtschaft
und der Arbeiterbewegung, o. O. 1962, Nr. 4/5.

99

Erklärung der Regierung der DDR zu den zunehmenden Provokationen und bewaffneten Anschlägen gegen die Staatsgrenze der DDR, abgegeben am 20. Juni 1962

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, erneut mit allem gebotenen Ernst auf die zunehmenden Provokationen und bewaffneten Anschläge gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik hinzuweisen, die vorsätzlich und planmäßig von Westberlin aus organisiert und ausgeführt werden. Sie erklärt, daß diese aggressiven Akte darauf gerichtet sind, in gefährlicher Weise die Spannungen in Deutschland und in der Welt zu erhöhen und die dringend notwendige Verständigung über die deutsche Friedensregelung und die Lösung der Westberlinfrage zu hintertreiben.

Die gesteigerte Revanchehetze, die beschleunigte Aufrüstung, verbunden mit der Forderung nach Atombewaffnung, die offenen und versteckten Angriffe gegen die sowjetisch-amerikanischen Gespräche und die verbrecherischen Provokationen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen auf Weisung und Betreiben der Bonner Regierung und des Westberliner Senats.

Der westdeutsche Kanzler Adenauer stellte sich an die Spitze der Störenfriede und Provokateure, als er am 17. Juni 1962 Westberlin, das staatsrechtlich kein Teil der Bundesrepublik ist, als Arena zur aggressiven Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion mißbrauchte ...

Bereits für die Nacht vom 16. zum 17. Juni war der Durchbruch einer Bande mit einem gestohlenen Lastwagen durch die Staatsgrenze geplant. Dabei sollte die Ablösungsstreife der Grenzpolizei überfallen und niedergemacht werden. Die Gruppe sollte anschließend an der Hetzkundgebung von Adenauer und Brandt teilnehmen, dort als Redner auftreten und gebührend gefeiert werden. Adenauer und Brandt brauchten für die Übersteigerung ihrer Pogromhetze Schießereien und Tote.

Einen Tag nach der Hetzkundgebung erfolgte eine unter Hinzuziehung des Westberliner Fernsehens und Rundfunks planmäßig vorbereitete Provokation, bei der der Unteroffizier der Grenzsicherungskräfte der DDR, Reinhold Paul Huhn, meuchlings ermordet wurde. Ein aus Westberlin in das Hoheitsgebiet der DDR eingedrungener Frontstadtbandit streckte den Grenzpolizisten aus nächster Nähe mit mehreren Schüssen nieder, als dieser ihn zur Ausweiskontrolle aufforderte.

Dieser erneute Mord an einem Grenzpolizisten ist das unmittelbare Ergebnis der vom westdeutschen Kanzler Adenauer und vom Westberliner Bürgermeister Brandt angekündigten und eingeleiteten Politik verstärkter

verbrecherischer Provokationen und bewaffneter Überfälle. Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge, Feuerüberfälle und direkter gemeiner heimtückischer Mord, das sind die Mittel und Methoden, mit denen Adenauer und Brandt die Verhandlungen über eine deutsche Friedensregelung und die Normalisierung der Lage in Westberlin gewaltsam stören wollen.

Wie Adenauers Revanchistenminister von Merkatz, so wandte sich auch der Westberliner Bürgermeister Brandt gegen alle verhandlungsbereiten Politiker, verunglimpfte sie als „überkluge, angebliche Realisten", auf deren Rat man verzichten werde. „In Europa wird es keine Ruhe geben" – mit diesen Worten entlarvte Brandt selber den Zweck der Pogromhetze gegen die Deutsche Demokratische Republik. In seiner Rede auf dem Kölner SPD-Parteitag forderte Brandt auf, für Westberlin „schreckliche Opfer zu bringen". Adenauer und Brandt brauchen das überhitzte Klima verschärfter internationaler Spannungen für das Gedeihen ihrer gefährlichen und abenteuerlichen Revanchepläne gegen die Deutsche Demokratische Republik und deren östliche Nachbarn.

Um die Westmächte an die abenteuerliche Revanchepolitik der Bonner Regierung und des Schöneberger Senats zu binden, wollen Adenauer und Brandt mit ihren Provokationen und Mordtaten den Beweis erbringen, daß es ohne Besatzungstruppen in Westberlin nicht geht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik muß angesichts dessen die Regierungen der Westmächte darauf hinweisen, daß die ständigen Verletzungen der Staatsgrenze und des Hoheitsgebiets der Deutschen Demokratischen Republik, verbunden mit Brandstiftungen, Sprengstoffanschlägen, Feuerüberfällen und Mord, bereits den Charakter von Aggressionshandlungen angenommen haben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kann nicht glauben, daß die Regierungen der Westmächte, die das Besatzungsregime in Westberlin noch aufrechterhalten, ihre Funktionen als Schutz und Schirm für abenteuerliche und skrupellose Elemente aus Bonn und Westberlin verstehen, die ungehindert die internationale Lage zuspitzen und die Spannungen bis an den Siedepunkt bringen wollen. Solange die Westmächte in Westberlin noch Besatzungsfunktionen für sich in Anspruch nehmen, kann sie niemand von der Verantwortung dafür freisprechen, wenn von Westberlin aus aggressive Akte gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten unternommen werden. Es kann weder im „wohlverstandenen nationalen Interesse der USA" noch anderer Westmächte liegen, durch die abenteuerlichen militaristischen Kräfte aus Bonn und Schöneberg an den Rand eines Atomkrieges gedrängt zu werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik muß in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit daran erinnern, daß es nur der

besonnenen, vom Verantwortungsbewußtsein für den Frieden getragenen Haltung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Grenzpolizisten zu danken ist, wenn die blutigen Provokationen und Gewaltakte von westdeutscher und Westberliner Seite bisher nicht zu Weiterungen geführt haben. Trotz der von Westberlin aus unternommenen Bluttaten an Grenzpolizisten der DDR ist keinem Westberliner Polizisten auch nur eine Schramme zugefügt worden.

Die Regierung der DDR erhebt vor der internationalen Öffentlichkeit nicht nur Protest gegen die aggressiven Gewalttaten, die von Westberlin aus gegen die Grenzen der DDR verübt werden, sondern muß gleichzeitig warnend auf die gefährlichen Folgen hinweisen, die diese Verbrechen gegen den Frieden und die friedliche Koexistenz haben können.

Im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung stellt die Regierung der DDR fest:

Die maßlos gesteigerte Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und insbesondere die von Westberlin aus unternommenen Provokationen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik gehören zu den krampfhaften Bemühungen des Adenauer-Regimes, aus der tiefen und ausweglosen Krise herauszukommen, in die die Adenauerpolitik geraten ist. Doch keine Hetze und keine Bluttat kann etwas daran ändern, daß die Adenauer-Ära zu Ende geht. Die Ära der Spaltung und des Militarismus muß im Interesse der Nation durch eine Politik des Friedens und der Verständigung abgelöst werden. Die Hetze und Provokationen richten sich auch gegen die westdeutsche und Westberliner Bevölkerung, vor allem gegen alle die friedenswilligen und nationalbewußten Deutschen, die den Weg zur Lösung der deutschen Probleme in Verhandlungen und in der Verständigung über die strittigen Fragen, in der Normalisierung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie in der Normalisierung der Lage in Westberlin sehen.

Auf dem Deutschen Nationalkongreß wurde die Politik der Vernunft und des guten Willens noch einmal in aller Ausführlichkeit und mit großer Überzeugungskraft vom Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und von den Sprechern aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten Parteien und Massenorganisationen begründet. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik setzt der Politik des Revanchewahns und des Verbrechens ihre konsequente Friedenspolitik entgegen, die von der Vernunft, vom Willen zur Verständigung und vom Wunsch nach der friedlichen Regelung der zur Lösung herangereiften Fragen getragen ist.

Der Deutschen Demokratischen Republik geht es um die Sicherung des Friedens und die Beseitigung der Überreste des Krieges durch den Ab-

schluß eines deutschen Friedensvertrages und um eine solche Normalisierung der Lage in Westberlin, durch die es als Gefahren- und Provokationsherd ausgeschaltet wird, um die Herstellung friedlicher und korrekter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland im Interesse einer gesicherten Zukunft des deutschen Volkes und zum Wohle des Friedens aller Völker.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. X. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1962,
Berlin 1963, S. 157–161.

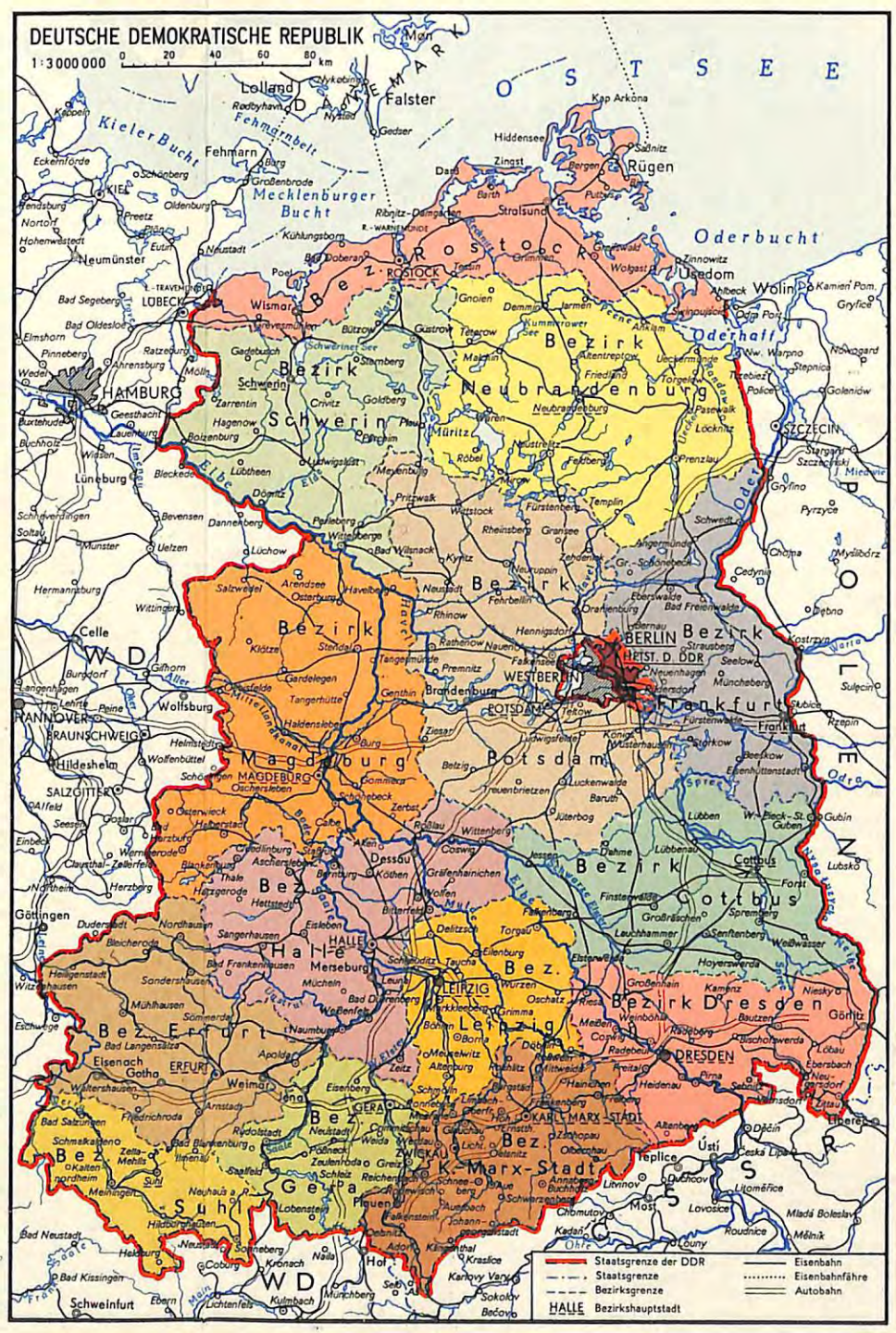
100

Aus einem Brief des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hans-Constantin Paulssen, veröffentlicht im August 1962

Aus der tarifpolitischen Übersicht ergibt sich, daß wir auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 mit der Aufkündigung zahlreicher Tarifverträge in weiten Bereichen der Wirtschaft zu rechnen haben. Soweit die Kündigungen bereits erfolgt sind, bewegen sich die Lohnforderungen in einer Höhe von 12 Prozent und mehr, unbeschadet zusätzlicher Forderungen, die mit dem Ziel weiterer Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen usw. geltend gemacht werden. In wichtigen Bereichen, wie u. a. in der papiererzeugenden Industrie, der Bekleidungsindustrie, der Textilindustrie, in der Schuhindustrie und der keramischen Industrie sowie im graphischen Gewerbe, sind ernste Auseinandersetzungen bereits im Gange oder stehen für die nächsten Wochen bevor ...

Die Erhaltung des Geldwertes der DM und die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sind Voraussetzungen für unsere weitere wirtschaftliche und politische Behauptung. Sie erfordern in wirtschaftlicher Hinsicht im Interesse des ganzen Volkes Leistungssteigerung und Kostensenkung. Von maßgebenden Stellen der Bundesregierung, der Bundesbank und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ist auf die gefahrdrohende Lage, in der wir uns von der Kosten- und Leistungslage her befinden, in letzter Zeit mehrfach und unmißverständlich hingewiesen worden.

Diese Lage erfordert gebieterisch einen wesentlich entschiedeneren Widerstand der Arbeitgeberverbände und ihrer Mitglieder gegen die Fortsetzung der bisherigen Lohn- und Tarifpolitik. Dieser Widerstand muß erforderlichenfalls mit allen Mitteln durchgesetzt werden, wenn etwa die Gewerkschaften die Politik der Durchführung ihrer unvertretbaren


DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
1:3000000
0 20 40 60 80 km
O S T S E E
Oderbucht
Kieler Bucht
Mecklenburger Bucht
Fehmarnbelt
Rügen
Usedom
Wolin
Stettiner Haff
Oderhaff
Bez. Rostock
ROSTOCK
Bezirk Neubrandenburg
Bezirk Schwerin
Schwerin
Bezirk Potsdam
Potsdam
Bezirk Frankfurt
Frankfurt
Bezirk Magdeburg
MAGDEBURG
Bezirk Cottbus
Cottbus
Bez. Halle
HALLE
Bez. Leipzig
LEIPZIG
Bezirk Dresden
DRESDEN
Bez. Erfurt
ERFURT
Bez. Gera
GERA
Bez. Suhl
Suhl
Bez. Karl-Marx-Stadt
KARL-MARX-STADT
BERLIN
HPTST. D. DDR
WESTBERLIN
HAMBURG
LÜBECK
HANNOVER
BRAUNSCHWEIG
Elbe
Oder
Staatsgrenze der DDR
Staatsgrenze
Bezirksgrenze
HALLE Bezirkshauptstadt
Eisenbahn
Eisenbahnfähre
Autobahn

Forderungen mittels Androhung oder Durchführung von Arbeitskämpfen fortsetzen sollten. Der solidare Zusammenschluß der Arbeitgeber und ihrer Verbände ist deshalb mehr denn je unerläßlich.

Industriekurier (Düsseldorf),
18. August 1962.

101

Entschließungen des 6. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hannover vom 22. bis 27. Oktober 1962

Appell an alle, die guten Willens sind!

Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord,
sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Der Bundeskongreß des DGB in Hannover gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß eine allgemeine, totale, kontrollierte und weltweite Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenzen nicht erzielt wurde.

Der Bundeskongreß erinnert an die ständig wiederholten Appelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die verantwortlichen Staatsmänner der Welt, zur Erhaltung des Friedens, der Freiheit und der Menschenwürde von dem sinnlosen Wettrüsten abzulassen, dessen Folgen eine wachsende Kriegsgefahr, eine unverantwortliche Vergeudung von Produktivkräften und damit eine Gefährdung der Erhaltung und Fortentwicklung der Menschheit sind.

Der Bundeskongreß fordert besonders die völkerrechtliche Ächtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel, die sofortige Einstellung aller Versuche mit nuklearen Waffen, die Vernichtung aller vorhandenen atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel und das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt.

Er fordert die Schaffung einer internationalen Sicherheitsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Beziehungen zwischen den Staaten müssen endgültig und ausschließlich auf die Basis des Rechts gestellt werden. Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern. Sie wenden sich mit aller Entschie-

denheit dagegen, daß die Rüstungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden und zu einer Vernachlässigung der sozialen Verpflichtungen des Staates führen. Der Bundeskongreß erwartet deshalb, daß im Bundeshaushalt ausreichende Mittel für den Ausbau der sozialen Sicherheit bereitgestellt werden, da nur eine fortschrittliche soziale Ordnung diejenigen Kräfte fördert, die willens und fähig sind, unsere Demokratie zu erhalten. Soziale Stärke ist eine unabdingbare Voraussetzung des inneren und äußeren Friedens.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten.

Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr. Er fordert den Bundesvorstand auf, sich für die Aktivierung der gewerkschaftlichen Mitarbeit im Ausschuß „Kampf dem Atomtod" einzusetzen. Er fordert die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf, die Tätigkeit des Ausschusses nach Kräften zu unterstützen. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt.

Der Bundeskongreß appelliert an die Weltöffentlichkeit und an alle verantwortungsbewußten Staatsmänner, im Sinne der Parole zu handeln, unter die der Deutsche Gewerkschaftsbund in diesem Jahr den Weltfeiertag der Arbeit gestellt hatte:

Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Entschließung: Notstand/Notdienst

Die Pläne der Bundesregierung über Notstands- und Zivildienstgesetze erfüllen den Bundeskongreß mit größter Sorge. Als demokratische Organisationen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bekennen sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz in den Artikeln 20, Abs. 1 und 28, Abs. 1 vorsieht.

Wo die Gewerkschaften schwach sind oder unterdrückt werden, stirbt auch die Demokratie. Wo sie stark und in der Stunde der Gefahr zum Handeln entschlossen sind, können die Anschläge aller antidemokratischen, totalitären Kräfte gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt werden.

Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, ele-

mentare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, wenn die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Auch die militärische Erfassung der Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß durch ihre Zwangsverpflichtung ist für die Verteidigung unserer demokratischen Freiheit nicht erforderlich und für die Gewerkschaften untragbar. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tragen in dieser Frage eine große Verantwortung. Deshalb fordert der Bundeskongreß, daß die gesetzgebenden Körperschaften im Zusammenwirken mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften sowie allen anderen verantwortungsbewußten Kräften unseres Volkes mit aller Entschiedenheit diesen Versuchen der Bundesregierung entgegentreten.

Protokoll. 6. Ordentlicher Bundeskongreß,
Hannover, 22. bis 27. Oktober 1962. DGB. Deutscher Gewerkschaftsbund,
Düsseldorf o. J., S. 935–940, 960–964.

102
Aus dem Kommuniqué der 23. Sitzung des Staatsrates der DDR vom 26. Oktober 1962

Solidarität mit dem freien Kuba

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hielt am 26. Oktober 1962 unter der Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, seine 23. Sitzung ab. Auf Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates gab der Chef der Mission der Republik Kuba in der DDR, Andres Avino Soler, in längeren Ausführungen einen Überblick über die sich seit langem wiederholenden aggressiven Akte der USA gegen das freie Kuba, insbesondere über die gegenwärtige völkerrechtswidrige Blockade, und legte dazu den Standpunkt der Revolutionären Regierung der Republik Kuba dar.

Der Chef der kubanischen Mission in der DDR unterstrich in seinen Ausführungen die Einmütigkeit und Entschlossenheit des kubanischen

Volkes und seiner Regierung unter Leitung des Ministerpräsidenten Dr. Fidel Castro, das Recht des kubanischen Volkes auf seine Selbstbestimmung und seine revolutionären Errungenschaften gegen die Einmischungsversuche und aggressiven Maßnahmen des USA-Imperialismus zu verteidigen. Er übermittelte namens seiner Regierung dem Staatsrat, der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den Dank des kubanischen Volkes für die der Republik Kuba erwiesene Solidarität und Unterstützung. Zugleich versicherte er den Staatsrat der vollen Solidarität Kubas mit dem gerechten Streben des deutschen Volkes nach dem baldigen Abschluß des deutschen Friedensvertrages sowie der Beseitigung des NATO-Stützpunktes in Westberlin und der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.

Den Ausführungen des Chefs der kubanischen Mission schloß sich eine eingehende Diskussion an, an der die Mitglieder des Staatsrates Oberbürgermeister Friedrich Ebert und Prof. Hans Rodenberg, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates Hans Rietz, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Otto Winzer, teilnahmen.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, faßte die Diskussion zusammen.

Der Staatsrat betonte anschließend seine volle Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Ministerpräsidenten der Republik Kuba, Dr. Fidel Castro, zu der Aggression des USA-Imperialismus sowie mit den Erklärungen und Maßnahmen der Sowjetregierung und der Antwort des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf den Brief des UNO-Generalsekretärs U Thant. Er hob die Notwendigkeit hervor, daß die Bevölkerung der DDR ebenso wie die Bevölkerung Westdeutschlands alle sich aus der imperialistischen Aggression gegen das freie Kuba ergebenden Schlußfolgerungen zieht und den Kampf um den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, für die Beseitigung des NATO-Stützpunktes Westberlin und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt weiterführt.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Bd. X. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1962,
Berlin 1963, S. 241/242.

103

Aus dem Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB zum Abschluß der Betriebskollektivverträge, Betriebsverträge, Betriebsvereinbarungen und betrieblichen Abkommen 1963 vom 14./15. November 1962

Der umfassende Aufbau des Sozialismus verlangt eine höhere Qualität der Arbeit aller Gewerkschaftsleitungen und eine ständige Arbeit mit den Menschen. Die Erarbeitung und Diskussion sowie der Abschluß der betrieblichen Dokumente schafft wichtige Voraussetzungen für die allseitige Entfaltung der Produktivkräfte im Ringen um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

Die Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge, Betriebsverträge und Betriebsvereinbarungen ist unmittelbarer Bestandteil der Vorbereitung des VI. Parteitages der SED. Deshalb sollten bei der Ausarbeitung des BKV folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit dem Ziel, den Höchststand bei den Erzeugnissen und in der Fertigungstechnik zu erreichen. Die deutsche Wertarbeit in der DDR und die Ehre der Fabrikmarke müssen auf allen Gebieten zur Geltung kommen.

Anwendung moderner Technologien und Organisationsformen der Produktion, Arbeit nach Bestwerten und Zeitnormativen. Steigerung der mengenmäßigen Produktion in bestimmten Zweigen der Grundstoffindustrie bei Einhaltung der Qualitätsbestimmungen.

Unbedingte Erfüllung des Planes Neue Technik, des Produktionsplanes, der Exportaufgaben und der Staatsplanpositionen. Das heißt, allseitige Planerfüllung 1962 als Voraussetzung für die Lösung der Planerfüllung 1963.

Die Leitungen handeln richtig, die die Erfahrungen der Plandiskussion bei der Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge für das Jahr 1963 zugrunde legen. Alle geeigneten Vorschläge der Werktätigen aus der Plandiskussion, die noch nicht realisiert wurden, sind in den BKV aufzunehmen.

Bei der Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge 1963 ist vom sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages nach dem Beispiel der Werktätigen des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, des VEB Edelstahlwerk „8. Mai", Freital, des VEB Zemag Zeitz, der Großbaustelle Schwedt, der MTS Chemnitz sowie des VEG Groß-Langerwisch auszugehen. Deshalb haben alle Maßnahmen, die im BKV festgelegt werden, der Verwirklichung der Losung „Gründlich denken – wirtschaftlich rechnen – ehrlich arbeiten – wissenschaftlich forschen – froh und kulturvoll leben" zu dienen.

Die Betriebskollektivverträge 1963 haben die Einheit von Wissenschaft und Technik, sozialistische Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung im sozialistischen Wettbewerb zu sichern. Die BKV sollten in der täglichen Arbeit so genutzt werden, daß sie dazu betragen, die im Gesetzbuch der Arbeit enthaltenen Rechte und Pflichten der Werktätigen – besonders zur Teilnahme an der Leitung der Wirtschaft und ihrer Betriebe – noch besser wahrzunehmen.

Der Betriebskollektivvertrag 1963 wird nur zwei Abschnitte umfassen:

1. Die Verpflichtungen des Werkleiters zur allseitigen Planerfüllung, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, zur Qualifizierung der Werktätigen und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

2. Die Verpflichtungen der BGL zur allseitigen Interessenvertretung durch Entfaltung der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Informationsblatt des FDGB. Beschlüsse und Informationen des Bundesvorstandes des FDGB (Berlin), 1962, Nr. 20, S. 2.

104

Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, auf der 22. Tagung des ZK der KPD, 1963

Die ganze Kraft für die Verteidigung
der demokratischen Rechte einsetzen!

Um aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen, versuchen jetzt die aggressiven, reaktionären Kräfte des Monopolkapitals den innenpolitischen Kurs durch die Errichtung der Notstandsdiktatur und durch den Abbau der letzten demokratischen Rechte zu verschärfen. Dafür spricht die Tatsache, daß das Bonner Kabinett trotz umfassenden Protestes den Entwurf des Notstandsgesetzes beschlossen hat, um es schon bald im Bundestag durchzupeitschen.

Aus alledem folgt: Jetzt ist die ganze Kraft auf die Organisierung des Kampfes für die Verteidigung der noch verbliebenen demokratischen Rechte, die Erhaltung der Grundrechte des Volkes, wie sie in der Verfassung verankert sind, die Sicherung der gewerkschaftlichen Rechte zu konzentrieren. Die Möglichkeiten, eine breite demokratische Bewegung zur Verteidigung der Demokratie zu entwickeln, sind gegeben und werden immer günstiger. Wir sehen sie in der Tatsache, daß die „Spiegel"-Affäre größere Teile der westdeutschen Bevölkerung sehr erregt und in Bewegung gebracht hat. Wir sehen sie in den gewerkschaftlichen Beschlüssen,

die Notstandsdiktatur zu verhindern und mehr Mitbestimmung zu erzwingen.

Genossen! Durch die Entwicklung in der Bundesrepublik ist es notwendig, daß wir Kommunisten das Banner der Verteidigung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten noch fester ergreifen. Wir Kommunisten sind stets als die Verteidiger der demokratischen Rechte aufgetreten, die die Arbeiter und Volkskräfte in einem harten Kampf errungen haben ...

In den Mittelpunkt des demokratischen Volkskampfes stellen wir die Forderungen: Verhinderung der Notstandsgesetze; Verhinderung des Bruches des Grundgesetzes; Einstellung der Verfolgungen gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte; Sauberkeit und Anstand im Staate. Die Kluft zwischen der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit muß beseitigt werden.

Der Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte steht im engsten Zusammenhang mit dem Kampf um Frieden und Abrüstung, um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz. Aggression nach außen ist immer mit einer aggressiven Unterdrückung im Innern verbunden. Unter diesen Bedingungen wird jetzt der Kampf um die Rettung der Demokratie zum unmittelbaren Kettenglied auch für die weitere Entfaltung des Friedenskampfes in Westdeutschland.

Für gemeinsame Forderungen gemeinsam auftreten!

In diesem Kampf wenden wir uns an alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Laßt uns gemeinsam für die Forderungen auftreten, die uns verbinden. Das, was in den letzten Wochen begonnen wurde, sollte verstärkt fortgesetzt werden. In Leserzuschriften an alle Zeitungen, in Petitionen an die Abgeordneten des Bundestages, der Land- und Gemeindeparlamente, in Unterschriftensammlungen und öffentlichen Versammlungen, in Plakatumzügen und Demonstrationen müssen wir weiterhin unseren demokratischen Willen manifestieren, um die Notstandsgesetze zu verhindern und die politischen Freiheiten zu sichern. Wie in Frankfurt und Mannheim sollten sich die Arbeiter und Bürger zur gemeinsamen Aktion, zur gemeinsamen Demonstration vereinigen. Es entspricht den gewerkschaftlichen Beschlüssen, wenn die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, die Vertrauensmännerkörper und die Betriebsräte hierzu die Initiative ergreifen.

In diesen unseren Forderungen zur Verteidigung der Demokratie wissen wir uns einig mit den gewerkschaftlichen Beschlüssen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Notstandsgesetze wenden. Wir fühlen uns in Übereinstimmung mit jenen Kreisen der Intelligenz, die sich gegen die Änderung des gegebenen Verfassungsrechtes zugunsten einer Notstands-

regelung auflehnen und die im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre den Anspruch des Volkes auf politische und Gewissensfreiheit kundgetan haben. Wir sehen uns vor allem einig mit dem Willen der Jugend, die für die Verteidigung der Freiheiten zum Kampf gegen jede Art von Bevormundung und Willkür bereit ist ...

Mit der Hauptorientierung auf die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten stellen wir uns in eine breite Front mit den Arbeitern und Gewerkschaftern, mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, mit den demokratischen Kreisen des Bürgertums. Das bedeutet auch eine große Erleichterung für das legale Wirken der Kommunisten, weil sie sich in diesem Kampf im Einklang mit vielen Millionen Menschen befinden, weil sie als Kämpfer für die demokratischen Forderungen der Massen in ungleich größerem Maße mit deren Unterstützung und Solidarität rechnen können ...

Für volle Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften

Bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte und Freiheiten und im Kampf gegen die Notstandsgesetze schaffen wir auch die Voraussetzungen für die in unserer Programmatischen Erklärung dargelegte demokratische Perspektive. Auch im Ringen um die weitere Demokratisierung der Bundesrepublik knüpfen wir an solchen Gewerkschaftsbeschlüssen wie die der IG-Metall mit der Forderung nach mehr Mitbestimmungsrecht an.

Wir forderten stets – und so auch heute – ein Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte und Gewerkschaften über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, über alle Fragen der sozialen Einrichtungen, des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, wir fordern die volle Mitbestimmung in allen Fragen der Produktion, der Investitionen und der Gewinnausschüttung. Wir sind dafür, wenn die Gewerkschaften die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf die gesamte Wirtschaft und den Staat verlangen.

Es ist mit der Demokratie unvereinbar, daß die Vertreter einer kleinen Gruppe von Monopolherren jede bedeutsame wirtschaftliche und politische Frage bestimmen, während die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften dazu überhaupt nicht gehört werden. Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften müssen einen solchen Einfluß auf die Wirtschaft und Gesellschaft erzwingen, der ihrer Zahl und ihrer gewerkschaftlichen Stellung entspricht. Wir sind der Meinung, daß die gewerkschaftliche Forderung nach mehr Mitbestimmungsrecht bereits in den Mittelpunkt der bevorstehenden Betriebsrätewahlen gestellt werden sollte. Wir sollten auch in den Gewerkschaftsversammlungen dafür auftreten, daß die Möglich-

keit der Kündigung von Manteltarifen genutzt wird, um in diesen die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes zu verankern.

Der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderung auf mehr Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ist der Hebel für die Erweiterung der Demokratie in der Bundesrepublik und für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Er ist auch der Hebel für die Verwirklichung unserer weitergehenden Forderungen auf die Nationalisierung wichtiger Industriezweige, auf die schließliche Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Max Reimann: Aus Reden und Aufsätzen 1946–1963,
Berlin 1963, S. 688–693.

105

Aus den Grußschreiben der CDU, DBD, LDPD, NDPD an den VI. Parteitag der SED vom 15. Januar 1963

Christlich-Demokratische Union

Das Präsidium des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union entbietet Ihnen, den Delegierten des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der führenden Kraft unseres deutschen Friedensstaates, die herzlichsten Grüße der christlichen Demokraten unserer Republik. Unsere freundschaftlichen Grüße gelten auch den Gästen Ihres Parteitages. Dieser Parteitag, auf dem das Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus beraten und beschlossen wird, ist von geschichtlicher Bedeutung für unser ganzes Volk. Wir machen uns die Prinzipien Ihres Programms zu eigen, weil wir erkannt und erfahren haben, daß allein der Sozialismus berufen und imstande ist, die Grundprobleme unserer Epoche zu lösen. Der Sozialismus gibt eine schlüssige Antwort auf die Lebensfragen unserer Nation und der Menschheit. Er gewährleistet dauerhaften Frieden und wachsendes Glück der Völker. Er setzt der Ausbeutung und Ausrottung des Menschen durch den Menschen für immer ein Ende. Erst im Sozialismus können sich christliche Liebe zum Frieden und zum Nächsten, christliche Verpflichtung zum Dienst am Volk und an der Menschheit umfassend bewähren und verwirklichen ...

Die Bereitschaft der christlichen Demokraten und weitester Kreise unserer parteilosen christlichen Bevölkerung, auch in der neuen Periode unseres sozialistischen Aufbaus ihren Platz verantwortungsbewußt auszufüllen und ihren Aufgaben pflichtbewußt und einsatzfreudig nachzukommen, erwies sich in der außerordentlich umfangreichen und aufgeschlossenen Beteili-

gung unserer Parteimitglieder und vieler anderer christlicher Bürger an der Volksaussprache über den Entwurf des neuen Programms Ihrer Partei. 150 Vorschläge auf den verschiedensten Lebens- und Arbeitsgebieten konnten wir kürzlich als Ergebnis dieser fruchtbaren, schöpferischen und lehrreichen Diskussion dem Politbüro Ihres Zentralkomitees übergeben. Weitere Gedanken und Hinweise, Empfehlungen und Verpflichtungen sind den zweiten Tagungen Ihrer Bezirksdelegiertenkonferenzen übermittelt worden. Ferner haben in Beantwortung eines Briefes des Präsidiums unseres Hauptvorstandes in den letzten Wochen eine große Zahl kirchlicher Amtsträger – Bischöfe und Theologieprofessoren, Superintendenten und Pfarrer, Katecheten und Diakone – Schreiben an uns gerichtet, mit denen sie einen Beitrag zur Volksaussprache im Blick auf den VI. Parteitag leisten wollten. Viele dieser Schreiben enthalten konstruktive Vorschläge; in anderen wird helfende Kritik an Mängeln geübt. Die meisten zeigen sich dankbar für die ihnen gebotene Möglichkeit, ihre staatsbürgerliche Verantwortung wahrzunehmen, indem sie zu den uns alle bewegenden Fragen Stellung nehmen. Alles in allem sprechen diese Briefe für das gewachsene Vertrauen zahlreicher Geistlicher aller Kirchen gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Die meisten von ihnen sind willens, auf der Grundlage des Gesprächs vom 9. Februar 1961 die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen in der großen Gemeinschaft der Nationalen Front weiter vertiefen zu helfen.

Das Neue in der Vorbereitung Ihres VI. Parteitages, in die alle Volksschichten einbezogen waren, äußerte sich aber auch darin, daß viele Mitglieder unserer Partei und Angehörige der uns nahestehenden Bevölkerungskreise ihre grundsätzliche Zustimmung zum Programm des Sozialismus mit neuen Leistungen für seinen umfassenden und vollständigen Aufbau, also mit Taten im sozialistischen Massenwettbewerb verbunden haben. Gerade darin drückt sich die neue Qualität des Zusammenwirkens aller demokratischen Volkskräfte mit besonderer Deutlichkeit aus. Wir können Ihnen, liebe Freunde, mitteilen, daß allein unsere Freunde im Handwerk, in den halbstaatlichen und privaten Industriebetrieben im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, um die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Qualität und die Senkung der Selbstkosten Maßnahmen eingeführt und Leistungen vollbracht haben, die unserer Volkswirtschaft einen meßbaren ökonomischen Nutzen von rund 68 Millionen DM erbringen.

Dokumente der CDU, Bd. V, 1962–1963,
Berlin (1964), S. 104–106.

Demokratische Bauernpartei Deutschlands

Der Parteivorstand der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands entbietet im Namen aller Mitglieder der Partei den Delegierten und Gästen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herzliche und brüderliche Kampfesgrüße ...

Unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben Zehntausende Mitglieder unserer Partei in den hinter uns liegenden Jahren bei der Lösung komplizierter Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, besonders beim Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, ihren Mann gestanden, sich als Organisatoren der sozialistischen Produktion und als Agitatoren in der Nationalen Front bewährt. So werden sie auch beim umfassenden Aufbau und der Vollendung des Sozialismus in der DDR alle ihre Kräfte einsetzen.

Unsere Partei ist sich ihrer Mitverantwortung bewußt, die sie bei der Verwirklichung der hohen Ziele trägt, wie sie im Nationalen Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands" festgelegt sind. Diese Politik ist zugleich das Beispiel einer nationalen Agrarpolitik für die Bauern in ganz Deutschland. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, mit der ganzen Kraft unserer Partei bei der Erfüllung der Aufgaben in der Landwirtschaft mitzuarbeiten. Es geht darum, im sozialistischen Massenwettbewerb mit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Pläne der Landwirtschaft von Beginn des Jahres an kontinuierlich zu erfüllen, um der Bündnisverpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse in Ehren gerecht zu werden.

Anläßlich unserer 12. Parteivorstandssitzung haben wir einen Beschluß zur Verbesserung der Mitarbeit unserer Partei bei der Durchsetzung der Agrarpolitik der Regierung gefaßt. In Verwirklichung dieses Beschlusses sowie der Beschlüsse des VII. Deutschen Bauernkongresses sind bisher 527 wissenschaftlich ausgebildete und in der genossenschaftlichen Arbeit erfahrene Kader durch unsere Partei als leitende Kräfte in LPG mit noch niedrigem Produktionsniveau delegiert worden. Weitere 105 Mitglieder übernahmen als Fachkräfte Patenschaften in solchen LPG, um sie in sozialistischer Hilfe an das Niveau fortgeschrittener LPG heranzuführen.

Bisher haben 30 000 Mitglieder unserer Partei im sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren Ihres VI. Parteitages persönliche Verpflichtungen übernommen, um an ihrem Arbeitsplatz in der LPG die Ziele des Wettbewerbes verwirklichen zu helfen und somit beizutragen, die Produktion und die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Bodenfruchtbarkeit zu mehren und die Erfüllung der staatlichen Pläne zu sichern.

Um den großen Aufgaben noch besser gerecht zu werden, haben sich

Tausende Mitglieder unserer Partei zu Facharbeitern qualifiziert. Darüber hinaus haben 4106 Mitglieder die Qualifikation eines Meisters, 5583 die eines Staatlich geprüften Landwirtes und 1884 die eines Diplomlandwirtes oder Diplomagrarökonoms erreicht bzw. befinden sich noch im Studium. Zahlreiche Mitglieder unserer Partei wirken aktiv bei der Entfaltung der sozialistischen Kultur im Dorf mit.

In rund 2500 Gemeinden haben die Ortsgruppen unserer Partei bisher durch ihre Mitarbeit in der Nationalen Front geholfen, konkrete Winterarbeitsprogramme nach dem Beispiel Röblingen auszuarbeiten.

Das sind die ersten Ergebnisse. In Auswertung unserer Bezirksparteitage und in Vorbereitung unseres VII. Parteitages werden die Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands weiter unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit allen Kräften in der Nationalen Front mithelfen, den sozialistischen Massenwettbewerb in allen LPG zu entwickeln.

Wir versichern Ihnen, liebe Delegierte und Gäste des VI. Parteitages der SED, daß die Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands Ihre Beratungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen werden. Ihre Beratungen und wegweisenden Beschlüsse werden auch uns zu hoher Aktivität und Bereitschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in unserer DDR anspornen.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR wird das Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und des Sozialismus in Deutschland weiter verändern und die friedliebenden demokratischen Kräfte Westdeutschlands in ihrem Kampf gegen die militaristischen und revanchistischen Ultras stärken. „Der vollständige und umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR ist", wie es im Programmentwurf heißt, „eine grundlegende Bedingung für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland und damit auch für die Wiedervereinigung der in zwei Staaten gespaltenen Nation."

Die weitere Festigung und Vertiefung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und die bewußte Mitgestaltung des neuen sozialistischen Lebens in den Dörfern durch die aktive Arbeit in der Nationalen Front unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird auch künftig das oberste Anliegen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands sein.

Wir wünschen Ihren Beratungen große Erfolge für den Kampf unseres Volkes unter Führung der Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Bauern-Echo (Berlin),
15. Januar 1963.

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

Im Namen des Zentralvorstandes und aller Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands übermitteln wir Ihnen unsere herzlichsten Grüße und wünschen dem VI. Parteitag einen erfolgreichen Verlauf.

Die umfassende und alle Schichten der Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik einbeziehende Vorbereitung des VI. Parteitages hat vor aller Welt deutlich gemacht, daß diese Beratung der Besten der Arbeiterklasse unserer Republik für uns alle außerordentlich bedeutungsvoll sein und weit in die Zukunft weisende Entscheidungen bringen wird, die nicht nur Leben, Arbeit und Perspektive jedes einzelnen Bürgers unseres ersten deutschen Friedensstaates berühren, sondern darüber hinaus die Entwicklung unserer ganzen deutschen Nation.

Die Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands haben sich daher mit schöpferischer Bereitschaft an der großen Volksaussprache über die Materialien des VI. Parteitages beteiligt und ihre Gedanken insbesondere zum Programm des Sozialismus geäußert. Sie haben dazu vor allem die Kreis- und Bezirksparteitage genutzt, die unserem 9. Parteitag vorangehen, der vom 15. bis 17. Februar 1963 stattfindet und zu den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED Stellung nehmen wird. Der Inhalt dieser offenen und problemreichen Diskussionen, in denen viele konstruktive und vorwärtsweisende Ideen sichtbar wurden und in denen auch mancher neue Mitstreiter für unsere gute Sache gewonnen werden konnte, zeigte ebenso wie die 12. und 13. Sitzung unseres Zentralvorstandes, die beide den Ergebnissen der 17. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewidmet waren, die volle Bereitschaft der LDPD zur schöpferischen und verantwortungsbewußten Mitarbeit bei der Vollendung des Sozialismus in der DDR.

Diese Haltung entspricht voll dem Dokument unseres 8. Parteitages, unserem Parteiprogramm, in dem der Weg der LDPD an der Seite der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte begründet und die geschichtliche Notwendigkeit der Führung der Nation durch die Arbeiterklasse und ihre Partei unterstrichen wurde. Unsere Erfahrungen als Verbündeter der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren seit 1945 und die seitdem erfolgreich verwirklichte gemeinsame Politik aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Kräfte, die allen Schichten der Bevölkerung großen Nutzen gebracht hat, beweisen uns die Richtigkeit unseres Weges. Sie machen überzeugend deutlich, wie notwendig es war, daß auch wir Liberal-Demokraten nach 1945 die Lehren aus der Geschichte Deutschlands zogen und damit begannen, die humanistischen und revolutionär-demokratischen Traditionen des deutschen Bürgertums auf neuer gesellschaftlicher Grundlage zu verwirklichen.

So war es auch möglich, dem Zentralkomitee der SED entsprechend der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller in unserer sozialistischen Volksbewegung vereinten Kräfte Stellungnahmen und Vorschläge zu den Problemen des VI. Parteitages zu unterbreiten, die auf eine Fülle von Anregungen und Hinweisen der Mitglieder unserer Partei und uns nahestehender Bürger zurückgehen und die politische, ökonomische und kulturelle Fragen betreffen sowie der Weiterentwicklung unserer sozialistischen Demokratie gewidmet sind ...

Die Mitglieder der LDPD und die Angehörigen der unserer Partei nahestehenden Bevölkerungsschichten werden alles daransetzen, um mit ganzer Kraft an der Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages mitzuarbeiten und die neuen, ihren Interessen voll entsprechenden Aufgaben zur Erreichung unseres gemeinsamen großen Zieles, einem Leben in Frieden, Glück und sozialer Sicherheit zu lösen.

Die großen innen- und außenpolitischen Erfolge unseres jungen volksdemokratischen Staates erfüllen uns mit Stolz und Zuversicht. Sie konnten errungen werden, weil die kluge, weitsichtige und verantwortungsbewußte Politik des Zentralkomitees der SED unter Führung seines Ersten Sekretärs und Vorsitzenden des Staatsrates, unseres verehrten Freundes Walter Ulbricht, das volle Wirksamwerden der schöpferischen Kräfte aller Werktätigen ermöglichte.

Alle Kraft unserer Deutschen Demokratischen Republik, der Zukunft der ganzen deutschen Nation! Das ist unser Dank und unsere Verpflichtung!

Der Morgen (Berlin),
15. Januar 1963.

National-Demokratische Partei Deutschlands

Die National-Demokratische Partei Deutschlands grüßt den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herzlich und wünscht ihm einen vollen Erfolg.

Mit Ihrem Parteitag beginnt ein neuer, bedeutsamer Abschnitt unserer Entwicklung. Auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik nehmen wir den umfassenden Aufbau des Sozialismus in Angriff, der uns unseren großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zielen zuführt.

Das wichtigste Ergebnis des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik und unserer Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager ist die Erhaltung des Friedens. Dank der Sowjetunion, des sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Kräfte wurde das vergangene Jahr zum Jahr eines Triumphes der Politik der friedlichen Koexistenz.

Unsere Deutsche Demokratische Republik entstand, wächst und erstarkt

auf der festen Grundlage des breiten Bündnisses der schaffenden Menschen aus allen Schichten unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Es findet in der sozialistischen Volksbewegung, der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, seinen Ausdruck. In der untrennbaren Verbundenheit mit den Staaten des Sozialismus schreiten wir gemeinsam voran zu neuen Erfolgen. Auf diesen Erkenntnissen beruhen die beiden Kernsätze jeder nationalen und demokratischen Politik, die uns nationalen Demokraten seit Beginn des Wirkens unserer Partei Richtschnur des Handelns sind. Sie werden es immer sein!

Wir nationale Demokraten sehen das Schicksal der Nation mit dem der Arbeiterklasse untrennbar verbunden. Darum sagen wir aus tiefer Überzeugung:

Auch uns ist das Programm der führenden Kraft unseres Volkes, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Inhalt, Ziel und Weg des Handelns. Wir alle finden uns in dem Programm wieder, auch der Handwerker, der private Unternehmer, der Kaufmann, der Kultur- und Geistesschaffende. Wir alle sehen im Programm des Sozialismus den Spiegel unseres Lebens und erblicken das, was wir selbst mit vollbracht und mit geleistet haben; wir sehen unsere Aufgaben und das ersehnte Ziel vor Augen.

Wir nationale Demokraten werden wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft unserer Verpflichtung gerecht werden. Die Leistungen von vielen tausend Mitgliedern unserer Partei im sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren Ihres VI. Parteitages sind dafür Beweis.

Voll Glück und Stolz begreifen heute die Mitglieder unserer Partei und immer mehr unserer Partei nahestehende Menschen, daß sie mitgewirkt haben und mitwirken, erstmalig in der Geschichte unseres Volkes eine Gemeinschaft zu bilden, die im tiefsten und umfassendsten Sinne des Wortes eine menschliche Gemeinschaft ist. Der Humanismus, die Erziehung des Menschen zur Menschlichkeit, findet heute höchste Vollendung im Wirken der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Bündnispolitik. Humanistisches Streben ist die Grundlage der Politik unseres Staates, der die besten Traditionen unserer deutschen Vergangenheit verkörpert. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei verwirklicht die Nationale Font, deren untrennbarer Bestandteil unsere National-Demokratische Partei Deutschlands ist, alle wahrhaft nationalen, demokratischen und humanistischen Traditionen.

Der Sozialismus braucht alle, der Sozialismus hat Platz für jeden, und jeder braucht den Sozialismus. Das Interesse eines jeden ist es, seinem umfassenden Aufbau zu dienen.

Die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft erfordert die Konzentration auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand in allen Bereichen. Der sozialistische Wettbewerb und die sozialistische Gemeinschafts-

arbeit sind die starken Triebkräfte für den Fortschritt in der Produktion, den Fortschritt in Wissenschaft und Technik. Das bedeutet auch für jeden nationalen Demokraten und für alle, die uns nahestehen:

Gründlich denken, ehrlich arbeiten, wirtschaftlich rechnen, wissenschaftlich forschen, froh und kulturvoll leben.

Wir nationalen Demokraten sind stolz darauf, daß auch unser politisches Handeln und unsere Leistungen am Arbeitsplatz dazu beigetragen haben, unsere Republik und den Schild des Friedens zu stärken.

Die Beschlüsse des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verwirklichen zu helfen, das Programm des Sozialismus lebendige Gestalt gewinnen zu lassen, das wird ein entscheidender Teil der Vorbereitung unseres achten Parteitages sein, der im Mai dieses Jahres zusammentritt. Wir nationalen Demokraten werden unseren Teil dazu beitragen, das patriotische Bündnis der Nationalen Front weiter zu stärken und unsere Deutsche Demokratische Republik als Inbegriff der Zukunft der deutschen Nation weiter zu festigen.

In gemeinsamer Arbeit für den endgültigen Triumph der Ordnung wahrer Gerechtigkeit und menschlicher Würde, für das Glück und die Zukunft unserer Nation wollen wir als zuverlässiger Bundesgenosse an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei kämpfend voranschreiten.

Nationalzeitung (Berlin),
15. Januar 1963.

106

Aus dem Grußschreiben des FDGB an den VI. Parteitag der SED vom 15. Januar 1963

Genossinnen und Genossen Delegierte!

Mit Freude und Stolz grüßen wir Euch, die hervorragendsten Repräsentanten unserer Klasse, ja aller Werktätigen und der ganzen Bevölkerung unseres ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland ...

Freude empfinden wir, daß unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik das Zeitalter des Sozialismus, des Friedens und der sozialen Sicherheit begonnen hat.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gehört in unserem Teil Deutschlands, wo die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Macht im Staate ausübt, für immer der Vergangenheit an.

Im Kampf für den Frieden, für die friedliche Koexistenz und für den umfassenden Aufbau des Sozialismus werdet Ihr, Genossen Delegierte,

mit dem sicheren Kompaß des Entwurfes des Programms der Partei der Arbeiterklasse die in Angriff zu nehmenden Aufgaben beraten und beschließen. Schon seit seiner Verkündung hat dieses Programm eine große Initiative bei den Werktätigen ausgelöst, die sich zu neuen Menschen in der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit großen Rechten und verantwortungsvollem Bewußtsein für die materielle Produktion entwickelt haben.

Immer breiter entfalten sich die schöpferischen Kräfte der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages. Er führte bereits zu hervorragenden Erfolgen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse und der Senkung der Selbstkosten, weil die werktätigen Menschen erkannt haben und immer mehr begreifen, daß dies der Schlüssel zur Verwirklichung ihrer vielfältigen Wünsche ist.

Wir Gewerkschafter betrachten es als eine große Aufgabe und sehen darin eine hohe Verpflichtung, unter Führung der Partei den Massenwettbewerb zur Planerfüllung 1963 immer besser zu organisieren. Wir Gewerkschafter werden der Partei immer treue Helfer und Mitstreiter sein und alles tun, damit sich die schöpferische Initiative voll auf das Kernproblem – die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität, vor allem durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt – richtet. Damit werden wir unserer Verantwortung für die materielle Produktion am besten gerecht und vertreten am wirksamsten die Interessen unserer Mitglieder.

Weil das wichtigste Anliegen aller Werktätigen die Erhaltung des Friedens ist, unterstützen wir leidenschaftlich die beharrlichen Bemühungen der Partei im Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz in Deutschland.

Genossinnen und Genossen Delegierte!

Mit großer Aufmerksamkeit und aufgeschlossenem Herzen werden die Gewerkschafter und alle Werktätigen Eure Beratungen verfolgen. Wir Gewerkschafter verpflichten uns, alle Arbeitskollegen, die Angestellten und Angehörigen der Intelligenz für die Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages zu begeistern. Im sozialistischen Wettbewerb werden wir alle Initiativen der Werktätigen noch planmäßiger auf die großen und schönen Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus lenken.

Es lebe der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Es lebe der Kampf für Frieden, für friedliche Koexistenz und Sozialismus!

Es lebe die SED, die führende Kraft der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes, und ihr Erster Sekretär, Genosse Walter Ulbricht!

Tribüne (Berlin), 15. Januar 1963.

Register

Personenverzeichnis

Abs, Hermann (geb. 1901) 115
Abusch, Alexander (geb. 1902) 106
Adenauer, Konrad (geb. 1876) 47 49 117/118 124 150 208 249 278 287 299–301 344 349/350 353 356/357 362 364–366 377 380
Andres, Stefan (geb. 1906) 367
Apel, Erich (1917–1965) 101 162 429
Apel, Hans (geb. 1895) 293
Apitz, Bruno (geb. 1900) 232/233
Ardenne, Manfred von (geb. 1907) 118 341
Arndt, Adolf (geb. 1904) 371
Arnstadt, Rudi (1926–1962) 350
Außenminister Großbritanniens siehe Home, Alexander Frederick Douglas
Außenminister der USA siehe Rusk, Dean
Axen, Hermann (geb. 1916) 237/238 429

Baade, Fritz (geb. 1893) 293
Bachir, Hadj Ali (geb. 1912) 430
Baierl, Helmut (geb. 1926) 234/235
Balke, Siegfried (geb. 1902) 380
Bauer, Eberhard (geb. 1936) 340

Baumann, Edith (geb. 1909) 140
Bebel, August (1840–1913) 40 403
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 85 106/107 233/234
Beste, Niklot (geb. 1901) 200
Bickelhaupt, Götz (geb. 1928) 341
Bismarck, Klaus von (geb. 1912) 364
Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898) 49
Bolz, Lothar (geb. 1903) 37 150/151 275
Born, Max (geb. 1882) 118 123
Brandt, Leo (geb. 1908) 53
Brandt, Willy (Frahm, Herbert Karl) (geb. 1913) 184 287 370
Brasch, Horst (geb. 1922) 193
Brecht, Bertolt (1898–1956) 107/108
Bredel, Willi (1901–1964) 106 233 341
Brenner, Otto (geb. 1907) 377
Brentano, Heinrich von (1904–1964) 73 150/151 364
Brugsch, Theodor (1878–1963) 69 105

Carillo, Santiago (geb. 1915) 430
Chran, Ingeborg (geb. 1933) 165
Christoph, Günter (geb. 1933) 86 155 168 216
Chruschtschow, N. S. (geb. 1894) 13 94/95 129 144/145 152 276 306 326 430
Clay, Lucius D(uBignon) (geb. 1897) 298
Correns, Erich (geb. 1896) 86 216 341
Couve de Murville, Maurice (geb. 1907) 152

Dalma, Alfons (geb. 1919) 279
Dehler, Thomas (geb. 1897) 123 364/365
Deist, Heinrich (1902–1964) 126 183/184 368 370 372
Dessau, Paul (geb. 1894) 236
Dieckmann, Johannes (geb. 1893) 216 288
Döhler, Johannes (geb. 1926) 330
Döring (Graul), Ingrid (geb. 1941) 386
Dufhues, Josef-Hermann (geb. 1908) 367
Duncker, Hermann (1874–1960) 106

Ebert, Friedrich (geb. 1894) 65 81 95 97 140 216 288 429
Elfes, Wilhelm (geb. 1884) 115
Eichler, Willi (geb. 1896) 370
Eisenhower, Dwight D(avid) (geb. 1890) 211
Eisler, Hanns (Johannes) (1898–1962) 85 236
Engels, Friedrich (1820–1895) 14 41 46 103 246 308 314 336 344 386 393 402/403 406 411 421 431
Erhard, Ludwig (geb. 1897) 114 181 255 353 358 368
Erler, Fritz (geb. 1913) 183/184 250 370 379/380
Ermisch, Luise (geb. 1916) 140 216
Essl, Erwin (geb. 1910) 377
Ewald, Georg (geb. 1926) 429

Fahr, Willi (geb. 1928) 84
Faller, Herbert 367
Fleischer, Rudi (geb. 1922) 390/391
Fleischer, Walter (geb. 1919) 322
Flick, Friedrich (geb. 1883) 361
Florin, Peter (geb. 1921) 150 238
Forest, Jean Kurt (geb. 1909) 236
Förster, Karl (geb. 1905) 377
Frankenstein, Wolfgang (geb. 1918) 236
Friedrich, Walter (geb. 1883) 338 341
Fröhlich, Paul (geb. 1913) 102 140 278 429
Frühauf, Hans (geb. 1904) 389
Fuchs, Emil (geb. 1874) 118 225
Fühmann, Franz (geb. 1922) 234 349

Gäbler, Fritz (geb. 1897) 141 429
Gaganowa, W. I. (geb. 1932) 164
Gagarin, J. A. (geb. 1934) 307 312
Gaspar, Sandor (geb. 1917) 430
Gaulle, Charles de (geb. 1890) 356
Gefeller, Wilhelm (geb. 1906) 377
Gehlen, Reinhard (geb. 1902) 287

Gerlach, Manfred (geb. 1928) 216
Globke, Hans Maria (geb. 1898) 48 287 380
Goldenbaum, Ernst (geb. 1898) 194
Gollwitzer, Helmut Hans (geb. 1908) 123 367
Gomułka, Władysław (geb. 1905) 58 430
Göring, Peter (1940–1962) 350
Görlich, Günter (geb. 1928) 234
Gotsche, Otto (geb. 1904) 216
Götting, Gerald (geb. 1923) 216 288
Grau, Arthur (geb. 1907) 340
Grischin, W. W. (geb. 1914) 95
Gromyko, A. A. (geb. 1909) 95 316
Grotewohl, Otto (1894–1964) 12 19 31 34/35 37 60 65 81 94/95 97 105 123/124 140 145 150 171 208 216/217 225 237/238 349 403 429
Grozos, Apostolos (geb. 1892) 129
Grundig, Lea (geb. 1906) 106 236
Grüneberg, Gerhard (geb. 1921) 102 141 194 278 429
Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr von und zu (geb. 1921) 364
Gysi, Klaus (geb. 1912) 106

Hagemann, Walter (1900–1964) 123 341
Hager, Kurt (geb. 1912) 81 102 105/106 140/141 222 227 429
Hahn, Otto (geb. 1879) 118
Hansen, Werner (geb. 1905) 375
Hartke, Werner (geb. 1907) 105 389
Hartmann, Werner (geb. 1912) 118
Hauptmann, Helmut (geb. 1928) 234
Heisenberg, Werner (geb. 1901) 118 364
Hellwig, Joachim (geb. 1932) 235
Henneberg, Hermann (geb. 1904) 341
Hennecke, Adolf (geb. 1905) 68
Hertz, Gustav (geb. 1887) 86 118
Heusinger, Adolf (geb. 1897) 48 267 279
Hitler, Adolf (1889–1945) 47 173
Höcherl, Hermann (geb. 1912) 371
Hofé, Günter (geb. 1914) 349
Hoffmann, Karl-Heinz (geb. 1910) 275
Hohlfeld, Werner (geb. 1918) 86
Homann, Heinrich (geb. 1911) 216
Home, Alexander Frederick Douglas (geb. 1903) 316
Honecker, Erich (geb. 1912) 65 78 81 95 102 140/141 275 288 394 428/429
Huhn, Reinhold (1942–1962) 350
Humphrey, Hubert H(oration) (geb. 1911) 297

Jaeger, Richard (geb. 1913) 47 124
Jarowinsky, Werner (geb. 1927) 429
Jobst, Herbert (geb. 1915) 107
Johannes XXIII. (Roncalli, Angelo Giuseppe) (1881–1963) 371
Johannsen, Christa (geb. 1914) 341
Jordan, Paul (geb. 1912) 328/329
Jungk, Robert (geb. 1913) 367

Kádár, János (geb. 1912) 60 129
Kammhuber, Joseph (geb. 1896) 48
Kästner, Erich (geb. 1899) 367
Kennedy, John F(itzgerald) (1917–1963) 275/276 316 362
Kittner, Margarete (geb. 1895) 339
Klemt, Erich (geb. 1908) 199
Kloß, Gerhard (geb. 1930) 332
Knoeringen, Waldemar von (geb. 1906) 374/375
Kochan, Günter (geb. 1930) 236
Kolder, Drahomir (geb. 1925) 430
Koslow, F. R. (1908–1965) 306
Krenz (Spanke), Sonja (geb. 1932) 168
Kroll, Hans (geb. 1898) 363–365
Krone, Heinrich (geb. 1895) 363
Kuba (Barthel, Kurt) (geb. 1914) 85
Kurella, Alfred (geb. 1895) 105/106 140

Langhoff, Wolfgang (geb. 1901) 105
Lassalle, Ferdinand (1825–1864) 371
Leber, Georg (geb. 1920) 372 377–379
Lemmer, Ernst (geb. 1898) 380

Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 14 17 38 41 46 103 247 308 393 403 411 416 421 431
Leuschner, Bruno (1910–1965) 78 81 95 140 162 429
Liebknecht, Karl (1871–1919) 40 128 213 403
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 403
Lilje, Hanns (geb. 1899) 280
Lindner, Lothar (geb. 1928) 321
Litzenberg, Joachim (geb. 1929) 165 168
Loch, Hans (1898–1960) 37
Longo, Luigi (geb. 1900) 430
Löwenstein, Hubertus Prinz zu (geb. 1906) 62
Lucas, Friedrich (geb. 1892) 200
Lück, Helmut (geb. 1923) 341
Lukács, Georg (geb. 1885) 45
Lumumba, Patrice (1925–1961) 244
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 40 128 213 403

Macmillan, Maurice Harold (geb. 1894) 316
McNamara, Robert S(trange) (geb. 1916) 280
Mamai, N. J. (geb. 1926) 86
Mansfield, Mike (Michael Joseph) (geb. 1903) 297
Marchwitza, Hans (1890–1965) 233
Marx, Karl (1818–1883) 14 41 46 103 181 246 308 314 336 344 386 393 402/403 406 411 419 421 431
Matern, Hermann (geb. 1893) 34 65 81 95 97 140/141 237/238 429
Meier, Günter (geb. 1931) 155
Merkatz, Hans-Joachim von (geb. 1905) 255 380
Merke, Else (geb. 1920) 340/341
Mewis, Karl (geb. 1907) 140
Meyer, Ernst Hermann (geb. 1905) 236
Michaelis, Paul (geb. 1914) 236
Mikojan, A. I. (geb. 1895) 94/95
Millas, Orlando 430
Mittag, Günter (geb. 1926) 429
Mitzenheim, Moritz (geb. 1891) 200 341
Mothes, Kurt (geb. 1900) 105
Mückenberger, Erich (geb. 1910) 65 81 95 102 140/141 429
Müller, Margarete (geb. 1931) 429
Müller, Vincenz (1894–1961) 78
Mundt, Erwin (geb. 1922) 197

Nagy, Imre (1890–1958) 59
Nelles, Johannes (geb. 1910) 325
Neumann, Alfred (geb. 1909) 65 81 95 102 140/141 429
Neumann, Irmgard (geb. 1925) 216
Niemöller, Martin (geb. 1892) 123
Nikolajewa (Woljanskaja), G. J. (1914 bis 1963) 349
Noll, Dieter (geb. 1927) 234
Norden, Albert (geb. 1904) 81 102 140/141 249 278 288 429
Nuschke, Otto (1883–1957) 37

Oberländer, Theodor (geb. 1905) 48
Ollenhauer, Erich (1901–1963) 51/52 74 122/123 145
Oelßner, Fred (geb. 1903) 95 102
Oeser, Max (geb. 1920) 340

Pasche, Daniel (geb. 1910) 339
Paulssen, Hans-Constantin (geb. 1892) 360
Pfeiffer, Johannes (geb. 1922) 84
Pferdmenges, Robert (1880–1962) 115
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 81 95 128 140 144 153 213–217 403
Pinske, Hans-Jürgen (geb. 1929) 84
Pisnik, Alois (geb. 1911) 140
Poppe, Helmut (geb. 1926) 351
Porstmann, Siegfried (geb. 1928) 321/322
Präsident der USA siehe Kennedy, John F.
Premierminister Großbritanniens siehe Macmillan, Maurice Harold

Raiser, Ludwig (geb. 1904) 364
Rapacki, Adam (geb. 1909) 123
Rau, Heinrich (1899–1961) 81 95 97 140 237
Reimann, Brigitte (geb. 1933) 349
Reimann, Max (geb. 1898) 129 190 342
Ribbentrop, Joachim von (1893–1946) 49
Richter, Irmgard (geb. 1923) 164/165 168
Richter, Willi (geb. 1894) 123 372 375 377
Rieke, Karl (geb. 1929) 341
Rietz, Hans (geb. 1914) 216 388
Rochet, Waldeck (geb. 1904) 430
Röhr, Harald (geb. 1926) 165
Rösser, Wolfgang (geb. 1914) 388
Ruhl, Walter (geb. 1928) 197
Rusk, Dean (geb. 1909) 280 316
Russell, Bertrand Earl of (geb. 1872) 367

Schäfer, Friedrich (geb. 1915) 371
Schäffer, Fritz (geb. 1888) 78
Schick, Rudolf (geb. 1905) 341
Schirdewan, Karl (geb. 1907) 66/67 81 95 102
Schmid, Carlo (geb. 1896) 53 183 370
Schmitt-Vockenhausen, Hermann (geb. 1923) 371
Schneider, Paul (1904–1962) 157
Scholz, Ernst (geb. 1913) 321
Scholz, Paul (geb. 1902) 37
Schröder, Gerhard (geb. 1910) 354/355
Schulz, Hans-Günter (geb. 1937) 341
Schulz, Max Walter (geb. 1921) 349
Schulze, Erich (geb. 1898) 386
Schwaen, Kurt (geb. 1909) 236
Schweitzer, Albert (1875–1965) 118
Seebohm, Hans-Christoph (geb. 1903) 48 255
Seeger, Bernhard (geb. 1927) 234
Seghers, Anna (Radvanyi, Netty) (geb. 1900) 106 232
Seifert, Erich (geb. 1905) 86 168
Shiwkow, Todor (geb. 1911) 430
Sindermann, Horst (geb. 1915) 429
Speidel, Hans (geb. 1897) 48 109 284
Spies, Leo (1899–1965) 236
Springer, Else (geb. 1923) 331
Stadler, Josef (geb. 1906) 200
Stalin (Dshugaschwili), J. W. (1879 bis 1953) 16/17 38 41/42 55 307
Steenbeck, Max (geb. 1904) 86 338 389
Stein, Sebastian Freiherr von (geb. 1897) 341
Steinitz, Wolfgang (geb. 1905) 389
Stoica, Chivu (geb. 1908) 430
Stoph, Willi (geb. 1914) 33 37 65 81 95 118 132 140 238 288 429
Strauß, Franz-Josef (geb. 1915) 73 109 124 267 279/280 354–356 364 379/380
Strittmatter, Erwin (geb. 1912) 85 107 234
Suhrbier, Max (geb. 1902) 387
Sulzberger, Cyrus Leo (geb. 1912) 56

Thälmann, Ernst (1886–1944) 40 128 213 216/217 403
Thorndike, Andrew (geb. 1909) 235
Thorndike, Annelie (geb. 1925) 235
Thießen, Peter A(dolf) (geb. 1899) 86 105 216
Titow, G. S. (geb. 1935) 307 312
Toeplitz, Heinrich (geb. 1914) 150
Tschombé, Moise (geb. 1919) 244
Turofski, Wilhelm (geb. 1893) 313

Ude, Johann (geb. 1874) 367
Ulbricht, Walter (geb. 1893) 12 19 21 30 32 37 40 60 65 74–78 81 94/95 97 102 105 130/131 139–141 145 160 194 208 216–219 225 229/230 237 249 256 265 275 285 288 294 313 315 322 326 329 333 343–346 380 383 385/386 388/389 394 400 402/403 417–419 428/429

Verner, Paul (geb. 1911) 102 140/141 429
Vieweg, Kurt (geb. 1911) 44
Voelkner, Benno (geb. 1900) 233
Volmer, Max (geb. 1885) 86 389

Wandersleb, Gottfried (geb. 1913) 367
Warnke, Herbert (geb. 1902) 65 81 95 101 120/121 140 168 288 294 429
Wehner, Herbert (geb. 1906) 53 181 183/184 187 250 372/373 375 379/380
Wehner, Willy (geb. 1922) 86 168
Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von (geb. 1912) 118 364
Wendland, Eduard (geb. 1902) 328
Wenig, Sepp (Josef) (geb. 1896) 168
Wenner, Adam (geb. 1921) 84
Wenzel, Fritz (geb. 1910) 367
Werner, Friedrich (geb. 1918) 341
Wiechmann, Wolfgang (geb. 1929) 387
Wilde, Peter (geb. 1938) 313
Winzer, Otto (geb. 1902) 150
Wohlgemuth, Joachim (geb. 1932) 349
Wolf, Ernst (geb. 1902) 367
Wolf, Konrad (geb. 1925) 235
Wöhrle, Alois (geb. 1903) 377
Wollweber, Ernst (geb. 1898) 66 81 102
Womacka, Walter (geb. 1925) 236
Wu Sjiu-tjüan (geb. 1909) 400

Zedenbal, Jumshagin (geb. 1916) 430
Ziller, Gerhart (1912–1957) 66 81 102
Zweig, Arnold (geb. 1887) 107

Verzeichnis der geographischen Namen

Afrika 11 99/100 171 175/176 224 243/244 305 395
Ägypten siehe auch Vereinigte Arabische Republik 60/61 69 73 80
Albinshof 331
Aldermaston 179
Algerien 223/224 243
Altmärkische Wische 204
Amerikanischer Kontinent 100
– Lateinamerika 11 171 175/176 243/244
Apfelstädt 339
Aschersleben 37
Asien 11 99/100 171 175/176 243/244
– Ostasien 11
– Südostasien 11
Assuan-Staudamm 245
Athen 355
Australien 100

Baden-Württemberg
– Nordbaden 358
Bad Godesberg 180 369 372
Baumschulenweg siehe Berlin-Baumschulenweg
Bayern 177 358 373 375

Belgien 174 244 395
Belgrad 296/297
Berlin 108 131 217 280 351
Berlin – Hauptstadt der DDR 19 22 27 60 62 64–66 86 105 120 128 144/145 154/155 167 215 236 253 262 283 bis 288 290/291 294–296 298 325/326 331/332 340 348 351 385 388 bis 390 393
– – Baumschulenweg 215
– – Friedrichsfelde 215
– – Karlshorst 215
– – Lichtenberg 154 215 291/292 385
– – Schönefeld 391
– – Schöneweide 215
– – Treptow 155 165 168
Bernburg 386
Berzdorf (Eigen) siehe Schönau-Berzdorf
Bitterfeld 153/154 229–231 234 236 292 311
Bochum 255
Böhlen (Kreis Borna) 262
Bonn 118 287 353
Brandenburg (Havel) 22 36 260 326
– – Kirchmöser 260
Brandenburg 197
Braunschweig 123
Bremen 126 373
Bremen, Stadtstaat 127
Buchenwald siehe Weimar-Buchenwald
Budapest 59
Burma 99 171

Calbe (Saale) 22/23
Ceylon 99 296
Chemnitz (Kreis Neubrandenburg) 391
Conakry 224
Coswig (Anhalt) 212
Cottbus 198 383
Cottbus, Bezirk 191 200
ČSSR siehe Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Dahlen (Sachsen) 330
Demokratische Republik Vietnam 172
Dnepr 160
Doberburg 197
Dortmund 146 373
Dresden 63 208 229 235/236 294 332 339 348 391
– – Niedersedlitz 322
Dresden, Bezirk 191
Dubna 263

Eberswalde 22
Eilenburg, Kreis 193/194
Eisenach 120
Eisenhüttenstadt 23
Erfurt 37 121 347/348
Essen 376
Europa 10 15 19–21 27 35 49/50 52 62 66/67 74 95/96 99/100 125 129/130 136/137 143 145 150/151 170 172 174 203 208 218 220 240 248 255–257 267 269 276/277 282 284/285 296/297 299 311 350 359 430
– Mitteleuropa 11 123/124 126 147 277 355 366
– Osteuropa 11 56 255 297
– Westeuropa 72 109 131 248 251 315 356 410

Falkenrehde 328
Ferner Osten 171
Frankfurt (Main) 178
Frankfurt (Oder) 160 390
Frankfurt (Oder), Bezirk 197
Frankreich 60/61 93 141 146 149 152 174 242/243 281 356 359
Freiburg (Breisgau) 48
Freital 390
Friedländer Wiese 391
Friedrichsfelde siehe Berlin-Friedrichsfelde

Genf 149–152 350 355
Gera 278
Ghana 100 171 244 296
Godesberg siehe Bad Godesberg
Goldküste siehe Ghana
Goorstorf 197
Görlitz 22
Göttingen 368

Gröditz (bei Riesa) 22
Großbritannien 10 60/61 93 136 141 146 150 152 267 281 317 359 362
Groß Schönebeck (Schorfheide) 313
Guben (Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 160
Guinea 224
Güstrow 261 347

Halle (Saale) 105
Halle, Bezirk 190 232
Hamburg 123 126 178
Hamburg, Stadtstaat 127
Hanau (Main) 373
Hannover 279 377
Hennigsdorf (bei Berlin) 22 28
Hessen 373
– Südhessen 373
Hettstedt (Südharz) 158 260
Hollfeld 73/74
Hoyerswerda 257

Indien 99 172 244 296 400
Indonesien 99 171 296
Irak 171/172 243
Israel 60/61
Italien 174 395

Japan 395
Jena 229
Jülich 342

Kambodscha 99 171
Karibischer Raum 366 378/379 393 398 400
Karl-Marx-Stadt 22 37 86 321 324 340 385
Karl-Marx-Stadt, Bezirk 191
Karlshorst siehe Berlin-Karlshorst
Karlsruhe 49 279 358
Kassel 373
Kiel 114
Kirchmöser siehe Brandenburg-Kirchmöser
Köln 117 279 364 369/370 372/373 375 379
Kongo (Léopoldville) 223/224 243/244
Korea 12
Koreanische Volksdemokratische Republik 240 275
Krien 205 331
Krummhörner Gebiet (Ostfriesland) 368
Krusenfelde 205 331
Kuba 223 243 379 393 399

Laos 99
Lauchhammer 23
Leipzig 105 116 121 125 144/145 162 229 235 255 257 323 327 341 386 390
Leuna (Kreis Merseburg) 154 160 165 390/391
Lichtenberg siehe Berlin-Lichtenberg
Lübbenau (Spreewald) 84 160 257
Lüneburg 368
Luxemburg 174
Lwow 48

Magdeburg 36 62 157 165 168 212 260/261 329 386
Magdeburg, Bezirk 190 232
Malaya 99
Mali 171 296
Mannheim 178 358
Marokko 99
Mecklenburg 197
Mittlerer Osten 101
Mongolische Volksrepublik 275
Moskau 12 70 96–98 100/101 237/238 243 245 248/249 275 286 305 326 399 414/415 430
Mücheln (Geiseltal) 68
Müncheberg (Mark) 313
München 52/53 59 117 178 255

Nachterstedt 294
Naher Osten 100/101 171 243
Neubrandenburg, Bezirk 197 330
Neuseeland 100
New York 280
Niederlande 174
Niedersedlitz siehe Dresden-Niedersedlitz

Nordbezirke der DDR siehe Neubrandenburg, Bezirk, Rostock, Bezirk, Schwerin, Bezirk
Nordrhein-Westfalen 358
Nürnberg 373

Oder 84 160
Oder-Neiße-Grenze 297 365
Offenbach (Main) 373
Osnabrück 368
österreichisch-ungarische Grenze 59
Ostsee 172
Ostseebezirk siehe Rostock, Bezirk
Ostseeküste der DDR 197 284

Paris 121 208/209 211 250/251 354 356
Perleberg 341
Perwenitz 328
Pewsum 368
Plauen (Vogtland) 198
Polen siehe Volksrepublik Polen
Potsdam 131
Potsdam, Bezirk 197

Regis siehe Regis-Breitingen (Bezirk Leipzig)
Regis-Breitingen (Bezirk Leipzig) 323 340
Riesa 22 68 84 326
Rodenkirchen (Oldenburg) 368
Rogäsen 341
Rom 297
Rossendorf 263
Rostock 22 105 169 196/197 206 258 321 325
– – Warnemünde 22
Rostock, Bezirk 191 196/197 330
Rüdigsdorf 201
Rudolstadt-Schwarza 325
Ruhrgebiet 120 367 376
Rumänische Volksrepublik 240

Saalfeld (Saale) 198
Saar 120
Schenkenberg (bei Delitzsch) 341
Schkeuditz 278
Schleswig-Holstein 113
Schmölln, Kreis 196
Schönau-Berzdorf 84 212
Schönermark (bei Gransee) 199
Schwarza siehe Rudolstadt-Schwarza
Schwarze Pumpe 84 257
Schwedt (Oder) 160 261 391
Schwerin (Mecklenburg) 63 278
Schwerin, Bezirk 191 330
Sibirien 16
Sömmerda 263 389/390
Sowjetunion 11/12 15–18 27 37 39 41 47/48 52 56 61 67 70 74 85 94 97 99 107 123/124 133 135/136 141–143 145/146 149–152 157 159/160 164 169–172 187 207 211 217 223 239 bis 241 243 245–247 254/255 259 262/263 269 274 281/282 285/286 296 298/299 301 305–308 310/311 315–317 326/327 336/337 350/351 355 357 362–365 393 395–400 404 406 414 426
Spremberg-Trattendorf (Niederlausitz) 23
Staatsgrenze der DDR nach Westberlin 74 164 251/252 287/288 290 295/296 298 301
Staatsgrenze der DDR nach Westdeutschland 62 267 284 295–297 350
Stralsund 22
Stuttgart 125/126 178 183 185 358
Sudan 99
Suezkanal 60 100
Suhl, Bezirk 191
Swerdlowsk 211
Syrien 100

Teltow 159 387
Thräna (bei Borna) 86
Torgau 160
Trattendorf siehe Spremberg-Trattendorf (Niederlausitz)
Treptow siehe Berlin-Treptow
Tschechoslowakei siehe Tschechoslowakische Republik
Tschechoslowakische Republik siehe auch

Tschechoslowakische Sozialistische Republik 123 170 240 284
Tschechoslowakische Sozialistische Republik siehe auch Tschechoslowakische Republik 255
Tübingen 365
Tunesien 99

UdSSR siehe Sowjetunion
Ulm (Donau) 255
Ungarische Volksrepublik 57–63 65 69 73 240
Unterwellenborn 198 228
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika
Usedom (Insel) 200

VAR siehe Vereinigte Arabische Republik
Vereinigte Arabische Republik siehe auch Ägypten 171/172 244/245 296
Vereinigte Staaten von Amerika 10 12 47/48 57 93 109 136 141 145/146 150 152 207 211 243 267 276 280/281 297/298 301 317 327 351 354 bis 357 359/360 362 399/400
Vetschau (Spreewald) 160 257
Vietnam 12
Vockerode 23
Volksrepublik Albanien 240
Volksrepublik Bulgarien 240
Volksrepublik China 172 240 275 400
Volksrepublik Polen 57/58 63 123 160 170 233 240 255 284 297

Warnemünde siehe Rostock-Warnemünde
Warschau 58
Washington 297 354
Weichsel (Wisła) 160
Weimar 198 387
– – Buchenwald 233
Wernigerode 261
Westberlin 32 63 66 93 120 131 142/143 145/146 149/150 152 157 214 235 252/253 255 264 278–285 287 290 297/298 333 340 342 344 351 353 357 375 394 408 425 430
Westsektoren Berlins siehe Westberlin
Wetzlar 373
Wien 276
Wildau (Kreis Königs Wusterhausen) 22 36 325
Wismar 22 196 261 341
Wismar, Kreis 196
Wolfen (Kreis Bitterfeld) 262
Wolfsburg 123
Wolga 160

Zeitz 390
Zickhusen 294
Zittau 86 155 164
Zwickau 120

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL XIV · Der Sozialismus wird zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960. Der von der SED geführte Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Sicherung des Friedens und den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (Periode von 1956 bis 1961) 7

Der Kampf der SED für die Sicherung des Friedens. Die Annahme der Direktiven für den zweiten Fünfjahrplan (1956) 9

1. Der Beginn einer neuen Periode in der Entwicklung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Der XX. Parteitag der KPdSU 9

2. Die 3. Parteikonferenz der SED 19

3. Der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes. Der Kampf der SED gegen dogmatische und revisionistische Entstellungen des Marxismus-Leninismus 33

4. Der Zusammenbruch der konterrevolutionären Anschläge gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Beitrag der DDR zur Rettung des Friedens im Herbst 1956 46

Der Kampf der DDR für die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten (1957 bis 1958) 72

1. Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED. Das Programm der Arbeiterklasse zur friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes 72

2. Die weitere ökonomische und politische Stärkung der DDR. Das zunehmende internationale Ansehen der SED 82

3. Die Entfaltung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur 102

4. Die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat. Der Kampf der Volksmassen gegen die Atomaufrüstung in Westdeutschland 108

Der Kampf der SED für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und für die Durchsetzung des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs der zwei Systeme in Deutschland (1958 bis 1960) 128

1. Der V. Parteitag der SED (Juli 1958) 128

2. Die Initiative der DDR und der UdSSR für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage 141

3. Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Der 10. Jahrestag der DDR 153

4. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Die Annahme des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD von 1959. Die Parteikonferenz der KPD von 1960 172

5. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft im Frühjahr 1960 190

6. Der Deutschlandplan des Volkes. Die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik 207

7. Die weitere Entfaltung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und der Kampf um die Schaffung einer sozialistischen deutschen Nationalkultur 221

Das Scheitern der Aggressionspläne des westdeutschen Imperialismus und die Rettung des Friedens durch die Sicherungsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik (1960 bis 1961) 237

1. Die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 237

2. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in Deutschland 249

3. Die Zunahme der Aggressivität des westdeutschen Militarismus und ihre Ursachen 267

4. Die unmittelbaren Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Die Sicherungsmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961 275

5. Die nationalen und internationalen Auswirkungen des 13. August 1961. Der Beginn des Produktionsaufgebotes 290

KAPITEL XV · Der XXII. Parteitag der KPdSU. Der VI. Parteitag der SED. Das Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR und der friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes (Ende 1961 bis Anfang 1963) 303

Der Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik (1961/1962) 305

1. Der XXII. Parteitag der KPdSU. Die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED 305

2. Der Kampf zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen und für die ideologisch-politische Klärung der nationalen Mission der DDR beim Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR 320

Die Verschärfung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und die Entwicklung der Krise des Adenauer-Regimes (1961/1962) 352

1. Die reaktionäre Innen- und aggressive Außenpolitik der vierten Adenauer-Regierung und deren Ursachen 352

2. Das Anwachsen des Widerstandes gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung und die Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands im Jahre 1962 366

Die historische Bedeutung des VI. Parteitages der SED und des Programms des Sozialismus (1962/1963) 384

1. Der sozialistische Massenwettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED 384

2. Der VI. Parteitag der SED. Die historische Bedeutung des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 393

DOKUMENTE

1 Aus dem Kommuniqué der 26. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU vom 22. März 1956 435

2 Aus der Deklaration der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Sicherung des Friedens, für Verständigung und Abrüstung, für die

demokratische Einheit Deutschlands, angenommen auf der 18. Tagung des Nationalrats am 23. April 1956 438

3 Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, vor der Volkskammer am 29. Mai 1956 440

4 Aus dem Beschluß der 28. Tagung des ZK der SED über die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei vom 29. Juli 1956 441

5 Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Verbotsprozeß gegen die KPD vom 17. August 1956 443

6 Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD „Die KPD lebt! Hinweg mit dem Verbot!" vom 17. August 1956 444

7 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der DDR am 3. November 1956 446

8 Aus der Gemeinsamen Erklärung der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR vom 7. Januar 1957 450

9 Aus dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht in der DDR vom 17. Januar 1957 453

10 Aus dem Beschluß der 30. Tagung des ZK der SED zu den nächsten ökonomischen Aufgaben vom 1. Februar 1957 455

11 Aus dem Beschluß der V. Gesamtdeutschen Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre in Leipzig vom 9. März 1957 459

12 Aus dem Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen, vom 12. März 1957 463

13 Aus dem Wahlprogramm der KPD zu den Bundestagswahlen 1957 vom März 1957 466

14 Stellungnahme von 18 Göttinger Professoren gegen die atomare Aufrüstung vom 12. April 1957 468

15 Aus der Entschließung der 16. Tagung des Zentralrats der FDJ vom 25. April 1957 469

16 Aus dem Appell der Aktivisten, Neuerer und Staatstitelträger der SDAG Wismut an die Werktätigen aller Industriezweige der DDR anläßlich des Wettbewerbs zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, veröffentlicht am 25. Juli 1957 471

17 Aus der Erklärung der Regierung der DDR über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands vom 26. Juli 1957 473

18 Aus den Thesen der Kulturkonferenz der SED in Berlin am 23./24. Oktober 1957 474

19 Brief des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, vom 10. Dezember 1957 476

20 Aus dem Stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. Januar 1958 478

21 Aus dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. Februar 1958 482

22 Appell von 44 Professoren der Bundesrepublik Deutschland an die westdeutschen Gewerkschaften vom 26. Februar 1958 484

23 Aus dem Appell an alle Arbeiter und Gewerkschafter Deutschlands, beschlossen auf der VII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 8. März 1958 486

24 Aufruf zum Kampf gegen den Atomtod, beschlossen vom Arbeitsausschuß gegen den Atomtod in Bonn am 10. März 1958 487

25 Aus der Rede des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 20. März 1958 488

26 Aus der Rede des Bundesministers Franz-Josef Strauß vor dem Deutschen Bundestag am 20. März 1958 489

27 Aus der Entschließung des Deutschen Bundestages zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik vom 25. März 1958 490

28 Aus dem Brief des ZK der SED an die Delegierten des Parteitages der SPD in Stuttgart vom 16. Mai 1958 491

29 Aus dem Beschluß „Für eine Welt der Freiheit und des Friedens", angenommen auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD vom 18. bis 23. Mai 1958 495

30 Aus dem Beschluß des Ministerrates der DDR zur Förderung der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vom 12. Juni 1958 496

31 Aus der Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung „Volksbefragungen in den Ländern verfassungswidrig" vom 31. Juli 1958 497

32 Aus der Stellungnahme des Vorstandes der SPD zum Verbot der Volksbefragung über die Atombewaffnung durch das Bundesverfassungsgericht vom 31. Juli 1958 498

33 Aus der Stellungnahme eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPD im Deutschen Freiheitssender 904 am 1. August 1958 498

34 Aus der Note der Regierung der DDR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 4. September 1958 499

35 Aus der Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR vom 27. November 1958 500

36 Aus dem Kommuniqué über die Beratungen zwischen der Delegation des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Delegation des ZK der Pol-

nischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen vom 14. Dezember 1958 502

37 Aus dem Aufruf der Jugendkomplexbrigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld vom 6. Januar 1959 504

38 Antwort der Jugendbrigade Zählerband des VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow an die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld vom Januar 1959 505

39 Aus dem Entwurf der Regierung der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland vom 10. Januar 1959 507

40 Aus dem Deutschlandplan der SPD, beschlossen vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. März 1959 511

41 Aus der Verordnung des Ministerrates der DDR über die Bildung halbstaatlicher Betriebe vom 26. März 1959 515

42 Aus dem Brief des ZK der SED an den Vorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder vom 2. April 1959 517

43 Aus dem Aufruf der Brigade Litzenberg vom VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann" Magdeburg zur Bildung von „Fonds des Siebenjahrplanes" vom 16. April 1959 520

44 Aus der Erklärung des Außenministers der DDR, Lothar Bolz, in der Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 14. Mai 1959 521

45 Aus dem Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus, angenommen auf dem VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 15. Mai 1959 523

46 Aus dem Beschluß der 5. Tagung des ZK der SED über die sozialistische Rekonstruktion vom 23. Mai 1959 524

47 Aus dem Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959 526

48 Aus dem Entwurf eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, übersandt durch den Außenminister der DDR, Lothar Bolz, an den Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, in Genf am 19. Juni 1959 530

49 Aus der Entschließung des 5. FDGB-Kongresses in Berlin vom 26. bis 31. Oktober 1959 531

50 Aus dem Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 533

51 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, zur Eröffnung der Lehrschau für Standardisierung in Leipzig am 14. November 1959 538

52 Aus dem gemeinsamen Kommuniqué über die Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik vom 25. November 1959 540

53 Aus dem Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR vom 2. Dezember 1959 542

54 Aus dem Aufruf der Werktätigen des Meßgerätebaus vom VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx" Magdeburg zum sozialistischen Wettbewerb 1960 vom 18. Dezember 1959 545

55 Aus dem Offenen Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, an den Vorsitzenden der westdeutschen CDU/CSU, Konrad Adenauer, vom 23. Januar 1960 547

56 Aus dem Aufruf „Das schöne sozialistische Dorf", beschlossen von der 7. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 23. Januar 1960 550

57 Aus dem Aufruf des ZK der KPD gegen die Bonner Notstandsgesetzgebung vom 29. Januar 1960 551

58 Aus dem Schreiben von Ministerpräsident Otto Grotewohl an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 24. März 1960 553

59 Aus dem Wettbewerbsvertrag zwischen den Ortsausschüssen der Nationalen Front der Gemeinden Krien und Krusenfelde, veröffentlicht am 17. April 1960 554

60 Aus dem Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des ZK der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom 17. April 1960 556

61 Beschluß der Volkskammer der DDR zur Regierungserklärung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 25. April 1960 559

62 Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, vor dem Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960 563

63 Aus der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr vom 19. August 1960 564

64 Aus dem Gesetz über die Bildung des Staatsrates der DDR vom 12. September 1960 565

65 Aus der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960 567

66 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau vom November 1960 570

67 Aus dem Beschluß der 11. Tagung des ZK der SED zum Ergebnis der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 17. Dezember 1960 612

68 Aus dem Aufruf der Magdeburger Maschinenbaubetriebe zum sozialistischen Wettbewerb 1961 vom 30. Dezember 1960 614

69 Aus dem Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1961 617

70 Aus dem Deutschen Friedensplan, beschlossen von der Volkskammer der DDR am 6. Juli 1961 620

71 Aus dem Brief der Brigade „Otto Krahmann" des VEB Kabelwerk Berlin-Oberspree an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 30. Juli 1961 622

72 Aus der Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten vom 12. August 1961 624

73 Aus dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961 625

74 Aus dem Aufruf der Werktätigen der Abteilung Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Berlin zu einem „Produktionsaufgebot der Arbeiter und der Intelligenz für die Stärkung der DDR und für den Abschluß eines Friedensvertrages" vom 6. September 1961 627

75 Aus dem Aufruf der LPG Zickhusen zu einem Produktionsaufgebot der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, veröffentlicht am 10. September 1961 629

76 Aus dem Gesetz zur Verteidigung der DDR vom 20. September 1961 630

77 Aus dem Brief der Brigade „Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld an den XXII. Parteitag der KPdSU, veröffentlicht am 15. Oktober 1961 634

78 Aus der Erklärung der Bundesregierung im Deutschen Bundestag vom 29. November 1961 636

79 Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 30. November 1961 638

80 Aus der Rede des Bundesministers Franz-Josef Strauß vor der Georgetown-University am 27. November 1961 640

81 Aus der Rede Willy Brandts vor dem Deutschen Bundestag zur Regierungserklärung am 6. Dezember 1961 641

82 Aus dem Offenen Brief der Brigade Porstmann des VEB (K) Installation Karl-Marx-Stadt an ihre Kollegen des VEB Wohnungsbau Rostock, veröffentlicht am 14. Dezember 1961 643

83 Aus dem Brief der 12. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB an das ZK der SED und an Walter Ulbricht vom 15./16. Dezember 1961 646

84 Aus der Stellungnahme des ZK der KPD zum Memorandum der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht im Januar 1962 648

85 Aus einem Artikel des Bundesministers für besondere Aufgaben, Heinrich Krone, vom 1. Februar 1962 651

86 Aus dem Interview des „Neuen Deutschland" mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, veröffentlicht am 21. Februar 1962 652

87 Brief der Brigade Kloß aus dem VEB Energieprojektierung Berlin an das ZK der SED, zu Händen des Ersten Sekretärs, Walter Ulbricht, vom 23. Februar 1962 658

88 Aus dem Beschluß des VII. Deutschen Bauernkongresses in Magdeburg vom 9. bis 11. März 1962 . 660

89 Aufruf der Parteiaktivisten des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" Karl-Marx-Stadt, beschlossen am 15. März 1962 664

90 Stellungnahme des Ministerrats der DDR zu den Abrüstungsvorschlägen der UdSSR auf der Genfer 18-Staaten-Abrüstungskonferenz, abgegeben am 19. März 1962 668

91 Aus der Erklärung des ZK der KPD zum Nationalen Dokument des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, abgegeben im März 1962 670

92 Aus der Rede des Vizekanzlers und Bundesministers für Wirtschaft, Ludwig Erhard, vor dem Deutschen Bundestag am 5. April 1962 672

93 Aufruf der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Albinshof, Krien und Krusenfelde, Kreis Anklam, zum Produktionsaufgebot in der Landwirtschaft vom April 1962 673

94 Entschließungen der 5. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin vom 13./14. April 1962 675

95 Aus dem Programm des Landesverbandes Bayern der SPD vom April 1962 676

96 Aus dem Referat Erich Ollenhauers auf dem Parteitag der SPD in Köln am 26. Mai 1962 680

97 Aus Anträgen an den Parteitag der SPD in Köln vom 26. bis 30. Mai 1962 682

98 Aus dem Appell des ZK der KPD, veröffentlicht im Juni 1962 683

99 Erklärung der Regierung der DDR zu den zunehmenden Provokationen und bewaffneten Anschlägen gegen die Staatsgrenze der DDR, abgegeben am 20. Juni 1962 685

100 Aus einem Brief des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hans-Constantin Paulssen, veröffentlicht im August 1962 688

101 Entschließungen des 6. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hannover vom 22. bis 27. Oktober 1962 689

102 Aus dem Kommuniqué der 23. Sitzung des Staatsrates der DDR vom 26. Oktober 1962 691

103 Aus dem Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB zum Abschluß der Betriebskollektivverträge, Betriebsverträge, Betriebsvereinbarungen und betrieblichen Abkommen 1963 vom 14./15. November 1962 693

104 Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, auf der 22. Tagung des ZK der KPD, 1963 694

105 Aus den Grußschreiben der CDU, DBD, LDPD, NDPD an den VI. Parteitag der SED vom 15. Januar 1963 697

106 Aus dem Grußschreiben des FDGB an den VI. Parteitag der SED vom 15. Januar 1963 704

REGISTER 707

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 88 Bildseiten und einer Karte (MdI Nr. 35/66) · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966 · Lektor: Kurt Zeisler · Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Hermann Haack, Geographisch-kartographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für die Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt
Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00